v.9 pt. 2 JACKSON LIBRARY-UNCG
3 0510 0278295%

UNIVERSITY OF NORTH CAROLINA AT GREENSBORO

BOOK CARD

Please keep this card in book pocket

-DIE-URSACHEN-DES-

PART

University of North Carolina at
Greensboro, North Carolina 27412

Walter Clinton Jackson Library

DATE DUE

Das Werk des Untersuchungsausschusses 1919–1928

Herausgegeben
im Auftrage des Deutschen Reichstages

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/dieursachendesde0009dein

DVPG

Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919—1928

Verhandlungen / Gutachten / Urkunden

Im Auftrage des Reichstages

unter Mitwirkung von

Dr. Eugen Fischer

als Generalsekretär

Dr. Berthold Widmann / Dr. Walther Bloch

als Sekretären des 3. und 4. Unterausschusses

herausgegeben von den Abgeordneten

Dr. Walter Schücking / Dr. Johannes Bell

als Vorsitzenden des Gesamtausschusses

Dr. Johannes Bell / Dr. Rudolf Breitscheid
Dr. Albrecht Philipp

als Vorsitzenden der Unterausschüsse

Vierte Reihe

Die Ursachen des
Deutschen Zusammenbruches
im Jahre 1918

1 9 2 8

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

Σ Germany. Nationalsversammlung ...

Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918

Zweite Abteilung

Der Innere Zusammenbruch

Im Auftrage des Vierten Unterausschusses
unter Mitwirkung von

Dr. Eugen Fischer
als Generalsekretär

Dr. Walther Bloch
als Sekretär des 4. Unterausschusses

herausgegeben von

Dr. Albrecht Philipp, M. d. R.
Vorsitzendem des 4. Unterausschusses

Neunter Band

Verhandlungsbericht:
Marine und Zusammenbruch

Zweiter Halbband

1 9 2 8

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

1.
Auflage
Einzige amtliche,
vom Deutschen Reichstage
herausgegebene, autorisierte Ausgabe / Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten / Amerikanisches Copyright 1928 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Wilhelmstraße 66 / Amerikanische Schutzzollformel: Printed in Germany
Gesetzt und gedruckt in
der Buchdruckerei
F. E. Haag
in Melle
i. H.

D
531
A42
1926
v.9
pt.2

B

Verhandlungsbericht

Marine und Zusammenbruch

Zweiter Teil

412274

Rednerliste

Alboldt, Sachv. S. 112, 131, 154/55, 171—190, 268, 284/85, 317—325, 530—543, 557/58

Beckers, Zeuge S. 257—289, 317—328, 330—335, 347/48, 363, 365, 404/5

Dr. Bergsträßer, Abg. S. 8, 33, 36/37, 42, 101/2, 125, 137/38, 143, 210, 213, 235, 239, 249, 327, 334/35, 370, 379—381, 390/91, 453/54, 524/25

Dr. Bloch, Sekretär S. 208, 214, 219, 254

D. Dr. Dr. Bredt, Abg. S. 8, 141, 233, 238, 506

Brüninghaus, Abg. S. 1/2, 7—9, 14, 25/26, 29—31, 35—37, 51—55, 62—64, 67, 79, 101, 125, 135, 138/39, 142/43, 179, 182/83, 199, 209, 211, 213, 220, 222, 230, 232, 235, 240—242, 252, 261, 265—267, 269/70, 282—285, 287/88, 304—309, 316, 328—330, 333, 381—383, 392/93, 406/7, 423—453, 492/93, 495, 505, 522/23, 528, 571, 573

Dittmann, Abg. S. 2, 8, 19—21, 24, 27—29, 31/32, 34, 47, 49, 58—60, 63, 65/66, 68, 76/77, 79, 125, 131, 134—136, 139/40, 158/59, 199, 209/10, 212—215, 218—221, 229, 232, 234, 236/37, 239—242, 250/51, 254, 257, 266/67, 269, 285, 304, 306, 309, 316/17, 326, 329, 332/33, 335, 353—357, 365—373, 389/90, 394—399, 403, 407—411, 419/20, 454—494, 506, 513, 518, 520—522, 525—527, 529/30, 568—571

Dr. Dobring, Zeuge S. 339—347, 350—355, 357—362, 364—373, 378—381, 383, 394—399, 402—406, 408—411

Graf zu Eulenburg, Abg. S. 218/19, 221, 253, 370, 389, 403/4

Dr. Fischer, Generalsekretär S. 529/30

Geisteuer, Zeuge S. 384—393

Dr. Herz, Sachv. S. 132/33, 135/36, 269, 284, 289, 543—554

Joos, Abg. S. 2—7, 9, 23, 29, 34/35, 37, 53—55, 64, 68, 70, 101, 120, 138, 154, 159, 171, 191—208, 210, 213/14, 216—218, 221, 226—234, 237—242, 247, 250/51, 253—257, 260—262, 264—277, 280/81, 283, 285, 289, 291—293, 296—303, 306/7, 310—313, 337—342, 344—355, 357—359, 361—363, 365, 376, 378, 384—390, 393—395, 398, 401—403, 408/9, 411—420, 505—520, 527/28, 571/72

Kuhnt, Abg. S. 55—57, 59/60, 73, 77—80
Dr. Moses, Abg. S. 2, 100, 102, 118/19, 211/12, 303, 315, 326/27, 329, 331, 333, 345, 364, 383, 391/92, 394—396, 398/99, 406, 408, 420—423, 572
Noske, Zeuge S. 47—54, 56/57, 59—64, 66, 68—76, 78/79
Dr. Pfleger, Abg., Zeuge S. 9—29, 32—35, 37—47, 57/58, 62, 64—67, 77
Dr. Philipp, Abg., Vorsitzender S. 2, 9, 29, 59, 64—67, 75, 125, 131/32, 135, 143, 210—212, 214—216, 221—223, 238, 252/53, 257, 283, 289, 300, 302—304, 317, 325—328, 333, 336/37, 353—355, 357, 377/78, 383, 391, 408, 419—421, 423/24, 446, 453/54, 492—506, 513/14, 530, 559—564, 567/68, 572—574
Dr. Rosenberg, Abg. S. 7, 24, 34, 57, 63, 67, 73, 141/42, 209—212, 219—221, 237, 251, 308, 310, 354, 378, 525
Sachse, Zeuge S. 223—231, 233—253, 340, 350—352, 363/64, 374—377, 383/84, 407
Schneider, Zeuge S. 398—402, 407
Steilemann, Zeuge S. 348—350, 373/74, 382, 391
Stumpf, Sachv. S. 131, 167—171, 264—266, 272, 282, 301/2, 333
Treviranus, Abg. S. 2, 60/61, 209—211, 310—315, 523/24, 528/29
v. Trotha, Zeuge und Sachv. S. 80—134, 140/41, 143—167, 391, 554—557, 559
Weber, Zeuge S. 289—336, 347, 358—363, 382, 393/94, 405

Sitzung, Donnerstag, den 4. November 1926

Die Vorbereitung der Vernehmungen über die Marinevorgänge

Zunächst werden verschiedene Eingänge, die auf die Marinevorgänge Bezug haben, insbesondere ein Schriftsatz des Landgerichtsrats Dr. Dobring verhandelt. Von mehreren Mitgliedern wird hervorgehoben, daß die Form, in der Landgerichtsrat Dr. Dobring gegen den Abg. Dittmann in der Zuschrift Stellung nehme, unzulässig sei. Es herrscht Übereinstimmung darüber, daß der Ausschuß keinen Anlaß habe, sich zu einer Zuschrift privaten Charakters, zu der der Verfasser vom Ausschuß nicht aufgefordert wurde, zu äußern.

Ab. *Brüninghaus:*

Der Sachverständige Alboldt hat sich in seinem Gutachten [1]) auf Gebiete begeben, auf denen er keineswegs sachverständig ist. Er stützt sich im wesentlichen auf Veröffentlichungen des Kapitäns zur See a. D. Persius. Alboldt ist jahrelang vor dem Kriege abgegangen und dann Sekretär auf der Werft gewesen. Was er in technischer Beziehung behauptet, kann er lediglich auf Zuträgereien stützen. Bezeichnend ist seine Kritik über die Schlacht bei den Falklandsinseln, wobei er ganz verschweigt, daß dasselbe deutsche Geschwader das englische Geschwader bei Coronel an der chilenischen Küste vollkommen vernichtet hat. Alboldt ist übrigens gar nicht aufgefordert worden, ein technisches Gutachten abzugeben. Haarsträubend ist z. B., daß er aus einer gelegentlichen, auf Klatsch beruhenden Äußerung entnimmt, daß die deutschen Kanonen nicht weit genug hätten schießen können. In dem erwähnten Fall habe ich als Kommandant des „König" das Feuer auf 18 300 m eröffnet. Weiter kann man im allgemeinen die Geschoß-Aufschläge nicht beobachten. Ich bin von zahlreichen früheren Deckoffizieren gefragt worden, wie es überhaupt möglich ist, daß der Ausschuß einen Deckoffizier als Sachverständigen benutzt, der während des Krieges überhaupt nicht an Bord war und in Deckoffizierkreisen keineswegs ein großes Ansehen genießt.

[1]) Vgl. Bd. 10, I dieser Reihe S. 59 ff.

Abg. Dr. *Moses:*

Das Gutachten kann man nicht so angreifen, wie das vom Abg. Brüninghaus geschehen ist. Dasselbe, was gegen Alboldt vorgebracht wird, kann auch von den Gutachten der Herren von Trotha und von Kuhl gesagt werden.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Entscheidend ist, ob das Gutachten in allen Teilen zur Sache erfolgt ist.

Abg. *Dittmann:*

Wenn auch Alboldt nicht mehr während des Krieges aktiv gewesen ist, so stand er doch im Konnex mit dem Vertrauensmann des Deckoffizierkorps, dem fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Struve. Bei Struve haben sich während des Krieges alle Beschwerden konzentriert. Alboldt ist auch bis 1921 Vorsitzender des Deckoffizierverbandes gewesen.

Was die technischen Dinge betrifft, so ist es sehr interessant gewesen, einmal zu hören, wie in den mittleren Marine-Kreisen diese Dinge beurteilt wurden. Ob diese Beurteilung im einzelnen der Kritik der Fachleute standhält, ist nicht das Wesentliche.

Ein unangefochtenes Gutachten von Ausschuß-Sachverständigen gibt es überhaupt nicht.

Der Vorsitzende stellt aus den Akten fest, daß bei der Bestellung des Sachverständigen Alboldt der Abg. Brüninghaus nicht zugegen gewesen ist.

Abg. *Treviranus:*

Ich habe seinerzeit die lebhaftesten Bedenken gegen Alboldt gehabt, jedoch es nicht für zweckmäßig gehalten, diese Bedenken zur Sprache zu bringen, da die Mehrheit oder doch eine ansehnliche Minderheit auf die Anhörung Wert legte. Im übrigen ergibt sich aus den Gutachten selbst, wie man sie zu bewerten hat.

Abg. *Brüninghaus:*

Wenn man das Gutachten von Alboldt in vollem Umfange entgegennimmt, muß denjenigen Leuten, die in bezug auf Kriegführung und Technik etwas mehr verstehen, als der frühere Deckoffizier Alboldt, Gelegenheit gegeben werden, ihre Ansichten entsprechend darzulegen und auch diese Darlegungen müssen veröffentlicht werden.

Es wird nach kurzer Debatte beschlossen, das Gutachten zu vervielfältigen und dem Abg. Brüninghaus anheimzustellen, eine schriftliche Äußerung über den Inhalt des Gutachtens vom technischen Standpunkt aus beizubringen.

Berichterstatter Abg. *Joos:*

Im Ausschuß herrscht Übereinstimmung darüber, daß wir so rasch wie möglich, wenn es geht heute schon, klare Beschlüsse dar-

über fassen müssen, wie wir das Kapitel „Marine-Vorgänge" nicht nur weiter, *sondern wirklich zu Ende bringen.* Unter dem „Ende" verstehe ich nicht, daß wir alle derselben Meinung werden über die Vorgänge und die Ursachen. Manche Auffassungen werden nebeneinander stehen bleiben.

Als wir wegen der Sommerpause unsere Arbeit unterbrachen, war ich der Meinung, daß es sich bei den beabsichtigten Zeugenvernehmungen um die Klärung von 5 *Fragegruppen* handeln müßte:

1. Die Frage der in Rede stehenden Geständniserpressungen durch die Kriegsgerichtsräte;
2. Die Rolle der Menagekommissionen;
3. Die übrigen politischen Einflüsse und Bewegungen auf den Schiffen;
4. Der Ausbruch der November-Revolution;
5. Der Flottenvorstoß im Oktober 1918.

Die weiteren Fragen der Verpflegung, der Behandlung und des Urlaubs der Marinemannschaften, die als Grund der Unzufriedenheit in der Marine in den Berichten von Dittmann und Brüninghaus eine besondere Rolle spielten, habe ich von vornherein ausgeschieden, weil Zeugenvernehmungen uns da nicht weiterbringen können. Gerade die eingereichte Niederschrift von persönlichen Wahrnehmungen bei den Vorgängen bei den Marine-Meutereien im I. Geschwader von dem seinerzeitigen Werftbuchführer Heißenbüttel [1]) läßt erkennen, wie wenig mit solchen persönlichen Wahrnehmungen in dieser Frage erreicht werden kann.

Um unser Verfahren im Ausschuß abzukürzen, hat Herr Dr. Bloch während der Vertagungszeit eine Reihe schriftlicher Bekundungen mit der Auflage etwaiger späterer Beeidigung eingefordert [2]). Wir wissen, daß die eingelaufenen Verteidigungsschriften der früheren Kriegsgerichtsräte Dr. Dobring und Dr. Loesch nicht zu diesen eingeforderten Bekundungen gehören, sondern nur den Charakter persönlicher Zuschriften an den Ausschuß haben. — An Bekundungen, die nachgesucht wurden, fehlt nur die des Prinzen Max von Baden. Es liegt allerdings die seines Adjutanten vor, die aber keinen offiziellen Charakter hat. Ein neuerliches Schreiben, das dieser Tage einlief, besagt, daß Prinz Max von Baden bereit ist, dem Ausschuß demnächst ein ausführliches Schriftstück zur Sache einzureichen [3]).

Nach weiteren Überlegungen auf Grund der schriftlich vorliegenden Aussagen und, wie ich glaube, auch im Einverständnis mit dem

---

[1]) Vgl. Bd. 9, I dieser Reihe S. 541 ff.

[2]) Vgl. Bd. 9, I dieser Reihe S. 529 ff.

[3]) Vgl. dazu die Aussagen des Kapitäns z. S. Gladisch über seinen Vortrag beim Reichskanzler Prinzen Max v. Baden Bd. 4 dieser Reihe S. 341 ff. und den Auszug aus den Denkwürdigkeiten des Prinzen Max ebenda S. 117. Von weiteren Anfragen wurde Abstand genommen.

Herrn Vorsitzenden möchte ich dem Ausschuß folgende *Vorschläge* unterbreiten:

1. Was die Frage des *Flottenvorstoßes* im Oktober 1918 angeht, so betrachte ich den Fragenkomplex im wesentlichen als geklärt. Aus der schriftlichen Aussage des Korvettenkapitäns Gladisch geht unzweifelhaft hervor, daß die Rücksprache mit der damaligen Reichsregierung und die gleichzeitige Information über den beabsichtigten Flottenvorstoß der Marine erst *nach* dem Ausbruch der Meutereien erfolgt ist. Die *Auffassung,* die wir aus den Tagebuchblättern des Prinzen Max von Baden gewonnen hatten, *daß nämlich dieser beabsichtigte Flottenvorstoß ohne Information der Reichsregierung von der Seekriegsleitung gefaßt und vorbereitet worden war, bleibt bestehen.* Damit scheidet dieser Punkt für etwaige weitere Vernehmungen vollkommen aus.
2. Was die in Rede stehenden *Geständniserpressungen* durch die früheren Kriegsgerichtsräte Dobring und Loesch angeht, muß ich noch einmal betonen, daß wir alle der Meinung sind:

   Der Untersuchungsausschuß darf sich nicht als Revisionsinstanz der Urteile und Verfahren — weder effektiv noch moralisch — betrachten. Er würde, wollte er solches sein, in eine ganz unmögliche Lage geraten. Andererseits haben die genannten früheren Kriegsgerichtsräte im Mittelpunkt scharfer Kritik gestanden. Ihre Haltung und ihre Maßnahmen spielen in den Berichten Dittmann und Brüninghaus eine große Rolle.

   Bis in diese Tage waren wir ausgesprochenermaßen der Meinung, daß die beiden Herren Gelegenheit erhalten sollten, sich mündlich zur Sache zu äußern. Dabei kommt es aber nicht auf die juristischen Fragen an, und es wäre beispielsweise ganz abwegig, wollten wir, wie es eine gutachtliche Äußerung des Sachverständigen Dr. Herz vorschlägt, untersuchen, ob bei den ergangenen Todesurteilen wirklich ein Verbrechen gegen § 90 Ziffer 6 RStGB vorlag oder nicht. Dagegen müßten die beiden Herren sich zu folgenden Fragen äußern:

   a) Wie ist das mehrfach erwähnte *„Programm"* der USPD in den vier Punkten, die sich in den Akten als feststehend überall wieder finden, zustande gekommen?

   Die Frage scheint mir außerordentlich wichtig. Nach der Darstellung des Kollegen Dittmann bestand ein solches Programm, auch nach der Meinung der Kriegsgerichtsräte selber, überhaupt nicht. — Von erheblichem Interesse wäre im Zusammenhang damit festzustellen:

   b) Reichpietsch hat erklärt, ihm sei das Programm der USPD mit den oben angeführten vier Punkten bekannt gewesen. Bei

welcher Vernehmung und in welcher Form hat Reichpietsch diese Aussage gemacht?

c) Die Bekundung des Reichpietsch über seine Verhandlungen mit den Abgeordneten der USPD im Reichstag und im Parteibüro ist das Fundament der Prozesse nach der politischen Seite hin. Reichpietsch hat nach seiner Verurteilung zum Tode gebeten, die Abgeordneten über die Wahrheit seiner Bekundungen zu vernehmen, weil ihm seine Darstellung nicht geglaubt worden ist. Warum ist das nicht geschehen?

d) In den Akten findet sich im Abdruck eine Rede des Redakteurs Herre, die dieser in der Untersuchungshaft niedergeschrieben und dem Gericht eingereicht hat. Die in dem Verfahren gegen Herre vernommenen Zeugen haben nicht mehr bekundet, als was in dieser Rede enthalten ist. Was ist an der Rede von Herre „aufreizend" gefunden worden?

e) Sind die Zeugen in der Lage, eine Bekundung darüber zu machen, wie es gekommen ist, daß nach dem ersten Ausmarsch der Heizer von „Prinzregent Luitpold" nur 11 Mann disziplinarisch bestraft worden sind, weil angeblich bei ihnen besonders „niedrige Gesinnung" zutage getreten ist? Nach welchen Gesichtspunkten ist die niedrige Gesinnung feststellbar gewesen?

f) Sind irgendwelche Rücksprachen zwischen den Kriegsgerichtsräten als Anklagevertreter in den Prozessen einerseits und den Gerichtsherren oder Kommandanten der Schiffe andererseits vor den Gerichtsverhandlungen erfolgt, in denen besprochen wurde, daß man aus Gründen der Abschreckung besonders scharf vorgehen müsse?

Ein diesbezüglicher Verdacht scheint nicht unbegründet! *Vor* der Vernehmung der früheren Kriegsgerichtsräte Dr. Dobring und Dr. Loesch als Zeugen halte ich es für richtig, den Herrn Abgeordneten Dr. *Pfleger* sowie den Herrn Oberpräsidenten *Noske,* die beiden ehemaligen Referenten des Marineetats, über die Vorgänge zu hören. Der Herr Abgeordnete Dittmann hat sich auf den Abgeordneten Dr. Pfleger berufen, ebenso gegenbeweislich der Herr Abgeordnete Brüninghaus.

Herr Dr. Pfleger hat während der Vertagung des Reichstags mit Herrn Dr. Bloch eine Rücksprache gehabt, inhalts deren er sich erboten hat, dem Ausschuß eine ausführliche Darstellung zu geben. Er hat auch gebeten, den früheren Abgeordneten Noske hinzuzuziehen, da er gleich ihm in die Vorgänge eingeweiht war. Ich glaube, daß wir, um unsere Fragestellung zu erleichtern bzw. abzukürzen, zunächst die genannten Herren hören.

3. Zu erwägen gebe ich die Frage weiterer Vernehmungen zum Punkt *Menagekommissionen,* d. h. inwieweit sie *politische* Ein-

richtungen waren und als solche eine Rolle in der politischen Bewegung auf den Schiffen spielten. Das scheint mir nicht unwichtig. Wir würden dazu lediglich als Zeugen *Bieber* und *Beckers* benötigen. Beide waren Mitglieder der Menagekommissionen und sind in den Prozessen verurteilt worden. Herr Brüninghaus wollte dazu noch einen Zeugen aus dem Mannschaftsstand, der nicht in die Prozesse verwickelt war, benennen.

4. Zur Frage der *politischen Einflüsse* unter den Marinemannschaften schlage ich die zeugeneidliche Vernehmung folgender Persönlichkeiten vor:

   a) In erster Reihe der *Sachse,* wenn er aufzufinden ist, dann die seinerzeitigen USPD-Funktionäre *Sens* und *Güth,* ferner *Bräuner, Rebe, Beckers, Calmus,* Amtsrichter *Dr. Holthöfer.* Dann wurde noch ein *Geisteuer,* der Näheres wissen soll, vom Abg. Brüninghaus genannt.

   b) In zweiter Reihe kämen dann die früheren Werftschreiber *Büdeler, Bieber, Adomeit, Starke, Linke,* Geheimer Admiralitätsrat *Dr. Felisch* sowie der Sachverständige *Stumpf* in Betracht.

Als Zeugen haben sich dann noch angeboten: die Abgeordneten *Dr. Haedenkamp* und *Henning.* Den vorgenannten Zeugen wären Fragen vorzulegen, die sich auf die *politische Agitation unter den Mannschaftskreisen* beziehen, also: Zeitungen, Zeitschriften und Bücher auf den Schiffen, die Rolle der sozialistischen Blätter, die Agitation der Vaterlandspartei sowie der Linksradikalen (Spartakusbund), die Organisation der USPD auf den Schiffen, wie die sogenannten „Stockholm-Listen" zustande kamen und was sie wollten usw. Ich würde gegebenenfalls, falls der Ausschuß damit einverstanden wäre, eine Reihe Fragen genauer formulieren.

5. Zur Frage des *Ausbruches der November-Revolution* wären zunächst als Zeugen der Abg. *Kuhnt* und Herr *Bernhard Rausch* zu berücksichtigen. Weitere Namen behalte ich mir vor.

Es wäre zu empfehlen, wenn man auch den einen oder anderen Offizier oder Heizer von den Schiffen, in denen die Feuer herausgerissen wurden, hören könnte. Ich glaube, daß da etwa folgende Fragen gestellt werden könnten:

a) Bestand noch Mißstimmung unter den Mannschaften wegen der strengen Urteile der Feldkriegsgerichte aus dem Jahre 1917?
b) Gab es noch Organisationen in ähnlicher Form, wie sie 1917 zutage getreten waren?
c) War das Gerücht verbreitet, daß die Flotte in den Tod geschickt werden sollte?
d) Haben Offiziere sich in diesem Sinne geäußert?
e) Wußten die Mannschaften, daß Waffenstillstandsverhandlungen

schwebten oder bevorstanden und die Militärgewalt der Zivilgewalt unterstellt war?

f) Fürchteten die Mannschaften, durch das Auslaufen zur Seeschlacht die Waffenstillstandsverhandlungen zu zerstören?

g) Wäre die Flotte auf Befehl der *Reichs*regierung zur Seeschlacht ausgelaufen, ohne daß es zu Revolten gekommen wäre?

Dies sind meine Vorschläge.

Abg. *Dr. Rosenberg:*

Wenn man der Anregung des Abg. Joos folgen will, so wird der Ausschuß sofort zur Revisionsinstanz der Prozesse. Eine Beschränkung der Zahl der Zeugen ist undurchführbar, weil auch Gegenzeugen gehört werden müssen. Für den Ausschuß kommt es aber nur darauf an, festzustellen, *inwieweit ein Zusammenhang zwischen den Vorgängen 1917 und denen von 1918 besteht, und ob die Marinerevolution das Kriegsende entscheidend beeinflußt hat oder nicht.* Will man überhaupt dazu Personen hören, so schlage ich vor, sich auf schriftliche Äußerungen zu beschränken. Den Herren Dobring und Loesch ist nur die eine Frage vorzulegen, welche Argumente sie dafür haben, daß die Vorgänge im November 1918 eine Konsequenz der Vorgänge von 1917 sind. Dagegen kann man die Herren Dr. Pfleger und Noske hören. Den Abgeordneten Henning lehne ich als Zeugen ab. Die Frage, ob die Marinemeuterei von 1917 das Kriegsende beeinflußt habe oder nicht, bitte ich in einer besonderen Sitzung mit Admiral v. Trotha durchzusprechen.

Abg. *Brüninghaus:*

Zwei Fragen sind zu beantworten! Einmal die, ob Reichpietsch usw. ihre Aussagen unter Erpressung gemacht haben oder nicht. Für die letztere Annahme spricht eine ganze Reihe von Zeugenaussagen der Justizsekretäre, Protokollführer usw. Weiter handelt es sich darum, festzustellen, ob die aufrührerische Bewegung in der Marine mit politischen Strömungen in Zusammenhang gestanden hat und inwieweit eine politische Richtung für die Entschlüsse der Aufrührer maßgebend gewesen ist. Über diese Frage kann Sachse, in dessen Aussage sich das Programm wörtlich befindet, heute noch eidlich befragt werden, auch gegebenenfalls der frühere Abgeordnete Ledebour. Den Herren Dobring und Loesch muß Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden.

Bei dem *Flottenvorstoß* 1918 handelt es sich darum, ob die Seekriegsleitung nach den Abmachungen, die sie mit dem Prinzen Max von Baden getroffen hat, in gutem Glauben gehandelt hat, wenn sie diese konkrete Flottenhandlung vor sich gehen ließ. Heute steht fest, daß damals jedenfalls der Oberbefehl über die Marine nicht auf den Prinzen Max von Baden übergegangen war.

Wichtig ist auch die Frage, ob der Zusammenbruch nicht auch ohne den geplanten Vorstoß der Marine gekommen wäre. Der Abg.

Dittmann bejahte diese Frage in seiner Broschüre. Dann ist man sich eigentlich in dieser Frage einig.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Die Ladung des Abg. Henning halte ich für unmöglich, da er die Absicht geäußert hat, Ungebühr vor Gericht zu begehen.

Sachlich sind die Ausführungen des Abg. Dr. Rosenberg insofern richtig, als es sich um zwei Hauptfragen handelt: um das *Verhältnis der Marinemeuterei zur Revolution* und die *Beeinflussung des Kriegsendes durch die Marinemeuterei.* Zur Klärung dieser Fragen muß man leitende Persönlichkeiten der Marine vernehmen, die darüber aussagen können, ob in der Zeit von 1917 bis November 1918 Gehorsamsverweigerungen und ähnliche revolutionäre Dinge vorgekommen sind. Bis jetzt gibt es dafür keine Anzeichen. In den Vernehmungen muß man etwas weiter gehen. Eine unbedingte Abgrenzung ist nicht möglich. Ich schließe mich daher dem Vorschlag des Abg. Joos an.

Wichtig erscheint es mir, die Entstehung dessen, was als Programm bezeichnet und als Programm bestritten ist, durch Vernehmungen zu klären. Die Frage der Menagekommission scheide ich aus. Auch bei einer Erörterung der Menagekommission als eines politischen Instrumentes wird man nicht weiterkommen. Bei der Frage der politischen Einflüsse ist eine ausführlichere Behandlung angebracht. Die Vernehmung Ledebours kann erfolgen.

Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Die großen Fragen sind schon spruchreif. Nur die Aussage des Prinzen Max von Baden fehlt noch, die man aber nicht unbedingt braucht. Selbst die Frage, ob die Aussagen erpreßt worden sind, ist unwesentlich, da man heute die großen Zusammenhänge übersieht.

Abg. *Dittmann:*

Es hat nie ein Streit darüber bestanden, daß auf den Schiffen Agitation für die USPD getrieben worden ist. Die Frage ist nur, ob ein politischer Aufstand auf den Schiffen stattgefunden hat, und diese Frage ist verneinend beantwortet worden. Man hat nur in die Besprechungen, die die Leute gehabt haben, den juristischen Begriff des vollendeten Aufstands hineingelegt. Sogar die maßgebenden Juristen der Marine haben diese Auffassung als falsch bezeichnet.

Von dem Programm der USPD befinden sich drei Variationen in den Akten. Hätte eine bestimmte Formulierung eines aufgestellten Programms vorgelegen, so konnten willkürliche Änderungen nicht vorkommen.

Gegen eine Vernehmung Ledebours habe ich nichts einzuwenden.

Abg. *Brüninghaus:*

Die Angeklagten sind nicht wegen *politischen* Aufstandes, sondern wegen militärischen Aufruhrs und Aufstandes verurteilt worden. Es handelt sich eben darum, ob dieser militärische Aufruhr bzw. Auf-

stand auf politische Motive zurückzuführen ist. Man muß feststellen, ob die politische Agitation, von der der Abg. Dittmann gesprochen hat, den militärischen Aufruhr bzw. Aufstand zustande gebracht hat, oder ob der Grund dafür in der schlechten Behandlung, Verpflegung usw. gelegen hat.

Berichterstatter Abg. *Joos:*

Wenn man darin einig ist, daß die Revolution auch ohne die Marinemeuterei gekommen wäre, kann manches abgekürzt werden. Den Herren Dr. Loesch und Dr. Dobring muß aber aus Billigkeitsgründen Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich stelle nunmehr folgendes als Beschluß des Ausschusses fest:

1. Anhörung der Herren Dr. Pfleger und Noske.
2. Aufforderung an die Herren Dr. Dobring und Dr. Loesch, sich zu bestimmten Fragen des Abgeordneten Joos schriftlich zu äußern [1]).
3. Vorbehalt alles Weiteren.

Sitzung, Dienstag, den 9. November 1926

Bekundung des Abgeordneten Dr. Pfleger über die Marinevorgänge 1917

Abg. Dr. *Pfleger:*

Ich möchte folgendes vorausschicken: Ich bin im Jahre 1912 als Vertreter eines oberpfälzischen Wahlkreises in den Reichstag gewählt worden. Das Referat über die Marine hatte damals der Zentrumsabgeordnete Freiherr v. Thünefeld; Korreferent war der Abgeordnete Noske. Nach dem Tode des Freiherrn von Thünefeld bin ich vom Vorstand der Zentrumsfraktion für die Übernahme des Marinereferats ausersehen worden und habe das Referat über den Marineetat dann auch übernommen. Die offizielle Übernahme innerhalb des Reichstags und des Ausschusses war jedenfalls Ende 1913 oder Anfang 1914.

Was die Vorgänge betrifft, die im Bericht des Herrn Abgeordneten Dittmann eine Rolle spielen, so möchte ich dazu folgendes bemerken:

Das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften war bei der Marine nach all dem, was man während des Krieges in Erfahrung bringen konnte — als Quellen möchte ich anführen Berichte von Kollegen, die Fühlung mit den Mannschaften hatten, eigene Fühlungnahme mit Leuten, die auf Urlaub gewesen waren, Berichte, die mir sonst zugegangen sind usw. —, im allgemeinen ein sehr gutes. Es sind lange nicht so viel Klagen gekommen — wenigstens nach

[1]) Vgl. u. S. 197 ff. u. Bd. 9, I dieser Reihe S. 489 ff.

meiner Auffassung —, wie sie beim Landheer schon im Jahre 1916 vielfach aufgetaucht sind. Was von den Mannschaften der Marine speziell wiederholt als ein großer Mangel gerügt worden ist, war die Untätigkeit der Flotte und späterhin Verpflegungsschwierigkeiten.

Das Verpflegungswesen lag damals in den Händen eines ausgezeichneten Beamten im Reichsmarineamt, des späteren Ministerialdirektors Schramm, der tatsächlich alles Menschenmögliche getan hat, was in jenen Jahren überhaupt geschehen konnte, sowohl für die Mannschaften der Marine als namentlich auch für die auf den Werften beschäftigten Arbeiter. Über Disziplinwidrigkeiten war mir bis zum Jahre 1917 keine Mitteilung gemacht worden. Im Jahre 1917 bekam ich aber — ich kann natürlich heute die Gewährsmänner im einzelnen nicht mehr feststellen, weil viele einschlägige Notizen, die ich mir vielleicht bei einzelnen Unterredungen gemacht hatte, spätestens bei Ausbruch der Revolution von mir vernichtet worden sind — Mitteilungen, die bei mir nach verschiedenen Richtungen Bedenken erregten. Was zunächst die *Verpflegung* betrifft, so tauchten die Klagen über Einförmigkeit in der Verpflegung damals ziemlich zahlreich auf. Die Klagen waren aber nicht so, daß nicht auch von einer Reihe von Schiffen berichtet worden wäre, man sei mit der Verpflegung im allgemeinen zufrieden. Man hat also damals auf einigen Schiffen über mangelhafte, namentlich aber über eintönige Verpflegung geklagt. Beispielsweise ist mir noch erinnerlich, daß mir gegenüber von einem Mann, der seinem äußeren Ansehen nach zweifellos den Eindruck einer glaubwürdigen Persönlichkeit machte, berichtet worden war, auf dem betreffenden Schiff sei eine Woche lang Dörrgemüse und nichts als Dörrgemüse gekocht worden. Er beschwerte sich nicht über die Art der Zubereitung, wohl aber darüber, daß diese Einseitigkeit in der Kost eine ganze Woche lang gedauert habe.

Dazu kamen auch Mitteilungen, wonach die *Revolutionserscheinungen von Rußland* einen gewissen Schatten auf die Marine zu werfen schienen. Es war für uns natürlich sehr schwer nachzuweisen, ob es sich hier um Gerüchte oder um Tatsachen handelte, die auf eine Verbreitung der revolutionären Bestrebungen Rußlands auf die Marine schließen ließen. Ich speziell habe für meine Person die Berichte, die von der Front gekommen sind, stets mit großer Vorsicht aufgenommen. Wie man namentlich in den ersten Kriegsjahren über alle möglichen Verhältnisse belogen worden ist, beweist die sprichwörtliche Redensart, die nach der Mitteilung des früheren Kollegen Trimborn bald nach Kriegsausbruch im Rheinland umlief: „Er lügt wie ein Leichtverwundeter". Mit allen möglichen Märchen ist damals hausiert worden.

Ich komme nun nach diesen allgemeinen Bemerkungen zu den

Vorgängen, die den Anlaß gegeben haben zu dem Briefe, den der Herr Abgeordnete Dittmann in seinem Bericht erwähnt hat[1]). Es dreht sich da um folgendes: Ich hatte, wie gesagt, zunächst von verschiedenen Seiten allgemeine Behauptungen gehört.

(Abg. *Joos:* Waren diese „verschiedenen Seiten" auch Mannschaften?)

— Gewiß, auch Mannschaften. Es waren auch Marinebeamte; auch aus diesen Kreisen hat sich mein Mitteilungsmaterial rekrutiert. Die Mitteilungen erhielt ich zum Teil unmittelbar, zum Teil auch von Kollegen aus der Zentrumsfraktion, die sie ihrerseits bekommen und an mich weitergegeben hatten. So war an mich ein bayerischer Soldat verwiesen worden, der mich auf der Rückreise vom Urlaub im Reichstage besuchte. —

(Abg. *Dittmann:* Genau wie bei uns: die Leute kamen auf Urlaub und brachten Beschwerden vor!)

Der Mann war Mitglied des katholischen Gesellenvereins Nürnberg, und der Präses dieses Vereins hat ihn wegen seiner Beschwerde entweder unmittelbar oder durch Vermittelung eines anderen bayerischen Kollegen, der ihm bekannt war, an mich verwiesen. Der Mann hatte sich in erster Linie darüber beschwert, daß er von seinem ersten Offizier auf dem betreffenden Schiff wiederholt zu Unrecht bestraft worden sei und daß er die Arreststrafe habe absitzen müssen. Ihm sei Unrecht geschehen, was er mir im einzelnen klarlegte. Bei der Prüfung, ob die Beschwerde objektiv berechtigt war oder nicht, war ich natürlich auf die Mitteilung des Mannes selbst angewiesen. Den Namen des Mannes werde ich noch feststellen können; er ist von mir späterhin den Akten des Reichsmarineamtes mitgeteilt worden. Den Herren ist ja bekannt, ich will es aber in diesem Zusammenhang wiederholen. Man hat seinerzeit verschiedene Beschwerden bekommen, die notorisch und greifbar unbegründet waren, Beschwerden von Leuten, die dem Dienst nicht gewachsen waren, die vielleicht schon zu Unrecht ausgehoben worden waren, woraus sich dann Reibereien zwischen Vorgesetzten und Untergebenen ergaben. Ich war gewohnt, die eingelaufenen Beschwerden, die an mich kamen, stets genauestens zu prüfen, und zum Teil aus diesem Bestreben heraus, der einzelnen Beschwerde des betreffenden Matrosen materiell nachzugehen, habe ich mich mit ihm in ein näheres Gespräch eingelassen, habe auch über die Zustände der Marine im allgemeinen gesprochen, weiterhin darüber, wie sich eine vor dem Kriege eingerichtete Institution, eine Art soziales Institut für die Mannschaften, während des Krieges bewähre — bei allen Truppenteilen gab es Anliegen häuslicher und persönlicher Natur —; nach alledem habe ich mich eingehend erkundigt. Im Laufe des Gesprächs kamen wir auch auf den Geist, die Haltung und Führung bei der Truppe zu sprechen, und dabei erfuhr

[1]) Vgl. hierzu Bd. 9, I dieser Reihe S. 15.

ich von dem, was mir zuvor auch anderwärts gesagt worden war, was ich aber mehr für eine aufgebauschte Erzählung irgendeines „Leichtverwundeten“ gehalten habe, um den Trimbornschen Ausdruck zu wiederholen, daß auf einzelnen Schiffen zweifellos Vorgänge vorgekommen waren und Verabredungen unter den Mannschaften bestünden, die ich rechtlich als glatte Meuterei, als glatten Landesverrat hätte bezeichnen müssen. Ich habe mir die Einzelheiten, die mir der Mann damals sagte, genau notiert. Ich weiß natürlich heute die Namen der einzelnen Schiffe nicht mehr aus dem Gedächtnis, sondern muß mich hierbei auf den Wortlaut meines Briefes stützen. Ich erinnere mich noch genau, daß er unter anderem erwähnte, es sei beabsichtigt, auf Grund eines einhelligen Zusammenwirkens der Mannschaft des betreffenden Schiffes, falls es auslaufen würde und der Befehl käme, bestimmte Teile des Schiffes zu vernichten und ins Meer zu werfen, damit das Schiff manövrierunfähig würde. Das war eine der stärksten und gravierendsten Mitteilungen, die mir gemacht worden waren. Ich habe die einzelnen Mitteilungen in meinem Briefe absichtlich nicht aufgeführt, weil sie zum Teil dem Betreffenden nur vom Hörensagen bekannt waren und er sie nicht aus eigener Wahrnehmung wußte.

An dem Tage, als der Mann mich aufgesucht hatte, wollte ich noch nachmittags ins Reichsmarineamt gehen und dort vorstellig werden. Aus seinen Mitteilungen hatte ich den Eindruck gewonnen: in der Marine gehen Dinge vor, die unter Umständen für das ganze Vaterland und für die ganze Kriegführung von ganz großer Bedeutung sein können, und die dem Kriege eine entscheidende Wendung zu unseren Ungunsten geben können. Ich gewann auch den Eindruck, daß hier vielleicht eine Tätigkeit einzelner Mitglieder der USPD mitspielte, die mit den Vorgängen in einem gewissen Zusammenhang stünde. Dieser Verdacht hat sich mir sofort aufgedrängt. Ich habe mich nun bemüht, an jenem Tage, weil ich die Mitteilungen für besonders wichtig erachtete, noch ins Reichsmarineamt zu gehen. Ich konnte das aber an dem betreffenden Tage nicht mehr bewerkstelligen. Ich habe aber sofort, nachdem ich nach Haus gekommen war, an das Reichsmarineamt in einem Brief Mitteilung gemacht und die Untersuchung verlangt.

In Ergänzung des Inhalts meines Briefes muß ich erwähnen, daß mir damals auch genaue Mitteilungen im einzelnen gemacht worden sind über die Gründe, die in dem Brief aufgeführt sind, also daß auf dem einen oder anderen Schiff dieser oder jener Offizier Nahrungsmitteldurchstechereien getrieben habe — darunter verstehe ich, daß Nahrungsmittel, die für die Mannschaften bestimmt waren, weggenommen und für die Familie des betreffenden Offiziers verwendet wurden —, daß Urlaubszusagen nicht eingehalten worden waren, auf die sich der Betreffende schon verlassen hatte, und zwar

aus nichtigen Gründen. Von diesen Klagen, die sonst im Briefe aufgeführt sind, war mir im einzelnen Material mitgeteilt worden, deren objektive Wahrheit ich natürlich im einzelnen nicht prüfen konnte. Aber die Mitteilungen schienen mir so wichtig, daß ich unter allen Umständen die sofortige dringendste Klarlegung durch eine rücksichtslose Untersuchung für unabweisbar notwendig erachtet habe.

Ich habe auf meinen Brief keine Antwort vom Reichsmarineamt bekommen. Sonst war es üblich, daß Beschwerden, die ein Abgeordneter vorbrachte, wenigstens allgemein dahin beantwortet wurden, der Brief sei in Einlauf gekommen, usw., es werde dem Vorgebrachten nachgegangen werden und dann Mitteilung gemacht werden. Aber ich bekam keine Mitteilung auf meinen Brief.

Als dann der Haushaltsausschuß des Reichstages im August wieder zusammentrat — es war das am 21. August 1917 —, wurde ich von einem Kapitänleutnant des Reichsmarineamts erwartet mit dem Bemerken, der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts wünsche mich dringendst zu sprechen und ich solle möglichst bald eine Stunde mitteilen, wann die Besprechung angenehm sei. Ich erklärte, daß sofort die Sitzung des Hauptausschusses beginne. Es wurde mir gesagt, der Staatssekretär v. Capelle werde auch zu dieser Sitzung erscheinen, und ich bemerkte darauf, wir könnten dann das nähere sofort in der Sitzung besprechen. Nach der Sitzung hat der Herr Staatssekretär mir mitgeteilt, es handle sich um meinen Brief und die aus Anlaß dieses Briefes vom Reichsmarineamt unternommenen Schritte. Er habe mir über den Empfang dieses Briefes keine Mitteilung gemacht aus den Gründen, die er im Laufe der Besprechung, die er anregte, noch darlegen werde.

Er wollte dann eine Gelegenheit zu einer ausführlichen Rücksprache haben. Ich will noch ergänzend bemerken: als ich das Marinereferat übernahm, hatte mir der Herr Kollege Noske die Mitteilung gemacht, er habe mit meinem Vorgänger im Referat die Abmachung getroffen, daß bei wichtigeren Besprechungen, die also nicht rein persönliche Angelegenheiten oder solche von nur lokaler Bedeutung zum Gegenstande hatten, beide Referenten des Reichstages gemeinsam beim Reichsmarineamt tätig sein sollten. Ich habe mich an diese Abmachung natürlich erinnert und hielt mich für verpflichtet, angesichts dieser Angelegenheit von großer Bedeutung den Herrn Staatssekretär zu bitten, zu der Besprechung auch den Korreferenten des Etats, Herrn Abg. Noske, zuzuziehen. Der Staatssekretär war damit einverstanden und erklärte, ihm sei es sogar sehr angenehm, wenn Herr Noske an dieser Besprechung teilnehmen könne.

Die Besprechung hat dann einige Tage darnach im Reichsmarineamt stattgefunden. Wer außer Noske und mir an der Besprechung im Reichsmarineamt noch teilgenommen hat, weiß ich heute nicht mehr genau. In dieser ersten Sitzung machte der Herr Staats-

sekretär v. Capelle zunächst über den Brief Mitteilung, den ich an das Reichsmarineamt bzw. an den Staatssekretär persönlich geschrieben hätte. Was ich sage, soll keine eigene Lobhudelei sein, sondern nur zeigen, wie der Staatssekretär von meinem Brief überrascht gewesen sein muß. Er hat zunächst allgemein erwähnt, daß ich mir damit um die Marine sehr große Verdienste erworben hätte; es seien Dinge zur Sprache gekommen, die man nicht gewußt habe usw. Er hat dann angefügt, als der Brief gekommen sei, habe er sich zunächst — dem Sinne nach — gesagt, es würden Dinge behauptet, die ganz unmöglich seien. Dann hätte er, so meine ich mich erinnern zu können, sich mit einzelnen Herren des Reichsmarineamts besprochen und man hätte schließlich gesagt: so unwahr die Behauptungen zum Teil sein werden, die Untersuchung wird verlangt, also muß sie stattfinden. Daraufhin sei der Brief funkentelegraphisch nach Kiel und Wilhelmshaven weitergegeben worden.

Abg. *Brüninghaus:*

Herr Dr. Pfleger, ist diese Auffassung von Capelle, daß die Dinge, die im Brief behauptet würden, ganz unglaublich wären, nach Ihrer Erinnerung auf die schlechte Verpflegung, Behandlung usw. zu beziehen oder auf jene Vorgänge, die Sie dahin geschildert haben, daß innerhalb der Marine politische Bewegungen in gewissem Einverständnis mit der USPD im Gange wären?

(Abg. Dr. *Pfleger:* Worauf Staatssekretär v. Capelle die Sache bezog, weiß ich natürlich nicht.)

Um Ihr Gedächtnis aufzufrischen: Beschwerden über Essen und schlechte Behandlung sind ja häufiger vorgekommen. Aber was Capelle nach meiner Erinnerung so stark frappiert hat, war die Tatsache, daß in Ihrem Brief Zusammenhänge dargestellt wurden, die zwischen Flottenangehörigen und Angehörigen der USPD beständen und daß in der Flotte bereits Verabredungen und dergleichen stattgefunden hätten, die Sie im Eingang Ihrer Ausführungen hier zum Vortrag gebracht haben. Vielleicht können Sie uns darüber nähere Erklärungen abgeben.

Abg. Dr. *Pfleger:*

Auf die Frage möchte ich nur bemerken: was Staatssekretär v. Capelle nach meiner Erinnerung als ganz unglaublich und undenkbar ansah, war die förmliche Meuterei, waren die Gehorsamsverweigerungen, der Vorfall mit den Schlauchleitungen auf dem Schiff „Thüringen" und der Umstand, daß dafür das schlechte Beispiel der Offiziere usw. die Ursache gewesen sei; er glaubte jedenfalls, daß ich von unzuverlässigen Gewährsmännern „hereingelegt" worden sei.

Nun hatte ich in der Sitzung veranlaßt, daß der Wortlaut des Briefes bekanntgegeben wurde. Das ist nach meiner bestimmten Erinnerung geschehen. Ich habe deswegen Gewicht darauf gelegt, daß dieser in dem Bericht des Herrn Abgeordneten Dittmann vom

28. Juli datierte Brief in der Sitzung bekanntgegeben wurde, weil der Kollege Noske von mir nicht informiert worden war. Ich mußte doch danach trachten, daß der Korreferent über den Etat über das, was ich als Beschwerdegegenstand angesehen und worüber ich eine Untersuchung gefordert habe, wortwörtlich informiert würde. Deswegen ist der Brief ganz zweifellos in der ersten Sitzung auf mein Verlangen vorgelesen worden, damit der Herr Abgeordnete Noske ein Bild davon bekam. Dann sind Mitteilungen aus den Akten gemacht worden, die aus Anlaß dieses Briefes angewachsen waren. Meines Erinnerns waren es ungefähr drei bis vier ziemlich dicke Bände. Die Berichte über Zeugenvernehmungen usw. waren sehr eingehend. Ich habe mir kurze Notizen gemacht. Das Ganze war von Anfang an als strengst vertraulich bezeichnet worden, auch die von mir gemachten Notizen waren nur für den Gebrauch innerhalb der betreffenden Sitzung bestimmt; daher sind sie auch hernach ohne weiteres vernichtet worden. Ich kann natürlich die einzelnen Mitteilungen, die uns damals gemacht worden sind, heute nicht mehr reproduzieren, sondern ich kann nur den Eindruck wiedergeben, den ich mir als Jurist und als Abgeordneter von den ganzen Vorgängen gemacht habe, und der sich in mir damals sofort gebildet hat:

Ich hatte den Eindruck, daß die Untersuchung so, wie sie geführt war, nicht vollständig abgeschlossen, nicht erschöpfend war. Ich hatte den Verdacht, als ob bei der ganzen Bewegung zum Teil rein persönliche und, ich möchte sagen, lokale Vorgänge auf dem einen oder anderen Schiff eine Rolle gespielt haben. Zum andern Teil aber besteht der Verdacht nach Zusammenhängen von Organisationen in der Marine mit politischen Organisationen außerhalb der Marine. Ich sage ausdrücklich: der Verdacht; Gewißheit oder ein Material, das ausgereicht hätte, um zu sagen: das oder jenes steht fest, war nicht vorhanden. Wohl aber bestand der Verdacht, und ich habe mir gesagt: Wie steht jetzt die Situation? Es ist uns damals mitgeteilt worden, daß aus dieser Untersuchung heraus eine Anzahl von Personen zum Tode verurteilt worden sei; andere seien mit schweren Zuchthausstrafen bedacht worden. Da habe ich das instinktive Gefühl gehabt und dem auch Ausdruck verliehen — ich erinnere mich noch genau, das betont zu haben —, daß nach meinem Dafürhalten eine Vollstreckung eines Todesurteils unter den obwaltenden Verhältnissen nicht eintreten dürfe. Man müsse berücksichtigen, was speziell die Marine betreffe, daß die Marine durch die von uns nun einmal befolgte — ob richtige oder unrichtige Politik, tue nichts zur Sache — Politik im Kriege lange Zeit hindurch zur absoluten Untätigkeit veranlaßt worden sei. Mir sei persönlich bekannt, daß gar nichts den Geist in der Marine so sehr zu unterminieren geeignet gewesen sei wie gerade diese Untätigkeit, teilweise verbunden mit zwecklosem Exerzieren usw.

Kurz, ich wies auf diesen Faktor hin, der die Psyche der Soldaten zu erschüttern geeignet gewesen sei; ferner dürfe man nicht übersehen, daß die Klagen und Beschwerden, die über die Beköstigung hier vorgebracht seien, zweifellos auf vielen Schiffen berechtigt gewesen seien. Das ginge sowohl aus den mir damals gemachten Mitteilungen als auch aus den Mitteilungen hervor, die ich in der Zwischenzeit noch erhalten hätte. Endlich wies ich darauf hin, daß zweifellos auch auf einzelnen Schiffen das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften nicht das gewesen sei, welches anderwärts bestünde, und welches wünschenswert sei.

Aus diesen Erwägungen heraus, nachdem mir namentlich ein Zusammenhang zwischen politischen Organisationen außerhalb der Marine und Organisationen auf den Schiffen als möglich erschien, habe ich dringendst gebeten, von einer Vollstreckung der Todesurteile unter allen Umständen abzusehen.

Darauf ist mir vom Herrn Staatssekretär v. Capelle entgegengehalten worden, das liege, wie ich wohl wissen würde, außerhalb seines Machtbereichs. Er wies mich auf die kriegsrechtlichen Vorschriften hin. Ich habe erklärt, diese seien mir selbstverständlich bekannt; nachdem wir nun aber einmal in der Sache gehört würden, hielte ich mich auch für berechtigt, dem dringendsten Wunsche Ausdruck zu geben, daß die Todesurteile nicht zur Vollstreckung gelangen sollten. Dagegen erachtete ich es als ein Gebot der Stunde, daß unter allen Umständen auch die Frage geklärt werden müsse: Besteht wirklich der Zusammenhang zwischen politischen Organisationen außerhalb der Marine und der Marine?

Da ist mir nun mitgeteilt worden — ich erinnere mich dessen auch noch genau —, daß der Oberreichsanwalt am Reichsgericht nach Kenntnis der Akten sein Gutachten dahin abgegeben habe, er könne für eine Verurteilung der in dem Brief erwähnten Abgeordneten Dittmann, Haase, Vogtherr und der Frau Zietz nicht garantieren. Der Ausdruck „nicht garantieren“ ist mir noch genau in Erinnerung als eine uns mitgeteilte Äußerung des Oberreichsanwalts. Ich habe daraufhin erklärt, dieser Ausdruck komme mir etwas eigenartig vor. Er bekunde eine Darstellung der Aufgaben eines Staatsanwalts, die ich nicht teile. Es sei nie Aufgabe eines Staatsanwalts zu „garantieren“, sondern in dem vorliegenden Falle handle es sich darum, ob ein solcher Verdacht gegeben sei, daß die Einleitung einer Untersuchung gerechtfertigt sei. Das sei der springende Punkt, um den es sich drehe. Ob eine Verurteilung komme oder nicht, könne man niemals auf Grund von Voruntersuchungsakten feststellen, das sei immer nur die Frage des Ergebnisses der Hauptverhandlung. Die springende Frage sei heute: Ist die Veranlassung gegeben, eine Untersuchung anzustellen? Diese Frage müßte ich aber mit aller Entschiedenheit bejahen.

Darauf ist mir entgegengehalten worden, nun sei die Sache doch wohl so, daß, wenn gegen Abgeordnete ein Untersuchungsverfahren stattfinden müsse, dann der Reichstag gehört werden müsse, es sei denn, daß sie auf frischer Tat ertappt worden seien. Ich ließ mir damals — auch dieses Vorganges erinnere ich mich noch — vom Geheimrat Felisch, dem juristischen Berater des Reichsmarineamtes, ein Strafgesetzbuch geben, habe mir die Sache durch den Kopf gehen lassen und dann erklärt, nach meinem Dafürhalten wäre allerdings die Voraussetzung des Ergreifens auf frischer Tat in gewissem Umfang heute noch gegeben; denn man könne von einem Ergreifen auf frischer Tat reden, wenn man die Bestimmungen in § 139 des Reichsstrafgesetzbuches zugrunde lege, wonach derjenige, der von einem Verbrechen des Hochverrats Kenntnis hat, unter Umständen strafbar ist. Liege ein Hochverrat vor, und könne man nachweisen, daß von diesen bestimmten Dingen — die den Tatbestand des Hochverrats bildeten — der betreffende Abgeordnete Kenntnis gehabt und die Anzeige nicht erstattet habe, dann wäre das ein Unterlassungsdelikt, das immer bis zu dem Momente begangen würde, wo die Anzeige erstattet sei. Also könne man aus diesen Bestimmungen das Vorgehen gegen die Abgeordneten unter Umständen an sich formell rechtfertigen. Diese Erwägung habe ich damals vorgetragen, und soweit ich mich erinnere, hat sich auch Geheimrat Felisch dieser rechtlichen Erwägung angeschlossen.

Es sind nun weiter Bedenken geltend gemacht worden: Wie stelle man sich die Sache vor, wenn der Reichstag auf Vorlage der Akten besteht? Die bisher erwachsenen Akten könne man doch in dem jetzigen Stadium nicht vor das Plenum des Reichstags bringen, auch nicht vor einen Ausschuß; denn es ist selbstverständlich, daß dann, wenn solche Akten auch nur vor einen Reichstagsausschuß kommen, bereits eine mehr oder minder große Öffentlichkeit von dem Inhalt Kenntnis bekommen müsse und bekommen werde, das sei im Interesse der Landesverteidigung im vorliegenden Falle unter allen Umständen schädlich und müsse daher vermieden werden.

Ich habe darauf erklärt: ich stände auf dem Standpunkt, daß eine Preisgabe der Akten an den Reichstag vermieden werden könne. Ich trug deshalb aus der Geschichte des Reichstags einen analogen Fall vor.

Ich wies darauf hin, daß ich nach Lage der Sache bereit wäre, falls die Akten vom Reichstag verlangt werden sollten, im Plenum des Reichstags — ich würde natürlich die Akten noch einsehen müssen — die Erklärung abzugeben, daß ich als Referent des Etats die Akten hätte durchsehen können, und daß nach meiner Überzeugung die Vorlage der Akten an den Reichstag im Interesse der Landesverteidigung absolut ausgeschlossen sei.

Der Herr Abgeordnete Noske, der bei der ganzen Verhandlung mit anwesend war, hat betont, er sei kein Jurist und müsse selbst-

verständlich die Verantwortung für die juristischen Erörterungen, die ich angestellt hätte, mir überlassen; er wisse auch nicht, wie seine Partei sich stelle; er sei jedoch bereit, für seine Person als Korreferent des Etats die gleiche Erklärung im Reichstag abzugeben.

Ich sagte dann den Herren: Wenn die Situation so ist, daß die beiden Referenten des Etats erklären würden, daß die Akten nicht vorgelegt werden könnten, dann möchte ich *den* Reichstag sehen, der den Mut hat, einfach zu sagen: Wir bestehen trotzdem darauf, daß die Akten vorgelegt werden. Eine völlige Klärung der ganzen Sache durch eine gerichtliche Untersuchung müsse unter allen Umständen erfolgen; denn so, wie das Material vorliege, sei es zweifellos unvollständig und ungenau.

Damit war diese Unterredung der Hauptsache nach erledigt. Ich weiß daraus nur, daß die Herren, die anwesend gewesen sind, erklärten, in diesem Sinne mit den übrigen beteiligten Stellen ins Benehmen treten zu wollen, daß dies dann geschehen ist, daß sich insbesondere das Kriegsministerium der Anregung bezüglich der Einleitung der gerichtlichen Untersuchung angeschlossen hat, und daß dann gesagt wurde, es würde über diese Frage noch der Kronrat und der Siebener-Ausschuß des Reichstags, der kurz zuvor eingesetzt worden war, gehört werden. Ich habe mit Rücksicht auf den Inhalt der ganzen Besprechungen und außerdem, weil die strengste Vertraulichkeit von vornherein beschlossen worden war, von den ganzen Vorgängen keinem Menschen etwas gesagt, insbesondere auch nicht meinen Kollegen aus der Reichstagsfraktion, auch nicht dem früheren Herrn Vorsitzenden Exzellenz Spahn, mit dem ich sonst im besten Einvernehmen gestanden habe.

Ich weiß dann noch folgendes: Als im September, glaube ich, der Reichstag wieder zusammentrat, habe ich Exzellenz Spahn wie gewöhnlich besucht. Er war damals preußischer Justizminister, und er hat mir davon Mitteilung gemacht, daß die Sache, bei der ich beteiligt gewesen sei, im ersten Kronrat zur Sprache gekommen sei, dem er beigewohnt habe, und daß man es ihm allgemein kaum geglaubt hätte, daß von einer solchen Angelegenheit ein Mitglied der Fraktion dem Vorstand der Fraktion keine Mitteilung gemacht hätte. Er habe aber, was er auch jetzt noch tue, mein Verhalten nachdrücklichst gebilligt; es sei selbstverständlich, daß dann, wenn eine Sitzung für vertraulich erklärt würde, auch Angehörigen der Fraktion keine Mitteilung gemacht werden könne. Exzellenz Spahn teilte mir auch mit, daß der Kronrat beschlossen habe, von der angeregten Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung Abstand zu nehmen.

Ich habe dann weiterhin von der Marine irgendwelche offiziellen Mitteilungen über den weiteren Verlauf der Dinge nicht gehört. Nur das habe ich gehört, daß zwei Matrosen, die zum Tode verurteilt

worden waren, hingerichtet wurden. Ich habe nicht versäumt, diese Maßnahme als eine nach meinem Dafürhalten verfehlte zu bezeichnen. Es kam dann zu der Szene im Reichstag am 9. Oktober 1917. Ohne daß Noske und ich verständigt worden waren, hatte der Herr Staatssekretär v. Capelle eine Rede gegen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei gehalten und darin auf die Akten Bezug genommen. Ich erinnere mich noch, daß Noske im Plenarsaal zu mir herüberkam und wir uns über die Sachlage unterhielten, ob wir, nachdem wir gar keine Mitteilung von einem derartigen Vorstoß bekommen hätten, jetzt berechtigt wären, im Reichstag unser Wissen von der Sache und unsere Anschauung zum Ausdruck zu bringen. Wir sind beide zu der Anschauung gekommen, die Regierung bzw. das Reichsmarineamt habe allein diesen Vorstoß vorgenommen, nach meinem Dafürhalten auch Dinge hereingezogen, die ich aus den uns mitgeteilten Vorerhebungen absolut nicht für bedeutsam erachtet habe, die aber Staatssekretär v. Capelle für besonders erheblich erachtet hat, und andererseits solche, die mir vom Standpunkt der von mir gewünschten klärenden Untersuchung aus als Verdachtsmomente aufgefallen waren, nicht berücksichtigt. Also muß der Herr Staatssekretär v. Capelle die Suppe selbst auslöffeln, die er sich heute eingebrockt hat. Das war meine Auffassung. Ebenso habe ich dann mit dem Redner unserer Fraktion gesprochen; das war der verstorbene Herr Kollege Trimborn. Ich habe mich auf den Standpunkt gestellt, der Vorstoß gegen die Partei als solche ist zweifellos falsch. Der Beweis, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei programmatisch nach dem schriftlich niedergelegten Programm darauf ausgehen werde, die Marine zu zerstören usw. und derartige Verrätereien zu begehen, werde niemals erbracht werden können. Es sei auch juristisch ganz falsch; denn es könne doch nur der einzelne Abgeordnete oder die einzelne politische Persönlichkeit strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden; das hätte in einer gerichtlichen Untersuchung geklärt werden müssen. Wenn ich mich nicht täusche, hat Trimborn auch ungefähr in diesem Sinne im Plenum sich ausgesprochen, daß die Vorwürfe, die hier erhoben worden seien, gegen eine Partei als solche zweifellos nicht gerechtfertigt gewesen seien.

Abg. *Dittmann:*

Ich habe die Akten durchgearbeitet, die die Sache betreffen, und bin dabei natürlich auch auf die Protokolle der Sitzungen gestoßen, an denen Sie, Noske usw. teilgenommen haben. Nun ist aber ganz merkwürdig, daß das, was Sie hier als Ihre Erinnerungen vorgetragen haben, nicht aus den Protokollen hervorgeht. Es fällt mir nicht ein, irgendwie Ihre subjektive Glaubwürdigkeit zu bezweifeln, das will ich gleich vorweg bemerken. Es kann sich nur darum handeln, ob bei Ihnen die Erinnerung an das, was damals war, eventuell verwischt worden ist durch Mitteilungen, die Ihnen später gemacht worden sind,

und ich will von diesem Gesichtspunkte aus Ihnen vorhalten, was in dem Protokoll steht.

Abg. Dr. *Pfleger:*

Ich möchte gleich bemerken, daß wir an der Abfassung der „Protokolle" keinen Anteil hatten. Wir haben auch nicht eine Mitteilung etwa in dem Sinne bekommen, daß man das Stenogramm zur Genehmigung bekommt. Wenn ich es nicht aus Ihrem Bericht wüßte, wüßte ich überhaupt nicht, daß „Protokolle" geführt worden sind.

Abg. *Dittmann:*

Auch das stelle ich von vornherein in Erwägung. Die Protokolle haben Ihnen natürlich nicht vorgelegen. Aber andererseits weiß man, wenn in den Besprechungen von Ihnen etwas Belastendes über die USPD gesagt worden wäre, so hätte das zweifellos Aufnahme in die Protokolle gefunden. Denn die ganzen Sitzungen wurden abgehalten, um festzustellen, was gegen die USPD vorzubringen wäre.

Da will ich Sie zunächst auf Ihren Brief verweisen. Der Brief lautet:

„Aus Kreisen der Hochseeflotte gehen mir fortgesetzt Nachrichten zu, die ich im Interesse unserer Landesverteidigung nicht mehr länger unbeachtet lassen kann, und zwar um so mehr, als ich Anlaß habe, anzunehmen, daß aus Mannschaftskreisen Abgeordnete der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft über verschiedene Vorkommnisse unterrichtet worden sind.

Es wird mir berichtet: Auf den Schiffen ‚Friedrich der Große', ‚Prinzregent Luitpold', ‚Pillau' seien in letzter Zeit förmliche Meutereien und Gehorsamsverweigerungen vorgekommen; auf ‚Thüringen' sei vor einiger Zeit Wasser aus einer Schlauchleitung auf die in der Messe sitzenden Offiziere ausgegossen worden, ohne daß es gelungen wäre, den Täter zu ermitteln. Als Ursache dieser höchst unliebsamen Vorkommnisse wird angegeben: schlechte Beispiele der Offiziere, vorschriftswidrige Behandlung, schlechte Verpflegung, dann Nichteinlösung von Urlaubsversprechungen usw. Die mir mitgeteilten Einzelheiten sind nicht nur außerordentlich betrübend für jeden Freund unserer Marine, sondern — ihre Richtigkeit vorausgesetzt — unter den gegenwärtigen Verhältnissen geradezu erschreckend.

Da ich annehmen darf, daß bei dem Wiederzusammentritt der Haushaltskommission im August die Vorkommnisse seitens der Arbeitsgemeinschaft vorgebracht und besprochen werden, bitte ich Ew. Exzellenz dringend, jetzt schon den ganzen Sachverhalt durch eine unparteiisch und ohne Ansehen der Person durchgeführte Untersuchung klarzustellen und für sofortige Abstellung der allenfallsigen Mißstände Sorge zu tragen."

Das ist der sachliche Inhalt des Briefes. Sie haben in dem Briefe gesagt, Abgeordnete der Arbeitsgemeinschaft sind unterrichtet worden. Es ist dann weiter gesagt, zweifellos wird die Arbeitsgemeinschaft, wenn der Haushaltsausschuß im August zusammentritt, die Dinge vorbringen und besprechen. Sie schlagen deshalb vor, der Arbeitsgemeinschaft zuvorzukommen und von der Marine aus selbst eine gründliche und unparteiische Untersuchung vornehmen zu lassen, sind Mißstände vorgekommen, sie abstellen zu lassen, um der Arbeitsgemeinschaft, wenn sie die Sache zur Sprache bringt, sagen zu können: Bitte sehr, es ist alles erledigt, wir haben die Sache selbst ins Reine gebracht. Aber es ist keinerlei Andeutung in dem Brief, daß die Arbeitsgemeinschaft oder die USPD auf der Flotte selbst etwas veranlaßt habe. Nun kommt meine Mutmaßung, daß spätere Mitteilungen in Ihrer Erinnerung verschmolzen sind mit den Mitteilungen, die Ihnen zuerst gemacht worden sind. Wenn Ihnen schon mitgeteilt worden wäre, als Sie den Brief schrieben, die Ereignisse der russischen Revolution haben auf unsere Flotte herübergeschlagen, es sind dort Gerüchte im Gange, daß sich Vorgänge abgespielt haben, die Sie als Meuterei ansprechen müssen, als glatten Landesverrat, wie Sie sich hier eben ausgedrückt haben, dann ist es doch auffällig, daß Sie in dem Brief davon nicht irgendeine Andeutung gemacht haben sollten. Das ist das Merkwürdige. Sie haben so doch persönlich der USPD nicht sympathisch oder freundlich gegenübergestanden. Das geht aus Ihrer Darstellung auch hier hervor. Deshalb kann man sagen: Wenn Ihnen damals bereits eine solche Mitteilung gemacht worden wäre, so wäre irgendein Niederschlag davon in Ihrem Brief zu finden gewesen.

Abg. Dr. *Pfleger:*

Ich gebe natürlich zu, seitdem der Brief geschrieben worden ist, sind neun Jahre vergangen, und ich will keineswegs ausschließen, daß das Bild, das ich damals hatte, durch spätere Züge ergänzt worden ist. Ich will mich also keineswegs etwa über die sonstigen Fährlichkeiten menschlichen Erinnerns hinwegsetzen und sie bei mir nicht als unmöglich ausschließen. Aber ich möchte eines bemerken, und das weiß ich allerdings noch bestimmt. Der betreffende Matrose aus Nürnberg hatte mir Mitteilung gemacht, die auf einen Zusammenhang zwischen einzelnen Ereignissen bei der Marine und der politischen Tätigkeit einzelner Abgeordneten der USPD als möglich hingedeutet haben.

Ich weiß das deswegen so genau, weil ich mich bei dem betreffenden Matrosen erkundigt habe, warum er sich bei seinen Angelegenheiten nicht an den Herrn gewendet habe, der im Jahre 1913 oder 1914, wenn ich mich nicht täusche, speziell für die Bearbeitung von sozialen Fragen der Marine in Kiel etatisiert worden war. Ich hatte seinerzeit — Frühjahr 1914 oder im Jahre 1913 —, als ich eine

größere Besichtigungsreise bei der Marine unternahm, Gelegenheit genommen, speziell mit diesem Herrn darüber, was er innerhalb der Marine für eine Tätigkeit zu entfalten beabsichtige, mich eingehend zu unterhalten. Ich hatte aus der Unterhaltung mit ihm die Überzeugung gewonnen, daß die Marineverwaltung da einen guten Griff in der Person gemacht hatte, daß der Mann ein soziales Empfinden habe, auch mit den Leuten verkehren könne usw. Kurz, ich hatte den Eindruck gewonnen, daß dies eine Persönlichkeit sei, die an der Stelle, an der sie sitze, zweifellos außerordentlich günstig wirken könne.

Ich war nun damals der Meinung, der Mann sei noch in Kiel tätig. Ich wußte ja nicht, ob er vielleicht eingezogen war, und ich habe mich nun allgemein nach dem Umfang erkundigt, in dem von dieser Institution, von der Tätigkeit dieses Mannes in den Kreisen der Soldaten Gebrauch gemacht wird. Denn ein solches Bindeglied kann selbstverständlich bei den vielen Anliegen, die sich während des Krieges in den Verhältnissen zu Hause und bei den einzelnen Soldaten, die an der Front gewesen sind, ergeben haben, recht segensreich wirken. Da habe ich mich nun — dessen entsinne ich mich — speziell danach erkundigt, ob von dieser Einrichtung Gebrauch gemacht würde, ob überhaupt in Kiel, nachdem die Einberufung doch einen so großen Umfang angenommen hatte, eine Stelle da sei, an die sich der Soldat in gegebenen Fällen wenden könne. Da sagte mir der Mann: Da geht kein Mensch mehr hinein, da sind ein paar Damen vom Roten Kreuz usw. Ich hatte daher den Eindruck, als ob von dieser Institution und von der Tätigkeit des Roten Kreuzes für diesen Zweck in Kiel so gut wie gar kein Gebrauch gemacht wird. Das habe ich bedauert.

Dann fragte ich: Es kommen doch aber viele Fälle vor, in denen Aufklärung und Rat dringend nötig ist. Ich weiß das aus meiner Tätigkeit: Wir Rechtsanwälte hatten damals an unsern Landgerichten in ganz Bayern die unentgeltliche Beratung von Kriegsteilnehmern und ihren Angehörigen eingeführt, und ich weiß, was da für eine Unmasse von Beschwerden und Einzelangelegenheiten vorgekommen sind. Da wurde mir nun gesagt: Das war früher; aber jetzt ist die Sache — so lautet es ungefähr dem Sinne nach — so: da wird der unabhängige Parteisekretär gefragt! Da fragte ich mich: Wie kommen die Leute von den Schiffen dazu? Ja, hieß es, da finden Versammlungen statt usw. Kurz und gut, das war gewissermaßen der kleine äußerliche Anlaß, aus dem heraus mir dann die näheren Mitteilungen von dem betreffenden Matrosen gemacht wurden, die in mir, wie ich wiederholt betone, den Verdacht erweckten: die Untersuchung, die uns im Reichsmarineamt vorgetragen wurde, ist nicht vollständig, ist nicht erschöpfend. Ich habe den Standpunkt vertreten und halte ihn auch heute noch aufrecht: Ergibt sich für mich, daß

die Leute, die an der Front irgend etwas Unrechtes begangen haben, gegen die vielleicht noch Untersuchungen wegen Landesverrat und dergleichen schweben, vielleicht die Opfer von Leuten sind, die als Drahtzieher in Berlin hocken, dann kann man einen solchen Menschen nicht einfach zum Tode verurteilen, oder wenn es geschieht, kann man das Urteil nicht vollstrecken. Dann muß man dem Umstand, daß er von anderer Seite in seiner ganzen Mentalität beeinflußt worden ist, Rechnung tragen.

Abg. *Joos:*

Aber warum haben Sie in dem Brief nichts davon erwähnt?

Abg. Dr. *Pfleger:*

Ich habe die Behauptungen, die ich aufgestellt habe, vorsichtig abgewogen. Der Brief ist natürlich nicht in der Mentalität geschrieben — ich habe natürlich nicht damit gerechnet —, daß es sich um eine Urkunde handelt, über deren ganzen logischen Zusammenhang ich später einmal gehört würde. Solche Briefe hat man doch Dutzende, Hunderte während des Krieges geschrieben. Also an so etwas habe ich dabei nicht gedacht. Aber ich betone ausdrücklich: es war mir darum zu tun, daß eine Untersuchung stattfindet, und in allererster Linie die Untersuchung zur Abstellung der Mißstände in der Verpflegung oder sonstiger Mißstände, die bekannt geworden waren. Ich habe mir gesagt: wenn die Behauptungen des Matrosen richtig sind, dann ergibt sich daraus ganz von selbst, automatisch, daß die Untersuchung über die allenfallsigen Zusammenhänge politischer Natur ohne weiteres Klarheit schaffen muß. Das sage ich ganz offen.

Man hat sich selbstverständlich hinterher und auch früher schon über die USPD und ihre einzelnen Mitglieder im Reichstag unterhalten, namentlich auch über die Gründe, die zur Absplitterung geführt haben. Und da hat man sich allgemein über Haase gewundert, und zwar vor diesen Vorgängen und auch hernach, und hat gesagt, Haase sei nach seinem ganzen Naturell und seiner ganzen Mentalität eigentlich kein Mann, den man sich in der Gesellschaft von Dittmann und Vogtherr denken könne. Das war damals die Meinung im Reichstag.

(Abg. *Dittmann:* In andern Kreisen wird aber das Gegenteil gesagt!)

— Ich habe zu sagen, was mir gesagt worden ist. Man hat sich speziell späterhin — ich muß das in dem Zusammenhang auch anführen —, als der Vorstoß im Reichstag gewesen war und nun eine größere Anzahl von Abgeordneten mit der Sache befaßt worden sind, in Abgeordnetenkreisen überwiegend dahin ausgesprochen: Gewiß, Abg. Haase kommt in der Untersuchung mit vor, aber man glaubt nicht, daß er sich irgendwie an hochverräterischen Unternehmungen beteiligt hat. Dagegen herrschte allerdings in weiten Kreisen des Reichstags die Meinung, daß dies bei den Herren Abgeordneten

Dittmann und Vogtherr keineswegs ausgeschlossen sei, daß man ihnen dies zutrauen könne.

Ich will in dem Zusammenhang noch bemerken, daß diese Auffassung keineswegs von Leuten ausgegangen ist, die etwa auf der äußersten Rechten gestanden wären, ich will auch nicht sagen, von den Kreisen der SPD; denn damals waren die Charakteristiken hüben und drüben viel schärfer, als sie heute von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken sind. Aber das Urteil stützte sich auch auf die Anschauungen von Männern, die sicherlich sehr abwägend gewesen sind, und ich glaube sagen zu können, daß dieses Urteil in etwa auch das der Herren Abgeordneten Fehrenbach und Spahn gewesen ist.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Das Problem läßt sich sehr leicht lösen. Das, was der Herr Kollege Pfleger angab, deckt sich meines Erachtens vollkommen mit dem Brief. Herr Abgeordneter Pfleger stellte doch damals die Frage, ob die soziale Beratungsstelle noch funktioniere. Da wurde ihm gesagt: Nein, wenn die Leute Wünsche haben, gehen sie nicht zum Roten Kreuz, sondern zu dem unabhängigen Parteisekretär. Das steht auch hier. Es wird hier erklärt:

„Um so mehr, als ich Anlaß habe anzunehmen, daß aus Mannschaftskreisen Abgeordnete der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft über verschiedene Vorkommnisse unterrichtet worden sind."

Denn daß es die Parteisekretäre weitererzählen, ist ohne weiteres klar. Es ist also genau dieselbe Tatsache, die Sie im Brief geschrieben haben.

Abg. *Dittmann:*

Wo soll der Parteisekretär gewesen sein? Es war weder in Kiel noch in Wilhelmshaven ein Parteisekretär der USPD. In Wilhelmshaven war überhaupt nichts, nicht mal eine Ortsgruppe der USPD, in Kiel war eine Ortsgruppe; da waren Vertrauensleute, die solche Sachen behandelten, aber die standen in Arbeit und konnten doch nicht den ganzen Tag Auskünfte geben.

Abg. Dr. *Pfleger:*

Das weiß ich nicht. Der Matrose hat mir zweifellos nur Andeutungen gemacht, daß ein Zusammenwirken zwischen einzelnen Persönlichkeiten der USPD in Kiel mit den Matrosen stattfinde. Ich spreche selbstverständlich als vorsichtiger Mensch nicht brieflich einen so ungeheuren Verdacht aus, sondern angesichts der Mißstände, von deren Vorhandensein als Einzelerscheinung ich vollkommen überzeugt war, glaubte ich, daß bei der Erörterung dieser Fragen naturnotwendig auch die andere Frage eine Klärung finden müsse. Deshalb war ich auch etwas enttäuscht darüber, daß man bei der Untersuchung mit den einzelnen Angehörigen der Soldaten Schluß gemacht und die andere Frage nicht mehr geklärt hat, sondern

sich an die Anschauung des Oberreichsanwalts geklammert hat, der erklärte, für eine Verurteilung könne er keine „Garantie" übernehmen — ein Standpunkt, den ich, wie gesagt, absolut für falsch und mit dem Wesen einer Voruntersuchung gar nicht vereinbar halte.

Abg. *Brüninghaus:*

Ich wundere mich eigentlich, daß irgendein Zweifel darüber bestehen kann, daß der Herr Abgeordnete Pfleger damals die Zusammenhänge, die nach Auffassung einiger Leute zwischen der Bewegung auf den Schiffen und der USPD bestand, etwa nicht zur Sprache gebracht haben sollte.

Die Sache liegt doch so, daß im Anschluß an die Unterhaltung über diesen Brief — ich möchte den Herrn Kollegen Pfleger bitten, sein Gedächtnis nach der Richtung hin vielleicht einmal etwas aufzufrischen — dann die Unterredungen stattgefunden haben, bei denen auch Herr Noske zugegen war. Bei dieser Gelegenheit hat meines Erinnerns Noske auch einmal gesagt: „Die USPD weiß von den ganzen Geschichten; ich habe die Zietz mit dem Vogtherr sehr betrübt zusammenstehen sehen." Nun scheint mir ziemlich klar zu sein, daß, wenn ein Mann wie Noske etwas Derartiges sagt und der Herr Abgeordnete Pfleger dabeisitzt, man unmöglich annehmen kann, daß der Abgeordnete Pfleger bei dieser Gelegenheit nicht im Bilde darüber gewesen wäre, daß zwischen der USPD und den Leuten an Bord irgendwelche Beziehungen — ich will mich auch sehr vorsichtig ausdrücken — stattgefunden haben sollen.

Infolgedessen erscheint es mir müßig, daß jetzt hier dem Herrn Abgeordneten Pfleger vorgehalten wird, daß man auf Grund des Wortlautes dieses Briefes nicht ohne weiteres überzeugt sein könne, daß der Herr Abgeordnete Pfleger bereits damals etwas von den Zusammenhängen zwischen einzelnen Stellen der USPD und den Schiffsbesatzungen gewußt habe. Das erkennt man ohne weiteres aus den Protokollen, die niedergeschrieben worden sind und die auch der Herr Abgeordnete Dittmann teilweise verwendet hat. Daraus geht hervor, daß über diese Zusammenhänge groß und breit schon von den Abgeordneten Noske, Pfleger und von Herrn v. Capelle geredet worden ist. Ich glaube, Herr Dr. Pfleger hat die Sache richtig dargestellt.

Nun kann man vielleicht sagen, der Brief von Pfleger sei ja einen Monat oder so vorher geschrieben, und könnte daraus wieder deduzieren, der Herr Abgeordnete Dr. Pfleger habe vielleicht damals von der Geschichte nichts gewußt. Ich halte das nach den Ausführungen Pflegers für ausgeschlossen. Ich erinnere mich außerdem, daß Dr. Pfleger mir einmal folgendes erzählt hat:

Der Nürnberger Obermatrose habe ihm mitgeteilt, daß die Mannschaften sich seit geraumer Zeit nicht mehr mit ihren Beschwerden und Kümmernissen an die eigens für diese Zwecke ge-

schaffene amtliche Stelle wendeten, sondern an den Parteibeamten der USPD, und daß auch Versammlungen von Teilen der Schiffsbesatzungen an Land stattgefunden hätten.

Ich kann nicht mehr sagen, wann das gewesen ist. Die Tatsache besteht aber m. E., daß bereits damals Schiffsbesatzungen oder Teile von Schiffsbesatzungen Versammlungen abgehalten haben und daß sich die Leute nun bei Anliegen an den Parteisekretär oder Vertrauensmann — ich weiß nicht, welche Stelle da zuständig war — der USPD gewandt haben. Das ist eine Tatsache, um die man nicht herumkommen kann.

Nun ist in dem Bericht des Herrn Abg. Dittmann zum Ausdruck gebracht worden — entgegen dem Brief —, daß in Berlin die beteiligten Abgeordneten — also wohl in erster Linie Vogtherr, der ja für die Marine zuständig gewesen ist, Dittmann und Haase und die Frau Zietz — überhaupt von dieser Geschichte in der Marine gar nichts gewußt hätten. Die Frau Zietz hat nachher, nachdem die Sache längst vorbei war, gesagt, man sei heute klüger als damals, und das berechtigt auch Herrn Abg. Dittmann bis zu einem gewissen Grade, zu sagen, da die Dinge neun Jahre lang zurücklägen und eine Menge neuer Sachen aufgetaucht seien, irre man sich manchmal in seinen Erinnerungen. Das gebe ich gern zu. Man nimmt vielleicht etwas hinzu, was man später gehört hat. Aber ich wollte darauf hinaus, daß der Brief, den der Herr Abgeordnete Dr. Pfleger hier geschrieben hat, meiner Auffassung nach mit von der heißen Sorge darum diktiert gewesen ist, daß sich eben politische Bestrebungen auf der Flotte breitmachten, die unter Umständen zu einer vollständigen Lahmlegung der Marine und damit zum Verlust des Krieges führen konnten. Das war doch der Urgrund dieses Briefes, und man kann nicht hinterher sagen, der Wortlaut dieses Briefes lasse auch eine andere Deutung zu.

Abg. Dr. *Pfleger:*

Ich möchte folgendes betonen. Selbstverständlich haben bei der Besprechung im Reichsmarineamt außerordentlich eingehende Darlegungen stattgefunden. Insbesondere ist damals die Frage der Aufhebung der Immunität sehr eingehend besprochen worden. Man hatte mir beispielsweise auch vorgehalten, wenn nun das Resultat der Untersuchungen dahin gehe, daß kein Nachweis zu erbringen sei, daß die beschuldigten Abgeordneten also freigesprochen werden müßten, dann seien wir böse hereingefallen. Darauf betonte ich: in den Augen aller rechtlich Denkenden durchaus nicht; denn selbstverständlich muß so etwas untersucht werden, und in einer Zeit, in der Hunderttausende von Soldaten draußen im Felde für uns kämpfen, kann sich niemand im Inland darüber beschweren, daß er etwa zu Unrecht in eine vorübergehende Untersuchung gezogen worden ist. Das ist der Standpunkt, den ich damals vertreten habe und den ich heute auch

noch vertreten würde. Hierüber ist eingehend gesprochen worden. Dann sind uns auch über die einzelnen Beschwerden über die Beköstigung usw. wieder Aufschlüsse gegeben worden von den Referenten, wie das bei einer solchen Besprechung herzugehen pflegt.

Abg. *Dittmann:*

Das einzige, was Sie, Herr Dr. Pfleger, meines Erachtens als Erklärung dafür angegeben haben, weswegen Sie von den angeblichen politischen Beziehungen der USPD zu diesen sogenannten Meutereien nichts geschrieben haben, ist, daß Sie meinen, Sie wären sich der Verantwortung bewußt gewesen, die Sie mit einer solchen Beschuldigung gegen eine Partei aussprechen, und hätten geglaubt, wenn die Klagen über Verpflegung, Behandlung, Urlaub usw. geprüft würden, müsse sich das andere mit dabei herausstellen.

(Abg. Dr. *Pfleger:* Ja!)

Schön, das ist eine gewisse Erklärung! Ich muß aber sagen, nach meinem Empfinden ist sie trotzdem nicht ausreichend, wenn ich mir gerade Ihre Einstellung gegen die USPD vergegenwärtige, die, wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf, eine böse, jedenfalls nicht eine freundliche war. Wenn Sie die USPD bei irgendeiner Ungesetzlichkeit ertappt hätten, wären Sie selbstverständlich dahinterher gewesen. Das haben Sie auch zum Ausdruck gebracht. Deshalb befremdet mich die Erklärung, die Sie gegeben haben, daß auch nicht einmal eine Andeutung in diesem Brief enthalten ist. Sie hätten ja auch hierbei hinzusetzen können: „ihre Richtigkeit vorausgesetzt".

Nun komme ich zu dem Protokoll der Sitzung vom 26. August. Mir scheint es wichtig zu sein, vielleicht das ganze Protokoll im Zusammenhang zu verlesen, weil ich eine ganze Anzahl Stellen daraus vortragen müßte.

(Abg. *Joos:* Wir wissen natürlich nicht, ob es diese Sitzung war!)

— Nein! Aber es ist charakteristisch: diese Sitzung, deren Protokoll ich jetzt verlesen will, wurde abgehalten, um mit den Marinereferenten darüber zu sprechen, was in der ganzen Sache zu tun sei, ob gegen die USPD irgendwie Material heranzuholen sei. Wenn irgend etwas bekannt gewesen wäre, wäre es zweifellos auch in dieser Sitzung vorgebracht worden[1]).

Nun ist noch eines sehr merkwürdig: Herr Kollege Dr. Pfleger ist bereit gewesen, den Brief der Marine zu geben, und wie er uns gesagt hat, hat er den Brief gegeben. Bei den Akten ist der Brief aber nicht, und es befindet sich auch kein Hinweis auf den Brief in den Akten. Wenn darin irgend etwas gestanden hätte, was man gegen die USPD hätte verwenden können, dann wäre es doch sehr

---

[1]) Vgl. den vom Abg. Dittmann verlesenen Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung vom 26. August 1917, Bd. 9, I dieser Reihe S. 17.

merkwürdig, daß er nicht verwertet worden ist. Ich schließe also daraus, daß in dem Briefe mutmaßlich gestanden haben wird: die USPD-Abgeordneten sind von all diesen Mißhelligkeiten an Bord unterrichtet worden, und sie werden das zur Sprache bringen. Es wird aber nichts in dem Brief gestanden haben, was irgendwie gegen die USPD verwendet werden konnte; es wird nichts darin gestanden haben, daß die USPD mit den Marineangehörigen strafbare Anzettelungen geplant hätte. Andererseits hat in dem Brief gestanden — das geht aus der Inhaltsangabe des Herrn Abg. Dr. Pfleger bereits hervor —, daß als Gründe zu den unliebsamen Vorgängen angegeben wurden: schlechte Beispiele der Offiziere, vorschriftswidrige Behandlung, schlechte Verpflegung, nicht eingelöste Urlaubsversprechungen. Und aus dem Protokoll geht hervor, daß der Herr Abg. Dr. Pfleger gesagt hat, Beschwerden über schlechte Behandlung stünden in dem Briefe, so daß ich annehmen muß: die Marineleitung hat sich gesagt: bringst du diesen Brief zu den Akten, so enthält er eine große Anzahl Beschuldigungen gegen Marineoffiziere, die mit Namen genannt worden sind, das gibt eine endlose Schweinerei; gegen die USPD ist doch nichts darin; also geben wir den Brief lieber nicht zu den Akten.

Wenn der Inhalt des Briefes sich hätte gegen die USPD verwerten lassen, so hätten die Marinekriegsgerichtsräte ihn in den späteren Prozessen verwendet. Dann würde ihn auch der Amtsrichter Dr. Holthöfer, der die ganze Untersuchung gegen Frau Zietz und damit gegen die Abgeordneten geführt hat, verwendet haben. Man muß also den Schluß ziehen: der Brief ist nicht nur nicht bei den Akten, sondern er ist auch gar nicht verwendet worden, und daraus muß man schließen, daß nichts in dem Brief gestanden haben kann, was man gegen die USPD hätte ausschlachten können.

Die Leute, die die Untersuchung geführt haben, haben doch absolut keine Sympathie für die USPD gehabt — genau so wenig wie der Herr Abgeordnete Pfleger —, alle waren Gegner der USPD, und keiner wird aus Sympathie für Dittmann, Haase, Vogtherr gesagt haben: dem gehen wir nicht nach.

(Abg. *Joos:* Vielleicht ist der Brief nicht zu den Akten genommen worden, weil darin etwas gegen Offiziere gesagt war!)

— Trotzdem hätte man doch seinen Inhalt verwenden können, wenn eben etwas Verwertbares darin gestanden hätte. Man hätte ja eine Abschrift zu den Akten nehmen können, in der die Namen der Offiziere nicht genannt waren und hätte sagen können: das Original befindet sich da und da.

Abg. Dr. *Pfleger:*

Ich betone noch einmal: ich habe vorhin erklärt, daß ich nicht etwa auf anonyme Äußerungen x-beliebiger Leute hin mein Vorgehen aufgebaut habe, sondern auf Grund von Mitteilungen, die mir per-

sönlich gemacht worden waren von Marineangehörigen, Marinebeamten usw. oder von Angehörigen der Zentrumsfraktion, die mir ihrerseits ihre Mitteilungen zur sachgemäßen Verwertung anvertraut haben. Ich habe weiter erklärt, daß ich den Namen desjenigen Mannes, von dem die Mitteilungen stammten, späterhin auch dem Reichsmarineamt mitgeteilt habe.

Sie sind da in einem Irrtum, Herr Kollege Dittmann. Ich glaube nicht, gesagt zu haben, daß ich den Brief des Mannes dem Reichsmarineamt gegeben habe. Nur, daß ich auf Verlangen bereit war, den Brief einzuliefern, habe ich gesagt, unter der Garantie, daß dem Manne nichts geschieht. Mir ist auch diese Garantie gegeben worden.

(Abg. *Dittmann:* Aber warum ist der Brief nicht in den Akten?) — Der Wortlaut des Protokolls ist durchaus ungenau. Es ist absolut kein Stenogramm. Es sind Äußerungen darin enthalten, die mir meinem Dialekt nach durchaus nicht liegen.

Abg. *Joos:*

Sie haben den Brief gar nicht vorgelegt?

Abg. Dr. *Pfleger:*

Meines Wissens nicht!

Abg. *Dittmann:*

Ja, dann ist das doch aber eine Unterlassung, die geradezu hanebüchen ist: wenn ein Brief vorhanden ist, der belastendes Material enthält, und man benutzt ihn nicht[1]).

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Jedenfalls scheint die Tatsache festzustehen, daß der Brief von dem Herrn Kollegen Pfleger eben nicht zu den Akten gegeben worden ist.

Abg. *Brüninghaus:*

Im Gegensatz zu Herrn Abg. Dittmann ist nun durch die Verlesung dieses Protokolls — das selbstverständlich ja nur in ganz großen Zügen die Unterredung wiedergibt — festgestellt, daß der Herr Kollege Pfleger, wie er das hier vor uns gesagt hat, zu seinem Briefe durch die Sorge bewegt worden war, daß bereits Verbindungen zwischen Marineangehörigen und Mitgliedern der USPD bestanden. Das ist so einwandfrei durch Herrn Dittmann klargelegt worden, daß wir uns darüber nicht mehr zu unterhalten brauchen.

Wir haben heute den Herrn Abg. Dr. Pfleger gehört und dabei nach meiner Ansicht feststellen können — und das ist für mich wesentlich —, daß er damals in seinem Brief, von dem Herr Dittmann sagte, darin werde die USPD als „waches Gewissen des Reichstags" gefeiert,

---

[1]) Der Brief war dem Reichsmarineamt tatsächlich übergeben worden. Vgl. u. S. 37.

(Abg. *Dittmann:* Sehr richtig!)
bereits klipp und klar nach seiner Erinnerung, auch nach meiner Erinnerung und der Erinnerung aller derjenigen, die zugegen gewesen waren und die ganze Sache miterlebt haben, zum Ausdruck hat bringen wollen, daß ihm aus Kreisen der Marineangehörigen Mitteilungen gemacht worden sind, die zum mindesten den erheblichen Verdacht in ihm hervorgerufen haben, daß zwischen dieser Bewegung auf den einzelnen Schiffen und einzelnen Mitgliedern der USPD gewisse Zusammenhänge existierten.

Dies ist eine Feststellung, die wir aus der heutigen Vernehmung des Herrn Abg. Pfleger, glaube ich, beruhigt einstimmig fassen können, nachdem auch der Herr Abg. Dittmann durch die Verlesung des Protokolls diese meine Auffassung bestätigt hat. Ich halte diese Feststellung immerhin doch insofern für wertvoll, als damit bewiesen ist, daß aus sich heraus, und zwar aus der Sorge für das Wohl der Marine heraus Leute auch an den Herrn Abg. Dr. Pfleger als den Marinereferenten herangetreten sind, die über diese nach ihrer Auffassung bestehenden und noch nachzuprüfenden Ansichten, nämlich daß Beziehungen beständen, Auskunft gegeben haben. Wir sind damit nach meiner Auffassung einen guten Schritt weitergekommen. Damit ist die ganze Attacke, die der Herr Abg. Dittmann gegen den substanziellen Inhalt dieses Briefes geritten hat, gänzlich überflüssig gewesen.

(Abg. *Dittmann:* Es war keine Attacke!)

Herr Kollege Dr. Pfleger hat gesagt, daß ihm diese Sachen entgegengetragen worden wären, worauf Herr Dittmann zu beweisen versucht hat, daß diese Auffassung des Herrn Abg. Pfleger voraussichtlich erst später entstanden ist. Wenn Worte einen Sinn haben, mußte man die Worte des Herrn Abg. Dittmann so auffassen. Wir können die Feststellung machen, daß der Herr Abg. Pfleger in dem Brief implizite, weil er mehr nicht zu Papier bringen wollte, die Ansicht vertreten hat, die er auch in der Vernehmung zum Ausdruck gebracht hat, daß nämlich diese Beziehungen nach Ansicht dieser Marineangehörigen bestanden haben. Das geht auch aus dem Protokoll ganz einwandfrei hervor.

Außerdem ist aus diesem Protokoll auch noch etwas anderes hervorgegangen — darüber wird Herr Noske Auskunft geben können —: daß ebenso wie bei Herrn Kollegen Dr. Pfleger auch bei Noske absolut die Überzeugung bestanden hat, daß die Unabhängigen ihre Bestrebungen nicht einstellen werden. Das hat er nach dem Protokoll wörtlich gesagt. Wir müssen hier schärfer die gegensätzliche Einstellung der USPD und der Mehrheitssozialdemokratie auseinanderhalten, die in klassischer Weise in dem Manifest zum Ausdruck kommt, von der Dritten Zimmerwalder Konferenz in Stockholm.

(Abg. *Dittmann:* Haase hat das gleich im Reichstag verlesen!) Man muß aber heute darauf hinweisen. Heute ist es auch kein Ge-

heimnis, daß die Frau Abg. Zietz als Sekretärin der Unabhängigen Partei betont hat, daß die USPD sowohl legale wie illegale Agitation im weitesten Sinn im Heer, in der Marine und in der Zivilbevölkerung getrieben habe. Das steht in dem Protokoll, und Sie können es heute nicht leugnen, bloß weil die Dinge anders gelaufen sind, als man es in der Maienblüte der Revolution angenommen hat.

Mir ist die Hauptsache, daß heute festgestellt worden ist, daß auch der Brief des Herrn Abg. Pfleger zum Ausdruck bringt, daß damals Beziehungen zwischen den Marineangehörigen und Mitgliedern der USPD bestanden haben.

Abg. *Dittmann:*

Ich will nicht gegen den Herrn Abg. Brüninghaus polemisieren, wenn er „Feststellungen" trifft. Ich will gegenüber dem Herrn Abg. Dr. Pfleger nur darauf verweisen: Er hat mitgeteilt, daß er erst Ende August wieder etwas über das Schicksal seines Briefes gehört hat. Zuerst hat er gar keine Antwort bekommen. Erst als der Haushaltsausschuß Ende August zusammentrat, sind Sie, Herr Dr. Pfleger, von einem Beauftragten des Staatssekretärs v. Capelle zu einer Aussprache gebeten worden. Es wird Sie nun interessieren, was in der Zwischenzeit hinsichtlich Ihres Briefes geschehen ist. Der Admiral v. Trotha hat am 2. August 1917 telephonisch darum gebeten, daß Admiral Hebbinghaus nach Wilhelmshaven käme. Da war der Ausflug von „Prinzregent Luitpold". Das war der Ausgangspunkt der ganzen kriegsgerichtlichen Verfahren. Dann ist Admiral Hebbinghaus hingefahren und hat den Brief mitgenommen. Er berichtet nun am 7. August von Wilhelmshaven, und in seinem Bericht an das Marineamt heißt es:

„Der Flottenchef hat die Anweisung gegeben, mit aller Schärfe zu verfahren und jedes Untersuchungsmittel rechtlicher Natur zur Erforschung der ganzen Wahrheit zu benutzen. Alle bisherigen Nachprüfungen, die Aussagen von Offizieren und die Strafbücher, Menageküchenzettel, Beschwerden usw. ergeben, daß die von der Organisation zur Deckung ihrer eigenen Wühlarbeit und landesverräterischen Zwecke als Unzufriedenheitsgründe in anonymen Klagebriefen angegebenen Punkte:

1. Schlechtes Beispiel der Offiziere,
2. Vorschriftswidrige Behandlung,
3. Schlechte Verpflegung,
4. Nichteingehaltene Urlaubsversprechungen

nicht zu beweisen sind, vielmehr die Kommandos nach jeder Richtung ihre Pflicht getan haben."

Schon in meinem Bericht habe ich diese Art, die Beschwerdeführer zu verdächtigen, gekennzeichnet. In den Sitzungen kehren die vier Formulierungen immer wieder, die der Herr Abg. Dr. Pfleger zitiert hat.

Es heißt z. B. in dem Protokoll über die Sitzung vom 12. August 1917 beim Reichskanzler:

„Der Herr Staatssekretär (Capelle) fügt noch hinzu, daß durch teils raffiniert, teils törichte, lügenhafte Briefe seit Monaten die Außenwelt (Kreise der Angehörigen der Flotte) durch allerlei tatsächlich falsche Gerüchte über Vorfälle auf der Flotte und die vier mehrfach erwähnten vorgeschobenen Klagen: schlechtes Beispiel der Offiziere, vorschriftswidrige Behandlung, schlechte Verpflegung, Nichteinlösen von Urlaubsversprechen beunruhigt sei."

Dann kommt dieselbe Wendung noch einmal vor in einem Brief, den Hebbinghaus von Wilhelmshaven am 4. August 1917 an das Reichsmarineamt gerichtet hat. Er sagt darin:

„Dazu muß ich natürlich auch mit dem Verhandlungsführer des Kriegsgerichts konferieren. Ich muß dabei auch sehr suaviter in modo vorgehen, um nicht das Gefühl oder den Verdacht zu erwecken, ich käme als ‚Großinquisitor' (siehe Brief Pfleger, der eine unparteiische Untersuchung fordert)."

So hat man fortgesetzt den Brief des Herrn Abg. Pfleger behandelt! Hier ist noch ein anderes Beispiel. In einem Briefe von Hebbinghaus vom 6. August heißt es:

„Grobe Versehen der Offiziere, schlechtes Beispiel usw. der Vorgesetzten, unvorschriftsmäßige Behandlung der Untergebenen und Urlaubsverweigerungen sind auf den beiden Schiffen in fühlbarem Maße nicht vorgekommen . . . Schlauchgeschichte? Offiziere wissen nichts davon, keine Untersuchung, keine Bestrafung. Die Offiziere wissen gar nichts von einer Beleidigung."

Allem Anschein nach hat man über die ganzen Beschwerden, die Sie vorgebracht haben, die Offiziere gefragt; es haben aber keine persönlichen Vernehmungen von Mannschaften stattgefunden. Bei einer solchen Art der Untersuchung ist es natürlich unmöglich, hinter die Dinge zu kommen.

So ist man also mit dem Brief von Dr. Pfleger bei der Marineverwaltung verfahren. Und erst Ende August haben Sie eine Antwort darauf bekommen.

Abg. Dr. *Pfleger:*

Ich habe mich selbstverständlich bei den Besprechungen, die im Reichsmarineamt und im Reichstage stattgefunden haben, sowohl damals als später bei den einzelnen Herren Referenten immer erkundigt, was in der Sache zu den einzelnen Punkten geschehen sei, und ich erinnere mich bestimmt an folgende Mitteilungen:

Erstens ist mir gesagt worden, daß allerdings bei einzelnen Schiffen sich herausgestellt hätte, daß die betreffenden Offiziere — ob es nun Kapitäne oder Erste Offiziere waren, weiß ich nicht — als für ihren Posten ungeeignet sich erwiesen hätten und infolge-

dessen eine Revirement stattgefunden habe innerhalb verschiedener Kommandostellen. Das war ein Ergebnis in dieser Sache.

Zweitens, daß hinsichtlich der Verpflegung der einzelnen Kommandostellen neuerlich bestimmte Verhaltungsmaßregeln an die Hand gegeben worden sind, und daß man getrachtet hat, verbessernd einzugreifen.

Drittens ist gelegentlich — daran erinnere ich mich auch — von einem sehr angesehenen Offizier in der Marine mitgeteilt worden, daß er allerdings nicht begreife, wie bei diesen Schiffen solche Vorfälle hätten vorkommen können; die ließen den Schluß darauf zu, daß der betreffende Offizier seinem Amte nicht gewachsen gewesen wäre.

Es hat sich damals bei der Marine gezeigt, wie ich das Bild in Erinnerung habe, genau wie beim Landheer: es war weniger das Verhältnis zwischen aktiven Offizieren und Mannschaften, das irgendwie ein unpassendes war; vielmehr ist ein Mißverhältnis und eine Mißstimmung hineingetragen worden durch inaktive Offiziere, die erst während des Krieges eingezogen worden sind. Überall, wo aktive Offiziere mit ihren aktiven Mannschaften in Betracht kamen, war das Verhältnis viel besser.

Damit allein habe ich mich allerdings nicht begnügt, sondern ich habe immer Aufschlüsse verlangt, was geschehen ist, und habe hinsichtlich der Verpflegung genau wie im Jahre 1916 mich mit dem außerordentlich tüchtigen und gewissenhaften Leiter des Verpflegungswesens, Herrn Geheimrat Schramm, ins Benehmen gesetzt.

Dann noch eine Feststellung, nämlich, daß das nicht der einzige Brief gewesen ist, den ich geschrieben habe. Ich will das noch einmal genau feststellen: Nach meiner Erinnerung habe ich den Brief des Mannes, mit dem ich hier in Berlin konferiert habe, nicht dem Marineamt übergeben, wohl aber habe ich, bezugnehmend auf die ganze Angelegenheit, mindestens noch einmal oder zweimal an das Reichsmarineamt geschrieben.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Ich will nur sagen: Wenn der Herr Abg. Brüninghaus vorhin glaubte, eine Feststellung machen zu können, so ist diese Feststellung doch nur die, daß der Herr Abg. Dr. Pfleger, als er diesen Brief schrieb, subjektiv der Auffassung war, daß bestimmte Verbindung zwischen bestimmten Stellen der USPD und diesen Vorgängen sei.

(Abg. *Brüninghaus:* Jawohl!)

Das wußten wir längst! Ein Beweis ist damit nicht gegeben!

Abg. Dr. *Pfleger:*

Ich habe für meine Person keine tatsächlichen Behauptungen aufgestellt. Mir ist es nur darum zu tun gewesen, mit dem Brief zum Ausdruck zu bringen: das scheint mir nicht genügend geklärt zu sein, es muß unter allen Umständen untersucht werden. Und ich

habe immer betont: es handelt sich um keine Bagatelle, sondern es dreht sich um eine Frage, wo schließlich das Schicksal von Tausenden von Menschen auf dem Spiele steht. Da muß eine Untersuchung geführt und durchgegriffen werden, — ob da nun der Reichsanwalt eine Garantie geben kann oder nicht, und ob es dem einzelnen, der darunter ist, angenehm oder unangenehm ist. Das ist in nuce mein Standpunkt gewesen.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Ich hätte eine Frage, die allerdings schwierig zu beantworten ist. Empfanden Sie 1917 einen wesentlichen, klaren Unterschied zwischen der USPD und der Liebknecht-Gruppe? Waren Sie sich bewußt, daß die Angehörigen der USPD wie Kautsky mehr Theoretiker waren, denen ein Aufstand gar nicht lag?

Abg. Dr. *Pfleger:*

Ich muß Ihnen offen sagen: in die Feinheiten der Unterschiede innerhalb der sozialdemokratischen Gruppen, die während des Krieges entstanden sind, habe ich mich seinerzeit nicht so vertieft, daß ich das heute erklären könnte. Ich kann Ihnen nur mitteilen, welche Mentalität damals unter den Angehörigen des Reichstags bestanden hat, und da habe ich Ihnen bereits erklärt, daß damals die schärfsten Gegensätze im Reichstag zwischen den Mehrheitssozialisten und der USPD bestanden haben. Und da ist es selbstverständlich nach dem alten Sprichtwort: „Wenn Freunde sich streiten, vermeiden sie Höflichkeiten!", daß da auch die schärfsten Ausdrücke gefallen sind. Aber ich habe mich auf diese Mentalität nicht verlassen, sondern darauf, was andere Abgeordnete gesagt haben, denen ich ein sehr ruhiges und abwägendes Urteil zugetraut habe. Da war die Stimmung, die sich im September bei dem Vorstoß im Reichstag zeigte, die: von Haase glaubte man nicht, daß er irgendwie etwas gemacht habe, wohl aber hielt man es bei Dittmann und Vogtherr für möglich.

Abg. *Dittmann:*

Diese Ansicht stammte wohl aus juristischen Kreisen, die den Herrn Abg. Haase genauer kannten, die anderen Abgeordneten aber nicht?

Abg. Dr. *Pfleger:*

So haben sich z. B. ausgesprochen der Herr Abg. Dr. Spahn und der verstorbene ehemalige Reichskanzler Fehrenbach.

Abg. *Joos:*

Die Frage ist nicht unwichtig, die der Herr Abg. Dr. Rosenberg hier gestellt hat. Was wußte man denn damals von der Liebknecht-Gruppe und welche Vorstellungen hatte man davon, d. h., ob sie eine gefährliche Gruppe war, ob sie einen solchen Umfang hatte, daß sie auf den Schiffen wirklich „Herd der Revolution" sein konnte? Oder hat man überhaupt gemeint, es wären die USPD-Leute? Was hat man damals im Reichstag gedacht?

Abg. Dr. *Pfleger:*

Ich kann nur sagen: in dem damaligen Zeitpunkt, um den es sich dreht, war im Reichstag niemand, der die USPD und den Abgeordneten Dittmann als Theoretiker angesehen hätten, sondern sie wurden als Praktiker im Sinne der Liebknecht-Gruppe betrachtet.

Abg. *Joos:*

Was hat man sich unter der Liebknecht-Gruppe vorgestellt?

Abg. Dr. *Pfleger:*

Ich gebe die Mentalität so wieder, wie sie damals nach meiner Erinnerung war, wobei ich wiederum den Vorbehalt machen möchte, daß ich den genauen Zeitpunkt, wann die Liebknecht-Gruppe als politisch bedeutsam erschienen ist, nicht festsetzen kann. Ich glaube, in der Hinsicht sagen zu können, daß mir schon im Jahre 1916 mitgeteilt worden war, die Liebknecht-Gruppe entfalte in Berlin eine starke Organisationstätigkeit. Dann wurde aber wieder mitgeteilt, daß die gleiche Organisationstätigkeit in streng vertraulichen Konventikeln auch der Abgeordnete Ledebour entfalte. Sie, Herr Abg. Dittmann, müssen das Ganze nicht von Ihrem Standpunkt aus betrachten, sondern von unserem Standpunkt aus, die wir politische Gegenfüßler waren. Es ist selbstverständlich, daß wir, namentlich ich, der ich nicht in Berlin gewohnt habe, infolgedessen auch nicht die ständige persönliche Fühlung hatte und über die persönlichen Zusammenhänge hüben und drüben und die einzelnen Phasen der parteipolitischen Entwicklung nie so genau informiert sein konnte, wie Sie es waren.

(Abg. *Dittmann:* Darum immer der Verdacht: alles hat die USPD gemacht.)

Abg. *Brüninghaus:*

Der Herr Abg. Dr. Bergsträßer hat betonen zu sollen geglaubt, daß es sich bei dem, was Herr Dr. Pfleger damals über hochverräterische Umtriebe auf der Marine und ihre politischen Hintergründe gehört hat, nur um subjektive Auffassungen, denen keine Beweiskraft zukomme, gehandelt habe.

Selbstverständlich gibt Herr Dr. Pfleger nicht eigene Wahrnehmungen; er war nicht auf der Flotte, und diejenigen Herren, die nicht auf der Flotte gewesen sind, können nur Mitteilungen wiedergeben, die ihnen überbracht worden sind. Aber gerade auf die gewiß zunächst nur subjektive Äußerung des Herrn Pfleger lege ich besonderen Wert, weil sie mir anzudeuten scheint, daß die Vorgänge viel ernster und tiefer gelegen haben als das etwa aus schlechter Verpflegung auf einzelnen Schiffen und dergleichen sich hätte ergeben können.

Im übrigen bin ich der Ansicht, nachdem der Abgeordnete Dittmann, um das Gedächtnis des Herrn Abgeordneten Pfleger als unsicher hinzustellen, das Protokoll vom 26. August verlesen hat, daß wir die Protokolle ganz durchgehen müssen. Ich habe mir schon in

meinem Korreferat zu dem Bericht des Herrn Abg. Dittmann den Vorschlag erlaubt, der Ausschuß werde nicht darum herumkommen, wenigstens einen Teil der wichtigsten Protokolle entweder selber zu lesen oder sich vorlesen zu lassen. Wenn man z. B. das Protokoll der Sitzung vom 25. August vornimmt, an der fast sämtliche Minister und die Führer sämtlicher großen Parteien teilgenommen haben, bekommt man erst ein richtiges Bild, wie in der damaligen Situation die Vorgänge aufgefaßt wurden. Wir reden heute hier acht bis neun Jahre nach den Vorgängen, und ich erkenne durchaus an: man gibt sich Mühe, das objektiv zu tun. Aber man muß die Vorgänge doch auch unter dem Gesichtswinkel ansehen, wie sie damals von den Zeitgenossen beurteilt wurden, unter dem frischen Eindruck dieser Erlebnisse, von Herren, die ihre Kollegen ganz genau kannten. Erst so bekommt man ein genaueres Bild über die Mentalität, wie sie damals war, oder wie sich die Dinge damals in den Köpfen malten! Das ist doch das Wesentliche. Wir müssen uns darüber klar werden, wie die Zusammenhänge damals waren, wie man auch im Reichstag die Stellung der USPD zu diesen Vorgängen aufgefaßt hat.

(Abg. Dr. *Rosenberg:* Wie die USPD aufgefaßt wurde, wissen wir doch schon!)

Das wissen wir nicht. Es ist nützlich, wenn wir an der Hand der Protokolle die sehr kurzen Ausführungen der einzelnen Parteiführer, speziell auch der Herren von der SPD erfahren. Wir werden dann weiter sehen. Ich habe mir vorbehalten, auf die Zusammenhänge, die zwischen der stark radikalisierten USPD und den Marinemeutereien bestanden, noch zurückzukommen. Dabei können wir nicht an allen den Veröffentlichungen vorbeigehen, die, von offizieller und offiziöser Seite kommend, später die Zusammenhänge zwischen USPD und Marinemannschaften in der damaligen Zeit viel besser und klarer beleuchten, als man damals die Verhältnisse übersehen konnte. Man darf in der Objektivität bei der Beurteilung der Vorgänge nicht so weit gehen, daß man die subjektive Meinung all der leitenden Personen im Parlament und in der Regierung unter den Tisch fallen läßt, und auch nicht so weit, daß man sagt: alles, was hinterher an Veröffentlichungen erschienen ist, lassen wir unter den Tisch fallen und nehmen es als nicht bestehend an. Bei der „Feststellung" unseres Ausschusses müssen wir die objektiven und subjektiven Merkmale würdigen, und man kann dann vielleicht auch zu einer Verständigung kommen, soweit das bei den gegensätzlich eingestellten Auffassungen der Mitglieder überhaupt möglich ist.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Ich stelle von mir aus fest, daß ich nur auf den Unterschied aufmerksam gemacht habe, der darin liegt, daß Herr Pfleger subjektiv eine bestimmte Auffassung gehabt hat, und daß nun aus der subjektiven Auffassung von Herrn Pfleger die Folgerung gezogen werden

soll, objektiv sei etwas so oder so gewesen. Denn um diese Kernfrage hat es sich gehandelt.

Abg. *Joos:*

Ich habe Bedenken dagegen, daß wir noch weiter Akten und Protokolle lesen. Das führt uns zu weit. Wir können wohl sagen, daß diejenigen, die damals so, wie sie gehandelt haben, im guten Glauben handelten, subjektiv für ihren Teil gerechtfertigt waren, weil sie die Dinge so sahen. Was sollen wir uns jetzt darin noch vertiefen?

Abg. *Brüninghaus:*

Die Auffassung, daß die Leute in „gutem Glauben" gehandelt haben, ist eine „Feststellung", die doch wohl erst in einem späteren Stadium getroffen werden könnte.

Zu meiner Anregung, weitere Protokolle heranzuziehen, war ich genötigt, weil Herr Abg. Dittmann die Behandlung, die dem Pfleger-Brief im Reichsmarineamt zuteil geworden ist, m. E. falsch aufgefaßt hat. Wir haben gehört, daß einigen Mißständen, die in dem Briefe zum Ausdruck gebracht worden waren, nachgegangen worden war, daß der Herr Abgeordnete Pfleger genaue Informationen bekommen hat, so daß diese Debatte über die schlechte Behandlung des Briefes des Herrn Abgeordneten Pfleger überflüssig gewesen ist.

Sitzung, Freitag, den 12. November 1926

Fortsetzung der Ausführungen des Abgeordneten Dr. Pfleger und Bekundung des früheren Abgeordneten Oberpräsidenten Noske über die Marinevorgänge 1917/18

Abg. Dr. *Pfleger:*

Es ist mir in der Zwischenzeit gelungen, den Namen des Matrosen festzustellen, den ich in der vorigen Sitzung erwähnte, und weiter die Abschriften der Briefe beizubringen, die seinerzeit, also im Jahre 1917, von den Originalen gemacht worden sind.

(Abg. *Dittmann:* Es handelt sich also um Abschriften, nicht um Originale!)

Die Originale der Briefe sind nach meinen Notizen mit einem Schreiben vom 31. August 1917 dem Staatssekretär des Reichsmarineamtes v. Capelle übermittelt worden. Außer dem ersten Briefe vom 23. Juli liegt ein weiterer vom 20. August 1917 in Abschrift vor. Auch das Original dieses Briefes ging am 31. August 1917 ans Marineamt.

Der Matrose, mit dem ich im Reichstag die Besprechungen hatte und der sich dann später schriftlich an mich gewandt hat, heißt Conrad Lotter; er war damals Obermatrose auf S. M. S. „Bremse", einem Minenkreuzer; er stammte, soviel ich weiß, aus Nürnberg oder aus der Nähe von Nürnberg.

Ich will nun zunächst den Brief vom 23. Juli 1917, den ich hier in Abschrift habe, verlesen. Beide Briefe sind überschrieben: „Euer Hochwürden!", was sich daraus erklärt, daß sie zunächst an Kollegen Domkapitular Leicht gegangen sind, von dem sie mir übergeben wurden.

An Bord, den 23. Juli 1917.

Euer Hochwürden!

In ernstester Stunde muß ich mich erneut an Sie wenden, um Ihnen Mitteilung von traurigen Vorfällen zu machen, die sich in der letzten Zeit bzw. den letzten Tagen innerhalb des Bestandes der Hochseeflotte ereignet haben. Nur mit tiefster Betrübnis gebe ich Ihnen von all dem Kenntnis, darf aber erneut gleichzeitig darauf hinweisen, daß, wenn nicht unverzügliche Schritte unternommen werden, um dem Übel Einhalt zu tun, es leicht möglich sein kann, daß es eines Tages heißt: *Zu spät!*

Mir ist es wahrhaftig nicht darum zu tun, die Sache schwärzer zu schildern, als sie in Wirklichkeit ist, wollte Gott, es wäre anders — aber wollen Sie, hochwürdiger Herr, bedenken, daß Sie zugleich mit der Kenntnis dieser Vorfälle auch das Schicksal von Tausenden von Menschen, das Schicksal unserer Marine, wenn nicht unserer Nation in Händen halten. Das Vaterland ist in Gefahr! —

Nun zur Sache: In allernächster Nähe von unserem Schiff liegt das Flottenflaggschiff S. M. S. „Friedrich der Große", ferner das Flaggschiff S. M. S. „Prinzregent Luitpold" und Seite an Seite mit uns S. M. S. „Pillau".

Auf sämtlichen dieser Schiffe sind in der letzten Zeit schwere Meutereien ausgebrochen, die nur vielleicht noch handbreit vom tätlichen Vergreifen an Vorgesetzten entfernt sind. So hat die Mannschaft auf dem Flottenflaggschiff zum großen Teil sämtliche Geerden, d. h. Spanntaue und Bootsläufer durchschnitten, statt der Kriegsflagge einen zum Schmutzwasseraufnehmen bestimmten sog. Schwabber gehißt usw. Von da bis zu der Drohung, die wichtigsten Geschützteile außenbords zu werfen, war nur ein kleiner Schritt.

Auf S. M. S. „Prinzregent Luitpold" hat die Mannschaft gemeinsam und offen den Gehorsam verweigert, indem sie, trotzdem verschiedene Male „Klar zum Manöver" gepfiffen worden war, beim Einlaufen des Schiffes in die hiesige Schleuse einfach nicht auf Station ging, sondern strikte den Gehorsamsverweigerungsakt aufrecht erhielt, bis schließlich das persönliche Eingreifen des Kommandanten und die Erfüllung der Forderung der Mannschaft die letztere zum Nachgeben bewog. Übrigens lag ein ähnlicher Fall auch auf S. M. S. „Friedrich der Große" vor, wo die Mannschaft trotz wiederholten Befehls einfach nicht auf Reinschiffstationen ging.

Auf S. M. S. „Pillau“ sollte in der vorigen Woche eines Morgens Arbeitsverteilung sein, wozu sich jedoch nur drei bis vier Rekruten einfanden, sämtliche anderen Matrosen waren geschlossen nach dem Deich gezogen und vertrieben sich den ganzen Vormittag mit Spielen und sonstigen Dummheiten.

Die Ursachen all dieser Vorkommnisse sind, wie ich bereits mehrmals zu bemerken Gelegenheit hatte: schlechtes Beispiel seitens der Offiziere, mangelhafte Verpflegung, vorschriftswidrige Behandlung und nichtgehaltene Versprechungen betr. Urlaub usw.

Der Kuriosität halber will ich noch einen Fall erwähnen, der sich vorgestern auf S. M. S. „Thüringen“ zugetragen hat. Dort erhielten die Offiziere, während sie beim Mittagessen in der Messe saßen, plötzlich einen mächtigen Wasserstrahl von einer Schlauchleitung von außen, so daß sie alle ganz naß wurden und das Mittagessen verdorben war. Der Täter wurde nicht ermittelt.

Was sind nun die traurigen Folgen solcher Beispiele? Daß sie vergiftend auf den Geist anderer Besatzungen wirken, daß auch andere Besatzungen mit dem Feuer zu spielen anfangen, und zwar solange, bis über kurz oder lang das ganze herrliche Gebäude unserer Flotte in hellen Flammen steht. Man kann so richtig merken, wie derartige Botschaften von einem Schiff zum andern wandern, wie ich überhaupt den Eindruck habe, als ob bereits geheime Organisationen unter den Mannschaften verschiedener Linienschiffsgeschwader bestehen, die zu gemeinsamen Besprechungen an Land zusammenkommen und auch in See sich gegenseitig verständigen.

Es dürfte wohl kaum nötig sein, Euer Hochwürden auf die furchtbare Gefahr, die in derartigen Verhältnissen zum Ausdruck kommt, noch besonders hinzuweisen. Das Scheußlichste bei all diesen Sachen ist die verderbliche „Blindekuh- und Vogelstraußpolitik“, wie sie von den Vorgesetzten betrieben wird. Man *sieht* und *will nicht* sehen, und weil man nicht sehen will, darum sind auch die Gefahren einfach nicht da für sie, bis dann die Katastrophe hereinbricht. Da unterdrückt und vertuscht man alles, damit ja die oberen Instanzen nichts erfahren, da läßt man sich dann lieber zu Kompromissen herbei, die in sich schon den Keim künftiger Verwicklungen tragen.

Was aber dann, wenn doch eines Tages alles an die Öffentlichkeit gelangt, wenn das deutsche Volk, wenn die Kameraden im Schützengraben von den Heldentaten der blauen Jungens erfahren? Wie, wenn alle bisherigen Anstrengungen, alles opfervolle Durchhalten der Gesamtheit des deutschen Volkes in Zivil und Uniform dadurch vergebens wären, daß die Flotte meutert und einzelne Heeresverbände, durch ihr Beispiel angesteckt, sich zu gleichen Handlungen hinreißen ließen? Man täusche sich nicht über die Gefährlichkeit der Lage!

Man hat davon gesprochen, daß in der Zwischenzeit einzelne Matrosen in Berlin bei Abgeordneten gewesen sind, die der soz. Arbeitsgemeinschaft angehören! Hochwürdiger Herr, ich stelle in diesem Falle aus gutem Grunde keine *Behauptungen* auf, aber angenommmen, es wäre so, was würden die Folgen sein? Ich glaube, auf eine direkte Beantwortung dieser Frage verzichten zu können, weil es nur eine einzige darauf geben kann.

Was aber nun? Es liegt mir vollständig ferne, Ihnen, hochgeehrtester Herr Abgeordneter, Ratschläge erteilen zu wollen oder Ihre Handlungen in irgendeiner Weise zu beeinflussen. Doch bitte ich, es nicht übel zu nehmen, wenn ich mir gestatte, Ihnen mitzuteilen, wie meiner Ansicht nach am besten und schnellsten Remedur geschaffen werden kann.

Daß eine militärische Untersuchungskommission nie und nimmer in Frage kommen kann, habe ich schon öfters erwähnt, und auch, weshalb dies nicht angängig ist.

Ich dachte mir nun die Sache etwa so: Es tritt sofort eine parlamentarische Untersuchungskommission zusammen, die über diese schwebende Lage und die aufgetauchten Fragen berät. Dazu wird irgendein Angehöriger der Marine aus dem *Mannschaftsstand* berufen, der über *alle* Verhältnisse Bericht erstattet und wofür ein *Riesenmaterial* zur Verfügung steht. Der Betreffende müßte natürlich für diese Zeit die Immunität erhalten oder aus dem Militärverhältnis entlassen werden.

Nach Prüfung der Angelegenheit und einer eventuellen Gegenäußerung seitens der Herren des Reichsmarineamtes würde dann zu einer Untersuchung geschritten werden, und die Teilnehmer an dieser Kommission würden dann gleichzeitig eine sogenannte Beschwerdekommission bilden, zu deren Unparteilichkeit die Mannschaften Vertrauen haben können, ohne befürchten zu müssen, daß sie hintennach von schweren persönlichen und militärischen Strafen getroffen werden.

Ob die Kommission mit der Mannschaft persönlich in Fühlung tritt oder deren Beschwerden im Interesse der Disziplin lediglich schriftlich entgegennimmt, ist eine Frage, die ich offen lasse, weil ich von deren Wichtigkeit nicht überzeugt bin.

Stellt sich dann heraus, daß die Beschwerden auf Richtigkeit bzw. auf Wahrheit beruhen, was außer jedem Zweifel steht, dann müßten eben alle Konsequenzen, die sich daraus ergeben, mit unerbittlicher Logik gezogen werden. Seien wir uns doch darüber klar, daß die Mannschaft alles weiß, daß ihr, so befremdlich es auch klingen mag, nichts verborgen bleibt, und demgemäß handelt, und daß nur völlige Offenheit und ein aufrichtiges, ehrliches und freies Wort alles wieder ins richtige Gleis bringen kann.

Diese Vertuschungspolitik, dieses erbärmliche Darumherum-

reden muß endlich einmal aufhören, dann wird auch wieder der alte Kampfgeist und die Siegeszuversicht in der Marine wie ehedem wach werden, denn heute besteht nichts anderes mehr als eine Kriegsmüdigkeit bis über die Ohren, und die muß raus aus der Mannschaft, wie überhaupt die ganze Unzufriedenheit und der Widerwille gegen alles, was Militär bzw. Vorgesetzte heißt.

Ich für meinen Teil stehe nach wie vor voll und ganz für alles ein, was ich bisher vorgebracht *habe* und *noch* mehr vorbringen *werde*. Und sollte ich Unglück haben und der liebe Gott in seinem unerforschlichen Ratschluß mir durch mein Handeln Schweres auferlegen, sei es jetzt, sei es in aller Zukunft, so will ich es gerne tragen in dem Bewußtsein, daß es besser ist, daß *ein* Mensch sterbe, denn daß das ganze Volk verderbe.

Noch ist ja alles im klaren und nicht zu befürchten, aber sollte wider Erwarten mir etwas Unvorhergesehenes zustoßen, so bitte ich Euer Hochwürden, den Herrn Grafen v. Pestalozza mit meiner Vertretung zu betrauen; für die Kosten käme mein Vater selbstverständlich auf.

Wenn ich vorhin betonte, daß ein Angehöriger aus dem Mannschaftsstande zu den Beratungen zugezogen werden möchte, so dies lediglich deshalb, weil, soweit ich informiert bin, auch nicht ein einziger der Herren Abgeordneten bei der Marine dient bzw. gedient hat und dies allein auch die Ursache war, daß so unendlich vieles geschehen konnte, was besser unterblieben wäre und Millionen, wenn nicht Milliarden erspart hätten werden können, für die der Steuerzahler heute und noch mehr in der Zukunft bluten muß; *die Beweise sind da.*

Vielleicht würde es die Wirkung um ein Vielfaches erhöhen, wenn diese erwähnte Untersuchungskommission im Auftrag und im Namen S. M. des Kaisers gebildet und gesandt würde. Es ist ja in diesem Kriege so vieles schon zur Tatsache geworden, was man früher nicht einmal zu hoffen wagte, warum sollte das nicht möglich sein, besonders bei der großen Gerechtigkeitsliebe unseres Obersten Kriegsherrn und der Liebe, mit der er an seinem jetzt allerdings etwas ungeratenen Kinde, der Marine, hängt.

Ich glaube Ihnen nicht verhehlen zu dürfen, daß man im Reichsmarineamt sich mit Händen und Füßen gegen all diese Beschuldigungen wehren wird, wenn auch ohne Erfolg, und daß damit gerechnet werden muß, daß manche stolze Säule, die heute noch in stolzer Pracht steht, über Nacht schon stürzen kann und wird.

Es könnte auch unter Umständen gar nicht schaden, wenn auf festgestellte grobe Verfehlungen hin in der Flotte einige Veränderungen in den verschiedenen Kommandostellen vorgenommen würden; wir haben, Gott sei's gedankt, noch Leute an der Spitze, die Mann's genug und willens sind, mit dem alten Übelstand aufzuräumen. Je

weniger aber die Öffentlichkeit von all dem erfährt, umso besser ist es, besonders in Rücksicht auf das Ausland.

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß sich die Offiziere, wie ich bereits in Erfahrung gebracht habe, wieder ihre Browning-Pistolen zu ihrem persönlichen Schutze vom Feuerwerker haben aushändigen lassen. Vestigia terrent! Möge dies auch eine ebenso herzliche als dringende Mahnung für Sie, hochwürdiger Herr, sein, *bald, recht bald* schon die geeigneten Mittel zu ergreifen, um eine Klärung der ganzen Angelegenheit herbeizuführen, zum Segen und zum Wohle unseres Vaterlandes. Das walte Gott!

Sollte es, wenn der gedachte Weg sich nicht einschlagen läßt, nicht angängig sein, zum mindesten einen Ausschuß der Zentrumspartei einzuberufen und diesem die Sachlage vorzustellen? Ich vertraue darauf, daß alles zu einem, so Gott will, guten Ende kommt, möge nun auch jeder an seiner Stelle alles tun, was gemacht werden muß.

Mit der Bitte, der innigen Bitte, mir diese, von der Not des Vaterlandes diktierten Zeilen nicht übelzunehmen, verbleibe ich mit der Versicherung ausgezeichneter Hochachtung und in aufrichtiger Wertschätzung Ihr sehr ergebener

Conrad Lotter, Obermatrose a. B. S. M. S. „Bremse".

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Darf ich gleich hier fragen: Was war der Mann im Zivilberuf?

Abg. Dr. *Pfleger:*

Das ist mir unbekannt; ich habe darüber keinerlei Kenntnis.

(Abg. *Treviranus:* Sicher Professor.)

Herr Abgeordneter, so schreiben bei uns in Bayern die Leute, die aus der Volksschule hervorgegangen sind.

Das ist mir unbekannt; ich habe darüber keinerlei Kenntnis. mit der mündlichen Besprechung und mit anderen Informationen den Anlaß zu meinem Brief an das Reichsmarineamt gegeben hat. — Wann der Brief in meine Hände gekommen ist, kann ich nicht sagen; er ist vom 23. Juli 1917 datiert.

Ich weiß nun nicht mehr genau, ob ich mit dem Schreiber zwischen dem 28. Juli und dem August nochmals in Berlin gesprochen habe — ich kann das heute nicht mehr aufklären —, aber jedenfalls habe ich durch Vermittelung des Kollegen Leicht einen weiteren Brief bekommen, der vom 20. August 1917 datiert ist, adressiert wieder an Herrn Kollegen Leicht. Ich möchte bemerken, daß die Abschriften von den beiden Briefen im Jahre 1917 gemacht worden sind, nicht erst jetzt. Das Original des Briefes vom 20. August habe ich gleichzeitig mit dem anderen Brief dem Reichsmarineamt vorgelegt. Die Abschrift des zweiten Briefes lautet:

An Bord S. M. S. „Bremse“, den 20. VIII. 17.

Euer Hochwürden!

Hochgeehrter Herr Abgeordneter!

Die Pflicht der Dankbarkeit ist es, die mir heute die Feder in die Hand drückt; Dank gegen Gott, den gütigen Lenker der Geschicke, Dank auch gegen alle, die im Bewußtsein der auf ihnen ruhenden Verantwortung nichts zu tun unterlassen haben, was im Interesse unseres Volkes und unserer Flotte geschehen mußte.

Meinen am 22. bzw. 23. vorigen Monats an Sie gerichteten Eilbrief schätze ich in Ihrem Besitz, ebenso den damals in Berlin geschriebenen und von Bremen abgesandten Brief.

Damit Sie nun über die Geschehnisse der letzten Wochen vollkommen orientiert sind, will ich Ihnen, hochwürdiger Herr, einen wahrheitsgetreuen Bericht über die Zeit von meiner Rückkehr vom Urlaub bis zu den letzten Tagen geben.

Ich glaube, bereits in meinem letzten Briefe vom 22. schon auf die Tätigkeit der unabhängigen Sozialisten hingewiesen zu haben. Am Dienstag, den 24. VII. nun erfuhr ich gegen 7 Uhr abends, daß die Geheimorganisationen der Linienschiffe usw. sich im „Restaurant Tivoli“ in der Gökerstaße mit den unabhängigen Sozialisten, man sprach sogar von Abgeordneten, treffen wollten, wobei Flugblätter verteilt werden sollten, in der Absicht, durch Ausnützung der in den Besatzungen herrschenden tiefen Verstimmung binnen weniger Tage eine allgemeine Meuterei in der Flotte herbeizuführen.

Es kann sich wohl jeder, der für unseres Vaterlandes Wohl noch etwas übrig hat, vorstellen, daß mir der Schreck über einen derartigen Anschlag in die Glieder fuhr. Was nun tun? Es war nahe an 8 Uhr: der Kommandant beurlaubt, der Erste Offizier, mein Feind, hätte mir, wäre ich zu ihm gegangen, vielleicht gar nicht geglaubt: Um 9 Uhr p. m. aber sollte bereits die Versammlung stattfinden.

Da beschloß ich, ohne Rücksicht auf den vorgeschriebenen Dienstweg, einfach zu meinem höchsten Vorgesetzten im Kreuzerverband, Sr. Exz. H. Vize-Adm. Ritter von Hipper, zu gehen, weil ich mir sagte, „kann auch Dein hoher Vorgesetzter Deine Handlungsweise nicht billigen, so wird doch letzten Endes der Landsmann Dich verstehen.“

Ich sah mich jedoch in meinen Erwartungen nicht getäuscht. Se. Exz. nahm meinen Bericht entgegen, stellte verschiedene diesbezügliche Fragen und entließ mich dann mit dem Ausdruck des Dankes.

Zwei Tage später, nachdem alle diesbezüglichen Erhebungen gepflogen und der Sache nachgegangen worden war (Se. Exz. hatte auch über die auf den verschiedenen Schiffen vorgekom-

menen Geschichten sich informiert), war dann Kommandantensitzung beim I. B. d. A., nach deren Ende wir unsere Reise nach Kiel antraten.

Kurz vor der Sitzung ließ der Kommdt. Freg.-Kapt. v. Bülow mich durch den Schiffsarzt (!) fragen, ob ich mich beim I. B. d. A. etwa über unseren I. Offizier, der mich vor kurzem zweimal ungerechterweise bestraft hatte, beschwert hätte, was ich der Wahrheit gemäß verneinte. —

Einige Tage nach unserer Ankunft in Kiel ereignete sich ein Vorfall, der ein bezeichnendes Schlaglicht auf die an Bord unseres Schiffes herrschenden Verhältnisse warf. Es gab nämlich wieder einmal „Dörrgemüse", ein Essen, das sogar ich, der ich schon um dessen guten Beispiels willen alles einigermaßen Genießbare annehme, verschmähe. Man stelle sich nur vor: Einfach das grüne Etwas mit ein wenig Rindfleisch, ohne Kartoffeln, ohne Mehl, also schon mehr nur Wasser und Grün — und das sollte unser Mittagbrot sein.

In derselben Woche hatten wir bereits einmal gedörrte Steckrüben, einmal Kartoffelschalensuppe und einmal den berühmten Fischlapskaus vorgesetzt erhalten.

Nun muß man sich noch vergegenwärtigen, daß wir, statt wie früher ein Fünftel- nur noch ein Sechstel-Brot pro Tag erhielten und am selben Morgen bereits die schwere Arbeit der Kohlenübernahme hinter uns hatten. Und dazu dann Dörrgemüse!

Kurz und gut, es herrschte eine maßlose Erbitterung in der ganzen Besatzung, die sich schließlich in dem Beschluß: „Wir verweigern heute mittag das Essenholen" Luft machte. Der I. Offizier sowie der Zahlmeister hatten durch Zuträger von diesem Vorhaben Wind bekommen und so hielt dann der erstere, dem wir dies alles zu verdanken hatten, bei der Musterung eine Rede, in der er uns ermahnte, wir sollten es nicht so machen wie die Besatzung der „Pillau" usw.

Erfolg hatte er mit seiner Rede jedoch nicht, denn weder Unteroffizier noch Mann ließ sich herbei, von dem Essen, das noch nie etwas getaugt hatte, zu holen. Bei Antreten der Wache zur Arbeitsverteilung kam es nun zu einer erregten Szene zwischen dem wachhabenden Offizier und der Mannschaft, die naturgemäß keine Lust zeigte, mit hungrigem Magen zu arbeiten und zunächst nicht aus dem unteren Deck herauszubringen war. Ich selbst stand zu dieser Zeit am Fallreep und bemerkte, wie ungefähr 40 Heizer von Bord gingen und verschwanden. Da mir keinerlei Instruktionen erteilt worden waren, so hatte ich auch kein Recht, die Leute zurückzuhalten. Die Matrosen ließen sich inzwischen bewegen, anzutreten, die Heizer aber kamen nicht wieder.

Schließlich aber blieb nichts übrig, als die Leute zu holen, was

durch einen der Wachoffiziere bewerkstelligt wurde, und nun gab es natürlich x-Vernehmungen und gerichtliche Protokolle wegen Meuterei. Am nächsten Tag war dann Kommandanten-Rapport, der das Ergebnis hatte, daß die 35 Heizer mit je drei Tagen Mittelarrest bestraft wurden, während 14 Oberheizer gleichzeitig degradiert wurden. Auf der „Regensburg" und „Bayern" war am gleichen Tage dasselbe Vorkommnis passiert.

Zum Glück für uns alle kam ein paar Tage darauf Herr v. Bülow, unser Kommandant, von Bord und dafür übernahm dann Herr Freg.-Kapt. Westerkamp die Führung des Schiffes. Man sollte es einfach kaum für möglich halten, was dieser Personenwechsel für uns bedeutete. Der neue Kommandant war noch kaum drei Tage an Bord, da hatte er sich bereits das Vertrauen und die Liebe aller erworben (Hört! Hört!) Der kümmerte sich aber auch um alles, was unser Wohl und Wehe betraf, um die Verpflegung, um den Dienst, den Schlaf, die Freizeit, kurzum, um alles.

Acht Tage nach seinem Anbordsein ließ er mich, da er von meiner Anwesenheit bei Seiner Exzellenz Kenntnis erhalten hatte, zu sich in seine Wohnung in Kiel rufen und forderte mich auf, ihm sowohl über diese Angelegenheit wie über die ganzen Verhältnisse an Bord S. M. S. „Bremse" Aufschluß zu geben.

Selbstverständlich habe ich da aus meinem Herzen keine Mördergrube gemacht, sondern meinem Kommandanten rückhaltlos Aufschluß über alles, worüber er sich zu informieren wünschte, gegeben. Ich sagte ihm auch, daß der Fall der Essensverweigerung nicht etwa der Ausfluß einer momentanen Mißstimmung gewesen sei, sondern daß dieselbe tiefgehende Verstimmung seit Monaten in der Mannschaft vorhanden gewesen sei. (Hört! Hört!)

Kaum *ein* Schiff der Flotte dürfte soviel Dienst gemacht haben, wie es hier der Fall war, ganz ungeachtet der nichtswürdigen Behandlung, deren wir seitens des I. Offiziers ausgesetzt waren.

Das war wie eine Offenbarung für mich, als der neue Kommandant mir auseinandersetzte, was er sich unter einem Schiffsbetrieb dächte und wie er bezüglich der Mannschaft alles tun wollte, um ihr zu dem, was ihr von Rechts wegen zustände, zu verhelfen. Ich ging mit dem Bewußtsein an Bord, wieder einmal im Leben einem jener edlen Menschen begegnet zu sein, die alles daransetzen, um Recht auch Recht sein zu lassen und deren gütiges Herz es nicht bei schönen Worten sein Bewenden haben läßt, sondern durch die Tat beweisen, daß sie auch im Soldaten den *Menschen* achten und ihn nicht als Kreatur und als Material betrachten.

Wo früher Arbeitsunlust, Widerwille und Neigung zu mürrischem Wesen zutage trat, da herrscht heute eine Dienstfreudigkeit und ein Humor, daß man baß erstaunen muß, man glaubt, ganz andere Menschen vor sich zu haben. Gott gebe, daß es so bleibt.

Inzwischen sind verschiedene Verfügungen getroffen worden, die sehr zum Wohle der Mannschaft beitragen, so z. B. die vom Reichsmarineamt bezüglich der Erhöhung des täglichen Verpflegungsgeldes von M. 1,35 auf M. 1,60, sodann ein Hafendienstplan für die kleinen Kreuzer, von Exz. von Hipper ausgearbeitet, der wesentliche Erleichterung in bezug auf den Dienst im Hafen bringt. Und die Besatzung ist so herzlich dankbar dafür!

Vorgestern war Se. Majestät der Kaiser hier in Wilhelmshaven und hat, soviel ich inzwischen erfahren habe, mit eisernem Besen ausgekehrt, und zwar oben und unten. Es dürfte in nächster Zeit ein umfangreicher Wechsel in den Kommandos der Schiffe eintreten, was viel dazu beitragen wird, um wieder gesunde Verhältnisse zu schaffen.

Was mich anlangt, so ist die Angelegenheit bezüglich meiner Vonbordkommandierung bereits soweit gediehen, daß nur noch der Versetzungsantrag zur II. Seeflieger-Abteilung vom Kommando der Station der Nordsee genehmigt zu werden braucht, damit meine Kommandierung dahin erfolgen kann.

Auf Veranlassung des B. d. A. sollte ich inzwischen zum Unterstab des Führers der Unterseeboote kommen, doch ist dieser Befehl in Rücksicht auf meine Überweisung zur Seeflieger-Abteilung rückgängig gemacht worden. Ich kann also damit rechnen, daß ich in etwa 14 Tagen bis drei Wochen nicht mehr hier an Bord sein werde.

Nun bisher alles einen so wunderbar glücklichen Verlauf genommen, ist es mir ein Herzensbedürfnis, meinem aus ganzem, aufrichtigen Herzen kommenden Dank Ausdruck zu geben. Zunächst gegen Gott, der in seiner unendlichen Güte und Gnade und Barmherzigkeit uns, seine Geschöpfe, zu starken Werkzeugen seines Willens werden läßt, der auch in dem Schwachen mächtig ist, Ihm sei die Ehre, Preis und Dank.

Dann aber auch Ihnen, hochwürdiger Herr, und Herrn Abgeordneten Dr. Pfleger, für Ihr kraftvolles Arbeiten im Dienste des Vaterlandes und für alle Bemühungen, die Sie auf sich genommen haben.

Gott lohne es Ihnen beiden und segne Sie für und für! Eine spätere Zeit wird, so hoffe ich, Ihre Verdienste um Volk, Vaterland und Flotte würdigen und gebührend zu belohnen wissen.

Da mir zu meinem Bedauern die Adresse des Abg. Dr. Pfleger nicht bekannt ist, so darf ich Sie vielleicht bitten, der liebenswürdige Übermittler meines Dankes an den genannten Herrn zu sein.

Mag nun kommen was will, ich bin mir bewußt, meine Pflicht getan zu haben, indem ich Ihnen, Hochwürden, nebst Herrn Dr. Pfleger, alles Hauptsächliche mitgeteilt habe, ich habe andererseits aber auch die süße Befriedigung, zu wissen, daß von Ihrer Seite

alles geschehen ist, um Deutschland von einer, man kann sogar sagen, *der* fürchterlichsten Katastrophe zu bewahren.

Indem ich Ihnen für Ihr erfolgreiches Wirken nochmals innigst danke, verbleibe ich mit dem Ausdruck ausgezeichneter Hochachtung und in tiefer, aufrichtiger Verehrung Ihr sehr ergebener

Conrad Lotter, Obermatrose an Bord S. M. S. „Bremse".

Abg. *Dittmann:*

Der Brief ist vom 20. August 1917, als die ganzen Verfahren schon eingeleitet waren. Sie sind ja anfang August, am 3. oder 4. August schon eingeleitet worden.

Abg. Dr. *Pfleger:*

Ich möchte bemerken, am 26. August 1917 hat dann die Besprechung stattgefunden. Nach meinen Notizen bei den Akten habe ich diese beiden Briefe, wie erwähnt, am 31. August 1917 an den Staatssekretär v. Capelle eingesandt.

Abg. *Dittmann:*

Die Anklageschrift gegen Sachse und Genossen ist aber schon vom 21. August!

Abg. Dr. *Pfleger:*

Ich habe einen Zettel gefunden, der auf eine Besprechung über Marineangelegenheiten Bezug hat. Ob das die Besprechung mit Lotter gewesen ist, weiß ich heute nicht mehr.

Ich habe selbstverständlich bei der Entgegennahme der Klagen Vorsicht geübt, weil man die Erfahrung gemacht hat, daß uns allgemein viele Mitteilungen gemacht worden sind, die auf Kriegspsychose oder auch auf persönliche Verärgerung zurückzuführen waren. So habe ich auch in vielen Fällen an Leute, die unserer Partei angehört haben, immer die Mahnung gerichtet, sie sollten der schweren Pflicht eingedenk sein, die sie gerade als Katholiken gegenüber dem Vaterlande haben.

Oberpräsident *Noske:*

Ich habe im Jahre 1917 keinerlei Aufzeichnungen gemacht und bin infolgedessen nicht in der Lage, jetzt Angaben zu machen, bei denen ich behaupten könnte, daß jedes Wort mit absoluter Genauigkeit das trifft, was sich damals abgespielt hat. Dafür ist zuviel Zeit seitdem verflossen, und ich besonders habe mir seitdem sehr viel anderes durch den Kopf gehen lassen, so daß ich deshalb nur mit starken Vorbehalten von den Vorgängen im Jahre 1917 sprechen kann.

Hinzu kommt, daß die Dinge, auf die sich Herr Abgeordneter Dr. Pfleger heute bezogen hat, aller Wahrscheinlichkeit nach in seinem Gedächtnis viel mehr haften geblieben sind, weil er durch die Kenntnis der soeben verlesenen außerordentlich interessanten Briefe von diesen Dingen stärker in Anspruch genommen worden ist, als das bei mir der Fall ist, der ich zu diesen Besprechungen zum Teil erst auf seine Veranlassung mit hinzugezogen worden bin.

Wenn ich ganz allgemein mich über die Marineverhältnisse äußern darf, dann glaube ich auch heute sagen zu können, daß ich bis geraume Zeit in den Krieg hinein, wobei ich natürlich Daten nicht angeben kann, von wesentlichen Mißständen, die ihren Ausdruck in Beschwerden gefunden hätten, die zu meiner Kenntnis gelangt sind, nichts gehört habe. Ich kann nicht mehr genau sagen, in welchem Jahre — ich glaube, es war aber schon im Jahre 1914 — habe ich einmal, wie auch sonst während des Krieges an der Front, Gelegenheit genommen, mich über die Zustände in den Häfen und auch auf einem der Schiffe zu informieren. Damals war ganz unzweifelhaft das Essen durchaus ausreichend, vor allen Dingen, wenn man einen Vergleich mit dem zieht, was sonst von der Bevölkerung konsumiert wurde. Ich erinnere mich aus meiner politisch-propagandistischen Tätigkeit, daß ich viele Jahre lang die Notwendigkeit der Erhöhung der Löhne mit den Verpflegungssätzen, die bei der Marine üblich waren, begründet habe und in Dutzenden von Versammlungen auseinandergesetzt habe, um wieviel das Einkommen der Arbeiterschaft gesteigert werden müßte, wenn sie in den Stand gesetzt werden sollte, sich so zu ernähren, wie es bei der Marine der Fall war.

Das war vor dem Krieg. — An sich waren nach meinem Dafürhalten die Beträge, die für die Verpflegung des Marinesoldaten bereitgestellt wurden, und auch allgemein das, was an Nahrung gegeben worden ist, wenigstens vom proletarischen Standpunkt aus als befriedigend anzusehen. Differenzen werden natürlich auch damals schon vorgekommen sein, und ich habe auch jetzt in meiner amtlichen Tätigkeit noch hin und wieder Gelegenheit, festzustellen, daß durchaus nicht immer für das gleiche Geld die gleichbefriedigende Nahrungsmenge hergestellt werden kann. So war ich vor ganz wenigen Tagen in einer Polizeikaserne und konnte dort feststellen, daß die ganze Aufmachung des Essens nicht unerheblich von der Beköstigung abwich, die ich in einer Polizeischule, die mir unterstellt ist und die ich dauernd kontrolliere, vorfand. Von dem betreffenden Verwaltungsbeamten, von dem Koch usw. kann da mancherlei gemacht werden.

Ich bin während einer Anzahl von Tagen im Krieg auf dem Panzerkreuzer „von der Tann“ gewesen und habe das Mannschaftsessen dort gesehen und gegessen. Ich gebe zu, daß damals bei den Mannschaften vielleicht noch eine gewisse Überwindung dazu gehört hätte, den Versuch zu machen, mich beim Durchgang durch das Schiff anzusprechen. Ich muß feststellen, daß mich damals, obwohl ich mich nicht etwa zurückgehalten habe, kein Mann auf dem Schiff angesprochen hat oder eine Klage vorgebracht hat. Vielleicht hätte die Möglichkeit vorgelegen, daß ein Mann, der mich dort auf dem Schiff sah, glaubte, daß es nicht ohne Gefahr oder ohne Benachteiligung möglich sei, mit mir zu reden. Es hat auch kein Mann, von

denen mehr als tausend auf dem Schiffe waren, hinterher an mich geschrieben.

Im Verlauf des Krieges, als die Zeit weiter fortschritt, habe ich dann natürlich Klagen und Beschwerden allgemeiner Art gehört. Jeder Soldat, der aus dem Felde kam oder auf Urlaub kam, war natürlich bei dem Fortschreiten der Dauer des Krieges in einer sehr viel weniger begeisterten Stimmung als zu Anfang des Krieges. Ich glaube mich zu erinnern, daß bei den Unterhaltungen mit Marinemannschaften, die ja von kriegerischen Leistungen — sofern sie nicht von kleineren Schiffen, von Unterseebooten, Torpedobooten kamen — viel weniger berichten konnten als der Landsoldat, das allgemeine Räsonnement mehr in den Vordergrund trat als bei einem Manne, der glaubte, von seiner Teilnahme an großen Waffentaten an der Front berichten zu können.

Ich würde auch noch eine Erinnerung haben, wenn mir klar umrissene Beschwerden zugegangen wären. Das war aber nicht der Fall. Aber ich gebe zu, daß das vielleicht darin seinen Grund hat, daß nun als Empfangsstelle für Beschwerden im parlamentarischen und politischen Leben eine andere Gruppe aufgetreten war. In der Regel werden die größeren und die lebhafteren Beschwerden derjenigen parlamentarischen und politischen Gruppe zugehen, die geneigt ist, am rücksichtslosesten und nachdrücklichsten davon Gebrauch zu machen. Daß schwere Mißstände sich allmählich zum mindesten auf größeren Schiffen, daß sich schwere Unstimmigkeiten herausgestellt haben, darüber kann heute gar kein Zweifel mehr bestehen. Aber soweit Klagen in größerem Ausmaß vorgebracht worden sind, werden sie eben zu anderen Parteien und zu anderen Abgeordneten gelangt sein als zur Sozialdemokratischen Partei und damit zu mir. Es können damals der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wesentliche Beschwerden nicht zugegangen sein.

Abg. *Dittmann:*

Abg. Stücklen der mehrheitssozialistischen Partei hatte den Auftrag, sie in Empfang zu nehmen. Bei ihm sind viele Briefe eingelaufen, die auch Dr. Bloch und dem Untersuchungsausschuß zur Verfügung gestellt worden sind.

Oberpräsident *Noske:*

Da ich mir, wie gesagt, keinerlei Notizen gemacht habe, kann ich natürlich heute nicht mehr genau rekonstruieren, in welcher Reihenfolge dann Mitteilungen über die Vorgänge in der Flotte an mich gelangt sind. Mir war sogar eine Zeitlang die Tatsache aus der Erinnerung entschwunden, daß ich an einer ziemlich ausgedehnten Sitzung im Reichsmarineamt teilgenommen hatte. Die Erinnerung ist mir sofort wieder lebendig geworden, als ich daran erinnert wurde. Das ist geschehen in einer Sitzung des sogenannten Münchener Dolchstoßprozesses, wo zu meiner Überraschung ein bei der Ver-

handlung sitzender Herr die Möglichkeit hatte, das Protokoll über diese Sitzung, die seinerzeit im Reichsmarineamt stattgefunden hatte, zu verlesen und mich in ziemlich scharfem, inquisitorischem Ton zu fragen: was, ich wüßte nicht, inwieweit ich da beteiligt gewesen sei? Dieses Protokoll war in Wirklichkeit gar kein Protokoll, sondern eine Aktennotiz, wie sie im behördlichen Leben und bei Heer und Marine wahrscheinlich auch heute noch aufgenommen wird.

Ich kann die Aussagen des Herrn Abgeordneten Dr. Pfleger und auch die Richtigkeit dessen, was er hier vorgetragen hat, im wesentlichen bestätigen. Auf Einzelheiten in den Episoden kann ich mich nicht festlegen. Es ist möglich, daß sich der eine oder andere Vorgang, wenn ich die Möglichkeit gehabt hätte, sehr eingehend über die Dinge nachzudenken, mir vielleicht ein klein wenig anders darstellte. Aber im wesentlichen bin ich der Überzeugung, daß diese Schilderung durchaus zutreffend ist. Ich kann auch bei sehr scharfem Nachdenken nicht finden, daß ich in der Lage wäre, irgendwie davon abweichende Darlegungen über diese Sitzung zu machen.

Wenn ich vielleicht gleich vorweg nehmen darf, was ich über eine direkte oder indirekte Einstellung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft oder der USPD sagen kann, so habe ich dazu zu bemerken, daß ich wahrscheinlich von einer solchen Betätigung zu allerletzt erfahren hätte, wenn nicht von außen her, wie das hier in den Briefen geschehen ist, Hinweise gekommen wären. Wir waren ja damals, obwohl wir zum Teil jahrelang gute Bekannte und Kameraden gewesen waren, durch den tiefgehenden politischen Gegensatz scharf auseinandergekommen. Wenn frühere Brüder einander in die Haare geraten, dann wird das in der Regel sogar noch ungemütlicher als bei Fremden. Also es bestand zwischen uns und den Unabhängigen ein sehr tiefgehender Gegensatz, scharfe Meinungsverschiedenheiten, und infolgedessen hätten wir oder hätte ich von solchen Dingen vielleicht zu allerletzt erfahren. Ich kann also aus eigener Wissenschaft darüber nicht ein Wort sagen.

Dann erinnere ich mich, daß bei den Auseinandersetzungen und Unterredungen mit dem Staatssekretär v. Capelle und anderen damals leitenden Männern im Reichsmarineamt sehr eingehend die Frage erörtert worden ist, wieweit die damals wohl noch unabhängige Arbeitsgemeinschaft oder freie Arbeitsgemeinschaft oder unabhängige Sozialdemokratie auf diese Dinge eingewirkt hatte. Konkrete Tatsachen haben dafür nie beigebracht werden können. Das ist auch bis auf den heutigen Tag nicht gelungen. Also konnten lediglich Vermutungen angestellt werden, und ihnen ist damals in sehr scharfer Form Ausdruck gegeben worden.

Was schließlich die Behandlung derjenigen Leute betrifft, die an den Vorkommnissen auf der Flotte im Jahre 1917 aktiv beteiligt waren, so kann ich das bestätigen, was der Abgeordnete Dr. Pfleger

hier vorgetragen hat, daß von ihm sowohl wie von mir damals der Meinung Ausdruck gegeben worden ist, daß es ein höchst bedenkliches Unternehmen sei — es waren eine ganze Anzahl Todesurteile ergangen —, Todesurteile vollstrecken zu lassen. Ich habe noch besonders genau in Erinnerung, daß ich nach dieser Sitzung im Marineamt, wahrscheinlich am nächsten oder am folgenden Tage gelegentlich einer Sitzung der Budgetkommmission des Reichstages entweder noch mit dem Staatssekretär oder aber jedenfalls mit einem der Admirale über diese Fragen gesprochen und erneut dringend davor gewarnt habe, Menschen erschießen zu lassen, weil ich das Gefühl hatte, daß bisher so konkrete Dinge nicht geschehen waren, daß erwartet werden konnte, durch blutige Abschreckungsbeispiele zu einer Verbesserung der Stimmung beizutragen. Ich weiß, daß mir damals vertraulich mitgeteilt worden ist, daß zwei Todesurteile entweder vollstreckt werden sollten oder aber schon vollstreckt waren. Aber ich weiß ganz positiv, daß ich auch da noch zum Ausdruck gebracht habe: Hören Sie um Gottes willen damit auf und setzen Sie diese Geschichte nicht fort! Das ist erfreulicherweise auch geschehen.

Ich glaube, daß damit das, was ich über 1917 zu sagen habe, ungefähr erschöpft ist.

Abg. *Brüninghaus:*

Der Herr Abgeordnete Dittmann hat in seiner Replik auf mein Korreferat ausgeführt:

> Nun hat Herr Brüninghaus auf Herrn Noske hingewiesen, der während des Krieges auf dem Schiff „„von der Tann" gewesen sei und bestätigt habe, daß das Essen gut sei.

Wenn ich mich nicht sehr irre, Herr Oberpräsident, sind Sie Ende 1915 oder Anfang 1916 auf dem Schiff „von der Tann" gewesen.

Oberpräsident *Noske:*

Ich kann das Datum nicht mehr genau sagen.

Abg. *Brüninghaus:*

Hier ist eine Zuschrift vom 31. Januar 1926, die also nach zehn Jahren angefertigt worden ist, in der das „Hamburger Echo" von einem früheren Marineangehörigen vom Kreuzer „von der Tann" folgendes schreibt:

> Als Abgeordneter Noske an Bord war, gab es Grünkohl mit Speck zu Mittag. Bei der Ausgabe in der Küche war auch Noske zugegen. Für diese Tage gab es ausgesuchtes Essen, worüber wir und auch Noske keine Ursache hatten, Beschwerde zu führen. Abg. Noske habe ich nur in Begleitung von einem Offizier im Schiff gesehen. Infolgedessen war es keinem der Mannschaft möglich, zu wagen, über dies oder jenes zu klagen, andernfalls er den nächsten Tag oben zur Bestrafung gestanden hätte.

Ich darf vielleicht den Herrn Oberpräsidenten Noske bitten, uns zu sagen, welchen Eindruck er von dem Leben auf dem Kreuzer „von

der Tann", von dem Verhältnis von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften gehabt hat, und ob die Unterstellung, daß ihm Potemkinsche Dörfer vorgemacht worden sind, auf Wahrheit beruhen kann.

Oberpräsident *Noske:*

Ich kann natürlich nicht sagen, ob an den Tagen in der Küche mit besonderer Sorgfalt gekocht worden ist oder nicht. Ich bin während des Krieges auch sonst vielfach draußen gewesen, und zwar fast ausnahmslos nicht mit einem ganzen Troß von Kriegsberichterstattern, sondern ich habe immer den Versuch gemacht, mich persönlich allein zu informieren. Ich bin, glaube ich, allein gegen 15 Wochen an der Front gewesen, an vielen Tagen in sehr schwerem Feuer und im vordersten Graben, und habe dort mitgegessen. Dabei ist ganz unzweifelhaft nicht für mich gekocht worden. Ich habe mit den Leuten aus einer Gulaschkanone gegessen und schmackhaftes Essen gefunden, was natürlich durchaus nicht ausschließt, daß nachher die Dinge schlechter gewesen sind.

Als ich auf dem Kreuzer „von der Tann" war, waren im allgemeinen die Ernährungsverhältnisse in der Marine noch nicht wesentlich heruntergeschraubt, wie es offenbar später der Fall war. Ich glaube also nicht, daß damals ein Anlaß vorlag, mir etwas vorzumachen. Den Beweis vom Gegenteil vermag ich natürlich nicht zu führen. Von einer besonderen Schärfe, oder sagen wir, von einem besonderen Gegensatz zwischen Offizier und Mann war, glaube ich, auf „von der Tann" keine Rede. Erster Offizier war damals Kapitänleutnant Scheibe, von dem ich überzeugt bin, daß er zwar ein außerordentlich pflichttreuer und eifriger Soldat war, von dem ich aber auch den Eindruck gehabt habe, daß er persönlich ein wohlwollender Mensch war. Aber ich weiß nicht, ob man überhaupt die Möglichkeit hat, solche Dinge ganz generell zu behandeln. Auf der „von der Tann" waren damals, glaube ich, 1200 Mann, die in eine große Anzahl von Abteilungen zerfielen. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß die Einstellung der Leute, die hauptsächlich an Deck Dienst zu tun hatten und dort einen Offizier hatten, der sich besonders kameradschaftlich zu ihnen einstellte, ganz anders war als die der Leute, die in irgendeinem Geschützturm oder beim Heizen beschäftigt wurden, die vielleicht einen Offizier oder Ingenieur hatten, der besonders unfreundlich war, obwohl er eigentlich an sich das Beste wollte, aber vielleicht weniger erfahren war als ein anderer.

Richtig ist, daß ich auf dem Schiff in der Regel in Begleitung eines Offiziers war. Aber da ich auf dem Schiff nicht zu Hause bin und zu Hause war, ist das auch ganz klar. Ich hätte nicht den Versuch machen können, auf dem Schiff durch alle Decks allein herumzuturnen. Ich muß darauf hinweisen, daß sich „von der Tann" nicht etwa auf der Reede, sondern draußen in See befand, wo also mit der Möglichkeit gerechnet werden konnte und gerechnet wurde, daß aus

dem friedlichen Übungsbild, das mir gezeigt wurde, in der nächsten Stunde ein Kampfbild wurde. Andererseits bin ich mittags und abends auch stundenlang an Bord gewesen, und ich kann mir nicht denken, daß es unmöglich gewesen wäre, daß mich dort irgendeiner von den Leuten hätte ansprechen können. Außerdem hätte jedenfalls die Möglichkeit bestanden, wie ich schon sagte, hinterher an mich zu schreiben.

Abg. *Brüninghaus:*

Sie entsinnen sich, daß sowohl der Herr Abgeordnete Dr. Pfleger wie auch Sie und wir häufig über die Verpflegung gesprochen haben. Da kam doch eigentlich immer zum Ausdruck, daß gerade das Verpflegungswesen in der Marine durch den Geheimrat Schramm, der das Verwaltungsdepartement unter sich hatte, als geradezu vorbildlich für die Armee hingestellt wurde. Schramm hatte doch tatsächlich schon beizeiten sehr stark vorgesorgt, so daß in der Marine noch viel Vorräte vorhanden waren, als in der Armee und Zivilbevölkerung schon Mangel herrschte. Waren Sie nicht überzeugt, daß seitens der Marine jedenfalls alles geschah, um diese Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen?

Oberpräsident *Noske:*

Ich kann diese Erklärung abgeben, daß bei den leitenden Herren — bei Admiral v. Capelle, bei Leuten wie Herrn Schramm und Admiral Dehnhardt, mit denen ich, besonders zu Herrn Dehnhardt, im Laufe der Jahre in ein beinahe freundschaftliches Verhältnis gekommen bin, die allerbeste Absicht bestand. Aber es ist natürlich gar nicht davon zu reden, daß bei diesem Riesenumlauf vom Reichsmarineamt in Berlin und von den großen Schlächtereien in Wilhelmshaven, die in mustergültiger Weise eingerichtet waren, bis zum einzelnen Schiff sich manches verflüchtigen und verwässern konnte.

Abg. *Joos:*

Wir haben gehört, daß Sie meist von einem Offizier begleitet wurden bei Ihrer Besichtigung der „von der Tann", daß Sie aber auch stundenlang allein an Bord spazieren gingen. Wir haben weiter gehört, daß kein Mann Sie ansprach oder Fühlung mit Ihnen nahm. Daraus hätte man doch eigentlich etwas schließen können. Denn wenn auf einem Schiff ein Abgeordneter erscheint in einer Zeit, wo Unruhe oder wenigstens Verstimmung in den Mannschaftskreisen herrscht, und wenn dann kein Mann den Mut hat, den Abgeordneten anzusprechen oder um eine Unterredung zu bitten oder ihm eine Mitteilung zu machen, dann hätte man sich doch denken können, daß da irgend etwas nicht stimmt.

Oberpräsident *Noske:*

Nein, diesen Eindruck habe ich damals nicht gehabt und konnte ich, glaube ich, auch nicht haben. Die Dinge haben sich nicht so

abgespielt. Gewiß hat mich kein Mann angesprochen, um Beschwerden vorzubringen. Mein Rundgang und meine Betätigung auf dem Schiff bestand doch darin, daß ein Gefecht vorgeführt wurde, also daß insbesondere Exerzieren auf dem Schiff, Leckdichten, Dienst am Geschützturm und sonstige Manöver ausgeführt wurden, daß z. B. in irgendeiner Abteilung ein schwerer Treffer eingeschlagen war und die betreffenden Mannschaften außer Gefecht gesetzt wurden, so daß ich alle die Phasen eines schweren Gefechts mit Treffern, Abfeuern von großen Geschützen usw. mit durchgemacht habe. Dabei ging ich mit dem Ersten Offizier durch alle Abteilungen. Er hat mir das alles gezeigt. Es ist ganz erklärlich, daß ich bei diesem Manöver nicht durch die geschlossenen Schotten, Luken usw. kriechen konnte. Aber es hat sich auch nicht so vollzogen, daß mit keinem Menschen gesprochen worden wäre. Wenn wir durchgingen, haben sowohl Kapitänleutnannt Scheibe wie auch ich gelegentlich Leute angesprochen.

Abg. *Brüninghaus:*

Ich kann mir lebhaft denken, daß Herr Noske, als er auf der Schanze oder sonst an Deck spazieren gegangen ist, auch mit den Leuten gesprochen hat, wie man das auch als Kommandant getan hat. Das ist ganz natürlich. Ich glaube, daß der Inhalt des Briefes, der zehn Jahre nach dem Besuch von Herrn Noske auf der „von der Tann" geschrieben worden ist, keinerlei Beweis dafür liefert, daß Herrn Noske Sand in die Augen gestreut worden ist.

Ich entsinne mich eines Vorfalls genau: ich hatte in der geheimen Sitzung der Budgetkommission einen Vortrag über die Seeschlacht vor dem Skagerrak gehalten. Und nachher sprachen Sie, Herr Oberpräsident, mit mir. Ich hatte zum Ausdruck gebracht, daß „von der Tann" trotz ihres Deplacements und ihrer Armierung in der Lage gewesen wäre, in kurzer Zeit die „Queen Mary" oder „Indefatigable" in die Luft zu sprengen. Sie haben darauf gesagt: „Das war aber auch ein ausgezeichnetes Schiff; ich bin längere Zeit darauf gewesen, und ich erinnere mich ganz genau."

Ich möchte aber folgendes sagen. Herr Abg. Joos, das ist nicht richtig, wenn Sie sagen, es seien auch bei einigen Schiffen schon früher Mißstimmungen vorhanden gewesen, und zwar auf Beweggründe zurückzuführen —

Abg. *Joos:*

Denken Sie an „Helgoland", wo wir aus Tagebüchern bereits im Frühjahr 1915 Mißstimmungen festgestellt haben, die dann bis 1916 und 1917 weiter gewachsen sind.

Abg. *Brüninghaus:*

Gewiß, das mag auf einzelnen Schiffen der Fall gewesen sein. Am besten kann man das beurteilen von den Schiffen, die man selbst genau kennt. Ich bin bis nach der Skagerrak-Schlacht auf „König"

gewesen und ich bin immer — ich bitte mir das nicht als Ruhmredigkeit auszulegen — ausgezeichnet mit meinen Leuten ausgekommen. Wenn die Leute mit einer Beschwerde oder mit einem Wunsch zu mir gekommen sind, dann wurde die Sache in Ordnung gebracht. Es ist auch noch ein Unterschied, ob man im Krieg oder im Frieden lebt, und ob man Reservisten hat oder junge Soldaten, die nur zwei oder drei Jahre dienen. Ich kann nur sagen, daß z. B. auf den Schiffen des Dritten Geschwaders, auf dem ich war: „König", „Kurfürst", „Kronprinz" usw. die Stimmung ausgezeichnet war. Gewiß kamen auch kleine Reibereien vor, aber daß im großen und ganzen auf einer auch nur kleinen Minderheit von Schiffen solche Zustände geherrscht hätten wie auf der „Bremse" — die Vorkommnisse auf der „Bremse" waren mir vollständig neu —, halte ich für ausgeschlossen. Dann hätte die Seeschlacht vom Skagerrak nicht so durchgeführt werden können, wie sie tatsächlich durchgeführt worden ist. Die Leute haben sich dabei genau so verhalten, als ob sie ihre Exerzierübungen machten, wie sie uns der Herr Oberpräsident Noske soeben geschildert hat.

Abg. *Joos:*

Das spricht nicht gegen eine Mißstimmung. Im Augenblick einer Aktion ist alles vergessen. Das ist psychologisch verständlich.

Abg. *Brüninghaus:*

Selbstverständlich werden auf einzelnen Schiffen Mißstände vorhanden gewesen sein — das haben wir nie bestritten —, wenn irgendein nicht geeigneter Kommandant oder Erster Offizier an Bord gewesen ist. Ich wollte nur Herrn Kollegen Joos erwidern, daß seine Ansicht, daß bereits früher auf der Mehrheit der Schiffe Mißstimmung geherrscht hätte, nicht aufrechterhalten werden kann.

Abg. *Kuhnt:*

Herr Oberpräsident Noske hat darauf hingewiesen, daß in der ersten Zeit des Krieges ihm von Mißständen nichts bekannt geworden sei. Briefe und dergleichen seien ihm nicht zugegangen, soweit er das nach seinem Gedächtnis feststellen könne. Da auch ich hier unter Umständen Bekundungen zu machen haben werde, erkläre ich schon jetzt, daß ich den Nachweis erbringen werde, daß die Mißstimmung schon in den allerersten Jahren des Krieges bestand. Ich möchte jetzt schon als ersten Beweis dafür erwähnen, daß der frühere Abgeordnete Noske mich im Jahre 1914 in Wilhelmshaven besucht hat. Ich habe seinerzeit mit ihm auf der Baudivision, als ich ihn in Begleitung mehrerer Offiziere, u. a. des Kapitäns z. S. Eberins, des damaligen Werftdirektors, gesehen habe, gesprochen, und zwar geschah das mit ihm allein. Ich habe ihn damals auf viele Mißstände aufmerksam gemacht. Er hat mir erwidert — und das war nicht ganz unberechtigt —, daß schon Admiral, wenn ich mich nicht irre, v. Schröder, der damals 1914 noch in Wilhelmshaven war, ihm gesagt

hätte: die Leute werden Ihnen sehr viele Mißstände nachzuweisen haben; aber das liegt an der schnellen Mobilisierung; wir sind bemüht, das so schnell wie möglich abzustellen!

Ich darf weiter darauf hinweisen, daß ich im Jahre 1915 an den Abgeordneten Noske einen längeren Brief gerichtet und ihm darin eine Reihe von Beschwerden mitgeteilt habe. Herr Noske hat dann später Gelegenheit genommen, auf den Brief zurückzukommen. Ich kann auch hinzufügen, daß ein Teil der Mißstände beseitigt wurde: wie ich annehme, auf Grund des Eintretens von Noske.

Als Herr Noske sich auf dem Kriegsschiff „von der Tann" mehrere Tage aufgehalten hatte, war durch die Mannschaft bekannt geworden, daß die Verpflegung an diesen Tagen außerordentlich gut war.

Oberpräsident *Noske:*

Der Herr Abgeordnete Kuhnt hat mich durchaus falsch verstanden, wenn er aus meinen Ausführungen herausgehört hat, daß ich keinerlei Räsonnements oder Beschwerden gehört habe. Aber es ist ein Unterschied, ob ein Mann über diesen Offizier räsoniert und der andere über einen anderen. Ich bestätige, daß der Herr Abgeordnete Kuhnt mit mir über Marineangelegenheiten gesprochen hat. Ich habe ihm bei einer Gelegenheit, als ich über die Werft ging, guten Tag gesagt. Ich habe dann während des Krieges wiederholt Gelegenheit gehabt, den Herrn Abg. Kuhnt auch auf Urlaub zu sehen. Nachdem er jetzt davon spricht, erinnere ich mich auch daran, daß er einen Brief geschrieben hat und daß ich diesen Dingen wie vielen anderen nachgegangen bin. Wer eine Vorstellung hat von der Tätigkeit der Abgeordneten während des Krieges, besonders derjenigen, die in der Budgetkommission saßen, muß wissen, daß eigentlich der wesentlichste Teil unserer Tätigkeit darin bestand, daß wir hunderterlei Einzelfälle, kleinere und größere Beschwerden zum Gegenstand von Erörterungen machten und den Versuch unternahmen, ihnen abzuhelfen. Abg. Kuhnt bestätigt auch, daß Beschwerden beseitigt worden sind, woraus ich glaubte schließen zu können, daß eine beträchtliche Reihe von Männern in leitenden Stellen bereit gewesen sind, jeder Beschwerde nachzugehen, die ihnen vorgetragen worden ist. Aber das darf ich feststellen: daß so konkrete Tatsachen, wie sie aus diesen beiden von Abg. Dr. Pfleger verlesenen erschütternden Briefen hervorgehen, mir von dem Herrn Abg. Kuhnt niemals vorgetragen worden sind, und daß ich auch aus seinen Schilderungen nicht den Eindruck gewinnen konnte, daß, kurz gesagt, katastrophale Mißstände auf der Werft von Wilhelmshaven bestanden, wo Abg. Kuhnt damals dienstlich tätig war; denn ich erinnere mich sogar sehr deutlich, daß der Herr Abg. Kuhnt mit starker Genugtuung von dem Vertrauensverhältnis erzählt hat, in dem er zum Admiral stand, mit dem er über alle Dinge sprechen konnte, und daß auf ihn wiederholt stark

gehört worden ist. Von dieser starken Position, die er kraft seiner geistigen Regsamkeit auf der Werft in Wilhelmshaven erlangt hat, hat mir der Herr Kuhnt damals als Soldat wiederholt in Chemnitz mit starker Befriedigung und Genugtuung gesprochen.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Ich habe aus dem Gedächtnis die Erinnerung, daß nach dem Protokoll, das von der Sitzung im Reichsmarineamt, wo die Herren Abgg. Pfleger und Noske und andere Herren zugegen gewesen sind, angefertigt worden ist, Staatssekretär v. Capelle erst allgemein sprach, es seien sehr ernste Mißstände aufgetaucht, und daß der Herr Abg. Noske eine Zwischenfrage stellte: „Ist das etwa die Baudivision, wo das passiert ist?" Daraus würde hervorgehen, daß offenbar Herr Noske damals aus der Baudivision sehr ernste Beschwerden empfangen hatte, so daß sein erster Gedanke war, als er solche katastrophalen Mitteilungen bekam: „Ist das vielleicht die Baudivision?"

Oberpräsident *Noske:*

Auf diese Einzelheiten kann ich mich unmöglich nach so langer Zeit noch besinnen. Ich weiß nicht, ob mir der Herr Abg. Kuhnt über die Baudivision Mitteilung gemacht hat.

Abg. *Kuhnt:*

Ich habe 1915 die Mitteilung an den Herrn Abg. Noske gehen lassen. Über die weiteren Vorgänge habe ich später 1917 die Abgeordneten Haase, Frau Zietz, Geyer, Brandes in Kenntnis gesetzt.

Abg. Dr. *Pfleger:*

Ich will nur den wesentlichen Inhalt eines Zettels bekanntgeben, den ich in meinen Aufzeichnungen gefunden habe. Er stammt nicht aus der Sitzung im Reichsmarineamt, sondern aus irgendeiner Besprechung mit einer Marinepersönlichkeit. Der Zettel ist nicht datiert, aber stammt zweifellos aus dem Jahre 1917, wie ich aus den Akten feststellen kann. Da ist als Beschwerde geltend gemacht worden, daß einmal in Wilhelmshaven wie in Kiel — genau wie anderwärts auch — die Offiziere Kriegslöhne bekommen, weil Wilhelmshaven als Kriegsfestung betrachtet wurde, dagegen die Mannschaften Friedenslöhne.

(Zuruf: Das war die Baudivision!)

Ich kann nicht sagen, wann diese Notizen erörtert worden sind.

Eine andere Beschwerde ging dahin, daß Durchstechereien mit Lebensmitteln erfolgt seien, die für die Verpflegung an Bord bestimmt gewesen wären. Es ist insbesondere darauf hingewiesen worden, daß diese Unterschleife wieder hinterher in irgendeiner Form eingespart werden müßten und daß auf diese Weise die Mannschaften in ihren Rationen noch mehr verkürzt worden seien, als die damals ohnehin schon reduzierten Rationen ausmachten.

Weiter wurde beschwerdeführend darauf hingewiesen, daß Offiziere Lebensmittel nach Hause schickten und zu diesem Zweck auch

den Mannschaften, die für sie das Wegbringen der gehamsterten Lebensmittel besorgten, Offiziersmützen geliehen hätten, damit sie bei der Zollkontrolle, bei der Aufseherkontrolle nicht beanstandet würden.

Ferner ist darauf hingewiesen worden, daß die Mannschaft zum Teil an schwerer Unterernährung leide und trotzdem den härtesten Dienst zu verrichten habe. Insbesondere hat der betreffende Mann, der kein Heizer war, ausgesagt, das Heizpersonal könne bei den bestehenden Verpflegungsrationen unmöglich auf die Dauer existieren; das sei ganz unmöglich.

Endlich ist darüber Beschwerde geführt worden, daß bei den Arbeiten die religiösen Feiertage in keiner Weise respektiert würden, daß z. B. gerade am Pfingstfest Schornsteinfegen und dergleichen angeordnet worden sei. Ich habe natürlich den Leuten erklärt, im Kriege ginge das nicht anders.

Abg. *Dittmann:*

Ich habe schon bei Vernehmung des Herrn Abg. Pfleger gesagt, es könne sehr leicht passieren, daß man die chronologische Aufeinanderfolge der einzelnen Ereignisse nicht mehr so scharf im Gedächtnis hat, daß sich die Dinge durcheinanderschieben. Das wird jedem so gehen, der sich nun nach zehn Jahren erinnern soll, was sich im einzelnen abgespielt hat. Dasselbe scheint mir beim Herrn Oberpräsidenten Noske der Fall zu sein. Ich will deshalb von vornherein erklären, daß es mir durchaus nicht einfällt, irgendwie seine Glaubwürdigkeit anzuzweifeln.

(Oberpräsident *Noske:* Dagegen möchte ich auch Verwahrung einlegen!)

Aber ich möchte darauf hinweisen, daß ein Protokoll von einer Sitzung im Reichsmarineamt — das ist eine Niederschrift von dem Geh. Admiralitätsrat Felisch, die nicht den Sprechern zur Beglaubigung vorgelegt worden ist — vorliegt.

(Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Eine Aktennotiz!)

— Man kann es so nennen. Es ist jedenfalls protokollmäßig aufgesetzt. Man braucht den guten Glauben des Protokollanten nicht zu bezweifeln; denn es ist bekannt: eine solche Niederschrift hängt von der Person des Protokollanten ab, und es muß dann doch da und dort manche Korrektur vorgenommen werden. Nachdem ich das vorausgeschickt habe, möchte ich aber aus dem Protokoll folgende Worte des damaligen Abg. Noske zitieren:

„Die Anfänge gehen nicht bloß auf den Beginn von 1917 zurück. Ich weiß, daß vor ungefähr Jahresfrist bereits einzelne Leute von der Marine in Uniform in die Versammlungen der alten Sozialdemokraten gekommen sind und dort Propaganda für die Unabhängigen gemacht haben. Ich nehme an, daß Versetzungen, die in der Baudivision tatsächlich vorgekommen sind, auch hierauf zurückzuführen sind. Es herrscht viel Unzufriedenheit. Ich habe

darüber bis jetzt nicht geredet, weil ich nicht den Angeber machen will; die Leute bekommen ja viele Jahre Zuchthaus. Aber es ist notwendig, daß nunmehr stark aufgepaßt wird."

Das ist natürlich vom Protokollanten zusammengedrängt. Aber daraus geht doch hervor, daß auch dem Herrn Abg. Noske vor 1917 bereits Mitteilungen gemacht worden sind über Mißstände und große Unzufriedenheit, die geherrscht hat.

Oberpräsident *Noske:*

Ich habe lediglich einen Unterschied machen wollen zwischen den Dingen. Daß dauernd Beschwerden kamen, ist ganz selbstverständlich. Was ich betonen wollte, war, daß mir so schwere Mißstände nicht zu Ohren gekommen sind, daß auch ich auf die Vermutung hätte kommen können, daß schon 1917 die Explosion bevorstand.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Das ist doch das Entscheidende; denn Mißstimmungen hat es immer gegeben, sowohl im Kriege wie im Frieden.

Oberpräsident *Noske:*

Aber ich muß zugeben, daß aus allem, was ich inzwischen weiter, auch durch Verhandlungen dieses Ausschusses und sonstige Mitteilungen, gehört habe, ich zu der Überzeugung gekommen bin, daß mindestens an manchen Stellen üblere Dinge schon zu einer Zeit bestanden haben, als ich davon keine Kenntnis bekommen habe. Denn sonst wären solche Dinge wie 1917 etwas ganz Undenkbares gewesen.

Abg. *Kuhnt:*

Ich wollte nur darauf hinweisen, daß ich niemals Offiziere in ihrer Gesamtheit verurteilt habe, und daß ich in meiner aktiven Dienstzeit und während der Kriegszeit Offiziere kennengelernt habe, die ich auch heute noch sehr anerkenne. Es hat einzelne gegeben, die sich gegen Mißstände, soweit sie bestanden haben, gewandt und auch Beschwerden Gehör gegeben haben. Ich gebe zu, daß ich diese Ansicht auch dem Herrn Abg. Noske seinerzeit vorgetragen habe.

Im übrigen möchte ich sagen: es ist sehr schwer, irgendwelche Schlüsse über die Stimmung von Menschen zu ziehen, wenn Hunderttausende zusammen sind und wenn sich dieses Urteil nur auf einen vorübergehenden Besuch wie den auf dem Schiffe „von der Tann" stützen kann.

Zum Beweis will ich folgendes anführen: Ich habe schon darauf hingewiesen, daß der Zeuge mich 1914 aufgesucht hat und daß er auf Grund seiner Eindrücke, die er in Wilhelmshaven auf der Werft gewonnen hatte, mehrere Artikel in der Chemnitzer „Volksstimme" veröffentlichte, die auch von Kiel und von Wilhelmshaven übernommen wurden. Es wurde bekannt, daß Noske mir seine Artikel hatte zustellen lassen. Diese Artikel wurden nicht nur von den Feldwebeln, sondern auch von Offizieren von mir gefordert und mit starkem Interesse gelesen, und als sie sie zurückgaben, sagten alle, die diese Artikel

gelesen hatten: Es wäre schön, wenn die Tatsachen diesen Artikeln entsprächen; aber sie standen mit den objektiven Tatsachen in krassestem Widerspruch. Ich habe dann Gelegenheit genommen, in Chemnitz in der Redaktion Herrn Noske seinerzeit davon Kenntnis zu geben, worauf er mir erwiderte, das seien seine Eindrücke gewesen. Ich will damit nur sagen, wie schwer es ist, durch kurze Besuche irgendwie etwas feststellen zu können.

Abg. *Treviranus:*

Daß Mißstände vorhanden waren und auch Mißstimmungen — wie sie der Abg. Kuhnt anführt — schon seit 1914 da waren, wird von niemand geleugnet werden. Wir haben die Baudivision immer für eine unglückliche Einrichtung gehalten, weil der Mann des Volkes es nicht verstehen konnte, daß einige hier für ihre Arbeit im Kriegsdienste wie freie Lohnarbeiter bezahlt wurden, während andere sich nur mit ihrer Löhnung begnügen mußten. Ich muß es also ablehnen, daß aus den Zuständen bei der Baudivision irgendwelche Schlüsse auf den Zustand der gesamten Flotte gezogen werden. Ich stelle fest, daß der Herr Oberpräsident recht hat, wenn er sagte: es kommt darauf an, ob die Mißstimmungen solchen Umfang angenommen hatten, daß sie geeignet waren, zu explosiven Erscheinungen zu führen. Und er hat festgestellt, daß ihm damals dergleichen nicht bekannt gewesen sei und daß er auch aus späteren Erfahrungen nicht den Schluß ziehen konnte.

Oberpräsident *Noske:*

Das ist nicht zutreffend.

(Abg. *Treviranus:* 1917?)

Ich habe hinterher aus allen diesen Feststellungen den Eindruck jetzt bekommen — den ich damals nicht hatte —, daß die Dinge unzweifelhaft an manchen Stellen sehr viel übler waren, als ich es damals gewußt habe. Aber ich habe erst jetzt feststellen können, was mir im Jahre 1917 noch nicht bekannt und noch nicht in die Erscheinung getreten war.

Abg. *Treviranus:*

Ich lege ferner dagegen Verwahrung ein, daß der Herr Abg Dittmann einerseits sagt: „Man kann es nach zehn Jahren natürlich nicht so auseinanderhalten, was man in dieser weit zurückliegenden Zeit erlebt hat", und auf der anderen Seite den Brief, den der Angehörige der Besatzung der „von der Tann" geschrieben hat, als Kronzeugnis anführt, obwohl dieser Brief erst viele Jahre nach den Ereignissen geschrieben worden ist.

Abg. *Dittmann:*

Ich habe nur von der Aufeinanderfolge der einzelnen Tatsachen gesprochen.

Abg. *Treviranus:*

Ich habe die Frage an den Herrn Oberpräsidenten Noske zu

richten, auf Grund welcher Wahrnehmungen er in der Sitzung vom 26. August 1917 beim Staatssekretär v. Capelle sagte, man müsse alle Fäden zerschneiden, er habe jüngst die Abgeordneten Vogtherr und Frau Zietz sehr betrübt zusammenstehen sehen usw. Hatte er damals bestimmte Anhaltspunkte dafür, daß die geschilderten Mißstände, die wachsende Mißstimmung auf eine eingehendere Tätigkeit der USPD in der Marine zurückzuführen war?

Oberpräsident *Noske:*

Dafür habe ich aus eigener Wahrnehmung nicht den geringsten Anhaltspunkt gehabt. Was in den Auseinandersetzungen zum Ausdruck gebracht wurde, war immer wieder die starke Vermutung: diese Dinge sind geschürt und vielleicht sogar veranlaßt durch ein Hineintragen politischer Bearbeitung der Leute von außen. Dann habe ich die Auffassung vertreten: also muß sehr scharf aufgepaßt werden, und wenn solche Verbindungen bestehen, müssen sie zerschnitten werden. Ich habe dann gesagt oder ich scheine es gesagt zu haben — ich kann das unmöglich jetzt noch wissen —: es wird schwer sein, diesen Nachweis zu führen. Darüber hat nie ein Zweifel bestanden, daß ich der Überzeugung war: wenn damals eine politische Propaganda zum Zwecke der Zersetzung von Heer und Flotte getrieben worden wäre, hätte ich sie mit allen Mitteln zu unterbinden getrachtet. Das war meine Meinung!

Abg. *Treviranus:*

Nach Ihrer ganzen Veranlagung, Herr Oberpräsident, ist nicht anzunehmen, daß Sie diese Vermutung leichthin ausgesprochen haben, nur als Konditionalfall: falls solche Verbindungen bestehen, müßten sie zerschnitten werden. Dann hätte die Behauptung, Sie hätten die Abgeordneten Vogtherr und Frau Zietz sehr betrübt zusammenstehen sehen, keinen Zweck gehabt.

Oberpräsident *Noske:*

Es ist möglich, daß mir eine bestimmte Episode unmittelbar vor Augen stand und ich sie damals in Erinnerung hatte. Ich vermag nicht zu sagen, ob diese Auseinandersetzung im Reichsmarineamt stattgefunden hat, nachdem schon im Reichstag darüber gesprochen worden ist. Die ganze Luft war doch erfüllt mit Mißtrauen gegen die Abgeordneten von der Unabhängigen Sozialdemokratie.

(Abg. *Dittmann:* Sie wurde als einzige Mördergrube angesehen.)

Ich bestreite nicht, daß bei der gereizten Stimmung, in der wir uns damals gegenüberstanden, ich wahrscheinlich eine sehr erheblich größere Dosis von Mißtrauen gehegt habe als heute, nachdem ich durch den Dolchstoßprozeß in München und andere Dinge aufgeklärt worden bin. Damals ist über diese Dinge nicht gesprochen worden, und nach meiner ganzen politischen Einstellung konnte ich mir nicht vorstellen, daß, wenn sich jemand scharf von uns trennt und unsere Politik

nicht mitmachen will, das lediglich seinen Ausdruck in schärferer Kritik finden sollte; sondern ich hatte tatsächlich — ich verhehle das nicht — mit der Möglichkeit gerechnet, daß konkrete Ziele verfolgt werden könnten.

Abg. Dr. *Pfleger:*

Die damalige Besprechung — der Herr Oberpräsident erinnert sich vielleicht im einzelnen nicht mehr so genau daran — begann mit der Verlesung meines Briefes, weil ich auf Grund unserer ständigen Zusammenarbeit in Fragen des Marine-Etats diese Verlesung anregte. Damals wurde uns nach Auszügen aus den gesamten Akten mitgeteilt, daß — wenigstens hatte ich damals dunkel den Eindruck gehabt — der Verdacht bestehe, daß ein Zusammenarbeiten von politischen Stellen stattfinde, die Mißstimmung in die Marine hineintragen bzw. ausnützen. Dieser Möglichkeit habe ich damals Ausdruck verliehen, indem ich erklärte: ich möchte unter allen Umständen, daß die strafgerichtliche Untersuchung restlos Klarheit hierüber schafft. Soweit ich mich erinnere, hat Herr Oberpräsident Noske sich diesem Wunsche ausdrücklich angeschlossen.

Abg. *Brüninghaus:*

Herr Oberpräsident, Sie sagten vorhin, daß sich damals die Mehrheitssozialdemokratie und die Unabhängigen sehr scharf gegenübergestanden hätten. Die Trennung zwischen USPD und SPD ist doch aus dem Grunde erfolgt, weil die Einstellung der USPD bezüglich der Landesverteidigung eine von der der SPD grundverschiedene gewesen ist. Ich habe schon seinerzeit darauf hingewiesen, daß man doch, wenn man die letzten Ziele der USPD richtig einschätzen will, die Unterlagen nehmen muß, die die USPD selber herausgegeben hat, und ich bin heute noch dieser Ansicht.

Nun knüpfe ich an das an, was Herr Noske gesagt hat, an das Manifest, das seinerzeit von der USPD auf der Dritten Internationalen Sozialistenkonferenz in Stockholm ausgegeben worden ist. In diesem Manifest kommt nach meiner Auffassung klar und deutlich zum Ausdruck, daß die Ziele der SPD und der USPD ganz verschiedene waren. Die SPD hat niemals den Begriff der Landesverteidigung abgelehnt, während die USPD klipp und klar zum Ausdruck gebracht hat, daß sie entschlossen war, durch ihre Trennung von der großen Sozialdemokratie ihre Ziele in die Tat umzusetzen.

Ich will hier bloß von einem Grundsatz sprechen, der dem Manifest vorangestellt ist. Da heißt es: „Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale“ — diese Internationale ist ja dann hinterher gegründet worden — „geht allen anderen Organisationspflichten voran.“

(Abg. *Dittmann:* Das ist nie von der USPD anerkannt worden. Ledebour und Hoffmann haben sich in einem Flugblatt dagegen gewendet.)

— Ich habe gesagt, wenn man die Einstellung des Herrn Noske, die er eben dargestellt hat, richtig verstehen will, dann muß man sich klarmachen, warum sich die Leute damals getrennt haben. Herr Noske sagte, er wäre heute bis zu einem gewissen Grade davon überzeugt, daß Beziehungen zwischen Unabhängiger Sozialdemokratie oder einigen Herren der Unabhängigen Sozialdemokratie und diesen Meutereien an Bord nicht bestanden hätten.

(Oberpräsident *Noske:* Ich habe mich weder positiv noch negativ ausgedrückt; ich habe lediglich meine Wahrnehmungen zum Ausdruck gebracht.)

— Sie sagten aber auch, Sie seien damals der Ansicht gewesen, daß enge Beziehungen zwischen Frau Zietz, Herrn Vogtherr usw. und den Meuterern bestanden haben, Sie seien aber heute durch die verschiedenen Veröffentlichungen, durch den Prozeß in München usw. zu der Überzeugung gekommen, daß diese Ihre damalige Ansicht einer positiven Grundlage entbehrt.

Abg. *Dittmann:*

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß Herr Abg. Brüninghaus bereits das Zimmerwalder Manifest mehrfach angeführt hat. Gerade in diesem Einleitungssatz offenbart sich der Unterschied zwischen USPD und Spartakusbund. Das war doch die Ursache der Trennung zwischen USPD und Spartakusbund, daß die USPD es abgelehnt hat, daß die Zentrale der Internationale die nationalen Parteien kommandieren könne. Darin offenbart sich auch der Unterschied zwischen der USPD und der späteren Kommunistischen Partei. Die Politik der USPD, insbesondere der Parteitag in Halle, beweist es, daß gerade dieser Gegensatz zur Trennung geführt hat.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Dem Herrn Brüninghaus möchte ich nur sagen, daß der von ihm zitierte Satz aus dem Anhang der Juniusbroschüre von Rosa Luxemburg stammt. Das sind die Leitsätze für eine kommende, für eine neu zu gründende Internationale, die es damals noch nicht gab.

Oberpräsident *Noske:*

Ich habe wiederholt gesagt, daß ich lediglich über konkrete Tatsachen aussagen kann. Ich habe keine Möglichkeit und auch keine Veranlassung, über Motive der Unabhängigen Sozialdemokratie zu sprechen, um so weniger, als ja doch das propagandistische Bekenntnis einer Partei sehr scharf von ihren Taten getrennt werden muß. Wenn ich einer Partei nichts anderes nachweisen kann, dann habe ich als anständiger Mensch die Pflicht, zu glauben, daß sie nichts anderes tut als das, wozu sie sich bekennt. Vielleicht hat dieses oder jenes Mitglied der USPD etwas anderes getan, aber konkrete Tatsachen solcher Art sind mir damals nicht bekannt geworden. Infolgedessen habe ich dem Herrn Staatssekretär und den Herren, mit denen wir diese Unterredung gehabt haben, lediglich sagen können: Also

paßt scharf auf, und wenn sich nachweisen läßt, daß Fäden gehen, die für die Landesverteidigung gefährlich sind, dann sind sie rücksichtslos zu durchschneiden.

Abg. *Joos:*

Ich meine, Sie hätten vorhin etwas mehr gesagt, nämlich, daß Sie mit der Möglichkeit rechneten, daß die USPD auch ganz konkrete Ziele verfolgte, und daß sie sich nicht nur wegen diffiziler und abstrakter Unterscheidungen von der SPD getrennt hätte. Was denken oder haben Sie sich unter diesen konkreten Zielen gedacht?

Oberpräsident *Noske:*

Ich habe es für möglich gehalten, daß jemand den Versuch machen konnte oder daran denken konnte, durch Propaganda bewußt auf eine Revolution loszusteuern, mit dem Ziel, die Macht in die Hand zu nehmen.

Abg. *Brünninghaus:*

Das deckt sich mit dem, was Frau Zietz später gesagt hat.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Der Herr Abgeordnete Dr. Pfleger hat in seinen Ausführungen betont, daß es nach seiner Auffassung notwendig gewesen wäre, in eine Untersuchung gegen die verdächtigten Abgeordneten einzutreten. Andererseits liegen Bekundungen des Oberreichsanwalts vor, worin er erklärt, daß er bei einem Strafverfahren nicht den sicheren Erfolg garantieren könne. Es wäre mir wertvoll, zu erfahren, welche Kräfte dafür maßgebend waren, daß es nicht zu einem Strafverfahren gekommen ist. Hat die Reichsregierung keinen Wert darauf gelegt oder sind bestimmte parlamentarische Einflüsse maßgebend gewesen? Wie mir berichtet worden ist, muß da in irgendeinem Gremium des Reichstags einmal eine Besprechung stattgefunden haben, und man ist wohl auf Grund des Gutachtens des Oberreichsanwalts zu dem Ergebnis gekommen, keine Strafverfahren einzuleiten. Ist in dieser Angelegenheit von gewissen Gruppen des Reichstags eine besondere Initiative ausgegangen? Mir wäre es ganz interessant, zu erfahren, welche Stellung gerade die Herren von der SPD dazu eingenommen haben?

Oberpräsident *Noske:*

Ich habe jedenfalls dem Herrn Staatssekretär v. Capelle oder irgendeinem anderen Herrn der Reichsregierung nicht den Rat gegeben, keine Untersuchung anzustellen.

Abg. Dr. *Pfleger:*

Ich kann dazu positiv folgendes sagen: Der Herr Abg. Noske hat nicht nur nicht den Rat gegeben, sondern er hat sich dem Vorschlag, die strafrechtliche Untersuchung trotz des Gutachtens des Herrn Oberreichsanwalts eintreten zu lassen, nach meiner bestimmten Erinnerung angeschlossen.

(Oberpräsident *Noske:* Richtig!)

Zweitens ist zu sagen, daß die Frage, ob die strafrechtliche Untersuchung erfolgen solle, zwei Gremien beschäftigt hat, einmal den Siebener-Ausschuß des Reichstags und zweitens den Kronrat. Ich war nicht Mitglied des Siebener-Ausschusses, und seine Verhandlungen waren geheim. Ich erinnere mich nur, daß mir später mitgeteilt worden ist, der Ausschuß habe mit Rücksicht auf die Erklärungen des Oberreichsanwalts beschlossen, die im Reichsmarineamt angeregte Untersuchung nicht eintreten zu lassen.

Dieses Votum des Siebener-Ausschusses soll dann später in den Erörterungen im Kronrat zur Sprache gebracht worden sein. Da waren die Meinungen geteilt. Ein Teil der Herren im Kronrat hat sich der Auffassung, die im Reichsmarineamt ausgesprochen worden war, angeschlossen; die Mehrheit hat sich aber mit Rücksicht auf die Erklärungen des Oberreichsanwalts und weiterhin mit Rücksicht auf das Votum des Siebener-Ausschusses dahin ausgesprochen, daß die strafrechtliche Untersuchung gegen die Abgeordneten unterbleiben solle.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich möchte wissen, ob der Siebener-Ausschuß einstimmig zu dem Ergebnis gekommen ist, die Sache nicht weiter zu verfolgen, oder ob dort solche Auffassungen, wie sie Herr Noske und Herr Dr. Pfleger gemacht haben, überhaupt zum Vortrag gekommen sind?

Abg. Dr. *Pfleger:*

Nach meiner Kenntnis der Dinge hat der Siebener-Ausschuß mit allen gegen eine Stimme beschlossen, daß keine Untersuchung stattfinden soll.

Abg. *Dittmann:*

Das Reichsgericht hat eine sehr umfassende Untersuchung vorgenommen [1]). Das Verfahren war formell gegen Frau Zietz gerichtet. Als Zeugen wurden auch Haase, Dittmann und Vogtherr eingehend gehört. Dieses Verfahren gegen Frau Zietz ist im April 1918 mit der Begründung eingestellt worden, daß der Sachverhalt nicht ausreichend erscheine, den beiden Angeschuldigten sowie den in Betracht kommenden Reichstagsabgeordneten eine landesverräterische Handlung nachzuweisen. Weiter heißt es in der Begründung: „Auch eine Agitation für landesverräterische Zwecke läßt sich weder bei den Angeschuldigten noch bei den Abgeordneten der USPD mit Sicherheit nachweisen. Endlich läßt sich auch nicht nachweisen, daß die Angeschuldigten oder die genannten Abgeordneten der USPD bei den tatsächlich vorgekommenen Gehorsamsverweigerungen und Meutereien die Hand im Spiele gehabt haben." Der Dr. Holthöfer ist als Untersuchungsrichter des Reichsgerichts in Deutschland herumgereist, nach Kiel, Wilhelmshaven, Celle usw., und hat die in Frage kommenden

[1]) Vgl. Bd. 9, I dieser Reihe S. 209 ff.

Leute selbst noch einmal vernommen. Er hat auch sein Mißfallen über die Art der Untersuchungsführung auf den Schiffen ausgesprochen.

Auch die Frage, ob es sich um ein Dauerdelikt der Abgeordneten handelte, ist sehr eingehend zwischen dem Reichsgericht, dem preußischen Justizministerium, dem Reichsinnenministerium und dem Reichsjustizministerium erörtert worden. Es war gesagt worden, die Abgeordneten seien von diesen hochverräterischen Unternehmungen in Kenntnis gesetzt worden und hätten die Pflicht versäumt, ihrerseits den Behörden von dieser ihrer Kenntnis Mitteilung zu machen. Man wollte also ein Dauerdelikt konstruieren und sagen, sie seien auf frischer Tat ertappt worden. In den Erörterungen Ende August ist dann aber gesagt worden, im Anfang des Monats August hätte man diese Auffassung noch vertreten können; jetzt stehe aber fest, daß zu der Zeit, als Dittmann, Haase und Vogtherr von den Matrosen besucht worden seien, noch gar keine Rede davon sein konnte, daß an Bord der Schiffe eine Organisation bestand. Man könne deshalb nicht den § 139 des Strafgesetzbuches heranziehen. Diese Konstruktion ist denn auch im weiteren Verlauf der Untersuchung vollständig fallen gelassen worden. Gewiß konnte deshalb der Herr Abgeordnete Dr. Pfleger damals zu dieser juristischen Überzeugung kommen; heute, nach Kenntnis des Standpunktes des Reichsgerichts, wird er einsehen, daß an den ganzen Verdächtigungen gegen die USPD nichts daran ist.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Kann mir der Herr Abgeordnete Dr. Pfleger vielleicht sagen, wer das einzige Mitglied des Siebener-Ausschusses gewesen ist, das eine Untersuchung gewünscht hat?

Abg. Dr. *Pfleger:*

Das kann ich nicht sagen.

Oberpräsident *Noske:*

Ich glaube, daß man sich im Siebener-Ausschuß weniger darüber unterhalten hat, ob eine Untersuchung stattfinden soll, als vielmehr darüber, ob es ratsam sei, eine strafrechtliche Verfolgung in die Wege zu leiten. Da ist man offenbar zu der Meinung gekommen, mit dem Material, das vorlag, würde die Geschichte letzten Endes auslaufen wie das Hornberger Schießen, also als eine Blamage des Reichsmarineamts, das mit der Capelleschen Rede die Dinge auf ein ganz anderes Gleis geschoben hatte, als man ursprünglich vorhatte.

Abg. Dr. *Pfleger:*

Ich weiß nicht, ob es offizielle Besprechungen waren, über die Protokolle geführt worden sind. Ich habe erst später von den Protokollen erfahren.

Dem Herrn Kollegen Dittmann möchte ich sagen, daß ich selbstverständlich nie behauptet habe, die Abgeordneten der USPD hätten von wirklich vorgekommenen Meutereien Kenntnis gehabt. Das konnte

ich gar nicht wissen. Ich habe immer nur den Standpunkt vertreten und vertrete ihn heute noch, daß damals die Frage, ob das der Fall war, der Untersuchung wert gewesen ist. Ich war immer der Meinung, daß die Untersuchung der ganzen Sache nicht erschöpfend gewesen ist und wünschte eine weitergehende Klärung.

Abg. *Brüninghaus:*

Die Sitzung hat am Tage vor der Unterredung zwischen den Abgeordneten Dr. Pfleger und Noske und dem Staatssekretär des Reichsmarineamts stattgefunden. An dieser Sitzung haben — das ist sehr wichtig — teilgenommen: Michaelis, Helfferich, Capelle, Krause, Spahn, Drews, Wallraf, Freiherr v. Stein, Graevenitz, Reichsanwalt Richter, Hilfsarbeiter Landgerichtsdirektor Rosenthal, Oberst v. Winterfeld und folgende Reichstagsabgeordnete: Ebert, Erzberger, Fehrenbach, v. Payer, Scheidemann, Stresemann, Warmuth und Graf v. Westarp. Ich gebe gern zu, daß solche Aufzeichnungen selbstverständlich immer stark subjektiv gefärbt sind; aber andererseits wird mir der Herr Abgeordnete Dittmann zugeben müssen, daß er Teile dieses Protokolls auch für seinen Bericht verwertet hat. Man kann also nicht ohne weiteres sagen, daß man solche Niederschriften überhaupt nicht benutzen darf.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Wenn Herr Noske jetzt über das Jahr 1918 sprechen soll, dann würde ich vorschlagen, von vornherein zwei Gesichtspunkte festzulegen, die meines Erachtens für uns allein maßgebend sind. Es wäre kaum angängig und würde auch dem Zweck dieses Ausschusses nicht entsprechen, wenn Herr Noske hier alles das darlegen sollte, was er im Jahre 1918 bei der Marine erlebt hat. Mich würden vom Standpunkt unserer Arbeit vor allem zwei Dinge interessieren: Erstens die Frage, ob der Herr Oberpräsident der Meinung ist und welchen Anhalt er dafür hat, daß eine Verbindung zwischen den Ereignissen von 1917 und denen von 1918 bestand, daß also irgendwelche Fäden von der niedergeschlagenen Bewegung im Jahre 1917 zu der neuen Bewegung im Jahre 1918 hinüberführten. Die zweite Frage wäre die, wie sich die Matrosen zur Zeit der Revolution stimmungsgemäß gliederten, wie stark der Einfluß der Mehrheitssozialisten, der USPD, des Spartakusbundes und sonstiger Gruppen und auch der Einfluß allgemein pazifistischer Strömungen gewesen ist. Da der Herr Oberpräsident damals eine führende Rolle spielte und mit diesen ganzen Dingen vertraut sein muß, wird er einigermaßen ein Bild von der Verteilung der verschiedenen Schattierungen haben.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Die Anregung, daß wir Herrn Noske nicht auffordern, alle Ereignisse breit darzustellen, begrüße ich. Es ist gut, wenn wir vorher einzelne Fragen formulieren, auf die es uns besonders ankommt.

Abg. *Dittmann:*

Ich möchte die Ausführungen des Herrn Rosenberg ein wenig ergänzen. Ich bitte Herrn Oberpräsidenten Noske, uns besonders darüber Auskunft zu geben, ob er, als er nach seiner Ankunft in Kiel schließlich Gouverneur geworden war, während dieser ganzen Zeit zu der Auffassung gekommen ist, daß die Revolte — will ich einmal sagen — in Kiel von der USPD organisiert gewesen sei, besonders ob er den Eindruck gewonnen hat, daß sie von der Zentrale der USPD in Berlin organisiert worden war, ob er, als er mit dem Abgeordneten Haase in Kiel zusammen war, in diesen Unterredungen den Eindruck gehabt hat, daß Haase informiert gewesen sei und daß die Vorgänge in Kiel etwa im Einvernehmen mit Haase vor sich gegangen wären. Das sind vor allem die Punkte, auf die es hier ankommt.

Abg. *Joos:*

Ich habe als Berichterstatter Herrn Oberpräsidenten Noske ein paar Fragen zu übermitteln:

1. War nach Ihrer Meinung oder nach Ihren Wahrnehmungen noch Mißstimmung unter den Mannschaften wegen der strengen Urteile aus dem Jahre 1917 vorhanden?

2. Gab es auf den Schiffen noch Organisationen, von denen man in ähnlicher Weise, wie sie 1917 aufgedeckt worden sind, gesprochen hat, USPD- oder andere Komitees?

3. War unter den Mannschaften das Gerücht verbreitet, nach Ihren Wahrnehmungen und Kenntnissen, die Sie 1918 gemacht hatten, daß die Flotte in den Tod geschickt werden sollte?

4. Haben sich Offiziere in diesem Sinne geäußert?

5. Wußten die Mannschaften, daß Waffenstillstandsverhandlungen schwebten und die Militärgewalt der Zivilgewalt unterstellt war?

6. Wäre nach Ihrer Auffassung, die Sie nach Fühlungnahme mit den Marinemannschaften bekommen haben, die Flotte auf Befehl etwa der Reichsregierung ohne Revolte ausgelaufen, wenn also nicht die Seekriegsleitung oder die Marineleitung, sondern die *Reichsregierung* den Befehl zum Auslaufen gegeben hätte?

Oberpräsident *Noske:*

Ich kann vorweg mit einem einzigen Satz die Frage beantworten, ob mir bekannt sei, daß Fäden zwischen der Bewegung von 1917 bis zu dem Auseinanderbrechen der Flotte im Jahre 1918 bestanden haben. Ich vermag darüber nicht das geringste zu sagen. Ich habe davon nichts gehört und habe solche Feststellungen in Kiel auch nicht machen können.

Ich kann die erste der vom Herrn Berichterstatter formulierten Fragen: War Mißstimmung unter den Mannschaften wegen der strengen Urteile aus dem Jahre 1917 vorhanden? mit Ja beantworten. Schon in der allerersten Sitzung, an der ich in Kiel am Montag, den

4. November, auf der Station teilgenommen habe, war eine der Forderungen, die von den Wortführern der Mannschaften vorgetragen wurden, daß sofort die zu schweren Zuchthausstrafen verurteilten Kameraden freizulassen seien. Das ist auch eine von den Forderungen gewesen, die ich nachher — ich glaube in telephonischen Gesprächen — nach Berlin übermittelt habe.

Zweitens wurde ich gefragt, ob eine bestimmte Organisation bestanden habe. Ich habe keine Wahrnehmungen gemacht, daß auf den Schiffen eine regelrechte Organisation bestanden hat.

Richtig ist, daß mir immer wieder die Auffassung entgegengetreten ist, daß bei der Flottenleitung die Absicht bestanden hat, trotzdem das Ende des Krieges durch die Forderung nach Waffenstillstandsverhandlungen da war — das war irgendwie durchgesickert und allgemein bekannt —, trotzdem also die Leute mit dem Ende des Krieges rechneten, sie im letzten Augenblick noch zu einer großen Schlacht hinauszuschicken, die doch unzweifelhaft das Resultat gehabt hätte, daß Zehntausende mit den Schiffen auf den Meeresgrund hinuntergegangen wären. Die Offiziere, mit denen ich damals in einem tollen Durcheinander und Tohuwabohu, mit dem ich mich in Kiel abzufinden hatte, gesprochen habe, haben bestritten, daß eine solche Absicht bestand. Nun gebe ich aber zu, daß die Offiziere, mit denen ich damals auf der Station in unmittelbare Berührung gekommen bin, von den Interna der Flottenleitung nichts zu wissen brauchten und nichts wissen konnten. Das Kieler Stationskommando hatte auch ganz andere Aufgaben, als sich unmittelbar mit der Flottenleitung zu beschäftigen. Ich muß sagen, daß diese Auffassung der Offiziere in Kiel von damals sich nicht mit den Darlegungen deckt, die ich im Dolchstoßprozeß in München von Herrn Admiral v. Trotha mit anhören konnte.

Die Mannschaften wußten, daß Waffenstillstandsverhandlungen schwebten. Das war doch der Grund, daß sie mit dem Ende des Krieges rechneten; sie wollten nach Hause und nicht in den Tod. Ich glaube nicht, daß die große Masse der Leute darüber Klarheit hatte, was es bedeute, daß die Kommandogewalt des Kaisers eine Einschränkung erfahren und die zivilen Gewalten der Reichsregierung nunmehr mit hineinzureden hatten. Ich glaube, das sind Dinge, die der ganzen geistigen Einstellung des weitaus größten Teiles der Leute ferner lagen. Ich kann nicht sagen, ob die Leute gefürchtet haben, daß dadurch der Waffenstillstand gestört worden wäre. Vielleicht hat diese Erwägung dem einen oder anderen vorgeschwebt. Ich habe den Eindruck gehabt: das treibende Moment, das sich mit elementarer Gewalt durchsetzte, war das: die Sache ist zu Ende und in dem Augenblick sterben wir nicht mehr, sondern gehen zu Frau und Kindern heim!

Ob die Flotte auf Befehl der Reichsregierung ausgelaufen wäre, ist etwas, worüber ich mir eigentlich eine Vorstellung nicht machen

kann. Ich glaube, das Instrument war in jenem Augenblick innerlich seelisch, soweit die Mannschaft in Frage kam, so zermürbt, daß überhaupt niemand mehr die Möglichkeit gehabt hätte, diesen ganzen großen Apparat noch einmal zu entscheidenden Schlägen, nachdem die Waffenstillstandsforderung bekanntgeworden war, durchzusetzen.

Abg. *Joos:*

Ich darf die Fragen gleich ergänzen. Sowohl der Sachverständige Alboldt wie der Sachverständige Stumpf, der eine ein früherer Deckoffizier, der andere ein Marinesoldat von einem großen Kreuzer, haben beide die Auffassung vertreten, daß die Stimmung der Mannschaften nicht *so* gewesen wäre, daß sie nicht noch hätte emporgerissen werden können. Sie beklagten beide, daß man in der Beziehung kein Vertrauen zu den Mannschaften hatte, daß die Spannung zwischen oben und unten, zwischen Offizier und Mannschaft so stark war, daß man das allerdings von den Offizieren aus nicht tun konnte. Aber beide haben es psychologisch für nicht unmöglich gehalten, daß man die Mannschaften dazu hätte bringen können, *wenn* das Kommando von der Reichsregierung gekommen wäre, und zwar sagten sie immer wieder: wenn wir gewußt hätten, wir müssen hinaus, um unsere Kameraden an der Westfront zu entlasten, wir müssen hier etwas Besonderes tun!, dann wäre es wohl möglich gewesen.

Oberpräsident *Noske:*

Ich glaube, daß man von einer einheitlichen Stimmung der Mannschaft damals überhaupt nicht reden konnte. Das war ein vielhunderttausendköpfiges Ding, und in diesen Hunderttausenden von Köpfen sah es ganz außerordentlich verschieden aus. Deshalb bin ich der Ansicht, daß Herr Alboldt, den ich ziemlich genau kennengelernt habe, als alter Berufssoldat, als alter Deckoffizier, die Dinge wieder ganz anders angesehen hat als die Zehntausende von Familienvätern, die auf den großen Schlachtschiffen saßen und denen zugemutet wurde, noch in dem letzten Augenblick in den Tod zu gehen. Es gingen soviel Stimmungen und Strömungen gegeneinander, daß es kaum möglich sein wird, aufzuzeigen, wie es in den verschiedenen Köpfen aussah. Außerdem wurde die Stimmung bei der Mannschaft in dem fürchterlichen Durcheinander der Ereignisse und der außerordentlichen Schnelligkeit, mit der nachher die Dinge aufeinander folgten, von einer Viertelstunde bis zur anderen eine andere, und ich glaube heute noch, daß die große Masse der Leute wenige Tage vorher, etwa in den letzten Oktobertagen, zwar so, wie alle andern Menschen, von dem Gefühl durchdrungen war, heimzuwollen und daß weiteres Blutvergießen keinen Zweck habe, aber daß schließlich das Auslaufen der Schiffe unterblieb, weil die Initiative einzelner Leute wirksam wurde.

Solche elementaren Ereignisse, wie sie sich damals abgespielt haben, sind überhaupt nur denkbar, wenn in einem gegebenen Moment

ein Mann aufsteht und das Banner hochhebt oder den Gehorsam verweigert. Nun habe ich nicht die Möglichkeit gehabt, mich etwa in Kiel in aller Geruhsamkeit hinzusetzen und tagelange Erörterungen mit den Leuten darüber anzustellen, wie eigentlich ihre seelische Einstellung war. Ich hatte damals wirklich andere Sorgen. Als ich nach Kiel kam, war die Flotte erledigt, sie war als Kriegsinstrument nicht mehr vorhanden. Ich bin am Montag, den 4. November, abends nach Kiel gekommen. Infolge der Schießerei, die am Sonntag Nachmittag in den Straßen von Kiel stattgefunden hatte, ist am Montag die Auflehnung erst bei einzelnen Teilen, meines Wissens zuerst bei der Werftdivision, erfolgt; so haben sich wenigstens hinterher mir gegenüber Leute gerühmt, daß sie diese Dinge vorbereitet hätten. Wieweit nachher das Durcheinander ging, die Neigung zur Renommisterei und was nun tatsächlich von den einzelnen getan worden ist, das ist sehr schwer auseinanderzuhalten. Ich habe in Kiel unter den Mannschaften überhaupt nicht einen einzigen Kopf von nennenswertem Format gesehen, der bei der Erhebung in den Vordergrund getreten wäre. Der Mann aus dem Mannschaftsstande, der m. W. dort den aktivsten Teil darstellte, war ein Obermatrose Artelt, den ich damals in höchster Ekstase vorfand. Er hatte sich schon heiser geschrien, als er mich abends am Bahnhof in Empfang nahm. Ich habe nach 1919 nichts mehr von ihm gehört.

Artelt hatte wiederholt mir gegenüber erklärt, daß er als Mitglied der USPD Material an seine Kameraden verteilt habe. Welcher Art das Material war, ob legal oder nicht, weiß ich nicht. Es sind eine ganze Menge von Flugblättern verteilt worden. Artelt hat sich wenigstens mir gegenüber gerühmt, daß er Propaganda getrieben habe. Aber ich neige sehr stark zu der Auffassung, daß er mir gegenüber damals den Mund etwas sehr voll genommen hat. Jedenfalls ist Artelt nicht ein Mann von irgendwelcher Führerqualität gewesen, dem man zutrauen konnte, daß er etwa in planmäßiger Arbeit eine große Revolte vorbereitet hat.

Es hat dann damals auch ein Herr Popp eine gewisse Rolle gespielt, der ebenfalls Mitglied der USPD war und meines Wissens jetzt Mehrheitssozialdemokrat in Hamburg ist. Er war noch ein verhältnismäßig junger Mann, der aber natürlich höchstens gewisse Fäden zu einzelnen Leuten hätte halten können. Meines Wissens hat die USPD — so nannte sie sich wohl damals schon — überhaupt keinen Parteisekretär in Kiel gehabt.

(Abg. *Dittmann:* Nein!)

Ich habe natürlich sehr häufig über die Frage nachgedacht, wie die Dinge in Kiel möglich gewesen sind, und dabei auch immer wieder Betrachtungen darüber angestellt, ob das nun planmäßig vorbereitet worden ist, bin aber doch stets zu dem Resultat gekommen: wenn eine planmäßige Arbeit zum Zwecke der Erhebung zu einem

früheren oder späteren Zeitpunkt geleistet worden wäre, dann mußte doch eine Führung da sein, und dann war es doch fast undenkbar, daß ausgerechnet ich, der ich mich bei den Unabhängigen Sozialdemokraten nichts weniger als lebhafter Sympathien erfreuen konnte, beinahe widerspruchslos innerhalb weniger Tage es fertig bringen konnte, jedenfalls die gesamte Garnison von Kiel hinter mich zu bringen, so weit, daß sie im wesentlichen davon Abstand nahmen, weiteres Unheil anzurichten und es möglich war, die Dinge in ganz kurzer Frist in leidlich erträgliche Bahnen zu leiten.

(Abg. Dr. *Rosenberg:* War der Spartakus in Kiel irgendwie bemerkbar?)

— Nein, ich habe nie das geringste gemerkt und auch nie gehört, daß irgendeiner von den Leuten sich darauf eingestellt hätte. Ob der eine oder der andere mitgelaufen ist, weiß ich nicht.

Zur Charakterisierung der Verhältnisse möchte ich noch sagen, daß ich erst den Versuch machen mußte, überhaupt so etwas von Apparat zu schaffen aus den Reihen von Soldaten, die gewillt waren, mir wenigstens einen Teil der Arbeit und Verantwortung abzunehmen. Als ich hinkam, habe ich nicht das geringste von Leitung vorgefunden, um eine Leitung zu suchen. Ich habe gefragt: Wo sitzen eigentlich die Leute, die hier die Sache machen? Da wurde mir gesagt, daß da und dort ein Soldatenrat sei. Ich bin von einem Haus in das andere gegangen, um die Leute zu suchen, bei denen ich anpacken konnte. Weil diese Leute nirgends zu finden waren, ist dann das Kommando an mich übergegangen durch irgendein Gespräch, das wir vor einem Haus auf der Straße hatten.

Die Mannschaften liefen durch die Straßen; keiner wußte, wo Löhne ausgezahlt wurden, wo Lebensmittel ausgegeben wurden. Von außen herangeholte Infanteristen liefen nach einem Stück Brot herum.

Ich sagte: das ist unmöglich, hier muß etwas geschehen. Da sagten die Leute: Wollen Sie nicht den Versuch machen, die Fäden in die Hand zu nehmen, um Ordnung und Leitung in die Geschichte hineinzubringen?

Mittags war auf dem Wilhelmsplatz in Kiel eine große Demonstration angesetzt, die glücklicherweise infolge fürchterlichen Regens nicht recht zur Entfaltung kam, und schließlich darin bestand, daß ich hinging, auf ein Automobil kletterte und den Leuten sagte: Wir haben beschlossen, daß ich die Leitung übernehme; seid ihr damit einverstanden? Es herrschte Einverständnis, und ich habe gesagt: gut, schickt mir dann am Nachmittag auf die Station Vertrauensleute, damit wir einen Apparat, eine Organisation schaffen. Dann fand nachmittags eine Sitzung statt, in der 50, 60, 80 Versammlungsteilnehmer waren. Aber da war das Durcheinander noch derartig und von einer Leitung so absolut nichts zu spüren, daß sich mir lediglich von etwa zwei oder drei Formationen die Leute vorstellten

und sagten: unsere Formation oder unser Schiff hat uns hierhergeschickt. Und dann habe ich mir der Reihe nach die Gesichter angesehen, und habe auf gut Glück, wenn ich glaubte, daß der eine gescheiter aussah als der andere, mir aus dem Gewimmel einzelne herausgetippt und gesagt: Sie und Sie machen mit und dann setzen wir uns nachher zusammen.

Das ist ein schlagender Beweis dafür, daß wenigstens die Revolte nicht „gemacht" war.

Abg. *Kuhnt:*

Artelt hat doch Ihre Befehle gegengezeichnet. Das habe ich erfahren. Deshalb können Sie den Apparat, von dem Sie sprachen, nicht nach Gutdünken aufgezogen haben, denn Artelt war von den revolutionären Matrosen zum Gegenzeichner Ihrer Anordnungen bestimmt worden.

Oberpräsident *Noske:*

Wenn Sie einen Augenblick Geduld gehabt hätten, dann hätten Sie auch darüber gleich Aufschluß bekommen. Ich sagte bereits: der Artelt ist der einzige Mann gewesen, der mir als Führer entgegengetreten ist. Er befand sich unter denen, die am Bahnhof waren, und er hatte in der Kaserne in der Wick zweifellos einen gewissen Einfluß, und auf sein draufgängerisches Verhalten ist es ganz zweifellos zurückzuführen, daß in der Riesenkaserne in der Wick morgens zuerst die Dinge in Fluß kamen. Da also der Artelt die einzige Führerpersönlichkeit gewesen ist, die ich in den ersten 24 Stunden gesehen habe, war die Folge, daß er zu dem Gremium gehörte, das mit mir die Geschäfte führen sollte. Es wurde dann ein regulärer Arbeiter- und Soldatenrat gewählt, in dem Artelt mitregierte, mitbestimmte und mitunterzeichnete.

Das Wesentliche, worauf es nach meiner Überzeugung ankommt, ist: ich habe nicht den Eindruck gewinnen können, daß eine planmäßig vorbereitete Erhebung stattgefunden hat; lediglich infolge der begangenen Verweigerung des Dienstes auf den Schiffen, der vorher erfolgten Verhaftung von Mannschaften und der Schießerei am Sonntag war eine Stimmung zuwege gebracht, daß an ein Halten nicht mehr zu denken war.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Hatte der Parteiapparat der SPD einen nennenswerten Einfluß auf die Matrosen?

Oberpräsident *Noske:*

Nein. Die Sache nahm ihren Anfang in der Verhaftung von Leuten von den Schiffen, die den Dienst verweigerten, und einer Demonstration am Sonntag. Dann kam die Schießerei am Sonntag Abend und am Montag früh die Erhebung in der Wick-Kaserne und auf einzelnen Schiffen, Schießereien auf dem „König" und das Hissen der roten Fahne auf allen Schiffen im Hafen. Unter dem Eindruck dieser

Explosionen ruhte dann die Arbeit auf den Werften in Kiel, so daß am Montag alles durcheinanderlief. Aber eine regelrechte Leitung hat auch damals die Kieler Sozialdemokratie nicht ausgeübt, auch nicht in bezug auf den Versuch der Meisterung der Dinge; sonst hätten sie nicht notwendig gehabt, mich in Kiel zu behalten. Ich habe dann mit Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei in Kiel, wie es selbstverständlich war, unmittelbare Fühlung gehabt. Zu maßgebendem Einfluß bis zu einem gewissen Grade im Arbeiter- und Soldatenrat ist neben Artelt lediglich Popp gelangt, obwohl er Zivilist war. Popp hatte bei den Verhandlungen zur Bedingung gemacht, daß, wenn ich die Gouverneursgeschäfte führe, er Vorsitzender des Soldatenrats werde. Ich kann nur sagen, daß die Liebe breiter Soldatenkreise ihm nicht gerade zuteil geworden ist. Es begann sich sehr bald ein zunehmender Einfluß der Berufssoldaten stark durchzusetzen, die nach wenigen Tagen überhaupt Popp ablehnten, als er in einer Versammlung erschien, in der ich sprechen sollte.

Ich erinnere mich dann noch besonders einer Episode, die, glaube ich, für die Einstellung der USPD so charakteristisch ist, daß ich, wenn ich jemals vorher die Auffassung gehabt hätte, daß von der USPD eine wirkliche revolutionäre Propaganda in Heer und Flotte getrieben worden wäre zum Zwecke der Machtergreifung, dann notwendig gehabt hätte, diese Ansicht von Grund aus zu revidieren. Ich nehme an, daß am 6., 7. oder 8. November eine turbulente Versammlung stattfand, die damit endete, daß ich auf Vorschlag dieser Versammlung zum Gouverneur ernannt wurde. Die wenigen Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die sich damals besonders bemerkbar gemacht haben — Artelt, Popp, vielleicht auch der eine oder andere, die aber nicht in dem Maße in Betracht gekommen sind —, haben natürlich von ihrer parteipolitischen Einstellung aus nicht mit reiner Freude zugesehen, daß ich als Mehrheitssozialdemokrat in Kiel mit einem Schlag der erste Mann geworden war, der sich in wachsendem Maße durchsetzen konnte, und es ist infolgedessen immer wieder die Forderung gestellt worden, Reichstagsabgeordnete der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei nach Kiel zu berufen. Als nun diese Versammlung stattfand, die mit meiner Wahl zum Gouverneur endete, wurde bekanntgegeben, man solle noch warten und keine Beschlüsse fassen, der Reichstagsabgeordnete Haase sei im Anmarsch. Und da ist von der Versammlung abgelehnt worden, zu warten, sondern meine Wahl ist vollzogen worden. Da ich nicht Zeit hatte, viele Stunden lang in dieser weitertagenden Versammlung zu bleiben, fuhr ich aus der Versammlung fort nach der Station, sammelte dort die Offiziere, setzte ihnen die Sachlage auseinander, und verständigte mich mit Admiral Souchon darüber, wie die Dinge nun weiterzulaufen hatten.

Nach vielleicht zwei oder drei Stunden, als ich oben noch saß

und arbeitete, wurde mir gesagt, daß der Abgeordnete Haase im Stationsgebäude eingetroffen sei, in einem Zimmer unten warte und sich mit einer Anzahl von Leuten unterhalte. Ich ging hinunter und traf Haase, der offenbar von langer Reise sehr ermüdet war. Wir besprachen die Lage. Ich setzte ihm auseinander: „Ich glaube nicht, daß Sie die Möglichkeit haben, hier an dem Verlauf der Dinge etwas zu ändern. Die Funktionen, soweit sie überhaupt bei dem jetzigen Zustand ausgeübt werden können, sind mir übertragen, und die halte ich fest. Außerdem ist aber die Situation im ganzen jetzt so, daß nun eigentlich von einem Gegensatz zwischen uns keine Rede sein darf, und daß es vor allen Dingen ausgeschlossen sein muß, daß wir jetzt gegeneinander wüten." Dieser Auffassung hat Haase restlos zugestimmt und ist, nach dem wir etwa eine halbe bis dreiviertel Stunde dort zusammengesessen haben, fortgegangen. Er ist dann nach langer Irrfahrt am 9. November abends hier in Berlin angekommen. Wenn die Unabhängigen Sozialdemokraten damals hätten Revolution machen wollen, dann wäre doch ihr erster Mann hier in Berlin am Platze gewesen und nicht in der Weltgeschichte herumgegondelt, um mir in Kiel das Wasser abzugraben.

Was die Persönlichkeit Haases angeht, mit dem ich fünf Jahre in ziemlich enger Verbundenheit in Königsberg zusammengearbeitet habe, so besteht für mich an der persönlichen Lauterkeit, an der Ehrlichkeit und Gutgläubigkeit dieses Mannes nicht der geringste Zweifel. Ich habe oft bedauert, daß ich mit ihm auseinandergekommen bin. Dieses Auseinanderkommen hat aber nie zur Folge gehabt, daß ich etwa an seiner persönlichen Sauberkeit und Anständigkeit jemals den geringsten Zweifel hätte hegen können, auch nicht in bezug auf seine Einstellung zum Vaterlande. Ich halte mich hier, wo es sich darum handelt, geschichtliche Wahrheiten festzustellen, für verpflichtet, die Dinge so darzustellen, wie sie sich mir gezeigt haben.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

War denn Haase wirklich der entscheidende Mann? Aus Äußerungen des Herrn Abgeordneten Dr. Pfleger habe ich den Eindruck gewonnen, als ob er Haase als einen konservativen Mann innerhalb der radikalen Richtung betrachtet. Die eigentliche Leitung der Bewegung lag nach dem, was ich aus den Ausführungen des Herrn Dr. Pfleger geschlossen habe, bei anderen Personen.

Oberpräsident *Noske:*

Was in der Partei vorgegangen ist, weiß ich nicht. Ich kann ja nur von Wahrnehmungen reden. Die Einstellung mancher Leute ist vielleicht eine andere gewesen. Ich kann mich erinnern, daß sich z. B. Herr Barth gerühmt hat, daß er gewisse Vorbereitungen getroffen hat. Nach dem, was ich in Kiel gesehen habe, habe ich auch nicht eine Spur eines Beweises dafür gefunden, daß dort planmäßig etwas vorbereitet worden wäre. Sonst wären, wie gesagt, die Leute doch da

gewesen, und vor allen Dingen hätte sich doch eine scharfe Opposition gegen mich schon in den ersten Tagen gezeigt. Aber die ist erst allmählich im weiteren Verlauf der Dinge hervorgetreten. Ich habe mir immer gesagt: Wenn Haase nach Kiel kommt und dann ruhig davonfährt, ohne den Versuch zu machen, die Dinge mitzumeistern, dann ist jedenfalls kein positiver Beweis dafür erbracht, daß die Sache gewollt und geleitet war. Wenn sie aber gewollt war, dann muß ich schon sagen, daß sie stümperhafter und unvollkommener nicht hätte in Szene gesetzt werden können.

Abg. *Dittmann:*

Der Herr Vorsitzende hat sich in einer Zwischenbemerkung auf eine Äußerung des Herrn Dr. Pfleger bezogen. Ich glaube, Herrn Dr. Pfleger richtig so verstanden zu haben, daß er sagte, die Meinung in den Kreisen des Reichstags, in denen er vor allen Dingen verkehrt habe, sei die gewesen, daß man Haase nicht zugetraut habe, daß er solche Dinge machen werde; dagegen habe man es bei Dittmann und Vogtherr schon eher für möglich gehalten. Da Herr Dr. Pfleger mir das bestätigt, ist die Auslegung falsch, die der Herr Vorsitzende in seiner Zwischenbemerkung dieser Wendung gegeben hat, wonach Haase keinen Einfluß in seiner Partei gehabt habe und daß andere die Leitung gehabt hätten. Gegenüber der Wendung des Herrn Dr. Pfleger könnte ich bürgerliche Abgeordnete anführen, die eine gute Meinung über mich geäußert haben, dagegen eine schlechte über Haase; und es hat mich gefreut, endlich auch einmal zu hören, daß jemand über Haase eine gute Meinung zum Ausdruck bringt. Wir haben jetzt zu meiner Genugtuung auch von Herrn Noske über den Charakter und die Person Haases etwas anderes gehört, als sonst im allgemeinen in bürgerlichen Kreisen immer gesagt worden ist. Gegenüber dem Herrn Vorsitzenden aber möchte ich bemerken, daß Haase tatsächlich der einflußreichste Mann in der USPD war. Sein Wort schlug durch, wenn irgendeine Meinungsverschiedenheit bestand, sein Einfluß in der USPD war direkt überragend bis an sein tragisches Ende. Die Folgerung des Herrn Vorsitzenden ist also nicht richtig. Wenn er mich mit den „anderen" übrigens mitgemeint haben sollte, so kann ich nur sagen, daß ich vom 31. Januar bis zum 15. Oktober 1918 in Festungshaft gewesen bin, so daß ich also gar nicht im Spiel gewesen sein kann.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich habe den Herrn Abgeordneten Dr. Pfleger genau so verstanden wie der Abg. Dittmann. Ich habe nur aus seiner Äußerung eine Folgerung ziehen zu können geglaubt. Es ist mir natürlich aufgefallen, daß Haase gerade zu der Zeit, als der Hauptschlag erfolgte, nicht in Berlin war. Da liegt doch der Gedanke nahe, daß man ihn vielleicht nach Kiel geschickt haben könnte, um in Berlin freiere Hand zu haben. Ich habe auch nicht an den Abg. Dittmann

gedacht, aber irgendwelche Personen müssen doch dann in Berlin Hauptmacher des letzten Aktes der Revolution gewesen sein.

Abg. Dr. *Pfleger:*

Meine persönliche Auffassung über Herrn Haase war immer die, daß er der geistig bedeutendste Mann der USPD gewesen ist.

(Abg. *Dittmann:* Das war auch die einhellige Auffassung in der USPD.)

— Diese Auffassung habe ich, der ich nicht der USPD angehört habe, geteilt. Soviel ich mit ihm zusammenarbeiten konnte, hatte ich nicht die geringste Veranlassung, über ihn als Persönlichkeit abfällig zu urteilen. Ich habe auch erklärt, daß die Auffassung, man könne ihm eine aktive Mitwirkung an solchen Dingen nicht zutrauen, bei den Mitgliedern aller Parteien, mit denen ich im Reichstag Fühlung nehmen konnte, vorhanden war. Man hat ihn einer solchen Handlungsweise nicht für fähig gehalten.

Mit den Herren Vogtherr und Dittmann bin ich damals, soweit ich mich erinnern kann, in den Ausschüssen, speziell was Herrn Vogtherr betrifft, so gut wie nicht zusammengekommen. Ich habe sie wohl im Reichstag gesehen, bin aber sonst im Reichstag mit ihnen nicht in nähere Berührung gekommen. Ich konnte mir also über beide Herren kein bestimmtes Urteil bilden. Von anderen Abgeordneten habe ich die Auffassung gehört, die ich auch berichtet habe, daß man beide Herren damals für fähig gehalten hat, bei solchen Gelegenheiten in irgendeiner Weise aktiv tätig zu sein.

Abg. *Kuhnt:*

An den Herrn Oberpräsidenten Noske ist die Frage gerichtet worden, ob in Kiel das Gerücht verbreitet war, daß die Flotte in den Tod geschickt werden sollte. Herr Noske hat die Frage bejaht. Aus meiner Erfahrung kann ich hinzufügen, daß das gleiche im Bereich der Nordseestation der Fall war.

Ist Herrn Noske bekannt, daß man auch nach dem 10. November 1918 die Flotte nochmals in den Tod schicken wollte? Ich möchte wissen, ob sich ein ähnlicher Vorgang, wie in Wilhelmshaven, auch in Kiel abgespielt hat. Am 11. November wurde ich von Admiral v. Hipper, dem damaligen Flottenchef, angerufen, der bei mir anfrug, ob ich bereit wäre, Befehl erteilen zu lassen, daß die Flotte flottgemacht werde, und zwar „Klar Schiff zum Gefecht!" Ich fragte, aus welchem Grunde, worauf er mir antwortete, das Gerücht sei verbreitet, daß die englische Flotte im Anzug sei, sie steuere auf Hamburg, und daß auch mit einer Besetzung von Wilhelmshaven gerechnet werden müsse. Ich habe ihm daraufhin geantwortet, daß ich telefonisch eine Antwort nicht erteilen könne, ich würde aber in einer ganz kurzen Spanne Zeit auf dem Flaggschiff sein. Dort habe ich beim Admiral v. Hipper vorgesprochen, der mir sagte, Herr v. Trotha und seine Offiziere seien schon versammelt, sie würden

mir Vortrag halten. Das ist dann geschehen. Ich bedaure, daß Herr v. Trotha nicht hier ist, der hat mir damals im Beisein der Offiziere einen längeren Vortrag gehalten, um nachzuweisen, daß die Flotte zur Abwehr der englischen auslaufen müsse. Das war natürlich ein ganz wahnsinniges Unterfangen, am 11. November 1918 überhaupt den Gedanken aufkommen zu lassen, die Flotte wiederum flottzumachen, um sie gegen die englische Flotte vorzuschicken. Ich frage, ob sich etwas Ähnliches in dieser Zeit in Kiel abgespielt hat.

Oberpräsident *Noske:*

Nein. Die Verhältnisse lagen offenbar in Wilhelmshaven und in Kiel durchaus nicht gleich. In Kiel sind am Montag, den 4. November, mit einem Schlage sämtliche Kommandeure außer Funktion gesetzt worden. Am Abend des 5. November hat überhaupt in Kiel kein Offizier mehr die Möglichkeit gehabt, irgendeine Anordnung zu treffen oder ein Kommando zu führen. Sämtliche Offiziere waren von den Schiffen entfernt worden. Am Montag Vormittag sind durch das Gebäude, in dem ich mich zeitweilig aufhielt, manchmal 30 bis 40 Offiziere entwaffnet von schwerbewaffneten Matrosen angeführt worden, um sie dort abzuliefern. Das hat sich ein paarmal in der Form vollzogen, daß ich sie in Empfang genommen habe. Das weitere vollzog sich dann so, daß ich mit den begleitenden Mannschaften ein paar Worte wechselte. Die Offiziere wurden durch eine Tür hereingebracht und durch die andere Tür habe ich sie nach Hause gehen lassen.

Sie sind zum Teil nach Hause, in die Hotels, in ihre Wohnungen gefahren. Am Abend dieses Tages gab es keine Offiziere mehr, die die Möglichkeit gehabt hätten, ein Kommando zu geben, dem Folge geleistet worden wäre.

In diesen Tagen liefen dauernd die unsinnigsten Gerüchte herum. Einmal hörte ich das Gerücht, daß ein englisches Geschwader mit roter Flagge im Anmarsch sei, um sich mit den Kielern zu verbrüdern. Dann gab es eines Tages allerdings auch eine Alarmnachricht, daß irgendwo draußen im Sund englische Schiffe im Anmarsch seien, wahrscheinlich, um sich in den Besitz von Kiel zu setzen. Dies wurde in einer Sitzung erörtert, die unter meinem Vorsitz stattfand. Dabei haben die Berufssoldaten, die Unteroffiziere und Deckoffiziere die Auffassung geäußert, daß es etwas Schändliches und Schimpfliches sei, wenn man zusehen wollte, wie eine englische Flotte einlaufe, und deshalb wurde mir von den Deckoffizieren und Unteroffizieren nahegelegt, die Schiffe klarzumachen und wieder in Gefechtszustand zu setzen. Damals habe ich gesagt: das ist doch eine Kateridee; was im Hafen schwimmt, ist kein brauchbares Schlachtinstrument mehr; den Offizieren steht kein einziger Mann mehr zu Befehl; es kann gar nicht darüber geredet werden, auch bloß den Versuch zu machen, die Schiffe instand zu setzen.

Soviel habe ich von militärischen Dingen und Marinedingen verstanden, daß ich wußte, daß Kiel in kürzester Frist ein Trümmerhaufen gewesen wäre, wenn jemand einen solchen Versuch gemacht hätte. Ich hegte starke Zweifel daran, ob wir auch bloß die Außenbatterien so weit in Aktion hätten bringen können, daß ein Widerstand möglich gewesen wäre. Alle Diskussionen, daß die Schiffe noch auslaufen könnten, habe ich also mit einer Handbewegung als Ideen zurückgewiesen, an die gar nicht zu denken sei.

Abg. *Brüninghaus:*

Herr Dittmann hat vorhin geäußert, daß Haase nach den Ausführungen von Herrn Noske als treibende Kraft für irgendeine revolutionäre Erhebung ad hoc nicht in Frage käme, daß aber, wie Herr Dr. Pfleger gesagt habe, man dies Herrn Dittmann und Vogtherr vielleicht zugetraut hätte. Nun sagt Herr Dittmann, er könne für diese Sache gar nicht in Frage kommen, weil er seit dem Munitionsstreik im Januar zu Festung verurteilt worden wäre und bis zum 15. Oktober auf Festung gewesen wäre. Ich glaube mich aber zu entsinnen, daß der Herr Abgeordnete Dittmann in dieser Zeit auch im Reichstag gewesen ist. Da muß er also eine Zeitlang beurlaubt gewesen sein. Ist der Herr Abg. Dittmann in der Zwischenzeit, vom Termin der Inhaftierung bis zur Revolution, aus der Festung beurlaubt worden?

Abg. *Dittmann:*

Ich war einmal beurlaubt. Meine Schwiegermutter in Bremerhaven war an Typhus erkrankt. Man nahm an, es würde mit der alten Frau zu Ende gehen. Glücklicherweise war es nicht der Fall. Meine Frau hatte mich in Groß-Strehlitz in der Festungshaft besucht. Der Arzt hatte erklärt, sie könne wegen Herzbeschwerden nicht allein von Groß-Strehlitz nach Bremerhaven fahren. Darauf habe ich von der Anstaltsleitung die Zustimmung bekommen, daß ich sie nach Bremerhaven begleiten dürfte. Ich bin dann sofort zurückgefahren.

Es ist nach dem Kursbuch festgestellt worden, mit welchen Zügen ich hin- und zurückfahren konnte. Genau so bin ich gefahren, so daß ich auf dieser Reise sicherlich keine Revolution vorbereiten konnte.

Abg. *Kuhnt:*

Ich wollte nur noch einmal unterstreichen, daß es sich nicht um Gerüchte handelt, die sich in der Mannschaft breitmachten, sondern daß vom Admiral Hipper und auf Grund eines Vortrags des Vizeadmirals v. Trotha vom 11. November 1918 mir gegenüber der Wunsch geäußert wurde, die Flotte solle auslaufen, um sich eventuell den Engländern entgegenzuwerfen. Die Betonung ist darauf zu legen, daß es sich nicht um ein beliebiges Gespräch gehandelt hat, sondern daß Vizeadmiral v. Trotha im Einverständnis mit dem Admiral von Hipper in einem längeren Vortrag die Auffassung vertrat, daß

die deutsche Flotte nach dem 10. November 1918 gegen die englische kämpfen sollte.

Sitzung, Dienstag, den 23. November 1926

Stellungnahme des Sondersachverständigen v. Trotha zu dem Gutachten des Sondersachverständigen Alboldt[1]) über die Marinevorgänge

Sachverständiger *v. Trotha:*

Als ich das letzte Mal hier mit teilnehmen durfte, habe ich zu den Ausführungen des Herrn Alboldt begründetermaßen bloß ganz kurz Stellung genommen. Das Gutachten, das Herr Alboldt dann schriftlich vorgelegt hat und das mir zugegangen ist, geht noch weit über die Ausführungen hinaus, die er nach meiner Erinnerung damals hier mündlich gemacht hat. Ich habe nun richtig zu handeln geglaubt, wenn ich mich in meiner Erwiderung möglichst den Gedankengängen und dem Aufbau des Herrn Alboldt anpasse, um den Überblick nicht zu erschweren.

Es sind von Herrn Alboldt die gesamten Marinefragen vom Flottengesetz bis zur Uniform behandelt worden, und damit ist ein Gebiet angeschnitten worden, das eigentlich zur Beantwortung allein Bände gründlichst durchgearbeiteter Ausführungen verlangen würde. Ich habe mich soweit wie möglich eingeschränkt, habe es aber nicht vermeiden können, auf diese oder jene Sache zu kommen, die ich da oder dort sogar schon wiederholt habe behandeln müssen.

Es handelt sich jetzt zunächst um den Nichteinsatz der Flotte und die verderblichen Folgen, die er ausgelöst hat.

Die deutsche Flotte sah sich bei Kriegsausbruch einer ungeheuer schweren Aufgabe gegenüber. Noch nicht fertig im Ausbau und in der organisatorischen Entwicklung und aufgebaut auf einer ungeheuren mit großer Hingabe in allen ihren Teilen geleisteten Friedensarbeit stand sie der zahlenmäßig weit überlegenen britischen Flotte mit ihrer jahrhundertalten Tradition des Sieges gegenüber, der noch die sehr beachtliche Seemacht Frankreichs und Rußlands zur Seite getreten war. —

Der Aufmarsch unserer Hochseeflotte in der Nordsee war trotz des noch unfertig entwickelten Kriegsvorpostendienstes richtig gewählt.

Aus diesem Nordseewinkel heraus hat unsere Seemacht es durchsetzen können, daß während des ganzen Krieges kein feindliches Geschoß auf deutsche Küsten gefallen ist, daß der für unsere Ernährung und Kriegsindustrie ganz unentbehrliche Seeverkehr in der

---

[1]) Vgl. Bd. 10, I dieser Reihe S. 59 ff.

Ostsee so gut wie ungestört geblieben ist. Die Machtausstrahlung, die von ihr ausging, hat in erster Linie bewirkt, daß Holland und Dänemark neutral blieben und ein Hineinstoßen der Entente über unsere sonst so leicht aufzubrechende Nordgrenze nicht in Frage kam.

Abgesehen von der Kriegstätigkeit der Marine in Flandern ist durch die Flotte ferner verhindert worden, daß Rußland sich im Norden mit England die Hand reichen und daß im Süden der russische Arm, durch die Dardanellen hindurchgreifend, die Einkreisung über das Mittelmeer vollständig machen konnte. Hätte Rußland diese seine beiden Arme frei behalten, so wäre unsere Widerstandskraft meiner Ansicht nach in kürzester Zeit erdrückt worden.

Wir wissen heute aus den Erinnerungen Churchills, daß nur die Achtung vor der Kampfkraft der deutschen Flotte die Engländer abgehalten hat, in der ersten Zeit des Krieges in die Ostsee einzubrechen, sich dort der Seeherrschaft zu bemächtigen und eine russische Armee an unsere Küste an Land zu werfen, ebenso wie in der Nordsee durch Wegnahme einer der Inseln Borkum oder Sylt unsere Bewegungsfreiheit völlig einzuengen.

Ich habe dieses Bild in großen Strichen hingeworfen, um zu zeigen, wie es überhaupt kommen konnte, daß unsere Flotte, die auch in ihrer Entwicklung als Verteidigungsflotte nur auf den Angriffsgeist erzogen war, zurückgehalten wurde, um diesen für unsere Stellung unter den großen Völkern gewaltigen Machtfaktor möglichst bis zum Frieden aufzusparen, nachdem zu erkennen war, daß England zur See die vorsichtige Zurückhaltung wählte. —

Die Flotte war ein politischer Machtfaktor ohnegleichen, und so konnte ihr Einsatz nur nach operativen Richtlinien erfolgen, die von der politischen Leitung entscheidend beeinflußt waren.

Wenn von höchst verantwortlicher politischer Stelle der Einsatz der Flotte zu Beginn des Krieges für falsch erklärt wurde, so war es selbstverständliche Pflicht der befehlenden Stellen, sich dem zu fügen, so hart das war. Der die Bewegungsfreiheit und den Einsatz der Flotte festlegende, vom Kaiser vollzogene Operationsbefehl war grundlegend bestimmt durch den Willen der politischen Leitung. Dieser Wille ging darauf hinaus, das Machtmittel der deutschen Flotte als politisches Moment von größtem Wert möglichst ungeschwächt in der Hand zu behalten. Schon in den ersten Kriegstagebuchnotizen des R. M. A. befindet sich die Feststellung einer Äußerung des Reichskanzlers: „Es ist unbedingt notwendig, daß wir beim Friedensschluß noch eine große Flotte haben.“ Es lag darin meiner Auffassung nach eine Verkennung der Auswirkung dieses Machtfaktors über See. Wenn in der Friedenspolitik seine Auswertung vorsichtiges Abwägen und langsames Sichdurchsetzen erforderte, so verlangte ein Krieg, in den Englands historische Seemacht eintrat, Kampf, und zwar von uns geforderten Kampf, be-

sonders nachdem klar zu erkennen war, daß Großbritanniens Flotte den Kampf nicht suchte, der ihr bei der hohen Einschätzung der jungen deutschen Seemacht ein zu großes Risiko schien.

Es war für uns ein Verhängnis, daß der erste Chef des Admiralstabes v. Pohl, den Gründen des Reichskanzlers nachgebend, sich dessen Standpunkt ohne Widerstand unterordnete, und so die Entscheidung des Kaisers gegen die Flotte ausfiel. Es ist hier nicht der Raum, diese Frage genau zu untersuchen. Ich erwähne nur, daß der Flottenchef z. B. am 3. Oktober 1914 auf eine Abänderung des Operationsbefehls drängte, indem er „auf die unerträgliche Lage infolge des passiven Verhaltens der Flotte hinwies", und bat, „daß er durch offensive Vorstöße die Schlacht mit dem Gegner suchen dürfe".

Es war aber auch die selbstverständliche Folge dieser Zurückhaltung der Flotte, daß nun in den oberen Stellen der Marine die Meinungen so oder so sich zur Geltung bringen wollten, und daß an der einen die Argumente der politischen Leitung sich durchsetzten, während sie von anderer Seite auf das lebhafteste und leidenschaftlichste bekämpft wurden.

Es kann, nach allem, was ich erlebt habe, kein Zweifel sein, daß die Freiheit des Angriffs von der ganzen Marine, ohne Ausnahme — allerdings in ernster, verantwortungsbewußter Stimmung — aber mit Begeisterung und Zuversicht ergriffen worden wäre.

Der schwere Entschluß, den Angriffswillen zu zügeln, lag bei der politischen Leitung, die damit auch für die unausbleiblichen Folgen verantwortlich ist.

Es stand sich gegenüber der Glaube unserer höchsten politischen Stelle an eine Verständigung mit England auch noch nach dessen Eintritt in den Krieg, an eine Möglichkeit, durch Vermeiden von Schärfe in der Kriegführung die Pfeiler für eine Friedensbrücke nach England hinüber zu bauen, und auf der anderen Seite, verkörpert im Großadmiral von Tirpitz, das Bewußtsein von der Brutalität Englands, das keine Verständigung will, solange Macht in irgendeiner Form noch wirken kann.

Ich habe aus aller Kriegsliteratur, auch der unserer Feinde, nur den verstärkten Eindruck bekommen, daß ein Einsatz unserer Flotte im Anfang des Krieges vom Feinde am meisten gefürchtet wurde, also für eine möglichst schnelle und erfolgreiche Beendigung des Krieges richtig gewesen wäre.

In der höchsten Anspannung des Staates im Kriege, wo mehr wie sonst je alle Kräfte sichtbar und fühlbar auf die höchste verantwortlichste Stelle eingestellt sind, ist entscheidend, ob diese Stelle Kraft oder Schwäche ausstrahlt.

Zum Unglück für uns hat hier die Schwäche die Oberhand behalten. Ihre Auswirkung nach unten ist dann auch nicht ausgeblieben.

Bezeichnend für diese Schwäche-Auffassung, die Englands

wahres Gesicht nicht erkennen konnte, ist für mich die aus den Aufzeichnungen des Admirals v. Pohl bekannte Tatsache, daß der Reichskanzler den Durchbruch der „Goeben" und „Breslau" durch eine absichtliche Zurückhaltung der englischen Mittelmeerstreitkräfte erklärt wissen wollte, mit dem überlegten Willen, gegen uns keine schweren Schläge zu führen, und daß er auch ein Ansetzen leichter Streitkräfte gegen die englischen Truppentransporte über den Kanal in der ersten Kriegswoche verhindern wollte, um England die Möglichkeit zu geben, eine Verständigung zum Frieden mit uns zu finden.

Es ist falsch, daß etwa die Mannschaften unter dem Druck des Nichteinsetzens der Flotte mehr zu leiden gehabt hätten als die Offiziere.

Ich trete der Ansicht bei, daß das Nichteinsetzen der Flotte als ein Faktor zu bewerten ist, der die Stimmung unter den Besatzungen auf das schwerste belastet hat, und zwar die Besatzungen in ihrer Gesamtheit, vom Admiral bis zur untersten Charge. Das kann gar nicht anders sein, weil es sich hierbei um eine Frage handelt, die das Innerste des Menschen erfaßt, und weil unsere militärische Arbeit darauf eingestellt war, die Fähigkeiten des Mannes in die einheitlich gerichtete Kraft staatlichen Willens einzugliedern, also jeden nach seinen menschlichen Fähigkeiten zur höchsten Hingabe für das Ganze fertigzumachen.

Droysen sagt in seiner Lebensbeschreibung des Grafen Yorck über untätige Kriege: „Getäuschte Erwartungen, unbefriedigte Ansprüche, gegenseitige Vorwürfe oder Spöttereien kommen hinzu, den Mißmut zu steigern und böse Stimmungen zu reizen. Je höher die soldatische Ehre geachtet wird, desto peinlicher werden die Wirkungen hervortreten."

Hierin ist letzten Endes all das ausgedrückt, was wir auf der Flotte zu ertragen hatten.

Das, was hierüber Herr Sachverständiger Stumpf aus seinen Aufzeichnungen [1]) uns lebendig vorgetragen hat, das haben wir alle durchgemacht. Es ist eine fast unmenschliche Anforderung, diese Stimmung zu überwinden. Es ist aber eine völlige Verkennung, wenn man annimmt, daß diese Kämpfe nur die unteren Chargen durchgekämpft hätten, das Gegenteil ist richtig. Der Offizier war noch dazu gezwungen, in seiner höher gestellten Pflicht gegen die Gesamtheit die aus dem Zurückhalten und Zögern erwachsenden Maßnahmen erklärend zu verteidigen und damit auf sich zu nehmen, gegen seine innere Überzeugung.

Noch stärker kam dies alles zur Wirkung, als die Schwäche des obersten politischen Willens ganz natürlich lähmend und hemmend

[1]) Vgl. Bd. 10, I dieser Reihe S. 41 ff.; s. auch Bd. 10, II dieser Reihe.

auf die militärische Führung wirkte, indem diese sich in den schwersten Entschlüssen für die hohe Verantwortung, die sie zu tragen hatte, nicht mehr der Deckung von oben her sicher war.

Der Zwang, die Entscheidungsschlacht zu vermeiden, führte zu einer Anlage von Operationen, die sich als Rückschläge auswirkten; und da dem vorwärtsdrängenden Kampfwillen keine Freiheit gelassen wurde, solche Rückschläge zu überwinden, wirkte die Schwäche von oberster Stelle weiter nach unten, für die militärische Führung als immer gesteigerte Vorsicht und für die Besatzungen — einschließlich der Offiziere —, die man im ganzen in die Zusammenhänge nicht einweihen konnte, als Scheu vor dem Feinde.

Als es dem Kampfwillen nicht gelang, sich gegen die Zurückhaltung der politischen Leitung durchzusetzen, mußte dann der bedenkliche Zustand eintreten, daß der Zweifel an der Führung in der Flotte lebendig wurde. Es war die furchtbare Zeit, in der der Marine in der Heimatflotte die Schwingen beschnitten waren, und zwar nach meiner heiligsten Überzeugung, weil man sich nicht dazu hatte verstehen können, dem Mann, der die Flotte geschaffen hatte, auch die Verantwortung im Kriege in die Hand zu geben.

Daß das keine nachträglich zusammengestellten Gedanken sind, dafür führe ich den nachstehenden, in der Öffentlichkeit ja schon bekannten Brief an, den ich am 9. Juli 1915 an den Chef des Marinekabinetts, Admiral v. Müller, geschrieben habe, der allerdings — das darf man nicht vergessen — ein ganz bestimmtes Ziel vor Augen hatte:

„Die Marine ist mit einem unbegrenzten Selbstbewußtsein, einer großen inneren Sicherheit begeistert in den Krieg eingetreten. Ihr Geist war getragen von dem Empfinden, daß sie die Lieblingsschöpfung des deutschen Volkes war, der Teil der Wehrkraft, durch den Deutschlands verjüngte Kraft, sein Wachsen zur Weltmacht ureigenst zum Ausdruck kam; und sie war sich dessen bewußt, daß sie die auf sie gesetzten Erwartungen auch erfüllen würde.

Diese stolzen Unterlagen für den Erfolg bauten sich auf auf einer entbehrungsreichen und mühevollen, mit größter Liebe geleisteten Friedensarbeit.

Heute sind — darüber kann kein Zweifel sein — diese kühnen Gedanken verblaßt. Der Kern der Marine und damit ihre besten Kräfte, die Hochseeflotte, ist nicht zur Anwendung gekommen. Der Zweifel tritt immer mehr auf, ob ihr überhaupt zum Einsatz Gelegenheit gegeben wird. Dem denkenden Teil der Besatzung drängt sich aber damit auch die Frage auf, ob das, wofür sie die schwere Arbeit der Friedensjahre freudig getragen hat, nicht ein falscher Gedanke war. War all die Arbeit nicht umsonst, hatte man sich mit der Lebensarbeit und mit der Ehre für ein Werk hingegeben, das

dem politischen Werden des deutschen Volkes falsch eingepaßt war? Wie ist es möglich, daß im Lebenskampf des deutschen Vaterlandes die Waffe nicht zum Tragen kommt, die im Mittelpunkt der Politik nach innen und außen während des letzten Menschenalters gestanden hat?

All diese Gedanken, die in der Marine umgehen, sie sind nicht daraus zu erklären, daß die Reichsleitung sich den Zeitpunkt zum rücksichtslosen Einsatz der Flotte ganz selbstverständlich vorbehalten muß.

Das Warten würde schon überwunden sein, wenn das Vertrauen erhalten wäre, in fester Leitung dem Augenblick des endlichen Einsatzes entgegengeführt zu werden. Es hat sich aber immer mehr das Empfinden ausgebreitet, daß der einheitliche feste Wille einer starken Führung fehlt, den Feind da, wo er Gelegenheit gibt, auch mit Kraft anzufassen und mit Siegerwillen zu zwingen.

Der Gedankengang auch jedes Matrosen kann sich nur an die Geschehnisse des 28. August, 16. Dezember, 24. Januar und 2. Juli halten, wo sich unabweislich das Empfinden aufdrängt: Hier hat eine starke führende Hand gefehlt. Es ist menschlich nicht anders möglich, als daß sich alles innere Empfinden auf das tiefste erregt, wenn man nur auf den Flußmündungen zu Anker liegt, ohne vom Feind, vom eigenen Volk, vom deutschen Land in dieser großen Zeit etwas gesehen zu haben; und dann schlägt plötzlich die Nachricht ein, da und dort draußen gehen Schiffe verloren, weil wir die vorhandene Kraft nicht auszunutzen verstanden.

Es ist auch der Eindruck nicht fortzuwischen, daß nach jedem Rückschlag die Flotte vorsichtiger geworden ist. Die Befehle, die zur Vorsicht mahnen, haben das Treiben zum Angriff zurückgedrängt.

Die kleinen Vorstöße der letzten Zeit haben darin nichts bessern können — im Gegenteil —, denn jedem muß sich das Gefühl aufdrängen, daß sie nicht von dem Gedanken eingegeben waren, den Feind, wenn auch nur im Rahmen kleinerer Aufgaben, zu treffen, sondern ihn zu vermeiden. So haben sie unter Hinnahme der Uboot- und Minengefahr eine gewisse Übung gegeben, aber die innere Unsicherheit der Flotte gemehrt. Die vergangenen Taten der Auslandschiffe und die der Uboote können da keinen Ausgleich bieten. Es ist ein besonderer Krieg, der da geführt wird, mit dem man keine Fühlung hat. Man liest die Erfolge nur in der Zeitung und empfindet die eigene Untätigkeit nur noch mehr.

So bleibt für die Besatzungen der Hochseeflotte nur übrig: Da, wo sie mit dem Feind zusammenstieß, hat es an der festen Führung gefehlt, und wo die Flotte geschlossen in See ging, da hat sie den Feind vermieden.

Und damit ist der bedenkliche Moment gegeben, wo jeder mit der Ehre der Waffe seine eigene Ehre gefährdet fühlt. Diese Gefahr kann nur der persönliche Einfluß des Führers, die selbstlose Hingabe auch des jüngsten Offiziers an seinen Vorgesetzten, überwinden. Ich fürchte, daß diese stärkste Quelle innerer Kraft stark zurückgegangen ist. Die Flotte im ganzen und in ihren Unterverbänden kennt ihre höheren Vorgesetzten nur aus Verfügungen und aus der Instruktionsstunde. Der Krieg wird geführt in den Büros der Stäbe, ohne getragen zu sein vom Geist der Truppe. Man hat die Sorge, daß der tatenlose Krieg uns immer mehr in Schematismus und geschriebene Verfügungen hineinzwängt, die schon unsere Friedensarbeit so stark belastet haben. Gesunder, frischer Geist, Verantwortungsfreudigkeit und Selbständigkeit des Entschlusses, der beste Faktor des Sieges „der Wille zum Angriff" erstickt langsam. Wenn die große Stunde kommen sollte, wo ich mit meinem Schiff dem Feind gegenüberstehe, da werden die tiefsinnigsten Befehle und Verfügungen nichts helfen, wenn ich nicht in Gedanken und Herz verwachsen bin mit meinem Führer und mit seinem Willen zum Sieg.

So sieht das Bild von mir aus sich an, und viele denken ebenso oder ähnlich. Ein Außenstehender muß bei Einschätzung der allgemeinen Lage jedenfalls damit rechnen, daß eine solche Stimmung vorhanden ist.

Alle diese Empfindungen finden sich letzten Endes immer wieder in dem stärker oder schwächer ausgesprochenen Hoffen, daß eine feste Führung für die ganze Marine geschaffen werde, indem *einer* Person von Allerhöchster Stelle die Verantwortung für die gesamte Kriegführung übertragen werde.

Ich halte mich verpflichtet, Euerer Exzellenz zu berichten, daß in der Marine von der überwiegenden Masse der Offiziere immer *nur* der Name des Admirals v. Tirpitz genannt wird."

Törichte Gerüchte nutzten diese Schwäche-Situation aus; kein vernünftiger Mensch z. B., der auch nur eine Ahnung von der Persönlichkeit des damaligen Flottenchefs, des Admirals von Ingenohl, hatte, konnte überhaupt begreifen, wie er durch infame Gerüchte mit einer englischen Frau in Verbindung gebracht werden konnte. Ganz unglücklich war auch, daß die unverantwortlichen Redereien von der Unterlegenheit unseres Materials nun natürlich Nahrung fanden und als Erklärung für unsere Zurückhaltung herhalten mußten.

Ich bestreite, daß das Gefühl auch „qualitativer Unterlegenheit" die Flotte beherrschte.

Wie überlegen unser Material tatsächlich gegenüber dem englischen war, ist uns so stark von englischer Seite bezeugt worden,

daß ich nicht verstehen kann, weshalb man sich gegen diese Feststellung nun noch sträuben will.

Ich habe erst kürzlich von dem vielgenannten finnischen Admiral v. Schoultz persönlich gehört, daß durch die Skagerrakschlacht die technische Überlegenheit der deutschen Flotte sich volle Anerkennung erzwungen und die selbstbewußte Zuversicht in der grand fleet einen schweren Stoß bekommen hätte.

Daß die „Emden", wie Herr Alboldt ausgeführt hat, fast gleichaltrig mit der „Sidney" war, gibt zum mindesten ein falsches Bild. Die „Sidney" war vier Jahre jünger und um ein Drittel größer als „Emden".

Bei den Falklands-Inseln hatten die Engländer nach der für sie vernichtenden Überlegenheit unseres Kreuzergeschwaders bei Coronel mit Überlegung Schiffe zum Einsatz gegen den Grafen Spee ausgesucht, von denen jedes bei fast doppelt so großem nutzbarem Deplacement erheblich stärker an Armierung und Widerstandskraft war und einen ganz andern Typ darstellte. Die Überlegenheit im Kampf bei den Falklands-Inseln war eine fast vierfache. Es ist geradezu ungeheuerlich und hat die Engländer im höchsten Maße überrascht, welche Widerstandskraft z. B. die „Gneisenau" $4^1/_2$ Stunden den weit überlegenen feindlichen Waffen gegenüber bewiesen hat. Die Taten der „Emden" und des Kreuzergeschwaders bis zu ihrem Todeskampf waren in der furchtbaren Wartezeit der Heimatflotte erfrischende und erhebende Eindrücke für uns, die unsere Zuversicht nur heben konnten, wenn sie nicht ins falsche Licht gestellt wurden.

Der Vorstoß unserer Schlachtkreuzer nach der Dogger-Bank hat hauptsächlich dadurch seine von unserem Flottenkommando nicht gewollte Entwicklung genommen, weil auf bis heute nicht voll aufgeklärte Weise die Engländer den Plan der Unternehmung erfahren und danach ihre Maßnahmen getroffen hatten. Der auf Überraschung des Gegners aufgebaute Vorstoß ließ sich, als die Verhältnisse in der Entwicklung waren, nicht mehr abändern. Ein Auslaufen des Gros zur Unterstützung wäre für ein Eingreifen in den Kampf oder auch nur zur Unterstützung zu spät gekommen.

Die ganze Anlage des Vorstoßes ist erklärt durch den drängenden Kampfwillen der Flotte und andererseits die Bindung, es nicht zu einem Zusammenstoß der Flotten kommen zu lassen. Noch stets in der Geschichte haben solche Bindungen gerade im Kampf auf dem Meere zum Nachteil geführt.

Nach meiner Überzeugung ist der Verlust des „Blücher" nicht auf materielle Überlegenheit der Engländer, sondern auf einen besonders ungünstig sitzenden Treffer zurückzuführen, seine Widerstandskraft war der der gegenüberstehenden englischen Schiffe meines Wissens nicht unterlegen, seine schwächere Armierung hat mit dem vernichtenden Treffer nichts zu tun.

Die Konstruktionsgeschwindigkeit des „Blücher" war 24 sm gegenüber 25 sm der „Moltke", also kein wesentlicher Unterschied[1]).

Ich stimme Herrn Alboldt zu, daß wohl keine der damaligen Flotten ein so kampffreudiges und so mit Interesse und Verständnis gerade dem eigentlichen Kampfdienst ergebenes Personal gehabt hat wie die deutsche. Es ist das der beste Beweis, daß wir uns trotz der zahlenmäßigen Schwäche nicht unterlegen fühlten. Das Unheil ist und bleibt, daß unserem Kampfwillen durch die politische Leitung Fesseln angelegt wurden.

Es ist das unbestreitbare Verdienst der Offiziere und ganz natürlich in erster Linie der Seeoffiziere, diesen sonst unerreichten Stand der Ausbildung und dieses kampffreudige Verständnis entwickelt zu haben.

Der Gefechtsdienst, so wie er bei uns gehandhabt wurde, war ein deutsches Erzeugnis, das uns so leicht keiner nachmachen kann. Er war aufgebaut auf dem Streben, den denkenden Mann zu entwickeln. Die militärischen Formen waren das zur Ausbildung notwendige Gerippe, das Ziel, den Mann in freiem Selbstbewußtsein mit seiner ganzen Kraft und nach seinem Können einzugliedern in den Dienst des einheitlich gerichteten Kampfwillens.

Stufenweise sich steigernd wurde nur darauf hingearbeitet, den Mann zu freier Selbständigkeit, zum überlegten, verantwortungsbewußten Handeln zu erziehen. Mit allen Marineoffizieren kann das Seeoffizierkorps als hohes Verdienst für sich in Anspruch nehmen, im Gefechtsdienst den Mann so hoch wie möglich eingestellt zu haben. Wer je ein modernes Gefechtsexerzieren auf unseren Schiffen in den letzten Jahren mit Verständnis verfolgt hat, der hat, des bin ich überzeugt, das Höchste gesehen, was an männlicher freier Kraft zu leisten ist, allerdings einer Freiheit, die der Pflicht sich unterordnet und die aufgebaut ist auf dem frei gewährten höchsten Vertrauen der Vorgesetzten. Ich habe darüber schon soviel ausgesagt und geschrieben, daß ich dem nichts mehr hinzuzufügen habe. Daß ich das alles nicht falsch sehe, dafür ist der Beweis der Kampf, wie ihn unsere Besatzungen zur Bewunderung unserer Feinde auch in den schwersten und verzweifeltsten Lagen bis zum letzten durchgeführt haben.

Das ist und bleibt unverrückbar das Verdienst gerade auch des Seeoffizierkorps, in dessen Hand in erster und entscheidender Linie die Gefechtsausbildung gelegen hat.

Ich möchte hier gleich erwähnen, daß in dieser Gefechtsaus-

[1]) Diese Daten sind entnommen den amtlichen Skizzen über den Bauauftrag der Schiffe. — Nach den offiziellen Probefahrtergebnissen, die ich erst später zur Kenntnis bekommen habe, hat bei der sechsstündigen forcierten Probefahrt das Flaggschiff des Kreuzergeschwaders „Seydlitz" 26,8 sm Geschwindigkeit, „Blücher" 24,97 sm erreicht. Der Höchstleistungsunterschied für längere Strecken war danach für die Kreuzer 1,9 sm.

bildung die Typenkunde ganz besonders betrieben wurde. Nicht nur dem äußeren Erkennen der feindlichen Schiffsklassen galt diese Ausbildung, sondern ganz besonders ihrer Vor- und Nachteile uns gegenüber.

Entgegen den Ausführungen des Herrn Alboldt behaupte ich, daß wir dank unserer unvergleichlichen Friedensausbildung auf der Flotte getragen waren von dem Bewußtsein unseres überlegenen Könnens und vom Stolz auf unsere Schiffe.

Die Verhältnisse in der englischen Flotte lassen sich gar nicht ohne weiteres mit den unsrigen vergleichen.

Ich habe auch über die Schwierigkeit, den Besatzungen über die furchtbar schwer zu ertragende Einförmigkeit der Wartezeit hinwegzuhelfen, bereits früher ausgesagt und brauche das wohl nicht zu wiederholen. Die englische Flotte war darin viel günstiger dran als wir. Sie hatte Bewegungsfreiheit in weitestem Maße, der ständige Kraftzustrom aus der ganzen Welt wirkte belebend auch auf sie, der Hauptliegeplatz frei von der großen Stadt und in unbebautem Land, die Sicherheit, keinem unmittelbaren Angriff oder Fliegerangriffen ausgesetzt zu sein, und manche anderen Gründe machen es ganz unmöglich, die Verhältnisse dort und bei uns zu vergleichen.

Wir mußten in kümmerlichster Weise unsere Gefechtsbilder und Schießübungen auf den Flußmündungen erledigen, wo weder die Manöver noch die Geschwindigkeit ausgewertet werden und die Waffen nur notdürftig zur Wirkung kommen konnten. Auch in der Ostsee konnte man darin nicht genügend Abwechslung schaffen. Für sportliche Bewegung bot eigentlich nur Altenbruch-Rhede für einige Schiffe genügende Bewegungsfreiheit, was, so oft ich Gelegenheit hatte, dort zu liegen, auf allen Schiffen, von Offizieren und Mannschaften gemeinsam, freudigst ausgenutzt wurde. Ausflüge in Wilhelmshaven waren immer nur ein wenig auszuwertender Notbehelf und konnten bei der 3-Stunden-Bereitschaft die Schiffe nicht aus der Beengung der Stadt herauskommen. Ich kann die Ausführungen des Herrn Alboldt über diese Punkte nur mit dem Eindruck lesen, daß da von ihm in uns Seeoffiziere, so wie wir empfanden und dachten, etwas uns ganz Fremdes hineingelegt wird, das ich jedenfalls nach meiner Kenntnis und Beobachtung als gänzlich falsch ablehnen muß; überall tritt mir das Gefühl entgegen, daß hier nichts Selbsterlebtes einen anspricht.

Die Verpflegung bei uns und in der englischen Marine unterlag ganz verschiedenen Bedingungen.

Über die erneut aufgerollte Verpflegungsfrage wird es, wie ich schon betonte, wenn ich darüber auszusagen hätte, richtig sein, die betreffenden Spezialpersönlichkeiten zu befragen. Es ist selbstver-

ständlich, daß ich diese wichtige Frage nicht von mir aus nur nach Kalorienformeln behandelt habe. Diese Kalorien waren mir stets nur Anhaltszahlen für Berechnungen, wie sie unser Kriegszwangssystem nötig machte. So schematisch zu denken liegt mir nicht.

Ich möchte nur das eine noch einmal betonen, daß die Rationssätze für Mannschaften und Offiziere an Bord ganz gleiche waren. Das Kaloriensystem galt also für Offiziere ebenso wie für Mannschaften. Wir wissen sogar aus dem Briefe des Oberstabszahlmeisters Wulff, daß der Soldatenrat selbst später festgestellt hat, daß die Offiziersmessen gar nicht einmal ihre vollen Rationssätze an Fleisch und Fett abgehoben haben.

Es war auch keineswegs der Fall, daß in den Offiziersmessen die Schüsseln etwa zum beliebigen Verbrauch herumgereicht wurden. Die Rationierung des Fleisches zwang schon dazu, daß jeder nur ein bestimmtes Teil nehmen konnte: „Es ist nur ein — oder zwei — Stück für jeden gerechnet" wurde (wie ich öfter erlebt habe) zugeflüstert.

Mit Bezug auf meine früheren Ausführungen über Verpflegung habe ich zur Vervollständigung des Bildes noch nachzutragen, daß jedenfalls im Jahre 1918 die Offiziere der Landgarnisonen nur die Lebensmittelkarten der Zivilbevölkerung erhielten, die sie dann, wenn sie im Kasino aßen, dort abzugeben hatten. *Der Offizier stand also in den Landgarnisonen* in bezug auf Verpflegung 1918 *tatsächlich schlechter als der Mann,* der Menageverpflegung erhielt.

In dem späteren Teil seiner Ausführungen kommt Herr Alboldt auch gelegentlich einer Auslassung des Professors Birk auf das Weinlager des Marineoffizierkasinos in Kiel zu sprechen. Ich bemerke dazu folgendes:

In dem Streben, sich ein Kasino aus eigenen Mitteln schaffen zu können, das dem stark anwachsenden Offizierkorps genügte — wir hatten in Kiel nur eine gewisse Anzahl Stuben der Kaserne dienstlich zur Verfügung, in denen das Offizierkorps zu versammeln ganz unmöglich war —, hatte dieses sich seit über vierzig Jahren durch Abzüge vom Gehalt ein Kapital angesammelt, das werbend in der Hauptsache in Weinbeständen angelegt war. Im Kriege sind diese Bestände, soviel mir vom damaligen Stationschef bekannt ist, durch Beleihung mit Kriegsanleihe dem Kriegszweck dienstbar gemacht worden und der Wert später in weitem Maße verlorengegangen. Ich halte einen Vergleich der mangelnden Bestände in den Lazaretten mit dem Überfluß an Wein in dem Kasinokeller für eine Ungeheuerlichkeit, wenn nicht nachgewiesen werden kann, daß eine Aufforderung um Abgabe zugunsten der Lazarette vom Kasino abgelehnt worden ist, dort überhaupt etwas von diesem Mangel bekannt war.

Auch in bezug auf die Verpflegung sind die Verhältnisse in der englischen Marine mit den unsrigen nicht ohne weiteres zu ver-

gleichen, im Kriege nun schon gar nicht. Mit Bezug auf die Essensgemeinschaften von je ungefähr 30 Mann auf den englischen Schiffen, wie sie der Kommodore v. Schoultz in seinem Buche schildert, weist er selbst darauf hin, daß sie wohl nur möglich sind bei einer in der Zubereitung der Speisen so wenig Abwechslung kennenden Bevölkerung wie der englischen. Diese Einrichtung wäre bei den zahlreichen Geschmacksrichtungen unserer Leute für uns nach meiner Ansicht nicht durchführbar. Das englische System enthob in an sich sehr geschickter Art den Vorgesetzten eigentlich jeder Verantwortung für die Verpflegung der Mannschaft. Es wäre da so, wie ich im Dienst erzogen worden bin, bei uns nicht denkbar gewesen, denn unsere Erziehung wollte dem Vorgesetzten nicht die Verantwortung abnehmen, sondern ihn immer wieder darauf hinstoßen, daß *er* für seine Untergebenen verantwortlich wäre. Der ganze Verpflegungszustand in England blieb ja aber auch bei dem starken Zustrom von außen, der doch aus der ganzen Welt hereinkam, ein ganz anderer als bei uns, sonst wäre es gar nicht möglich gewesen, die Kantine mit ihrem freien Verkauf, so wie es der Engländer tat, auch während des Krieges in die Verpflegung einzugliedern. Die Tagesverpflegung, die Kommodore v. Schoultz von sich und seinen Kommandanten gibt, übertrifft die, wie ich sie jedenfalls gehabt habe, nicht unerheblich.

Bei dem Vergleich der Offizierkorps in der Marine geht Herr Alboldt von ganz falschen Voraussetzungen aus.

Ich halte das da entworfene Bild für falsch, weil es nicht von der eigentlichen Grundlage aus gezeichnet ist.

Die Führung der Schiffe über See verlangt eine bestimmte Vorbildung, die Ausübung ist an staatlich vorgeschriebene Bedingungen geknüpft.

Für das Seeoffizierkorps, wie für jedes Spezialoffizierkorps, waren diese staatlichen Bedingungen die entscheidende Unterlage der Ausbildung. Zur seemännischen Führung über See war nur berechtigt, wer das Steuermannsexamen für große Fahrt abgelegt hatte.

Der Offizier, der die Verantwortung über die Führung des Schiffes vor dem Strafgesetz hatte, mußte aber auch — in welchem Dienstalter er auch war — alle Hilfsmittel der Führung in seiner Hand vereinen.

So trat z. B. der Fall ein, daß ein junger Seeoffizier als Wachhabender auf der Kommandobrücke die rücksichtslose Durchführung eines Maschinenbefehls auch verlangen mußte, selbst wenn der wachhabende Ingenieur in der Maschine an Lebensalter und Dienstgrad erheblich älter war. Militärisch war das durch die Dienstvorschriften so ausgedrückt, daß der wachhabende Offizier der Stellvertreter des Kommandanten war und das allen eingeschifften Personen an Bord gegenüber mit alleiniger Ausnahme des IO und des Navigations-

offiziers in Fragen der Schiffsführung. Auch jeder ältere Seeoffizier mußte sich den Anordnungen eines ganz jungen wachhabenden Offiziers fügen. Wenn der Kommandant die Kommandobrücke verließ, lag auf ihm die Verantwortung für den Entschluß, daß er die Führung des Schiffes dem wachhabenden Offizier übertrug. Im Hafen, wo der wachhabende Offizier nicht an die Kommandobrücke gebunden war, kennzeichnete ihn vor der Besatzung die vielfach mißverstandene Schärpe als den Stellvertreter des Kommandanten und das natürlich auch den an sich älteren Seeoffizieren gegenüber.

Die besonderen Verhältnisse des engen Bordlebens führten ferner dazu, daß — anders wie beim Truppenteil an Land — die Strafgewalt in der Hand des I. Offiziers zusammengefaßt war, über dem natürlich der Kommandant mit höherer Strafkompetenz stand. Den Divisionsoffizieren, wie man an Bord sagte — was ungefähr dem Kompagniechef an Land gleichzustellen ist —, waren nur gewisse Maßregelungen ihrer Leute anvertraut. Man hat oft versucht, dies System zu ändern, um eine allgemeine Entlastung des I. Offiziers zu schaffen und berechtigten Wünschen gerade auch von seiten der Marine-Ingenieure entgegenzukommen.

All diese Versuche haben sich aber als undurchführbar herausgestellt. Ich möchte von mir aus auf Einzelheiten dieser Frage nicht eingehen, führe dies nur an, weil auch diese Zusammenfassung der Strafgewalt in der Hand des Seeoffiziers grundlegend auf alle Bordverhältnisse einwirkte und dem Seeoffizier eine besondere Stellung zuwies.

Da an Bord der ständig fortlaufende Dienst in jede Freizeit hineingreift, es also ein Zusammenleben frei vom Dienst nicht geben kann, so wirken diese Verhältnisse auf dem Schiff sich ganz anders aus als in irgendwelchen sonstigen militärischen Betrieben.

Wenn z. B. mit demselben Verkehrsboot der Chefingenieur der Flotte und ein ganz junger Seeoffizier an Bord fuhren und ein Eingreifen in die Führung des Bootes notwendig wurde, so stand dies nur dem jungen Seeoffizier zu, weil er nur vor dem Gesetz die Verantwortung tragen konnte.

Es ist das nicht anders als z. B. beim Autofahren, wo auch nur die von der Behörde bescheinigte Ausbildung das Recht zum Fahren gibt.

Ich muß daher den ganzen Aufbau der Ausführungen des Herrn Alboldt als nicht den wirklichen Verhältnissen Rechnung tragend ablehnen. Das, was hier an überheblichem Kastengeist gezeichnet wird, auf den Erziehung und Entwicklung des Seeoffizierkorps eingestellt gewesen sein soll, ist eine Fehlzeichnung. Daß Torheiten und auch Taktlosigkeiten vorgekommen sind, liegt in der menschlichen Unzulänglichkeit. Es liegt mir nicht, auch von meiner Seite

mit solchen Fehlern, die von anderer Seite wahrhaftig auch nicht fehlten, hier aufzuwarten.

Ich füge zum besseren Verständnis unserer Grundauffassungen hier nur einige Sätze ein aus einer Niederschrift, die ich stets den mir unterstellten jungen Offizieren und Fähnrichen in die Hand gegeben habe:

„. . . Als Offizier gehörst Du in dieser Deiner dienstlichen Eigenschaft nicht mehr Dir selbst und auch, wenn Du nach Deiner Ansicht glaubst, in der Stellung und Mitarbeit, die Dir in dem großen Körper des ganzen Korps angewiesen ist, nicht die gebührende Beachtung gefunden zu haben, so erfordert Deine Berufsehre, daß Du das herunterzwingst oder, wenn's nicht anders geht, um Deine Entlassung bittest. Das völlige Aufgehen der ganzen Person im Kaiserlichen Dienst verlangt dabei keineswegs die Aufgabe des Mannesstolzes, wenn er sich nur auf die wahre Tüchtigkeit stützt . . ."

„Die eigene Tüchtigkeit soll dienen: Für den Vorgesetzten: als Mittel zum rücksichtslosen Durchsetzen des höheren Führerwillens; für den Kameraden und Untergebenen: als Unterpfand zum Erreichen des von oben angegebenen Ziels in gemeinsamer, sich gegenseitig ergänzender Hingabe.

Vertrauen und kameradschaftliche Treue, getragen von starkem Ehrempfinden, sind die starken Fäden, die das ganze Offizierkorps — aus wie verschiedenen Kreisen es sich auch ergänzen mag — fest zusammenhalten.

Die Autorität des Vorgesetzten wächst in Wahrheit nur aus dem Vertrauen heraus, und die kameradschaftliche Treue birgt dafür, daß die Strenge des Dienstes nicht sklavischen Gehorsam erzieht, sondern daß in einem gesunden Offizierkorps auch der jüngste Leutnant sich mit dem freien Stolz trägt, außer Dienst gleichzustehen mit seinem höchsten Vorgesetzten . . ."

„Der junge Mann, der Offizier werden will, gehe diesem Gedanken nach, denn an dem Tage, wo er den Offiziersrock anzieht, legt sich die Pflicht auf seine Schulter, die Ehrenstellung des Offizierstandes hochzuhalten, wie sie die Generationen von Leuthen, Leipzig über St. Privat bis zum heutigen Heldenkampfe gegründet haben.

Da suche er sich seine Vorbilder, denen er nachstrebt, denn er soll nicht von der Ehre der Alten leben; er selbst soll und muß sich die Ehrenstellung erkämpfen, sonst bleibt er außen stehen.

Ein junger Mensch, den nur die Äußerlichkeiten reizen und zum Offiziersberuf ziehen, der sich — oberflächlich veranlagt — in der Offizieruniform gefällt und sich mit der ihm dadurch gegebenen äußeren Stellung brüstet, ist stets ein Schaden für sein Korps; er lebt von dem durch die andern mühsam erworbenen

Kapital, er schafft nicht vorwärts und das, was das schlimmste ist: Er gibt Unwissenden und Neidern die willkommene Gelegenheit zu Angriffen auf das Offizierkorps, die nicht ohne weiteres abzuweisen sind. In keinem anderen Beruf ist der einzelne so sehr Träger des guten Rufs des ganzen Korps . . ."

„Schlichte persönliche Einfachheit, selbstlose hingebende Treue, verbunden mit aufrechtem Charakter, der auch vor seinen Kaiser nicht mit einer Verbeugung, sondern mit militärischer Haltung und freiem Blick tritt, das soll die Figur des deutschen Offiziers sein.

Der Boden, auf dem ein solcher Charakter wachsen und sich bilden kann, ist die eng sich schließende Kameradschaft, in die jeder Offizier vom jüngsten bis zum ältesten, sein Bestes hineingibt zu einem Kapital, von dem sie alle leben . . ."

Auch wenn ich mir heute unter den ganz veränderten Verhältnissen diese Sätze durchlese, kann ich darin nichts von Kastengeist finden, wie ihn Herr Alboldt hinstellt, und ich nehme für mich in Anspruch, daß ich stets lebendig im Offizierkorps stand und weiß, daß ich für Berufstreue, Kameradschaft und die Pflichten eines Vorgesetzten der Mannschaft gegenüber im Offizierkorps stets zahlreiche Vorbilder fand, denen ich nachstreben mußte. Wenn ich mit meinen Auffassungen etwa allein oder vereinsamt im Offizierkorps gestanden hätte, so hätte ich mich in meinem Berufe nicht wohl fühlen können. Ich hänge aber heute noch mit allen Fasern meines Innern an meinem Beruf und an den alten Kameraden jeden Dienstalters und Dienstgrades.

Ich weiß nicht, woher Herr Alboldt seine Kenntnisse über den „ersten Unterricht" in Kameradschaft bei dem Seeoffiziernachwuchs hat. Ich entsinne mich nicht, je auf Kastengeist dressiert worden zu sein und habe selbst nie in diesem Sinne gewirkt.

Die Technik in der deutschen Marine ist zu Leistungen gebracht worden, die nach englischem fachmännischem Urteil Schiff gegen Schiff, Maschine gegen Maschine, Geschütz gegen Geschütz, Torpedo gegen Torpedo höher war als die englischen. Unterbewertung der Technik bei uns ist dadurch eine unhaltbare Behauptung.

Des weiteren bestreite ich ganz entschieden die Behauptung von der Minderbewertung der Technik in der kaiserlichen Marine.

In der Generalprobe des Kampfes haben wir dem höchstentwickelten Gegner, den es auf dem Salzwasser gibt, das Urteil abgerungen, daß wir in jeder Form der vielseitigen Technik überlegen gewesen sind (siehe den schon öfter von mir angezogenen Ausspruch des englischen Admirals Sir Lambert, des Admirals, der in der Admiralität während des Krieges für das Material verantwortlich war).

Danach kann man von einer Minderbewertung der Technik bei uns nicht mehr sprechen, denn die Kriegskunst verlangte von uns als Wichtigstes, die Technik auf allen Gebieten im Dienst der Seemannschaft zur Höchstleistung zu bringen.

Ich sehe die Entwicklung der technischen Fragen in der alten Marine von einem ganz anderen Standpunkt aus an als Herr Alboldt.

Natürlich mußte die Technik sich in alter Zeit erst langsam gegenüber der alten historischen Überlieferung der Segelschiffe durchsetzen.

Die von Gründlichkeit und Sparsamkeit geführte preußische Staatsauffassung wirkte dann auch hier bestimmend auf die Entwicklung ein.

Bei uns hatte sich das Ingenieurkorps aus dem Mannschaftsstand heraus entwickelt, indem der Heizer nach beendeter Dienstzeit kapitulierte und aus den Unteroffizieren die Tüchtigsten dann über den Maschinisten und Obermaschinisten zum Ingenieur heranwuchsen. Dadurch war erreicht worden, daß wir — man kann das ohne Übertreibung sagen — das beste und für den praktischen Dienst im Kessel- und Maschinenraum am tüchtigsten durchgebildete Ingenieurkorps aller Marinen besaßen, gebildet aus Persönlichkeiten, die gerade in schwierigen Lagen im Überblick und unmittelbarem Zufassen jedem Untergebenen überlegen waren.

Es kam dann — ungefähr um die Jahrhundertwende — der Zeitpunkt, wo zu sehen war, daß wir hiermit nicht mehr auskommen konnten, vor allem wurden aber bei dieser Methode die Betreffenden zu alt, ehe sie in die Ingenieurstellen aufrückten. Der gewaltig entwickelte maschinelle Apparat auf den modernen Schiffen verlangte eine höher abgestimmte Ausbildung und auch allein schon körperlich jüngere Kräfte.

So wurde zur Einstellung eines besonderen Ingenieurnachwuchses übergegangen und damit ein ganz neuer, auf eine höhere Entwicklung hinzielender Weg beschritten.

Es scheint mir voll begreiflich und sogar richtig, daß man nicht nur in Teilen des Seeoffizierkorps, sondern gerade auch unter den alten Ingenieuren mit Spannung und Sorge den Ausgang dieses neuen Systems beobachtete, von dem die Schlagfertigkeit der Flotte in so hohem Grade abhängig war. Die Befürchtungen waren sehr stark gerade auch in Ingenieurkreisen, daß den jungen Leuten die unbedingt notwendige, überlegene Praxis fehlen könnte, wenn sie in verantwortliche Stellen aufrückten, und daß damit die Überlegenheit des praktischen Marine-Ingenieurs, wie wir sie vorher besaßen, unserer Marine verlorengehen würde. Es war Pflicht der Marineleitung, hier auf das schärfste aufzupassen. Es war, das ist auch heute meine Auffassung, besser, zunächst vielleicht zu stark zu brem-

sen, als im Vorwärtsschreiten Fehler zu machen, die dann nicht wieder gutzumachen waren.

Sehr nachteilig wirkte nach meiner Ansicht, und es war auch kein gutes Symptom, daß von einzelnen Stellen gerade im Marine-Ingenieurkorps sehr bald die gesellschaftliche Frage in diese ernste Entwicklung hineingeworfen wurde, die mit der sachlichen Seite zunächst gar nichts zu tun hatte. Ich komme darauf noch später.

Ich habe, um mit diesen Fragen in lebendiger Berührung zu bleiben, es mir zur Regel gemacht, bei neuen Kommandos den leitenden Ingenieur bald auf diese Themen anzusprechen mit dem Hinzufügen, daß er sich die Sache gründlich überlegen möge, ich würde ihn nach einigen Wochen zu mir bitten. Und dann haben wir in kameradschaftlicher Form bei einer Flasche Wein uns ausgesprochen. Es war das stets sehr nützlich und wirkte ausgleichend. Ich habe so auch fast ausnahmslos ein recht gutes Verhältnis zum Marine-Ingenieurkorps gehalten und kann die Verhältnisse wohl auch gut beurteilen.

Aus diesen Unterhaltungen möchte ich als Beispiel einen Fall erwähnen:

Im Jahre 1909, als ich Kommandant auf S. M. S. „Königsberg" geworden war, kam nach solcher Unterhaltung der leitende Ingenieur am nächsten Tage noch einmal zu mir und sagte:

„Ich möchte noch besonders unterstreichen, daß m. A. n. die *Seeoffiziere* die Erziehung unseres Ingenieurnachwuchses in die Hand nehmen müssen; wir älteren Ingenieure haben das nicht gelernt, uns wächst der Nachwuchs über den Kopf."

Für das Seeoffizierkorps war in dem Wechsel der Zeiten der Entwicklungsgang ein umgekehrter. Hier mußte mit allen Mitteln der Seeoffizier in die technische Ausbildung hineingeführt werden. Außer der Fähigkeit, allgemein die großen Fragen der Marinetechnik übersehen zu können, wurde als Grundsatz angestrebt, daß der kommandierende Offizier seine Spezialwaffe bis in die Einzelheiten technisch übersehen könnte, wohlgemerkt nicht um das Ingenieurkorps zu drücken, sondern um die eigene Gefechtsstellung ausfüllen zu können. Der Seeoffizier mußte sich also in wachsendem Maße technisch entwickeln.

Ich möchte annehmen, daß diese kurzen Ausführungen ausreichen, um die ganze Frage in ein anderes Licht zu stellen. Wenn hierüber noch eingehendere Erhebungen für nötig erachtet werden, würde es richtig sein, besondere Erhebungen anzustellen durch Vernehmung solcher Persönlichkeiten, die einen maßgebenden Einfluß auf diese Fragen hatten.

Die Auszüge aus einigen dienstlichen Schreiben, wie sie von Herrn Alboldt angeführt werden, und die ich in ihren Zusammen-

hängen nicht habe nachprüfen können, kann ich nur auf das schärfste verurteilen und bedauern als höchst unerfreuliche Entgleisungen.

Die gesellschaftlichen Gepflogenheiten wurden in der Marine mit Anwachsen der Heimatflotte und der beiden Hauptgarnisonen immer lästiger empfunden. Bei dem auf das äußerste angespannten Dienst lagen die Schiffe vielfach nur Sonnabends und Sonntags im Hafen, Besuche und Einladungen zur Erledigung der gesellschaftlichen Verpflichtungen drängten sich auf diese beiden Tage zusammen und zerstörten einfach das Familienleben.

Wir haben ständig nach Möglichkeiten gesucht, diese gesellschaftlichen Lasten abzubauen, haben schließlich die sonst allgemein üblichen Pflichtbesuche und Pflichteinladungen abgeschafft. Es war daher meiner Ansicht nach ein gänzlich falscher Gedanke, für den einzelne Stellen kämpften, diesen Besuchs- und Pflichtverkehr noch auszudehnen.

An Bord, im Kreise der Offiziermesse, war jederzeit Gelegenheit, sich auch mit den Damen der Messemitglieder zu treffen und in zwanglosen Verkehr zu treten. Auch hier hat es an Mißgriffen und Ungeschicklichkeiten von beiden Seiten nicht gefehlt, das ist an sich bedauerlich, aber natürlich. Beispiele anführen möchte ich mir versagen.

Ich kann nur von mir selbst sagen, daß ich schon als junger Offizier im Hause eines Marine-Ingenieurs, dem ich persönlich nahegetreten war, meinen Besuch gemacht habe, ohne daß irgend jemand Anstoß daran genommen hätte, und ich denke noch heute mit Freude an den netten, natürlichen Verkehr, der sich zwischen den Damen entwickelt hatte, als ich Kommandant auf S. M. S. „Kaiser“ war, ohne daß wir uns dem nur lästigen Besuchs- und Pflichtverkehrszwang unterworfen hätten.

Zu der auch von Herrn Alboldt herangezogenen Kasinofrage bemerke ich nur kurz, daß das Zusammendrängen in den zwei Haupt-Marinegarnisonen ein Zusammenlegen der neuentwickelten Ingenieurkasinos mit den von altersher bestehenden Kasinos einfach unmöglich gemacht hätte, schon so, bei der Trennung, reichten die einzelnen Kasinos nicht aus.

In der Uniform ist früher allerdings stets besonderer Wert darauf gelegt worden, die einzelnen Spezialoffizierkorps möglichst klar und unterschiedlich voneinander erkennbar zu machen. Ich habe das auch für sehr richtig und im Dienstinteresse für notwendig gehalten. Hatte man auf einem fremden Kriegsschiff einen dienstlichen Auftrag zu erledigen, so empfand man es sehr angenehm, wenn einem die verschiedenen Uniformen die Sonderstellung des betreffenden Offiziers ganz deutlich machten. Und was man im dienstlichen Verkehr mit fremden Marinen als sachlich richtig empfand, konnte, meinem Gefühl nach, für uns nicht falsch sein.

Auch die Deckoffizierfrage sehe ich ganz anders an als Herr Alboldt.

Der Deckoffizier in seiner alten Stellung aus der Segelschiffszeit war für den für den ganzen Schiffsbetrieb verantwortlichen I. Offizier das Organ, mit dem er die Instandhaltung des ganzen großen Schiffsapparates nur übersehen und meistern konnte. In dem Bild der Abendronde, die dem Abschlusse des Tagesdienstes, der Sicherheit für die Nacht und der Vorbereitung des nächsten Tages diente, kam dies am klarsten zum Ausdruck. Der I. Offizier stand den ungefähr fünf Detail-Deckoffizieren gegenüber und gab dabei auch seine Befehle für den Dienst am nächsten Tage bekannt; (diese Deckoffiziere hießen Detail-Deckoffiziere, weil sie nebenbei ihr „Detail", Bootsmann, Zimmermann usw., zu verwalten hatten und damit eine große besondere Verantwortung trugen, da die gesamte Instandhaltung und Betriebssicherheit des Schiffes von ihnen abhing).

Neben dem militärischen Dienst lief hiermit ein besonderes eigenartiges System durch das ganze Schiff, das diesen Detail-Deckoffizieren eine Stellung verschaffte, die es sonst nirgends gab, jedenfalls nicht in der Armee, eine Stellung, mit der jeder Offizier an Bord rechnen mußte. Es war das System der in den Bordverhältnissen begründeten, überall hineinreichenden Machtstellung des I. Offiziers.

Als die Notwendigkeit sich dann später hervordrängte, die mit hohen Kosten ausgebildeten Unteroffiziere der verschiedenen Spezial-laufbahnen möglichst lange an den Dienst zu fesseln und dazu in eine höhere militärische Charge einzugliedern, hatte man den an sich naheliegenden Weg beschritten, diese langedienenden Unteroffiziere zu Deckoffizieren zu machen. Das war zunächst auch belanglos, aber bald wuchsen sich nun die früher kleinen Deckoffiziermessen zu großen Messen aus, und das Deckoffizierkorps schwoll zu großen Zahlen an, in denen der alte historische Detail-Deckoffizier nach außen fast völlig verschwand.

Die ganz besondere Eigenart des alten Deckoffiziers, die ihn von selbst zwischen Offizier und Mannschaft stellte, wurde dadurch immer mehr überwuchert, denn die überwiegende Masse der jetzt vorhandenen Deckoffiziere war tatsächlich als gehobene Unteroffiziere gedacht und geschaffen.

Es blieb nicht aus, daß in dem straff organisierten Staat die Marine sich dem festliegenden Aufbau des Beamten- und Chargensystems eingliedern mußte, und daß sich hierbei der zwischen Offizier und Mannschaft stehende alte Deckoffizier nicht durchsetzen ließ, denn hier gab ganz natürlicherweise die Armee den Ausschlag, die eine solche militärische Dienststellung nicht kannte.

Will der Untersuchungsausschuß dieser Frage auf den Grund gehen, so müssen in erster Linie die Schwierigkeiten durch Spezial-

vernehmungen untersucht werden. Mir steht vor Augen, daß, als ich im Reichsmarineamt dienstlich tätig war, die Stellung des Deckoffiziers zu einem persönlichen Vortrag des Admirals v. Tirpitz vor dem Kaiser in Gegenwart des Kriegsministers geführt hat, weil die Armee den Deckoffizier als eine zwischen Offizier und Mannschaft stehende Besonderheit nicht eingliedern und nicht anerkennen konnte und wollte. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts versuchte also beim Kaiser persönlich gegen den Kriegsminister den Deckoffizier durchzukämpfen. Er ist dabei natürlich gegen die bei weitem größere Machtstellung des Kriegsministers unterlegen.

Es ist auch hier falsch, ohne weiteres mit England und Amerika Vergleiche anzustellen, weil sie den Grundbedingungen nicht gerecht werden, indem selbstverständlicherweise z. B. in England die besonderen Verhältnisse der Marine von vornherein tonangebend für das ganze Staatsgebilde waren.

In seiner Beweisführung bedient sich Herr Alboldt dann auch eines Berichtes des Admirals v. Holtzendorff über die ungünstigen Personalverhältnisse in der Flotte vom 14. 1. 13. Nach meiner Kenntnis der Verhältnisse muß auch dieser Bericht von einem ganz andern Standpunkt aus angesehen werden.

In einem so gewaltig vorwärtstreibenden Organismus, wie es damals die Gesamtmarine war, für die die an sich großen bewilligten Mittel doch selbstverständlich nie voll ausreichten, mußten bewußt Lücken in Kauf genommen werden, die auszufüllen einer späteren Zeit überlassen blieb. Der Admiral von Tirpitz hatte sich, soweit meine recht eingehenden Kenntnisse reichen, dazu entschlossen, den durch das Flottengesetz festgelegten Ausbau des Ganzen in erste Linie zu stellen und Personalschwierigkeiten dafür zunächst bewußt in Kauf zu nehmen. Er rechnete dabei, wie ich glaube und wie ich meine mit Recht, für den Mobilmachungsfall mit dem übergroßen Reservoir an gründlichst vorgebildetem Reservepersonal.

Das Flottenkommando, ganz auf die Ausbildung eingestellt, empfand die Personalschwierigkeit stärkstens und hatte auch die Pflicht, mit ganzer Kraft dafür einzutreten, daß diese Lücke geschlossen wurde.

Solche Gegensätze und inneren Kämpfe sind meiner Ansicht nach nur nutzbringend und gesund, man kommt aber zu falschen Schlüssen, wenn man einen solchen Bericht aus den Zusammenhängen und Zeitstimmungen herausnimmt.

Die entscheidende Stunde der Schlacht hat uns schließlich den untrüglichsten Beweis gegeben, daß die Marineentwicklung keinen falschen Weg gegangen ist.

Auch Herr Sachverständiger Stumpf spricht ja aus: „Bis Anfang 1915 war wirklich alles aus einem Guß."

Herr Alboldt hat den wahren Geist des Seeoffizierkorps nicht erkannt.

Wenn meine Ausführungen in einem Widerspruch gegen die Ausführungen des Herrn Alboldt gipfeln, so lehne ich auch auf das bestimmteste das niederziehende Urteil ab, das Herr Alboldt dann noch einmal im besonderen über die Seeoffiziere ausspricht.

Ich stelle dagegen das Urteil, das die „Times" am 17. 10. 25 gefällt hat, indem sie schreibt:

„Der allgemeine Eindruck, den er (Kommodore v. Schoultz) in seinem Buche ‚Mit der britischen Schlachtflotte' gewann, ist ein Eindruck, den die Geschichte wahrscheinlich bekräftigen wird. Als Seeleute und Beamte standen unsere (die englischen) Marineoffiziere niemandem nach; *aber sie waren wissenschaftlich nicht so gut ausgerüstet,* wie ihre Gegner. Wahrscheinlich war es diese *höhere wissenschaftliche Ausbildung,* die sich mit enormem Kampfgeist verband, was die Deutschen instand setzte, so außerordentlich gut abzuschneiden, so oft sie unter einigermaßen gleichen Bedingungen sich mit uns messen konnten."

Abg. Dr. *Moses:*

Ist nicht die Tatsache vorhanden, daß gerade in England überall ganz offen ausgesprochen wurde, was auf allen Gebieten, möchte ich sagen, minderwertig sei, während man bei uns in Deutschland im Kriege das Gefühl gehabt hat, daß dem nicht so gewesen ist, daß man versucht hat, nicht alles so auszusprechen, wie es in Wirklichkeit war? Sollte das nicht auch den Gegensatz zwischen England und Deutschland erklären?

Sachverständiger *v. Trotha:*

Ich habe deshalb einige Beispiele herausgenommen, in welcher Art ich — und ich bin doch nicht ein einziger gewesen — z. B. die Ingenieurfrage und die Deckoffizierfrage behandelt habe, indem ich den Leuten gesagt habe: die und die Fragen spielen jetzt eine Rolle, bitte, überlegen Sie sich diese. In 14 Tagen wollen wir in Ruhe kameradschaftlich darüber sprechen. So bin ich also — und das wollte ich hier zeigen — den Fehlern nachgegangen. Ich habe das doch nicht getan, weil ich nun allein in der Marine diese Idee hatte, sondern weil wir uns im Offizierkorps über diese Frage Rechenschaft ablegten, weil ich meinen Vorgesetzten gegenüber ganz offen darin war, auch Persönlichkeiten gegenüber, wie Sie aus dem Briefe an Admiral v. Müller gesehen haben, mit denen ich gar nichts mehr im Kriege zu tun hatte, sondern ich nahm es selbstverständlich auf mich, die Fehler, die vorhanden waren, ganz offen zur Sprache zu bringen. Daß es Persönlichkeiten gegeben hat, die eckig waren und so etwas nicht konnten, ist selbstverständlich.

Abg. *Joos:*

Ich möchte zu dieser Frage, die sehr wichtig und interessant ist, einiges hinzufügen. Es ist eine deutsche Art, den Dingen, den Mißständen wohl nachzugehen, aber öffentlich nichts darüber verlauten zu lassen. Das ist etwas, was unsere Art, die sachlich ist und in sich etwas Gutes hat, von dem Vorgehen in anderen Ländern unterscheidet. Da diskutiert man die Dinge öffentlich und stärkt damit das Vertrauen bei denen, die unter den Mißständen leiden.

Sachverständiger *v. Trotha:*

Was meinen Sie mit „öffentlich"? Wenn ich innerhalb des Apparates, in dem ich mitarbeite, solchen Dingen freimütig nachgehe, so ist doch keine Veranlassung, das in die breite Öffentlichkeit zu bringen?

Abg. *Joos:*

Die Frage des Dr. Moses ist ganz allgemein gestellt worden in dem Sinne, daß Fragen in Zeitungen und in Parlamenten diskutiert werden und die Öffentlichkeit dadurch davon erfährt. Während des Krieges ist das in den anderen Ländern geschehen. Woher kommt es, daß unsere Kriegsleitung, unsere Generale, unsere Admirale nicht auch in der Öffentlichkeit diesen Dingen nachgegangen sind?

Sachverständiger *v. Trotha:*

Das kommt daher, daß wir nie auf den Gedanken gekommen sind und gar nicht kommen konnten, als Offizierkorps zu diesen Fragen in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen. Wir waren dahin erzogen, daß wir mit diesen Kämpfen in der Öffentlichkeit nichts zu tun hatten.

Abg. *Brüninghaus:*

Es ist richtig, daß bei uns den Sachen nachgegangen worden ist. Ich weiß das insbesondere aus meiner Erfahrung im Reichsmarineamt. Gewiß, in England ist man viel offenherziger. Da verträgt eben die Öffentlichkeit mehr als in Deutschland. Der Deutsche hat zwar die Eigenschaft, den Dingen gründlich nachzugehen. Er hat aber noch eine andere Eigenschaft, nämlich eine über das Maß hinausgehende Neigung zur Kritik. Wenn man damals in der breiten Öffentlichkeit all diese Dinge behandelt hätte, dann hätte sich eine so starke Kritik daran geschlossen, daß damit auch nichts gebessert war. Diese sehr oft über das Ziel hinausschießende Kritik hat uns schon sehr geschädigt. *An sich* bin ich aber auch der Meinung, es wäre richtiger gewesen, die Frage in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Das konnte man aber deshalb nicht, weil unsere Öffentlichkeit nicht auf den Satz eingestellt ist: wright or wrong, my country, wie in England.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Mir scheint die Sache etwas anders zu liegen. Ich glaube, wir können als richtig unterstellen, daß auch in England gegen die Krieg-

führung oder wenigstens gegen alle Kriegsmaßnahmen eine sehr scharfe Kritik während des Krieges offen geübt wurde. Aber in Deutschland war gar kein Zusammenarbeiten zwischen den leitenden Stellen der Marine, des Heeres und dem Reichstag. Sowohl die Marinestellen wie die Heeresstellen haben bewußt und absichtlich den Reichstag und gerade die Mitglieder des Reichstages, die Schäden vorbrachten und bessern wollten, falsch informiert. Dafür haben wir eine ganze Reihe von Beweisen. Das ist der eigentliche Pferdefuß der Sache und ist auch das, was uns im Untersuchungsausschuß am meisten interessiert.

Abg. Dr. *Moses:*

Der Kern meiner Ausführungen war folgender. Es handelt sich hier darum, festzustellen, ob ein gewisses Vertrauensverhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften vorhanden ist. Wir haben das Gefühl, daß das Vertrauen der Mannschaften zu den Offizieren größer gewesen wäre, wenn man auch in der Öffentlichkeit davon gehört hätte, daß die vorgesetzten Behörden den Beschwerden nachgegangen wären. Das hat man absichtlich nicht getan, aus irgendwelchen taktischen Gründen. Jedenfalls haben wir das Gefühl, das Vertrauen der Mannschaften zu den Offizieren wäre verstärkt worden, wenn man in irgendeiner Form gehört hätte, daß die Vorgesetzten sich mit allen Beschwerden beschäftigten, die im Reichstage oder in der Presse in die Öffentlichkeit kamen. Da steht das englische Prinzip gegen das deutsche. Es sind Anschauungen der Taktik in der Kriegführung, die hier gegensätzlich zum Ausdruck kommen.

Sachverständiger *v. Trotha:*

Diese eben aus der „Times" wiedergegebene Einschätzung unseres *gesamten* Offizierkorps von Seiten unserer Feinde widerlegt nach meiner Ansicht schlagend alle Versuche, unser Offizierkorps, und zwar im besonderen das Seeoffizierkorps, herunterzureißen.

Und wenn von vornherein das Argument unbrauchbar gemacht werden soll, daß die Stunden des Kampfes der beste Beweis für die Marine als Ganzes und ihr führendes Offizierkorps waren, so stelle ich dies Argument doch bewußt als stärksten Beweis für mich hin.

Wer die wenigen Schilderungen von letzten, schwersten Kampfstunden, die uns überliefert sind, liest, wer z. B. den Schlußakt S. M. S. „Leipzig" auf sich wirken läßt, der sieht dort ein Heldenstück vor sich von so ungeheurer Größe, an dem jeder an Bord vom Kommandanten bis zum einfachen Mann seinen gleichen Anteil hat, daß Anwürfe da nicht herankommen. Wer in das Zusammenleben vor dem Feind auf unseren U-Booten und Torpedobooten, auf Minenbooten und Luftschiffen, auf den Auslands- und Hilfskreuzern und auf den großen Schiffen, wo sie im Kampf gestanden haben, hineinsehen kann oder diese Schiffe betrat, wenn sie frisch vom Kampf heimkehrten, der hat nichts erlebt von dem, was hier dem Seeoffizierkorps auf-

gestempelt werden soll. Solche Geschehnisse sind nur möglich, wenn diese Menschen ein inneres Band zusammenhält, das im Angesicht des Todes die höchste Beanspruchung erträgt.

Ich füge hier nur ein paar Äußerungen aus nachgelassenen Briefen und Schilderungen an, wobei ich die Namen aus begreiflichen Gründen fortlasse, aber jederzeit bereit bin, sie vertraulich zu nennen. Es handelt sich dabei um junge Offiziere in den 20er Jahren. Sie zeigen, wie es wirklich aussah in der Seele dieser Offiziere und wie sie ihren Beruf vor ihrem Gewissen auffaßten:

„Das ist das Große am Kriege", schreibt einer, „daß er dem Tod einen Zweck gibt, aber man muß das Leben wertvoll machen, bevor man es hingibt."

Ein anderer, nachdem er im Endkampf der „Gneisenau" seine 15-cm-Kasematte vorbildlich wirkend geführt hat, verzichtet, selbst verwundet, auf seine Schwimmweste zugunsten seiner Leute. Er ist ertrunken.

Wieder ein anderer auf einem U-Boot, das nicht mehr schwimmend zu halten ist: Nachdem alle sich durch die Luks gezwängt haben, geht das Boot unter. Leutnant R. ist dann, obgleich vom Schwimmen stark ermüdet, von dem englischen Fischdampfer, der die Besatzung aufnahm, noch einmal ins Wasser gesprungen, um einen Heizer zu retten.

Ein weiterer schreibt von der „Scharnhorst":

„Ich halte diesen meinen Beruf für den schönsten, auch heute noch, weil es mir vergönnt ist, mich nicht teilen zu müssen in den Berufsmenschen und den inneren Menschen, weil eben dieser Beruf nur dies eine von mir fordert, was mir auch als Mensch eines der höchsten Ideale ist: Ein treuer Diener meines Kaisers und meines Vaterlandes zu sein, der es als sein hohes Ideal ansieht, diese Treue mit dem Tode besiegeln zu dürfen."

Und dann die letzten Augenblicke eines U-Bootes: Nachdem das U-Boot in der Nacht durch Wasserbomben am Heck schwer beschädigt und nicht mehr zu halten war, brachte der Kommandant es mit der letzten Kraft auf flaches Wasser, meisterte dann das Boot vom Kommandostand aus, aus dem es für ihn eine Rettung nicht mehr geben konnte, durch gewaltsames Trimmen so, daß, während das Heck auf Grund aufsaß, das Unterwasserbuhrohr gerade noch über Wasser kam. Während so der größte Teil der Besatzung durch das Buhrohr gerettet werden konnte, ging er mit dem Boot unter.

Es sind das bloß einige wenige Beispiele von Offizieren, die ich — bis auf einen — gar nicht gekannt habe. Sie lassen einen Blick tun in das tiefste Innere dieser Menschen, die von ganz anderen Gedanken beherrscht und getrieben waren als vom Kastengeist und Wohlleben auf Kosten sklavisch gehaltener Untergebener.

Herr Alboldt beleuchtet dann die Häufung von Admiralen an

Land. Es ist mir nicht möglich, die Personalverhältnisse im Kriege von mir aus nachzuprüfen, aber das scheint mir doch ohne weiteres klar, daß bei der Ausdehnung, die die Marineaufgaben gewannen, jeder irgendwie freizumachende jüngere Offizier aus den Landstellungen herausgezogen und durch nicht mehr borddienstfähige oder bereits verabschiedete Offiziere ersetzt wurde. Es ist danach ganz richtig und natürlich, daß dann z. B. in Danzig in die Stelle eines Kapitänleutnants ein bereits verabschiedeter Kontreadmiral hineingesetzt wurde, besonders wo dieser Offizier, wie ich zufällig feststellen konnte, während seiner aktiven Dienstzeit gerade diesen selben Posten jahrelang bekleidet hatte, die Verhältnisse also ausgezeichnet kannte. So wird es auch in anderen Fällen gewesen sein.

Ich muß in diesem Zusammenhange einmal von mir selbst sprechen, weil mir da die Daten zur Verfügung stehen und mir dieses Beispiel überzeugend scheint im anderen Sinne als Herr Alboldt rechnet:

Ich wurde Ende Januar 1916 als Chef des Stabes zur Hochseeflotte kommandiert in eine etatsmäßige Admiralsstelle. Am 17. 12. 1916, also lange nach der Skagerrak-Schlacht, wurde ich zum Kontre-Admiral befördert, ich habe aber immer weiter das Kapitän-zur-See-Gehalt bezogen und rückte erst am 1. 1. 18, also 13 Monate nach der Ernennung zum Kontre-Admiral und fast zwei Jahre, nachdem ich eine etatsmäßige Admiralsstelle innehatte, in die Admiralskompetenzen ein; gerade diese Zeit als Chef des Stabes, die bei dem starken dienstlichen Verkehr in der Flottenstabsmesse allerhand Ansprüche allgemeiner selbstverständlicher Pflichten an mich stellte, ist für mich geldlich recht schwierig gewesen. Ich bin doch aber nur *ein* Beispiel. Ich könnte mehr anführen. Da ist doch nichts von Machenschaften zu sehen, wie sie Herr Alboldt hinstellt, die man letzten Endes wohl Stellenjägerei nennen müßte, zum Schaden des Ganzen.

Die Verleihung der Eisernen Kreuze sieht auch wesentlich anders aus.

Herr Alboldt bespricht dann die Verleihung des Eisernen Kreuzes. Zunächst erkennt er im Laufe seiner Ausführungen an, daß es bei Gefechten auf See recht schwierig ist, daß einzelne Persönlichkeiten sich aus der allgemeinen Leistung des ganzen Schiffes besonders hervorheben. Es liegt das in der Konzentration begründet, die an Bord für alles und jedes bestimmend ist.

Es ist auch in dieser Frage der Verleihung der Kriegsauszeichnungen nicht möglich, im Rahmen dieser Gutachten bis auf den Grund gehende Arbeit zu leisten. Den Ausführungen des Herrn Alboldt stelle ich daher nur einzelne Tatsachen gegenüber, wie sie mir bekannt sind.

In der schwierigen Frage der Verleihung der Eisernen Kreuze

hatte der Flottenchef keine Freiheit. Im ganzen war er bis auf besonders liegende Fälle gebunden, die Verleihung zu beantragen und wurde dabei von vornherein sehr eingeengt durch den Vergleich mit der Armee in bezug auf Zahl der Eisernen Kreuze im Verhältnis zur Dienststärke der Kampftruppe. Die Flotte stand dabei zu unserem Leidwesen recht ungünstig da, weil für die Mannschaften der Flotte natürlich sehr viel seltener eine Kampfhandlung vorkam als dort. Wir haben leider eine Änderung nicht durchsetzen können. Die lebendige Verantwortung im Flottenkampf, die die Kommandanten und Waffenleiter in erster Linie trugen, war auch zu berücksichtigen.

Nach der Skagerrakschlacht verlieh der Flottenchef auf eigene Verantwortung unmittelbar nach Einlaufen der Flotte, ehe irgendein Geschwaderchef, Kommandant oder Vorgesetzter eine Auszeichnung erhalten hatte, das Eiserne Kreuz II (das E. K. I durfte er überhaupt nicht verleihen) durch Funkspruch allen Schwerverwundeten, die sich tapfer geschlagen hatten. Es waren das zwei Deckoffiziere, 39 Unteroffiziere und 184 Mannschaften und drei Offiziere.

Am 5. Juli 1916, als der Kaiser die Flotte nach der Skagerrakschlacht besuchte, wurden dem Kaiser zur Auszeichnung ungefähr 25 Persönlichkeiten vom Hochseekommando vorgeschlagen und auch vom Kaiser persönlich dekoriert, darunter neben den führenden Verbandschefs sieben Kommandanten, deren Schiffe sich ganz besonders ausgezeichnet hatten, und sechs Deckoffiziere und ein Unteroffizier, und zwar ein Stückmeister von „Seydlitz", ein Maschinist von „Moltke", ein Artilleriemechaniker von „v. d. Tann", ein Meister von „Lützow", zwei Torpedosteuerleute der Flottillen und ein Obermeistersmaat von „Derfflinger" mit dem E. K. I. Klasse. Hier lag also nicht die Tendenz vor, „erst einmal alle Offiziere mit den vorhandenen Auszeichnungen zu schmücken", sondern im Gegenteil die Deckoffiziere vor ihren unmittelbaren Vorgesetzten und verantwortlichen Waffenleitern vorzuziehen, um sie unter die ersten 25 zu stellen, die von S. M. selbst ausgezeichnet wurden. — Im ganzen kamen im Februar 1918 beim Hochseekommando auf jedes Eiserne Kreuz, das einem Offizier verliehen war, 9 Eiserne Kreuze, die an Nichtoffiziere verliehen waren. Eiserne Kreuze I. Klasse waren damals in der Hochseeflotte verliehen an 881 Offiziere und 421 Deckoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. Bei dem von Herrn Alboldt besonders bemängelten Offizier im hinteren Kommandostand handelt es sich um „Derfflinger" und um einen Offizier, der seit Beginn des Krieges an Bord war und bei besonderen Verdiensten um die Gefechtsbereitschaft des Schiffes schon zum viertenmal seine Batterie mit vorzüglichem Erfolg gegen den Feind geleitet hatte. So sagt der dienstliche Bericht. Die Ausführung des Herrn Alboldt hierüber ist also nicht richtig.

Daß bei der U-Waffe allgemein *jeder* Offizier nach seiner ersten

Fernfahrt zum E. K. I vorgeschlagen wäre, ist bereits 1918 von dem Befehlshaber der U-Boote als nicht wahr bezeichnet worden. Derselbe äußerte sich ferner dahin, „daß, wenn ein Deckoffizier zwölf Fernfahrten gemacht haben sollte, ohne das E. K. I erhalten zu haben, dies nur an seinen Fähigkeiten liegen könne, dagegen gäbe es genügend Beispiele, wo Unteroffiziere und Gemeine von U-Booten *nach erheblich* weniger als zwölf Fernfahrten das E. K. I erhalten haben, weil sie Vorzügliches leisteten."

Der Führer der Luftschiffe hatte nach einer Meldung der Hochseeflotte folgende Gesichtspunkte für die gewöhnlichen Vorschläge zum E. K. I ausgegeben:

1. An Wachoffiziere, Steuerleute und Maschinisten nach vier erfolgreichen Angriffsfahrten.

(Die Deckoffiziere sind hier also den wachhabenden Offizieren gleichgestellt.)

2. An sonstige Angehörige der Luftschiffsbesatzungen nach mindestens fünf erfolgreichen Angriffsfahrten unter Vorbedingung tadelloser Leistungen.

Bis Februar 1918 waren innerhalb der Luftschiffbesatzungen in Ost- und Nordsee verliehen im ganzen Eiserne Kreuze I. Klasse an 60 Offiziere und 143 Deckoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften (es fehlt darin noch das Unternehmen gegen Ösel).

Auf den Torpedo- und Minensuchbooten soll nach Herrn Alboldts Angaben so gut wie niemand der Maschinenleiter und Steuerleute bis Februar 1918 das E. K. I erhalten haben. Ich habe, so gut das heute geht, die Listen durchgesehen und bis Februar 1918 80 Verleihungen des E. K. I an Deckoffiziere und 24 an Unteroffiziere und Mannschaften der Torpedo- und Minensuchboote gefunden. Da ich natürlich diese Zahlen nicht sicher nachrechnen kann, sind es also keinesfalls weniger, sondern höchstens mehr gewesen. Die von Herrn Alboldt hierüber vorgebrachten Angaben stimmen also auch nicht mit den Tatsachen überein.

Die Behauptung, daß der Seeoffizier sich um die Mannschaften nicht gekümmert hätte, ist unhaltbar.

Das Gutachten beschäftigt sich dann mit der Wohnlichkeit der Schiffe während des Krieges.

Für die Kriegsvorbereitungen war angeordnet, daß unter anderem von den Backen und Bänken die Hälfte von Bord zu geben wäre. Es mußte das geschehen, weil in ihnen eine sehr große Brand- und Splittergefahr lag, und man konnte diese einschneidenden Maßnahmen vorsehen, weil man den Dienst im ganzen auf die Kriegswache und somit ein wachweises Essen zuschneiden mußte. Sicher sind eine ganze Reihe von Schiffen in der ersten Stimmung darüber hinausgegangen, aber das ist mir klar in der Erinnerung, daß die

Kommandos sehr bald anfingen, ein ganzes Teil der abgegebenen Sachen wieder an Bord zurückzuholen.

Auf meinem Schiff ist es bestimmt nicht dahin gekommen, daß die Mannschaft ohne Backen und Bänke geblieben wäre, und auch darin war mein Schiff sicher keine Ausnahme, dazu standen wir Kommandanten zu sehr im engen Austausch unserer Erfahrungen.

Über die eisernen Backen und Bänke habe ich nur eine Verfügung vom Juni 1915 finden können, in der gesagt wird:

„Entsprechend den dringenden Wünschen des Kommandos der Hochseestreitkräfte auf Verringerung der Brandgefahr an Bord sind für die fertigen Schiffe im Verlaufe der letzten Monate eiserne Backen und Bänke in großer Zahl beschafft und an Bord gegeben worden usw."

Es ist daraus zu sehen, daß einmal die eisernen Ersatzstücke spätestens vom Frühjahr 1915 ab zahlreich zur Anlieferung kamen, und das von den Kommandos stark gedrängt wurde, die *vorhandenen* hölzernen Bänke zu ersetzen. Daß das ganze I. Geschwader davon ausgenommen gewesen sein soll, muß danach ein Irrtum sein.

In dem Kommandantenraum und in der Offiziermesse auf meinem Schiff waren sämtliche bequemen Sitzmittel, wie die etatsmäßigen Sofas, und jede Isolierung entfernt, alle Farbe abgekratzt und nur die einfachen Tische und notwendigsten Holzstühle gelassen, bis auch hierfür später Eisenersatz angeliefert wurde. Der Offizier hatte nur soviel Sachen an Bord, daß sie bei Vorbereitung zu Klar Schiff, also bei jedem Inseegehen, schnellstens mit einem Koffer unter der Wasserlinie verstaut werden konnten, auch die Matratzen der Kojen wurden im Achterschiff beim Inseegehen entfernt.

Ich lehne den hierbei ausgesprochenen Gedankengang, als ob die Seeoffiziere sich um die Mannschaften in solchen Fragen nicht gekümmert hätten, auf das Entschiedenste als falsch ab. Ich weiß, daß wir uns sehr ernst mit diesen Fragen beschäftigt haben, wir haben uns darin auch nicht erst durch schüchterne Vorstellungen der Mannschaften drängen lassen. Das, sowie die ganzen darauf aufgebauten Schlußfolgerungen sind falsch.

Ebenso falsch sind die dann folgenden Behauptungen über das fehlende Interesse für die geistige Wohlfahrt. In meinem Geschwader hatten schon 1915 die Schiffe Kino-Apparate. Ich kann das ganz einwandfrei feststellen, weil ich bestimmt weiß, daß an den warmen Sommertagen, wenn die Kriegslage es gestattete, die Spannleinwand an Oberdeck aufgestellt wurde, so daß die Besatzung an der freien Luft von allen Seiten zusehen konnte. Das kann nur Sommer 1915 gewesen sein, da ich mein Schiff im Januar 1916 abgegeben habe. Auch darin war aber mein Schiff keine Ausnahme, denn wir tauschten die Filmrollen untereinander aus.

Die mangelhafte Unterrichtung über die Kriegsereignisse haben wir Offiziere genau so schwer empfunden wie die Mannschaften. Uns standen darüber auch nur die Zeitungsnachrichten zur Verfügung. Auch über die Kriegsentwicklung auf See, von den äußerst spärlichen Nachrichten über den Feind bis zu den Unternehmungen der U-Boote und dem Minenkrieg, konnten wir den Besatzungen so gut wie nichts bieten, darüber erfuhren auch wir Offiziere selbst nur sehr wenig. Ich habe schon öfter die ganz natürliche Tatsache zu erklären versucht, daß über allen Kriegsüberlegungen auf See, den Kampfvorbereitungen und auch über deren Durchführung unbedingte Geheimhaltung liegen mußte, wenn man nicht dem Feinde willkommenste Nachrichten in die Hände spielen wollte.

Das war gewiß eine schwere Entsagung, die uns auferlegt war, sie mußte aber, wie vieles, im Interesse des Vaterlandes ertragen werden.

Auf meinem Schiffe stellten sich die Offiziere gern zur Verfügung, um aus den zusammengetragenen Zeitungsnachrichten dann und wann der Mannschaft ein Bild zu geben oder über englische Verhältnisse und allerhand Fragen, die mit Auslandserlebnissen zusammenhingen oder an geschichtliche Erinnerungstage anknüpften, den Mannschaften Anregung zu geben. Auf jedem Schiff war das natürlich anders, je nachdem was für Fähigkeiten zur Verfügung standen.

So entsinne ich mich, daß auf einem der Schiffe die Offiziere eine Art Fortbildungsunterricht eingerichtet hatten im Rechnen, Sprachen usw. Außen an ihrer Kammertür hatten die Betreffenden Briefkästen angebracht, wo die Leute Zettel mit Fragen und Wünschen hineinstecken konnten, die dann zur Bearbeitung und Erklärung genommen wurden. So wurde mit voller Hingabe — natürlich mit mehr oder minder großem Geschick — auch hierin möglichst viel getan. Der häufige Offizierswechsel wirkte selbstverständlich sehr nachteilig.

Ich kann mir das Entstehen des Bildes, wie es Herr Alboldt entworfen hat, nur so erklären, daß er selbst das alles nicht miterlebt hat, sondern bei ihm die Erzählungen Unzufriedener zusammenliefen, die dann verallgemeinert für ihn auf das Ganze wirkten.

Später haben wir versucht, Kräfte von außerhalb heranzuziehen, z. B. Professoren der Universitäten Bonn und Jena.

Ich habe mit solchen Persönlichkeiten eingehend gesprochen, um sie sich in die Verhältnisse leichter hineinfinden zu lassen, die Themen waren so gewählt, *daß von alldeutscher Propaganda dabei jedenfalls nicht gesprochen werden kann.*

Auch die Frage der Behandlung der Reservisten ist richtig zu stellen.

Die dann behandelte Frage der besonderen Kräfte innerhalb der Reservisten ist keinesfalls so hoffnungslos gewesen, wie sie in dem Gutachten des Herrn Alboldt geschildert wird.

Aus meiner Zeit als Kommandant entsinne ich mich z. B. auf den Kapitän eines größeren Dampfers, den ich kurz vor dem Kriege in Kamerun getroffen hatte, und der, da er nie gedient hatte, zunächst in einem Landmarineteil als einfacher Landsturmmann eingezogen war. Ich habe mit ihm gleich Verbindung gesucht und sein Schicksal so gut als möglich verfolgt. Er wurde schon nach kurzer Zeit aus der untergeordneten Stellung herausgeholt und im Hilfsschiffsdienst als Dampferführer verwandt. Das nur ein Beispiel, das ich zufällig kenne.

Nachdem im Herbst 1916 die O. H. L. neu gebildet war und die Entwicklung der technischen Hilfsmittel im sogenannten Hindenburg-Programm im großen Stil in die Hand genommen wurde, verpflichtete sich die Marine, alles Personal, was hierfür angefordert wurde, wenn irgend angängig, abzugeben. Ich hatte mir als Chef des Stabes eine Tabelle anlegen lassen, aus der ich laufend ersehen konnte, wie stark die Abwanderung dieses besonders hochwertigen Personals war. Die Marine ist dabei so selbstlos vorgegangen, daß schließlich dieser Abstrom der Leistungsfähigsten eine Gefahr für unsere Schlagfertigkeit zu werden drohte und nach meiner Ansicht auch für die letzte Zeit sehr geschadet hat. Alle für die Kriegslieferungen arbeitenden Fabriken haben diese Möglichkeit selbstverständlich im höchsten Maße ausgenutzt und damit auch gerade sehr vielen Reservisten von selbst vorwärts geholfen. Die Marine stand dem gar nicht im Wege. Ich habe natürlich meine Unterlagen von damals nicht mehr, aber aus der allgemeinen Tatsache, auf die ich hinweisen kann, geht klar hervor, daß auch in dieser Frage die Ausführung des Herrn Alboldt eine Verallgemeinerung einzelner Fälle darstellt.

Tüchtigkeit im Fach und berufliche Vorbildung wurden mit der Länge des Krieges ein so rarer Artikel, daß es einfach nicht möglich ist, daß hier außer einigen Fällen, wie sie immer vorkommen, an solchen Kräften achtlos vorübergegangen wäre.

Ich weise die daran geknüpften verächtlichen Bemerkungen über das Marineoffizierkorps unbedingt zurück, die ja in dieser Frage besonders die Marineingenieure treffen müßten.

Die Frage der Geheimhaltung liegt ganz anders als Herr Alboldt ausführt.

In dem nächsten Abschnitt will Herr Alboldt mich zum Zeugen dafür stempeln, daß dem Offizierkorps in bezug auf Geheimhaltung usw. nicht zu trauen gewesen wäre. Ich habe eingehende Ausführungen über die strenge Geheimhaltung auch selbst den Admiralen gegenüber und sogar innerhalb des Flottenstabes seinerzeit gemacht, um

klarzulegen, daß die geplanten Unternehmungen erst beim Inseegehen den Besatzungen bekanntgegeben werden konnten. Es ist das an sich gar nichts Neues, denn es ist ein altbekannter Ausdruck schon im Frieden: „Die Schiffe gingen mit versiegelter Order in See". Es sind das selbstverständlich Maßnahmen, die nur grobe Nachlässigkeit außer acht lassen könnten.

Wenn ich mit meinen Ausführungen Gedankengängen dienstbar gemacht werden sollte, die ich für völlig abwegig halte, so lehne ich das auf das schärfste ab.

Ich bestreite auch das Bild, das Herr Alboldt über die zweifellos besonders schwierigen Verhältnisse in den überfüllten Marinegarnisonen entworfen hat. Ich habe die eingerichteten besonderen Überwachungsmaßnahmen wie Einreiseerlaubnis, Briefüberwachung, Urlaubsschwierigkeiten usw. persönlich oft schwer empfunden, aber das im Gedanken an die Kampffront als verhältnismäßig leicht auf mich genommen. Sollten diese Garnisonverhältnisse sachlich geprüft werden, so müßten Persönlichkeiten vernommen werden, die damit dienstlich befaßt waren. Der Urlaub von Bord hing unmittelbar mit dem Bereitschaftszustand der Schiffe zusammen. Danach mußten sich alle an Bord richten.

Soviel ich weiß, ist der englische Nachrichtendienst schon früh in den Besitz wichtiger Teile unseres Chiffersystems gekommen, indem ein Zufall ihm Material in die Hand gab, das ein braver Signalgast nach der Strandung S. M. S. „Magdeburg" im Nebel am Eingang des Bottnischen Meerbusens über Bord springend mit auf den Meeresgrund genommen hatte.

Im übrigen besaß der englische Beobachtungsdienst, nachdem er so eine gute Grundlage in den Händen hatte, eine sehr beachtliche Gewandtheit im Enträtseln der bei uns häufig gewechselten Schlüssel, wobei ihm natürlich sehr dienlich war, daß vernichtete U-Boote pp. ihm dann und wann neues Material lieferten.

Ferner half ihm sehr der hochentwickelte Beobachtungsdienst der F. T. Peilstellen, die durch die Lage der englischen Küste unter besonders günstigen Bedingungen arbeiten konnten, auch gab die von uns in der Nordsee zum Verkehr nach Holland zugestandene neutrale Rinne für die englischen U-Boote einen äußerst günstigen Anhalt zur engen Überwachung der Bewegungen unserer Streitkräfte. In diesen Verhältnissen liegen neben unseren gefährlichen Grenzen die Möglichkeiten, über unsere Unternehmungen unterrichtet zu sein.

Bei uns wurde an sich mit mindestens demselben Geschick und Eifer auf diesem Gebiet gearbeitet, aber der Erfolg konnte nicht der gleiche sein, weil uns kein Material von U-Booten pp. in die Hände kam, unsere Küsten für die F. T. Peilungen sehr viel ungünstiger liegen und uns die See von England trennte.

Die Ausführungen des Herrn Alboldt über Schiffskonstruktionen, Armierung und U-Boote geben ein ganz falsches Bild.

Herr Alboldt geht dann auf die Fragen der Schiffskonstruktion, Armierung, auf das Artilleriematerial im ganzen und den U-Bootbau ein. Damit schneidet er ein Thema von ungeheurer Größe an, das von vornherein falsch angefaßt wird, wenn man nicht die Entstehung und Entwicklung der Flottengesetze, die für diese Fragen erst den richtigen Zusammenhang geben, mit zur Erörterung stellt.

Ich habe in jahrelanger Dienststellung tiefgehende Einblicke hier hinein gehabt, halte es aber doch für notwendig, wenn diese Fragen wirklich erschöpfend behandelt werden sollen, die Persönlichkeiten heranzuziehen, die bestimmenden Einfluß auf die Kriegsschifftechnik gehabt haben. So wie Herr Alboldt die Ergebnisse sieht, entsteht meiner Ansicht nach ein völlig falsches Bild.

Einmal ist es von vornherein ein Unding, eine große, weltbeherrschende Flotte wie die englische rein zahlen- und datenmäßig in ihrem Material mit einer Marine zu vergleichen, die aus kleinen Anfängen heraus in wachsendem Maße zu einer achtunggebietenden Kampfkraft entwickelt wurde, wo neben- und miteinander Schiffskonstruktionen und Artillerie und Torpedomaterial jeder Art, taktische und strategische Fragen, Ausbau der Flußmündungen und Wasserstraßen, der Werften und Depots, Heranbildung des Berufspersonals aller Spezialitäten und nicht zuletzt der Schiffbau und Waffenbau selbst und die verschiedenen Waffenfabriken im Vorwärtsgang auf gleichem Tempo gehalten werden mußten.

Es ist darin in den letzten 17 Jahren vor dem Kriege so Ungeheuerliches geleistet worden, wie in der Art noch nirgends sonst in der Welt. Wenn man die Marineetats von Deutschland und Frankreich z. B. in der Zeit von 1898 bis 1914 gegeneinander aufrechnet und feststellt, welcher Schiffsraum in beiden Marinen dafür geschaffen war, so hat die deutsche Marine der französischen gegenüber fast genau das gleiche Geld verbraucht, aber an Zuwachs des Schiffsraums der Flotte das 1,6fache geleistet. Bei der französischen Marine verschwand also über die Hälfte mehr als bei uns in Verwaltung und Nebenaufgaben. Das sind Leistungen, die natürlich unter den heutigen Verhältnissen schon allein wegen der fehlenden allgemeinen Wehrpflicht überhaupt nicht entfernt zu erreichen wären.

Es war in dieser Entwicklungszeit und in unserer nicht einfachen politischen Lage wohl richtig, keinesfalls für den uns zu machenden Vorwurf die Handhabe zu bieten, daß wir in bezug auf wachsende Schiffsgröße und Kaliber tonangebend für das sogenannte „Wettrüsten“ wären.

Wenn Herr Alboldt dann einen kurzen Zahlenvergleich aufstellt, der aus unserer Flottenentwicklung gerade die „Wittelsbach“ und den „Blücher“ herausnimmt, so ist das eine ganz einseitige, unsach-

liche Behandlung dieser Typenfrage, die nicht zu trennen ist von der Tatsache, daß wir im Neuaufbau standen und die Flotte aus eigener Kraft entwickelten, die vom Schiffskonstrukteur bis zur Helling und der Material liefernden Fabrik erst in ihren Fähigkeiten herangezogen werden mußte für Aufgaben, die bisher bei uns noch niemand gelöst hatte.

Alle Zahlenvergleiche treten aber dagegen zurück, daß im Kampf unser Material sich glänzend bewährt hat und daß das Urteil des Fachadmirals in der englischen Admiralität uns für den Skagerrak-Tag uneingeschränkt auf allen Gebieten die Überlegenheit zuspricht.

Daß wir Seeoffiziere auch hierin dem Mann gegenüber als achtlos und gedankenlos hingestellt werden, ist damit ohne weiteres widerlegt, daß die Typenkunde im Dienst besonders gepflegt wurde und wohl auf allen Kampfschiffen — ich kenne es wenigstens nicht anders — die feindlichen Schiffstypen den Besatzungen vor Augen gehalten wurden.

Mit Bezug auf das Gefecht auf der Doggerbank, das Herr Alboldt heranzieht, bringt das Werk „Der Krieg zur See“ in seinem dritten Band Nordsee folgende Daten:

9^{52} vormittags fiel der erste Schuß vom englischen Schlachtkreuzer Lion auf 20 km. Die Einschläge erreichten aber unsere Schiffe zunächst bei weitem nicht.

10^{05} wurde auf englischer Seite das Signal zum Feuereröffnen gegeben.

10^{12} erst erreichten die englischen Geschosse die ersten Weitaufschläge.

10^{09} wehte bei uns das Signal Feuer eröffnen.

10^{11} eröffnet „Derfflinger“ das Feuer von unserer Seite, nachdem ihn der Qualm am Erfassen des Zieles behindert hatte.

$10^{18\ 19\ 20}$ feuerten unsere anderen Schiffe mit, denen auch der Qualm äußerst hinderlich war.

Sachverständiger *Alboldt:*

Auf welche Entfernung hat „Derfflinger“ angefangen?

Sachverständiger *v. Trotha:*

Das ist nicht das Entscheidende.

(Sachverständiger *Alboldt:* Aber doch!)

In der Zwischenzeit hatte nur „Blücher“ einen Treffer ohne nennenswerte Wirkung erhalten.

Die englischen Geschosse haben also erst weitere Aufschläge erzielt, nachdem bei uns „Derfflinger“ bereits das Feuer eröffnet hatte. Das ist nach meiner Ansicht ausreichend.

Bei einem Verfolgungsgefecht ist es natürlich an sich leicht für den Verfolger, sich möglichst weit an der Schußgrenze zu halten, wenn er über ausreichende Geschwindigkeit verfügt. Das englische Seekriegswerk führte für dies Streben damals allerdings etwas ganz

anderes als Hauptgrund an, nämlich die Sorge des englischen Admirals vor einem deutschen Torpedobootsangriff.

Tatsache ist aber trotz allem, daß das Flaggschiff des englischen Admirals an diesem Tage bis zur Gefechtsunfähigkeit durch unsere Schiffe niedergekämpft worden ist, es ist also nicht richtig, wenn behauptet wird, daß die Engländer sich dem Schußbereich unserer Geschütze entzogen, „sobald dies ihnen ungemütlich wurde".

Mit Bezug auf die Skagerrakschlacht bin ich der Ansicht, daß der Dunstschleier, der bei der veränderten Wetterlage vor der englischen Linie liegend, uns im allgemeinen nur nach dem aufflammenden Mündungsfeuer abkommen ließ, die Engländer vom Schlimmsten bewahrt hat. Wo ein englisches Schiff für uns zielbar aus dem Dunst heraustrat, ist es alsbald schwer havariert oder vernichtet worden. Den Gedanken, daß die englische Flotte bei klarem Wetter sich die Gefechtsentfernung beliebig hätte wählen können, halte ich nach meinen taktischen Erfahrungen für unausführbar. Der finnische Admiral v. Schoultz, der an Bord eines englischen Linienschiffes die Schlacht mitgemacht hat, entwickelte kürzlich in einem Vortrag, daß nach seinem persönlichen Erleben die englische Flotte in diesem Gefechtsabschnitt vor einer Katastrophe gestanden hätte, falls wir klaren Überblick gehabt hätten.

Wenn Herr Alboldt dann die englische Admiralität mit unserem R. M. A. vergleicht, so ist dabei wieder übersehen, daß eine in ungeheuerlicher Aufbauentwicklung befindliche Marine eines ganz anders zusammengesetzten und arbeitenden Mechanismus' bedarf als eine jahrhundertalte, weltgebietende Seemacht. Solche Vergleiche sind meiner Ansicht nach Unmöglichkeiten.

Die Lafettenfrage ist von sich allein aus nicht zu behandeln, wenn man nicht zu falschen Schlüssen kommen will. Die Schiffsgeschützlafette muß mit Bezug auf Erhöhung und Senkung im Zusammenhang mit der Plattform, dem Schiff, konstruiert werden. Jeder Grad kostet Gewicht und wirkt sich auf das ganze Schiff aus. Nach fachmännischen Zahlen waren die größten Schußweiten an Bord infolge der Lafettierung für die gleichaltrigen fertigen Schiffe trotz des schwereren Kalibers der Engländer bei uns größer. Die Engländer haben ihre Schußweiten dann durch Ausbauen der möglichen Erhöhung nach der Falklandsschlacht vergrößert.

Auch wir haben bei der mächtigen Entwicklung, die die Waffentechnik durch den Krieg erfuhr, ganz selbstverständlich jede Möglichkeit auszunutzen versucht, um die Schußweite der Geschütze zu erhöhen.

Hauptbestimmend war in dieser Entwicklung die Beobachtungsmöglichkeit und die Feuerleitung, denn für die Schießpraxis gerade auf dem Wasser ist das Wichtigste: auf welche Entfernung kann ich

den Schuß am Ziel beobachten, und wie kann ich ihn auf diese großen Entfernungen treffsicher leiten.

Über die Entwicklung der Lafetten- bzw. Schießweitenfrage hat mir der Vize-Admiral a. D. Rogge, letzter Departementsdirektor im Waffendepartement während des Krieges, folgenden Überblick zur Verfügung gestellt:

Für die Schiffe der Nassau-Klasse und den großen Kreuzer „v. d. Tann" war ursprünglich eine Erhöhung von 30° wie bei allen älteren Turmlafetten vorgesehen. Mit Rücksicht auf die schiffbaulichen Nachteile und das hohe Gewicht konnte nur eine Erhöhung von 20° zugestanden werden, was mit Rücksicht auf die damit zu erzielende Schußentfernung von über 20 000 m angängig schien. Die gleichen Gründe waren dafür maßgebend, bei den mit 30,5 cm S. K. L/50 armierten Linienschiffen der Ostfriesland-Klasse und bei den gleichaltrigen mit 28 cm S. K. L./50 armierten großen Kreuzern noch weiter mit der Erhöhung herunterzugehen. Hier konnte von den Schiffbauern angeführt werden, daß sich die Engländer mit einer geringeren Erhöhung bei ihren 30,5 cm — $13^1/_2{}^0$ — trotz deren geringerer Leistung gegen die unsrigen begnügten. So wurde denn auch für die genannten und folgenden Schiffe diese Erhöhung bei 8° Senkungsmöglichkeit angenommen. Erst bei der Bayern-Klasse mit 38 cm S. K. L./45 wurde mit Rücksicht auf die inzwischen entstandenen Schußmöglichkeiten auf ganz große Entfernungen auf 16° Erhöhung gegangen, während auf den Schiffen mit $13^1/_2{}^0$ Erhöhung unter Drangabe einiger Grad Senkung die Erhöhung nachträglich auf 16° vergrößert wurde. Die größte Schußweite der 30,5 cm S. K. L/50 stieg dadurch von 19 050 auf 20 900 m, die der 28 cm S. K. L/50 von 18 250 auf 19 670 m.

Die Erhöhung und Schußweite der deutschen und englischen Geschütze veranschaulicht nachstehende Tabelle:

Es ist Tatsache und mir von Fachleuten der chilenischen Marine bestätigt worden, als diese mein Schiff S. M. S. „Kaiser" Frühjahr 1914 besichtigten, daß unsere schweren Turmlafetten unter anderem geringeren Raumbedarf und größere Feuergeschwindigkeit hergaben und größere Sicherheit gegen Verletzungen und Betriebsstörungen als die englischen boten. Damit allein ist schon die von Herrn Alboldt behauptete fehlerhafte Zusammenarbeit im Waffen-Departement, die er auf „sehr wohl denkbare" Annahmen stützt, und von denen aus er Schlüsse auf den „militärisch-geistigen Hochmut" der Seeoffiziere zieht, abgewiesen.

Das schwere Kaliber der Engländer war durch die stärkere Bepanzerung der deutschen Schiffe, dank unserer Schiffbaupolitik, die meisterhaft darauf gerichtet war, mit den beschränkten ihr zur Verfügung stehenden Mitteln das Vollkommenste zu schaffen, mehr wie wettgemacht. In der richtigen Erkenntnis, daß es darauf ankommt,

den Panzer des Gegners auf mindestens dieselbe oder auf eine größere Entfernung zu durchschlagen wie der Gegner den unsrigen, sind unsere Schiffe bei dem stärkeren Kaliber des Feindes im Gürtel durchweg stärker gepanzert worden als die gleichaltrigen gegnerischen Schiffe, in den Drehtürmen stärker oder fast gleich.

Das Produkt aus Geschütz und Panzer bildet den Maßstab für die Kampfkraft eines Schiffes. Stellt man dieses Produkt aus englischem und deutschem Panzer und Geschütz in Vergleich, so ergeben sich die in nachstehender, mir gleichfalls von Vize-Admiral a. D. Rogge zur Verfügung gestellten Tabelle angeführten Zahlen, aus denen die deutsche Überlegenheit hervorgeht:

Erhöhung und Schußweite der schweren Artillerie fertiger deutscher und englischer Großkampfschiffe

Etat	DEUTSCH Schiffe	Geschütze	Größte Erhöhung Grad	Größte Schußweite m	ENGLISCH Schiffe	Geschütze	Größte Erhöhung Grad	Größte Schußweite m	Es schießen weiter *deutsche* m	Es schießen weiter englische Geschütze m
					I. Linien-Schiffe					
1905					1 Dreadnougth	30,5 cm M X	13½	16 500		
1906					3 Superb	„ „	„	„	*4480*	
1907	4 Nassau	28 cm S. K. L/45	20	20 980	3 St. Vincent	„ M XI	15 [1]	17 500	*3400*	
1908					3 Neptune	„ „	„	„	„	
1909	4 Ostfriesland	30,5 cm S. K. L/50	16	20 900						
					4 Orion	34,3 cm L/45	15	17 000	*3900*	
1909					3 King George	„ „	„	„	„	
1910	5 Kaiser	„	„	„	4 Iron Duke	„ „	20	20 025	*875*	
1911					5 Queen Elisabeth	38,1 cm	?	?		
1912	4 König	„	„	„						
					Beschlagnahmte Schiffe					
1913	(2 Bayern)	38 cm S. K. L/45	16	20 250						
					1 Agincourt	30,5 cm M XI	13½	17 500		
					1 Erin	34,3 cm L/45	20	20 025		
					2 Canada	35,6 cm L/45	?	?		
					II. Große Kreuzer					
1905					3 Inflexible	30,5 cm M X	13½	16 500		
1907	von der Tann	28 cm S. K. L/45	20	20 980					*4480*	
1908	Moltke	„ „ L/50	16	19 670	1 Indefatigable	„ „	„	„	*3170*	
1909	Goeben	„ „ „	„	„	2 Lion	34,3 cm L/45	20	20 025	„	355
1910	Seydlitz	„ „ „	„	„	2 New Zeeland	30,5 cm M X	13½	16 500	„	
1911	Derfflinger	30,5 cm S. K. L/50	16	20 900	1 Queen Mary	34,3 cm L/45	20	20 025	*875*	
1912	Lützow	„ „ „								975
1913	(Hindenburg)	„ „ „								„

[1]) M XI soll nachträglich 16° Erhöhung und hierfür 1000 m mehr Schußweite erhalten haben.

Durchschlagsleistung der deutschen und englischen schweren Kanonen bei annähernd gleichaltrigen Schiffen

Jahr der Stapelung	DEUTSCHLAND				ENGLAND				Die *deutschen* / englischen Geschütze durchschlagen den *englischen* / deutschen Panzer bei 60 Auftreffwinkel auf m			
	Klasse	Kaliber der schweren Artillerie	Panzer mm Gürtel	Panzer mm Drehturm	Klasse	Kaliber der schweren Artillerie	Panzer mm Gürtel	Panzer mm Drehturm	Gürtel		Drehturm	
1906	Nassau	28 cm S.K.L/45	290	280	Dreadnougth	30,5 cm L/45 MX	279	279	*6100*	3700	*6100*	4100
1908	Ostfriesland	30,5 „ S.K.L/50	300	300	St. Vincent	30,5 „ L/50 MXI	254	„	*10100*	6100	*8700*	6100
1909	Kaiser	„	350	„	Colossus	„	279	„	*8700*	3600	*8700*	6100
1910	„	„	„	„	Orion	34,3 cm L/45	305	305	*7300*	5200	*7300*	7800
1911/12	König	„	„	„	Iron Duke	„	„	„	*7300*	5200	*7300*	7800
1913	Bayern	38 cm S.K.L/45	„	350	Queen Elisabeth	38,1 cm L/45	343	356	*9400*	7800	*8700*	7800
1908	Moltke	28 „ „ L/50	270	230	Indefatigable	30,5 cm L/45 MX	208	178	*10800*	4500	*11100*	6400
1911	Derfflinger	30,5 „ „ L/50	300	270	Tiger	34,3 cm L/45	229	279	*11700*	7800	*8700*	9500

Anmerkung: Die geringere Qualität der englischen Platten und Geschosse ist bei der Berechnung außer Betracht geblieben.

Der frühere Korrespondent des „Naval and Military Record“ in Berlin, Hector C. Bywater, hat in einem interessanten Aufsatz in der genannten Zeitschrift vom 4. 8. 20 betont, daß eine der Hauptlehren der Skagerrakschlacht sei, für die zukünftigen britischen Dreadnoughts größtmöglichste Widerstandskraft gegen Geschützfeuer und Unterwasserexplosionen zu fordern. Eine glänzende, von feindlicher Seite stammende Rechtfertigung der vom Großadmiral von Tirpitz betriebenen Schiffsbaupolitik und der Bewaffnung unserer ehemaligen Schlachtschiffe!

Der Vorwurf, daß das Reichsmarineamt versagt habe, indem nicht die einfachsten militärisch-artilleristischen Überlegungen angestellt worden seien, ist schon allein hiermit widerlegt, er kann nur auf Unkenntnis der Vorgänge bei der Konstruktion eines Schiffes beruhen. Jeder Sachverständige weiß, wie aufs peinlichste alle militärischen Forderungen gegeneinander abgewogen worden sind, um ein brauchbares Kompromiß, was jedes Schiff darstellt, zu schaffen. Ebenso haltlos ist, daß die deutschen Marineattachés versagt haben. Wir haben auch ohne den Spionagegebrauch fremder Marinen die Vorgänge bei diesen aufs eifrigste verfolgt und sind im besonderen über die artilleristischen Eigenschaften unserer gegnerischen Schiffe durchaus auf dem laufenden gewesen.

Zu der Szene, die sich in Kiel abgespielt haben soll, als Admiral Rogge den „König“ nach der Skagerrakschlacht an der Spitze einer Kommission besucht hätte, hat mir dieser auf Befragen gesagt: Er habe nach der Skagerrakschlacht die havarierten Schiffe in Kiel nicht besichtigt, den „König“ damals nicht betreten.

In der Frage des U-Boot-Krieges stelle ich die Behauptung auf, daß wir trotz oder vielleicht sogar wegen unseres vorsichtigen und gründlich suchenden Herangehens an diese Frage bei Kriegsausbruch tatsächlich unter allen Seemächten über das beste und leistungsfähigste U-Boot verfügten.

Ich bin der tiefsten Überzeugung, daß wir von dieser Basis aus mit dem U-Boot auch den Sieg erzwungen hätten, wenn wir von seiten unserer politischen Leitung mit Kraftwillen an den U-Boot-Krieg herangegangen wären. Der U-Boot-Krieg verlangte zu seiner Durchführung, daß die gesamte Kraft der Marine in all ihren Teilen sich diesem Gedanken dienstbar machte, daß die Flotte mit all ihren Einheiten vom Flugzeug und Minensucher bis zum Großkampfschiff, daß Personalausbildung und technische Entwicklung sich auf den U-Boot-Krieg als den Mittelpunkt des Ganzen einstellten.

Das war aber natürlich nur durchführbar und überhaupt nur denkbar, wenn man sich zum U-Boot-Krieg mit all seinen Folgerungen entschloß. Noch im Frühjahr 1916 wäre dazu Zeit gewesen.

Abg. Dr. *Moses:*

Sie haben gesagt, wir hätten den Sieg erzwungen. Meinen Sie

damit überhaupt den ganzen Sieg im Kriege oder nur in einer Seeschlacht?

Sachverständiger *v. Trotha:*

Durch den U-Boot-Krieg hätten wir den Sieg im Krieg erzwungen, das ist meine heiligste Überzeugung.

Es ist aber unmöglich, einen einheitlichen Willen hinter das U-Boot zu setzen, wenn man sich nicht dazu entschließen kann, das U-Boot seinen Fähigkeiten angemessen überhaupt anzusetzen, wenn man — wie es bis Frühjahr 1917 gegangen ist — ständig die für die U-Boote geltenden Befehle ändert und die Wirkungsfähigkeit des U-Bootes bis zur Unmöglichkeit einengt.

Ich kann nicht eine Waffe mit ganzer Kraft entwickeln, wenn ich ihre Anwendung nicht will.

Nach der festgelegten Ansicht des Führers der U-Boote bei der Flotte konnte man noch 1916 im allgemeinen mit dem dreifachen Ergebnis der U-Boote rechnen als 1917. Mit der geringeren Zahl hätte man 1916 also, selbst wenn man vorsichtiger rechnet, jedenfalls mehr erreicht, als mit der größeren Zahl 1917. Es ist das auch verständlich, wenn man zusammenstellt, was England in diesem Jahre an Vorbereitungen gegen den U-Boot-Krieg getroffen hat und wenn man bedenkt, daß die großen Zahlen nur mit dem Geschütz geschafft werden konnten, da die Menge der mitzugebenden Torpedos ja sehr beschränkt war.

Admiral Jellicoe sagt: Noch im Dezember 1916 war die U-Boots-Bekämpfung durchweg Erwägung und Versuch.

Mit Wasserbomben waren die englischen Zerstörer erst 1918 voll ausgerüstet.

Bombenwerfer wurden erst Juli 1917 eingeführt.

Horchapparate mit Richtungsbestimmung kamen erst Ende 1917 an die Front.

Die Luftfahrzeuge waren bis 1917 noch nicht tauglich entwickelt.

An Überwasserfahrzeugen zur U-Boots-Bekämpfung bestand bis 1917 sehr starker Mangel.

U-Boote in der Gegenwehr wurden erst von Mitte 1917 ab unangenehm.

Eine brauchbare Mine gegen U-Boote, nach deutschem Muster, zu konstruieren gelang erst Ende 1916; erst Oktober 1917 setzten die großen Lieferungen ein.

Die Dover-Sperre wurde daher erst Dezember 1917 wirksam.

Bis Ende 1916 waren 1420 Handelsschiffe bewaffnet, im Jahre 1917 kamen 2987 hinzu.

4000 Kapitäne und Steuerleute wurden in der U-Boot-Bekämpfung ausgebildet, auf 7000 Schiffen Bordkurse hierüber abgehalten.

Rauchschutzapparate besaßen bis Frühjahr 1917 erst 1400 Schiffe, Ende November 1917 4000.

Minenschutz in Fahrt kam erst von 1917 ab zur Anwendung.

Erst im Mai 1917 kam das Geleitzugsystem zur Durchführung.

Der Ersatzbau in England kam erst Ende 1917 zur wesentlichen Steigerung, fiel dann im ersten Quartal 1918 wieder ab wegen der ungeheuren Reparaturen, die auf das Zehnfache anschwollen.

Stelle man zusammen diese ungeheure Abwehrentwicklung, die wir den Gegner in Ruhe ausbauen und einüben ließen, stellt daneben den Gewinn an Neubauten in diesem Jahre 1916/17 und die gewaltige Tonnenzahl, die wir in dieser Zeit hätten versenken können und schätzt dann noch ein den Zeitgewinn, der dem Amerikaner für die Kriegsvorbereitung gelassen wurde, so steht für mich als unumstößlich fest, das, was der Manchester Guardian am 4. Juni 1919 schrieb:

„Wenn Deutschland den U-Bootkrieg von Anfang an mit voller Schärfe geführt hätte, so hätte England infolge der überwältigenden Schiffsverluste erliegen müssen."

Abg. *Joos:*

Es ist doch anzunehmen, daß der Gegner auch schneller die Zerstörungsmittel ausgebaut hätte, wenn die Gefahr sich früher gezeigt hätte.

Sachverständiger *v. Trotha:*

England war nicht darauf vorbereitet. Es mußte erst eine Mine nach unseren Minen ausprobieren und zur Entwicklung bringen. Das ganze Geleitzugsystem mußte erst formiert, die Kapitäne ausgebildet werden. Diese ganzen technischen Sachen sind nicht von heute auf morgen zu machen.

Ich erinnere zum Beweise dieses an die schon früher erwähnte Tatsache, daß nach den amerikanischen Parlamentsverhandlungen im November 1918 die Frage der Schiffsräume so katastrophal lag, daß die amerikanische Armee nicht mehr mit dem nötigen Nachschub hätte versorgt werden können.

Hätten wir den U-Bootkrieg, wie die Marine mit ganzer Kraft drängte, im Frühjahr 1916 begonnen, so wären diese katastrophalen Verhältnisse in weit verstärktem Maße bereits im Herbst 1917 eingetreten. Wer weiß, ob Amerikas Eintritt in den Krieg überhaupt in vollem Maße durchführbar gewesen wäre.

Bei seinen Aufrechnungen vom Frühjahr 1916 vergißt Herr Alboldt einmal, daß bei 3 U-Booten auf Station im Westen Englands im ganzen 9 U-Boote dort tätig waren, und daß diese 9 U-Boote nach fachmännischem Urteil 1916 ungefähr so viel leisteten wie 27 U-Boote im Jahre 1917 leisten konnten, er übersieht auch, daß mit dem Willen zum U-Bootkrieg die Zahl von 203 U-Booten die auf der viel umstrittenen Liste des Kapitäns z. S. Löhlein im Frühjahr 1916 standen, eine lebendige Zahl geworden wäre.

Ich meine damit, daß mit dem Befehl zum U-Bootkrieg die ganze Kraft der Marine sich auf diese große Aufgabe einheitlich konzen-

triert hätte und damit zwangsläufig die U-Bootentwicklung in allen ihren Teilen, auch in bezug auf den U-Bootbau, vorwärts getrieben wäre und die genannte Liste nur eine unterste Grenze dargestellt hätte, auf der aufbauend man weiter trieb. Nach meiner Ansicht darf man nie vergessen, daß Listen, Tabellen und Rechnungen nur Mittel zur abwägenden Überlegung sind; der Entschluß und die Tat schreiten darüber sieghaft hinweg. Wer sich an solche Listen und Rechnungen klammert, der stirbt daran!

Die Marine kämpfte mit aller denkbaren Energie gegen die politische Leitung des Reiches für den U-Bootkrieg, es ist daher geradezu ungeheuerlich, diese Verhältnisse so umzuzeichnen, daß der „Krieg der Kapitänleutnants" den älteren Seeoffizieren nicht sympathisch gewesen wäre, daß sie aus „Kampfeifersucht" dem entgegen gewesen wären. Ich halte es für unnötig, hierauf weiter einzugehen.

„Erschütternd", um mit Herrn Alboldt zu sprechen, hat es tatsächlich auf die ganze Marine gewirkt, daß im Frühjahr 1916 Zögern und Zaudern der politischen Leitung, die Marine mit der Waffe nicht zum Einsatz kommen ließen, von der wir alle überzeugt waren, daß sie den Sieg bringen mußte. Ihr Einsatz zur rechten Zeit hätte uns den Zusammenbruch erspart.

Auch hier hat der entscheidende Einfluß des Reichskanzlers sich hemmend dem Kampfwillen und der Anwendung der entscheidenden Waffe entgegengestellt. Auch die Persönlichkeit eines Admirals Krafft — wenn sein Wirken von Herrn Alboldt richtig wiedergegeben ist — hätte sich dem ausgesprochenen Willen zum U-Bootkrieg nicht entgegenstellen können. Allerdings war es ein Verhängnis, daß der Großadmiral von Tirpitz als der stärkste Faktor für den U-Bootkrieg zugleich zu Fall gebracht wurde.

Die Ausführungen des Kapitänleutnants Spieß, die Herr Alboldt anführt, finden sich ja letzten Endes darin mit mir zusammen und stützen meine Auffassung.

Die Geschehnisse des Sommers 1917 waren die Ankündigung einer Staatskrise, die von radikal-politischen Elementen angestrebt wurde, und die bewußt in die Wehrmacht, vor allem in die Flotte hinein vorgetrieben wurden.

Herr Alboldt stellt in seinen Ausführungen die Vorkommnisse des Sommers 1917 als solche hin, die unter den Begriff „des Kleinen, für große politische Bewegung Unzureichenden" fallen.

Ich habe auch hierüber schon wiederholt mich zu äußern gehabt. Ich fasse daher hier nur noch einmal kurz zusammen: Die Vorgänge stellten eine schwere Gefahr für die militärische Leistungsfähigkeit der Flotte und für den Staat dar. Die ganze Schwere ist heute unter ganz anderen Zeitverhältnissen kaum nachzuempfinden. Wie ernst die Flotte die Lage auffaßte, geht ohne weiteres aus dem wiederholten,

scharfen Drängen und den dadurch veranlaßten erneuerten Schritten des Staatssekretärs des R. M. A. beim Reichskanzler und Oberreichsanwalt hervor, mit denen ein scharfes Vorgehen auch außerhalb der Marine, da, wo die richterliche Gewalt der Flotte nicht hinreichte, bis zu den von den Meuterern genannten Reichstagsabgeordneten, verlangt wurde.

Das ausgesprochene Ziel des Reichpietsch war die Erzwingung des Friedens durch Anwendung von Gewalt oder Generalstreik der Flotte. In dieser Aussage Sachses, die auch vom Oberheizer Bräuner wörtlich so bestätigt ist, ist zusammengefaßt der hochverräterische Gedanke, der die ganze Bewegung beherrschte, und der von außen in die Marine hineingetragen und unter den Mannschaften lebendig gemacht worden ist. Dieses Hineintragen der Politik, und zwar in der Absicht, die Staatsgewalt zu brechen, wurde dadurch unterstützt und überhaupt erst wirkungsvoll, daß hinter diesen hochverräterischen Zielen von den Betreffenden die Figuren der bekannten Reichstagsabgeordneten aufgezeichnet wurden als Schirmherren und Förderer dieser Zersetzungsarbeit.

Ich habe auch in meiner ersten Aussage vor dem Ausschuß schon ausgesprochen, daß z. B. die im „Tivoli" in Wilhelmshaven in einer geheimen Versammlung gehaltenen Reden von mir nur als „Aufruhr" bezeichnet werden können. An dieser meiner Überzeugung können die Ausführungen des Herrn Alboldt gar nichts ändern.

Daß dieser Auffassung die überwiegende Mehrzahl der Flottenbesatzungen und sogar der Offiziere entgegengestanden hätten, ist nach meiner Kenntnis und allem, was ich erlebt habe, völlig unrichtig.

Die Vergleiche, die Herr Alboldt dann mit Geschehnissen auf Schiffen aus der Friedenszeit heranholt, sind ganz abwegig. Das sind keine Straftaten, die trotz aller Schwere mit Hochverrat auf eine Stufe zu stellen sind. Nebenbei ist zu diesem Abschnitt zu bemerken, daß Prinz Heinrich niemals Kommandant der „Oldenburg" gewesen ist.

Es war höchste Pflicht der Marine, im Sommer 1917, soweit ihr Arm reichte, so scharf wie möglich einzugreifen und so schnell wie ausführbar zu vollstrecken, was gerichtlich für Recht anerkannt war. Die kriegsgerichtlichen Untersuchungen erforderten von vornherein schon mehr Zeit als eigentlich im Interesse der Disziplin erträglich war.

Ich halte an meiner Auffassung fest, und zwar nach allen Feststellungen hier vor dem Ausschuß nur innerlich überzeugter. Sobald die Untersuchung zu der Feststellung gekommen war, daß die Angeschuldigten ihre agitatorische Tätigkeit auf die Abgeordneten zurückführten, mußte ohne jede Zeitversäumnis von der höchsten Reichsstelle gegen die Abgeordneten mit allen Mitteln vorgegangen werden,

wenn diese sich nicht selbst zum Gegenbeweis zur Verfügung stellten. Eine Vernehmung vor dem Flottengericht konnte hierüber die nötige Klärung nicht schaffen. Für die Staatsgewalt mußte in diesem Augenblick jedes gesetzliche Mittel recht sein. Es handelte sich um Entscheidungen und Entschlüsse von größter innenpolitischer Tragweite, die nur vom Reichskanzler getroffen werden konnten.

In München habe ich die Erzählung eines damaligen Reichstagsabgeordneten erwähnt, daß in der ersten entscheidenden Besprechung vor dem Reichskanzler mit den Parteiführern nach den Vorkommnissen in der Marine Sommer 1917 sämtliche Anwesenden, auch die Mitglieder der Mehrheitssozialdemokratie, erwartet hätten, der Reichskanzler würde eintretend bekanntgeben, daß er die betreffenden Abgeordneten der Unabhängigen habe verhaften lassen und die nachträgliche Zustimmung zu diesem im Interesse der Sicherheit des Staates unternommenen Schritt erbitte. Alle Anwesenden würden ihm zugestimmt haben. Der damalige Reichskanzler hat diesen Schritt nicht gewagt.

Für mich liegt hier die Entscheidungsstunde des Staates. Die höchst verantwortliche Stelle des Staates legte hier die eigene Schwäche offen zutage, die Marine wurde von der Staatsgewalt im Stich gelassen, wir hatten das Gefühl, nicht mehr gedeckt zu sein.

Ich persönlich habe in langer ernsthafter Aussprache mit Staatssekretär v. Capelle diesen Standpunkt mit allem Nachdruck damals vertreten.

Wie ich an früherer Stelle ausgeführt habe, daß die Staatsleitung in der außenpolitischen Leitung Schwäche ausstrahlte, so trat hier die gleiche verhängnisvolle Wirkung in der Innenpolitik ein. Das Zentrum des Staates strahlte nach innen Schwäche aus. In der ganzen nachfolgenden, immer schwerer zu meisternden Zeit hat dann von oben her nachgebende Schwäche gewirkt und die Widerstandskraft im Innern zersetzt, die nach Umsturz drängenden Elemente emporwachsen lassen. Das Gefühl, nicht mehr gedeckt zu sein, hat einen Hauptanteil am schließlichen Zusammenbruch.

Es ist ja aus dem gleichen Empfinden herausgesprochen, wenn der Oberpräsident Noske in München sagte, daß er heute noch die Regierung anspucken würde, wenn sie von dem Recht, das Geschwür auszubrennen, damals keinen Gebrauch gemacht hätte, wenn sie den Nachweis des Hochverrats und der Aufwiegelung hätte führen können. Ich sage mir dazu, es war damals ihre Pflicht, mit aller Schärfe durchgreifend Klarheit zu schaffen, dann brauchten wir heute diese Verhandlungen nicht, denn dann hätten wir nach menschlichem Ermessen den Zusammenbruch nicht erlebt.

Der Flottenbericht vom 7. 10. 1917 wird von Herrn Alboldt in ganz anderem Sinne ausgelegt, als er geschrieben ist.

Daß Herr Alboldt die Verfügung des Flottenkommandos vom 7. 10. 17 seinen Gedankengängen dienstbar machen will, ist mir unfaßlich. Ich weise dabei auf die Bemerkung Herrn Alboldts hin, wo er sagt, diese Verfügung wäre: *„Die Mentalität der Seeoffiziere", kennzeichnend* unter „Ganz geheim", also nur für Offiziere bestimmt. Es war eine Selbstverständlichkeit und Vorschrift, daß solche Bearbeitungen unter der Geschäftskennung „Ganz geheim" liefen. Die Verdächtigung, die in der Ausführung des Herrn Alboldt liegt, ist also haltlos.

Es zeigt sich überall, daß Herrn Alboldt die Mentalität des Offiziers etwas völlig Fremdes gewesen ist, vielleicht erklärlich mit dadurch, daß er in diesen ganzen Fragen nicht Selbsterlebtes wiedergibt.

Ich lehne es ab, wenn hier ein sogenanntes „Zugeständnis" der Flottenleitung konstruiert wird und erkläre es für falsch, wenn mit Unterlagen wie „soweit mein Wissen reicht" und „soweit ich sehen kann" behauptet wird, daß von der Flottenleitung bei bekanntgewordenen Fehlern *„nichts* zur Abhilfe getan wäre". Wo Fehler erkannt wurden und wo Versehen vorkamen, ist nach bestem Können Abhilfe erfolgt und eingegriffen worden. Ich wiederhole mit vollster Überzeugung meine als nicht mehr voll beweiskräftig bezeichnete Aussage:

„Aber das weiß ich, und dafür trete ich im vollsten Maße ein, daß jeder Vorgesetzte bei uns, soweit ich sie als Mensch kennengelernt habe, — und der Mensch ist immer die Hauptsache — sein Ganzes getan hat, der eine mit Geschick, der andere mit Ungeschick, um hier seine Pflicht zu erfüllen."

Es ist etwas Ungeheuerliches, diesen Flottenerlaß so auszulegen, als ob das Flottenkommando sich um diese Fragen vorher nicht gekümmert hätte, und daß von solcher Verfügung ernsthaft nicht Notiz genommen wäre.

Wenn Herr Alboldt dann auf den „Nürnberg"-Fall eingeht, so ist allgemein dazu zu bemerken, daß selbstverständlich ein solcher Fall nach Bekanntwerden dem zuständigen Vorgesetzten zugeführt werden mußte.

Soviel ich weiß, ist dieser Fall dann über einen bestimmten Punkt nicht weitergekommen, weil keine Zeugen dafür zu bekommen waren, und ohne Zeugen ist eine Beweisführung doch wohl nicht durchzuführen.

Eins möchte ich hier nur noch bemerken mit Bezug auf das Vertrauen zwischen Offizier und Mann. Es braucht eigentlich kaum gesagt zu werden, daß das Streben des Offiziers, sich das Vertrauen des Mannes zu erringen, auf das äußerste erschwert, fast unmöglich gemacht wird, wenn Unzufriedene sich an außenstehende Persönlichkeiten wenden und auf anderem als dem dienstlich vorgesehenen Wege ihre Wünsche verfolgen, besonders wenn sie dann nicht einmal ihren

Namen genannt wissen wollen, so daß der Offizier vor etwas steht, was für ihn nicht zu klären ist.

Die Vergleiche des Herrn Alboldt mit der englischen Marine gehen auch hier von ganz falschen Voraussetzungen aus.

Die Ausführungen des Herrn Alboldt gehen dann wieder zu der politischen Beeinflussung über und stellen dabei auch wieder Vergleiche zwischen uns und den Engländern an. Auch hier sind die Vergleiche ganz falsch, weil sie das englische und deutsche Volk in der Voraussetzung gleichsetzen. Ich glaube, es ist hinreichend bekannt, daß durch die ganz anders gestaltete Geschichtsentwicklung im englischen Volke beim Ausbruch des Krieges die nationale Geschlossenheit eine so feste und traditionell geheiligte war, daß die Unterstützung des staatlichen Willens zur Erreichung eines möglichst weitreichenden Sieges etwas Selbstverständliches war, das höher stand als jedes sonstige Interesse und daher die Kreise, die anders oder vor allem international dachten, so einflußlos waren, daß sie gar nicht in Frage kamen.

Wie stark es daran bei uns gefehlt hat und wie in wachsendem Maße Kräfte bei uns am Werke waren, die geschlossene Widerstandskraft zu brechen, bedarf keiner näheren Ausführung. Um zu zeigen, wie diese Fragen bei unseren Feinden eingeschätzt wurden, erinnere ich in diesem Zusammenhang an die erschütternde Erzählung des Generals Wille, Oberstkommandierender der Schweizer Armee im Weltkriege, — in den „Schweizerischen Monatsheften für Kultur und Politik" vom Juni 1922, Seite 117 — wonach im Sommer 1917 Lord Cecil im englischen Großen Hauptquartier von der Unbesiegbarkeit der deutschen Armee gesprochen habe, jedoch mit dem Hinzufügen: „Aber wir vertrauen auf den Deutschen Reichstag."

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Die englischen Stimmen sind für die Herren ja immer die allerwichtigsten!

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Moses und Dittmann.)

Abg. *Brüninghaus:*

Das scheint Ihnen sehr unangenehm zu sein.

Abg. *Dittmann:*

Nein, es ist charakteristisch, daß immer nur die Ausländer heran gezogen werden!

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich schlage vor, lassen Sie den Herrn Sachverständigen jetzt fortfahren!

Sachverständiger *v. Trotha:*

Herr Alboldt versucht dann durch Anführung von Auszügen aus den Aussagen des Admirals Brüninghaus und von mir zu beweisen, daß

wir selbst Zeugen dafür wären, daß die zersetzenden Stimmungen nicht von außen in die Marine hineingetragen wären. Es kann unmöglich angehen, daß mir eine andere Überzeugung eingeimpft wird, als ich tatsächlich habe.

Je weiter ab vom Feinde, desto stärker war die Tätigkeit der Hetzer und die Möglichkeit der Einwirkung auf die Mannschaften. Je näher an der Kampffront, desto reiner war die Luft, desto selbstverständlicher wurde der Mann und Offizier wieder zusammengeführt in dem ganz einfachen Gefühl der gegenseitigen Unentbehrlichkeit und damit des sich wieder findenden Vertrauens. Die Not und alles, was dazu gehört, war der willkommenste Boden für die hetzenden Kräfte und von diesen nur begrüßt, daß diese Note je näher der Heimat um so stärker empfunden wurden, die Gegensätze um so leichter gegeneinander ausgespielt werden konnten.

Die leider mehr oder minder erfolgreichen Bemühungen von außen, die einheitliche Kampffront unserer Flotte zu brechen und parteipolitische Ziele der radikalen Linksparteien in der Flotte wie in der Armee vorwärts zu treiben, liegen für mich offen und bewiesen.

Das Offizierkorps stand dagegen den Fragen des Parteiwesens und der inneren Politik völlig fremd und ungeschult gegenüber, selbst Gespräche dieser Art haben innerhalb der Offiziersmessen, die froh waren, davon frei zu sein, niemals wirklichen Boden gefunden.

Die Zeit vom Herbst 1917 bis Herbst 1918. Auch in diesem Abschnitt sieht Herr Alboldt vieles falsch.

Für die Zwischenzeit vom Herbst 1917 bis Herbst 1918 kommt Herr Alboldt dann auf einige Sonderfälle zu sprechen. Ich habe mich über die Frage des Marine-Ingenieurkorps schon weiter oben geäußert. Wodurch es im besonderen veranlaßt wurde, daß das Hochseekommando sich im Kriege mit der Frage des Marine-Ingenieurkorps zu beschäftigen hatte, weiß ich nicht mehr, jedenfalls sind diese Ausführungen nur erfolgt, wie in der Einleitung gesagt ist, um über die bestehenden Bestimmungen, die die Organisation festlegte, Klarheit zu schaffen. Sie sind im engen Zusammenarbeiten mit dem Chefingenieur beim Flottenstabe verfaßt worden. Es steht im übrigen nicht darin, daß, wie Herr Alboldt anführt, „jeder Seeoffizier außer Dienst ‚älterer Kamerad' jedes Marineingenieurs sei". Die Vorschrift — § 3 der organisatorischen Bestimmungen —, auf die die Niederschrift besonders hinweist, setzte fest:

„Ob und wo sie (die Marineingenieure) zu den anderen Offizieren der Marine in das Verhältnis von Untergebenen treten, hängt von der Dienststellung ab." Außerhalb dieses hier festgelegten Dienstverhältnisses standen Seeoffiziere und Marineingenieure sich außer Dienst gegenüber als „ältere" bzw. „jüngere Kameraden".

Das ist genau das Umgekehrte von dem, was man aus den Ausführungen des Herrn Alboldt schließen muß.

Des weiteren wird der Sinn *erheblich* anders durch die Feststellung, daß der Schlußsatz der Niederschrift der Flotte heißt: „Da der allgemeine Besuchsaustausch an Bord im Frieden eingeleitet ist, so wird man an ihm festhalten müssen; er kann aber *nicht* zum gegenseitigen Bekanntwerden dienen, *ohne Einladungspflicht einzuschließen*" und nicht, wie Herr Alboldt es wiedergibt: „er kann aber *nie* zum gegenseitigen Bekanntwerden dienen". Der Satz, für den die von Herrn Alboldt fortgelassenen Schlußworte natürlich wesentlich sind, ist in dem Zusammenhang geschrieben, daß der unerträgliche Pflichtverkehr mit Pflichteinladungen möglichst abzuschaffen und keinesfalls noch auszudehnen wäre, das erforderte auch die Lebenshaltung.

Eine Auslassung wie die des Kapitäns z. S. Mysing ist selbstverständlich nur als arge Entgleisung schärfstens zu verurteilen; den näheren Zusammenhängen vermag ich nicht nachzugehen.

Ebenso wird die Lazarettbehandlung — wenn es für nötig befunden wird — besonders untersucht werden müssen, denn es würde sich in erster Linie darum handeln, festzustellen, wie es mit den Vorschriften über Lazarettbehandlung stand. Ich bin bei meinem Dienst nur selten in die Lazarette gekommen, habe bei gelegentlichen Besuchen von Untergebenen keine Klagen zu hören bekommen. Die Verallgemeinerung des Herrn Alboldt auch in diesem Fall scheint mir aber durch nichts begründet.

Es wird dann erneut auf die Deckoffizierfrage eingegangen. Wenn zu Beginn auf die über 1000 Deckoffiziere hingewiesen wird, die 1917 in besonders wichtigen und verantwortlichen Stellungen tätig waren, und zwar als Kommandanten von Torpedobooten, Minensuchbooten, als Wachoffizier usw., und wenn besonders hervorgehoben wird, daß der Graf Dohna für die zweite Möwe-Fahrt seinen alten Obersteuermann unbedingt wieder kommandiert haben sollte, so scheint mir dadurch nicht bewiesen, daß man die Deckoffiziere „alle in untergeordnete Stellungen steckte" und ihnen erklärte, „daß man Leute mit so minderwertiger Gesinnung nicht gebrauchen könne". Auch hier liegt nach meiner Ansicht Verallgemeinerung von Einzelfällen und Erzählungen unzufriedener Elemente vor, die in keiner Weise berechtigt ist.

Ich glaube sonst über die Deckoffiziere an anderer Stelle alles Wesentliche gesagt zu haben.

Den Ausführungen über die „Nürnberg"-Vorfälle und Zustände im einzelnen nachzugehen, bin ich nicht in der Lage gewesen. Jedenfalls sind die angeführten, teils unerhört klingenden Vorfälle von dem Kommando damals zum allergrößten Teil entschieden abgestritten worden.

Aus dem Bericht über die Untersuchung des Falles sind folgende Einzelheiten genommen:

Während der Werftliegezeit hätten die Verheirateten selbstverständlich so weit als möglich zu Hause gegessen, so der Kommandant und sein Bursche allein ungefähr 6 Wochen hintereinander, so daß in weitem Maße der den Betreffenden zustehende Bordproviant mit an Land genommen wurde. Das war, wie schon öfter erklärt, dienstlich so geregelt. Die Betreffenden bekamen an Land ja nichts. Ein Nachprüfen der Zahlen des mitgenommenen Proviants ist heute natürlich nicht möglich. Der gesamte Verwaltungsbetrieb ist damals auf die Anzeige hin sofort einer eingehenden unvermuteten Revision unterzogen worden, wobei keinerlei Unregelmäßigkeiten festgestellt werden konnten.

Nach den Strafbüchern waren die Bestrafungen

1918	Kleine Strafen	Große Strafen
Januar	1,1 %	2,4 %
Februar	1,6 %	2,3 %
März	2,8 %	1,2 %
April	1,3 %	1,4 %

also im ganzen in keiner Weise hoch.

An Urlaub erhielten nach der Urlaubskontrolle die älteren Jahrgänge drei Wochen jährlich, die jüngsten noch dienstpflichtigen Jahrgänge 14 Tage. Während der Werftliegezeit war das seemännische Personal in Vorteil gekommen, weil für die technischen Arbeiten die Werft nicht genug Arbeitskräfte stellen konnte. Dieser unvermeidliche Nachteil für das technische Personal sollte nach der Werftliegezeit durch Bevorzugung dieser Leute wieder ausgeglichen werden.

Mit Bezug auf den „Regensburg"-Fall, der später genannt wird, ist seinerzeit, soweit ich mich habe unterrichten können, festgestellt worden, daß zwei Mitglieder der Offiziermesse nach einer besonders gut verlaufenen Schießübung unter Mitnahme einer verzollten Flasche Sekt oder Schnaps abends mit der Matonjolle angeheitert an Land gefahren und nach Umziehen in Zivil in ein öffentliches Haus gegangen sind. Das Boot haben sie in früher Morgenstunde sich wieder bestellt. Daß sie erst hätten gesucht werden müssen, bestritten sie. Sie sind beide mit Arrest bestraft und abkommandiert worden. Die darüber hinausgehenden Angaben bezeichnete das Kommando als unwahr, auch die über mitgenommene Weine und Zigarren. Die Bitte des Kommandos um Zeugennennung, um die Angelegenheit weiter zu untersuchen, ist damals nicht zu erreichen gewesen, so daß den bestimmten Behauptungen der Offiziere kein Gegenbeweis entgegengestellt werden konnte. Es muß dabei berücksichtigt werden, daß es im übrigen nicht selten vorgekommen ist, daß erwiesen unwahre Behauptungen ohne Namensnennung zur Angabe kamen.

Falls tatsächlich Fälle der angeführten Art feststellbar sind, würde ich noch heute ein scharfes Einschreiten für richtig halten, das Offizierkorps hat nur das größte Interesse daran, daß solche Vorkommnisse gebrandmarkt werden, aber sie dürfen nicht unbewiesen verallgemeinert werden.

Zu den Angaben über den Oberwerftdirektor von Kiel, die sich bis auf sein Hauspersonal erstrecken, kann ich nicht Stellung nehmen, da mir jede Unterlage fehlt. Der Betreffende ist verstorben.

Es wird dann auf einen Brief aus dem August 1917 hingewiesen, der sich besonders auf Mißbrauch bei Verteilung von Liebesgaben stützt. Leider bietet dieser Brief auch nicht den geringsten Anhalt, wann und wo und wie sich diese schweren Verfehlungen zugetragen haben sollen.

Ich kann dazu nur sagen, daß ich weder als Kommandant noch als Chef des Stabes irgendeine Liebesgabensendung in Erinnerung habe außer einer Sendung aus Blumenau (Brasilien) an die Leute meines Schiffes, die dort im Frühjahr 1914 in Quartier gelegen hatten. Es war nach Lage der Verhältnisse auch nur natürlich, daß uns Liebesgaben nicht zugeführt wurden. Dagegen weiß ich, daß wir von der Offiziersmesse S. M. S. „Kaiser" in der ersten Kriegszeit Liebesgaben an die Mannschaften eines Artillerieregiments an der Front schickten, das mit uns im Frieden in nähere Berührung gekommen war.

Ich weiß, wie ernst Verfehlungen von Vorgesetzten zu nehmen sind, die den Untergebenen gegenüber auf die Macht der Strafgewalt gestützt sind. In meiner ganzen Dienstzeit ist mir immer auf das schärfste dieser erste Gesichtspunkt für wahre Dienstfreudigkeit und Autorität eingeimpft worden.

Ich weiß aber auch und habe es oft genug selbst durchlebt, wie schwer es schlechte und unehrliche Elemente dem Vorgesetzten machen, Wohlwollen und menschliche Nachsicht erkennbar zu machen, und wie verheerend Elemente wirkten, die, wie es oft festgestellt worden ist, ohne Namensnennung Behauptungen aufstellen oder böswillig gefärbte Gerüchte und Erzählungen in Umlauf setzen, die dann — gerade an Bord — mit Riesenschritten umlaufen und dann bald Tatsachen aufstellen, die jeder für wahr hält, ohne daß man sie oder ihr Entstehen greifen kann.

Gewiß hat es trotz aller Vorsorge und Erziehung Persönlichkeiten auch im Offizierkorps gegeben, die ihm zum schweren Schaden gereichten, und der Krieg, der in erster Linie die Besten wegraffte, ließ die schwächeren Kräfte immer mehr in Erscheinung treten. Aber ich kenne das Offizierkorps und seinen Geist zu gut, als daß Einzelfälle — für die ich auch den unmittelbaren Beweis der selbsterlebten Tatsache verlange, ehe sie anerkannt werden können — mich darin irremachen können, daß das Offizierkorps der Marine von pflichtmäßiger und hingebender Aufopferung getragen war. Ich habe auch

zuviel Fühlung mit altgedienten Leuten, die aus freiem Selbstentschluß heute noch uns Offizieren die Bestätigung geben alter guter Kameradschaft und gegenseitiger Achtung, als daß ich von dieser meiner innersten Überzeugung abgehen könnte.

Der ganze innere Aufbau unseres Gefechtsdienstes — als Höchstleistung unserer Ausbildung — ist unvereinbar mit einem Offizierkorps, wie es Herr Alboldt malt, das ohne Fühlung mit der Seele der Mannschaft war. Ich weiß, ich habe diese Fühlung gehabt, und ich war kein Vereinsamter in meinem Korps.

Man lese sich auch einmal wieder die Berichte durch, die der Abgeordnete Noske nach längerer Einschiffung auf der Flotte damals geschrieben hatte, und die ihm im vollen Zusammenleben an Bord überall Einblick gewährten. Man bekommt da ein Bild, das sich völlig mit dem meinigen deckt.

Der geplante Flottenvorstoß, der ganz anders gewollt war und anzusehen ist, als Herr Alboldt ihn malt.

Herr Alboldt geht dann auch auf den letzten geplanten Flottenvorstoß ein.

Zunächst sehe ich aus den einleitenden Sätzen, daß Herr Alboldt meine bisherigen wiederholten Ausführungen über die Anlage dieses Vorstoßes nicht verstanden hat.

Nach den unseligen zwei ersten Kriegsjahren, in denen das Flottenkommando, von der politischen Leitung geknebelt, sich keine Klarheit über seine Bewegungsfreiheit und die Grenzen seiner Verantwortung hatte erkämpfen können, war es dem neuernannten Flottenchef, Admiral Scheer, Februar 1916 gelungen, mit Allerhöchster Genehmigung festzustellen, daß die Flotte von sich aus den Entschluß frei hatte, wann sie nach Lage der Verhältnisse in See gehen, wann und ob sie eine Seeschlacht annehmen oder herbeiführen wollte. Es blieb bestehen, daß eine Schlacht vom Flottenchef nur unter günstigen Bedingungen angenommen werden sollte, und später wurde festgelegt, daß Vorstöße gegen den englischen Kanal nur bei Aufklärung durch Luftschiffe ausgeführt werden sollten. Sie hat seitdem nie zu fragen gehabt, ob sie einen Vorstoß unternehmen wollte und hat weder für das Auslaufen zur Skagerrak-Schlacht gefragt noch später, so oft sie einen erneuten Kampf anstrebte.

Verlangte die politische Lage, die *wir* natürlich nicht übergehen konnten, daß der Waffengebrauch auf See eingeschränkt werden mußte, so haben wir die Anweisung dazu von der Regierung erhalten; das ist oft genug, öfter als uns lieb war, geschehen. Anders ist Kriegführung, und ganz besonders auf See, nicht möglich.

Im übrigen verlangte der Frühjahr 1917 endlich eröffnete rücksichtslose U-Bootkrieg aus militärischen Gründen eine weitgehende Beschränkung für die großen Schiffe, die in erster Linie dem Dienst

zum Herausbringen und Hereinholen der U-Boote verfügbar bleiben mußten.

Im Herbst 1918 war der Hochseeflotte keinerlei Bindung von militärischer Seite oder von der politischen Leitung gegeben, die dem geplanten Flottenvorstoß entgegenstand. Die Selbstbeschränkung im Interesse des U-Bootkrieges war mit dessen Aufgaben gefallen. Die Flotte hatte also nur die Pflicht, nach bestem Können bis zum letzten Augenblick sich kämpfend einzusetzen.

Die Flotte hatte also ihren Entschluß selbst zu fassen, daran hatte sich nichts geändert. Daß die Regierung vorher genauer über den Vorstoß ins Bild gesetzt wurde, ist auch sonst niemals geschehen.

Es ist vollkommen richtig, wenn Herr Abg. Brüninghaus gesagt hat: nie während des Krieges waren unsere Chancen gegenüber der englischen Flotte, wenn man alle Faktoren in Betracht zieht, vor allem die durch die bestehenden Minenfelder geschaffene veränderte Situation und den starken Kräftezuwachs auf deutscher Seite an U-Booten besser als im Oktober 1918.

Nie war tatsächlich bisher unsere Flotte so stark an Kampfschiffen, nie hatte sie vorher U-Boote, Torpedoboote, Luftstreitkräfte, Minensucher und Minenmaterial (70 000 Meter Minensperre trugen die leichten Streitkräfte mit sich an Bord) so einheitlich zum Einsatz gegen den Feind zur Hand und dabei noch die Sicherheit, dem Feind gegenüber die Initiative zu besitzen.

Sachverständiger *Alboldt:*

Ich wollte Sie nur fragen, ob Sie über diese Frage auch mit Herrn Schoultz gesprochen haben, daß nämlich am 31. Oktober unsere Aussichten weit günstiger waren als bei der Schlacht am Skagerrak.

Sachverständiger *v. Trotha:*

Admiral v. Schoultz hat selber ausgesprochen, daß wir in jener Zeit die Initiative gegen die englische Flotte in unsere Hände bekommen hätten.

Abg. *Dittmann:*

Herr Stumpf hat das Gegenteil gesagt.

Sachverständiger *Stumpf:*

Admiral Schoultz hat noch vor vier Wochen in einer Versammlung in Nürnberg gesagt: „Nie waren unsere Aussichten ungünstiger als zu Ende des Krieges".

Sachverständiger *v. Trotha:*

Zur Beurteilung müßte ich die Frage genauer kennen, die Sie an Admiral Schoultz gerichtet haben.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Herr Sachverständiger Stumpf hat folgendes gefragt: „Glauben Sie, Herr Admiral, daß die deutsche Flotte gegen Ende des Krieges noch ähnliche Aussicht, die englische Flotte zu schlagen, gehabt hat, wie bei Skagen im Jahre 1916?

Schoultz: *Nein!* Die Aussichten der Deutschen wurden seitdem von Monat zu Monat schlechter. Alle zwei Monate wurde drüben ein neues Linienschiff fertiggestellt, alle drei Monate ein Linienschiffskreuzer. Die Erfahrungen, welche die Engländer aus der Niederlage gezogen, wurden auf allen Schiffen rücksichtslos ausgenutzt.

Stumpf: Kam dabei nicht etwa nur ein Flickwerk zustande?

Schoultz: Wenn Sie Verbesserungen Flickwerk nennen wollen. Es wurde doch sicher auch bei Ihnen vieles verbessert?

Stumpf: Wie war das Verhältnis zwischen Offizieren und Untergebenen bei den Engländern?

Schoultz: *Ich habe in drei Jahren nicht ein einziges böses Wort gehört.*

Stumpf: Warum kam es nach Ihrer Meinung bei der deutschen Flottenbesatzung schließlich zur Gehorsamsverweigerung? Glauben Sie, daß innere Ursachen, wie schlechtes Essen, oder äußere Gründe, wie pazifistische Propaganda, die Ursache waren?

Schoultz: *Innere Gründe.* Vor allem das jahrelange niederdrückende Bewußtsein der Blockade. (Nach einiger Überlegung): Was ich allerdings die letzten Jahre gelesen habe, läßt der Vermutung Raum, daß auch die kommunistische Propaganda nicht ohne Erfolg tätig war."

Sachverständiger *v. Trotha:*

Daß auf der englischen Seite Schiffszuwachs war, war selbstverständlich. Aber ich bleibe dabei: in der Anlage des ganzen Vorstoßes haben wir nie einen stärkeren, vollwertigeren und aussichtsvoller angelegten Vorstoß gehabt als den, den wir zuletzt ausführen wollten; denn wir haben nie die U-Boote, das gesamte Minenmaterial und alles, was wir sonst zur Hand hatten, so einheitlich gegen die englische Flotte ansetzen können wie damals, auch nicht in der Skagerrakschlacht.

Bezüglich des „Flickwerks" habe ich dieselbe Frage auch an Herrn Schoultz gestellt, der mir sagte: Die Engländer hatten sich dies und jenes gründlich überlegt und versucht, die Schiffe zu verbessern. Aber Sie müssen bedenken: innerlich konnten sie den Schiffsrumpf nicht umbauen.

(Sachverständiger *Stumpf:* Das hat mir Herr Admiral Schoultz auch gesagt!)

Deshalb bleibt das ganze doch Flickwerk. Die Stärke unserer Schiffe lag doch gerade in den Torpedoschotten, der starken Panzerung im Innern und in der Sicherheit gegen Granatenexplosionen. Das läßt sich nicht durch einen Umbau ändern.

Sachverständiger Dr. *Herz:*

Wenn ich richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, daß die Direktive, nach der der Kaiser sich den Befehl zum Auslaufen der

Flotte vorbehalten hatte, unter Admiral Scheer schon vor der Seeschlacht beim Skagerrak zurückgenommen worden sei. Nach Tirpitz trifft das nicht zu.

Sachverständiger *v. Trotha:*

Der Flottenbefehl zum Auslaufen zu der Unternehmung, aus der sich die Skagerrakschlacht entwickelte, ist beim Kaiser zur Vorlage gekommen, als die Flotte in See ging. Wir haben die vorbereitenden Befehle für die Ausfahrt immer erst ins Große Hauptquartier geschickt, wenn die Flotte auslief.

Sachverständiger Dr. *Herz:*

Ich bin wohl mißverstanden worden. Daß sich der Kaiser den Entschluß zu großen Seeschlachten vorbehalten hatte, ist unter Admiral Scheer zurückgenommen worden?

Sachverständiger *v. Trotha:*

Insofern, als Admiral Scheer folgende Direktive für die Flotte durchgesetzt hat: Kampf der Flotte nur unter günstigen Umständen; mit diesem Vorbehalt hast du volle Bewegungsfreiheit!

Herr Alboldt kommt in seiner Gegenbehauptung auf den Artikel von Maurice Perdergart im „Daily News" zurück. Ich habe auch diesen Punkt vor dem Ausschuß schon eingehend behandelt und wiederhole hier nur, daß das sog. Minenfeld, von dem Herr Pendergart spricht, in unseren Überlegungen gar keinen Platz gehabt, in unserer Rechnung gar nicht gestanden hat. Es ist also *doch* Tatsache, daß diese englische Überlegung nicht stimmt. Die wichtigsten Minensperren sollten erst geworfen werden, wenn die englische Flotte im Anmarsch war.

Die Verwendung der U-Boote in der geplanten Art hatte sich bereits bei anderer Gelegenheit sehr bewährt, so daß damals der englische Flottenchef sogar von einer „Hölle der U-Boote" geschrieben hatte, die er hätte passieren müssen. Ich brauche meine sachlichen Ausführungen über die Durchführung und Aussichten des Flottenvorstoßes nicht zu wiederholen. Ich weise nur noch einmal darauf hin, daß nach einem Vortrag des oft genannten finnischen (ehemals russischen) Admirals v. Schoultz und persönlicher Unterhaltung mit ihm ich noch mehr als bisher davon überzeugt bin, daß wir trotz aller Umbauten und Neuerungen der Engländer ihnen materiell überlegen waren. Ich habe dabei — wie oben schon einmal bemerkt — noch als seine Ansicht erfahren, daß auf englischer Seite nach der Skagerrak-Schlacht das Gefühl der selbstsicheren, auf der großen Geschichte der englischen Flotte gegründeten Zuversicht erschüttert war. Eine solche Einwirkung ist von entscheidender Bedeutung.

Den taktischen Ausführungen des Herrn Alboldt über den Artilleriekampf kann ich — wie oben bereits einmal bemerkt — nicht folgen. Ich mache mich anheischig, in der Führung einer Flotte auch bei klarem Wetter Herrn Alboldt zu beweisen, daß er sich seine Ge-

fechtsentfernung nicht wählen kann, wie er sich das auch mit Geschwindigkeitsunterschieden, wie sie damals bestanden, denkt.

Mit Bezug auf den „Königsberg"-Fall bleibe ich dabei, daß, wenn der Volltreffer einer 38-cm-Granate bei einem Kleinen Kreuzer keinerlei militärische Wirkung erreicht, das Gefechtsmaterial herzlich schlecht sein muß. Die Füllung der betreffenden Granate mit Schwarzpulver ist damals dienstlich vom Waffen-Departement festgestellt worden.

Eine Äußerung von mir wird dann so ausgelegt, als ob ich behauptet hätte, daß kein englisches Geschoß den Panzer unserer Schiffe durchschlagen hätte.

Da ich die Skagerrak-Schlacht auf der Kommandobrücke des Flottenflaggschiffs in sehr verantwortlicher Stellung miterlebt und hinterher fast alle Schiffe eingehend besucht habe, ist es unnötig, darauf zu antworten. Es wäre allerdings befremdlich, wenn der Chef des Stabes der Flotte nicht gemerkt hätte, daß panzerbrechende Treffer mit den entsprechenden Folgen zahlreich waren, S. M. S. „König" hätte deren, dächte ich, allein neun. Die Schlußfolgerungen hieraus erledigen sich selbst.

Im ganzen können die Ausführungen des Herrn Alboldt, die er sich als Zuschauer von weitem zurechtgelegt hat, mir die Gewißheit unserer Siegeszuversicht, mit der wir den Flottenvorstoß ins Auge faßten, nicht nehmen, und diese Zuversicht trug ich fest in mir, trotz der doch recht großen Verantwortung, die auf mir lag, und die ich — des bin ich gewiß — nicht leichtsinnig genommen habe. Die selbsterlebte Siegeszuversicht ist aber, wie ich meine, die stärkste Voraussetzung für den Erfolg, sie kann mir durch keine Aufrechnungen nachträglich genommen werden. Man hat zu rechnen und zu wägen, aber dann muß der Entschluß die Tat bringen und eine in reiner Zuversicht begonnene Tat ist schon der halbe Erfolg!

Abg. *Dittmann:*

Ich weiß nicht, ob ich den Herrn Sachverständigen Trotha richtig verstanden habe. Aber ich glaube, er wollte darauf hinaus, es habe seitens der Reichsleitung und der Oberreichsanwaltschaft überhaupt keine Untersuchung der angeblichen Zettelungen der USPD stattgefunden, die Flotte sei von der Reichsleitung und vom Reichsgericht im Stich gelassen worden. Wenn diese Behauptung aufgestellt wird, dann scheint es mir zweckmäßig zu sein, daß wir uns darüber verständigen, den Herrn Amtsrichter Dr. Holthöfer noch einmal über die Frage zu vernehmen, ob nicht tatsächlich eine bis ins kleinste betriebene Untersuchung seitens des Reichsgerichts über diese Beschuldigungen gegen die USPD und die Abgeordneten der USPD vorgenommen worden ist. Das scheint mir notwendig zu sein, wenn Herr v. Trotha und auch Herr Brüninghaus erneut die Behauptung aufstellen wollen, die Sache sei nicht untersucht worden. Ich habe in

meinem ersten Bericht schon festgestellt, wie eingehend diese Untersuchung gewesen ist und wie sie absolut negativ hat verlaufen müssen, weil sich gar keinerlei Beweismaterial für die Behauptungen gegen die USPD hat erbringen lassen. Es ist eine Untersuchung gewesen, die vom Sommer 1917 her erst im April 1918 zum Abschluß gebracht wurde. Die Herren von der Marine sagen immer: die Sache ist nicht untersucht worden, die Flotte ist von der Reichsleitung und der Reichsanwaltschaft im Stich gelassen worden. Das stimmt nicht. Wenn die Herren aber fortgesetzt mit dieser Behauptung wiederkommen, dann — so sage ich — ist es vielleicht zweckmäßig, den Amtsrichter Dr. Holthöfer über die Untersuchung zu hören, die er im Auftrag des Reichsgerichts als besonderer Untersuchungsführer über diese Beschuldigungen gegen die USPD geführt hat.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich nehme von der Anregung Kenntnis. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich das Einverständnis des Ausschusses bezüglich Heranziehung des Herrn Dr. Holthöfer fest.

Abg. *Brüninghaus:*

Ich habe die Ausführungen des Herrn Sachverständigen v. Trotha anders aufgefaßt. Nach unserer, der Marine, Auffassung, die ich damals auch vertreten habe, wäre es, als sich herausgestellt hatte, daß die Hauptbeschuldigten nach ihren Aussagen irgendwelche Verbindungen mit Abgeordneten gehabt hatten, Pflicht der Reichsregierung gewesen, sofort zuzufassen. Es ist doch nicht ganz richtig, wenn gesagt wird, es sei eine eingehende Untersuchung gegen die Abgeordneten eingeleitet worden. Das ist nicht der Fall. Die Untersuchung ist eingeleitet worden nicht gegen die Abgeordneten, sondern nur gegen Frau Zietz. Herr v. Trotha hat gesagt: Es wäre richtig gewesen, wenn sofort — ich will den etwas vulgären Ausdruck gebrauchen — zugefaßt worden wäre, das heißt, man hätte erwartet, daß die einen oder anderen Abgeordneten — ob mit Recht oder Unrecht, lasse ich dahingestellt — verhaftet wurden, um Klarheit zu schaffen. Das ist nicht geschehen. Das ist das, was Herr v. Trotha der Reichsleitung zum Vorwurf macht: ihr habt starke Bedenken gehabt, ihr habt, um es militärisch auszudrücken, gekniffen, weil ihr vor dem Reichstage Angst hattet; infolgedessen ist die Sache im Sande verlaufen, und es ist nichts dabei herausgekommen. Diese Auffassung hat man in Marinekreisen gehabt: die Sache wird nicht angefaßt, es wird nur eine Untersuchung gegen Frau Zietz eingeleitet, und zwar nach ein paar Monaten, nachdem die Beweisstücke beiseite gebracht sind. Ob das richtig oder falsch ist, lasse ich ganz dahingestellt. Aber daß diese Mentalität aufkommen mußte, ist klar.

Sachverständiger Dr. *Herz:*

Herr Dr. Dobring hat dem Herrn v. Capelle einen Bericht erstattet, wie man wohl gegen die Abgeordneten vorgehen könne. Er

hat dabei ausgeführt: es ist nicht sicher, daß die Abgeordneten auch nur wegen Vergehens gegen § 139 StGB. verurteilt werden. § 139 ist derjenige Paragraph, der denjenigen bestraft, der von einem Hochverrat usw. Kenntnis bekommt und ihn nicht anzeigt.

Eine geschickte Fragestellung der Reichsanwaltschaft oder ein geschicktes Vorgehen des Reichsgerichts würde aber die Abgeordneten moralisch so blamieren, daß der gewünschte Effekt doch erzielt würde. Das Reichsgericht hat selbstverständlich abgelehnt, diesen politischen Gängen zu folgen. Es haben eine ganze Anzahl Verhandlungen mit dem Reichsanwalt usw. stattgefunden. Die Versuche der Marine sind also weniger am Widerstande der Reichsleitung gescheitert, als daran, daß das Reichsgericht sich nicht auf Dinge einlassen wollte, die nicht seines Amtes sind.

Abg. *Dittmann:*

Ich habe den Eindruck, daß jetzt sowohl Herr v. Trotha wie Herr Brüninghaus das, was ich aus ihren bisherigen Ausführungen herausgehört habe, nicht wahrhaben wollen, als wenn sie jetzt der Reichsleitung lediglich den Vorwurf machen wollen: „Ihr habt damals nicht einfach die Abgeordneten verhaftet!“ Das ist aber doch etwas anderes als man bisher aus ihren Ausführungen heraushören mußte. Im übrigen sollten die Herren wissen, daß eine Verhaftung von Abgeordneten nicht ohne weiteres möglich ist, daß erst ein Antrag an den Reichstag erforderlich ist und daß dem Reichstag wenigstens halbwegs glaubhaft gemacht werden muß, daß die Abgeordneten sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht haben. Das hat man sehr eingehend untersucht und ist zu der Auffassung gekommen: man wird nicht einmal vom Reichstag die Zustimmung bekommen, auch nur ein Verfahren gegen die Abgeordneten einzuleiten, weil die Beschuldigungen, die gegen die Abgeordneten erhoben werden, einer Prüfung nicht standhalten können. Das steht für mich aus dem bisherigen Gange unserer ganzen Beweiserhebung klar fest.

Wenn nun die Herren Brüninghaus und v. Trotha nicht mehr behaupten wollen, daß die Beschuldigungen gegen die USPD nicht auf das eingehendste und gründlichste untersucht worden wären, haben wir keine Ursache, darauf zu bestehen, daß Herr Dr. Holthöfer vernommen wird, obgleich ich an sich nichts dagegen habe. Ich muß für meine Person erklären, daß mir derartig viel Zuschriften von Leuten zugehen, die neues Material bringen, daß ich in meinen Parteikreisen förmlich als Bremser gelte, als jemand, der die ungeheuren Schweinereien, die in der Marine vorgekommen seien, nicht genügend aufdecken wolle. Wenn ich einen Aufruf erlassen hätte, mir Material zuzuschicken, hätte ich mich vor der Fülle des Materials gar nicht mehr sehen lassen können.

Sitzung, Mittwoch, den 24. November 1926

Fortsetzung der Ausführungen des Sondersachverständigen v. Trotha. Aussprache darüber

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Gestern war eine gewisse Erregung entstanden anläßlich eines Zitats des Generals Wille, das der Herr Sachverständige v. Trotha gebracht hat. Die Erregung schien mir aus zwei Gründen entstanden zu sein: 1. weil es einigen Mitgliedern des Ausschusses etwas seltsam vorkam, daß gerade das Zitat eines Ausländers zur Beweisführung herangezogen wurde, 2. weil diesen Mitgliedern das Zitat von vornherein sehr unwahrscheinlich vorkam.

Ich habe es inzwischen nachgeprüft. Das Zitat — es handelt sich um eine Rezension einer Schrift Delbrücks — lautet in seinem Zusammenhang:

„Ludendorff war voll berechtigt zu dem irrigen Glauben, die Entfernung Bethmann Hollwegs sei ein allgemein verdienstliches Werk, sei eine staatserhaltende Notwendigkeit. Die öffentliche Meinung des ganzen Landes war ja auch damit einverstanden. Die Sprengung Bethmanns war ein Fehler und auch ein schweres Unrecht gegen den Mann, dessen Nachfolger ihm nicht einmal ebenbürtig war. Darin gehe ich mit Delbrück einig und freue mich über dessen Parteinahme für Bethmann. Aber die Führung der Politik nicht in die Hand der Heeresleitung gleiten zu lassen, war doch wohl die Aufgabe der politischen Führer selbst; deren Versagen verursachte Ludendorffs Einfluß auf die Politik. Lord Cecil hat einem schweizerischen Obersten, dessen Tischnachbar er im englischen Hauptquartier war, von der Unbesiegbarkeit der deutschen Armee gesprochen und scharfblickend hinzugefügt: Aber wir verlassen uns auf den Deutschen Reichstag!“

Daraus ergibt sich vollkommen klar, daß der Herr Sachverständige v. Trotha das Zitat mißverstanden hat. Es sagt folgendes: Lord Cecil war der Meinung — und Herr General Wille schließt sich dieser Meinung an —: die politischen Führer, das heißt die Führer der Reichstagsparteien hätten alles tun müssen, um die politische Gewalt nicht in die Hand des Generals Ludendorff fallen zu lassen. Weil sie das nicht taten und weil Lord Cecil der Meinung war, sie würden es nicht tun, deswegen spricht er seine Hoffnung in bezug auf den Reichstag aus. Der Sinn ist also gerade umgekehrt wie es der Herr Sachverständige v. Trotha meint.

Erlauben Sie mir, daran anschließend zwei Bemerkungen zu machen. Die erste ist die, daß ich persönlich nun allerdings Zitaten, die von Herrn v. Trotha kommen, mißtrauisch gegenüberstehen werde, nachdem dieses Zitat so absolut nicht stichgehalten hat. Im übrigen

scheint mir dieses Zitat und seine Benutzung in eine allgemeine Linie hineinzugehören. Wir haben schon gesehen, daß Herr v. Kuhl Zitate nicht richtig benutzt hat, und wir haben ferner feststellen können, daß Herr Graf zu Eulenburg in seinem Bericht eine Unmasse von Zitaten nicht richtig benutzt hat.

(Widerspruch des Abgeordneten Grafen zu Eulenburg.)

Ich habe nachgewiesen, daß sie vollkommen falsch benutzt sind. Das halte ich unbedingt aufrecht, und wenn Sie die Frage einem Historiker zur Nachprüfung übergeben, so wird er dasselbe sagen. Ich bin selbstverständlich der Meinung, daß die Herren alle im guten Glauben gehandelt haben. Allerdings sind auf dem Wege vom Ursprungsort dieser Zitate bis zur Benutzung Fehler, manchmal auch Fälschungen vorgekommen. Wie sie vorgekommen sind, wissen wir natürlich nicht; aber sie sind in der Tat vorgekommen. Deshalb gehört das in eine ganz bestimmte Linie. So habe ich feststellen können, daß die Urkunden, die General Ludendorff aus den Akten der O. H. L. herausgegeben hat, nicht so abgedruckt sind, wie es den wissenschaftlichen Anforderungen entspricht. Politische Stücke daraus sind wegen Umstellungen und Retuschierungen wissenschaftlich nicht verwendbar. Man hat kürzlich in der Öffentlichkeit feststellen können, daß der neueste Band des Herrn v. Tirpitz dadurch, daß Stücke aus den Urkunden gestrichen sind, auch der wissenschaftlichen Kritik nicht standhält. Ich habe das nur bemerken wollen, weil es für gewisse methodische Fragen, die in diesem Ausschuß öfter vorgekommen sind, charakteristisch ist.

Abg. *Brüninghaus:*

Ich bin nicht der Ansicht, die Herr Kollege Dr. Bergsträßer hier entwickelt hat. Wenn man das Zitat sehr aufmerksam durchliest, muß man mehr zu der Auffassung kommen, die der Herr Sachverständige v. Trotha hier vorgetragen hat, als zu der, die uns Herr Dr. Bergsträßer vorgelegt hat.

Wenn ein Gegner Deutschlands, ein Engländer, zu einem Schweizer sagt: an sich halten wir die Armee für unbesieglich, aber wir verlassen uns auf den Deutschen Reichstag!, so kann das nur den Sinn haben — sonst haben die Worte überhaupt keinen Sinn —, daß er meint: wir vertrauen aber darauf, daß es zum Frieden kommt, weil trotz der Unbesiegbarkeit des deutschen Heeres die deutsche Politik und der Deutsche Reichstag uns gewisse Früchte in den Schoß legen werden. Anders kann man das Zitat nicht auffassen.

Abg. *Joos:*

Kann man es nicht auch so auffassen: Die militärisch unbesiegbare Armee kann sich durch eine schlechte Politik, die sie selbst macht, kaputt machen und um den Sieg bringen.

Abg. *Brüninghaus:*

Ich weiß nicht recht, wie man das Zitat anders verstehen sollte,

als daß Lord Cecil eine gewisse Differenz zwischen der unbesieglichen Armee, wie er es ausdrückt, und jener Politik, die durch den Deutschen Reichstag gemacht wurde, konstruieren wollte. Das scheint mir klar und offen zutage zu liegen. Die politischen Anschauungen im Krieg sind verschieden gewesen: die einen haben geglaubt, sie könnten durch gewisses Nachgeben und durch politische Maßnahmen den Siegerwillen unserer Feinde ersticken und zu einem Remisfrieden ohne Sieger und Besiegte kommen; die anderen haben es nicht geglaubt. Das sind Anschauungsfragen, womit man nicht den einen oder anderen als Verräter am Vaterland stempeln kann. Ich wiederhole: ich fasse das Zitat so auf: die Armee ist an sich unbesieglich, aber die deutsche Politik und der Deutsche Reichstag werden schon dafür sorgen, daß es uns nicht allzu schlecht geht! Diese Auffassung hat man auch sonst von Engländern gehört. Ob sie richtig ist, lasse ich dahingestellt.

Abg. *Dittmann:*

Mir scheint doch notwendig zu sein, zunächst einmal den allgemeinen Zusammenhang herauszustellen. Besprochen wird hier das Buch des Professors Delbrück gegen Ludendorff, und dabei wird von General Wille die Tatsache hervorgehoben, daß die Führung der Politik in einem parlamentarisch regierten Staate unbedingt Sache der maßgebenden Führer der politischen Parteien, also des Parlaments sei. Das sind die politischen Führer, die für die Politik verantwortlich sind und deren Organ die Kriegführung zu sein hat. Die Militärs dürfen sich unter keinen Umständen die Leitung der Politik anmaßen, sondern müssen sich auf ihre rein militärischen Aufgaben beschränken. Darin besteht gerade der Unterschied zwischen der Kriegführung der Ententestaaten und der der Mittelmächte, daß in den Ententeländern die Militärs nicht den überragenden Einfluß auf die Politik besessen haben und die Generale es nicht wagen konnten, wie es bei uns geschehen ist, den Reichskanzler beiseite zu drücken und sich an seine Stelle zu setzen. Dieses Problem ist von Delbrück in seinem Buche aufgerollt und das wird auch von dem Obersten Wille hier besprochen. Er stellt sich auf den Standpunkt Delbrücks und sagt deshalb zunächst: „Die Sprengung Bethmanns war ein Fehler und auch ein schweres Unrecht gegen den Mann, dessen Nachfolger ihm nicht einmal ebenbürtig war." Darin geht er mit Delbrück einig und freut sich über dessen Parteinahme für Bethmann. Aber — sagt er — die Führung der Politik nicht in die Hand der Heeresleitung gleiten zu lassen, war doch wohl die Aufgabe der politischen Führer selbst. Er stellt dann die Schuld der politischen Führer fest an der Tatsache, daß Ludendorff die Führung der Politik hat in die Hand bekommen können.

Das ist auf den Reichstag gemünzt; das wird gerade durch das Zitat von Cecil deutlich. Er sagt: „deren Versagen verursachte Luden-

dorffs Einfluß auf die Politik“ und meint den Reichstag. Das ist der Zusammenhang. Mit anderen Worten: Der Engländer meint: wir sind überzeugt, der Reichstag wird Ludendorff nicht in den Arm fallen, so daß er auch die Führung der Politik an sich reißt und die ganze Situation für Deutschland gründlich verschlechtern wird. Das ist der Sinn des Zitats.

Bethmann hat sich gegen die Preisgabe der politischen Leitung an die Militärs gewehrt. Aus meiner eigenen Erfahrung von den Vorgängen bei der Entlassung Bethmanns kann ich sagen: auf mich hat während des ganzen Krieges kaum eine Wendung einen solchen Eindruck gemacht wie die letzte Wendung, die Bethmann wohl überhaupt im Haushaltsausschuß getan hat. Er sagte wörtlich, als Herr Stresemann, die Herren vom Zentrum und, glaube ich, auch Herren von der Mehrheitssozialdemokratie verlangten, daß die obersten Heerführer gehört würden, weil sie gerade in Berlin seien: „Meine Herren, wir sollten doch nicht den Usus aufkommen lassen, die Heerführer zur Entscheidung aufzurufen über Fragen, die rein politischer Natur sind!“ Gegen Bethmann kann also der Vorwurf, den Generalen die Politik ausgeliefert zu haben, nicht gerichtet werden. Ich habe selbst die Auffassung, daß die Parteien des Reichstages damals den schweren Fehler begangen haben, allein auf Hindenburg und Ludendorff zu bauen, anstatt sich darüber klar zu sein, daß die militärische Leitung lediglich als beratende Instanz für die politische Leitung herangezogen werden konnte. Es handelt sich um eine Äußerung, die Cecil einem schweizerischen General gegenüber gebraucht haben soll. Es ist sehr fraglich, ob diese Äußerung wirklich in diesem Wortlaut gefallen und ob sie so übermittelt worden ist, wie sie gebraucht wurde. Dann ist es vielleicht nur eine Wendung, die zynisch war, wie das manchmal bei Tischgesprächen der Fall ist; vielleicht ist sie gar nicht so ernst gemeint gewesen, wie sie jetzt ausgelegt wird. Das ist dann Ironie, die man in ein solches Wort hineinlegt. Ich halte es für absolut unzulässig, solche Wendungen in einer solchen Beweisführung, wie sie der Herr Sachverständige v. Trotha versucht hat, anzuwenden, und muß mein Bedauern darüber aussprechen, daß in dieser Weise mit solchen Zitaten hier operiert wird. Was den Sinn des Zitats betrifft, so kann kein Zweifel bestehen, daß es so gemeint ist, wie Herr Abg. Dr. Bergsträßer es ausgelegt hat.

Sachverständiger *v. Trotha:*

Ich möchte nur sagen, daß ich mich in die heutige Diskussion aus dem Grunde nicht eingemischt habe, weil es mir vollkommen fernliegt, die Verhältnisse zu beurteilen, die im Reichstag während des Krieges gespielt haben; mich in sie hineinzuarbeiten und sie zu übersehen, ist für mich eine Unmöglichkeit. Ich glaube aber, ich habe das Zitat so, wie es hier als erstes aufgetreten ist, vollkommen sachlich richtig wiedergegeben und kann auch heute nur sagen, daß ich trotz aller

Gegenausführungen beim besten Willen nicht den Ausführungen der anderen Herren beitreten kann. Der Sinn ist: Die Armee ist unbesieglich, aber der Weg, den die Politik im Deutschen Reiche geht, wird uns schon irgendwie helfen, zu einem Ende zu kommen.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Welcher Weg? Darauf kommt es an. Der Ludendorffsche politische Weg?

Abg. *Dittmann:* Es wird doch gerade beklagt, daß man Ludendorff die Politik in die Hand nehmen lasse und daß die politischen Führer da versagt hätten. Deshalb vertraut Cecil auf den Reichstag, der schon so dämlich sein werde, den Militärs die Politik in die Hand zu geben.)

Das Versagen der politischen Führer beziehe ich in erster Linie auf die verantwortlichen Persönlichkeiten wie Reichskanzler und Staatssekretär des Auswärtigen.

(Abg. Dr. *Moses:* Der Satz vorher lautet aber: „Die Führung der Politik nicht in die Hand der Heeresleitung gleiten zu lassen, war doch wohl die Aufgabe der politischen Führer selbst!")

Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Bei ruhiger Prüfung kann gar kein Zweifel bestehen, daß die Auslegung Dr. Bergsträßers absolut richtig ist, wenn man den Absatz so nimmt wie er lautet. General Wille bedauert, daß der Mann der Verständigung, der Reichskanzler v. Bethmann, gestürzt worden ist. Das steht mit klaren Worten darin.

Übrigens messe ich dem Zitat des Generals Wille gar keine so große Bedeutung bei; denn was bei einem Diner, bei gutem Essen und Wein gelegentlich gesagt und dann von zwei oder drei Personen weitergetragen wird, kann man wohl illustrandi causa nebenbei erwähnen, es ist aber von keiner Bedeutung, schon weil man das ganze Gespräch nicht kennt.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Bei dem Zitat muß man zweierlei unterscheiden, erstens das, was Lord Cecil sagt, und zweitens das, was General Wille meint. Das braucht nämlich nicht dasselbe zu sein.

Das Wort von Lord Cecil ist an sich zweideutig, sogar vieldeutig, wie ich ohne weiteres zugebe. Man kann es dahin auslegen, daß die Armee unerschüttert sei, daß aber der Reichstag sie durch seine Schwäche ruiniert. Man kann es aber auch so auslegen: der Reichstag sei so schlapp, daß er die Armee nicht im Zügel halte. Welche Auslegung die richtige ist, kann man aus dem bloßen Zitat nicht entnehmen. Da bleibt also ein non liquet.

Völlig eindeutig ist aber das, was General Wille sagt. Er sagt nämlich ausdrücklich: „Die Führung der Politik nicht in die Hände der Heeresleitung gleiten zu lassen, ist doch wohl die Aufgabe der politischen Führer selbst." Wenn er dann das Wort über den Reichstag zitiert, ist doch ganz klar, daß er meint: „Der Reichstag hat einen

entscheidenden Fehler gemacht dadurch, daß er zu wenig Kraft aufbrachte und den Generalen die politische Leitung überließ." Darüber gibt es keinen Zweifel. Was aber Cecil sich selbst gedacht hat, können wir heute nicht mehr entscheiden.

Noch ein Wort über Lord Cecil. Ich weiß nicht, welcher gemeint ist, ob Robert oder Hughes Cecil. Ich kenne ziemlich die Ententeliteratur während des Krieges. Mir kommt der Satz sehr sonderbar vor, denn es sind Gedanken, die damals der englischen parlamentarischen Welt fernlagen. Man hat zwar durchaus mit der Möglichkeit gerechnet, daß das deutsche Landheer nicht zu schlagen sei. Man hat aber den Sieg der Entente für sicher angenommen durch den Wirtschaftskrieg und durch die englische Flotte.

(Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* So ist es richtig!)

Ein taktischer Sieg der deutschen Armee in Frankreich wäre also gar keine Entscheidung gewesen.

Das zweite Wort in bezug auf den Deutschen Reichstag ist mir ebenso sonderbar; denn die Ententepolitiker und -journalisten haben immer auf dem Standpunkt gestanden, es gebe keine ernste Differenz zwischen Reichstag und Heeresleitung, die seien ein Herz und eine Seele; der Reichstag sei ein Instrument von Hindenburg und Ludendorff, die Friedensresolution sei eine reine Komödie und gerade die Mehrheitssozialisten seien begeisterte Anhänger der Heeresleitung. Ich habe also große Bedenken, daß ein Cecil — beide Cecils sind sehr vorsichtige Leute — das gesagt hat. Es bleibt demnach hier bei dem non liquet. Entscheiden können wir aber das, was General Wille gemeint hat, und da schließe ich mich dem an, was Herr Abg. Dr. Bergsträßer gesagt hat.

Abg. *Brüninghaus:*

Herr Kollege Dittmann hat gesagt, man wisse gar nicht, wie diese Äußerung gefallen sei, sie könne so nebenher ironisch gefallen sein. Wenn ich das als richtig unterstelle — glauben Sie dann, daß Ihre gewundene Interpretation richtig ist? Wenn die Äußerung nicht auf Auslegungskünste, sondern auf einfaches Verständnis berechnet war, kann Cecil m. E. gar nichts anderes gemeint haben als: an sich sei die deutsche Armee so gut wie unbesieglich, aber man vertraue auf die innere Uneinigkeit, die werde den Gegnern unter Umständen doch die Früchte in den Schoß legen. Daß die Entente damit recht behalten hat, kann heute kein Mensch bestreiten.

(Widerspruch.)

Es ist eine traurige Tatsache, aber doch eine Tatsache, daß letzten Endes dieser innenpolitische Kampf in Deutschland einer der wesentlichsten Faktoren — nicht der einzige Faktor — dafür gewesen ist, daß Deutschland auch militärisch besiegt wurde.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Die Marneschlacht!)

Ich lege die Ansicht von Cecil dahin aus: die militärische Kraft

der deutschen Armee mag unüberwindlich sein, aber die politischen Parteien in Deutschland, der ewige innere Hader wird schon dafür sorgen, daß auch die militärische Kraft eines Tages gebrochen wird. Da bin ich durch die Ausführungen der Kollegen auch nicht eines anderen belehrt worden.

(Abg. Dr. *Rosenberg:* Sie geben aber zu, daß General Wille die Sache anders aufgefaßt hat!)

— Das ist möglich.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Es handelt sich bei diesem Zitat um drei Dinge. Erstens um den Quellenwert der Äußerung des Herrn Cecil selbst. Diese Äußerungen sind an Herrn X gemacht. Herr X hat sie an Herrn Wille gegeben. Das ist also ein etwas weiter Weg. Ich nehme da durchaus das auf, was Herr Kollege Dr. Rosenberg gesagt hat: das Zitat an sich ist fraglich.

Zweiter Punkt. Ich unterstelle das Zitat als richtig. Dann ist die Frage, wie man das Zitat selbst interpretieren soll. Da kommt man natürlich, wenn man das Zitat nur verbotenus nimmt, zu dem non liquet von Herrn Rosenberg.

Drittens. Was sollte aber Herr Wille mit diesem Zitat machen? Da kann man nur zu meinem von der Mehrheit des Ausschusses geteilten Ergebnis kommen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Damit ist diese Aussprache geschlossen. Wir treten in die Tagesordnung ein. Das Wort hat der Herr Sachverständige v. Trotha zur Fortsetzung seines Korreferates.

Sachverständiger *v. Trotha:*

Ich war in Erwiderung der Ausführungen des Herrn Alboldt stehen geblieben bei dem Abschnitt: *Stimmung in der Flotte 1918.*

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß radikale Elemente in unserem Volk den Krieg mit Gewalt von innen heraus beenden wollten, sie erkannten nicht, daß dieser Krieg um den großen Preis der gleichgestellten Freiheit des Deutschtums in der Welt geführt wurde, sie hielten den Klassenkampf höher.

Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Kreise mit allen Mitteln danach strebten, die Stimmung der Kampftruppen und besonders, wo das am leichtesten ausführbar war, in der Flotte zu untergraben.

Wenn nun von der Wirkung des Waffenstillstandsangebots der O. H. L. gesprochen wird, so ist mir selbst unfaßlich, wie man aus ihm für sich einen anderen Schluß ziehen konnte als den: nun gilt es die ganze Kraft zusammenzunehmen, es setzt die letzte entscheidende Spanne ein, bei der es auf jedes Atom von Kraftwillen ankommt; wer das nicht fertig brachte, handelte gegen seine höchste vaterländische Pflicht.

Aber mir ist heute natürlich mehr als damals, wo man selbst in vorderster Kampflinie stand und im ganzen nur Zeit hatte, nach vorne zu denken, klar, daß die unterwühlenden Geister nun ihre Zeit gekommen sahen, um Mißtrauen zu schüren, Zweifel zu wecken und eine „zerrissene Stimmung zu erzeugen", die ihnen die Macht zuspielte. Sie kannten ja nicht die Pflicht gegen das Deutschtum als Ganzes, sondern sahen nur den Klassenkampf innerhalb des deutschen Volkes.

Wir wissen heute, daß das Heer noch Widerstand leisten konnte, wir wissen, daß der U-Bootkrieg fast unmittelbar vor dem Erfolg stand.

Man muß hierbei auch darauf hinweisen, daß z. B. allein die Zahl der Deserteure nach hinten, wenn sie kämpfend ihrer Pflicht gegen das Vaterland treu geblieben wären, hingereicht hätte, um uns gegen den Vernichtungswillen der Gegner durchzusetzen, die Freiheit deutschen Volkstums zu retten.

Die herumeilenden Gerüchte: „Die Seeoffiziere wollen die Flotte in die Luft sprengen oder auf Minen jagen", oder „die Seeoffiziere wollen nur um ihres Prestiges willen die Flotte in einem letzten Kampf opfern" sind bezeichnend für die Mittel, die angewandt wurden, um die urteilslosen Köpfe oder schwachen Gemüter unter Stimmungszwang zu setzen und den Willen zum letzten Kampfeinsatz zu brechen, wobei auch das Angstbild unserer Unterlegenheit auf dem Wasser herhalten mußte, während wir heute von gegnerischer Seite bezeugt erhalten haben, daß die Initiative auf dem Wasser dem Gegner, dem weltstarken Großbritannien, uns gegenüber aus der Hand geglitten war.

Die Gedankengänge, die des weiteren den vielen „politisch geschulten Leuten" unter der Besatzung zugesprochen werden, zeigen meiner Auffassung nach nur, wie unmöglich, ich meine sogar verbrecherisch es ist, wenn in der Menge stehende Wehrfähige ihren politischen Willen, der, abgesehen von allem übrigen, gar keinen Überblick hat und laienhaft bleiben muß, mit Gewalt durchsetzen wollen, anstatt sich dem Ganzen einzufügen. Unter diesen „politisch geschulten Leuten" waren leider nur genug, die Politik in die Besatzungen trugen, die die Mauer unterwühlten, die, wie Sachse sagt, „zwischen Soldat und klassenkampfbewußtem Proletarier errichtet war".

Ich kann diese Gedanken nicht als „logisch und einfach" bezeichnen, sie sind und bleiben für mich verbrecherisch. Es gehört mit da hinein, daß, wie Herr Alboldt sagt, die „damals in der Feindpresse auftauchenden sogenannten Bedingungen des Friedensschlusses als Hirngespinst verstiegener Reporter aufgefaßt wurden."

Der urteilslose Mann durfte ja nicht merken, welchem furchtbaren Ende wir entgegengingen, wenn wir nicht in Kampfwillen bis zur

letzten Minute zusammenhielten. Die verständliche Friedenssehnsucht mußte ausgenutzt werden, um die Kampffront zu brechen, wie es dann auf der Flotte auch erreicht wurde.

Überall fühlt man das Wirken der Unterwühlung mit dem einen Gedanken: legt nur die Waffen fort, daß der Feindbund sieht, die Zeit des Militarismus ist vorüber, das deutsche Volk, frei vom kriegerischen Willen, wird mit offenen Armen empfangen werden. Es war der Wille, die Fortsetzung des Kampfes von innen heraus unmöglich zu machen, den Krieg zwangsweise zu beenden, die Ziele zu erringen, die schon Reichpietsch 1917 gepredigt hatte. Es war das Wirken der Geister, die schließlich, als ihr Ziel erreicht war, die Schiffe zur Auslieferung an den Feind mit Grün und Blumen schmückten.

Es muß hier auch betont werden, daß es falsch ist, wenn Herr Alboldt davon spricht, daß „die Gehorsamsverweigerungen in der Hauptsache von den Heizern, dem am schwersten an Bord arbeitenden Besatzungsteil," ausgingen und wenn dann später von der „durch die Revolte der Heizer entstandenen Bewegung" gesprochen wird.

Es ist feststehend, daß z. B. bei dem besonders schweren Fall auf „Helgoland" die Gehorsamsverweigerungen ganz einwandfrei von dem seemännischen Personal ausgingen. Auf dem III. Geschwader waren seemännisches und technisches Personal gleichmäßig an den Ausschreitungen beteiligt. Auf „König" lag die Führung beim seemännischen Personal, ebenso nach allen Feststellungen auf „Straßburg".

Ich fühle mich auch verpflichtet — ohne selbst dazu Stellung zu nehmen — der Vollzähligkeit wegen hier aufzunehmen, daß ein Major d. Res. a. D. A. von Schickfuß-Trebnig seine in der „Deutschen Zukunft" Nr. 19 vom 20. Juli 1926 wiedergegebene Unterredung mit einem Matrosen auf dem Bahnhof in Schneidemühl aus den Revolutionstagen aufrecht erhält, worin der Matrose die Behauptung aufgestellt hat, daß fremdes Geld eine Rolle gespielt habe und er selbst solches erhalten hätte.

Herr Alboldt malt dann das Bild aus, wie der Flottenvorstoß hätte eingeleitet werden müssen, indem nach Versammeln der Schiffe auf Schillig-Reede den Mannschaften von den Kommandanten Zweck und Sinn des Vorstoßes hätte klargemacht werden müssen: „Keiner hätte daran gedacht, die Feuer herauszureißen usw."

Er übersieht dabei, daß schon beim Auslaufen zum Versammeln auf Schillig-Reede, ehe selbst die Geschwaderchefs im Bilde waren, die ersten Dienstverweigerungen einsetzten, nicht nur auf der Jade, sondern gleichzeitig auch bei den Minenkreuzern auf der Elbe.

Ich habe allerdings bis dahin auch von mir geglaubt, was Herr Alboldt unterstreicht: Wer unsere Besatzungen wirklich gekannt hat, der kann keinen Zweifel daran haben, daß jeder mit heiligem Ernst seine Pflicht getan hätte, wenn man den Besatzungen im Vertrauen

gesagt hätte, worum es ging. Es war das leider ein falsches Vertrauen. Ich habe das Maß der Unterwühlung nicht gekannt, und es hat mich gewaltig ergriffen, als am Abend, noch ehe mir Einzelheiten von anderen Schiffen bekannt waren, der Bursche eines der Offiziere vom Flottenstabe, der sich mit uns zusammen auf S. M. S. „Baden" eingeschifft hatte, seinem Herzen Luft machte, indem er seinem Offizier sagte: „Ich weiß nicht, was das ist, aber hier im Schiff herrscht ein ganz anderer Geist als sonst". Es ist ungeheuerlich, ohne das Ganze miterlebt zu haben, zu behaupten: „So wie die Dinge in der Flotte lagen, hat sicher nicht einmal ein Seeoffizier daran gedacht, so oder ähnlich zu handeln", nämlich die Besatzungen zusammenzunehmen und vertrauensvoll in den Plan des Vorstoßes einzuweihen.

Es war eine während des ganzen Krieges geübte, ganz selbstverständliche Pflicht der Kommandanten, die Besatzungen zu unterrichten, sobald sie zu einer Unternehmung ausliefen, und kein Vorgesetzter kann das unterlassen, wenn er sein Schiff erfolgreich führen will. Aber es wäre ein Verbrechen an der Durchführung des Ganzen, schwerstes Unrecht an der Sicherheit der Besatzungen gewesen, wenn das vor dem Inseegehen erfolgt wäre. Ich glaube, in diesen Dingen hatte man im Flottenstabe doch mehr Kriegserfahrung als Herr Alboldt.

Es ist vielmehr anders: Wir Offiziere haben stets den Besatzungen das alte Vertrauen entgegengebracht, das die Flottenführung auch für sich in Anspruch nehmen konnte, die seit ihrer Führung vom Februar 1916 ab im großen nie einen Rückschlag in ihren Unternehmungen gegen den Feind zu verzeichnen hatte. Aber sie täuschte sich diesmal und wußte nicht, wie unter Ausnutzung des furchtbaren Kriegselends und der begreiflichen Friedenssehnsucht der Wille, die Kampfkraft zu brechen, den Frieden durch Versagen der eigenen Waffen zu erzwingen, sich hetzerisch Eingang zu verschaffen gewußt hatte und unverstandene politische Bilder mit Feigheit gemischt die Sinne verwirrten.

Herr Alboldt streitet dann das Vorhandensein parteipolitischer Einflüsse für 1917 und 1918 ab.

Es steht meiner Überzeugung nach das eine ganz unbestreitbar fest, daß die Bewegung, die 1917 zum ersten Durchbruch kam, erst lebendige Kraft bekommen hat, als hinter der Umsturzarbeit der führenden Matrosen von diesen die Persönlichkeiten von Abgeordneten aufgerichtet werden konnten. Die Ideen der Matrosen wurden erst revolutionäre Kraft, als sie Verbindung erhalten hatten mit einer politischen Partei, mit der politischen Bewegung im Volk. Der Kampf gegen diese eigentliche Quelle konnte von der Flotte nicht geführt werden, so weit reichte ihr Arm nicht, sie konnte nicht mehr tun als

mit allem Nachdruck von der Reichsleitung ein Eingreifen zu verlangen. Daß sie dies getan hat, ist wiederholt festgestellt.

Die Reichsleitung hat sich nicht dazu entschließen können, mit ganzer Kraft einzugreifen, sie hat, wie ich oben ausführte — die Marine im Stich gelassen. Das Zentrum des Staates strahlte auch nach innen Schwäche aus und wirkte Schwäche zeugend in die Zukunft. So haben die zur Abwehr politischer Umtriebe bestehenden Stellen bei der obersten Marinebehörde auch Wirkungen nicht erzielt.

Ich erinnere nur daran, daß z. B. der Einspruch der Frontstellen gegen die Menagekommissionen ungehört blieb, und heute wissen wir, daß sie an passender Stelle die gegebenen Sammelpunkte für die politische Propaganda wurden. Wenn Herr Stumpf das auf seinem Schiff nicht beobachtet hat, so sind genügend Beweise dafür von anderen Stellen vorhanden.

Ich erinnere an das dringende Ersuchen der Flotte nach der Aufhebung der Zensur, die für eine Truppe, die noch dazu ohne unmittelbare Kampfhandlung in Wartestellung liegt, unerträgliche Flut der alle innenpolitischen Fragen leidenschaftlich behandelnden Tagespresse, die selbst die Abdankung des Obersten Kriegsherrn offen behandelte, einzudämmen. Auch das verhallte ungehört.

Es waren alle Kanäle offen, den politischen, auf das höchste getriebenen Streit der Parteien, den Klassenkampf, in die Truppe zu tragen, die Kraft der militärischen Führung zu brechen.

Gerade die Durchführung der Meutereien, bei denen fast nie die Möglichkeit gegeben war, einen der Anführer zu fassen, zeugt von der überlegten Führung des Ganzen nach einheitlichen Gesichtspunkten, die immer die Drohung gegen Vorgesetzte vermied und damit ein unmittelbares Einschreiten sehr erschwerte, während dem Kampfinstrument selbst die Wirkung genommen wurde.

Es ist einfach nicht richtig, daß kein Seeoffizier auf den Gedanken gekommen wäre, an seine Mannschaft menschlich heranzutreten. Ich habe es selbst erlebt, daß der Kommandant S. M. S. „Baden", als ihm die ersten Nachrichten von einer unsicheren Stimmung an Bord zugingen, sofort seine Besatzung zusammengerufen hat, um seine Mannschaft wieder in die Hand zu bekommen. Ich weiß als Tatsache, daß die verschiedensten Kommandanten diesen selbstverständlichen Weg beschritten haben. Ich kann mir keinen Kommandanten vorstellen, der nicht so gehandelt hätte.

Ich weiß, daß der Befehlshaber der Aufklärungsschiffe an die widerspenstigen Heizer herangetreten ist und dem Flottenchef meldete, die Leute hätten ihr Unrecht eingesehen, sie wären verführt und würden ihre Pflicht tun. Allerdings liefen kurz darauf bereits Meldungen darüber ein, daß beurlaubte Mannschaften gerade dieser Schiffe in Lokalen der Stadt aufreizend wirkten.

Es war ja gerade der Haupteindruck der Vorgesetzten, den sie offiziell dem Flottenchef ausdrückten, daß es sich nur um mißleitete Stimmungen handeln könne, daß sie sicher glaubten, ihre Besatzungen aufklären und wirkungsvoll in die Hand bekommen zu können. Sie glaubten eben an ihre Besatzungen und daran, daß, wie bisher die Pflicht gegen die Heimat sich immer durchgesetzt hatte, wenn es galt, gegen den Feind zu ziehen, auch dies jetzt zu erreichen wäre. Sie kannten noch nicht die Macht, die der politische Kampf in der Flotte gewonnen hatte.

Ich verlese

erstens mir zufällig noch verfügbare Richtlinien des Befehlshabers der Aufklärungsschiffe von Anfang Oktober 1918, also vor Einsetzen der Unruhen, für die Aufklärungsarbeit auch gerade für die auf Urlaub gehenden Leute:

1. Die nächsten Wochen entscheiden über Deutschlands Schicksal. Die gesamte Weltlage wird zurzeit beherrscht von den militärischen Ereignissen an der Westfront, wo die von der Entente noch vor Winteranfang erstrebte Entscheidung bevorsteht. Ehe diese nicht gefallen, ist jede Friedensaussprache unmöglich. — *Wir müssen also kämpfen!*

2. Es gilt, unserem Volke vor allem über die nächsten Herbstwochen hinwegzuhelfen und ihm ein festes, zeitlich nicht zu fernes Ziel zu zeigen, das *zunächst* erreicht *werden muß* und kann; das belebt die Widerstandskraft. Es muß betont werden, daß wir das Schwerste bereits hinter uns haben, wir stehen auf der letzten Stufe vor dem Gipfel der Schwierigkeiten.

3. Hierzu gilt es, folgende einfache Gedankengänge den breiten Massen zu vermitteln:

a) Worum es geht! Nicht allein um die großen Fragen von Thron und Altar, Krone und Vaterland, es geht um Fragen, die jeden von uns auf das Allerpersönlichste treffen. Wir leiden! Es fehlen uns Nahrungsmittel, Rohstoffe für Bekleidung und Hausrat, für Industrie und Landwirtschaft, für unsere gesamte Lebenshaltung, Stoffe, die über See eingeführt werden. Siegt England, dann verlieren wir die Kolonien zur Selbstversorgung. Dann verlieren wir unseren Überseehandel, dann droht uns der Rohstoffboykott, *dann wird der Zustand, unter dem wir jetzt leiden, verewigt.*

b) Die Front wird und muß halten; mit allen Mitteln ist die Zuversicht zu unserer militärischen Stärke zu heben und zu festigen (Stärke unserer Front, Aussichten des U-Bootkrieges, Sicherung der Rohstoffversorgung).

c) Was muß die Heimat tun, um die Front in dieser entscheidenden Kampf- und Kraftprobe zu unterstützen? Jedem

einzelnen Berufsstande sind die ihm hieraus erwachsenden Pflichten klarzumachen.

d) Welches Schicksal droht Deutschland und jedem einzelnen im Falle des Unterliegens in *politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht?* Jedem Berufsstande sind vor allem die dem einzelnen drohenden wirtschaftlichen Folgen zu zeigen.

e) Die Niederlage bringt uns wilde Völker, bringt uns Verwüstung und Tod ins eigene Land.

f) Die Staatsmänner der Entente lügen, wenn sie behaupten, uns die Befreiung zu bringen. Gegensatz zwischen ihren Reden (Clémenceau, Lloyd George) und den über der Front abgeworfenen und im Inlande verbreiteten feindlichen Flugblättern, die nicht von englischen oder französischen Soldaten geschrieben sind, sondern von Wilson, Clemenceau, Lloyd George selbst, um ihnen zu einem englisch-amerikanischen Siege zu verhelfen. Dann aber droht uns das Schicksal Irlands und Indiens.

g) Welches sind unsere Aussichten bei erfolgreicher Überwindung der jetzigen Krisis? Rückschlag, ja Enttäuschung bei unseren kriegsmüden, den fünften Kriegswinter fürchtenden Feinden, infolgedessen vielleicht erhöhte Bereitschaft zu einer für uns ehrenvollen, unser Dasein sichernden Verständigung.

h) Falls von einer Selbsthilfe des Volkes gesprochen wird, ist auf die Folgen der russischen Revolution, des Zusammenbruchs der Versorgungsorganisation des Deutschen Reiches für die Bevölkerung, besonders der Städte, der Unterbrechung der Verkehrsverbindungen auf dem gleichen Gebiete (Nahrung, Kohlen, besonders im Winter) hinzuweisen. Das arme Volk wird dem Wucher ganz ausgeliefert werden, wird vor Hunger und Frost umkommen. Bei der dichten Bevölkerung Deutschlands würden diese Folgen noch viel früher und viel krasser eintreten als in Rußland.

i) Der Hinweis auf die Menge unserer Feinde, besonders der Hinzutritt Amerikas, ist dadurch zu entkräften, daß wir mit Rücksicht auf die Zahl unserer Feinde den Krieg von vornherein hätten aufgeben, und daß wir, nach diesem Maßstab gemessen, längst hätten unterliegen müssen. Die Entwicklung hat das Gegenteil bewiesen, wir haben die Russen durch unsere Siege zum Frieden gezwungen und stehen nur allein noch gegen die Westfront. Die Zahl der Amerikaner wird die der Russen niemals erreichen, schon jetzt müssen die Menschentransporte vermindert werden, da Material und Proviant transportiert werden müssen. Man hat der Eile wegen einen Teil der Amerikaner ohne Ausrüstung herübergeschickt, das geht infolge Schiffsraummangels, der durch den U-Bootkrieg erzeugt ist, nicht beliebig weiter, amtliche Äußerungen aus Amerika bestätigen das. Wir müssen jetzt

die Nerven behalten, dann werden wir in diesem Freiheitskriege wie vor hundert Jahren einen für uns annehmbaren Frieden erkämpfen."

und zweitens verlese ich eine Auslassung des Flottenchefs vom 30. 10. 1918, die wohl am zweifelfreiesten erkennen läßt, daß mit allen Mitteln versucht ist, auf die Besatzungen einzuwirken, und in welchem Geiste eine Beeinflussung der irregeleiteten Besatzungen erfolgen sollte:

„In einen Teil der Besatzungen sind Gedanken hineingetragen, daß die Bemühungen zum Frieden den Kampf an der Westfront zum Stehen gebracht haben, und daß nun auch die Marine nicht mehr zu kämpfen brauche. Es tauchen auch Gerüchte auf, daß die Marineoffiziere den Kampf mit der feindlichen Übermacht suchen, damit die Flotte zusammengeschossen und nicht beim Waffenstillstand ausgeliefert wird.

Das sind Irreführungen, das sind unwahre Gerüchte.

Niemand will einen nutzlosen Kampf, nur um unsere Schiffe vom Feinde versenken zu lassen. Wir wollen alle den Frieden. Noch ist es aber nicht so weit.

Lesen Sie die Zeitungen, lesen Sie die Heeresberichte, unsere und die unserer Gegner. Immer neue feindliche Massen greifen mit gewaltigem Kriegsmaterial unsere Landfront an. Die Feinde zeigen noch keinen Friedenswillen, noch wollen sie unsere Front durchbrechen, bei uns einbrechen, unsere Heimat verwüsten. Täglich und stündlich wehrt unser Heer in harter Verteidigung und kraftvollen Gegenstößen den Gegner ab.

Auch vor unserer heimatlichen Nordsee sammelt sich der Feind zum Einbruch auf unsere Küsten. Immer häufiger tönt der Ruf gerade aus der englischen Marine herüber: Keinen Frieden, ehe unsere Übermacht die deutsche Flotte nicht niedergeschlagen und ihr den Ruhm vom Skagerrak wieder entrissen hat.

Wir wollen die deutsche Flotte nicht frivol diesem Vernichtungswillen des Feindes ausliefern. Wir müssen aber bereit sein, mit unserem Geist, unseren Schiffen und unseren Waffen den Feind von unserer deutschen Nordsee, von unserer deutschen Küste abzuwehren, genau wie es dieses unser Heer an der Westfront tut, durch zähe Verteidigung und durch kräftigen Gegenstoß, wo sich uns eine Möglichkeit zeigt, den Gegner zu schädigen. Wir müssen weiter helfen, unseren U-Booten, unseren Minensuchern, Torpedobooten und allen den kleinen Fahrzeugen, die in jedem Wetter Schwerstes auf sich nehmen. Wir müssen ihnen weiter Schutz und Rückhalt sein.

Wir wollen Frieden. Darin sind wir alle einig: Regierung und Volk, Offiziere und Besatzungen. Wer aber jetzt nachläßt, fördert nicht den Frieden, er fördert nur die Begierde unserer Feinde nach unserem Gut und Blut, nach unserer völligen Vernichtung. Wer

jetzt nachläßt, wer sich jetzt dazu hergibt, die Waffen zu schwächen, stempelt sich zum Feigling vor sich und vor seiner Heimat. Denken Sie nach, stärken Sie sich selbst gegen sinnlose und irreführende Gerüchte: Sie kommen von unseren Feinden. Suchen Sie Halt bei Vorgesetzten, zu denen Sie Vertrauen haben!

Wir stehen alle gleich vor dem Feinde, keiner mehr gedeckt als der andere. So haben wir gestanden während der vergangenen vier Kriegsjahre. So standen alle, die gesiegt haben und gefallen sind, die vom Kreuzergeschwader, die von der Flotte, bei Coronel, bei den Falklandsinseln und vor dem Skagerrak, so kämpfte manch U-Boot sich wacker durch.

Nun helfe auch von uns einer dem andern, nicht schwach, nicht zum Feigling zu werden vor seinen Kameraden und vor seiner Heimat. Habe auch jeder den Mut, unsinnigen und böswilligen Verhetzungen und Gerüchten entgegenzutreten!

Wir wollen kein *nutzloses* Opfer vor dem ersehnten Frieden, wir wollen aber in starker Einigkeit uns mit scharfen Waffen vor die Tore der Heimat stellen, bis der Friede *wirklich* da ist. Darauf vertraut die Heimat, das sind wir der Heimat schuldig, dafür müssen wir alles hergeben bis zuletzt."

Zu den Unrichtigkeiten, die im Zusammenhang mit dem Auszuge aus dem Buche des Kapitänleutnants Spieß angeführt werden, habe ich schon unmittelbar berichtigend Stellung genommen. Jedenfalls sind die Schlußfolgerungen über Unklarheit in der Gesamtleitung, Unklarheit in der Befehlsleitung und die Umschiffung der Flottenleitung von S. M. S. „Baden" auf das Büroschiff „K. W. II" völlig falsch und auf Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse aufgebaut.

Im übrigen ist Spieß niemals, wie Herr Alboldt sagt, Kommandant eines der größten U-Kreuzer gewesen. Ein U-Boot-Kreuzer ist im Kriege nie nach Wilhelmshaven gekommen.

Herr Alboldt hat es dann für richtig befunden, zu meiner Stellungnahme nach seinem langen mündlichen Gutachten, die ich in ihrer Kürze, wie ich meine, voll begründet hatte, in einem besondern Schreiben an den Untersuchungsausschuß, das den einzelnen Mitgliedern zugegangen ist, sich zu äußern.

Die Verhältnisse lagen für uns Seeoffiziere tatsächlich ganz anders als Herr Alboldt schildert.

Herr Alboldt formulierte in diesem Schreiben mehrere Fragen, die er *dem Sinne nach* gestellt hätte und konstruiert aus meiner, wie ich glaube, unanfechtbar begründeten Kürze, daß ich auf diese Fragen *nichts* zu antworten wüßte.

Ich habe dies Schreiben nicht beantwortet, weil ich es für unvereinbar mit einer sachlichen Arbeit halte, auf diese Methode einzugehen.

Da dieses Schreiben aber auch in dem schriftlichen Gutachten

des Herrn Alboldt Aufnahme gefunden hat, erkläre ich nun, daß seine Grundlage, die auf meinem sogenannten Schweigen beruht, falsch ist, und damit entfallen auch alle gezogenen Schlüsse als falsch.

Die Ausführungen Herrn Alboldts, die dann über das „militärische und menschliche Versagen des Seeoffizierkorps" folgen, zeigen mir, daß er uns weder gekannt noch verstanden hat.

Wir waren, wie meine früheren Ausführungen zeigen, in keiner Weise „davon durchdrungen, wir ständen am Ende unserer Kraft der Zusammenbruch sei doch nicht mehr aufzuhalten." Wir waren überzeugt von unserer Überlegenheit unserer Schiffe und unserer Besatzungen, wir waren durchdrungen von dem ungebrochenen Glauben an unsere U-Boote. Ein Teil des Streites geht ja noch heute darum, daß wir in beiden unrecht haben sollen, trotzdem selbst die Feinde von damals uns bezeugt haben, daß wir recht hatten.

Nach dem, was ich erlebt habe, haben in der Hauptsache zwei Gedanken die weitere Entwicklung beeinflußt. Einmal der Glaube an unsere Besatzungen, von dem wir nicht lassen konnten, und der uns das sich entwickelnde Bild nicht anders sehen ließ, als daß es gelingen müßte, die Leute aus ihrem Irrwahn herauszuführen und sie zur Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht zurückzuführen. Aus vielen ernsten Aussprachen Festgenommener trat auch immer der Gedanke entgegen: Wir sind ja nur von Hetzern verführt, wir sehen unser Unrecht ein.

Und dann stand für uns überall die Pflicht im Vordergrund, jetzt, wo nur noch wenige Tage uns vom Waffenstillstand trennten, die Verteidigung der Heimat auch an der Küste aufrechtzuerhalten, den Feind nicht sehen zu machen, daß Bruderkampf in der Flotte selbst jeden Widerstand auf dem Wasser unmöglich machte. Denn daß die Flotte als Kampfinstrument nichts mehr bedeutete, wenn der Geist der Meuterei lebendig umging, daran kann kein Zweifel sein. Die ständigen Beteuerungen der Kampfbereitschaft bis zum Äußersten, wenn es die Verteidigung gälte, sie haben sich stets als Seifenblasen erwiesen.

Ich habe schon früher meine Unterredung mit den führenden Persönlichkeiten der Umsturzbewegung in Wilhelmshaven geschildert, die für den Begriff des Verteidigungskampfes überhaupt keine irgendwie praktische Klärung geben konnten. Alles blieb abhängig von der augenblicklichen Stimmung, die sogar vor dem Auslaufen des Schiffes den durchgebildeten und kampferprobten Leiter der Artillerie von Bord schicken wollte. Nur weil die Stimmung gegen diesen Offizier war, sollte lieber die Zusammenwirkung der Waffen unbrauchbar gemacht werden und — wohl meist nur aus Urteilslosigkeit — das Schiff und die Besatzung so gut wie wehrlos gegen den Feind geschickt werden. — Ich möchte hier einfügen, in Entgegnung dessen, was Herr Abg. Kuhnt ausgeführt hat, daß ich am 10. No-

vember zu ihm gekommen sei, ihm ungefähr eine Stunde lang einen Vortrag gehalten hätte, noch einmal die Schiffe gegen England aufzuzäumen und zu kämpfen: Ich bin überhaupt am 10. gar nicht mehr in Wilhelmshaven gewesen. Ich hatte schon im Spätsommer mein Kommando als Chef des Stabes abgeben sollen, um Admiral v. Müller im Hauptquartier zu ersetzen. Dieses ausgesprochene Kommando ist dann immer wieder hinausgeschoben worden. Ich bin dann die letzten Tage an Bord geblieben, um den Flottenvorstoß noch mit durchzuführen, damit die Einheitlichkeit des Betriebes aufrechterhalten würde, und habe unmittelbar, nachdem das Versagen der Besatzungen eingetreten ist, meinen Dienst niedergelegt und habe versucht, mein neues Kommando anzutreten, was mir nicht gelungen ist.

Die Verteidigung brach ja später schon in den ersten Tagen dadurch sichtbar zusammen, daß die Ablösung der Vorposten nicht mehr funktionierte. Ein Vorpostendienst ist eben nicht möglich, wenn ich über die Ablösung verhandeln muß. Was hatte ein Wachdienst noch für einen Sinn, sagten die Leute sich, wo ja nach allen Versicherungen und sogar nach Funksprüchen, die in die Welt gesetzt wurden, die rote Flagge auch über der englischen Flotte und den französischen Linien wehte, daß Marschall Foch ermordet sei und ähnliches. Gerade diese erlogenen Funksprüche sollten offensichtlich die verführte Menge ihr Verbrechen nicht erkennen lassen.

Nach dem Tagebuch des Führers des Minensuchverbandes in Cuxhaven hat am 9. November der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates Baier ganz offen erklärt: „Wir lehnen die nationale Verteidigung ab, hätten also beim Erscheinen der Engländer ohne weiteres die weiße Fahne gehißt."

Die Gefahr stand den Offizieren unmittelbar vor Augen, daß der Engländer — sobald die Meuterei auch für den Feind offensichtlich wurde — sich einen gefahrlosen Triumph holen und von dem Besetzen der großen Hafenplätze oder des Nordostseekanals nicht zurückschrecken würde; ein Faustpfand von ungeheurer Bedeutung.

Man darf auch, um zu einem richtigen Urteil zu kommen, die Grundlagen unserer Gefechtsausbildung nicht unbeachtet lassen, die ich bereits versucht habe darzulegen. Sie war in ihrer von keiner Marine sonst erreichten Höhe nur durchführbar, weil wir, gestützt auf unsere glänzenden Erfahrungen, für die Stunden des Kampfes immer mehr auf jeden Zwang verzichteten und dafür den freien Willen der selbstgewordenen Einordnung und Hingabe setzten. Wir waren stolz darauf, das erreicht zu haben und sind dabei — wie rückblickend scheint — in unserem Vertrauen wohl zu weit gegangen. Jedenfalls haben die Engländer sich, wohl auf Grund ihrer geschichtlichen Erfahrungen, nie so weit vorgewagt. Sie haben immer an dem Fremdkörper festgehalten, der zur Durchsetzung des Gehorsams in

den Detachements der Royal Marines in die Besatzung der großen Schiffe hineingesetzt war. Sie sind davon auch im Kriege nicht abgegangen, während wir schon Anfang der 90er Jahre diese Seesoldaten-Detachements aufgegeben haben, womit wir allerdings in der Durcharbeitung des Gefechtsdienstes sehr vorwärts kamen.

Dies ganz auf Vertrauen aufgebaute System bei uns ließ sich allerdings im Kriege nicht wieder umformen und hat dann in ernstester Stunde seine große Schwäche bewiesen, als das uns selbstverständliche Bindemittel des Vertrauens zersetzt wurde durch planmäßiges Hinführen der Besatzungen auf die außerhalb des Schiffes, außerhalb des militärischen Zusammenhangs wirkenden Pole durch Hineintragen der politischen Bewegungen im Volk in das Schiff, durch Übertragen des Klassenkampfes in die Wehrmacht; Wirkungen, die um so stärker auftraten, je größer das Schiff war und je mehr dadurch der einzelne dem Auge des Vorgesetzten entzogen war.

Abg. *Joos:*

Was ist das für ein „Fremdkörper"?

Sachverständiger *v. Trotha:*

Auf jedem englischen Kriegsschiff ist seit den großen Kämpfen vor 150 Jahren und den dort aufgetretenen Schwierigkeiten ein Detachement Royal Marines eingeschifft. Das ist eine Infanterietruppe, das sind die sogenannten Rotröcke. Sie sind auf jedem der großen Schiffe vorhanden und sind allein die Leute, die die Posten, die Sicherheitswachen stellen, die den militärisch zum äußersten anwendbaren Zwang auf den Schiffen ausüben. Sie sind ein Fremdkörper; denn sie sind ganz anders erzogen, ganz anders uniformiert, sind apart gehalten und sind sozusagen das militärische Rückgrat. Wir haben in unserer Marine diese seinerzeit selbstverständlich auch übernommen und haben die Seesoldaten-Detachements auch an Bord gehabt, immer in der Stärke, nach meiner Erinnerung, von ungefähr 50—70 Mann. Sie sind abgeschafft worden. Ich war im Jahre 1891 Adjutant auf der alten „Baden". Da fingen wir an, den Gefechtsdienst zu entwickeln, und sagten uns: So wie wir mit unseren Leuten stehen, brauchen wir das nicht, wir nehmen die Seesoldaten, die hier nicht hereinpassen, die ganz anders geartet sind, heraus, und ersetzen sie durch Matrosen. Damit haben wir diesen sogenannten militärischen Sicherheitsdienst aus den Schiffen entfernt. Die Engländer haben bis nach dem Kriege an diesem System auf den Schiffen planmäßig festgehalten.

Sachverständiger *Alboldt:*

Die historische Entwicklung der Royal Marines ist anders gewesen, als sie hier dargestellt wurde. Man hat sie aufrechterhalten, nicht um einen Zwang auszuüben, sondern lediglich aus historischen Gründen, weil der Engländer außerordentlich daran hängt. Es ist

doch unmöglich, daß dreißig Marinesoldaten auf einem Kriegsschiff von 1400 Mann einen Zwang militärischer Art ausüben.

Sachverständiger *v. Trotha:*

Ich bin absolut anderer Ansicht, auch nach meinen Unterhaltungen mit englischen Seeoffizieren.

Man versuche, sich einmal klarzumachen, was es ferner für die Stellung des Offizierkorps bedeutete, daß in einer Zeit ungeheuerster Spannung die den Staat beherrschenden Kräfte völlig umgeformt wurden.

Das Offizierkorps war in der Pflicht gegen die Jahrhunderte alte Monarchie erzogen worden und aufgewachsen, hier waren die Wurzeln seiner Tradition, hier waren die Ideale, unter denen es dem Volke dienen sollte im Sinne der unvergleichlich hochstehenden Auslassung Kaiser Wilhems I. vom 2. 4. 1875. Die Fragen der inneren Politik waren ihnen völlig fremd, dankbarst wurde es empfunden, daß es hiermit nichts zu tun hatte, ebenso wie der seiner Dienstpflicht genügende Mann noch nicht zur Auswirkung der politischen Rechte zugelassen war und der politischen Agitation während seiner Dienstzeit ferngehalten wurde.

Nun wurde das ganze Staatswesen und damit auch die Grundbedingungen für das Wesen des Offizierkorps in schneller Folge umgestoßen. Das Offizierkorps verlor den Boden, es paßte in den neugeformten Staat gar nicht hinein. Die politischen Erörterungen, die vor nichts haltmachten, wurden zum Tagesgespräch unter der Besatzung, die parteipolitisch geschulten Agitatoren, die überall unter den Reservisten sich befanden, gewannen Macht über die Gedankengänge der Leute. Für die Hetzer auf den Umsturz hin, für die bewußt auf den Zusammenbruch der Kampffront Hinarbeitenden kam die Stunde, wo sie gewinnen konnten, während der Offizier mit diesen Fragen sich zu befassen nicht gelernt hatte und ihm der Boden für seine Autorität entzogen war; als die Politik ihren Fuß an Deck setzte, hatte der Offizier keine Waffe gegen sie zur Hand.

Am 22. Oktober 1918 hatte der Reichskanzler im Reichstage erklärt: *„Daß wir den Aufgaben des Krieges* und des *Friedens nur gewachsen sein werden* durch die Durchführung des Regierungsprogramms *und die entschiedene Abkehr vom alten System.“*

Mit diesem Leitsatz, der mir selbst erst lange nach dem Zusammenbruch bewußt geworden ist, war tatsächlich die Autorität des Offiziers vernichtet. Es hängt damit unmittelbar zusammen, daß unsere Leute, so oft ich sie nach den Gründen fragte, warum sie kein Vertrauen mehr zu uns Offizieren hätten, mir nie etwas über Verpflegung, Behandlung oder ähnliches gesagt haben, aber immer den Punkt betonten: Ihr seid auf dem alten Boden gewachsen, es ist einfach nicht möglich, daß Ihr wirklich ehrlich dem neuen System, der neuen Regierung dient. Wir können Euch darin nicht trauen.

Ungeheure Überwindung hat das Offizierkorps im Interesse der Verteidigung des Vaterlandes und mit dem Willen zum Dienst am Volk in diesen Tagen geübt. Es wollte dem neuen Kurs, der von der Regierung angegeben war, sich anpassen, nachdem der Kaiser ihm zugestimmt hatte, es war eigentlich etwas Unmenschliches: Nach außen in Kampfstellung bleiben und nach innen alle Grundlagen dieser Kampffront umbauen.

Als letztes kam hinzu das seit Sommer 1917 nicht zu überwindende Gefühl, für starkes Auftreten bei der obersten Leitung des Reiches keine Deckung zu finden. Das umgekehrte Prinzip wurde befolgt, als wie es z. B. England stets befolgt hat, indem es restlos jeden deckt, der im Interesse der Sicherheit des Staates auch die schärfsten und brutalsten Mittel angewandt hat.

Ich führe nur an, daß die Ernennung der militärisch geeignetsten Person, um mit seinen erprobten Sturmtrupps die Revolte von Kiel niederzuschlagen, des Kommandierenden Admirals des Flandernkorps auf Veranlassung der Regierung vom Kaiser wieder rückgängig gemacht werden mußte; daß also die damalige Regierung ein scharfes Eingreifen gegen die Meuterer selbst unterband.

So stellten sich mir die Momente dar, die auf das Offizierkorps einwirkten, und die man einschätzen muß, wenn man versucht, sich ein Bild der damaligen Verhältnisse zu machen. Wirklich sich in die damalige Zeit hineinzuversetzen ist heute meiner Ansicht nach überhaupt nicht mehr möglich.

Der Flottenbefehl vom 4. 11. 1918.

Es wird dann von Herrn Alboldt der Flottenbefehl vom 4. November 1918 besprochen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß bei besonderen Gelegenheiten auch längst ausgesprochene Grundsätze und Befehle im neuen Zusammenhang wieder eingeschärft werden. Es ist also, milde ausgedrückt, ein Trugschluß, wenn von der „Trauer" gesprochen wird, „daß ein Befehl solchen Inhalts nicht schon viel früher erschien", und es ist einfach falsch, zu sagen, daß „man zum ersten Male das Wort von uns Vorgesetzten vom Offizier bis zum Unteroffizier" hört. Diese Zusammenfassung ist mir jedenfalls aus meiner ganzen Dienstzeit geläufig.

(Sachverständiger *Alboldt:* In einem nur für Offiziere bestimmten Geheimbefehl ist das ein absolutes Novum.)

— Es ist nie passiert, daß ein Geheimbefehl herausgegeben wurde, der schriftlich allen Unteroffizieren zuging. Das sind bürotechnisch unmögliche Dinge.

Über den Gang der Ereignisse werde ich später sprechen.

Die Frage der Abdankung des Allerhöchsten Kriegsherrn war allgemeines Gespräch, sie füllte die Spalten der Zeitungen, ohne daß dagegen etwas geschah. Damit war die Autorität des Kaisers der

Truppe gegenüber vernichtet. Es wäre in dieser Entwicklung ein vergebliches Unterfangen gewesen, den Besatzungen gegenüber die Person des Kaisers auszuspielen. Natürlich stellte sich das Offizierkorps „damals vollkommen auf den Boden der neuen Tatsachen". Es ist ihm das, weiß Gott, nicht leicht geworden, aber der vom Kaiser gebilligte Weg war für das Offizierkorps selbstverständlich Pflicht; auch nach der Revolution hat wieder der Kaiser sofort das Offizierkorps auch jetzt auf die Pflicht hingewiesen, dem Volk den Dienst nicht zu versagen.

So ist auch die Flottenleitung auf ihrem Platz geblieben, sie hat sich nie aufgelöst oder ist „abgereist", wie Herr Alboldt sagt.

Die Frage der verfassungsmäßigen Stellung des Kaisers nach den neuen Regierungserlassen ist bereits von fachmännischer Seite vor dem Ausschuß geklärt, ich brauche dazu nichts weiter zu sagen.

Ereignisse in Kiel.

Ich habe durch die Niederschrift des Herrn Alboldt zum ersten Male erfahren, daß ihm in Kiel damals Berichte über die militärische Lage in Wilhelmshaven zugegangen sind, was im schärfsten Widerspruch zu den für die Sicherheit des Staates getroffenen Kriegsmaßnahmen stand. Wie verheerend solche „Berichte" wirken mußten, geht allein aus dem Satz hervor: „Mein Gewährsmann schloß, die allgemeine Auffassung ginge dahin, die Seeoffiziere beabsichtigten, eventuell auf eigene Faust Krieg zu führen." Ein Satz, der einen Gedankengang enthält, der einmal falsch ist und in seiner bedingten Fassung der Verantwortung für eine solche ungeheuerliche Nachricht auszuweichen versucht. Ich will mich hier auf diese Tatsache beschränken. — Sollte ein Kommandant, was ich nicht feststellen kann, in einer Rede falsch gehandelt oder sich strafbar gemacht haben, so hätte das Flottenkommando das größte Interesse daran gehabt, ihn dafür zur Rechenschaft zu ziehen; aber das in die Bevölkerung hineinzutragen durch Berichte nach außen, kann, noch dazu in so gespannter Lage, meinem Empfinden nach nicht scharf genug verurteilt werden und mußte die Bemühungen des Flottenkommandos, die schwierige Lage zu überwinden, zunichte machen.

Ich bemerke dazu, daß das, wie ich oft betont habe, meiner Ansicht nach heute historische Tatsache ist: „Daß der U-Bootkrieg gerade im Begriff war, den Feind auf die Knie zu zwingen," daß diese Äußerung, die ein Kommandant getan haben soll, also richtig ist.

Ich habe die Ereignisse in Kiel nicht miterlebt. Um dem Verlauf sachlich nachzugehen, müßten die Beteiligten vernommen werden, wobei erschwerend mitspricht, daß der damalige Chef des III. Geschwaders, Vizeadmiral Kraft, verstorben ist.

Ich muß mich daher darauf beschränken, einzelne Tatsachen herauszugreifen, die mir bekannt sind:

Es ist nach Angabe des Stationschefs falsch, daß die verhafteten Meuterer des III. Geschwaders in die Arrestanstalt Kiel überführt wurden. Sie waren, ehe das Geschwader einlief, von Holtenau aus nach dem weit außerhalb liegenden Fort Herwarth gebracht worden. Eine scharfe Behandlung auf dem Transport wird als unrichtig bezeichnet.

Es ist bezeichnend und weist ganz klar auf die planmäßige Vorbereitung der Entwicklung der Dinge in Kiel hin, daß — soweit mir bekannt ist — sofort von Beginn der ersten Unruhen ab die Telephon- und Telegraphen-Verbindung für das Gouvernement illusorisch wurde, da sie von vornherein unter Kontrolle der Meuterer war.

Herr Alboldt stellt den großen Demonstrationszug, der sich mit dem Endziel: „Heraus mit den Inhaftierten" nach der Arrestanstalt bewegte, als völlig unbewaffnet hin, und trotzdem hatte die ihm entgegentretende Truppe einen Toten (soviel ich weiß einen Offizier) und mehrere Verwundete zu beklagen. Das stimmt also nicht.

Auf den Gedanken, daß der Stationschef persönlich dort an der Ecke der Karlstraße das Kommando hätte führen müssen, einzugehen, halte ich nicht für nötig. Daß kein Seeoffizier sich auf der Straße hat sehen lassen, ist, nachdem Alarm angeschlagen war, doch wohl selbstverständlich.

Die „Feststellung", daß es sich auf seiten der Meuterer nur um Forderungen militärischer und nicht politischer Natur gehandelt hat, ist nach meiner Kenntnis nicht richtig. Soweit ich die Verhältnisse aus Schilderungen des damaligen Stationschefs kenne, begannen die Forderungen mit

Abdankung des Kaisers,
Änderung des Wahlrechts,
Sofortiger Friedensschluß.

Die erweiterten Forderungen des Sommers 1917 traten hier also ganz klar auf als Hauptforderungen, die nur von außen in die Truppe hineingetragen sein konnten.

Abg. *Dittmann:*

Es ist allgemein bekannt, daß es keine politischen Forderungen waren. Wir haben darüber gelacht und gespöttelt. Es sind das allgemein bekannte Dinge.

Sachverständiger *v. Trotha:*

Ich kann dazu nichts weiter sagen. Ich kann mich bloß an den verantwortlichen Stationschef halten. Wenn das bezweifelt wird, müssen wir den Herrn vernehmen.

Abg. *Dittmann:*

Also das, was längst als falsch bekannt ist, müssen wir uns hier vorsetzen lassen!

Sachverständiger *v. Trotha:*

Es ist auch bezeichnend, daß die erste große Versammlung der

Mannschaften, die — da das Betreten des Gewerkschaftshauses für Militärpersonen verboten war — außerhalb der Stadt auf dem großen Exerzierplatz stattfand, mit einem Hoch auf die USPD schloß.

Es stimmt damit zusammen und zeigt jedenfalls, wie damals diese Sachen aufgefaßt wurden, daß nach einer mir seinerzeit vom Stationschef gemachten Mitteilung die Abgeordneten der meuternden Marineteile, als sie dann zum ersten Male dem Regierungsbevollmächtigten, Herrn Noske, zur Verhandlung gegenübertraten, einmütig erklärten: „Erst müssen Dittmann und Haase hier sein, ohne sie können wir uns auf nichts einlassen."

Abg. *Dittmann:*

Wer hat das gesagt? Herr Noske hat hier das Gegenteil ausgesagt.

Sachverständiger *v. Trotha:*

Ich bin leider nicht dabei gewesen. Ich kann mich nur an die Mitteilung des Stationschefs halten.

Abg. *Joos:*

Aus den Äußerungen Noskes geht hervor, daß die USPD damals ganz unsichtbar war, sie spielte keine Rolle. Er hat sich der Sache ohne irgendwelche Schwierigkeiten bemächtigt.

Sachverständiger *v. Trotha:*

Auch hier liegt die Verbindung mit 1917 klar zutage.

Es wird dann die Schrift des Professors Birk angeführt: Die Einleitung spricht von einer

> „durch Vorschußlorbeeren, durch Tatenlosigkeit und Wohlleben entnervten Truppe in einem mit Blindheit geschlagenen und auch in des Vaterlandes tiefstem Unglück immer nur auf das Wohlergehen der eigenen Person bedachten Offizierkorps."

Das ist eine Verunglimpfung der Marine als Ganzes, der Marine, die eine Gesamtheit darstellte vom Minensucher und U-Boot bis zum Linienschiff.

Es ist mir eine hohe Pflicht, dem aus meinem tiefsten Innern entgegenzutreten. Offiziere und Mannschaften der Marine haben im Kampf ihr Leben hingegeben als ein selbstverständliches Opfer für Kaiser, Vaterland und Volk. An keiner einzigen Stelle sind in den Stunden des Kampfes gegen den Feind Mißtöne hineingetragen worden in den einheitlichen Opfersinn und den geschlossenen Kampfwillen zur Erreichung höchster militärisch-seemännischer Kraft. Die Bilder, die wir da überliefert bekommen haben, sind so gewaltig und rein, daß sie einfach nicht überboten werden können.

Es verlangt auch die kameradschaftliche Pflicht von mir, festzustellen, daß in Kiel der Kommandant nachts von Meuterern meuchlings ermordet wurde und im ganzen zwei Offiziere gefallen und einer schwer verwundet ist.

Ich stelle der Auslassung des Professors Birk das englische Urteil aus der Times, London, 17. 10. 1925, gegenüber:

„Wahrscheinlich war es die höhere wissenschaftliche Ausbildung (der deutschen Marineoffiziere), die sich mit *enormem Kampfgeist* verband, was die Deutschen instandsetzte, so außerordentlich gut abzuschneiden, so oft sie unter einigermaßen gleichen Bedingungen sich mit uns messen konnten."

1574 Marineoffiziere, darunter 878 Seeoffiziere, sind vorm Feinde gefallen. Das ist das Opfer eines „auch in des Vaterlandes tiefster Not nur auf das Wohlergehen der eigenen Person bedachten Offizierkorps".

Die Ereignisse auf der Flotte haben sich dann, soweit ich das jetzt noch habe feststellen können, in folgender Weise abgespielt:

Nach Zusammenziehen der Schiffe auf Schillig-Reede am 29. Oktober 1918 abends Bekanntgabe des Operations-Befehls an die Verbandchefs.

Im Laufe des Abends laufen allerhand Nachrichten über die Ausschreitungen auf den verschiedensten Schiffen ein, besonders den Großen Kreuzern, auf dem III. Geschwader, auf „König", „Markgraf", „Kronprinz", auch von den Kleinen Kreuzern, die zur Minenübernahme vor Cuxhaven liegen.

Es gehen überall Gerüchte um, die Flotte solle geopfert oder versenkt werden, um nicht beim Waffenstillstand in Feindeshand zu kommen; die Offiziere wollen den Friedensschluß durch einen Flottenvorstoß vereiteln. Auf der Höhe von Helgoland würden Feuer ausgemacht werden. Zu den Offizieren könnten die Mannschaften kein Vertrauen mehr haben, sie stammten aus einer überwundenen Zeit. Die Versicherung, daß sie hinter der Regierung stünden, könnte nicht stimmen.

Die Kommandanten versuchen, die Mannschaften von diesen Ideen abzubringen und zur Pflicht und zum Vertrauen zurückzubringen. Dabei wird von einzelnen — die ja selbst von dem Plan des Flottenkommandos nichts wissen — betont, daß es sich nach den Befehlen nur um Evolutionieren und Gefechtsbildfahren handele. Überall hofft man, die Besatzungen wieder in die Hand zu bekommen.

Nach Lage der Verhältnisse entschließt sich das Flottenkommando, da eine Kriegsaufgabe, die so sicheres Zusammenarbeiten aller Teile der Flotte erfordert, mit solchen Besatzungen nicht durchführbar ist, den Flottenvorstoß aufzugeben und gibt Befehl aus zum Sammeln am 30. früh zum Evolutionieren in der Helgoländer Bucht. Es waren auch weitere Meldungen eingegangen, und zwar auch von „Thüringen" und „Helgoland", wo die Ausschreitungen von den Matrosen ausgingen.

Am 30. früh ist dicker Nebel, so daß nicht Anker aufgegangen werden kann. Auch nachmittags muß das Evolutionieren bei dem un-

sicheren Wetter aufgegeben werden. Das Flottenkommando will auch vor allem auf die Besatzungen einwirken. Es wird die bekannte Auslassung des Flottenchefs[1]) an die Besatzungen ausgegeben und die Verbandchefs auf das Flottenflaggschiff befohlen. Da die U-Boote auf Station vor den feindlichen Häfen liegen, die Torpedoboote auf eine Unternehmung drängen, wird die Absicht durchgesprochen, in der Nacht vom 31. 10. zum 1. 11. einen Torpedobootsvorstoß gegen die englische Küste durchzuführen, bei der für die Flotte nur eine Deckung der auslaufenden Boote bis zum Minengürtel in Frage käme. Bei etwaigem Versagen einzelner Schiffe sollten U-Boote eingreifen.

Bei Aufstellung des Befehls wurde zur Deckung des Torpedobootsvorstoßes, da dies ausreichend war, nur das I. Geschwader bestimmt. Die übrigen Geschwader sollten in der Helgoländer Bucht evolutionieren. Dazu mußten die Schiffe am 31. Oktober 10 Uhr vormittags Anker lichten, während über Nacht die Minensucher die vorbereitenden Arbeiten zu beginnen hatten.

Abends meldete bereits der Führer der Minensuchverbände, daß das schlechter werdende Wetter ein Minensuchen unmöglich machte. So wurde die Durchführung dieses Torpedobootsvorstoßes unmöglich, das I. Geschwader erhielt daher Befehl, vor Anker zu bleiben.

Gelegentlich der Vorbereitung zum Ankerlichten war es nun auf „Helgoland" und besonders auf „Thüringen" in der Dunkelheit zu offener Widersetzlichkeit gegen das Ankerlichten gekommen, eine Meuterei, die offen vom seemännischen Personal ausging.

Ich habe hierüber schon Ausführungen gemacht, nach denen das Flottenkommando dem Geschwaderchef für den nächsten Morgen ein Torpedoboot und ein U-Boot mit scharf geladenen Torpedos und einen Dampfer mit einem Seesoldatendetachement zur Verfügung stellte, den Widerstand zu brechen und die Meuterer zu verhaften.

Diese Unternehmung wurde vom Geschwaderchef durchgeführt, indem die Meuterer unmittelbar, ehe das Geschütz- bzw. Torpedofeuer eröffnet wurde, ihren Widerstand aufgaben und einige hundert Mann verhaftet und abtransportiert wurden. Die übrigen Geschwader waren in die Standorte entlassen, da eine gemeinsame Verwendung der Flotte nicht mehr in Frage kam und ein Zusammenliegen nur nachteilig wirken konnte.

Während auf den übrigen Schiffen neben der Einwirkung auf die Besatzungen Verhaftungen vorgenommen und Untersuchungen beschleunigt betrieben wurden, wurde vom Flottenkommando die Zurückkommandierung einer großen Zahl von Offizieren veranlaßt, die wenige Tage vorher für die Weiterentwicklung des U-Bootkrieges abkommandiert waren und jetzt natürlich sehr fehlten.

---

[1]) Vgl. Bd. 10, I dieser Reihe S. 206 ff.

Ferner wurde mit allen Mitteln versucht, leider ohne Erfolg, irgendein passend liegendes Militärlager zugewiesen zu erhalten, um Mannschaften dorthin abschieben zu können, auch mußte Raum für Arrestanten gefunden werden, wozu schließlich ein leerer Passagierdampfer herangezogen wurde. Außerdienststellung einzelner Schiffe erwies sich leider auch als nicht durchführbar. Die Untersuchungen wurden mit größter Beschleunigung betrieben, gestalteten sich aber bei der großen Zahl der Verhafteten und dadurch, daß man fast nie einen Rädelsführer hatte fassen können, äußerst schwierig. Überall trat einem die Äußerung entgegen: Wir sind nur verhetzt, bereuen unser Tun und wollen es wieder gutmachen.

Dann wurde im weiteren Verlauf die Heranziehung von Armeetruppen beantragt und der Befehlshaber der Torpedoboote beauftragt, für Wilhelmshaven im Einverständnis mit dem Stationskommando einen Plan zum Besetzen der wichtigsten Hafenpunkte durch Torpedoboote und U-Boote aufzustellen, während versucht wurde, in der Ostsee Kiel durch die heimkehrenden U-Boote abzuschließen mit dem Befehl, Schiffe unter roter Flagge abzuschießen.

Es ist kaum möglich, aus der Fülle der Ereignisse heraus ein Bild zu geben, was die damalige Zeit mit der Ungeheuerlichkeit an Beanspruchung von Körper und Nerven ungefähr wiedergibt. Wenn Herr Alboldt behauptet, daß die Vorgesetzten sich nicht bemüht hätten, an ihre Mannschaften heranzukommen, so ist das völlig falsch.

Ich nehme z. B. die „Helgoland" heraus, von der mir Einzelheiten auf Grund der dienstlichen Berichte bekannt sind: Als die Mannschaft dem Befehl zum Antreten zur Musterung nicht folgen will, geht der Kommandant persönlich nach vorn, setzt das Antreten durch und läßt daran anschließend Freiübungen machen. Dann, nachdem er einige Leute hat vernehmen lassen und etwas klar sieht, ruft er die Besatzung zusammen und weist sie hin auf ihre Pflichten gegen Vaterland und Kameraden und tritt den unsinnigen Gerüchten entgegen. Der I. Offizier läßt sich später drei Vertrauensleute kommen und spricht mit ihnen: „Sie fühlten sich wohl an Bord, wollten wissen, was beabsichtigt wäre, keinesfalls wollten sie gegen England kämpfen, Minensicherung wollten sie fahren."

Aber immer wieder laufen tolle Gerüchte durch das Schiff. Als abends, zum Fahren als Minensicherung, Ankerlichten vorbereitet wird, soll das trotz der soeben gegebenen Versicherung verhindert werden: es wäre das nur eine Finte. Die Geschwader sollten auf diese Weise einzeln nach Tertschelling herausgebracht werden.

Morgens, nach einer Nacht, wo die Offiziere zusammen mit den Deckoffizieren bewaffnet auf verstärkte Wache gegangen sind, läßt der Kommandant sich sieben anscheinend führende Leute kommen. Sie halten politische Reden über die Stellung der höheren und niederen Klassen, über Amerikas Eintritt in den Krieg, über die Friedensmög-

lichkeiten und den U-Bootkrieg, verlangen das Ablegen der Waffen seitens der Offiziere usw.

Schließlich gehen sie anscheinend befriedigt und teilweise überzeugt ab, sie wollten die Leute beeinflussen, daß der Dienst ordentlich gemacht, Minensuchdienst getan und auch zur Verteidigung gekämpft würde. — Aber immer neue Gerüchte laufen um, jeder nicht offene Funkspruch läßt andere Gerüchte erfinden.

Bald sind einige der Sprecher wieder da: Minensuchen wäre doch auch nicht mehr nötig, die U-Boote könnten doch um Skagen herumlaufen.

Immer wieder neue Unsinnigkeiten und immer wieder die Versuche, ihnen das klarzumachen.

Ich führe nur als Beispiele auf: „Die Offiziere hätten einen Todeseid geschworen" oder

„Die Flotte plane einen Staatsstreich gegen die jetzige Regierung",

„Der I. O. hätte nur für zwei Tage Proviant an Bord nehmen lassen, da das Schiff doch nicht zurückkäme" (dabei hatte jedes Schiff stets mindestens für mehrere Wochen Proviant an Bord) und ähnliches.

Die hetzenden Kreise wollten überall, wo sie Boden gewannen, die Leute nicht zur Ruhe kommen lassen, immer von neuem warfen sie in die aufgeregten Gemüter neue Gerüchte, erneutes Mißtrauen, neuen Unwillen hinein. Der Einfluß der Offiziere sollte nicht wieder Boden gewinnen.

Wie konnte es sonst entstehen, daß auf verschiedenen Schiffen, so z. B. auf „Bayern", plötzlich falsche Befehle durch das Schiff gerufen wurden, die die Besatzung verwirren und unruhig machen, ohne daß man die Täter fassen kann. Wie konnte es sonst geschehen, daß auf einem Großen Kreuzer, der nachts in Wilhelmshaven im Innenhafen an der Kaimauer liegt, als die Besatzung schläft und gar nichts los ist, plötzlich unter den Hängematten hindurch ein paar Leute laufen, rufend: „Rette sich wer kann, die Offiziere wollen die Munitionskammern in die Luft sprengen". Niemand hatte die Täter greifen können, aber die Besatzung war in Kopflosigkeit versetzt, die planmäßig gegen die Offiziere eingestellt war.

Nur so ist es zu erklären, wenn auf „Friedrich der Große", der, von Schillig-Reede einlaufend, vor Wilhelmshaven Kohlen ergänzt hat und nun wieder, wie offen bekannt war, auf seinen Posten zurückfahren will, einen Posten, der gar keine Kriegsgefahr in sich schloß, also, ohne daß die geringste Veranlassung vorliegt, plötzlich — kurz vor dem Ankerlichten — ein Stoßtrupp in die Betriebsheizräume überfallmäßig eindringt, die Wache über den Haufen rennt und die Feuer löscht. Nachdem der Kommandant sofort in die Heizräume gegangen ist, wo zunächst nur die Tatsache festzustellen ist und die Besatzung zur Musterung gerufen ist, begibt sich der an Bord befindliche Ge-

schwaderchef mit dem Kommandanten in die Vorbatterie, bringt die Leute, die durch die wildesten Gerüchte aufgeregt sind, wieder zur Vernunft und das Schiff geht in See.

Es ist auch ein interessantes Beispiel, daß auf „Westfalen" der Kommandant seinem Gefechtsrudergänger ganz besonderes Vertrauen schenkt und mit ihm sprechend die Zusicherung erhält, möglichst beruhigend auf die Besatzung einzuwirken, während man später erfuhr, daß er im umgekehrten Sinne, sich stützend auf das, was er alles hören könne und vom Kommandanten wisse, nur verhetzend unter der Mannschaft tätig war. — Es sind das wohl genug Beispiele.

Besonders hervorgehoben muß aber werden, daß ich nie gehört habe, daß Beschwerden über das Benehmen der Offiziere, über Verpflegung und Behandlung in dieser Zeit im Vordergrund gestanden hätten oder auch nur hervorgehoben wären. — Die durch das Kriegselend mürbe gemachten Gemüter wurden zur letzten politischen Tat, die Kampfkraft des Volkes zu brechen, aufgehetzt, indem diesen Elementen dabei zu Hilfe kam die Tatsache, daß der Staat die Fundamente des alten Systems so preisgegeben hatte, daß der Offizier für seine Autorität keinen Rückhalt mehr hatte. So mußte das Gefüge der Truppe, da wo die politische Gemütsbewegung des Volkes bis in die Truppe hineinreichen konnte, zu Bruch gehen, trotzdem das Offizierkorps mit vollem Opfersinn sich in den neuen Staatsorganismus im Interesse der Verteidigung des Vaterlandes einzufügen zwang.

Es ist bezeichnend, daß nach Angabe des Stationschefs in Wilhelmshaven, als er gelegentlich die Führer der Bewegung eindringlich darauf hinwies, wie ungeheuerlich es wäre, jetzt in der letzten Stunde vor dem Waffenstillstand durch eine Revolution unsere Stellung gegen den Feindbund auf das schwerste zu erschüttern, das englische Volk, auch die Arbeiter drüben, würden sich schwer hüten, mit den revolutionären Elementen gemeinsame Sache zu machen, dem Sinne nach folgende Antwort gegeben wurde: Die Revolution mußte jetzt erfolgen, denn der Frieden mußte von der neuen und nicht von der alten, gestürzten Regierung gemacht werden. Das Zustandekommen der Revolution wäre sonst in Frage gestellt.

Aus den Besprechungen mit den Stationskommandos in den ersten Novembertagen war bekannt, daß dort nur noch ein geringer Teil des Seebataillons und auch dieser nur noch bedingt für zuverlässig gehalten wurde. Armeetruppen waren noch nicht verfügbar.

Nur mit großer Mühe gelang es schließlich, einen größeren Transport Untersuchungsgefangener in der Nacht vom 5. zum 6. November von Wilhelmshaven aus in Marsch zu setzen. Aber schon bei der Durchfahrt durch Bremen gingen die Armee-Begleitmannschaften zu der dort bereits vorherrschenden revolutionären Bewegung über und der Gefangenen-Transport löste sich auf.

In den Zwischentagen war die revolutionäre Bewegung schnell von Kiel über Hamburg in das Reich vorgedrungen, hatte auch Cuxhaven und, durch Abgesandte aus Kiel geschürt, das I. Geschwader in Brunsbüttel ergriffen.

Am Morgen des 6. November bildete sich dann, von den Kasernen des II. Ersatz-Seebataillons ausgehend, ein schnell anwachsender großer Demonstrationszug. Von der Flotte war es einer größeren Anzahl von Mannschaften der „Baden", die mit unmittelbarer Landverbindung an der Kaimauer lag, gelungen, von Bord zu kommen und sich dem Zuge anzuschließen. Die Flotte konnte die Entwicklung an Land nicht ohne weiteres übersehen. Es wurde mit der Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes gerechnet. Die vorbereiteten Alarmstationen, wichtige Brückenübergänge und Zugänge wurden besetzt. Der Flottenstab ging auf S. M. S. „Baden" über, die an die sogenannte Insel verholte, weil von dort die Telephon- pp. Verbindungen nach auswärts zu beherrschen waren. „Baden" wurde für alle regierungstreuen Teile der Besatzungen als Sammelpunkt angegeben.

Es ist bezeichnend, daß bei dem Gedanken, die „Baden" in die Schleuse zu verholen, wo das Schiff gut abgesperrt und übersichtlich gelegen hätte, sich sofort eine große Unruhe der Besatzung, auch der Unteroffiziere, bemächtigte. Das Schiff wollte in See gehen, um gegen meuternde Schiffe des I. Geschwaders zu kämpfen. Auf „Baden" sammelten sich von den verschiedensten Schiffen und Verbänden Offizier- und Mannschaftsgruppen, die, so gut es ging, ordnungsmäßig eingeteilt wurden. Von den besetzten Stellen im Hafen liefen im übrigen damals schon einige Meldungen ein, daß es zweifelhaft wäre, ob die Mannschaften gegen eigene Leute schießen würden.

Aus den Meldungen des Stationskommandos nach Berlin geht hervor, daß der Stationschef, als der Zug, der zahlreich mit Zivilisten, auch Frauen und Kindern, untermischt war, vor die Station kam, der Stationschef allein vor das Dienstgebäude getreten ist und erklärt hat, daß er auf der Straße nicht verhandele, aber bereit sei, einige Vertrauensleute zu empfangen.

Vorherrschend war, soweit ich übersehe, auch hier der Gedanke:

1. daß ein Bürgerkrieg die Lage des Reiches auf das Höchste gefährde.

2. daß der Wille zum Widerstand bei der Regierung nicht erkennbar war. (Die auf Forderung der Regierung erfolgte Aufhebung der Kommandierung des Admirals von Schroeder zur Niederwerfung der Meuterer ist dafür der sichtbarste Ausdruck.)

3. daß ein offener Kampf von Marine gegen Marine die letzte Küstenverteidigung unmöglich und die Gefahr einer Einmischung und Besetzung durch die Entente unmittelbar machte.

4. die völlige Unzuverlässigkeit der Garnisontruppen im Auftreten gegen eigene Leute und Bürger.

Von Armeetruppen trat eine schwache Maschinengewehrkompagnie erst nach Einleitung der Verhandlungen am Bahnhof ein, hat aber, soweit ich weiß, den Fraternisierungsversuchen nicht standgehalten.

Den abgeordneten Vertrauensleuten gegenüber — ungefähr 12 — ist, vom Stationskommando aus, Herstellung von Ruhe und Ordnung und Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit der Küste zur Bedingung gemacht worden, während die Forderungen nach Einsetzung von Vertrauenskommissionen, Entlassung politischer Gefangener, Aufhebung des Grußzwanges in der Stadt, freier Zutritt nach Wilhelmshaven für alle Reichstagsabgeordnete, gleiche Verpflegung für Offiziere und Mannschaften und Abschaffung der Zensur zur Weitergabe an die Regierung entgegengenommen wurden, da der Stationschef für die Entscheidung dieser allgemeinen Fragen nicht zuständig wäre. Die zur Gerichtsbarkeit des Stationskommandos gehörigen Untersuchungsgefangenen, bei denen Verdacht politischer Vergehen vorlag, wurden zur Beruhigung freigegeben. Eine Zurückziehung von Armeetruppen wurde nur zugesichert, falls Ordnung gehalten würde.

Im übrigen hat der Stationschef dahin gewirkt, daß zunächst die Massen zur Ruhe gebracht würden und hat weitere Besprechungen, und zwar mit 4—5 Vertrauensleuten, für nachmittags angesetzt. Es muß als Einzelheit erwähnt werden, daß der Stationschef mit Bezug auf die gleichmäßige Verpflegung gleich feststellte, daß die Offiziere der Garnison, den Mannschaften gleichgesetzt, sich in Zukunft nicht unwesentlich besser stehen würden, da sie vorher nur die geringeren Rationssätze der bürgerlichen Bevölkerung bezogen.

Das Flottenkommando wurde von diesen Vorgängen telephonisch unterrichtet, außerdem meldeten sich 3 Unteroffiziere, die von dem Stationskommando die Ermächtigung erhalten hatten, durch Ansprachen beruhigend auf die Mannschaften zu wirken. Daß dies richtig war und ihre Reden bei den Landmarineteilen auch gewirkt hätten, wurde durch telephonische Rücksprache beim Chef des Stabes der Station festgestellt.

Ferner traten die Mannschaften der „Baden", die sich dem Demonstrationszuge morgens unerlaubt angeschlossen hatten, geordnet an Land an. Eine Abordnung bat und forderte: Die „Baden"-Leute, die an dem Demonstrationszuge teilgenommen haben, wieder an Bord zu lassen; „Baden" wieder an ihren Liegeplatz zu verholen; Rückkehr der auf „Baden" befindlichen fremden Offiziere und Mannschaften auf ihre Schiffe; Erlaubnis zur Teilnahme an einer Versammlung nachmittags an Land.

Nach dem Verlauf der Vorgänge an Land appellierte der Flottenchef an die vaterländische Pflicht, die das Vaterland nicht in diesem schwersten Augenblick verteidigungsunfähig machen dürfe. Er müsse Ordnung und Gehorsam verlangen. Er könne irgendwelche noch zu

formulierende Forderungen von sich aus nicht erfüllen, sondern würde solche zur Entscheidung der Regierung vorlegen.

Forderungen nach Gefangenenbefreiung wurden nicht erhoben.

Es wurde besonders festgestellt, daß nach Regierungsanweisung die rote Flagge, falls sie an Bord gesetzt würde, als feindlich anzusehen sei.

So kam dieser Tag zum Abschluß, der bei den führenden militärischen Stellen in erster Linie von dem Streben beherrscht wurde, in den letzten Stunden vor Abschluß des Waffenstillstandes die Front nach außen so gut wie irgend möglich zu halten, die Verteidigung der Heimat als Höchstes stellend, dem alles andere unterzuordnen war.

Das Offizierkorps versuchte mit fast unmenschlicher Überwindung, dem in vollster Umformung befindlichen Staate zu dienen, wohl fühlend, daß dieser Staat den Offizier des alten Systems preisgab, ebenso wie er das alte System selbst von höchstverantwortlicher Stelle preisgegeben hatte.

Die Bruchkante zwischen alter und neuer Zeit kam offen zutage und die Kräfte, welche seit Jahren den Zusammenbruch der Kampffront erstrebt hatten, die mit allen Mitteln die im Volk geschürten politischen Gegensätze in die Truppe hineingeleitet hatten, sie sahen ihre Zeit gekommen, wo die Staatsgewalt in dem überstürzten Umbau des Ganzen die innere Verbindung verloren hatte, wo die wankende Mauer zu Fall zu bringen war, die im Staatsbau zwischen den klassenkampfbewußten politischen Volkskräften und den Soldaten aufgerichtet war.

Die Tat des politischen Umsturzes mußte und konnte jetzt gewagt werden, wo der gewaltige Druck der Heere der Entente noch auf der Kampffront lastete, die für die Zersetzungsarbeit so gut wie unerreichbaren und noch kerngesunden vordersten Fronttruppen in der Verteidigungspflicht gebunden waren, wo das Staatsgefüge den alten Halt verloren und ein neues standfestes Gefüge noch nicht gefunden hatte, wo die erregten Gemüter des Volkes fast haltlos waren.

Der Umsturz mußte, wie es ja auch in Wilhelmshaven ausgesprochen wurde, getätigt werden ehe der Waffenstillstand Besinnung brachte.

Diese schwerste Stunde der deutschen Zukunft ließ die Frucht reifen, deren erste Ansätze schon im Sommer 1917 hätten herausgeschnitten werden können und müssen, wenn der Staat damals die Marine nicht im Stich gelassen hätte!

Sachverständiger *Stumpf:*

Jeder, der den Admiral v. Trotha gehört hat, jeder, der ihn kennt, wird sagen, daß er hier Dinge verteidigt hat, die ihm tatsächlich wohl niemand von uns zur Last legt. Ich bin im Jahre 1913 öfter auf S. M. S. „Kaiser" gewesen, zur Zeit, als die Vorbereitungen zur Weltreise getroffen wurden. Ich habe da viel mit Matrosen und Heizern ge-

sprochen und nie ein anderes Urteil gehört, als daß ihr Kommandant ein durchaus gerechter, menschenfreundlicher und vornehm denkender Mensch sei. Trotzdem habe ich das Gefühl während des ganzen Vortrages gehabt, als ob sich hier im Ausschuß immer noch zwei Welten gegenüber stehen, durch eine chinesische Mauer getrennt. Herr v. Trotha hat gestern versucht, uns ein Bild zu geben von dem seelischen Innern auch der jüngeren Offiziere, und hat uns dabei ein paar Briefe verlesen, die den Betreffenden sicherlich alle Ehre machen. Aus meiner Erfahrung heraus muß ich aber leider Gottes sagen, solche Menschen, die so dachten und handelten, gab es nicht in der Regel. Ich gebe gern zu, daß sich auch unter den Offizieren bis zum Kapitänleutnant Menschen befanden, die eine hohe Auffassung von ihrem Beruf hatten. Aber erst dieser Tage ist mir ein Brief von einem Kameraden auf der „Helgoland" zugegangen, dem ich geschrieben hatte, er möchte mir seine Meinung von damals doch einmal sagen. Ich hatte ihn seit Kriegsende nicht mehr gesehen und gesprochen.

Ich bemerke, daß er ein Soldat war, solange ich ihn kannte, bis zum Februar 1918, der seine Pflicht getan hat. Er scheint heute nach seinem Schreiben ziemlich radikal zu sein, damals war er es noch nicht. Er hat niemals eine Strafe erlitten. Ich habe nie etwas Ungünstiges über ihn gehört. Er schreibt:

„Ich spreche jedem ehemaligen Offizier das Recht ab, heute die Anklage zu erheben, daß unsere Flotte von außen verhetzt wurde. Das Gegenteil war der Fall. Der Unterschied zwischen Offizier und Mannschaft war zu groß. Dieser Übelstand hätte mindestens besser ausgeglichen werden müssen, denn wir als gemeine Soldaten waren doch auch Deutsche, die ihr Leben fürs Vaterland einsetzen wollten, dagegen das Benehmen der Vorgesetzten. Wir waren doch Alle fünf, sechs, sieben Jahre Soldat. Wir sahen mit zu, wie die Kadetten an Bord kamen, wir sahen, wie sie Fähnrich wurden, dann wurden sie Leutnant und standen vor der Front und sagten zu altgedienten zum Teil verheirateten Leuten: Ihr Dämelsäcke, ihr Affengesichter! Oder jener Kapitänleutnant Zäschmar, der nie anders zu den Leuten sagte als: Geh weg, du Schwein, du Biest, du stinkst! Oder ganz und gar Kapitänleutnant Schulze, der immer als Rollenoffizier im Schiff herumschlich und so süß lächelnd jeden zum Rapport stellte wegen der geringsten Sachen. Ich könnte ja so noch vieles schreiben, aber Du hast ja selber alles mitgemacht. Wie es uns damals vor Gericht ging, will ich Dir auch mitteilen und diese Angelegenheit charakterisieren. Ich wurde nachts um 1 Uhr vernommen. Bei der Hauptverhandlung sagte der Vorsitzende wörtlich folgendes zu mir: Sie weichen mir andauernd aus. Ich werde Sie zum Eid nehmen und lasse Sie gleich verhaften wegen Verdachts zum Meineid; auf einen mehr oder weniger kommt es hier gar nicht an. Dieses jahrelange unwürdige und ungerechte

Leben war die Ursache der Empörung, die zuerst bei uns auf den Schiffen ausbrach, bedingt durch das enge Zusammenleben an Bord." Der Schreiber heißt Fritz Betz. Er ist damals wegen Mangels an Beweisen freigesprochen worden. Wenn Herr Admiral v. Trotha gestern sagte, jeder Matrose hätte im Dienst die höchstmögliche Selbständigkeit und Freiheit gehabt, so habe ich dafür aus meiner Erfahrung doch nur ein bitteres Lächeln übrig. Wie ist es mir oft gegangen, wenn ich mit einem gutgemeinten Vorschlag in dienstlicher oder technischer Hinsicht zu Offizieren ging? Dann erhielt ich die Antwort: davon verstehen Sie nichts! Zu denken haben Sie überhaupt nichts, dazu sind nur die Offiziere da. Sie haben nur zu gehorchen! Das ist mir dutzendmal passiert. Ich glaube, daß die Herren Sachverständigen und Mitglieder des Ausschusses sich doch auch schon an ehemalige Marineangehörige mit der Bitte um Auskunft gewandt haben; sie werden alle eine solche Auskunft erhalten haben.

Ich muß in diesem Zusammenhang eine Episode erzählen anläßlich des Vortrages des russischen Admirals v. Schoultz, den er vor vier Wochen im Marineverein „Treue" in Nürnberg gehalten hat. Dieser Marineverein ist ganz rechts eingestellt. Ich habe am Vortrag selbst teilgenommen. Der Redner, der nicht besonders gut deutsch spricht, wurde sehr ausführlich und hat nur ein einziges Mal große Bewegung im Saale hervorgerufen, als er erzählte, daß er drei Jahre bei der englischen Marine war und sich nicht an ein einziges Mal während dieser drei Jahre erinnern könnte, daß ein Offizier ein böses Wort zu einem Untergebenen gesagt hätte.

(Abg. *Joos:* Warum die Erregung?)

— Da gab es ein Raunen. Die Leute sagten sich: wie war es bei uns? Alle steckten die Köpfe zusammen, und jeder schien zu sagen: wie war es da aber bei uns? Ich habe dem Redner nachher persönlich gesagt: das ist doch eigentlich kaum denkbar, daß in den drei Jahren keine Reibungen und Zusammenstöße vorgekommen sind. Aber er sagte, er hätte nur das beste Vertrauensverhältnis, das man sich überhaupt denken kann, vorgefunden.

(Sachverständiger *Alboldt:* Haben Sie ihn persönlich gegesprochen?)

— Ich habe ihn längere Zeit persönlich gesprochen und ihm formulierte Fragen vorgelegt, u. a. die genannte. Ich erhielt wieder dieselbe Antwort. Ich habe auch gefragt, wie seine Meinung über die Aussichten der deutschen Flotte am 31. Oktober 1918 gewesen wäre. Er antwortete: Niemals waren die Aussichten der deutschen Flotte ungünstiger. Warum? Aus diesen und jenen Gründen. Soviel Schiffe hatten die Engländer, soviel Schiffe hattet ihr; ihr hattet zwei 38er, die Engländer 19!

Weiterhin hat Admiral v. Trotha sicherlich in gutem Glauben behauptet, es wäre keine alldeutsche Politik auf seiten der Offiziere getrieben worden. Ich muß ihm leider widersprechen und muß sagen: es ist nur alldeutsche Politik getrieben worden. Ich selbst war damals ein eingeschworenes und eingeschriebenes Mitglied der Vaterlandspartei in Wilhelmshaven und habe es vollkommen in Ordnung gefunden, wenn zum Beispiel der Kommandant antreten ließ und sagte: Ihr müßt euch gegen das parlamentarische System wehren, sonst kommt es so weit wie drüben in Frankreich, wo die Politiker jeden General und hervorragenden Staatsmann durch Mehrheitsbeschluß absetzen können. Wir müssen selbstverständlich Belgien haben, das Erzbecken von Briey und Longwy usw. Das hielt ich im Unterricht alles für selbstverständlich. Ich weiß nicht, ob man das als alldeutsche Propaganda bezeichnen darf. Ich bin dieser Meinung. Etwas anderes hörte man nie.

Dann hat Herr v. Trotha gesagt, das Vertrauensverhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften wäre deshalb so sehr gefährdet worden, weil die unzufriedenen Elemente innerhalb der Mannschaft sich an außenstehende Personen wandten mit der Bitte um Abstellung von Übelständen. Ich glaube, daß da vielleicht Reichstagsabgeordnete gemeint sind. Ich selbst habe diesen Weg beschritten und mich an Reichstagsabgeordnete gewandt. Warum? Weil es praktisch ganz unmöglich war, sich bei einem Vorgesetzten über einen Vorgesetzten zu beschweren. Wie hätte ich mich zum Beispiel über einen Offizier beschweren sollen? Ich hätte bei der Musterung sagen müssen: Herr Kapitänleutnant, ich muß mich über den Herrn Kapitänleutnant beim I. Offizier beschweren. Das war ganz unmöglich. Ich habe damals an den Abgeordneten D. Naumann im Reichstag geschrieben und die Zustände geschildert. Ich erhielt auch eine Antwort, worin er versprach, den schlimmsten dieser Mißstände abzuhelfen. Später wandte ich mich noch an den Zentrumsabgeordneten Dr. Pfeiffer, von dem ich keine Antwort erhalten habe. Das war schon gegen Ende des Krieges. Ich muß sagen, das Vertrauen unserer Soldaten zum Reichstag war ein unbegrenztes, denn die Zeitungen wurden mit wahrer Begier verschlungen, wenn im Reichstag etwas über Marineverhältnisse gesprochen wurde. Daraus kann man den Leuten keinen Vorwurf machen, wenn sie sich an Außenstehende wandten und damit vielleicht über die Dienstvorschriften hinausgingen. Es war das natürlich sehr gefährlich. Wer einen Brief an Reichstagsabgeordnete adressierte, konnte damit rechnen, daß der Brief von der Zensur aufgemacht wurde und der Betreffende wegen Erregung von Unzufriedenheit und weiß Gott was gefaßt wurde. Ich habe zunächst indirekt an Frau Dr. Gertrud Bäumer geschrieben. Diese hat den Brief an D. Naumann weitergegeben, wie sie mir später mitgeteilt hat.

Ich möchte für meine Person zum Gutachten Alboldt das Folgende sagen: Ich habe selten eine derartig richtige und treffsichere Kennzeichnung und Charakterisierung der Frontseele, wenn ich mich so ausdrücken darf, gefunden, auch wenn gesagt wird, Herr Alboldt hätte sich das aus der Ferne angesehen; mir sind selbst erst beim Lesen über manche Punkte die Augen aufgegangen. Das Gutachten ist im großen und ganzen eine ausgezeichnete Arbeit. Das muß jeder zugeben, soweit er nicht Seeoffizier war.

Abg. *Joos:*

Würden Sie sich zu folgendem äußern: Man sprach davon, daß das Vertrauen der Offiziere zu den Mannschaften ein unbegrenztes war. Ich habe aus dem Sachverständigenvortrag des Herrn v. Trotha entnommen, daß das Vertrauen, das die Offiziere in die Mannschaften gesetzt haben, von diesen mißbraucht, schmählich getäuscht worden ist. Kann so etwas ausgesprochen werden?

Sachverständiger *Stumpf:*

Wie ich Herrn v. Trotha verstanden habe, hat der Herr Sachverständige nur von einem Vertrauen der Offiziere zu dem Geist der Mannschaft gesprochen. Ich kann mich nicht in die Seele eines Offiziers hineindenken. Wenn Herr Admiral v. Trotha und die ihm unterstellten Offiziere das Vertrauen hatten, so macht ihnen das alle Ehre. Herr v. Trotha und seine Offiziere hatten aber jedenfalls das Vertrauen auch auf die Wirkung der Zauberformel des: Ich befehle es. Als dann diese einmal versagte, da waren die Vorgesetzten selbst viel zu deprimiert und seelisch zermürbt, um das nächstliegende zu tun: die Durchführung des Befehls mit der Waffe in der Hand zu erzwingen. Daß die Mannschaften kein unbedingtes Vertrauen hatten, das hat doch der Verlauf der Ereignisse bewiesen.

Die Seele der Mannschaften haben die Offiziere jedenfalls nicht verstanden!

Sachverständiger *Alboldt:*

Nach den sehr langen Ausführungen des Herrn v. Trotha, die im übrigen auch nicht einen der wesentlichen Punkte meines Gutachtens erschüttert haben, kann ich mich kurz fassen. Vorerst muß ich aber einige grundsätzliche Feststellungen machen.

Erstens: Durch die Ausführungen des Herrn v. Trotha zieht sich wie ein roter Faden hindurch: Herr Alboldt ist dort und dort nicht selbst dabeigewesen, also sind seine Sachverständigenausführungen minderwertig. Derselbe Einwand wurde schon bei meinem mündlichen Gutachten von dem Herrn Sachverständigen v. Kuhl erhoben. Ich habe damals Gelegenheit genommen, dem Ausschuß unmittelbar darauf schriftlich meine Stellungnahme dazu zu unterbreiten und im einzelnen auseinanderzusetzen, wodurch sich meine Sachverständigeneigenschaft erklärt. Gegenüber den Einwendungen des Herrn

v. Trotha beziehe ich mich ausdrücklich auf den Inhalt dieses Schreibens. Hinzu kommt, daß Herr v. Trotha meine Sonderstellung selbst genau gekannt hat. Wir haben 1919 sehr häufig miteinander in der Marineleitung zusammengearbeitet und Herr v. Trotha kann nicht ernsthaft meinen, daß ich deswegen, weil ich bei dieser oder jener Angelegenheit nicht unmittelbar dabei gewesen bin, kein sachverständiges Urteil habe.

Zweitens: Herr v. Trotha hat in seinen Ausführungen immer wieder auf sich selbst zurückgegriffen und bei der Behandlungs-, Verpflegungs- und Seeoffiziersfrage zum Ausdruck gebracht: das und das hätte *er* gedacht, so und so habe *er* gehandelt, 1915 habe *er* dieses Schreiben von sich gegeben, dann und dann jenes usw. Das ist alles richtig. Wer Herrn v. Trotha gekannt hat — der Sachverständige Stumpf hat das auch schon anerkannt —, hat immer gewußt, daß er als Mensch wie als Offizier eine einzigartige Stellung einnahm. *Deshalb,* Herr v. Trotha, hatte jeder in der Marine unbedingtes Vertrauen zu Ihnen. Wir haben schon seinerzeit, im Chinakrieg, während der Belagerung von Tientsin persönlich eng zusammen gearbeitet und manche Nacht, Rücken an Rücken, auf dem Wall oder in der amerikanischen Mission verbracht. Schon damals waren Sie mit vollem Recht bei allen sehr beliebt. Sie waren anders als die meisten Offiziere und das blieb so: wie Sie als junger Offizier waren, so sind Sie auch als Admiral gewesen. Das eben stempelt Sie zu einer der Ausnahmeerscheinungen innerhalb des Seeoffizierkorps, *und darum ist meiner Ansicht nach Ihren Ausführungen mehr die Bedeutung einer subjektiven Zeugenaussage beizulegen.* Wo in meinem Gutachten von Ausnahmen gesprochen wird, sind Sie immer mit gemeint, und vor allem darum auch, glaube ich, haben ihre ehemaligen Kameraden Sie als ihren Vertreter hierher entsendet und nicht so sehr Ihrer früheren Stellung wegen. Ein wie großes Vertrauen zu Ihnen in allen Kreisen der Marine vorhanden war, mag der Umstand erläutern, daß, als im Jahre 1919 zum erstenmal die neue Stelle eines Chefs der Marineleitung besetzt werden sollte und das Wehrministerium offiziell bei mir als Vorsitzenden des Deckoffizierbundes anfragte, wer dafür wohl in Frage käme, ich sofort geantwortet habe: nur einer und zwar Herr v. Trotha. Also, Sie, Herr v. Trotha, müssen bei der Beurteilung aller von mir angeschnittenen gewissermaßen menschlichen Fragen als Ausnahme ausscheiden. Sie haben aber auch noch in anderer Beziehung eine ganz besondere Stellung eingenommen: nämlich Ihren Seeoffizierskameraden gegenüber. Wenn Sie gestern öfters erwähnten: So kann es doch nicht nur bei mir gewesen sein; auch meine Kameraden haben mir immer zugestimmt, — *so wußten diese Kameraden, daß Sie der präsumtive Nachfolger im Marinekabinett waren!* Sie waren deshalb schon aus diesem Grunde einer gewissen Zustimmung immer sicher.

Dann ein Letztes zu den grundsätzlichen Bemerkungen: Wenn ich soviel Mittel zur Verfügung hätte, wie sie Herrn v. Trotha bei der Abfassung seiner Schriftsätze zur Verfügung stehen — denn er wird wohl nicht bestreiten wollen, daß hinter ihm die ganze Marineleitung mit allen ihren Mitteln und Unterlagen steht, wozu noch andere starke Kräfte kommen, während ich ausschließlich und allein auf mich angewiesen bin, so daß mein Gutachten allein in meinem Arbeitszimmer entstanden ist und zwar nur aus dem Material, das ich im Schreibtisch liegen habe, — so glaube ich sagen zu können, daß mein Gutachten dann noch anders, noch durchschlagender ausgefallen und ich dann außerdem in der Lage wäre, schnellstens eine große, eingehend belegte Gegenerklärung auf die gestern und heute gehörte lange Vorlesung Herrn von Trothas abzugeben.

Ich glaube aber, es wird genügen, wenn ich nur kurz auf einzelne Punkte eingehe, die mir im Schriftsatz des Herrn Admirals v. Trotha aufgefallen sind. Herr v. Trotha hat gesagt, ich hätte in meinem Gutachten behauptet, daß durch die sogenannte Untätigkeit der Flotte ihre Kraft und die Lust der Leute am Dienst aufs schwerste geschädigt worden sei. *Das habe ich nicht gesagt,* sondern ich habe ausgeführt, daß dieser Faktor wohl eine Rolle gespielt, aber in keinem Falle einen so überragenden Einfluß ausgeübt habe, wie jetzt immer von der Gegenseite ausgeführt wird. Ich bitte das in meinem Gutachten nachzulesen.[1])

Also: hier liegt ein Trugschluß Herrn v. Trothas vor.

Weiter sagte Herr v. Trotha, es sei doch eigentlich selbstverständlich, daß den Seeoffizieren in der Marine eine besondere Rolle zufiele, und er hat das in einer Form gesagt, als wenn ich in meinem Gutachten behauptet hätte, das dürfe nicht sein. *Ich habe aber im Gegenteil in meinem Gutachten zum Ausruck gebracht,* daß das etwas ganz selbstverständliches sei: der Seeoffizier müsse eine besondere Stellung haben. Ich bitte auch hier den Wortlaut meines Gutachtens nachprüfen zu wollen[2]).

Ich habe also auch hier nicht den von Herrn v. Trotha angegebenen Gedankengang verfolgt und habe, wie ich glaube, in meinem Gutachten wohl ganz richtig geurteilt.

Herr v. Trotha hat in diesem Zusammenhang ein Beispiel angeführt: ein Boot fahre von Land an Bord zurück, in dem sich ein ganz junger Seeoffizier neben dem ältesten Ingenieur des ganzen Geschwaders befinde. Herr v. Trotha hat nun gesagt, wenn unterwegs etwas passiere und das Boot in Gefahr komme, so müsse jeder einsehen, daß in diesem Falle der junge Seeoffizier einzuspringen habe, das sei

---

[1]) Vgl. Bd. 10, I dieser Reihe S. 65 ff.
[2]) Vgl. Bd. 10, I dieser Reihe S. 99.

doch klar. So klar ist das gar nicht! Wie nun, wenn das Boot durch Maschinenschaden in Gefahr geriet? Mußte dann auch der junge Seeoffizier einspringen? Oder der alte Ingenieur? So war es aber: der junge Seeoffizier hatte auch in diesem Falle das Recht, jede Anordnung zu treffen. —

Herr v. Trotha will jetzt immer die Bedeutung der gesellschaftlichen Stellung der anderen Offiziersgruppen gegenüber dem Seeoffizier als etwas hinstellen, worüber man eigentlich nicht reden solle, das hätte mit dem rein Militärischen gar nichts zu tun gehabt. Leider ist dem nicht so. Diese Fragen haben eine ausschlaggebende Rolle gespielt *und zwar ausgehend von den Seeoffizieren!* Es ist den anderen Offiziersgruppen eben nicht gleich gewesen — dazu waren sie zu gute Deutsche —, sich dauernd von einer Gruppe aufs schwerste zurückgesetzt zu sehen. Nur aus dem Grunde, weil diese Frage eine große Rolle gespielt hat, habe ich verschiedene Beispiele in meinem Gutachten angeführt, und daran gezeigt, welch große Bedeutung ihr gerade auch von den Seeoffizieren beigemessen wurde! Die Herren machen es sich ein wenig leicht, wenn sie hier heute z. B. sagen: wir verurteilen — jetzt nach 20 Jahren — den Fall des Inspekteurs des Bildungswesens ebenfalls scharf. Allerdings liegt in dieser Verurteilung gleichzeitig auch eine nachträgliche Verurteilung ihres damaligen höchsten Chefs v. Tirpitz, der zwar im Reichstag auch von den zur Sprache gebrachten Erlassen abrückte, da diese vor der Öffentlichkeit einfach nicht zu halten waren, *sonst aber nichts getan hat, um diese unhaltbaren Dinge von Grund auf zu ändern!* Im Gegenteil: Herr v. Cörper ist befördert worden und der Direktor der Ingenieurschule ist so lange im Dienst geblieben, bis seine Zeit abgelaufen war und er sowieso in Pension gegangen wäre. Die Herren Abgeordneten Joos und Dr. Moses haben das Grundsätzliche dieser und ähnlicher Vorgänge schon betont, daß nämlich auch bei uns in Deutschland das oft alles richtig gesehen wurde und daß man es auch an die richtigen Stellen brachte: bloß seitens dieser geschah nichts! Und gerade dafür habe ich in meinem Gutachten durch mehrere Beispiele überzeugende Beweise erbracht — namentlich auch in der Deckoffizierfrage —, wieviel versprochen und wie wenig gehalten worden ist. *Und das war es, was wir in der Marine als „System Tirpitz" bezeichneten.*

Herr v. Trotha hat dann über die Deckoffizierfrage Ausführungen gemacht, die ich nur als merkwürdig bezeichnen kann. Er wollte beweisen, daß in einer modernen Flotte die Deckoffiziere weniger wichtig und wert seien als in den alten Flotten. Er sagte: In den früheren ganz alten Flotten gab es nur vier Arten von Deckoffizieren, nämlich den Steuermann, den Bootsmann, den Feuerwerker und den Meister; die Marine sei dann gewachsen, der technische Apparat an Bord immer größer und komplizierter geworden und

dadurch sei die Stellung der Deckoffiziere weniger bedeutungsvoll geworden! Gewissermaßen nur aus Gnade und Barmherzigkeit habe sich die Marineleitung entschlossen, die alten Unteroffiziere auch zu Deckoffizieren zu machen. Eine solche Anschauung, wie sie Herr v. Trotha vertritt, ist, das brauche ich wohl nicht näher auszuführen, vollkommen abwegig. Und ich brauche wohl auch nicht noch das Gegenteil zu beweisen, daß nämlich in einer modernen Flotte der Deckoffizier noch viel mehr Aufgaben als in den Flotten früherer Epochen zu erfüllen hat. Das bedingt schon die Kompliziertheit der immer mehr wachsenden Technik. Auf den alten Segelschiffen war es immerhin verhältnismäßig leicht, Deckoffizier zu sein, aber auf einem modernen Linienschiff mußten schon wirkliche Qualitäten und lange Erfahrungen vorhanden sein, um den Dienst, den diese Gruppe verantwortlich zu verrichten hatte, durchführen zu können. Daraus ergab sich für die deutsche Flotte die unbedingte Notwendigkeit, den Stand der Deckoffiziere qualitativ zu heben, anstatt ihn, wie geschehen, mehr und mehr herabzudrücken. Ende 1918 wollte man dann auch endlich an diese notwendige Reform heran — da war es aber leider auch hierfür zu spät!

In diesem Zusammenhang hat Herr v. Trotha auch gesagt, Herr v. Tirpitz habe einen schweren Kampf mit dem Kriegsminister über die Deckoffiziere beim Kaiser geführt. Darüber bin ich erstaunt, da die Deckoffiziere doch als besonderes Korps bei der Gründung der preußischen Marine mitgeschaffen worden waren. Sie waren doch immer dagewesen als eine für die Marine notwendige Sondergruppe! Und nun soll Herr v. Tirpitz einen schweren Kampf geführt haben um diese ihre Sonderexistenz? Wenn das der Fall wäre, dann würde damit nur ausdrücklich auch von Ihnen, Herr v. Trotha, bewiesen sein, daß die neuzeitliche Marine die Sonderstellung dieses wichtigen Standes herabgesetzt hat! Denn nur so konnte es doch kommen, daß die Heeresleitung sagte: Was wollt Ihr mit Deckoffizieren, wir haben ja auch keine! —

Herr v. Trotha sagte weiter: Die Leistungen der Flotte sind bis zum letzten die besten, nämlich tadellos gewesen, vom Offizier bis zum letzten Mann, desgleichen das Verhältnis zwischen Offizier und Mann. Das hat er an mehreren Stellen seiner Ausführungen zum Ausdruck gebracht. Dazu kann ich nur wieder sagen, was auch schon hier ausgeführt worden ist: man muß sich dann nur wundern, daß, wenn das gegenseitige Verhältnis so gut war, die Ereignisse einen solchen Lauf genommen haben! Wenn wirklich das Vertrauen der Mannschaften zu den Offizieren dagewesen wäre, dann wäre es doch das Nächstliegende gewesen, daß die Mannschaften in trüben Stunden zu den Offizieren gingen und diesen ihre Leiden klagten. Da das nicht geschah, sondern alles einen ganz anderen Verlauf nahm, kann die Darstellung Herrn v. Trothas nicht richtig sein.

In diesem Zusammenhang gleich auf die Verpflegung kommend, erkläre ich ausdrücklich, daß ich nach den Ausführungen des Herrn v. Trotha gar keine Veranlassung habe, auch nur ein Jota von meinen Ausführungen zurückzunehmen. Die Verhältnisse waren so, wie ich sie dargestellt habe, und nicht so, wie Herr v. Trotha sie sehen möchte! —

Die von Herrn v. Trotha angeführten Briefe gefallener junger Seeoffiziere hat Herr Stumpf vorhin schon erwähnt. Ich kann mich diesem in seinen Ausführungen darüber nur anschließen. Es sind das Zeugnisse für gute Menschen mit richtigem Offiziersgeist. Leider sind es aber nur Einzelbeispiele gewesen. Herr v. Trotha deutete gestern an, man könne diese Beispiele beliebig vermehren. Ich warne Sie davor, Herr v. Trotha, diesen Weg zu beschreiten, denn es würde der anderen Seite nicht schwer fallen, ihrerseits ungezählte Beispiele für das Gegenteil beizubringen. Ja ich bin überzeugt, daß ein einziger Aufruf genügen würde, eine solche Masse davon zu erhalten, daß dieser Raum hier kaum ausreichen würde, sie ordnungsmäßig zu verarbeiten.

(Abg. *Dittmann:* Sehr richtig!)

Herrn v. Trotha ist übrigens in seinen Ausführungen ein weiterer Irrtum unterlaufen, in dem er mich als den Einsender der Eingabe betreffend Verleihung des E. K.s bezeichnete. Nicht ich, sondern Herr Dr. Struve war der Einsender. Im Anschluß daran hat Herr v. Trotha eine Menge Zahlen darüber gegeben, wieviel E. K.s damals in der Flotte verliehen waren. Ich muß mich wundern, daß Herr v. Capelle damals auf den Brief von Dr. Struve nicht sofort diese Antwort gegeben hat. Er erwiderte nur allgemein, es sei alles schön und gut.

(Sachverständiger *v. Trotha:* Ich habe diese Zahlen aus der Antwort des Herrn v. Capelle.)

— Dann ist mir diese Antwort nicht bekannt. Das ist immerhin merkwürdig; denn meines Wissens ist eine so detaillierte Antwort nie erfolgt, und ich glaube doch ungefähr alles gesehen und gelesen zu haben, was Dr. Struve an solchen Antworten erhielt.

(Abg. *Dittmann:* Können Sie uns die Antwort nicht zur Verfügung stellen, Herr Sachverständiger v. Trotha? — Sachverständiger *v. Trotha:* Ich habe sie zufällig in meinen Akten gefunden.)

Im übrigen ist der Punkt nicht so wichtig in Berücksichtigung der ganzen Ausführungen Herrn v. Trothas.

Richtig in dem Brief des Dr. Struve ist aber das, was darin in bezug auf die Art der Verleihung von E. K.s und Verdienstkreuzen steht, wie man gegen allerhöchste Bestimmungen und Verordnungen dauernd und bewußt verstoßen hat. Die Verhältnisse sind so gewesen,

wie sie damals geschildert wurden. Gegen Ende des Krieges wurden sie etwas besser, man wurde freigiebiger.

Öfter ist auch von Herrn v. Trotha erwähnt worden — allerdings ganz allgemein —, daß alles das, was ich über mangelhaftes Wohlwollen seitens der Seeoffiziere gegenüber allen Nichtseeoffiziergruppen sowie auch im besonderen über mangelhafte Sorge um das körperliche und seelische Wohlbefinden der Mannschaften während des Krieges gesagt habe, nicht stimme. Es wäre für Herrn v. Trotha doch ein leichtes gewesen, praktische Beispiele als Gegenbeweis anzuführen, wo, wie und in welchen Fällen man denn z. B. den anderen Gruppen so großes Wohlwollen gezeigt hat, in welcher Art und Weise man etwas für sie getan hat. *Das wäre beweisend gewesen.* Meine aufgestellten Behauptungen sind also von Herrn v. Trotha in nichts widerlegt. Herr v. Trotha hat gesagt, das Bemühen um das Wohl der Mannschaften sei überall groß gewesen. Er hat gesagt, daß er mit seinen Schiffsangehörigen des öfteren über diese Dinge gesprochen habe. Demgegenüber steht meine Behauptung in meinem Gutachten, daß sich auf den Linienschiffen des I. Geschwaders noch im Sommer 1915 keine eisernen Backen und Bänke für die Mannschaften befanden, absolut fest.

(Zustimmung des Sachverständigen *Stumpf.*)

Ich komme kurz zur Frage der Fehler unserer Schiffsartillerie und zu den sonstigen technischen Fragen. Herr v. Trotha hat gesagt, man könne die deutschen Verhältnisse in bezug auf Aufstellung der Artillerie, Entwicklung der Kaliber usw. mit denen der englischen Flotte nicht vergleichen. Die englische Flotte sei Hunderte von Jahren alt, unsere dagegen viel jünger gewesen, alles müsse sich organisch entwickeln, und deshalb könne man beide Flotten nicht vergleichen. Das ist meiner Ansicht nach wiederum gänzlich abwegig. Die englische Flotte war jahrhundertelang eine Segelflotte, während die preußisch-deutsche Flotte erst im Zeitalter der Panzerschiffe entstand, also durch Traditionen unbelastet war und deshalb rein technisch gesehen einen Vorsprung hatte. Es ist weiter Tatsache, daß die englische Flotte noch Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre ein Sammelsurium von allen möglichen Schiffsklassen darstellte, und man auch in England in bezug auf Kaliber und Aufstellung von Kanonen auf modernen Schiffen sich in der ersten Entwicklung befand. *Damals schon standen wir also mit den Engländern auf gleicher technischer Stufe in bezug auf diesen Punkt!* Ich glaube, wir standen — z. B. mit unserer „Brandenburg"-Klasse — sogar höher. Alles, was bei uns in bezug auf die Aufstellung der schweren Artillerie und auf mangelhafte Kaliber später verschuldet worden ist, geht auf Kosten irgendeiner besonderen Einstellung höchster Seeoffizierstellen. Anders ist dieser Punkt nicht zu erklären, denn es ist notorisch, daß unsere Techniker auf vollster

Höhe waren. Daß aber diese Einstellung höchster Seeoffizierstellen falsch war, dafür ist der von mir in meinem Gutachten erbrachte Nachweis durchschlagend: *wir haben immer nachgemacht, was andere Nationen vormachten, nur allerdings durchweg vier Jahre später und wenn die anderen schon längst wieder zu Besserem übergegangen waren!* Dieser Beweis ist nicht zu erschüttern.

(Abg. *Brüninghaus:* Dann haben wir also in der Skagerrakschlacht mit den alten Schiffen die neuen geschlagen!)

Das allgemein zur Artillerie.

Herr v. Trotha hat dann geglaubt sagen zu können, ich hätte in meinem Gutachten falsche Angaben über den Schlußkampf der „Emden" gegen den englisch-australischen Kreuzer „Sidney" gemacht. Ich habe lediglich gesagt, die beiden Schiffe seien *fast* gleichaltrig gewesen. Meine Hilfsmittel sind, wie schon ausgeführt, sehr gering. Ich habe nur wenige Marinehandbücher und in denen fehlen gerade Angaben über diese beiden Schiffe. Aber das glaube ich im Gedächtnis zu haben, daß unsere „Emden" ein Schiff der „Königsberg"-Klasse war, die 1909 vom Stapel gelaufen ist, und die „Sidney" ein Schwesterschiff der englischen „Birmingham"-Klasse, die 1910 vom Stapel gelaufen ist. Der Altersunterschied wäre dann nicht vier Jahre, wie Herr v. Trotha vorlas, sondern nur ein Jahr. Aber ich will einmal sogar annehmen, daß ich mich da geirrt hätte und die „Sidney" wirklich ein um vier Jahre jüngeres Schiff als die „Emden" gewesen sei. Dann kehrt sich die Schlußfolgerung, die Herr v. Trotha daraus gezogen wissen will, erst recht gegen ihn: *denn selbst wenn die „Emden" gleichaltrig mit „Sidney" gewesen wäre, dann hätte sie ja auch dann noch 10,5 cm Geschütze gehabt!* Denn erst im Kriege haben wir doch alle unsere kleinen Kreuzer drei oder vier Monate aus der Front herausgezogen und 15 cm daraufgestellt, um sie den Engländern wenigstens einigermaßen gleichwertig zu machen! Denn eine solche Maßnahme war natürlich immer nur ein Notbehelf. Die Tatsache, daß wir 22 Jahre denselben Kreuzertyp entwickelt und ihn vom ersten bis zum letzten dieser 22 Jahre mit demselben und zwar viel zu kleinen Kaliber bestückt haben, obwohl wir während dieses Zeitraumes die Dimensionen dieser Schiffsklasse mehr als verdoppelten, spricht Bände. Auch hier: im Krieg erst ist es dann eingesehen und anders gemacht worden und damit zugegeben, daß es vorher falsch gemacht worden war. —

Zur Frage der Schußweiten. Herr v. Trotha hat darüber viel gesagt und allerhand Zahlen angegeben. Ich halte auch demgegenüber an meiner Behauptung fest, daß unsere Schiffe nicht so weit schießen konnten wie die Engländer. Der Fall ist am 24. Januar 1915 und in der Skagerrakschlacht vorgekommen und ist mir von vielen Turmführern, die an diesen Gefechten teilnahmen, eingehend und übereinstimmend geschildert worden. Das sind ganz einwandfreie

Nachrichten. Wir konnten oftmals das Ziel nicht bekommen, weil der Engländer noch zu weit ab war, während dieser selbst unsere Schiffe schon beschoß.

Dabei muß ich auf den Fall Brüninghaus, den ich in meinem Gutachten anführte, kurz eingehen. Es ist gestern gesagt worden, der Chef des Waffendepartements sei nie auf „König" gewesen. Wenn Herr Brüninghaus das sagt, glaube ich es, dann hat mich bezüglich der Person meine Erinnerung getäuscht. Die Worte selbst sind doch aber wohl von Herrn Brüninghaus einem Kommissionsmitglied gegenüber gesprochen worden?

(Abg. *Brüninghaus:* Ich kann es gar nicht gewesen sein. Ich persönlich habe die Herren sicherlich nicht empfangen, denn ich wurde in Kiel ausgeschifft, weil ich an Gasvergiftung erkrankt war.)

Sind Sie während der ganzen Reparaturzeit des Schiffes nie mehr an Bord gekommen?

(Abg. *Brüninghaus:* Erst später. Mit Kommissionen habe ich aber nichts mehr zu tun gehabt.)

Ich kann mich natürlich in einzelnen Kleinigkeiten geirrt haben, bin aber auch jetzt noch fest davon überzeugt, daß der von mir geschilderte Vorfall sich in ähnlicher Form abgespielt hat. Jedenfalls steht fest — das werden Sie wohl nicht bestreiten wollen, Herr Brüninghaus —, daß in der Skagerrakschlacht die „König"-Klasse von der „Elisabeth"-Klasse heftig beschossen wurde, ehe sie selbst zum Schießen kommen konnte.

Abg. *Brüninghaus:*

Die Dinge liegen genau umgekehrt. Ich habe mir mein Tagebuch herausgenommen und es nachgelesen. Wir schossen eine ganze Zeitlang auf die „Elisabeth"-Klasse, und zwar „König" auf den „Warspite" ehe sie anfingen, auf uns zu schießen. Ob sie die Entfernung nicht bekommen konnten, weiß ich nicht. Jedenfalls hatten sich die englischen Schiffe auf „Moltke", „Seydlitz" usw. verbissen. Ich habe wohl 10 Minuten geschossen, ehe sie angefangen haben, auf mich zu schießen. Wie man daraus folgern kann, die Engländer hätten geschossen, ehe wir schießen konnten, verstehe ich nicht. Wir haben die Salven nicht, wie ich neulich aus dem Gedächtnis sagte, auf 18,3 sondern schon auf 18,8 km eröffnet, und zwar auf eine Entfernung, wo man gerade noch die Möglichkeit hatte, lediglich Salvenaufschläge zu beobachten. Das ist die Tatsache, wie sie sich zugetragen hat. Wir haben minutenlang auf die „Elisabeth"-Klasse geschossen, und die Engländer haben nicht wiedergeschossen, weil sie sich zunächst einmal auf die anderen Schiffe verbissen hatten. Daraus kann man aber doch nicht entnehmen, daß die Engländer weiter schossen als wir. Das ist falsch!

Sachverständiger *Alboldt:*

Es liegen eine Menge einwandfreier Bekundungen für meine Behauptung vor. Wenn der Fall für wichtig gehalten wird, könnten die Turmführer und andere Personen vernommen werden. Diese haben ausgesagt, daß sie häufig die Entfernungen nicht bekommen konnten und andererseits selbst heftig beschossen wurden und das hätte sehr deprimierend, aber auch sehr verbitternd gewirkt. Und ein einwandfreier Beweis für meine Darstellung ist doch die von den Herren nicht bestrittene Tatsache, daß wir nach dem Gefecht bei der Doggerbank und nach der Skagerrakschlacht versuchten, durch Umbau der Lafetten den schweren Geschützen weitere Schußentfernungen zu geben! Warum wohl, wenn wir, wie Herr v. Trotha sogar glauben machen wollte, weiter als die Engländer schießen konnten? Dann entfiel doch jede Veranlassung dazu! Abschließend zu diesem Punkt aber lasse ich schließlich Admiral Scheer, wie schon in meinem Gutachten, *selbst sprechen.* Herr Scheer sagt in seinem Buch „Die Hochseeflotte im Weltkrieg", das er 1919 geschrieben hat:

> „Wir hatten zudem England gegenüber ein besonders schwieriges, meist sogar aussichtsloses Problem zu lösen. Wir mußten trachten, dem Gegner nahe auf den Leib zu rücken, um das kleinere Kaliber zur stärkeren Wirkung auf nahe Entfernung zu bringen und womöglich den Torpedo verwenden zu können; und vom Engländer mußten wir erwarten, daß er mit der bei allen Schiffstypen größeren Geschwindigkeit und mit der schwereren Artillerie die Gefechtsentfernung nach seinem Gefallen wählt und das Gefecht hinhaltend führen würde, wie sich das ja im Kriege durchaus bestätigt hat."

Ich glaube, daß dieser ganz in meinem Sinne und vollkommen eindeutigen autoritativen Erklärung Scheers gegenüber meine Beweisführung nicht weiter bestritten werden kann. —

Ich komme sodann zum Fall „Blücher". Ich habe diesen Fall als einen die Psyche der Mannschaften Anfang 1915 aus verschiedenen Gründen besonders schwer belastenden hingestellt. Die ganze Flotte war damals voll davon: wenn „Blücher", dieses langsame Schiff, noch einmal mit den viel schnelleren Schlachtkreuzern mit muß, dann geht die Sache schief! Und sie ging auch gleich hernach schief. Herr v. Trotha hat gesagt, was ich bezüglich der Geschwindigkeitsunterschiede in diesem Zusammenhang ausgeführt habe, sei ganz und gar falsch und er behauptete zum Gegenbeweis dessen unter Assistenz des Herrn Abg. Brüninghaus: „Blücher" lief 24 und „Moltke" 25 Seemeilen! Damit sollte dem Ausschuß bewiesen werden: also hat der ganze schwere Fall „Blücher", wie Herr Alboldt ihn dargestellt hat, nicht gestimmt und das zeige eben, wie wenig dessen Gutachten überhaupt wert sei. *Nun hätte aber schon das einfachste Hilfsmittel, nämlich Weyers Taschenbuch der Kriegsflotten, dessen*

Angaben von der Admiralität selbst stammen, genügt, um Herrn v. Trotha zu zeigen, daß in diesem offiziellen Handbuch steht, daß die „Moltke" 28,8 Seemeilen lief! „Blücher" ist in diesem Buch von 1918 nicht mehr enthalten. Ich glaube aber aus dem Kopf zu wissen, daß sie bei den Probefahrten auf ungefähr 24,8 kam und später auf rund 24 Seemeilen zurückgefallen ist. Das ist ein Unterschied von über 4 Seemeilen zwischen „Blücher" und „Moltke"; und die anderen Schlachtkreuzer liefen ebenfalls 28—29 Seemeilen! Ich brauche hier nicht auszuführen, was ein solcher Unterschied für Schiffe in einem Verband bedeutet, und gerade auf diesen von der Flottenleitung ungenügend berücksichtigten Unterschied und seine traurigen Folgen habe ich in meiner gutachtlichen Darstellung hingewiesen. Wenn schon auf Feststellungen so einfacher und klarer Natur *von dem Herrn Sachverständigen Admiral v. Trotha, dem früheren Chef des Stabes der Hochseeflotte, zum Beweise des Gegenteils so leicht hingeworfen wird: „Blücher" lief 24, „Moltke" 25 Meilen, und dabei schon jedes einfache Handbuch zeigt, daß „Moltke" 28,8 gelaufen hat, so wird er sich selbst sagen müssen, daß dadurch auch der Wert seiner sonstigen Ausführungen — und zwar ganz gleich von welcher Seite man die oben erwähnte Gegenbehauptung betrachtet — stark herabgesetzt wird.*

Zur *Verpflegungsfrage* noch das eine. Ich glaube, daß die Freunde des Herrn v. Trotha diesem einen Bärendienst erwiesen haben, als sie ihm in die verlesene Entgegnung hineinschrieben, daß der Vorwurf des Professors Birk, „die Offiziere hätten Wein in Hülle und Fülle bis zuletzt gehabt, während die Lazarette keinen gehabt hätten", gegen das Offizierskasino in Kiel, in dem notorisch bis zum Kriegsende außerordentliche Mengen von Wein vorhanden waren, solange nicht erhoben werden dürfe, bis feststehe, daß die Lazaratte an das Kasino herangetreten seien und dann eine ablehnende Antwort erhalten hätten. *Ich kann solchen Gedankengängen einfach nicht folgen.*

(Sehr richtig!)

Das, was allgemein unter wirklicher Kameradschaft verstanden wird, hätte vielmehr auch dem Seeoffizierkorps zur Pflicht gemacht, den Wein von sich aus zur Verfügung zu stellen und es nicht erst auf eine Aufforderung dazu ankommen zu lassen! Übrigens entlockt dem Wissenden schon allein die Vorstellung ein Lächeln, daß die Verwaltung eines Lazaretts es überhaupt gewagt hätte, beim Seeoffizierkasino die Abgabe von Wein zu beantragen.

Herr v. Trotha hat in seinem Gutachten „Zusammenarbeit zwischen Flotte und U-Boot" gesagt: „Niemals ist es vorgekommen, daß englische Geschosse lebenswichtige Teile deutscher Schiffe durchschlagen haben." Ich habe gerade diesen Punkt in meinem Gutachten besonders herausgestellt und bewiesen, daß diese Angabe absolut unhaltbar ist. Herr v. Trotha versuchte über diesen Punkt schnell

hinwegzugleiten, indem er einfach sagte: „Selbstverständlich war ich nach der Skagerrakschlacht auf den einzelnen Schiffen und habe natürlich auch die englischen Schußlöcher gesehen.“ Das ist eine recht belanglose Stellungnahme zu diesem schwerwiegenden Punkt; schwerwiegend nach den verschiedensten Seiten. Ich stelle demgegenüber noch einmal fest, daß lebenswichtige Teile unserer Schiffe von englischen Granaten durchschlagen wurden. Denn solche lebenswichtigen Teile sind die schwersten Panzerflächen — z. B. die Turmpanzer — von „Derfflinger“, „Seydlitz“ usw. —, die von englischen Geschossen glatt durchbohrt wurden. Diese Türme brannten infolge der durchschlagenden Treffer bis in ihre Munitionskammern herunter aus, und ich behaupte nach wie vor, daß es nur ein außerordentlicher Zufall gewesen ist, daß unsere Schiffe, „Derfflinger“, Seydlitz“ und andere, nicht auch in die Luft geflogen sind wie verschiedene englische Schiffe. Unmittelbar nach der Skagerrakschlacht bin ich in der Pulverkammer der „Derfflinger“ im Turm „Cäsar“ gewesen, in dem mein bester Freund als der Führer dieses Turms mit seiner ganzen hundertköpfigen Besatzung durch diesen einen Treffer gefallen ist. Da lagen noch auf den Ladeschalen unten am Kartuschfördertisch die ausgebrannten Kartuschhülsen, etwa vier. Wenn diese vier zufällig zusammen abgebrannt wären, hätte die entwickelte Hitze mit hoher Wahrscheinlichkeit genügt, um die ganze Kammer und damit das Schiff zur Explosion zu bringen. Es waren also doch lebenswichtige Teile, die da durchschlagen worden sind, und *darum ist die Aussage Herrn v. Trothas in diesem Punkte einfach nicht zu verstehen, wenn man nicht annehmen will, daß sie allein darauf berechnet war, die Schiffsbaupolitik Herrn von Tirpitz' zu glorifizieren.*

Und nicht nur auf nähere, sondern auch auf ganz weite Entfernungen haben die Engländer schon im Januar 1915 im Gefecht an der Doggerbank lebenswichtige Teile unserer Schiffe, nämlich ebenfalls die schweren Panzer auf „Seydlitz“ durchgeschlagen, wie ich das schon in meinem Gutachten noch näher ausgeführt habe. Und schon damals war es ein Glück, daß dies Schiff nicht hochging, vermutlich nur, weil unsere Pulvermunition im einzelnen nicht so explosiv wie die englische war. *Nur diesem Umstand ist es meiner Ansicht nach zu danken, daß die „Seydlitz“ damals nicht neben „Blücher“ verlorengegangen ist und nicht der Unverletzlichkeit der lebenswichtigen Teile unserer Schiffe englischen Granaten gegenüber.* Solche sind von den Engländern bei uns ebenso glatt durchschlagen worden, wie bei ihnen durch unsere Geschosse. Das glaube ich hiermit genügend gezeigt zu haben.

Abg. *Brüninghaus:*

Die Herren Alboldt und v. Trotha reden aneinander vorbei. Es handelt sich darum, daß die englischen Panzergranaten — ich habe

selbst neun schwere 38 und 34 cm Treffer gehabt — selbstverständlich durch den Panzer gegangen und auch selbstverständlich in vitale Teile des Schiffes gekommen sind, daß aber die Sprengwirkung der englischen Granaten ungefähr gleich Null war; ich kann mitteilen, daß ich im „König" eine englische 38 cm Granate stecken hatte, die in drei Teile zerbrochen war; nachher stand ein Teil im Gewicht von ein paar Zentnern in der Kajüte. Die außerordentlich gute Unterteilung des Schiffes hat uns vor ähnlichen Katastrophen bewahrt, wie sie die englischen Schiffe erlitten haben. Bei mir brannte die Munition an Bord. Aber die ausgezeichnete Ausbildung der Mannschaften bewirkte, daß die Leute sofort die Sache in Ordnung brachten, woran ich übrigens keine Sekunde gezweifelt hatte. Die englischen Granaten haben eben nicht vermocht, das Schiff „König" trotz neun schwerer Treffer gefechts- oder auch nur manöverierunfähig zu machen.

Sachverständiger *Alboldt:*

Demgegenüber stelle ich fest: Es ist von uns kein englisches Schiff in den Grund gebohrt worden etwa durch Unterwassertreffer, oder dadurch, daß unsere Granaten die englischen Schiffe gewissermaßen zerschmettert hätten! Alle Verluste der Engländer sind vielmehr durch Explosionen ihrer Pulverkammern erfolgt, bis wohin unsere Granaten ihre Wirkung trugen. Genau so war aber die Wirkung der englischen Granaten bei uns, wie ich eben am Fall „Derfflinger" gezeigt habe. Dort haben die englischen Geschosse den Turmpanzer glatt durchschlagen, sind innerhalb des Turmes krepiert und haben dort die vorhandene Pulvermunition zum Aufflammen gebracht. Also nur dem Umstand, daß unsere Pulvermunition weniger explosiv war, und besonderen Glücksumständen in unseren Pulverkammern — *wobei immer wieder im Gegensatz zu allen bisherigen Darstellungen der Gegenseite zu beachten ist, daß auch wir und nicht nur die Engländer Kartuschen hatten, die nicht von Messinghülsen, sondern ebenfalls nur von Seidenbeuteln umschlossen waren, nämlich unsere Vorkartuschen* — ist es zu danken, daß uns nicht dasselbe Unglück wie den Engländern passierte. Aber nicht, wie Herr Abg. Brüninghaus soeben klarmachen wollte, der guten Unterteilung unserer Schiffe, die damit gar nichts zu tun hatte. Diese konnte sich allgemein nur Torpedo- und Minentreffern gegenüber bewähren.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf das Gutachten des Vizeadmirals a. D. Galster. Sein Gutachten — ich kenne ihn gar nicht — ist natürlich vollkommen unabhängig von dem meinem entstanden; aber es ist interessant, daß er zu dem vorerörterten Punkt in seinem Gutachten manchmal fast mit denselben Worten zu denselben Schlußfolgerungen kommt, wie ich in dem meinen. Vizeadmiral Galster war übrigens nicht bloß der Vorkämpfer für das U-Boot, als welcher er am meisten bekannt ist, *sondern ist auch der erste Inspekteur der*

Schiffsartillerie in der deutschen Flotte gewesen und muß infolgedessen gerade in diesen artilleristischen Fragen als besonders qualizierter Fachmann angesprochen werden. Wenn also zwei aus ganz verschiedenen Sphären stammende Gutachter sich in ihrem Urteil vollkommen decken, so erinnere ich an das eine Wort des Herrn Abg. Brüninghaus, das er früher im Ausschuß gesprochen hat, daß nämlich einem solchen Umstande allein schon eine gewisse Beweiskraft innewohne.

Zu alldem, was Herr v. Trotha gegen meine Ausführungen in Sachen des U-Bootbaues vorgelesen hat, kann ich nur sagen: alles, was in meinem Gutachten darüber gesagt ist, bleibt demgegenüber voll und ganz bestehen. *Die Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß das Reichsmarineamt sich fast bis zum Ende des Krieges, als es zu spät war, in einer gewissen Abwehrstellung gegen die U-Boote befunden hat.* Das sind Dinge, die nicht widerlegt werden können; zum Teil sind sie aktenmäßig, zum Teil von Herrn v. Capelle nie bebestritten worden. Auch darin halte ich mein Gutachten vollkommen aufrecht — und Herr v. Trotha hat auch dafür keinen Gegenbeweis erbracht —, daß, wenn wir rechtzeitig genügend U-Boote gebaut hätten, wir noch 1917, als wir den unbeschränkten U-Bootkrieg begannen, und 1918 diesen hätten gewinnen können. Ich habe in meinem Gutachten nachgewiesen, daß gerade Admiral v. Schoultz es war, der ausführte, daß die Engländer nur gerettet worden sind nicht durch ihre eigene U-Bootabwehr, sondern lediglich dadurch, daß zu ihrem noch der riesenhafte amerikanische Abwehrapparat hinzukam.

Hätten wir aber mehr U-Boote gehabt, so hätte sich dieser Abwehrapparat uns gegenüber nicht so auswirken können, wie es tatsächlich der Fall war, nämlich so, daß schließlich die Verlustquote an U-Booten größer war als der Zuwachs. Darum noch einmal: *Hätten wir rechtzeitig mehr U-Boote gebaut, wie wir das konnten, dann wäre das Endergebnis des U-Bootkrieges und damit des ganzen Krieges zweifellos ein anderes gewesen.*

Herr v. Trotha sagte in diesem Zusammenhang, es wäre schade gewesen, daß Tirpitz als stärkster Faktor für den U-Bootbau leider zu früh ausgeschieden wäre. Herrn v. Tirpitz wird von seinen Anhängern ungefähr alles nachgerühmt, daß er aber auch der besondere Förderer des U-Bootbaues gewesen wäre, das habe ich doch noch nicht gehört. Bisher kann nur nachgewiesen werden, daß Tirpitz den U-Bootbau *nicht* gefördert hat und daß erst mit Herrn v. Capelle's Amtsantritt mit einem Male in einem Monat soviel U-Boote bestellt wurden — natürlich auch nur auf entsprechenden fremden Druck —, als Herr v. Tirpitz ungefähr in der ganzen Zeit des Krieges bis dahin bestellt hatte!

(Sachverständiger Dr. *Herz:* Herr v. Capelle hat im 2. Unterausschuß gesagt, er hätte zunächst nicht bauen können, weil er den Widerstand eines Departementsdirektors nicht hätte überwinden können.)

Ich bin darum der festen Überzeugung und glaube es nachgewiesen zu haben, daß die widerstrebenden Kräfte innerhalb der höchsten Marineleitung den mangelhaften U-Bootbau und dadurch den schlechten Ausgang des U-Bootkrieges verschuldet haben. — —

Herr v. Trotha hat gesagt, Prinz Heinrich sei niemals Kommandant der alten „Oldenburg" gewesen. Offenbar sollte auch dieser Hinweis die Wirkung meines Gutachtens abschwächen. Es handelt sich dabei um einen ganz unwesentlichen Punkt. Ich habe Prinz Heinrich nur in Parenthese angeführt und ausdrücklich erwähnt, daß er meines Wissens an dem von mir erwähnten Vorfalle selbst nicht schuld sei. Ich will es dahingestellt sein lassen, ob Prinz Heinrich damals Kommandant des Schiffes war, ich glaube aber zu wissen, daß er damals dort an Bord war, wenn nicht als Kommandant, dann in anderer Eigenschaft.

(Sachverständiger *v. Trotha:* 1886.)

Tatsache ist jedenfalls, daß der Fall selbst sich in dem von mir gebrachten Zusammenhang auf der alten „Oldenburg" abgespielt hat und darauf kommt es allein an. Solche Dinge sind also schon damals vorgekommen, ohne daß ein Mensch an Revolution oder dergleichen dachte.

Zu der von mir in meinem Gutachten auszugsweise wiedergegebenen Stellungnahme der höchsten Marinestellen zur Marineingenieurfrage im Jahre 1917 noch folgendes. Herr v. Trotha unterstellte mir da in deutlich erkennbarer Absicht, *ich* hätte an einer Stelle anstatt „nicht" „nie" gesetzt. Es handelt sich um die Stelle: „. . . so wird man an ihr festhalten müssen, es kann das aber *nie* zum gegenseitigen Bekanntwerden dienen". Dieser Schriftwechsel ist mir in Abschrift von einem der höchsten Ingenieure der ehemaligen Marine gebracht worden, als mein Gutachten im ganzen fertig war, und zwar mit der Bitte, ihn darin zu verwenden, weil er Bände spreche. Ich habe diesem Wunsche entsprochen, und da — bitte sehen Sie, Herr v. Trotha — steht das Wort „nie". Genau also wie das Material mir übergeben wurde, habe ich es verwandt. Bei mir liegt also keine Schuld. Übrigens habe ich nur einen kleinen Teil des betreffenden Schriftwechsels wiedergegeben. Sein gesamter Inhalt beweist aber, daß das, was ich aus ihm beweisen wollte, in ihm auch zum Ausdruck gekommen ist. Schließlich, wenn Herr v. Trotha gestern einen großen Unterschied zwischen „nie" und „nicht" in einem für seine Auslegung günstigen Sinne konstruieren wollte, so bin ich der Meinung, daß in dem Worte „nicht" ein viel kategorischerer Im-

perativ liegt als in dem Worte „nie". „Nie" läßt meinem Gefühl nach im Sprachgebrauch immer noch eine gewisse Möglichkeit offen, das Wort „nicht" aber keine. Jedenfalls stelle ich fest, daß ich mit solch kleinlichen Mittelchen, wie sie mir deutlich von Herrn v. Trotha unterstellt wurden, nicht zu arbeiten pflege.

Ich komme nun zur Frage der politischen Verhetzung der Flottenbesatzung. Wir haben von Herrn v. Trotha sehr lange Ausführungen darüber gehört, wie stark die gewesen sei. *Ich habe leider den Beweis dafür vermißt, um den ich gerade in meinem Gutachten gebeten habe, indem ich sagte, man möchte den aktenmäßigen Nachweis dafür erbringen, daß nach 1917 innerhalb der Flotte revolutionäre Strömungen weiter bestanden und sich bis zum Zusammenbruch immer stärker bemerkbar gemacht hätten.* Das ist seitens Herrn v. Trothas nicht geschehen und ich glaube, es kann auch nicht geschehen, weil solche aktenmäßigen Beweise nicht vorhanden sind, obwohl man doch annehmen muß, daß der gesamte Marineapparat nach den Vorgängen von 1917 ganz auf die Beobachtung und Verfolgung solcher Tendenzen eingestellt war. Die verantwortlichen Stellen hätten ja sonst im höchsten Grade pflichtwidrig gehandelt. Wenn also solche Beweise nicht vorhanden sind, dann steht meiner Meinung nach fest, *daß auch nach 1917 keine irgendwie ernsthafte und gefährliche Bewegung innerhalb der Flotte bestanden hat oder sich gar in steigendem Maße bemerkbar machte.* Und darum geht es in meinem Gutachten.

Es ist ganz selbstverständlich, daß in dem Riesenapparat der Marine, besonders unter seinen hochgebildeten Reserve-Technikern auch der unteren Dienstgrade, alle möglichen politischen Kräfte und Richtungen vertreten waren. Selbstverständlich ist es auch, daß da und dort etwas vorgekommen ist, daß sich gewiß auch hier und dort in irgendeiner düsteren Ecke ein paar Leute zusammensetzten und vielleicht alles mögliche planten. *Aber irgendwie Ernsthaftes kann nicht nachgewiesen werden und daraus muß man zwingend folgern, daß eine politische Verhetzung von erheblichem Ausmaß nicht vorhanden gewesen ist.* —

Zur Frage des Zusammenbruchs folgendes: Über den in diesem Zusammenhange mitbehandelten geplanten Flottenvorstoß Ende Oktober 1918 brauche ich mich nicht noch einmal eingehend zu äußern. Über seine Aussichten befinde ich mich in Übereinstimmung mit Vizeadmiral Galster und mit Admiral v. Schoultz, auf den sich Herr Abg. Brüninghaus und Herr Admiral v. Trotha auch in diesem Punkte oftmals besonders gestützt haben, allerdings nur insofern, als sie von ihm das entnommen haben, was ihnen in ihre Beweisführung paßte und alles weggelassen haben, was gegen diese Beweisführung sprach. Und das Letztere ist der weitaus größere Teil. Herr v. Schoultz hat, wie wir vorhin gehört haben, Herrn Stumpf vor einigen Wochen in Nürnberg persönlich und ausdrücklich erklärt: *niemals seien die Aus-*

sichten der deutschen Flotte geringer gewesen als Ende 1918! Genau das hat Vizeadmiral Galster und habe auch ich nachgewiesen, und wenn auch die besonders starken Bemühungen der Gegenseite zu diesem Punkt sich leicht erklären lassen — an dem von den Herren v. Schoultz und Galster und von mir festgestellten materiellen Tatbestand ist nach Lage der ganzen damaligen Verhältnisse ein Zweifel nicht mehr möglich.

Was den Zusammenbruch selbst angeht, so habe ich in Kiel alles das miterlebt, was ich darüber ausgeführt habe. Dabei habe ich mir starke Beschränkung auferlegt, um mein Gutachten nicht noch zu verlängern und weil ich wußte, daß die hauptsächlichsten dieser Vorgänge schon historisch sind. Die Einwendungen des Herrn v. Trotha können leicht widerlegt werden. Historisch ist z. B., daß bei der ersten Verhandlung auf der Station keine politischen, sondern nur militärische Forderungen aufgestellt wurden. Daran ist nicht zu rütteln. Die Auflösung aller Ordnung aber war, wie ich es gekennzeichnet habe: rauschartig erfaßten die Mannschaften eine Situation, die sie — und auch sonst niemand — je für möglich gehalten hatten: „Sie, die Seeoffiziere, die höchste Kaste, die alle Gewalt innehat, kapituliert ohne jeden Versuch eines Entgegenstemmens! Das ist der klarste Beweis, daß alles aus ist, nun können wir nach Hause gehen." Der einfache Mann mußte geradezu zwangsläufig so folgern. Von irgendeiner Organisation innerhalb dieser ganzen Zusammenbruchsbewegung war keine Spur zu bemerken. Gewiß, nachdem feststand, daß die Seeoffiziere auch nicht den geringsten Widerstand leisteten, waren auch einige Leute da, die sich eine gewisse Führerrolle anmaßten.

(Abg. *Joos:* Herr Noske hat uns wörtlich gesagt, daß von einer Vorbereitung keine Rede sein könnte. Der einzige sogenannte Führer war Artelt. Darüber hinaus war alles unorganisiert.)

Herr Noske hat also bestätigt, was ich ausgeführt habe. Aber auch Herr Artelt hat nicht versucht, vor dem Zusammenbruch irgend etwas ernsthaftes zu unternehmen, er war einer von denen, von denen ich eben sprach. Zusammenfassend stelle ich mit allen, die den Zusammenbruch dort genau beobachtet haben, noch einmal fest, daß von einer Organisation dieser Bewegung nicht die Rede sein kann. Der Versuch, etwas anderes beweisen zu wollen, wird vergeblich bleiben.

Übrigens, unmittelbar nach dem Zusammenbruch habe ich keinen Seeoffizier getroffen, der von weitgehender politischer Verhetzung oder von politischen Organisationen, die die Schuld am Zusammenbruch hätten, gesprochen hätte. Und ich habe mit Seeoffizieren aller Dienstgrade häufig über diese Dinge gesprochen. Wer gewußt und gesehen hat, wie der Zusammenbruch gekommen ist, dem gegenüber konnte das auch nie behauptet werden. Auch Professor Birk,

den ich später auch noch eingehender zitieren werde, sagt ausdrücklich: „Keine Spur von politischer Verhetzung; lediglich die anderen Dinge sind maßgebend gewesen.“ — Mir und andern ist von den Seeoffizieren damals immer nur gesagt worden: „Wir geben zu, so, wie es war, darf es nicht wieder werden; wir hatten wohl alle Schuld, aber laßt uns das Zurückliegende vergessen und gemeinsam zusammen etwas Neues, Besseres aufbauen.“

Herr v. Trotha hat dann noch gesagt, die Erklärung des Reichskanzlers vom 23. Oktober 1918 darüber, daß eine Rettung aus unserer Lage nur durch unbedingte Abkehr vom alten System möglich sei — der Sinn seiner Worte war so —, habe die Unterhöhlung, die Auflösung und Vernichtung der Autorität der Offiziere bedeutet. Herr v. Trotha hat im selben Atemzuge hinzugefügt, *ihm selbst sei der Sinn dieser Erklärung erst viel später klar geworden!* Ich muß Herrn v. Trotha fragen: wenn selbst ihm, dem Chef des Stabes der Hochseeflotte, dieser angebliche Sinn erst viel später klar wurde, wie er dann folgern kann, daß die Matrosen sich über diesen Erlaß mehr Gedanken gemacht, also ihrerseits gefühlt haben sollen, daß damit die Autorität der Offiziere zerschlagen worden sei? Ich kann mich keines Falles erinnern, daß diese Erklärung des Reichskanzlers damals irgendwie die Autorität der Offiziere tangiert hätte. Man darf das, glaube ich, als einen der vielen Versuche auffassen, den damaligen Reichskanzler Prinzen Max von Baden für die Novemberereignisse verantwortlich zu machen. Jedenfalls habe ich es so aufgefaßt und deshalb dagegen Stellung genommen. Ich halte also auch diese Behauptung des Herrn v. Trotha für absolut abwegig. —

Herr v. Trotha hat dann den Männern, die mir Ende Oktober 1918 nach den Vorgängen auf Schillig-Reede Briefe oder wie ich es in meinem Gutachten ausgedrückt habe, einen Bericht darüber sandten, daraus einen schweren Vorwurf zu machen versucht, ja dies geradezu als ein Verbrechen hingestellt. Er sagte, gerade in der Zeit, wo alle zu kämpfen hatten, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, seien solche Briefe an mich geschrieben worden. Ich antwortete darauf: das ist die alte Methode, wenn man sonst nichts anderes Stichhaltiges zu sagen hat! Ich sehe die Dinge doch etwas anders an. Erstens einmal sind diese Briefe, übrigens rein referierenden Inhalts, geschrieben, nachdem sich die bekannten Vorgänge auf Schillig-Reede ereignet hatten; zweitens, nachdem die Briefschreiber sahen: hier geschieht von den leitenden Personen nichts, was ist eigentlich los? — und drittens, weil sie wußten, wem sie das alles schrieben, nämlich einem Manne, von dem sie wußten, daß es nur eine Frage für ihn gab, wie dem Vaterland am besten gedient werden könne und der niemals diese Nachrichten anders als im gleichen Sinne verwenden würde. Tatsächlich haben mir diese Nachrichten auch nur zur Information gedient. *Ich muß es daher zu-*

rückweisen, daß diese Männer sich auch nur des leisesten Schattens eines Vergehens schuldig gemacht hätten dadurch, daß sie mir gegenüber ihrer tiefen Sorge über das Ausdruck gaben, was sie miterleben, mitansehen mußten.

Der beste Beweis dafür, daß all das, was ich in meinem Gutachten, vor allem hinsichtlich der Verhetzung durch Politik und in bezug auf das Verhalten der Seeoffiziere allen andern Gruppen gegenüber angeführt habe, wird in jedem einzelnen dieser wichtigsten Punkte erbracht und gestützt durch das gewiß unverdächtige Zeugnis des, wie ich annehmen darf, politisch rechtsstehenden Universitätsprofessors Birk, der jahrelang in Kiel die Dinge, und zwar bis zum bitteren Ende, miterlebt hat. Er hat es in dem Bericht an seine Burschenschaftszeitung bekundet — den ich in meinem Gutachten wiedergegeben habe —, *daß alle Professorenkreise in Kiel genau so wie er dachten und daß er alle seine Informationen nur aus Marineoffizierkreisen gehabt habe.* Es geht auch sonst aus dem Inhalt, den ich gar nicht einmal ganz wiedergegeben habe, deutlich hervor, daß er mit anderen Kreisen kaum in Berührung gekommen ist. Professor Birk hat auch diese Dinge nicht erst nach Jahren, sondern unmittelbar im Dezember 1918 niedergeschrieben. Deshalb ist diese Darstellung, weil noch unbeeinflußt, meiner Meinung nach besonders beweiskräftig. Für alles, was ich in meinem Gutachten in bezug auf die vorerwähnten wichtigsten Punkte gesagt habe, können Sie in jedem Punkt die Bestätigung bei Prof. Birk finden.

Herr Abg. Brüninghaus hatte schließlich gestern insbesondere in bezug auf meine Darstellung des „Nürnberg"- und des „Regensburg"-Falles gesagt: ja, nun muß auch die Gegenseite das Wort bekommen, es müssen unter Umständen die Herren vernommen werden.

(Abg. *Joos:* Sie haben sich alle geäußert!)

Es scheint mir nicht ganz richtig, wenn Herr Abg. Brüninghaus sich und den durch ihn vertretenen Kreis jetzt als die „Gegenseite" bezeichnet. Dieser Kreis hat jahrelang und in immer wachsendem Maße — nachdem es unmittelbar nach dem Zusammenbruch und noch lange nachher ganz still über diese Dinge gewesen ist — versucht, die Öffentlichkeit in seinem Sinne zu beeinflussen, nämlich in dem Sinne: Wir Seeoffiziere haben keine Schuld an dem Zusammenbruch, sondern einzig und allein die böse politische Verhetzung hat ihn erzeugt. Das ist schon eine ganze Literatur geworden. Der Münchener Dolchstoßprozeß bedeutete den Höhepunkt dieser Bestrebungen. Bei dieser ganzen Kampagne handelt es sich meiner Auffassung nach ausschließlich und allein um eine Ehrenrettung des ehemaligen Seeoffizierkorps gegenüber der Tatsache, daß dieses Korps im kritischsten Moment in fast allen seinen Gliedern versagt hat. Man kann nicht sagen, daß seitens der Seeoffiziere in den letzten Jahren wenig geschrieben worden wäre — niemals aber habe ich dabei auch

nur den Versuch bemerkt, ernsthaft die wahre Ursache des Zusammenbruchs zu erforschen, nämlich das gänzliche Versagen des Seeoffizierkorps in diesen schwärzesten Tagen unserer Geschichte, von den höchsten Stellen angefangen. Um diesen Punkt ist man immer im großen Bogen herumgegangen. Und zu all dem haben wir, d. h. die wirkliche „Gegenseite", so gut wie ganz geschwiegen. Man ist öfter an mich herangetreten, diesem Treiben gegenüber mit meinem Wissen, meinem Material aufzutreten. Ich habe das immer abgelehnt, dann aber, als es auch meiner Meinung nach im Interesse wahrer Geschichtsschreibung nicht mehr so weitergehen konnte, mich dem Ruf des Ausschusses nicht entzogen und das Amt eines Sachverständigen angenommen.

Die „Gegenseite" wird also z. B. durch mich vertreten. Das geht auch schon aus meinem Gutachten hervor. Ich habe darin in vielen Punkten doch nur zu dem Stellung genommen, was alles schon von der Seeoffizier-Seite geschrieben, geredet und bekundet worden ist. Nachdem die Herren jahrelang in der Öffentlichkeit allein zu Wort gekommen sind, mußte ihnen endlich geantwortet werden. Auf diese *Antwort* hin nun zu sagen, man müsse Ihnen, meine Herren, als „Gegenseite" Gelegenheit geben, sich abermals dazu zu äußern, scheint mir mit den Tatsachen völlig unvereinbar.

Wenn man schließlich den bekannten letzten Geheim-Flottenbefehl vom 4. November 1918, den ich in meinem Gutachten wörtlich wiedergegeben habe — zu dem ich selbst aber jetzt nicht mehr sprechen will, weil meiner Meinung nach sein ganzer Inhalt für sich selbst spricht — vergleicht mit den Aussagen höchster ehemaliger Seeoffiziere im Münchener Dolchstoßprozeß, dann kann man nur feststellen: *Diese beiden verschiedenen Kundgebungen stehen sich wie zwei verschiedene Welten gegenüber, so daß sie sich einfach miteinander nicht vereinbaren lassen!* Ich glaube, es wäre eine dankbare Aufgabe für Historiker und Juristen und würde sicher zur weiteren Klärung der ganzen Schuldfrage am Zusammenbruch der Marine beitragen, einmal diese in ihren Grundtendenzen vollkommen gegensätzlichen Auslassungen genauestens zu untersuchen.

Zum Schluß kann ich, alles zusammenfassend, nur noch einmal wiederholen, was ich am Ende meines schriftlichen Gutachtens gesagt habe und damit gleichzeitig klar zum Ausdruck bringen, daß es meiner Meinung nach Herrn v. Trotha nicht gelungen ist, mit seiner Gegenerklärung *auch nur einen wesentlichen Punkt meines Gutachtens zu erschüttern: Solange die Seeoffiziere nicht den schlüssigen Beweis erbringen, daß sie alles getan haben, was zur Abwendung des Zusammenbruchs der Marine ihrerseits möglich war, solange steht fest, daß die Schuld an diesem Zusammenbruch und an allen daraus für unser Volk und Land erwachsenen schweren Folgen beim Seeoffizierkorps liegt und nur beim Seeoffizierkorps.*

Sitzung, Sonnabend, den 4. Dezember 1926

Weiterer Bericht des Abgeordneten Joos über die Behandlung der Marinevorgänge

Berichterstatter Abg. *Joos:*

Zunächst muß ich Kenntnis geben von einigen Zuschriften. Eine Reihe davon betrifft den Herrn Sachverständigen Alboldt. Es sind Schreiben von Einzelnen und Kollektivschreiben. Sie bestreiten die Kompetenz von Herrn Alboldt als Sachverständiger. Er sei bereits 1910 von der Marine abgegangen. Andere protestieren gegen „Verleumdungen", wie es namentlich in einem Schreiben der Deckoffiziere der Ostseestation und von Cuxhaven heißt. Weiter findet sich darunter ein Protest des „Bundes der Deckoffiziere", worin festgestellt wird, daß Herr Alboldt seit dem 1. Dezember 1920 nicht mehr Vorsitzender ist — das ist auch gar nicht behauptet worden —, dann ein Kieler Protest, der deutlich erkennen läßt, daß diese Aktion nicht von selbst entstanden ist. Es sind ganz gleichlautende Schreiben mit soundso viel Unterschriften. Indem ich diese Zuschriften hier erwähne und ihren Einlauf registriere, kann ich von mir aus feststellen, daß sie uns zu Weiterem keine Veranlassung geben. Wir nehmen sie nur zur Kenntnis.

Nun kommen zweitens die Fälle von Exzessen von Offizieren, die der Kollege Dittmann in seinem Bericht vom 20. Mai d. J. erwähnt hat in Erwiderung auf die Darlegungen des Kollegen Brüninghaus. Es sind die Fälle, die er aus dem Material Dr. Struves entnommen hat. Sie beziehen sich auf die Vorgänge in Zeebrügge und auf der „Nürnberg". Die „Welt am Montag" hat am 25. Mai über die Ausschuß-Sitzung vom 20. Mai einen Aufsatz gebracht: „Der Scheinwerfer der kaiserlichen Marine". Da sind diese beiden Fälle erwähnt und mit entsprechendem Kommentar versehen. Ich muß diesen Passus verlesen, weil wir dann erst die seitens der Beteiligten vorliegenden Schreiben verstehen:

> „Denn wäre es anders, wie hätten sich vor *Zeebrügge* die Offiziere Mädchen aus den Freudenhäusern an Bord holen lassen können, um mit ihnen in der Offiziersmesse zu bankettieren — wobei die Mannschaften bedienen und mitansehen mußten, wie die Mädchen pudelnackt ausgezogen und mit Offiziersuniformen bekleidet wurden? Oder wie wäre es möglich gewesen, daß sich bei einem Gelage auf dem Kreuzer *‚Nürnberg'* der schwer bezechte Erste Offizier das nackte Gesäß mit Senf beschmieren ließ und zur Luke hinaussteckte? Bei diesem Anblick riefen die Offiziere in Gegenwart der Mannschaften: ‚Das ist unser neuester Scheinwerfer!'"

Herr Brüninghaus hat Veranlassung genommen, die Kommandanten und Offiziere, die da betroffen werden, zu bitten, sich darüber zu

äußern. Der Ausschuß hat das nicht beantragt. Aber es steht dem nichts im Wege, und wir werden keine formalen Einwendungen erheben, daß wir diese Briefe, so wie sie sind, zur Kenntnis nehmen.

Ich verlese also erst ein Schreiben, gezeichnet *Claußen*, Chef der früheren Flottille von Flandern, über den Fall Zeebrügge.

„1. In Zeebrügge gab es kein Freudenhaus. Die für das Personal der Flottille in Betracht kommenden Freudenhäuser waren nur in Brügge, das von Zeebrügge $2^1/_2$ Stunden entfernt war; die Fahrverbindung auf dem Kanal, die einzige kürzere Verbindung, diente nur militärischen Zwecken. Anfangs- und Endpunkte der Fähre lagen in stark bewachten und umfriedeten Gebieten. Zeebrügge bestand überhaupt nur aus zwei bis drei Häusern der belgischen Hafen- und Zollverwaltung. Im Zollhaus hatten die Flieger eine eigene kleine Speiseanstalt, in der 1917 vorübergehend zwei weibliche Kellnerinnen die Wirtschaft führten, die jedoch abends 6 oder 7 Uhr fort sein mußten; wenn ich nicht irre, in Blankenberghe.

2. Die Kontrolle an dem Fuß der Mole, der als schmaler etwa 75 m langer Übergang zur eigentlichen Mole führte, war äußerst streng, wie ich am eigenen Leibe habe erfahren können. Soweit ich mich entsinne, mußte in dem Erlaubnisschein das Betreten der Zeebrügger Mole ganz ausdrücklich genehmigt sein und ein solcher Schein wurde nur in Brügge selbst (Generalkommando oder Kommandantur?) ausgestellt.

3. Die Halbflottillen lagen in Zeebrügge im allgemeinen zu drei Booten mit $^1/_2$- bis 1-stündiger Bereitschaft unmittelbar am Feind. Ich habe selbst erlebt, daß wir eine halbe Stunde nach dem Auslaufen uns unerwartet im Gefecht mit feindlichen Streitkräften befanden. Dieser Vorpostendienst dauerte im allgemeinen drei Tage. Die Fliegerangriffe waren so zahlreich, daß auf der Mole Unterstände gebaut wurden, in denen die Besatzungen der Boote nachts schliefen. Jeder, der sich nur einigermaßen in die Verhältnisse eines solchen Vorpostendienstes hineindenken kann, muß schon die Unmöglichkeit der technischen Durchführung des geschilderten Falles erkennen. Dazu kommt, daß auch der sinnlichste Mensch nie so weit seinen Verstand verlieren würde, um sich in den drei Tagen des Vorpostendienstes der Gefahr, mit Schimpf und Schaden aus seinem Beruf ausgestoßen zu werden, auszusetzen, wo er in Brügge in den Tagen der Ruhe Gelegenheit hatte, seine Neigungen zu befriedigen.

4. Ein Fall wie der geschilderte wäre bei der inneren Einstellung der Offiziere und Mannschaften unweigerlich dem Vorgesetzten zu Ohren gekommen, denn — nun komme ich zu dem, wofür der Artikelschreiber allerdings kein Verständnis aufbringen kann —

ich kenne keinen der mir damals unterstellten Offiziere, mit Ausnahme vielleicht eines einzigen, der im Gefecht einen Nervenzusammenbruch erlitt, der nicht bereit war, sein Leben gerne hinzugeben für das *ganze* deutsche Volk, ohne Ausnahme, zu dem ja auch der Artikelschreiber, wenigstens zahlenmäßig, gehört. Daß diese innere Einstellung der Opferbereitschaft bis zum Schluß blieb, obwohl die Ziellosigkeit der politischen Leitung das Opfer fast zwecklos erscheinen ließ und das Gemüt schwer belastete, war nur möglich, weil Offiziere und Mannschaften bis zum Schluß die Pflicht unerschütterlich über alles stellten und die Liebe zu Vaterland und Volk in ihnen ungebrochen blieb. Um so heller und reiner strahlt das Licht der Erinnerung um diese meine Untergebenen, deren Verdienste anzuerkennen mir nicht nur Pflicht, sondern eine ganz besondere Ehre ist.

Ich kann beeidigen, daß meine Angaben nach bestem Wissen und Gewissen der Wahrheit entsprechen."

Das zweite Schreiben ist auch von einem früheren Chef der Flottille Flandern, *Albrecht:*

„Ich nehme zu den Anschuldigungen wie folgt Stellung und bin bereit, diese Aussagen nach bestem Wissen zu beschwören:

1. Auf den Zerstörern sind Mädchen der bezeichneten Art niemals an Bord gekommen. Ich habe in Zeebrügge derartige Personen niemals gesehen, glaube auch nicht, daß sie in Zeebrügge überhaupt vorhanden waren.

2. Das Betreten der Mole war allen Zivilpersonen aufs strengste untersagt bzw. nur mit einem schriftlichen Ausweis des Generalkommandos gestattet.

3. Die verschärfte Bereitschaft und die Kampfhandlungen (Fliegerangriffe), die in den letzten Jahren *fortdauernd* stattfanden, lassen die erhobenen Anschuldigungen für jeden, der die Verhältnisse auf der Zeebrügger Mole kannte, für unmöglich erscheinen.

4. Die Zeebrügger Mole war durch starke Posten dauernd gesichert, die Zerstörer hatten stets einen verstärkten Wachdienst (kurze Bereitschaft) eingerichtet, so daß auch, abgesehen von den vorstehend erwähnten Gründen, ein solches Vorhaben undurchführbar gewesen wäre.

Zusammenfassend muß ich die erhobenen gemeinen Anschuldigungen als eine Lüge auf das schärfste zurückweisen. Der Geist der Pflichterfüllung auch im kleinsten, der unter unseren Offizieren und Besatzungen herrschte, von denen eine große Anzahl vor dem Feinde gefallen ist, kann durch Gemeinheiten, wie sie die ‚Welt am Montag' bringt, nicht angetastet werden."

Es folgt dann eine weitere Zuschrift, gezeichnet *Aßmann*, derzeitiger Chef der Flottille Flandern:

„Die Angaben, die Herr Dittmann über Zeebrügge macht, kann ich mir nur so erklären, daß Herr Dittmann die Verhältnisse in Z. niemals aus eigenem Augenschein kennengelernt hat, sonst würde er wissen, daß dort infolge dauernder schwerster Bombenangriffe und Schiffsbeschießungen dieselben Verhältnisse herrschten wie an Land im Schützengraben. ‚Freudenhäuser' existierten nicht in Zeebrügge, dafür desto mehr ‚bombensichere Unterstände'. Außerdem war die Mole, an der die Boote lagen, gegen jeden Zivilisten streng abgesperrt. Eine Frauensperson ist mir trotz vierjähriger Kommandodauer auf der Mole nicht zu Gesicht gekommen. Außerdem kenne ich den Geist und die Gesittung, die in meinem vortrefflichen, tagtäglich vor dem Feinde stehenden Offizierkorps herrschten, gut genug, um mit bestem Gewissen die Dittmannschen Enthüllungen als frei, aber in übler Absicht erfunden zurückweisen zu können. Hierin würde sich auch nichts ändern, wenn Herr Dittmann in der Lage wäre, sich auf sogenannte ‚Augenzeugen' zu berufen, denn es werden sich immer Leute finden, die an der Erfindung und Verbreitung böswilliger Verleumdungen auch dann ihre Freude finden, wenn ihnen nicht einmal ein Körnchen Wahrheit zugrunde liegt."

Nun kommen die Eingänge, die die *„Nürnberg"* betreffen. Das erste Schreiben ist gezeichnet: *Lerche,* zur Zeit Erster Offizier der „Nürnberg":

„„Ich habe den Artikel nicht zerrissen und einen Wutanfall habe ich auch nicht bekommen. Es ist selbstverständlich, daß diese ungeheuren Anschuldigungen erstunken und erlogen sind. Die Denunziation scheint auf folgendes zurückzuführen zu sein:

Im Frühjahr 1918 versuchte die USPD den Nachweis zu führen, daß nicht die Roten die Front zersetzten, sondern daß die Front zersetzt wurde durch ungebührliches Benehmen der Offiziere. Sie suchte Material und fand keins. S. M. S. ‚Nürnberg' ging um Ostern 1918 herum in die Werft Kiel, wurde umgeben von einem erheblichen Spionageapparat (was wir natürlich erst später feststellen konnten). Es kam damals an Bord der Oberbürgermeister Geßler. Dieser machte mich einmal auf folgendes aufmerksam: ‚Er habe in Kiel auf der Straße einen demokratischen Abgeordneten getroffen, der ihn gefragt habe, was denn für unglaubliche Zustände auf der «Nürnberg» wären. Er selbst habe von der ganzen Besatzung den denkbar besten Eindruck gehabt.' Geßler ist meines Wissens ca. 14 Tage mit uns zur See gefahren, mit ihm noch zwei andere Herren (Großindustrielle aus Nürnberg). Als ‚Nürnberg' Anfang Mai nachts durch den Kanal ging und morgens um 4 Uhr in Cuxhaven festmachte, kam ein Admiralstabsoffizier und brachte eine anonyme Denunziation über S. M. S. ‚Nürnberg', welche 13 Maschinenseiten umfaßte. Kommandant und I. Offizier sollten sich

entsprechend verantworten. Sowohl Kapitän z. S. Quaet-Faslem als auch ich lehnten ein Eingehen auf anonyme Anschuldigungen ab und drückten in einer Meldung unser Erstaunen darüber aus, daß das Reichsmarineamt es für richtig befand, anonyme Denunziationen weiterzugeben, anstatt sie in den Papierkorb zu befördern. Für unsere *militärischen* Vorgesetzten wurde ein Bericht aufgesetzt, in dem Punkt für Punkt alles widerlegt wurde. Es blieb auch nicht das geringste von den ganzen Vorwürfen an Kommandant und I. Offizier haften.

Die erwähnten Berichte sind meines Wissens zwischen dem 5. und 10. Mai über F. II. A. G. B. d. A. an Flottenchef gegangen.

Zum Schluß möchte ich noch bemerken, daß die ‚Nürnberg'-Besatzung bis zuletzt ausgezeichnete Disziplin gehalten hat, daß beispielsweise beim letzten Kohlen, welches stattfand, als auf einzelnen anderen Schiffen schon Unruhen vorhanden waren, noch alle bisherigen Rekorde geschlagen wurden."

Es folgt ein Brief, gezeichnet *Lüneburg,* Adjutant auf S. M. S. „Nürnberg":

„Ich war vom Januar 1918 bis zur Revolution *Adjutant* auf S. M. S. ‚Nürnberg'. Die Angaben des Pamphlets sind von A—Z erlogen. Es hat sich, das bedarf eigentlich gar keiner Erwähnung, weder gelegentlich des Besuches der Herren aus Nürnberg, noch zu irgendeiner anderen Zeit meiner Kommandierung auf ‚Nürnberg' ein derartiger oder auch nur ähnlicher Vorgang abgespielt. Ich kann dies auf das bestimmteste versichern, da mir ein derartiger Vorgang, auch wenn ich nicht persönlich Zeuge gewesen wäre, auf keinen Fall unbekannt geblieben wäre.

Im Anschluß an ein gemeinsames Essen, zu dem die Herren aus Nürnberg geladen waren, haben sich allerdings, wie das mal vorkommt, einige junge Leute etwas die Nase begossen, ohne daß aber irgendwelche Übergriffe vorgekommen sind. Ich habe damals persönlich dafür gesorgt, daß die in Frage stehenden jüngeren Offiziere in die Koje kamen und verhindert, daß einer von ihnen auf Wache zog. Ich darf für mich eine besonders gute Erinnerung an diese Zeit in Anspruch nehmen, weil ich kaum Alkohol trinke. Man wird daher nicht behaupten können, mein Urteilsvermögen sei damals durch Genuß von Alkohol getrübt gewesen. Wie in dem Artikel ja auch erwähnt wird, sind die in Frage stehenden Vorgänge bereits im Kriege Gegenstand einer dienstlichen Untersuchung gewesen. In der ersten Hälfte des Jahres 1918 ging uns ein umfangreiches Schriftstück zur Stellungnahme zu, in dem neben anderen Beschuldigungen des Offizierkorps auch der besondere Anwurf gegen den I. O. erhoben wurde. Soweit ich mich aber entsinne, war als Zeitpunkt dieses Vorkommnisses nicht der Besuch der

Herren aus Nürnberg, sondern ein *vor* meinem Kommandoantritt liegender Tag (Indienststellung?) angegeben. Ich halte es doch immerhin für wichtig, darauf hinzuweisen, da doch damit zu rechnen ist, daß uns plötzlich ein anderes Datum entgegengehalten wird. Bei der Erörterung des uns auf dem Dienstwege zugegangenen Pamphlets wurde, wenn ich mich recht entsinne, von einem Bordkameraden der Ansicht Ausdruck gegeben, daß es sich bei der Beschuldigung des I. O. um die Aufbauschung eines Vorganges handeln könne, der sich (vor meinem Kommandoantritt) in vorgerückter Stunde in der Messe abgespielt hätte. Damals hätten einige angeheiterte jüngere Offiziere dem I. O. oder sonst einem älteren Offizier Schuhe und Strümpfe ausgezogen.

Inwieweit diese Erzählung zutreffend ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Die Vermutung, daß es sich um maßlose Entstellung dieses etwaigen Vorganges handelt, liegt nahe. Auskunft könnte geben der frühere I. A. O. Kapitänleutnant a. D. Günther Georgie, Jahrgang 03, der seit Indienststellung an Bord war."

(Abg. *Dittmann:* Bei dem Material von Dr. Struve ist der Name Lerche angegeben; der das jetzt da schreibt, scheint das weiter vorschieben zu wollen.)

Das letzte Schreiben, gez. *Quaet-Faslem*, derzeitiger Kommandant der „Nürnberg", lautet:

„Der I. Offizier auf S. M. S. ‚Nürnberg' war der Kapitän-Leutnant Lerche, jetzt wohnhaft in Danzig-Langfuhr, Hauptstr. 139. Das dem Offizierkorps seinerzeit vom damaligen Oberbürgermeister von Nürnberg, Herrn Geßler, gegebene Essen im *Continentalhotel* in Kiel war für unsere damaligen Ernährungsverhältnisse sehr reichlich und es ist wohl möglich, daß der ungewohnte Genuß dem einen oder anderen zu Kopfe gestiegen sein kann. Ich selbst bin — meiner Erinnerung nach — bis etwa 1 Uhr nachts geblieben. Solange spielte sich zu meiner Genugtuung alles in bester Form und Ordnung ab. Ich bin dann zusammen mit dem Oberbürgermeister Lindemann-Kiel nach Haus gegangen. Nachfragen am nächsten Tage — sowohl bei dem I. Offizier wie auch beim Oberbürgermeister Geßler — haben mir bestätigt, daß das Fest zwar noch eine ganze Weile gedauert, sich aber in voller Harmonie und Ordnung vollzogen habe. Ob sich hinterher an *Bord* noch weiteres zugetragen hat, weiß ich nicht. Von der angegebenen Geschichte habe ich meines Wissens nie etwas gehört. Adjutant war Oberleutnant z. S. Lüneburg, jetzt wohnhaft Dortmund-Wambel, Apfelbaumweg 60, ein nüchterner, ernster Offizier, der an Bord wohnte und guten Einfluß in der Messe ausübte. Es war damals irgendein finsterer Ehrenmann unter der Mannschaft an Bord, der mit sozialdemokratischen Abgeordneten Fühlung hatte.

(Abg. *Dittmann:* Aber Dr. Struve war fortschrittlicher Abgeordneter!)

Man suchte daher dauernd nach Möglichkeiten, der ‚Nürnberg' etwas am Zeug zu flicken. Ich habe auch der Besatzung meine Ansicht über solch hundsgemeines Spitzelwesen in öffentlicher Ansprache auf der Werft in Kiel nicht vorenthalten und buche eine damals alle Instanzen durchlaufende Anklageschrift über Umfang der Werftreparaturarbeiten, Ausstattung der Kommandanten- und Offiziersräume im Gegensatz zu den Mannschaftsräumen auf dieses Konto. Die Schrift, die mir damals vom Reichsmarineamt der Flotte zuging, habe ich in allen Punkten entkräftet und mir alle derartigen Anschuldigungen ohne Namensnennung verbeten. Darauf ist meines Wissens nichts weiter erfolgt. Daß irgendein Schweinehund, der damals an Bord war, mit diesen Dingen auch jetzt noch sein Unwesen treibt, ist mir vor einiger Zeit durch den obengenannten Oberleutnant z. S. Lüneburg geschrieben worden, der in einer westdeutschen Zeitung — soviel ich mich entsinne — einen Hetzartikel dieser Art gefunden hatte. Ich habe es nicht für zweckmäßig gehalten, darauf einzugehen."

(Abg. *Dittmann:* Das bezeichnet die Einstellung der Herren!)

Ich glaube, auch diese Zuschriften geben uns zu weiterer Rückfrage oder gar Vernehmungen keinen Anlaß.

Ich komme nun zu den unter der Auflage etwaiger Vereidiger gemachten Aussagen der *Kriegsgerichtsräte* Dr. *Loesch* und Dr. *Dobring*. Ich muß zunächst einmal den Fragebrief verlesen, den wir beiden Herren zugehen ließen, damit alles das verständlich wird, was sie in ihren Eingängen darauf erwidern. Beide Herren haben am 9. November folgendes Schreiben, das ich als Berichterstatter unterzeichnet habe, erhalten:

„Der 4. Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstags, dessen Berichterstatter ich für die Frage der Marinevorgänge der Jahre 1917/18 bin, hat auf Grund der vor einiger Zeit von Ihnen an den Ausschuß eingereichten privaten Zuschrift in der Sitzung vom 4. November 1926 beschlossen, Sie um Übersendung einer schriftlichen ausführlichen Darstellung der Vorgänge, bei denen Sie mitgewirkt haben, zu ersuchen. Diese Bekundung stellt für den Ausschuß eine Zeugenaussage dar, die unter Umständen zu beeiden sein wird.

Ich erlaube mir, Ihnen mitzuteilen, daß der Untersuchungsausschuß sich weder moralisch noch effektiv als Revisionsinstanz der Verfahren und Erkenntnisse betrachtet, die im Jahre 1917 vor den Kriegsgerichten ergangen sind. Der Ausschuß wird daher zu den Fragen, die in das Gebiet der Justiz fallen, keinerlei Stellung nehmen. Für ihn sind in diesem Zusammenhang lediglich die politischen Fragen von Erheblichkeit. Unter Berück-

sichtigung dieses Gesichtspunktes legt der Ausschuß Wert auf die Klärung folgender Fragen, um deren Beantwortung ich Sie besonders bitte:

1. Wie ist das angebliche Programm der USPD, dessen vier Punkte sich in den Akten überall wiederfinden, zustande gekommen?

2. Die Bekundung des verurteilten Reichpietsch über seine Verhandlungen mit den Abgeordneten der USPD und Frau Zietz im Reichstag und im Parteibureau ist das Fundament der Prozesse. Nach dem gegen ihn erkannten Todesurteil hat Reichpietsch gebeten, die Abgeordneten über die Wahrheit seiner Aussagen in bezug auf sein Zusammentreffen mit den Abgeordneten der USPD und Frau Zietz zu vernehmen, weil ihm seine dahingehende Darstellung nicht geglaubt worden ist. Warum ist das nicht geschehen?

3. Sind Sie in der Lage, darüber eine Bekundung zu machen, warum nach dem ersten Ausmarsch der Heizer von S. M. S. ‚Prinzregent Luitpold' nur elf Mann disziplinarisch bestraft worden sind, während die übrigen leer ausgingen? Diese elf Mann sollen deshalb herausgegriffen worden sein, weil bei ihnen besonders ‚niedrige Gesinnung' zutage getreten sei. Nach welchen Gesichtspunkten ist die ‚niedrige Gesinnung' festgestellt worden?

4. Sind irgendwelche Rücksprachen zwischen den Anklagevertretern in den Kriegsgerichtsprozessen einerseits und den Gerichtsherren oder Kommandanten der Schiffe andererseits *vor* den Verhandlungen erfolgt, in denen darüber gesprochen wurde, daß aus Gründen der Aufrechterhaltung der Disziplin bzw. der Abschreckung besonders scharf gegen die Angeschuldigten vorgegangen werden müsse?"

Darauf sind Antwortschreiben eingegangen [1]). Zunächst einmal das sehr ausführliche Schreiben des früheren Kriegsgerichtsrats Dr. Loesch [2]). Bevor er auf die gestellten Fragen kommt, bringt er Ausführungen zur Rechtfertigung seines Verhaltens und zum Nachweis, daß er keinerlei Geständnisse erpreßt habe und seine Einstellung den Beschuldigten gegenüber eine menschliche war. Er verweist, um das darzutun auf besondere Akten, z. B. die Akten Feldmann, aus denen man besonders ersehen könnte, wie menschlich er vorgegangen und man ihm eine besonders rohe oder gar die Beschuldigten bedrohende Haltung nicht nachweisen könne. Typisch ist dann der Fall Calmus, dem er sich ausführlicher zuwendet, weil der Fall Calmus in dem ersten Vortrag des Kollegen Dittmann eine besondere Rolle spielt, geradezu als ein Schulbeispiel dargestellt wird, wie man mit den Leuten umgegangen sei. Für den Ausschuß ist m. E. der Fall Calmus von untergeordneter

[1]) Vgl. Bd. 9, I dieser Reihe S. 489 ff.
[2]) Vgl. Bd. 9, I dieser Reihe S. 494 ff.

Bedeutung, politisch hat er für uns nur ein Interesse nach der Richtung hin, ob Calmus mit *Abgeordneten der USPD* in Verbindung gestanden hat. Diese Frage ist aber auch verneint von Dr. Loesch, wie das auch ganz zweifelsfrei aus den Akten hervorgeht.

Calmus selbst erscheint uns nunmehr erst recht unglaubwürdig. Wir haben aus dem Vortrag des Herrn Kollegen Dittmann gehört, daß noch im letzten Sommer Calmus bei einem Besuch in Essen gesagt habe: Man hat meine Schwester kommen lassen, um auf mich einzuwirken. Loesch wiederholt hier in seiner Darstellung, entsprechend den Akten, daß Calmus selbst *gebeten* hat, die Schwester kommen zu lassen.

Abg. *Dittmann:*

Ich habe hier einen Brief von Calmus vom 18. Mai 1926 an mich. Er schreibt, er verstehe nicht, wie Herr Abg. Brüninghaus behaupten könne, er habe das Kommen seiner Schwester gewünscht. In Wirklichkeit habe er erst um die Unterredung nachgesucht, nachdem ihm bekannt war, daß seine Schwester nach Wilhelmshaven kommen sollte. In meinem Vortrag habe ich nur gesagt: Herr Dr. Loesch habe die Schwester kommen lassen, wobei es für mich ganz gleichgültig war, von wem die ursprüngliche Initiative ausging. Der Untersuchungsführer hatte doch zu befinden, welche Personen er zuließ, und wenn er sich nicht einen Einfluß in seinem Sinne von dem Besuch der Schwester versprochen hätte, hätte er sie doch nicht zugelassen. Nur in diesem Sinne habe ich die Wendung gebraucht, „daß *er* sie hätte kommen lassen".

Berichterstatter Abg. *Joos:*

Ich halte es aber nicht für gut möglich, daß, wenn ein Gefangener erfährt, daß seine Schwester nach Wilhelmshaven berufen ist, er bittet, daß sie ihn besuchen dürfe. Das ist doch dann selbstverständlich.

Abg. *Dittmann:*

Calmus schreibt mir weiter:

„Auf den Bericht von Herrn Abg. Brüninghaus zurückkommend bitte ich Sie, festzustellen, von welchem Original eines Briefes hier die Rede ist. Mir ist nichts davon bekannt. Oder es müßte ein Brief sein, den ich geschrieben habe, nachdem mir bekannt war, daß meine Schwester nach Wilhelmshaven kommen sollte und in welchem ich um eine Unterredung bat, die ich mit meiner Schwester unter vier Augen haben wollte."

Abg. *Brüninghaus:*

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß Calmus Herrn Abg. Dittmann bereits unter dem 18. Mai 1926 geschrieben hat. Ich selbst habe meinen Bericht erst am 18. Mai gehalten.

Berichterstatter Abg. *Joos:*

Herr Dr. Loesch hat, wie aus seiner Aussage hervorgeht, den „Kinoroman" des Calmus ernst genommen, ja er hat mit dem Fall ge-

rechnet, daß Calmus in die Hände von feindlichen Agenten gefallen wäre. Ich muß gestehen, ich kann nicht begreifen, daß man zu einer solchen Annahme kommen kann.

Wir haben dann ferner zur Rechtfertigung von Dr. Loesch noch das Schreiben der früheren Militärgerichtsschreiber Geier und Klima, auf der anderen Seite die von den Herren Grabner und Feuersänger (s. Bd. 9, I dieser Reihe S. 535—541). Ich möchte zu diesen Aussagen, die schriftlich übersandt sind, bemerken, daß sie mir nicht besonders erheblich erscheinen. Mündliche Vernehmung scheint mir unnötig. Zu vermerken ist noch die Lockspitzelaffäre, zu der sich Herr Dr. Loesch besonders ausführlich äußert. Er gibt eine Darstellung, aus der hervorgeht, daß er vorsichtig zu Werke ging und den Adams als Zeugen erst verwandt hat nach Beobachtung und Untersuchung und nach ärztlichem Gutachten, wonach „keine Anhaltspunkte" da wären, die seine Zeugenaussage infolge psychischer Störungen entwerten könnten. Trotzdem bleibt für mich — ich will das einstreuen — die Verwendung dieses Mannes als Zeugen, gelinde ausgedrückt, eine große Merkwürdigkeit.

Wesentlich ist für uns die Beantwortung der *vier* gestellten Fragen. Die *erste*, die entscheidende, ging dahin:

„Wie ist das angebliche *Programm* der USPD, dessen vier Punkte sich in den Akten überall vorfinden, zustandegekommen?"

Im Bericht des Kollegen Dittmann wird gesagt:

„Vergebens sucht man in den Akten festzustellen, wer dieses Programm aufgestellt hat und wo es aufgestellt worden ist. Nachdem man Aktenband für Aktenband durchgeblättert hat und dabei immer wieder auf das allgegenwärtige ominöse Programm gestoßen ist, entdeckt man endlich, daß es der Untersuchungsführer Dr. Dobring selber aufgestellt hat. Er hat einfach aus den Auslassungen eines der Angeschuldigten, des Oberheizers Sachse vom 9. August, willkürlich einzelne Wendungen formuliert, untereinandergesetzt, mit Nummern versehen, und siehe da, das ‚Programm der Zentrale', das ‚Programm der USPD' war fertig."

Herr Kollege Brüninghaus ist in seiner Erwiderung auf diese Angelegenheit zurückgekommen. Er sagt:

„Der Bericht gibt also und zwar *wortwörtlich die freiwillige Aussage des Oberheizers Sachse aus* als ein von *Dr. Dobring tendenziös konstruiertes Programm.* Der Herr Berichterstatter, der Aktenband für Aktenband durchgeblättert, der die Akten Zeile für Zeile gelesen hat, mußte wissen, daß dieses von ihm Herrn Dr. Dobring angedichtete *Programm* die *Aussage des Oberheizers* war. Wenn man Aussagen, die einem für eine Beweisführung unbequem sind, einfach anderen Leuten in den Mund legt, dann kann man allerdings letzten Endes aus den Akten alles beweisen."

Nun geht aber der Streit gerade dahin, ob Sachse diese Aussage

so gemacht hat, ob sie richtig wiedergegeben ist, ob sich Sachse wirklich so über das Programm geäußert hat! Und jetzt erfährt man durch das Schreiben von Dr. Dobring (s. Bd. 9, I dieser Reihe S. 489 ff.), daß die Auffassung überhaupt irrig wäre, als ob es sich hier um ein Programm der USPD handle! „Diese vier Punkte sind das Programm der Meutererorganisation, *nicht* der USPD. Das Programm bestand, *bevor* Reichpietsch den Abg. Dittmann aufsuchte und wie er und Sachse damals, Sachse noch jetzt, behaupten, die Billigung Dittmanns fand." (Im Antwortschreiben Dr. Dobrings.)

Dr. Dobring formuliert an einer anderen Stelle seines Schreibens:

„Wenn in *meinen* Akten irgendwo, was ich zurzeit nicht nachprüfen kann, aber bezweifle, kurzweg gesagt sein sollte: *Programm der USPD, so kann das nur heißen, das von der USPD in der Gestalt des Herrn Dittmann gebilligte Programm der Meuterer.* In meinem Anklagebericht, der gleichfalls in den genannten Akten nachzulesen ist, heißt es jedenfalls ganz unzweideutig: ‚Alle Stellen — Schiffsorganisationen — aber wirkten geschlossen für das *Programm der Zentrale*' ".

Und an einer weiteren Stelle:

„Die Anklageschrift ergibt weiter in aller Deutlichkeit, daß ich zwar auf Grund meiner Ermittlungen die Überzeugung erlangt habe, daß der Abgeordnete *Dittmann* durch den Besuch der Hauptmeuterer von deren *Programm*, Umsturz in der Flotte nach russischem Muster, *Kenntnis* erlangt und die Meuterer gleichwohl unterstützt hat, *nicht aber daß er das Programm seinerzeit aufgestellt hat.* Die Artikel Sachses aus Anlaß des Münchener Prozesses, die, soviel ich weiß, dem Ausschuß vorgelegen haben, haben mich in dieser Überzeugung nur befestigen können. Das Protokoll vom 9. August 1917, das dieses ‚Programm' anführt, ist die freiwillige Darstellung des Beschuldigten Sachse. Ich habe kein Wort dazu, keines davon getan. *Lediglich die Numerierung der einzelnen Punkte stammt von mir.*"

Es handelt sich also doch nur um eigenmächtige Numerierung, was Herr Kollege Dittmann seinerzeit behauptet hat.

Das ist das, was Dr. Dobring über diesen Punkt zu sagen hat. Dr. Loesch weiß aus eigenem weniger darüber. Er sagt selbst an einer Stelle seines Schreibens, daß er von Dr. Dobring erst in die Dinge eingeführt wurde.

Nach dem, was Dr. Dobring hier ausgeführt hat, kann man also nicht mehr von einem „Programm der USPD" sprechen, *und wir müssen als Ergebnis doch als zweifelsfrei festgestellt annehmen: Das in den Akten erwähnte Programm ist nicht ein „Programm der USPD", es ist nicht von ihr aufgestellt worden.*

Nun sind wir mit dieser Feststellung allerdings noch keineswegs über die allgemeine Aussage von Sachse hinweggekommen. Diese

Aussage besteht nach wie vor mit ihrem ganzen Inhalt, und sie steht vor uns, die wir uns dem Abschluß unserer Untersuchung nähern, noch *unerschüttert* in einer ganzen Reihe von Punkten. Diese Aussage Sachses ist das Fundament der Prozesse. Immer wieder beruft man sich darauf. Auch Dr. Dobring sagt wieder in seinem Schreiben:

„Bis zur Vernehmung Sachses habe ich persönlich nicht einmal den Verdacht derartiger Beziehungen gehabt. Ich bin durch die Darlegungen Sachses in dieser Beziehung so erschüttert worden, daß ich die sofortige Protokollierung abgelehnt und den Sachse zur reiflichsten Überlegung ermahnt habe, ob er eine solche, meinem damaligen Empfinden nach, Ungeheuerlichkeit aufrechterhalten könne."

Kollege Brüninghaus hat diese Aussage des Oberheizers Sachse in seinem Bericht, den ich schon angezogen habe, ausführlich angeführt. Da sind alle die Dinge wieder vorgetragen: „Erzwingung eines baldigen annexionslosen und entschädigungslosen Friedens durch gewaltsame Durchführung", „Wille zu einer entsprechenden Gewaltanwendung", „Verbindung mit der USPD", „Verbindungsmänner" usw. Wir hören da u. a.:

„Wenn der Mitverurteilte Weber und ich uns dagegen aussprachen, so berief sich Reichpietsch beständig darauf, daß er diese Ziele unter völliger *Billigung* der Berliner Abgeordneten aufstelle, denen diese Ziele bekannt seien. Er blieb bestimmt dabei, auch wenn wir ihn, von dem Boden der alten Sozialdemokratie ausgehend, vorhielten, daß die alte Sozialdemokratie die Gewaltanwendung zur Erreichung politischer Ziele nicht billige. Reichpietsch antwortete dann in solchen Fällen: ‚Die Gewaltanwendung ist zulässig, die USPD billigt das. Ich habe das ausdrücklich bei meiner Zusammenkunft in Berlin gehört'."

Müssen wir daraus entnehmen, daß die USPD, wenn sie das Programm auch nicht selbst aufgestellt hat, doch davon *wußte?* Können wir annehmen, daß sie es tatsächlich „gebilligt" hat? Darüber müssen wir zweifellos noch Klarheit schaffen. Denn das ist für uns erheblich. Ob uns das gelingen wird, weiß ich natürlich nicht. Aber wir müssen wenigstens den Versuch dazu machen. Und er kann einzig gemacht werden mit einer *Vernehmung von Sachse.* Darum scheint es mir unumgänglich, daß wir Sachse darüber hören, ob er *das*, was in dieser Aussage steht, heute noch bestätigt.

Wenn ich alle Gutachten, Zeugenaussagen, das, was aus den Akten mitgeteilt ist, mir vergegenwärtige, ergibt sich mir ungefähr folgendes Bild:

Eine eigentliche Bewegung mit *politischen Zielen* begann auf den Schiffen erst im Juni/Juli 1917. Vorher hatten wir Verstimmungen, Erregungen, Verdrießlichkeiten aus Gründen der Verpflegung, des Urlaubs, der Behandlung, der Untätigkeit der Flotte, kurz aus all den Gründen, von denen Stumpf in seinen Tagebüchern und als Sach-

verständiger spricht, und was bestätigt wird durch die Briefe von Lotter, die der Abg. Pfleger zur Verlesung gebracht hat. Aus dem allen geht sicherlich hervor, daß hinreichend Verdrossenheit unter den Mannschaften vorhanden war. Aber eine eigentliche *politische* Bewegung haben weder Stumpf noch Lotter selbst erlebt. Ich würde beide somit zu denen rechnen, die in der sog. „unpolitischen Ära" der Bewegung auf den Schiffen waren. Der Übergang in das Politische ist erst im Juli 1917 vonstatten gegangen.

(Zuruf: Zur Zeit der Friedensresolution.)

Jawohl. Ich nehme als erwiesen an, daß Zeitungen — auch heimlich — an Bord gebracht wurden, die die Mannschaften lasen, daß bestimmte Zeitungen von den Offizieren empfohlen wurden, daß gewisse Zeitungen, sozialdemokratische, verboten wurden, daß die Vaterlandspartei auf den Schiffen sich unter den Offizieren bemerkbar machte, daß Vorträge im alldeutschen Sinne gehalten wurden, in welchem Ausmaß, ist eine Sache für sich. Aber wir haben von all diesen Dingen Bekundungen, an denen wir nicht vorbeigehen können. Das Hauptereignis aber ist die Einwirkung der russischen Revolution und die russische Friedensformel: „Friede ohne Annexionen", die ihre Wellen ins Land warfen, im Volke diskutiert wurden, von draußen auf die Schiffe überschlugen. Das alles zähle ich mit. Sodann die Diskussion über die Juli-Resolution in den Zeitungen, und was damit zusammenhängt. Einzelne Kommandanten haben sicherlich darauf Bezug genommen. Sie haben ihre Leute gewarnt und sich gegen das parlamentarische System gewandt. (Vgl. Gutachten Stumpf.) [1]) Das setzte ich mit ein. Und doch sage ich: es kommt in diesem Augenblick *noch etwas* hinzu, was die Bewegung systematisiert und ihr eine bestimmte einheitliche Zielrichtung gibt. Liegt das nun daran, daß der unabhängige Redakteur Herre eingezogen worden ist? Seine Rede, allerdings aus der Untersuchungshaft nachträglich formuliert, die wir im Wortlaut haben, enthält von Gesichtspunkten der Gewaltanwendung gar nichts, sondern ist eine Erörterung der Parteistreitigkeiten zwischen USPD und SPD.

Ich erwäge demnach, ob es das Auftreten Herres, eine von ihm irgendwie ausgehende agitatorische Tätigkeit ist, oder ob der Besuch bei den Abgeordneten in Berlin *das* ist, was nun *neu* in die Bewegung als richtunggebendes Moment hineinkommt. Ich komme über das Empfinden nicht hinweg, daß in diesem Augenblick eine Direktive vom *Lande* her kam. Darum werden wir Sachse über Folgendes fragen müssen: 1. Welcher Art waren die Verbindungen mit der USPD? Was weiß er davon? Es wird wiederholt erwähnt und Sachse selbst berichtet an einer Stelle seiner Aussage, daß er mit dem Abg. Dittmann zusammenkam und mit ihm gesprochen hat. Abg. Dittmann

[1]) Vgl. Bd. 10, I dieser Reihe S. 41 ff.

wird bei dieser Gelegenheit dann, wenn Sachse etwa von der Wahrheit abwiche, das seinige dazu sagen können.

(Abg. *Dittmann:* Ich habe mich in diesem Punkte schon vollständig festgelegt in der Zeugenaussage im Verfahren gegen Frau Zietz und in dem, was ich selbst in der Untersuchung gesagt habe.)

Die Frage, ob Sachse glaubhaft ist, so daß er als Zeuge für uns etwas wert sein kann, habe ich mir natürlich auch vorgelegt. Einzelne Szenen, die er in seiner Broschüre „Antinauticus" schildert, zeigen uns, daß er auch dichten kann. Indessen offenbaren die Zeitungsartikel, die er schrieb, die Aufsätze vom Bürgerkrieg, die er jetzt aus dem Untersuchungsgefängnis heraus schreibt, eine gewisse Übereinstimmung mit seinen früher gemachten Aussagen, und wir müssen sehen, ob er unter dem Zwange des Eides dabei bleibt.

Weitere Fragen an ihn würden etwa lauten: „Wurde für die USPD in Mannschaftskreisen geworben, mit welchen Mitteln und in welcher Form?" „Ist diese Werbearbeit mit Agitationsmaterial unterstützt worden und woher kam dieses Material?" Wir stoßen dabei auf verschiedene Namen, die immer in Verbindung damit gebracht werden: Sens, Büdeler, Güth, Abg. Dittmann, Frau Zietz, Abg. Vogtherr. Hier handelt es sich wohl nur um Werbematerial für die USPD, die legal war. Der weitere Punkt betrifft die Stockholmer Friedenskonferenz. „Was war in Mannschaftskreisen der Marine über die Stockholmer Friedenskonferenz bekannt gewesen?" „Welche Vorstellungen hatte man in Mannschaftskreisen von dieser Konferenz?" „Woher kamen Instruktionen über diese Konferenz?" „Welchen Sinn hatten die Listen für Stockholm?" „Wer hat sie angeregt, was war ihr Zweck?" In dem Aufruf, besser gesagt, in dem handschriftlichen Schreiben des Verurteilten Beckers ist eine besondere Auffassung über die Bedeutung dieser Stockholm-Listen vertreten. Es heißt dort:

„So haben sich unsere oppositionellen Reichstagsabgeordneten bereit erklärt, bei Erörterung des Friedensproblems auf der Konferenz die sozialistischen Vertreter anderer Nationen von diesem Umstand in Kenntnis zu setzen, da dieser Tatsache bei den Verhandlungen zwecks Herbeiführung eines baldigen und jedwede Annexion fremden Gebietes ausschließenden Friedens eine große Bedeutung beizumessen ist. Das Volk bzw. den größten Teil des Heeres und der Marine auf ihrer Seite zu wissen, bedeutet für die Vertreter der USPD, die sich die Herbeiführung eines möglichst baldigen Friedens zur Aufgabe gemacht, einen Umstand von größter Wichtigkeit. Da müßte mit Zahlen operiert werden und viele Tausende Marineangehörige müßten als Parteimitglieder nachgewiesen werden. Das würde einen bestimmten Eindruck machen usw."

Ich nehme an, daß Sachse weiß, welche Bedeutung diesen Dingen beigelegt wurde. Vielleicht kann er uns auch sagen, ob in den Besprechungen auf den Schiffen von einem Programm der USPD über-

haupt gesprochen wurde, oder von einem Programm, das sich die Matrosen selber gaben, aber hinter dem die stillschweigende oder ausgesprochene Billigung der USPD stand, wer ein solches Programm aufgestellt hat. Abg. Dittmann hat gesagt, und das ist glaubhaft: „Ich würde nie den Rat gegeben haben, Listen für Stockholm auf den Schiffen aufzustellen, das war eine höchst gefährliche Sache." Deshalb aber müssen wir eben Sachse darüber hören, wie er oder andere Marineangehörige auf den Gedanken kamen, solche Listen auf den Schiffen aufzustellen. Es ist seltsam, daß die Mannschaften aus *sich* heraus und auf die Gefahr hin, etwas ganz Unsinniges zu tun, was gar keinen Wert hatte und was die Abgeordneten gar nicht weitergeben würden, auf die Idee kamen, solche Listen aufzustellen. Wie kamen sie zu der Einbildung, daß diese Listen einen so großen Wert für Stockholm haben könnten? Die „König-Albert"-Liste spielte eine gewisse Rolle. Ihre Weitergabe, das Schriftstück, das mit der Liste zugleich nach Berlin gehen sollte, das nie angekommen ist und von dem Herr Abg. Dittmann und auch sonst niemand etwas sagen kann, wovon Sachse ganz konkrete Angaben macht, muß auffallen. Will Sachse die damals gemachten Angaben heute noch bestätigen oder war es nur Wind? Welche Verbindungen waren zwischen USPD-Abgeordneten und den Mannschaften vorhanden? Dann kann uns vielleicht auch, sei es von Sachse oder vom Abg. Dittmann, etwas darüber gesagt werden, wie die Mannschaften auf die Idee kamen, der Frieden müsse mit bestimmten Mitteln *„erzwungen"* werden. Daß sie auf den Gedanken kamen: wenn es Frieden geben soll, müsse man Druck dahinter setzen, ist psychologisch wohl erklärlich. Aber was war unter den „bestimmten Mitteln" zu verstehen? Welche Vorstellungen hatten sich darüber bei den Mannschaften festgesetzt? Herr Dittmann sagt: Gedrucktes liegt nicht vor. Nirgendwo in den Akten findet man etwas, aus dem hervorgeht, daß die Mannschaften das und das wollten. Sehen wir zu, ob Sachse uns näheres sagen kann. Wir wollen ihn deshalb fragen: „Wurde irgendwann und -wo beschlossen, gegen den Willen der Offiziere durch selbsttätige Handlungen den Krieg zu beenden?" Ich komme auf diese Frage, weil in einem Geheimbericht von Dr. Dobring am 24. November 1917 an den Staatssekretär des Marineamts, der sich auf die Verhandlungen mit der USPD und die Vorgänge auf den Schiffen bezog — der Staatssekretär muß von Dobring etwas, eine gewisse Sicherung seines Standpunktes erbeten haben, und Dobring sucht ihn mit diesem Exposé zu stützen.

„Nach diesem Zeugnis hat der Parteisekretär Güth der Parteigruppe der USPD in Kiel ausdrücklich erklärt, auf denjenigen Schiffen, auf denen die im Sinne der USPD organisierten Mannschaften die Oberhand hätten, sollten sie gegebenenfalls die Befehle der Vorgesetzten nicht befolgen, sondern in den Kasematten ruhig sitzen bleiben. Auch hier muß hervorgehoben werden, daß Güth

als Parteisekretär mit der Meinung seiner Parteioberen nicht unvertraut sein kann und daß er ausdrücklich um Verhaltungsmaßregeln im Sinne der Partei ersucht war[1])."

(Abg. *Dittmann:* Dobring beruft sich auf die Aussage des Spitzels Adams, daß Güth das behauptet habe.)

Dann müßte Güth dazu gehört werden.

Sachse müßte uns weiter etwas über das *Zentralkomitee* sagen. Ich glaube, die Auffassung ist vollinhaltlich bestätigt, die Herr Dr. Rosenberg in seinen früheren Ausführungen vertreten hat: „Nirgendwo war man sich eigentlich klar über die politischen Richtungen, die in der Marine vorhanden waren. Da geht alles durcheinander: USPD, Linksradikale, Syndikalisten. Auch die Kriegsgerichtsräte konnten nicht klar unterscheiden." Sachse spricht vom „Zentralkomitee", er spricht vom „Soldatenbund". Er soll uns sagen: Was war dieses Zentralkomitee? Wer hat es geschaffen? Wie war die Organisation im einzelnen? Gab es Mitglieder von Spartakus oder von sonstigen linksradikalen Gruppen? Wie war der Führer der Bewegung politisch eingestellt?

Ich möchte nun vorschlagen, daß mit der Vernehmung Sachses als Zeuge auch der frühere Amtsrichter Dr. Holthöfer geladen wird, um bei der Vernehmung Sachses zugegen zu sein, weil er die damalige Voruntersuchung gegen die USPD-Abgeordneten geführt hat. Dann halte ich es für selbstverständlich, daß sich auch der Kollege Dittmann zu einzelnen Fragen in Form einer eidlichen Aussage äußert.

Die Frage zu 2 ist sehr kurz zu erledigen: „Warum hat man die Abgeordneten nicht gehört, wie es die Verurteilten, namentlich Reichpietsch, gewollt haben?" Ich weiß sehr wohl, daß es hier eine juristische und menschliche Seite gibt. Die Antworten, die uns von Dr. Loesch und Dr. Dobring gegeben werden, ergeben folgendes: Der Kriegsgerichtsrat Loesch hielt es für unerheblich, die Abgeordneten zu hören. Er meint, sie hätten ihr Zeugnis verweigern können. Man hätte auch darauf Rücksicht nehmen müssen, daß die Abgeordneten in derselben Sache später einmal angeklagt werden konnten. Damit findet er sich ab. Dobring hingegen sagt:

„Mit Erlaß des Urteils hörte *meine* Befugnis, etwas für oder gegen die Verurteilten zu veranlassen, auf. Die Entscheidung über die Bestätigung lag bei dem Flottenchef, die Begutachtung bei dem Oberkriegsgerichtsrat *de Bary*."

Hier wird also eine Verantwortung — ich spreche immer nur von einer *menschlichen*, nicht von einer juristischen — auf den Flottenchef und auf den Oberkriegsgerichtsrat de Bary abgewälzt. Ich nehme das zur Kenntnis.

[1]) Vgl. Akten des I. Geschwaders gegen Haase, Urteilsgründe und Protokollabschrift in denselben Akten aus den Akten des außerordentlichen Kriegsgerichts in Kiel in Sachen gegen Güth.

Zu Punkt 3 wird angefragt, warum nach dem Ausmarsch von „Prinzregent Luitpold“ nur elf Mann, anscheinend beliebig Herausgegriffene, disziplinarisch bestraft worden sind. Dazu äußert sich etwas ausführlich Dr. Loesch, und aus dem Ergebnis seiner Aussage müssen wir entnehmen, daß man sich eigentlich bei der angewandten Methode sehr wenig gedacht hat. Er spricht davon, daß er und Dr. Dobring sehr deprimiert aus der anschließenden Kriegsgerichtsverhandlung nach Hause gegangen seien. Dr. Dobring gibt uns den Rat, den früheren Kriegsgerichtsrat, jetzigen Regierungsrat Breil darüber zu hören. Ich halte das nicht mehr für notwendig und bitte davon abzusehen.

Frage 4 betrifft etwaige vorherige Rücksprachen zwischen den Anklagevertretern in den Kriegsgerichtsprozessen mit den Gerichtsherren und Kommandanten der Schiffe. Festgestellt ist: Informationen gegenüber dem Geschwaderchef haben stattgefunden. Juristische Festlegungen sind dabei nicht erfolgt, wohl aber habe man die juristischen Möglichkeiten, die bei den Verfahren sich ergaben, erörtert. Die Flottenleitung habe naturgemäß Wert darauf gelegt, daß schnell Klarheit geschaffen wurde.

Von großem Interesse scheinen mir noch Falsch-Meldungen über angebliche „Bolschewisierung der englischen Marine“ zu sein, die in dem Bericht von Dr. Loesch Erwähnung finden. Sie stützen die Beobachtungen im Bericht von Kapitän Hintzmann, der ebenfalls davon spricht, wie von England aus zu bestimmten Zeitpunkten Gerüchte in Deutschland verbreitet wurden, wonach die Revolution auch dort in der Marine ausbrechen würde. Und nun erfahren wir, daß von englischer Seite — die Quelle ist angegeben und bedarf etwaiger Nachkontrolle — in der Tat solche Nachrichten systematisch in Deutschland verbreitet worden sind.

In meinen Vorschlägen vom 4. November 1926 hatte ich noch beabsichtigt, die Menagekommissionen näher nachprüfen zu lassen, gegebenenfalls Zeugen zu hören. Ich glaube nunmehr, daß das nicht mehr erforderlich sein wird. Dagegen besteht noch eine Lücke in unserer Untersuchung, die weder durch Stumpf, noch durch Alboldt, noch durch Lotter, noch durch Noske bisher ausgefüllt worden ist: Welcher Zusammenhang existiert zwischen den Vorgängen von 1917 und 1918? Besteht zwischen 1917/1918 irgendwie etwas Politisch-Organisatorisches auf den Schiffen und welcher Art ist es? Stumpf weiß darüber nur vom Hörensagen, Alboldt und Lotter auch nichts. Und was haben wir von Oberpräsident Noske gehört? Er kam zu spät: Als er in Kiel anlangte, ging dort schon alles drunter und drüber. Wir wissen, daß ein dumpfer Groll in den Mannschaften von 1917, von den Urteilen her, steckengeblieben war, das ist der psychologische Untergrund. Aber was uns besonders interessieren muß, das sind die etwa vorhandenen organisatorischen Bildungen, die auf den Schiffen

bestanden. Als Noske nach Kiel kam, fand er einen tollen Wirbel. Nichts war organisiert, keine planmäßige Vorbereitung, keine Leitung, kein Komitee war vorhanden. Was er unter den Marineangehörigen ausbrechen sah, war jenseits aller Organisation und aller Partei. Es war keine Spur, sagt er, „daß etwas vorbereitet worden war". Sollen wir nun aus dem, was er in jenen Tagen beobachtet hat, schließen, daß also zwischen 1917 und 1918 keinerlei politische Organisation mehr auf den Schiffen bestand? Ich glaube, diesen Schluß können wir jetzt noch nicht ziehen, und wir müssen nach Zeugen dafür suchen, die uns glaubwürdige Aussagen machen. Vielleicht sind Artelt und Abg. Kuhnt dazu in der Lage.

(Abg. *Dittmann:* Kuhnt war in Wilhelmshaven, nicht in Kiel!) — Er könnte vielleicht dann etwas durch Parteikollegen wissen. Hier ist eine Lücke, und wenn wir die schließen könnten, wäre manches für unsere Untersuchung gewonnen.

Herr Abg. Dr. Haedenkamp hat sich noch angeboten, etwas über die Verpflegung zu sagen. Die Frage ist aber genügend durchleuchtet. Die Vernehmung ist unnötig. Weiter hat sich Kollege *Henning* angeboten. Ob er aus eigenem Wissen etwas über das Jahr 1918 und den Ausbruch der Revolution auf den *Schiffen* sagen kann, habe ich mich bis jetzt nicht überzeugen können. Dazu kommt die formale Schwierigkeit, daß er den Vorbehalt bezüglich der Aussage vor dem Ausschuß bei einer etwaigen Vernehmung gegenüber etlichen Herren des Ausschusses gemacht hat. Die Wirkungen, die sein damaliger Brief ausgelöst hat, sind bekannt. Ich habe nicht das Vertrauen, daß diese Vernehmung unter solchen Umständen möglich wäre, auch sachlich uns weiterbringt, und schlage vor, auf diese Zeugenvernehmung zu verzichten.

So bleibt noch übrig: Die Herren Dr. Loesch und Dr. Dobring auf ihre Aussage hin zu vereidigen, Sachse und Dr. Holthöfer als Zeugen für die Vorgänge von 1917 zu laden, und für das Jahr 1918 Artelt oder Kuhnt.

(Abg. *Dittmann:* Artelt ist 1918 zu 5 Monaten Festungshaft verurteilt worden und ist dann später ziemlich bis zum Schluß eingezogen gewesen; ich glaube kaum, daß er über die Zusammenhänge von 1917/18 wird aussagen können!)

Wir haben dann mit Recht das Menschenmögliche getan, um die Zusammenhänge zu ergründen, über die wir später ein Urteil abgeben sollen.

Sekretär Dr. *Bloch:*

Ich schlage vor, gegebenenfalls noch einen der damals amtierenden Kriegsgerichtsräte darüber zu vernehmen, ob eine Verbindung der revolutionären Vorgänge bei der Marine von 1917 bei Ausbruch der Revolution 1918 festzustellen ist.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Ich bin sachlich im wesentlichen mit dem, was der Herr Berichterstatter vorgetragen hat, einverstanden. Ich möchte nur für die technische Durchführung einige Vorschläge machen. Ich halte auch eine Äußerung von Sachse nunmehr für notwendig. Ich würde es aber nicht für richtig halten, wenn wir Sachse dann irgendwie ungünstiger in der Form der Einvernahme stellen als die Herren Dr. Dobring und Dr. Loesch. Wir müßten ihm genau so die Fragen schriftlich formuliert zusenden und ihm Gelegenheit geben, sich schriftlich dazu zu äußern. Sachse befindet sich zurzeit in Untersuchungshaft in Leipzig.

Dagegen glaube ich nicht, daß ein Bedürfnis für eine neue Vernehmung von Dr. Holthöfer besteht. Wir haben doch ganz präzise Darlegungen von ihm in den Akten. Den Kollegen Dittmann über die Äußerungen von Sachse als Zeugen zu hören, besteht keine Schwierigkeit. Für die Ausfüllung der Lücke 1917 bis 1918 können wir ohne weiteres Herrn Abg. Kuhnt haben. Die Vernehmung noch eines Kriegsgerichtsrats würde wohl nicht viel Wesentliches mehr bringen. Herrn Artelt kann man auch zu einer schriftlichen Äußerung auffordern.

Abg. *Brüninghaus:*

Ich bin der Ansicht, man sollte es bei dem Vorschlag des Herrn Kollegen Joos belassen. Wenn Sachse hier vor dem Ausschuß vernommen wird, können wir ihn fragen, im andern Fall müssen wir womöglich wieder Rückfragen richten.

Abg. *Treviranus:*

Ich halte es zwar für zweckmäßig, Sachse die formulierten Fragen schriftlich vorzulegen, lege aber außerdem auch Wert auf die mündliche Vernehmung. Natürlich muß Sachse diese seine schriftliche Aussage genau so unter Eidesaussage bzw. Eid machen, wie wir es bei den Herren Loesch und Dobring vorgesehen haben.

Für die Ausfüllung der Lücke 1917/18 möchte ich auf den früheren Vorschlag von Herrn Kollegen Dr. Bergsträßer zurückkommen, die „Abwehr"akten noch einmal durchzusehen. Außerdem könnten wir darüber vernehmen die Herren Güth, Sens, Popp und Artelt. Wir könnten auch von ihnen erfahren, wer in der Zwischenzeit die Vertrauensleute der USPD gewesen sind.

Abg. *Dittmann:*

Von Sens weiß ich heute noch nicht, ob ich ihn einmal gesehen oder gesprochen habe. Mit Güth steht die Sache so: Er ist 1917 zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt gewesen, und ich habe ihn später, 1919, kennen gelernt. Es stellte sich dabei heraus, daß er mir aus meinem früheren rheinischen Wahlkreise her bekannt war.

Sens ist erst Vorsitzender gewesen und später von Güth abgelöst worden. Es wurde eben der Funktionär der USPD eingezogen

oder verhaftet, etwa so, wie heute in Bayern mit den Kommunisten verfahren wird.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Man kann schriftlich anfragen, wer sein Erbe angetreten hat.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Artelt ist am 9. November Mitglied der USPD gewesen. Er wird wissen, wer da Vorsitzender war. Wir können ihn um schriftliche Äußerung ersuchen.

Es wird beschlossen, die Vereidigung von Dr. Loesch und Dr. Dobring erst vorzunehmen, wenn Widersprüche aus ihrem Verhalten und den Akten festgestellt werden. Dann sollen präzise Fragen an die beiden Herren gestellt werden.

Berichterstatter Abg. *Joos:*

Mit dem Vorschlag, auch Sachse schriftlich zu einer Aussage zu veranlassen, bin ich einverstanden. Es muß ihm dann wohl seine frühere Aussage mit übermittelt werden. Vielleicht wird dann noch eine Gegenüberstellung Sachse—Dittmann stattfinden müssen.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Sachse zunächst zu schriftlicher Äußerung aufzufordern, halte ich für richtig. Ob wir ihn dann noch zu persönlicher Vernehmung laden, behalten wir uns vor. Vielleicht ist dies notwendig, um uns durch persönlichen Augenschein ein Bild von der Glaubwürdigkeit des Herrn zu machen. Aus diesem Grunde bin ich nicht dafür, ihm jetzt seine frühere Aussage mitzuschicken.

Für wichtig würde ich es auch halten, wenn die „Abwehr"akten noch einmal durchgesehen würden.

Abg. *Treviranus:*

Ich schlage vor, den Abg. Henke darüber zu vernehmen, welche Vertrauensleute der USPD in die Angelegenheit hineinspielen.

Ferner scheint mir eine Durchsicht der „Abwehr"akten 1918 auch deshalb notwendig zu sein, damit wir eine weitere Lücke ausfüllen können, nämlich wieweit es sich bei dieser ganzen „Dolchstoß"frage um die Betätigung feindlicher Agenten handelt. Herr Kollege Joos hat seinerzeit ausgeführt, daß der Brief des Professors Plenge auszuscheiden habe, weil er unbestimmte Angaben enthalte[1]). Professor Plenge sagt aber, daß die Alliierten versucht hätten, durch derartige Agententätigkeit bei uns Schwierigkeiten zu machen, und ich erinnere mich aus meiner Revolutionszeit in Cuxhaven, daß nicht nur die wildesten Gerüchte umliefen, sondern daß auch vom Generalkommando Altona am 2. oder 3. September 1918 eine Nachricht kam, man habe sechs englische Spitzel aus einem Zuge von Sonderburg nach Flens-

[1]) Vgl. Bd. 9, I dieser Reihe S. 451.

burg herausgeholt, die in unseren Matrosenanzügen waren und bestimmte Gelder englischer Herkunft hatten. Mir scheint eine Möglichkeit gegeben zu sein, daß bei der Durchsicht der „Abwehr"akten diese Feststellung gemacht wird.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich habe auch den Eindruck, daß auf diesem Gebiete noch manches Wertvolle festzustellen ist und daß die Spionagetätigkeit unserer Feinde einer der Faktoren ist, der zur Klärung mancher Widersprüche, in die wir gekommen sind, beiträgt.

Abg. *Brüninghaus:*

Wir müssen die Frage klären: Soll Sachse, wenn er zu einer schriftlichen Äußerung aufgefordert wird, seine frühere Aussage vorgelegt bekommen oder nicht? Wenn ich mich nicht irre, ist gerade Sachse als Zeuge unter Eid darüber vernommen worden, ob die Bekundungen, die er seinerzeit in dem Marineprozeß gemacht hat, richtig waren. Wenn wir Sachse jetzt eidlich vernehmen, halte ich es für eine Selbstverständlichkeit, daß man ihn darauf aufmerksam macht, daß er damals unter Eid das und das ausgesagt hat; sonst bringt man den Mann unter Umständen in eine unmögliche Situation.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Ich bitte, Sachse und Artelt zu ersuchen, eine schriftliche Äußerung abzugeben. Die Frage, ob wir Sachse seine bisherigen Aussagen mitschicken oder nicht, ist schwierig. Es spricht manches dafür und manches dagegen. Wenn wir starr nach der Strafprozeßordnung verfahren wollen, müssen wir ihn vorladen und ihm seine anderen Aussagen vorhalten. Wenn wir aber als Geschichtsforscher verfahren wollen und nicht als Gericht, ist es nicht möglich, ihm die alten Aussagen vorzulegen. Dann soll er heute aus seiner Erinnerung schreiben, was er verantworten kann. Man kann ihn darauf hinweisen, daß die Möglichkeit besteht, daß er in diesem Zusammenhang eidlich vernommen werden kann.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Wir kranken daran, daß hier das formal-juristische Prinzip mit den Prinzipien der Geschichtsforschung mitunter in Kollision kommt. Eine Vereinigung kann nur dann in Frage kommen, wenn hier vor diesem Forum mündlich bestimmte Erklärungen auf bestimmte Fragen abgegeben werden. Deswegen ist es der richtige Weg, wir stellen jetzt diese Fragen an die Herren Sachse und Artelt mit dem Hinweis, daß sie möglicherweise vereidigt werden müssen, und vergleichen die jetzigen Aussagen mit den früheren. Wenn ein Unterschied vorliegt, muß man sich den Betreffenden kommen lassen, und er muß durch Eid erhärten, für welche der beiden Aussagen er sich entscheidet.

Abg. Dr. *Moses:*

Ich schließe mich der Ansicht des Vorsitzenden an. Aber deshalb ist es falsch, wenn wir jetzt dem Sachse seine eidliche Aussage

schicken würden. Wir legen ihm vielmehr genau die Fragen vor und sehen nach, ob Unstimmigkeiten vorhanden sind.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich stelle also das Einverständnis des Ausschusses damit fest.

Abg. *Dittmann:*

Ich bin nicht ganz einverstanden. Es ist immer eine mißliche Sache, wenn jemand schon Aussagen in einer Angelegenheit, auch eidlich, gemacht hat und nun wieder Aussagen machen soll, die gegebenenfalls beeidigt werden sollen, und man gibt ihm nicht die Möglichkeit, das noch einmal durchzusehen, was er früher gesagt hat. Damit erschweren wir die Sache. Es ergeben sich vielleicht Widersprüche gegen seine frühere Aussage und wir müssen uns wieder an ihn wenden. Meinem Empfinden entspricht der Vorschlag des Kollegen Joos, daß man dem Manne wenigstens seine erste Aussage vorlegt. Alle Aussagen wird man ihm doch nicht vorlegen können.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich wiederhole: Wir sind uns einig, daß die Herren Sachse und Artelt auf Grund des Vorschlags des Abgeordneten Joos aufgefordert werden, sich schriftlich zu äußern, vorbehaltlich einer Vereidigung auf Einzelheiten[1]).

Was den zweiten Fragenkreis anlangt, so suchen wir dann später die Herren, die Abgeordnete sind, vor unser Forum zu ziehen. Das wird erst nach Eingang dieses Schriftsatzes von Sachse und Artelt möglich sein. Es sind Vorschläge gemacht bezüglich des Kollegen Dittmann und des Abgeordneten Kuhnt. Es ist vielleicht ganz gut, wenn wir von Herrn Kuhnt etwas über die Entwicklung der Dinge in Wilhelmshaven erfahren könnten. Dann hat sich der Abgeordnete Dr. Haedenkamp zu einer Zeugenvernehmung angeboten. Wenn der Herr Haedenkamp nur über Verpflegung berichten will, so schlage ich vor, daß wir darauf verzichten. Wenn er aber der Auffassung ist, daß er etwas über die politischen Zusammenhänge uns sagen kann, dann können wir ihm meines Erachtens seinen Wunsch nicht ohne weiteres abschlagen. Er war Schiffsarzt auf „Friedrich der Große". Ich würde ihn vorher noch fragen, was er uns zu sagen gedenkt, und werde in der nächsten Sitzung darüber berichten. — Schwieriger liegt der Fall Henning. Was Herr Abg. Henning uns sagen wird, weiß ich auch nicht. Ich halte es aus Gründen der Zweckmäßigkeit für vielleicht richtiger, wenn wir ihn vernehmen; aber selbstverständlich ist es ausgeschlossen, daß wir auf seine Bedingungen eingehen, und wenn er die Auskunft verweigert, tut er das auf alle Konsequenzen hin.

Das wäre ihm vor seiner Vernehmung mitzuteilen.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Ich werde aus dem Ausschuß ausscheiden, wenn der Abg. Henning

---

[1]) Sachse s. u. S. 214 ff. Artelt s. u. S. 577 ff.

vernommen werden sollte. Man kann sich nicht solchen Szenen aussetzen, wie man sie im Feme-Untersuchungsausschuß erlebt hat.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Ich empfehle einen Beschluß dahingehend: Da der Abg. Henning „Ungebühr vor Gericht" angekündigt hat, vernimmt ihn der Ausschuß nicht.

Abg. *Dittmann:*

Herr Abg. Henning kann zur Sache nichts sagen. Herr Henning hat als Vertreter des Kriegsministeriums an einer Anzahl von Prozessen teilgenommen. Es befindet sich in den Akten eine Bemerkung des Herrn Henning, die er im November 1917 in einer Sitzung im Kriegsministerium gemacht hat, wo er sagt, daß das Material nicht ausreicht, um gegen einzelne Personen vorzugehen, wohl aber, um die Partei moralisch zu vernichten. Daraus ersieht man schon die ganze Einstellung, zugleich aber auch das Zugeständnis, daß Material nicht da ist. Ich würde es außerdem für eine Brüskierung des Ausschusses ansehen, wenn man den Abg. Henning hier vor dem Ausschuß vernehmen will, nachdem er erklärt hat, bestimmten Mitgliedern des Ausschusses nicht antworten zu wollen.

Abg. *Brüninghaus:*

Man muß die formelle und die sachliche Seite scheiden. Was Henning eventuell zu sagen hat, kümmert den Ausschuß zunächst nicht. Mir scheint eine so scharfe Formulierung, wie sie der Abg. Dr. Bergsträßer vorgeschlagen hat, abwegig zu sein. Wenn Herr Henning vor diesem Ausschuß vernommen werden will, hat er selbstverständlich zu erklären, daß er auf alle Fragen sämtlicher Mitglieder des Ausschusses zu antworten hat. Er muß also nach der Richtung seine frühere Ansicht revidieren. Wenn diese Voraussetzung aber gegeben ist, ist es unmöglich, einem Abgeordneten, der sich selbst angeboten hat, die Vernehmung zu verweigern.

Berichterstatter Abg. *Joos:*

Ich finde, daß in dem Verhalten des Abg. Henning, der trotz Einladung den Sitzungen des 4. Unterausschusses nicht beiwohnt, eine Begründung dafür liegt, daß man ihn als Zeugen nicht laden kann.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Abg. Henning muß zunächst seine Äußerungen zurücknehmen, eher kann von einer Vernehmung gar keine Rede sein.

Abg. *Brüninghaus:*

Was Herr Abg. Henning 1917 im Kriegsministerium gesagt hat, beweist noch nicht, daß er nicht im Laufe seiner folgenden Tätigkeit Kenntnisse erlangt hat, die dem Ausschuß wertvolle Fingerzeige geben können, welche Beziehungen zwischen 1917 und 1918 bei der Marine bestanden haben.

Wenn die persönlichen Gründe ausgeräumt sind, muß dem Abg.

Henning Gelegenheit gegeben werden, sich vor dem Ausschuß zu äußern.

Berichterstatter Abg. *Joos:*

Ich schlage vor, dem Abg. Henning mitzuteilen, daß man aus sachlichen Gründen seine Aussage für unerheblich hält. Hierbei sind die Gründe mit anzugeben.

Abg. *Dittmann:*

Abg. Henning hat von den Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie damals nicht die geringste Ahnung gehabt. Es haben sich ja auch sonst Herren angeboten, deren Vernehmung man abgelehnt hat. Erst wenn wirklich sachliche Gründe auftauchen, Herrn Henning zu vernehmen, kann man auch die formale Frage mit in Betracht ziehen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Bezüglich des Abgeordneten Henning wird vom Berichterstatter beantragt, auf seine Vernehmung zu verzichten.

Der Antrag wird angenommen.

Der Abg. Dr. Rosenberg zieht nach erfolgter Aussprache seinen Antrag betreffs Beiziehung der „Abwehr"akten zurück.

Sitzung, Dienstag, den 22. Februar 1927

Aussprache über eine etwaige Zeugenvernehmung des früheren Oberheizers Willi Sachse

Sekretär Dr. *Bloch:*

Sachse ist zu einer schriftlichen Zeugenbekundung aufgefordert worden, als er in Untersuchungshaft in Leipzig saß. Er ist inzwischen entlassen worden und erklärt, keine Aussage machen zu können, ohne Rechtsgarantien, daß seine Aussage vor dem Untersuchungsausschuß nicht in dem gegen ihn schwebenden Hochverratsverfahren, in dem auch seine Beteiligung bei der „Antinauticus"-Broschüre zur Erörterung steht, Verwertung finde.

Abg. *Dittmann:*

Ich habe von vornherein den Standpunkt vertreten, daß es an sich nutzlos sei, Sachse zu vernehmen, weil er je nach der Konjunktur seine Aussagen gewechselt hat. Wir haben schon eine ganze Anzahl von Aussagen Sachses, die sich konträr gegenüberstehen. Er hat Behauptungen aufgestellt, die von allen Herren hier im Ausschuß ohne Ausnahme als objektiv unwahr bezeichnet worden sind. Sachse behauptet z. B. in seiner Broschüre, der Kapitän des Schiffes „Friedrich der Große" sei einmal in den Heizraum gekommen, und da hätten ihn die Heizer mit Kohlenschaufeln bedroht. Wenn sich ein solcher Vorfall wirklich abgespielt hätte, dann wäre es doch sehr verwunderlich, wenn dieser Vorfall in dem späteren Verfahren gar keine Erwähnung ge-

funden hätte. Der Kapitän hätte sich ja einer groben Pflichtverletzung schuldig gemacht, wenn er den Vorfall nicht den Justizbehörden zur Kenntnis gebracht hätte. So haben wir noch eine ganze Reihe von Behauptungen Sachses, die auch von den Kollegen Brüninghaus und Treviranus als falsch bezeichnet worden sind. Auch die Behauptungen, die Sachse in der „Münchener Neuen Presse" während des Dolchstoßprozesses aufgestellt hat, widersprechen sich. Kollege Joos hat die „Antinauticus"-Broschüre sehr richtig als „revolutionäres Heldengedicht" bezeichnet. Der Sachverständige Stumpf, der zu derselben Zeit auf dem Schiff „Helgoland" gewesen ist, hat hell aufgelacht, als er hörte, daß die von Sachse behaupteten Insubordinationen vorgekommen sein sollen, ohne daß etwas dagegen geschehen wäre. Stark subjektiv sind auch die Aussagen, die Sachse im Verlauf des Prozesses gemacht hat, der 1917 gegen ihn geführt worden ist, ebenso auch seine Aussagen, die er als Zeuge gemacht hat, nachdem er bereits verurteilt war. Wie weit dabei bewußte Unwahrheit in Frage kommt, ist natürlich sehr schwer festzustellen. Jedenfalls kann man ihn aber nicht als Zeugen für objektive Tatsachen in Anspruch nehmen. Praktisch würde bei seiner Vernehmung gar nichts herauskommen.

Nun kommt hinzu, daß sich plötzlich herausstellte, daß Sachse in Haft saß. Ihm wird ein Delikt zur Last gelegt, das mit der Herausgabe der „Antinauticus"-Broschüre in Verbindung gebracht wird. Dadurch ist nun für ihn die Möglichkeit gegeben, sich aus der Affäre zu ziehen und darum herumzukommen, vor dem Untersuchungsausschuß für die einzelnen von ihm aufgestellten Behauptungen gerade zu stehen. Wir würden bei einer Vernehmung Sachses jedesmal vor die Frage gestellt werden, ob wir ihm eine bestimmte Aussage glauben sollen oder nicht. Unsere Standpunkte sind verschieden, und so würde jeder das, was ihm gerade paßt, als richtig annehmen, das andere ablehnen. Man könnte also mit diesem Zeugen wirklich nichts anfangen. Daß er die Berechtigung hat, sein Zeugnis zu verweigern, daran ist leider kein Zweifel.

Sachse kann immer sagen: Ich weiß nicht, welchen Zusammenhang man mit dem Delikt konstruieren kann, das mir aus dem Jahre 1923 vorgeworfen wird, also verweigere ich mein Zeugnis.

Wenn der Ausschuß der Meinung ist, daß es zweckmäßig sei, Sachse zu vernehmen, möge er ihn laden!

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Bezüglich der Behauptung des Herrn Abgeordneten Dittmann, daß allgemeine Übereinstimmung über die Beurteilung Sachses bestünde, möchte ich betonen, daß wir uns nur darüber einig waren, daß der „Antinauticus" kein Quellenwerk erster Ordnung ist, sondern kritisch mit der Lupe geprüft werden muß; ich muß aber bestreiten, daß hier ausdrücklich bestimmte von ihm erwähnte Vorgänge durch sämtliche Mitglieder des Hauses als unwahr festgestellt worden seien. Gewiß

sind Kombinationen, die Sachse gemacht hat, um die Zusammenhänge herzustellen, vielfach phantastisch und schief. Darüber hat auch Übereinstimmung bestanden; aber an die Prüfung des rein Tatsächlichen sind wir noch gar nicht herangegangen.

Berichterstatter Abg. *Joos:*

Der Herr Kollege Dittmann ist im Irrtum, wenn er glaubt, wir wollten Sachse wegen der damaligen Prozesse vernehmen. Das ist ja für uns nicht der Schwerpunkt, für uns handelt es sich lediglich um die gesamtpolitischen Vorgänge.

Ich will Ihnen nur in Erinnerung bringen, welche Fragen wir an Sachse stellen wollten. Am 11. Dezember habe ich ihm geschrieben, daß wir ihn vernehmen wollen, und dabei die Fragengruppen folgendermaßen formuliert:

I. Wann haben Sie begonnen, für politische Zwecke auf der Flotte zu agitieren und welchen Erfolg hat diese Agitation gehabt? Haben Sie *selbständig* gehandelt oder hatten Sie irgendwelchen Auftrag von Abgeordneten, Parteivertretern oder Parteifunktionären? Gegebenenfalls von welchen? Falls Sie keine anderen Angaben als wie in der von Ihnen verfaßten Broschüre „Antinauticus" zu machen in der Lage sind, wird es genügen, wenn Sie auf Ihre diesbezüglichen Ausführungen, wenn möglich unter Seitenangaben, Bezug nehmen.

II. Am 9. August 1917 hat der Sie vernehmende Richter, Marine-Hilfs-Kriegsgerichtsrat Dr. Dobring, eine Aussage von Ihnen aufgenommen, „daß eine Organisation gebildet werden sollte, die folgende Zwecke verfolgte:

1. Möglichst Übertritt der ganzen Flotte, soweit Mannschaften in Frage kommen, zur USPD;
2. Materialbeschaffung zur politischen Verwendung durch die USPD;
3. Austausch von Agitationsmaterial der USPD zum Zweck der Verbreitung in der Flotte;
4. Erzwingung eines alsbaldigen annexionslosen und entschädigungslosen Friedens durch gewaltsame Durchführung des Programms der USPD."

Ich frage Sie nun dazu folgendes:

a) Haben Sie dieses „Programm" dem Kriegsgerichtsrat Dr. Dobring in dieser Form vorgetragen oder ist dieses „Programm" aus einer längeren Aussage von Ihnen zusammengestellt und alsdann durch Ihre Unterschrift als richtig anerkannt worden?

b) Können Sie uns Mitteilung machen, in welcher Form dieses „Programm" aufgestellt worden ist? Haben Sie es selbst entworfen oder wer war bei dem Entwurf noch beteiligt? Wer hat das „Programm" angenommen? In welcher Form geschah das? In einer Versammlung an Land? auf einem Schiff? durch

Mehrheitsbeschluß? Zustimmendenfalls: Sind alle Punkte einstimmig angenommen worden oder nur durch Mehrheit? Hatten die Beteiligten die Auffassung, daß dieses angeblich von Ihnen aufgestellte Programm von der USPD gebilligt war? Woher kam diesen diese Auffassung? Wurde von *Ihrem* oder von dem *USPD*-Programm in Mannschaftskreisen gesprochen und geworben? Was verstanden Sie unter „gewaltsamer Durchführung des Programms der USPD"? Sollten selbständige Handlungen auf den Schiffen gegen den Willen der Offiziere vorgenommen werden?

Nach Aussage des verurteilten Matrosen Reichpietsch sollte der Befehl zur Ausführung des „Programms" von Berlin kommen. Haben Sie oder Ihre daran beteiligten Kameraden sich klargemacht, wer den Befehl ausgeben sollte, in welcher Form er Ihnen zugestellt werden sollte und wie Sie ihn gegebenenfalls zur Ausführung bringen wollten, oder wollten Sie und Ihre Kameraden vielmehr die Entwicklung abwarten und je nach den Umständen „handeln"? Glaubten Sie selbst daran, daß derartige Parolen von der USPD oder anderen politischen Organisationen ausgegeben werden würden? Hatten Sie die Überzeugung, daß die Vermittlung zwischen dem Matrosen Reichpietsch und der USPD von erheblicher Bedeutung war, oder hatten Sie den Eindruck, daß Reichpietsch seine freundschaftlichen Beziehungen zur USPD übertrieb, um seiner Idee mehr Werbekraft zu geben oder sich selbst in ein größeres Licht zu setzen?

Sie ersehen aus dieser von mir detaillierten Fragestellung, daß dem Ausschuß gerade über diesen Punkt eine besonders ausführliche Darstellung Ihrerseits erwünscht wäre.

III. In diesem Zusammenhange ersuche ich Sie auch, uns nähere Angaben über die Organisation des *Zentralkomitees* der revolutionären Matrosen und Heizer zu machen. Stellen Sie uns dar, wie das Zentralkomitee beschaffen war, wer es gewählt hat, wer seine Führer waren, und worin seine Funktionen bestanden. Fanden die Werbungen nur für die Organisation der Matrosen und Heizer oder auch für die USPD statt? Wer hat die Organisation überhaupt mit Material versorgt? Außer der Zentrale oder den Funktionären der USPD auch andere politische Gruppen?

IV. Sie haben selbst eine Unterredung mit dem Herrn Abgeordneten Dittmann in Berlin gehabt. Ich bitte Sie, den Gang dieser Unterredung, soweit er Ihnen noch im Gedächtnis ist, mitteilen zu wollen. Es kommt dem Untersuchungsausschuß wesentlich darauf an, festzustellen, ob Sie dem Herrn Abgeordneten Dittmann von den Plänen der Matrosen Mitteilung gemacht haben und wie sich der Herr Abgeordnete Dittmann gegebenenfalls dazu geäußert hat.

V. In der „Münchner Kommunistischen Zeitung" haben Sie im Verlauf des Dolchstoß-Prozesses oder nachher in Artikeln darauf hingewiesen, daß die Abgeordneten der USPD während der Prozesse nur vorgeschoben worden wären, um die Aufmerksamkeit von den wahren Hintermännern abzulenken. Diese Behauptung bitte ich noch näher zu begründen. Halten Sie die in diesen Artikeln gegebene Darstellung überhaupt aufrecht? Falls tatsächlich ein Zusammenhang zwischen Ihnen bezw. den verurteilten Matrosen einerseits und politischen Gruppen außerhalb der USPD bestanden hat, welches waren diese Gruppen? Bejahendenfalls, welche Personen kamen dafür in Frage?

Bei dieser Gelegenheit wäre es von Interesse zu wissen, ob und wie Sie vor Ausbruch des Krieges gewerkschaftlich oder politisch organisiert waren. Von Ihnen stammt die Mitteilung, daß der erschossene Heizer Köbis politisch radikal eingestellt war. Ich bitte Sie, mir mitzuteilen, zu welchen politischen Gruppen oder Parteien sich die übrigen Führer des Zentralkomitees rechneten, also etwa Reichpietsch, Beckers, Weber, Bieber, Linke, Liegl, Haase, Siegfried, Calmus usw.

VI. Glaubten Sie und auf Grund welcher Tatsachen an einen Erfolg der Stockholmer Konferenz? Waren Ihnen die Artikel der „Leipziger Volkszeitung" über die bevorstehende Konferenz bekannt? Von seiten der vernommenen Angehörigen der USPD ist bestritten worden, *irgend etwas sowohl Reichpietsch wie Ihnen gegenüber über die Stockholm-Listen gesprochen zu haben.* Zu welchem Zweck haben Sie denn überhaupt die Listen aufgestellt? Wollten Sie sie etwa unmittelbar nach Stockholm senden? Wissen Sie etwas darüber, ob die Stockholm-Listen in die Hände von Funktionären oder Abgeordneten der USPD gelangt sind? Und wenn ja, auf wessen Veranlassung hin?

Sie ersehen aus dem Fragenkomplex, worum es geht. Hier ist ein Mann beteiligt gewesen, der aus dieser Beteiligung kein Hehl machte und darüber eine Broschüre schrieb, die man meinetwegen mehr oder weniger phantastisch nennen kann. Der Mann ist Herr Sachse, und wir *müssen* ihn vernehmen.

Abg. Graf zu *Eulenburg:*

Ich bin derselben Auffassung wie der Herr Kollege Joos, daß wir Sachse unbedingt vernehmen müssen.

Abg. *Dittmann:*

Die Fragen, die der Herr Kollege Joos formuliert hat, rollen den ganzen Fragenkomplex, der überhaupt in Betracht kommt, auf, und eine Frage hat die andere zur Folge. Man weiß doch, wie es bei Beantwortung solcher Fragen zugeht.

Im übrigen habe ich bereits ausgeführt: ich sträube mich nicht dagegen, daß Sachse vernommen wird. Ich sehe aber voraus, daß die

Vernehmung keinen praktischen Wert hat. Bei alledem steht für mich fest, daß aus dem Material, das uns schon jetzt bekannt ist, für den ganzen Ausschuß die zwingende Schlußfolgerung gezogen werden muß: Sachse ist ein absolut unzuverlässiger Zeuge; es ist ganz gleichgültig, was er uns sagen wird selbst unter Eid, weil es zu einer ganzen Anzahl von Aussagen, die er bereits gemacht hat, in schroffem Widerspruch steht.

Abg. Graf zu *Eulenburg:*

Ich muß mich dagegen wehren, daß Herr Abg. Dittmann von vornherein sagt: wenn auch Sachse vernommen wird, er mag aussagen, was er will, der Mann ist unzuverlässig, seine Aussagen haben keinen Wert. Es ist meines Erachtens unmöglich, einen Zeugen, der vernommen werden soll, von vornherein so zu kennzeichnen. Es ist doch wohl ein Unterschied, ob Sachse in irgendwelchen Artikeln oder Broschüren Äußerungen veröffentlicht hat, oder ob er sie unter Eid gemacht hat und wieder unter Eid machen wird.

Was nun die Kreuz- und Querfragen anbetrifft, so könnte man diese ja schließlich unterlassen, wenn man sich auf die formulierten Fragen und ihre Beantwortung beschränkt.

Der Ausschuß beschließt, den früheren Oberheizer Sachse als Zeugen in vertraulicher Sitzung zu vernehmen.

Sitzung, Freitag, den 11. März 1927

Vernehmung des früheren Oberheizers Willi Sachse über die Marinevorgänge 1917[1])

Sekretär Dr. *Bloch:*

Ich bin im Auftrage des 4. Unterausschusses nach Leipzig zur Oberreichsanwaltschaft gefahren und habe dort wegen Sachse Verhandlungen gepflogen.

Gegen Sachse ist ein Verfahren eingeleitet wegen seiner Beteiligung an den Unruhen in Mitteldeutschland im Jahre 1923. Im Zusammenhang damit wurden von der Oberreichsanwaltschaft in der beschlagnahmten Broschüre „Antinauticus", deren Autorschaft Sachse zugeschrieben wird, Sätze in der Einleitung und dem Schluß der Schrift beanstandet. Ob überhaupt deshalb Anklage erhoben werden wird, hängt von Erhebungen ab, die dieser Tage zum Abschluß gebracht werden sollen. Die Darstellung der historischen Ereignisse auf der Flotte selbst wird nicht beanstandet, da durch die Amnestie der Volksbeauftragten eine Strafverfolgung nicht stattfinden kann.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Ich möchte bitten, dabei noch folgendes zu berücksichtigen. Für

[1]) Vor Eintritt in die Tagesordnung findet über die Art der Vernehmung des Zeugen Sachse in dessen Abwesenheit eine kurze Aussprache statt.

den Umfang der Anklage ist nicht allein der Oberreichsanwalt, sondern auch das Gericht zuständig. Ich bin daher der Meinung, daß nach wie vor eine ernste Gefahr für Sachse in der Richtung besteht, daß er wegen der Schilderung der Vorgänge von 1917 unter Anklage gesetzt wird. Wir sind nicht berechtigt, ihm das vor seiner Vernehmung zu verheimlichen. Wenn Sachse trotzdem aussagt, um so besser.

Abg. *Dittmann:*

Es scheint mir notwendig zu sein, vor der Vernehmung unter uns Klarheit über den Umfang der Zeugenvernehmung zu schaffen. In Betracht kommen nur die Fragen, die von Herrn Abg. Joos schriftlich formuliert worden sind. Frühere Aussagen, soweit sie nicht in den Fragen des Herrn Joos mit enthalten sind, kommen überhaupt nicht in Betracht.

Ich schließe mich im übrigen Herrn Dr. Rosenberg an. So sehr ich persönlich wünschen möchte, daß Sachse ganz unbehindert eine Aussage machen kann, muß ich doch anerkennen, daß für ihn große Behinderungen durch das Strafverfahren vorliegen, das die Oberreichsanwaltschaft jetzt gegen ihn eingeleitet hat. Ich halte es für eine Pflicht der Loyalität, Sachse vor seiner Vernehmung erneut darauf hinzuweisen.

Abg. *Brüninghaus:*

Wir haben den früheren Oberheizer Sachse vorgeladen, um ihn zu vernehmen, genau wie wir andere Leute gehört haben.

(Widerspruch der Abgeordneten Dr. Rosenberg und Dittmann.) Ich kann nicht recht erkennen, welcher Unterschied zwischen Herrn Sachse und anderen Zeugen bestehen soll. Wenn es nach dem Wunsche der Herren Abgeordneten Dr. Rosenberg und Dittmann ginge, dann würde die Sache darauf hinauslaufen, daß man Sachse sagt: „Sehen Sie sich bei Ihrer Aussage vor, daß Sie nicht irgend etwas sagen, woraus Ihnen vielleicht Unbequemlichkeiten erwachsen könnten“ oder verstärkt: „Am besten sagen Sie gar nichts“. Wir müssen Wert darauf legen, daß Sachse auf Fragen, die ihm gestellt werden, ohne die Hemmungen antwortet, die Sie ihm auferlegen wollen.

Wir werden dem Zeugen Sachse natürlich sagen: „Sie haben Ihre Aussage vor Gericht gemacht, Sie haben als Zeuge unter Eid vor dem Untersuchungsrichter ausgesagt. Das liegt alles fest. Sie haben Ihre Artikel in der ‚Neuen Münchener Zeitung‘ geschrieben, Sie haben die Antinauticus-Broschüre verfaßt. Das steht Ihnen alles vor Augen. Seien Sie infolgedessen in Ihren Bekundungen recht vorsichtig, damit Sie sich nicht selbst irgendwie durch diese Vernehmung mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt bringen. Im übrigen fällt alles, was vor 1918 passiert ist, unter die Amnestie. Also das, was Sie vor 1918 gemacht, gehört haben usw., kann Ihnen nach keiner Richtung hin irgendwie vom Strafrichter oder vom Reichsgericht zur Last gelegt werden.“

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Der Herr Abgeordnete Brüninghaus scheint doch nicht erkannt zu haben, um was es sich dreht. Es liegt hier wirklich ein ganz neuer Fall vor. Wir haben bisher noch keinen einzigen Zeugen gehabt, der durch seine Zeugenaussage in ein kriminelles Verfahren hätte hineinkommen können. *Nicht* amnestiert ist die *Darstellung* der Vorgänge der damaligen Zeit; denn der Oberreichsanwalt ist der Ansicht, daß die historische Darstellung dieser Dinge in der Gegenwart, vorgenommen von kommunistischen Verlegern und kommunistischen Autoren, den Zweck hat, die Bevölkerung für den kommenden Hochverrat zu präparieren. Nach Ansicht des Oberreichsanwalts liegt hier eine tendenziöse Darstellung der Vorgänge von 1917 vor, die strafbar sei.

Herr Brüninghaus meinte, man solle Sachse darauf aufmerksam machen, daß er sich strafrechtlich nicht hineinzulegen braucht. Das müssen wir ihm sagen und ihn darauf hinweisen, wo diese Gefahr liegt.

Abg. *Joos:*

Ich bin mit dem Herrn Kollegen Dr. Rosenberg darin einig, daß der Fall, der uns jetzt vorliegt, ein exzeptioneller ist.

Ich halte es für selbstverständlich, daß Sachse vorgehalten wird, er könne Auskünfte verweigern, wenn er glaube, sich dadurch einer strafbaren Handlung zu bezichtigen.

Abg. *Dittmann:*

Ich will nur darauf hinweisen, daß der Herr Abg. Brüninghaus irrt, wenn er meint, Sachse sei ein Zeuge wie jeder andere. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir ihm mit Absicht zunächst schriftlich nur bestimmte Fragen übermittelt hatten, weil wir nicht wollten, daß etwa alle Zeugen, die über die Vorgänge von 1917 zu befragen sind, vor das Forum des Ausschusses zitiert werden. Deshalb haben wir uns auf ganz bestimmte Fragen beschränkt. Wenn aber jetzt eine generelle Vernehmung Sachses erfolgt, zieht das logischerweise nach sich, daß im Ausschuß Anträge gestellt werden, auch noch die und die anderen Zeugen zu vernehmen. Wir müssen uns bei der Vernehmung in dem Rahmen halten, wie er durch die Fragen gezogen ist, die der Herr Kollege Joos in unserem Auftrage formuliert hat.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich halte es für selbstverständlich, daß wir bei der Vernehmung des Zeugen Sachse die zwölf Fragen des Herrn Berichterstatters Abg. Joos zugrunde legen.

Abg. Graf zu *Eulenburg:*

Ich bin auch der Auffassung, daß der Fall Sachse ein Einzelfall ist, aber auch insofern, als Sachse, wenn er will, mehr aussagen kann, als manche andere auszusagen vermögen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Nach den Mitteilungen, die mir Herr Dr. Bloch nach seinen Ver-

handlungen mit dem Oberreichsanwalt gemacht hat, halte ich die in der Aussprache vorgebrachten Bedenken für ziemlich gegenstandslos, weil die Annahme begründet ist, daß das ganze Verfahren wahrscheinlich eingestellt wird.

Abg. *Brüninghaus:*

Von Herrn Sachse ist durch die Broschüre des Herrn Dittmann und durch meine Veröffentlichung eine große Reihe von Aussagen bekannt, von Aussagen, die er vor dem Untersuchungsrichter Holthöfer wie vor dem Kriegsgerichtsrat Dr. Dobring gemacht hat. Also die Sache liegt nicht so, daß wir hier ganz neue Offenbarungen von Herrn Sachse zu hören bekommen werden, sondern wir werden im wesentlichen ja hören, ob das, was er früher ausgesagt hat, richtig oder falsch ist, ob alles das, was er z. B. im „Antinauticus" ausgesagt hat, im allgemeinen der Wahrheit entspricht oder nicht.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Wir kommen nunmehr zur Vernehmung des Mechanikers, früheren Oberheizers, Willi Sachse über die Marinevorgänge 1917.

(Der Zeuge Sachse erscheint.)

Ich mache Sie zunächst auf folgendes aufmerksam. Sie haben es abgelehnt, auf eine Reihe präziser Fragen, die der Untersuchungsausschuß an Sie schriftlich gestellt hat, eine Antwort zu geben. Sie haben Ihren ablehnenden Bescheid damit begründet, es könnten Ihnen aus einer Beantwortung der an Sie gestellten Fragen Schwierigkeiten bei einem etwaigen Strafverfahren gegen Sie erwachsen. Sie haben im Zusammenhange damit erklärt, Sie würden sich nur einer Vernehmung unterziehen, wenn Garantien seitens des Untersuchungsausschusses geschaffen würden, daß Ihnen aus Ihren Aussagen kein Rechtsnachteil erwächst. Es ist nach den Bestimmungen, die für die Vernehmungen des Untersuchungsausschusses in Frage kommen, nicht möglich, die absolute Garantie dafür zu gewährleisten. Andererseits mache ich Sie darauf aufmerksam, daß die Vorgänge auf der Marine im Jahre 1917 an sich durch die Amnestie des Jahres 1918 erledigt sind.

Sie haben als Zeuge vor dem Untersuchungsausschusse in Analogie der Bestimmungen der Strafprozeßordnung das Recht der Zeugnisverweigerung, wenn Sie glauben, daß Sie sich durch Ihre Aussagen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetzen können.

Der Ausschuß hat beschlossen, diese Verhandlungen für vertraulich zu erklären[1]).

Sie haben in früheren Strafprozessen, in Broschüren und in einzelnen Artikeln sich mehrfach über die Vorgänge auf der Marine im Jahre 1917 ausgesprochen, und die Aussagen, die Sie da gemacht haben, stimmen nach der Auffassung einzelner Mitglieder des Aus-

[1]) Die Vertraulichkeit wurde nachher auf Wunsch des Zeugen Sachse selbst aufgehoben. Vgl. u. S. 238.

schusses nicht immer miteinander überein. Deswegen werden wir vorläufig von einer Vereidigung von Ihnen absehen.

Ich ersuche Sie nun, sich an Hand der schriftlichen Fragen unseres Berichterstatters Abg. Joos im Zusammenhange zu äußern; es wird sich dann ergeben, welche mündlichen Fragen zu den einzelnen Punkten, die Sie zu behandeln gedenken, weiter an Sie zu richten sein werden.

Zeuge *Sachse:*

Ich werde mich, soweit ich in diesem Ausschuß in vertraulicher Sitzung Aussagen mache, auf die Dinge beschränken, die sachlich zu sagen sind und mich nicht belasten. Im übrigen werde ich die Zeugenaussage verweigern. Ich habe darüber mit meinem Rechtsbeistand gestern verhandelt und werde mich an diese Richtlinien, die wir aufgestellt haben, halten.

Zunächst die Frage: wann wir beschlossen haben, für politische Zwecke in der Flotte zu agitieren und welchen Erfolg diese Agitation hatte. Und im Zusammenhang damit die Frage, ob wir selbständig oder im Auftrage irgendwelcher Abgeordneter gehandelt hätten. Das ist wohl die Kernfrage.

Zunächst steht fest — das habe ich in jedem meiner Artikel betont —, daß die Entwicklung der Flottenbewegung von uns ganz selbständig eingeleitet worden ist. Ehe überhaupt jemals eine Verbindung mit irgendwelchen Parteien stattgefunden hat oder angeknüpft worden ist, hat eine Flottenbewegung, die revolutionäre Bewegung der Flotte, bestanden und existiert. Sie existierte ungefähr seit Anfang 1915. Es war damals nicht daran zu denken, mit irgendwelchen prominenten Vertretern irgendwelcher Parteien in Verbindung zu treten, weil uns jede Möglichkeit dazu fehlte. Wir haben aus eigener Initiative, auf Grund der vorhandenen politischen wie wirtschaftlichen Lage, gehandelt und versucht, die Zustände, die bei der Flotte waren, in wirtschaftlicher und in sozialer Beziehung, sowie auch in allgemein politischer Beziehung zu ändern.

Ferner werde ich gefragt, was für eine Bewandtnis es mit dem konkreten Programm der revolutionären Matrosenbewegung habe, das ich in einer Aussage vor Kriegsgerichtsrat Dobring angeführt hätte. Man fragt mich, wie das Programm zustande gekommen sei. Ich will dazu folgendes sagen: Es hat kein Flottenprogramm gegeben mit diesen Formulierungen. Das angeführte „Programm“ ist von dem Kriegsgerichtsrat auf Grund der verschiedensten Aussagen und Verhöre, die gemacht worden sind, bunt zusammengestellt. Wir haben von vornherein bei jeder Vernehmung erklärt, daß dieses Programm nicht das Programm der Matrosenbewegung oder der USPD oder irgendeiner anderen Arbeiterpartei gewesen sei. Die Tatsache geht schon aus der Urteilsschrift hervor, wo selbst festgestellt wird, daß nicht erwiesen ist, daß ein solches Programm schriftlich oder sonstwie vorgelegen

hat. Es steht demnach fest, daß keiner von uns irgendwie ein solches Programm, das politisch völlig unsinnig gewesen wäre, verfaßt hat. Wir haben während des Verfahrens und später immer gegen diese Formulierung gekämpft. Aber es ist das die bekannte Art der Kriegsgerichtsräte, mit den Methoden eines Diktators solche Dinge zu konstruieren. Alle anderen Fragen zu diesem Punkte erübrigen sich damit.

Die nächste Frage betrifft die Stellungnahme des erschossenen Kameraden Reichpietsch. Es wird gefragt, welchen Eindruck wir über die Mitteilungen hatten, die uns Reichpietsch in bezug auf seine Besprechungen und Verbindungen mit Berlin gemacht habe. Ich sage, daß wir, soweit der Reichpietsch uns Mitteilungen gemacht hat über Verbindungen, die er in Berlin mit den verschiedensten Vertretern der Parteien gehabt hat, geglaubt haben, daß Reichpietsch uns gegenüber ehrlich war und nichts übertrieben hat, denn wir haben jahrelang vertrauensvoll zusammengearbeitet. Wieweit er übertrieben hat, als er vor Gericht stand, kann ich nicht sagen. Ich habe die Aussagen nicht gehört, kenne aber die Methoden, die die Kriegsgerichtsräte Dobring und Loesch angewandt haben. Ich muß es auch für meine Person ablehnen, das anzuerkennen, was Reichpietsch nach dem Protokoll in den Mund gelegt worden ist.

Dann wird gefragt nach der Organisation des Zentralkomitees. Der Name als solcher ist falsch. Er ist ein Produkt des Kriegsgerichtsrats Dobring, das er sich konstruiert hat, um unsere Sache als besonders gefährlich und radikal hinzustellen. In Wirklichkeit hießen die Dinge anders. Soweit eine zentrale Leitung bestand, hat sie sich im Jahre 1916 entwickelt. Sie ist aus den Verhältnissen, aus dem Kampf der Mannschaft um die Menagekommissionen, der ein wirtschaftlicher Kampf war, erwachsen. In Verbindung mit den allgemeinen Bestrebungen der Matrosenbewegung, den Frieden herbeizuführen, die Gesamtzustände der Flotte zu ändern, wurden diese Kämpfe in den Vordergrund geschoben, um den allgemeinen Kampf vorwärtszutreiben. Und das hat ja auch Erfolg gehabt.

Diese zentrale Leitung ist gewählt worden von den Vertretern der einzelnen Marineteile, der verschiedensten Schiffe nach Geschwadern. Es waren zunächst drei Mann, die in verschiedenen vertraulichen Sitzungen gewählt worden sind. Später ist dieses Komitee auf fünf erweitert worden.

Zu der Frage der Unterredung, die ich mit dem Abgeordneten Dittmann in Berlin während meines Urlaubs 1917 im Juni oder Juli gehabt habe, verweigere ich zunächst die Aussage.

Zu meinem Artikel oder meinen Artikeln, die ich in der „Münchener Neuen Zeitung“ anläßlich des Dolchstoßprozesses geschrieben habe, habe ich folgendes zu sagen: Es ist klar, daß wir natürlich gar kein Interesse hatten, vor Gericht damals noch irgend jemand, der nicht kompromittiert oder der noch nicht entdeckt worden war, von

seiten der Gerichte oder durch die bekannten Spitzel Borkowsky und Adams, anzugeben. Wir haben deshalb von unseren eigenen Verbindungsmännern zu den einzelnen politischen Gruppen in Wilhelmshaven oder Kiel niemanden genannt. Ich entsinne mich lediglich, daß in dem Prozeß gegen Haase, Siegfried und Genossen, Borkowsky versuchte, die Kieler Verbindung zu der linksradikalen Gruppe aufzudecken; es ist ihm nicht gelungen.

Unsere ganze Bewegung war also nicht eine USPD-Bewegung, sondern eine Bewegung, die aus den Gesamtverhältnissen der Flotte heraus geboren wurde, eine Abwehrbewegung gegen die Gesamtzustände. Eine Bewegung, die das Ziel hatte: Kampf für den Frieden unbedingt, bis zuletzt, mit allen Mitteln! Insofern deckte sich das Programm der USPD von damals, soweit es eine USPD schon gab, überhaupt nicht mit unseren Zielen. Es ist falsch, wenn in dem Münchener Dolchstoßprozeß und auch hier von einigen Vertretern nationaler Parteien solche Behauptungen aufgestellt worden sind.

Über die Personen, mit denen wir Verbindung gehabt haben, mit welchen Gruppen, mache ich keine Aussage.

Ich war in der Vorkriegszeit politisch, wie auch gewerkschaftlich organisiert.

Die Frage, welche politische Stellung der erschossene Heizer Köbis gehabt hat, ist bereits klargestellt. Köbis war kein Anhänger der USPD, kein Anhänger der damaligen Mehrheitssozialdemokratie, auch kein Anhänger der linksgerichteten Gruppe der Internationale, der bekannten Bremer Gruppe, sondern er hatte, soweit man von einer bewußt politischen Tendenz reden kann, eine Einstellung zum Anarchismus. Insofern deckte er sich mit dem Kameraden Beckers. Reichpietsch tendierte nach der USPD. Inwieweit er aber bewußt sich der Partei angeschlossen hatte, kann ich nicht feststellen.

Dann die Frage, ob ich an einen Erfolg der Stockholmer Konferenz geglaubt habe oder noch glaube. Wir haben von dieser Stockholmer Konferenz nicht geglaubt, daß sie irgendwelche positiven Kampfmaßnahmen gegen den Krieg für die deutsche oder internationale Arbeiterklasse bringen würde. Im Gegenteil, wir waren der Meinung, daß es eine einfache vorberatende Konferenz sei, die überhaupt erst einmal die Möglichkeit geben sollte, die radikalen Gruppen innerhalb der Sozialdemokratie zu sammeln und eine bestimmte Plattform zu finden, gewissermaßen die politische Stellung zur Kriegsfrage. Das war damals unsere Meinung. Das haben wir auch zu Protokoll gegeben. Kriegsgerichtsrat Dobring hat diese Aussagen nicht protokolliert, und soweit er sie protokolliert hat, kann man sogar das Gegenteil herauslesen. Die Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ über die damals bevorstehende Konferenz waren uns bekannt, da wir fast durchweg Abonnenten der „Leipziger Volkszeitung“ waren.

Die Frage nach den Stockholmer Listen ist eine aus den Akten

herausgelesene Frage. Soweit Listen geführt worden sind, sind es auf der einen Seite Mitgliederlisten der Organisation gewesen, und auf der anderen Seite gab es natürlich unabhängig von der Bewegung wie überall Listen für die Mitgliedschaft einzelner politischer Parteien, nicht nur für die USPD, sondern auch für die Sozialdemokratie, ebenso wie für die Vaterlandspartei in der Flotte. Man hat diese Listen herausgegriffen und sie zu sogenannten Kampflisten gestempelt, weil es gerade USPD-Listen waren. Man wollte damit später den Abgeordneten einen Strick drehen, wie ich bei meinen späteren Vernehmungen bereits ausgesagt habe.

Abg. *Joos:*

Nach diesen allgemeinen Darlegungen des Herrn Zeugen werde ich die einzelnen Punkte meines Fragebogens noch einmal durchgehen.

1. Wann haben Sie begonnen, für politische Zwecke auf der Flotte zu agitieren und welchen Erfolg hat diese Agitation gehabt? Sie haben dargelegt, daß die politische Bewegung schon früh begonnen hat, schon Anfang 1915. Nächste Frage: „Haben Sie selbständig gehandelt oder hatten Sie irgendwelchen Auftrag von Abgeordneten, Parteivertretern oder Parteifunktionären?“ Sie haben die Frage dahin beantwortet, daß Sie absolut selbständig vorgegangen sind.

„Gegebenenfalls von welchen? Falls Sie keine anderen Angaben als wie in der von Ihnen verfaßten Broschüre ‚Antinauticus‘ zu machen in der Lage sind, wird es genügen, wenn Sie auf Ihre diesbezüglichen Ausführungen, wenn möglich unter Seitenangabe, Bezug nehmen.“

Sie haben darauf keinen Bezug genommen, bewußt nicht.

Zeuge *Sachse:*

Ich lehne über diese Frage die Aussage ab.

Abg. *Joos:*

Weitere Frage nach dem „Programm“. Sie haben erklärt, ein solches „Programm“ bestehe nicht, sondern ist von den Kriegsgerichtsräten konstruiert worden. Sie bewegen sich da in der Auffassung, die auch von anderer Seite bekundet worden ist. Also alle die Fragen, die sich nun darauf beziehen, ob Sie Mitteilungen machen können, in welcher Form dieses „Programm“ aufgestellt worden ist, sind damit erledigt.

Zeuge *Sachse:*

Wir hatten ein anderes Programm.

Abg. *Joos:*

Wollen Sie sich dazu äußern?

Zeuge *Sachse:*

Nein.

Abg. *Joos:*

Sie können sich also nicht äußern zu der Frage einer gewaltsamen Durchführung des Programms entweder der USPD oder irgendeines

bestehenden Programms, das sich die Matrosen vorgenommen haben. Dieser Ausdruck findet sich in den Prozessen, und es ist selbstverständlich anzunehmen, daß Sie sich Gedanken über eine „gewaltsame Durchführung" von bestimmten Dingen gemacht haben.

Zeuge *Sachse:*

Selbstverständlich. Aber ich kann mich dazu nicht äußern.

Abg. *Joos:*

„Sollten selbständige Handlungen auf den Schiffen gegen den Willen der Offiziere vorgenommen werden?"

Zeuge *Sachse:*

Das ist aktenmäßig festgelegt. Wir hatten selbständig gehandelt gegen den Willen der Offiziere. Wir haben gemeutert, als man uns nichts mehr zu essen gab und uns schikanierte. Wir haben den Gehorsam verweigert.

Abg. *Joos:*

Nach Aussage des verurteilten Matrosen Reichpietsch sollte der Befehl zur Ausführung des „Programms" von Berlin kommen.

Zeuge *Sachse:*

Das ist Unsinn, das ist von Dobring erdichtet.

Abg. *Joos:*

Weitere Frage: Haben Sie oder Ihre daran beteiligten Kameraden sich klargemacht, wer den Befehl ausgeben sollte, in welcher Form er Ihnen zugestellt werden sollte und wie Sie ihn gegebenenfalls zur Ausführung bringen wollten, oder wollten Sie und Ihre Kameraden vielmehr die Entwicklung abwarten und je nach den Umständen „handeln"? Sie haben dazu nichts zu sagen?

Zeuge *Sachse:*

Nein.

Abg. *Joos:*

Glaubten Sie selbst daran, daß derartige Parolen von der USPD oder anderen politischen Organisationen ausgegeben werden würden?

Zeuge *Sachse:*

Darauf muß ich die Aussage verweigern.

Abg. *Joos:*

Hatten Sie die Überzeugung, daß die Vermittlung zwischen dem Matrosen Reichpietsch und der USPD von erheblicher Bedeutung war oder hatten Sie den Eindruck, daß Reichpietsch seine freundschaftlichen Beziehungen zur USPD übertrieb, um seiner Idee mehr Werbekraft zu geben oder sich selbst in ein größeres Licht zu setzen? Sie haben darauf geantwortet, daß Sie an der Ehrlichkeit der Erklärungen, die Reichpietsch gab, nicht zweifeln. Hatten Sie die Überzeugung, daß die Vermittlung zwischen dem Matrosen Reichpietsch und der USPD von erheblicher Bedeutung für die Bewegung auf den Schiffen war?

Zeuge *Sachse:*

Darüber muß ich die Aussage verweigern.

Abg. *Joos:*

„In diesem Zusammenhange ersuche ich Sie auch, uns nähere Angaben über die Organisation des Zentralkomitees der revolutionären Matrosen und Heizer zu machen.“ Sie haben etwas über die Organisation gesagt. Stellen Sie uns dar, wie das Zentralkomitee beschaffen war, wer es gewählt hat, wer seine Führer waren? „Worin bestanden seine Funktionen?“ Haben Sie dazu etwas zu sagen?

Zeuge *Sachse:*

Darüber verweigere ich die Aussage.

Abg. *Joos:*

„Fanden die Werbungen nur für die Organisation der Matrosen und Heizer oder auch für die USPD statt?“

Zeuge *Sachse:*

Das ergibt sich aus der ersten Frage, daß wir eine vollkommen selbständige Bewegung waren.

Abg. *Joos:*

Durch Ihre Organisation ist jedenfalls für die USPD nicht geworben worden. Wer hat die Organisation überhaupt mit Material versorgt?

Zeuge *Sachse:*

Wir haben es genommen, wo wir es bekommen konnten. Wir haben auch eigenes Material herausgegeben.

Abg. *Joos:*

Sie haben doch kein Material auf den Schiffen drucken können?

Zeuge *Sachse:*

Ich habe die Flugblätter veröffentlicht, sie sind bekannt. Wir haben mit unseren eigenen Mitteln einen eigenen Fonds geschaffen, in den jedes Mitglied der Organisation von seiner Löhnung einen Beitrag abgeben mußte. Aus diesen Mitteln haben wir das illegale Material gedruckt.

Abg. *Joos:*

Aber es ist klar, daß das Material, das Sie sich beschaffen konnten, nicht genügen konnte.

Zeuge *Sachse:*

Wir haben auch das ganze legale Material bezogen, das Gericht hat es stapelweise beschlagnahmt. Das haben wir gegen Entgelt gedruckt und verteilt.

Abg. *Joos:*

Wer hat die Organisation mit Material versorgt? Außer der Zentrale von den Funktionären der USPD auch andere politische Gruppen?

Zeuge *Sachse:*

Das Material, das wir gehabt haben, haben wir alles selbst bestellt und je nach unserer politischen Überzeugung, und je nachdem, welche Leute in Frage kamen, bezogen.

Abg. *Joos:*

Sie selbst haben mit den Funktionären der USPD überhaupt keinen Zusammenhang gehabt?

Zeuge *Sachse:*

Ich kannte eine ganze Reihe Personen, ich habe selbstverständlich persönliche Verbindungen gehabt; aber darüber muß ich die Aussage verweigern.

Abg. *Joos:*

Sie haben selbst eine Unterredung mit dem Herrn Abgeordneten Dittmann in Berlin gehabt?

Zeuge *Sachse:*

Ja.

Abg. *Joos:*

Darüber verweigern Sie die Aussage.

Zeuge *Sachse:*

Ja.

Abg. *Dittmann:*

Aber über den Ort wohl nicht?

Zeuge *Sachse:*

Das steht doch in Ihrem Referat.

Abg. *Dittmann:*

Daß es im Vorzimmer vor dem Saal 12 des Reichstags stattfand, während das Vorzimmer mit etwa 20 Personen ausgefüllt war, wenige Schritte von der Haupttür zum Saal 12 entfernt. Das ist nicht gleichgültig für die Herren, die die Örtlichkeit kennen.

Abg. *Joos:*

Sie selbst wollen auch nichts über die Unterredung sagen, Herr Abg. Dittmann?

Abg. *Dittmann:*

Ich kann nur erneut sagen, daß Herr Sachse mir die Klagen wiederholt hat, die an Bord über die Verpflegung, die Behandlung, die ganzen Zustände geführt wurden, die von Reichpietsch mitgeteilt worden sind, und daß er seinem Unmut über die ganzen Zustände mir gegenüber Ausdruck gegeben hat, daß ich beschwichtigend auf ihn eingeredet habe, so wie ich es auch gegenüber Reichpietsch und jedem Soldaten getan habe, der aus dem Felde kam und sich über die Zustände dort beschwerte. Aber ich habe dem Gespräch an sich keine große politische Bedeutung beigelegt. An irgendwelche Einzelheiten kann ich mich natürlich heute nicht mehr erinnern.

Abg. *Joos:*

Ich verstehe nach dieser Äußerung des Herrn Kollegen Dittmann nicht, Herr Zeuge Sachse, warum Sie über diese Unterredung nichts aussagen wollen. Nach dem, was wir doch von Herrn Dittmann gehört haben, können Sie ganz ruhig antworten.

Zeuge *Sachse:*

Ich gebe zu, daß wir eine solche Aussprache gehabt haben.

Abg. *Joos:*

„Ich bitte Sie, den Gang dieser Unterredung, soweit er Ihnen noch im Gedächtnis ist, mitteilen zu wollen." Das lehnen Sie ab. „Es kommt dem Untersuchungsausschuß wesentlich darauf an, festzustellen, ob Sie dem Herrn Abgeordneten Dittmann von den Plänen der Matrosen Mitteilung gemacht haben und wie sich der Herr Abgeordnete Dittmann gegebenenfalls dazu geäußert hat."

Zeuge *Sachse:*

Darüber verweigere ich die Aussage.

Abg. *Joos:*

„In der ‚Münchener Kommunistischen Zeitung' haben Sie im Verlauf des Dolchstoßprozesses oder nachher in Artikeln darauf hingewiesen, daß die Abgeordneten der USPD während der Prozesse nur vorgeschoben worden wären, um die Aufmerksamkeit von den wahren Hintermännern abzulenken. Diese Behauptung bitte ich noch näher zu begründen." Sie haben einige Bemerkungen dazu gemacht.

Zeuge *Sachse:*

Ich halte im allgemeinen die Tendenz dieser Behauptung aufrecht, sie war etwas unglücklich formuliert.

Abg. *Joos:*

Sie haben es also tatsächlich so getan?

Zeuge *Sachse:*

Nicht so; die Abgeordneten waren doch durch die Spitzel hineingezogen, die die Dinge gemacht haben, z. B. Steffen, und es war nicht mehr gut zu leugnen, nachdem die Geschichten alle vorlagen. Aber wir hatten keine Ursache, die anderen Leute hineinzuziehen. Es genügten uns schon fünf Todesurteile!

Abg. *Joos:*

Halten Sie die in diesen Artikeln in der „Münchener Kommunistischen Zeitung" gegebene Darstellung überhaupt aufrecht?

Zeuge *Sachse:*

Soweit es meine Artikel und nicht Korrekturen waren. Die Artikel habe ich im Ausland geschrieben.

Abg. *Brüninghaus:*

Sind Sie der Ansicht, daß alles richtig ist, was in den Artikeln steht, die Sie unter dem Namen „Willy Sachse-Moskau" in der „Münchener Neuen Zeitung" geschrieben haben?

Zeuge *Sachse:*

Soweit sie politisch meine Meinung begründen, sind sie richtig.

Abg. *Joos:*

„Falls tatsächlich ein Zusammenhang zwischen Ihnen bezw. den verurteilten Matrosen einerseits und politischen Gruppen außerhalb

der USPD bestanden hat, welches waren diese Gruppen?“ Sie wollen darüber nichts sagen?

Zeuge *Sachse:*

Nein.

Abg. *Joos:*

„Bejahendenfalls, welche Personen kamen dafür in Frage?“ Darüber wollen Sie auch nichts sagen. „Bei dieser Gelegenheit wäre von Interesse zu wissen, ob und wie Sie vor Ausbruch des Krieges gewerkschaftlich oder politisch organisiert waren?“ Dazu haben Sie sich geäußert.

Und über das, was an politischer Organisation in der späteren Zeit da war, als Sie auf den Schiffen waren und Ihre Arbeit begann, wollen Sie uns nichts sagen?

Zeuge *Sachse:*

Weil es mit meinem Prozeß zusammenhängt.

Abg. *Joos:*

„Von Ihnen stammt die Mitteilung, daß der erschossene Heizer Köbis politisch radikal eingestellt war.“ Sie haben uns gesagt: er stand dem Anarchismus nahe. „Ich bitte Sie, mir mitzuteilen, zu welchen politischen Gruppen oder Parteien sich die übrigen Führer des Zentralkomitees rechneten, also etwa Reichpietsch.“ Sie sagten: er stand der USPD nahe.

Zeuge *Sachse:*

Nachher; aber er war vorher nie politisch organisiert.

Abg. *Joos:*

Über die anderen wollen Sie nichts sagen. Es wäre ja für manche Namen, die hier stehen und in dem Prozeß eine bestimmte Färbung bekommen haben, hinsichtlich ihrer politischen Tendenz gut, wenn Sie sich äußerten.

Zeuge *Sachse:*

Das steht in den Akten. Weber hat klar im Prozeß erklärt: Ich gehöre der Mehrheitssozialdemokratie an und stehe nach wie vor zu diesem Programm. Die Erklärung hat ihm das Leben gerettet.

Abg. *Joos:*

„Glaubten Sie und auf Grund welcher Tatsachen an einen Erfolg der Stockholmer Konferenz?“ Sie haben gesagt, Sie glaubten nicht daran. „Waren Ihnen die Artikel der ‚Leipziger Volkszeitung‘ über die bevorstehende Konferenz bekannt?“

Zeuge *Sachse:*

Ja.

Abg. *Joos:*

„Von seiten der vernommenen Angehörigen der USPD ist bestritten worden, irgend etwas sowohl Reichpietsch wie Ihnen gegenüber über die Stockholmer Listen gesprochen zu haben.“ Sie haben

hier erklärt, und das ist vollkommen neu, daß die Stockholm-Listen Mitgliederlisten für irgendeine politische Organisation waren.

Zeuge *Sachse:*

Es waren gar keine Stockholm-Listen, das ist ein falscher Ausdruck; dazu hat man sie gestempelt.

Abg. *Joos:*

Die Darstellung auch von dem Abg. Dittmann ging dahin, daß die Leute ihre Namen auf Listen schrieben, sie wollten damit ihre Friedensbereitschaft dokumentieren.

Abg. *Dittmann:*

Ich habe auf Grund des Aktenbefundes berichtet, und nach den Akten sind es meist Listen, die von einer und derselben Hand geschrieben sind, die manchmal Hunderte von Namen betreffen. Diese Listenzusammenstellung ist vielfach auf Grund von kleinen Zetteln erfolgt, auf denen abteilungsweise Namen zusammengestellt waren, und da habe ich auf Grund der Akten geschlußfolgert: es sind Listen, durch die die Leute, deren Namen dort standen, lediglich ihre Sympathien mit der USPD und mit der Friedensbewegung der USPD, mit der Stockholmer Konferenz bekunden wollten; es sind aber keine Mitgliederlisten. Es ist ja auch zu berücksichtigen, daß dem Zeugen natürlich nicht alle Listen zu Gesicht gekommen sind, die überhaupt auf den verschiedenen Schiffen zirkuliert haben. Er kannte sie zunächst nur von seinem eigenen Schiff oder vielleicht einem anderen, wo ihm Listen gezeigt wurden. Ich weiß nicht, ob er z. B. die „König Albert"-Listen zu Gesicht bekommen hat.

(Zeuge *Sachse:* Die kenne ich.)

Aber diese Liste hat einen Namen nach dem anderen, von einer und derselben Hand geschrieben. Also diese Liste ist in keiner Weise beweiskräftig. Sie kann weder einem Anhänger der USPD beweisen: Dort sind Hunderte von Leuten, die für die USPD sind, noch kann sie einem Gegner der USPD oder für Friedensbewegung beweisen, daß wirklich die Leute, deren Namen dort stehen, für die Friedensbewegung eintreten. Ich halte sie auch an sich für ganz belanglos und harmlos.

Abg. *Brüninghaus:*

Zur Ergänzung will ich hinzufügen, daß der Ausdruck „Stockholm-Listen" dadurch in die ganze Kontroverse hereingekommen ist, weil verschiedene Leute gesagt haben, sie wären aufgefordert worden, sich in Listen einzutragen, die als Sympathiekundgebung nach Stockholm mitgenommen werden sollten. Daher ist dann der Ausdruck „Stockholm-Listen" gekommen.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Eine ergänzende Frage an den Zeugen: Sie sagten, daß Sie über die Unterredung mit dem Abgeordneten Dittmann die Aussage ver-

weigern. Ich kann verstehen, aus welchen Motiven Sie das tun; aber vielleicht können Sie auf folgende Formulierung Antwort geben: Hat in der Unterredung der Abgeordnete Dittmann Sie irgendwie, nach dem damaligen Rechtszustand, zu gesetzwidrigen Handlungen aufgefordert?

Zeuge *Sachse:*

Nein, das konnte er nicht, wir hatten schon eine gesetzwidrige Organisation nach damaligen Begriffen.

Abg. *Joos:*

Herr Zeuge, Sie haben die Auffassung vom Herrn Kollegen Dittmann über die Stockholm-Listen und über die Möglichkeit gehört, daß solche Listen als Sympathiekundgebung für einen baldigen Frieden zusammengestellt wurden. Halten Sie das für möglich?

Zeuge *Sachse:*

Darüber will ich folgende Erklärung abgeben: Es waren nicht Listen, die nun irgendwie als Mitgliederlisten der USPD zirkulierten, wie es im Prozeß hingestellt worden ist, sondern es waren Resolutionen zur Friedensbewegung, zum Friedenswillen der Flotte, Friedenskundgebungen, die wir auf den verschiedenen Schiffen angenommen haben, nicht nur wegen der Stockholmer Konferenz, sondern auch aus anderen Anlässen, als die ersten Friedensmanifeste der russischen revolutionären Regierung herauskamen, als Kerenski die Macht übernahm. Wir hatten zu jeder dieser Fragen in einer Resolution Stellung genommen und haben diese in einzelnen Versammlungen vorgelegt und zirkulieren lassen und diese Resolutionen dann entweder den Leuten zugestellt, die sie damals nach unserer Meinung bekommen mußten, um sich daraus politische Stützpunkte zu schaffen usw. Das sind aber keine Stockholm-Listen, das haben wir bei jeder konkreten Situation gemacht. Als die Friedensresolution des Reichstags herauskam, haben wir auch ganz ernsthaft dazu Stellung genommen; wir haben eine Resolution auf allen Schiffen in den Geschwadern annehmen lassen, auf denen wir eine Bewegung hatten.

Abg. *Joos:*

Wer ist jetzt „wir"?

Zeuge *Sachse:*

Das Zentralkomitee der Matrosen, wie Dobring es titulierte.

Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

In der Resolution vom Schiff „König Albert" zur Stockholmer Konferenz wird aber gesagt: Es soll sich die ganze Matrosenschaft der USPD anschließen.

Zeuge *Sachse:*

Das weiß ich nicht so genau, da müßte ich die Dokumente sehen.

Abg. *Joos:*

Sie haben erklärt — und das bleibt wohl bestehen —, daß es

Listen gab, die man als Stockholm-Listen auffaßte, die eigentlich Mitgliederlisten von Organisationen waren.

Zeuge *Sachse:*

Natürlich gab es auch Mitgliederlisten für die Organisation. Wir hatten dort mit denselben Methoden geworben, wie jede andere Organisation an Bord auch geworben hat. Wir haben, wie die Vaterlandspartei und die anderen Organisationen, auch für unsere Organisation Mitgliederlisten angelegt. Die sind auch gefunden worden, z. B. die „Ziethen"-Liste. Die ist nach Leipzig gesandt worden.

Abg. *Dittmann:*

Und im Briefkasten der „Leipziger Volkszeitung" steht, daß sie an Dittmann geschickt worden ist. Also eine Verschwörung im Briefkasten!

Abg. *Joos:*

Herr Zeuge, Sie sprechen jetzt davon, wie auch die Vaterlandspartei agitiert hat. Hat die Mitgliederlisten usw. gehabt?

Zeuge *Sachse:*

Die hat sehr agitiert.

Abg. *Joos:*

Können Sie uns etwas Näheres darüber sagen?

Zeuge *Sachse:*

Da müßte ich das Material mitbringen. Ich weiß nur positiv, daß sie agitiert hat. Sie ist auch an uns herangetreten. Es waren einzelne Leute, Unteroffiziere, die beauftragt waren, oder Mitglieder, die an uns herantraten und für die Ideen warben. Dann kam das erste große Manifest 1917 mit soundso viel Unterschriften. Alle diese Dinge zirkulierten, und wir haben dazu Stellung genommen. Wir haben unsere Mitglieder verpflichtet, das strikt abzulehnen.

Abg. *Joos:*

Dann wäre eigentlich eine allgemeine Agitiererei auf den Schiffen von allen möglichen Gruppen gewesen.

Zeuge *Sachse:*

Jawohl, damals war die Zersetzung schon da.

Abg. *Joos:*

„Zu welchem Zwecke haben Sie denn überhaupt die Listen aufgestellt? Wollten Sie sie etwa unmittelbar nach Stockholm senden?" Auf die Idee kamen Sie nicht?

Zeuge *Sachse:*

Nein, das entsprach nicht der Einschätzung der Stockholmer Konferenz.

Abg. *Joos:*

Wissen Sie etwas darüber, ob die Stockholm-Listen in die Hände von Funktionären oder Abgeordneten der USPD gelangt sind?

Zeuge *Sachse:*

Darüber verweigere ich die Aussage.

Abg. *Joos:*

Wollen Sie mir auch die Beantwortung der Frage ablehnen, ob Sie das überhaupt wissen *können?* Denn hier handelt es sich um die USPD. Damals waren Sie ja nicht bei der USPD. Ich könnte mir denken, daß Sie sagen: Darüber *konnte* ich nichts wissen. Aber Sie verweigern auch die Antwort, *ob* Sie etwas wußten.

Zeuge *Sachse:*

Ich muß auch darauf die Antwort verweigern.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Der Zeuge hat von den linksradikalen Gruppen gesprochen; ich nehme an, er hat im wesentlichen die Bremer Linksradikalen gemeint.

Zeuge *Sachse:* Nicht nur diese.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Welche Gruppen der Linken links von der USPD haben auf den Schiffen — sagen wir einmal — agitiert?

Zeuge *Sachse:*

Ich verweigere darüber die Auskunft.

Abg. *Brüninghaus:*

Sind Sie nach Ihrer Verurteilung noch vernommen worden?

Zeuge *Sachse:*

Nach meiner Verurteilung anläßlich des Prozesses gegen Dittmann, Zietz und Genossen von Dr. Holthöfer in Cöpenick und im Polizeipräsidium in Berlin.

Abg. *Brüninghaus:*

Da waren zwei Kriminalkommissare dabei. Nun ist mir bei Ihren Ausführungen folgendes auffallend gewesen. Sie haben doch das Protokoll, das Ihnen von Herrn Dr. Dobring und Herrn Steinmeier vorgelegt worden ist, unterschrieben. In diesem Protokoll stehen doch die bekannten Programmpunkte, die sich der untersuchungsführende Richter offenbar aus Ihren Ausführungen und denen der übrigen Angeschuldigten klargemacht hatte. Nun kann ich eigentlich nach Ihrer ganzen geistigen Einstellung und Selbständigkeit nicht annehmen, daß Sie sowohl dem Untersuchungsrichter der Marine wie dem Untersuchungsrichter in Berlin gegenüber etwas unterschreiben, was absolut nicht stimmt. Aus den Aussagen der Leute, die dabei waren, geht doch hervor, daß Ihnen die ganzen Sachen genau vorgelesen wurden. Sie haben sich dann eine Bedenkzeit ausgebeten, und es ist Ihnen eine lange Bedenkzeit gegeben worden. Das steht in den Akten. Sie haben dann das Protokoll unterschrieben. Nun möchte ich einmal von Ihnen wissen: Sind Sie der Ansicht, daß die ganzen Bekundungen, die Sie sowohl dem Untersuchungsführer in Wilhelmshaven wie dem in Berlin gemacht haben, des weitern die ganzen Bekundungen in ihren Veröffentlichungen eigentlich nicht richtig sind, daß Sie vielmehr etwas unterschrieben oder ausgesagt haben, was tatsächlich den wirklichen Verhältnissen nicht ganz entspricht?

Zeuge *Sachse:*

Ich halte, was die an mich gestellte Frage anlangt, alles das aufrecht, was ich in meinen Artikeln und Arbeiten zum Ausdruck gebracht habe. Ich behaupte nach wie vor, daß die Protokolle nicht den Tatsachen entsprechen. In allen Artikeln, die ich geschrieben habe, habe ich stets erklärt — genau so wie der Abg. Dittmann das auch feststellen konnte, er hat es nur leider immer sehr einseitig festgestellt —: das, was uns dort vorgelesen worden ist, entsprach nicht dem, was uns dann in der Verhandlung als Protokoll vorgelegt wurde. In der damaligen Verhandlung habe ich bei der Beweisaufnahme offen erklärt: Diese Tatsachen stimmen nicht, die haben wir nicht ausgesagt. Soviel ich weiß, habe ich dem Dr. Dobring den Eid verweigert; denn ich war damals ja Zuchthäusler!

Abg. *Dittmann:*

Mir wäre es ganz lieb, wenn wir einmal gemeinsam hier im Reichstag die Stelle feststellten, wo ich die Unterredung mit Herrn Sachse gehabt habe, über die er hier die Aussage verweigert. Ich bedauere außerordentlich, daß er sich weigert, eine Aussage darüber zu machen. Ich kann mir nicht denken, daß er irgendeine Wendung gebraucht hat, die jetzt vom Oberreichsanwalt gegen ihn ausgemünzt werden könnte. Mir ist keine solche Wendung erinnerlich. Das, was ich vorhin über die Unterredung gesagt habe, ist nach meiner Erinnerung im großen und ganzen das, was zwischen uns beiden besprochen worden ist. Aus den Protokollen des Haushaltsausschusses konnte ich noch feststellen, daß ich damals der einzige Vertreter der USPD im Haushaltsausschuß war und gerade zum Wort gemeldet war, so daß mir die Mitteilung des Dieners, ein Matrose wolle mich draußen sprechen, sehr unangenehm war, weil ich damit rechnete, jeden Augenblick zu Worte zu kommen. Aus dem Protokoll ist auch festzustellen, daß mutmaßlich der Diener zum zweiten Mal gekommen ist und mir gesagt hat, der Betreffende wolle mich nur einen Augenblick sprechen, daß ich dann den Kollegen Stadthagen für mich habe in den Ausschuß eintreten lassen und hinausgegangen bin. In der kurzen Zeit, in der ich die Unterredung mit Herrn Sachse gehabt habe, ist dann an meiner Stelle Abg. Stadthagen zu Wort gekommen, was mir insofern sehr unangenehm war, als Stadthagen nur mangelhaft im Bilde war und infolgedessen die Auffassung der USPD auch nur mangelhaft zum Ausdruck gelangte. Das ist auch der Grund, warum ich bei der Unterredung mit Herrn Sachse, wie er selber bekundet hat, drängte, um möglichst schnell wieder wegzukommen. Es ist deshalb für die Mitglieder des Ausschusses zur Beurteilung des ganzen Vorganges vielleicht sehr nützlich, wenn sie erfahren, an welcher Stelle die Unterredung stattfand, um daraus Schlußfolgerungen ziehen zu können. Man wird doch irgendein hochverräterisches Unternehmen, das man angeblich mit einem Matrosen bespricht, nicht auf offener

Straße erörtern. Die Unterredung fand, wie gesagt, etwa vier bis fünf Schritte vor dem Haupteingang zum Saal 12, mitten in dem Vorraum statt. Ich kann die Stelle heute noch bezeichnen. Herr Sachse wird bestätigen, daß dort der Ort der Unterredung war, und daraus wird man dann eine Schlußfolgerung in der Richtung ziehen können, ob es sich wirklich um eine Unterredung gehandelt haben kann, in der hochwichtige Hochverratspläne besprochen wurden.

Abg. *Joos:*

Ich kann mir natürlich nicht denken, daß da große Pläne entwickelt worden sind. Aber Sie müssen zugeben, Herr Kollege Dittmann: uns fehlt der Schlüssel dazu, warum der Zeuge Sachse sich dazu nicht äußern will.

Abg. *Dittmann:*

Natürlich, mir fehlt er auch!

Zeuge *Sachse:*

Ich will dazu eine Erklärung abgeben. Es liegt gar nichts Geheimnisvolles vor. Es ist ganz klar, daß ich vor dem Untersuchungsausschuß, der mir weder Rechtssicherheiten noch auch die Garantie geben kann, daß nichts an die Öffentlichkeit gelangt, eine Aussage über die Dinge nicht machen kann. Ich muß mir die Freiheit vorbehalten, wenn etwas durchsickert, darauf reagieren und antworten zu können. Vor diesem Ausschuß verweigere ich deshalb die Aussage, um draußen die Hände freizuhaben und antworten zu können, wenn es sein muß.

Abg. *Joos:*

Wir haben doch die Erklärung des Herrn Abg. Dittmann über den Inhalt dieses Gespräches gehört. Daraus ergibt sich in keiner Weise die Möglichkeit, daß Ihnen ein Schaden erwächst, wenn Sie das bestätigen oder dazu Stellung nehmen.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Sie werden aus den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden schon gemerkt haben, daß der Ausschuß Ihre besondere Situation durchaus würdigt, und daß wir uns durchaus dessen bewußt sind, daß Sie hier Ihre Aussagen unter einer gewissen Hemmung machen. Das berücksichtige ich. Aber der Inhalt der Unterredung, die Sie mit Herrn Abg. Dittmann hatten, bietet doch keineswegs den Anlaß, eine juristische Belastung für Sie herbeizuführen. Sie haben ja auch jetzt einen andern Grund angegeben. Es ist nicht die juristische Belastung, die Sie fürchten, sondern es handelt sich um einen politischen Grund.

(Zeuge *Sachse:* Jawohl!)

Den können wir sehr leicht aus der Welt schaffen, indem wir einfach für Ihre Aussage über diesen Punkt die Öffentlichkeit herstellen und Ihre Aussage protokollieren lassen. Es geht dann nicht ein Buchstabe heraus, den Sie nicht als richtig unterschrieben haben.

Zeuge *Sachse:*

Für mich ist die Frage der Aussageverweigerung nicht nur eine rein juristische Frage, sondern auch eine politische. Ich habe gar keine Lust, mich von irgend jemand meucheln zu lassen. Ich habe die Reden hier im Ausschuß über die Marinevorgänge gelesen; ich kenne die ganzen Münchener Dolchstoßwitze. Also ich bin gut im Bilde und weiß, wie die Dinge sich entwickelt haben. Deshalb muß ich mir vorbehalten, jederzeit politisch klar zu diesen Dingen Stellung zu nehmen und nicht nur juristisch. Ich kenne auch meinen jetzigen Prozeß sehr genau.

Die zweite Frage ist: Welche politischen Konsequenzen hat eine solche Vernehmung für mich? Ich stehe hier nicht nur als Person, sondern habe auch eine politische Überzeugung zu wahren, und deshalb bin ich gezwungen, mir in einer vertraulichen Sitzung, wo mir die Hände gebunden sind, gewisse Sicherungen zu verschaffen. Deshalb muß ich die Aussage über Punkte verweigern, die meiner Meinung nach für späterhin von Belang sind.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Es ist uns selbstverständlich unbenommen, wenn Sie den Wunsch haben, die Öffentlichkeit herzustellen, das zu beschließen.

Zeuge *Sachse:* Dann bin ich bereit, auszusagen!

Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Ich möchte nur einmal darauf hinweisen, daß die Herren Sachse und Dittmann aneinander vorbeireden. Ich sage so: wenn Herr Sachse dieselbe Unterredung meint, die im Vorraum des Saales 12 stattgefunden hat, dann unterliegt es für mich keinem Zweifel, daß die Darstellung des Herrn Abg. Dittmann richtig ist. Daß man im Vorraum des Saales 12 hochverräterische Sachen bespricht, kann ich mir nicht vorstellen. Damit entfällt für uns ein großes Interesse daran, daß Herr Sachse sich überhaupt dazu äußert.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Nach übereinstimmender Meinung des Ausschusses können wir die Öffentlichkeit herstellen. Ich erkläre die Vertraulichkeit der Sitzung für aufgehoben.

Abg. *Joos:*

Wir wollen uns zunächst dieser Unterredung mit Herrn Abg. Dittmann zuwenden, zu der Sie sich jetzt äußern wollen.

Zeuge *Sachse:*

Ich habe selbstverständlich mit dem Abgeordneten Dittmann gesprochen. Die Kernfrage war dieselbe, die auch Reichpietsch angegeben hat. Es war meines Wissens die Frage: Ist es möglich oder statthaft, genau wie beim Heere Menagekommissionen zu bilden, und hat man eine rechtliche Grundlage, den Kampf um diese Menagekommissionen wirtschaftlich wie politisch bei der Flotte zu führen, das heißt: ist es gegen die bestehenden Kriegsgesetze oder nicht?

Das war die Kernfrage, wegen der wir nach Berlin gefahren sind und uns Informationen geholt haben, nicht nur bei Herrn Dittmann, sondern auch bei anderen Leuten. Es ist, wie Herr Dittmann ganz recht sagte, ein kurzes Gespräch gewesen. Es mag um Minuten differieren. Man kann in solchen Situationen natürlich keine hochverräterischen Pläne behandeln. Das macht man natürlich anders. Wir wußten damals auch schon Bescheid.

(Zuruf: Wann war diese Unterredung?)

Abg. *Dittmann:*

Es ist am 1. oder 2. Juni 1917 gewesen.

Abg. *Joos:*

Die Menagekommissionen waren natürlich längst in Tätigkeit?

Zeuge *Sachse:*

Nur zum Teil.

Abg. *Joos:*

Aus den Berichten haben wir gehört, daß sie früher eingesetzt waren. Und nun sprechen Sie davon, daß Sie sich über den Kampf unterhalten haben, der wirtschaftlich und politisch um diese Menagekommissionen geführt wurde.

Zeuge *Sachse:*

Ja, für die *Durchsetzung* dieser Dinge, die uns rechtlich zustanden.

Abg. *Joos:*

Wollten Sie sie erzwingen?

Zeuge *Sachse:*

Wenn sie uns zustanden, hätten wir sie selbstverständlich erzwungen.

Abg. *Joos:*

Und Sie haben sich mit dem Abgeordneten Dittmann darüber unterhalten, welche Mittel Sie gegebenenfalls anwenden könnten?

Zeuge *Sachse:*

Nein. Ich habe bereits erklärt, wir waren eine vollständig selbständige Organisation, die aus Eigenem gewählt war. Wir haben selbständig diese Kämpfe geführt, und soweit wir uns noch nicht klar darüber waren, ob wir diesen Kampf nicht auf rein legalem Wege durchsetzen könnten, haben wir uns informiert, nicht nur bei Herrn Dittmann, sondern auch bei einigen anderen Personen.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Bei wem zum Beispiel?

Zeuge *Sachse:*

Das werde ich nicht sagen. Es sind ja auch oft welche nach Kiel gekommen, und zwar von der SPD und USPD.

Abg. *Joos:*

Waren die Menagekommissionen wirklich nur eine Einrichtung der Selbsthilfe bezüglich der Menage, der Ernährungsverhältnisse,

bezüglich der Mißstände, die da waren, oder sind politische Institutionen daraus geworden?

Zeuge *Sachse:*

Die Menagekommissionen wurden in dem Moment politische Kampfforderungen für die Matrosen, für unsere Bewegung, wo man uns verweigerte, sie so durchzusetzen, wie sie uns zustanden.

Abg. *Joos:*

Ich meine nicht, ob das eine Kampfforderung wurde, daß die Einrichtung getroffen wurde, sondern ob die Einrichtung an sich später ein politisches Instrument wurde, um damit Politik zu machen.

Zeuge *Sachse:*

Nein.

Abg. *Brüninghaus:*

Sie sagen: nein. Diese Frage scheint mir aber wichtig zu sein für die ganze Beurteilung der Dinge. Sie sind also der Ansicht, daß die Menagekommissionen, die ja immer diese Versammlungen auf den verschiedenen Schiffen einberiefen, —

(Widerspruch des Zeugen *Sachse.*)

Die Menagekommission rief die Leute ein, und dann wuchs sie sich allmählich — nach Ihrer eigenen Aussage — zu einer Art Beschwerdestelle aus, und diese Menagekommissionen wurden letzten Endes so — vielleicht unbewußt — gewissermaßen Handlanger für die politischen Ziele, die innerhalb der Flotte betrieben wurden. Würden Sie sich auch dazu äußern?

Zeuge *Sachse:*

Ich habe das schon beantwortet. Diese Menagekommissionen waren rein wirtschaftliche, reine Beschwerdeinstanzen für die Mannschaften in bezug auf das Essen, in bezug auf die gesamte Verpflegung, Bekleidung, Urlaub usw., so wie sie angeordnet waren, wie sie seit 1915 im Heere bestanden, wie sie auch bei der Bau-Division in Wilhelmshaven bestanden, nur die Matrosen auf den Schiffen hatten sie merkwürdigerweise nicht. Wir haben um diese Kommissionen gekämpft; auf jedem Schiffe hat man sie uns verweigert. Ich kenne ja nur die Entwicklung bis zu meiner Verhaftung. Ich habe aber auch Dokumente über die spätere Zeit. Aus persönlichen Erlebnissen kann ich nur sagen: die Menagekommissionen waren in unserer Bewegung nie die Spitze der politischen Bewegung. Das war die zentrale Instanz, und das waren die einzelnen Verbindungsgruppen auf den Geschwadern und nach unten die einzelnen Gruppen. Sie waren vollkommen selbständig.

Abg. *Dittmann:*

Ich habe, glaube ich, in meinen Ausführungen schon bemerkt: Ich war für die USPD gar nicht zuständig für die Behandlung der Marinefragen. Der Zuständige war der Kollege Vogtherr, und nur durch den Umstand, daß an dem Tage, wo Reichpietsch das erste Mal

zu mir kam, Vogtherr zufällig nicht im Reichstag war, habe ich die Beschwerden des Reichpietsch entgegengenommen, um sie meinem Kollegen Vogtherr zu übermitteln, insbesondere soweit mir über Menagekommissionen Beschwerden entgegengebracht wurden. Die Kollegen wissen selbst, es findet eine Arbeitsteilung in den Fraktionen statt, und der Kollege, der die Materie nicht bearbeitet, nimmt darin nur Mitteilungen entgegen, um sie dem Kollegen zu übermitteln, der darin arbeitet. In der Situation befand ich mich auch für die Beschwerden über die Menagekommissionen, die von Reichpietsch und dann von Sachse an mich herangebracht wurden. Ich habe schon gesagt: ich habe beschwichtigend auf sie eingeredet; ich habe gesagt, sie sollten keine Dummheiten machen. Die Leute haben natürlich in drastischer Weise ihrem Unmut Luft gemacht, gehörig auf die Offiziere geschimpft.

Abg. *Joos:*

Können Sie sich entsinnen, Herr Zeuge, daß Herr Abgeordneter Dittmann in diesem Sinne auf Sie eingewirkt hat?

Zeuge *Sachse:*

Ich habe das schon bestätigt. Ich betone noch einmal: es war nicht so, wie gesagt worden ist, daß die Menagekommissionen politische Kampfcadres waren, sie waren wirtschaftliche Organisationen und Organe, die legal waren. Aber sie wurden politische Brennpunkte des Kampfes wegen der Differenzen in der Frage der Durchsetzung. Das muß man auseinanderhalten.

Abg. *Brüninghaus:*

Sie haben in einem Ihrer Artikel gesagt, Herr Dittmann wäre über das Ziel, das Sie verfolgten, im großen und ganzen unterrichtet gewesen, wäre aber zu vorsichtig gewesen — so ungefähr steht in Ihrem Artikel. Und nun entnehme ich auch aus Ihren Ausführungen, die Sie vorhin gemacht haben, daß Sie Herrn Dittmann in großen Zügen über die wirtschaftlichen und politischen Beweggründe, die Sie zu ihm geführt hatten, orientiert hätten. Daraus muß man doch im Verein mit dem, was Sie geschrieben haben, entnehmen, daß auch der Herr Abgeordnete Dittmann über dieses Ziel, mit dem er an sich ja nicht einverstanden zu sein brauchte — er ist ja abgerückt davon —, orientiert war.

Zeuge *Sachse:*

Die Sache ist doch so, daß wir eine eigene Bewegung waren, daß wir gar nicht abhängig waren von irgendeinem Abgeordneten der USPD oder irgendeiner anderen Partei. Die Ziele, die wir hatten, konnten — das bestreite ich nicht — dieselben sein. Es waren jene Forderungen, die auch in der Friedensresolution des Reichstags standen: Herbeiführung des Friedens.

Abg. *Joos:*
Mit Gewalt?
Zeuge *Sachse:*
Darüber verweigere ich die Aussage.
Abg. *Brüninghaus:*
Sie haben gesagt: wir waren entschlossen, den Frieden mit allen Mitteln herbeizuführen.
Abg. *Joos:*
Würden Sie sich nicht jetzt ausführlich über die Organisation und Ziele und Tendenzen dieser Bewegung äußern?
Zeuge *Sachse:*
Ich kann einen kurzen Abriß über diese Dinge geben.
Abg. *Dittmann:*
Dann bitte ich Sie, dabei sich auch darüber zu äußern, ob Sie mir etwas über irgendwelche hochverräterischen Pläne auf den Schiffen mitgeteilt haben und was ich dazu gesagt habe. Das gehört zusammen.
Zeuge *Sachse:*
Unsere Bewegung hat Anfang 1915 begonnen, wie ich vorhin schon sagte. Bis auf Reichpietsch waren wir früher zum größten Teil Angehörige der einzigen Arbeiterpartei, die es in der Vorkriegszeit in Deutschland gab, und haben unter den Bedingungen, unter denen diese Partei in den Krieg hineingegangen ist, selbstverständlich auch unsere sogenannte Pflicht als Soldaten zunächst erfüllt. Nach der Bewilligung der Kriegskredite waren wir bei der Marine zu Landsmannschaften zusammengeschlossen. Diese kameradschaftlichen Organisationen entwickelten sich aus dem Zusammenleben heraus. Es wurde uns im Verlaufe von 1914 bei der zweiten Kriegskreditbewilligung, zum Teil verstümmelt, aber doch immerhin bekannt, welche Stellung Karl Liebknecht zu der Frage der Kriegskreditbewilligung und des Kampfes gegen den Krieg überhaupt eingenommen hat. Wir begannen in einzelnen losen Gruppen über diese Frage zu diskutieren: Ist es richtig, daß wir, wie es damals die alten Sozialdemokraten uns sozusagen vorschrieben, das Vaterland gegen den Zarismus verteidigen, oder ist es nicht richtiger, daß wir jetzt schon darauf Bedacht nehmen, uns darüber aufklären, welche politische Stellung wir zu den gesamten Fragen, die der Krieg aufrollte, einnehmen sollten? Wir waren sehr junge Menschen, und es ist selbstverständlich, daß wir politisch nicht so aufgeklärt waren, daß wir tiefgehende Diskussionen pflegen konnten. Aber wir haben uns über die praktische Seite dieser Dinge unterhalten und sind da allmählich dazu gekommen, uns in einzelnen Gruppen auf den Schiffen zusammenzuschließen, die untereinander bekannt waren. Ich selbst hatte eine Unmasse Bekannte aus meinem Beruf bei der Marine und auch aus der Partei und der Jugendbewegung. Wir sind zusammengekommen, haben diese Fragen diskutiert, und es war dabei eine relative Meinungsgleichheit über diese

Fragen. Wir stimmten Liebknecht in seiner Haltung gegen den Krieg zu. Soweit einheitliche Meinung vorhanden war, haben wir uns zusammengeschlossen, haben zunächst begonnen, gemeinsam sozialdemokratische Zeitungen zu lesen, vor allem die „Leipziger Volkszeitung" und auch andere Zeitungen, je nachdem, aus welchen Landschaften die Leute stammten, und haben versucht, uns politisch aufzuklären. Wir sind dann weitergegangen und haben Anfang 1915 kleine geschlossene Gruppen gebildet, die sich fest zusammenschlossen, und die versuchten, die Ziele, die Karl Liebknecht gegen den Krieg durchzusetzen versuchte, auch innerhalb der Mannschaften der Flotte durchzusetzen. Es begann allmählich eine Krise in der Sozialdemokratie. Einzelnen Redakteuren in den Zeitungen wurden ihre Posten entzogen. Wir haben zu diesen Fragen Stellung genommen, wir haben uns für die Spaltung der Sozialdemokratie erklärt, weil die Sozialdemokratische Partei unserer Meinung nach keine revolutionäre und Klassenpartei mehr war, und haben unter uns den Standpunkt vertreten, man müsse eine neue Partei organisieren, die wirklich eine klassenbewußte Stellung zu diesen ganzen Fragen des Imperialismus, des Krieges überhaupt, einnimmt. Wir haben eine Resolution angenommen, es war die erste, im Mai 1915 in einer Zusammenkunft von Matrosen und Heizern von drei Geschwadern. Es waren nicht Delegierte, sondern jede der Gruppen hat ganz unverbindlich ohne Delegationsmöglichkeit jemanden entsandt. Wir haben uns zusammengesetzt und zum erstenmal eine Kundgebung erlassen, eine Resolution angenommen, die unsere Stellung präzisierte. Die Erklärung war sehr primitiv und politisch noch sehr schwach. Das war nicht anders denkbar; aber wir haben dazu Stellung genommen und haben versucht, an Hand der Resolution uns mit Werftarbeitern in Kiel sowohl wie in Wilhelmshaven, mit denen wir dauernd in Berührung kamen, die zu uns an Bord kamen, wie wir zu ihnen, in Verbindung zu setzen und über die Plattform zu diskutieren. Das war der Ausgangspunkt der Sache. Dann hat sich um diese Resolution und den Kampf um die Haltung allmählich eine feste Organisation gebildet. Es kam so, daß wir dann bis Mitte 1916 den eigentlichen Boden unserer Bewegung auf den Großkampfschiffen der drei Geschwader hatten. Damit hatten wir schon 1916 eine relativ breite Bewegung, soweit man von einer unterirdischen Bewegung sprechen kann. Wir hatten nicht auf allen Schiffen feste Gruppen, aber auf jedem Schiff damals schon Verbindungsleute, die politische Gesinnungsgenossen von uns waren, die politisch mit uns konform gingen, und ich kann heute noch feststellen, daß auf fast all diese Schiffe die „Leipziger Volkszeitung" gegangen ist usw. Wir haben dann Verbindung mit anderen Gruppen aus der USPD, mit Gruppen, nicht mit Abgeordneten, gesucht. Wir haben mit den Arbeitern, die, als die Spaltung damals begann, eine Arbeitsgemeinschaft bildeten, Verbindung genommen. Wir haben zu-

erst nur überhaupt eine Verbindung mit den Arbeitern gehabt, die dort in unserem Standort waren, mit denen wir im Urlaub zusammenkamen, haben uns ausgesprochen und demgemäß unsere Organisation zusammengestellt. Das Ziel der Organisation war damals, sich politisch zusammenzuschließen und bei der sich zeigenden Spaltungserscheinung innerhalb der politischen Organisation an Land die linken, die radikalen Gruppen, die sich politisch ablösten, zu unterstützen und bei Kriegsende zu ihnen hinüberzugehen, wie das in der politischen Bewegung allgemein ist. Das war das Endziel. Dann kamen die Erscheinungen, die in der Flotte zutage traten, die Passivität der Flotte. Wir haben oft darüber diskutiert und auch in jener berühmten Versammlung, wo angeblich das Zitat gebraucht worden sein soll: „Die deutsche Eiche, sie ist morsch." Auch die Frage des U-Boot-Krieges wurde diskutiert. Wir waren auch nicht dumm. Wir waren damals schon, Ende 1916, der Meinung, daß die Flotte durchaus nicht der ausschlaggebende Faktor im Kriege war und die deutsche Seefront durchaus nicht zu den Hoffnungen berechtigte, die man in der Vorkriegszeit in die Köpfe des deutschen Volkes, der deutschen Arbeiter hineingehämmert hat durch die Agitation des Flottenvereins usw. Wir sind selbst zum Teil durch diese Agitation, zum Teil mit Hilfe der falschen Politik der Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit illusioniert worden, und nun kam die Enttäuschung. Wir nahmen gegen diese Dinge Stellung und sagten: Die Flotte hat nicht die Bedeutung. Das hat Skagerrak bewiesen. Bis zur Skagerrak-Schlacht hatten wir schon eine relativ feste Bewegung. Ich kann positiv sagen, daß damals unsere Bewegung listenmäßig 3000 Mann umfaßte, genau 3112 Mann.

Wir haben dann diese Organisation völlig unabhängig von irgendwelchen Zentralkomitees anderer Parteien weiter entwickelt und haben versucht, nun konkretere politische Formulierungen zu finden. Da war selbstverständlich die Frage der Herbeiführung des Friedens die Grundfrage wie überall.

(Abg. *Joos:* Wodurch?)

Das war zunächst noch keine Frage, das war politisch noch ganz unklar. Es war in der ganzen deutschen Arbeiterbewegung keine Klarheit. Soweit Klarheit da war, war es uns nicht bekannt. Wir haben sehr spät etwas von Kienthal und Zimmerwald und sehr spät von der Haltung Liebknechts erfahren. Den ersten Spartakusbrief bekamen wir im Mai oder Juni 1917. Es war ein offizielles Parteidokument, das wirklich die Stellung zum Frieden einigermaßen klar präzisierte. Wir haben zum erstenmal die Frage gestellt: Wie kann man den Frieden herbeiführen? Welche Aussicht besteht überhaupt für den deutschen Frieden? Das war die Kernfrage, von der wir ausgingen. Dabei wurden natürlich in der Beurteilung viele lokale Momente hineingeschoben: Die soziale Stellung des einfachen Mannes,

des Soldaten, Matrosen, Heizers an Bord gegenüber der klassenmäßigen Besserstellung der Offiziere und der Behandlung derselben und die Frage der Behandlung der Mannschaften überhaupt. Diese Fragen spielten natürlich in diese politischen Dinge in erster Linie mit hinein und kamen immer mehr in den Vordergrund, weil es brennende Fragen waren. Natürlich waren wir alle für den Frieden. Aber die Grundfrage war zunächst immer die, was man den „Kampf um das Hemd" nennen könnte, die Forderung, mehr zu essen, mehr Freizeit, andere Behandlung, bis zu den anderen kleinen Fragen, z. B. der Seifenfrage. Es war ein Skandal, wie wir Heizer im Heizraum leben mußten. Die Frage der Kleider, der Wäsche, all das beschäftigte uns. Wir haben dagegen versucht, zunächst mit rein legalen Mitteln anzukämpfen: Vortreten bei Meldungen oder geschlossenes Vortreten, was sonst verboten war. Diese Dinge spitzten sich dann zu. Wir haben Anfang 1917, als die Spaltung akut wurde, als die USPD sich bildete und die russische Revolution ausbrach, einen weiteren Zuwachs bekommen und haben nun versucht, eine festere Bindung zu schaffen. Es gab Meinungsdifferenzen.

Wir waren nicht alle politisch konform. Es bestand absolut noch keine Klarheit. Der Abklärungsprozeß spiegelte sich in diesem Sinne wider. Es zeigte sich, daß die Bewegung zunächst viel zu schwach war, und es gar nicht möglich war, eine solche Geschichte daraus zu machen, wie Dr. Dobring es sich in seinen Aktenzusammenstellungen erträumt hat.

Als dann im Jahre 1917 die russische Revolution sich entwickelte und die ersten konkreten Meldungen kamen, haben wir erneut Stellung genommen und in den Vordergrund den Kampf um den Frieden geschoben. Dann kam die berühmte Methode der Offiziersvorträge. Man versuchte, uns plausibel zu machen, wie sich die Dinge in Rußland abgespielt hätten. Es kam die Hetze gegen Liebknecht usw. Wir haben, als die ersten Kundgebungen seitens der russischen Regierung kamen, gesagt: jetzt ist die Situation so, daß man den Kampf um den Frieden führen muß. Aber darüber, wie man ihn führen soll, bestand noch keine Klarheit. In der Diskussion, die über diese Frage gepflogen wurde, gingen die Meinungen sehr weit auseinander. Man erörterte die Frage der Einzelsabotage, die Frage einer großen Massenaktion usw. Alles das spielte eine Rolle. Es bestand keine Klarheit. Das Ganze war ein ideologischer Klärungsprozeß, in dem sich einzelne Auffassungen durchzusetzen versuchten. Es kam die Friedensresolution des Reichstags vom Juli 1917. Sie spielte in der Entwicklung des Kampfes um den Frieden eine große Rolle; sie war gewissermaßen die nächste Etappe. Man sagte: wenn die Leute oben schon der Meinung sind, daß um den Frieden gekämpft werden muß, dann müssen wir um so energischer vorstoßen, sonst wird aus der ganzen Sache nichts.

Parallel damit ging die große Wirtschaftsfrage, der Kampf um die Menagekommissionen. Durch einen Zufall hatten wir entdeckt, daß uns das Recht zustand, Menagekommissionen zu bilden. Wir lasen die üblichen Berichte von der Front von den Berichterstattern, in denen zum Ausdruck kam, wie schön es in der Etappe und an der Front sei. Im „Wilhelmshavener Tageblatt" hat ein solcher Artikel gestanden, in dem gesagt wurde, die Soldaten hätten Demokratie. Wir haben bei dem wachhabenden Offizier angefragt; ich bin persönlich vorgetreten und habe gefragt, ob uns das Recht zustehe, Menagekommissionen einzusetzen, die über die gesamten sozialen Fragen und Wirtschaftsverhältnisse der Matrosen zu entscheiden hätten. Darauf wurde mir ein ablehnender Bescheid gegeben. Wir haben dann durch unsere gesamte Organisation hindurchgesagt: jetzt ist die Kernfrage die, wie wir zu den Menagekommissionen kommen. Da wurde gesagt: man muß jetzt erst einmal fragen, wie wir zu diesen Kommissionen kommen.

Aus diesem Gedankengang heraus ist die Reise Reichpietschs nach Berlin entstanden. Auch ich bin dann nach Berlin gefahren, weil ich meine Verwandten hier hatte. Ich bin nicht etwa besonders hierhergefahren, um Abg. Dittmann oder irgendeinen anderen Abgeordneten zu besuchen. Man wollte sich bei allen Abgeordneten, soweit sie noch Arbeiterparteien vertraten, darüber informieren: welche legalen Möglichkeiten bestehen für uns, diese wirtschaftliche Organisation im Interesse der gesamten Matrosenbewegung zu schaffen? Diese Frage wurde uns beantwortet. Man hat uns gesagt: jawohl, es ist richtig, euch stehen diese Kommissionen zu. Fast an demselben Tage, an dem Reichpietsch in Berlin war, ist ein Erlaß des Staatssekretärs v. Capelle an die Marine hinausgegangen — ich selbst habe eine solche Meldung gelesen —, daß Menagekommissionen zu bilden seien. Das war für uns der Beweis, daß diese Kommissionen, um die wir so lange gerungen hatten, die wir beinahe ein halbes Jahr in den Vordergrund unseres Kampfes gestellt hatten, deren Nichteinrichtung am meisten die Mannschaften aufpeitschte, uns zustanden, daß unsere Forderung absolut berechtigt war, daß man uns diese Kommissionen wissentlich vorenthalten hatte. Von Dittmann und von allen anderen Leuten, die wir fragten, ist uns mitgeteilt worden: jawohl, im Heer bestehen diese Kommissionen; auch euch steht das Recht zu, solche Kommissionen einzusetzen; ihr müßt sie fordern.

Es ist natürlich klar: in dieser Besprechung mit dem Abgeordneten Dittmann, die nur 5 Minuten dauerte, ließen sich nicht über Hochverratspläne Informationen geben; denn wir waren eine Eigenbewegung, wir waren nicht von dem Abgeordneten Dittmann abhängig, sondern wir hatten damals schon mit politisch linksradikaleren Gruppen feste Verbindung in Kiel und auch in Wilhelmshaven, wenn ich nicht irre; zum mindesten aber hatten wir die Bremer Verbindung.

Wir hatten mit diesen Leuten Beziehungen, die uns mit ihren Forderungen genehmer waren, die mit uns mehr konform gingen als etwa die USPD. Ich habe Dittmann in der Besprechung über die Dinge informiert, ich habe — was ich auch ausgesagt habe, als ich Reichpietsch gegenübergestellt worden bin — gefragt: Welche Möglichkeiten bestehen, solche Kommissionen durchzusetzen? Dittmann hat mir wörtlich erklärt: „Ich kann Ihnen darüber keine klare Auskunft geben. Wenden Sie sich an den zuständigen Mann in der USPD." Ich glaube, es war Vogtherr. Ich habe Vogtherr zu erreichen versucht. Das ist mir nicht gelungen.

Abg. *Joos:*

Über politische Dinge, vor allen Dingen über diese Organisation, die groß und stark war, haben Sie nicht gesprochen?

Zeuge *Sachse:*

Nein, das war vollkommen ausgeschlossen. Es mag sein — das kann ich nicht mehr klar sagen —, daß bei mir die Absicht bestand, eine längere Aussprache mit den Abgeordneten auch darüber herbeizuführen, wie sie die Arbeiterbewegung im Reich einschätzen, wie sie über einen Munitionsarbeiterstreik denken, wie sie sich überhaupt die Zusammenhänge vorstellen, welche breitere politische Plattform wir uns schaffen könnten, um unsern kleinen Kampf in der Flotte für Frieden, soziale und wirtschaftliche Besserstellung der Mannschaften auf eine Basis zu stellen, so daß er wirklich erfolgreich sein könnte. Unsere Bewegung war zunächst auf die illegale Flottenorganisation beschränkt, und unsere Idee war, sie weiter zu entwickeln; denn wir wußten, daß man mit einer illegalen Organisation allein nichts durchsetzen könne. Das ist ja in jedem Wirtschaftskampf so. Wir wissen das aus den Gewerkschaftskämpfen. Das war in der Vorkriegszeit der Fall und war auch damals so. Ich bin der Auffassung, daß sich die Dinge anders entwickelt hätten, wenn es uns gelungen wäre, eine breitere Basis zu schaffen. Ich habe hier darüber eine Menge Material, das ich zum Teil noch veröffentlichen werde.

So lagen die Dinge bis zu meiner Reise nach Berlin. Als ich zurückkehrte, war ich enttäuscht. Das sage ich ganz offen. Wir waren alle enttäuscht.

(Abg. *Joos:* Über die Stellungnahme der Abgeordneten?) — Natürlich; das war ja eine rein passive Stellungnahme. Sie haben uns nicht gefragt: „Wer seid ihr eigentlich, was habt ihr für eine Organisation?" usw., wie man das in der Vorkriegszeit gewöhnt war. Wir sind dann wieder an Bord gefahren und haben in einer Sitzung, einer sogenannten erweiterten Sitzung der zentralen Leitung der Flotte, zu der wir die Funktionäre der zwei Linienschiffgeschwader zusammengerufen hatten, berichtet. Ich habe Bericht erstattet und gesagt: „Ich bin damit nicht einverstanden; ich habe mir die Dinge

anders gedacht.“ Dann hat Reichpietsch die Erklärung abgegeben, die sich in den Akten findet, die aber zum Teil sehr entstellt ist — in dieser Schärfe ist sie von ihm nicht abgegeben worden —, die aber im wesentlichen der Wahrheit entspricht; denn Reichpietsch hat sich nie irgendwelche Überhebungen geleistet in den ganzen Jahren, in denen ich mit ihm in der Bewegung zusammengearbeitet habe. Es war klar, daß die Bewegung eine politische Kraft besaß, die ihre Ursache in der Breite und Tiefe derselben hatte. Die Heizer usw. waren alle qualifizierte Arbeiter, wenn nicht in erster Linie Industriearbeiter, Leute, die mehr oder weniger schon mit der politischen Arbeiterbewegung, zum mindesten aber mit den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiterklasse verwachsen waren. Es war selbstverständlich, da diese Leute, die ganz andere politische Interessen hatten, viel leichter für eine politische Organisation zu gewinnen waren. Sie waren natürlich einer Diskussion eher zugänglich als irgendwelche Arbeiter vom Lande. Es gab Leute bei uns aus der rheinischen Gegend usw., die für unsere Bewegung nicht zu haben waren. Bis kurz vor unserer Verhaftung war die Diskussion noch immer in Fluß über die Frage: Welchen Weg muß man einschlagen, um den Frieden herbeizuführen? Das war stets die Kernfrage.

(Abg. *Joos:* Also immer noch keine Klarheit!)

— Immer noch keine Klarheit! Die Meinungen gingen in der zentralen Leitung auseinander. In einer der letzten Sitzungen der zentralen Leitung, kurz vor meiner Verhaftung im Juli, hatte sich wenigstens die Meinung durchgerungen: man muß versuchen, eine starke Verbindung mit den politischen Organisationen an Land zu bekommen, mit den kämpfenden Arbeitern, mit den Werftarbeitern, mit den politischen Organisationen in Fühlung zu treten, und zwar mit den radikalen Organisationen, um auf dieser breiten Grundlage ernsthaft die Forderung nach Frieden erheben und um sie kämpfen zu können. Das war die Plattform, auf die man sich einigte. Der Weg war noch differenziert.

(Abg. *Joos:* Stimmt Ihre Darstellung ganz genau mit dem überein, was Sie darüber in Ihrer Broschüre dargelegt haben?)

— Das ist ja nicht meine Broschüre. —

Wir haben dann die Frage ganz konkret gestellt: Was wollen wir? Frieden unter allen Umständen! Über den Weg war man nicht klar. Es war uns auch schon die Bewegung in der Schweiz bekannt. Wir kannten auch die Entwicklung in Rußland einigermaßen, wie sie uns von den Leuten geschildert wurde, mit denen wir politisch im Briefwechsel standen. Wir haben dann gesagt: Der Kampf um den Frieden kann nur ein politischer Kampf sein, der gemeinsam von den Mannschaften aus der Flotte und den Arbeitern an Land durchgeführt wird. Es wurde beschlossen, eine solche breite Basis zu schaffen. Es ist nicht mehr dazu gekommen.

Es ist, wenn ich mir das erlauben darf, von dem Herrn Abgeordneten Brüninghaus die Sache falsch so dargestellt worden, als ob diese Meuterei, die Köbis geführt hat, eine organisierte Meuterei war. Es war eine spontane Geschichte, die gegen den Willen der zentralen Leitung entstanden ist, die dann die zentrale Leitung gedeckt hat. Selbstverständlich haben wir gesagt: Ihr handelt recht, und wir unterstützen euch. Der entsprechende Befehl ist ja auch aufgefunden. Der „Prinzregent" fuhr dann heraus, nachdem die Leute an Bord waren, und es war für uns klar, daß man ähnliche Mätzchen machen wollte wie damals auf der Schwarzen-Meer-Flotte. Wir sagten uns: In dem Moment, wo gegen die Leute etwas unternommen wird, werden wir uns solidarisch erklären und versuchen, diese Sache abzuwenden. Das war der einzige konkrete Kampfbeschluß, den wir gefaßt haben, der aber nicht zur Durchführung gekommen ist; denn der „Prinzregent" kam wieder auf die Wilhelmshavener Reede, und es wurden nur einige Verhaftungen vorgenommen. Es entwickelte sich dann eine Konferenz im Zentralkomitee. Wir hatten eine Sitzung in der Werft in der Kupferschmiede, im Waschraum, der leer war. Wir haben dort darüber diskutiert, ob es richtig sei, solche Dinge zu machen. Es war die Tendenz in der Flotte, einzelne Terrorakte und Sabotageakte zu fördern. Das haben wir verurteilt, und da habe ich z. B. mein Mandat zur Verfügung gestellt. Das ist acht Tage vor meiner Verhaftung gewesen. Die weitere Entwicklung kann ich nicht mehr aus eigenen Erlebnissen schildern.

Ich betone noch einmal, es war eine *politische* Bewegung, die entstanden ist aus den Verhältnissen, wie sie in der Flotte einmal lagen, und wie sie politisch für die gesamte Arbeiterklasse gegeben waren. Die Bewegung spiegelte wider die Stimmung unter den Industriearbeitern, die dort an Bord waren und die da nun völlig untätig festgehalten wurden, während die Frauen in den Munitionsfabriken schwere Arbeit leisten mußten. Es war nicht eine Bewegung, die bewußt von der USPD organisiert war. Das kann ich gegebenenfalls auf meinen Eid nehmen. Die Dinge sind von *uns* entwickelt, und wir decken sie noch heute. Ich hielt die Bewegung für richtig, und ich bedauere, daß die Bewegung einen falschen Weg genommen hat, der nicht zum Ziele geführt hat! —

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Können Sie uns nun über die sogenannte Bremer Bewegung etwas sagen?

Zeuge *Sachse:*

Darüber will ich etwas sagen, natürlich ohne Personen und konkrete Gruppen zu nennen. Es ist die Behauptung aufgestellt worden — wenn ich nicht irre, in der Broschüre der Coßmann-Gruppe anläßlich des Münchener Dolchstoßprozesses —, daß auch unsere Bewegung über die linksradikale Bewegung mit feindlichen Geldern

finanziert worden sei. Ich gebe nur deshalb diese Erklärung hier ab, um diesem Gerücht die Spitze abzubrechen, für das absolut kein Beweis vorliegt. Wir haben selbstverständlich, soweit wir politisches Agitationsmaterial, das zur Klärung der Differenzen, die politisch innerhalb der Flottenbewegung bestanden, dienlich war, bekommen konnten, uns besorgt, um es unseren Anhängern zugänglich zu machen. Wir haben das zentral organisiert gehabt. Wir hatten eine Beitragsorganisation. Es waren 5 Pfennig pro Dekade, dann 8 und 10 Pfennig. Die Beitragspflicht war auf den Schiffen verschieden. Dort, wo die Heizer noch ihre Kesselreinigungszulage bekamen, mußten sie 10 Pfennig entrichten. Dann haben wir ganz unabhängig von irgendwelchen Parteien durch unsere Verbindungsmänner, die wir an Land hatten, das Material beschafft. Wir haben uns Flugblätter der Sozialdemokratie, Flugblätter der Unabhängigen Sozialdemokratie und, soweit wir sie bekommen konnten, auch Flugblätter der zwei linksradikalen Gruppen beschafft, sowohl der Bremer Linken wie der Gruppe der internationalen Sozialisten, die vor allem aus Hamburg kamen.

Abg. *Dittmann:*

Es befindet sich in den Akten ein Bericht eines Kriminalwachtmeisters Schwarz aus Berlin, der hingeschickt war, um über linksradikale Umtriebe Recherchen anzustellen. Darin steht, daß nicht das geringste Material von Linksparteien, besonders nicht von der Spartakusgruppe, gefunden worden sei. Also die Darstellung des Zeugen Sachse steht hier im Widerspruch zu dem, was aus den Akten feststellbar ist.

Zeuge *Sachse:*

Wir haben jedenfalls eine Reihe solcher Schriften uns gekauft, ohne daß wir an die Funktionäre herangegangen sind; wir besaßen in Kiel Verbindungen durch Werftarbeiter, durch die Hamburger Gruppe, und wir haben verlangt, sie sollten uns solches Material geben. Wir haben es mit den Mitteln, die wir gesammelt hatten, beglichen. Daß kein Material von diesen linksradikalen Gruppen gefunden worden ist, liegt zum Teil daran, daß wir erstens sehr wenig Material hatten — es waren ja nur primitive Schreibmaschinenabschriften —, und außerdem war der Zeitpunkt unserer Verhaftung so dumm gewählt — wir wußten es schon drei Stunden vorher —, daß wir Gelegenheit hatten, das Material zu beseitigen.

Abg. *Joos:*

Ich resümiere nunmehr kurz Ihre Darstellung: Sie haben am Schluß Ihrer Ausführungen die natürlichen Gründe der Mißstimmung bei den Mannschaften, die Beschwerden und Klagen mit erwähnt. Aber Ihre ganze Darstellung begann mit der Schilderung der rein politischen Bewegung, wobei die anderen Dinge, die Untätigkeit der Flotte und diese und jene Beschwerden, noch kaum in Frage ge-

kommen sind. Sie kamen vom Land, waren dort politisch organisiert gewesen; es handelte sich also eigentlich von Anfang an um eine rein politische Gruppe, die nur ihren Schauplatz vom Land auf die Schiffe verlegt hatte. Das andere kam dann hinzu und verbreiterte die Bewegung. Sie benutzten diese Mißstände, um Ihre politische Bewegung zu stärken.

Zeuge *Sachse:*

Ich glaube, die Darstellung ist etwas schematisch. Die wirtschaftliche Lage der Mannschaften auf der Flotte war nicht nur in der allgemeinen, durch den Krieg verursachten Lage begründet. Das hat sich später erwiesen, als wir schon im Zuchthaus waren. Als ich gelegentlich an Bord geführt wurde, habe ich gesehen, daß die Kürzung der Rationen wirklich willkürlich gewesen war. Das hat, wie gesagt, die Mißstimmung der Leute mit hervorgerufen und sie in ihrer politischen Entwicklung gefördert. Im Vordergrunde standen eben immer diese täglichen kleinen Reibungen und Kämpfe, die wir geführt haben, die Wirtschaftsfragen. Ich habe das auch dem Herrn Abgeordneten Dittmann in einer Besprechung in Frankfurt a. M. ganz klar gesagt.

Abg. *Dittmann:*

Nachdem der Abgeordnete Kube mich im Reichstag wegen der Vorgänge von 1917 angegriffen und ich kurz darauf erwidert hatte, hat der Zeuge Sachse von Frankfurt a. M. aus an mich geschrieben, weil er im „Vorwärts" diesen Angriff Kubes gelesen hatte. Dann habe ich Sachse in Frankfurt aufgesucht.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Können Sie uns ungefähr sagen, wieviel einigermaßen bewußte Liebknecht-Anhänger auf der Flotte gewesen sein mögen?

Zeuge *Sachse:*

Bewußte Anhänger der Liebknecht-Gruppe kannte ich in der Flotte im ganzen 25 Funktionäre. Die anderen kannte ich nicht. Ich kam nur mit Funktionären in Verbindung.

Abg. *Joos:*

Ihre Organisation, die schon 3112 Mitglieder Ende 1916 hatte, konnte nicht mit den Ideen Liebknechts identifiziert werden?

Zeuge *Sachse:*

Nein. Wir sind dann nur in der Zentralleitung gewesen, weil wir vorher schon diese Dinge organisiert haben und eigentlich Kameraden, die den anarchistischen Tendenzen anhingen, später kooptiert wurden. Wir wollten eine breitere Grundlage schaffen, weil wir uns sagten: Wir müssen noch mehr Leute hinzunehmen, denn es fehlen noch die und die Schiffe, die bedeutungsvoll für uns sind. Derselbe Klärungsprozeß, den die deutsche Arbeiterklasse an Land während des Krieges durchgemacht hat, hat sich auch in der Flotte widergespiegelt.

Abg. *Brüninghaus:*

Sie sagen, daß Sie keinen Zweifel daran hatten, daß die Aussagen von Reichpietsch nach seinem ganzen Charakter und so, wie Sie ihn kennen, auf Wahrheit beruhten.

Zeuge *Sachse:*

Nein, ich habe gesagt, soweit mir seine Äußerungen bekannt sind und soweit er sich uns gegenüber über das, was er dachte, und über die Ziele, die er hatte, ausgesprochen hatte, habe ich den Eindruck der absoluten Ehrlichkeit gehabt. Was er vor Gericht ausgesagt hat, weiß ich nicht. Ich weiß nur das, was er bei der Gegenüberstellung mit mir ausgesagt hat, als er selbst zusammengebrochen war. Aber, was er dort gesagt hat, hat er selbst nicht verantworten können; er hat am nächsten Tag selbst gesagt, er sei fertig. Ich kann niemandem empfehlen, solche Zustände mitzumachen, wie sie bei unserer Vernehmung herrschten.

Abg. *Brüninghaus:*

Sie sind vor Abfassung des Berichtes des Abgeordneten Dittmann mit diesem in Frankfurt zusammengewesen. Sie haben ihm gesagt, die in den Akten befindliche Aussage, die Sie gemacht hätten, sei unter ungeheurem Terror und Druck vor sich gegangen, und der betreffende Kriegsgerichtsrat — Dr. Dobring — hätte neben sich einen Revolver und eine Zeichnung mit einem Galgen gehabt und zu Ihnen gesagt: Sie haben die Wahl zwischen Galgen und Revolver. Würden Sie das unter Eid aussagen können?

Zeuge *Sachse:*

Ja.

Abg. *Brüninghaus:*

Ist jemand dabeigewesen?

Zeuge *Sachse:*

Der Protokollführer.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Sie haben von einer gewissen Einwirkung russischer Einflüsse gesprochen, und in der Antinauticus-Broschüre wird ja die Frage teilweise mitbehandelt. Da ist die Rede von einem Russen, der im Kampfe mit dieser Organisation gelegen hat, an deren Spitze Sie gestanden haben, bezüglich der Methode der Revolutionierung. Über dieser Frage ist es anscheinend zu Zerwürfnissen innerhalb der Organisation gekommen. Die Russen wollten nach ihrem Muster ein aktivistischeres Vorgehen, während die offizielle Spitze der Organisation eine etwas vorsichtigere Taktik einschlagen wollte. Was können Sie dazu sagen?

Zeuge *Sachse:*

Als die russische Revolution ausbrach und sich entwickelte, als der Zarismus gestürzt wurde und die Möglichkeit des Friedens näherrückte, wirkte das natürlich auf die Leute, indem gesagt wurde:

Seht, das ist die Methode des Kampfes, die man anwenden muß, um zum Ziel, zum Frieden zu kommen! Das war der Eindruck. Wir hatten aber nie eine direkte Verbindung mit den russischen Arbeitern. Das war schon technisch einfach unmöglich.

Abg. *Joos:*

Aber die Vorgänge in Rußland wirkten insofern stark auf die Flotte, weil gerade die Flotte bei der russischen Revolution eine so große Rolle spielte.

Zeuge *Sachse:*

Natürlich, nicht nur in Rußland, sondern in allen imperialistischen Staaten war die Flotte ein Vortrupp der revolutionären Bewegung. Ich erinnere auch an die russische Schwarze-Meer-Aktion 1905.

Abg. *Joos:*

Waren solche Gedanken lebendig?

Zeuge *Sachse:*

Natürlich. Das sind historische Reminiszenzen, die jeder Arbeiter hat, der einigermaßen die Geschichte der Arbeiterbewegung kennt.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Es ist in der Antinauticus-Broschüre die Rede von einem gewissen Fischer, der der Vertreter der russischen Matrosen gewesen ist. Es kam nachher zu schweren Zerwürfnissen mit ihm. Man hat gesagt: Hättest du nicht deine energische Methode angewandt, wäre die ganze Sache nicht zu einer vorzeitigen Explosion gekommen.

Zeuge *Sachse:*

Fischer war Oberheizer auf „Pillau", und Fischers Methode, mit der er versuchte, Anhänger zu gewinnen, war gerade keine politische Methode. Seine Methode war eine Brutalisierung seiner Kameraden, womit er glaubte, sie zu seiner politischen Überzeugung zu bringen, und dagegen wandten wir uns, weil das falsch war.

Abg. Graf zu *Eulenburg:*

Sind Ihnen die Spartakusbriefe regelmäßig zugegangen?

Zeuge *Sachse:*

Nein. Ich habe bereits erklärt, mir ist ein einziger bekannt geworden. Der ist mir sehr spät zu Gesicht gekommen. Ein regelmäßiger Bezug dieser Dinge ist einfach ausgeschlossen gewesen. Es war sehr schwer, solches Material zu bekommen.

Die Vereidigung des Zeugen Sachse unterbleibt mit Rücksicht auf das gegen ihn schwebende Verfahren.

In der Sitzung vom 18. März 1927, in der die Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des Sondersachverständigen D. Dr. Dr. Bredt: „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" stattfindet, erklärt der Berichterstatter Abg. *Joos:*

Wir haben aus der Vernehmung Sachses den Eindruck gewonnen

von einer bestimmten *politischen* Bewegung, die von Anfang an auf der Flotte vorhanden war. Die USPD und ihre Rolle ist in den Hintergrund getreten, dafür die politische Agitation anderer um so mehr in den Vordergrund. Es ist jetzt die Frage: Ist Sachse Glauben zu schenken, oder spielt er sich nicht nachträglich nur auf? Von der sogenannten „Zentrale" sind noch zwei lebende Zeugen vorhanden, Weber und Beckers, die, soviel ich weiß, gegen die Darstellung Sachses von der politischen Bewegung auf den Schiffen Einspruch erheben. Ich schlage daher vor, um zu einer Überprüfung der Aussagen Sachses zu gelangen, die beiden von mir Genannten als Zeugen zu vernehmen.

Sekretär Dr. *Bloch:*

Ich erlaube mir den Vorschlag auf das lebhafteste zu unterstützen. Der Abgeordnete Dittmann hat öfter ausgeführt, daß die Aussagen Sachses in gewissen Punkten unglaubwürdig seien. Herr Dittmann hat diesen Standpunkt auch gegenüber den vorliegenden Aussagen Sachses beibehalten; deshalb ist es notwendig, daß der Ausschuß die einzigen noch überlebenden Mitglieder des Zentralkomitees dazu hört. Ich möchte aber vorschlagen, daß Sachse dazu noch einmal geladen wird, damit gegebenenfalls eine Konfrontation stattfinden kann.

Abg. *Dittmann:*

Ich bin der Auffassung, daß die Vernehmung nicht mehr notwendig wäre, wenn alle mit mir auf dem Standpunkt stünden, daß wir es in Sachse zu tun haben mit einem politischen Fanatiker mit starkem psychopathischen Einschlag. Ich habe im Kriege und in der Nachkriegszeit meine Erfahrung mit solchen Leuten gemacht und weiß, daß sie oftmals für den Unbeteiligten verblüffend logisch sprechen, während der, der sie näher kennt, gerade aus der Logik sieht, daß etwas nicht in Ordnung ist. Sachse hat verstanden, alle Vorgänge auf der Flotte in sein System zu pressen. Sobald man aber nach Einzelheiten fragte, versagte er, z. B. in der Frage, wieviel Spartakusbriefe er bekommen habe. Er mußte zugeben: einen. Wenn er davon nur einen hatte, dann hatte er sicher von den anderen linksgerichteten Gruppen überhaupt nichts bekommen. Der verurteilte Rebe hat geschrieben: Von Spartakus und Spartakusbriefen wußten wir nichts. Schon daraus, daß Sachse nur den einen Spartakusbrief bekommen hat, ist für mich erwiesen, daß er von den Bremer Linksradikalen überhaupt nichts bekommen hat, deren Einfluß noch viel geringer war.

Da aber andere Mitglieder des Ausschusses nicht meiner Meinung sind, bin ich dafür, daß die beiden Zeugen noch gehört werden. Ich halte es aber nicht für erforderlich, daß wir die Zeugen konfrontieren. Sachse wird immer wieder mit Rücksicht auf seinen Prozeß die Aussage verweigern können.

Es wird der Beschluß gefaßt, Beckers und Weber als Zeugen zu hören.

Sitzung, Dienstag, den 22. März 1927

Vernehmung des früheren Marineangehörigen Beckers über die Marinevorgänge 1917

Abg. *Joos:*

Ich will die geladenen Zeugen in meiner Eigenschaft als Berichterstatter kurz ins Bild setzen. Die heutigen Vernehmungen sind in einem bestimmten Zusammenhang gedacht. Den Ausschuß interessiert nur die politische Seite der Vorgänge in der Marine, der Bewegungen auf den Schiffen, also die Frage: Welcher Art waren die Zustände und die Bewegungen auf den Großkampfschiffen in der Flotte in den Jahren 1915, 1916, 1917?

Wir haben im Untersuchungsausschuß Sachverständige sowohl aus Offiziers- wie aus Mannschaftskreisen gehört: die Herren Admirale v. Trotha, Vizeadmiral Brüninghaus, den früheren Matrosen Herrn Stumpf von „Helgoland", Herrn Marinesekretär Alboldt von den Deckoffizieren, und vor kurzem haben wir ausführlich den früheren Oberheizer Sachse als Zeugen vernommen. Wir haben ihm eine Reihe von Fragen vorgelegt, deren Beantwortung er zum Teil mit Rücksicht auf ein gegen ihn schwebendes Strafverfahren abgelehnt hat; auf eine ganze Reihe anderer Fragen ist er in zusammenhängender Darstellung eingegangen. Über diese Aussagen des Herrn Sachse will ich Sie ganz kurz ins Bild setzen.

Nach ihm hat eine politische Agitation viel früher begonnen, als wir bisher annahmen. Sachse spricht von einer Bewegung, der er vorstand und mit der er verbunden war, die schon Anfang 1915 begonnen haben soll. Er erzählt, daß sich Angehörige der Sozialdemokratischen Partei auf den Schiffen zusammengefunden hätten, die dann die Vorgänge an Land in den Parteien beobachtet hätten. Man habe sich zuerst in einzelnen losen Gruppen über die Dinge unterhalten, habe darüber diskutiert; es sei gemeinsam gelesen worden; man habe u. a. die „Leipziger Volkszeitung" angeschafft. Anfang 1915 hätten schon kleine geschlossene Gruppen bestanden, die fester zusammenhielten, die insbesondere versuchten, die Ziele, die Karl Liebknecht gegen den Krieg durchzusetzen versuchte, auch innerhalb der Mannschaften der Flotte durchzusetzen. Im Mai 1915 hätte eine Zusammenkunft von Matrosen und Heizern von drei Geschwadern stattgefunden. Dort sei eine Resolution gefaßt worden, in der man zu den politischen Vorgängen Stellung genommen habe. Man habe versucht, an der Hand dieser Resolution mit den Werftarbeitern in Kiel und Wilhelmshaven dauernd in Berührung zu kommen. Sachse sagt ausdrücklich, daß, entgegen anderen Behauptungen, seit Mitte 1916 eine relativ breite Bewegung vorhanden gewesen sei. Auf jedem Schiff der da-

maligen drei Geschwader seien Verbindungsleute, politische Gesinnungsgenossen von ihnen, vorhanden gewesen. Schon 1916 sei man sich über die relative Bedeutungslosigkeit oder wenigstens über die eingeschränkte Bedeutung der Flotte in den Kreisen der Mannschaften klar gewesen. Dann habe auch schon der Kampf für den Frieden eingesetzt. Die russische Revolution habe diese Bewegung erst recht angeblasen, die Friedensresolution des Reichstags habe die Mannschaften darin bestärkt; dazu sei dann der Kampf um die Einführung der Menagekommissionen gekommen. In diesem Zusammenhang erwähnt Sachse die Reise der Vertreter seiner Bewegung nach Berlin, die Verbindung, die sie mit Abgeordneten der USPD gehabt hätten; diese Verbindung hätte sich aber nur auf diese Einrichtung und Durchführung der Menagekommissionen bezogen.

Auch über das Zentralkomitee hat uns Sachse genaue Angaben gemacht. Er hat gesagt, daß eine Beitragsorganisation bestanden habe, daß auf den einzelnen Schiffen Beiträge von 5 bis 10 Pfennig pro Dekade genommen wurden. Aus diesen Mitteln habe man sich die Materialien, die Literatur angeschafft, die man brauchte.

Nach dieser Aussage müssen wir den Eindruck gewinnen, daß politische Organisationen, politische Agitation, eine politische Bewegung da war, und zwar schon von 1915 ab, mit irgendwelchen mehr oder weniger klaren Zielen. Nach der Aussage des Zeugen Sachse gilt das für die verschiedensten Schiffe.

Dieses Bild ist in etwas neu gegenüber dem, was wir bisher auf Grund der Aussagen der anderen Herren Sachverständigen hatten. Darum bitten wir die beiden heute hier anwesenden Zeugen, uns im Zusammenhang zu schildern: Was war nun die Bewegung auf den Schiffen? Was war der Charakter dieser Bewegung, die unter den Matrosen und den Heizern vorhanden war? Was war an Organisation vorhanden? Welche Verbindung bestand zwischen der Bewegung auf den Schiffen und der Bewegung auf dem Lande? Welche Ursachen lagen dieser Unruhe und diesen politischen Bildungen auf den Schiffen zugrunde? Kam die Bewegung von den Schiffen selbst her, von gewissen Mißständen, oder wurde vom Lande her etwas hineingetragen? Wer war Führer? Was war das Zentralkomitee? Welche Persönlichkeiten standen damit in Verbindung? Welches war die politische Richtung? Welche Bedeutung hatte das Zentralkomitee im Gesamtrahmen der Bewegung auf den Schiffen? Was war die Arbeitsmethode und Arbeitsweise? Was war das, was man die Friedensbewegung auf den Schiffen nannte? Wer hat diese Gedanken hineingetragen? Wie sind sie gefördert worden? Was war die Bewegung um Stockholm, und wie war es mit den Stockholm-Listen, die in den Prozessen eine Rolle spielen?

Das sind bloß einige Punkte, die ich in Ihr Gedächtnis hineinsetze, damit Sie uns nun das Bild so malen, wie Sie es erlebt haben.

Sie werden dessen eingedenk sein, daß Ihre Aussage später unter Eid stehen wird.

Abg. *Dittmann:*

Ich möchte nur, um keine Zwischenfragen stellen zu müssen, die Fragestellung des Herrn Kollegen Joos noch etwas präzisieren. Ich glaube, es kommt uns darauf an, daß die beiden Zeugen sich auch zu der Frage äußern, ob Gruppen, die links von der USPD standen, einen Einfluß auf die Bewegung ausübten, ob das Zentralkomitee, ob Herr Sachse, Herr Beckers oder Herr Weber oder andere Verbindung mit Gruppen an Land hatten, die links von der USPD standen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Den Herren Zeugen ist nunmehr bekannt, auf welche wesentlichen Gesichtspunkte es uns ankommt. Herr Beckers, Sie sind damals als Oberheizer auf dem „Prinzregent Luitpold" tätig gewesen?

(Zeuge *Beckers:* Jawohl!)

Irgendwelcher Zweifel an der Identität der Person besteht also nicht. — Dann bitte ich Sie, im Zusammenhang auf den Fragenkreis einzugehen, den Ihnen der Herr Berichterstatter Joos vorgelegt hat.

Zeuge *Beckers:*

Ich habe mir in der Haft ab 3. September 1917, nach meiner Verurteilung, Aufzeichnungen angefertigt, die ich nach und nach hinausgeschmuggelt habe, um später einmal etwas in der Hand zu haben. Ich werde mich aber im wesentlichen an diese Notizen halten. Sie beziehen sich hauptsächlich auf das, was in der Hauptverhandlung zutage trat. Dabei habe ich in erster Linie die Auffassung des Gerichts zugrunde gelegt. Wenn ich also sage, dies oder das sei geschehen, so meine ich damit, daß das Gericht auf Grund der Untersuchung der Vorgänge diese Auffassung gewonnen hat. Teilweise habe ich auch meine eigene Meinung hinzugefügt. Was nicht hier steht, werde ich dann, soweit ich es kann, ergänzen.

Vorausschicken möchte ich zunächst einen kurzen Überblick über meine damalige und meine heutige politische Einstellung. Seit meinem 17. Lebensjahr gehörte ich bis zum Jahre 1912, bis zu meiner Einziehung als Soldat, der Freien sozialistischen Jugend an. Durch meine Einziehung als Soldat wurde die Verbindung unterbrochen. Zu Beginn meiner Militärzeit trat die Politik wieder in den Hintergrund, bis Ende 1916 oder Anfang 1917, in welcher Zeit das Politische durch Zeitungsberichte usw. wieder mehr in den Vordergrund kam.

Sachse hat in seiner Vernehmung hier ausgesagt, daß Köbis und ich anarchistisch organisiert gewesen seien. Ich war nie anarchistisch organisiert, sondern nur anarchistisch orientiert, nämlich individualanarchistisch. Von den übrigen, d. h. sozialistischen Parteien unterscheiden wir uns insofern, als wir das Privateigentum anerkennen. Damit steht meine Richtung im Gegensatz zu den Prinzipien des Kommunismus und des Sozialismus. Ich bin zu meiner Überzeugung

auf Grund der Lektüre des Buches von Max Stirner, „Der Einzige und sein Eigentum" gekommen.

(Zuruf: Wie stehen Sie zur Gewalt?)

— Wir sind gegen die Gewalt. Viele Gesinnungsgenossen von mir nennen sich deshalb Edelanarchisten. Sie wollen damit zum Ausdruck bringen, daß wir strikte Gegner der Gewalt sind. Ich will offen sagen, daß ich seit Anfang des Krieges Gegner dieses Krieges war.

Ich habe gehört, daß Sachse von dem Bestehen einer Organisation von 3000 Mitgliedern im Jahre 1915 gesprochen hat. Davon ist mir nie etwas bekannt gewesen, und ich wundere mich nur, daß Sachse im damaligen Verfahren nichts davon erwähnt hat. Ich verwahre mich gegen den darin liegenden Vorwurf, daß wir, die anderen, ebenfalls von dem Bestehen einer solchen links von der USPD stehenden Organisation gehört hätten, daß sie sogar unsere Bewegung beeinflußt hätte. Gewiß bestanden an Bord manchmal so kleine Gruppen von Menschen, die ihre politischen Meinungen austauschten. Von einer Organisation kann aber keine Rede sein. Von Mittelsleuten von Schiff zu Schiff habe ich nie etwas gehört. Der Anfang der Bewegung setzte meiner Meinung nach im April oder Mai 1917 ein. Es waren zunächst Sachse und Reichpietsch und dann Weber, die Interesse an der USPD fanden. Ich will aber zunächst auf die sich immer mehr verschlechternde Stimmung zu sprechen kommen. — Ich war von 1914 bis zum Juni oder Juli 1915 auf „Stettin". Dann wurde ich krank und kam nach meiner Gesundung auf ein Kohlenlager, wurde dann wieder versetzt, bis ich 1916 auf den „Prinzregent Luitpold" kam. Am 28. August 1914 fand das Gefecht vor Helgoland statt. Da wurden der Kreuzer „Ariadne" und ein Torpedoboot durch zwei englische Panzerkreuzer versenkt. Meinem Schiff war der Schornstein weggeschossen; es erhielt einen Schuß ins Hinterschiff, und auf der Rückreise fielen den englischen Panzerkreuzern unsere beiden Schiffe „Köln" und „Mainz" in die Hände. Wir mußten drehen und vor den englischen Panzerkreuzern flüchten. „Ariadne" wurde noch von den englischen Schiffen zusammengeschossen, rettete sich bis vor Helgoland, und die Mannschaft wurde von einem anderen Schiff übernommen. Auf dem Rückwege — wir passierten schon die Insel Helgoland — fuhr unsere Flotte erst hinaus. Als wir an Land kamen, war die Erregung groß. Es wurde nämlich behauptet, der Kommandant des Schiffes „von der Tann" habe auf der Kommandobrücke geweint, weil er nicht ausfahren durfte. Da kam auch das Gerücht auf, es hätte ein Verrat stattgefunden. Auf der Insel Helgoland sollte ein deutscher Offizier mit englischen U-Booten signalisiert haben. An Land sangen die Kinder auf den Straßen: „Ingenol, o Ingenol, kauf dir ein Pistol." Auf der Werftmauer in der Hinterstraße stand mit meterhohen Buchstaben geschrieben: „Lieb Vaterland, magst ruhig sein, die Flotte schläft im Hafen ein."

Seit dem 28. August bekamen wir einen anderen Kommandanten. Der neue Kommandant führte einen strengeren Dienst ein. Schikane war es meistens zu nennen. Die Verpflegung war auf „Stettin" sehr schlecht, so schlecht, daß ich, wie gesagt, nach einem Jahr so krank war, daß ich in das Barackenlazarett in Wilhelmshaven überführt werden mußte. Ich freute mich damals, daß ich von Bord kam.

Es waren Mißstände auf „Stettin" in bezug auf die Verpflegung und Behandlung. Es wurde manchmal etwas gestohlen, und das wurde dann auf die ganze Mannschaft abgewälzt, obwohl wir genau wußten, daß nicht nur seitens der Mannschaft etwas weggenommen wurde, sondern auch seitens der Unteroffiziere und anderer. Nun wurde seitens der Deckoffiziere einmal gesagt, hier wären keine russischen Zustände; wir dürften nicht alles das sagen, was wir wollten; wir dürften nicht kritisieren. Es kamen auch viele Bestrafungen vor.

Auf „Stettin" habe ich einige Vorstöße nach England mitgemacht. Auffallend dabei war, daß auf der Hinfahrt für die Heizer gute Butter und Weißbrot ausgegeben wurde. Auf der Rückfahrt aber, sobald die Schiffe im Bereich der Geschütze von Helgoland waren, schlug die Stimmung immer um. Ich bin manchmal an die einzelnen Sprachrohre herangegangen und habe gerufen: „Achtung, die Stimmung schlägt um!" Das ging wie auf Kommando. Diejenigen, die sich auf der Fahrt nach England im Bereich der gefährlichen Zone irgendwie vergangen hatten, wurden nun erst bestraft: mit der Zahnbürste mußte man quadratmeterweise das Verdeck scheuern! Andere Disziplinarstrafen gab es; auch Urlaubsentziehung. Ich hatte damals eine kleine Skizze gemacht. Man sah darauf, wie ein Geschütz abgeschossen wurde. In weiter Ferne konnte man feindliche Schiffe sehen. Die Matrosen holten die Munition heran. Einer bückte sich und nahm eine Granate auf, um sie aufzuladen. Hinter ihm stand als Geschützführer ein Deckoffizier, ein Bootsmann. Dieser Bootsmann sah, als der Mann sich bückte, daß ihm ein Knopf an der Hose fehlte. Er schnauzte ihn mitten im Pulverdampf an: „Mensch, wie kommen Sie dazu, ohne Knopf ins Gefecht zu gehen! Sie bekommen Strafexerzieren!" — Diese kleine Skizze beleuchtete treffend die damalige Situation.

Es gab auch Schiffe, auf denen die Verpflegung noch gut war. Seitens der Mannschaften wurde wohl geschimpft, die Faust in der Tasche geballt, aber nichts unternommen. Man merkte aber, daß manche sich die schlechte Behandlung sehr zu Herzen nahmen. Ich habe es bestimmt in mein Herz eingegraben und war auch schon damals sozusagen gewillt, mich bald einmal, wenn sich Gelegenheit bot, gegen die schlechte Behandlung und gegen die schlechte Verpflegung zu wehren.

Die Gelegenheit trat ein Mitte 1917, als die Verpflegungsver-

hältnisse an Bord von „Prinzregent Luitpold“ ebenfalls sehr schlecht wurden. Das allererste, was mir mitgeteilt wurde, war: Hier ist schlechte Verpflegung! Sie stand wirklich in keinem Verhältnis zu der schweren Arbeit, die wir als Heizer verrichteten.

Eine weitere Erbitterung der Mannschaften wurde dadurch hervorgerufen, daß bei Anwesenheit von türkischen Würdenträgern und österreichischen Erzherzögen sowie höheren Chargen und Staatsbeamten in Wilhelmshaven diesen etwas vorgemacht wurde. Es wurden dann alle möglichen Manöver gemacht. Vorher wurde an Kohle immer sehr gespart. Wenn wir im Heizraum die Asche lenzten, wurde aufgepaßt, daß kein kleines Stückchen Kohle in den Aschentrichter hineingeriet. Es sollte eben gespart werden. Ich nahm das manchmal sogar ironisch auf und rief: „Halt, das geht nicht so schnell!“ und nahm dann eine ganz kleine, winzige Kohle heraus mit den Worten: „Wir müssen sparen!“ Darüber ärgerten sich die Deckoffiziere, die gerade aufpaßten. Bei solchen Gelegenheiten nun, wo es galt, den Verbündeten etwas vorzumachen, wurden 1000 Tonnen Kohle in einer Stunde verpulvert, daß es nur so qualmte. Da wurde viel hin und her gefahren. Darüber ärgerten sich die Leute, und die Erbitterung und Mißstimmung wuchs. Die Stimmung, wie ich sie von meinem Schiff schildere, war auf anderen Schiffen ziemlich ähnlich; denn ich hatte viele Freunde auf anderen Schiffen, mit denen ich zeitweise zusammenkam, die mir das berichteten.

Als ich nun anderthalb Monate an Bord des „Prinzregent“ mich befand, wurde ein Brief an meine Mutter von der Zensur aufgefangen. Er enthielt Äußerungen, die der Zensur nicht genehm waren. Ich schrieb z. B. unter anderem: Über die Küche unseres Schiffes sei der Belagerungszustand verhängt worden. Fleischstücke in gewisser Größe dürften nur passieren. Um mich brauchte sie sich keine Sorge zu machen; für mich sei gesorgt; ich bildete mich zum Hungerkünstler aus und nehme zu wie ein Abreißkalender usw. — Der Kommandant sagte damals beim Rapport, ich solle mich schämen, daß ich meiner Mutter das Herz noch schwerer machte.

Abg. *Joos:*

Wir haben jetzt von Ihnen gehört, daß an Bord Mißstände vorhanden waren, was die Behandlung und das Essen betraf. Andere Eindrücke, von denen Sie erzählt haben, die sich dann zu einem Zustand der Erbitterung bei den Mannschaften summieren, waren damals aber noch nicht vorhanden. Auch fanden nicht politische Diskussionen, die sich um Zeitungsartikel auf Grund der politischen Bewegung im Land drehten, statt.

Zeuge *Beckers:*

An Bord der „Stettin“ befand sich, glaube ich, eine einzige Zeitung der SPD. Ich habe keine eingesehen. Die USPD-Zeitungen tauchten erst Anfang Juni 1917 auf.

Abg. *Joos:*

Und *vorher,* können Sie uns darüber etwas sagen? Haben politische Bewegungen der Art, wie sie von Sachse umschrieben wurden, nach Ihrer Kenntnis nicht bestanden?

Zeuge *Beckers:*

Sie mögen wohl bestanden haben.

Abg. *Joos:*

Sie haben aber doch ziemlich eingehende Kenntnis von den Strömungen und Bewegungen unter den Mannschaften gehabt!

Zeuge *Beckers:*

Ich muß vor allen Dingen noch ein weiteres Stimmungsmoment für die Erbitterung der Mannschaften anführen. Auf „Stettin" wurden viele Bordfeste abgehalten. Da sangen die Herren Offiziere „Deutschland, Deutschland über alles", warfen die belegten Brötchen an die Wand, daß sie kleben blieben, und einer ließ einmal von Land an Bord mit einem Grammophontrichter im Arm sich in einem Schubkarren fahren. — Das Schiff lag an dem Pier im Südhafen.

(Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* War das Offizierskasino unter Deck?) Auch war da ein Oberleutnant. Er tat sich besonders hervor in der Absingung kriegspatriotischer Lieder: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen!" Bei dem Gefecht am 28. August fanden wir ihn mit bleichem Gesicht in dem Heizraum seiner Gefechtsstation. Dort schlug ein Treffer in den Schornstein. Die Splitter schlugen durch die Luken. Ich konnte noch beiseitespringen. Die Schornsteinhalskappe wurde aufgeschlagen. Ich stützte sie laut Instruktion sofort ab. Der Offizier wankte, konnte nicht mehr stehen und lehnte sich an die Tür. —

Ferner: Während die Verpflegung sonst recht schlecht war, wurde gerade bei Bordfesten viel konsumiert. Wir bekamen deshalb bald einen Ekel vor den Bordfesten.

Abg. *Brüninghaus:*

Wie oft sind denn die Bordfeste gewesen?

Zeuge *Beckers:*

Es waren viele, und sie wurden meist bei Gelegenheit von Namens- und Geburtstagen abgehalten.

Bei Anlaß von Kohlenübernahme haben wir uns oft geärgert. Da wetteten die Herren Kapitäne untereinander, wer zuerst die Kohlen übernommen hätte. Wer zuletzt fertig war, mußte bezahlen. Dann kamen die Herren zusammen und tranken auf unsere Kosten Champagner. Vorher war es schon oft passiert, daß wir sagten, man wolle auf unsere Kosten Feste feiern; eigentlich müßten wir den Champagner bekommen, weil wir die Kohlen übernommen hatten. Es war eine riesig schwere Arbeit. Wir waren — es war auf „Prinzregent Luitpold" 1917 — in Kiel. Da wurde das kriegsmäßige Kohlen wieder veranstaltet. Wir sagten uns jetzt: Dieses Mal wollen

wir den Herren aber den Beweis bringen, daß wir es nicht machen; wir streiken einfach; wir arbeiten so langsam, daß die gewünschte Zeit herauskommt.

Abg. *Joos:*

Da fanden sich kleine Gruppen zusammen?

Zeuge *Beckers:*

Da war die Stimmung aber schon stark erregt. Wir hatten schon den ersten Hungerstreik gehabt. Es wurde morgens um ½10 für das Kohlen angefangen, und um ½1 sollten wir fertig sein. Nun, wir waren noch um 7 Uhr beim „Kohlen". Die Offiziere standen da und sagten: „Leute, arbeitet! Es ist so schon Urlaub gewährt worden." Wir Heizer waren nicht die aktiven dabei, wir arbeiteten. Aber auf die Matrosen kam es an. An einem Kohlenkran begann der Streikbruch. Dort arbeitete man schneller, und es sind einige verprügelt worden. Denn morgens schon, bevor das Kohlen anging, hatte man mit weißer Ölfarbe auf den mittleren Panzerturm geschrieben: „Schafft uns Herzbruch — das war unser Kommandant — von Bord, dann schlagen wir den Rekord!" Das war der Ausdruck eines allgemeinen Gedankens. Der Kapitän Herzbruch war nämlich in besonderer Weise daran schuld, daß die Stimmung auf „Prinzregent" so erregt war. Wir wußten nämlich, daß dieser Herr seinen Burschen nach Oldenburg aufs Land mit dem Kleidersack schickte. Der Bursche sammelte dann Schinken und Lebensmittel, und wenn der Sack voll war, schickte ihn Herzbruch seiner Frau.

Einmal habe ich eine Photographie von dem Matrosen gesehen. Auf dieser stand ein Koffer in der Proviantlast der Mannschaften aufgeklappt. Darin konnte man die Schinken und Speckseiten sehen. Es hieß, dieser Koffer sei heimlich photographiert worden. Um die gleiche Zeit verschwanden aus unserem Proviantraum annähernd 30 oder 40 Speckseiten und Würste. Es hieß sofort: das haben Mannschaften getan. Tags darauf erschoß sich ein Matrose Krause. Die Sache ist aber sehr dunkel geblieben. Sie ist derart vertuscht worden, daß nichts mehr herauskam. Man atmete im Achterdeck sozusagen auf, als dieser Mann sich erschoß. Das war der wirklich „Schuldige". Die Speckseiten waren nie mehr zurückzubekommen. Nun hieß es, wir hätten keinen Schaden davon, es werde ersetzt, wir bekämen unsern Proviant zurück. Die Verpflegung wurde aber immer weniger. Steckrüben und Dörrgemüse gab es meist.

Einige Tage nach der Skagerrakgedenkfeier am 31. Mai 1917 setzte die Sache ein. Ich kannte damals Sachse und Reichpietsch übrigens noch nicht. Wir verweigerten das Essen. Es hatte sich sofort herumgesprochen, daß kein Essen geholt werden sollte. Es war nichts organisiert, aber jedermann wußte es; es ging auch keiner hin. Sofort hieß es: Alle Mann an Deck! Kapitän Herzbruch redete uns folgendermaßen an: „Seid Ihr verrückt geworden? Was fällt Euch ein, das

Essen zu verweigern!" Da riefen wir, wir müssen täglich Steckrüben essen an Stelle des Essens, was man uns gestohlen hat. Dann sagte er, auch die Offiziere müßten Steckrüben essen. Da riefen wir, wir sind jeden Tag Zeuge davon, auf diese Art wollen wir die Steckrüben auch essen. Das Essen der Offiziere mußte nämlich durchs Deck getragen werden. Ich habe oft da gesessen und weidete mich sozusagen an dem Anblick dieser schön gebratenen Kartoffeln. Es waren lichte Momente in dem dunklen Dasein eines hungrigen Heizers. Da war auf einem Teller ein kleiner Klecks Steckrüben zusammengebraten, und ein Kottelet von der Größe einer Untertasse. Ich weiß bestimmt, wenn wir, die Mannschaften, dieses Essen nur dreimal in der Woche bekommen hätten, oder auch nur Sonntags, dann wäre es nie zur Auflehnung gekommen.

(Abg. *Joos:* Haben denn die Offiziere das täglich so bekommen?)

— Fast jeden Tag. Die Herren bekamen morgens noch bis zum Juli 1917 4 oder 5 Brötchen. Auch von der USPD im Reichstag ist dieser Zustand gerügt worden. Später wurden die Brötchen für die Offiziere gestrichen.

Nun führten die Offiziere den Essenstreik auf unsere Aktion zurück. Wir freuten uns schon, daß es wenigstens einmal einen Zweck gehabt hätte. Jedenfalls war der Kapitän Herzbruch nicht imstande, uns zu zwingen, das Essen abzuholen. Wir forderten nachher Brot und Speck und um 6 Uhr ein vollwertiges Mittagessen.

(Sachverständiger *Alboldt:* Ihre Forderung wurde bewilligt?)

— Ja, wir hatten gewonnen. Einige Tage später kamen wir mit Sachse und Reichpietsch in Berührung, und zwar in Wilhelmshaven bei einer Besprechung über Menageangelegenheiten.

(Abg. *Joos:* Haben Sie selbst mit ihm gesprochen?)

— Ja, Köbis war auch anwesend; er war jedoch mehr Zuhörer.

(Abg. *Joos:* Sie haben den Vorgang von dem Schiff „Prinzregent Luitpold" erzählt?)

— Ja, erst nach einem Monat erfuhr ich, daß Reichpietsch in Berlin bei den Abgeordneten gewesen sei, worauf er übrigens sehr stolz war. Das politische Moment der Bewegung kam meiner Ansicht nach erst hinzu, als Redakteur Herre einen Vortrag in Wilhelmshaven hielt.

Um dieselbe Zeit muß der bekannte Artikel über die Capellesche Rede in der Wilhelmshavener Zeitung erschienen sein. Darin hieß es, Herr v. Capelle habe im Reichstag eine Rede gehalten und auf Grund einer entsprechenden Frage seitens der USPD erklärt, daß sich in der Flotte Verpflegungskommissionen, aus Mannschaften, Offizieren und Unteroffizieren zusammengesetzt, befänden. Wir wußten nichts davon. Wohl hatte ich den Namen gehört, aber daß jemals ein Mann, einer der Leute Einfluß darauf gehabt hätte, was doch der Zweck der Sache sein sollte, davon war nichts bekannt. Ich hörte es damals zum

ersten Male. Es ist, glaube ich, damals nach Berlin geschrieben worden. Jetzt gaben wir den Artikel unserem ersten Offizier weiter und sagten: Von Berlin aus wird so und so geschrieben; wir wünschen also, in diese Menagekommission hineingewählt zu werden. Zwei oder drei Stunden später hieß es: Alle Mann an Deck! Herzbruch hielt wieder eine seiner bekannten Reden: Ihr seid wieder verrückt geworden! Was wollt Ihr? Ihr habt nichts zu fordern! Sofort traten einige Leute vor; ich war dabei. Wir sagten, auf Grund der Rede des (damaligen) Staatssekretärs v. Capelle sollte an Bord aller Kriegsschiffe eine Verpflegungskommission, aus Mannschaften und Offizieren zusammengesetzt, bestehen, und wir möchten mit hineingewählt werden. Herzbruch weigerte sich zunächst. Als er jedoch merkte, daß wir nicht zurückzubringen waren und nicht nachließen, erklärte er: So, es ist gut, wir schlagen Euch einige Leute vor, die könnt Ihr wählen. „Nein," sagten wir, „wir lassen uns keinen vorschlagen." Endlich hieß es: Na, dann wählt selbst! Jetzt wählten wir. Es begann der Wahlkampf an Bord. Nun hinderten uns die engen Verhältnisse an Bord, und deshalb fragten wir beim Kommando durch unsere Wachoffiziere, ob man uns erlaube, eine Zusammenkunft an Land zu vereinbaren, um uns genehme Leute zu wählen. Das konnte man an Bord nicht so gut. Da waren alle möglichen Leute, die nichts damit zu tun haben wollten, und dann mußten wir ein bestimmtes Deck benutzen. Die Zwischendecks waren sehr eng und manchmal auch schlecht gelüftet. Das wurde genehmigt. Das war die erste Zusammenkunft der Marine an Land, von der ich weiß, die aber eben nur einen reinen Wahlcharakter hatte.

(Zuruf: Wann war das?)

— Das muß Anfang Juli 1917 in Wilhelmshaven gewesen sein.

(Abg. *Joos:* Mit Zustimmung der Vorgesetzten?)

— Ja, das Kommando hatte es erlaubt. Es hieß nachher, von dem Schiff hätten schon einige an Land gesprochen. Aber ich glaube es nicht. Das war gar nicht möglich.

Abg. *Joos:*

Herr Sachverständiger Stumpf, halten Sie es für notwendig, daß in solchen Fällen der Wahlakt an Land vorgenommen wird?

Sachverständiger *Stumpf:*

Nein, das halte ich nicht für notwendig.

Abg. *Joos:*

Warum konnten Sie nicht an Bord wählen?

Zeuge *Beckers:*

Es wurde jedenfalls aus unseren Reihen heraus so vorgeschlagen. Ich war nicht derjenige, der es anregte. Wir dachten aber nicht, ein Lokal zu mieten, sondern wir meinten: wir kommen in einer Wirtschaft privat zusammen und besprechen uns. Ich weiß nicht, ob die Offiziere das geglaubt haben.

Abg. *Joos:*

Ich frage darum, weil dieser Vorgang der Versammlung an Land für den Nichtkenner aller Einzelheiten, die Sie hier schildern, ja als ein politischer Vorgang, als eine politische Konspiration aufgefaßt werden muß. Sie schildern es so einfach im Zusammenhang mit der Wahl der Mitglieder für die Menagekommission: an Bord ging es nicht, darum beantragten wir, daß es an Land sein sollte, wir haben die Genehmigung bekommen usw. So hört sich das ganz logisch und plausibel an. Aber Sie können sich denken, daß derjenige, der ohne die Kenntnis dieser Einzelheiten diesen Vorgang sieht, sich sagt: Aha, da kamen also Leute, die politisch miteinander verbunden sind, an Land; das war so eine Art Verschwörungsgruppe.

Zeuge *Beckers:*

Nein, da gab es noch keine Organisation, noch nichts Festes.

Sachverständiger *Stumpf:*

Ist die ganze Heizerwache an Land gegangen?

Zeuge *Beckers:*

Ich persönlich war nicht dabei. Das hauptsächliche war schon an Bord geregelt worden. Unter anderem wurde auch von allen Seiten angeregt: die Vertreter der Mannschaft in der Verpflegungskommission sollen auch das Recht haben, andere Beschwerden vorzubringen. Das wollte man erst seitens der Schiffsverwaltung nicht dulden. Aber es ist trotzdem durchgeführt worden. Köbis brachte alles vor. Köbis war dem Ersten Offizier deshalb so mißliebig, weil er angeblich viel verlangte. Er kam mit allerhand Sachen heraus. Aber Herr Kapitän Herzbruch war der Ansicht, er hätte in der Verpflegungskommission nur von Proviantsachen sprechen dürfen. Aber es wurde geduldet. Wenn einer für alle sprechen sollte, war es immer der Vertreter der Verpflegungskommission.

Abg. *Joos:*

Das war Köbis bei Ihnen?

Zeuge *Beckers:*

Ja!

Abg. *Brüninghaus:*

Sie sagen, daß politische Sachen überhaupt nicht gesprochen wurden?

Zeuge *Beckers:*

Bei dieser Sache nicht.

Abg. *Brüninghaus:*

Sie waren auch nicht dabei. Infolgedessen können Sie das auch nicht wissen. Das scheidet für Sie vollständig aus. Aber Sie sind doch selbst in der Tivoli-Versammlung gewesen. Und Sie werden sich genau entsinnen, daß in dieser Tivoli-Versammlung, in der Köbis, Reichpietsch und Sie waren, das ganze Programm besprochen worden ist?

Zeuge *Beckers:*
Das war später, Ende Juli!
Abg. *Brüninghaus:*
Das war ganz dicht aneinander.
Abg. *Joos:*
Sagen Sie uns darüber später etwas Näheres!
Zeuge *Beckers:*

Gewählt waren in die Verpflegungskommission der Oberheizer Kohler, der sich aber nie an unserer politischen Bewegung beteiligt hat, Köbis, Pfeiffer — das war der Tambour —, ein Matrose Mühlberg und Buddenberg — ebenfalls ein Matrose —, diese Leute waren die Vertreter der Mannschaft. Zum ersten Male traten sie in Aktion, als uns eine Suppe, in der Würmer schwammen, vorgesetzt wurde, die übrigens der Stabsarzt bei der Prüfung als gut befunden hatte. Köbis zeigte das Essen vor, und es wurde jetzt vom Stabsarzt für ungenießbar erklärt, da unsere Probe wahrscheinlich eine andere war, als die ihm der Kombüsenmaat verabreicht hatte. Man kochte eine neue Suppe in einer halben Stunde für 1200 Mann. Die war reichlich dünn. Wir sagten nun wieder: Die essen wir nicht; in einer halben Stunde kann man nicht für 1200 Mann kochen. Das ist qualitativ nicht möglich. Wir verlangten ein Stück Brot, ungefähr 3 cm dick, ein Stück Plockwurst dabei und um 6 Uhr ein vollwertiges Mittagessen, genau so, wie wir es vorher gefordert hatten. Das wurde genehmigt.

Inzwischen hatten sich einzelne Gruppen dieser Leute eine unabhängige Zeitung gehalten. Nur einzelne, denn da war noch nichts organisiert. Nachher wurde schon gesagt: Ihr müßt euch eine halten, es ist besser so, ein paar Mann eine zusammen. Wenn wir zusammenkamen, dann besprachen wir die Zeitungsartikel. Wir lagen auf der Schanze oder auf der Back zusammen und besprachen die politischen Vorgänge, allerlei, was im Reichstag geredet wurde, usw.

Abg. *Joos:*
Es handelte sich also um USPD-Blätter?
Sachverständiger *Stumpf:*
Waren sie erlaubt?
Zeuge *Beckers:*

Man hat uns auf „Prinzregent Luitpold" nie etwas verboten. Ich habe Verschiedenes davon von anderen Schiffen gehört, aber ich weiß nicht, wie es damit war. Ich habe jedenfalls meine Zeitung stets bekommen. Ich hielt die „Leipziger Volkszeitung". Ein anderer hatte eine Volkszeitung von Hof in Bayern, einer aus Schlesien, aus Danzig oder Königsberg.

Abg. *Dittmann:*
Also meist die heimatliche Zeitung?
Zeuge *Beckers:*
Es waren meist Leute aus einem Bezirk. Analog diesen Vorgängen

wirkte sich allmählich der sogenannte Kampf um den Reservistengroschen auf „Prinzregent“ aus. Ich will kurz vorausschicken, was das ist. Jede Dekade wurden uns von der Verwaltung 10 Pfennige einbehalten. Diese 10 Pfennige flossen in einen Fonds, genannt Reservistenfonds. Er hatte den Zweck, bedürftige Familienmitglieder von Bordangehörigen zu unterstützen. Wenn z. B. jemand bei Krankheit seiner Frau nicht in der Lage war, helfen zu können — es waren meistens Soldaten —, stellte man einen Antrag und bekam z. B. 10 oder 20 Mark. Da waren ein paar ganz interessante Fälle vorgekommen. Auf „König Albert“ hatte ein Obermaat einen Antrag auf Unterstützung seiner Frau gestellt, die krank zu Hause läge. Die Vorsitzende dieses Reservistenfonds war die Gattin des jeweiligen Kommandanten. Jetzt schickte diese Vorsitzende von Berlin aus eine Funktionärin dieses Fonds hinter Frankfurt; in welcher Gegend es war, weiß ich nicht mehr. Diese Dame sollte sich da erkundigen, ob diese Frau wirklich bedürftig war. Sie machte eine ziemlich lange Eisenbahnfahrt auf Kosten dieses Fonds. Sie wird es wohl nicht umsonst gemacht haben.

Abg. *Brüninghaus:*
Das vermuten Sie!

Zeuge *Beckers:*
Ja, solange mir nicht das Gegenteil bewiesen wird.

Abg. *Joos:*
Aber eine Sicherheit haben Sie nicht?

Zeuge *Beckers:*
Ich vermute das. Die Frau lag im Bett, konnte sich nicht helfen. Die Dame hat alles nachgesehen und sah einen Schrank, der noch gut erhalten war, und mit den Worten: „Verkaufen Sie doch den Schrank, dann haben Sie ja Geld“ ging sie.

Ein ähnlicher Fall passierte auf „Prinzregent“. Dort hatte einer der Mannschaften den Antrag auf Unterstützung seiner Frau gestellt. Da war der gleiche Vorgang. Eine Dame besuchte die Frau dieses Heizers und sagte unter anderem: „Ja, meine liebe Frau, wir können Ihnen nicht helfen; stricken Sie doch Strümpfe für die Offiziersfrauen, dann ist Ihnen doch geholfen.“

Abg. *Joos:*
Sind diese Dinge nun verbürgt, oder sprach man sie sich nur so gegenseitig zu?

Zeuge *Beckers:*
O nein, das war „Stadtgespräch“ an Bord. Wenn Sie Gelegenheit haben, jemanden von „Prinzregent“ zu vernehmen, so wird er Ihnen das gleiche sagen können, wenn er nicht sehr indifferent war.

Abg. *Dittmann:*
Das war die Stimmung der Leute.

Abg. *Joos:*

Aber ob es richtig ist oder nicht, ist damit nicht bewiesen.

Zeuge *Beckers:*

Inzwischen hatten wir uns an Bord schon etwas organisiert. Wir hatten einen Zentralleiter, einen Leiter des Inneren, einen Leiter des Äußeren. Ich hatte auf „Prinzregent" z. B. die Leitung des Äußeren. Ich hatte auch noch die Pflicht, auf anderen Schiffen für uns zu agitieren.

Abg. *Joos:*

Was war der Sinn der Organisation?

Zeuge *Beckers:*

Mißstände in der Flotte aufzuklären und uns geschlossen dagegen zu wehren.

Sachverständiger *Alboldt:*

Keine politischen Ziele?

Zeuge *Beckers:*

Das kam erst später. — Inzwischen hörte ich, daß Reichpietsch in Berlin gewesen wäre. Es wurden die Worte gebraucht: „Blick nach Stockholm! Vertrauensvoll in die Zukunft!" Ob das alles so gesagt worden ist, weiß ich nicht; ich habe hier in meinen Aufzeichnungen ein Fragezeichen stehen.

Abg. *Joos:*

Wie nannten Sie die Organisation?

Zeuge *Beckers:*

Soldatenbund! SB.!

Abg. *Joos:*

Das war alles im Juli 1917?

Zeuge *Beckers:*

Ja, Ende Juni, Anfang Juli. Das hatte sich erst zehn Tage vor unserer Verhaftung richtig ausgewirkt. Da waren erst Richtlinien aufgestellt worden, daß man sagen konnte: Der ganze Zweck der Organisation und der straffen Leitung war der und der.

Abg. *Joos:*

Was war bei der Organisation des Soldatenbundes Hauptzweck?

Zeuge *Beckers:*

Es waren zwei Leiter: ein Leiter des Innern, ein Leiter des Äußern. Köbis war Leiter des Innern. Er hatte jedoch keine Zeit. Ich hatte das noch mit übernommen, weil Köbis sich als Redner ausbilden wollte. Er hielt einmal eine Rede in der Tivoli-Versammlung usw. Über jeder Division bei uns war ein Zentralleiter, an jeder Back ein Vertrauensmann, und dem Zentralleiter oder dem Schiffsleiter standen einige Läufer zur Seite. Das gilt nur für „Prinzregent". Auf „Friedrich der Große" soll es, wie gesagt wurde, ebenfalls so gewesen sein.

Abg. *Joos:*

Sie haben mit niemandem darüber gesprochen, wie es andere machten? Können Sie sich nicht darauf besinnen, nach welchem Plan und System es auf anderen Schiffen gemacht wurde?

Zeuge *Beckers:*

Sie sagten: Wir machen das auch. Aber ob das wirklich so der Fall war, weiß ich nicht.

Sachverständiger Dr. *Herz:*

Das ist eine ganz geschickt aufgezogene Organisation.

Zeuge *Beckers:*

Das ist es; aber es ist nicht das, was Sie meinen.

Abg. *Dittmann:*

Es ist den großen militärischen Einrichtungen nachgebildet.

Sachverständiger Dr. *Herz:*

Aus wessen Kopf ist dies gekommen? Eine solche ausgebildete Organisation kann doch nicht so plötzlich da sein.

Zeuge *Beckers:*

Das kam von vielen Seiten. Haupttriebfeder war ich; das will ich gern bekennen.

Sachverständiger Dr. *Herz:*

Diese Organisation muß doch ein Vorbild gehabt haben.

Abg. *Joos:*

Aus Zufall kann sie nicht kommen.

Zeuge *Beckers:*

Nein, aus Zufall nicht. Der Zweck und die Ursache sozusagen dieser Organisation als solcher war ein sogenannter Hungerstreik. Wenn uns schlechtes Essen verabreicht wurde, dauerte es uns zu lange, bis wir es allen gesagt hatten. Dieser oder jener, der es nicht wußte — die Decks waren verstreut —, hätte es geholt. Der größte Teil der Mannschaft war dagegen, daß es geholt wurde. Dann hatten wir ein Interesse daran, daß es überhaupt nicht geholt wurde. Es gab Leute, die Angst hatten. Damit es klappte, führten wir das noch einmal aus. Das war der Grund. Und der Zweck war, sobald festgestellt wurde, daß das Essen schlecht war, alle mit einem Schlage zu orientieren, wie es stand. Bei uns war z. B. 20 Minuten vor 12 die Essenausgabe. Wir wußten nie, was es zu essen gab und wie es war. Die Matrosen stellten auch die Kombüsenleute. Wenn ½12 Uhr ein Matrose herunterkam und zu mir sagte: das Essen ist schlecht, dann schickte ich meinerseits Läufer, also ein paar Leute, um den Sachverhalt zu prüfen, nach oben. Ich hatte ein paar richtige Detektivs.

Abg. *Brüninghaus:*

Die Frage, die Herr Dr. Herz anregte, scheint nicht genügend beantwortet zu sein. Infolgedessen möchte ich folgendes fragen: Hatten Sie, als Sie diese Organisation aufzogen, die sich nachher

verdichtete, nicht vorher mit Sachse eingehend Rücksprache genommen?

Zeuge *Beckers:*

Der Einfluß von Sachse reichte nicht bis zur Organisation, von der ich eben gesprochen habe.

Abg. *Brüninghaus:*

Mit Sachse hatten Sie über die Organisation, die Sie aufgezogen hatten, überhaupt nicht geredet?

Zeuge *Beckers:*

Das will ich nicht sagen. Das ist ihm bestimmt bekannt geworden. Wir kamen öfter zusammen; nicht ich allein, auch andere.

Abg. *Brüninghaus:*

Das genügt mir.

Zeuge *Beckers:*

Wenn ich dann feststellen konnte, daß das Essen schlecht war — ich muß allerdings sagen: das ist nur einmal geschehen, daß wir es wirklich durchführen konnten —, dann sagte ich: Es wird nicht geholt.

Diese Organisation hatte gar nichts mit einer politischen Sache zu tun. Das kam erst am 23. oder 24. Juli in der Versammlung im Deutschen Haus, in der Herre einen Vortrag hielt. Ich habe an dieser Versammlung ja nicht teilgenommen. Köbis kam abends um ½11 Uhr an Bord und sagte mir: Herre hat zu uns gesagt, wir sollen uns pro forma der USPD anschließen. Am 15. August sollte in Stockholm eine Konferenz der USPD-Leute aller Länder stattfinden. Da wollte Dittmann, der Vertreter Deutschlands — so ungefähr erzählte Köbis —, sagen: Soundsoviel Tausende Mariner stehen hinter uns, also jetzt ist es Zeit zu irgendeiner auf die Herbeiführung des Friedens gerichteten Aktion.

Nun verfaßte ich den bei den Akten befindlichen Aufruf. Es wurde gesagt, Beiträge brauchten nicht bezahlt zu werden. Wenn wir nach dem Krieg — so soll gesagt worden sein — noch Lust hätten, der USPD anzugehören, so stände es uns frei. In zwei, drei bis vier Tagen hatten wir 400 Mitgliederunterschriften an Bord von „Prinzregent" gesammelt.

Abg. *Joos:*

Es war eine Mitgliederliste für die USPD und zugleich wußten die Leute: es soll damit eine Kundgebung für die Idee des Friedens in Stockholm stattfinden.

Zeuge *Beckers:*

Ja, das stand aber noch im Dunkeln. Wir waren doch noch nicht so fest organisiert, daß wir schon irgendeinen Plan gefaßt hatten.

Abg. *Joos:*

Nein, keinen Plan, aber eine Kundgebung für die Idee des Friedens in Stockholm.

Zeuge *Beckers:*

Vor allen Dingen war schon in dieser Zeit, nach dem 20. Juli, angeregt worden (das hatte schon festere Gestalt angenommen), in einigen Monaten sollte eine Friedensdemonstration in Wilhelmshaven stattfinden, ein Umzug durch die Stadt.

Abg. *Joos:*

Von den Matrosen?

Zeuge *Beckers:*

Ja, von den Mannschaften aller Schiffe! Gegen den Krieg, für den Frieden!

Abg. *Joos:*

Aller Schiffe?

Zeuge *Beckers:*

Soweit wir sie erreichen konnten. Die schweren neuen Panzerkreuzer waren uns nicht zugänglich. Man witterte da schon Verrat. Früher konnte man manchmal auf Reede an Bord fahren, auf die auf der Reede liegenden Schiffe. Da verweigerte mir der Offizier in ein paar Fällen die Überfahrt. Er fragte: Wen wollen Sie besuchen? Ich hatte mir das schlecht überlegt und sagte: Einen Heizer Soundso. Er sagte: Den gibt es nicht bei uns an Bord. Sonst wurde da gar nicht nach gefragt. Jetzt kam man also nicht mehr an Bord. Ich hatte die Pflicht, auch auf anderen Schiffen für unsere Bewegung durch die Sammlung von Mißständen und für deren Beseitigung zu agitieren. Wenn ich ein Schiff betrat, auf dem eine bessere Verpflegung war als auf „Prinzregent", so war für mich nichts zu machen; ich schwebte sozusagen in der Luft. Ich nenne unter diesen Schiffen nicht „Westfalen", nicht „Rheinland", wohl aber „Nassau". Da muß das Essen vorzüglich gewesen sein. Ich setzte mich bei solchen Gelegenheiten an irgendeine Back. Ich kannte ja niemanden. Ich fragte: Kamerad, wie steht es? Das erste, was gesagt wurde, war: Schlechter Fraß! Da wußte ich schon Bescheid. Aha, sagte ich, wir haben uns schon gewehrt, wir haben Hungerstreiks organisiert, und es klappte; wenn es schlechtes Essen gibt, verweigern wir es, dann ist man gezwungen, besseres zu geben; so müßt ihr es auch machen; wenn ihr Lust habt, könnt ihr einmal zu uns in die Versammlung kommen. Viele haben ja gar nicht stattgefunden, ich glaube zweimal im Tivoli, dann in Banter-Schlüssel und in Kiel. Dort in Kiel-Gaarden war die sogenannte konstituierende Versammlung.

Bei dieser Versammlung — es war gewissermaßen mehr Spielerei — waren Sachse, Reichpietsch und ich anwesend, Köbis, glaube ich, nicht. Zu dieser Versammlung hatte ich ein sogenanntes Statut dieses SB., des Soldatenbundes, entworfen. In Ziffer 4 hatte ich geschrieben, daß wir unser Ziel, d. h. die Beseitigung der Mißstände in der Flotte, ferner auch eine auf die Herbeiführung des Friedens gerichtete Kundgebung ohne Rücksicht auf irgendwelche von der

USPD etwa im Reichstag gefaßten Beschlüsse, durchführen wollen. Ich führte zur weiteren Erläuterung aus: Sollte z. B. die USPD einmal zu dem Entschluß kommen: am 1. Oktober wird in Deutschland der Generalstreik proklamiert, dazu fordern wir euch, Marine, auf, zu gleicher Zeit die Waffen niederzulegen usw., — dann hätte ich mich gewehrt, weil ich stets erklärte: Ich habe nichts mit einer Partei zu tun und will mit ihr nichts zu tun haben. Reichpietsch war derjenige, der mir widersprach. Das zeigte sich bei meinem Antrag, die Statuten anzuerkennen. Ich kenne die Einzelheiten nicht mehr; es ist mit beschlagnahmt worden, aber nicht zu den Akten gekommen. Ich freute mich in der Verhandlung, daß der besagte Zettel nicht gefunden worden war.

Abg. *Joos:*

Reichpietsch war für den Zusammenhang mit der politischen Bewegung an Land?

Zeuge *Beckers:*

Mit der USPD in Berlin!

Jetzt komme ich auf die berühmte Zentrale an Bord „Friedrich der Große". Die spukte als Gespenst damals in der ganzen Verhandlung und Untersuchung. Die Zentrale bestand. Ich habe jedoch erst später davon Kenntnis erhalten. Ich glaube, sie hat sich selbst gewählt. Ich kümmerte mich nicht um die Zentrale. Ich sagte: Jedes Schiff ist autonom; wir machen, was wir wollen. Bei uns ist das Essen schlechter als bei euch; wir wissen schon, wie wir das mit den Hungerstreiks machen usw.; wir haben mit der Zentrale nichts zu tun. Wenn ihr aber als statistisches Bureau gelten wollt, daß wir Mißstände sammeln und euch das Material übergeben und ihr das nach Berlin berichtet, damit es die USPD im Reichstag vorbringen kann, dann machen wir das. Der Zentrale ist allerlei mitgeteilt worden. Ich habe weniger mit ihr zu tun gehabt. Sachse, Weber und Reichpietsch fühlten sich als Herrscher in der Zentrale, aber hatten nichts zu sagen.

Sachverständiger *Stumpf:*

War die identisch mit der Menageprüfungskommission?

Zeuge *Beckers:*

Nein, wohl waren zentrale Mitglieder als Menagekommissionsmitglieder auf „Friedrich der Große" tätig. Ich glaube, Sachse war nicht Mitglied der Menagekommission, auch Reichpietsch nicht. Bei Weber weiß ich es nicht. Auf „Friedrich der Große" sind auch Verpflegungskommissionen seitens der Mannschaften gewählt worden. Auf einigen Schiffen bestanden sie bereits, wie ich nachträglich gehört habe.

Abg. *Joos:*

Reichpietsch vertrat Ihnen gegenüber die Auffassung: in einer Zentrale zusammenwirken?

Zeuge *Beckers:*

Er sagte: Wir müssen uns an die Partei halten!

Abg. *Joos:*

Wissen Sie etwas darüber, warum er zu der Auffassung gekommen war? Hatte er bestimmte dauernde Verbindung mit Berlin gehabt?

Zeuge *Beckers:*

Das kann ich nicht sagen.

Abg. *Joos:*

Durch unsere ganzen Untersuchungen geht diese eine Frage: Welche Rollen spielen die USPD-Abgeordneten in der damaligen Zeit im Zusammenhang mit den Vorgängen auf den Schiffen? War ein Zusammenwirken der Bewegung an Bord mit einigen USPD-Abgeordneten? Wir haben den Zeugen Sachse gefragt. Er sprach von dem Gespräch, das er im Reichstag mit dem Herrn Abg. Dittmann hatte, und er hat uns eigentlich nur sagen können, daß er über die Menagekommission usw. mit ihm gesprochen hätte, sonst über politische Dinge nicht. Nun stellen Sie wieder fest, daß Reichpietsch den Zusammenhang wahren wollte. Können Sie sich auf bestimmte Äußerungen von Reichpietsch stützen, aus denen hervorgeht, daß eine regelrechte Verbindung bestand?

Zeuge *Beckers:*

Mir wurde nur gesagt, daß Reichpietsch in Berlin war, worauf er sehr stolz war. Sachse war ebenfalls in Berlin, auch Köbis. Köbis wurde u. a. seitens eines USPD-Abgeordneten gesagt, er warne ihn davor, irgendwelche Gewaltmaßnahmen in der Flotte zu ergreifen. Wir sollten nur Material über Mißstände sammeln und an die USPD-Abgeordneten schicken; diese würden das Weitere schon besorgen. So sagte Köbis zu mir. Reichpietsch hat etwas erzählt — das habe ich erst in der Hauptverhandlung durch Herrn Dr. Dobring erfahren — von „Blickt vertrauensvoll in die Zukunft, — nach Stockholm!" Ich habe hier aber in meinen Aufzeichnungen ein Fragezeichen gemacht. Ich weiß nicht, ob das wörtlich gesagt worden ist. Ich kann nicht einmal sagen, daß Reichpietsch es in der Verhandlung direkt zugegeben hat. Er drückte sich auch nicht ganz klar darüber aus. Jedenfalls das bestimmte Gefühl habe ich — ich kann es nicht beweisen —, daß eine regelrechte Verbindung mit Berlin, wie Sie sie feststellen zu können glauben, nicht bestanden hat. Es wurde einmal von diesem oder jenem Schiff etwas über schlechte Behandlung usw. dahin gemeldet, und das sollte dann jedesmal nach Berlin weitergegeben werden. Ob das immer nach Berlin gemeldet worden ist, weiß ich nicht. Ich verließ mich weniger darauf, weil ich mir sagte: wir sind Manns genug auf unserem Schiff, um diese Sache, soweit es möglich ist, selbst zu begleichen.

Abg. *Joos:*

Eine Verbindung ergibt sich nach der Rede von Herre mit dem

provisorischen Anschluß an die USPD und mit der Verbindung durch die sog. Stockholm-Listen.

Zeuge *Beckers:*

Wie sich das ausgewirkt hätte, das kann ich nicht sagen, weil drei oder vier Tage später der große Ausflug kam; dann war Schluß, denn es kam der Zusammenbruch.

Kurz bevor wir den sogenannten kleinen Ausflug machten, machte ein Maschinistenmaat namens Piek einen Heizer von meiner Wache darauf aufmerksam, er dürfte nicht rauchen. Ich glaube, er hatte Pikettwache. Ich weiß nicht, was der Heizer geantwortet hat. Der betreffende Maat äußerte wörtlich: „Ich bringe Sie dahin, wo Sie noch nicht gewesen sind!" Er meinte ins Zuchthaus; das sagte er auch nachher. Der Maschinistenmaat Piek hat später unter Eid bei der Hauptverhandlung ausgesagt, daß er die Äußerung nicht gebraucht hätte. Ich persönlich habe ferner folgendes gehört: Ein Ingenieuraspirant an Bord machte einem Heizer, dessen Namen ich nicht mehr weiß — wenn es aber nötig sein sollte, kann ich den Namen feststellen —, einen homosexuellen Antrag. Der Mann gab zur Antwort: „Herr Aspirant sind wohl verrückt." Deshalb gab es einen großen Krach. Ich persönlich hatte das nicht gehört, aber zwei oder drei Zeugen waren anwesend, die gehört haben, daß der Heizer die Äußerung getan hat. Das andere haben sie nicht gehört. Ende Juli wurden wir gefragt, ob wir Kriegsanleihe zeichnen wollten. Wir wollten nicht zeichnen und sagten: „Der Krieg hat lange genug gedauert." Bestraft hat man uns übrigens für diese Äußerung nicht. Man nahm dann von unserem Kleiderguthaben hundert Mark, das wir aber zurückerstattet erhielten. Vom Gericht wurde seinerzeit auf diese Einzelheiten nicht eingegangen, obwohl gerade derartige Fälle den Grad der Erbitterung zeigten, ehe wir den ersten Ausflug unternahmen.

Zum Überfluß setzte der Ingenieur, unser Divisionsoffizier Hoffmann, der wiederholt Schnitzer machte, am 1. August statt Kinodienst militärischen Dienst fest. An Bord befanden sich nämlich Kinos. Jede Woche wurde das Programm gewechselt. Die jeweilige Freiwache hatte Kinodienst und man leierte den Film herunter, ein paar Stunden lang, bis das Programm erledigt war. Dann kam eine andere Division an die Reihe. Das war eine angenehme Zugabe zum Dienst. Gerade dieses Mittel war geeignet, die Leute etwas abzulenken. Es wurde zwar viel geredet und geschwätzt, aber das Kino stand doch im Vordergrund des Interesses.

Abends um 10 Uhr — wir hatten Wache an dem Tage; es war der 31. Juli — wurde der bekannte Hoffmann-Befehl an die Tafel geschrieben. Ich hatte von 8 bis 12 Uhr Wache in der Maschine. Um 11 oder ½12 Uhr kam der Oberheizer Kohler zu mir und erzählte mir das. Ich hatte bereits Kenntnis von anderen. Ich erwiderte: „Das geht nicht, da wir Kinodienst haben. Das lassen wir uns nicht ge-

fallen.“ Da sagte Kohler noch: „Dann zeige mal, was deine Leute können.“ Als ich nun hinaufkam, gab ich verschiedenen Vertrauensleuten, die ich noch in der Hängematte antraf, Bescheid. Ich sagte: „Morgen früh treten wir nicht vor der Gewehrkammer an, sondern gehen weg und halten uns einige Stunden am Deich auf.“ Am Tage darauf wurde die dritte Wache gepfiffen. Ich bemerke ausdrücklich, daß diese Sache überhaupt nichts Politisches an sich hatte. Das geht schon daraus hervor, daß nur die dritte Wache, die an diesem Ansetzen des Dienstes interessiert war, verständigt wurde. Andere überhaupt nicht. Wir gingen also an den Deich und setzten uns dort hin. Dann kamen wir gegen 11 oder ½12 Uhr zurück und wurden mit großem Hallo empfangen. Die Liste der „Unliebsamen oder Hetzer“ war schon fertiggestellt. Ich will ehrlich zugeben: man hatte sich nicht ganz verrechnet. Es stimmte soweit, es waren nur einige ganz Unschuldige dabei. Wir waren um 2 Uhr zum Kommandantenrapport gemeldet, und wir erklärten darauf: „Das ist nicht richtig; es sind Leute darunter, die mit der Sache nichts zu tun haben.“ Wir sagten, es sollte jeder zweite Mann bestraft werden oder alle. Die anderen hörten das auch. Nun hieß es allseits von den Matrosen und Heizern: „Das lassen wir uns nicht gefallen, dagegen wird protestiert!“ Man sprach von einem Sympathiestreik. Das war ein bekanntes Wort. Woher es aufgetaucht war, weiß ich nicht. Was es eigentlich bedeutete, wußten jedoch die meisten nicht. Gegen 6 Uhr kamen einige Leute zu mir. Von den Matrosen waren es drei oder vier, und ein paar Heizer von den anderen Wachen. Die sagten: „Du bist der Zentralleiter, du hast hier zu bestimmen. Setz mal eine Versammlung an nachher, da wollen wir uns einig werden, wie wir es morgen machen.“ Ich war damit einverstanden und setzte um 6 oder ½7 Uhr die Versammlung an, erklärte aber: Ich werde auch von anderen Schiffen Delegierte einladen! Denn, sollte unsere Sache schief gehen, dann haben wir alle Brücken hinter uns abgebrochen, und wenn wir nun Vertreter anderer Schiffe dort haben, können die im Falle des Mißlingens unserer Sache es ebenso machen, also: Sympathiestreik der übrigen Schiffsmannschaften zu unseren Gunsten. Ich glaube aber nicht, daß das durchgeführt worden wäre. Denn die Flottenleitung war ziemlich energisch in solchen Fällen.

Abg. *Joos:*

Hatten Sie denn Namen von solchen Leuten, die Sie als Delegierte einladen konnten?

Zeuge *Beckers:*

Ich kannte genügend Leute von „Friedrich der Große“. Ich schickte einen Mann zu Sachse, er soll mir jemanden schicken, der befähigt war, irgendeine Zusage abzugeben. Auf „Friedrich der Große“ war die Organisation nicht so straff wie bei uns.

Der Kommandant bestrafte uns mit 21 Tagen Mittelarrest oder

14 Tagen strengem Arrest. Ich erhielt 21 Tage Mittelarrest und Degradation. Die Degradation deshalb, weil ich noch keinen Winkel aufgenäht hatte, obwohl ich Oberheizer geworden war. Die Versammlung fand in einem Eisenbahnwaggon statt.

(Zuruf: Sie wurden also nicht gleich in den Arrest abgeführt?) — Nein, nur einige, denn alle Zellen waren nicht frei. — In dieser Waggonversammlung wurden wir uns darüber schlüssig, was wir unternehmen wollten: einen Ausflug mit der gesamten Mannschaft Köbis redete als Mitglied der Menagekommission dafür. Ich habe auch geredet. Es waren auch einige von anderen Schiffen da, von „Friedrich der Große", von „Kaiserin", „Kaiser", „Pillau".

Drei oder vier Wochen vorher hatte nämlich auf der „Pillau" ein ähnlicher Ausflug stattgefunden, der mit nur drei Stunden Strafexerzieren bestraft wurde. Das wirkte ziemlich günstig auf die Anregung für unsere Ausflüge. Einzelne Stimmen wurden ja laut: „Das ist viel zu gefährlich. Das legen die als Meuterei aus." Ich erklärte, wie milde auf „Pillau" bestraft worden sei. Nebenbei — der „Pillau"-Ausflug war übrigens lange, bevor Fischer mit Reichpietsch überhaupt in Verbindung getreten war; leider ist das vor Gericht gar nicht zur Sprache gekommen. Es wurde gar nicht darauf eingegangen, weil Fischer selbst es nicht erwähnte. —

Bei uns wurde also beschlossen, mit der gesamten Mannschaft den Ausflug zu unternehmen. Einer sagte noch: „Wir nehmen uns statt Holzklinken, Schuhe." Köbis war der erste, der da sagte: „Wir müssen die Kriegsbereitschaft von drei Stunden einhalten, sonst legt man die Sache als Meuterei aus." Ob er das Wort „Meuterei" direkt gebrauchte, kann ich nicht mehr sagen; vielleicht sagte er auch: „Sonst bekommt die Sache einen gefährlichen Anstrich" oder so ähnlich. Der Begriff der Meuterei war uns ja überhaupt unklar, denn wir waren juristisch gar nicht geschult.

Am nächsten Morgen von ½7 bis ½8 Uhr leerte sich allmählich das Schiff. Die Zahl der Mannschaften war etwa 1200, aber ein sehr starkes Drittel davon war in Urlaub, so daß 700 oder höchstens noch 800 Mann an Bord waren. Davon haben wir 600 gezählt. Darunter befanden sich die Stewards, die drahtlosen Telegraphisten usw.; alle Branchen waren vertreten. Dieser zweite Ausflug basierte auf dem ersten. Er hatte aber auch nicht das geringste mit der USPD usw. zu tun, sondern war in der Hauptsache auf den unsinnigen Befehl des Ingenieurs und auf die willkürliche Bestrafung zurückzuführen.

Abg. *Joos:*

Aber diese SB-Organisation mit dem Zentralleiter, den Vertrauensleuten, den Leitern, war denn die nur gedacht zur Beseitigung der Mißstände, zur Beseitigung der Verpflegung?

Zeuge *Beckers:*

Ja, damit solche Dinge schnell weitergemeldet werden konnten.

Abg. *Joos:*

Konnten Sie das Melde- und Organisationssystem nicht auch auf andere Aktionen anwenden?

Zeuge *Beckers:*

Das Bestehen dieser Organisation erleichterte gewiß die Benachrichtigung aller Leute, als wir den Ausflug machen wollten. Das muß ich zugeben. Jedenfalls hat aber die politische Sache als solche damit nichts zu tun.

Die meisten hatten sich für den Ausflug Schuhe angezogen, und dann ging es los an den Deich. Da setzte strömender Regen ein. Köbis hielt eine Rede am Deich: „Kameraden der dritten Wache! Wir sind ausgezogen, um zu protestieren usw. Wir wollen nicht länger wie die drei Stunden wegbleiben, damit man die Sache nicht ins Gefährliche ziehen kann." Die Hauptrede in Rüstersiel ist ja gravierender. Wir zogen im strömenden Regen nach Rüstersiel. Der Himmel war bestimmt gegen uns. Dort quartierten wir uns im Gasthof „Zum weißen Schwan" ein. Dort wurden ein paar ulkige Vorträge gehalten. Es wurde getanzt, einer klimperte auf dem Klavier. Ich erzähle das, um die Stimmung zu schildern. Wir waren froh, daß wir mal von Bord waren. Als wir den Saal betreten hatten, begann Köbis seine Rede. Er sagte etwa: „Kameraden! Die dritte Wache hat zu früh losgeschlagen. Nach einigen Wochen wollen wir zum großen Schlage ausholen." Damit meinte er die Friedenskundgebung, die Massendemonstration von Angehörigen aller Schiffe usw.

Abg. *Joos:*

Sie waren auch über die geplante Aktion verständigt?

Zeuge *Beckers:*

Ich habe oft mit anderen darüber gesprochen. Etwas Genaues lag nicht vor; denn die Ereignisse überstürzten sich zu schnell. Wenn wir nachher einen Monat Zeit gehabt hätten, dann weiß ich sicher, daß wir etwas Bestimmtes geplant hätten. Wir hätten uns weiter ausgedehnt usw.

In der Rede sagte Köbis noch: „Wir sind die wahren Patrioten. Nieder mit dem Krieg! Wir wollen nicht mehr weiter Krieg führen" usw. Diese Rede ist auch wörtlich zu den Akten gekommen. Ich selbst habe nicht geredet.

Mit einem Mal, etwa 10 Uhr, kommt der Wachtmeister des Ortes Rüstersiel, der dort stationiert war, mit fünf oder sechs seiner Leute mit aufgepflanztem Seitengewehr. Er tauchte zuerst in der Wirtschaft auf, in der sich ungefähr 20 Mann befanden. Man stellte die Gläser hin und lachte: „Nichts zu machen, Herr Wachtmeister! Da drin sind noch 600 Mann!" Die Worte sind ganz bestimmt gefallen. Nun machte er gute Miene zum bösen Spiel. Er wollte zu uns herein. Nun hatte man inzwischen die Tür verbarrikadiert. Die Leute rückten den Tisch

dagegen und erklärten: „Wir lassen ihn nicht herein.“ Ich sagte noch: „Was hat das für einen Zweck, laßt den Mann herein! Er kann ja mit uns reden; wir wissen ja nicht, was er will.“ Bevor das in die Tat umgesetzt wurde und der Tisch beiseitegerückt wurde, flog die Tür auf und der Wachtmeister kam herein; hinter ihm seine Leute. Er rief: „Leute, ich komme nicht als euer Vorgesetzter, ich komme als Freund, als euer Kamerad; laßt euch freiwillig an Bord führen.“ Wir antworteten: „Wir wollen freiwillig an Bord! — Wir lassen uns nicht an Bord führen!“ Es hieß allgemein: „Wir sind frei hergekommen und gehen auch wieder frei an Bord zurück!“ — Der Wachtmeister sagte, er sei verpflichtet, uns zu führen. Inzwischen hatte „Prinzregent“ überall hintelephoniert, und von hier aus hatten sie gehört, daß wir in Rüstersiel seien. Inzwischen war Kapitänleutnant v. Weyers schon abgeschickt, um uns in Empfang zu nehmen. Er hatte sich aber etwas verspätet. Wir haben nicht lange hin und her verhandelt, sondern gingen gleich hinaus und stellten uns in Gruppen auf. Dann ging es unter Absingen alter Reservistenlieder nach Wilhelmshaven zurück. Der Wachtmeister versuchte drei- oder viermal, die Führung zu übernehmen, auch schon im Saal. Er sagte, wir würden schwer bestraft usw. Er bestand darauf, uns zu führen; er wollte den Ruhm ernten, die Ausgerückten wieder zurückzubringen. Jetzt versuchte der Wachtmeister drei- oder viermal, seine Leute längs des Zuges zu gruppieren. Es waren so an jeder Seite zwei oder drei Mann. Sobald die Posten aber längs des Zuges ausgeschwärmt waren, hieß es: „Halt!“ Es war kein Mann, der das diktierte, aber es klappte jedesmal. — „Posten weg!“ — Sobald die Posten wieder zurückgezogen waren, gingen wir wieder weiter. Wir waren dann wieder ein paar Minuten unterwegs, dann kamen die Posten wieder auf. — „Posten weg!“ — Das hat sich drei- oder viermal wiederholt.

Jetzt kamen wir auf den Weg hinter Rüstersiel, auf die glatte Straße nach Wilhelmshaven. Da kommt uns der Kapitänleutnant v. Weyers per Rad entgegen. Er fuhr in der Mitte des Fahrdamms. Die Seiten des Weges standen anderthalb Meter breit unter Wasser. Es strömte, was es nur konnte. Er konnte nun nicht durch unsere Reihen hindurch, sondern mußte an der Seite vorbei. Da ließ er sein Rad ins Wasser hineinfahren. Ich sagte noch zu Köbis: es ist eine Freude, wie die Wassertropfen an seinem freiherrlichen Körper hinaufspritzen, oder so ähnlich. Wir beide waren um die Zeit gerade an der Spitze. Nun riß der Offizier sein Rad herum, lief wieder seitlich vorbei bis nach vorn und rief: Halt! Stehen bleiben! — Es blieb aber keiner stehen. Dann gab er direkten Befehl. Mit einem Male hatte er es aber fertig gebracht — ich war inzwischen zurückgedrängt worden —, uns zum Stehen zu bringen. Er stand auf einem kleinen Haufen Dreck, der sich aus dem Wasser erhob, der von den Arbeitern zusammengekratzt war, und rief, wenn wir uns nicht führen ließen, dann wolle er uns führen wie die Russen. Da

blamiert ihr euch ja selber, rief jemand. Ich glaube, es ist Köbis gewesen; ich will es aber nicht behaupten. Jedenfalls rief das jemand laut und deutlich. Es wurde noch hin und her geredet. Wir wollten uns nicht führen lassen; wir wollten selber an Bord gehen usw.

Wir waren vielleicht noch eine Viertelstunde von Wilhelmshaven entfernt — da nimmt er mit einem Mal sein Rad, geht ein Stückchen vorwärts, springt auf und fährt schnurstracks in größtmöglicher Eile nach Wilhelmshaven. Das allererste Gebäude war, glaube ich, die Seebataillonskaserne. Dort verschwand er. Mit einem Mal hieß es: Posten alarmiert! Der geht und alarmiert die Posten! Jeder hatte scharfe Patronen empfangen usw.

Wir mußten eigentlich an der Seebataillonskaserne vorbei. Bevor wir sie aber passieren mußten, ging rechts eine Straße ab und dann wieder links. Wir konnten also die Kaserne umgehen. Wir setzten uns gleich wie auf Kommando in Trab. Unter Singen wateten wir durch die Wasserpfützen im Laufschritt, rechts ab und dann wieder links herum. Durch eine Seitenstraße sahen wir noch ein Stück, wie die Posten hin und her liefen. Sie haben uns aber nicht mehr erwischt. Inzwischen hatten „Prinzregent“ und andere Schiffe Patrouillen ausgeschickt, die ganz Wilhelmshaven durchschwärmten. Einige stellten sich seitwärts. Wir lachten. Einer sagte noch: Ihr bildet euch noch ein, ihr hättet uns zurückgebracht! Ich muß sagen, ich war gewillt, die Leute zu veranlassen, nicht eher an Bord zu gehen, bis man uns Straffreiheit zugesichert hatte. Ich merkte schon, daß der Braten verdorben war, obwohl ich sonst juristisch nicht auf der Höhe war. Ich sagte: Wir dürfen nicht an Bord; wir bleiben an Land, bis uns Straffreiheit zugesichert ist. Aber es war gar nicht möglich, die Leute zu halten. Jedenfalls ging es nun geschlossen durch das Werfttor an Bord. Wir waren kaum da, da kam Admiral v. Mauve vom Flaggschiff und hatte sich schon Instruktionen geholt. Er hielt sofort eine Ansprache. Alle Mann an Deck! Er sagte, „wir hätten die Ehre der Flotte, die sie beim Skagerrak erworben, in den Schmutz getreten; wir sollten uns schämen, so als Soldaten zu handeln; wir sollten wenigstens den Mut haben und vortreten und sagen, warum wir das unternommen hätten usw.“ Nun traten die Menagekommissionsmitglieder vor und erklärten den Fall. Der Admiral: „Herr Kapitän, ich wundere mich, daß ich von der Bestrafung nichts weiß, usw.“ „Ich verlange sofortige Freilassung dieser Leute!“ Außerdem: „Die Sache wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben!“ Nun hieß es unter uns — wir standen ziemlich zusammen —: Ein feiner Kerl, er hält zu uns! — Augurenlächeln! sagte da aber jemand, der es verstand. Er wußte schon, was es heißt: gerichtliches Nachspiel. Auf Grund der Instruktion vom Flottenchef hätte er ein gerichtliches Nachspiel eingeleitet. Wir gingen an unsere Arbeit. Sofort hieß es: „Schiff unter Belagerungszustand; kein Mensch darf von Bord!“ Das Fallreep wurde nicht gerade hochgezogen, aber die Posten

dort verstärkt. Ich glaube, die Offiziere durften auch nicht an Land. Es wurde streng gehandhabt.

Gegen 6 Uhr sind wir ausgelaufen. Kurz vor zwei Uhr kommt ein Matrose zu mir. Er war Mitglied des SB, ich glaube sogar Vertrauensmann. Er sagte zu mir: Ich bin als Ordonnanz bestimmt und muß zu dem Flaggschiff „Friedrich der Große". Hast du etwas für Sachse mitzugeben? Da sage ich: Einen Augenblick! Komm' mit zu Köbis! — Ich gehe hin und sage ihm: wir erinnern einmal die Leute an ihr Versprechen. Ich nahm einen Zettel und schrieb:

Schiff läuft aus, wahrscheinlich unter Belagerungszustand. Wenn in drei Tagen keine Nachricht, dann los!

Ich weiß nicht, ob ich meinen Namen vollständig darunter geschrieben habe oder nur H. B. Dieser Zettel bezweckte vor allen Dingen, die anderen Schiffe auf ihr Versprechen aufmerksam zu machen. Sie hatten uns ja das Versprechen gegeben, in den Sympathiestreik einzutreten im Falle des Mißlingens unseres Ausfluges.

Abg. *Joos:*

Wo und wann war das Versprechen gegeben worden?

Zeuge *Beckers:*

Der Heizer Steilemann von „Friedrich der Große" z. B. hatte es in der Waggonversammlung gegeben. Ich hatte von vornherein begriffen, daß das nötig sei. Der Mann ging an Land und kam wieder zurück. Ich habe ihn aber nicht mehr gesehen. Jedenfalls erfuhr ich nichts mehr von ihm.

Um 6 Uhr fuhren wir auf die Reede. Das war gerade am 3. August. Morgens hieß es: Dritte Wache heraustreten! Wir hatten uns persönlich zum Rapport gemeldet. Wir sagten: Wir wollen Rechenschaft darüber haben, wir wollen wissen, wie es um unsere Bestrafung steht. Da wurden wir auf die Schanze beordert. Auf einmal hieß es: Bestrafte links heraus! — Es lag ein Dampfer längsseits, den ich bis dahin noch nicht bemerkt hatte. Übrigens stand ein Ob. M. Maat Böhme an einem Maschinengewehr, das mit dem Lauf auf das Fallreep gerichtet war. Wir gingen ins Boot, Köbis, Pfeiffer, Mühlenberg und andere. Wir waren im ganzen 18 Mann. Im Boot instruierten wir noch die Leute, was sie sagen sollten. Ich stellte mir in meiner juristischen Naivität vor, wir kämen an Land, würden vernommen und kämen bald wieder an Bord zurück. Nun sagte ich noch zu verschiedenen Kameraden, haltet euch dabei, daß die Sache von uns in der Waggonversammlung beschlossen worden ist. Ihr habt nichts damit zu tun; wascht euch rein soviel wie möglich. Wenn jemand etwas auszubaden hat, dann sind wir es. Schiebt alle Schuld auf uns; dann wissen wir, wie wir uns wehren können. Sagt nur, die Schuldigen sind Beckers, Köbis usw. — Wir wollten die Schuld auf einige konzentrieren. Die konnten sich dann besser wehren, solange sie keinen Verrat zu befürchten hatten.

Abg. *Joos:*
Zu verraten war ja auch nichts!
Zeuge *Beckers:*
Die Leute wurden aber alle vernommen.

Ich wurde in der Gerichtstraße mit noch einigen vom „Prinzregent" untergebracht. Köbis war nicht bei mir. Sachse und Reichpietsch sind erst ein paar Tage später verhaftet worden.

Herr Kriegsgerichtsrat Breil vernahm mich als letzten. Er sagte: „Beckers, Sie habe ich mir bis zuletzt gespart; Sie scheinen der Schlimmste zu sein!" Ich sagte: „Das glaube ich aber nicht, Herr Kriegsgerichtsrat, ich sehe doch so unschuldig aus!" Dann fragte er: „Haben Sie an der Waggonversammlung teilgenommen?" — „Nein," sagte ich, „sicher nicht!" — „Also bestimmt nicht?" — „Nein!" — Dann lehnte er sich zurück, lächelte und sagte: „Also ganz bestimmt haben Sie nicht daran teilgenommen?" — „Nein!" sagte ich. „Ich weiß überhaupt nicht, was Sie meinen!" — Ich versuchte erst zu leugnen. Er sagte: „Können Sie lesen?" Ich sagte: „Bitte schön!" — Vor ihm auf dem Tisch lag ein Haufen Papier. Das war das, was die anderen schon alles ausgesagt hatten. Da muß einer darunter gewesen sein, der an der Waggonversammlung teilgenommen hatte. Der wußte so ziemlich alles, was dort geredet worden war. Es war also herausgekommen, daß wir den Ausflug geplant hatten. Jetzt gestand ich, daß ich daran teilgenommen hätte. — „Sehen Sie," sagte er, „so kommen wir weiter." So ging es nun hin und her. Was ich dann ausgesagt habe, kommt hier wenig in Frage.

Am 10. oder 11. August wurde ich dann von der Gerichtstraße durch vier Posten mit aufgepflanztem Seitengewehr nach der Königstraße zum Hauptuntersuchungsgefängnis gebracht.

Auf dem Gerichtsflur saßen links und rechts von mir je zwei Posten. Da kommt ein Herr, stellt sich vor und fragt: „Wer ist das?" Da springen die Posten auf und antworten: „Das ist Beckers." — „Aha," sagt er, „das ist einer von den Todeskandidaten." (Der Herr war Dr. Dobring.) — „Der Mann bleibt hier." Er pfeift und ruft jemand näher: „Holen Sie ein paar Kameraden. Sie können gehen," sagt er zu den anderen. Zugleich schnauzt er mich an: „Wollen Sie nicht aufstehen?" Ich sagte: „Es hat ja keinen Zweck, Sie haben es ja eben schon gesagt." Darüber war er ärgerlich. Er sagte: „Wir werden Sie schon kriegen." Herr Dr. Dobring hat später ausgesagt, daß er mich nur einmal vernommen hat, und ich bezeichne diese Darstellung als eine glatte Lüge. Ich bin meines Wissens noch sechs- oder siebenmal von Dobring vernommen worden.

Ich behaupte, daß die ungesetzliche Beeinflussung der damaligen Untersuchungsgefangenen seitens Dr. Dobrings dazu beigetragen hat, daß solch hanebüchener Unsinn in bezug auf politische Hintergründe usw. im Verhör herausgekommen ist. Er hat mich und die anderen

derart bearbeitet, daß manchmal etwas Falsches gesagt wurde, und zwar aus Angst. Ich war wohl ein bißchen ruhiger, ich hatte nicht so feine Nerven, obwohl es auch für mich nicht angenehm war, wenn ich mit „Todeskandidat" und ähnlichen Titeln angeredet wurde, und ich manchmal kaum schlafen konnte. Denn das erste, was Dobring sagte, war immer: „Sagen Sie die Wahrheit; ich werde sofort Erschießung beantragen; Sie brauchen nicht auf Gnade zu rechnen." Die Worte „Henker, Hinrichtung, Todesstrafe" spielten bei ihm immer eine große Rolle. So habe ich auch manches unterschrieben, was mir nachher recht zweifelhaft erschien. Es wurde vom Untersuchungsführer in die Schreibmaschine hineindiktiert und mir dann nochmals vorgelesen. Dann habe ich es unterschrieben, obwohl ich manche Redewendung, manchen Ausdruck nicht billigte. Die manchmal stundenlangen Verhöre hatten mich jedoch oft derart seelisch zermürbt, daß mir im Augenblick fast alles gleichgültig war. Meine Kameraden erzählten mir das gleiche von sich.

Im Gegensatz zu Dr. Dobring war Dr. Breil uns gegenüber viel sachlicher eingestellt, obwohl er uns auch auf die Schwere unserer Handlungen hinwies. — Ich hebe das Verhalten Dr. Dobrings besonders hervor, weil bei Dobring manche Aussagen nur durch diese Beeinflussung zustande gekommen sind.

Sachverständiger *Stumpf:*

Also gewissermaßen Erpressung des Geständnisses?

Zeuge *Beckers:*

Ich benenne es so; darauf lege ich großen Wert.

Abg. *Brüninghaus:*

Ich möchte zu meiner Orientierung nur noch eine Frage an den Zeugen Beckers richten. Sie haben in Ihren Ausführungen kein Wort darüber geredet, daß in der Versammlung im Tivoli in Wilhelmshaven . . .

Zeuge *Beckers:*

Das muß ich noch angeben!

Abg. *Brüninghaus:*

Das ist aber das Wesentliche, es ist eine der Hauptfragen überhaupt. Ich möchte ganz präzise fragen: den Werbeaufruf haben Sie verfaßt?

Zeuge *Beckers:*

Ja!

Abg. *Brüninghaus:*

Dann haben Sie zusammen mit Reichpietsch die Tivoli-Versammlung geleitet, in der Reichpietsch zur Revolution nach russischem Muster aufgefordert hat?

Zeuge *Beckers:*

Er hatte immer solchen Leitartikelstil.

Abg. *Brüninghaus:*

Sie sind also dabei gewesen, wie Reichpietsch die Rede gehalten und zur Revolution nach russischem Muster aufgefordert hat?

Zeuge *Beckers:*

Das stimmt!

Abg. *Brüninghaus:*

Ist es dann richtig, was hier gesagt worden ist: Sie sind im Zuchthaus in Celle als Zeuge vom Untersuchungsrichter vernommen worden?

Zeuge *Beckers:*

Ich bin nach meiner Verurteilung einmal von Dr. Dobring vernommen und einmal Herre gegenübergestellt worden.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Sprechen Sie noch über das, was nach Ihrer Verhaftung passiert ist.

Zeuge *Beckers:*

Am Tage nach meiner Begegnung mit Dr. Dobring kam Köbis und wurde ebenfalls dort eingeliefert. Ich weiß noch, daß Dobring einmal sagte: „Wir haben sie jetzt alle zusammen." Wir waren Köbis, Reichpietsch, Sachse, Weber und ich. Eines Tages fragte mich Herr Dr. Dobring — das war die stehende Rede —, ob wir die Gewaltidee wollten oder nicht. Das war Punkt vier des Programms. Das war eine ganz wichtige Sache. Ich sagte: „Nein", wie ich auch später sagte: „Ich gebe zwar zu, daß die Bewegung auf eine allgemeine Gehorsamsverweigerung hindrängte, sie aber nach dieser Richtung zu fördern, war nicht meine Absicht. Die Gründe der Mißstimmung lagen in der langen Dauer des Krieges und in den örtlichen Unzuträglichkeiten begründet." So ungefähr lauteten meine Aussagen.

Abg. *Joos:*

Sie nannten Punkt vier des Programms. Welches Programms?

Zeuge *Beckers:*

Der Richter benannte es so. Punkt vier: Gewaltidee, ob wir, wenn die USPD uns aufforderte, mit Gewalt vorgehen wollten, die Offiziere festsetzen wollten, oder ob wir nur für den Frieden demonstrieren wollten. Wir erklärten: wir würden für den Frieden demonstrieren, würden nicht auf Befehl auf das Volk schießen und würden uns auch auf Befragen seitens des Kommandos als Mitglieder der USPD bekennen, der damals revolutionärsten Partei: Spartakus war noch unbekannt, war noch ein Grüppchen. Ich stritt das wahrheitsgemäß ab. Herr Breil war eigentlich der Vertreter meiner Anklage und mein Untersuchungsführer. Er fragte das gleiche. Fünf Minuten später bin ich wieder aus meiner Zelle herausgerufen worden. Ich fragte den Aufseher: „Was ist denn jetzt los?" Wir mußten sofort wieder zu Herrn Dobring ins Zimmer kommen. Ich hatte die Tür noch in der Hand, da rief er mir entgegen: „Sie verlogener Geselle" (und noch ein Schimpfwort; ich weiß es nicht mehr genau). „Eben haben Sie

noch alles abgestritten, nichts von der Gewaltidee gewußt zu haben, gerade speziell Sie; jetzt habe ich den deutlichen Beweis, daß das trotzdem der Fall ist.“ Sachse hatte in dem Moment die Existenz meines Zettels verraten. Von dem hatte ich nie etwas gesagt. Ich wollte mich doch nicht unnötig belasten. Dobring sagte zugleich: „Jetzt hoffen Sie nicht auf Gnade; mit Freuden werde ich Ihrer Hinrichtung beiwohnen.“

Sachverständiger *Alboldt:*

Wörtlich?

Zeuge *Beckers:*

Wörtlich!

Sachverständiger Dr. *Herz.*

Können Sie das auf Ihren Eid nehmen, daß diese Worte gefallen sind?

Zeuge *Beckers:*

Das will ich beeiden.

Abg. *Brüninghaus:*

Wer war dabei?

Zeuge *Beckers:*

Ob Sachse es gehört hat und selbst dabei war, kann ich nicht behaupten; ich hatte ihn nicht gleich gesehen. Immer war ein Schreiber anwesend. Es war wörtlich so.

Dobring fragte: „Wollen Sie abstreiten, daß Sie den Zettel geschrieben haben?“ — „Nein,“ sagte ich, „der Zweck des Zettels war, die anderen Schiffe an ihr Versprechen zu ermahnen.“ Er glaubte es nicht. „Nein,“ sagte er, wie er es auch in der Hauptverhandlung ausführte, „Beckers wollte, daß die Bewegung sich auch auf die übrige Flotte ausdehnte.“ Das Gericht war der Auffassung, daß es ein Gewaltakt sein sollte. Und es sollte doch nur die von Köbis angekündigte Straßendemonstration gegen den Krieg, für den Frieden bedeuten. Köbis und ich trafen uns öfter auf dem Flur. Manchmal wurden wir wohl zwanzigmal am Tage verhört. Man hat uns fast damit verrückt gemacht. Köbis sagte zu mir, Dobring hätte gesagt, „er würde bestimmt das Todesurteil für ihn beantragen, und das Gericht müßte sich seinem Antrag beugen“. Ich denke noch an das traurige — oder an das auch trotzige Gesicht von Köbis. Er machte sich weniger daraus. Vor Köbis hatte Dobring scheinbar Angst. Einmal war Köbis bei Dobring zum Verhör, sie waren allein, der Schreiber mußte wohl hinausgehen. Da legte Dobring seinen Dienstrevolver neben sich auf den Tisch, legte den kleinen Finger auf den Drücker der Klingel und lehnte sich zurück und sah Köbis mit höhnischer Miene an. So haben sie fünf Minuten gestanden. Er hat wohl Angst vor ihm gehabt. Köbis sagte: „Er meint wohl, ich greife ihm an die Gurgel; dazu ist er mir viel zu schlecht.“ Köbis war ein großer Mensch, stark gebaut, sah blaß aus wie wir alle in dieser Zeit durch die Aufregung. Zu gleicher

Zeit erzählten mir Sachse und Reichpietsch, daß sie bei Dr. Dobring zum Verhör zusammengekommen wären. Da hätte Dobring auf ein Blatt Papier einen Galgen gemalt und einen Revolver daneben gelegt und gesagt: „Das ist ein Revolver und ein Galgen; entweder Sie werden nur erschossen oder erhängt, das hängt von Ihrer Aussage ab, ob Sie nur erschossen werden oder erhängt.“ So erzählte Sachse mir und nachher auch Reichpietsch.

Sachverständiger *Alboldt:*

Glauben Sie, daß Sachse Ihnen das aus irgendwelchen Gründen vorgemacht hat?

Zeuge *Beckers:*

Nein, bei der Erzählung dieses Falles glaubte ich Sachse bestimmt. Ich hatte doch die gleichen Fälle mit Herrn Dobring erlebt.

Abg. *Brüninghaus:*

Sie waren alle in Einzelhaft?

Zeuge *Beckers:*

Ja!

Abg. *Brüninghaus:*

Es ist so eigenartig, wenn Sie alle in Einzelhaft waren, daß Sie immer genau untereinander wissen, was Sie ausgesagt haben.

Zeuge *Beckers:*

Wir trafen uns doch auf dem Gerichtsflur. Wir wurden sooft zum Verhör geführt, daß der eine immer hingebracht, der andere hergebracht wurde. Die Posten sagten nichts, wenn wir miteinander sprachen.

Abg. *Brüninghaus:*

Das wollte ich wissen! Haben Sie sich verabredet?

Abg. *Dittmann:*

Das waren doch alles Kameraden, die innerlich zusammengestanden haben.

Abg. *Brüninghaus:*

Ich will hoffen, daß sie nicht alle auf Seite der Meuterer gestanden haben.

Zeuge *Beckers:*

Nein, gar nicht!

Abg. *Joos:*

Es genügt die Tatsache, daß Sie sich unterhalten haben.

Zeuge *Beckers:*

Die Posten waren Schiffsleute, die an Land stationiert waren, die hatten mit uns gar nichts zu tun. Es wurde gleich etwas erzählt. Das gleiche geschah beim Austreten. Köbis, Reichpietsch, Sachse und Weber lagen so ziemlich zusammen. Einer muß über dem andern gelegen haben. Die trafen sich. Wir wurden auch spazieren geführt. —

Während der Verhandlung, die am 26. oder 25. begann, hatte ich den bestimmten Eindruck, daß der Staatsanwalt, der damalige Kriegs-

gerichtsrat Dr. Dobring, die Situation beherrschte. Er redete im Plädoyer. Die anderen Verteidiger bzw. Kriegsgerichtsräte schlossen sich seinen Ausführungen an. Sonst wurde nichts erwähnt. Ich paßte sehr gut auf und habe manchmal Stichproben über die ungleiche Behandlung machen können. Während der Plädoyers unserer Verteidiger lächelte Herr Dobring fortwährend und sprach auch mit den anderen. Als Herr Lührs, mein Rechtsanwalt, einmal lächelte, als Dr. Breil das Todesurteil gegen mich beantragte, bekam er vom Gericht einen sehr strengen Verweis: es handelt sich um eine ernste Sache usw. Ich fühlte mich auch während der Verhandlung ungerecht behandelt. Ein Oberheizer Richter sagte aus, ich hätte Geld zehntäglich für die Bewegung gesammelt. Ich höre heute zum erstenmal, daß Sachse dies erklärt hat. Er war schon so weit, daß er vereidigt werden konnte. Scheinbar legte das Gericht großen Wert darauf. Ich sagte: „Ich bitte, den Zeugen nochmals auf die Folgen eines Meineides aufmerksam zu machen." Der Vorsitzende fragte Richter: „Wollen Sie das auch beeiden?" Da wollte er nicht. Er hätte es getan, wenn ich die Äußerung nicht gemacht hätte. Es handelte sich im übrigen um folgende Sache: Es gab Mitglieder des SB, die gleich mir geistige Interessen verfolgten. Wir hatten nun beschlossen, alle zehn Tage 50 Pfennig zusammenzulegen, und für das Geld ließ ich Bücher schicken. Das hatte ich schon früher gemacht, auch auf „Stettin". Es ist nun sonderbar, daß gerade das Buch, das ich schicken ließ, auch noch in dieser kritischen Zeit in Frage kam. Es war: „Bertha v. Suttner, Die Waffen nieder!" Ich hatte es früher gelesen, es hatte mich sehr interessiert, und ich freute mich, daß ich es nun auch anderen vermitteln konnte. Ich fragte diese Leute dann, ob ich das Buch kaufen sollte. Richter hat nie etwas bezahlt. Jetzt behauptete er, ich hätte das Geld gesammelt, um die Bewegung zu finanzieren!

Als wir vom zweiten Ausflug zurückkamen, hieß es bei den Offizieren, unsere Bewegung wäre mit englischem Gelde bestochen worden. Ich schickte sofort einen Matrosen nach hinten und sagte: „Laß dich beim Ersten Offizier oder Kommandanten melden und dementiere dieses Gerücht. Sage, wir haben mit englischen Geldern nichts zu tun, und auch wir als Sozialdemokraten sind stets bereit, eine Schlacht in demselben Geiste zu schlagen wie 1916." Ich bekenne offen, daß das ein bißchen aufgetragen von mir war. Ich sagte das aber auch, weil ich stets einwandte, daß bei einer durch Gehorsamsverweigerung während einer Seeschlacht oder bei Angriff der englischen Flotte entstehenden Verwirrung mehr Kameraden ums Leben kämen, als wir jetzt durch diese Sache retten wollten. Ich persönlich habe zwar manche umstürzlerische Idee gehabt, dachte aber nicht, sie durch Beeinflussung anderer in die Tat umzusetzen, allerdings nur, weil es mir unmöglich schien. Ich war nur strikter Militärgegner.

Nun zu der Zeit im Zuchthaus! Was mich in Celle am meisten

ärgerte oder scheu machte — auch anderen ging es so; das haben sie mir oft genug gesagt —, das war die Art und Weise des Herrn Dr. Dobring. Ich war drei Monate in Celle. Dort suchte mich Herr Dr. Dobring einmal auf, um Material gegen die USPD zu sammeln. Als ich in Celle ins Verhörzimmer trat, begrüßte er mich mit dem Ruf: „Na, Beckers, wie geht's?" Ich war wütend, als ich ihn sah. Ich sagte, ich wäre schwarz vor Hunger. Da sagte er: „Ja, da haben Sie es. Jetzt sitzen Sie hier ohne Freiheit, ohne Licht und Luft, haben schlechte Behandlung und schlechte Verpflegung, keine Aussicht auf Rettung. Und diejenigen, die Sie hierhergebracht haben, die Sie verführt haben, die rauchen große Zigarren und erfreuen sich der Freiheit. Kommt Ihnen da nicht der Haß hoch gegen diese Menschen?" Ich sagte, daß das gar nicht der Fall sei, denn ich hätte nichts gegen diese Leute zu sagen.

(Abg. *Joos:* Haben Sie verstanden, was er damit sagen wollte?) — Natürlich! Er wollte mich, wie man so sagt, etwas kitzeln. Ich fragte dann, ob Köbis und Reichpietsch wirklich erschossen worden wären. Ich hatte das gehört, konnte es aber nicht verstehen, daß mein treuer Freund Köbis erschossen sein sollte. Da stand Herr Dr. Dobring auf und sagte: „Ja, und wenn ich die Macht hätte, ich würde die beiden ausgraben und nochmals erschießen lassen." Ich weiß nicht, was ich darauf sagte; „Sie Ekel" oder „Sie Schuft". Als er mich dann weiter ausfragte, habe ich ihm allerlei erzählt, wovon auch nicht ein Wort wahr war. Ich habe ihm zum Beispiel von einem Zigarrenladen in der Tauentzienstraße erzählt, wo ein Vermittler der USPD sein sollte. Jedenfalls war ich froh, als ich meine Zelle wieder erreicht hatte. Weber erzählte mir einige Tage darauf, daß es Dr. Dobring mit ihm ähnlich gemacht habe.

Abg. *Brüninghaus:*

Ich möchte noch eine kurze Frage an Herrrn Beckers richten. Am 27. August 1917 haben Sie ein Gesuch an den Flottenchef eingereicht. Darin befindet sich wörtlich folgender Passus:

„Vom menschlichen abgesehen, so doch vom politischen und *rechtlichen* Standpunkt gesehen, ist das Urteil ein wohlerwogenes und als solches erkenne ich es auch an."

Was haben Sie dazu zu erklären?

Zeuge *Beckers:*

Ich habe manchmal im Kreise meiner Freunde zu Hause erzählt, wenn man mich fragte, wie der Fall eigentlich lag, wie viele zum Tode verurteilt worden sind usw.: Bei Sachse und Weber ist ein Gnadengesuch durch das Gericht befürwortet worden; für mich, Reichpietsch und Köbis blieb das Urteil bestehen; ich selber bin durchgeschlüpft auf Grund eines Gesuches an den Flottenchef. Denn es war ein Meisterstück jesuitischer Kasuistik, ein wahres Kunstwerk. Das einzige Wahre daran war wohl nur das Datum.

Abg. *Brüninghaus:*

Ich wollte nur feststellen, daß Sie das damals geschrieben haben.

Zeuge *Beckers:*

Ich will dazu noch etwas sagen. Ich bin der letzte, der nicht zugibt, daß das Urteil damals — nicht die Todesstrafe, sondern die fünfzehn Jahre Zuchthaus — gegenüber dem, was wir gemacht haben sollten, sozusagen angemessen war, so wie das Gericht es auffaßte. Wir haben aber auch während der ganzen Verhandlung betont, daß wir uns deshalb gewehrt haben, weil das Essen so schlecht gewesen sei und Mißstände vorgelegen hätten. Darauf ist man gar nicht eingegangen. Herr Dr. Dobring suchte immer mit Gewalt das Politische an den Haaren herbeizuziehen, sobald jemand etwas über Verpflegung erzählte.

Abg. *Brüninghaus:*

Der wirkliche Tatbestand geht ja aus den Akten hervor. Sie sind auch vom Untersuchungsrichter des Reichsgerichts vernommen worden,

(Zeuge *Beckers:* Ja, von Herrn Dr. Holthöfer!)

und Sie haben da in allen wesentlichen Punkten genau dasselbe ausgesagt wie vor dem Untersuchungsrichter des Kriegsgerichts in Wilhelmshaven.

Zeuge *Beckers:*

Herr Dr. Holthöfer wollte Auskunft haben über die Briefe dieses USPD-Mittelmanns. Ich habe diesen aber erst in der Hauptverhandlung kennen gelernt. Ich hatte ihn sonst nie gesehen. Nun wurde ich gefragt, ob Luise Zietz Briefe an Büdeler geschrieben habe. Ich weiß nicht mehr, was ich darauf gesagt habe.

Abg. *Brüninghaus:*

Es kam mir nur darauf an, daß Sie vor dem Untersuchungsrichter des Reichsgerichtes, wo Sie nicht unter Druck, sondern in der liebenswürdigsten Weise vernommen wurden, fast dasselbe ausgesagt haben wie in Wilhelmshaven, was nach Ihrer damaligen Auffassung durchaus der Wahrheit entsprach.

Zeuge *Beckers:*

Man müßte mir dies erst vorlesen. Ich freute mich immer, wenn ich von Celle aus ein paar Tage nach draußen konnte. Da habe ich dann in meiner Freude manches erzählt. Ich war froh, daß ich — es dauerte einen Tag hin, einen Tag dort und einen Tag zurück — in den Zeitungen lesen und rauchen konnte. Ich freute mich eben der goldnen, wenn auch relativen Freiheit an der Kette.

Abg. *Brüninghaus:*

Es ist nur auffallend, daß Ihre Aussage dort in den meisten wesentlichen Punkten ungefähr dasselbe ist wie das, was Sie in Wilhelmshaven gesagt haben.

Dann wollte ich noch eine Frage ganz kurz an Sie stellen. Aus den Akten geht hervor, daß Sie in Celle, als Sie zum Termin geführt

wurden, zu Fischer — der war mit Sachse in Celle — gesagt haben sollen: „Schont die Abgeordneten!" Stimmt das oder stimmt das nicht?

Zeuge *Beckers:*

Ich weiß, damals in dem Münchener Dolchstoßprozeß sagte Dobring aus: „Beckers gab auf der Fahrt ins Zuchthaus die Parole aus: Schont die Abgeordneten!" — Ich wurde danach gefragt. Ich sagte: „Das verstehe ich nicht; ich kenne das Wort schonen gar nicht; es kommt in meinem Sprachschatz gar nicht vor." Ich habe wohl auf der Fahrt nach Celle gesagt: Wenn ich etwas über die Abgeordneten wüßte, dann würde ich sie nicht hineinreißen, weil ich kein Interesse daran habe, daß diese gleich mir hinter Kerkermauern schmachten; solange sie sich der Freiheit erfreuen, könnten sie eher etwas für mich tun.

Sachverständiger Dr. *Herz:*

Wir sind auf den Fall Dobring gekommen. Ist Ihnen niemals vom Untersuchungsrichter gesagt worden, daß Sie nicht verpflichtet seien, irgendwelche Aussagen zu machen?

Zeuge *Beckers:*

Man hat soviel wie möglich aus uns herauszubringen versucht.

Abg. *Joos:*

Ist niemals ein Hinweis erfolgt? Denken Sie ganz scharf nach!

Zeuge *Beckers:*

Ich will es nicht abstreiten; ich kann es aber nicht behaupten. Ist das denn üblich?

Abg. *Joos:*

Hat Ihnen das Dr. Loesch gesagt?

Zeuge *Beckers:*

Ja, das hat mir Dr. Loesch gesagt.

Sitzung, Mittwoch, den 23. März 1927

Vernehmung des früheren Marineangehörigen Weber über die Marinevorgänge 1917

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Herr Zeuge Weber, Sie kennen die von dem Herrn Abg. Joos formulierten Fragen, auf die es hier ankommt. Ich bitte Sie, sich einmal im Zusammenhang darüber zu äußern, wie sich Ihnen die Vorgänge auf der Marine 1917 darstellen.

Zeuge *Weber:*

Ich möchte vorausschicken, daß ich vor meiner Militärzeit nicht parteipolitisch organisiert war und auch heute noch keiner Partei angehöre. Ich habe mich allerdings nach dem Kriege, nach der Revolution, kurze Zeit in Rheinland-Westfalen politisch betätigt.

In der Presse sind Artikel erschienen, in denen behauptet wurde, daß schon 1915 Organisationen oder Zusammenschlüsse an Bord der Schiffe bestanden hätten. Davon ist mir nichts bekannt.

(Abg. *Joos:* Darstellung Sachses!)

— Mir ist davon gar nichts bekannt geworden, auch nicht nach meiner Einschiffung auf das Schiff „Westfalen".

(Abg. *Joos:* Waren Sie auf demselben Schiff wie Sachse?)

— Jawohl, später auf dem Schiff „Friedrich der Große".

(Abg. *Joos:* Von wann ab waren Sie auf dem Schiff?)

— Am 28. Dezember 1916 kam ich auf das Schiff „Friedrich der Große".

(Abg. *Joos:* Also können Sie nicht sagen, ob 1915 bereits auf „Friedrich der Große" irgendwelche politischen Zusammenkünfte stattfanden!)

— Ich komme darauf noch zurück. Bis zum 25. August 1916 war ich an Bord der „Westfalen" und kannte fast alle Leute. Ich hätte bestimmt etwas davon gehört, wenn dort irgendeine Organisation oder ein Zusammenschluß, etwa eine Spartakusgruppe oder sonst irgendeine politische Gruppe vorhanden gewesen wäre. Ich kann mit Bestimmtheit behaupten, daß das nicht der Fall gewesen ist.

(Abg. Dr. *Moses:* Das heißt: Sie haben nichts davon gehört!)

— Ich würde es bestimmt wissen. Wenn man vier Jahre an Bord ist, dann muß man so etwas wissen. Das wird jeder wissen, der Bordverhältnisse kennt. Ich mußte das erst recht wissen, da ich bei der Marine nicht avanciert bin. Als Mann hatte ich daher Fühlung mit allen Mannschaften und erfuhr von allen Stimmungen, die sich unter ihnen bemerkbar machten.

(Sachverständiger *Stumpf:* Gilt das auch für die Heizer?)

— Das gilt auch für die Heizer.

(Sachverständiger *Stumpf:* Nun, das möchte ich nicht behaupten!)

— Als ich auf das Schiff „Friedrich der Große" eingeschifft wurde, war mir auch von solchen Stimmungen noch nichts bekannt. Erst im Frühjahr 1917 hörte ich etwas im Zusammenhang mit Sachse davon, der mir allerdings damals der Person nach noch nicht bekannt war. Die Stimmung auf dem ganzen Schiff wurde allmählich immer schlechter, auch auf anderen Schiffen, wie mir bekannt war. Man kam an Land mit Mannschaften anderer Schiffe zusammen, wenn man Urlaub hatte. Da tauchten allmählich Klagen auf und nahmen Form und Gestalt an, Klagen über Verpflegung usw. Wesentlich in der Entwicklung ist meines Erachtens — darauf hat sich auch damals die Anklage aufgebaut — ein Vortrag des Redakteurs Herre im „Deutschen Hause" im Juni 1917 in Wilhelmshaven. Dieser Herr Herre erzählte uns damals seine Meinung über Entstehung und Ursache des Krieges; er kam dabei auch auf Annexionen zu sprechen und trat für einen annexionslosen Frieden ein. Er betonte ausdrücklich, daß das seine

persönliche Auffassung sei. Er vermied es zunächst, uns zu sagen, daß er Angestellter irgendeiner Partei war. Das habe ich erst später durch meine Kameraden erfahren. Herre erzählte uns nichts Neues und verriet auch kein Geheimnis; denn die Stimmung bei der Mannschaft ging zum größten Teile in derselben Richtung. Herre hat uns weiter ausdrücklich keinen Zweifel darüber gelassen, als er hörte, daß Vertrauensleute beständen, daß gewissermaßen, wie es damals so schön in der Anklage hieß, eine Zentrale vorhanden sei, es unbedingt unser Leben kosten würde, wenn wir irgendwie zur Gewaltanwendung übergingen. Ich habe dann nachher noch persönlich mit ihm gesprochen und ihn gefragt: „Ist das denn wirklich so gefährlich? Sie wissen doch, daß es hauptsächlich die Unzufriedenheit über die Verpflegung, über die Behandlung, über kleine Schikanen usw. ist, die die Mannschaften so sehr in Aufregung versetzt." Ich betone besonders, daß Herre stets gesagt hat: „Hütet euch vor irgendwelcher Gewalt! Ihr werdet von niemand gedeckt. Auch die USPD deckt euch nicht und kann euch nicht decken." Ich entsinne mich ganz genau, daß er das gesagt hat.

Was nun die angebliche Zentrale auf dem Schiff „Friedrich der Große" anlangt, so weiß ich wirklich nicht, was man darunter verstehen soll. Ich selbst habe mich bis heute noch nicht zu einem klaren Bilde darüber durchringen können, was man eigentlich unter dieser Zentrale verstehen will. Ich weiß, daß die Anklagevertreter die Sache seinerzeit so aufgefaßt haben, als wenn wir eine Gruppe von schweren Meuterern wären, die lediglich das Bestreben hätten, durch einen gewaltsamen Umsturz einen bedingungslosen Frieden zu erzielen. Ich verstehe nicht, wie man zu dieser Konstruktion gekommen ist. Es handelte sich doch lediglich um eine spontane Mißstimmung der Mannschaften. Nebenbei bemerkt, waren es nicht nur Mannschaften, sondern auch Unteroffiziere; ja sogar Deckoffiziere hatten volles Verständnis für die Auffassung der Matrosen und Heizer. Ich will auf Einzelheiten dabei nicht eingehen.

Abg. *Joos:*

Die Schilderung, die Sie jetzt geben, betrifft immer das Schiff „Friedrich der Große", auf dem auch Sachse war?

Zeuge *Weber:*

Ja!

Abg. *Joos:*

Sachse hat uns aber von dieser Organisation erzählt. Welche Rolle spielte denn überhaupt Sachse auf dem Schiff?

Zeuge *Weber:*

Ich will das später beantworten. Wenn Mannschaften an Bord zusammen waren, wurde natürlich über diese und jene Mißstände gesprochen. Es mußten natürlich Leute da sein, an die man sich deshalb wenden konnte, die unsere Interessen vertreten wollten. Ich erinnere z. B. an einen Fall auf dem Schiff „Friedrich der Große", als einmal das

Mittagessen sehr schlecht war. Da kam man zu mir und sagte: „Wir können nicht alle zum wachhabenden Offizier laufen; tu du das und sage ihm, er solle das Essen probieren.“ Ich erwiderte darauf: „Der erste Offizier oder der wachhabende Offizier wird mit Bestimmtheit, auch wenn er eine Essensprobe macht, feststellen, daß das Essen gut ist.“ Denn ich persönlich habe noch niemals von einem Offizier gehört, der gesagt hätte: „Das Essen ist nicht zu genießen.“

Das war eigentlich die „Zentrale“ und ihre Entstehung. So ging die Sache weiter. Ich komme nun auf die Stockholm-Listen usw. — Ich will mich aber nicht darauf festlegen. — Die Listen — es ist möglich, daß später mit ihnen Mißbrauch getrieben wurde — sind nach meiner Auffassung so zustande gekommen, daß man sich sagte: wir halten hier die „Leipziger Volkszeitung“, den „Vorwärts“ usw. an Bord. Der Artikel entweder im „Vorwärts“ oder in der „Leipziger Volkszeitung“, der nun der Stimmung der Mannschaft am meisten entsprach, wurde immer als der zurzeit maßgebende angesehen. Auf diesen Artikel wurde geschworen.

(Abg. Dr. *Moses:* Sind auch andere Zeitungen, Rechtszeitungen von den Matrosen gehalten worden?)

— Durch Vermittlung dieser bewußten „Zentrale“ sind keine Zeitungen bestellt worden. Es wurden auch andere Blätter gehalten. Ich habe z. B. die „Hamburger Nachrichten“ gesehen, dann Provinzblätter wie den „Münsterschen Anzeiger“. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ war viel an Bord. Aber wie gesagt: der Artikel, der in irgendeiner Zeitung am meisten der Stimmung der Leute entsprach, war immer der gegebene. Natürlich war das bei der „Leipziger Volkszeitung“ besonders der Fall; da traf es fast immer zu.

Ich und auch alle anderen waren nun davon überzeugt: die Listen waren dazu da, damit die darauf Verzeichneten vielleicht nach dem Kriege als Mitglied der USPD gelten konnten. Die ganze Listeneintragung war ein Wunsch der Mannschaften. Es ist mir nicht bewußt, daß irgendein Parteiangestellter dazu aufgefordert hätte. Gesagt worden ist, wenn ich nicht irre, folgendes, und zwar von Herre: „Ihr könnt natürlich als Soldaten keine zahlenden Mitglieder einer Partei sein; aber ihr könnt meinetwegen die Listen aufstellen und sagen: wir werden nach dem Kriege Mitglieder der Partei. Beiträge zu erheben oder Gelder zu sammeln, ist nicht angängig, das wird die Partei niemals decken.“

(Abg. *Joos:* Hatten Sie sich auch eingezeichnet?)

— Jawohl. Das war unsere Auffassung von den Listen. Daß die Listen mit nach Stockholm gehen sollten, habe ich erst nachträglich durch die Broschüre des Abg. Dittmann erfahren. Es sind mir allerdings während des Prozesses Vorhaltungen gemacht worden; aber ich habe das bei meinen Vernehmungen nie zugegeben.

(Abg. *Joos:* Weil Sie es nicht wußten!)

— Nein, ich wußte es nicht. — Kurz vor unserer Verhaftung kamen Sachse und ich zusammen. Ich glaube, auch Reichpietsch. Wir kamen häufig zusammen und besprachen alles Mögliche. Es kamen Mitteilungen von anderen Schiffen, aus denen wir erfuhren, daß auch auf anderen Schiffen Vertrauensleute bestanden. Wir kamen dann alle zusammen. Ich erinnere an eine Versammlung in Kiel, wenn ich nicht irre, im Restaurant Meilenstein, im Frühjahr 1917, eine Versammlung, die dem Kommando nach meiner Auffassung bestimmt bekannt gewesen ist; denn es konnte ihm gar nicht entgehen, daß ein solcher Haufen an Land ging, vor allem, da die Offiziere gar keinen Zweifel über die Stimmung der Leute hatten. Sie mußten wissen, daß wir zu diesem Versammlungslokal gingen.

Abg. *Joos:*

Sie haben dargelegt, daß Sie von dem Bestehen einer Leitung, eines Zentralkomitees oder wie es nun genannt werden mag, nichts wußten. Eben haben Sie aber gesagt, daß Sie öfter mit Reichpietsch, mit Sachse usw. zusammenkamen, daß Sie Nachrichten von anderen Schiffen erhielten. Das ist doch eigentlich eine „Zentrale".

Zeuge *Weber:*

Es ging eben allmählich so weiter. Die Sache hat sich aus sich selbst heraus entwickelt. In den letzten Wochen, bevor ich verhaftet wurde, hatte die Sache eben festere Form angenommen. Da kam es z. B. vor, daß Kameraden an uns herantraten und uns sagten: „Geht doch einmal hin, wir wollen uns beschweren." Das geschah in Kiel, als eine Gehorsamsverweigerung vorkam, weil kein Brot zum Frühstück ausgegeben wurde. Es blieb alles unter Deck, und als gepfiffen wurde, anzutreten, kamen die Leute zu uns und sagten: „Was sollen wir denn machen? Wir müssen etwas zu essen haben; ehe wir nicht etwas zu essen bekommen, machen wir keinen Dienst." So war damals die Stimmung durchweg an Bord. Wir haben ihnen daraufhin erwidert: „Es soll nachher nicht heißen, wir hätten gesagt, ihr geht nicht eher zum Dienst, bis ihr etwas zu essen bekommen habt." Will man das „Zentrale" nennen, wenn wir nun gesagt haben: „Wir gehen erst zum wachhabenden Offizier respektive zum Ersten Offizier und sagen ihm, daß die Mannschaft Essen haben will und nicht eher zum Dienst erscheint!" Man blieb also unter Deck. Zunächst kam ein Unteroffizier, dann ein Deckoffizier und forderte jeden einzelnen auf, zum Dienst heraufzugehen. Es wurde ihm gar keine Antwort darauf gegeben. Jeder sagte sich eben: Ich persönlich will mich nicht festlegen, ich möchte die Suppe nicht ausfressen. Man blieb nun sitzen, und der Erfolg war dann auch tatsächlich, daß man uns nachher zu essen gab. Dann ist der Dienst auch gemacht worden. Alle diese Geschichten wurden nun der bewußten „Zentrale" aufs Konto gesetzt. Es hieß immer: die „Zentrale" hat das veranlaßt. Sachse selbst sprach auch häufiger von solchen Dingen. Er war ein Mann, der sozialistische Theorien gern

entwickelte. Er sprach z. B. vom Erfurter Programm, das damals in der Anklage eine große Rolle gespielt hat. Ich wurde auch während des Verfahrens danach gefragt, konnte allerdings keine Auskunft darüber geben; denn ich kannte es nicht. Für mich persönlich war überhaupt eine Spezialisierung nach der Seite hin, daß man sich auf ein bestimmtes Programm, auf eine Weltanschauung usw. festlegte, ganz belanglos; ich habe gar keinen Wert darauf gelegt. Für mich kam es darauf an, daß wir einigermaßen Verpflegung bekamen, daß die Behandlung wenigstens so war, daß man das Leben aushalten konnte. Denn die Stimmung war sehr faul. Es reizte alles und jedes. Vielleicht hat man sich auch Mühe gegeben, diese schlechte Stimmung immer noch zu verschärfen. Heute wird es, besonders in den Kreisen der Herren Offiziere, vielfach so hingestellt, als wenn ein wunderbares Zusammenleben an Bord bestanden hätte. Eine solche Auffassung kann ich nicht verstehen. Ob die Herren vergessen haben, wie die Dinge in Wirklichkeit waren, oder ob man ein schwaches Gedächtnis hat, weiß ich nicht. An Bord herrschte ein gespanntes Verhältnis. Die Langeweile war sowohl auf seiten der Mannschaften wie der Offiziere sehr groß. Das kam daher, daß die Flotte untätig in Wilhelmshaven lag. Die Spatzen pfiffen es von den Dächern: „Lieb' Vaterland, magst ruhig sein, die Flotte schläft im Hafen ein." Die Mannschaften hatten keine Möglichkeit, sich Zerstreuung zu verschaffen. Umgekehrt konnte der Offizier auf Grund seiner Autorität und seiner Machtbefugnis das machen, indem er sich eben mit den Leuten beschäftigte. Wie diese Beschäftigung ausgefallen ist, darüber wird sich jeder Mann, der einmal im Felde oder bei der Marine war, klar sein; das brauche ich nicht näher zu schildern.

Ich will ein anderes Stimmungsmoment anführen. Sie betrifft den damaligen Chef des Ersten Geschwaders, Vizeadmiral Lans, einen Offizier, für den wir bestimmt auch 1918 noch durch das Feuer gegangen wären. Bei dem Kreuzergefecht im Jahre 1915, bei dem unser „Blücher" absoff, war Exzellenz Lans bei uns an Bord. Wir lagen auf Schillig-Reede auf Vorposten. Da hieß es: die Kreuzer sind im Gefecht. Es ging ein Gemunkel durch das Schiff, wenn man auch noch nichts Positives wußte: die Kreuzer sind im Gefecht. Wir merkten es unserm Geschwaderchef an, daß irgend etwas vorliegen mußte. Wenn man längere Zeit mit einem Vorgesetzten zusammen ist, dann fühlt man instinktiv — ich möchte sagen —, was er wohl hat, was ihn zurzeit erregt. Herr Lans war eine Draufgängernatur, er war mit einem Wort Soldat. Auch als Angeklagter mußte ich damals unumwunden zugeben, daß er ein gerechter Mann war, ein sehr gerechter Mann. Er war unerbittlich im Dienst, aber gerecht. Das ist das einzige Mal, daß ich einem Vorgesetzten ein solches Zeugnis ausstellen kann. Nun merkten wir, daß irgend etwas faul war. Herr Lans, der bekanntlich ein künstliches Bein hatte — er hatte das eine Bein in China bei den Taku-Forts damals verloren — lief wie ein Besessener auf dem Achterdeck herum. Es

mußte irgend etwas nicht stimmen. Durch die Mannschaft ging das Gemunkel: Der Lans läuft herum, da ist irgend etwas nicht in Ordnung, die Kreuzer müssen im Gefecht sein; er will heraus, kriegt aber nicht die Erlaubnis dazu. Auf einmal wurde Anker gelichtet. Da kam die deutsche Flotte aus der Schleuse heraus mit dem Flottenchef. Da kamen unsere Kreuzer mit Ausnahme von Kreuzer „Blücher" schon zurück. Es wurde ganz allgemein gefragt, wenn einmal ein jüngerer Offizier über Deck ging: „Wo ist die ‚Blücher'?" Man antwortete uns: „Die kommt noch." Man versuchte tatsächlich, uns die Sache zu verheimlichen. Man mutete uns zu, daß wir, nachdem wir so viel Instruktion über die einzelnen Einheiten unserer Flotte bekommen hatten, nicht einmal mehr wüßten, wie unsere „Blücher" aussah. Das war so ein typisches Bild dafür, wie man uns für dumm hielt und meinte, daß wir einfach nicht begriffen, was ein Kind einsah. Nun ging damals das Gerücht an Bord um — ich glaube auch bestimmt, daß Herr Lans diesen Ausdruck gebraucht hat; denn es liegt in seiner Natur, in seinem ganzen inneren Wesen —, daß Herr Lans einen Wutausbruch bekommen und gesagt hat: „Diese Schweinerei mache ich nicht mehr mit." Das war also das, was an Bord allgemein erzählt wurde: Die Flotte liegt vor der Schleuse zum Teil im Hafen, die Schiffe liegen seeklar auf Schillig-Reede, und drei Kreuzer müssen absaufen, müssen verbluten. Vorher hatten wir schon diese wunderbaren Kämpfe gehabt, bei denen unsere „Köln", „Mainz" usw. absoffen. Solche Momente haben das Vertrauen der Mannschaften zur Führung der Flotte untergraben. Ich möchte sagen: Von diesem Zeitpunkt an war das Vertrauen der Mannschaft zur Flottenführung verschwunden oder wenigstens bis auf ein ganz kleines Minimum zusammengeschrumpft. Man glaubte einfach nichts mehr. Denn wenn Lans so etwas gesagt hatte, so war das für uns Evangelium! Wir wurden in unserer Meinung noch dadurch bestärkt, daß auf einmal unser Geschwaderchef spurlos von der Bildfläche verschwand. Der Flottenchef ging damals, und ich glaube, der Kommandant von der Insel Helgoland ist auch gegangen. Es entzieht sich allerdings meiner Kenntnis, wie das vor sich gegangen ist. Wir haben es aber bestimmt mit dieser ganzen Sache in Zusammenhang gebracht. — Dann lasen wir auch in den Zeitungen über all diese Dinge. Allerdings sah man es nicht gern, daß wir besonders die „Leipziger Volkszeitung", den „Vorwärts" oder Blätter dieser Geistesrichtung lasen, und es hieß auch allgemein: wer die „Leipziger Volkszeitung" hält, steht sofort auf der schwarzen Liste.

(Abg. *Joos:* Sie lasen sie auch?)

— Ich habe sie auch gelesen. — Nun kam der uneingeschränkte U-Bootkrieg, und es erzeugte eine besonders schlechte Stimmung an Bord, wenn wir da Zeitungen lasen. Schrieben sie, im Reichstag hätte ein Abgeordneter gesagt, daß wir stark genug seien, um zu verhindern, daß ein amerikanischer Soldat europäischen Boden betrete, so haben wir

tatsächlich mit dem Kopfe geschüttelt und uns gesagt: was muß der Mann stark sein, der das kann, da wir doch nicht einmal in der Lage sind, zu verhindern, daß englische Fahrzeuge bis nach Helgoland bis in den Feuerbereich von Helgoland kommen. Außerdem waren wir uns ziemlich klar darüber, was wir an seetüchtigen U-Booten hatten, und wenn wir auch nur gemeine Leute waren, so konnten wir doch einigermaßen schätzen, welchen Gefechtswert diese U-Boote besaßen. Das aber nahm uns erneut das Vertrauen zur Flottenführung. Natürlich sah man alles, was ein Offizier tat, durch eine doppelte Brille. Einmal hatten wir das Gefühl, daß man sich schont. Dann kamen die kleinen Schikanen. Ich habe bestimmt die Empfindung gehabt, daß die Offiziere sich gesagt haben: wir müssen die Leute beschäftigen, wir dürfen ihnen gar keine Zeit und Gelegenheit geben, über all diese Dinge nachzudenken; sie dürfen nicht so viel Zeitungen lesen. Wir mußten „Hampelmann"-Dienst machen, um möglichst keine Gelegenheit zu haben, tiefer über die Sache nachzudenken. Aber wir waren ja so weit, daß wir Tag und Nacht darüber nachdachten, zumal, wenn wir in die Heimat kamen und sahen, wie die Leute in der Heimat jedes Opfer brachten und alles taten, was möglich war. Kam man dann wieder an Bord, dann sagte man sich: „Was ist denn nun eigentlich los, führen wir Krieg oder was wird hier gemacht? Das kostet doch alles ein fabelhaftes Geld. Dafür behelfen sich unsere Angehörigen zu Hause; bei der Flotte merkt man tatsächlich nichts davon, daß man das Bestreben hat, den Feind siegreich zu schlagen." Unter solchen Eindrücken haben wir gestanden. Dann die Skagerrakschlacht! Sie wurde bei der Mannschaft viel kritisiert. Sie wurde uns geschildert. Man machte an Deck Skizzen über den ganzen Schlachtplan. Natürlich konnten wir auf diesem Gebiet wenig folgen. Uns war es auch schließlich egal, ob das Schiff in diesem Quadrat auf der Karte gestanden hatte oder in jenem. Fest stand für uns, daß wir mit äußerster Kraft gefahren sind, um nach Hause zu kommen, und daran hielten wir uns. Als die „Lützow" abends in der Dämmerung so schwer havariert wurde, als die Flotte sich sammelte, bekamen wir auf einmal einen Feuerüberfall, trotz kleiner Kreuzer und Torpedoboote. Alles das waren Momente, an die wir uns hielten. Ich gebe natürlich kein Urteil ab über das, was kartenmäßig, admiralsmäßig festgelegt ist, sondern ich spreche immer nur von der Meinung der Mannschaften, um damit zu illustrieren, wie es möglich war, daß eine solche Stimmung an Bord sich entwickelte.

(Abg. *Brüninghaus:* Waren Sie selbst bei der Skagerrakschlacht?)

— Jawohl! Ich habe die Schlacht auf der „Westfalen" mitgemacht.

Abg. *Joos:*

In den Tagebüchern unseres Sachverständigen Stumpf erscheint die Skagerrakschlacht anders; der hat sie anders gesehen. Sie sahen

ja nur ein Stück. Es genügt aber, daß Sie auf Ihrem Schiff den Eindruck hatten.

Zeuge *Weber:*

Damals habe ich diesen Eindruck gehabt. Das besagt nicht, daß ich den Eindruck anderer als erfunden bezeichne. Nur kann ich es nicht glauben.

Alle diese Sachen wurden um so schärfer unter die Lupe genommen, je mehr sich die Ereignisse nach 1917 hin zuspitzten. Wir haben Kreuzergefechte gehabt, die Skagerrakschlacht ist gewesen, wir hatten den uneingeschränkten U-Bootkrieg, die gewaltigen Reden im Reichstage usw. Aber wir glaubten nicht an den Erfolg, weil wir uns sagten: da liegen die Boote, können die das machen?

Aus allen diesen Dingen heraus war das Vertrauen zur Flottenführung gleich Null geworden. Da greifen die Artikel der „Leipziger Volkszeitung" ein. Das war natürlich Wasser auf die Mühle. Nun sagte die Anklagebehörde: die sind es, die wir verantwortlich machen müssen, da müssen wir einhaken. So hat z. B. mein Anklagevertreter es damals meisterhaft verstanden, ein kleines Zettelchen, auf dem ich ein paar Stichworte über das aufgeschrieben hatte, was Herr Herre gesagt hatte, dazu zu benutzen, darauf einen Turm aufzubauen. Er sagte zu mir: „Sie sehen doch ein, daß Sie jetzt dem Tode geweiht sind, ich gebe um Ihr Leben keinen Pfifferling mehr."

Nun die Gehorsamsverweigerung in der Ostsee! Sachse war Heizer in den unteren Decks. Reichpietsch und ich waren Matrosen in den Kasemattendecks. Da sind sehr wahrscheinlich die Heizer an Sachse herangetreten, und die Matrosen kamen zu mir bzw. Reichpietsch und sagten: „Es muß doch endlich etwas geschehen, damit die Offiziere sehen, daß wir es leid sind, uns nasführen zu lassen. Wenn sie Nachtwachen machen, bekommen die Offiziere Mittelwächterfrühstück. Wo bleibt unser Mittelwächterfrühstück? Wenn wir unser Brot aufgegessen haben, können wir dafür hungern."

Ich sage nun nicht etwa, wir Matrosen oder Heizer hatten ein besonderes Recht in Deutschland, mehr zu essen als die anderen. Das liegt mir fern. Wir wollten nur, wenn überhaupt, daß dann *alle* hungern mußten. Wenn man von bestimmten Kreisen hört: wir sind national, es ist unser Beruf und unsere Aufgabe, für das Vaterland einzutreten, wir sind von der ganzen Welt angegriffen worden und müssen uns verteidigen, so habe ich stets volles Verständnis dafür gehabt, nicht aber dafür, daß man nach Ausbruch des Krieges sagte: jetzt ist die Sache für uns Geschäft und für euch Opfer. Das habe ich nie verstehen können. Diesen Eindruck mußte man aber haben; denn wenn ein Offizier Wache hatte, sagte er: „Läufer, gehen Sie zur Messe." Dann kam der Läufer mit einem belegten Brötchen oder mit sonst etwas. Das mußte einen Menschen reizen, der wußte, daß seine Angehörigen zu Hause in langem Anstehen das Bißchen holen

mußten, was sie auf ihre Karten bekamen. Die Offiziere hätten doch ein Vorbild sein müssen. Es war doch ihre Pflicht, uns auch im Kriege zu zeigen, wie es in der Praxis gemacht wird, nachdem sie uns das im Frieden gelehrt hatten. Das haben wir stets vermißt. Im Gegenteil, wer nichts zu sagen hatte, wer das Maul halten mußte, wenn ich einmal einen solchen Ausdruck gebrauchen will, wie wir ihn an Bord gewöhnt waren, der sollte Opfer bringen, und auf der anderen Seite war es ein Geschäft. Aus diesen Tatsachen heraus erwuchs auch die Mißstimmung.

Nun zu meiner Verhaftung! Ich selbst bin z. B. im Restaurant Kummer auf der Kaiserstraße, wenn ich nicht irre, in Wilhelmshaven verhaftet worden. Wir waren dort mit mehreren zusammengekommen. Ich gebe zu, daß wir zu diesem Zeitpunkt mit einzelnen Leuten von den Schiffen zusammenkamen und uns sagten: wir wollen uns einmal darüber klar werden, ob diese Schweinerei gar nicht anders werden kann. Wir wollen uns einmal zusammen beraten, wie wir etwas machen können, wie wir auch die Kommandos davon überzeugen können, daß auch wir *Menschen* sind. Unter dem Eindruck der Herre-Rede, insbesondere die Frage der Kreditbewilligung betreffend, habe ich dort wohl gesagt: Das muß jeder Deutsche begreifen, wenn die USPD sagt: wir bewilligen keine Kriegskredite. Wir wurden verhaftet. Diese Äußerungen wurden mir von Dr. Dobring furchtbar verübelt. Damit war ich für ihn der vollendete Revolutionär, der Umstürzler, der mit Gewalt vorgehen wollte. Man machte uns damals auch den Vorwurf, wir wären noch viel zu jung, um so etwas machen zu können, aber die Herren Oberleutnant Engel und Beyer hielt man für alt genug, um eine Spitzelwirtschaft zu betreiben, die mit meiner Auffassung von Offiziersehre unvereinbar ist. Wenn man Leute vorschickt, um andere zu provozieren, eine Handlung zu begehen, die sie ins Zuchthaus, gegebenenfalls sogar an die Wand bringen muß, dann läßt sich das mit meiner Auffassung von Offiziersehre, ja nicht einmal mit meiner Arbeiterehre vereinbaren, trotzdem die genau so schwer wiegt wie eine Offiziersehre!

Abg. *Joos:*

Haben die Besprechungen in diesem so improvisierten oder von selbst gekommenen Zentralkomitee, das nicht organisiert war, wie Sie sagten, nach der Herre-Rede eine besondere Färbung angenommen?

Zeuge *Weber:*

Ich habe bereits gesagt, daß Herre uns ausdrücklich darauf aufmerksam machte: nicht mit Gewalt. Ich wüßte nicht, wo ich Gewalt angewandt habe.

Abg. *Joos:*

Wir haben vom Zeugen Beckers gehört, daß im Hintergrund eine geplante große Kundgebung für den Frieden in Verbindung mit anderen

politischen Organisationen an Land stand. Hat das eine Rolle in Ihren Unterredungen gespielt?

Zeuge *Weber:*

Zweifellos ist darüber wohl gesprochen worden. Ich will nichts beschönigen, was ich tatsächlich gemacht habe. Aber ich will die Sache so darstellen, daß man versteht, wie es möglich war, daß es dazu kommen konnte. Wenn eine solche Stimmung auf dem Schiff ist, spitzt sich die Geschichte natürlich zu; der gleiche Vorgang wie bei jeder anderen Bewegung. Es hieß: du bist in der Versammlung gewesen, wir hören dies und das von anderen Schiffen, nun muß einer da sein, der sich darum bekümmert, was die anderen eigentlich vorhaben, wie die denken, daß die Geschichte einmal anders werden kann. Trotzdem ich mich nicht genau entsinne, wird aber bestimmt der Ausdruck gefallen sein: wir wollen eine Versammlung machen, wir wollen auch einmal sagen, daß es keinen Zweck mehr hat, dieses unnütze Blutvergießen fortzusetzen. Aber unter Gewalt habe ich damals verstanden und verstehe ich noch heute, wenn ich sage: jetzt ist Schluß, jetzt brechen wir den Faden ab, jetzt bestimmen wir. Das ist meine Auffassung von Gewalt. Es ist aber keine Gewalt, wenn ich sage: jetzt demonstrieren wir. Dann hätte ja jede Demonstrationsversammlung etwas Gewaltsames.

Wir waren uns allerdings darüber klar, auch ich, daß wir damit eine strafbare Handlung im militärischen Sinne begehen. Aber ich war mir nicht darüber klar, daß man auf einer solchen Grundlage ein Todesurteil aufbauen konnte. Beckers wird mir zugeben müssen, daß wir uns vor unserer Verhaftung nur flüchtig vom Ansehen gekannt haben, aber nicht so, wie es der Fall gewesen sein müßte bei einer solchen Zentrale. Das zeigt am besten, was das für eine Zentrale gewesen ist. Der Ausdruck Zentrale stammt von Herrn Dr. Dobring. Ich wüßte nicht, daß man vorher davon je gesprochen hat.

Abg. *Joos:*

Sie wissen, daß der Zeuge Sachse diesen Ausdruck hier vorgetragen hat. Er spricht fortwährend von dieser „Zentrale" und verbindet damit ganz klare Pläne und Vorstellungen. Wie er es uns darstellt, ist das eine Aktionszentrale gewesen. Sagen Sie uns jetzt, welche Rolle Sachse auf dem Schiff gespielt hat.

Zeuge *Weber:*

Das ist schwer zu sagen. Vielleicht finde ich eine Erklärung für die Aussagen des Sachse in seiner Broschüre „Antinauticus". Ich frage mich beim Lesen dieser Broschüre unwillkürlich: hat der das damals auch alles gewußt? So ist meine Meinung, wenn er von einer Zentrale spricht. Das hat er sich meines Erachtens nachher angeeignet und glaubt sich nun heute aufblähen zu müssen. Damals wird er das auch nicht alles erzählt haben. Insofern glaube ich Herrn Dr. Dobring, wenn er sagt: das hat er mir damals nicht erzählt.

Abg. *Joos:*

Hat er so wenig wie irgendeiner von Ihnen Einfluß ausgeübt?

Zeuge *Weber:*

Bekannt ist mir nicht, daß er mehr Einfluß hätte ausüben können. Letzten Endes war nicht Sachse allein an Bord, der einen Verstand hatte.

Abg. *Joos:*

Hatten Sie den Eindruck, daß Sachse besonders befähigt war?

Zeuge *Weber:*

Ich habe den Eindruck, daß er das geglaubt hat. So will ich mich ausdrücken.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Sie haben davon gesprochen, daß Sachse unter den Heizern der Führer war und daß die Matrosen selbständig von sich aus zu einer gemeinschaftlichen Bewegung gekommen sind. Es interessiert mich, zu hören, wie sich diese beiden Bewegungen zueinander verhalten. Ist nicht versucht worden, die beiden Bewegungen in eine gemeinsame Bahn zu bringen?

Abg. *Joos:*

Ich darf die Frage noch ergänzen. Ist es denn möglich, daß Sachse unter den Heizern eine Bewegung, eine Art Organisation hatte, ohne daß Sie so etwas sehen oder erfahren konnten?

Zeuge *Weber:*

Es würde niemand geglaubt haben, wenn man gesagt hätte: Sachse kann das ganz besonders. Dann hätte doch eine feste Organisation bestehen müssen, die nicht vorhanden war. Wenn solche Ausdrücke gebraucht wurden, auch wenn Sachse von Organisation spricht, so glaube ich bestimmt, daß er sich nicht darüber klar ist, was man unter Organisation versteht. Wenn eine Strömung besteht und ein ihr Zuneigender sagt: das ist zu verstehen, zu begreifen, so sagt dann oftmals ein Außenstehender: da ist eine feste Organisation, da steht der Kopf, der die Sache leitet. Es hat keine Organisation bestanden. Denn eine Organisation ist ein Apparat, der ein geistiges Haupt hat, mindestens jemand, der schriftliche Arbeiten zu erledigen hat, bei dem auch Gelder einlaufen müssen, um, wie es Sachse auch sagt, Material zu beschaffen. Was ist das für eine Materialbeschaffung? Wenn Reichpietsch damals nach Berlin gefahren ist, nachdem wir so viel von Haase, Dittmann, Ledebour gelesen hatten und ihr Standpunkt uns sympathisch war, so ist das ganz natürlich. Er versuchte, diesen Leuten einmal persönlich gegenüberzutreten. Er hat sie dann begrüßt und gesagt: „Haben Sie nicht irgend etwas? Die Zeitungen werden ja zensiert, das ist nur ein gewisser Auszug. Haben Sie vielleicht etwas, wodurch wir uns besser informieren und orientieren können?“ In dieser Geistesrichtung bewegten sich die Dinge. Auch Sachse steckte ja noch in den Kinderschuhen.

Sachverständiger *Stumpf:*

Er schreibt doch, daß auf seinen Befehl in sechs Heizräumen auf „Friedrich der Große" das Feuer ausgemacht worden ist.

Zeuge *Weber:*

Wenn Sachse das in der „Antinauticus"-Broschüre — ich kenne sie nicht ganz — geschrieben hat, so ist es ein glatter Unfug. Oder glaubt man vielleicht, daß ich als Matrose nicht wüßte, wenn das passiert wäre? Ich war nach dem 9. November 1918 an Bord „Friedrich der Große", bin nach Wilhelmshaven gefahren und habe mir die Geschichte eingehend erzählen lassen. Da hatte ich denselben Eindruck wie bei unserer Bewegung. Man wußte selbst nicht, was vorgefallen ist. Es kam alles spontan aus diesem miserablen Verhältnis zwischen Offizier und gemeinem Mann heraus.

So war es auch mit der von mir schon geschilderten mangelhaften Verpflegung. Das Aufreizende war aber der Unterschied zwischen Offizieren und Mannschaften. Wenn das heute bestritten wird, worum sich die ehemaligen Offiziere in der Presse und bei jeder sonstigen Gelegenheit krampfhaft bemühen, dann sage ich: das ist eine bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung. Wir hatten damals den Mut, zu sagen: das muß anders werden, obgleich wir überzeugt waren, eine strafbare Handlung zu begehen; denn so etwas konnte nicht straffrei bleiben. Ebenso sollten auch die ehemaligen Offiziere sagen, daß tatsächlich Mißstände vorhanden waren, daß auch sie gesündigt haben. Dann wäre auch das deutsche Volk beruhigt, dann nähme man heute noch diesen gefährlichen Zündstoff heraus, der jetzt noch genau so gefährlich ist wie damals. Denn er entwickelt sich bestimmt im Volke weiter. Ich komme aus einer ruhigen Gegend, aus dem Münsterland. Wenn man dort schon diese Zustände als ganz natürlich begreift, wieviel mehr muß es in den Industriezentren der Fall sein! Ich sage die Wahrheit. Wenn sie sich mit den Aussagen anderer nicht deckt, kann ich auch nichts dazu; denn ich bürge nicht für die Echtheit der Akten von damals. Es ist ferner doch ein Erlebnis, wenn man aus einer ländlichen Gegend kommt und vor die Tatsache gestellt wird: du mußt mit dem Leben abschließen, du wirst erschossen. Das vergißt man im Leben nicht. Ich entsinne mich größtenteils genau auf Einzelheiten; aber ich kann mich nicht auf das entsinnen, was in den Akten steht. Herr Dr. Dobring verstand es, uns Aussagen zu suggerieren. Was ich eben geschildert habe an Mißständen auf der Flotte, so sagte er, sei nebensächlich. Von Belang sei nur das und das. Und dann fing Herr Dr. Dobring an, uns das in den Mund hineinzulegen. Der Sinn war: wenn Sie das sagen — das ist die Wahrheit — dann haben Sie Aussicht auf Gnade; im übrigen ist Ihr Leben verwirkt!

Ich habe mich sehr darüber aufgeregt, als ich bei Gelegenheit der Berichte über den Münchener Dolchstoßprozeß las, daß Herr Dr. Dobring die Stirn gehabt hat, in München bei dem Prozeß zu

sagen: er habe niemals die Angeklagten beeinflußt. Herr Dr. Dobring hat wiederholt bei jeder möglichen Gelegenheit gesagt: „Sie sind doch dem Tode geweiht, Sie haben doch nichts zu riskieren.“ Sogar als man etwas zur Ruhe gekommen war, wollte er noch aus uns herauspressen, daß Herre damals die Hauptkanone der USPD für uns gewesen sein soll. Er sagte: „Sie dürfen die Leute nicht in Schutz nehmen, Sie müssen das sagen.“ Ich hatte tatsächlich das Gefühl, als wenn er mich dazu verleiten wollte, insofern gegen die Gesetze zu verstoßen, als ich etwas Unwahres aussagen sollte, von dessen Unwahrheit Herr Dr. Dobring selbst überzeugt war. Der Mann hat heftig auf meine ganze seelische Verfassung eingewirkt, daß ich das in meinem Leben nicht vergessen werde. Ich sagte Herrn Dr. Dobring einmal: „Haben Sie noch nicht eingesehen, daß es ein Unrecht war, daß man diese beiden Kameraden erschossen hat? Es waren doch Menschen wie wir, sie taten nur, was ein Kind begriff, sie wollten nur dieses himmelschreiende Unrecht beseitigen; belastet das wirklich nicht Ihr Gewissen?“ Da sagte Herr Dr. Dobring mir mit einer Kaltblütigkeit, daß mir der Verstand stehen blieb: „Ich wäre imstande, diese Leute mit der größten Ruhe noch einmal zu erschießen, besonders den Reichpietsch.“

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Sie haben ein Wort des Kriegsgerichtsrats Dr. Dobring angeführt. Haben Sie darüber mit dem Zeugen Beckers gestern gesprochen?

Zeuge *Weber:*

Ich gebe selbstverständlich zu, daß wir über diese ganze Angelegenheit noch einmal gesprochen haben, und es war selbstverständlich, daß wir uns gerade auch über diesen Menschen, der so einschneidend in unser Leben eingegriffen hat, unterhalten haben. Aber ich kann den Beweis erbringen, daß ich in Rheine, meinem Aufenthaltsort, dasselbe gesagt habe. Besonders damals anläßlich des Münchener Prozesses habe ich es wiederholt gesagt. Man wollte eine derartige Aussage aus uns herauspressen. Ich bin überzeugt, daß Herr Dr. Dobring selbst nie geglaubt hat, daß wir so stark gewesen sind, um die Flotte zu revolutionieren. Er mußte deshalb etwas haben, was Hand und Fuß hatte. Das war für ihn die USPD. Weil nun einmal die „Leipziger Volkszeitung“ gehalten wurde, weil das Wort „USPD“ eine Rolle gespielt hat, weil Herre einmal gesprochen hat, der Mitglied der USPD war, konnte man die Anklage so konstruieren.

Abg. *Joos:*

Im Zusammenhang mit Ihrer Aussage möchte ich Sie fragen: Wenn im Jahre 1916 oder noch 1917 die Flotte aktiver gewesen wäre, hielten Sie es für möglich, daß die Leute mitgemacht hätten, oder war der Geist damals schon so verändert?

Sachverständiger *Stumpf:*

Man kann die Frage bis 1918 ausdehnen.

Zeuge *Weber:*

Ich antworte: In dieser Mißstimmung war es eine Erholung für die Leute, wenn es hieß: „Seeklar." Es war ein ganz anderer Geist da, ein ganz anderes Verhältnis zwischen Offizier und Mann. Es wäre wirklich ein Ereignis für uns gewesen, wenn es in den Kampf gegangen wäre. Ich habe am Skagerrak nachts am 8,8-Geschütz gestanden bei der dritten Gruppe, ich konnte sehen, wie die Boote angriffen. Der Gedanke ist mir nie gekommen: das darfst du nicht machen. Es war ganz natürlich für mich, daß ich das, was mir einexerziert war, die Handverrichtungen ausgeführt habe, und ich bin überzeugt, daß das sogar Sachse gemacht hätte, ganz bestimmt.

Abg. *Joos:*

Kannten Sie die Organisation des Soldatenbundes auf „Prinzregent Luitpold"?

Zeuge *Weber:*

Nein. Der Ausdruck „Soldatenbund" ist mir neu. Den höre ich jetzt zum erstenmal.

Abg. *Joos:*

Sie haben auch nie gehört, daß die dort bestehenden organisatorischen Bildungen auf anderen Schiffen vorhanden waren?

Zeuge *Weber:*

Ich weiß es nur von „Friedrich der Große".

Abg. *Joos:*

Haben Sie Reichpietsch persönlich gekannt?

Zeuge *Weber:*

Sehr gut; er war Matrose.

Abg. Dr. *Moses:*

Was war das für ein Mann?

Zeuge *Weber:*

Reichpietsch steht in meinen Augen rein und hehr da. Er war an Bord äußerst zurückhaltend und vorsichtig. Damit will ich natürlich nicht sagen, daß er etwa sagte: Ich will mit der ganzen Sache nichts zu tun haben, aber er war eben kein Mann der Tat, er war sogar ein bißchen ängstlich. Andererseits ging er beispielsweise in einer Versammlung unter Kameraden mehr aus sich heraus.

Abg. Dr. *Moses:*

Er galt als guter Kamerad bei allen?

Zeuge *Weber:*

Das galt er bei allen; trotzdem er Soldat zweiter Klasse war, hatte ihn jeder gern.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Haben Sie noch Verbindung mit Sachse während der Gerichtsverhandlung gehabt? Sachse hat doch Aussagen gemacht, die teilweise die anderen Angeklagten belasteten. Andererseits hat der Zeuge Beckers ausgesagt, daß sie sich während der Unterrsuchung gelegent-

lich treffen und ein paar Worte wechseln konnten. Können Sie uns darüber noch etwas sagen?

Zeuge *Weber:*

Ich bin mit Sachse bei Gelegenheit der Verhöre zusammengekommen. Da hatten wir auch Gelegenheit, einmal einen Moment ein paar Worte miteinander zu wechseln. Außerdem wurden mir die Aussagen mehrfach von dem Untersuchungsführer vorgelesen, und wenn er so ausgesagt hat, daß er andere damit belastete, so deckt sich das nach meiner Auffassung mit dem Inhalt seiner Broschüre „Antinauticus". Ich hatte das Gefühl, als wenn Sachse sich gern wichtig machen, eine Rolle spielen wollte, aber andererseits das, was bei dieser Rollenspielerei unangenehm war, abzuwälzen trachtete. Das ist mein Eindruck aus dem, was ich aus der Broschüre herauslese. Er kann das heute ja ruhig tun, er setzt sich keiner Gefahr mehr aus, und es macht auf die große Masse Eindruck, wenn sie von der beabsichtigten Weltrevolution liest. Kurz und gut: ich habe den Eindruck von Sachse, daß er gern etwas vorstellen will, aber andererseits nicht den rechten Mut hat, für seine Taten zu stehen.

Abg. *Dittmann:*

Sachse hat uns ausgesagt, die USPD sei zwar auf den Schiffen vorhanden gewesen, es hätten Leute Zeitungen gelesen, aber er habe Beziehungen zu Gruppen gehabt, die noch weiter links als die USPD gestanden hätten, und diese Gruppen seien diejenigen gewesen, die die revolutionäre Bewegung auf den Schiffen organisiert hätten, nicht die USPD. Was wissen Sie von diesen revolutionären Gruppen links von der USPD, und für den Fall, daß Sie nichts davon wissen, müßten Sie davon wissen, wenn Sachse solche Verbindungen hatte bei den engen Beziehungen, die Sie zueinander hatten?

Zeuge *Weber:*

Das hätte ich bestimmt gewußt.

Abg. *Dittmann:*

Wußten Sie an sich davon, daß solche Organisationen da waren, mit denen er in Beziehungen stand?

Zeuge *Weber:*

Nein. Ich weiß nur, daß Sachse bei einer Religionsgemeinschaft war.

Abg. *Brüninghaus:*

Sie haben gesagt, daß Sie von den Stockholmer Listen erst durch die Broschüre des Herrn Abg. Dittmann Kenntnis bekommen hätten. Nun möchte ich Ihnen aber die Aussage, die Sie selbst unterschrieben haben, vorlesen, die Sie im Zuchthaus in Celle am 12. November gemacht haben:

„Zur Sache: Ich war mit Reichpietsch zuletzt zusammen, als er vom Kieler Bahnhof aus nach Berlin in Urlaub fuhr. Wir hatten eine Stunde Zeit und haben uns über den Urlaub unterhalten. Hier-

bei sagte mir Reichpietsch, er müsse dieses Mal zur Fraktion der USPD gehen und zeigt mir dabei ein dickes gelbes Kuvert, in welchem sich seiner Angabe nach Beschwerden von Bord der einzelnen Schiffe und eine Rede oder ein Verbot des Admirals Bachmann gegen sozialdemokratische Zeitungen befanden. Nach seiner Rückkehr von Berlin erzählte mir Reichpietsch, daß er sich im Fraktionszimmer längere Zeit mit den Reichstagsabgeordneten, ich meine Dittmann und Vogtherr, unterhalten hatte. Hierbei ist von annexions- und entschädigungslosem Frieden und von der Stockholmer Konferenz gesprochen worden. Nach seiner Erzählung, an die ich mich insoweit genau erinnere, ist Reichpietsch von den Abgeordneten, mit denen er gesprochen hat, ausdrücklich aufgefordert worden, Mitglieder unter den Flottenangehörigen in möglichst großem Maßstabe zu gewinnen, damit die Abgeordneten in der Lage seien, diese Namen auf der Stockholmer Konferenz dahin zu verwerten, daß es diejenigen Soldaten seien, die hinter dem Programm der USPD, ‚Frieden ohne Annexion und Entschädigungen', ständen. Ich kann nichts darüber sagen, ob die Abgeordneten sich weiter darüber ausgelassen haben, inwieweit mit diesen Namen ein Druck auf die Regierung ausgeübt werden sollte. Dagegen weiß ich genau, daß nach der Erzählung des Reichpietsch gerade die Abgeordneten Wert darauf gelegt haben, die Namen listenmäßig zu erhalten, und daß die Abgeordneten den Reichpietsch zur größten Vorsicht gemahnt haben, weil es uns sonst schlecht gehen könnte.

Von den Beziehungen des Reichpietsch zu sonstigen Personen weiß ich nichts. Dagegen ist mir aus der Rede des Herre erinnerlich, daß Herre dem Sinne nach gesagt hat, der Streik der Leipziger Arbeiter sei berechtigt gewesen, er sei nur zu schnell unterdrückt worden. Gedanken habe ich mir darüber weiter nicht gemacht."

Aus dieser Aussage geht klar hervor, daß Reichpietsch Ihnen über diese Sache genaue Angaben gemacht hat. Würden Sie vielleicht diesen Widerspruch aufklären?

Zeuge *Weber:*

Ich hatte vorhin bereits gesagt, daß das, was in den Akten steht, heute für mich nicht absolut maßgebend sein kann; denn ich bin jetzt in meiner Aussage nicht beeinflußt und unvoreingenommen gegen jedermann. Damals war ich das nicht; denn ich habe klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß mit Gewalt versucht wurde, möchte ich sagen, das aus uns herauszupressen, was wesentlich für die Anklage war. Die Listen, welche Reichpietsch mitgenommen hat, sind wohl bestimmte Listen gewesen, in die die Mannschaften sich haben eintragen lassen, um später einmal Mitglieder der USPD zu werden, wie ich bereits ausgesagt habe. Es ist sehr wohl möglich, daß Herre gesagt hat: „Gebt uns doch einmal das Material, dann wird das vorgebracht; woher es kommt, geht ja niemand etwas an, die Hauptsache ist, daß das, was

ihr sagt, auch den Tatsachen entspricht.“ Das hat Herre gesagt. Ich selbst habe damals auch mich eingetragen und bin sogar selbst mit zwei oder drei Listen, wenn ich mich recht erinnere, zu den Leuten gegangen, von denen ich bestimmt wußte, daß sie mit uns einer Meinung waren, und habe sie aufgefordert, sich auch in diese Listen eintragen zu lassen. Aber ich behaupte, daß ich nicht gewußt habe, daß diese Listen nach Stockholm gehen sollten.

Abg. *Brüninghaus:*

Ich möchte aber den Widerspruch gern aufgeklärt haben, der darin liegt, daß Sie vorhin erklärt haben: „Ich habe von diesen Stockholm-Listen überhaupt nichts gewußt. Ich habe erst durch die Broschüre von Herrn Dittmann davon erfahren“, während Sie in der Aussage in Celle eingehend darlegen, daß Reichpietsch Ihnen erzählt haben soll, was mit den Listen gemacht werden soll usw. Vielleicht hat Sie Ihr Gedächtnis im Stich gelassen?

Zeuge *Weber:*

Nein, ich hatte gar keine Ahnung, was die Abgeordneten der USPD in Stockholm wollten. Diese Listen sind sicher zu dem schon von mir geschilderten Zweck verwandt worden. Diese Listen sind dann vielleicht nach Stockholm gekommen.

Abg. *Joos:*

Trotzdem ist ein Widerspruch zwischen Ihrer Aussage von damals und Ihrer jetzigen. Sie haben damals eine Darstellung von Reichpietsch weitergegeben, worin er das alles sagte. Da hätten Sie — es kann ein Gedächtnismangel sein — heute sagen können: Jawohl, Herr Reichpietsch hat mir das und das gesagt. Sie haben das heute nicht angeführt, sondern Sie haben davon gesprochen, daß Sie die Stockholm-Listen nicht kannten. Nun sprechen Sie immer von einer Beeinflussung bei Ihrer damaligen Aussage.

Abg. *Dittmann:*

Zeuge Weber hat gesagt: Daß diese Listen, die er kannte, von den Abgeordneten der USPD mit nach Stockholm genommen werden sollten, habe ich damals nicht gewußt; ich hatte zum erstenmal aus der Broschüre des Herrn Dittmann erfahren, daß tatsächlich von den Matrosen diese Absicht damit verbunden gewesen ist. Nun ist aus der Aussage, die Herr Abg. Brüninghaus verlesen hat, lediglich hervorgegangen, daß ihm das damals von Herrn Dr. Dobring schon vorgehalten worden ist, und er sagte ausdrücklich: Diese Protokollierung von Herrn Dobring ist unter besonderem Druck zustande gekommen. Ich sehe daher keinen Widerspruch.

Abg. *Joos:*

Ich möchte noch etwas Näheres darüber erfahren, inwieweit Sie durch die Beeinflussung von Herrn Dr. Dobring veranlaßt worden sind, Dinge zu sagen — und das trifft alle Angeklagten von damals —, mit denen Sie sich selbst schadeten. Das ist mir psychologisch nicht er-

klärlich. Sie haben also am Ende Dinge gesagt, die nicht richtig waren, weil er das zu hören wünschte. Warum haben Sie das getan? Etwa, weil Dr. Dobring sagte: „Nur wenn Sie die Wahrheit sagen, können Sie auf Gnade rechnen?"

Zeuge *Weber:*

Wenn zu mir gesagt wird: Du bist dem Tode geweiht, nun kannst du aber dein Leben retten, wenn du die Wahrheit sagst, dann sage ich mir: Wenn der Mensch so anständig ist und dir helfen will, wenn er also menschlich fühlt, dann ist das richtig. Ich hatte aber vorhin gesagt, daß ich nicht mehr weiß, was in den Akten steht, daß ich überhaupt keine Verantwortung dafür übernehme. Vom Rechtsstandpunkt aus mag das nicht richtig sein. Aber als Mensch sage ich mir: Ich kann heute nicht decken, was damals unter dieser Beeinflussung in die Akten gekommen ist. Ich wiederhole: Ich habe nicht gewußt, wie die Listen zustande kamen, und ich wußte nicht, daß sie zu dem Zweck aufgestellt werden sollten, nach Stockholm zu gehen.

Abg. *Brüninghaus:*

Herr Abg. Dittmann behauptet, Zeuge Weber habe vorhin nur gesagt, er hätte nicht gewußt, was mit diesen Listen vor sich gehen solle. Ich habe ihn so verstanden, daß er von diesen Stockholm-Listen bis zum Erscheinen der Broschüre des Herrn Abg. Dittmann überhaupt nicht gewußt hat, und daß er nicht gewußt hätte, was es mit Stockholm auf sich hätte. Ich will Ihnen nochmals vorlesen, was Sie früher gesagt haben. Sie haben gesagt:

> „Nach seiner Erzählung — also von Reichpietsch —, an die ich mich insoweit genau erinnere, ist Reichpietsch von den Abgeordneten, mit denen er gesprochen hat, ausdrücklich aufgefordert worden, Mitglieder unter den Flottenangehörigen in möglichst großem Umfang zu gewinnen, damit die Abgeordneten in der Lage seien, diese Namen auf der Stockholmer Konferenz dahin zu verwerten, daß es diejenigen Soldaten seien, die hinter dem Programm der USPD: Friede ohne Annexion und Entschädigung, ständen."

Sie werden mir zugeben, Zeuge Weber, daß hier ein starker Widerspruch vorhanden ist, selbst wenn, was ich Ihnen einmal konzedieren will, Sie heute sagen, daß Sie diese Aussage unter einem gewissen Zwang gemacht hätten. Jedenfalls können Sie aber heute nach meiner Auffassung nicht sagen: Ich habe überhaupt nicht gewußt, was mit diesen Listen los war, wenn Sie damals, wenn auch, nach Ihren Angaben, unter Zwang, diese Sache zu Protokoll gegeben haben.

Zeuge *Weber:*

Es heißt darin, daß Reichpietsch in Kiel auf dem Wege zum Bahnhof, als er nach Berlin fuhr, mir das gesagt hat. Das will ich zugeben. Aber wenn Reichpietsch mir das auf dem Wege zum Bahnhof sagt, dann kann ich unmöglich zu einem Zeitpunkt vorher wissen, zu welchem Zweck die Listen angefertigt wurden.

Abg. *Brüninghaus:*

Sie haben hier doch erklärt: Ich hatte von der ganzen Sache überhaupt erst durch die Broschüre Dittmanns erfahren. Hier haben Sie im November 1917 ausgesagt, daß Ihnen Reichpietsch, wie Sie eben es auch wiederholt haben, dies erzählt hätte.

Zeuge *Weber:*

Ich bestreite nicht, daß ich das gesagt habe. Ich behaupte allerdings heute noch, daß ich es erst durch die Broschüre des Herrn Abg. Dittmann erfahren habe.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Der Zeuge hat ausdrücklich erklärt, daß er keinerlei Verantwortung für die Protokolle übernimmt.

Abg. *Brüninghaus:*

Der Untersuchungsausschuß hat die Pflicht, wenn ihm etwas als Widerspruch aufstößt, diesen klar zu stellen. Sie haben aber in demselben Protokoll noch folgendes gesagt:

> „Den mir gegenübergestellten Verurteilten Calmus kenne ich nicht. Mir gegenüber haben Sachse und Reichpietsch erklärt, sie kennten den Calmus nicht. Ich muß jetzt annehmen, daß ich von Sachse und Reichpietsch in dieser Beziehung hinter's Licht geführt worden bin, und daß Sachse über die Berliner Verbindung mehr wissen muß. Verbindung zu sonstigen Zivil-Personen kenne ich nicht,“

und nun sagten Sie weiter:

> „Ich erinnere mich aber dabei, daß Sachse und Reichpietsch mir gegenüber immer sehr heimlich taten, weil ich ursprünglich der Scheidemann-Partei zugehörte und man mir deswegen nicht traute.“

Sie haben sich dagegen ausgesprochen, zu Gewälttätigkeiten überzugehen, und Reichpietsch soll bei dieser Gelegenheit ausdrücklich erklärt haben: „Die Gewaltanwendung ist zulässig. Die USPD billigt das, ich habe das ausdrücklich bei meiner Zusammenkunft in Berlin gehört.“

Sachse sagt: Weber und Sachse waren gegen die Gewaltanwendung gewesen, während Reichpietsch Ihnen gesagt hätte: „Gewalttätigkeiten, das weiß ich aus Berlin, werden bis zu einem gewissen Grade gedeckt werden, die sind erlaubt.“ Ich möchte Ihre Ansicht darüber hören.

Zeuge *Weber:*

Sie wollen wissen, ob ich Reichpietsch für den Mann ansehe, der tatsächlich ein Mann der Tat, der Gewalt war. Ich habe schon einmal ausgesagt, daß ich ihn dazu nicht für fähig gehalten habe.

Abg. *Brüninghaus:*

Reichpietsch hat doch in der Versammlung im Tivoli seine Rede mit den Worten geschlossen, was er auch einwandfrei zugegeben hat: „Sprengt die Fesseln — oder so ähnlich — nach russischem Muster.“

Abg. *Dittmann:*

Reichpietsch hat das in der Hauptverhandlung bestritten. Er hat es noch bestritten, nachdem er zum Tode verurteilt war, und gesagt: hören Sie die Abgeordneten darüber, wenn Sie es nicht glauben wollen.

Abg. *Brüninghaus:*

Beckers hat ausgesagt: Es stimmt, daß Reichpietsch in dieser Versammlung im Tivoli davon gesprochen hat, daß die Sache nach russischem Muster gemacht werden müsse. Es fällt aber nun auf, daß Sie im Gegensatz zur Ansicht von Sachse sagen, daß Reichpietsch überhaupt nicht ein Mann gewesen wäre, der zu Gewalttätigkeiten geneigt hätte.

Zeuge *Weber:*

Sie sagen, Sachse habe erklärt, daß wir Vertrauensleute der USPD gewesen seien. Man kann doch nicht von heute auf morgen Vertrauensmann einer Partei werden, meine ich. Wenn ich aus dem Münsterland komme, wo ich nie von diesen Dingen gehört hatte, kann ich doch nicht auf einmal ein USPD-Mann werden. Der Übergang kam eben ganz allmählich. Ich spreche nicht nur von den Tagen, in denen das Protokoll aufgenommen worden ist, sondern auch von der Zeit vorher. Das hat Sachse vielleicht damit gemeint. Ich sage: obschon ich mit dem, was in der „Leipziger Volkszeitung" stand, sympathisierte, von Vertrauensleuten der USPD habe ich nichts gehört.

Abg. *Brüninghaus:*

Ich möchte bloß feststellen, ob in dem Kopf oder wie Sie es nennen wollen, tatsächlich nach der Aussage von Sachse gewisse Meinungsdifferenzen darüber bestanden, wie man eigentlich diese ganze Geschichte aufziehen solle. Sachse hat ausgesagt, Sie (Weber) und er (Sachse) seien gegen Gewaltmaßnahmen gewesen, da nichts dabei herauskäme und es zu gefährlich wäre; die anderen, speziell auch Köbis und Reichpietsch, seien mehr für Anwendung der Gewalt gewesen. Stimmt das oder stimmt das nicht?

Zeuge *Weber:*

Es ist möglich, daß wir einmal diese Gedanken ausgetauscht haben. Ich möchte überhaupt sagen, daß damals mitunter ein ganz konfuses Zeug gesprochen worden ist.

(Abg. *Dittmann:* Sehr richtig!)

Es handelt sich dabei gar nicht allein um Sachse und Reichpietsch. Das habe ich auch damals dem Anklagevertreter, dem Untersuchungsführer gesagt. Aber er legte keinen Wert darauf, das in die Akten aufzunehmen. Es würde nämlich darin stehen, daß es nicht nur Sachse, Köbis, Reichpietsch und Weber, die auf der Anklagebank saßen, waren, die derartige Worte gebraucht haben, sondern daß es fast alle waren. Das wollte man aber nicht verstehen, und infolgedessen ist es nicht in die Akten gekommen. Ich wiederhole, daß das, was in den Akten steht, für mich nicht beweiskräftig ist.

(Abg. *Dittmann:* Sehr richtig!)

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Herr Zeuge, lehnen Sie die Verantwortung für das, was Sie in dem Protokoll unterzeichnet haben, generell, im ganzen ab, behaupten Sie, daß das gar keinen Wert hat, oder meinen Sie: ein Teil ist richtig und nur ein Teil ist falsch?

Zeuge *Weber:*

Ich will darauf folgendermaßen antworten: Es mögen Sachen darin stehen, die den Tatsachen entsprechen. Es steht aber auch eine ganze Menge Falsches darin. Das ist sicher.

Abg. *Joos:*

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Ich habe hier eine Zeugenaussage von Ihnen vom 16. August 1917. Dr. Dobring hat Sie vernommen. Da sprechen Sie nur von Organisation, reden immer von dem, was Sie heute abgelehnt haben, nämlich daß eine Organisation bestand, ein Soldatenbund, deren Führer Reichpietsch, Sachse usw. waren. Nach dieser Zeugenaussage haben Sie erklärt: „Ich folgte den Reden Sachses und Reichpietschs blindlings." Das alles steht im Widerspruch zu dem, was Sie heute sagen. Es ist sehr schwer, sich da ein richtiges Bild zu machen.

Zeuge *Weber:*

Es ist aber doch zu verstehen, wenn ich da von Organisation gesprochen habe. Ich könnte den Ausdruck vielleicht auch heute gebrauchen, ohne damit sagen zu wollen, daß es eine *festgefügte* Organisation war. Wenn ich vernommen werde, wie es damals der Fall war, und der Untersuchungsführer andauernd von Organisation spricht, dann ist es mir gleichgültig, ob er „Organisation" in das Protokoll hineinschreibt oder „Verbindung" oder „Zentrale". Jedenfalls habe ich Herrn Dr. Dobring nie im Zweifel darüber gelassen, wie ich das aufgefaßt haben wollte, genau so wie ich das heute tue. Heute, nachdem ich viel älter geworden bin und gelernt habe, was eine Organisation ist, wäre mir der Ausdruck nicht mehr so gleichgültig. Aber damals konnte man von mir aus ruhig von Organisation sprechen, meinetwegen auch von einem revolutionären Komitee.

Abg. *Treviranus:*

Für die Urteilsfällung war es natürlich von maßgebender Bedeutung, ob durch Ihre damalige Zeugenaussage der Eindruck erweckt wurde, daß es sich um eine ganz bestimmte Organisation handele. Ich habe nun heute den Eindruck gewonnen, als ob Sie vielleicht mit einer gewissen Sorgfalt vermieden haben, überhaupt die Auffassung aufkommen zu lassen, daß damals von irgendeiner Organisation die Rede gewesen wäre. Nun hat der Herr Zeuge Beckers gestern dem Sinne nach ausgesagt: auf dem Schiff „Friedrich der Große" bestand aus

eigener Machtvollkommenheit eine Zentrale; Reichpietsch, Weber und Köbis fühlten sich als die Herren; zu sagen hatten sie nichts. Es scheint also doch, daß auf andern Schiffen damals Kenntnis von dem Vorhandensein eines gewissen Kopfes, einer Spitze vorhanden war, mit der Sie damals in Verbindung gebracht worden sind, daß die Gründung des Soldatenbundes auf „Prinzregent", die Mitte 1917 vorgenommen wurde, ungefähr zehn Tage vor der Verhaftung des Zeugen Beckers damals perfekt geworden sein sollte, doch analog dem damaligen Gedankenaustausch auf anderen Schiffen des Geschwaders durchgeführt worden ist. Können Sie vielleicht noch eine Ergänzung geben, wie Sie Ihre Aussage von heute verstanden haben wollen?

Zeuge *Weber:*

Wenn ich sage, dieser Kopf oder diese Zentrale habe auf dem Schiff „Friedrich der Große" bestanden, so bin ich fest davon überzeugt, daß auf jedem Schiff so etwas vorhanden gewesen ist, was sich aus sich entwickeln mußte. Es mußte eben einer da sein, der die Verbindung herstellte. Es hat Vertrauensleute gegeben. Ich sagte, es waren die Leute, an die sich die anderen wandten. Versetzen Sie sich doch einmal in die damalige Lage! Wenn irgendein Mann sieht, daß eine bestimmte Zeitung von einem Kameraden gelesen wird, so fragt er ihn: „Wo hast du die Zeitung her? Kannst du mir die nicht auch einmal besorgen?" Dann heißt es: „Ich habe sie von dem und dem; geh da einmal hin." Das war das, was man „Zentrale" genannt hat. Allerdings gebe ich zu, daß nun, nachdem so ein Kopf da war, auch gerade mit diesem über allerlei Dinge gesprochen wurde. Ich konnte auf diesem Gebiete weder Sachse noch Beckers folgen. Das sind Leute, die sich geistig mehr betätigt haben als ich; das gebe ich unumwunden zu. An Bord sind ja auch z. B. Gedichte gemacht worden. Ich kann bestimmt sagen, daß Ausdrücke gefallen sind, die noch viel gefährlicher waren als die, die in den Akten stehen. Aber ob sich die Leute etwas dabei gedacht haben, ist eine andere Sache. Das war es aber, worauf die Anklage immer herumritt. Es ist möglich, daß noch viel schärfere Worte als die bekanntgewordenen gefallen sind. Es ist z. B. möglich, daß ich gesagt habe: „So eine Schweinerei! Man sollte tatsächlich hingehen und die Kerle in den Schützengraben schicken, und sie über den Haufen schießen lassen." Das habe ich aber natürlich nicht wörtlich gemeint. Man darf da nicht jeden auf ein Wort festlegen wollen. Aber gerade diese Momente suchte die Anklage; danach fischte sie geradezu, indem sie sagte: das war die Zentrale, eine feste Organisation, und da müssen wir einhaken.

Abg. *Joos:*

Ich verstehe nur nicht, warum Sie diesem Zwange folgten und immer wieder diese Ausdrücke unterschrieben, womit Sie sich dann selbst den Strick um den Hals legten?

Zeuge *Weber:*

Ich weiß gar nicht, wie man einem juristisch den Strick um den Hals legen kann.

Abg. *Treviranus:*

Meiner Erinnerung nach hat Herr Dr. Dobring ein Gnadengesuch für Sie aufgesetzt. Ich nehme also an, daß er aus Ihrer Vernehmung den Eindruck gewonnen hat, als ob gerade bei Ihnen die bekannte tragische Verflechtung, die bei militärischen Vergehen der Kriegszeit vorzuliegen pflegt — die Geschichte von Jahrhunderten beweist das — vorgelegen habe. Ich habe die Empfindung, daß er gerade bei Ihnen angenommen hat, Sie seien sich vielleicht über die Tragweite dieser ganzen Konspiration, dieser Gründung einer Zentrale, eines Kopfes nicht klar gewesen. Sind in Ihren Kreisen die Folgen einer solchen militärischen Meuterei vorher durchgesprochen worden? Sie wußten ja, daß es mit einer reinen Demonstration nicht getan war, sondern daß die Demonstration den Zweck hatte, nicht nur offenkundige Mißstände abzustellen, sondern auch zum Frieden zu kommen, die Front an sich lahmzulegen. Zum mindesten vom Juli 1917 ab, nachdem die Skagerrakschlacht ein Jahr vorbei war, ist das ja offenkundig der Fall gewesen. Sind Sie sich darüber klar gewesen, welche Folgen für Sie als die Führer dieser Bewegung entstehen mußten?

Zeuge *Weber:*

Ich habe bereits ausgesagt: ich war mir darüber klar, daß wir eine strafbare Handlung begingen. Aber ich habe es nicht für möglich gehalten, daß dieses Vergehen so schwerwiegend war, daß Todesurteile verhängt werden konnten.

Abg. *Joos:*

Der Herr Kollege Treviranus wollte Sie fragen, ob Sie sich überhaupt bewußt waren, worauf die ganze Sache hinauswollte, nämlich den Frieden mit Gewalt durch Untätigmachung der Flotte zu erringen. Haben Sie je solche Vorstellungen gehabt?

Zeuge *Weber:*

Ich war mir darüber klar, daß auf einen vollendeten Aufstand die Todesstrafe steht, daß also, wenn ein Aufstand proklamiert wird, Gewaltanwendung, Umsturz, ein tatsächlicher militärischer Aufstand, die Todesstrafe darauf steht. Aber wenn an Bord Gedichte kursierten, wenn vielleicht Vergleiche mit Rußland oder sonstwie gezogen wurden, so habe ich das natürlich nicht gewollt. Das hat mir vollständig ferngelegen.

Abg. *Joos:*

Sie können sich auch nicht entsinnen, daß andere das gewollt haben?

Zeuge *Weber:*

Man mußte sich doch klar darüber sein: wenn wir auf der Flotte, wo doch verhältnismäßig nur wenige Mannschaften waren, mit Ge-

walt einen Umsturz machten, wer gab uns die Gewähr, daß nicht schon das Seebataillon in Wilhelmshaven uns über den Haufen schoß, ganz abgesehen von der großen Armee.

Abg. *Joos:*

Lagen denn Pläne, einen vollendeten Aufstand zu inszenieren, vor? Haben Sie von solchen Plänen gehört?

Zeuge *Weber:*

Nein! Wer soll das inszeniert haben? Auf den Aufstand wollte doch keiner hinaus. Wir wollten nur etwas mehr als Menschen angesehen werden!

Abg. *Joos:*

Die Zeugen Beckers und Sachse haben uns aber etwas mehr gesagt. Herr Beckers hat von einer großen Friedenskundgebung, die geplant war, gesprochen.

Zeuge *Weber:*

Ich habe selbst schon gesagt, daß Mannschaften von den einzelnen Schiffen zusammenkamen, um eine große Versammlung zu machen. Man wollte ein klares Bild über die Stimmung bekommen und vielleicht einmal hören, wie man sich die Sache weiter dachte. Aber bestimmt hätten wir alle, Beckers, Sachse, Köbis und Reichpietsch, gesagt: denkt daran, was Herre uns gesagt hat. Herre hat in seinen Ausführungen immer betont: das ist unsere Idee, unsere Überzeugung, aber hütet euch vor Gewalt.

Abg. *Treviranus:*

Wir haben einen sehr anschaulichen Eindruck bekommen davon, daß Herr Herre als Schriftleiter der „Leipziger Volkszeitung" einen starken Einfluß auf Ihre Entschließungen ausgeübt hat. Mich interessiert nun die Frage, ob Sie auch etwas von Einflüssen der „Hamburger Nachrichten" oder anderen Zeitungen, die der Vaterlandspartei und der Rechten nahegestanden haben, gespürt haben?

Zeuge *Weber:*

Der Einfluß der Rechtszeitungen war unheilvoll. In ihnen stand von Annexion, vom Hafen Antwerpen, über Ausdehnung der Agrarier usw. Der Einfluß dieser Zeitungen bereitete den Boden für die andere Seite. Sonst wäre es gar nicht zu solchem Einfluß der Linkszeitungen gekommen.

Die andere Frage möchte ich dahin beantworten: Wenn Herr Herre seinen Einfluß nicht ausgeübt hätte, wenn ich Herre nicht gehört hätte, dann hätte ich vielleicht eine Handlung begangen, über deren Tragweite ich mir bestimmt nicht klar gewesen wäre. Ich habe gesagt, daß Herre gegen die Gewalt gesprochen hat. Auch Herrn Dr. Dobring habe ich darauf aufmerksam gemacht und ihm gesagt: hätte ich Herre nicht gesprochen, so würde ich es nie fertiggebracht haben, Einfluß auszuüben auf radikalere Elemente. Ich hatte immer das Wort vor Augen: hütet euch vor Gewalt, das kostet euer Leben!

Abg. *Treviranus:*

Sie haben bei Ihrem Bericht über die Wirkung des schlechten Essens der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Offiziere die besten Brocken herausgefischt bekamen und eine wirkliche Kontrolle des Essens nicht möglich war. Haben Sie damals auch die Schuld über sogenanntes schlechtes Essen den Köchen usw. in die Schuhe geschoben? Wer sollte Ihrer Auffassung nach die Schuld an dem schlechten Essen haben?

Zeuge *Weber:*

Man sagt bei uns in der Heimat: Wer das Kreuz hat, der segnet sich zuerst. So war es an Bord. Da kam erst der Bottelier, vielleicht auch der Zahlmeister. Ich will den Leuten nicht unterstellen, daß sie eine Unterschlagung gemacht haben, sondern das ist nur mein Eindruck. Ich gebe selbst zu: wenn ich als Bottelier in einer Proviantlast sitze, würde ich mir, ehe ich selbst hungere, auch etwas abschneiden. Das wirkt aber für einen anderen, der nichts bekommt, eigenartig, zumal in einer Zeit, wo alles knapp war. Es wirkte aufreizend. Es ist ja auch sehr viel über die Menage in der Messe gesprochen worden. Herr Admiral v. Trotha hat wohl in München ausgeführt, daß die Messegelder sehr niedrig gewesen seien. Das überzeugt mich durchaus nicht. Denn wo untergeordnete Geister sind, versucht man, nach oben einen guten Eindruck zu machen. Wenn dort der Zahlmeister die Liste führt, besteht die Möglichkeit, zu sagen, daß auf eine große Menge ein paar Gramm nicht viel ausmachen, für uns ist das aber viel. Ich sage das deswegen, weil darüber viel geredet wurde. Ob wirklich etwas passiert ist, weiß ich nicht, wir guckten nicht in die Bücher hinein.

Abg. *Treviranus:*

Jeder, der versucht, sich ein objektives Urteil zu bilden, hat erfahren, daß nicht nur Kleinigkeiten aufgebauscht wurden, sondern daß Sie recht haben, wenn Sie sagten: es reizte alles. Exzellenz v. Lans hatte damals auf der „Iltis" bei der Beschießung der Taku-Forts ein etwas kürzeres Bein durch eine Verwundung bekommen. Es wurde aber erzählt, daß er ein Holzbein hatte. Diese Tatsache zeigt, wie wenig Wert man darauf legte, die wirklichen Tatsachen festzustellen, sondern wie alles einfach weitergetragen wurde. Uns interessiert ja nur, welche Wirkung die Tatsache ausübte, daß darüber geredet wurde, welche Wirkung auch die Langeweile hatte, die an Bord vom Offizier herunter bis zum jüngsten Heizer herrschte und die eine Entspannung auf der anderen Seite haben mußte. Ist nun bei Ihnen das „Keulenschwingen mit Musikbegleitung", das ja auch vor dem Kriege schon üblich war, immer nur als Schikane aufgefaßt worden? Gab es nicht einige, die glaubten, der Gerechtigkeit halber sagen zu müssen: irgendeine Betätigung auch körperlicher Art muß es doch geben, und zwar nicht immer das Exzerzieren mit der Waffe? Wurde das immer nur

als Ausfluß der persönlichen Schikane der Offiziere betrachtet, die die Verpflichtung hatten, für Bewegung der Division zu sorgen, oder sagte man: letzten Endes sind sie auch an ihre Pflicht gebunden wie wir?

Zeuge *Weber:*

Es ist aber zweierlei, ob ich zu einem Dienst berufen werde, bei dem mir gesagt wird: der Dienst wird mitgemacht, wir liegen hier, wir müssen etwas machen, sonst rosten wir ein, oder ob es heißt: „ihr Schweine, wir wollen euch mal wieder etwas lüften". So ist ja der bekannte Ausdruck an Bord gewesen. Bei letzterem empfindet man nur Schikane. Das bestärkt in dem Glauben, daß etwas auf dem Schiff faul ist, wenn man dabei das Gefühl hat, das Kommando weiß, wie die Stimmung ist, gibt sich aber gar keine Mühe, uns einmal klaren Wein einzuschenken. Anläßlich großer Siegesfeiern bei Festungseinnahmen usw. hieß es: alle Mann heraus! da wurde hurra geschrien usw.! Bei anderen Dingen aber hüllte man sich in Schweigen. Dazu kam die schlechte Verpflegung und die Spitzelwirtschaft. Kurz vor meiner Verhaftung sagte mir z. B. ein Bursche, daß er folgendes aufgeschnappt hatte: der muß ganz fein unter die Lupe genommen werden, jetzt können wir ihm noch nichts anhaben, aber der macht schon etwas, was ihm noch den Hals bricht..

Abg. Dr. *Moses:*

Ich habe den Eindruck, als ob einzelne Herren in den Fehler verfallen, daß sie das psychologische Moment viel zu wenig in den Kreis ihrer Betrachtungen ziehen und sich lediglich auf die nackten Tatsachen stützen, die in den Akten verzeichnet sind. Dabei hat der Herr Zeuge ausdrücklich von vornherein erklärt, daß er das, was er damals unter einem gewissen Zwang niedergeschrieben hat, heute und auch schon damals nicht für richtig erkannt hat. Ich glaube, man muß dieses psychologische Moment doch mehr betonen, insbesondere wenn man sich vor Augen führt, daß es sich hier um Menschen handelt, die um ihren Kopf spielten, die Todeskandidaten waren. Das hat man ihnen ja fortwährend suggeriert. Nun hat man ihnen dann alle möglichen Zeugen vorgeführt, man hat ihnen Dinge in den Mund hineingelegt, und sie sind schließlich so mürbe geworden, daß sie manches unterschrieben haben, was sie vielleicht bei ruhiger Überlegung, wenn die Untersuchung anders geführt worden wäre, nicht unterschrieben hätten. Dieses psychologische Moment ist jedenfalls für mich bei der Beurteilung der Erforschung der Wahrheit viel wertvoller als das, was in den Akten niedergelegt ist. Heute steht der Mann frei da. Damals stand der Mann unter dem offenbaren Zwang, daß er seinen Kopf verlieren mußte.

Sitzung, Freitag, den 25. März 1927

Fortsetzung der Vernehmung der früheren Marineangehörigen Beckers und Weber über die Marinevorgänge 1917

Abg. *Brüninghaus:*

Ich will an den Zeugen Weber einige Fragen stellen in bezug auf die Stimmung gegenüber den Offizieren, in bezug auf seine Kritik über das Gefecht am 28. August und das Gefecht mit „Blücher". Herr Zeuge Weber, Sie haben es so dargestellt, als ob das Zutrauen zur Flottenleitung und zu den Offizieren verschwunden war, weil diese bei jeder Gelegenheit versagt hätten. Sie haben unter anderem als ein Beispiel angeführt den damaligen Geschwaderchef, Admiral v. Lans, und gesagt, er wäre ein Draufgänger gewesen, wäre erschüttert herumgelaufen usw. Nun möchte ich demgegenüber feststellen, daß Admiral v. Lans, den ich persönlich hoch verehre, einer derjenigen Admirale gewesen ist, der aus wohlerwogenen Gründen für Zurückhaltung der Flotte eingetreten ist.

Nun haben Sie Kritik geübt an dem Gefecht vom 28. August, daß da die kleinen Kreuzer im Stiche gelassen und eine Beute der Engländer geworden wären. Der Überfall der Engländer auf die kleinen Kreuzer war nur möglich, weil draußen Nebel und unsichtiges Wetter herrschte, während es in Wilhelmshaven klar war; sobald die Möglichkeit war, auszulaufen, sind auch die Schiffe ausgelaufen. Also die Vorstellung, es wäre gewissermaßen eine Art Zurückhaltung der großen Schiffe gewesen, ist unrichtig.

Sie sagten, Herr Zeuge Weber, die Skagerrakschlacht wäre nach Ihrer Ansicht eine Niederlage gewesen, wir wären mit äußerster Kraft nach Hause gefahren, die Führung hätte versagt, und die „Westfalen" hätte, ohne zu wissen, von wem und woher, mit einemmal Feuer bekommen. Die „Westfalen" ist in das Gefecht richtig hineingekommen, es ist doch das Schiff gewesen, das den ruhmreichsten Anteil an der Nachtschlacht gehabt hat. „Westfalen" allein hat nach meiner Erinnerung fünf englische große Torpedoboote abgeschossen.

Zeuge *Weber:*

Von dem Gefecht vom 28. August an sich habe ich gar nicht gesprochen. Es handelt sich nur um die „Blücher"-Geschichte. Und was die Skagerrakschlacht betrifft, so habe ich nicht gesagt, daß die „Westfalen" speziell einen Feuerüberfall bekommen hat, sondern beim Sammeln der Flotte abends waren wir in der Nähe vom Kreuzer „Lützow", da kam ein Feuerüberfall nicht auf die „Westfalen" allein, sondern auf das ganze Schlachtschiffgeschwader.

Abg. *Dittmann* (zur Geschäftsordnung):

Es ist nicht unsere Aufgabe, die militärischen Einzelheiten der

Skagerrakschlacht oder ähnliche Dinge hier zu erörtern. Wir haben die Zeugen im Zusammenhang gehört. Sie haben über ihre Eindrücke von damals, die sich auf diese militärischen Dinge bezogen, berichtet. Sie haben uns dabei mitgeteilt, wodurch ihrer Meinung nach das Vertrauen der Mannschaften zu den Offizieren erschüttert worden ist. Dabei ist es an sich ganz gleichgültig, ob das, was sie damals geglaubt haben, objektiv richtig ist in bezug auf die militärischen Dinge. Für unsere Untersuchung kommt lediglich in Betracht, ob durch solches militärisches Versagen der Offiziere, wie es nach Meinung der Mannschaften vorgekommen ist, die Stimmung zwischen Offizieren und Mannschaften getrübt worden ist.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich habe die Frage zugelassen, weil es sich darum handelt, festzustellen, was der Herr Zeuge Weber gestern über eine militärisch-strategische Frage ausgesagt hat. Ich glaube, wir sind sachlich doch der Auffassung, daß es sich bei der ganzen Vernehmung nicht darum handelt, irgendwelche militärisch-strategischen Vorgänge klarzustellen, sondern die Vorgänge auf den Schiffen im Zusammenhang mit der Propaganda für den Zusammenbruch zu erörtern.

Sachverständiger *Alboldt:*

Herr Abgeordneter Brüninghaus hat mehrfach Widersprüche zwischen den aktenmäßigen Aussagen der beiden Herren Zeugen und ihren jetzigen bemängelt. Ich mache darauf aufmerksam, daß solche Widersprüche sich auch in den früheren Aussagen Sachses und seinen letzten Bekundungen vor dem Ausschuß finden. Sachse hat hier als Zeuge von einer großen und straffen Organisation gesprochen, die unter seiner Leitung angeblich schon 1915 bestanden haben soll. Er hat da von 3000 organisierten Mannschaften gesprochen. Demgegenüber hat Sachse am 11. August 1917 ausgesagt — ich folge hier den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Brüninghaus —:

„Bis Ende Juni oder Anfang Juli 1917 bestand eine eigentliche Organisation mit flottenfeindlichen Zielen nicht. Lediglich auf „Friedrich der Große" hatten sich einige Gesinnungsgenossen zusammengefunden, denen aber nur an der Beseitigung von Mißständen innerhalb des Schiffes lag."

Das ist ganz genau das gleiche, was die Zeugen Beckers und Weber jetzt hier ausgesagt haben.

Ferner hat Sachse in seiner Aussage 1917 Äußerungen über das Büro der „Organisation" getan, die den Beweis erbringen, daß von einer straffen Organisation schon seit 1915 oder auch 1917 nicht die Rede sein kann.

Ich frage nun die Zeugen: Haben Sie schon 1915 oder 1916 etwas von einer Organisation gewußt oder gehört?

Zeugen *Weber* und *Beckers:*

Nein!

Sachverständiger *Alboldt:*

Hätten Sie wohl etwas davon hören müssen, wenn eine solche Organisation bestanden hätte?

Zeugen *Weber* und *Beckers:*

Ja!

Sachverständiger *Alboldt:*

Halten Sie es überhaupt für möglich, daß schon 1915 oder 1916 3000 Mann „organisiert" waren, das heißt ihm zur Verfügung standen zu irgendwelchen Maßnahmen?

Zeuge *Weber:*

Das ist gänzlich ausgeschlossen!

Zeuge *Beckers:*

Wenn alle so empfindlich gewesen wären wie ich, hätte die Organisation bestimmt schon bestanden. Aber sie sind nicht alle wie ich gewesen.

Sachverständiger *Alboldt:*

Zeuge Weber, Sie haben dem sogenannten Kopf auf „Friedrich der Große" angehört. Hatte die sogenannte Organisation dort 1917 ein Büro?

Zeuge *Weber:*

Nein.

Sachverständiger *Alboldt:*

Standen mechanische Hilfsmittel, Schreibmaschinen usw. zur Verfügung?

Zeuge *Weber:*

Nein.

Sachverständiger *Alboldt:*

Hatten Sie Hilfskräfte, die für irgendeine Arbeit dauernd zur Verfügung waren?

Zeuge *Weber:*

Nein.

Sachverständiger *Alboldt:*

Über wieviel wirkliche sogenannte Vertrauensleute verfügten Sie an Bord Ihres Schiffes?

Zeuge *Weber:*

Die Frage ist mit einem Wort nicht zu beantworten. Es waren viele Leute da, die mit uns einer Meinung waren. 1917 war ja die Sache doch tatsächlich schon soweit gediehen, daß man sagen konnte: fast alle, sogar die, die nicht davon sprachen, machten mit.

Sachverständiger *Alboldt:*

Das gleiche gilt für die übrigen Schiffe?

Zeuge *Beckers:*

Das habe ich schon bestätigt.

Sachverständiger *Alboldt:*

Standen laufende Barmittel zur Bestreitung irgendwelcher Unkosten zur Verfügung und wenn ja, in welcher Höhe?

Zeuge *Weber:*

Alle zehn Tage 4,30 Mark, die Löhnung.

Sachverständiger *Alboldt:*

Ihre eigene Löhnung?

Zeuge *Weber:*

Das verteilte sich auf die einzelnen. Ich möchte bemerken, daß wir nicht nötig hatten, von diesen 4,30 Mark für die angebliche Zentrale etwas auszugeben; denn dazu gebrauchten wir keine Mittel.

Sachverständiger *Alboldt:*

Wurden regelmäßige Besprechungen abgehalten, und wenn ja, in welcher Zeitfolge, und wieviel Personen nahmen ungefähr daran teil?

Zeuge *Beckers:*

Regelmäßig nicht. Es kam darauf an, wie die Schiffe im Hafen lagen.

Sachverständiger *Alboldt:*

Nahmen an diesen Besprechungen immer alle oder doch fast alle der sogenannten Führer teil?

Zeuge *Weber:*

Das war nicht möglich; denn die dienstlichen Verhältnisse lagen so, daß es unmöglich war, zu einer bestimmten Zeit alle frei zu haben. Sachse war Pumpenmeister, und die hatten laufend Wachdienst. Wir hatten nach Abend Klar Deck.

Sachverständiger *Alboldt:*

Wurde bei den Besprechungen oder den größeren Zusammenkünften — den Versammlungen — jemals ernsthaft und detailliert erörtert, wie die Schlagfertigkeit eines einzelnen Schiffes, eines Verbandes oder gar der ganzen Flotte lahmgelegt oder nur beeinträchtigt werden könnte oder sollte, etwa durch Sabotageakte?

Zeuge *Weber:*

Ich habe schon zum Ausdruck gebracht, daß es Leute gegeben hat, die sich vorgestellt haben, es solle die rohe Gewalt kommen. Aber andererseits bin ich auch davon überzeugt, daß dieselben Leute, wenn es dazu hätte kommen sollen, bestimmt einen Zurückzieher gemacht haben würden. Ich glaube, ich bin selbst in dieser Verfassung gewesen. Jeder sagte sich: Wenn sie es alle machen, tun wir es auch. Aber daß z. B. Sachse von „Friedrich der Große" sagt, daß er am Telephon gestanden hat und „Feuer aus!" angeordnet hat, das erkläre ich glatt für Unwahrheit. Bestimmte Beschlüsse wurden also in dieser Hinsicht nicht gefaßt.

Sachverständiger *Alboldt:*

Ist ernsthaft davon gesprochen worden: Wollen wir etwas tun, und was?

Zeuge *Weber:*

Nein. Es war auch gar kein Rückhalt dazu da. Daß ein hitziger Kopf dagewesen ist, der gesagt hat: so muß es kommen, das gab es natürlich. Aber die Leute waren bestimmt nicht dafür zu haben, selbst etwas zu tun. Es wurden natürlich erregte Worte gebraucht, wie sie auch an der Front gebraucht wurden. Aber das kann man nicht als einen Beschluß hinstellen.

Zeuge *Beckers:*

Sachse hatte seinerzeit behauptet, er hätte von einigen Leuten vom „Prinzregent" gehört, ich hätte die Akkumulatoren zertrümmert. Es soll ein Zettel dabei gefunden worden sein, auf dem stand: „Rache" oder so ähnlich. Es ist unrichtig, daß ich so etwas gemacht habe. Ich habe selbst erst davon gehört, als es mir von Kriegsgerichtsrat Breil vorgehalten wurde.

(Zuruf: Das kennzeichnet aber Sachse!)

Sachverständiger *Alboldt:*

Haben die Mannschaften, die zu Ihnen hielten, also gewissermaßen mitmachten, dies mehr oder ausschließlich aus irgendeiner politischen Einstellung getan oder aus dem unpolitischen Gefühl der Verbitterung über die bestehenden Zustände heraus?

Zeuge *Weber:*

Eine politische Organisation hat ja gar nicht bestanden. Ich kann natürlich nicht sagen, ob der einzelne, der eine oder andere, wenn er solche Äußerungen machte, die etwas scharf oder radikal waren, das auf Grund seiner politischen Überzeugung oder auf Grund seines Mißmutes über die gesamten Verhältnisse tat.

Sachverständiger *Alboldt:*

Es ist Ihnen also nicht bewußt, daß, erkennbar nach der politischen Überzeugung, dies oder das Schlagwort gefallen ist?

Zeuge *Weber:*

Ich habe schon gesagt, daß wir durch den Vortrag des Herrn Herre gebremst wurden. Ich kann mich z. B. bestimmt entsinnen, daß ich selbst gesagt habe: Herrschaften, die Sache wird nicht gedeckt, seid äußerst vorsichtig!

Sachverständiger *Alboldt:*

Wieviele von den zu Ihnen haltenden Mannschaften waren überhaupt erkennbar politisch organisiert?

Zeuge *Beckers:*

Wenige.

Zeuge *Weber:*

Ich glaube, fest organisiert war wohl kein einziger. Ich habe schon gesagt, daß Listen aufgestellt wurden für die Abonnenten der

Zeitungen. Aber das war nicht gleichbedeutend mit ihrer Organisierung.

Sachverständiger *Alboldt:*

Halten Sie es für möglich, daß, so wie die Sache 1917 war, gegebenenfalls eine Anordnung von Ihnen, militärische Sabotage zu betreiben, auf den anderen Schiffen befolgt wäre? Setzen wir den Fall, Sie hätten gesagt: Du Schiff sollst nicht hinausgehen?

Zeuge *Weber:*

Ich möchte die Frage dahin beantworten, daß ich selbst nicht die Anmaßung gehabt hätte, zu sagen: Ich hätte die Macht, die Leute soweit zu beeinflussen; im übrigen aber saß in der Besatzung nur ein bestimmter militärischer Geist darin. Auf Grund der Instruktion, auf Grund der Einexerziererei würde ich auch nie gewagt haben, so etwas zu machen. Ich glaube, ich selbst hatte auch noch den militärischen Drill. Ich hätte ohne weiteres, wenn es geheißen hätte: „Anker auf" oder: „Gefechtsklar" mitgemacht. Denn wer wollte in dem Moment, wo so etwas kam, die Verantwortung übernehmen? Das war ganz unmöglich.

Sachverständiger *Alboldt:*

Also auch auf Ihrem Schiff wäre eine Anordnung von Ihnen, wenn Sie sie getroffen hätten, nicht befolgt?

Zeuge *Weber:*

Nein, auf keinen Fall.

Zeuge *Beckers:*

Ich persönlich spielte mit dem Gedanken: wenn sich die Sache noch etwas weiter entwickelt hätte, hätte ich es einmal durchzusetzen versucht, möglichst viele „Prinzregent"-Mannschaften an Land zu schicken und sie zu überreden, nicht zu grüßen. Denn gerade das Grüßen, das mir seit dem ersten Tage meiner Militärzeit zuwider gewesen war, war zur ödesten Form ausgeartet. Man mußte manchmal betrunkene Offiziere noch grüßen. Ich habe es manchmal versucht, einen betrunkenen Offizier achtlos an mir vorübergehen zu lassen, und wurde trotzdem angehalten, um die Ehrenbezeugung nachzuholen. Natürlich habe ich mich oft davor gedrückt.

Sachverständiger *Alboldt:*

Sie hatten aber die Möglichkeit der Einwirkung auf die Mannschaft nicht?

Zeuge *Beckers:*

Nein, ich sage das nur, um zu beweisen, wie wenig uns damals die Möglichkeit gegeben war, einen bestimmten Einfluß auf die Mannschaften auszuüben, obwohl wir, wie gesagt, organisiert waren zu dem Zweck, in Verpflegungssachen eine schnellere Nachrichtenübermittlung herbeizuführen.

Sachverständiger *Alboldt:*

Wie ungefähr war der Prozentsatz der Reservisten an Bord bei Ihnen?

Zeuge *Weber:*

Auf „Friedrich der Große" bin ich darüber nicht genau im Bilde, denn zu der Zeit waren gar nicht mehr viel Reservisten da. Die hatten wir hauptsächlich im Anfang.

Zeuge *Beckers:*

Auf „Prinzregent" kann ich mich erinnern, daß in jeder Wache — es waren nur Heizerwachen von 52 oder 56 Mann — vielleicht vier oder fünf alte Leute waren.

Sachverständiger *Alboldt:*

Haben Sie gefunden, daß gerade diese Reservisten bei Ihnen aktiver waren als die anderen?

Zeuge *Beckers:*

Im Gegenteil! In Frage kamen hauptsächlich diejenigen Leute, welche vor dem Kriege schon aktiv dienten.

Sachverständiger *Alboldt:*

Haben Sie schließlich, als Sie nach Ihrer Freilassung aus dem Zuchthaus in Wilhelmshaven sich informierten, wie es während Ihrer Abwesenheit von der Flotte weitergegangen ist, irgend etwas davon gehört, daß diese sogenannte Bewegung, derentwegen Sie bestraft worden sind, nach dem Sommer 1917 weiterbestanden, ja sich sogar immer weiter entwickelt hat und unter zentraler Führung immer weiter gewachsen ist und diese so gewachsene Bewegung den endlichen Umschwung, die sogenannte Revolution, herbeigeführt hat?

Zeuge *Weber:*

Ich kann von „Friedrich der Große" Auskunft geben. Ich bin nach Wilhelmshaven gefahren, nach Entlassung aus der Strafanstalt. Wie ich an Bord kam, ging es natürlich drunter und drüber. Nachdem ich zu meiner alten Korporalschaft, zu meiner alten Division gegangen war, fragte ich dann nach den Vorgängen, da ich ein Interesse daran hatte, zu wissen, wie alles gekommen ist. Da wurde mir nur in großen Zügen gesagt: wie damals die Urteile herausgekommen wären, sei die Verpflegung tatsächlich besser geworden; es habe allerdings traurige Opfer gekostet, und man bedauerte den Tod von Reichpietsch. Ich habe auch die Frage gestellt: Ist es denn tatsächlich so, wie es seinerzeit in der Anklage behauptet worden ist, ist denn später diese bewußte „Zentrale" etwas schärfer in die Erscheinung getreten? Da bekam ich wörtlich zur Antwort: „Unser Soldatenrat sitzt im Kartenhaus oben auf der Brücke, da kannst du einmal hingehen. Wir wollen dir weiter nichts sagen, da bist du platt." Ich gehe oben auf die Brücke, und da sah ich denn nun all die Großen sitzen, vor denen man sich seinerzeit besonders in acht nehmen mußte. Also es waren tatsächlich Leute, die früher nichts riskiert hatten, weil sie eine

Heidenangst hatten. Nachdem es aber nun so weit war, drängten sie sich sofort an die Spitze. Als ich dies gesehen hatte, habe ich von „Friedrich der Große" Abschied genommen, weil das doch ein ganz eigenartiges Gefühl in mir erweckte. Ich bin zur Stammkompagnie gegangen, habe meine Sachen geholt, die noch da waren, und auch meine Entlassung genommen.

Sachverständiger *Alboldt:*

Sie hätten bei diesen ganz offenen Unterhaltungen in Wilhelmshaven doch hören müssen, ob diese Organisation weitergegangen ist, ob eine sogenannte Zentrale weiterbestand?

Zeuge *Weber:*

Da hätte ich bestimmt etwas hören müssen.

Zeuge *Beckers:*

Drei Monate nach meiner Einlieferung in das Zuchthaus Celle mußte ich nach Wilhelmshaven, um gegen Leute von „Prinzregent" als Zeuge aufzutreten. Ich fragte dabei die Posten: Wie steht es jetzt hier? Da sagten sie: Einige Monate hat sich die Verpflegung sehr gebessert; jetzt geht's wieder bergab. Nun sagte der Wachtmeister, der mich damals von Celle nach Wilhelmshaven brachte: „Da haben Sie es, Sie müssen jetzt trocken Brot kauen, und diejenigen, um derentwillen Sie die Sache gemacht haben, haben sich ganz zurückgezogen und jetzt den Nutzen der besseren Verpflegung." Den Eindruck, von dem der Zeuge Weber soeben sprach, hatte ich auch.

Sachverständiger *Alboldt:*

Ich frage, ob bei der Unterhaltung, die Sie nachher hatten, das Gefühl kommen konnte, daß gewissermaßen Nachfolger dagewesen sind.

Zeuge *Beckers:*

Man nahm wohl sehr an unserem Elend teil; aber daß irgend etwas geplant bzw. versucht wurde, etwas zu unternehmen, uns zu befreien, davon war nie die Rede.

Sachverständiger *Alboldt:*

Haben Sie überhaupt jemals gehört, daß Sie direkte Nachfolger in der „Führung" gehabt hätten?

Zeuge *Weber:*

Wenn die Frage so aufgefaßt werden soll, ob wir politische Nachfolger hatten, wie der Ausdruck vielfach gebraucht worden ist, dann ist das irrig. Aber die Stimmung, so ist mir gesagt worden, ist nach dem Urteil nicht besser geworden. Aber eine Nachfolgeschaft unseres sogenannten „Zentralbureaus", wovon selbst überhaupt keine Rede sein kann, ist nicht dagewesen. Aber die Stimmung insgesamt hat einen Schlag durch die Urteile bekommen.

Zeuge *Beckers:*

Ich glaube, Sachse hatte seinerzeit einmal im Untersuchungsgefängnis Wilhelmshaven gesagt, der evangelische Geistliche hätte

ihm gegenüber erklärt, es wären wieder Unruhen an Bord entstanden. Ob sich das so verhielt, weiß ich nicht. Vielleicht ist es eine der bekannten Äußerungen Sachses, die nicht der Wahrheit entsprechen bzw. aufgebauscht sind. Auf „Prinzregent" konnte eine derartige Nachfolge überhaupt nicht entstehen, weil man fast die gesamte „Prinzregent"-Mannschaft ausgehoben hatte. Es sind eine Menge Mannschaften zur Front versetzt worden; davon sind viele gefallen.

Sachverständiger *Alboldt:*

Ich habe die beiden Herren Zeugen dahin verstanden, die Vorgänge Ende Juli 1917, die sogenannten Ausmärsche, seien spontane Handlungen gewesen, ausgelöst durch die bekannten militärischen Vorgänge auf „Prinzregent", militärischer Drill der Heizerwache usw.?

Zeuge *Beckers:*

Ich wiederhole: Der sogenannte erste Ausflug der dritten Heizerwache, der ich ebenfalls angehörte, geschah als Wirkung eines Befehls seitens eines technisch geschulten, aber pädagogisch völlig unfähigen Offiziers, der statt Kinodienst, der uns rechtmäßig zustand, militärischen Dienst, der nur als Strafe zu bewerten war, anordnete. Der Zweck dieses Ausflugs war, gegen diesen unsinnigen Befehl zu protestieren. Die Ursache des zweiten sogenannten großen Ausflugs, die angebliche Meuterei, war der Ausfluß der Mißstimmung gegen die willkürliche Bestrafung, die auf Grund des ersten Ausflugs vorgenommen worden war. Das hatte aber mit der Zentrale, mit der Hauptbewegung, nichts zu tun. Es kam überraschend, wenn auch Köbis die bekannten Worte gebraucht hat: „die dritte Wache hat uns einen Strich durch die Rechnung gemacht" und: „in einigen Wochen wollen wir zum großen Schlag ausholen". Damit meinte er aber bestimmt, wie ich auch schon ausgeführt habe, die von verschiedenen Seiten aus angeregte Friedensdemonstration, einen Umzug durch die Stadt gegen den Krieg, für den Frieden, aber nicht für den Frieden „um jeden Preis"!

Sachverständiger *Alboldt:*

All Ihre Handlungen bezweckten in erster Linie, nur den an Bord bestehenden Mißständen entgegenzutreten?

Zeugen *Beckers* und *Weber:*

Das ist richtig.

Sachverständiger *Alboldt:*

Wäre es Ihrer Meinung nach auch noch ganz am Schluß, Oktober 1918, möglich gewesen, soweit Sie das beurteilen können, bei entsprechendem Verhalten der Offiziere gegenüber den Mannschaften, d. h. nach Abstellung der Mißstände und bei freier, offener kameradschaftlicher Aussprache, die Flotte zur Unterstützung der Kameraden in Flandern in die Schlacht zu führen?

Zeuge *Weber:*

Das weiß ich nicht, weil ich die letzten 14 Monate im Kriege

absolut nichts von der Stimmung gehört habe. Aber für möglich möchte ich das nach dem, was ich gehört habe, nicht halten. Denn die Stimmung hat sich nur in der ersten Zeit nach unserer Verurteilung etwas gebessert.

Zeuge *Beckers:*

In bezug auf diese Stimmung vor unserer Verhaftung möchte ich mit den bekannten Bordausspruch anführen: „eine einzige Kombüse an Bord, und wir schlagen den Rekord." Es bestanden aber 4 oder 5 oder 6 verschiedene.

Sachverständiger *Alboldt:*

Also eine einheitliche Verpflegung?

Zeuge *Beckers:*

Ja, eine einzige für alle.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Seit wann ist denn die „Leipziger Volkszeitung" in größerem Maßstab auf den Schiffen gelesen worden?

Zeuge *Beckers:*

Seit Ende Juni, Anfang Juli 1917.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Hat da eine planmäßige Werbearbeit eingesetzt für die „Leipziger Volkszeitung" und die ihr verwandte Presse?

Zeuge *Beckers:*

Nein, planmäßig nicht. Planmäßig wurde die Sache erst einige Tage vor der Herre-Versammlung.

Zeuge *Weber:*

Es war wirklich nicht nötig, Werbungen für die „Leipziger Volkszeitung" zu machen. Die Leute drängten sich an die Back, wo eine „Leipziger Volkszeitung" lag, und man hörte dann allgemein: die will ich auch haben. Man sammelte sich gewissermaßen immer da, wo die „Leipziger Volkszeitung" oder manchmal auch der „Vorwärts", jedenfalls eine Zeitung lag, die den Leuten zusagte.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Sind vor Sommer 1917 derartige Zeitungen weiter verbreitet gewesen?

Zeuge *Weber:*

Auf der „Westfalen", auf der ich bis August 1916 war, habe ich die „Leipziger Volkszeitung" nicht gesehen. Ich habe sie erst auf „Friedrich der Große" angetroffen. Einen bestimmten Zeitpunkt kann ich nicht angeben. Als ich hinkam, war hauptsächlich der „Vorwärts" vertreten, allerdings in nur wenigen Exemplaren. Wenn ich mich recht entsinne, wird es März oder April 1917 gewesen sein, als ich einmal eine „Leipziger Volkszeitung" gesehen habe. Dann ging das allmählich so weiter. Aber gerade die Leute — das ist mir schon immer aufgefallen, und das möchte ich auch hier erwähnen —, die zuerst die

„Leipziger Volkszeitung“ abonniert hatten, sind in dieses Verfahren überhaupt nicht verwickelt gewesen. Das war das Eigenartige.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Haben Sie die Zeitungen durch die Post bezogen?

Zeugen *Beckers* und *Weber:*

Unter Kreuzband.

Zeuge *Beckers:*

Wohl seit Mitte Juli habe ich für Mannschaften die Zeitung bestellt. Die Leute kamen zu mir, wenn sie eine USPD-Zeitung abonnieren wollten. Ich schrieb dann für sie an die Expedition der betreffenden Zeitung.

Abg. *Dittmann:*

Es bestand doch eine Festungszensur und außerdem eine Bordzensur. Diese Zeitungen sind legal in die Hände der Leute gekommen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Daran zweifle ich nicht. Mir kam es darauf an, festzustellen, ob die Matrosen die Zeitung selbst gehalten haben oder in großem Umfang, was auch möglich ist, die Zeitung den Leuten zugestellt worden ist, ohne daß sie sie selbst bezahlten.

Zeuge *Weber:*

Nein, sie wurden im Einzelabonnement bezogen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Sind Freiexemplare zugestellt worden?

Zeuge *Beckers:*

Nein, wir mußten bezahlen!

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Wie stand es nun mit den Broschüren, die auf den Schiffen vertrieben worden sind. Sind diese von allein gekommen?

Zeuge *Weber:*

Zunächst waren es nur wenige, die unter den Mannschaften ausgetauscht wurden. In Wilhelmshaven war auf der Bismarckstraße irgendein Verlag, der wohl der SPD nahestand. Da konnten wir Broschüren in der Buchhandlung haben. Außerdem gab es Leute, die vom Urlaub usw. Broschüren mitbrachten, besonders diejenigen, die in Industriezentren, in Großstädten usw. waren.

Abg. Dr. *Moses:*

Ich möchte die Frage an die Zeugen nach der entgegengesetzten Richtung hin stellen, wie sie der Herr Vorsitzende an sie gerichtet hat, nämlich: sind Zeitungen der rechtsgerichteten Parteien auch von den Matrosen abonniert und gehalten worden?

Zeugen *Beckers* und *Weber:*

Ja!

Abg. Dr. *Moses:*

Sind sie abonniert worden, oder sind ihnen auch Exemplare frei zugeschickt worden?

Zeuge *Weber:*

Sie wurden vom Kommando gehalten. Wir bekamen vom Kommando Zeitungen zugestellt.

Abg. Dr. *Moses:*

Haben Offiziere nach der Richtung hin auf Sie eingewirkt, daß Sie diese oder jene rechtsgerichtete Zeitung abonnieren oder lesen sollen, oder haben Ihnen auch Offiziere rechtsgerichteter Parteien, die die Zeitungen abonniert haben, Ihnen solche zugestellt?

Zeuge *Beckers:*

Nein!

Zeuge *Weber:*

Das weiß ich nicht. Ich habe eine ganze Zeitlang die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erhalten. Sie wurde unter Kreuzband an meine Adresse geschickt. Ich habe sie nicht bestellt und auch nicht bezahlt. Wie das gekommen ist, weiß ich nicht.

Abg. Dr. *Moses:*

Und wie ist es mit den Broschüren aus rechtsgerichteten Kreisen gewesen? Sind Ihnen da auch Exemplare zugeschickt oder von den Offizieren zur Lektüre gegeben worden?

Zeuge *Weber:*

Ich weiß davon nichts.

Zeuge *Beckers:*

Ein gewisser Einfluß von seiten der Rechten wurde wohl auf mich ausgeübt, als ich im Zuchthaus in Celle saß. Da habe ich eine Zeitschrift einer vaterländischen Partei bekommen. Sie wurde jede Woche herumgegeben, war aber ungenießbar.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Sie sagten, daß vom Kommando Zeitungen gehalten worden seien. Wissen Sie, welche das waren?

Zeuge *Weber:*

Bestimmt war es das „Wilhelmshavener Tageblatt".

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Wissen Sie, welche Berliner Zeitungen gehalten wurden?

Zeuge *Weber:*

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bekam ich zugeschickt, wie ich sagte.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Die ging aber nicht durch das Kommando.

Zeuge *Weber:*

Nein.

Zeuge *Beckers:*

Ich habe nichts darüber zu sagen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ist Ihnen Ihre Verhaftung vorher bekannt gewesen, so daß Sie darauf vorbereitet waren?

Zeugen *Weber* und *Beckers:* Nein.

Zeuge *Weber:*

Ich war an Land gegangen. Ich hatte Urlaub und bin aus dem Restaurant heraus verhaftet worden.

Zeuge *Beckers:*

Wir ahnten, daß wir über kurz oder lang weggeholt würden, weil wir „ausgeflogen" waren; es bestand ja der Belagerungszustand.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Hatten Sie gewisse Akten vorher beseitigt?

Zeuge *Beckers:*

Nein; gerade bei mir, in meinem Spind, sind Papiere gefunden worden: mein Tagebuch, Aufrufe usw.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Listen?

Zeuge *Beckers:*

Listen nicht!

Zeuge *Weber:*

Meine „Akten" bestanden in einem ganz kleinen Zettel mit Notizen über die Herre-Rede; der war nach Ansicht der Anklagebehörde derartig belastend, daß man darauf das Urteil gegen mich aufgebaut hat.

Abg. *Brüninghaus:*

Es ist ausgesagt worden, daß Herre sowohl in seiner Rede wie in persönlichen Besprechungen, die Sie mit ihm gehabt haben, gesagt habe: „Ich warne euch vor irgendwelchen Gewalttätigkeiten; auch wir von der USPD wollen keine Gewalttätigkeiten haben." Die Gründe für diese Stellungnahme sind nachher in der Unterhaltung mit dem Kieler Parteifunktionär Deus genannt worden; das geht aus den Akten hervor. Warum hat denn Herre gerade Ihnen gegenüber das immer betont? Das hätte doch eigentlich bloß dann einen Grund, wenn Sie ihm gegenüber Ihre Geneigtheit zu Gewalttätigkeiten zum Ausdruck gebracht hätten. Haben Sie ihm gegenüber davon gesprochen, daß überhaupt Gewalttätigkeiten beabsichtigt waren?

Zeuge *Beckers:*

Ich habe Herre zum erstenmal gesehen, als ich schon einige Monate in Celle war.

Zeuge *Weber:*

Ich habe allerdings verschiedentlich mit ihm gesprochen. Ich habe auch hier in meinen Aussagen häufiger von der Warnung von Herre vor Gewalttätigkeiten gesprochen. Die Sachlage war so: Wir waren in einer Versammlung, und da befand sich ein viel älterer, geistig über uns stehender Mann; das war Herre. Er empfand unsere Stimmung. Er hörte genau, wie der eine oder andere sprach. Ich bin heute fest davon überzeugt, daß sich Herre auf Grund dieses Stimmungsbildes und seiner Beobachtungen sagen mußte: Halt, die

Jungens machen Dummheiten, da muß gebremst werden. Ich wiederhole, was ich bereits gesagt habe: Wäre Herre — das gilt auch für meine Person — nicht in Wilhelmshaven gewesen, dann wären vielleicht Dinge geschehen, bei denen man sich gar nicht der schweren Tragweite bewußt gewesen wäre, denen gegenüber alles, was passiert ist, ein Kinderspiel war. Denn man hörte tatsächlich von solchen Dingen; das muß ich zugeben.

Abg. *Dittmann:*

Herre ist überhaupt gar nicht militärisch eingekleidet worden. Er war bei der II. Torpedo-Division in Wilhelmshaven eingezogen, aber schwer nervenkrank. Er hatte im Lazarett gelegen und an dem betreffenden Abend bis 10 Uhr Urlaub. Er ist von einem Kameraden aufgefordert worden: er wisse mehr als die anderen, er möchte hinkommen und etwas über die Entstehung des Krieges usw. erzählen. Da hat Herre ihnen den Vortrag gehalten, den er später rekonstruiert hat, und der bei den Akten ist. Darauf wurde ein Verfahren gegen Herre eingeleitet, weil man ihm unterstellte, er hätte die Leute aufgehetzt. Das Verfahren ist eingestellt worden. Herre ist später zwar entlassen worden in dem Sinne, daß er militärisch nicht brauchbar war; aber man hat ihn trotzdem nicht freigelassen, weil man ihn auf diese Weise politisch kaltstellen wollte.

Abg. Dr. *Moses:*

Der Herr Abgeordnete Brüninghaus meint, so aus der heilen Haut heraus brauchte doch Herre nicht derartige Warnungen zu erlassen; es müßte doch irgend etwas vorgegangen sein. Nein, es ist gerade umgekehrt gewesen: er war im gewissen Sinne eine Art Seelenarzt für die Leute geworden und mußte gerade vorbeugend wirken. Dadurch hat sich sogar Herre in gewissem Sinne auch von Ihrem Standpunkt aus betrachtet ein großes Verdienst erworben!

Abg. *Dittmann:*

Ich will nur mitteilen, daß ganz parallel damit auch die Warnungen gehen, die ich an Sachse und an Reichpietsch gerichtet habe. Die Stimmung, die die Leute einem übermittelten, ließ, ohne daß man etwas Bestimmtes wußte, doch die Befürchtung aufkommen: wenn da wieder einmal eine solche Schweinerei seitens der Offiziere gegenüber den Mannschaften vorkommt, dann braust das einfach aus den Leuten heraus, und deshalb versuchte man, sie zu beschwichtigen und ihnen klarzumachen: Ihr macht euch strafbar; ihr müßt euch selbst beherrschen. Aus dieser Stimmung heraus habe ich damals jeden Matrosen und jeden Soldaten, der mit mir sprach, gewarnt.

Abg. *Brüninghaus:*

Die Zeugen haben übereinstimmend ausgesagt, daß Köbis ausdrücklich erklärt hat: in 14 Tagen oder drei Wochen wollten wir zu einem größeren Schlag ausholen. Ich möchte nun fragen: Sie hatten die Absicht, auf Grund Ihrer Einstellung durch Ihre Lektüre

eine Demonstration zu veranstalten. Der Zeuge Weber hat zum Ausdruck gebracht, daß seine Lieblingslektüre die „Leipziger Volkszeitung" gewesen wäre und ein großer Teil der Leute durch die Artikel in der „Leipziger Volkszeitung" speziell hinsichtlich ihrer Einstellung in bezug auf das Ende des Krieges, auf den Frieden beeinflußt worden sei. Sie wollten also in 14 Tagen bis drei Wochen zu einem größeren Schlage ausholen, das heißt eine große Demonstration gegen den Krieg und für den Frieden veranstalten. Sie wollten mit möglichst geschlossener Schiffsbesatzung an Land eine große Friedenskundgebung veranstalten.

Ist Ihnen niemals dabei zum Bewußtsein gekommen, daß eine derartige Demonstration gegen den Krieg und für den Frieden, die Sie planten, außenpolitisch, militärisch gesehen, ein ungeheurer Schlag für das gegen eine Welt von Feinden im Kriege stehende Deutschland sein mußte? Haben Sie sich das niemals überlegt: Hier gehen von den in Dienst befindlichen Schiffen der Flotte die Heizer und veranstalten eine große Demonstration gegen den Willen der Vorgesetzten, für den Frieden und gegen den Krieg? Haben Sie niemals daran gedacht, daß, wenn Ihr Plan zur Ausführung gelangt wäre, das für die Kriegführung ungefähr das Ende bedeutet hätte, daß dann das Ausland gesagt hätte: Auf der deutschen Flotte machen die Matrosen und Heizer überhaupt nicht mehr mit! Ist Ihnen denn das fürchterlich Gefährliche Ihres Planes nie zum Bewußtsein gekommen?

Zeuge *Beckers:*

Der Zeuge Weber hat selbst ausgesagt, daß ihm nichts davon bekannt gewesen wäre. Das ist ein Beweis dafür, daß die Sache nicht einheitlich geführt wurde. Mit Köbis habe ich des öfteren über den Demonstrationszug gesprochen, der übrigens nicht bewaffnet vor sich gehen sollte, und der Grundgedanke war, auf die deutsche Kriegführung einen gewissen Druck auszuüben. Wir wollten den damals von verschiedenen Seiten schwebenden Friedensangeboten ein wenig nachhelfen. Es sollte mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht werden, daß die Flotte sich gegen die Fortführung des „Krieges um jeden Preis", wie es auf der anderen Seite gesagt wurde, wehrt. Wir wollten das eben nicht! Und wir wollten durch unsere Demonstration zum Ausdruck bringen, daß wir lange genug Krieg geführt hätten. Es schwebten damals bekanntlich Friedensmöglichkeiten; das wurde in den Zeitungen hin und her debattiert. Wir hätten unsererseits versucht, dem Friedenswunsch Ausdruck zu verleihen. Über die Folgen haben wir auch gesprochen.

Zeuge *Weber:*

Wenn gefragt wird, ob wir uns klar darüber gewesen sind, daß unsere Demonstration außenpolitisch und vielleicht auch dem deutschen Volke gegenüber eine Bedeutung erlangt hätte, so erwidere ich

darauf: Selbstverständlich waren wir uns darüber klar; denn das war schließlich der Zweck der Sache. Eben weil wir uns darüber klar waren, daß diese Kriegführung bis zum Weißbluten zum Zusammenbruch führen mußte, deswegen taten wir es, deswegen beabsichtigten wir diese Demonstration. Wir taten es nicht im Interesse unserer Mägen, sondern wir dachten menschlich, wir sagten: Warum sollen diese Hunderttausende bluten, warum müssen wir Krüppel haben, warum muß Blut fließen? Weil die Überlegung auf der anderen Seite nicht vorhanden war! Da war aber das große Interesse vorhanden, den Krieg immer weiter zu führen. Die Herren Vorgesetzten mögen wesentlich anders gedacht haben als wir, die hatten eine andre Auffassung von Krieg und Vaterland. Aber wir sagten uns, und mit uns die große Mehrheit unserer Kameraden: Wenn *die* den Krieg aushalten wollen und können, besagt das noch lange nicht, daß wir das tun müssen! Wir waren uns vollständig klar darüber, daß wir durch die weitere Fortsetzung des Krieges alles verlieren. Wir sind uns auch vollständig darüber im Klaren gewesen — die Kriegsartikel waren uns doch auch oft genug vorgelesen worden —, daß das Opfer kosten würde, daß das aber letzten Endes gar keine Rolle spielen dürfe. Das hat Köbis einmal mit aller Deutlichkeit einige Stunden vor der Vollstreckung des Urteils zu mir gesagt, als ich ihn fragte, was werden wird. Mir war damals schon bekannt, daß Beckers und ich begnadigt werden würden, daß das Urteil an Reichpietsch und Köbis aber vollstreckt werden würde. Köbis sagte zu mir: „Wenn es zur Vollstreckung kommt, — es ist bitter, von diesen Leuten noch an die Wand gestellt zu werden, die gar kein Recht dazu haben; aber Opfer müssen bei jeder Bewegung gebracht werden; das Blut wird wirken!" Ob es nun in seinem Sinne gewirkt hat, weiß ich nicht; aber ich weiß, daß Köbis fest in den Tod gegangen ist. Wir sind uns klar gewesen, daß unsere Handlungsweise Strafe nach sich ziehen würde. Wir waren uns klar, daß eine ausgebrochene Meuterei eine Todesstrafe rechtfertigt. Es ist aber keine Meuterei ausgebrochen. Wir sind uns auch klar gewesen, daß die beabsichtigte Demonstration eine Wirkung haben würde; nicht vom außenpolitischen Gesichtspunkt aus; denn das Ausland wußte ohnehin ganz genau, daß wir zusammenbrechen mußten. Darauf brauchten wir daher keine Rücksicht zu nehmen.

Abg. Dr. *Moses:*

Hat es nicht auch unter den Matrosen einige gegeben — wie zum Beispiel den Sachverständigen Stumpf, der uns das ausgeführt hat —, denen zum Bewußtsein gekommen ist, daß gerade durch das Auftreten der Offiziere den Mannschaften gegenüber eine solche Stimmung an Bord erzeugt worden ist, die eventuell gegen die ganze Kriegführung und gegen die Interessen des Vaterlandes wirken mußte.

Zeuge *Weber:*

Jawohl, das habe ich schon zu verstehen gegeben. Wir wußten

ganz genau, daß der Krieg nur dann zu gewinnen wäre, wenn alle die volkstümlichen Worte und Aussprüche zur Wahrheit geworden wären: gleiche Löhnung und gleiches Essen. Aber so radikal wäre auch ich wirklich nicht gewesen; ich hätte den Offizieren mehr Geld zugebilligt, weil es ja ihr Beruf war. Aber das Essen wenigstens hätte gleich sein sollen. Das war das wesentliche; denn die Stimmung ging durch den Magen. Wenn der Magen voll gewesen wäre oder wenn man gesehen hätte: hier ist alles gleich, dann wäre es gar nicht zu Unruhen gekommen, dann tagte heute gar kein Untersuchungsausschuß für diese Sachen!

Zeuge *Beckers:*

Ich möchte noch hinzufügen, daß die einzige Antwort auf unseren Protest hin an Bord stets gewesen ist: das Verlesen der Kriegsartikel; aber man versuchte nie, die Mißstände zu beseitigen! Das war auch eine Antwort! Und das behaupte ich bestimmt: daß der Bratengeruch in der Nähe der Offizierkombüse sämtliche Friedenswünsche bei den Mannschaften steigerte, ja geradezu züchtete.

Abg. *Dittmann:*

Ich will noch eine Frage von dem Zeugen Weber beantwortet haben. Sachse hat mir, als ich ihn persönlich zuerst in Frankfurt am Main aufgesucht habe, einen Vorgang vom Schiff „Friedrich der Große" erzählt und mir ihn später brieflich bestätigt. Trotzdem habe ich bisher keinen Gebrauch davon gemacht. Sachse hat mir erzählt: Als die Schiffe von der Skagerrakschlacht zurückgekommen waren, seien sie zunächst noch draußen auf Schillig-Reede gewesen. Da sei schon gesagt worden, die Urlaubsversprechungen könnten nicht eingehalten werden. Das hätte große Mißstimmung unter den Mannschaften erregt. Dann sei weiter gesagt worden, die Extra-Wurst-Portionen für die Heizer könnten auch nicht ausgegeben werden; denn es sei keine Wurst da. Das betraf aber nur die Heizer, nicht die Matrosen. Als aber das Schiff an der Pier festgemacht hatte, habe es nicht lange gedauert — um 1 Uhr sei das Schiff zurückgekommen —, um 2 Uhr sei der Bursche des Ersten Offiziers mit einem Koffer das Fallreep hinuntergegangen. Er sei auf dem Fallreep gestolpert, der Koffer sei ihm entfallen, er sei hinuntergepurzelt und auf dem Kai aufgeschlagen. Der Koffer sei aufgesprungen, und da habe sich gezeigt, daß der ganze Koffer voller Würste gewesen sei. Es habe eine Anzahl Leute an Deck gestanden, die hinuntergeschaut und den Vorgang gesehen hätten. Natürlich habe das helle Empörung bei den Mannschaften ausgelöst. Der Erste Offizier sei dann dazugekommen, es wäre „Seite" gepfiffen worden — so ist ja wohl der technische Ausdruck dafür, daß die Leute vor dem Offizier stillstehen mußten —, der Koffer sei wieder vollgepackt und verschlossen worden, und der Bursche sei damit zur Stadt gegangen. Das soll große Empörung unter den Mannschaften erregt haben. Das betraf nur die Heizer;

aber an Deck standen auch Matrosen, so daß ich annehmen darf, daß auch Matrosen diesen Vorgang haben beobachten können. Ist Ihnen etwas davon bekannt geworden?

Zeuge *Weber:*

Ich war nach der Skagerrakschlacht nicht auf „Friedrich der Große", sondern noch auf der „Westfalen". Ich habe auch nichts von dem Vorfall gehört.

Abg. *Brüninghaus:*

Ich möchte nur betonen: als wir nach der Skagerrakschlacht eingelaufen waren und die havarierten Schiffe in die Häfen kamen, haben wir zunächst die halbe Besatzung auf vier Wochen beurlaubt und dann die andere Hälfte ebenfalls. So sind alle zu ihrem Recht gekommen.

Abg. *Dittmann:*

Sie sehen also, wie vorsichtig ich gegenüber den Behauptungen Sachses gewesen bin, daß ich bis zum heutigen Tage gar keinen Gebrauch davon gemacht habe.

Zeuge *Beckers:*

Gewiß, wir verständigen Leute sahen ein, daß die Schiffe, die durch Zufall nichts abbekommen hatten, wie „Prinzregent", für die übrige Flotte, die havariert war, auf Wache gehen mußten. Über ein halbes Jahr sind wir auf Wache gegangen, zwei- bis dreimal nur sind wir an Land gewesen. Als aber damals der größte Teil der Flotte im Hafen oder auf der Werft lag und man in den rechtsstehenden Blättern kurz nach der Skagerrakschlacht lesen konnte: diese und jene Schiffe sind gesunken, „die übrigen Schiffe kehrten wohlbehalten zurück", da hat uns diese Lüge — die Wohlbehaltenheit der Schiffe war so, daß sie rückwärts in die Schleuse gefahren werden mußten — mehr geärgert als die Tatsache, daß wir ein halbes Jahr für die anderen auf Wache gehen mußten. Die Mannschaften der Schiffe, die in der Werft lagen, die durch Zufall eins mitbekommen hatten, wurden in Urlaub geschickt.

Sachverständiger *Stumpf:*

Ich habe in meinem kurzen Gutachten die Behauptung aufgestellt: Wenn wir diesen furchtbaren Meutereiprozeß von 1917 nicht gehabt hätten, dann wäre auch der Aufstand von 1918 nicht zur Tatsache geworden. Ich möchte die beiden Zeugen fragen, ob sie derselben Meinung sind.

Abg. Dr. *Moses:*

Das ist doch aber eine unmögliche Frage!

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Es ist eine geschichtlich interessante Frage. Wir können ja die Meinung der Zeugen hören.

Zeuge *Weber:*

Das kann man wohl kaum sagen. Es wäre eine Überhebung,

wenn wir sagen wollten: Weil ein paar Mann Opfer gebracht haben, mußte es zur Revolution kommen. Wir waren davon überzeugt, daß es ganz naturnotwendig zum Zusammenbruch kommen mußte. Ich war damals zehn Jahre jünger; aber die Überzeugung hatte ich bereits. Die damalige Verurteilung hat wohl wesentlich dazu beigetragen, die flaue Stimmung zu vertiefen; aber als Ursache möchte ich das nicht aufgefaßt haben. Als ich ins Zuchthaus kam, war ich fest von dem Gedanken durchdrungen, daß es nicht lange dauern könne, und ich habe damals auch eine Äußerung nach der Richtung hin getan. Als ein Aufseher meinen Verlobungsring sah, sagte er zu mir: „Das ist hier kein Hurenkasten; Sie haben ja 15 Jahre." Darauf habe ich ihm geantwortet: „Darüber werden noch andere Leute sprechen; vielleicht sind es bloß 15 Monate!" Und ich habe recht behalten: ich bin nicht 15, sondern nur noch 14 Monate dort gewesen!

Zeuge *Beckers:*

Wir haben uns wegen unserer Abgeschlossenheit ein Urteil nicht bilden können. Ich glaube aber, daß die Vorgänge von 1918 auf die Vorgänge von 1917 zurückzuführen sind, auf den damaligen Justizmord.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Ist im Jahre 1917 in Ihren Kreisen, unter Ihren Kameraden von der russischen Revolution gesprochen worden? Hat die einen gewissen Eindruck gemacht oder nicht?

Zeuge *Weber:*

Ich entsinne mich gar nicht, daß davon gesprochen worden ist.

Zeuge *Beckers:*

Ich weiß aus der Gerichtsverhandlung, daß eine einschlägige Äußerung von Reichpietsch gefallen sein soll. Reichpietsch soll gesagt haben: „Nach russischem Muster." Diese Äußerung soll Reichpietsch in einer Versammlung im Tivoli getan haben. Ich war in der nämlichen Versammlung anwesend, kann aber nicht sagen, ob die Äußerung wirklich gefallen ist.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Wissen Sie etwas von Linksradikalen?

Zeuge *Weber:*

Aus damaliger Zeit? Nein.

Zeuge *Beckers:*

Bei Werbung für die USPD-Zeitungen wurde manchmal gefragt: Warum USPD? Dann sagte ich: Das ist die augenblicklich radikalste Richtung; deren Ziele wollen wir uns einigermaßen zunutze machen.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Sie haben doch zeitweise an die große Demonstration gedacht; welche Möglichkeit eines Kriegsendes haben Sie sich dabei gedacht? Oder haben Sie darüber überhaupt nicht nachgedacht?

Zeuge *Beckers:*

Ich habe schon ausgesagt, daß wir, wenn ich mit Köbis darüber sprach, unsererseits lediglich bezweckten — im allgemeinen hatten wir den anderen das nicht gesagt; sonst hätten Weber oder die „Friedrich der Große"-Leute es ebenfalls gewußt —, einen gewissen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben, sozusagen um das Verständnis für den Friedenswillen des Volkes zu wecken.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Also Schluß machen?

Zeuge *Beckers:*

Es wäre ja nicht so weit gekommen.

Abg *Dittmann:*

Sachse hat hier vor uns ausgesagt, er persönlich habe Verbindung mit Linksradikalen gehabt, die weiter links gestanden hätten als die USPD. Hat Sachse darüber in der sogenannten Zentrale irgend etwas geäußert? Hat er Mitteilung gemacht, mit wem er Verbindung gehabt hätte, oder hat er sich geäußert über die angeblichen Verbindungen, die er besessen haben will?

Zeuge *Weber:*

Mir gegenüber nicht. Wir waren zusammen an Bord. Wenn Sachse so radikal gewesen wäre wie heute, wäre es sicher ganz anders gekommen. Damals war Sachse aber gar nicht so radikal.

Zeuge *Beckers:*

Ich habe mehrmals mit ihm gesprochen. Als wir aneinandergefesselt nach Cuxhaven geführt wurden, sind wir stets, wenn wir auf Bahnanschluß warten mußten, zusammen in eine kleine Zelle geführt worden. Der Wachtmeister verbot uns auch nicht, uns über die damaligen Vorgänge zu unterhalten. Sachse hat nichts gesagt. Er hätte sicher damals, nachdem er nun den Rücken frei hatte, davon gesprochen. Aber das höre ich heute zum ersten Male.

Abg. *Dittmann:*

Zeuge Beckers hat davon gesprochen, daß er mit Köbis über eine spätere Demonstration sich unterhalten hätte. Herr Weber, der ebenfalls dem Zentralkomitee angehört hat, hat gesagt, davon wisse er nichts. Daraus muß ich schlußfolgern, daß in der Zentrale davon nicht geredet worden ist, sondern daß es sich nur um eine Unterredung gehandelt hat, die zwischen Angehörigen des „Prinzregent Luitpold" stattgefunden hat. Ist in der Zentrale davon geredet worden?

(Zeuge *Weber:* Nein!)

Also es hat sich offenbar nur um eine persönliche Unterhaltung gehandelt?

Zeuge *Beckers:*

Die Zentrale war von vornherein ein kleiner „Möchtegern"; sie existierte gar nicht.

Zeuge *Weber:*

Ich möchte noch folgendes sagen: Wenn man uns als solche Rädelsführer betrachtete, dann verstehe ich nicht, wie man uns in Celle anheimgestellt hat, ein Gnadengesuch zu machen und an die Front zu gehen. Wenn wir wirklich solche gefährlichen Menschen gewesen wären, dann hätten wir doch, nachdem wir die Flotte verseucht hätten, auch noch die ganze Front verseucht. Den Widerspruch kann ich mir nicht erklären.

In den geschäftlichen Sitzungen vom 29. März und 7. April 1927 stellt Abg. D. Dr. Dr. Bredt den Antrag, den Landgerichtsrat Dr. Dobring mündlich als Zeugen zu vernehmen. Dieser Antrag wird mit Mehrheit unter der Maßgabe angenommen, daß zu der Vernehmung Dr. Dobrings die Zeugen Sachse, Weber und Beckers geladen und gegebenenfalls erneut vernommen werden sollen. Auf Anregung der Abgg. Treviranus und Dittmann sollen ferner die früheren Marineangehörigen Geisteuer, Schneider und Steilemann als Zeugen geladen werden.

Sitzung, Sonnabend, den 9. April 1927

Schlußvernehmungen über die Marinevorgänge 1917

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich folgendes zu bemerken. Bei unseren Verhandlungen handelt es sich nicht um die Wiederaufrollung der Gerichtsverfahren, die im Zusammenhange mit den Marinevorgängen 1917 stattgefunden haben. Wir haben nicht die Aufgabe, nachzuprüfen, ob die Urteile juristisch berechtigt waren oder nicht. Uns kommt es vielmehr darauf an, die politischen Zusammenhänge bloßzulegen, zu versuchen festzustellen, ob diese Unruhen aus der Marine hervorgegangen sind oder wieweit sie in diese hineingetragen sind.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Es sind als Zeugen geladen die Herren Landgerichtsrat Dr. Dobring (Berlin), Chauffeur Weber (Münster), Leihbuchhändler Beckers (Aachen), Kolonialwarenhändler Steilemann (Köln), Kaufmann Schneider (Berlin), Angestellter Geisteuer (Spandau), Mechaniker Sachse (Bitterfeld).

Der Untersuchungsausschuß hat beschlossen, vor der heutigen Vernehmung die Zeugen zu vereidigen, mit Ausnahme des Herrn

Zeugen Sachse. Gegen den Herrn Zeugen Sachse schwebt ein politisches Strafverfahren, vor dessen Erledigung es nicht angängig ist, zu seiner Vereidigung zu schreiten. Der Ausschuß behält sich vor, auch seine Aussagen gegebenenfalls später unter Eid zu stellen.

(Darauf werden die Zeugen, mit Ausnahme des Zeugen Sachse, vereidigt; hierauf erfolgt Feststellung der Personalien seitens des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Wir kommen nunmehr zu den Vernehmungen zur Sache. Wir verfahren folgendermaßen: Zunächst wird der Herr Berichterstatter Abg. Joos die im Ausschuß besprochenen Fragen zum Vortrag bringen. Dann werden die Herren Mitglieder des Ausschusses und Sachverständigen Gelegenheit zum Fragen an die Zeugen erhalten.

Abg. *Joos:*

Ich werde durch meine Fragen Zeugen einander gegenüberstellen, die in Prozesse verwickelt waren, in denen schwere Strafen, auch Todesurteile, verhängt worden sind. Es ist menschlich erklärlich, daß noch heute die Empfindungen bei den einzelnen Zeugen sehr gemischte sein werden. Ich bitte die Zeugen, alle Empfindungen des Vorurteils und Ressentiments zurückzusetzen. Denn dem Ausschuß geht es hier lediglich darum, politische Zusammenhänge, sofern welche vorlagen, zu sehen und herauszufinden.

Herr Zeuge Dr. Dobring, ich habe Ihnen unter dem 9. November 1926 ein Schreiben zugesandt. Der Wortlaut wird Ihnen in Erinnerung sein. In der Einleitung habe ich gesagt, daß der Ausschuß sich „weder moralisch noch effektiv als Revisionsinstanz der Verfahren und der Erkenntnisse betrachtet, die im Jahre 1917 vor den Kriegsgerichten ergangen sind". Im Anschluß daran habe ich Ihnen Fragen vorgelegt, und diese Fragen haben Sie schriftlich beantwortet. Gewisse Zeugenaussagen — mündliche und schriftliche —, die in der Zwischenzeit noch erfolgt sind, legen es uns nunmehr nahe, Ihr mündliches Zeugnis zu einzelnen Fragen zu erhalten.

Wenn ich die Fragengruppen, die jetzt zur Debatte stehen, vor Ihnen entwickle, so handelt es sich um zwei: eine Fragengruppe, die sich um das sogenannte „*Programm* der Matrosen" dreht, und eine zweite Fragengruppe, die sich mit der *Art und Weise* befaßt, wie Sie als damaliger Marine-Untersuchungsrichter zu Feststellungen über gewisse Zusammenhänge gekommen sind. Ich wende mich zuerst der ersten Fragengruppe über das Programm zu. Wir haben Ihnen die konkrete Frage gestellt: Wie ist das angebliche Programm der USPD, dessen vier Punkte sich in den Akten überall wiederfinden, zustandegekommen? Sie haben darauf geantwortet, daß schon die Fragestellung falsch wäre.

(Zeuge Dr. *Dobring:* Jawohl!)

Sie haben an die Aussage von Sachse vom 9. August 1917 erinnert.

Er spricht von der Tivoli-Versammlung, er spricht davon, daß eine Organisation gebildet werden sollte, die folgende Zwecke verfolgte. (Es kommen dann die bekannten vier Punkte.) Sie fügen hinzu, daß Sachse noch jetzt behauptet, die Billigung des Abg. Dittmann für diese Punkte gehabt zu haben. Ich halte es für richtig, einzelne Stellen Ihres Antwortschreibens an den Ausschuß wörtlich in Erinnerung zu bringen. Sie schreiben:

„Weil die Meuterer dieses von Sachse selbst als anarchistisch bezeichnete Programm aufgestellt und sich zu seiner gewaltsamen Durchführung organisiert hatten, ist Anklage gegen sie erhoben worden. Wenn in meinen Akten irgendwo, was ich zurzeit nicht nachprüfen kann, aber bezweifle, kurzweg gesagt sein sollte: Programm der USPD, so kann das nur heißen: das von der USPD in der Gestalt des Herrn Dittmann gebilligte Programm der Meuterer."

(Zeuge Dr. *Dobring:* Jawohl!)

Sie erinnern sich dann an weitere Stellen, worin Sie sagen, der Abgeordnete Dittmann hätte *Kenntnis* davon erlangt, nicht aber, daß er das Programm seinerzeit aufgestellt habe. Sie schließen diesen Passus über das Protokoll:

„Das Protokoll vom 9. August 1917, das dieses ‚Programm' anführte, ist die freiwillige Darstellung des Beschuldigten Sachse. Ich habe kein Wort dazu, keines davon getan. Lediglich die Numerierung der einzelnen Punkte stammt von mir."

(Zeuge Dr. *Dobring:* Richtig!)

„Nachdem meine Protokollführer über mich und mein Verfahren gehört sind, glaube ich, nach dieser Richtung nichts mehr sagen zu brauchen. Ob der Ausschuß annehmen will, daß Sachse mich belogen hat und daß, auf die Gefahr ihres Kopfes hin, Reichpietsch und die anderen Beschuldigten diese ‚Lügen' aufgenommen haben, muß ich dortiger Entscheidung anheimstellen."

Nun haben wir vor dem Untersuchungsausschuß Herrn Sachse, auf den Sie sich stützen, als Zeugen vernommen. Er hat uns etwas ganz anderes gesagt. Wir haben ihm die strikte Frage vorgelegt: Haben Sie dieses Programm dem Kriegsgerichtsrat Dr. Dobring in dieser Form vorgetragen, oder ist dieses Programm aus einer längeren Aussage von ihm zusammengestellt und alsdann durch Ihre Unterschrift als richtig anerkannt worden? Darauf hat uns unter dem 11. März bei seiner Zeugenvernehmung Herr Zeuge Sachse etwa folgendes gesagt:

In der zweiten Frage wird gesagt, daß ich vor dem bekannten Kriegsgerichtsrat Dobring eine Aussage gemacht haben soll, die sogar ein konkretes Programm der revolutionären Matrosenbewegung gewesen sei. Man fragt mich, wie das zustande gekommen sei usw. Ich will dazu folgendes sagen: Die Frage ist schon falsch. Es hat kein Flottenprogramm gegeben mit diesen Formulierungen.

Das Programm, wie es hier vorliegt, ist von dem Kriegsgerichtsrat auf Grund der verschiedensten Aussagen und Verhöre, die gemacht worden sind, bunt zusammengestellt. Wir haben von vornherein bei jeder Vernehmung erklärt, daß dieses Programm nicht das Programm der Matrosenbewegung oder der USPD oder irgendeiner anderen Arbeiterpartei gewesen sei. Die Tatsache geht schon aus der Urteilsschrift hervor, woselbst, wie ja der Herr Abgeordnete Dittmann in seiner Broschüre angezogen hat, festgestellt wird, daß nicht erwiesen ist, daß ein solches Programm schriftlich oder sonstwie vorgelegen hat. Es steht also fest, daß keiner von uns irgendwie solches Programm, das politisch völlig unsinnig gewesen ist, verfaßt hat. Wir haben auch immer gegen diese Formulierung gekämpft. Es ist ja die bekannte Manier bei den Kriegsgerichtsräten, mit den Methoden eines Diktators solche Dinge zu machen. Ich habe dazu weiter gar nichts zu sagen. Alle anderen Fragen zu diesem Punkte erübrigen sich damit. Es ist weder dieses Programm der Flottenbewegung bekannt gewesen, noch ist darüber abgestimmt worden, noch ist es ein USPD-Programm gewesen.

Das ist die mündliche Aussage des Herrn Sachse. Ich bitte Sie nun, sich dazu zu äußern.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich möchte sofort den einen Punkt herausgreifen: „Wir haben dieses Programm von Anfang an bekämpft. Wir haben nichts davon gesagt." Es ist natürlich sehr leicht, das heute zu behaupten, zumal meine Protokollführer nicht mündlich vernommen sind und nicht vernommen werden, obwohl alle darum gebeten haben, und obwohl wir alle gebeten haben, uns auf diesen Punkt hin zu vereidigen.

Abg. *Joos:*

Sie bringen jetzt schon einen Gesichtspunkt, auf den wir vielleicht später noch zu sprechen kommen, nämlich warum wir diese Zeugen bis jetzt nicht mündlich geladen haben. Aber stellen wir einmal diesen Punkt zurück. Ich habe einen bestimmten Grund dafür, den ich zu gegebener Zeit angeben werde.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich werde also meine sämtlichen Protokolle ausscheiden. Ich will annehmen, daß der Zeuge Sachse recht hat, daß ich persönlich da etwas hineingeschrieben habe, was ich nur aus seiner Vernehmung entnommen hätte. Wie ich ausdrücklich unter meinem Eide betone, ist das nicht wahr. Aber ich will den Beweis dafür liefern. Vielleicht nehmen Sie die Akten vor, in denen das Kriegsgerichtsurteil ergangen ist. In diesen Akten hat die Hauptverhandlung stattgefunden. Es ist in der Hauptverhandlung nicht von einem *meiner* Protokollführer protokolliert worden. Ich selbst habe auf die Abfassung des Protokolls gar keinen Einfluß gehabt. Nun darf ich vielleicht aus diesem Protokoll folgendes vorlesen:

„Reichpietsch: Ich habe auf Einladung des Beckers einen Vortrag gehalten *und setzte das Programm, wie es die Anklageschrift anführt, auseinander.“*

Ferner:

„Sachse: Dieses Programm sollte, wenn die Stockholmer Konferenz ergebnislos verlief, zur Anwendung gebracht werden. Ich habe mich aber stets dahin geäußert, daß ich mich nie in Gewaltsamkeiten einlassen würde. Wohl habe ich die Leute immer dahin aufgeklärt, daß sie, wenn sie Mitglieder würden, auch die Ziele der Partei im Auge haben müßten. Wie der Generalstreik gedacht war, weiß ich nicht. Ich habe nicht dafür agitiert. *Wohl habe ich die vier Punkte in dem Programm angegeben und waren sie mir deshalb bekannt.“*

Abg. *Joos:*

Herr Zeuge Sachse, haben Sie etwas dazu zu sagen?

Zeuge *Sachse:*

Ich bleibe bei meinen alten Behauptungen.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Es müßte doch wenigstens gesagt werden: Der Protokollführer in der Hauptverhandlung hat *auch* etwas Falsches protokolliert. Der Zeuge Sachse kann nicht einfach sagen: Ich bleibe bei meinen alten Behauptungen. Es geht hier um meine Ehre!

Zeuge *Sachse:*

Ich habe meine mündliche Aussage vor dem Ausschuß unter den Bedingungen gemacht, unter denen ich sie machen konnte, und erkläre nach wie vor, daß ich zu den Aussagen so stehe, wie ich sie dort formuliert habe und wie sie von mir später korrigiert worden sind.

Abg. *Joos:*

Vielleicht werden wir über diesen Punkt erst ganz klar, wenn wir andere Punkte mit erörtern, nämlich die Art und Weise, wie die Untersuchung zu gewissen Erkenntnissen gekommen ist, die Methode, die Sie dabei anwandten.

Wenn es heißt: dieses Programm haben wir usw., steht dann fest, daß das Wort Programm in diesem Zeitpunkt zum ersten Mal erschienen ist? Oder war nicht schon eine Vorarbeit da, war nicht die Zusammenstellung und Numerierung Ihrerseits schon da, so daß die anderen Angeklagten einfach auf dieses Programm verwiesen? Die vernommenen Zeugen haben uns nämlich immer wieder gesagt: Man hat uns Worte, Begriffe in den Mund gelegt, man hat uns dazu gepreßt. Vielleicht lassen wir die Frage stehen und stellen erst die beiden Zeugenaussagen einander gegenüber. Wir werden erst bei Erörterung der anderen Punkte Licht hineinwerfen. Dann wollen Sie uns, Zeuge Dr. Dobring, etwas dazu sagen, inwiefern Sie zu der Auffassung kommen konnten, daß dieses Programm, das nicht das Pro-

gramm der USPD war, wie Sie ja selbst feststellen, trotzdem die Billigung des Herrn Abg. Dittmann gehabt hat?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Wenn ich mich darüber äußern soll, muß ich auf die Verfahren eingehen, denn ich muß dartun, wie diese Aussagen zustande gekommen sind. Denn nur auf diese Aussagen kann ich mich ja stützen. Ich muß daher zunächst schildern, wie ich zu der ganzen Geschichte überhaupt gekommen bin. Ich habe damals mit dem IV. Geschwader zunächst überhaupt nichts zu tun gehabt. Ich kannte den dort amtierenden Kriegsgerichtsrat Breil und wußte, daß er in der fraglichen Zeit besonders beschäftigt sei, aber nicht, womit. Ich hatte ihn in der Zeit nicht gesehen; er war an B o r d und ich an Land. Was vorgekommen war, wußte ich zuallerletzt; denn ich habe es erst erfahren, als ich plötzlich den Auftrag bekam, auf das Bureauschiff „Kaiser Wilhelm II." zu kommen und einen Sonderauftrag entgegenzunehmen.

Abg. *Joos:*

Hatten Sie eine gewisse Vermutung, warum man gerade auf *Sie* kam?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich habe damals keine Vermutung gehabt. Ich habe mir nachher ein Bild dahin gemacht: Es war eine Menge Arbeit zu leisten, und es war einfacher, wenn ein anderer die Arbeit leistete als die eigentlich dazu Berufenen. Ich meine damit nicht den Kriegsgerichtsrat Breil, um jedem Einwand nach dieser Richtung vorzubeugen.

Abg. *Joos:*

Ich habe die Frage an Sie gestellt, weil die Meinung ausgesprochen wurde, daß Sie als besonders „scharf" galten?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich hatte bis dahin keine Gelegenheit gehabt, mich derart besonders hervorzutun. Ich hatte nur die gewöhnlichen Kriegsgerichtssitzungen mitgemacht. Ich kannte den Oberkriegsgerichtsrat de Bary und er mich. Ich kann aber darüber, warum gerade ich dazu berufen wurde, persönlich nichts sagen.

Auf dem Bureauschiff „Kaiser Wilhelm II." habe ich dort einen anderen Kriegsgerichtsrat Marquardt, der in der Sache weiter nicht tätig gewesen ist, und den damaligen Konteradmiral v. Trotha getroffen. Durch den letzteren erfuhr ich, daß der Oberkriegsgerichtsrat de Bary mich vorgeschlagen hätte, um einen Sonderauftrag zu übernehmen. Es waren Unruhen auf „Prinzregent" vorgekommen, ich glaube auch auf „Pillau" — an die einzelnen Namen kann ich mich nach 10 Jahren unmöglich erinnern —, und es wäre wünschenswert, wenn die Sache nach ihrer zusammenhängenden Ursache aufgeklärt würde. Das einzige Beweismaterial, das damals zur Verfügung stand, war eine Liste, die im Spind des Oberheizers Fischer

von „Pillau“ gefunden war, der zur damaligen Zeit nach Freiburg beurlaubt war. Wie das Kommando darauf gekommen ist, gerade bei Fischer eine Nachsuchung zu halten und in dessen Spind die Liste zu finden, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich wurde der Tatsache gegenübergestellt. Auf dieser Liste stand etwa dem Sinne nach, daß eine Zusammenstellung von Leuten stattgefunden hätte, eine Art von Organisation, deren Haupt auf „Friedrich der Große“ war. Es waren als die Mitglieder der Zentralorganisation auf „Friedrich der Große“ angeführt: Sachse, Weber, Reichpietsch.

Abg. *Joos:*

Warum nennen Sie das jetzt sofort Organisation? Es hätte ja eine Mitgliederliste von irgend etwas sein können, eine Liste von Leuten, die sich für eine Partei oder eine Zeitung interessieren; aber es brauchte nicht eine Organisation zu sein.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Der Ausdruck Organisation ist natürlich retrospektiv, erst nach dem beurteilt, was wir nachher entdeckt haben. Damals wußten wir überhaupt nicht, woran wir waren. Wir sahen nur, daß es eine Zusammenstellung von Leuten war, daß eine Zentralstelle auf „Friedrich der Große“ war. Jetzt standen wir vor der ganzen Sachlage und mußten versuchen, weiterzukommen. Ich war nicht der erste, der mit der Sache beschäftigt wurde. Ich betone das ausdrücklich. Ich habe die Vernehmungen von Beckers und Köbis zunächst gar nicht geführt, sondern die Geständnisse, die ich nachher „erpressen“ mußte, lagen vor dem Kriegsgerichtsrat Breil, und was vielleicht der Zeuge Beckers noch nicht ausgesagt hat. Ich werde Ihnen eine Vernehmung vorlesen. Am 3. August ist der Obermatrose Weber von dem Oberkriegsgerichtsrat de Bary vernommen worden und hat dort *von der politischen Organisation an Bord gesprochen.* Meine eigenen Vernehmungen liegen zeitlich erheblich später. Das nur nebenbei, weil ich nicht gedenke, mich ohne Frage überhaupt gegen den Vorwurf der Geständniserpressung zu verteidigen.

Ich stand also vor den Tatsachen. Ich wußte damals nichts von irgendwelchen politischen Zusammenhängen, nicht, daß überhaupt jemals etwas derartiges herauskommen würde. Ich habe die ganze Sache für eine Meuterei gehalten, und wenn ich ehrlich sein soll, habe ich im Innern geschimpft, wie jeder, der eine Arbeit bekommt, die ihn eigentlich gar nichts angeht. Ich habe die Arbeit übernehmen müssen und zunächst als meine erste Maßnahme meinen anderen Kriegsgerichtsrat, der mir zugeteilt war, ersucht, nach Freiburg im Breisgau zu fahren und dort den Oberheizer Fischer von „Pillau“, bei dem die Liste gefunden war, zu vernehmen. Kriegsgerichtsrat Marquardt fuhr nach Freiburg, und, wenn ich das vorwegnehmen darf, der Oberheizer Fischer wurde von ihm festgenommen, vernommen und legte in Freiburg — ich war in Wilhelmshaven Hun-

derte Kilometer weg — vor dem Kriegsgerichtsrat Marquardt ein Geständnis ab. Ich weiß nicht, ob das Marquardt auch „erpreßt" hat. Für mich blieb die Aufgabe, die Leute von „Friedrich der Große" zu vernehmen. Da kam in erster Linie der damalige Oberheizer Sachse in Frage. Ich habe Sachse vorführen lassen.

Ich kann mich nun nicht auf jede Vernehmung aus der Zeit besinnen. Ich kann mich auch nicht auf jedes Wort besinnen, das vor zehn Jahren von dieser oder jener Seite gefallen ist. Aber diese Vernehmung Sachses werde ich niemals vergessen, und wenn ich 100 Jahre alt werde! Diese Vernehmung hat eine Epoche in meinem Leben begründet. Diese Vernehmung hat mich in einer Weise erschüttert, daß es unmöglich ist, sie zu vergessen. Den Gang meiner Vernehmung kann ich Ihnen so schildern, als wenn es heute gewesen wäre.

Der Oberheizer Sachse wurde — es mag ungefähr 11 Uhr gewesen sein — vorgeführt. Um nun jeden Zweifel von vornherein auszuschließen: die Begleitmannschaften standen nicht etwa mit geladenem Gewehr und aufgepflanztem Seitengewehr um ihn herum, sondern der Oberheizer Sachse wurde in mein Zimmer geführt, ich saß am Tisch, er stand vor dem Tisch, und an der Seite saß der Protokollführer Steinmeier. Ich habe damals dem Sachse die Liste vorgehalten. Ich habe ihm etwa gesagt: Sachse, es hat keinen Zweck, unter diesen Umständen zu leugnen; Sie sehen, wir sind im Bilde. Wie gesagt, nicht wörtlich, sondern dem Sinne nach. Sagen Sie die Wahrheit, das ist das beste, was Sie tun können, Sie kommen dabei am besten weg; wenn es sich um etwas Derartiges handelt, wie es jetzt zu vermuten ist — ich hatte inzwischen die Vernehmung des Kriegsgerichtsrats Breil, ich wußte von der Äußerung von Köbis „der große Schlag steht in wenigen Wochen bevor" —, wenn es sich um etwas Derartiges handelt, können Sie unter Umständen die Todesstrafe verwirkt haben; überlegen Sie sich, was Sie sagen, und denken Sie daran: nur mit der Wahrheit können Sie Ihre Lage vielleicht etwas mildern. — Dem Sinne nach, wie ich erneut betone, nicht im Wortlaut.

Ich habe mich damals über den Beschuldigten Sachse gewundert. Ein Mensch, der unter einer derartig schweren Anklage steht, sollte meines Erachtens erschüttert sein; er sollte innerlich zertrümmert sein und irgendwie eine Haltung einnehmen, die darauf schließen ließ entweder: jawohl, ich habe es getan, oder aber: ich bin vollständig zerrissen über das, was ich getan habe. Nichts von beiden!

Der Oberheizer Sachse kam mir in einer geradezu geschwätzigen Art und Weise vor; er sagte mir damals: Jawohl, ich bin bereit, alles zu sagen. Ich sehe ein, daß Leugnen keinen Zweck mehr hat. — Ich muß sagen, ich war verblüfft und von dieser Art und Weise bestürzt. Und jetzt komme ich auf die Hauptsache: Ich habe Sachse gesagt: Angesichts der Schwere der Tat und der Verantwortung

dieser Taten *will ich Sie jetzt nicht vernehmen; ich will kein Wort von dem protokollieren, was Sie mir sagen wollen, ich will Sie heute nachmittag wieder vorführen lassen; überlegen Sie sich, was Sie sagen wollen, Sie wissen, es kann um Ihren Kopf gehen.* Sachse war auch damit nicht zufrieden, er sagte: Nein, ich will sofort aussagen. Ich habe gesagt: *Nein, ich lasse mich nicht darauf ein.* Ich habe Sachse darauf abführen lassen.

Am Nachmittag — es mögen vier oder fünf Stunden vergangen gewesen sein — ist mir der Oberheizer Sachse wieder vorgeführt worden, und da hat er — ich berufe mich ausdrücklich auf die Ihnen ja schriftlich vorliegenden Äußerungen meines Protokollführers, *sie sind unter Eid gestellt* —, da hat er wörtlich das gesagt, was in den Akten steht. Das ist wiederum nicht so zu verstehen, als ob jedes Wort, das da steht, nun dem eigenen Sprachschatz des Herrn Sachse entstammt, es ist selbstverständlich, wie es jeder Richter noch heute macht und immer machen wird, daß man sich eine Aussage im Zusammenhang vorerzählen läßt, und daß man dann die Aussage hinschreibt, indem man sie diktiert. Dazu ist ja gerade das Vorlesen, dazu ist die Frage, ob das so richtig ist, dazu ist die Unterschrift, daß der Vernommene das, was er unterschreibt, auch anerkennt.

Abg. *Joos:*

Der Zeuge Sachse hat eigentlich weniger als die anderen Zeugen betont, daß etwas erpreßt worden wäre, namentlich was sein erstes Geständnis anlangt.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich soll doch sogar einen Galgen auf Papier gezeichnet und einen Revolver vorgehalten haben, um die Aussage zu bekommen.

Abg. *Joos:*

Das war nicht die erste Vernehmung. Da handelte es sich nicht um das Geständnis, das uns jetzt interessiert.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Da möchte ich sagen: Warum soll ich *nachher* noch einen Revolver vorziehen, *wenn die Aussage schon vorliegt?*

Abg. *Joos:*

Ich hätte gerade in diesem Stadium noch eins von Ihnen gern erfahren. Wenn ein Mann in diesem Falle nicht erschüttert ist und nicht zusammenknickt, wenn er gesteht, wenn er mit einer Geschwätzigkeit, wie Sie selbst betont haben, ausplaudert, haben Sie dann nicht einen Augenblick überlegt, ob das auch echt sein könnte, was er sagt?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich habe schon ausgesagt: ich habe einen Augenblick gestutzt. Aber ich habe mir sehr wohl in der Zwischenzeit zwischen der Vormittags- und Nachmittagsvernehmung überlegt, wie das wohl kommen könnte, und ich muß dem Zeugen Sachse meinerseits das Zeugnis

ausstellen: Sachse ist der einzige Kopf dieser ganzen Bewegung gewesen. Er ist weitaus der Intelligenteste von den Beschuldigten gewesen, der einzige, der gewußt hat, was er tat, und aus dieser intelligenten Veranlagung heraus — das ist noch heute meine Überzeugung — hat er gerade die einzig mögliche Konsequenz daraus gezogen. Er hat dem erdrückenden Beweismaterial gegenüber gesagt: Es hilft nichts mehr; jetzt muß die Wahrheit heraus. Wenn ich sage, was gewesen ist, komme ich am besten weg. — Das ist meine Ansicht von dem Zeugen Sachse.

Abg. Dr. *Moses:*

Der Ton, in dem die Verhandlungen Ihrerseits geführt wurden, war auch kein scharfer, sondern nur, um etwas herauszuholen?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich bin ein einziges Mal gegen Sachse scharf geworden, und zwar sehr scharf. Das ist aber nicht während der Untersuchung gewesen, sondern das war im November 1917 in Berlin, als mein Sekretär den Schmuggelbrief fand, den er — Sachse — seiner Braut im Korridor zustecken wollte, der Brief, in dem darinsteht, die Abgeordneten trügen die Schuld daran, man möchte das in einem Gnadengesuch für ihn verwenden; der Brief, in dem aber ferner darinsteht, man müsse mir bzw. den anderen Richtern um den Mund gehen.

Abg. *Joos:*

Also viel sagen?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Gewissermaßen gefällig sein. Das war im November 1917, als längst das Urteil gefällt und rechtskräftig war. Da — ich schäme mich nicht, das zu sagen — habe ich einen Moment ganz furchtbarer Seelennot erlebt. Ich habe im ersten Moment die Sache nicht so übersehen können. Ich habe mir gesagt: Geht er mir jetzt um den Mund, — vielleicht ist er mir damals auch um den Mund gegangen und hat mich zu Maßnahmen veranlaßt, die subjektiv ohne weiteres zu vertreten sind, bis zum heutigen Tage, die aber objektiv vielleicht nicht richtig gewesen sind. Da bin ich in der schärfsten, unbeherrschten Weise gegen Sachse vorgegangen. Ich habe ihm gesagt: Sind Sie mir damals auch um den Mund gegangen? Haben Sie mir die Unwahrheit gesagt? Bin ich zu weit gegangen, da Sie mich belogen haben? Sachse hat ausgesagt: Nein, ich habe die Wahrheit gesagt. Ich werde den weiteren Beweis antreten, daß er genau dasselbe, was er hier gesagt hat, an anderer Stelle gesagt hat. Ich war vorsichtig genug, zu dieser Vernehmung zwei heute noch jeden Tag herbeizuziehende Kriminalkommissare und meinen Protokollführer hinzuzuziehen.

Abg. *Joos:*

Das ist Steinmeier?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Nein, das ist Deters. — Um nun auf die Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Moses zurückzukommen: Ich hatte ja gar nicht nötig, in der Untersuchung irgendwie scharf zu werden. Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich sage: ich habe nie eine bequemere Vernehmung geführt als diese; denn Sachse drängte sich förmlich zur Aussage. Er drängte sich nicht allein dazu, Sachse war derjenige, der mir jeden einzelnen in die Hände lieferte, der zu Reichpietsch immer in meiner Gegenwart sagte: Es hat keinen Zweck mehr, sage die Wahrheit, wie das so viele andere gesagt haben. Nachdem die Beschuldigten gewußt haben, es ist in den Akten protokolliert — nicht von mir, sondern von anderen Leuten — hier hat einer — ich will den Berliner Ausdruck gebrauchen — „gepfiffen" —, da hat überhaupt keiner mehr den Versuch gemacht, mit der Wahrheit zurückzuhalten. Wenn einer oder der andere noch irgend etwas falsch dargestellt hat, dann genügt es zu sagen: Bitte, Sachse, erzähle dem Mann ins Gesicht: so und so ist es gewesen. Sachse tat das willig. Reichpietsch fuhr mit mir auf die Schiffe, und jeder, den ich haben wollte, sagte: Ich bin es gewesen, aber nicht allein, es ist noch der und der, Leute, von denen ich bis dahin nichts wußte, von denen ich keine Ahnung hatte, Rädelsführer und Mitläufer, alle bunt durcheinander. Ich hatte es gar nicht nötig, scharf zu werden. In meinem Leben habe ich keine leichtere Untersuchung geführt, und ich habe jetzt fast 20 Dienstjahre!

Abg. *Joos:*

Wir landen immer wieder dabei: Sachse war gesprächig, hat alles gesagt, und damit war alles gegeben. Nun sind wir bei dem Punkt, wo wir uns fragen müssen: wenn andere Zeugen dem Zeugen Sachse strikte widersprechen, daß diese Erzählung des Sachse und die Zusammenhänge, die er gegeben hat, den Tatsachen entsprachen. Das konnten Sie, Herr Zeuge Dr. Dobring, natürlich nicht wissen; das ist ganz klar.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Nein, damals habe ich es vielleicht nicht wissen können; aber ich darf mich vielleicht auch dazu ganz kurz äußern. Wenn Sachse den Leuten gegenübergestellt wurde und sie beschuldigte, wäre es denn dann nicht das Natürlichste, das Gegebenste, daß diese Leute sagten: du lügst, das ist nicht wahr! Nichts ist davon gewesen!

Abg. *Joos:*

Wer ist ihm gegenübergestellt worden?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Reichpietsch!

Abg. *Joos:*

Er ist tot!

Zeuge Dr. *Dobring:*

Es wird sich aus den Akten ergeben, wer noch Sachse gegenübergestellt worden ist. Ich glaube, es war auch eine Gegenüberstellung mit Weber, mit Beckers und mit Köbis.

Abg. *Joos:*

Ist einer der hier anwesenden Zeugen Sachse gegenübergestellt worden?

Zeuge *Weber:*

Ich nicht!

Zeuge *Beckers:*

Ja, ich bin ihm gegenübergestellt worden.

Abg. *Joos:*

Hat sich eine solche Szene oder ein Augenblick einmal ergeben, wo Ihnen ein Geständnis von Herrn Sachse vorgehalten wurde und Sie eigentlich verpflichtet gewesen wären zu sagen: nein, das ist nicht wahr —, und Sie haben es nicht gesagt?

Zeuge *Beckers:*

Nein, bestimmt nicht!

Abg. *Joos:*

Wollen Sie sich einmal dazu des näheren äußern?

Zeuge *Beckers:*

Herr Dr. Dobring hatte seinerzeit einmal von mir wissen wollen, ob wir die Gewaltidee anwenden wollen oder nicht. Ich bestritt das. Ich stellte es in Abrede. Kurze Zeit darauf wurde ich wieder zum Verhör zu Dr. Dobring geführt. Ich wunderte mich noch darüber. Als ich nun die Tür noch in der Hand hatte, rief Herr Dr. Dobring mir *wörtlich* entgegen: Sie verlogener Geselle, Sie schamloser Kerl, *oder so ähnlich* (es folgte noch ein Schimpfwort); gerade besonders Sie sind derjenige, der die Gewaltidee gewollt hat, nun rechnen Sie nicht mehr auf Gnade, mit Freuden werde ich Ihrer Hinrichtung beiwohnen!

Abg. *Joos:*

Sie sagen das unter Eid. Sie sind sich darüber klar?

Zeuge *Beckers:*

Jawohl, ich bin mir dessen bewußt! — Einige Minuten darauf oder gleich nachher sagte er: ich hätte einen Zettel geschrieben, der Beweis dafür wäre Sachse, den ich auch bald bemerkte. Ob er direkt im Zimmer gewesen ist oder gleich hinzugekommen ist, kann ich nicht sagen. Das war der bekannte Zettel, die Aufforderung an Sachse: „das Schiff läuft aus, wahrscheinlich unter Belagerungszustand, wenn in drei Tagen keine Nachricht, dann los!“ — Daß ich zugab, den Zettel geschrieben zu haben, war nicht eine Folge der Aussage und Gegenüberstellung Sachses; nein, um Herrn Dr. Dobring nicht den Triumph zu gönnen, sagen zu können, daß durch diesen Zettel das, was mir Herr Dr. Dobring vorwarf, beabsichtigt war, deshalb habe ich die Wahrheit dieses Zettels sofort zugegeben und erklärt: Dieser Zettel

hatte nur den Zweck, „Friedrich der Große“ an das Versprechen zu erinnern, das man uns am Tage vorher in der bekannten Waggon-Versammlung gegeben hatte. Herr Dr. Dobring führte in der Hauptversammlung aus: Beckers wollte durch den Zettel, da der Stein einmal im Rollen war, zweifellos, daß die Bewegung sich auf die übrigen Schiffe ausdehnte, — also den sagenhaften großen Schlag, von dem Köbis gesprochen hatte.

Abg. *Joos:*

Die Aussagen des Zeugen Sachse sind Ihnen doch wiederholt vorgehalten worden?

Zeuge *Beckers:*

Öfters!

Abg. *Joos:*

Haben Sie nie dazu Stellung genommen?

Zeuge *Beckers:*

Ich erinnere mich an *ein*mal. Da sprach ich mit Sachse und Reichpietsch auf dem Flur. Sie erzählten mir, was sie ausgesagt hätten. Nun, ich muß offen bekennen: ich hatte keine Heimat mehr, ich kam mir vor wie ein verlassenes Kind, ich log, was es eben ging. Ich stellte viel in Abrede, was trotzdem wahr war. Um nun doch etwas sagen zu können, ließ ich mich am folgenden Tage zum Verhör zu Herrn Dr. Breil melden und gab zu; ich sagte: Da andere mich nicht schonen, werde ich auch kein Interesse daran haben, die anderen zu schonen. Nun sagte ich das, was Sachse und Reichpietsch mir am Tage vorher schon gesagt hatten. Das bestätigte ich gewissermaßen. Ich sagte nichts gegen mich selbst, sondern was die beiden betraf, was Sachse und Reichpietsch schon zugegeben hatten. Das bestätigte ich, um Herrn Dr. Breil die Freude zu gönnen, daß ich auch etwas gesagt hatte.

Abg. *Joos:*

Wir wollen Herrn Steilemann noch einmal über die Sache hören. Ich möchte einige Fragen bezüglich der Persönlichkeit des Herrn Sachse stellen; denn alles dreht sich um sein Geständnis, ob es wahr ist oder nicht. Herr Steilemann, Sie kannten Herrn Sachse?

Zeuge *Steilemann:*

Jawohl!

Abg. *Joos:*

Gut?

Zeuge *Steilemann:*

Jawohl!

Abg. *Joos:*

Sie waren mit ihm zusammen an Bord?

Zeuge *Steilemann:*

Ja, ich war A-Division, er war E-Division

Abg. *Joos:*
Haben Sie öfter mit ihm gesprochen?
Zeuge *Steilemann:*
Jawohl!
Abg. *Joos:*
Welche Rolle spielte er auf dem Schiff?
Zeuge *Steilemann:*
Zunächst gar keine. Er war erst 1915 bei uns an Bord eingetreten. Ich will hier darstellen, wie loyal Sachse mir gegenüber sich bei einer Konfrontation im Zuchthaus Celle benahm. Ich machte vor Amtsrichter Dr. Holthöfer meine Aussage, worauf mir Sachse gegenübergestellt wurde. Es wurde ihm meine Aussage vorgelesen, und darauf äußerte er, ich wäre auch dabei gewesen, als der Flottenstreik besprochen wurde, ebenso noch andere Sachen gegen mich. Als ich mich energisch dagegen wehrte, wiederholte er zweimal: Jawohl, er war dabei. Da nun Amtsrichter Dr. Holthöfer selbst im Zweifel war und den Zeugen Sachse energisch fragte, zog er seine Behauptungen zurück.
Abg. *Joos:*
Wie wurde Sachse auf dem Schiff empfunden? Sie haben von dem Herrn Zeugen Dr. Dobring gehört, daß er als der Kopf angesehen wurde, als der führende Mann, der die ganze Sache machte. Hatten Sie denselben Eindruck?
Zeuge *Steilemann:*
Wir hatten zum großen Teil den Eindruck, daß Sachse gewissermaßen ein Phantast war, und ich habe mich auf Grund dieser Phantasterei, die ich auch nicht für ernst gehalten habe, überhaupt zurückgezogen.
Abg. *Joos:*
Sie kamen auf „Friedrich der Große“ 1912?
Zeuge *Steilemann:*
Ja!
Abg. *Joos:*
Wie war denn die Gesinnung Sachses? Wir haben aus der Zeugenaussage des Herrn Sachse gehört, daß schon im Jahre 1915 so etwas wie eine politische Organisation auf dem Schiff bestand.
Zeuge *Steilemann:*
Das ist ausgeschlossen. Das müßte ich als alter Heizer wissen. Das gab es nicht.
Abg. *Joos:*
Es war also gar keine politische Organisation da?
Zeuge *Steilemann:*
Nein, man hat überhaupt nicht an so etwas gedacht!
Abg. *Joos:*
Wann ungefähr hat sich so etwas gebildet?

Zeuge *Steilemann:*

Das war 1917, nachdem die miserable Verpflegung uns gegeben wurde. Es geschah das ganz spontan aus den Leuten heraus; erst waren es einzelne, zum Schluß war es ein ganzer Haufen. 1915 hatten wir absolut noch nicht eine Mannschaft, die für derartige Sachen überhaupt empfänglich gewesen wäre.

Abg. *Joos:*

Wenn Sachse die Spitze einer Organisation gewesen wäre mit Verbindungsmännern auf den anderen Schiffen, so hätten Sie das wissen müssen? Oder hätte Ihnen das entgehen können?

Zeuge *Steilemann:*

Jawohl, das hätte ich wohl wissen können.

Abg. *Joos:*

Können!

Zeuge *Steilemann:*

Ob nun Sachse selbst in größerem Maße mit anderen Schiffen verkehrt hat, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Abg. *Joos:*

Aber auf Ihrem Schiff doch nicht?

Zeuge *Steilemann:*

Da war er natürlich auch mit der Mannschaft in gewissem Kontakt.

Abg. *Joos:*

Herr Zeuge Dr. Dobring, möchten Sie sich zu dieser Sache äußern?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Über die Zeit vor 1917 kann ich nichts sagen. Ich habe gehört, daß Herr Sachse irgendwie einmal ausgesagt haben soll — ich kann nicht dafür garantieren —, es wäre schon einmal eine Liste von derartigen Leuten vorhanden gewesen, der Sinn der Liste wäre nicht bekanntgeworden. Ich weiß aber selbst davon nichts.

Abg. *Joos:*

Es ist natürlich nicht unerheblich, wie Herr Sachse in seiner ganzen Geistesart und seinem Handeln aufzufassen ist. Davon hängt es ab, welche Bedeutung wir seinem Geständnis beimessen können.

Zeuge *Sachse:*

Ich habe zu der Aussage des Herrn Dr. Dobring folgendes zu erklären: Ich bin bis zu unserer Verurteilung lediglich einmal Reichpietsch gegenübergestellt worden und einmal Beckers, und zwar in der Form, wie es von Beckers geschildert wurde. Es handelte sich um eine ganz kurze Erklärung. Ich stelle auch fest, daß schon bei der ersten Vernehmung die von mir bereits dargelegte Drohung mit dem Galgen sich abgespielt hat. Ich stelle auch fest, daß ich nur vorgeführt und nach dieser Erklärung wieder abgeführt worden bin, und daß mir in der Freistunde am anderen Tag oder am selben Tag —

das weiß ich nicht mehr — auch Reichpietsch erklärt hat, daß ihm die gleiche Drohung geschehen sei. Bei dem vom Zeugen Steilemann erwähnten Fall handelte es sich um den Prozeß gegen Müller oder so ähnlich, bei dem ich als Zeuge vernommen werden mußte. Das kann aber nicht in diesen Zusammenhang gebracht werden.

Ferner möchte ich einschalten, weil das eine Rolle bei der Fragestellung gespielt hat: der Zeuge Steilemann ist durchaus im Recht, wenn er aussagt, er hätte wissen müssen, wenn eine größere Bewegung an Bord der Schiffe schon 1915 gewesen sei. Auch ich habe in meiner Vernehmung nicht behauptet, daß da eine große Bewegung gewesen sei. Ich habe erklärt: Wir haben Anfang 1915 ungefähr begonnen, über diese Frage zu debattieren und zu diskutieren. Von einer großen, festen Organisation war gar keine Rede.

Abg. *Joos:*

Wie verhält sich das mit dem Geständnis?

Zeuge *Sachse:*

Mir sind die Aussagen der anderen Leute vorgelesen worden. Mir ist das erklärt worden, und ich habe selbstverständlich genau so, wie alle anderen es gemacht haben, den Dingen zugestimmt. Es war ja nichts zu leugnen. Die Tatsachen gingen aus dem Material hervor.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich bitte, das festzuhalten, die Tatsachen, das Material lag vor.

Zeuge *Sachse:*

Der sogenannte Kassiber, den ich im Polizeipräsidium meiner Braut zusteckte, charakterisiert die Haltung des Herrn Dr. Dobring während unserer Vernehmung. Ich wollte meine Braut und meine Eltern davor warnen, irgendwelche Aussagen ihm zu machen, und sich so zu stellen, wie ich es selbst ihm gegenüber damals gemacht habe.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Der Brief muß in den Akten sein.

Abg. *Joos:*

Ich möchte die Stelle aus der ersten Vernehmung Sachses verlesen, auf die Herr Zeuge Sachse selbst eben anspielte — die Galgengeschichte. Das Ausschußmitglied Brüninghaus hat zu Herrn Dittmann gesagt:

> Herr Dittmann erwähnte, er sei mit Ihnen vor Abfassung seiner Broschüre in Frankfurt zusammen gewesen. Wenn ich recht in Erinnerung habe, steht in der Broschüre oder haben Sie nachher gesagt (Zeuge Sachse: In einem Gegenreferat!) — da haben Sie gesagt, Sie hätten dem Herrn Abg. Dittmann erzählt, die Aussage, die Sie gemacht hätten, sei unter ungeheurem Terror und Druck vor sich gegangen, und der betreffende Kriegsgerichtsrat — ich glaube, Dobring — hätte neben sich einen Revolver und ein Ge-

mälde mit einem Galgen gehabt und zu Ihnen gesagt: Sie haben die Wahl zwischen Galgen und Revolver.

Das Ausschußmitglied Brüninghaus fragte:

Würden Sie, Herr Sachse, das unter Eid aussagen können?

Sachse erwidert: Ja! — Herr Brüninghaus sagt weiter:

Also Sie würden unter Eid aussagen, daß Herr Dobring rechts einen Revolver liegen gehabt habe und links einen Galgen und gefragt habe: Wollen Sie den Revolver oder den Galgen? Ist jemand dabeigewesen?

Der Zeuge Sachse sagt:

Der Matrose, der da geschrieben hat.

Haben Sie dazu etwas noch zu sagen, Herr Sachse?

Zeuge *Sachse:*

Ich bleibe bei meiner Aussage, wie ich sie damals gemacht habe, daß tatsächlich das Bild vorgelegt wurde und der Browning und der Galgen bei dem Kruzifix.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Da wird es nicht anders gehen, als daß der Matrose, der Protokollführer, der geschrieben hat, vernommen wird, und er wird unter Eid aussagen, daß das unwahr ist.

Abg. *Joos:*

Wer kann es gewesen sein?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Nur Steinmeier und Deters kommen für mich in Frage während der ganzen Verhandlung.

Abg. *Joos:*

Sie legen entscheidenden Wert darauf, daß Steinmeier vernommen wird?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich lege ganz besonderen Wert darauf, weil die Schreiber die einzigen Leute waren, die nicht Partei sind. Man kann sagen, daß Sachse und ich beide Partei sind, deswegen sagen wir gegeneinander aus. Aber die Leute, die von keinem Gesichtspunkt ein Interesse haben, etwas Falsches zu sagen, müssen vernommen werden, um den Tatbestand zu klären.

Abg. *Joos:*

Herr Zeuge Dr. Dobring, ich hatte Bedenken, das bis jetzt zu tun, weil ich einen Grund habe, zu vermuten, daß Zusammenkünfte zwischen Ihnen, den Herren Deters und Steinmeier in den letzten Monaten stattgefunden haben, und daß eine gewisse Beeinflussung der Betreffenden davon hätte ausgehen können. Es liegen mir Mitteilungen vor, daß Sie — ich glaube im August vorigen Jahres — in Bremen waren. Sie haben zuerst einen Privatbrief an Herrn Steinmeier geschrieben, worin Sie auf die alte Bekanntschaft verwiesen, bemerken, daß Sie gehört hätten, daß Steinmeier immer noch als ein-

facher Angestellter bei der Staatsanwaltschaft fungiere und daß Sie das in Erstaunen setze, und nach einigen persönlichen Bemerkungen haben Sie gesagt, daß Steinmeier noch als Zeuge in diesen Dingen in Anspruch genommen werden würde, daß Sie selbst Wert darauf legen, und am Schluß des Briefes sagen Sie, daß Sie sich gegebenenfalls auch für die weitere Beförderung von Steinmeier verwenden würden.

(Rufe: Pfui!)

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich bitte, Zwischenrufe zu unterlassen.

Abg. *Joos:*

Die Zusammenkunft hat nach den mir gewordenen Mitteilungen stattgefunden, und Herr Steinmeier hat das in Beamtenkreisen wieder erzählt, und nun habe ich wirklich einige Bedenken, auf das Zeugnis von Herrn Steinmeier großen Wert zu legen. Möchten Sie dazu etwas sagen?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Es ist richtig, daß ich Anfang September oder Ende August vorigen Jahres mit den beiden alten Protokollführern in Bremen zusammengekommen bin, und zwar kam ich von meiner Erholungsreise aus Borkum. Ich mußte, um nach Berlin zu kommen, Bremen berühren. Da habe ich mir selbstverständlich meine Herren eingeladen. Ich bitte, aus den Akten des Untersuchungsausschusses festzustellen, daß dies in einer Zeit geschah, in der der Untersuchungsausschuß zu den wiederholtesten Malen erklärt hatte, keiner von uns würde vernommen werden.

Abg. *Joos:*

Ich kann mich nicht entsinnen, daß der Untersuchungsausschuß jemals diese Auffassung vertreten hat.

Abg. *Dittmann:*

Das ist niemals erklärt worden!

Zeuge Dr. *Dobring:*

Es ist mir doch ausdrücklich ein Schreiben zugegangen. Ich hatte damals in schroffer Form gebeten, uns zu vernehmen. Der Wortlaut muß festzustellen sein.

Abg. *Joos:*

Wir haben nie einen solchen Beschluß gefaßt, sondern die Vernehmung war zweifellos in der Schwebe gehalten. Wir haben zunächst schriftliche Fragen an Sie gestellt; Sie haben sie beantwortet, und zum Schluß kam es auch zu der mündlichen Vernehmung, wie Sie heute sehen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Die Sache liegt so: Im Sommer vorigen Jahres haben wir im Hinblick auf die ganzen Schwierigkeiten der Vernehmung mit Rücksicht auch auf die bevorstehende Vertagung des Ausschusses den besonderen Antrag des Herrn Zeugen Dr. Dobring, mündlich ver-

nommen zu werden, mit dem Hinweis abgelehnt, wir würden uns vorbehalten, auf die Zeugenvernehmung noch später zurückzukommen, aber uns vorläufig damit begnügen, seine schriftliche Äußerung einzufordern.

Abg. *Dittmann:*

Der Ausschuß hat also die Vernehmung nie absolut abgelehnt!

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Herr Zeuge Dr. Dobring, Sie hörten aus den Angaben des Herrn Berichterstatters, daß in Ihrem Brief angeblich auch gestanden habe, Sie wunderten sich, daß dieser Steinmeier in einer untergeordneten Stellung sei, und Sie würden sich bemühen, diese Stellung zu verbessern. Würden Sie sich dazu äußern?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Zunächst handelt es sich darum, daß ich persönlich an Steinmeier und Deters gar nicht herangetreten bin; sondern ich habe einen in Bremen wohnenden Herrn gebeten, die Herren zu fragen, ob die beiden Herren in der Lage seien, sich an das Jahr 1917 zu erinnern, ob sie in der Lage seien, irgendwelche Angaben über die Zeugenaussagen von damals zur Broschüre des Abgeordneten Dittmann zu geben. Die beiden Protokollführer haben mir durch den betreffenden Herrn erklären lassen, sie seien durchaus in der Lage und gewillt, zu bestätigen, daß alles das, was in der Broschüre gegen mich behauptet wurde, unwahr sei. *Nachdem das geschehen war,* bin ich persönlich mit einem Brief an beide Herren herangetreten, und es ist durchaus möglich, daß in diesem Briefe steht, ich wunderte mich, daß Steinmeier trotz seiner Kenntnisse es nicht weiter gebracht hat. Ich glaube mich aber mit Sicherheit zu erinnern, daß da von irgendeiner Beförderung keine Rede gewesen ist. Ich war übrigens damals fest davon überzeugt, daß keiner von uns mehr vernommen werden sollte. Die Prozeßverfahren sollten ja nicht mehr aufgerollt werden. Das wurde doch klipp und klar gesagt.

(Widerspruch des Abg. *Dittmann.*)

In diesem Zeitpunkt, als ich der Überzeugung war, kein Mensch von uns kommt für eine Vernehmung in Frage, da habe ich mit den Herren über ihre Karriere gesprochen und gesagt: Ich kann ja nichts machen; aber wenn ich aus meiner Erfahrung für einen alten Kameraden etwas tun kann, dann werde ich es tun. So liegt der Fall. Das war zu einer Zeit, als die Aussagen nicht mehr in Frage kamen und schriftlich meines Wissens bereits dem Ausschuß zur Verfügung gestellt waren. Ich kann das letztere allerdings nicht genau sagen.

Abg. *Joos:*

Mir genügt die Aussage.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Herr Dr. Dobring hat, nachdem der Ausschuß auf seine Vernehmung verzichtet hatte, dem Ausschuß gewissermaßen als eine

private Arbeit einen größeren Schriftsatz zugestellt. Wir haben darüber debattiert und darauf beschlossen, Herrn Dr. Dobring später eine Reihe präziser Fragen vorzulegen an Stelle einer Vernehmung. Darauf ist uns ein zweiter Schriftsatz zur Verfügung gestellt worden; auf diesem haben die Ausführungen des Herrn Berichterstatters gefußt. Also Herr Dr. Dobring hat, nachdem er von sich aus uns mit diesem Schriftsatz bedacht hatte, den Glauben haben können, daß nunmehr eine Vernehmung von ihm nicht mehr in Frage komme.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Und nun möchte ich noch das eine sagen: Ich bin aufs schwerste in der Broschüre des Abg. Dittmann angegriffen worden. Ich stand als einzelner einer ganzen Reihe von Leuten gegenüber. Wie sollte ich anders verfahren, um mir ein objektives Zeugnis zu sichern, als daß ich mich an die Leute wandte und sie fragte: Könnt ihr etwas sagen? Erinnert ihr euch daran? Mögen doch die betreffenden Herren vernommen werden, ob ich den geringsten Versuch gemacht habe, ihnen etwas zu suggerieren!

Abg. *Joos:*

Ich habe Ihnen das vorgehalten, weil ich Bedenken habe, die beiden Herren als Zeugen zu vernehmen. Ich will nicht sagen, daß sie beeinflußt wurden. Aber nach dem, was wir gehört haben, muß man sagen, daß eine Beeinflussung stattgefunden haben *kann.*

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ja, das will ich zugeben, *wenn mir zugegeben wird, daß dieselbe Möglichkeit vorgelegen hat,* als der Abgeordnete Dittmann mit seinen Zeugen zusammen war.

(Sehr richtig!)

Abg. *Dittmann:*

Der Zeuge Dr. Dobring sagte, ich wäre mit meinen Zeugen zusammen gewesen. Ich kann feststellen, daß ich keinem der Herren, die als Zeugen aufgetreten sind, die leiseste Aussicht gemacht habe, daß ich mich persönlich irgendwie einsetzen werde für ihr persönliches Fortkommen, und ich kann weiter betonen, daß ich stets Distanz gehalten habe ihnen gegenüber: in jeder Weise, allen diesen Personen gegenüber! Ich möchte betonen, daß ich vollständig frei dastehe, daß ich sowohl heute wie jederzeit auch *gegen* sie aufzutreten imstande bin, weil ich mich in gar keiner Weise mit ihnen identifizert habe. Der Zeuge Dr. Dobring versucht sein Verhalten mit meinem in Parallele zu stellen. Er sucht es als harmlos hinzustellen, daß er diesem Herrn Steinmeier gewissermaßen in Aussicht gestellt hat, sich für seine Beförderung zu verwenden. Das ist Methode bei Herrn Dr. Dobring, stets! Ich habe zum Beweis dafür hier einen Originalbrief, geschrieben von der Hand des Zeugen Dr. Dobring, datiert vom November 1921, gerichtet — auch das Couvert ist da — an Herrn Theodor Watschipky, Referenten im Reichsfinanzministerium,

wohnhaft in Neukölln. An diesen Herrn hat Herr Dr. Dobring geschrieben, daß er zur Verfolgung des Schieberunwesens in das Preußische Innenministerium hineinmöchte. Es heißt da wörtlich:

Steglitz, 11. November 1921
Grunewaldstraße 3

Lieber Herr Watschipky!

Zunächst danke ich Ihnen herzlichst für die so besonders freundl. und vornehme Art, in welcher Sie sich Ihres Versprechens erinnert haben.

Diese Tatsache und der Umstand, daß Sie mir wiederholt versichert haben, daß Sie und Ihre Freunde meine Arbeit und meine Gesinnung schätzten, macht es mir leicht, Ihnen meine Wünsche zu übermitteln.

Seien Sie überzeugt, daß ich Ihrer Empfehlung keine Schande machen und mich dem Minister nützlich erweisen würde.

Es ist Ihnen bekannt, wie sehr das Volk in allen Kreisen über die unzulängliche Verfolgung des Schieber- und Wuchererunwesens murrt.

Weiter wird Ihnen bekannt sein, daß bereits Bayern in seinem Polizeiministerium eine eigene Abteilung für diese Zwecke eingerichtet hat und sich damit besonders populär gemacht hat.

Mir liegt daran, meinerseits dem Minister nach dieser Richtung an die Hand zu gehen und so einen Krebsschaden anzufassen, für dessen Beseitigung das Volk dem Minister dankbar sein würde.

Hierzu würde es meiner tunlichst schleunigen Ernennung zum Ministerialrat im Ministerium des Innern und der Vollmacht an mich, eine derartige Abteilung zu organisieren, bedürfen.

Meine Fachkenntnisse auf diesem und polizeilichem Gebiete sind Ihnen bekannt, ich bin überzeugt, daß derartige Fach- und Behörden-Kenntnisse notwendig sind, um dem Minister zweckmäßig beratend zur Seite zu stehen.

Ich hoffe dabei, daß, wenn Ihre Vermittlung Erfolg hat, Sie und Herr Buchwald sich nicht weigern werden, in *beamteten* Stellungen dieser Abteilung mir zu näherem gemeinsamen Ziel Beistand zu leisten.

Mit nochmaligem herzl. Dank und Gruß auch an die Gattin Ihr
gez. Dr. Dobring

Herr Dr. Dobring versucht also hier, durch den Referenten in eine höhere Stellung hineinzukommen, und auch hier wieder verspricht er gleichzeitig diesem Mann, ihn in eine beamtete Stelle hineinbringen zu wollen. Es liegt also schon Methode in dem Briefe des Herrn Dr. Dobring, an Herrn Steinmeier, eine Methode, sich die Leute gefügig und geneigt zu machen. So harmlos ist also die Bemerkung in dem Briefe an Herrn Steinmeier absolut nicht aufzufassen, wie es der Zeuge Dr. Dobring hier hinzustellen beliebt.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Der erste Teil der Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Dittmann war eine persönliche Bemerkung, die vielleicht für die ganze Klärung des augenblicklich in Frage stehenden Falles von Bedeutung sein konnte. Im zweiten Teile handelt es sich um eine Angelegenheit, die nicht unmittelbar mit den Verhandlungen, die wir hier führen, zusammenhängt. Wir können uns hinterher über die Glaubwürdigkeit des Zeugen Dr. Dobring unterhalten. Augenblicklich bitte ich diese Dinge nicht weiter zu verfolgen.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich bitte, ein kurzes Wort dazu sagen zu dürfen! Nur eine einzige Frage an Herrn Abgeordneten Dittmann: ob ihm der Adressat des Briefes auch gesagt hat, daß der Brief auf seinen Wunsch geschrieben worden ist?

Abg. *Dittmann:*

Darauf kommt es gar nicht an, es kommt nur auf die *Gesinnung* an, die sich in dem Brief offenbart.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich hätte doch niemals diese Vernehmung gewünscht, wenn ich auch nur im geringsten die Idee gehabt hätte, man könnte mir aus solchen Sachen einen Strick drehen?!

Abg. *Joos:*

Ich habe Ihnen die Frage vorgelegt: Wie stützen Sie Ihre Auffassung, daß das bekannte, berühmte Programm die Billigung der USPD oder des Abgeordneten Dittmann gefunden hat? Darauf sagten Sie: Das muß ich im Zusammenhang darstellen. Dann gaben Sie eine zusammenhängende Darstellung. Die Frage ist aber noch nicht beantwortet.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Die Frage kann ich präzise nur so beantworten, daß ich persönlich mit dem Abgeordneten Dittmann nie etwas zu tun gehabt habe, sondern daß ich ohne weiteres nur das habe behaupten können auf Grund der Aussagen nicht allein des Zeugen Sachse, sondern auch anderer Zeugen. Ich weise insbesondere darauf hin, daß ich nicht allein dieser Ansicht gewesen bin. Ich verweise insbesondere weiter darauf, daß ich nicht derjenige gewesen bin, der das in dem Protokoll allein angeführt hat, sondern daß der Zeuge Beckers nicht vor mir, sondern vor dem Untersuchungsrichter des Reichsgerichts monatelang später — die Vernehmung war am 11. Dezember 1917 — gesagt hat: „Jedenfalls aber hatte und habe ich das bestimmte Gefühl, daß es der USPD angenehm sein würde, wenn sich die Flotte an einem Generalstreik beteiligen würde. Dieses Gefühl stützte sich in erster Linie auf die Leitartikel in USPD-Blättern, in Verbindung damit, daß Reichpietsch berichtet hatte, die Abgeordneten hätten bei seiner Schilderung über den Stand der Bewegung auf der Flotte Erstaunen

und Genugtuung zum Ausdruck gebracht und ihn ermahnt, sie sollten sich vorsehen."

Abg. *Joos:*

Es ist natürlich etwas anderes, wenn ich das Gefühl habe: dies oder jenes könnte einem Freude machen — oder wenn ich sage: es wird gebilligt, wenn ich das tue.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Das ist ohne weiteres zuzugeben! Aber ich muß auf den Zusammenhang zurückkommen: War es nicht spätestens vor dem Untersuchungsrichter des Reichsgerichts Zeit, zu sagen: Was wir gesagt haben, ist alles Unsinn, ist alles von uns erpreßt und gefälscht in dem Protokoll! Und wo ist das geblieben? Wo steht das in den Akten des Reichsgerichts?

Abg. *Joos:*

Wir werden jetzt die Frage des Zeugen Weber aufnehmen. Sie betrifft gerade die Erpressung und die Weise, wie man zu gewissen Geständnissen kam.

Zeuge *Weber:*

Wenn Herr Dr. Dobring die Sache heute so hinstellt, als wenn er so human und liebenswürdig gewesen ist, dann möchte ich dasselbe sagen, was ich bei meiner Vernehmung aus Anlaß des Münchener Dolchstoßprozesses schon gesagt habe: Es wird einem außerordentlich schwer, dabei ruhig zu bleiben!

Abg. *Joos:*

Der Zeuge Weber hat uns folgendes ausgesagt:

Ich entsinne mich größtenteils genau auf Einzelheiten, aber ich kann mich nicht auf das entsinnen, was in den Akten steht. Herr Dr. Dobring verstand es, uns Aussagen zu suggerieren. Was ich eben geschildert habe an Mißständen auf der Flotte, so sagte er, sei nebensächlich. Von Belang sei nur das und das. Und dann fing Herr Dr. Dobring an, uns das in den Mund hineinzulegen. Der Sinn war: Wenn Sie das sagen — das ist die Wahrheit — dann haben Sie Aussicht auf Gnade; im übrigen ist Ihr Leben verwirkt!

Ich habe mich sehr darüber aufgeregt, als ich bei Gelegenheit der Berichte über den Münchener Dolchstoßprozeß las, daß Herr Dr. Dobring die Stirn gehabt hat, in München bei dem Prozeß zu sagen: er habe niemals die Angeklagten beeinflußt. Herr Dr. Dobring hat wiederholt bei jeder möglichen Gelegenheit gesagt: Sie sind doch dem Tode geweiht, Sie haben doch nichts zu riskieren. Sogar als man etwas zur Ruhe gekommen war, wollte er noch aus uns herauspressen, daß Herre damals die Hauptkanone der USPD für uns gewesen sein soll. Er sagte: Sie dürfen die Leute nicht in Schutz nehmen, Sie müssen das sagen. Ich hatte tatsächlich das Gefühl, als wenn er mich dazu verleiten wollte, insofern gegen

die Gesetze zu verstoßen, als ich etwas Unwahres aussagen sollte, von dessen Unwahrheit Herr Dr. Dobring selbst überzeugt war. Der Mann hat heftig auf meine ganze seelische Verfassung eingewirkt, daß ich das in meinem Leben nicht vergessen werde. Ich sagte Herrn Dr. Dobring einmal: „Haben Sie noch nicht eingesehen, daß es ein Unrecht war, daß man diese beiden Kameraden erschossen hat? Es waren doch Menschen wie wir; sie taten nur, was ein Kind begriff, sie wollten nur dieses himmelschreiende Unrecht beseitigen; belastet das wirklich nicht Ihr Gewissen?" Da sagte Herr Dr. Dobring mir mit einer Kaltblütigkeit, daß mir der Verstand stehenblieb: „Ich wäre imstande, diese Leute mit der größten Ruhe noch einmal zu erschießen, besonders den Reichpietsch."

Das ist ein Zeugnis, das uns von dem Zeugen Weber hier abgegeben wurde.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Mir scheint hier verschiedenes durcheinandergeworfen zu sein. Zum Beispiel ist die Untersuchung durcheinandergeworfen mit dem Sonderauftrag, den ich in Celle zu vollziehen hatte. Es wäre mir lieb, wenn der Zeuge Weber sagte, bei welcher Gelegenheit das gewesen ist.

Zeuge *Weber:*

Bei der ersten Vernehmung in der Strafanstalt in Celle. Einleitend, bevor überhaupt etwas protokolliert worden ist!

Zeuge Dr. *Dobring:*

Sie machen es mir ja unmöglich, mich auf meinen Protokollführer Deters zu berufen, obwohl ich ihn nicht befördern wollte.

Ich weiß mich auf den Celler Fall noch genau zu besinnen, weniger auf die erste Vernehmung, die kann ich nur nach den Akten rekonstruieren. Weber kam in einem Zustand herein, bei dem ich sagen kann, daß er mir persönlich das tiefste Mitleid erregte. Weber war damals zusammengebrochen. Er kam weinend herein; Weber versicherte, es wäre alles nicht so schlimm gewesen, was er gemacht hätte. Und nun soll ich daraufhin gesagt haben: „Wenn ich die Leute noch einmal vor mir hätte, würde ich sie erschießen!"? Erstens mal habe ich mit der Vollstreckung des Urteils überhaupt nichts zu tun gehabt. Es wäre also deshalb schon unlogisch gewesen, wenn ich das gesagt hätte. Zweitens mag ich bei irgendeiner Gelegenheit gesagt haben — bei dieser weiß ich es nicht — dafür trete ich voll ein!: „Verräter, die dem Vaterlande in den Rücken fallen, in einem Krieg die Flotte zugrunde richten wollen, haben zehnfach den Tod verdient." Das war meine Ansicht und ist sie heute noch. Was aber bei einer Gelegenheit, die für mich nebensächlich war, verhandelt worden ist, kann ich nach zehn Jahren nicht mehr im Wortlaut sagen. Das ist ausgeschlossen. Ich habe mein Gedächtnis gestärkt, habe mich

an meine Protokollführer gewandt und gefragt, ob ihnen das Geringste davon bekannt sei, und sie haben mir bestätigt, sie wüßten nichts davon. Die schriftlichen Aussagen liegen dem Ausschuß vor. Ich, wie gesagt, gehe nicht so weit. Ich würde es als einen Frevel an meinem Eide empfinden, wenn ich positiv sagen wollte: es ist gewesen — oder positiv: es ist nicht gewesen. Es ist ausgeschlossen, daß ein Mensch nach zehn Jahren den Wortlaut wiederholen kann. Aber das eine sage ich Ihnen: Es mag durchaus sein, daß ich bei irgendeiner Gelegenheit gesagt habe: „Verräter und alles, was mit ihnen zusammenhängt, verdienen zehnfach den Tod."

Zeuge *Weber:*

Die Sache ist etwas anders! Ich versuchte dasselbe zu sagen, was ich in der ersten Protokollierung ausgesagt hatte. Da fängt Dr. Dobring an, setzt ein etwas lächerliches Gesicht auf und sagt: „Erzählen Sie mir doch nicht dasselbe Märchen! Sehen Sie mal — sagte er dem Sinne nach —, hier der Sachse, der hat ausgeplaudert, hat uns alles gesagt." Es ist mir darauf die Aussage vorgelesen worden. Und darauf sagte Dr. Dobring: „Nun werden Sie mir zugeben, daß Ihr Kopf nichts mehr wert ist."

Wenn Herr Dr. Dobring sagt, daß er so sehr erregt gewesen ist in Berlin, als Sachse sagte: „wir sprechen ihm nach dem Mund", dann bitte ich zu verstehen, daß ich auch seelisch erschüttert war, wenn man mir sagte: „Dein Kopf ist nichts mehr wert." Das stellt Herr Dr. Dobring so hin, als wenn es etwas Alltägliches wäre. Und ich bleibe für die Äußerung in Celle bei meiner Behauptung. Ich gebe Herrn Dr. Dobring zu, daß ich zusammengebrochen war; es ist wohl auch zu verstehen, daß ich geweint habe, besonders als ich zu Dr. Dobring sagte: „Sagen Sie mal, haben Sie immer noch nicht eingesehen, daß Köbis und Reichpietsch zu Unrecht erschossen worden sind?" Aber ich kann es mir noch genau vorstellen, wie Herr Dr. Dobring aufsprang und sagte: „Was! Diese beiden könnte ich nochmal erschießen, mit der größten Ruhe, und besonders Reichpietsch!"

Zeuge Dr. *Dobring:*

Weber hat gesagt: nichts von dem, was er über die anderen Geschichten gesagt hätte, hätte in meinem Protokoll gestanden. Er hat allerdings vorsichtigerweise — und ich rechne ihm das hoch an — gesagt: Ich kann mich nicht erinnern, was in den Akten steht.

Da steht nämlich:

> Ich bin schon im Mai der Organisation beigetreten. Deren Häupter waren damals Sachse und Reichpietsch. Zu jener Zeit handelte es sich darum, einen Soldatenbund zu gründen, der, von den Menageausschüssen ausgehend, dazu bestimmt war, die Mißstände, die wir als solche empfanden, durch Zusammenschluß der einzelnen zu beseitigen. Erst allmählich rückten Sachse und Reich-

pietsch mit ihrem eigentlichen politischen Ziel heraus. Wir erfuhren, daß sie Verbindung mit Dittmann in Berlin hatten, und daß wir als Mitglieder der USPD galten.

. . . Ich selbst wiederhole, daß ich den Reden Sachses und Reichpietschs blindlings gefolgt bin und daß ich meinerseits keine Verbindung nach Berlin unterhalten habe. Als Vertrauensmänner der Organisation sind mir bekannt: von „Helgoland" Bieber, von „Prinzregent" Köbis und Beckers; die sonstigen Leute werde ich vielleicht wiedererkennen, ihre Namen weiß ich nicht.

Steht also nichts darin von Menageausschüssen, von Mißständen auf der Flotte? Kann das der Zeuge Weber aufrechterhalten?

Zeuge *Weber:*

Gewiß halte ich das aufrecht!

Abg. *Joos:*

Ob Sie zugeben, daß auch das, was in dem soeben verlesenen Protokoll steht, richtig wiedergibt, was sie damals ausgesagt haben?

Zeuge *Weber:*

Daß das Protokoll unwahr ist?

Abg. *Joos:*

Das wollen Sie nicht behaupten?

Zeuge *Weber:*

Ich habe gesagt, daß ich für die Richtigkeit dessen, was in den Akten steht, nicht bürge. Ich habe gar nichts bestritten. Ich habe nur gesagt: Der Ausdruck „Organisation", wenn man es einmal so auffassen will, ist da erst entstanden, ebenso wie der Ausdruck „Zentrale". Nun haben wir den Ausdruck „Organisation" gebraucht, und das wurde uns so schwer angerechnet. Wir sagten uns: Wenn Dr. Dobring diesen Ausdruck gebraucht, nun gut, dann mochte es so heißen.

Abg. *Joos:*

Wir haben Ihre Darstellung gehört. Sie haben bei Ihrer Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß bekundet, daß eine gewisse Unruhe gewesen ist, man hat die Köpfe zusammengesteckt, aber eine planmäßige Organisation hat nicht bestanden. Und trotzdem bewegen Sie sich bei Ihrer Aussage, die wir soeben gehört haben, in diesen Ausdrücken. Sie sprechen von „Organisationen", und zwar vom „Soldatenbund". Es kommen Wendungen vor wie „Mißstände zu beseitigen", „erst später kam man dazu, mit politischen Zwecken . . ." Das widerspricht doch dem, was Sie hier angegeben haben. Nun sagen Sie uns, das Wort „Organisation" wäre Ihnen sozusagen auf die Zunge gelegt worden. Von wem denn?

Zeuge *Weber:*

Ich sagte schon: Wenn vom Untersuchungsführer dauernd Ausdrücke gebraucht werden, vor allem nachdem ich die Ausdrücke von Sachse vorgelesen bekommen habe: „Organisation", „Zentrale",

„Soldatenbund", dann sind die in die anderen Protokolle auch hineingekommen. Herr Dr. Dobring wandte diese Ausdrücke ohne weiteres an.

Abg. *Joos:*

Sie hätten widersprechen können!

Zeuge *Weber:*

Natürlich! Aber was nützte das?! Wenn Dr. Dobring fragte: „Wie ist das entstanden?" und man schilderte die Verhältnisse, man kam zum Beispiel auf die Verpflegungsverhältnisse zu sprechen, dann halte ich meine Aussage aufrecht: dann hatte Herr Dr. Dobring kein Interesse daran. Es kam ihm auf die USPD an, und unter diesem Gesichtspunkt wurden die ganzen Vernehmungen, die ganzen Protokollierungen vorgenommen. Das wird auch jeder damalige Angeklagte bestätigen.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Wenn der Zeuge Weber behauptet, ich hätte solche Aussagen nicht in das Protokoll aufgenommen, wie z. B. über Mißstände, so ist das durch die Akten widerlegt und, soweit ich den Zeugen verstehe, durch den Zeugen selbst.

Weiter hat Zeuge Weber gesagt, daß das Wort „Organisation" von ihm erst gebraucht worden ist, als ich es in die Vernehmung hineingetragen habe. Bei der Vernehmung durch den Oberkriegsgerichtsrat de Bary vom 3. August 1917 — meine Vernehmungen sind vom 16., 17. oder 18., also 14 Tage später — hat Weber ausgesagt:

> Es wird an Bord viel geredet und Schriftstücke verbreitet von einer *Organisation der Mannschaften.* Zu welchem Zwecke diese *Organisation* eingerichtet werden soll, weiß ich nicht. Meines Wissens handelt es sich in erster Linie um eine Agitation für den Frieden. Ich selbst weiß im übrigen von dieser *Organisation* nichts.

Wenn Herr Zeuge Weber aufrechterhalten will, daß ich das Wort „Organisation" hineingetragen hätte, so steht dieses Protokoll seiner ersten Aussage dem strikt entgegen.

Abg. Joos:

Herr Weber, wollen Sie sich dazu äußern?

Zeuge *Weber:*

Es ist schon möglich, daß ich das gesagt habe. Das bestreite ich gar nicht.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Dann stelle ich fest, daß nicht durch mich das Wort „Organisation" hineingetragen ist in das Gedächtnis oder den Sprachausdruck des Herrn Weber, sondern daß er dieses Wort bereits 14 Tage, bevor ich ihn vernommen habe, gebraucht hat, und zwar von sich aus freiwillig, oder er müßte behaupten, daß der Oberkriegsgerichtsrat de Bary es ebenfalls „erpreßt" hat.

Zeuge *Weber:*

Der Oberkriegsgerichtsrat de Bary war ein sehr humaner Mensch, der eine andere Protokollierung hatte als Dr. Dobring.

Abg. Joos:

Herr Weber, wollen Sie den Satz so verstanden wissen, daß das Wort Organisation in den Sprachgebrauch, in die Protokolle nur durch Herrn Dr. Dobring hereinkam oder durch die Untersuchungsführer, und daß Sie ihn selbst nicht hineingetragen haben?

Zeuge *Weber:*

Dr. Dobring sagt, es wurde etwas erzählt von der Organisation usw. Wenn auf dieses Wörtchen so großes Gewicht gelegt wird, gut, dann soll Herr Dr. Dobring recht haben. Es ist mir gleich, ob man das Organisation nennt. Aber ich behaupte nach wie vor, daß Herr Dr. Dobring bei allen Vernehmungen außerordentlichen Wert darauf legte, möglichst viel von Organisation, Zentrale und USPD-Leuten hineinzubringen. Das halte ich aufrecht.

Abg. *Joos:*

Es ist klar, daß der Untersuchungsführer, der bestimmte politische Zusammenhänge vermutete, darauf ausging, auch Beweise dafür zu finden. Die Frage ist nur, ob sie vorhanden, ob diese politischen Zusammenhänge gegeben waren. Haben Sie, Zeuge Beckers, uns etwas über diese politischen Zusammenhänge zu sagen?

Zeuge *Beckers:*

Ich möchte eins vorausschicken. Ich kann Herrn Dr. Dobring nicht den Vorwurf machen, daß ich durch ihn zu einer Aussage erpreßt worden bin. Damit war bei mir nichts zu machen, weil ich sozusagen ein moralischer Dickhäuter war. Ich gab nur etwas zu, wenn ich wußte, daß es nicht mehr abzustreiten war. Ich habe bereits ausgesagt, daß mich Herr Dr. Dobring, als ich von der Gefängnisgerichtsstraße nach dem Untersuchungsgefängnis übergeführt wurde, auf dem Gerichtsflur mit den Worten empfing: „Aha, das ist einer von den Todeskandidaten." Später sagte Köbis auf dem Gerichtsflur zu mir, Herr Dr. Dobring hätte ihm gesagt, für ihn würde er bestimmt das Todesurteil beantragen, und das Gericht müßte sich seinem Antrage beugen.

Des weiteren habe ich behauptet, daß Herr Dr. Dobring bei dem Verhör in seinen Ausführungen stets nur von „Galgen, Hinrichtung und Henker" gesprochen hat. Außerdem hat er mir ein oder zwei Monate nach meiner Internierung in Celle auf meine Frage hin, ob Köbis und Reichpietsch erschossen wären, geantwortet: „Ja, gewiß, sie sind erschossen, und wenn ich die Macht besäße, würde ich die beiden ausgraben und nochmals erschießen lassen."

Zeuge *Sachse:*

In der Zeugenaussage wurde vorhin gesagt, daß die Einschiebung der Begriffe Organisation und Programm auf Grund des ersten soge-

nannten Geständnisses erfolgt sei. Es ist dann ein Protokoll vom 3. August 1917 verlesen worden, wo bereits dieselben Formulierungen vorgekommen sind. Ich möchte nur bemerken, daß ich überhaupt erst am 7. August 1917 verhaftet worden bin.

Abg. Dr. *Moses:*

Ich möchte an den Herrn Zeugen bezüglich des Programms eine Frage richten. In dem Dolchstoßprozeß hat der Zeuge Dr. Dobring ausgesagt:

> Ich kann es beweisen, daß alles, was an Verrat, Sabotage und Meuterei vorgekommen ist, zurückzuführen ist auf Leute, die sich als Anhänger der USPD bekannten und kein Hehl daraus machten, daß sie das Programm der USPD erfüllt hatten.

Nun haben uns sämtliche Zeugen erklärt, daß sie sich niemals als Anhänger der USPD bekannt haben und daß sie auch niemals erklärt haben, daß sie das Programm der USPD erfüllt haben. Das sind doch Widersprüche. Wie erklärt sich der Herr Zeuge die Widersprüche, da er doch bei dem Dolchstoßprozeß im Oktober/November 1925 sagen konnte, er kann es „beweisen", daß alles, was an Verrat, Meuterei vorgekommen ist, auf Leute zurückzuführen ist, die sich als Anhänger der USPD bekannt und kein Hehl daraus gemacht haben, daß sie das Programm der USPD mit Gewalt durchsetzen wollten und nur auf einen Wink aus Berlin gewartet haben.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ob ich das Wort beweisen gebraucht habe, weiß ich nicht.

Abg. Dr. *Moses:*

Es steht im gedruckten Bericht des Dolchstoßprozesses in München. Es sind ja zwei Bände herausgekommen, einer vom Verlag Birk und einer von Coßmann, und dieser Ausdruck steht in beiden Teilen.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Wenn es im Stenogramm steht, werde ich das Wort „beweisen" gebraucht haben. Ich habe es damals, da ich die Privatklage gegen einen Redakteur der Sozialdemokratischen Partei richtete, für meine Pflicht gehalten, in meinen Wahrnehmungen zu unterscheiden zwischen dem, was die alte Sozialdemokratische Partei getan hat, soweit sie mir in ihren Anhängern auf der Flotte bekannt geworden ist, und dem, was die Anhänger der USPD getan haben. Ich habe damit meine Ausführungen eingeleitet und habe ausdrücklich gesagt: Von Angehörigen der alten Sozialdemokratischen Partei ist mir kein einziger bekannt geworden, der an dieser Sache beteiligt war. Jeder von denen, die ich als Meuterer, oder wie man es nennen will, damals als Angeschuldigte gehört habe, hat sich zur USPD bekannt.

(Abg. Dr. *Moses:* Das bestreiten die doch!)

Die Leute bestreiten das heute. Aber vielleicht fragt der Herr Abgeordnete einmal den Zeugen Beckers, ob er in seinem Manifest, das

er heute nicht mehr leugnen will, nachdem er vorhin gesagt, daß er es selbstverständlich als Zeuge in der Hauptverhandlung in Cuxhaven geleugnet hat, — ob er nicht in diesem Manuskript ausdrücklich zum Beitritt in die USPD aufgefordert hat?

Zeuge *Beckers:*

Das sagt mein Aufruf zum Beitritt zur Partei. Ich habe erklärt, daß Köbis eines Abends kam und mir sagte, daß er die Herre-Versammlung besucht hat. Ich wußte von der Versammlung nichts vorher. Er erzählte, daß Herre gesagt habe, wir sollten uns der USPD anschließen, damit Abg. Dittmann auf der Stockholmer Konferenz sagen konnte: Soviel Tausende der Marine stehen hinter uns. Für mich habe ich schon erklärt, daß ich ein Parteigegner war. Der Zweck dieses Aufrufs war für mich, einmal unsere Stimmen zählen zu können.

Abg. *Joos:*

Was meinen Sie mit „unsere Stimmen"?

Zeuge *Beckers:*

Die Stimmen der Mannschaften, die dieses Schriftstück unterschreiben wollten. Für mich war nicht das Wesentliche der Beitritt zur USPD, sondern die Zählung der Stimmen. Ich sagte zu Köbis: „Es ist gut, ich werde sofort einen entsprechenden Aufruf verfassen, wir werden Listen herumtragen und unterschreiben lassen. Dann werden wir bald klug daraus, wieviel Mitglieder oder wieviel Leute sich für unsere Sache interessieren."

Zeuge Dr. *Dobring:*

Der Zeuge Beckers sagt ausdrücklich, daß sein Manuskript enthält: Tretet alle der USPD bei. Welche taktischen Absichten er innerlich verfolgt hat, darüber kann ich keine Auskunft geben. Ich habe mich an die Tatsachen halten müssen.

Abg. *Dittmann:*

Ich glaube, dem Zeugen Dr. Dobring ist die Erinnerung an die damaligen Dinge nicht mehr ganz klar. Ich habe einen Auszug aus den Akten. Da hat der Zeuge Weber vor dem Ober-Kriegsgerichtsrat de Bary am 3. August 1917 erklärt:

Ich selbst lese den „Vorwärts" und neige mehr nach der von diesem vertretenen Richtung, strebe aber danach, mich über den Streit zwischen beiden Richtungen zu informieren. — — — Ich selbst halte mit den Matrosen Weil und Gaertner den „Vorwärts".

Wenn man überhaupt die Matrosen nach Parteien klassifizieren will, müßte man in diesem Fall den Matrosen Weber als einen Anhänger der Mehrheitssozialdemokratie bezeichnen. Diese Bekundung kann dem Herrn Dr. Dobring doch nicht entgangen sein. Es ist die erste Vernehmung des Weber gewesen. So ganz klar kann Ihre Erinnerung nicht mehr sein, trotzdem Sie in München ausdrücklich erklärt haben, es ist nie ein Anhänger der Mehrheitssozialdemokratie beteiligt gewesen. Persönlich bin ich der Meinung, daß Weber keiner der damals bestehenden

Parteien zuzuzählen war, ebensowenig wie einer der übrigen Hauptangeklagten.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Da möchte ich folgendes sagen: Ist es nicht richtig, daß der Herr Abg. Dittmann die Leute in seinem Bureau empfangen hat, daß er erklärt hat: ich persönlich nehme keine Liste der USPD auf, daß ihm derartige Briefe zugeschickt sind, daß der Parteisekretär Herbst, der Parteisekretär Sens, der Parteisekretär Güth, alle diese Leute in Listen aufgenommen und es teilweise in den Akten bestätigt haben? Ist es nicht richtig, daß der Herr Abg. Dittmann Reichpietsch durch einen Brief an den Parteifunktionär Sens ausdrücklich legitimiert hat?

Abg. *Dittmann:*

Zunächst muß ich feststellen, daß weder Herr Sens noch Herr Güth Parteisekretär in Kiel gewesen sind, sie waren einfach Vertrauensmänner, die den Tag über in Arbeit standen und ehrenamtlich für die Partei tätig waren. Aber dazu will ich weiter bemerken: Niemals ist eine einzige Liste, die für Stockholm bestimmt war, an die Zentrale der USPD gegangen, und Reichpietsch hat mit keiner Silbe von einer Absicht gesprochen, solche Listen herzustellen. Sonst hätten wir ihm gesagt: mit solchen Listen liefert ihr euch ans Messer. Hat Ihnen, Herr Zeuge Dr. Dobring, nicht die einfache Überlegung gesagt, daß eine politische Zentrale mit solchen Listen, auf der von einer Hand Hunderte von Namen geschrieben waren, nichts anfangen konnte? Wem gegenüber sollte eine solche Liste beweiskräftig sein? Etwa gegenüber Gesinnungsgenossen in Frankreich oder in einem anderen Land, mit denen man in Stockholm zusammenkommen konnte? Glauben Sie, daß diese auf eine solche Liste irgendeinen Wert hätten legen können? Glauben Sie, daß es Wert hatte, eine solche Liste in Deutschland der Regierung vorzulegen, um ihr zu zeigen, daß Flottenmannschaften für einen annexionslosen Frieden waren? Diese Liste hätte die Leute der Regierung gegenüber einfach denunziert. Vom Standpunkt einer politischen Zentrale — soviel mußten Sie sich damals auch sagen — war es direkt Unsinn, solche Listen aufzustellen. Ich betone noch einmal: Niemals haben wir in der Zentrale der USPD eine Ahnung davon gehabt, daß solche Listen aufgestellt würden. Uns sind lediglich vereinzelt Mitgliederaufnahmescheine zugegangen und die eine Ziethenliste mit den Namen von 12 oder 13 Leuten, die ebenfalls in die USPD aufgenommen werden wollten. Diese Liste ist an die „Leipziger Volkszeitung" gegangen. Diese hat im Briefkasten mitgeteilt: die Liste ist an Dittmann-Berlin gesandt und sie ist von hier aus an den Bezirkssekretär Henke in Bremen geschickt worden. Diesem wurde es überlassen, ob und unter welchen Umständen die Leute, deren Namen auf der Liste standen, aufgenommen werden sollten als Mitglieder der USPD. Von einer Liste für Stockholm haben wir überhaupt keine Ahnung gehabt.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Herr Abg. Dittmann, ich glaube, es kommt nicht darauf an, was Sie als erfahrener Politiker mit den Listen angefangen hätten, sondern für mich jedenfalls kommt es als Untersuchungsrichter darauf an, welchen Zweck die Leute für die Liste angaben, und auf die Tatsache, die Sie selbst nicht in Abrede stellen wollen und eben nicht in Abrede gestellt haben, daß tatsächlich der „Leipziger Volkszeitung" als dem Zentralorgan der damaligen USPD, diese Listen zugegangen sind mit dem Antrag auf Aufnahme.

(Abg. *Dittmann:* Eine Liste mit 12 bis 13 Namen!)

Eine zweite Liste ist gefunden worden bei dem Abgeordneten Henke in der Ziethen-Sache. Ich kann mich da nur darauf berufen, was die Angeklagten gesagt haben. Speziell Sachse und Reichpietsch haben dies bestätigt. Andere Listen sind im Briefumschlag in Ihrem Bureau abgegeben worden, ob Ihnen persönlich, weiß ich nicht mehr. Gesagt worden ist damals, daß Sie die Leute an den Parteikassierer Herbst gewiesen hätten, weil Sie sich selbst mit der Sache nicht hätten beschäftigen können.

Abg. *Dittmann:*

Die Mitgliedschaft in der USPD war doch vollkommen legal während des Krieges. Es war doch kein Verbrechen, wenn die Leute der USPD beitraten, ebensowenig wie es ein Verbrechen war, daß sie der Zentrumspartei, der Nationalliberalen Partei oder der Konservativen Partei beitraten. Wie kann man darin ein Verbrechen sehen wollen, wenn sie Mitglied einer politischen Partei werden wollten, die legal war?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Es handelt sich für mich nicht darum — was ich nie getan habe —, den Eintritt in die USPD als Verbrechen anzusehen, sondern darum, festzustellen — und davon lasse ich mich nicht abbringen —: Haben sich die Leute, die in den Listen waren, nur zu dem Zweck gemeldet, um in die USPD zu kommen, oder nicht? Da ist es nur möglich, daß ich betrogen und belogen worden bin oder daß die Listen sogar gefälscht sind, die in den Akten sind. Wenn Sie das behaupten wollen, dann bin ich einem Irrtum zum Opfer gefallen, sonst nichts.

Abg. *Dittmann:*

Sie sagen, Herr Zeuge Dr. Dobring, daß Sie aus den Aussagen des damaligen Angeklagten Sachse bestimmte Punkte herausgegriffen, untereinandergestellt, mit Nummern versehen und so das Programm hergestellt hätten?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Nein, das habe ich nicht gesagt!

Abg. *Dittmann:*

Anders kann man es nicht auffassen. Bitte, wollen Sie behaupten,

die Punkte, die Sie numeriert haben, seien in dieser Form von Sachse vorher angegeben worden?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Eine Vernehmung kommt nur so zustande, daß man den Leuten vorhält, was gegen sie vorliegt. Ich persönlich bin weiter gegangen. Ich habe sogar gesagt, welche Strafe sie eventuell verwirkt haben. Ich habe mir also von dem Gesichtspunkt der Fuchsschlauheit aus eigentlich jede Chance verdorben, daß die Leute die Wahrheit sagen. Wenn sie wußten, was ihnen blühte, riskierte ich, daß sie leugnen, daß sie nichts sagen. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, wie ich es bis heute für meine Pflicht halte, mit offenen Karten zu spielen, den Leuten zu sagen, was ihnen blühen kann. Anders sind diese Sachen, die mir jetzt zur Last gelegt werden, nicht zu erklären.

Ich habe auch in diesem Falle den Sachse kommen lassen und ihm gesagt — ich bemerke ausdrücklich, vom Wortlaut weiß ich nichts mehr, aber dem Sinne nach —: nun möchte ich einmal etwas Näheres von Ihnen wissen, was Sie eigentlich in dieser Geschichte gemacht und gewollt haben, was eigentlich Ihr Ziel war. Sachse hat mir daraufhin Auskunft in zusammenhängender Rede gegeben. Er war sehr gut des Wortes mächtig, wie er es heutzutage noch sehr ist. Ich habe nachher dasjenige, was er mir gesagt hat, Punkt für Punkt durch den Protokollführer nach Diktat aufschreiben lassen. Es ist Sachse vorgelesen worden, Sachse hat es genehmigt. Wenn er etwas Falsches genehmigt hat, — das kann ich nicht wissen!

Abg. *Dittmann:*

Wie kommt es denn, daß dieses Protokoll, das Sie nach den Angaben Sachses in der Vernehmung vom 9. August zunächst niedergelegt haben, in der Anklageschrift vom 21. August in einer vollständig anderen Fassung enthalten ist? Es ist damals besonders der Punkt 4, die Frage des Gewaltprogramms, vollständig anders formuliert worden. In der ursprünglichen Formulierung, angeblich nach den Angaben Sachses vom 9. August heißt es unter 4: „Erzwingung eines alsbaldigen annexionslosen und entschädigungslosen Friedens durch gewaltsame Durchführung des Programms der USPD." In der Anklageschrift vom 21. August aber lautet Punkt 4: „Erzwingung eines alsbaldigen annexionslosen und entschädigungslosen Friedens durch Waffenniederlegung, Generalstreik und Verweigerung des Gehorsams gegenüber Befehlen der Vorgesetzten zur Unterdrückung der Streikbewegung in Marine- und Volkskreisen." Wenn wirklich die Formulierung von Sachse gestammt hat, wie konnten Sie sich als Untersuchungsführer für berechtigt halten, in der Anklageschrift eine vollkommen neue Formulierung dem Gericht zu unterbreiten?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich vermag nicht einzusehen, daß die Formulierung besonders neu sein soll. Im übrigen handelt es sich in der Anklageschrift um eine Anklage und um Erzählung des Tatbestandes, die für niemanden bindend

ist, und ich weise im Gegenteil darauf hin, daß nach den Protokollstellen, die ich aus dem Hauptverhandlungsprotokoll vorgelesen habe, die mich persönlich auch nichts angehen, sowohl Sachse wie Reichpietsch erklärt haben: das Programm in der Anklageschrift ist dasjenige, das wir aufgestellt haben.

Abg. *Dittmann:*

Es ist ein vollkommen anderes Programm. Sie haben erst dargestellt, das, was Sie am 9. August niedergeschrieben haben, sei nach den Angaben von Sachse geschehen, und das sei das Programm gewesen; und in der Anklageschrift vom 21. erscheint auf einmal ein anderes Programm, das angeblich das Gewaltprogramm enthalten soll. Sie können nicht sagen, daß Sie das, was Sie konstruiert haben, nach der Aussage der Zeugen gemacht haben, daß das in dieser Formulierung von dem Zeugen selbst gesagt worden wäre?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich habe nicht das geringste konstruiert, sondern es ist der Niederschlag dessen, was in den Akten stand. Ich kann, wenn ich einen schriftlich vorliegenden Bericht verfasse, selbstverständlich nicht das nehmen, was ein einzelner gesagt hat, sondern muß den gesamten Akteninhalt verwerten. Das ist der Zweck der Anklage. Zweck der Anklage ist nicht, daß sie wörtlich vom Gericht übernommen wird, sondern ihr Zweck ist, daß sie die Ansicht des Untersuchungsrichters ausdrückt und das übrige der Hauptverhandlung überläßt, wie es hier gewesen ist.

Abg. *Dittmann:*

Darauf kommt es nicht an. Der springende Punkt ist ein anderer. In der Vernehmung vom 9. August heißt es wörtlich im Protokoll:

Sachse berichtete, daß eine Organisation gebildet werden sollte, die folgende Zwecke verfolgt:

— nun kommen Punkt 1, 2, 3 und 4. Und in der Anklageschrift heißt es:

Alle Stellen aber wirken geschlossen für das Programm der Zentrale: Punkt 1, 2, 3 und 4;

es ist wieder die Aufzählung. Sie durften doch, wenn ein solches Programm von den Leuten selbst aufgestellt war, willkürlich den Wortlaut dieses Programms nicht ändern. Da Sie es aber getan haben, so ist damit der Beweis erbracht, daß es sich um eine Konstruktion handelt, die Sie selbst hergestellt haben aus den verschiedenen Aussagen, daß aber nicht die Leute selbst einen solchen Wortlaut des Programms aufgestellt haben, weder den Wortlaut, wie er am 9. August protokolliert worden ist, noch den Wortlaut, wie er in der Anklageschrift vom 21. August enthalten ist.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Auch das ist nicht richtig. Es handelt sich doch nicht um ein Programm, das beispielsweise wie das Erfurter Programm in gedruckten Sätzen vorgelegen hat, sondern um dasjenige, was mir Sachse als

Programm seiner Organisation dargestellt hat. Ich wußte doch gar nichts von diesen ganzen Sachen und mußte das entgegennehmen, was mir gesagt wurde, und ich habe es so hingeschrieben, wie es mir gesagt wurde. Und wenn in der Anklageschrift eine Kleinigkeit vielleicht anders sein sollte, so kann ich heute nicht mehr sagen, wie das gekommen ist. Ich vermag keinen großen Unterschied zu sehen; denn die Hauptsache war für mich immer: ich habe keinen politischen Prozeß geführt, ich habe einen Prozeß gegen Leute geführt, die mit Gewalt die Flotte zu Ende bringen wollten, also ein Verbrechen nach dem Strafgesetzbuch und dem Militärstrafgesetzbuch. Was politisch war, habe ich dem Oberreichsanwalt überlassen, und der deutlichste Beweis dafür, daß ich mich gegen jeden politischen Einschlag in dieser Sache gewehrt habe, liegt darin, daß ich einmal einem Ersuchen um Haussuchung bei den Abgeordneten nicht nachgekommen bin, sondern im Gegenteil den damaligen Konteradmiral v. Trotha gebeten habe, im Reichsmarineamt zu erklären, ich lehnte jede politische Einwirkung ab. Das steht in den Akten.

Abg. Graf zu *Eulenburg:*

Ist hinsichtlich des Programms noch irgend etwas gesagt worden? Hat Ihnen z. B. der ehemalige Angeklagte Haase noch irgend etwas bezüglich des Punktes vier des Programms gesagt, über die Revolutionierung der Flotte durch Verbreitung von Agitationsmaterial? Er hat später im Jahre 1919 sich dessen gerühmt.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Das ist mir gegenüber nicht geschehen. Ich glaube, mich richtig zu erinnern, aber ich kann nichts ganz Positives mehr sagen — es muß sich aus den Akten ergeben —, ist von keiner Seite der Versuch gemacht worden, zu bestreiten, daß es auf Gewaltanwendung hinauskommt; im Gegenteil, es ist meines Wissens ein Manuskript — sei es von Siegfried oder von wem, darüber müßte der Kriegsgerichtsrat Loesch vernommen werden — verlesen worden, in dem ganz offenbar mit der Gewalt gedroht wird. Aber meine genaue Erinnerung versagt in diesem Punkte.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Was als Programmpunkt Nr. 4 hier steht und was der Herr Zeuge hervorgehoben hat, nämlich die Erzwingung mit Gewalt, widerspricht tatsächlich dem Programm der USPD. Ist das dem Herrn Zeugen damals bewußt gewesen?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Nein!

Abg. *Dittmann:*

Was wußten Sie denn überhaupt von politischen Parteien und deren Programmen?

Zeuge Dr. *Dobring:*

So gut wie nichts. Ich bin nie ein politisch eingestellter Mensch

gewesen, ich habe mich um nichts gekümmert. Ich habe meine juristischen Untersuchungen geführt und weiter nichts.

Abg. *Dittmann:*

Sie sind aber auf die Flottenabwehrstelle berufen worden, und Ihre besondere Aufgabe war es doch, zu verfolgen, wie die SPD und USPD sich zu den Kriegsfragen stellten. Das war doch unmöglich, wenn Sie von diesen Parteien und ihrem Programm und ihren Bestrebungen nichts wußten? Da konnten Sie doch Ihre Aufgabe gar nicht erfüllen?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich glaube, Sie sind da nicht richtig informiert. Zunächst war nicht ich die Flottenabwehrstelle, sondern ein Offizier. Ferner habe ich zwar für die Flottenabwehrstelle dieses und jenes Schreiben entworfen, weiter aber nichts. Endlich hat die Flottenabwehrstelle das, was meines Erachtens notwendig gewesen wäre, nämlich Verbindung mit allen Polizeipräsidien zu halten, um auf diese Weise zu erfahren, was überhaupt im Spiele war, nicht getan. Ich habe einige Ermittlungen zugesandt bekommen; ich habe dazu geschrieben: Kenntnis genommen. Das war meine ganze Tätigkeit bei der sogenannten Flottenabwehrstelle.

Abg. *Dittmann:*

Es bleibt die Tatsache bestehen, daß Sie uns erklären, Sie haben von politischen Parteien nichts gewußt, und daß es Ihre besondere Aufgabe nach einer Bemerkung in den Akten gewesen ist, die Bestrebungen der Sozialdemokratie und der Unabhängigen Sozialdemokratie besonders zu verfolgen.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich glaube, das ist ein Irrtum. Mir ist von der Bestimmung jedenfalls nichts bekannt.

Abg. *Dittmann:*

Es steht darin! Ich bin bereit, Ihnen die Stelle in den Akten zu zeigen.

Nun möchte ich doch noch auf eins hinweisen. Sie haben erklärt, Sie seien nie bestrebt gewesen, die Dinge auf die politischen Parteien, auf die USPD, auszudehnen, Sie hätten das der Oberreichsanwaltschaft überlassen. Es ist aber in den Akten ein Bericht vom 24. November 1917, gezeichnet Dr. Dobring, gerichtet an den Staatssekretär v. Capelle, der ja nicht die Oberreichsanwaltschaft war. Da sagen Sie:

„Als Untersuchungsführer im grundlegenden Verfahren des IV. Geschwaders gegen Sachse und Genossen wegen Kriegsverrats, als Verhandlungsführer in dem Verfahren des I. Geschwaders gegen Calmus und Genossen und Haase und Genossen wegen Kriegsverrats und in Durchführung des von Eurer Exzellenz mir erteilten anliegenden Spezialauftrages habe ich mit dem Untersuchungsführer des I. Geschwaders, Marinehilfsgerichtsrat Loesch, die feste Überzeugung erlangt, mindestens daß die Umtriebe auf der Flotte mit dem Ziele der Erzwingung eines Verzichtfriedens von den Reichs-

tagsabgeordneten Dittmann, Haase, Vogtherr, vielleicht auch Ledebour, gekannt und, sei es ausdrücklich, sei es stillschweigend, gebilligt sind. Mit hoher Wahrscheinlichkeit drängt sich mir die weitere Überzeugung auf, daß der im Verfahren des IV. Geschwaders nach Kriegsrecht zum Tode verurteilte und hingerichtete Matrose Reichpietsch zur Propagierung jener Ziele von den genannten Abgeordneten ausdrücklich ermutigt und zur Vorbereitung und Durchführung dieser Agitation mit Broschüren- und Flugblättermaterial laufend versehen ist.

Meine Überzeugung auf Grund des vorhandenen Materials darf nun nicht dahin ausgelegt werden, daß eine Verurteilung der Abgeordneten durch das Reichsgericht wegen Landesverrats, Anstiftung zum Kriegsverrat oder aus § 139 des Reichsstrafgesetzbuchs irgendwie absolut gewährleistet wäre. Dagegen dürfte der zur Eröffnung des Hauptverfahrens mindestens aus § 139 des Reichsstrafgesetzbuchs erforderliche „hinreichende Verdacht" ohne Bedenken erwiesen, damit aber die Möglichkeit für eine geschickte Verhandlungsleitung oder eine zupackende Fragestellung der Reichsanwaltschaft geschaffen sein, eine breite Erörterung der Machenschaften der USPD in der Flotte in der Hauptverwaltung zu erwirken. Es ist mir persönlich, auch in Erwägung der letzthin vom Reichstage in der gleichen Frage bewiesenen hochgespannten Ansprüche auf dem Gebiete der verfassungsmäßigen Immunität der Abgeordneten nicht zweifelhaft, daß nach dem Ergebnis dieser Erörterungen ein Zusammengehen des Reichstages in der innerpolitisch zurzeit wohl wertvolleren moralischen, als der juristischen Verurteilung mit Eurer Exzellenz selbst dann erfolgen dürfte, wenn eine Freisprechung der Abgeordneten „mangels ausreichenden Beweises" das Ergebnis der Reichsgerichtsverhandlung wäre. Nach dem vorliegenden Material dürfte ein anders gearteter Freispruch kaum zu besorgen sein, zumal auch bei der vorsichtigsten Bewertung des Materials neben allen äußeren Beweisen vorzugsweise die innere Wahrscheinlichkeit des Verdachtes gegen die Abgeordneten nicht entgehen kann."

Sie haben also ausdrücklich versucht, nach der politischen Richtung scharf zu machen und nicht nach der juristischen hin. Sie sagen ausdrücklich: die Abgeordneten werden mutmaßlich freigesprochen werden, aber man kann sie moralisch, politisch infamieren. Da können Sie doch nicht sagen, daß Sie sich in keiner Weise um politische Dinge gekümmert haben, daß das Ihnen gleichgültig war, daß Sie sich nur um Ihre juristischen Pflichten gekümmert hätten.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Sie haben eine ganze Kleinigkeit vergessen, die aber das ganze Bild verschiebt, wie so manches andere. Ist das während meiner Untersuchung gegen die Matrosen geschrieben, oder saßen die längst monatelang im Zuchthaus? Hier handelt es sich darum, ob ich meine gericht-

liche Untersuchung unter politischen Gesichtspunkten geführt habe. Niemals habe ich ein Wort dazu gesagt, daß der Sonderauftrag, der mir vier Monate später ungefähr nach der Rede des Staatssekretärs v. Capelle erteilt war, nicht mit politischen Beziehungen im Zusammenhang stand. Aber darauf allein bezieht sich der Bericht. Niemals ist dieser Bericht während der Untersuchung abgegeben worden.

Abg. *Dittmann:*

Sie sind doch lediglich deshalb von Capelle mit dem Sonderauftrag versehen worden, weil Sie die ganzen Prozesse bereits politisch geführt hatten. Die Zeugen haben immer bekundet, daß sie stets gefragt worden sind: was haben die Abgeordneten damit zu tun gehabt, welche Beziehungen haben Sie zu Abgeordneten gehabt? Sie können also wirklich nicht sagen, daß Sie sich nicht um politische Dinge bekümmert haben.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Wenn ich als Untersuchungsrichter aus dem Geständnis des Angeklagten Sachse und von verschiedenen anderen erfahren habe, es sollten Verbindungen mit der USPD bestehen, können Sie da von mir als Untersuchungsrichter verlangen, daß ich sage: ich lege das ad acta? Oder ist es nicht selbstverständlich, daß ich jeden einzelnen, der vernommen wird, danach frage: ist das richtig, habt ihr Beziehungen zur USPD?

Abg. *Dittmann:*

Dann dürfen Sie aber nicht sagen, Sie hätten sich um die politische Seite der Sache nicht gekümmert.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich habe mich um die politische Seite nicht gekümmert, das halte ich durchaus aufrecht. Aber ich mußte doch die Ursachen dieser Dinge feststellen. Wo steht denn in der Anklage ein Wort von der politischen Seite der Sache? Habe ich nicht ausdrücklich gerade in der Anklage gesagt, daß ich keinen Beweis dafür habe, daß von Ihrer Seite die Sache angestiftet worden ist, aber wohl nach meiner Überzeugung der Beweis, daß Sie die Sachen unterstützt haben? — Nach meiner Überzeugung!

Abg. *Dittmann:*

Wo ist denn der Beweis geblieben?

Zeuge *Steilemann:*

Ich möchte auf die Liste zurückkommen. In der Hauptverhandlung lag eine derartige Liste vor. Man fragte mich: „Was haben Sie mit der Liste zu tun?“ Ich sagte: „Gar nichts.“ — „Wie kommt denn Ihr Name in die Liste?“ Ich wußte das selbst nicht. Diese Liste ist meines Erachtens von den verschiedenen Phantasten aufgestellt worden. Wir, die wir als Mitglieder darinstehen sollten, haben gar nichts damit zu tun gehabt. Die Überzeugung muß auch das Gericht gehabt haben, weil sämtliche Namen — man verlangte sogar Schriftproben — gar nicht

die persönliche Schrift des Betreffenden, der verzeichnet stand, ergeben haben.

Zeuge *Sachse:*

Die Frage der Entstehung des Programms spielt eine Hauptrolle. Ich möchte dazu jetzt gegenüber der ersten Erklärung eine erweiterte Erklärung abgeben: Der Zeuge Dr. Dobring erklärte hier, daß ich bei meiner ersten Vernehmung am 9. August 1917 einfach ein Geständnis gemacht habe und dann im Laufe dieses Geständnisses dieses Programm entwickelt hätte. Ich möchte zunächst einmal feststellen, daß in der Hauptverhandlung des Prozesses ich sowohl wie auch der erschossene Köbis erklärt haben, daß das nicht unser Programm sei, und zwar lag, wenn ich nicht irre, in diesem Prozeß das Programm vor, das in der Anklageschrift formuliert ist, mit der berühmten Waffengeschichte, also eine konkrete Anklage. Wie sind denn diese sogenannten Geständnisse zustande gekommen? Man hat mir am 9. August 1917, nachdem man mich zum zweiten Male hörte, das sogenannte Geständnis von Reichpietsch und Weber vorgelesen. Weber war in einer Versammlung ungefähr acht Tage früher als wir verhaftet worden, Reichpietsch mit mir gemeinsam. Man hat die Geständnisse mit diesen Punkten vorgelesen. Ich konnte damals und kann auch heute noch nicht sagen, ob das die Geständnisse der Angeklagten gewesen sind. Man hat sie uns nur vorgelesen; von einer Unterschrift habe ich nie Kenntnis erhalten. Reichpietsch und Beckers haben mir auch erklärt, daß ihnen ebenfalls Geständnisse vorgelegt worden sind. Aber wir wissen heute noch nicht, ob das Geständnisse sind, die die Leute gemacht haben, oder wie sie zustande gekommen sind. Wir waren uns ja klar — das habe ich schon in einer Besprechung einmal gesagt —, wenn wir einmal auffliegen würden, was dann weiter erfolgen würde: unsere Verhaftung. Da haben wir erklärt: Wir werden vor Gericht ganz offen sagen, welchen Zweck wir verfolgen, was wir wollten, weil wir der Annahme waren, daß dann in einer öffentlichen Verhandlung die Ziele der Bewegung besprochen würden, soweit man davon überhaupt sprechen kann. Ich habe in meiner ersten Erklärung gesagt: eine politische und programmatische Klarheit war in der Bewegung bis zuletzt nicht vorhanden. Es wird auch dadurch bestätigt, was Herr Zeuge Steilemann jetzt als phantastisch bezeichnet. Es ist durchaus richtig, daß wir uns politisch in diesen Fragen nicht klar gewesen sind. Wir haben damals jeder einzelne, ohne daß wir gegenübergestellt worden sind, erklärt, wie die Dinge waren, soweit wir es nach unserem Ermessen überhaupt sagen konnten. Wir waren damals politisch nicht klar, und ich sage auch: wir waren damals juristisch nicht über die Dinge klar. Wenn wir gewußt hätten, was hinter den Fragestellungen, hinter den Formulierungen der Untersuchungsführer gestanden hat, hinter den Fragen, die uns vorgelegt wurden, seien Sie überzeugt, wir hätten keinen Ton gesagt, dann hätte ich den Browning, der vor mir auf dem Tisch neben

dem Kruzifix lag, auch so menschenliebend angewandt, wie er gegenüber Reichpietsch und Köbis angewandt worden ist. Wir sagen offen: man hat uns diese Formulierung vorgelegt. Herr Dr. Dobring hat ausgesagt, er habe unsere Aussage zu Protokoll genommen. Er hat das Protokoll in die Maschine diktiert. Er hat *seine* Formulierung hineingelegt. Es sind sechs oder sieben oder zwölf Seiten lange Protokolle das Ergebnis stundenlanger Vernehmungen gewesen, zehn oder zwölf Seiten nach einem ermüdenden Verhör. Es ging das nur so in unserm Kopf herum. Man hat uns provoziert, wir leiden heute noch darunter, wenn wir daran denken, wie wir in diesen Vernehmungen wie auch im Gefängnis behandelt worden sind. Man hat uns dann diese langen Protokolle vorgelegt; ich war damals 22 Jahre, meine Kameraden nicht viel älter. Wir hatten noch nie in unserm ganzen Leben vor einem Gericht gestanden. Wir haben nach diesen Vernehmungen überhaupt nicht mehr gewußt, was los ist. Wir haben das Protokoll unterschrieben, immer den Sirenensängen glaubend, daß man das beste für uns will, und es hat sich im Prozeß gezeigt, wo das beste gelegen hat. So sind diese Dinge überhaupt zustande gekommen.

Das Programm ist keine wörtliche Formulierung von uns. Ich gestatte mir, auf folgendes hinzuweisen. Das einzige Aktenstück, das ich besitze, ist die Urteilsschrift: Unsere politischen Gegner besitzen die ganzen Akten dieses Prozesses, obwohl sie streng geheim sind. Es steht in der Urteilsschrift, die unser Todesurteil begründet, ja wörtlich darin:

Wenn auch ein entsprechendes Programm schriftlich nicht niedergelegt sein mag, so ist doch zugestandenermaßen den Angeklagten die Tendenz desselben bekannt.

Ich stelle fest, wenn ein so wichtiges Programm, das von Niederlegung der Waffen spricht, das vom Generalstreik der Flotte spricht, das praktisch von einem Generalaufstand der Flotte spricht, wenn ein solches Programm, das in der Voruntersuchung von uns formuliert worden ist, durch unsere eigenen Geständnisse erwiesen worden wäre — wie kann ein solches Gericht in einer solchen klassenmäßigen Zusammensetzung, das doch alles für sich und nichts gegen sich hat, denn unter dem Belagerungszustand konnte man mit uns machen, was man wollte —, wie hätte das Gericht gerade diese Formulierung in sein Urteil hineinbringen können, wenn erwiesenermaßen von uns dieses Geständnis des Programms besonders formuliert worden wäre? Ich glaube, jeder Mensch muß sich darüber klar sein, daß wir ein solches Programm nicht formuliert haben. Ich habe mich in meiner ersten Vernehmung ganz geflissentlich und auch heute jeglichen Urteils enthalten, wie unsere Untersuchungen geführt worden sind, sowohl bis zu unserem Prozeß als auch später, als man versuchte, uns im Zuchthaus zu Celle zu vernehmen, als man uns nach Moabit im ungeheizten Gefangenenwagen transportiert hat, so daß wir halb erfroren

von Hannover angekommen sind und nichts zu essen bekommen haben. Das sind die Methoden, die man gegen uns angewandt hat.

Abg. *Joos:*

Herr Zeuge Sachse, Sie haben am 9. August 1917 wörtlich gesagt:

> Zu der Versammlung im „Tivoli" kam ich hin, als sie vollzählig war. Hier ergab sich, daß eine Organisation gebildet werden sollte, die folgende Zwecke verfolgte.

Und dann wurden die Zwecke genannt, nicht das Programm, aber die Zwecke. Daraus ist dann später das Programm geworden. Sie haben sich doch in diesem Sinne bei Ihrem Geständnis geäußert?

Zeuge *Sachse:*

Ich habe schon erklärt, wie auf einmal diese Dinge auftauchten. Es ist uns das angebliche Geständnis von Weber vorgelesen worden. Das ergibt sich z. B. aus den Akten vom 3. August 1917. Man hat es uns vorgelesen und erklärt: „Was haben Sie dazu zu sagen?" Wenn wir dann darüber gesprochen haben, daß solche Zustände, solche politischen Erregungen, solche Aufstände, wie sie auf „Prinzregent Luitpold" vorgekommen sind, Arbeitsdienstverweigerungen, wie sie auf unseren Schiffen vorgekommen sind, sich aus den Verhältnissen ergeben haben, einmal aus schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen, ferner aus schlechten sozialen Verhältnissen, endlich aus der Behandlung, die uns als Heizer und Matrosen ein Teil unserer Offiziere während dieser schweren Zeit hat zuteil werden lassen, — wenn wir darauf zu sprechen gekommen sind, nachzuweisen, daß aus diesen Dingen heraus die Bewegung sich hauptsächlich entwickelt hat, so hat man diese Aussagen nicht zu Protokoll genommen. Man hat immer nur die politische Seite, eine Tatsache, die uns in der Vernehmung gar nicht bewußt war, festgehalten, und damit ganz offen gesagt, daß die Untersuchung praktisch nicht allein gegen uns, sondern gegen die Abgeordneten gegangen ist.

Dieses Programm — das stelle ich noch einmal fest — ist keine Formulierung von uns, sondern eine Formulierung der vernehmenden Kriegsgerichtsräte, die sie zu Protokoll genommen haben. Ich sage Ihnen ganz klar: wir litten so unter den Zuständen, wir waren derartig gedrückt und litten unter den Methoden unserer Vernehmung, nicht nur durch Dr. Dobring allein, wir litten so, daß wir faktisch gleichgültig gegen diese Dinge waren und oft Dinge unterschrieben haben, über deren juristische und politische Tragweite wir uns nicht klar gewesen sind. Das steht einwandfrei fest. So sind alle die Unterschriften und „Geständnisse" zustande gekommen. Wenn es heute so hingestellt wird, als ob die Dinge dem Akteninhalt entsprochen haben, weil sich die damaligen Beschuldigten geschwätzig benommen haben, so will ich nur erklären, daß es uns um etwas ganz anderes ging, als dummes Geschwätz zu machen. Uns kam es darauf an, wie schon

Beckers gesagt hat, zunächst das Leben zu retten, weil uns gesagt wurde: es geht um den Kopf!

Ich möchte noch etwas zu der politischen Zusammensetzung des sogenannten Zentralkomitees sagen, nur ganz kurz, um zu zeigen, daß wir nicht Mitglieder der USPD gewesen sind, was vorhin behauptet wurde. Ich habe in meiner Vernehmung schon sehr klar gesagt: es konnte von einer klaren politischen Formulierung keine Rede sein. Man hat mich daraufhin von seiten des Ausschusses gefragt, ob wir ein Urteil darüber abgeben könnten, wie die politische Orientierung der einzelnen Leute im Zentralkomitee gewesen sei. Ich habe erklärt: von einem Zentralkomitee konnte nicht die Rede sein, das ist eine Bezeichnung, die uns von Gerichts wegen angehängt worden ist. Dann habe ich erklärt, daß die politische Orientierung des einzelnen sehr differenziert war, daß auch damals schon Beckers gar kein Hehl daraus gemacht hat, daß er auf Grund seiner Lektüre von Stirner „Der Einzige und sein Eigentum" durchaus nicht mit den politischen Zielen der USPD konform ging und schon damals mit Köbis zusammen auf anarchistischem Standpunkt gestanden hat. Ich stelle fest, daß im Prozeß selbst in der Hauptverhandlung Weber erklärt hat, daß er Anhänger der Mehrheitssozialdemokratie sei, gar nicht zur USPD gehöre. Ich habe offen gesagt, daß man nach meiner Auffassung als von einem wirklich überzeugten Mann, der damals klar und fest zur USPD stand, vielleicht von Reichpietsch reden könne. Aber Reichpietsch war vorher nie politisch orientiert, er ist erst zu all diesen Dingen gekommen, nachdem wir in der Flotte eine Bewegung hatten, die gar keine USPD-Bewegung war, sondern eine eigene Bewegung, die sich aus den Zuständen in der Flotte entwickelt hat. Das wurde vor Gericht ausgesagt. Das sind aber Dinge, die man nicht aufgenommen hat, und ich muß dagegen protestieren, daß man uns heute einen Strick drehen will, indem man uns Aussagen vorhält aus Aktenprotokollen, von denen wir behaupten, daß ein Teil davon nicht echt ist, daß in diese Protokolle Dinge gekommen sind, die, wie wir auch aus den Erzählungen der Gerichtsschreiber erfahren haben, mit Absicht hineingeschrieben sind, um eben die juristische und politische Plattform zu haben und um die Todesurteile gegen uns zu fällen. Wir sollen hier unter Eid aussagen über Dinge, die zehn Jahre zurückliegen. Man gibt uns keine Einsicht in die Akten. Der Zeuge Dr. Dobring dagegen operiert ständig mit den Akten und kann sich darauf berufen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Herr Zeuge Sachse, Sie befinden sich im Irrtum! Der Untersuchungsausschuß hat die Akten über die ganzen Vorgänge niemandem zur Verfügung gestellt als seinen Mitgliedern. Sie befinden sich auch im Irrtum, wenn Sie glauben, hier durch diese Vernehmungen soll Ihnen irgendein Strick gedreht werden. Wir haben Sie ausdrücklich deswegen nicht vereidigt, bis Ihr Verfahren an anderer Stelle erledigt ist.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Ich halte es doch für gut, ehe wir in der sachlichen Beratung fortfahren, daß sich vielleicht Herr Dr. Dobring dazu äußert, wie er in den Besitz der Akten gekommen ist, aus denen er fortgesetzt zitiert. Hat sich Herr Dr. Dobring damals, als er die Prozesse führte, vielleicht Abschriften gemacht?

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Jedenfalls hat der Untersuchungsausschuß Akten niemals zur Verfügung gestellt.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich bin im Besitz der Abschriften gewesen, längst bevor das Referat des Herrn Abg. Dittmann gehalten worden ist. Ich habe vom Ausschuß kein einziges Aktenstück zugestellt bekommen.

Abg. *Joos:*

Wollen Sie sich äußern, woher Sie die Akten bekommen haben?

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Es ist sachlich von außerordentlicher Wichtigkeit, auf welche Weise der Zeuge Gelegenheit hatte, in den offenbar privaten Besitz dieser Akten zu kommen und so eine gewisse fundierte Grundlage für spätere Aussagen, Erklärungen und Schriftstücke zu erhalten.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich mache darauf aufmerksam, daß seitens des Preußischen Justizministeriums und des Reichswehrministeriums Erklärungen vorliegen, daß Landgerichtsrat Dr. Dobring von seiner Pflicht zur Amtsverschwiegenheit entbunden ist. Diese Erklärungen würden auch von Bedeutung sein bezüglich der Verwendung der Abschriften.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich will sagen, warum ich die Abschriften habe anfertigen lassen. Mir ist bekannt geworden, daß ich nach München als Zeuge zum Dolchstoßprozeß geladen werden sollte. Ich kenne die Bedeutung des Eides im Verhältnis zur menschlichen Erinnerung. Ich mache heute die besten Erfahrungen nach dieser Richtung hin. Es wäre selbstverständlich für mich ganz unmöglich gewesen, eine irgendwie zusammenhängende Aussage zu machen, wenn ich mich nicht auf Grund meiner Akten hätte informieren können. Aus diesem Grunde habe ich mir die Akten erbeten, und sie sind mir damals vom Reichsmarineamt zur Einsicht zur Verfügung gestellt worden, ich habe mir die Abschriften machen lassen für meine Zeugenaussagen, damit ich in der Lage war, nach bestem Wissen und Gewissen die Wahrheit zu sagen auf Grund von Urkunden! Ich habe schon einmal darauf hingewiesen: Der Zeuge Sachse hat sich darauf berufen, das „Programm" wäre ihm gewissermaßen von mir imputiert und in das Protokoll hineindiktiert worden. Ich habe schon einmal gefragt: warum in aller Welt kommt denn das heute erst zutage? Warum sind die verschiedenen Gelegenheiten nicht benutzt worden, bei denen es gesagt werden mußte? Warum hat der damalige Angeklagte

Sachse, der einen Verteidiger gehabt hat, der mit seinem Verteidiger gesprochen hat, der seinen Verteidiger zweifellos informiert hat, der alles das hätte vorbringen können und müssen, wenn es so wäre, wie er behauptet, warum hat dieser Zeuge nach dem Hauptverhandlungsprotokoll, von dem ich immer wieder betone, daß ich es nicht verfaßt und nicht beeinflußt habe, gesagt: wohl habe ich die vier Punkte in dem Programm aufgenommen und deshalb waren sie mir bekannt? Das sagt der lebende Zeuge. Von dem toten Reichpietsch kann ich dasselbe sagen. Es steht doch nun einmal in dem Wortlaut des Hauptverhandlungsprotokolls.

Es wird immer gesagt und betont, der Untersuchungsführer des Reichsgerichts sei musterhaft gewesen. Das glaube ich gern. Ich kenne den Herrn, kenne auch einen Teil der Akten und weiß, mit welcher Genauigkeit sie geführt sind. Da frage ich weiter: Die Leute hatten mit mir nichts mehr zu tun, auf die Jurisdiktion des Reichsgerichts hatte ich keinen Einfluß, sie sind ausführlich vernommen worden, es sind stundenlang Protokolle aufgenommen worden, es sind Bemerkungen von ihnen gemacht worden und vom Richter aufgeklärt. Warum hat nicht ein einziger von den Leuten das vorgebracht, was heute vorgebracht worden ist. Warum hat gerade der Hauptzeuge Sachse gesagt: nicht das, was ich dem Untersuchungsrichter des Reichsgerichts sagte, trifft zu, es ist ein Mißverständnis, ich habe mich besonnen, sondern das, was ich dem Untersuchungsrichter des Kriegsgerichts gesagt habe, das trifft zu.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Ich will von dem eigentlichen Problem unserer Arbeit als Untersuchungsausschuß ausgehen, wobei es sich doch wesentlich um die Frage der USPD handelt. Sie, Herr Zeuge Dr. Dobring, haben vorhin auf meine Frage, ob Ihnen bewußt gewesen sei der Unterschied zwischen dem tatsächlichen Programm der USPD und dem Programm, von dem wir hier reden, mit der Gewaltanwendung, gesagt, dieser Unterschied sei Ihnen damals nicht bewußt gewesen. — Nun möchte ich Sie weiter fragen: Wenn Sie dieses Programm, von dem immer geredet worden ist — ich stelle ganz anheim, wie es zustandegekommen ist —, für das Programm der USPD gehalten haben oder wenigstens koinzident mit dem Programm der USPD, so steht doch in diesem Programm ausdrücklich etwas von Gewaltanwendung, dann kann doch die USPD nach Ihrer damaligen Auffassung eine legale Partei überhaupt nicht gewesen sein?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Die Folgerungen wären richtig, wenn Ihre Prämissen richtig wären. Es ergibt sich aus dem ganzen Akteninhalt, daß das Programm der Organisation nach dem, was mir die damaligen Beschuldigten gesagt haben, zwar von dem Herrn Abgeordneten Dittmann gebilligt sein soll,

(Abg. *Dittmann:* Soll!)

— daß es aber nicht das Programm der USPD ist. Infolgedessen könnte eine Koinzidenz nicht in Frage kommen.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Dann wäre es eine Koinzidenz zwischen dem Abgeordneten Dittmann als der leitenden Persönlichkeit der Partei und diesem Programm gewesen?)

So hat sich mir die Sache damals dargestellt!

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Haben Sie die Listen alle angesehen — auch die von einer Hand geschriebenen Listen — als Listen zu dem Zweck der Anmeldung an die USPD?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich möchte einen sehr charakteristischen Vorfall, der mir bei dieser Gelegenheit einfällt, vorausschicken! Ich weiß nicht, ob sich der Zeuge Sachse erinnert, daß er derjenige gewesen ist, der mir die Listen in die Hand gespielt hat. Ich weiß nicht, ob sich der Zeuge Sachse erinnert, daß er mir gesagt hat, in irgendeinem Heizraum — ich erinnere mich an den Fachausdruck nicht mehr — unter irgendeinem Balken liegen die Listen. Während ich in meiner Vernehmung fortgefahren bin, habe ich eine Ordonnanz an den damaligen Admiral Mauve geschickt, habe um eine Durchsuchung des Schiffes „Friedrich der Große" nach den Angaben des Sachse gebeten. Diese wurde vorgenommen, und an dieser von Sachse angegebenen Stelle haben sich die Listen gefunden.

(Hört! Hört!)

Meines Erinnerns ist es zunächst nicht richtig, daß eine Liste nur von einer Hand geschrieben gewesen sei, sondern es haben sich, wenn ich mich nicht sehr irre, eine ganze Reihe von Listen von verschiedenen Schriften gefunden, wo von verschiedenen Unterzentralen Listen aufgestellt und eingereicht worden sind.

Nun haben die Listen meines Erachtens einen doppelten Zweck verfolgt: Erstens mal den — ich kann immer nur das sagen, was die Angeklagten angegeben haben —, Mitglieder für die USPD zu sammeln, und zwar zu dem Zweck, daß die USPD-Abgeordneten diese Listen auf der Stockholmer Konferenz verwenden sollten, damit sie dort, wie einer der Angeklagte gesagt hat, auftrumpfen und sagen können: soundsoviele Leute stehen hinter uns, die bereit sind, unseren Wünschen zu folgen, die Waffen niederzulegen. Es wurde behauptet, daß in der Armee die gleichen Listen herumgegangen wären zum gleichen Zweck. Der zweite Zweck war, diejenigen zu sammeln, die entschlossen waren, diese vier Programmpunkte durchzuführen. So habe ich die Listen aufgefaßt.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Würden Sie nun den Zweck der Listen, Mitglieder für die USPD zu sammeln, um der USPD-Zentrale sagen zu können: hier stehen soundsoviel USPD-Leute hinter euch, würden Sie das als etwas Ille-

gales betrachten, oder haben Sie das damals als etwas Illegales betrachtet?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich kann nur wiederholen: ich habe kein *politisches* Verfahren geführt. Ich hätte damals in der einfachen Tatsache, daß die Mannschaften der USPD angehörten, kein Verbrechen gesehen. Vielleicht war das strafbar in disziplinarer Beziehung; aber es war durchaus nichts gegen das Strafgesetz. Für mich handelt es sich bloß um die Gewaltanwendung, um die Lahmlegung der Flotte im Generalstreik. Das festzustellen, war die Aufgabe meiner Untersuchung. Alles übrige war Beiwerk.

Abg. *Brüninghaus:*

Mir ist bei den Zeugenaussagen folgendes aufgefallen: Die Zeugen, die zuletzt geredet haben, Sachse, Weber, Beckers, Steilemann, sagen: wenn wir gewußt hätten, daß derartige Aussagen mit so harten Strafen belegt werden würden, dann würden wir uns schwer gehütet haben, so auszusagen. Das steht doch nun — und diesen Widerspruch möchte ich gern aufgeklärt haben — in vollständigem Widerspruch dazu, daß die Zeugen auf der anderen Seite immer betont haben: uns ist gesagt worden, darauf steht die Todesstrafe, ihr habt bloß die Wahl zwischen Galgen und Revolver. Wenn auf der einen Seite von dem Untersuchungsführer — nach Ansicht der Zeugen: in schärfster Form — ihnen gesagt wird: ihr verwirkt euer Leben bei der Geschichte, das ist etwas sehr Gefährliches, was ihr da unternommen habt, daß sie also nur unter Terror oder Erpressung gestanden haben, dann verstehe ich nicht, wie sie gleichzeitig sagen können, wenn ihnen die Schwere des Vergehens vor Augen geführt worden wäre, dann würden sie anders ausgesagt haben.

Wir haben vorhin vom Zeugen Sachse gehört, daß er seine ersten Zeugenaussagen vor dem Untersuchungsausschuß nicht unwesentlich eingeschränkt hat. Er hat bei diesen ersten Aussagen klipp und klar erklärt, nachdem er an Bord des „Friedrich der Große" gekommen war, bereits im Jahre 1915 und noch mehr 1916 — ich lasse die Jahreszahl dahingestellt, sie spielt auch keine große Rolle —, lange bevor Ernährungsschwierigkeiten eingetreten waren, lange bevor der 1. Juni 1916, der Tag der Skagerrakschlacht herangekommen war, habe er bereits auf sämtlichen Schiffen der Flotte über Vertrauensleute verfügt, über einen ganzen Apparat. Er hat die Zahl genau genannt und gesagt, daß bereits innerhalb der gesamten Flotte 3319 Mann einer Organisation, allerdings einer sehr losen Organisation angehört hätten, also zu einer Zeit, wo die Dinge, die später hineinspielen — schlechte Verpflegung, soziale Mißstände —, noch keine Rolle gespielt haben, wo der Zweck der Organisation also nur politischer Natur gewesen sein kann.

Sie, Herr Sachse, haben also zum Ausdruck gebracht, daß die Bewegung umschrieben war durch das Programm des damaligen Ab-

geordneten Karl Liebknecht „Nieder mit den Waffen! Aus mit dem Krieg!“. Sie haben — Sie werden das später zu beeidigen haben — uns erzählt, daß auf allen Schiffen der Flotte kleine Gruppen bestanden hätten, die sich das Programm Karl Liebknechts zu eigen gemacht hätten und versuchen wollten, für diese Idee in der Flotte weiterzuwerben. Diese Bewegung war zu der genannten Zahl angewachsen, und Sie sagten auch — und das ist der springende Punkt —, daß ein fühlbarer Rückschlag der Bewegung sich zeigte nach der Schlacht am Skagerrak, daß aber dann die Bewegung wieder mächtig zunahm, nachdem die Verpflegungsschwierigkeiten im ganzen Deutschen Reich und natürlich auch auf den Schiffen auftauchten. Ich kann nicht verstehen, wie man sagen kann, irgendwelche politischen Beweggründe hätten überhaupt nicht vorgelegen, wenn durch die Zeugenaussage des Sachse klargestellt worden ist, daß bereits im Jahre 1916 Gruppen auf allen Schiffen bestanden, die sich das Programm des damaligen Abgeordneten Karl Liebknecht zu eigen gemacht hatten. Das scheint mir ein derartiger Widerspruch zu sein, der jedenfalls durch die heutige Vernehmung nicht aufgeklärt worden ist und den wir im Untersuchungsausschuß weiter klären müssen.

(Zuruf: Es waren auch rechtsgerichtete Gruppen vorhanden!)

Zeuge *Weber:*

Zu der Sache mit den Listen und der USPD-Angelegenheit möchte ich sagen: es ist sonderbar, daß der Zeuge Dr. Dobring heute immer nur kleine Geschichten aus den Akten herausnimmt. Er sagt, er hätte die politische Seite nicht hineinziehen wollen, während er damals immer nur gerade das hineinzuziehen sich bemüht hat. Wenn er gesagt hat, in stundenlangen Vernehmungen sind die Protokolle zustande gekommen, so finden sich in den Protokollen nur diejenigen Stellen, die für die USPD belastend sind. Das wurde sofort ausgenutzt und protokolliert. Aber von allem anderen, wodurch die Bewegung bei der Marine zustande kam, davon steht nichts in den Akten. Das ist eine Irreführung! Das war die Hauptsache; aber das wollte man eben nicht wissen.

Zeuge *Steilemann:*

Es ist von einer Bewegung gesprochen worden, die 3300 Mann umfaßt haben soll. Aus dieser Zahl schon kann man den Beweis führen, daß die Angabe nicht richtig sein kann. Wenn das wirklich existiert hätte, dann wäre die Sache natürlich ans Tageslicht gekommen. So gut wie die Dinge nachher schnellzugsmäßig an die Öffentlichkeit kamen, hätte auch die Sache herauskommen müssen.

Abg. *Brüninghaus:*

Ja, wenn das auf *einem* Schiffe gewesen wäre! Sie dürfen nicht den ungeheuren Apparat vergessen, der im Kriege auf der Flotte aufgezogen war. Ich gebe Ihnen zu: wenn die Bewegung so stark gewesen wäre, wie der Zeuge Sachse sie hingestellt hat, wäre vielleicht doch auf

die eine oder andere Weise mal etwas herausgekommen. Aber gerade wie klug die ganze Sache eingefädelt war, geht doch daraus hervor, daß sie — wie wir aus den Zeugenaussagen auch von Sachse wissen — nur durch einen Zufall herausgekommen ist, nur dadurch, daß der Oberheizer Fischer von der „Pillau", der in Baden bereits über der Grenze war, nochmals eine Nacht zurückkam, um seine Frau zu besuchen, und dabei verhaftet wurde. Bei ihm wurde der Zettel gefunden, auf dem die betreffenden Personen verzeichnet waren. Sachse hat das in seiner Veröffentlichung in der „Neuen Zeitung" selber geschrieben: „Das Unglück wollte, daß Fischer noch verhaftet wurde und bei ihm der Zettel gefunden wurde, auf dem er sich gegen unseren Beschluß die Namen aufnotiert hatte, und — wie Sachse weiter sagt — nun war Kurzschluß da, die Geschichte war verraten und nicht mehr aufzuhalten." Sie werden mir also zugeben, daß damals bereits die Bewegung sehr stark gewesen ist, und man hätte diese Zusammenhänge nicht herausbekommen, aller Wahrscheinlichkeit nach nicht, wenn nicht durch diesen Zufall die Sache herausgekommen wäre.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich darf in meinem Interesse dazu feststellen: dasjenige, was Sachse vor 1917 gesagt haben soll, ist nach Auskunft der anderen Zeugen Phantasie, dasjenige, was nach 1917 gegen mich gesagt wird, ist die reine lautere Wahrheit.

Abg. Dr. *Moses:*

Das ist doch keine Zeugenaussage, sondern ein Werturteil, das Sie über die anderen Zeugen abgeben.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Der Zeuge hat das Recht, Widersprüche in den Aussagen der anderen Zeugen hervorzuheben.

Zeuge *Sachse:*

Der Herr Abgeordnete Brüninghaus versucht wiederum, einen Widerspruch zu konstruieren, der nicht vorhanden ist. Ich habe schon erklärt, daß bereits 1915 solche Gruppen entstanden und auch wie sie entstanden sind. Es waren Leute, die wir aus der Heimat kannten, mit denen wir in Verbindung standen und über einzelne Fragen diskutiert haben. Ich habe ausdrücklich erklärt, es konnte von einer großen geschlossenen Bewegung nicht die Rede sein. Ich habe gesagt: listenmäßig ergab sich eine solche Organisation von 3112 Mann in der ganzen Flotte, nicht auf einem Schiff. Von einer großen politischen Kampflinie ist nicht gesprochen worden.

Ich habe ganz genau geschildert, daß wir uns damals in einzelnen Gruppen über diese Fragen unterhalten haben, die die Bedeutung und die Rolle der Flotte betreffen, ob sie überhaupt die Bedeutung hat, die die Vaterlandspartei uns klarzumachen suchte. Tirpitz hat ja die Grundlagen der Flottenagitation schon 1916 geschaffen. Schon 1916 hat man Agitation für einen Zusammenschluß der Matrosen auf nationaler Grund-

lage getrieben, 1916, als die Ernährungsschwierigkeiten begannen. Wir haben uns damals in losen kleinen Gruppen über die Fragen unterhalten. Wir waren zu solchen Gruppen durch Landsmannschaften verbunden, die sich kannten, und haben darüber gesprochen. Wir bestreiten aber, einen festen Plan gehabt zu haben.

Nun zur Frage der Listen, die von dem Zeugen Dr. Dobring so hingestellt wird, als ob das eine Spitzelgeschichte war. Es zirkulierten in der Flotte eine ganze Reihe von Listen im Jahre 1917, Listen von der Vaterlandspartei z. B., als Unteroffiziere und Deckoffiziere und andere Chargen Mitglieder für diese Partei warben. Auch andere Organisationen ließen Listen zirkulieren und versuchten Mitglieder zu werben. Genau so zirkulierten natürlich Listen von Leuten, die sich zur USPD bekannten, die auch Mitglieder werben wollten. Das sind aber nicht die Listen, die ich angegeben habe. Was waren das für Listen? Man hat mich gefragt: „Wieviel Abonnenten der ‚Leipziger Volkszeitung' haben Sie? Wo haben Sie die Bücher her?" Man wollte uns unterschieben, daß wir angeblich mit ausländischem Gelde in der Flotte gearbeitet hätten. Ich habe damals erklärt, daß wir unsere Bücher aus eigenen Mitteln gekauft haben, daß wir wegen der geringen Entlöhnung zusammen diese Zeitung gehalten haben. Als man uns das nicht glauben wollte, habe ich auf die Berechnungen verwiesen. Die Leute, die mit mir zusammen die „Volkszeitung" lasen und eine Menge von Büchern bestellt haben, haben das Geld geschlossen an die „Leipziger Volkszeitung" geschickt. Diese Listen sind gefunden worden. Ich habe sie mit Recht angegeben; denn sie bedeuteten eine Entlastung für uns. Sonst sind überhaupt nur zwei Listen gefunden worden, die eine beim Abgeordneten Henke, die andere im Briefkasten der „Leipziger Volkszeitung". Drei oder vier sonstige Listen, die gefunden wurden, sind Abrechnungen über Bestellungen, die wir machen mußten.

Abg. *Joos:*

Ich möchte einige Fragen an Herrn Geisteuer richten. Sie waren auf „Friedrich der Große"?

Zeuge *Geisteuer:*

Jawohl!

Abg. *Joos:*

Sie waren dort Rollenschreiber?

Zeuge *Geisteuer:*

Ich tat Dienst als Rollenschreiber!

Abg. *Joos:*

Ihre Charge war Obermatrose. Sie kannten Sachse?

Zeuge *Geisteuer:*

Ja!

Abg. *Joos:*

Haben Sie ihn hier und da auf dem Schiff gesehen?

Zeuge *Geisteuer:*
Ja!
Abg. *Joos:*
Kannten Sie den Zeugen Steilemann?
Zeuge *Geisteuer:*
Ja!
Abg. *Joos:*
Kannten Sie Weber?
Zeuge *Geisteuer:*
Weniger!
Abg. *Joos:*
Reichpietsch kannten Sie sicher auch? Vermuten Sie, daß an Bord Ihres Schiffes eine Revolte vorbereitet war? Haben Sie von Kameraden darüber reden hören?
Zeuge *Geisteuer:*
Von einer Revolte kann ich nicht gerade sprechen, aber es wurde im Schiff etwas gemunkelt. Wir lagen damals in Kiel im Trockendock. Man munkelte, man sprach davon an den Backen, an den Mittagstischen, daß das Schiff in die Luft gesprengt werden oder mit dem Dock im Kieler Hafen absaufen sollte.
Abg. *Joos:*
Das sind die bekannten Parolen!
Zeuge *Geisteuer:*
Zuvor hatte man von dem Bestehen solcher Gruppen keine Kenntnis.
Abg. *Joos:*
Haben Sie gesehen, daß ein Teil der Mannschaften sich mit bestimmten Schriften revolutionären Inhalts beschäftigte, daß Zirkel bestanden, daß Zusammenkünfte stattfanden? Haben Sie etwas Derartiges auf Ihrem Schiff gesehen, wissen Sie es nicht nur vom Hörensagen?
Zeuge *Geisteuer:*
Es liegt mir fern, meine früheren Kameraden zu belasten. Soviel mir bekannt war — es ist nun eine Reihe von Jahren her —, sind verbotene Schriften an Bord gewesen.
Abg. *Joos:*
Wir haben bisher von dem Geständnis geredet, überhaupt von den Dingen, die im Prozeß eine Rolle spielten. Jetzt frage ich Sie ganz unabhängig davon: Wußten oder spürten Sie damals etwas von dieser Bewegung unter den Matrosen oder Heizern auf Ihrem Schiff, der Bewegung, die Veranlassung zu dem Prozeß und den späteren Todesurteilen gegeben hat?
Zeuge *Geisteuer:*
Nein, nur in Auswirkung der Prozesse. Die vorbereitenden Sachen waren mir und einem großen Teil der Kameraden nicht bekannt.

Abg. *Joos:*

Herrschte eine starke Unzufriedenheit an Bord?

(Zeuge *Geisteuer:* Nicht daß ich wüßte!)

Etwa wegen der Verpflegung?

Zeuge *Geisteuer:*

Wegen der Verpflegung nicht. Als wir einmal zum Nachtschießen waren und um zwei Uhr nachts erst nach Hause kamen, kam es zum ersten Mal dazu, über die Verpflegungsverhältnisse näher zu sprechen.

Ich möchte bemerken: Ich war von 1914 bis 1916 beim Marinekorps. Wir sollten in Antwerpen, als es fiel, die Schiffe besetzen. Später wurde ich abkommandiert und kam ins 1. Matrosenregiment. Die Verpflegung an Bord unseres Schiffes war eine sehr gute. Es war auch allgemein bekannt, daß die Verpflegung an Bord besser war als an der Landfront und in der Heimat. Sie war auch geregelter als im Schützengraben; denn wir bekamen unser Mittagessen und unseren Kaffee zu einer genau bestimmten Zeit. Das Essen selbst war warm und reichlich. Auch in See war das Essen gut; es war nicht nur so zusammengehauen, sondern es gab auch Fleisch und Kartoffeln. Im Jahre 1917 hätten wir wohl gern besseres Essen gehabt, aber auch unter den damaligen Verhältnissen war das Essen immer noch besser als in der Front und in der Heimat.

Abg. *Joos:*

Ob es gut war, ist eine andere Sache. Daß es besser war als anderswo, ist auch von anderen Zeugen festgestellt worden. Mir geht es darum, festzustellen, ob Sie etwas von einer starken Unruhe auf Ihrem Schiff gesehen haben, hervorgehend aus den Mißständen der Menage. Haben Sie etwas davon gemerkt, daß man sich um die Einrichtung einer Menagekommission stritt?

Zeuge *Geisteuer:*

Das war an Bord nicht leicht möglich. Wir hatten dort Backschaften. Es gehörten zehn bis zwölf Mann zu einer Back, die an demselben Tisch aßen. Wenn der Backschafter zum Bottelier kam, stand zwischen den Schotten auf einem Querbrettchen eine Wagschale. Da wurde der Proviant vorgewogen, und ich glaube nicht, daß sich der Backschafter auch nur um ein Gramm hätte betrügen lassen. Er hätte sonst einen Höllenkrakeel gemacht. Wenn er dann zur Back zurückkam, kontrollierte sich auch jeder Matrose noch selbst, weil es sich wiederholende Zulagen waren.

Abg. *Joos:*

Über die Verpflegung steht Ansicht gegen Ansicht; da haben wir nichts feststellen können. Es ist auch eine Geschmackssache, so daß man die Dinge nicht klären kann. Mir geht es nur darum: war eine starke Unruhe auf dem Schiff wegen des schlechten Essens, ja oder nein?

Zeuge *Geisteuer:*

Ich kann eine solche Frage nicht mit Ja oder Nein beantworten. Ich sage: gewiß, wir hätten gern mehr und besser gegessen, aber unter den damaligen Verhältnissen (1917) war eben allgemein nichts da. Trotzdem war die Verpflegung an Bord, ich wiederhole das, besser als in der Kompanie.

Abg. *Joos:*

Sie haben also von einer Bewegung, die Menagekommissionen durchdrücken und gewisse Kontrollen über das Essen haben wollte, nichts gesehen und nichts gemerkt?

Zeuge *Geisteuer:*

Nein!

Abg. *Joos:*

Das hätten Sie doch sehen oder hören müssen. Auch wenn eine gefährliche Stimmung unter den Mannschaften war, hätten Sie etwas spüren müssen. Sie haben eigentlich nichts gemerkt als das Gemunkel, von dem Sie sprachen? Von Komplotten haben Sie nichts gesehen?

Zeuge *Geisteuer:*

Nein, ich betone: mit Ausnahme eines Tages, als wir von einer Nachtschießübung um zwei Uhr Anker warfen. Da wir nach einer so langen Nachtübung Hunger hatten, hatten wir unser Brot, das für den nächsten Morgen bestimmt war, verzehrt. Wir haben am nächsten Morgen auf Brot gewartet. Unseren uns zustehenden Proviant hatten wir bekommen.

Abg. *Joos:*

Wissen Sie uns etwas zu sagen, wer die führende Rolle unter den Matrosen auf „Friedrich der Große" spielte? War nicht einer oder der andere, von dem man besonders sprach?

Zeuge *Geisteuer:*

Davon weiß ich wenig. Ich kann nur von Reichpietsch selbst sprechen. Ich war ein guter Freund von Reichpietsch und kannte ihn aus der früheren Berliner Zeit her. Ich entsinne mich nur ganz allgemein, daß ich einmal in Wilhelmshaven mit ihm zu einem Sportverein ging und daß wir dabei auf diese Vorgänge zu sprechen kamen. Ich sagte etwa zu ihm: daß er sich über die Tragweite der Dinge, von denen er mir erzählt, klar sein müsse, daß sie ihm unter Umständen den Kopf kosten könnten. Er sagte darauf: „Mir kann nichts passieren, ich habe Abgeordnete hinter mir." So ähnlich hat er sich ausgedrückt.

Abg. *Joos:*

Wie empfanden Sie Reichpietsch als Persönlichkeit, als Mensch?

Zeuge *Geisteuer:*

Ich kannte ihn seit 1912; da kam er 1912 zur Marine. Er wohnte seinerzeit in Charlottenburg, Tegeler Weg. Wir waren in seiner Urlaubszeit zusammen, als ich selbst noch nicht bei der Marine war. In

Wilhelmshaven haben wir Berliner uns mit Reichpietsch öfters getroffen. Daß aber von Zielen der Bewegung die Rede war, kann ich nicht sagen.

Abg. *Joos:*

Hat er mit Ihnen nie von politischen Dingen gesprochen?

Zeuge *Geisteuer:*

Nein. Ich habe wohl danach gefragt, da das doch an Bord bekannt war. Welche Rolle er dabei spielte, kann ich nicht sagen.

Abg. *Joos:*

Was vermutete man denn?

Zeuge *Geisteuer:*

Daß Reichpietsch in der Führung einer Bewegung stehen sollte.

Abg. Dr. *Moses:*

Sie haben eben gesagt, Sie wußten gar nichts von einer Bewegung, Sie hatten nichts gemerkt.

Zeuge *Geisteuer:*

Das wäre falsch. Wenn an Bord irgend etwas gemunkelt wird, so weiß man, besonders wenn man im Schützengraben war, daß das Parolen sind, die umlaufen. Das meine ich mit „Bewegung". Diese Parolen gingen vom vordersten Schiff nach hinten, von oben nach unten. Es war klar, daß etwas daran sein mußte. Als die Sache weiterging, wurde es auch immer mehr an Bord bekannt. Man sprach sich immer mehr aus. Als wir in Kiel waren, hieß es, wie gesagt, daß das Schiff mit dem Trockendock umgelegt werden sollte.

(Zeuge *Sachse:* Das war in der Back!)

— Das sagt ihr zu mir, warum habt ihr es vorhin nicht ausgesagt?

Abg. *Joos:*

Ich hätte gern von Ihnen gehört, ob Sie Reichpietsch nach Ihrer Kenntnis seiner Persönlichkeit eine Tat zutrauten, die ihm später das Leben kosten könnte. Haben Sie den Eindruck gehabt?

Zeuge *Geisteuer:*

Ich kann darüber kein sicheres Urteil abgeben. Reichpietsch war als Freund ein sehr guter Mensch. Vielleicht war er durch die Kriegsjahre und seine Strafe — er war ja zweimal zweitklassifiziert — etwas verbittert, so daß er härter und schlimmer dachte. Ob er im Kriegszustand unachtsam mehr aussprach, als er verantworten konnte, weiß ich nicht.

Abg. *Joos:*

Das einzige, was er Ihnen gesagt hat, war die Bemerkung mit den Abgeordneten?

Zeuge *Geisteuer:*

Ja, es könne ihm nichts passieren, denn es ständen Abgeordnete hinter ihm.

Abg. *Joos:*

Namen hat er nicht genannt?

Zeuge *Geisteuer:*

Nein. Man hatte ja damals nicht das Interesse für diese Dinge. Er sagte nur, Abgeordnete stehen hinter ihm, Namen täten ja nichts zur Sache, es werde noch früh genug alles in Ordnung oder ans Tageslicht kommen. So war etwa der Sinn seiner Worte.

Abg. *Joos:*

Mit dem Herrn Zeugen Sachse sind Sie nie zusammengekommen?

(Zeuge *Geisteuer:* Nein!)

Hatten Sie gute Fühlung mit den Mannschaften, so daß man nicht etwa sagen konnte, sie hielten sich Ihnen fern und verschlossen sich Ihnen gegenüber, so daß Sie eigentlich nichts erfuhren?

Zeuge *Geisteuer:*

Ich hatte sogar sehr gute Fühlung mit allen Divisionen.

Abg. *Joos:*

Von sich aus können Sie uns nichts sagen, was Sie auf dem Schiffe an politischen Vorgängen, an politischen Zusammenhängen etwa beobachtet haben?

(Zeuge *Geisteuer:* Nein!)

Abg. Graf zu *Eulenburg:*

Hatten Sie das Gefühl, als ob irgendwelche Versammlungen geheimer Art stattfanden, zu denen Sie beispielsweise nicht hinzugezogen wurden?

Zeuge *Geisteuer:*

Das Gefühl hatte ich, daß ein gewisser Kreis oder ein Mannschaftsteil geheime Besprechungen hatte und ich wie auch der größte Teil meiner Kameraden nicht hinzugezogen wurde.

Abg. Graf zu *Eulenburg:*

Haben Sie daraus irgendwelche Schlüsse in politischer Hinsicht gezogen? Es ist doch auffallend, daß solche geheimen Besprechungen anscheinend nach Ihrer Auffassung stattgefunden haben, während doch, wie vorhin schon gesagt wurde, das Programm der USPD nichts Strafbares enthielt. Sie hatten das Gefühl, daß irgend etwas geheim verhandelt wurde, was nicht erlaubt war?

Zeuge *Geisteuer:*

Das Gefühl hatte ich; denn es fand an Bord irgendeine abendliche Zusammenkunft statt, aber zu welchem Zweck, und was gesprochen worden ist, weiß ich nicht.

Abg. Graf zu *Eulenburg:*

Weil Sie nicht hinzugezogen wurden.

Abg. *Dittmann:*

Wie ist, als Reichpietsch, mit dem Sie ja befreundet waren, zum Tode verurteilt und erschossen wurde, dieses Urteil und seine Vollstreckung auf dem Schiff aufgenommen worden? Hat man das als gerechte Strafe empfunden oder war man empört?

Zeuge *Geisteuer:*

Man wußte erstens einmal an Bord gar nichts. Man wußte nur, daß er nicht mehr in Wilhelmshaven war. Wohin er gebracht wurde, wußte man nicht. Erst nach der Urteilsvollstreckung hieß es, daß erst nach siebzehn Tagen seine Eltern von dem Tode erfahren haben. An Bord wurde natürlich dieser Fall besprochen. Wir wußten aber nicht, warum Reichpietsch erschossen worden ist.

Abg. *Dittmann:*

Wurde das nicht vom Kommando aus verlesen?

Zeuge *Geisteuer:*

Das weiß ich nicht. Ich entsinne mich nicht mehr, ob das in irgendeinem Befehl bekanntgemacht worden ist.

Abg. *Dittmann:*

Was sagten die Matrosen dazu? Waren sie empört darüber, oder nahmen sie es als selbstverständlich hin?

Zeuge *Geisteuer:*

Das ist eine Frage, die man nicht mit Ja und Nein beantworten kann. Der eine sagte: es war gerecht, der andere sagte: ob er es verdient hat, weiß man nicht. Wir standen an Bord dieses Schiffes durchschnittlich im Alter von 23 Jahren. Da verliert man natürlich einen Kameraden nicht gern, zumal wenn man mit ihm so lange zusammen war. Aber ich habe das Gefühl gehabt, daß Reichpietsch nach seiner Aussage nicht hätte erschossen zu werden brauchen, weil er sich auf Abgeordnete gestützt hatte.

Abg. *Joos:*

Bei welchen Dingen hat er sich auf die Abgeordneten gestützt?

Zeuge *Geisteuer:*

Er sagte doch, er habe Abgeordnete hinter sich.

Abg. *Joos:*

Hat er denn eine scharfe Rede gehalten? Wie kam er dazu, Ihnen zu sagen, mir passiert nichts? Wie kamen Sie dazu, ihn zu warnen?

Zeuge *Geisteuer:*

Da die Bewegung — ich muß hier wieder das Wort gebrauchen — im Gange war, war sie das Tagesgespräch mit der Zeit geworden. Im Gespräch mit ihm sagte er nun, es könne ihm nichts passieren, er habe Abgeordnete hinter sich.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

War der Unterschied in der Verpflegung zwischen Offizier und Mann bedeutsam? Haben die Offiziere besser gegessen?

Zeuge *Geisteuer:*

Das ist ganz klar.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Ist über diesen Verpflegungsunterschied in der Zeit des Jahres 1917 bei den Mannschaften viel gesprochen worden?

Zeuge *Geisteuer:*

Ich entsinne mich, in der Zeit Ende 1917, Anfang 1918.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Das kommt nicht so in Betracht, es kommt das Jahr 1917 in Frage.

Zeuge *Geisteuer:*

Soviel ich mich entsinnen kann, war das nicht der Fall.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Haben Sie sich an Massenausflügen der Matrosen an Land beteiligt, wo Reden gehalten worden sind usw.?

Zeuge *Geisteuer:*

Nein!

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Können Sie etwas über die Zeitungen und Flugblätter sagen, die auf dem Schiffe gelesen worden sind? Welche Zeitungen sind von den Matrosen im großen und ganzen gelesen worden?

Zeuge *Geisteuer:*

Das waren zunächst einmal die linksstehenden Blätter aus Leipzig. Stark vertreten waren an Bord die „Leipziger Volkszeitung" und dann Hamburger Blätter. Ich weiß nicht, wieviel Leute Zeitungen gelesen haben.

Abg. Dr. *Moses:*

Was kamen denn vom Kommando für Zeitungen?

Zeuge *Geisteuer:*

Vom Kommando kamen die in Wilhelmshaven erscheinenden Zeitungen, das „Wilhelmshavener Tageblatt" von Theodor Süß. Da bekam jede Back eine Zeitung.

Sachverständiger *v. Trotha:*

Unmittelbar nach Vollstreckung der Todesurteile, als die telegraphische Meldung von der Vollstreckung nach Wilhelmshaven kam, hat der Flottenchef die Tatsache auf den Schiffen mit einer längeren Ausführung dazu bekanntgeben lassen, die die Begründung und noch einige Worte sonst dazu gab.

Abg. Dr. *Moses:*

Mußte der Rollenschreiber, der angeblich an Bord eine wichtige Rolle spielen sollte, nicht auch Kenntnis davon haben, wenn das vom Kommando herunterkam?

Sachverständiger *v. Trotha:*

Ich kann nicht sagen, wo er an dem Tage und zu der Stunde gewesen ist, als das Kommando die Pflicht gehabt hat, das bekanntzugeben. Als Rollenschreiber hatte er die Kontrolle über die Stationen der Mannschaften. Er ist nicht im Kommandobureau als solchem beschäftigt. Es war eine vorbereitende Verfügung des Flottenchefs, die allen Kommandos zugegangen war: Bekanntgabe: die Todesurteile sind vollstreckt, Begründung und noch einiges dazu.

Zeuge *Steilemann:*

Der Befehl wurde abends ½6 Uhr vom neuen Kommandanten mit „Alle Mann heraus!“ jedem bekanntgemacht.

Zeuge *Geisteuer:*

Es kann sein.

Abg. Dr. *Moses:*

Herr Treviranus meinte, daß ein Mann, der im Schiff als Rollenschreiber tätig ist, über alle Vorgänge auf dem Schiffe ganz besonders orientiert sein muß. Wir sehen heute, daß er eigentlich über nichts orientiert war.

Zeuge *Geisteuer:*

Ich bin noch gar nicht gefragt worden!

Abg. *Brüninghaus:*

Der Herr Zeuge Geisteuer hat eben gesagt, als Herr Dr. Moses bemerkte, er hätte so gut wie nichts aussagen können: das stimmt nicht, er hätte sehr gut Bescheid gewußt. Ich meine auch, der Rollenschreiber — deswegen ist er von Herrn Treviranus vorgeschlagen worden —, weiß über die internen Vorgänge auf dem Schiff gut Bescheid, weil er die Verteilung der Mannschaften auf die einzelnen Stationen unter sich hat, weil er mit den Divisionsfeldwebeln usw. die Rollen dauernd in Ordnung halten muß, und weil er infolgedessen sehr gute Beziehungen, wie das Zeuge Geisteuer auch ausgesagt hat, zu sämtlichen Divisionen hat. Er weiß im allgemeinen Bescheid, was bei den Mannschaften vorgeht; er ist mehr für die Matrosen, während für die Heizer im Maschinenbureau eine besondere Rolle geführt wird. Wir haben heute von Geisteuer gehört, daß eine „Bewegung“ im Schiffe vorhanden war, daß führend bei dieser Bewegung sein Freund Reichpietsch gewesen ist, daß er auf einem Landspaziergang den Reichpietsch quasi gewarnt hat, er sollte nicht zu weit mit diesen Geschichten gehen. Sie, Zeuge Geisteuer, sagen, Reichpietsch hätte Ihnen erklärt, ihm würde schon nichts passieren, denn Abgeordnete ständen hinter ihm; Reichpietsch muß doch, wenn er Ihnen so etwas erklärte, einen Grund dafür gehabt haben. Haben Sie ihm denn irgendwie Vorhaltungen über diese Bewegung gemacht? Haben Sie sich mit ihm auf dem Wege nach dem Sportplatz unterhalten: da sind alle möglichen Geschichten im Gange, man munkelt im Schiff, du bist der Anstifter von der Geschichte? Sonst kann man die Redewendung von Reichpietsch Ihnen gegenüber gar nicht erklären. Ich möchte wissen, wie dieses Gespräch, das Sie mit Reichpietsch gehabt haben, überhaupt zustande gekommen ist.

Zeuge *Geisteuer:*

Ich kann nach zehn Jahren natürlich nichts mehr wiedergeben. Ich entsinne mich nur auf die Hauptmomente aus dieser Zeit. Als wir gingen, besprachen wir die Vorgänge, die in der Flotte waren; aber es waren allgemeine Reden.

(Zurufe: Welche?)

— Das kann man doch heutzutage nicht mehr sagen!

Abg. *Brüninghaus:*

Was hat Reichpietsch Ihnen nach Ihrer Erinnerung gesagt?

Zeuge *Geisteuer:*

Fraglos handelte es sich — ich kann es nur dem Sinne nach wiedergeben — darum, die Flotte lahmzulegen. Es waren Sachen, die mit dem Kriege nicht vereinbar waren, oder die wir als Matrosen oder Soldaten — —; es waren auflehnende Sachen, so will ich sagen!

Abg. Joos:

Das ist gerade der Punkt, um den es sich hier handelt. Was können Sie uns darüber im einzelnen sagen? Haben Sie Beobachtungen gemacht? Haben Sie Gespräche gehört? Haben Sie Schriftstücke gesehen? Darüber müssen Sie doch etwas aussagen können!

Zeuge *Geisteuer:*

Ich sage wiederholt: es wurde gesprochen, es wurden auch Bücher gelesen. Ich kann aber heute nicht mehr sagen, welche Bücher revolutionären Charakters an Bord waren und wie die Gespräche gelautet hatten. Ich weiß nur, daß Reichpietsch, als wir sprachen, Dinge sagte, die nicht mit unserer Pflicht vereinbar waren; wir standen doch im Krieg. Es war nicht möglich, was seinerzeit als Ziel hingestellt wurde.

Abg. *Brüninghaus:*

Welches Ziel?

Zeuge *Geisteuer:*

Eben das Ziel: unbedingten schnellen Frieden, es muß Schluß sein! Da nannte er eben die verschiedenen Möglichkeiten, wie man zum Frieden kommen kann. Ich weiß aber heute nicht mehr, welche Möglichkeiten das waren.

Zeuge *Weber:*

Ich möchte bitten, den Zeugen zu fragen, ob er weiß, daß ich besonders hervorgetreten bin. Denn ich war nach Ansicht von Herrn Dr. Dobring auch einer der großen Meuterer, einer der Rädelsführer von „Friedrich der Große", einer der Köpfe der großen Zentrale. Ob der Zeuge, der als Rollenschreiber nach Ansicht eines Sachverständigen, des Herrn Abg. Brüninghaus, das wissen muß? Ich behaupte nämlich das Gegenteil! Ein Rollenschreiber war ein Mensch, der in gehobener Stellung an Bord ist, der gar nicht weiß, was bei den sogenannten — ich darf wohl den seemännischen Ausdruck gebrauchen —, was bei den Deckkulis los ist. Denn der Rollenschreiber läuft bekanntlich mit Extrahose und mit Extrahemd und Extraschuhen und kümmert sich gar nicht um diese; er geht in großem Bogen um die anderen herum, damit er vom Schiff nicht einen Spritzer abbekommt.

(Heiterkeit.)

Zeuge *Geisteuer:*

Das ist eine falsche Darstellung.

Zeuge *Weber:*

Man hätte vielleicht einen anderen Zeugen finden können. Die würden anders aussagen, wenn sie unter Eid stehen. Kein Zeuge von „Friedrich der Große" wird mir nachsagen können, ich wäre einer der Rädelsführer gewesen, ich wäre es gewesen, der zu Gewalt und Gott weiß was aufgefordert hat. Aber 99 Prozent der Besatzung wird sagen, daß ich derjenige war, der immer gebremst und gesagt hat: hütet euch davor!

Abg. *Joos:*

Der Zeuge hat auch nicht das Gegenteil gesagt.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich möchte bitten, an den Zeugen Weber die Frage zu richten, ob er seinerzeit einen Freund Brügge gehabt hat.

Abg. *Joos:*

Herr Weber, haben Sie damals einen Freund namens Brügge gehabt?

Zeuge *Weber:*

Jawohl!

Zeuge Dr. *Dobring:*

Da darf ich vielleicht aus der Vernehmung vom 11. September 1917, die nicht von mir stammt, auch nicht von Steinmeier als Protokollführer, folgendes vorlesen:

Ich will gern die Wahrheit sagen,
sagt Brügge,
was ich gemacht habe. *Ich bin durch Weber hereingekommen.* Im Anfang wußte ich nicht, worum es sich handelt. Ich dachte im Anfang, es handelte sich lediglich um die Verbesserung der Menage an Bord. Als dann der Vortrag vom 22. war, sagte Weber zu mir, ich sollte mit hinkommen, es wäre ein schöner wissenschaftlicher Vortrag. Zuerst sprach Herre über Österreich und Deutschland. *Ich habe erst später gemerkt, was der Hintergrund dabei war.* Dann sprach er von der USPD, daß die Flotte die Sache unterstützen muß. Er sprach auch von einem Generalstreik der Arbeiter. Er sagte weiter dabei, wir sollten die Arbeiter dabei unterstützen. Nach dem Vortrag habe ich Weber gefragt, was das eigentlich sein soll. Weber hatte abends keine Zeit, mich aufzuklären. Am anderen Tage habe ich ihn nochmals gefragt.

Er kam mittags zu uns an Bord. Da sagte er zu mir, *daß sie mit Abgeordneten Fühlung genommen hätten* usw.

Abg. Dr. *Moses:*

Es ist mir nur nicht klar, aus welchem Grunde Sie das sagen.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Weil Weber eben mit großer Emphase gesagt hat: es wird keiner an Bord sein, der mich beschuldigen kann, daß ich Rädelsführer war.

Abg. *Dittmann:*

Das ist auch von Brügge in der Aussage nicht geschehen.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Es steht darin: er hat mich in die Sache hineingebracht.

Abg. *Dittmann:*

Ist das ein Rädelsführer?

Abg. *Joos:*

Herr Zeuge Dr. Dobring, die Rede des Herrn Redakteurs Herre, die Sie erwähnt haben, hat nachträglich im Gefängnis eine Rekonstruktion nach seinen Notizen gefunden; sie liegt uns hier vor. Ich finde nun von all den gewalttätigen Dingen nichts darin. Ich habe natürlich keine Garantie dafür, daß er nicht etwas ausgelassen hat. Das wäre menschlich erklärlich, aus richtigen oder weniger richtigen Gründen. Aber auch der Eindruck, den uns der Herr Zeuge Weber über diese Rede gesagt hat, stimmt mit diesem Wortlaut überein. Von der USPD, von der Friedensbewegung ist die Rede; aber von der Gewaltanwendung nicht. Darum kann ich Ihren Hinweis auf Brügge und auf sein Zeugnis, daß darin steht, er hätte ihn hereingerissen oder mit in diese Sache hineingeführt, nicht in dem Maße bewerten, eben weil diese Rede so Bedeutendes ja nicht in sich enthielt, namentlich nicht diese Gefahrenmomente.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich weiß lediglich noch, daß der Redakteur der „Volkszeitung" Herre wegen Paralyse von der Marine entlassen worden ist.

Abg. *Joos:*

Was soll das besagen?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Wenn ich aber ein Urteil abgeben soll, dann kann ich nur sagen: Erstens ein Mann, der wegen Paralyse entlassen ist, ist an sich schon unzuverlässig; zweitens ein Mann, der aus seiner Untersuchungshaft eine Verteidigungsschrift schreibt und dann darin schreibt, ich habe offen zur Gewalt aufgefordert, gehört in den allerseltensten Fällen — —

Abg. *Joos:*

Es geschah nicht in einer Verteidigungsschrift, sondern in der Wiedergabe seiner Rede.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Von Herre selbst geschrieben?

Abg. *Joos:*

Von ihm selbst geschrieben, nach seinen Notizen. Ich gebe zu, daß man seine Vorbehalte bei der Bewertung machen kann.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich kann zu der Sache weiter nichts sagen, als daß ich der Überzeugung bin, daß es wenige Angeschuldigte geben wird, die sich in einem solchen Falle besonders belasten werden.

Abg. Dr. *Moses:*

Der Herr Zeuge hat eben gesagt, er wüßte von Herre weiter nichts, als daß er wegen Paralyse entlassen ist. Herr Zeuge Dr. Dobring, das steht im Widerspruch mit Ihren eigenen zeugeneidlichen Aussagen im Münchener Dolchstoßprozeß. Ich verlese auch das:

Auch der Redakteur der „Leipziger Volkszeitung" Herre ist damals besonders stark hervorgetreten und hat die Gewalt propagiert.

(Zeuge Dr. *Dobring:* Gewiß!)

— In der vorigen Sitzung haben die Herren Zeugen gerade dem Redakteur der „Leipziger Volkszeitung" Herre das Zeugnis ausgestellt, daß er es gewesen ist, der in jener Versammlung und überall die Matrosen davor gewarnt hat, Gewalt anzuwenden, also niemals Gewalt propagiert hat. Der Zeuge Weber hat sogar gesagt: Dem Herre ist das Verdienst zuzuschreiben, daß es damals nicht zu ganz anderen Explosionen gekommen ist. Heute sagen Sie, Sie wüßten weiter nichts, als daß er wegen Paralyse entlassen ist, und im Münchener Dolchstoßprozeß haben Sie positiv gesagt, er habe die Gewalt gepredigt. Das ist doch ein Widerspruch in Ihren Aussagen, den ich mir nicht erklären kann. Vielleicht sind Sie in der Lage, diesen Widerspruch aufzuklären.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich habe meines Wissens von Herre lediglich das gesagt, was mir von anderen damals gesagt wurde. Denn kein Mensch von uns ist doch in der Versammlung gewesen. Ich habe doch alles nur auf Grund dessen aussagen können, was mir die Angeklagten Reichpietsch, Sachse usw. gesagt haben. Ich glaube, mich nicht zu irren, daß gerade der Zeuge Sachse auch dem Untersuchungsrichter des Reichsgerichts gegenüber gesagt hat, daß der Gedanke der Gewalt gerade durch Herre hineingebracht worden ist.

Abg. Dr. *Moses:*

Dann wäre es doch richtiger gewesen, wenn Sie im Dolchstoßprozeß nicht gesagt hätten: er hat die Gewalt gepredigt, sondern: nach dem, was man mir mitgeteilt hat, habe ich die Überzeugung gewonnen, daß er die Gewalt gepredigt hat. Denn ich würde mich doch in einem Prozeß hüten, zu erklären: Schulze, Müller oder Lehmann haben die Gewalt gepredigt, ohne daß ich nicht selbst aus eigener Kenntnis heraus die Beweismittel dafür anbringen kann. Sie sagen jetzt: Sie haben nur den Eindruck gewonnen, als ob er die Gewalt gepredigt hat. Das ist also doch ein Widerspruch mit Ihren Aussagen im Dolchstoßprozeß.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Es wäre vielleicht noch vorsichtiger gewesen, ich hätte gesagt: Reichpietsch hat das und das gemacht. Sachse hat das und das gemacht, Weber das und das. Das gebe ich zu.

Abg. *Dittmann:*

Herr Dr. Dobring hat hier von dem Redakteur Herre als von

einem Paralytiker gesprochen und ihn damit gewissermaßen disqualifizieren, als einen Menschen hinstellen wollen, der überhaupt nicht glaubwürdig ist. Meines Wissens ist Herre als Nervenkranker auf der Krankenstation gewesen. Ob Paralyse vorgelegen hat, weiß ich nicht. Es sind zehn Jahre her. Herre lebt heute noch und ist Redakteur der „Leipziger Volkszeitung". Ob diese Diagnose, wenn sie wirklich dort von einem Militärarzt gestellt worden ist, richtig ist, ist daher sehr fraglich.

Nun möchte ich aber doch bemerken: Die ganze Art, wie der Zeuge hier die Bemerkung hinwarf, mußte doch den Eindruck erwecken, als läge ihm nur daran, den Mann zu disqualifizieren, mit einer verächtlichen Bewegung von ihm zu sprechen. Das ist ganz die Methode, die ich aus den Akten von Herrn Dr. Dobring kenne. Genau so hat er auch den erschossenen Reichpietsch behandelt. In dem Bericht an Herrn v. Capelle, den ich vorhin schon zitiert habe, sagt er einfach:

„Wenn mein persönlicher Eindruck als Untersuchungsführer von ihm"

— von Reichpietsch —

„noch in Frage kommen sollte, so kann ich ihn nur als das schildern, was man im Berliner Jargon einen Luden nennt."

Dann muß er eingestehen:

„polizeiliche Ermittlungen haben nach dieser Richtung Beweise nicht erbracht".

Das ist genau dieselbe Methode, die eben gegenüber Herrn Herre angewandt wurde.

Nun muß aber dem Zeugen Dr. Dobring bekannt sein, daß das Verfahren, das gegen Herre wegen dieser Rede eingeleitet worden ist, in dessen Verlauf er diese Rede rekonstruiert hatte, eingestellt worden, daß Herre in diesem Verfahren außer Verfolgung gesetzt worden ist, weil kein Beweis vorlag, daß das wirklich von ihm gesagt worden ist, wessen man ihn beschuldigt hat. Der Herr Zeuge Dr. Dobring sollte also wohl etwas vorsichtiger mit seinen Urteilen über andere sein!

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich habe dazu zweierlei zu sagen. Es ist mir nicht bekannt, daß Herre außer Verfolgung gesetzt worden ist. Ich glaube nicht, daß ich mich mit der Sache weiter beschäftigt habe. Ich glaube, mich bestimmt zu erinnern, daß in den Akten steht, er ist wegen Paralyse entlassen worden. Es ist ferner richtig — wenn das überhaupt in die Sache hineingehört —, daß ich meinen Eindruck von Reichpietsch in dieser Weise zusammengefaßt habe. Aber zwischen dem Satz, in dem das Urteil steht, und dem zweiten Satz, in dem nachher steht: meine polizeilichen Ermittlungen haben nichts dafür erbracht, steht ein weiterer Satz. In dem Satz steht ausdrücklich darin, daß der Zeuge Sachse mir

damals gesagt hat, Reichpietsch habe sich ihm gegenüber gerühmt, daß er mit Dirnen usw. — den genauen Wortlaut weiß ich nicht mehr — Beziehungen in Neukölln gehabt hat.

Abg. *Dittmann:*

Hier heißt es im Wortlaut:

„Es war mir von Wert, gesprächsweise von Sachse zu erfahren, daß er sich ihm gegenüber"

— also Reichpietsch —

„gerühmt hat, er habe schon vor Dienstantritt in den Kreisen der Halbwelt verkehrt."

Dann kommt der Satz: „polizeiliche Ermittlungen" usw.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich habe ausdrücklich hinzugefügt: polizeiliche Ermittlungen haben nach dieser Richtung nichts erbracht. Schon diese Tatsache zeigt, wie streng ich nach der Wahrheit ging.

Abg. Dr. *Moses:*

Verkehr mit Halbwelt soll anderswo auch vorkommen.

Abg. *Joos:*

Herr Zeuge Schneider, Sie kannten Reichpietsch auch?

Zeuge *Schneider:*

Ja, ich bin mit ihm zusammen 1912 eingetreten.

Abg. *Joos:*

Im Zusammenhang mit der Beurteilung, die er erfahren hat, und mit der Aussage, die wir heute von Herrn Geisteuer gehört haben, wollen Sie uns etwas darüber sagen, wie Sie ihn sahen.

Zeuge *Schneider:*

Wir sind zusammen eingetreten. Er ist damals etwas über 17 Jahre alt gewesen. Wir haben uns erst im Laufe der Zeit richtig kennen gelernt. Wir waren damals junge Leute, haben uns freiwillig gemeldet; der eine hat das Ziel gehabt, der andere hat gar kein Ziel gehabt.

Abg. *Joos:*

Er hat sich auch freiwillig gemeldet?

Zeuge *Schneider:*

Bei ihm kam es mir so vor, als ob er sich mehr aus Abenteuerlust zur Marine gemeldet hat, ohne sich etwas dabei zu denken. Ich selbst wollte bei der Feuerwerkerlaufbahn kapitulieren, aber er kam, mehr aus Abenteuerlust, ohne festes Ziel. So ist auch sein ganzes Wesen gewesen. Er war innerlich haltlos. Was ihn eigentlich dazu gebracht hat, gegen das herrschende Regime vorzugehen, war eigentlich der Ärger, daß er nicht rehabilitiert wurde; er war Soldat II. Klasse.

Abg. *Joos:*

Sie waren mit ihm auf dem Schiff?

Zeuge *Schneider:*

Ja, ich war die ganzen Jahre mit ihm auf dem Schiff. „Friedrich der Große" wurde im Oktober 1912 in Dienst gestellt, und wir kamen

1912 an Bord. Er war ungefähr drei Jahre bei einem Leutnant Jordan Bursche.

Reichpietsch putzte sich selbst gern ein bißchen. Bei 3,30 Mark Löhnung, die wir bekamen, ging das natürlich nicht. Die Liebchen, die wir in Wilhelmshaven hatten, sahen uns nicht an, wenn wir nicht einen Extra-Anzug hatten. Reichpietsch zog jedenfalls einmal ein paar braune Halbschuhe von Leutnant Jordan an, dazu ein paar seidene Strümpfe, band sich eine Armbanduhr um, hatte vielleicht noch ein seidenes Tuch vorn in der kleinen Tasche und ging damit an Land. Leutnant Jordan wollte nun auch an Land gehen. Jedenfalls wollte er die Stiefel herausholen, und sie waren weg. Er war darüber sehr ärgerlich und mußte seine Bordstiefel anziehen. Nachher traf er den Reichpietsch an Land. Er ließ ihn durch eine Patrouille festnehmen und an Bord bringen, und da wurde Reichpietsch wie der gemeinste Verbrecher behandelt und wegen dieser Handlung in die II. Klasse des Soldatenstandes versetzt.

Abg. *Dittmann:*

Militärischer Diebstahl!

Abg. Dr. *Moses:*

Sie meinen auch nicht, daß er die Absicht gehabt hat, das zu entwenden?

Zeuge *Schneider:*

Er nahm es, nur um sich zu schmücken, um sich etwas herauszuputzen.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Im Jahre 1913 ist Reichpietsch bereits einmal wegen militärischen Diebstahls bestraft worden. Um welche Sache es sich damals gehandelt hat, kann ich nicht sagen.

Zeuge *Schneider:*

Ich kann nur sagen, daß er wegen dieser Sache bestraft worden ist.

Dann machte Reichpietsch die Seeschlacht 1916 mit. Reichpietsch hatte bis dahin gute Führung gehabt und ist deshalb vorgetreten, um sein Mützenband wieder zu bekommen. Bekanntlich wird bei den Matrosen Kokarde und Mützenband weggenommen, wenn man in die II. Klasse kommt. Daraufhin wurde der Leutnant Jordan befragt. Er mußte gutsagen für ihn, ob er zuläßt, daß der Matrose Reichpietsch sein Mützenband wieder bekommt. Er lehnte es ab. Dann ist unsere gesamte Korporalschaft vorgetreten und hat darum gebeten. Das wurde wieder abgelehnt. Dann ist die ganze Kompagnie vorgetreten, oder die Division, wie man es bei uns an Bord nennt. — Es ist wieder abgelehnt worden. Darüber war Reichpietsch sehr erbost; zuerst niedergeschlagen, nachher hat er sich in einen Zorn hineingeredet. Dann sind wir Anfang 1917 zusammen in Urlaub gefahren. Da sagte er mir, er wolle sich hier bei Reichstagsabgeordneten irgendwelcher Partei beschweren, damit er sein Mützenband wieder bekommt. Wir trafen uns später an Bord,

und da sagte er zu mir, er wäre hier im Reichstag gewesen und hätte mit den Herren Dittmann, Haase und Vogtherr, glaube ich, gesprochen. Ich fragte, was die gesagt hätten, und darauf sagte er mir, er hätte über seine Bestrafung und die Nichtwiedererlangung des Mützenbandes gesprochen und dann auch über die Menage, aber Herr Dittmann oder Herr Haase hätten zu ihm gesagt: solange sie nichts Positives wissen und nichts schwarz auf weiß haben, könnten sie nichts machen, sie warnten ihn jedoch davor, irgendwelche Schritte selbständig zu unternehmen. Das hat Reichpietsch mir wiedererzählt, wie er 1917 an Bord kam. Oder war es Ende 1916? Ich kann mich auf diese Zeit nicht genau entsinnen.

Bis ungefähr Ende 1916 war die Verpflegung bei uns an Bord einigermaßen. Mit einem Male nach Weihnachten 1916 war es wie abgeschnitten. Wir bekamen frühmorgens zwei Schnitten Brot, so stark wie ein Finger, und abends zwei Schnitten, zum Mittag einen Napf voll Steckrüben oder „Drahtverhau", wie wir es nannten. In den Kasematten, in welchen die Offiziersküche sich befand, war natürlich die Erregung bedeutend größer als vorn an der Vorbatterie, wo wir saßen; denn dort in den Kasematten sausten die Platten immer an den Nasen der Matrosen vorbei, und die Düfte zogen ihnen in die Nase. Da ist es passiert, daß mitunter der eine oder andere Matrose dem Steward die Platte aus der Hand genommen hat, und die Matrosen haben sich um die Fleischscheiben gestritten. Es ist vorgekommen, daß beim Manöver den Herren Offizieren der Spickbraten aus der Pfanne herausgeholt wurde, daß sie zwei Stunden später erst das Mittagessen bekamen und wir dadurch zwei Stunden mehr Freizeit hatten. Wenn der Unterschied in der Verpflegung nicht so groß gewesen wäre, wären alle diese Dinge nicht vorgekommen. Wenn wir auf Mittelwache gingen, bekamen wir nichts, nicht einmal einen Schluck Kaffee. Die Heizer bekamen wohl den Kaffee. Die Offiziere bekamen in der Mittelwache früh ihr Frühstück, entweder Fleischbrühe, Kaffee, Kakao oder Tee, dann drei belegte Brote mit Schinken oder Wurst, je nachdem. Das bekamen natürlich die Matrosen nicht. Da ist es des öfteren passiert, daß einer der Matrosen auch davon gegessen hat. Wurde er dabei erwischt, bekam er ein paar Tage Arrest, schob ab und war zufrieden, daß er keinen Dienst zu tun brauchte. Wenn die Verpflegung wirklich so gut gewesen wäre, wie der Zeuge Geisteuer ausgesagt hat, so wäre es niemals vorgekommen, daß bei der Brotübernahme von 1500 Broten ungefähr 320 verschwanden, daß bei einer Übernahme von 300 Zentnern Kartoffeln 30 Zentner verschwanden, daß halbe Schweine verschwunden sind. Wenn wir gut zu essen gehabt hätten, würden wir uns das nicht genommen haben. Ich gebe offen zu: ich habe mich selber daran beteiligt. Ich bin stark; mein Körper verlangt etwas mehr als jeder andere. Die Erregung über die schlechte Verpflegung wuchs immer mehr. Wir lagen in Kiel im Schwimmdock und mußten dort, weil

zu wenig Werftarbeiter in der Werft waren — die meisten waren eingezogen — die Arbeiten mit verrichten, die die Werftarbeiter sonst verrichteten. Wir bekamen für die Stunde 10 Pfennig. Dafür konnte man sich nichts weiter kaufen als höchstens Zigaretten; davon wurde man aber nicht satt. 1917 sind die Kameraden in Kiel umgefallen wie die Fliegen: ein Hitzschlag nach dem andern erfolgte während dieser Werftliegezeit. Wer nach Hause fahren wollte, konnte es tun. Aber wir sind nicht nach Hause gefahren, weil es dort noch weniger zu essen gab.

Dann kamen Schießübungen Juli 1917. Da bekamen wir auf 3 bis 4 Tage unseren Proviant im Voraus. Natürlich war der am zweiten Tage schon aufgegessen, und am dritten Tag, wo wir noch für den vierten Proviant haben sollten, gingen wir alle Mann morgens auf einmal achterraus und verlangten von dem dujour-Offizier Brot. Der bekam es mit der Angst zu tun, weil wir 500 Mann waren, und sagte: Geht, geht man, es ist schon alles erledigt! Damit war den Matrosen versprochen: ihr bekommt was. Wir hatten ja nichts mehr zu essen. Nun wurde gepfiffen „Backen und Banken". Als wir die Bänke herunterschlugen, hieß es, die Leute sollten nach der Küche kommen und Kaffee in Empfang nehmen. Aber was sollten wir damit? Von der schwarzen Sauce wurde man auch nicht satt. Der Befehl, beim Bottelier zu empfangen, kam nicht. Und dann hieß es: wir bleiben sitzen, bis Brot kommt. Und das kam ganz spontan, ohne daß sich irgend jemand hervorgetan hätte: die ganze Mannschaft blieb sitzen, und kein Mensch hat sich gerührt, die Offiziere kamen vor, die Unteroffiziere schnallten um. Die Mannschaften bekamen einzeln direkte Befehle. Jedoch wurden diese nicht ausgeführt. Dann wurde eine Grützsuppe gekocht. Unser Kommandant zur See, Kapitän Fuchs, war nicht an Bord; er hat eine Vertretung gehabt. Wir bekamen die Grütze, und als Kompott wurden uns die Kriegsartikel vorgelesen.

In Wilhelmshaven sind wir dann einmal zusammengekommen, und da hat Reichpietsch gesagt: wir wollen uns alle an Land treffen. Das haben wir getan, aber nichts von politischen Dingen, sondern nur von der Verpflegung wurde gesprochen. Es wurde der Vorschlag gemacht, weil es bereits auf manchen Schiffen schon war, daß eine Menagekommission gewählt werden sollte. Diese Besprechungen sind erst nach diesem Vorfall in Erscheinung getreten. Ich habe zwei oder drei Versammlungen beigewohnt. Ich sage hiermit aus: in den Versammlungen, bei denen ich dabei war, ist nichts Politisches gesprochen worden, es ist von der Wirtschaft gesprochen worden und von weiter nichts. Was nachher kam, weiß ich nicht mehr. Ich habe mich dann zurückgezogen. Ich habe Reichpietsch noch gewarnt. Ich habe ihm gesagt: so bekommst Du Dein Mützenband nicht wieder.

Abg. *Joos:*
Kannten Sie Weber?

Zeuge *Schneider:*

Nein.

Abg. *Joos:*

Reichpietsch ging weiter und hat sich mit politischen Dingen befaßt? Er hat sich mit Dingen befaßt, die Sie nicht für klug hielten?

Zeuge *Schneider:*

Man konnte sich bei der Marine so oder so bewegen. Wir hatten größere Freiheit an Bord, indem man nicht immerfort zu grüßen brauchte wie hier auf der Straße. Man konnte auch einmal mit einem Offizier sprechen, ohne daß man stramm stand. Bei einer anderen Gelegenheit wurde man dann allerdings wieder angeschnauzt, daß einem Hören und Sehen verging. Man konnte sich allerhand andere Freiheiten herausnehmen, je nachdem die Herren gelaunt waren. Erlaubte und nichterlaubte Dinge konnte ich nicht auseinanderhalten.

Abg. *Joos:*

Herr Zeuge Dr. Dobring, hat man auch den natürlichen Quellen der Unzufriedenheit, die zu so ernsten Dingen geführt haben, seine Aufmerksamkeit zugewandt? Haben die Untersuchungsführer bei den Prozessen diese natürliche Mißstimmung, die vom Hunger, von schlechter Verpflegung oder Behandlung herkam, auch berücksichtigt, oder hat man sie nicht beachtet?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Daß ein verhältnismäßig schlechter Verpflegungszustand bei allen bestand, war uns bekannt, das brauchten wir nicht zu erörtern. Die Frage war nur: konnte dieser Verpflegungszustand, dem wir selbst zum großen Teil mit unterlagen, das Vorgehen der Leute irgendwie rechtfertigen?

Abg. *Joos:*

Ich habe hier die Tagebücher eines unserer Sachverständigen aus den Mannschaftskreisen vor mir. Er war auf dem Kreuzer „Helgoland". Er war nicht an der Bewegung beteiligt, auch nicht in die Prozesse hineinverwickelt. Aber wenn diese Tagebücher, die er geheim geführt hat, bekanntgeworden wären, und namentlich die Stelle, die ich Ihnen vorlesen will, dann hätte man das Unheimlichste von der Welt damit verbunden. Er sagt:

„Unsere Herren haben Langeweile, und deshalb soll in Zukunft mehr militärischer Dienst sein. Wir werden zu üppig. Nur so zu! Das ist recht! Um so üppiger wird die Saat des Hasses in die Halme schießen, wenn erst die Schützengräben sich leeren und die mißführten Proleten die Waffen gegen die kehren, die es verdient haben. Tag des Gerichtes, wann brichst du an in meiner Nacht!"

Hätte ich als Untersuchungsrichter das auf einem Zettel Papier gefunden, ich hätte ja die schlimmsten Dinge daraus lesen können. Darum meine ich: diesen natürlichen Mißständen und der Unlust und dem Groll, der in den Mannschaften saß, hat man doch zu wenig —

das ist mein Eindruck — Bedeutung zugemessen. Man hat gewisse Formulierungen und Floskeln vielleicht übersteigert und kam zu einem Bild, das wohl der Realität nicht ganz entsprach.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich kann mich immer nur auf die Akten berufen, wenn sie auch angefochten werden. Aber ich weiß ganz genau, daß Hunderte und vielleicht Tausende von Mitläufern unter dieser Flagge geködert worden sind, und es ist, glaube ich — ich habe es nicht im Gedächtnis, aber das müssen die Akten ergeben —, der Zeuge Beckers gewesen, der ausdrücklich gesagt hat: Die ganze Menageangelegenheit, das war natürlich der Anfang, der Köder, das Lockmittel, und dann hinterher kamen die politischen Sachen, dann die Verbindung mit den Abgeordneten; dann kamen die eigentlichen Ziele heraus. Ich habe damals keinen Anlaß gehabt, etwas anderes anzunehmen.

Abg. *Dittmann:*

Ich muß die konkrete Frage an den Zeugen Dr. Dobring stellen: Er war als Untersuchungsrichter verpflichtet, nicht nur die *be*lastenden, sondern auch die *ent*lastenden Momente herauszuholen. Wenn ein Beschuldigter als Grund für vorgekommene Unbotmäßigkeit hinwies auf die schlechten Verpflegungsverhältnisse, auf den Hunger, unter dem die Leute litten, so war der Zeuge Dr. Dobring als Untersuchungsrichter verpflichtet, diesen Dingen nachzugehen. Hat er nicht die Auffassung gehabt, daß er untersuchen müsse, ob die Klagen über schlechte Verpflegung begründet waren oder nicht, und war er nicht verpflichtet, das bei der Anklage mit zu berücksichtigen?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Wenn ich richtig verstehe, dann hätte ich auf Grund der mir vorgetragenen Behauptungen auf den Schiffen Ermittelungen anstellen müssen, ob auf den einzelnen Schiffen Schwierigkeiten mit der Verpflegung bestanden haben.

(Zustimmung des Abg. Dittmann.)

Das habe ich allerdings nicht für meine Aufgabe als Untersuchungsrichter angesehen.

Abg. Graf zu *Eulenburg:*

Wie ist es möglich, daß sich die Aussagen über die Verpflegung derartig widersprechen? Die Aussagen der Zeugen Schneider und Geisteuer widersprechen sich durchaus, und es ist auffallend, daß in einer Schrift „War es die Marine" von einem Verband, der über 30 000 Mitglieder zählt, bestritten wird, daß die Angaben bezüglich der schlechten Verpflegung richtig sind! Natürlich relativ genommen! Denn daß in der damaligen Zeit bei unserer Ernährungslage die Verpflegung nicht gut sein konnte, wissen wir alle. Wir müssen das Belastende und das Entlastende berücksichtigen und immerhin sagen: Es liegen sich widersprechende Aussagen vor, und ein großer Verband

mit zahlreichen Mitgliedern erklärt: So schlimm ist es nicht gewesen. Sind diese Dinge damals nachgeprüft worden?

Zeuge Dr. *Dobring:*

Von uns nicht. Wir hatten dazu keine Veranlassung. Wir konnten unter Umständen — ich sage: unter Umständen! — ruhig unterstellen, es wäre eine außerordentlich schlechte Verpflegung gewesen. Deshalb war nicht ein Grund vorhanden für die Bildung einer Organisation, um die Flotte lahmzulegen. Das war der Gedankengang, den ich damals gehabt haben muß. Ich kann mir das natürlich nur rekonstruieren. Was ich damals gesagt habe, weiß ich nicht.

Der Widerspruch klärt sich vielleicht dadurch auf: die Verpflegung war auch in der Offiziersmesse auf den einzelnen Schiffen sehr verschieden. Ich erinnere mich zum Beispiel, daß, solange ich an Land war, ich ständig gehungert habe, daß ich, als ich einige Wochen vertretungsweise auf „König" war, gleichfalls gehungert habe. Ich erinnere mich, daß, als ich zum Stab des EDK kam, ich ein Essen bekam, das meine Ansprüche vollständig befriedigte. Ich kann aber nicht ein Urteil abgeben, wie die Mannschaftsverpflegung als solche war. Nach dem, was ich auf dem Schiff „Niobe" gesehen habe, habe ich keinen Grund, an eine besonders schlechte Verpflegung zu glauben.

Zeuge *Beckers:*

Meine Aussage mit dem Wort „Köder" wurde erwähnt. Gerade bei diesem Worte erinnere ich mich, mit welchem hartnäckigen Fleiß der Kriegsgerichtsrat Breil mir das Wort vorhielt, bis ich sagte: Köder bei der Einberufung von Versammlungen bildeten die Menageangelegenheiten, nachher kamen wir ins Politische. Wenn ich das gesagt habe — juristisch war ich nicht so gebildet, daß ich die Folgen eines solchen gesprochenen Wortes begreifen konnte —, wenn ich gesagt habe „Köder", dann dachte ich in erster Linie an meine Person. Für mich waren die Menageangelegenheiten manchmal ein Vorwand. Ich hatte des öfteren die Absicht, Leute zu einer Besprechung zusammenzurufen, um mit ihnen über die Menagesachen zu sprechen. Die meisten kamen nicht, — ein Beweis, daß sie nicht zu haben waren. Dann hatte ich damals das bestimmte Gefühl, daß man beim Vorbringen solcher Mißstände in der Hauptuntersuchung recht wenig Tinte verschwendet hat. Köbis traf ich einmal, und er erzählte mir unter anderem das, was ich neulich hier ausgesagt habe: „Dobring hat gestern beim Verhör seinen Schreiber hinausschicken müssen; währenddessen lehnte er sich stumm zurück, legte den Revolver rechts vor sich, griff mit der linken Hand an die Klingel und sah mich lächelnd an. Ich dachte, er hätte Angst vor mir." Ebenfalls sagte mir Köbis: „Ich werde Gelegenheit nehmen, den Fall Lürs und den anderen vom ‚Prinzregent' vorzubringen." Der Oberheizer Lürs wurde nämlich telegraphisch nach Hause beordert. Sein Vater war gestorben. Er bekam drei Tage Urlaub. Nun stellte sich heraus, daß

sein Vater in den Hafen gestürzt war und erst am zweiten Tage darauf als Leiche aufgefunden wurde. Dadurch verschob sich der Urlaub um zwei Tage. Nach fünf Tagen kam er zurück, und nach seiner Erklärung wurde ihm seitens des rapportgebenden Offiziers gesagt: „Und wenn Ihre Mutter mit ersoffen wäre, hätten sie doch kommen müssen!"

Ein weiterer Fall betrifft folgendes: Ein Soldat beschwerte sich. Darauf wurde ihm gesagt: „Ein Soldat hat nur ein Recht, nur eins: sich totschießen zu lassen!" Auch habe ich den Eindruck gehabt, daß die Vorstrafen von Reichpietsch und Köbis bei ihrer Verurteilung ungünstig gewirkt haben. Köbis hat hartnäckig geleugnet; ich habe das aus verschiedenen Berichten entnehmen können. Er wird wohl allen Grund gehabt haben, nichts zu sagen, damit sie ihm nicht leicht einen Strick drehen konnten. Bei einer Gelegenheit sagte mir Köbis, als er noch unter dem Eindruck der Worte des Dr. Dobring stand:

„Dobring sagte mir: Ich werde bestimmt das Todesurteil gegen Sie beantragen, und das Gericht wird so beschließen!" Darauf fragte ich: „Wie denkst Du Dir denn unser Ende, Alwin?" „Nun," sagte er, „nur das Knacken der Schlösser des Gewehrs kann ich nicht vertragen; sonst ist der Tod nicht so schlimm." Da beruhigte ich ihn und sagte ihm: „Wir machen es anders; ich trage schon seit einiger Zeit einen Glassplitter im Unterzeug eingenäht mit mir herum. Wir schneiden uns die Pulsadern durch, und am nächsten Morgen finden sie uns tot." Wir wollten nicht den Tod auf Befehl erleiden. Ich sage das nur, um zu beweisen, daß Köbis trotz seiner Vorstrafen Rückgrat gehabt hat!

Zeuge *Weber:*

Es wurde eine allgemeine Frage gestellt, wie es käme, daß die Meinungen über die Verpflegung so gegenteilig sind, und daß ein Verband von 35 000 Mitgliedern die schlechte Verpflegung bestritten hat. 35 000 Mann war unsere gesamte Flottenbesatzung stark. Die großen Kampfschiffe, drei Geschwader, 24 000 Mann, dann blieben noch große Kreuzer und kleine Fahrzeuge. Die 35 000 sitzen aber in Berlin und sagen, wir hätten es wunderbar gehabt!!

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich habe zu den Aussagen des Zeugen Beckers folgendes zu erklären: Aus den Akten geht hervor, daß die Untersuchung gegen Köbis und Beckers nicht Dr. Dobring geführt hat, daß er nicht die Anklage erhoben hat, daß er kein Wort in der Hauptverhandlung gegen Beckers und Köbis gesagt hat. Kriegsgerichtsrat Dobring hat gegen Sachse und Reichpietsch die Anklage geführt, nicht gegen Beckers und Köbis. Daraus ist meines Erachtens zwingend zu folgern: Ich *kann* gar nicht dem Köbis gesagt haben: „Ich stelle den Antrag auf Todesurteil gegen Sie, und das Gericht wird dementsprechend

gegen Sie erkennen." Ob Köbis das erzählt hat, kann ich natürlich nicht kontrollieren. Aber wenn das gesagt worden ist, dann wäre das ein Beweis, daß die Worte, die der Zeuge Sachse in seiner Antinauticus-Broschüre aufstellt, über ein ständiges allgemeines Kommunizieren unter den Gefangenen wichtig waren, daß die Aussagen verabredet sind.

Abg. Dr. *Moses:*

Ich wollte nur noch einmal auf die Aussage des Zeugen Dobring zurückkommen, die sich in gewissem Sinne analog findet dem, was ich vorhin gesagt habe. Gerade im Dolchstoßprozeß in München haben Sie immer positiv von den Dingen gesprochen, die Sie aus persönlicher Erfahrung gar nicht kennen konnten. Sie haben gesagt:

„Es wurde aber noch mehr gesagt, insofern, als Reichpietsch erklärte, daß sich die Organisation den Abgeordneten zur Verfügung stelle, und es wurde die Organisation in allen Einzelheiten geschildert. Im Anschluß daran ist von Dittmann und Haase gesagt worden: Macht nur so fort, was wir euch helfen können, wird geschehen."

Sie haben alles so positiv ausgesagt! Ich glaube, es wäre richtiger gewesen, wenn hier immer die Einschaltung gemacht worden wäre: nach dem, was ich aus dem Prozeß erfahren habe. Aber Sie haben das hingestellt als etwas, was Sie aus eigener Anschauung kennen. Deshalb wird es wichtig sein, diesen Widerspruch zu klären.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Wenn man diese Dinge aus dem Zusammenhang herausreißt, klingt es vollständig anders. Wer diese Aussagen gehört hat, weiß, daß ich nichts anderes habe sagen wollen, als was mir von den Angeklagten gesagt worden ist. Ich habe keine schriftlichen noch mündlichen Beziehungen zu dem Abgeordneten Dittmann gehabt. Ich kann gar nichts aus eigener Erfahrung sagen. Diese Aussage kann nur so verstanden werden: das ist mir gesagt worden, und auf Grund der Aussage sage ich: das ist das, was die Leute sagen. Nur diesen Sinn konnte meine Aussage haben. Sonst hätte ich sagen müssen: Ich persönlich weiß das, und ich bin dagewesen und kann es behaupten. Wenn die Aussagen erlogen sind, dann habe ich im guten Glauben gehandelt, wie ich handeln mußte. Aber ob sie erlogen waren, darüber bin ich mir noch nicht klar geworden.

Abg. *Brüninghaus:*

Ich bedaure, daß vorhin das Vorleben von dem unglücklichen Reichpietsch wieder angeschnitten worden ist. Aber ich muß mich dagegen wenden — ich tue es ungern —, daß hier gesagt worden ist, weil er im Zivilanzug seines Offiziers spazieren gegangen ist, wäre er in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt worden. Nach meiner Kenntnis der Dinge waren in Wirklichkeit die Dinge so, daß Reichpietsch leider wieder in die zweite Klasse des Soldatenstandes

versetzt worden ist, weil er eine Börse mit 250 oder 260 Mark entwendet hat. Es handelte sich nicht darum, daß er degradiert worden ist, weil er in Sachen seines Offiziers spazieren gegangen ist. Es ist doch selbstverständlich, daß das nur ein Dummerjungenstreich war. Darüber ist man sich doch klar, daß das nichts Entehrendes ist! Und deswegen würde niemand in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt werden! Die Sache liegt so: Er war Läufer vor der Messe und lief bei der Messe vorbei, und da riß einem Überzieher beim Vorüberschubbern der Henkel ab, fiel herunter, und da entdeckte er oder sah er, daß eine Börse mit viel Geld drin war, und diese hat er entwendet. Das Vergehen hat er gestanden. Deshalb ist er in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt worden, weil er das Geld an sich genommen und sich dafür u. a. einen Ring gekauft hat. Mir tut es leid, daß wir diese Geschichte wieder aufgerührt haben. Aber ich muß mich dagegen wenden, daß behauptet wird, daß eine derartige Strafe wegen eines solchen Dummenjungenstreiches verhängt worden wäre.

Zeuge *Schneider:*

Wegen des angeblichen Diebstahls der 250 Mark möchte ich nur erwähnen, daß Reichpietsch und mir dieses Geld gehört hat. Wir haben nämlich an Bord mit Zigaretten gehandelt. Fast jede Division hatte einen Zigarettenhändler.

(Zuruf: Reichpietsch hat es doch zugegeben!)

Da kauften wir Zigaretten dafür, und wir hatten ein Kapital von 200 Mark. Wir hatten einen Absatz in der Dekade von 7 bis 8 Mille Zigaretten. Das kostet ungefähr 250 Mark.

Reichpietsch hat das zugegeben, damit ich nicht bestraft würde, weil der Zigarettenhandel verboten war.

Abg. *Brüninghaus:*

Wer hat denn die Börse gestohlen?

Abg. *Dittmann:*

Er hat es nur zugegeben, weil er den Kameraden nicht hineinlegen wollte.

Zeuge *Sachse:*

Genau wie es von seiten des Dr. Dobring versucht wird, uns gegenüber die Taktik einzuschlagen, uns herunterzureißen, so geschieht es auch mit den beiden Erschossenen Köbis und Reichpietsch. Ich möchte noch einmal betonen, was ich schon bei der ersten Vernehmung über die persönlichen Charaktereigenschaften von Reichpietsch gesagt habe. Ich muß sagen, daß ich, soweit Reichpietsch mir Mitteilung über die Verbindungen, die er in Berlin mit den verschiedensten Vertretern der Parteien gehabt hat, gemacht hat, ihm geglaubt habe und ich der Meinung war, daß Reichpietsch mir gegenüber ehrlich war. Ich kannte ihn jahrelang. . . .

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich möchte feststellen, daß ich die Person des Reichpietsch nicht hineingezogen habe. Daß das geschehen ist, bedaure ich. Aber nachdem es einmal geschehen ist, möchte ich auf den Abschiedsbrief zu sprechen kommen, und ich möchte vorausschicken, daß jemand, der an seine Eltern den letzten Brief vor der Hinrichtung schreibt, nicht zur Lüge neigt oder zur Beschönigung, sondern daß ihm daran liegt, die Wahrheit zu sagen. Ich möchte zwei Stellen aus dem Briefe vorlesen:

„Nun bitte ich, verzeiht mir auch diese letzten *Vergehen* . . . Und wenn Ihr noch mehr und Näheres über mein *Vergehen* wissen wollt, so schreibt an den, der Euch auf meinen Auftrag hin zum ersten Mal geschrieben hat."

Abg. Dr. *Moses:*

Das ist doch rein politisch genommen! Das hat mit persönlich strafbaren Handlungen nichts zu tun!

Zeuge Dr. *Dobring:*

Was ich zu sagen hatte, war weiter nichts, als daß Reichpietsch seine Tat als *Vergehen* bezeichnet hat.

Abg. *Dittmann:*

Ich finde es ganz unerhört, daß man den Abschiedsbrief eines zum Tode Verurteilten in einer derartigen Weise benutzt. Das zeugt doch von einer Gefühlsroheit.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Herr Abg. Dittmann, Sie dürfen einem Zeugen auch nicht in dieser Form einen Vorwurf machen.

Abg. *Dittmann:*

Ich hätte gewünscht, Herr Vorsitzender, daß Sie das Nötige gesagt hätten, dann hätte ich es nicht zu sagen brauchen. Gesagt werden mußte es.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Der Zeuge hat den Brief verlesen und seine Folgerungen daraus gezogen. Daran konnte ich ihn nicht hindern. Es handelt sich darum, durch die Vernehmung zur Bewertung der Persönlichkeit des erschossenen Reichpietsch beizutragen.

Abg. *Joos:*

Indirekt bin ich daran schuld, daß die Persönlichkeit des Reichpietsch wieder hereingezogen wurde. Aber es schien mir aus einer ganzen Reihe von Gründen wichtig, einiges darüber zu hören, wie er von seinen Schiffskameraden empfunden wurde. Wenn von Herrn Dr. Dobring das Wort Vergehen aus dem Brief erwähnt wird, so ist dagegen kein Einspruch zu erheben. Aber es ist eine sehr subjektive Sache, was ich aus der Anwendung des Wortes Vergehen schließe. Wenn jemand zum Tode verurteilt ist, dann empfindet er es natürlich als ein Vergehen. Aber das Wort besagt nicht das, was Sie daraus

gelesen haben. Es ist höchst subjektiv, wenn ich daraus entnehme, daß er in diesem Augenblick zugesteht: ich habe wirklich ein Vergehen begangen, dessentwegen ich zum Tode verurteilt bin. Das ist eine formalistische Auffassung, die sich rein an das Wort hält.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich habe ja auch weiter nichts zu sagen als meine Auffassung.

Abg. *Dittmann:*

Herr Dr. Dobring hat uns als Zeuge hier immer wieder versichert, er habe sich bemüht, die Dinge nicht politisch zu modifizieren. Ich will aber Herrn Dr. Dobring entgegenhalten — das ist auch in meinem Referat niedergelegt —, was er in dem Verfahren gegen den Matrosen Haase von der „Westfalen", wo er Vorsitzender, Verhandlungsführer war, gesagt hat. Es ist ein Dialog zwischen ihm und dem Angeklagten Driesen. Ich zitiere wörtlich:

Verhandlungsführer: Sie wollten also den Frieden, und die anderen, die auf der Liste stehen, auch?

Driesen: Jawohl!

Verhandlungsführer: Was war das für ein Frieden?

Driesen: Der annexionslose Frieden.

Verhandlungsführer: Sie sagen wenigstens die Wahrheit, und das wird Ihnen auch angerechnet werden.

Demnach hat Herr Dr. Dobring in dem Eintreten für den annexionslosen Frieden bereits einen Kriegsverrat gesehen.

Dasselbe kommt in Betracht bei einem Bericht, der — Mauve gezeichnet — von Herrn Dr. Dobring verfaßt ist. Da heißt es, es sei die Adresse eines Matrosen gefunden worden, bei einem der Verhafteten, dem Obermatrosen Weber,

. . . der im Verdacht steht, eine Agitation zur Sammlung von Unterschriften für einen bedingungslosen Frieden zu betreiben.

Also auch Weber gegenüber war das Delikt, weswegen das Verfahren gegen ihn eingeleitet wurde, der Verdacht, eine Agitation zur Sammlung von Unterschriften für einen bedingungslosen Frieden betrieben zu haben. Dann sagt Herr Dr. Dobring, die rein politischen Fragen spielten keine Rolle, nur weil die Leute Gewalt anwenden wollten, seien die Verfahren eingeleitet worden. Aber auch Herr Dr. Loesch ist nach derselben Methode verfahren. In dem Verfahren gegen den Matrosen Feldmann heißt es:

„Zusammenfassend steht demnach fest, daß Feldmann für die Ziele eines annexionslosen Friedens unter Anschluß an die Parteiziele der USPD oder doch zum mindesten der Sozialdemokratischen Partei im Kameradenkreise agitiert hat."

Die Kriegsgerichtsräte haben also ganz generell bereits das Agitieren für den annexionslosen Frieden, sei es unter Anschluß an die USPD, sei es unter Anschluß an die SPD, als kriegsverräterische Aufstandsbewegung betrachtet und darauf ihre Verurteilungen aufgebaut. Es

kann also nicht gesagt werden, daß man lediglich, weil die Leute mit Gewalt ihre politischen Ziele hätten durchführen wollen, das Verfahren gegen sie eingeleitet habe.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich habe dazu zu sagen: Was Herr Dr. Loesch etwa gemacht oder nicht gemacht hat, kann ich nicht vertreten. Ich habe ihn nicht beeinflussen, nicht kontrollieren können. Ich hatte mit ihm nichts weiter zu tun, als daß er ebenso Kriegsgerichtsrat war wie ich.

Im Verfahren gegen Haase und Genossen handelte es sich also darum, daß dieses Verfahren gegen Haase meines Wissens erst im Herbst 1917, vielleicht sogar noch später gewesen ist.

(Abg. *Dittmann:* Um so schlimmer!)

— Nein, nicht um so schlimmer, sondern da war das Verfahren gegen die Leute von „Friedrich der Große" bereits abgeschlossen. Da waren die ganzen weiteren Untersuchungen so, daß Ihre Haltung dabei beleuchtet worden ist, Herr Abgeordneter Dittmann. Ich weiß nicht mehr, ob das genau zusammentrifft, aber meines Wissens waren die Verhältnisse schon vollständig andere. Die Hauptsache ist aber: Ich habe nicht die Untersuchung geführt in der Sache Haase, sondern ich habe als Verhandlungsführer pflichtgemäß zu erörtern gehabt, was Gegenstand der Anklage ist. Wenn nach der Richtung Anregungen gegeben werden, dann habe ich meinerseits das ganze Beweisthema von oben bis unten zu erschöpfen. Was das Gericht nachher in der Beratung daraus macht, steht auf einem ganz anderen Brett.

Abg. *Dittmann:*

Demnach gibt der Herr Zeuge zu, daß er nach dem Verfahren gegen Sachse, Reichpietsch, Weber, Köbis und Beckers noch im Herbst in dem Verfahren gegen Haase den Standpunkt vertreten hat, die Propaganda des annexionslosen Friedens sei Kriegsverrat.

(Widerspruch des Zeugen Dr. Dobring.)

— Sie haben ausdrücklich dem Driesen gegenüber gesagt: „Sie sagen wenigstens die Wahrheit, und das wird Ihnen auch angerechnet." Das bezog sich auf den annexionslosen Frieden. Im übrigen haben Sie in dem Verfahren gegen Weber auch gesagt, daß Weber im Verdacht steht, eine Agitation zur Sammlung von Unterschriften für den bedingungslosen Frieden betrieben zu haben. Sie haben damals den Standpunkt eingenommen: das Delikt, auf das Todesstrafe steht, ist die Propaganda für den annexionslosen Frieden. Sie haben auch im Herbst im Verfahren gegen Haase diesen Standpunkt vertreten.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Das ist nicht richtig!

(Abg. *Dittmann:* Das haben Sie eben gesagt!)

— Das habe ich nicht gesagt. Das ist der Standpunkt, den Sie mir unterstellen wollen. Das Ziel war vielleicht für die Mannschaften der annexionslose Friede. Das ging mich nichts an. Aber die Methode,

mit der sie dieses Ziel erreichen wollten, ging mich etwas an, und das war die Gewalt.

Abg. *Dittmann:*

Das geht doch aus Ihren Formulierungen hervor, daß die Propaganda für den annexionslosen Frieden für Sie das Delikt war! Sowohl die Formulierung gegen Herrn Weber vom Anfang August, als auch die Formulierung im Prozeß Haase, die das beide besagen, stammt von Ihnen.

Zeuge Dr. *Dobring:*

Ich kann nur wiederholen: *das* Ziel wäre vielleicht disziplinarisch strafbar gewesen. Die *Agitation* dafür, das Mittel, die Methode, die Gewaltanwendung war das, was ich als Kriegsgerichtsrat zu vertreten hatte. Das habe ich vertreten, und das würde ich heute wieder genau so vertreten!

In der Sitzung vom 8. Juli 1927[1]) erhält vor Eintritt in die Tagesordnung in der Marineangelegenheit das Wort der

Berichterstatter Abg. *Joos:*

Ich habe schon Ende April, also nach der Vernehmung, ein längeres Schreiben von Landgerichtsrat Dr. Dobring erhalten, worin er schreibt, es ginge ihm nahe, in dem Verdacht zu stehen, Zeugen beeinflußt zu haben; er bitte deswegen, seine Äußerungen dazu entgegenzunehmen. Ich habe darauf Herrn Dittmann gebeten, mir noch einmal das Schriftstück zu verschaffen, auf Grund dessen ich die bewußte Frage an Dr. Dobring richten mußte. Weiter hat Dr. Dobring mir das Original des Schreibens an Steinmeier, das er in der Zwischenzeit wiedergefunden hat, gesandt. Daraus geht hervor, was er gemeint und was er nicht gemeint, was er geschrieben und was er nicht geschrieben hat.

(Abg. *Dittmann:* Ist das Kuvert zu dem Schreiben mit abgegeben?)

Ich glaube nicht; ich habe es nicht hier.

(Abg. *Dittmann:* Wer bürgt dafür, daß es das Originalschreiben ist?)

Es ist zweifellos das Original. Ich kann mich im Moment nicht entsinnen, ob er es mir mit dem Kuvert gegeben hat.

Ich möchte mal das Schreiben von Herrn Dobring verlesen:

Berlin-Steglitz, den 25. April 1927
Grunewaldstraße Nr. 3

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Anknüpfend an meine Vernehmung als Zeuge durch Sie vom 9. April d. J. bitte ich, Ihnen folgendes vortragen zu dürfen:

[1]) Siehe Bd. 7, II dieser Reihe S. 385.

Die interessierte Presse, insbesondere der „Vorwärts", hat behauptet, ich hätte auf Ihre entsprechende Frage zugestanden, meine Protokollführer beeinflußt zu haben. Das amtliche Stenogramm weist aus, daß ich das in längeren Ausführungen abgelehnt habe und daß Sie diesen Teil der Vernehmung damit abschlossen, daß Sie ausführten, Sie sagten nicht, daß ich die Leute beeinflußt habe, sondern daß sie sich durch unser Zusammensein beeinflußt hätten fühlen *können*. Ich habe, da man Möglichkeiten nie abstreiten kann, obwohl sie meines Erachtens hier ausgeschlossen waren, gesagt: „Ich will das zugeben, wenn zugegeben wird, daß die gleiche Möglichkeit für die Zeugen des Herrn Dittmann besteht.

Herr Dittmann hat auch diese Ablehnung genau verstanden und hat dem Sinne nach erklärt, er sei zwar auch mit seinen Zeugen zusammen gewesen, habe ihnen aber nichts für ihre Aussagen in Aussicht gestellt.

Diesen Hergang bitte ich eventuell am amtlichen Stenogramm zu kontrollieren.

So selbstverständlich es nun auch für mich, gerade von meinem Standpunkte als Richter, war, daß Sie mir die Tatsache meiner Zusammenkunft mit meinen Protokollführern vorhielten, und so dankbar ich mich für die Form, in der es geschah, verpflichtet fühle, so sehr wird Ihnen mein Interesse begreiflich erscheinen, diesen in der Öffentlichkeit, sei es bewußt, sei es fahrlässig, verdrehten Sachverhalt klarzustellen und ferner, daß ich dieses Bedürfnis Ihnen gegenüber besonders dringend fühle.

Ich habe mich mit Erfolg um den Originalschriftwechsel mit Steinmeier bemüht, und meine erste Bitte geht dahin, Ihnen diesen Schriftwechsel in einer gütigst von Ihnen festzusetzenden Unterredung im Reichstage vorlegen zu dürfen [1]). Zurzeit habe ich den Schriftwechsel meiner vorgesetzten Behörde zur Verfügung gestellt und bitte daher, mir so rechtzeitig Nachricht zu geben, daß ich in die Lage komme, ihn zurückfordern zu können.

Zu Ihrer vorläufigen Information darf ich folgendes vortragen: Nachdem die Herren, an die ich zunächst nicht persönlich herangetreten bin, gerade um jeden Schein der Beeinflussung zu vermeiden, meinen Beauftragten erklärt hatten, daß sie über eine sichere Erinnerung verfügten und bereit wären, eidlich sie zu bekräftigen, habe ich mich Anfang Februar 1926 zum ersten Male schriftlich an sie mit der Bitte gewandt, zu den Behauptungen des Herrn Dittmann schriftlich Stellung zu nehmen. In diesem Brief war naturgemäß von irgendwelchen Laufbahnfragen nicht die Rede.

Meine Protokollführer haben mir mit dem Brief vom 9. Februar 1926 geantwortet, den ich vorlegen werde, und der in seinem we-

[1]) Der Schriftwechsel ist vom Ausschuß nicht angefordert worden. D. Her.

sentlichen Teil im Korreferat des Herrn Abgeordneten Brüninghaus abgedruckt ist. Der Schluß dieses Briefes, den ich, wie gesagt, im Original vorlegen werde, enthielt auf meine Anfrage nach seinem persönlichen Ergehen die Antwort, daß es ihm, Steinmeier, körperlich gutgehe, daß er aber immer noch denselben Rang bekleide wie 1919. Deters schrieb, daß er dienstlich wie außerdienstlich durchaus zufrieden sei. Mein Antwortbrief vom 10. Februar 1926, den ich gleichfalls im Original vorlegen werde, beschäftigt sich zunächst mit einer bestimmten Frage aus der damaligen Zeit, über die ich nicht mehr im Bilde war. Sodann knüpfe ich an seine Mitteilung über seine, Steinmeiers, Stellung an und wundere mich, daß er nicht das Justizsekretärexamen gemacht habe, das müsse doch in Bremen genau so sein wie in Preußen. Ohne daran irgendeine Folgerung oder Bitte zu knüpfen, geschweige denn, daß ich das im Zusammenhang mit seiner Aussage gebracht hätte, die ja in aller Breite in seinem vorhergehenden Brief schon schriftlich festlag, fahre ich fort, er solle sich mit mir trösten. Es ginge mir schon seit Jahren auch nicht anders wie ihm selbst. Er solle jedoch mit seinen Sorgen ruhig zu mir als altem Kameraden kommen, *wenn ihm mit einem ehrlichen Rat gedient sei. An mir soll es nicht fehlen.* Das ist alles. Auch diesen Originalbrief werde ich vorlegen und verweise nur nochmals darauf, daß die schriftliche Aussage vorlag, als ich meinen *Rat,* nicht eine Belohnung, in Aussicht stellte und noch weniger etwas für diesen Rat von ihm verlangte oder auch nur voraussetzte.

Seit diesem Zeitpunkte bis Ende Oktober 1926 hat nach der bestimmten Versicherung Steinmeiers, die auch meiner Erinnerung entspricht, eine Korrespondenz zwischen uns bis auf eine Ansichtskarte, die ich vom Urlaube aus auf der Durchreise in Helgoland schrieb, überhaupt nicht mehr stattgefunden.

Dazwischen aber liegt folgendes.

Am 22. Mai 1926 ist das Korreferat des Abgeordneten Brüninghaus veröffentlicht, in welchem die schriftliche Aussage beider Protokollführer gedruckt festlag. Etwa im *Juni,* das genaue Datum müssen die Ausschußakten ergeben, habe ich meine Aussage zu den Angaben der Broschüre Dittmann schriftlich dem Ausschuß eingereicht, so daß damit auch meine eigenen Angaben festlagen. Mithin waren meine Protokollführer wie *ich gebunden dem Ausschuß gegenüber,* bevor Ende August oder Anfang September meine Rückreise über Bremen, nicht eine besondere Reise nach Bremen, stattfand und ich zwischen zwei Zügen mit den Herren zusammen war.

Bei dieser Zusammenkunft habe ich eine einzige Frage an Herrn Deters gerichtet, nämlich, ob er sich irgendwie erinnern könne, daß ich auch nur eine ähnliche Bemerkung gemacht hätte,

wie sie hinsichtlich des *„Ausgrabens"* von Beckers seinerzeit in einer Münchener Zeitung behauptet sei. Herr Deters hat das in derselben Weise verneint, wie in seiner schriftlichen Auskunft an den Ausschuß.

Herrn Steinmeier habe ich keinerlei detaillierte Fragen vorgelegt, habe mit ihm auch das Beweisthema nicht besprochen. Beide Herren haben mir vielmehr erklärt, sie freuten sich auf eine Gegenüberstellung im Ausschuß und würden dann schon die Wahrheit über die Verleumdungen über mich ans Tageslicht bringen. Ich habe mich damit begnügt, ihnen zu sagen, ich hoffte, sie kämen dazu, und ich wollte alles daransetzen, es zu ihrer Vernehmung zu bringen. Vorläufig schiene es so, als ob der Ausschuß sie überhaupt nicht vernehmen wolle.

Damit war diese ganze Angelegenheit zu Ende und alles andere war Austausch persönlicher Erinnerungen. Richtig ist nun, und wie mir scheint auch natürlich, daß hierbei unser und unserer Familie Ergehen und damit auch unsere Karrierefrage berührt wurde. Es ergab sich genau das gleiche Bild, wie oben brieflich geschildert, und dabei habe ich dann dem Sinn nach gesagt, ich könne zwar kaum etwas tun, da heute alles *Partei*sache sei und ich als Richter absichtlich keiner Partei beigetreten sei, um mich nicht befangen erscheinen zu lassen gegenüber den Angehörigen anderer Parteien, aber wenn ich trotzdem einmal in die Lage käme, würde ich mich einem alten Kameraden nicht versagen. Von irgendeiner konkreten Stellung oder dergleichen ist nicht die Rede gewesen. Steinmeier hat an diesem Tage, wie ich, wie überhaupt meine ganze Darstellung, eidlich zu erhärten in der Lage bin, keine Bitte nach dieser Richtung auch nur andeutungsweise ausgesprochen. Um ganz korrekt zu sein: Die einzige Bitte, die an diesem Tage von beiden Protokollführern an mich gerichtet wurde, war die nach einem Uniformbild von mir zur Erinnerung an die gemeinsam verlebte Zeit. Ich wiederhole an dieser Stelle, daß ich eine weitere Mitteilung von Steinmeier erst etwa acht Wochen später erhalten habe, nachdem er die Fragen des Ausschusses schriftlich unter Eid beantwortet hatte und mir das mitgeteilt hat. Im Anschluß daran habe ich Steinmeier um eine Abschrift seiner mir bis dahin völlig unbekannten Auslassung gebeten und habe sie erhalten.

Ich versage es mir, mich darüber zu äußern, ob nach dieser leicht nachprüfbaren Darstellung es möglich war, daß die Herren durch mein kameradschaftliches Zusammensein mit ihnen noch *beeinflußt* werden konnten, ob nicht vielmehr schon alle Hauptfragen schriftlich und gedruckt festlagen, über die sie überhaupt aussagen konnten, als wir uns persönlich nach zirka acht Jahren wiedersahen, böser Wille also von meiner Seite, den Sie mir ja selbst nicht unterstellen, überhaupt noch Sinn und Zweck gehabt hätte.

Von dieser Warte aus fühle ich mich aber zu folgender Darlegung verpflichtet:

Ich will, als meines Amtes nicht, hier nicht prüfen, ob die Aussagen derjenigen Leute, die sich als „moralische Dickhäuter" bekennen, die mit Behagen darlegen, daß sie mich und andere Richter nach Möglichkeit zu „belügen" versuchten, denen ich aus Urkunden, die weder von mir noch von meinen Protokollführern herrühren, die krassesten Widersprüche mit ihren jetzigen Aussagen nachgewiesen habe, die in der Lage sein wollen, nach zehn Jahren aus der Situation willkürlich und zusammenhanglos herausgerissene angebliche Bemerkungen von mir wörtlich wiederzugeben, ob diesen Aussagen rechtlich ein Wert überhaupt beizulegen ist. Das ist Sache des Ausschusses, dem die Verantwortung für seine Entscheidung zufallen muß.

Ich stehe aber der Tatsache gegenüber, daß man zwar die „Belastungszeugen" vernommen hat, nicht aber die *„Entlastungszeugen"*, Beamte der Strafjustiz, die nicht nur sachverständige Zeugen sind, sondern, wenn man ihnen derartiges überhaupt zutrauen darf, die um meines, des Landgerichtsrats, „Einflusses" willen Ehre und Existenz sicherlich nicht durch eine gefärbte Aussage aufs Spiel setzen werden, zumal dann nicht, wenn sich die erhobenen Vorwürfe in keinem Punkte gegen sie selbst richten.

Dazu kommt aber das eine, was ich erst jetzt aus einer Mitteilung Steinmeiers erfahren habe, daß nämlich Steinmeier, da er wie ich seinerzeit in Sachse einen reuigen und zur Wahrheit willigen Menschen gesehen hat, ihn nicht in seiner Untersuchungszelle belassen hat, sondern ihm gestattet hat, sich in den *Räumen der Gerichtsschreiberei* aufzuhalten und sich dort mit ihm freundlich unterhalten hat. Wie ich der Mitteilung entnehme, *hat Sachse ihm dabei Näheres erzählt.* Ich habe es meinerseits absichtlich vermieden, Steinmeier um nähere Auskunft zu bitten, um von vornherein jedem erneuten Verdacht die Spitze abzubrechen.

Aber, wie es mir als ein Gebot der Gerechtigkeit erscheint, Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen, die Entlastungszeugen also ebenfalls nach ihrem persönlichen Eindrucke zu werten, so erscheint es mir zur *Wertung des Zeugen Sachse* von ganz besonderem Wert, diesen vor seiner Vereidigung Steinmeier schon auf Grund *seiner vertraulichen Unterredungen mit Sachse,* deren Inhalt ich noch nicht kenne, gegenüberzustellen.

Meine zweite Bitte geht also dahin, sich dafür einzusetzen, nachdem Sie in die Korrespondenz Einsicht genommen haben, mindestens aber die *dienstliche Äußerung, die Steinmeier seiner Behörde erstattet hat,* zu den Ausschußakten einzufordern. Ich weiß auch von deren Inhalt nichts Genaues, habe vielmehr zur Hauptsache erfahren, daß sie erfordert und erstattet ist.

Ich meine aber auch, daß meine Bitte nur der Menschlichkeit entspricht.

Seit eineinhalb Jahren bin ich einer Hetze ausgesetzt, die in anonymen Briefen nicht einmal davor zurückgeschreckt ist, das Leben meiner unmündigen Kinder zu bedrohen.

Ich bin als Beamter der Presse gegenüber so gut wie wehrlos. Zwar wäre ich, nachdem die Sache auf die Straße getragen ist und *Beckers* seine Bezichtigungen in einer von Herrn Dittmann am Grünen Donnerstag arrangierten Volksversammlung wiederholt hat, zu einer Klage wegen übler Nachrede befugt.

Davon hält mich zweierlei ab.

Einmal der Mangel an genügenden Mitteln für drei Instanzen, zweitens aber, und das ist das Entscheidende, die juristische Überzeugung, daß der Prozeß für mich gewonnen wäre, ehe er angefangen hat, daß aber hiermit eine weitere *materielle* Klärung ja nicht erzielt würde. Bei den von Beckers behaupteten Vorgängen sind außer ihm *nur Steinmeier und Deters* zugegen gewesen. Dem Beckers würde der Beweis obliegen, daß seine Behauptung erweislich wahr ist. Das ist aber den Umständen nach gar nicht möglich, so daß ich mich bei jedem Juristen dem Einwand aussetzen würde, das wußtest du im voraus, du konntest den Prozeß riskieren. An einer ganz unvermeidlichen Bestrafung der Leute aber, die ihre Verfehlung schon schwer gebüßt haben, auf rein formellem Gebiet kann mir nichts liegen.

Dieselben Erwägungen sind für eine Anzeige maßgebend.

Ich habe einmal, ganz sicher nicht leichten Herzens, und noch weniger leichtfertig, schwere Pflicht gegen die Leute erfüllen müssen, als es sich um die Existenz der Flotte und Deutschlands handelte; ich kann mich freiwillig nicht dazu verstehen, ihnen weiteren Schaden zuzufügen, zumal ja die eigentliche Hetze von ganz anderer Seite ausgeht.

Ich bin überzeugt, daß Sie diesem meinem Standpunkt ebenso Verständnis entgegenbringen werden wie meinen oben vorgetragenen Bitten.

Es bleibt mir daher nur, zu bitten, meinen Eingriff in Ihre Ferienruhe mit der Dringlichkeit der Angelegenheit gütigst entschuldigen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
sehr ergebenst
Dr. Dobring,
Landgerichtsrat.

Ich habe den Eindruck, daß ich den Verdacht, der, was die Zeugen Steinmeier und Deters angeht, gegen Dobring in mir unbedingt auf-

steigen mußte, nicht aufrechterhalten kann. Ich knüpfe an den Brief an, den ich von Herrn Dittmann zur Durchsicht bekam. Er lautet:

Sozialdemokratische Partei
Ortsverein Bremen

Bremen, 31. August 1926

An
den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei
z. Hd. d. Herrn Wilhelm Dittmann
Berlin

Werter Genosse Dittmann!

Bei mir kam am heutigen Tage ein Parteigenosse aufs Büro und machte mir folgende Mitteilungen, die ich Ihnen sofort zur Kenntnis bringe, da ich annehme, daß dieselben für Sie von Bedeutung sein können.

In Bremen ist bei der Staatsanwaltschaft ein Angestellter namens Heinrich Steinmeier beschäftigt, wohnhaft Bremen, Coblenzerstraße, welcher in der Zeit um 1917 herum in Wilhelmshaven Protokollführer des ehemaligen Kriegsgerichtsrates Dr. Dobring gewesen ist.

Zur Zeit, als die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses stattfanden, erhielt Steinmeier von Dobring einen Brief, der in seiner Form privat gehalten war und in dem Dobring auf die alte Bekanntschaft verwies und bemerkte, daß er gehört hätte, daß Steinmeier immer noch als einfacher Angestellter bei der Staatsanwaltschaft fungiere und daß ihn dieses in Erstaunen setze. — Nach sonstigen persönlichen Bemerkungen wendet sich das Schreiben den Untersuchungsverhandlungen zu und Dobring teilt mit, daß er Steinmeier noch als Zeugen in Anspruch nehmen werde; die Schlußbemerkung des Briefes klingt aus in einem Versprechen, daß Dobring sich gern für Steinmeier verwenden würde, wenn sich eine bessere Stellung für ihn fände. Er stellte weiter in Aussicht, daß er gelegentlich ihn persönlich besuchen würde.

Diesen Brief ließ St. unter den Angestellten seines Amtes zirkulieren.

In der vergangenen Woche erhielt St. ein Bündel Akten zum Studium mit der Aufforderung, sich schriftlich darüber zu äußern, unterzeichnet war dieselbe vom Sekretär des Untersuchungsausschusses.

Am Sonnabend, den 28. August kam Herr Dobring selbst nach Bremen, und in Gemeinschaft mit einem Herrn Justizinspektor Deters, Bremen, trafen die beiden mit Steinmeier in einem Bremer Lokal zu einer Besprechung zusammen.

Steinmeier, welcher ein sehr gesprächiger Mensch ist, teilte Einzelheiten der gemeinschaftlichen Aussprache seinen Kollegen mit. Darunter eine Äußerung Dobrings, daß er Steinmeiers Zeugen-

schaft brauche, um Dittmanns Darstellungen über den Haufen zu rennen, und er sagte, daß er Dittmann so reinlegen werde, daß er politisch erledigt von der Bildfläche verschwinden müsse. — Im Wechselgespräch mit seinen Kollegen machte St. eine Bemerkung, daß ja Dobring viel bessere Verbindungen hätte als Dittmann. St. sagte außerdem noch inhaltlich folgendermaßen: daß er sich nur so äußern würde, wie es mit seiner abhängigen Stellung verträglich sei.

Ich glaube, daß Ihnen diese Dinge zu Ihrer Information dienlich sein werden und zeichne

mit Parteigruß

Böhm

So stand es in dem Schreiben aus Bremen, das an den Kollegen Dittmann ging, der es mir zur Verfügung gestellt hatte.

Und nun liegt der in diesem Schreiben erwähnte Brief von Dobring an Steinmeier vom 10. Februar 1926 hier vor mir. Ich wüßte nicht, worauf ich einen Verdacht stützen könnte, daß dieses Schreiben nicht der Originalbrief ist. Ich möchte ihn einmal verlesen:

Steglitz, den 10. Februar 26

Mein lieber Herr Steinmeier!

Auch Ihnen möchte ich umgehend herzlichst danken für Ihren Brief, der mir erneut zeigt, ein wie gutes Verhältnis zwischen uns geherrscht haben muß. Um noch einmal auf die erste Vernehmung Sachses einzugehen: vielleicht erinnern Sie sich, wenn ich in Ihr Gedächtnis zurückrufe, was noch deutlich vor mir steht. Als Sachse seine Angaben über Berlin machte, sahen Sie und ich uns betroffen an, ich brach ab, ließ Sachse nach Ermahnung abführen und sagte Ihnen: „Ich muß sofort auf K. W. II, um diese neue Situation zu melden. Wir gehen dann beide noch zum Essen, denn die Vernehmung kann lang werden, und dann lasse ich Sachse wieder vorführen."

Vielleicht gibt Ihnen diese meine positive Erinnerung einen Anhaltspunkt für die Frage.

Aber das ist ja eine verhältnismäßige Kleinigkeit gegenüber Ihrer sonstigen für mich sehr wertvollen Bekundung. Voraussichtlich kommt es Anfang März zu meiner Vernehmung. Der brave Dittmann soll, wie ich aus dem Reichstag weiß, schon recht kalte Füße bekommen haben. Auch sollen seine Genossen außerordentlich wenig von ihm erbaut sein.

Nun zu Ihren persönlichen Verhältnissen. Es tut mir herzlich leid, daß Sie nicht die verdiente Stellung bekommen haben. Ich begreife aber eins nicht, wie ist es bei Ihrer Begabung und Gewandtheit möglich, daß Sie das Sekretärexamen noch nicht ge-

macht haben. Das kann doch in Bremen nicht anders sein wie bei uns. Sich die erforderlichen Kenntnisse anzueignen, muß doch für Sie, wie ich Sie in der Erinnerung habe, nicht schwer sein.

Im übrigen trösten Sie sich mit mir. Ich bin seit Jahren zur „bevorzugten Beförderung" vorgeschlagen, habe aber, da ich kein Sozi bin, so gut wie keine Aussicht.

Also, wenn Sie einmal Zeit haben, unterrichten Sie mich über Ihre Sorgen, wenn Ihnen ehrlicher Rat helfen kann, soll es an mir nicht fehlen.

Mit nochmaligem herzlichen Dank und Gruß

Ihr alter
Dobring.

Herr Dobring bittet, wenn kein Verdacht mehr von uns dagegen ausgesprochen werden könnte, daß er die Zeugen beeinflußt hat — und das gesamte Schreiben im Zusammenhang sagt mir, daß wir das nicht annehmen können —, daß wir doch noch Steinmeier über Sachse hören möchten, und zwar über die vertrauliche Unterredung, die Steinmeier allein mit Sachse gehabt hat. Denn es liege ihm viel daran, daß wir Sachse auf sein Zeugnis richtig werten.

Ich habe nun in der Tat vor, vorzuschlagen, daß wir diesen Steinmeier über diesen Punkt noch vernehmen. Herr Kollege Dittmann hat mir gesagt, er hätte dann auch noch ein paar andere interessante Schreiben, die Dobring betreffen. Ich glaube, ein Schreiben von Calmus und noch ein weiteres. Er würde Wert darauf legen, daß wir auch diese Zeugen dann noch hören. Nun wollen wir ja keine langen Zeugenaussagen mehr. Trotzdem gebe ich von mir aus anheim, Steinmeier über diesen Punkt Sachse zu hören. Ob wir ihn vielleicht auffordern, sich schriftlich dazu zu äußern, ist eine Sache für sich.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Es ist der Vorschlag gemacht worden, Steinmeier über diesen Punkt zu hören oder durch eine Erklärung festzustellen, daß der Ausschuß auf die Vermutung, daß eine Zeugenbeeinflussung Dobrings vorliegt, keinen Wert legt.

Abg. *Dittmann:*

Ich bin nicht in der Lage, mich einer solchen angeblichen Feststellung anschließen zu können. Für mich besteht nach wie vor stark der Verdacht, daß Dobring Steinmeier und Deters in Bremen darüber unterrichtet hat, wie man Dittmann kaltstellen oder erledigen wolle. Wenn wir Steinmeier vernehmen wollten, müßten wir auch den Herrn vernehmen, der die Mitteilung an den sozialdemokratischen Parteisekretär in Bremen gemacht hat. Dieser Herr hat sich mir später, als ich einmal in Bremen war, vorgestellt und versichert, daß das richtig sei. Es würde auch darauf ankommen, was Steinmeier selbst unter seinen Kollegen erzählt hat.

(Abg. *Joos:* Es steht fest, daß die Aussagen von Deters und Steinmeier schriftlich gedruckt vorlagen, als die Unterredung stattfand.)

Ich bin jedenfalls nicht in der Lage, mich irgendwie einer solchen Auffassung anschließen zu können. Ich erinnere daran, daß ich noch einen Brief verlesen habe, den Dobring an Herrn Watschipky, den Referenten im Reichsfinanzministerium, gerichtet hat [1]), wo er sich zur Bekämpfung der Wucherer und der Schieber anbietet.

Ich weiß nicht, ob wir jetzt noch die Vernehmung Steinmeiers vornehmen können. Dann müßte man auch noch den Calmus, Michalski und Rebe hören.

Abg. *Joos:*

Herr Dobring bittet, wenn man Steinmeier nicht vernehmen lassen wollte, wenigstens die dienstliche Äußerung, die Steinmeier seiner Behörde erstattet hat, den Ausschußakten einzuverleiben. Ich glaube, dagegen werden Sie keinen Widerspruch erheben.

(Abg. *Dittmann:* Soll das in die Veröffentlichung hinein?)

Ich nehme an.

Abg. *Dittmann:*

Wir haben doch Dobring hier gehabt. Bei der Gelegenheit hat er sich nicht so geäußert. Er hat sich das erst nachher überlegt. Es genügt vollständig, wenn Sie das hier loyal vorgetragen haben.

Abg. Dr. *Moses:*

Ich kann auch nicht verstehen, warum wir noch einmal in eine besondere Diskussion eintreten sollen. Wir haben doch Dobring hier gehabt. Wenn er wußte, daß er hier vernommen werden sollte, hatte er die Pflicht, alles zu vermeiden, was den Anschein erwecken konnte, als ob eine Verabredung oder dergleichen vorläge.

Abg. *Joos:*

Wenn Steinmeier überhaupt nicht vernommen werden soll, dann weiß ich nicht, warum wir nicht wenigstens die dienstliche Äußerung von ihm zu den Akten entgegennehmen wollen.

(Abg. *Dittmann:* Zu den Akten, aber nicht in die Veröffentlichung!)

In die Veröffentlichung müssen wir offenbar im Zusammenhang mit der Vernehmung Dobrings diese beiden Schriftstücke nehmen.

Aus Dobrings Schreiben an mich und seinem Brief an Steinmeier schließe ich etwas Bestimmtes. Wenn ich das festlege, und Herr Kollege Dittmann bezweifelt überhaupt die Echtheit des Briefes, dann ist die ganze Feststellung wieder über den Haufen geworfen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Das wäre natürlich nur im Wege loyaler Verständigung zu

[1]) S. o. S. 356.

machen. Ich schlage vor, wir nehmen das, was Herr Joos berichtet hat, zu den Akten und lassen es den Mitgliedern zustellen [1]).

Der Ausschuß beschließt in diesem Sinne.

In einer geschäftlichen Sitzung vom 22. November 1927 wird über die Weiterbehandlung der Marinevorgänge verhandelt. Der Sachverständige Dr. Herz hat einen Schriftsatz eingereicht [2]), der dem Berichterstatter Abg. Joos überwiesen wird.

Es wird beschlossen, in die Schlußberatung über die Marinevorgänge einzutreten. Hierzu sollen die Sachverständigen nicht mehr zugezogen und auch keine weiteren Schriftsätze mehr zugelassen werden [3]).

Sitzung, Donnerstag, den 15. Dezember 1927

Schlußberichte der Abgeordneten Brüninghaus und Dittmann über die Marinevorgänge

Abg. Dr. *Moses:*

Der Herr Kollege Kuhnt hat mir einen Brief vom 10. April 1927 übergeben, den ich an den 4. Unterausschuß zu Händen des Herrn Vorsitzenden übergeben soll:

„In der Sitzung des Unterausschusses des Reichstags vom 12. November 1926 wurde auch die Frage erörtert, ob die deutsche Kriegsflotte im Oktober 1918 von den Marineoffizieren in den Tod geschickt werden sollte. Im Zusammenhang hiermit habe ich in dieser Sitzung auch das Wort ergriffen und u. a. erklärt, daß noch im November 1918, und zwar *nach dem Zusammenbruch der Flotte*, die führenden Marineoffiziere den Kampf gegen die englische Flotte wieder aufnehmen wollten. Meine damaligen Äußerungen besagten, etwas ausführlicher dargelegt, etwa folgendes:

Kurz nach dem Zusammenbruch im November 1918 teilte mir der Flottenchef Admiral v. Hipper telephonisch mit, daß das Gerücht verbreitet sei, die Engländer wollten Hamburg und Wilhelmshaven besetzen. Er frug deshalb bei mir an, ob ich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des 23. Rates bereit wäre, anzuordnen, daß die Flotte gefechtsklar den Hafen zu verlassen habe, damit sie sich der englischen Kriegsflotte entgegenstellen könne. Dem Ad-

---

[1]) Die Veröffentlichung an dieser Stelle ist erfolgt auf Grund eines Beschlusses vom 18. Februar 1928 (D. Her.). S. u. S. 572.

[2]) S. u. S. 543 ff.

[3]) Für den später noch eingegangenen Schriftsatz des Sondersachverständigen Alboldt s. u. S. 530 ff.

miral v. Hipper habe ich auf seine Anfrage erklärt, daß ich diese folgenschwere Frage nicht am Telephon beantworten werde, daß ich aber an Bord käme, wo mir in eingehender Weise Vortrag zu halten sei. Da mir daran gelegen war, zu erfahren, was für Ziele die Marineoffiziere verfolgten, begab ich mich umgehend in Begleitung eines Mitgliedes des 23. Rates auf das Flaggschiff, wo mir nach Rücksprache mit dem Admiral v. Hipper der Chef des Stabes der Hochseeflotte Vizeadmiral v. Trotha im Beisein einer größeren Anzahl Offiziere des Stabes den angeordneten Vortrag hielt. Herr v. Trotha wünschte ebenso dringend wie v. Hipper, daß der Kampf gegen die englische Flotte wieder aufgenommen werde, wenn die Engländer versuchen sollten, deutsche Städte zu besetzen. Ich betone ausdrücklich, daß die Frage ganz konkret gestellt war und es sich bei der mehrstündigen Verhandlung *nicht* um eine theoretische Auseinandersetzung gehandelt hat. Die Frage des Flottenchefs habe ich nach Anhören der Gründe und Erörterungen über die Operationsbasis verneint und das nicht nur aus politischen, sondern auch aus militärischen Gründen. Jeder, der in der damaligen schweren Tagen die Nerven noch nicht verloren hatte, mußte erkennen, daß bei einem feindlichen Zusammentreffen der beiden Flotten die deutsche Flotte eine katastrophale Niederlage erleiden mußte, weil ganz naturgemäß nach der Ludendorffschen Waffenstillstandsbitte die Schlagkraft der deutschen Flotte schwer beeinträchtigt wurde, und weil die kurz darauffolgenden Marinevorgänge ganz klar erkennen ließen, daß das Vertrauen der Unteroffiziere und der Mannschaften zur Marineleitung völlig geschwunden war.

Vizeadmiral v. Trotha hat im Untersuchungsausschuß später auf meine Ausführungen vom 12. November 1926 Bezug genommen und erklärt, daß er mir schon aus zeitlichen Gründen den oben erwähnten Vortrag habe ich nicht halten können, da er schon im *Oktober* 1918, kurz nach dem Versagen des Flottenvorstoßes, Wilhelmshaven *verlassen* habe, weil er im Großen Hauptquartier sein neues Kommando habe antreten wollen. Als ich von den Ausführungen des Herrn v. Trotha kurz nach der Sitzung Kenntnis erhielt, war ich aufs äußerste überrascht, da ein Irrtum meinerseits, auch in bezug auf die von mir genannten Personen, gänzlich ausgeschlossen ist.

Ich habe nunmehr Gelegenheit genommen, mit Herrn v. Trotha am 9. April 1927 über die Differenzen zu sprechen, und v. Trotha hat mir jetzt persönlich bestätigt, daß er mir im *November* 1918, kurz nach dem Zusammenbruch der Flotte, einen Vortrag in der von mir skizzierten Weise gehalten hat."

Sodann möchte ich noch eine zweite Bemerkung machen: Die Kritik, mit der wir seinerzeit Herrn Korvettenkapitän Canaris als Vertreter

der Marineleitung abgelehnt haben, ist uns in manchen Kreisen sehr verübelt worden. Inzwischen hat sich gezeigt, daß unser Urteil über diesen Vertreter der Marineleitung noch viel zu milde gewesen ist. Nach Veröffentlichungen der „Weltbühne" (Nr. 34 und 36, 1927), die bisher noch von keiner Seite dementiert worden sind, hat Herr Canaris auch noch nach der Revolution eine Tätigkeit ausgeübt, die ihn unmöglich zum Vertreter beim Untersuchungsausschusse qualifiziert. Er hat als Erster Offizier des Kreuzers „Berlin" in Kiel seinerzeit den Führer der Organisation Consul in Kiel, den Rittmeister a. D. Lieder, zwecks Aufbau der O. C. laufend mit Geldern von der Marinestation der Ostsee bzw. von der Marineleitung Berlin versorgt. Das gleiche geschah mit dem Leiter der O. C. in Mecklenburg, dem früheren Deckoffizier Voß, der daraus seine Vorbereitung zum Hitlerputsch finanzierte. Dem Leiter der O. C. in Kiel hat Canaris durch die Marinestation Waffen, Uniformen usw. für die Mannschaften zur Verfügung gestellt. „Der O. C.-Chef hatte durch die Allmacht des Canaris bald mehr zu sagen als der eigentliche Befehlshaber der Ostsee-Streitkräfte" (Weltbühne). Herr Canaris ist auch in einem Attentatsversuch gegen General Seeckt verwickelt, der bis heute noch der Aufklärung harrt. Schließlich ist bekannt geworden, daß durch ihn auch die Finanzierung der Vereinigten Vaterländischen Verbände von Schleswig-Holstein einschließlich des Wikingbundes erfolgt ist. Diese Beschuldigungen, die auf der Aussage des in erster Linie selbst beteiligten Leiters der O. C. in Kiel beruhen, sind so gravierend, daß eine Ablehnung des Korvettenkapitäns Canaris als Vertreter der Marineleitung vor dem Untersuchungsausschuß mehr als gerechtfertigt ist. Aufs neue muß dem Erstaunen Ausdruck gegeben werden, daß man im Reichsmarineamt es wagen konnte, eine Persönlichkeit von solchen Qualitäten dem Untersuchungsausschuß als amtlichen Vertreter zu präsentieren.

Abg. *Brüninghaus:*

Von welchem Datum ist die Veröffentlichung aus der „Weltbühne"?

Abg. Dr. *Moses:*

Vom August/September 1927.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Herr Kollege Dr. Moses, wenn ich Sie richtig verstehe, wünschen Sie diese Erklärung in den Verhandlungsbericht aufgenommen zu sehen. Im übrigen würde ich vorschlagen, diese Erklärung zunächst an die Reichsmarineleitung zu übermitteln, um Herrn Canaris Gelegenheit zu geben, sich dazu zu äußern [1]).

Der Ausschuß beschließt demgemäß.

---

[1]) S. u. S. 494 f.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Brüninghaus zu seinem Schlußbericht.

Abg. *Brüninghaus:*

Bei Beginn unserer Beratungen über die Vorgänge in der Marine habe ich bereits der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß es sehr schwer, wenn nicht gar unmöglich sein würde, in einem parteipolitisch zusammengesetzten Gremium zu einer wirklich objektiv einwandfreien Beschlußfassung über diese Vorgänge zu gelangen. Kompliziert wurde die ganze Frage für uns noch dadurch, daß ein Mitglied des Unterausschusses, nämlich der Herr Abgeordnete Dittmann, zu einem erheblichen Grade, wie das in der Natur der Dinge lag, von vornherein Partei sein mußte, so daß er also zwangsläufig von vornherein an einer rein objektiven Einschätzung aller Vorkommnisse gehindert war.

(Zuruf: Sie sind aber auch Partei!)

— Nein, ich bin nicht angegriffen worden. Sie wissen vielleicht, Herr Abgeordneter Dr. Bergsträßer, daß diese ganzen Marinevorgänge hier deshalb behandelt werden, weil der Abgeordnete Dittmann, nach seiner Auffassung ungerechterweise, angegriffen worden war. Man wird hieraus dem Herrn Abgeordneten Dittmann keinen Vorwurf machen können, ich halte aber doch die Feststellung dieses Umstandes, wenn man einen Rückblick auf die ganzen Verhandlungen wirft, für nicht unwesentlich.

Im Laufe der Verhandlungen hat sich, so scheint mir, bei der weit überwiegenden Mehrzahl der Mitglieder die Ansicht herausgebildet, daß es nicht die Aufgabe des Ausschusses sein konnte, die Verfahren selbst und die ergangenen Urteile juristisch nachzuprüfen. Ich will daher in meinen folgenden Ausführungen so wenig wie möglich darauf eingehen, behalte mir aber naturgemäß vor, wenn das von anderer Stelle sehr ausgiebig geschehen sollte, bei der Beratung über die zu fassende Entschließung darauf zurückzukommen.

Im Laufe unserer Verhandlungen sind sehr eingehende Betrachtungen angestellt worden über den materiellen Wert unserer Flotte, über die Güte unserer Geschütze, über ihre Reichweite, über die Geschwindigkeit der Schiffe usw. Die Herren Sachverständigen Alboldt und v. Trotha haben ihre gegenteiligen Ansichten eingehend begründet. Dabei ist, wie das stets bei mehr theoretischen Erörterungen zu geschehen pflegt, mit vielen Zahlen und Statistiken operiert worden. Ich persönlich habe mich bei dieser Kontroverse stark zurückgehalten und lediglich aus der Praxis heraus meine Kriegserfahrungen zum Vortrag gebracht. Ich bin auch jetzt noch der Ansicht, daß man die ganze Frage des Wertes oder Unwertes der deutschen Flotte richtig in erster Linie nach den Erfolgen, die sie aufzuweisen gehabt hat, einschätzen kann. Wenn ich einmal unterstelle,

daß die Ansicht des Herrn Alboldt, also die Minderbewertung unseres Schiffsmaterials gegenüber dem englischen, richtig wäre, dann liegt doch darin geradezu eine Glorifizierung der Besatzungen. Die Tatsache, daß vor dem Skagerrak die ziffernmäßig halb so starke deutsche Flotte der englischen den doppelten Verlust beigebracht hat wie diese ihr, kann durch keine noch so tiefgründige theoretische Beweisführung aus der Welt geschafft werden. Wenn also — was ich allerdings bestreite — unser Schiffsmaterial dem englischen unterlegen war, dann hat Herr Alboldt gerade dem Seeoffizierkorps ein über jedes Lob erhabenes Zeugnis ausgestellt. Denn so viel wird ja auch Herr Alboldt, dessen Erbitterung gegen das Seeoffizierkorps schon an fanatischen Haß grenzt, zugeben müssen, daß den Chefs der Verbände, den Kommandanten, den Artillerie- und Torpedooffizieren usw. doch ein erheblicher Anteil an den Erfolgen der deutschen Seekriegführung zuzusprechen ist. Er hat mithin, sicherlich sehr gegen seinen Willen und unbewußt, durch seine scharfe, nach meiner Ansicht nicht gerechte Kritik über unser Schiffsmaterial gerade dem Seeoffizierkorps ein überaus ehrendes Zeugnis ausgestellt.

Wir haben im Ausschuß den Versuch gemacht, durch Vernehmung einer Reihe von Zeugen uns eine größere Klarheit über die Marinevorgänge zu verschaffen, als dies nach den uns vorliegenden Aktenauszügen und den verschiedenen Referaten schon möglich war. Ich habe dabei den Eindruck gewonnen — und sicherlich ist es Ihnen wohl ebenso gegangen —, daß es immerhin sehr schwierig erscheint, Vorgänge, die zehn Jahre zurückliegen, aus der Erinnerung heraus wirklich richtig geschildert zu erhalten, besonders wenn in der Zwischenzeit Ereignisse eingetreten sind wie in Deutschland, die alles von unterst zu oberst gekehrt haben und die auch durch die wirtschaftlichen Nöte, die die Zeugen haben durchmachen müssen, sicherlich vieles in der Erinnerung haben verblassen lassen. Letzten Endes mußte immer wieder auf den Inhalt der Akten zurückgegriffen werden. Insofern hat der Herr Abgeordnete Dittmann recht behalten, wenn er das amtliche Aktenmaterial als grundlegend angesehen hat.

Am nächsten der objektiven Wahrheit scheinen mir noch die Bekundungen Sachses zu kommen, da er, wie ja bekannt, dauernd in derselben Materie weiter agitatorisch tätig gewesen ist und infolgedessen wohl auch noch am ehesten in der Lage war, eine einigermaßen zusammenhängende Schilderung zu geben. Daß seinen Bekundungen gegenüber eine gewisse Vorsicht am Platze ist, darüber waren wir uns schon vor seiner Vernehmung einig gewesen. Bei den übrigen vernommenen Zeugen habe ich mich des Eindrucks nicht ganz erwehren können, daß sie, rein objektiv gesehen, vieles gesagt haben, was ihnen sicherlich erst nachträglich als wahrscheinlich oder als richtig erschienen ist. Letzten Endes haben sie — ganz speziell hat dies Beckers getan — zugegeben, daß der Inhalt der Akten richtig

ist. Beckers hat das expressis verbis bekundet, indem er auf eine Frage des Abgeordneten Joos wörtlich sagte:

„Ich möchte eins vorausschicken. Ich kann Herrn Dr. Dobring nicht den Vorwurf machen, daß ich durch ihn zu einer Aussage erpreßt worden bin. Damit war bei mir nichts zu machen, weil ich sozusagen ein moralischer Dickhäuter war. Ich gab nur etwas zu, wenn ich wußte, daß es nicht mehr abzustreiten war."

Ähnlich liegen die Dinge auch bei Weber. Zur Charakteristik des Zeugen Weber und dessen Aussagen möchte ich folgendes sagen: Sie werden sich erinnern, meine Herren, daß Weber uns ausführlich erzählte, wie der Admiral v. Lans bei irgendeiner Gelegenheit in höchster Erregung auf dem Deck herumgelaufen wäre und dabei geäußert hätte: „Diese Schweinerei mache ich nicht mehr mit!" Weber fügte dem noch hinzu, daß der Admiral v. Lans der einzige Offizier gewesen sei, der die Leute gerecht behandelt habe. Admiral v. Lans hat mir nun geschrieben, Herr Stumpf habe sich an ihn gewandt und ihn um Auskunft über jenen angeblichen Ausspruch gebeten. Hierzu erklärt Admiral v. Lans: „Ich kann an Eidesstatt erklären, daß ich Äußerungen wie die mir von Weber in den Mund gelegten oder auch nur ähnliche niemals getan habe." In dem Brief an mich fügt Lans noch hinzu:

„Aufs tiefste empört hat mich die Äußerung des Weber, daß ich der einzige Offizier gewesen sei, der die Leute gerecht behandelt hat. Es war immer mein Stolz und meine Freude während meiner ganzen Dienstzeit, das vortreffliche Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften zu beobachten. Ich muß anerkennen, daß mir viele Kameraden in der wohlwollenden und vielleicht auch in der gerechten Behandlung der Leute über waren. Wir hatten ja auch alle Ursache dazu, denn es war wohl für jeden tüchtigen Offizier eine Freude, das prächtige Menschenmaterial, das uns anvertraut wurde, auszubilden."

Aus den ganzen Ausführungen von Weber mußte jeder Mensch entnehmen, daß er zusammen mit dem Admiral v. Lans an Bord war. Das ist aber gar nicht der Fall gewesen. Admiral v. Lans war auf der „Ostfriesland" eingeschifft und der Matrose Weber auf der „Westfalen". Allein die Tatsache, daß Weber ein Urteil über einen Offizier abgibt — in diesem Falle ein sehr lobendes —, mit dem er nicht zusammen an Bord eingeschifft gewesen ist, spricht meiner Ansicht nach doch Bände.

Sie wissen, daß ich meinen Gegenbericht, den ich auf den Bericht des Herrn Abgeordneten Dittmann gehalten habe, lediglich auf dem Inhalt des amtlichen Aktenmaterials aufgebaut habe. Ich habe Ihnen in jedem einzelnen Falle, den ich angeführt habe, die betreffende Stelle in den Akten angegeben und bin daher heute in

der sehr angenehmen Lage, auf meine damaligen Ausführungen nach jeder Richtung hin Bezug nehmen zu können. Von meinen Schlußfolgerungen habe ich — und zwar nach den Zeugenaussagen mit mehr Berechtigung noch denn vorher — nicht ein Wort zurückzunehmen. Der Versuch, die an Eidesstatt gegebenen Erklärungen eines der Protokollführer als beeinflußt hinzustellen, um ihn damit zu diskreditieren, ist, wie wir alle wissen, gänzlich mißlungen. Wie bereits gesagt, haben wir an sich nicht die Verfahren und die Urteile nachzuprüfen. Man wird im einzelnen, je nach der persönlichen Einstellung zu militärischen Angelegenheiten überhaupt, die Vorgänge, die Urteile unterschiedlich beurteilen können, in dem einen aber muß man sich meiner Ansicht nach einig sein, nämlich darin, daß die Verfahren als solche eingeleitet und durchgeführt werden mußten, und daß bei dieser Durchführung die beteiligten Personen nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben.

Die bisher von dem Herrn Abgeordneten Dittmann aufgestellte These, von einer politischen Bewegung oder gar von Organisationen sei gar keine Rede gewesen, die Matrosenrevolte — diesen Ausdruck gebraucht Frau Zietz — sei lediglich aus inneren Mißständen in der Marine entstanden, ist bereits in meinem Gegenbericht gründlich widerlegt worden. Da mir hier jedoch der Kernpunkt des ganzen von uns zu behandelnden Problems zu liegen scheint, muß ich hierauf noch einmal etwas näher eingehen. Ich will mich aber auch hier auf das Allernotwendigste beschränken.

Zunächst muß ich zu meinem Bedauern die Tatsache konstatieren, daß seitens des Herrn Referenten für die Marinevorgänge, nämlich des Herrn Abgeordneten Dittmann, der Versuch unternommen worden ist, den Beschlüssen des Unterausschusses bis zu einem gewissen Grade dadurch vorzugreifen, daß er die Verhandlungen des Unterausschusses in Volksversammlungen übertragen hat. Wenn dabei Beckers nach dem Bericht im „Vorwärts“ in der Versammlung in der Hasenheide sagt: „Das Leben beim Militär war schon vor dem Kriege ein Greuel, ein Verbrechen an der Menschheit. Man richtete uns ab, würdigte uns zu leblosen Maschinen herab, trat alles, was wir uns geistig erworben haben, mit Füßen“, so ist das für mich ein vollgültiger Beweis dafür, daß die ganze innere Einstellung Beckers von Anfang an auf die Lahmlegung des von ihm gehaßten sogenannten „Militarismus“ drängte. Nach seiner Ansicht waren allerdings die Meutereien von 1917 — ich zitiere wörtlich — „keine Revolution, sondern ein Militärstreik, nichts weiter“. Man wird zugeben müssen, ganz unabhängig von der Einstellung zu militärischen Dingen, daß Militärstreiks im Kriege nur eine ganz einseitige Be- und Verurteilung verdienen können.

Ein anderes prominentes Mitglied der jetzigen SPD, früher USPD, der Abgeordnete Kuhnt, reist ebenfalls mit Beckers im Lande

umher und stellt bei Eingang seiner Rede die Frage — auch wörtlich aus der sächsischen „Volkszeitung“: „Wie wäre es gekommen, wenn der Krieg für Deutschland siegreich ausgegangen wäre? Die Offiziere haben sich nach 1870 in einer Weise bereichert, die Schlüsse ziehen läßt auf die Möglichkeit, wie sie es nach dem Weltkrieg getan haben würden.“ Ich führe das nur an, um noch einmal die innere Einstellung der USPD zu jedem Krieg, auch zum Verteidigungskrieg, aufzuzeigen. Dieser inneren Einstellung folgend hat sie auch ganz konsequent während des Krieges gehandelt und agitiert. Ich komme darauf noch zu sprechen.

Wenn ihre früheren Anhänger das heute aus Gründen, die auf der Hand liegen, nicht mehr wahr haben wollen, so ändert das nach meiner Auffassung an der durch unzählige Beweise festgestellten Tatsache nichts.

Erwiesen scheint mir auch zu sein, daß der verhältnismäßig sehr kleine meuternde Teil der Marineangehörigen sich im wesentlichen mit dem Kreis der Anhänger der USPD deckte. Es ist irreführend, wie dies verschiedentlich geschieht, wenn man bei den ganzen Vorkommnissen schlechthin immer von „den“ Offizieren und „den“ Mannschaften spricht, während es sich in Wirklichkeit zunächst um einen verhältnismäßig sehr geringen Prozentsatz der Leute gehandelt hat. Selbst wenn man den etwas phantastischen Erzählungen Sachses Glauben schenkt, waren an der Meuterei von 1917 im ganzen nur etwa 7% der Flottenbesatzung beteiligt. Der weitaus größte Teil der Besatzung hat mit seinen Offizieren in gutem Einvernehmen gelebt. Das beweisen auch die Zuschriften der ehemaligen Angehörigen der Marine an den Untersuchungsausschuß. Man kann über diese sehr ernsten Willensäußerungen, hinter denen rund 35 000 Mann stehen, nicht mit einer Handbewegung als „bestellte Arbeit“ hinweggehen. Daß in der Marine hier und da Mißgriffe und Torheiten vorgekommen sind, ist meines Wissens nie von einem vernünftigen Menschen bestritten worden. Aus diesen Einzelfällen jedoch einfach zu generalisieren, hält einer ernsthaften Prüfung nicht stand. Ich darf in diesem Zusammenhang Bezug nehmen auf die Aussagen der Herren Dr. Pfleger und Noske, sowie des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, nach denen, abgesehen von Einzelfällen, besondere Klagen aus der Marine an sie nicht herangebracht worden sind. Ich darf auch darauf verweisen, daß nach dem nunmehr vorliegenden Material gerade von höheren Vorgesetzten alle Mittel angewandt worden sind, um Mißständen, die ihnen bekannt wurden, abzuhelfen. Daß, allgemein gesehen, die Verpflegung auf den Schiffen besser war als an der Front und in der Heimat, muß meines Erachtens als bewiesen angesehen werden.

Ich komme nunmehr auf die Frage, ob die Widersetzlichkeiten und Meutereien in der Flotte einen politischen Hintergrund gehabt

haben und ob Organisationen existierten oder nicht. Mir stellt sich die Sache so dar, daß die durch die Kriegsverhältnisse zwangsläufig eingetretene Unzufriedenheit und Verdrossenheit unter einem Teil der Besatzung von den radikalen Elementen geschürt worden ist, um politisches Kapital daraus zu schlagen. Selbstverständlich spielt die Tatsache, daß die großen Schiffe nur ganz vereinzelt zu unmittelbaren Kämpfen kamen, dabei eine große Rolle. Ich neige sogar der Auffassung zu, daß die kriegerische Untätigkeit, zu der die Linienschiffe verdammt waren, geradezu der Nährboden gewesen ist, auf dem sich das Unkraut der parteipolitischen Vergiftung so, wie es geschehen ist, entwickeln konnte.

Gestatten Sie mir einige Bemerkungen über die grundsätzliche Einstellung der USPD zum Kriege. Der Krieg ist, und zwar während des Krieges selbst, von mehr als einem Vertreter der USPD — man braucht nur die „Leipziger Volkszeitung" durchzustudieren — „verbrecherisch", „Gemetzel", „Mord" genannt worden, dem ohne Rücksicht auf die Kriegslage sofort ein Ende gemacht werden müsse. In dem am 19. Juli 1917 vom Abgeordneten Haase im Reichstag verlesenen Manifest der USPD heißt es: „Wir lehnen den Krieg überhaupt ab." „Die Interessen (des internationalen Proletariats) erheischen den sofortigen Frieden."

Auf der Osterkonferenz 1917 ist von Haase gesagt worden: „Die Landesverteidigung wird zum Mantel, hinter dem sich Kapitalismus, Nationalismus und Chauvinismus verbergen." Mit dieser Behauptung wurde öffentlich die Erklärung der Regierung, daß Deutschland nur einen Verteidigungskrieg führe, diskreditiert. Schon das mußte zu einer schweren Schädigung der moralischen Widerstandskraft der Truppen und des ganzen Volkes führen.

Man beschränkte sich aber nicht auf solche indirekten Beeinflussungsmittel, sondern versuchte, die Friedenspropaganda, den Gedanken der Erzwingung eines sofortigen Friedens, unter Umständen auch mit Gewalt, und die Agitation für den revolutionären Umsturz unmittelbar in die Truppe und in die Arbeiterschaft, besonders in die in den Munitionsbetrieben beschäftigte Arbeiterschaft hineinzutragen, auf diese Weise durch Lahmlegung des militärischen Widerstandes den Krieg zu beenden und die Revolution zu entfesseln.

Die Munitionsbetriebe wurden mit Flugblättern überschwemmt, in denen immer wieder die Leitgedanken der USPD-Propaganda auftreten. General Groener, der verschiedentlich gerade von links her in die Debatte hineingezogen wurde, tut dieser agitatorischen Tätigkeit der USPD in seiner bekannten Reichstagsrede über den Munitionsarbeiterstreik mit folgenden Worten Erwähnung:

„Dann eine andere Gruppe von Fragen. Kennt der Herr Abgeordnete Ledebour dieses Flugblatt, das seit Monaten in den

deutschen Fabriken umherflattert, von dem deutschen Zuchthaus? Es stehen all diese Dinge drin als roter Faden, die Abgeordneter Ledebour und seine Parteifreunde als eine Beglückung für Deutschland betrachten. Kennt der Abgeordnete Ledebour ein Flugblatt, das etwa am 11. und 12. April in den Berliner Fabriken verteilt ist: „Auf zum Protest gegen die Volksauswucherungen." All die Tendenzen, die von dem Abgeordneten Ledebour und seinen Freunden immer wieder in irgendeiner Form vorgebracht werden, sind darin enthalten: „Die russischen Arbeiter haben den Zarismus zerschmettert und die demokratische Republik die Einsetzung einer Volksregierung erkämpft, und wir sollen noch weiterhin das alte Elend, die Auswucherung, den Hunger des Volkes ertragen? Nein, tausendmal nein! Verlaßt die Werkstätten und die Fabriken, laßt die Arbeit ruhen." (Hört! Hört! rechts.) Kennt der Herr Abgeordnete Ledebour das Flugblatt, das am 16. und 17. April in den Fabriken verbreitet ist, wo es heißt: „Man will euch jetzt mit Zusatzkarten ködern, wider besseres Wissen, und die Regierung weiß genau, daß sie ihre Zusage nicht halten kann." (Hört! Hört!) Auch hier ist wieder auf die Revolution in Rußland hingewiesen. Kennt Herr Ledebour weiter das Flugblatt, das zwischen dem 16. April und 1. Mai verbreitet wurde: „Der Kampf dauert fort." Alles dieselben Tendenzen, die er und seine Freunde vertreten. Kennt er das Flugblatt, das in den deutschen Waffen- und Munitionsfabriken mit derselben Tendenz verbreitet wurde, und das Flugblatt, das zur Feier des 1. Mai hier und anderwärts verteilt wurde? — Er kennt es nicht. (Heiterkeit rechts.) Kennt er das Flugblatt, das unmittelbar vor dem 1. Mai hier verbreitet wurde: „Die Lehren des großen Massenstreiks", mit der neuen Aufforderung zum Streik? Alles nach der Tendenz des Herrn Ledebour und seiner Freunde. Kennt er das Flugblatt, das in Leipzig verbreitet wurde? — Ich höre kein Ja. (Heiterkeit. — Abg. Ledebour: Ich habe gar nicht die Verpflichtung, Ihnen mit Ja oder Nein zu antworten. Die Antworten werden Sie schon bekommen.) Es heißt da: Es lebe die rote Fahne über der freien Republik!" —

Ich möchte noch einfügen, daß der Oberreichsanwalt in seinem Schlußbericht in der Untersuchungssache gegen Frau Zietz vom 18. Februar 1918 feststellt, daß „erfahrungsgemäß durch das Lesen derartiger einseitiger Angriffe gegen die Regierung in jungen und politisch ungeschulten Leuten die Empfindung wachgerufen wird, daß die Organe der Regierung versagt haben und ihre Überzeugung von der Gerechtigkeit und dem Rechte der von Deutschland und seinen Bundesgenossen verfochtenen Sache erschüttert wird".

Der USPD-Führer Eisner fordert im Januar 1918 in Versammlungen in München die Arbeiter zur Arbeitsniederlegung und an-

wesende Soldaten zur Gehorsamsverweigerung auf und ermuntert sie, sich der Bewegung der Arbeiter anzuschließen und in den Truppenteilen dafür Propaganda zu machen. Die Soldaten „müssen sich an den Demonstrationen beteiligen". Er fordert sie auf, dem Einrückbefehl nicht Folge zu leisten (also Gehorsamsverweigerung), „lieber zu sterben, als ins Zuchthaus zu gehen". Widerstrebende Offiziere sollten „von den Soldaten beseitigt werden". In einem Flugblatt vom Januar 1918, in dem zum Massenstreik aufgefordert wird, heißt es: „Vor allem sorgt dafür, daß die Kunde von dem Massenstreik auch an die Front in die Schützengräben geht und dort einen mächtigen Widerhall findet, daß die Urlauber mit den Arbeitern gemeinsame Sache machen." Der Abgeordnete Ledebour sagt später: „Und, Parteigenossen, wir haben die Front bearbeitet, d. h. nicht wir, die wir hier saßen, aber unsere Freunde." Diese „Freunde" waren die Vertrauensleute, die revolutionären Obleute, aber doch auch Parteifunktionäre. Der Oberreichsanwalt stellt fest, daß der Vorsitzende der Kieler Ortsgruppe der USPD, Güth, Marinemannschaften am 31. August 1917 auffordert, die Freilassung Verhafteter *durch allgemeine Gehorsamsverweigerung* zu erzwingen. Im Bericht des Oberreichsanwalts heißt es: „. . . daß Güth", der durch Urteil des außerordentlichen Kriegsgerichts in Kiel vom 26. November 1917 wegen versuchten Landesverrats — Anraten einer Dienstverweigerung zur Erzwingung der Freilassung von Verhafteten — zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, „von Umfang und Zielen der gesamten Bewegung unterrichtet gewesen ist. Er hat sie dadurch auch unterstützt, daß er gewissermaßen einen Mittelpunkt der Bewegung bildete. Er berief die Vertrauensleute, vermittelte die Verbindung zwischen den einzelnen Schiffen und nahm von ihnen die Mitgliederlisten entgegen. Er hat in einer Versammlung vom 31. August 1917 den Rat gegeben, die Freilassung der verhafteten Gesinnungsgenossen dadurch herbeizuführen, daß möglichst auf allen Schiffen gleichzeitig die der Organisation angehörenden Mannschaften den Dienst verweigerten und in ihren Kasematten blieben."

Daß es von vornherein die Absicht der USPD war, ihre Gedanken des sofortigen Friedensschlusses und des Umsturzes — im Gegensatz zu den Mehrheitssozialdemokraten — auch in die Reihen der kämpfenden Front zu tragen, beweisen schon die Ausführungen des Abgeordneten Lipinski auf der Osterkonferenz 1917:

„Wir müssen die mündliche Agitation mehr pflegen, das gesprochene Wort löst eine ganz andere Wirkung aus als das schriftlich übermittelte. Wir dürfen mit dieser Arbeit nicht eher rasten und ruhen, bis wir die ganze Partei gewonnen haben. Wir müssen sie aber auch übertragen auf die im Felde stehenden Genossen und auf die aus dem Felde Heimgekehrten."

(Abg. Dr. *Rosenberg:* Agitation gegen die Mehrheitssozialisten! — Abg. Dr. *Bergsträßer:* Das ist doch selbstverständlich!) — Es geht ja noch weiter; ich komme schon zu meinen Schlüssen.

Wird schon hieraus klar, daß die USPD-Leitung den Krieg „überhaupt" ablehnte, „sofortigen" Frieden forderte, daß die politische USPD-Agitation *direkt* zur gewaltsamen militärischen Sabotage des Krieges aufgefordert hat, daß militärische Sabotage das Mittel zur Erzwingung politischer Ziele werden sollte, so bestehen diese inneren Beziehungen ganz allgemein auch *indirekt.*

Daß man in der USPD-Leitung über die Organisation der Marinemeuterer irgendwie orientiert war, ist in hohem Grade wahrscheinlich, nach den Aussagen Reichpietschs und Sachses sogar sicher. Reichpietsch erklärte am 10. August 1917: „Er (Dittmann) gewährte mir in Gegenwart der Frau Zietz eine Unterredung, in der er mir sagte, daß der Befehl (Befehl des Admirals Bachmann, der das Halten von sozialistischen Zeitungen und Broschüren verbot) unberechtigt sei, und daß ich Mitglieder zur USPD in der Marine auf Grund unserer Organisation sammeln sollte." Reichpietsch bekundet weiter, daß er mit dem in der Zentrale der USPD beschäftigten Parteisekretär Herbst über die Organisation im einzelnen gesprochen habe.

Oberheizer Sachse sagt am 13. August 1917 aus:

„Über seine Zusammenkunft mit den Mitgliedern der Partei hat mir Reichpietsch folgendes erzählt: Er ist nicht allein bei Dittmann gewesen, sondern es hat eine Art Parteikonferenz stattgefunden, an der teilgenommen haben: Dittmann, Vogtherr, Haase und Frau Zietz. Reichpietsch hat den Plan und die bisherigen Erfolge der Organisation den Versammelten mitgeteilt, die nach seiner Mitteilung davon ganz begeistert gewesen seien. Frau Zietz habe das in die Worte gekleidet: „Da müssen wir uns ja vor den Soldaten verstecken, die sind ja viel weiter als wir." Nach Besprechung der Einzelheiten der Organisation haben die Abgeordneten sich Reichpietsch gegenüber dahin ausgesprochen, daß es sich bei dieser Organisation um eine verbotene und strafbare Handlung drehe; sie sei sehr gewagt, er solle sich sehr vorsehen. Was an ihnen läge, so würden sie seine Agitation in jeder Weise, insbesondere durch Broschüren und sonstige Lektüre, unterstützen. Reichpietsch hat dann auch etwa 200 Exemplare der Dittmannschen und Haaseschen Rede mitgebracht. 200 weitere Exemplare sind entweder an ihn oder an Sens in Kiel geschickt."

Einer der Mitangeklagten, Schlegel von der „Ziethen", erhält von der USPD-Leitung, von Frau Zietz, auf Einsendung einer Liste der Organisation auf dem Wege über die „Leipziger Volkszeitung" als Bestätigung folgende Postkarte:

„Lieber Freund! Deine nach Leipzig gesandten Grüße haben wir erhalten und erwidern dieselben herzlichst. Wir stehen Dir treu zur Seite.

Unterschrift: Luise."

Nach Ledebours Rede vom 21. Dezember 1918 war es seit 1916 der Entschluß von Vorkämpfern der USPD, „durch eine gewaltsame Revolution diese nichtswürdige, verbrecherische Gesellschaft, die Deutschland zugrunde gerichtet hat, zu stürzen". Die Nummern der „Leipziger Volkszeitung" von Anfang bis Mitte 1917, also in der Entstehungszeit der Marinemeutereien, geben ein anschauliches Bild von der Vorbereitungsarbeit für den politischen Umsturz, für die Revolution. Aus dem Inhalt der Zeitung ist der starke Einfluß festzustellen, den die russische Revolution auf das Auftreten der USPD gehabt hat. Tägliche seitenlange, eingehende, zum Teil durch Fett- und Sperrdruck hervorgehobene Berichte aus Rußland, alle Aufrufe des russischen Arbeiter- und Soldatenrats, revolutionäre Reden der Soldaten, die natürlich auf die Leser wirken, als ob sie an sie selbst gehalten wären, bilden ein hervorragendes Agitationsmittel. Begleitartikel ergreifen nicht nur entschieden Partei für die russische Revolution und ihre Forderungen, sondern machen diese offen zu den eigenen. Sie geben der Befürchtung Ausdruck, daß der Einfluß der Arbeiter und Soldaten durch die Bourgeoisie zurückgedrängt und die proletarische Revolution dadurch gefährdet werden könne. Die offen ausgesprochene Tendenz wird immer deutlicher: Nicht auf parlamentarischem Wege, nicht unter Mitwirkung der Bourgeoisie und ihrer Helfer, sondern nur durch die proletarische Revolution mit dem Ziele: Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten! kann die zu erstrebende Neugestaltung Deutschlands durchgeführt werden; der Weg dorthin geht nicht über das Parlament, sondern über die unmittelbare Aktion der Massen.

Kautsky sagte auf der Osterkonferenz 1917:

„Die Frage ist keine ökonomische Frage, sondern eine Frage der Macht . . . Die Vereinigten Staaten von Europa können nur verwirklicht werden als eine Vereinigung von Republiken, also durch die proletarische Revolution."

Und Herr Dittman hat auf dieser Osterkonferenz bekanntlich gesagt:

„Bohren, wühlen, arbeiten und agitieren müssen wir so intensiv wie nur möglich."

Und Herr Ledebour sagt auf derselben Konferenz:

„Wir müssen der Gewerkschaftsbewegung wieder den revolutionären Charakter geben, den sie einst hatte. Im übrigen wäre es unklug, wenn wir das, was wir tun wollen, vorher verkündigen."

Die dauernd in den unabhängigen Zeitungen, durch Flugblatt und durch Mundpropaganda in diesem Tone betriebene Agitation mit ihren täglichen Wirkungen mündet schließlich in das von der Zensur unterdrückte, aber dann trotzdem vom Abgeordneten Haase im Reichstag am 19. Juli 1917 verlesene Manifest, über das ich mich schon bei anderer Gelegenheit genügend geäußert habe, so daß ich mir die Wiederholung hier ersparen kann. Die Hauptforderung in diesem Manifest — man muß das doch herausschälen — ist sofortige Einführung der sozialistischen Republik, d. h. gewaltsamer Umsturz.

Das alles wurde der Wehrmacht vor dem Feind gepredigt, die in dem schwersten aller Kriege alle Seelenkräfte und vor allem den Glauben an das, was sie verteidigte, brauchte, um ihre Widerstandskraft aufrechtzuerhalten. Als militärische Dienststellen, z. B. die Ostseestation (Admiral Bachmann), das Halten sozialistischer Blätter verboten, weil sie die unausbleiblichen Folgen richtig voraussahen, bezeichnete der Abgeordnete Dittmann dem Matrosen Reichpietsch gegenüber diesen Befehl als unberechtigt. Daß er vielleicht an sich formell nicht berechtigt war, gebe ich gern zu. Mit Beziehung auf dieses Vorkommnis und auf die Pressetätigkeit der Unabhängigen sieht sich der Oberreichsanwalt in seinem Schlußbericht in dem Voruntersuchungsverfahren gegen Frau Zietz an den Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. v. Krause vom 18. Februar 1918 zu folgenden Feststellungen veranlaßt:

„Sie (die Abgeordneten der USPD) hätten sich bei ihrer in zahlreichen politischen Kämpfen gewonnenen Erfahrung und bei pflichtgemäßer Überlegung wohl sagen müssen, . . . daß bei den jungen und zum Teil temperamentvollen Leuten durch das Lesen der einseitig geschriebenen und die Unzufriedenheit steigernden Artikel und Reden das Gefühl für die namentlich im Kriege erforderliche Disziplin und Unterordnung in erheblicher Weise untergraben werden konnte. Insbesondere hätte sich das der Abgeordnete Dittmann sagen müssen, der den Befehl des Admirals Bachmann zweifellos gekannt hat. . . . Es kann als nachgewiesen erachtet werden, daß die Angeschuldigte Zietz und ebenso die Abgeordneten Dittmann, Haase und Vogtherr in hohem Maße die moralische Verantwortung für die Ausschreitungen tragen, die zu schweren Strafen gegen Marineangehörige geführt haben."

Mit den vorstehenden Ausführungen ist die Frage des legalen oder illegalen Weges angeschnitten. Die Behauptung, daß alles, was die USPD getan oder propagiert habe, legal gewesen sei, läßt sich meines Erachtens nicht aufrechterhalten. Es wird ja von Mitglieder der USPD-Leitung offen bezeugt, daß die Wege ihrer Agitation nicht immer legal, sondern auch illegal gewesen seien. So sagt Frau Zietz auf dem Parteitag der USPD 1919 hierüber fol-

gendes: „Die legale Agitation mußte notgedrungen ersetzt werden durch die illegale Agitation", sie sei schließlich „fast die einzige Möglichkeit gewesen"; durch diese „außerordentlich gefährliche Arbeit" habe die USPD „den revolutionären Geist geweckt, diesem Geist Ziel und Richtung gegeben und so die Novemberrevolution vorbereitet". Auch der Herr Abgeordnete Dittmann hat bei gleicher Gelegenheit ausgeführt: „Auch die Kriegsbroschüren, die von uns illegal herausgegeben worden sind, sind vergriffen."

In der „Freiheit" vom 13. Januar 1919 heißt es:

„Der Krieg hämmerte dem Proletariat das Bewußtsein ein, daß es handelnd auf den Plan treten mußte . . . es mußte zur Tat geschritten werden . . . Aus diesem Gedanken wurde der Januarstreik geboren, es mußten neue Aktionen des Proletariats vorbereitet werden. Diese mußten umfänglicher und über das Reich erstreckt sein, wenn sie wirksam sein sollten. Da das auf legalem Wege nicht möglich war, mußte der illegale Weg beschritten werden. Nach und nach wurde eine Organisation geschaffen, die unter Heranziehung von Parteifreunden aus den Betrieben auf diesem Gebiete illegal tätig war. Das war eine verdienstliche und notwendige Arbeit. Sie hat ihre Früchte getragen, wie die Novembertage gezeigt haben. . . ."

Wie das von der USPD verwandte illegale Flugblattmaterial entstand und wie es transportiert und verbreitet wurde, das erzählt Ernst Lorenz in seiner Broschüre „Fünf Jahre Dresdener USPD", wo es heißt:

„Es war ein gefährliches Unterfangen, während der Kriegszeit . . . dem Ungeheuer Militarismus durch Druck und Verbreitung zu Leibe zu gehen. Trotzdem ist gerade bei uns in Dresden in bezug auf Produktion und Verbreitung von Antikriegs-Drucksachen Hervorragendes geleistet worden . . .

In Hunderttausenden von Exemplaren haben diese mahnenden, anklagenden und anfeuernden Flugblätter im schützenden Dunkel der Nacht die Druckpresse verlassen, um dann in Kisten, die „Maschinenteile", oder in Reisekörben, die „Wäsche" enthielten, oder unter irgendeiner möglichen oder unmöglichen Deklaration ihren Weg in alle deutschen Städte zu nehmen."

Und später:

„. . . machten wir den ersten Vorstoß mit öffentlicher Kriegspropaganda am 1. Mai 1915 . . . Die Propaganda des gedruckten Wortes ging dann weiter und steigerte sich in den folgenden Jahren fortgesetzt. Kein Monat, ja fast keine Woche verging, wo nicht wieder neues Material produziert wurde."

Die Meuterei 1917 und die revolutionäre Bewegung auf der Flotte sind nur Teilerscheinungen der großen zielbewußten von der USPD getragenen revolutionären Entwicklung. Der radikale Flügel der deutschen Sozialdemokratie, die spätere USPD, ist nichts anderes als der Träger und Vollstrecker der sozialistischen Ideen und Ziele in ihrer unverfälschten Reinheit, wenigstens nach meiner Auffassung. Frau Balabanoff kleidet diese Tatsache im „Archiv für die Geschichte des Sozialismus und die Arbeiterbewegung" in folgende Worte:

„Was die Zimmerwalder kennzeichnet, war, daß sie auch während des Krieges den Klassenkampf nicht aufgaben und im internationalen revolutionären Klassenkampf das einzige Mittel gegen den Krieg sahen."

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Sehr richtig!)

Die revolutionäre Bewegung auf der Flotte wird erst recht verständlich, wenn man sie in den Gang der großen revolutionären Entwicklung eingegliedert betrachtet.

Eine verstärkte revolutionäre Agitationsarbeit der Zimmerwalder bzw. der USPD setzt mit dem Ausbruch der russischen Revolution ein. Frau Balabanoff schreibt hierüber in ihren „Erinnerungen und Erlebnissen":

„Der Ausbruch der russischen Februar-Revolution gab unseren Gedanken und Handlungen selbstverständlich eine ganz neue Richtung . . . Was ist zu unternehmen, um den Funken, der in Rußland aufsprühte, auf ganz Europa zu übertragen? Was kann Zimmerwald für die Ausdehnung der russischen Revolution, für ihre Vertiefung tun? . . . In einer außerordentlichen Sitzung der erweiterten Kommission wurde ein Manifest erlassen, dessen Leitmotiv in prägnanter Weise zusammengefaßt wurde in die Worte: „Entweder tötet die Revolution den Krieg oder der Krieg die Revolution." Diese Worte enthielten ein Urteil, eine Prognose und einen Aufruf zur Tat . . . Die Internationale Sozialistische Kommission sollte, um die Parole durch die Tat zu unterstützen, das Schwergewicht ihrer Tätigkeit nach dem Norden verlegen, näher dem Herd der Revolution. Die revolutionäre Friedensaktion sollte sich vor allem in Rußland und Deutschland auswirken. Dort sollten die Gedanken des Friedens und der Revolution entschieden werden."

Einen wichtigen Abschnitt der revolutionären Arbeit bildet, wie Ihnen ja allen bekannt ist, die Stockholmer Konferenz, für die in der Marine Mitgliederlisten der USPD aufgestellt wurden, die den unabhängigen Delegierten bei der Konferenz als Beweismaterial für die Ausdehnung der revolutionären Friedensbewegung in der deutschen Wehrmacht dienen sollten. Dieses Ereignis gab der Bewegung

in der Marine einen starken Auftrieb. Die Zimmerwalder wandten sich gelegentlich der Konferenz in einem Aufruf gegen eine allgemeine Sozialisten-Konferenz, in dem es u. a. heißt:

„Enthüllt den Arbeitern den Lug und Trug der sozialpatriotischen Konferenz in Stockholm! Sagt den Arbeitern, daß nicht durch Verhandlungen . . ., sondern nur durch die proletarische Revolution ein den Interessen des Proletariats entsprechender Friede zustande kommen wird . . ."

Am 31. Juni 1917 waren die Zimmerwalder in Stockholm versammelt. Von den 22 anwesenden Delegierten waren allein 11 Deutsche.

Frau Balabanoff vom Komitee berichtet, wie erwähnt, über die Verhandlungen in ihren „Erinnerungen und Erlebnissen", daß es sich darum gehandelt habe, den Schwerpunkt der revolutionären Propaganda-Aktion nach Deutschland zu verlegen. In der Einladung der Stockholmer Zusammenkunft wird als Ziel bezeichnet, „die Beschlüsse der allgemeinen Konferenz ohne Zaudern und Abweichung in die Tat umzusetzen". Das bei dieser Gelegenheit erlassene Manifest enthält folgende Stelle:

„Der internationale Massenkampf für den Frieden bedeutet zugleich die Rettung der russischen Revolution . . . Die Stunde hat geschlagen für den Beginn des großen gemeinschaftlichen Kampfes in allen Ländern zur Herbeiführung des Friedens, für die Völkerbefreiung durch das sozialistische Proletariat. Das Mittel dazu ist der gemeinsame internationale Massenstreik."

Die Arbeit für diesen Massenstreik ist dann von der USPD in der Arbeiterschaft und in Heer und Marine parallel durchgeführt worden. Ein Aufruf der USPD vom 15. November 1918, veröffentlicht in der „Freiheit", sagt hierüber u. a. folgendes:

„Das revolutionäre Volk hat kurzen Prozeß gemacht mit den Trägern der alten Regierungsgewalt . . . Die USPD hat vom ersten Tage ihres Bestehens an das bevorstehende Ende des Militarismus und des Imperialismus verkündet und alles getan, um die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse zu entfesseln . . ."

Ein zweiter Aufruf, veröffentlicht in der „Leipziger Volkszeitung" vom 9. Dezember 1918, erklärt:

„Unsere Arbeit hatte Erfolg. Der Kampf gegen den Krieg war Arbeit für die Revolution. Bekämpft von allen Parteien . . . war die Unabhängige Sozialdemokratie die Trägerin des revolutionären Gedankens, den die Arbeiter- und Soldatenräte dann zu kühner Tat verwirklicht haben. Der 9. November hat unser Werk gekrönt . . ."

Die Träger der Aufruhrbewegung an Bord waren fast durchweg Anhänger und Agitatoren der USPD. Selbst Weber, der sich mehr zur SPD rechnet, gesteht ein, daß er für die USPD gesprochen habe. Bezeichnend ist die Aussage eines Matrosen Schmidt vom 3. August 1917, in der er sagte:

„An Land werden regelmäßig Versammlungen im „Tivoli" abgehalten, die von Marineangehörigen, *soweit sie Anhänger der USPD sind,* besucht werden. Von letzterer Partei geht nämlich die Bewegung aus. Flugblätter derselben werden zahlreich an Bord verteilt."

Eine Vereinigung oder einen Block von Mannschaften, der mit den militärischen Verhältnissen unzufrieden war und ihre Änderung gefordert hätte, ohne sich irgendwie mit der USPD oder ihrer politischen Agitation zu befassen, scheint es — so kommt es mir wenigstens vor — auf der Flotte nicht gegeben zu haben.

Über die Entstehung der Bewegung an Bord und über die Zusammenhänge mit der allgemeinen sozialistischen Organisation, insbesondere der Entwicklung der radikalen Bewegung der USPD gibt der Oberheizer Sachse in seiner Broschüre „Deutschlands revolutionäre Matrosen" aufschlußreiche Erklärungen, die er ja im wesentlichen auch nachher in der öffentlichen Sitzung unseres Ausschusses wiederholt hat:

„Uns war aber klar, wollten wir tatsächlich von vornherein einen wirklichen Kampf gegen den Imperialismus von innen heraus führen, so mußte an der schwächsten Stelle desselben begonnen werden, dort, wo im Herzen des kapitalistischen Gegners der Kern der eigenen Truppe saß. Es mußte bei der Marine begonnen werden . . ."

Dann weiter, unter Bezugnahme auf das sozialistisch eingestellte, der Industrie entstammende Personal:

„Doch was 1915 nur ganz lose und unzusammenhängend hier und da unter den Flottenmannschaften aufkam, das wurde noch einmal unterdrückt durch den gewaltigen Stimmungsumschwung, den die Seeschlacht am Skagerrak in der Heimat sowohl wie unter den Flottenmannschaften hervorrief. Erst das Durchsickern von Gerüchten über die Tätigkeit Karl Liebknechts und seiner Antikriegs-Propaganda gestattete den Mannschaften wieder ein Besinnen auf ihre Klassenlage und das Organisieren einer Bewegung, die sich ganz bewußt, unter Ausnutzung der vorhandenen Stimmungen, den organisierten Kampf gegen den Krieg innerhalb der Flotte zum Ziel steckte. Wir hatten schon 1915, in der Zeit, als die ersten Urlaubssperren einsetzten, auf einigen Schiffen kleine Mannschaftsgruppen, die ernsthaft über die Fragen des Kampfes gegen den Krieg diskutierten, die gegenseitig die Verbindungen aufnahmen und mit

Hilfe der Orientierung durch linkssozialdemokratische Zeitungen versuchten, Bindungen mit revolutionären Arbeitergruppen in der Heimat zu bekommen. Aber diese Gruppen waren lose, nicht fest organisiert und arbeiteten teilweise unter den verschiedensten Voraussetzungen und nach ganz verschiedenen Zielen hin. Erst als an Bord der Schiffe zum ersten Mal die Nachricht kam, daß unter der Arbeiterschaft in der Heimat organisatorisch eine Bewegung beginne, sich zu entwickeln, die zielbewußt mit allen Mitteln gegen den Krieg arbeitete, erst dann konnten wir beginnen, zentral eine solche Marinebewegung aufzubauen, wie sie später in Erscheinung getreten ist. Sobald wir ernsthaft, gestützt auf die Heimorganisationen, daran gingen, eine zentrale Organisation in der Flotte aufzubauen, fanden wir überall wider Erwarten sehr günstigen Boden dafür vor. Im Anfang des Jahres 1916 bildete dann unsere Bewegung schon einen sehr respektablen Bestandteil der revolutionären Bewegung gegen den Krieg . . .

Kürzungen der Brotrationen, Verschlechterung der Urlaubsbedingungen, Verschärfung des Dienstes, alles das trug mit dazu bei, die Bewegung zu fördern . . .

Die Bewegung schwoll unheimlich an, und bald zeigten die ersten kleinen Ausbrüche des Kampfgeistes auf den einzelnen Schiffen die politische Erstarkung dieser Bewegung an . . ."

Über die innige Verbindung und Zusammenarbeit der Rädelsführer der Meuterei und der USPD äußern sich die Vorsitzenden des Obersten Soldatenrats Kiel, Lothar Popp und Karl Artelt, in ihrer Broschüre „Ursprung und Entwicklung der November-Revolution 1918". Im Vorwort heißt es:

„(Die Broschüre) zeigt vor allem die historische Rolle, die die Unabhängige Sozialistische Partei bei den Ereignissen gespielt hat. Nirgends aber zeigt sich der Zusammenhang zwischen der deutschen Novemberrevolution und der zielbewußten revolutionären Propaganda der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands deutlicher als gerade in Kiel."

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Das ist aber gänzlich unbeweisbar!) — Ich lese auch nur vor, was die beiden Mitglieder des Obersten Soldatenrats von sich gegeben haben.

Die parallele Arbeit der USPD in Arbeiterschaft und Marine schildert die Broschüre im 1. Kapitel in folgenden einleitenden Worten:

„Von Kiel aus hat die Erhebung der Arbeiter und Soldaten sich über ganz Deutschland verbreitet."

— Ich persönlich bin da nota bene anderer Ansicht. —

„Es ist dies keine rein zufällige, sondern eine in den Verhältnissen wohlbegründete historische Tatsache. Die Kriegspsychose wich am

leichtesten und schnellsten bei den Frontsoldaten; während aber bei den Landtruppen durch den schnellen Wechsel der innere Zusammenhang fehlte, waren bei der Marine immer dieselben Leute zusammen, und dadurch die Möglichkeit zur Bildung revolutionärer Gruppen als Ausgangspunkte einer zielbewußten und großzügigen Bewegung von vornherein am ehesten gegeben. Auch die Arbeiterschaft konzentrierte sich in Großbetrieben, wodurch ähnliche günstige Verhältnisse entstanden."

Über die Marinerevolte sagt diese Schrift folgendes:

„Die ‚Leipziger Volkszeitung' und einige andere Organe der USPD hatten eine weite Verbreitung in der Marine gefunden. Regelrechte Organisationen der USPD waren innerhalb der Marine entstanden. Große Hoffnungen wurden an die Ereignisse in Stockholm geknüpft. Die Genossen Reichpietsch, Köbis und andere traten an den Vorstand der USPD in Kiel und Berlin heran zwecks Fühlungnahme und Erhalt von Agitationsmaterial. Das Ziel der Bewegung war schon damals die Erzwingung des Friedens und die Durchführung der sozialistischen Revolution."

Diese Bekundungen weisen klar und unzweideutig auf den Ursprung und die treibenden Kräfte der Bewegung in der Flotte. Sie liegen in der sozialistischen Sinnesrichtung der Beteiligten als Vorbedingung und in der Wühlarbeit der USPD und anderer noch weiter links stehender Gruppen als auslösendes Moment. Zeigen sie, daß auch in der Marine der auf dem Internationalen Kongreß in Stuttgart 1907 gewiesene Weg der Ausnutzung der Verhältnisse des Krieges zur Revolutionierung der kämpfenden Truppen ebenso wie unter der Arbeiterschaft konsequent verfolgt wird, so beweist vor allem das starke Echo, das die Propaganda der USPD für einen sofortigen annexionslosen und entschädigungslosen Frieden unter den Marinemannschaften findet, nicht nur die innigen Zusammenhänge zwischen USPD und Führern der Meuterer, sondern auch die völlige Identität der Gedankengänge und Ziele bei der USPD-Propaganda und in der Flottenbewegung und damit deren politischen Charakter. Die Tatsache, daß die Friedenspropaganda einen starken Widerhall bei einem Teil der Flottenbesatzungen gefunden hat, wird von keiner Seite bestritten. Der Herr Abgeordnete Dittmann möchte indessen die Sympathiekundgebungen eines Teils der Mannschaften für die USPD und der Friedensbewegung als eine für sich bestehende, von den Ereignissen auf der Flotte losgelöste Erscheinung betrachtet wissen. Diese Anschauung ist angesichts der Geständnisse der Beteiligten und anderer Bekundungen unhaltbar. Ebenso wie die Verpflegung nach der Aussage Beckers nur den „Köder" für die politische Agitation, die Menagekommissionen nur den Rahmen der geistig-politischen Organisation mit ihrem Zentralkomitee bildeten, ebenso wie der Not-

stand des Krieges nur „ausgenutzt“ wurde zur Förderung der politischen Bewegung, gab die zweifellos vorhandene und verständliche Friedenssehnsucht den Hebel ab, mit dem man die politische Bewegung auslöste.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Das ist eine Verwechslung von Ursache und Wirkung!)

— Darüber kann man streiten, Herr Kollege Dr. Bergsträßer! — Der unmittelbare ursächliche Zusammenhang zwischen der Friedenspropaganda und den der russischen Revolution entlehnten Friedensforderungen der USPD einerseits und der militärischen Aufruhrbewegung und ihren den russischen gleichen revolutionären Zielen andererseits liegt bei allen Aussagen der Beteiligten offen zutage. Die Zusammenhänge seien hier nur noch einmal an der Hand zweier Dokumente illustriert, des Rundschreibens des Oberheizers Beckers, mit dem er zum Beitritt zur USPD und zur Eintragung in die für die Stockholmer Konferenz bestimmten Listen auffordert, und der Rede Reichpietschs im „Tivoli“, wie sie auf Grund mehrerer übereinstimmender Aussagen gehalten wurde.

Zunächst das Rundschreiben Beckers, von dem man doch nicht sagen kann, daß es irgendwie unter Druck oder Erpressung entstanden wäre:

„Am 15. August dieses Jahres findet in Stockholm eine vertrauliche Friedenskonferenz statt, zu der die Vertreter der Oppositionsparteien aller Länder ihr Erscheinen angesagt haben. Da nun unserer, d. h. der deutschen Oppositionspartei, der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ bekannt ist, daß sich innerhalb der Marine eine auf die Herbeisehnung des Friedens gerichtete Strömung bemerkbar macht, die sogar in dem Zustandekommen einer seit langem schon bestehenden Organisation, welcher bereits eine große Anzahl Mannschaften angehören, ihren deutlichsten Ausdruck gefunden hat, so haben sich unsere oppositionellen Reichstagsabgeordneten bereit erklärt, bei Erörterung des Friedensproblems auf der Konferenz die sozialistischen Vertreter anderer Nationen von diesem Umstande in Kenntnis zu setzen, da dieser Tatsache bei den Verhandlungen zwecks Herbeiführung eines baldigen und jedwede Annexion fremden Gebiets ausschließenden Friedens eine große Bedeutung beizumessen ist. Das Volk bzw. den größten Teil des Heeres und der Marine auf ihrer Seite zu wissen, bedeutet für die Vertreter der USPD, die sich die Herbeiführung eines möglichst baldigen Friedens zur Aufgabe gemacht, einen Umstand von größter Wichtigkeit. Nun ist es wohl jedem klar, daß unsere Vertreter auf der erwähnten Konferenz nicht mit der bloßen Erwähnung dieser Tatsache, sondern auch mit Zahlen operieren können. Um einen Erfolg zu erzielen, müssen sie imstande

sein, soundso viele tausende Marineangehörige als Parteimitglieder nachzuweisen. Um ihnen also zu dieser Beweisführung zu verhelfen, ist es erforderlich, daß jeder, der in dem bisherigen Wirken der Oppositionspartei die beste Gewähr sieht, seiner und des Volkes Interessen und der allgemeinen Friedenssache zu dienen, sich ihr als Mitglied anschließt . . .

Also, Kameraden, schließt euch der Oppositionspartei als Mitglieder an, damit sie mit noch größerem Nachdruck, als sie es bisher getan, die Regierung zur Herbeiführung von Friedensverhandlungen drängen kann."

(Abg. *Joos:* Was schließen Sie nun daraus?)

— Daraus schließe ich, daß Beckers davon überzeugt war, daß die USPD-Leute orientiert waren. Er schreibt es ja hier, daß unter der Marine eine Organisation bestände zur möglichst schnellen Herbeiführung des Friedens, was ja immer geleugnet wird. Darauf komme ich aber später zu sprechen. Ich meine, dieses Manifest von Beckers ist doch ein vollgültiger Beweis dafür, wie die Leute auf der Flotte — ich drücke mich mit aller Reserve aus — das Verhältnis ihrer Rädelsführer zur USPD aufgefaßt haben. —

Wenn die USPD-Mannschaften nicht die Wirkung gerade der Zeitungen, z. B. der „Leipziger Volkszeitung", für ihre Ziele und für die Förderung der Bewegung an Bord so hoch eingeschätzt hätten, würden sie nicht so intensiv Abonnenten geworben haben. Ich erinnere vor allem an den Text des Flugblattes des sogenannten „Zentralkomitees" vom 2. Juli 1917, das sich gegen das Zeitungsverbot des Admirals Bachmann wendet. Darin steht:

„Ihr verlangt Klarheit über den Krieg, und man verbietet Euch das Lesen sozialistischer Zeitungen. Wo aber wollt Ihr anders die Wahrheit über den Krieg erfahren, als aus Eurer Arbeiterzeitung?"

Der subjektive Eindruck — ich rede nur von dem subjektiven Eindruck —, den die Rädelsführer von der Rücksprache mit den USPD-Abgeordneten erhielten, war der einer stillschweigenden Förderung ihrer Sache und der offenen Zustimmung zu ihrem Vorhaben. Das geht aus dem Aufruf von Beckers nach meiner Auffassung zweifellos hervor.

Beachtenswert ist die Auswirkung der Massenstreikparole der USPD, die dann in Stockholm von Ledebour durchgesetzt wurde, auf die Marine-Mannschaften, die also schon vor der Konferenz dieses Stichwort erhalten haben. Aus dem Gedanken eines Streiks, also eines passiven Widerstandes, leiten anscheinend die Führer der USPD ein Recht zu der Behauptung ab, sie hätten von aktiver Gewalt nicht gesprochen. Diese Auffassung läßt bewußt außer acht, daß ein Streik im militärischen Leben notwendigerweise zum mindesten in einer Gehorsamsverweigerung zum Ausdruck kommen muß und daß diese bei

Fortsetzung zu gewaltsamen Aktionen führt, daß Streik der Wehrmacht im Kriege Lahmlegung des militärischen Körpers, Sabotage des Krieges bedeutet.

Den subjektiven Eindruck, den die Rädelsführer der Meuterei unmittelbar oder mittelbar — sie sind ja nicht alle in Berlin gewesen — von der Aussprache mit den Abgeordneten in Berlin gehabt haben, geht, wie aus vielen Aussagen ersichtlich, dahin, daß sie sich durch die Zentrale der USPD gedeckt fühlten.

Es war darauf hingewiesen, wie intensiv die „Leipziger Volkszeitung" über die russische Revolution berichtet hat und wie sie für die proletarischen Vertreter der russischen Revolution leidenschaftlich Partei nahm. Ganz dementsprechend beginnt das Flugblatt des „Zentralkomitees" der Organisation an Bord der deutschen Flotte vom 2. August mit den Worten:

„Im Morgenrot der russischen Revolution erwachen auch Deutschlands Matrosen."

und schließt mit dem Ruf:

„Vollendet nun auch durch euren Kampf die ersten Teilsiege zum Endsiege! An die Arbeit, Kameraden der Flotte! Nieder mit dem Krieg!"

Die also apostrophierten Matrosen und Heizer glaubten sich berechtigt, durch eigenmächtiges Handeln gegen dienstliche Anordnungen — Verlassen des Schiffes ohne Erlaubnis — ihren Willen gegenüber den Vorgesetzten zu erzwingen. Auf diesem Ausmarsch hielt der Matrose Reichpietsch die bekannte Rede, die das Echo der USPD-Propaganda in den Köpfen der Marine-Mannschaften widerklingen läßt und die deshalb noch einmal angeführt werden soll:

„Dem Stande der Matrosen und Heizer bringe eine weitere Kriegführung nur noch Nachteile." (S. Propaganda der USPD: „Der Krieg geht für die Reichen, die Armen zahlen mit Leichen." Abgeordneter Cohn, Feststellungen Heilmanns in der „Glocke".) „Deshalb müsse dem Krieg mit Gewalt ein Ende gemacht werden." (S. Denkschrift der USPD: „Sofortiger Frieden".) „Die Friedensbewegung müsse unbedingt in der Marine verbreitet werden, damit die Abgeordneten der USPD demnächst in Stockholm den nötigen Rückhalt hätten." (S. „Leipziger Volkszeitung", USPD-Propaganda, Rede Haases im Reichstag.) „Wenn aber die Abgeordneten wiederkommen sollten und hätten nichts in Stockholm ausgerichtet, und an die Soldaten dann der Ruf heranträte: „Auf, sprengt die Fesseln nach russischem Muster", dann wisse ja jeder, was er zu tun habe." (S. Propaganda durch Berichterstattung und Stellungnahme der „Leipziger Volkszeitung" zur russischen Revolution sowie die Rede Haases im Reichstag: „Genosse, beeile dich!")

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Es ist doch interessant, daß Stumpf in seinem Tagebuch genau dieselbe geistige Einstellung zu den russischen Ereignissen usw. zeigt, mit der einen Ausnahme, daß er die Folgerung Stockholm nicht zieht. Er liegt vor der russischen Revolution — ich will es einmal trivial ausdrücken — genau so platt wie Reichpietsch!)

— Herr Bergsträßer, ich habe mich ja neulich schon mit Ihnen privatim über Stumpf unterhalten. Wir werden darüber später noch reden. —

Stockholmer Konferenz und Friedenspropaganda haben, wie man sieht, in der Marine entscheidende Wirkung gehabt. Die politische Bewegung gewinnt schnell an Boden und führt zu einem zu frühen Losbrechen aktivistischer Elemente. Frau Luise Zietz sucht deshalb, wie Frau Balabanoff in ihren Erinnerungen (S. 172) berichtet, die Veröffentlichung des Stockholmer Aufrufs zu verhindern; sie reist sogar zu diesem Zweck nach Stockholm, ihre Bemühungen sind indessen vergeblich.

Nun behauptet der Abgeordnete Dittmann, daß die Weiterentwicklung der Bewegung in der Marine nach dem Zusammenbruch der Meuterei von 1917 auf die gleichen innerhalb der Marine liegenden dienstlichen Ursachen zurückzuführen sei. Irgendeinen Beweis hierfür hat er nicht erbracht. Dem stehen doch die völlige Gleichartigkeit der Erscheinungen in der Bewegung vor und nach der Meuterei von 1917 und die ausdrücklichen mit Einzelheiten gegebenen Schilderungen des weiteren Verlaufs der Arbeit der USPD entgegen. So beschreibt die Broschüre von Popp und Artelt („Ursprung und Entwicklung der Novemberrevolution", S. 6) die fortgesetzte Tätigkeit der USPD mit folgenden Worten:

„In die entstandenen Lücken traten sofort neue Genossen . . . nachdem die Genossen den Vorstand und den Vertrauensmännerkörper wieder aufgerichtet hatten, gingen sie, wenn auch mit größter Vorsicht, wieder an den Aufbau. Viele Kameraden der verurteilten Matrosen traten an den Vorsitzenden, Genossen Strunk, heran, und dieser versorgte sie dann mit dem nötigen Material. Von Friedrichsort aus arbeitete der Genosse Vögeding sehr erfolgreich weiter. Ihre Absicht war es, beim nächsten Streik loszuschlagen, den Krieg durch die Revolution zu beenden . . ."

Es folgt dann die Auseinandersetzung eines ins einzelne gehenden Handlungsplans.

Die ununterbrochene Linie der revolutionären Bewegung über das Jahr 1917 hinweg bis zum Ende wird durch die Antwort des Vorsitzenden des Kieler Soldatenrats Artelt an Admiral Souchon bei einer Verhandlung in den Novembertagen 1918 wieder deutlich erkennbar.

Auf Seite 20 und 21 der Broschüre von Popp und Artelt heißt es über dieses Gespräch:

„Ich selber führte dann ungefähr folgendes aus: Es wäre eine völlige Verkennung des Charakters der Bewegung, wenn man dieselbe lediglich als eine Folge des geplanten Flottenvorstoßes ansehe und glaube, dieselbe durch Straffreiheit und sonstige Konzessionen beendigen zu können. Die Revolution in ganz Deutschland ist unabwendbar. Es sind bestimmte Unterlagen dafür vorhanden, daß es kein Regiment in ganz Deutschland gibt, das im Sinne des alten Regiments noch zuverlässig ist. Der Flottenvorstoß, einerlei ob er nun wirklich beabsichtigt war oder nicht, war nur der letzte Anstoß, der die Bewegung auslöste. Ihre Ursachen sind politischer Natur und der entschlossene Wille der Soldaten und Arbeiter, das alte Regiment zu beseitigen."

Ich möchte Ihnen empfehlen, speziell dem Herrn Kollegen Joos, einmal ein Buch zu lesen, das mir vor einiger Zeit in die Hände gefallen ist. Es ist ein Roman von Daudistel: „Das Opfer". Sie werden in diesem Buch — natürlich ausgeschmückt und sicherlich vielfach stark übertrieben — ein sehr anschauliches Bild darüber finden, wie von dem — wie es in dem Buche heißt — „revolutionären Zirkel" die Agitation für den sofortigen Frieden, und zwar auf dem Umweg über die Kneipen an Land in die Schiffsbesatzung hineingetragen wurde. In dem Roman wird das Leben und der Werdegang eines Mannes geschildert, der ebenso wie Weber auf der „Westfalen" gewesen ist.

(Abg. *Joos:* Wer ist Daudistel? Ist der auf dem Schiff gewesen?)

— Das weiß ich nicht. Es ist ein Mann, der unserm Generalsekretär Dr. Fischer, wie er mir sagt, bekannt ist. Er hat eine Reihe von Büchern geschrieben.

(Abg. *Joos:* Also ein Romanschriftsteller aus Berlin?)

— Ja, wahrscheinlich. Aber es ist interessant, zu sehen, wie hier, wenn auch phantastisch ausgeschmückt, so aber doch mit einem gewissen Hintergrund und mit allen Einzelheiten beschrieben wird, wie in diesem revolutionären Zirkel an Land und in den Kneipen die einzelnen Leute sich zusammenfinden und auf diesem Umwege die Ideen an Bord tragen.

(Abg. *Joos:* Mich interessiert natürlich das Buch, aber wenn ich weiß, das ist ein Romanschriftsteller, der ein interessantes Thema aufgegriffen und zum Gegenstand eines Romans gemacht hat, dann ist das an sich für mich wertlos, solange mir nicht bewiesen werden kann, daß der Mann wirklich etwas Derartiges selbst erlebt hat!)

— Ich gebe gern zu, daß man alle diese vielen Schriften, die erschienen sind, mit einer gewissen Vorsicht genießen muß. Aber gerade, weil

wir uns schon häufig darüber unterhalten haben, daß die Organisation an Bord nicht mehr bestand, wollte ich darauf hinweisen, wie man hier bis in alle Einzelheiten, wenn auch phantastisch ausgeschmückt, dargestellt findet, wie in den Kneipen an Land die revolutionären Ideen verbreitet wurden.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Woher weiß denn der Herr Daudistel das alles, der doch anscheinend weder auf einem Schiff noch an Land in Nähe der Schiffe war?)

— Er beschreibt doch das Leben eines Matrosen auf der „Westfalen".

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Nun ja, wir wissen doch, daß z. B. Schiller auch die Alpen beschrieben hat, ohne jemals da gewesen zu sein!)

— Ich verlange ja nicht, daß Sie dieselben Schlußfolgerungen ziehen wie ich.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Diese methodischen Fragen können wir hier nicht klären. Ich bitte Herrn Abgeordneten Brüninghaus, fortzufahren.

Abg. *Brüninghaus:*

Die USPD hat, wie das z. B. aus der „Leipziger Volkszeitung" und aus Aussprüchen maßgebender Führer der Partei zu ersehen ist, geglaubt — wenigstens ist das meine Auffassung —, daß überall in der Welt die Regierungen und Völker vom besten Willen zu einem demokratischen Frieden im Sinne ihrer Anschauungen erfüllt seien, daß nach dem Sturze des Zarentums nur noch die deutsche Regierung und ihre Stützen im nationalistischen Bürgertum einen „Annexions- und Gewaltfrieden" wollten und dadurch den allgemeinen Frieden verhinderten. Sie hat offenbar geglaubt, daß, wenn die deutsche Regierung sich zum Friedensprogramm der USPD und des russischen Arbeiter- und Soldatenrats bekenne, ein Frieden in ihrem Sinne sofort zu haben gewesen sei.

Darin hat sich die USPD gründlich getäuscht. Der Ausgang des Krieges hat durch seine Friedensschlüsse den Schwindel der Stellungnahme und propagandistischen Erklärungen der Feinde aufgedeckt. Das Vertrauen der USPD-Leitung auf die demokratische Solidarität in der Welt ist damit gerichtet. Wenn sie etwa geglaubt hat, daß es überall zu proletarischen Revolutionen und damit zur Durchführung ihrer Grundsätze kommen werde, so hat sie einen bemerkenswerten Mangel an politischem Schätzungsvermögen bewiesen.

An warnenden Stimmen hat es während des ganzen Krieges nicht gefehlt. Sie kamen nicht nur aus dem bürgerlichen Lager, sondern auch von sozialdemokratischer Seite. In der schärfsten Form haben sich Scheidemann, David, Wolfgang Heine, Heilmann und andere gegen die Kreditverweigerung, die Auffassung vom Krieg und die Friedenspolitik der USPD gewandt. Es wäre für die USPD-Leitung sehr wohl Gelegenheit gewesen, ihren verhängnisvollen Irrtum zu

erkennen Die Gegner haben in ihrer Propaganda gegen unsere Front die Gedanken und Schlagworte der USPD verwendet, sie haben die Zeitungen auch der USPD als Agitationsmaterial in großem Stil gebraucht. Alles das hat auf die USPD-Leute keinen Eindruck gemacht. Sie haben fanatisch ihre Ziele weiterverfolgt und, wie die „Leipziger Volkszeitung" am 23. September 1917 triumphierend feststellte, die Mehrheitssozialdemokratie gezwungen, in ihr Fahrwasser einzusteuern und sich zu radikalisieren.

Die von sozialdemokratischer Seite ausgesprochenen Warnungen vor Gefahren für den Kriegsausgang und dessen schwere Folgen für das deutsche Volk sind später, nach Kriegsende, durch Hinweis auf die Friedensbedingungen als Folgen des Treibens der USPD im Kriege von der gleichen Seite ergänzt und ausdrücklich bestätigt worden.

So rechnet der jetzige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion des Preußischen Landtags, der Abgeordnete Heilmann, in der „Glocke", 8. Heft vom 24. Mai 1919 mit der USPD folgendermaßen ab:

> „Die Unabhängigen bieten das Äußerste auf, um unseren Ideenkampf gegen den Gewaltfrieden zu sabotieren. Sie peitscht dabei das schlechte Gewissen. Müssen sie doch fürchten, daß angesichts dieses Medusenhaupts von Versailles das Volk erschauernd erkennt, wie es von den Unabhängigen betrogen ist. Die Unabhängigen haben während des Krieges gepredigt, auf allen Gassen und in allen Tonarten: Dem Arbeiter kann es gleichgültig sein, ob Deutschland siegt oder besiegt wird, der Krieg geht nur die Kapitalisten an. Jetzt stirbt der deutsche Industriearbeiter an der Niederlage . . ."

Und der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Legien, richtet auf dem 10. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands 1919 folgende schwere Anklage gegen die Unabhängigen:

> „Das gegenwärtige Unglück des deutschen Volkes ist nicht hervorgerufen durch die Politik der Generalkommission, sondern durch die Politik derjenigen, die die Einigkeit der deutschen Arbeiterklasse gesprengt haben. (Stürmische Zustimmung bei der Mehrheit; Widerspruch bei der Opposition.) Dadurch, daß eine Agitation getrieben wurde, die schließlich zur Spaltung der Sozialdemokratischen Partei und zur Zerstörung der Einheit der deutschen Arbeiterklasse geführt hat, ist die Widerstandskraft des deutschen Volkes gebrochen und uns dieser Gewaltfriede zuteil geworden. (Lärm bei der Opposition, Glocke des Vorsitzenden.)"

Wie innig die feindliche Propaganda, die den deutschen Widerstand mit gebrochen hat, mit der revolutionären Agitation der USPD Hand in Hand arbeitete, mag hier durch eine Stelle aus dem Schlußartikel des englischen Schatzkanzlers Churchill aus einer sich auf seine

Kriegserinnerungen stützende Artikelreihe „Meine Gedanken beim Waffenstillstand“ (s. „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 1. März 1927) belegt werden. Churchill schreibt:

„Auch das deutsche Volk war einer besseren Würdigung wert als die Greuelmeldungen der ihm feindlichen Propaganda. Wenn diese Propaganda wirksam war, so lag das daran, daß ihr Echo auch deutschen Ohren angenehm klang und Mißstimmungen weckte, die schon vorhanden waren. Das rebellische Flüstern wurde so zum offenen Bekenntnis von Millionen.“

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Churchill muß es wissen!)

Ich habe Ihnen nur vorgetragen, wie die Ideengänge der feindlichen Propaganda letzten Endes unbewußt in die der USPD ausmündeten.

Zusammenfassend komme ich zu folgendem Ergebnis:

1. Das Vorhandensein besonderer Mißstände des inneren Dienstes in der Marine, besonders in der Flotte, die einen Aufruhr gerechtfertigt erscheinen ließen, hat sich nicht feststellen lassen. Den dahingehenden Behauptungen steht das mündliche und schriftliche Zeugnis einer weit überwiegenden Zahl von Zeugen des Mannschaftsstandes dafür gegenüber, daß die Verpflegung an Bord den Verhältnissen entsprechend ausreichend und geregelt, die Urlaubsregelung gerecht, der militärische Dienst nicht unsinnig übertrieben und das Verhältnis zwischen Mannschaften und Offizieren im großen und ganzen ein gutes gewesen ist.

2. Die Bewegung an Bord hatte weder 1917 noch 1918 die ganze Mannschaft erfaßt. In der kritischen Zeit 1917 gehörten zu dem Kreise der Anhänger der Bewegung kaum ein Zehntel der Mannschaft. Von einer Scheidung zwischen dem Offizierkorps einerseits und der Mannschaft andererseits kann daher nicht gesprochen werden.

3. Einen Kreis von Mannschaften an Bord, der mit den Verhältnissen an Bord unzufrieden war und nur aus diesem Grunde eine Auflehnung gegen die Vorgesetzten geplant oder eingeleitet hätte, ohne sich mit politischen Fragen zu befassen, hat es nicht gegeben.

4. Dagegen gehören nach den Aussagen der Rädelsführer und ihrer Anhänger auch vor dem Untersuchungsrichter des Reichsgerichts die Anführer der Bewegung auf der Flotte durchweg, die Gefolgschaft zum weit überwiegenden Teile zu den ausgesprochenen Anhängern der USPD. Sie haben das offen in Erklärungen bekundet und sich für die Ziele der Partei ausdrücklich ausgesprochen.

(Erklärungen ihrer Zugehörigkeit zur Partei, Lektüre ihrer Organe, Propaganda für den Beitritt zur Partei und für das Abonnement ihrer Zeitung „Leipziger Volkszeitung“, Zustimmung zu den Zielen der Partei: „Sofortiger Frieden“, „Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen“, gegen jede Form des Krieges und seine Fortsetzung, Sympathiekundgebung für die russische Revolution, für das

Programm des russischen Arbeiter- und Soldatenrates, für den politischen Umsturz, Beseitigung der bestehenden Gesellschaftsordnung, Einführung der sozialistischen Republik nicht auf dem Wege über den Reichstag, sondern durch die proletarische Revolution und den militärischen Aufruhr, „Sprengung der Ketten nach russischem Muster".)

5. Die durch die Nöte des Krieges verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden von den Rädelsführern der Bewegung an Bord benutzt, um den subjektiven Eindruck bestehender Mißstände bei der Mannschaft hervorzurufen und zu verstärken, um als „Köder" für die politische Bewegung zu dienen. Die Beschwerden über die angeblich vorhandenen Mißstände einerseits und die politische Agitation andererseits trafen sich in den Menagekommissionen; die Rädelsführer der Aufruhrbewegung gehörten zu deren Vorständen. Sie waren der Kern der politischen Organisation, wie von den Rädelsführern in den Aussagen vor dem Untersuchungsrichter der Marine und des Reichsgerichts zugegeben worden ist.

6. Nach Aussagen der Rädelsführer vor dem Untersuchungsrichter der Marine und des Reichsgerichts sowie einiger Zeugen standen die Rädelsführer der Bewegung an Bord unter dem Eindruck, daß die Zentrale der USPD ihre Absichten und Ziele, die ihnen durch Reichpietsch und Sachse bekannt sein sollten, billigten, daß ihre Handlungen durch die Abgeordneten gedeckt würden.

7. Nach den Äußerungen der Führer der USPD nicht nur nach dem Kriege, sondern auch während des Krieges, z. B. auf der Osterkonferenz der USPD 1917 und im Reichstag in der ersten Hälfte 1917 (s. Haase am 19. März 1917), war das Ziel der USPD: „Sofortiger Frieden", d. h. unter allen Umständen, in grundsätzlicher Gegnerschaft gegen den Krieg schlechthin, also keine Anerkennung des Verteidigungskrieges, Verbreitung dieser Anschauungen auch in der kämpfenden Front, also Förderung der militärischen Sabotage des Krieges, proletarische Revolution, Einführung der sozialistischen Republik, also gewaltsamer politischer Umsturz.

Mir ist bei den Beratungen, die wir hier im Ausschuß gepflogen haben, eines immer unverständlich geblieben. Wir wissen alle, daß in der breitesten Öffentlichkeit, sogar von der Tribüne des Reichstags herunter — ich erinnere nur an die Reden von Haase — jene Agitation getrieben worden ist, die ich mir erlaubte, in den vorangegangenen Ausführungen zu skizzieren. Ausgerechnet nun in dem Gespräch mit den Matrosen und Heizern, die verschiedene Angehörige der Zentrale der USPD in Berlin mit ihnen gehabt haben, soll kein Wort über politische Dinge gesprochen worden, sondern lediglich Verpflegungs- und interne Marineangelegenheiten zur Sprache gekommen sein. Das ist doch so unwahrscheinlich, daß man es nicht als glaubhaft annehmen kann.

Ich möchte mir in diesem Zusammenhang gestatten, auf eine literarische Neuerscheinung hinzuweisen, die mir vor etwa 14 Tagen zugegangen ist, auf ein Buch von einem Dr. Herzfeld, Privatdozent an der Universität Halle, mit dem Titel: „Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkriege." Ich kenne den Verfasser nicht, stehe in keinerlei Verbindung mit ihm. Aber es ist doch sehr interessant, daß sich in diesem Buche in dem Abschnitt, der über die Marinemeuterei 1917 handelt, Gedankengänge finden, die tatsächlich ungefähr auf dieselben Schlußfolgerungen hinauslaufen, die ich mir erlaubt habe Ihnen hier vorzuführen; nicht in jedem Punkte, es sind selbstverständlich verschiedene Differenzpunkte da, aber alles in allem kommt dieser Dr. Herzfeld aus Halle zu genau denselben Schlüssen, zu denen ich komme.

(Abg. Dr. *Rosenberg:* Was hat er für Material benutzt? — Abg. Dr. *Bergsträßer:* Ich kann darüber etwas sagen, ich habe das Buch gelesen.)

Ich werde Ihnen kurz vorlesen, wie er die ganze Stellung der Abgeordneten der USPD zu den Meutereien usw. beurteilt. Er sagt darüber:

„Es ist also durchaus glaublich, daß beide (Haase und Dittmann) sich gehütet haben, ihre Stellung zu der Revolutionierung der Marine klar festzulegen, während sie unbedenklich ihre Hilfe zur Politisierung eines Teils der Wehrmacht gewährten. Sie haben jedenfalls Reichpietsch in Verbindung mit radikaleren und kühneren Parteianhängern gewähren lassen. Die Rückzugslinie — Verleugnung der Matrosen — blieb offen und wurde nach der Aufdeckung der Machenschaften, soweit nötig, geschickt und aggressiv ausgenutzt. Über die Tragweite der von ihnen unterstützten Agitation werden sie sich kaum Täuschungen hingegeben haben. Es handelt sich um ein kaltblütig unternommenes Experiment, bei dem die Revolutionsreife der Marine positiv oder negativ zutage kommen mußte, ein Experiment, das seinem Wesen nach mit dem Streik des April 1917, des Januar 1918, der Vorbereitung der Novemberrevolution seit Anfang Oktober 1918 gleichartig war. Die intellektuell gewiegtesten Führer der Partei begünstigten die revolutionäre Entwicklung mit denjenigen Mitteln, die sie juristisch nicht hoffnungslos dem Strafrichter auslieferten. Sie behielten sich die politische Ausnutzung der Leistung ihrer radikaleren Parteigenossen im geeigneten Augenblick vor. Sie setzten sich jedoch nicht wie diese auf Gedeih und Verderb für das revolutionäre Wagnis ein, um nicht die Zerstörung der Parteiorganisation im Fall des Mißlingens heraufzubeschwören.

Reichpietsch hat nach seiner Rückkehr an Bord durchaus einheitlich und zielbewußt gehandelt. Das ganze Unternehmen erhielt

jetzt in Verbindung mit der erwarteten Stockholmer Konferenz ein festbestimmtes Ziel. Wenn diese nicht den Frieden brachte, sollte er durch gewaltsame Erhebung der Regierung abgezwungen werden. Man besaß jedoch keine genaue Vorstellung, wie diese revolutionäre Erhebung zu bewerkstelligen sein werde. Vorläufig ging man in der vorbereitenden Agitation auf. Den Kern dieser Vorbereitung bildete die Sammlung von Listen der Anhänger in der Marine, durch die die USPD in Stockholm angeblich die Ausdehnung des Verständigungsgedankens auf der deutschen Flotte belegen wollte. Dies war nach den übereinstimmenden ausführlichen und immer wiederkehrenden Geständnissen der von der Untersuchung erfaßten Matrosen der Angelpunkt der Agitation nach Reichpietschs Rückkehr von Berlin. Es mag zutreffen, daß Reichpietsch diese Gedanken nicht so fertig formuliert aus Berlin mitgebracht hat. Nach Sachse ist der persönliche Urheber der Listensammlung, speziell für Stockholm, vielmehr Beckers gewesen. Von Beckers' Hand stammt ein Aufruf, der zur Werbung von Matrosen als Parteimitglieder der USPD aufruft, um die Partei in die Lage zu versetzen, in Stockholm mit bestimmten Zahlen operieren zu können. Reichpietsch hat jedoch ebenfalls diese Gedanken in Wilhelmshavener und Kieler Versammlungen mit dem größten Nachdruck vertreten. Sollte Stockholm ergebnislos endigen, so müßten die Matrosen ihre Fesseln nach russischem Muster sprengen. Dem Kieler Parteifunktionär Sens sind Bedenken aufgestiegen, ob die Partei tatsächlich beabsichtige, für das gewagte Mittel des Militärstreiks einzutreten. Reichpietsch hat diesen Widerspruch aber mit der bestimmten Versicherung niedergeschlagen, seine Taktik sei in Berlin gebilligt, die Partei rechne nicht nur mit dem revolutionären Massenstreik der Zivilbevölkerung, sondern auch mit der Erhebung der Wehrmacht zur Erzwingung des Friedens.

Eine Klärung dieser Frage ist nicht erfolgt. Weder die Kieler Funktionäre noch Sachse, der eigens zu diesem Zweck nach Berlin fahren wollte, haben sich angeblich bemüßigt gefühlt, eine entscheidende Festlegung der Parteizentrale herbeizuführen. Eine dokumentarische Entscheidung wird daher für alle Zeiten nicht mehr zu erwarten sein. Ein Zufall ist jedoch diese Unklarheit bestimmt nicht. Sie spiegelt, im mildesten Lichte gesehen, wider, daß die USPD dank der in ihren Reihen vollzogenen Vereinigung radikal revolutionärer und taktisch vorsichtigerer Elemente stets und ständig mit dem Mittel zweideutiger Duldung auch der rein revolutionären Agitation arbeitete. Die Verantwortung für das, was in ihrem Namen geschah, bleibt daher in vollem Umfang an der Partei haften. Im Grunde kann kaum ein Zweifel bestehen, daß auch die Parteileitung von den Absichten der Matrosen unterrichtet worden ist und daß sie die Dinge stillschweigend laufen ließ, also die ängst-

lichen Bedenken ihrer örtlichen Vertreter zum Verstummen gebracht hat."

Ich habe noch einige Worte über die sogenannte „Meuterei" der Admirale im Oktober 1918 zu sagen. Es steht heute einwandfrei fest, daß jene Kabinettsorder, die ja immer herangezogen worden ist, um zu beweisen, daß auch die Seekriegführung auf das Kriegskabinett übergegangen war, gar nichts mit der Seekriegführung zu tun gehabt hat, sondern, um es ganz kurz auszudrücken, lediglich an die Stelle der Kabinettschefs, die ausgeschaltet wurden, die verantwortlichen Staatssekretäre setzte. Formell war also die Flottenleitung durchaus berechtigt, diesen Flottenvorstoß zu unternehmen. Auch nach der Verfassungsänderung war der Kaiser Oberster Kriegsherr geblieben. Der Kaiser als Oberster Kriegsherr war vollkommen über die Ideen der Flottenleitung und der Seekriegsleitung, im ganzen gesehen, unterrichtet. Wann die Ideen der Flottenleitung in die Tat umgesetzt werden sollten, war dem freien Ermessen des Flottenchefs überlassen. Wenn das Kriegskabinett aus irgendwelchen Gründen militärische Operationen der Flotte für inopportun gehalten hätte, so hätte sie das unter allen Umständen der Seekriegsleitung sagen müssen.

Ich möchte dabei betonen, daß auch Prinz Max von Baden die militär-politische Zweckmäßigkeit des Flottenvorstoßes, wenn wirklich die letzte Fahrt der Flotte, wie er sagte, ihre Todesfahrt sein sollte, unbedingt bejahte.

Wenn man den Admiralen, die für den Flottenvorstoß verantwortlich sind, also in erster Linie dem Flottenchef, überhaupt einen Vorwurf machen will, so ist es nach meiner inneren Überzeugung der, daß sich die Herren in der psychologischen Einschätzung der Besatzungen in einem Irrtum befunden haben.

(Abg. Dr. *Rosenberg:* Das ist richtig! — Abg. Dr. *Bergsträßer:* Das ist unbedingt richtig!)

Das haben die Ereignisse bewiesen. Sie hatten übersehen oder nicht genügend gewürdigt, daß durch das dauernde Lesen der radikalen Presse und durch alle die anderen Faktoren, die auf die Leute eingewirkt haben, die innere Widerstandsfähigkeit und der Glaube vor allen Dingen an die gute Sache ihres Landes stark geschwächt und ins Wanken gekommen war. Ihr unbedingtes Vertrauen auf die Zuverlässigkeit der Besatzung war ein falsches Kalkül, das sich leider bitter gerächt hat. Aber nach meiner Auffassung hat kein Mensch das Recht, daraus abzuleiten, daß die Herren wider besseres Wissen und wider ihre Überzeugung, das Beste für ihr Vaterland zu wollen, gehandelt hätten. Von einer Meuterei kann ja nach dem, was ich vorher schon über die Kabinettsorder gesagt habe, mit keinem Wort die Rede sein.

Ich komme zum Schluß: Die Marine war, das hat selbst der

Herr Abg. Dittmann unumwunden zugegeben, der Tummelplatz leidenschaftlicher parteipolitischer Kämpfe geworden. Die in dem schwersten aller Kriege in die Reihen der Matrosen und Heizer bewußt hineingetragenen Ideen des Klassenkampfes, der internationalen Solidarität des Proletariats, die immer wiederkehrenden Formeln: „Nieder mit dem Krieg!", „Macht Schluß, dann kommt der Völkerfriede" haben schließlich den inneren Verfall der Marine herbeigeführt.

Die Frage, die oft eine Rolle gespielt hat, ob die Vorgänge bei der Marine allein die Revolution in ganz Deutschland ausgelöst haben, möchte ich für meine Person verneinen. Auch ohne die Kieler Ereignisse wäre der Umsturz gekommen und die Revolution hätte gesiegt, weil keine starke Hand da war, den revolutionären Kräften entgegenzutreten.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Herr Dr. Bergsträßer wollte zu dem Buch von Dr. Herzfeld einige Bemerkungen machen.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Es wurde gefragt, welches Material Dr. Herzfeld zu seinem Buche benutzt hätte. Er hat die stenographischen Protokolle des Münchener Dolchstoßprozesses benutzt, er hat die Arbeiten der Herren Kollegen Dittmann und Brüninghaus benutzt und sonst keinerlei Material. Er hat nicht die Verhandlungen benutzt, die wir hier geführt haben, auch nicht etwa die Protokolle der Vernehmungen, die wir vorgenommen haben, die ihm ja durch die Zeitungen bekannt sein mußten und die er sich bei uns hätte erbitten können. Ich glaube, es hätte wohl niemand im Ausschuß Bedenken getragen, sie ihm zur Verfügung zu stellen. Er hat also nicht das Material, das wir haben, sondern ein viel geringeres Material.

Nun ist aber auch interessant, wie er das Material benutzt hat. Da ist festzustellen, daß er, obwohl er Privatdozent ist, das ganze Material vollkommen unkritisch benutzt. Er hat z. B. Äußerungen von Dr. Dobring und Äußerungen von Roeder über die sozialistische Bewegung während des Krieges benutzt, obwohl, wie sich die Herren erinnern werden, nachgewiesen werden konnte, daß Herr Dr. Dobring, wie er auf eine Frage von mir selbst gesagt hat, während des Krieges gar nicht den Unterschied zwischen USPD und SPD gekannt hat [1]), und obwohl Herr v. Roeder Ausführungen gemacht hat, aus denen ebenfalls hervorging, daß er keine Ahnung hatte [2]). Das ganze Buch ist so unkritisch, daß es wissenschaftlich wertlos ist. Ich sage das nicht nur hier im Ausschuß, sondern ich werde es auch öffentlich in einer Rezension, die ich für die „Vossische Zeitung" geschrieben und natürlich mit meinem Namen gezeichnet habe, sagen.

---

[1]) Vgl. o. S. 370 ff.

[2]) Vgl. Bd. 4 dieser Reihe S. 139 ff.

(Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Von wann ist das Vorwort in dem Buch?)

Von August 1927.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Es hat nun das Wort der Herr Abgeordnete Dittmann zu seinem Schlußbericht.

Abg. *Dittmann:*

Der größte Teil der Rede des Herrn Abgeordneten Brüninghaus gehörte meines Erachtens nicht in ein Schlußwort über die Marinevorgänge hinein. Denn es kann unmöglich Aufgabe der Referenten sein, in ihren Schlußworten alle möglichen literarischen Erscheinungen, die sich mit dem Kriege, mit der Stellung einzelner Parteien zum Kriege und im Kriege befassen, hier sozusagen auszuschlachten und auszubeuten. Wir haben in erster Linie eigenes Material der Öffentlichkeit zu bieten, und Aufgabe der Referenten ist es, in ihren Schlußworten sich im wesentlichen auf die Würdigung des Materials zu beschränken, was hier dem Ausschuß selbst zur Kenntnis gegeben worden ist. Es ist durchaus zulässig, hin und wieder einmal auf anderes Material hinüber zu greifen, aber ein Schlußwort kann meines Erachtens nur dann Anspruch auf diesen Namen machen, wenn es wirklich versucht, ein Schlußbild aus dem Material zu geben, das hier bereits vorgetragen worden ist.

Soweit das in dem Schlußwort des Herrn Abgeordneten Brüninghaus der Fall war, war in diesem Schlußwort ebenso wie in seinem ersten Bericht der Grundton der, den die Vertreter des Alten jeder Volksbewegung gegenüber angeschlagen haben. Heinrich Heine hat diese Geistesverfassung bekanntlich in die Worte gekleidet:

> Ausländer, Fremde sind es meist,
> Die unter uns gesäet den Geist
> Der Rebellion. Dergleichen Sünder,
> Gottlob, sind selten Landeskinder.

(Abg. *Brüninghaus:* Stand das auch schon in dem Material, das der Untersuchungsausschuß hatte?)

— Herr Abg. Brüninghaus, stellen Sie sich nicht naiver, als Sie sind. Sie geben sich wirklich des öfteren naiv genug. —

Der Abgeordnete Brüninghaus hat wieder erklärt: „Die Marine war intakt, Einflüsse von außen her haben den Zusammenbruch der Marine verursacht," genau so wie die Vertreter des Alten stets erklärt haben: Revolutionen sind immer vom Auslande her, von Fremden ins Land hineingetragen worden; unser Volk, unser gutes, braves, treues, biederes Volk hat keine Ursache zu einer Revolution gehabt, der schlimme Geist des Umsturzes, den man von außen hineingepflanzt hat, ist schuld daran. Das ist die ganze Geistesverfassung, die aus

dem Schlußwort des Abgeordneten Brüninghaus wie aus seinem ersten Bericht hervorgeklungen hat.

Aber wie sehen denn nun die Beweise für die Behauptungen des Abgeordneten Brüninghaus bezüglich der Marinevorgänge aus? Ich habe auch jetzt wieder sehr aufmerksam darauf geachtet, was Herr Brüninghaus wirklich vorgebracht hat. Alles allgemeine Behauptungen, Mutmaßungen, Kombinationen, Konstruktionen, Indizien, Verdächtigungen, aber keinerlei positive Tatsachen! Sowohl Herr Brüninghaus wie auch Admiral v. Trotha und Landgerichtsrat Dr. Dobring, sie alle bedienen sich höchst vorsichtig verklausulierter, verschwommener Redewendungen, wenn sie bestimmt sagen sollen, wer es denn gewesen ist, der angeblich planmäßig und bewußt 1917 eine Meuterei und 1918 die Revolution von außen her in der Marine organisiert hat. Da verlassen uns die Herren vollständig, wenn sie irgendeine konkrete Tatsache angeben sollen. Sie ziehen sich immer vorsichtig darauf zurück: „Das ist wenigstens meine Auffassung" — „das ist subjektiv gesehen, ob es objektiv richtig ist, weiß ich nicht". Alle derartigen Wendungen sind immer und immer wieder an diese hingeworfenen Behauptungen geklammert.

Nun, für die Vorgänge von 1917 liegt uns ja als Anlage zu meinem ersten Bericht ein umfangreicher Bericht des Oberreichsanwalts in Leipzig vor, in dem klar ausgesprochen ist, daß die Beschuldigung, die der Abgeordnete Brüninghaus auch in seinem Schlußwort sehr verklausuliert wieder neu erhoben hat, bestimmte Abgeordnete der damaligen USPD hätten dabei die Hand im Spiele gehabt, nicht nachweisbar sei. Der Oberreichsanwalt betont, es sei kein Beweis dafür zu erbringen, daß die Abgeordneten die Ziele der Matrosen bewußt gefördert, ja auch nur erkannt hätten. Es spräche auch jede innere Wahrscheinlichkeit dagegen, daß Abgeordnete von solcher Erfahrung solch gefährliche Dinge angeregt oder unterstützt haben sollten. Deshalb rechtfertige es sich nicht, an den Reichstag den Antrag auf Aufhebung der Immunität der Abgeordneten zu stellen.

„Ja," ruft Herr Brüninghaus triumphierend aus, „der Oberreichsanwalt sagt aber doch, daß die USPD für die Vorgänge moralisch verantwortlich sei." Ich habe dazu schon in meinem ersten Bericht gesagt, daß es sich dabei wohl um eine Salvierung vor dem Zorn der Götter in Heer und Marine gehandelt habe.

„Diese moralischen Vorwürfe" — so sagte ich damals weiter — „entspringen der reichlich naiven Auffassung, daß eigentlich nur die eigene politische Ansicht eine Berechtigung habe und daher selbst die legale Propaganda für entgegengesetzte politische Anschauungen schon moralisch verwerflich sei, weil sie dem Geist entgegenwirkt, den man selber allein vorherrschend sehen möchte. Wo politische Meinungsfreiheit und gesetzliche Gleichberechtigung für alle legal

sich betätigenden Parteien besteht, ist ein solcher Standpunkt natürlich absurd."

So habe ich mich bereits in meiner ersten Rede zu dem Vorwurf der moralischen Schuld geäußert. In meiner Antwort auf Herrn Brüninghaus' ersten Bericht habe ich daran erinnert, daß die dem Abgeordneten Brüninghaus nahestehende „Tägliche Rundschau" am 26. Mai 1926 über die damals aufgedeckten Putschpläne der Herren Claß, Neumann und Hugenberg schrieb, daß es das Recht jedes Staatsbürgers sei, für seine Anschauungen Propaganda zu machen, wenn er sich dabei im Rahmen der Gesetze halte.

Das aber ist ja gerade durch den Oberreichsanwalt im Falle der USPD nachgewiesen worden.

Will Herr Brüninghaus trotzdem immer wieder über die moralische Verantwortlichkeit orakeln, nun, so empfehle ich ihm, doch nicht bei der USPD stehen zu bleiben. In den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts führte der damalige russische Unterrichtsminister Tolstoi die rebellische Gesinnung der russischen Intelligenz zurück auf die „Schwarze Kunst" Johann Gutenbergs. Er sagte deshalb einem seiner Räte, der eine Studienreise durch Deutschland antreten wollte:

„Wenn Sie nach Mainz kommen, so gehen Sie zum Gutenberg-Denkmal und spucken Sie dem Kerl dreimal ins Gesicht."

So etwa könnte auch der moralische Brüninghaus reden. Hätten die Matrosen und Heizer 1917 nicht lesen können, so hätte die USPD ihnen nicht ihre Anschauungen zu vermitteln vermocht! Also Gutenberg ist der wahre Schuldige.

Ja, meine Herren, mit solchen moralischen Vorwürfen verliert man sich schließlich ins Uferlose und kommt dahin, den menschlichen Geist zu verfluchen, daß er nicht stillsteht, sondern immer aufs neue die Welt revolutioniert.

Admiral Brüninghaus und Admiral v. Trotha sind diese Feststellungen des Oberreichsanwalts außerordentlich unbequem. Aber was setzen sie ihnen entgegen? Lediglich stimmungsmäßige Einwendungen, die — ich betone das ausdrücklich — nicht nur von Herrn v. Trotha, sondern auch von Herrn Brüninghaus gekommen sind. Die Marine sei von der Regierung und vom Reichsgericht im Stich gelassen worden. Es sei nicht rechtzeitig und nicht scharf genug eingegriffen worden.

Dabei ist aus den Akten feststellbar, daß die erste Vernehmung Sachses, aus der Dr. Dobring das „Programm der Zentrale" konstruiert hat, am 9. August 1917 erfolgt ist, daß aber bereits am 11. August der Reichsanwalt Richter in Wilhelmshaven war, daß Admiralitätsrat Dr. Felisch, der Justitiar im Reichsmarineamt, am 13. August schon in Leipzig den Vertreter des Oberreichsanwalts aufsuchte und ihn eingehend informierte. Schneller konnte doch wohl kaum vorgegangen werden.

Der Vertreter des Oberreichsanwalts Dr. Zweigert, der Reichs-

anwalt Freiherr v. Eberg und Rockenstein, hat aber schon am Morgen des 14. August nach einer schlaflosen Nacht, in der er die Akten studiert hatte, Herrn Dr. Felisch erklären müssen:

„Sobald man die Akten nach Handlungen und Worten durchsehe, die auf die Zivilpersonen selbst zurückzuführen seien, werde man im Stich gelassen. Auf allgemeine Redensarten lasse sich aber eine so bedeutsame Untersuchungssache nicht aufbauen."

Deshalb erklärte der Reichsanwalt, daß ausreichende tatsächliche Unterlagen zu einem Einschreiten für ihn noch nicht gegeben seien. Und der Dezernent für politische Sachen, Staatsanwalt Seeber, — ich glaube, der Herr amtiert heute in München — bestärkte ihn hierin.

Damit aber hat man seitens des Oberreichsanwalts die Sache nicht etwa auf sich beruhen lassen. Im Gegenteil, man forderte neues Material. Aber je mehr Material die Flotte schickte, je bedenklicher und mißtrauischer wurde man gegen dieses Material. Ich habe schon in meinem ersten Bericht betont, daß Helfferich in einer Sitzung am 24. August — also 10 Tage später — enttäuscht bekennen mußte:

„Ich wäre gern gegen die USPD vorgegangen. Da aber jetzt das Material noch schwächer als vorher ist, sehe ich hierfür keinen rechten Weg."

Will Herr Brüninghaus, will Herr v. Trotha auch Herrn Helfferich beschuldigen, daß er — etwa aus geheimer Sympathie für die USPD — die Flotte im Stich gelassen habe? Doch wohl kaum.

In meinem ersten Bericht habe ich schon eingehend geschildert, wie damals wochen- und monatelang von allen Spitzen der Militär- und Zivilbehörden das angebliche Material gegen die USPD immer wieder erneut geprüft worden ist, und man immer wieder zu dem Resultat kommen mußte, daß damit gar nichts anzufangen sei. Wer diese Akten gelesen hat, muß zu dem Eindruck kommen, daß die ganzen Monate vom Sommer 1917 bis Anfang 1918 die Spitzen der Zivil- und Militärstellen sich mit nichts anderem beschäftigt haben, als mit diesen Dingen. So umfangreich sind alle diese Erörterungen, die darüber gepflogen worden sind.

Es ist deshalb eine unwahre und leichtfertige Behauptung, daß die Zivilbehörden den Anschuldigungen gegen die USPD nicht schnell und energisch genug nachgegangen seien. Es ist charakteristisch für ihre Denkart, daß sowohl Admiral Brüninghaus wie Admiral v. Trotha sich schließlich darauf zurückgezogen haben, daß ihrer Meinung nach die beschuldigten Abgeordneten ohne weiteres hätten verhaftet werden müssen. „Die Kerle einsperren" — dies Allheilmittel auf den Schiffen gegen die Matrosen und Heizer ohne jede Berechtigung gegen die Abgeordneten nicht angewendet zu haben, darauf reduziert sich also der Vorwurf der beiden Admirale gegen die Zivilstellen; ein Argument, das jedenfalls an Einfalt kaum zu überbieten ist.

Bei all ihrer Voreingenommenheit und Feindseligkeit gegen die

USPD waren sich die Zivilstellen doch darüber klar, daß man so plump und so dumm gegen sie nicht vorgehen könne, wenn man ihr nicht mit Gewalt Wasser auf ihre Mühlen liefern wollte. Nicht am Willen der Zivilstellen, sondern an dem Mangel jeder Ursache und Handhabe scheiterten die immer wiederholten Scharfmachereien der Marinestellen gegen die USPD-Abgeordneten.

Am 1. November hat Oberreichsanwalt Dr. Zweigert dem Admiralitätsrat Dr. Felisch erklärt:

„daß die Propaganda der USPD als solche kein Landesverrat sei. Diejenigen Schriften, deren Verbreitung bisher nachgewiesen worden sei, seien nicht verboten gewesen . . . Wir (die Marine) sollten ihm nur Material beibringen, in dem zur Gehorsamsverweigerung mit Wissen der Abgeordneten aufgefordert wird, dann sei eine Unterlage zum Einschreiten gegen diese gegeben."

Der Materiallieferant, der versagte, war in erster Linie Dr. Dobring, auf den sich der Herr Abgeordnete Brüninghaus vor allem stützt. Herr Dr. Dobring hat uns hier unter seinem Zeugeneid, als ich ihn fragte: „Was wußten Sie denn überhaupt von politischen Parteien und deren Programmen?" die Antwort gegeben: „So gut wie nichts. Ich bin nie ein politisch eingestellter Mensch gewesen. Ich habe mich um nichts gekümmert." Das ist in unseren Berichten hier nachzulesen.

Dieses Geständnis erklärt die greuliche Konfusion der politischen Begriffe in den Vernehmungsprotokollen Dr. Dobrings. Ehrlicherweise hätte Dr. Dobring 1917 Herrn v. Trotha, der ihn ja eingesetzt hat, sofort erklären müssen: „Davon verstehe ich nichts, Sie müssen einen politisch versierten Richter mit der Untersuchung betrauen!"

(Abg. *Joos:* Ich weiß nicht, ob diese Deduktion absolut zwingend ist. Er hatte ja nicht Parteien zu untersuchen, sondern Tatbestände!)

Man stelle sich doch nur einmal vor, eine hochwichtige verwickelte handelsrechtliche Untersuchung — nehmen Sie z. B. den Barmat-Prozeß — würde von einem Richter geführt, der erklärt: „Vom Handelsrecht verstehe ich so gut wie nichts; ich habe mich nie darum gekümmert." Wer würde da nicht erklären, daß die ganzen Protokolle eines solchen Richters einfach Makulatur seien, Futter für den Papierkorb?

Genau so aber steht es mit den Protokollen Dr. Dobrings, die gespickt sind mit politischen Dingen, von denen er nach eigenem Geständnis so gut wie nichts verstand.

Auf diese politische Protokoll-Makulatur hat aber der Abgeordnete Brüninghaus sein ganzes Referat aufgebaut!

Der Reichsanwalt Freiherr v. Eberg und Rockenstein hat in der schon erwähnten Besprechung mit Admiralitätsrat Dr. Felisch am 13. August bereits erklärt:

„daß die Protokolle des IV. Geschwaders durchaus falsch unterrichtet über die Ziele der USPD seien. Man müßte deshalb davon ausgehen, daß entweder der Untersuchungsführer
— also Dr. Dobring —
oder aber die Beschuldigten selbst vieles dem Abgeordneten Dittmann, der Frau Zietz usw. unterstellt haben, was gar nicht von diesen ausgegangen sei . . .“

Dem Reichsanwalt war also klar, daß diese Protokolle von einem politischen Analphabeten stammten, der keine blasse Ahnung von der USPD hatte.

Nun hat aber Dr. Dobring unter seinem Zeugeneide hier vor uns abgestritten, die Vernehmungen überhaupt politisch geführt zu haben. Das steht im schroffen Widerspruch mit der eben zitierten Auslassung des Reichsanwalts und dem Inhalt der Akten.

In derselben Sitzung, in der Herr Dr. Dobring gesagt hat: „Ich habe mich um die politische Seite nicht gekümmert“, hat der Zeuge Weber unter Eid, gegen Dr. Dobring gewendet, folgendes erklärt:

„Er sagte, er hätte die politische Seite nicht hineinziehen wollen, während er damals immer nur gerade das hineinzuziehen sich bemüht hat. Wenn er gesagt hat, in stundenlangen Vernehmungen sind die Protokolle zustande gekommen, so finden sich in den Protokollen nur diejenigen Stellen, die für die USPD belastend sind. Das wurde sofort ausgenutzt und protokolliert. Aber von allem anderen, wodurch die Bewegung bei der Marine zustande kam, davon steht nichts in den Akten. Das ist eine Irreführung! Das war die Hauptsache; aber das wollte man eben nicht wissen.“

Ganz ähnlich, sogar noch etwas ausführlicher, hat sich in derselben Sitzung auch der Zeuge Sachse geäußert, der dabei wörtlich betonte:

„Man hat immer nur die politische Seite, eine Tatsache, die uns in der Vernehmung gar nicht bewußt war, festgehalten.“

Diese Einseitigkeit bei den Vernehmungen hat Dr. Dobring auf eine von mir gestellte Frage selber zugegeben. Ich fragte ihn, ob er, der als unparteiischer Untersuchungsrichter verpflichtet ist, auch die entlastenden Momente herauszuholen, nicht auch die vorgetragenen Klagen über schlechte Verpflegung auf ihre Richtigkeit geprüft habe. Darauf hat Dr. Dobring mir die klassische Antwort gegeben:

„Das habe ich allerdings nicht als meine Aufgabe als Untersuchungsrichter angesehen.“

Ja, damit hat er selber sein ganzes Untersuchungsverfahren als einseitig und tendenziös gekennzeichnet. Er hat sich damit selber eines Amtsverbrechens beschuldigt. Denn der § 58 Absatz 10 des damaligen Militärstrafgesetzbuchs besagt:

„Wegen Kriegsverrats wird mit dem Tode bestraft, wer . . . die pflichtmäßige Fürsorge für die Verpflegung der Truppen unterläßt.“

Die Schöpfer des Militärstrafgesetzbuchs wußten, daß Verpflegungsmißstände im Kriege zur Meuterei führen müssen, deshalb die Androhung der Todesstrafe gegen Vorgesetzte schon bei Unterlassung pflichtmäßiger Fürsorge.

Herr Dr. Dobring aber untersucht die von den Mannschaften haufenweise vorgebrachten Klagen über die Verpflegung gegen die Offiziere überhaupt nicht. Er schiebt sie einfach beiseite, untersucht nur die Angaben, die sich gegen die Mannschaften richten.

Nur so konnte von ihm das konfuse Gewaltprogramm konstruiert werden, das angeblich allen Beteiligten bekannt war, von dem aber in Wahrheit niemand etwas gewußt hat.

Außerordentlich interessant sind die Angaben, die Dr. Dobring uns hier im Ausschuß über dieses Programm gemacht hat. Ich bitte Sie, da einmal auf den Wortlaut zu achten, den ich Ihnen zitieren werde. Schriftlich hat Herr Dr. Dobring dem Ausschuß erklärt:

„Es ist die freiwillige Darstellung des Beschuldigten Sachse. Ich habe kein Wort dazu, keines davon getan. Lediglich die Numerierung stammt von mir."

Und bei der mündlichen Vernehmung behauptete Herr Dr. Dobring zunächst noch:

„Da hat er (Sachse) wörtlich das gesagt, was in den Akten steht."

Aber sofort hinterher sagte Dr. Dobring:

„Das ist wiederum nicht so zu verstehen, als ob jedes Wort, das da steht, nun dem eigenen Sprachschatz des Herrn Sachse entstammt."

Wie will man solche Bekundungen miteinander in Einklang bringen? Es ist ein salto mortale, wie er größer kaum denkbar ist.

Warum bestritt er denn zuerst, daß er auch den Wortlaut des Gewaltprogramms selber — nicht nur die Numerierung — aus Sachses Aussage konstruiert hat, wie ich das in meinem ersten Bericht vom 22. und 23. Januar 1926 bereits aus den Akten festgestellt hatte?

Herr Dr. Dobring mußte ferner zugeben, daß er das ominöse Gewaltprogramm von der ersten Vernehmung Sachses am 9. August bis zur Anklageschrift vom 21. August völlig willkürlich neukonstruiert hat. Am 9. August hieß der Punkt 4 des Programms:

„Erzwingung eines annexionslosen und entschädigungslosen Friedens durch gewaltsame Durchführung des Programms der USPD."

Am 21. August aber hieß es:

„Erzwingung eines annexionslosen und entschädigungslosen Friedens durch Waffenniederlegung, Generalstreik und Verweigerung des Gehorsams gegenüber Befehlen der Vorgesetzten zur Unterdrückung der Streikbewegung in Marine- und Volkskreisen."

Jetzt fehlte die Bezugnahme auf das Programm der USPD, und statt dessen wurden eine Reihe Einzelpunkte aufgeführt, die angeblich das

Programm der USPD darstellen sollten. Darin tritt doch die Willkürlichkeit der ganzen Programmkonstruktion offen zutage.

Das Urteil gegen Sachse und Genossen sagt ja auch wörtlich, daß ein solches Programm von den Mannschaften schriftlich nicht aufgestellt worden ist. Das Programm ist eben das Phantasieprodukt eines politischen Ignoranten, mit dem er Todesurteile begründet und durchgesetzt hat.

Herr v. Trotha sollte sich deshalb an die eigene Brust schlagen, einen solchen Mann mit der Durchführung der Untersuchung betraut zu haben, statt grundlos hier vor dem Untersuchungsausschuß Beschuldigungen gegen die Zivilbehörden zu erheben, daß sie die Flotte im Stich gelassen hätten.

Über die Vernehmungsmethoden Dr. Dobrings und Dr. Loeschs habe ich in meinem ersten Bericht gesagt, daß mit Todesdrohungen und Terror gearbeitet worden sei. Das ist unter Anführung äußerst drastischer Äußerungen Dr. Dobrings von Sachse, Weber, Beckers, Rebe, Starke, Michalski und anderen bestätigt worden. Dr. Dobring und seine früheren Protokollführer haben das zunächst schriftlich bestritten. Wir haben aber im Fall Rebe aus den Akten feststellen können, daß in der Verhandlung Rebe als Äußerung Dr. Dobrings bekundet hat:

„Sie können die Kugel kriegen, Sie können lebenslänglich kriegen. Ob Sie Ihre Frau noch einmal zu sehen kriegen, liegt in meiner Hand."

Und was sagt zu dieser gefühlsrohen Todesdrohung der als Zeuge vernommene Protokollführer Nöckel in dem Prozeß? Er sagt:

„Das hat Herr Kriegsgerichtsrat wohl gesagt, aber nur mit dem Hinweis, die Wahrheit zu sagen."

Dieser Schreiber Nöckel scheint nicht zu wissen, daß auch die scheußlichen Folterungen im Mittelalter angewendet wurden „mit dem Hinweis, die Wahrheit zu sagen".

Durch diese eidliche Aussage des Schreibers Nöckel ist bestätigt, daß Dr. Dobring mit Todesdrohung und Terror Geständnisse erpreßt hat. Neuerdings hat mir auch der Redakteur Herre von der „Leipziger Volkszeitung" mitgeteilt, daß Dr. Dobring ihm gegenüber dieselbe Methode versucht hat.

Was hat sich nun über diesen Punkt bei der mündlichen Vernehmung Dr. Dobrings ergeben? Beckers hatte unter Eid bekundet, Dr. Dobring habe ihn „verlogenen Gesellen" und „schamlosen Kerl" genannt und hinzugefügt: „Rechnen Sie nicht mehr auf Gnade, mit Freuden werde ich Ihrer Hinrichtung beiwohnen." Sachse hatte bekundet, daß Dr. Dobring ihn mit Galgen und Kugel bedroht hat. Weber hielt Dr. Dobring vor, daß er zu ihm gesagt habe: „Ihr Kopf ist nichts mehr wert", daß er ferner gesagt habe, er sei imstande, Reichpietsch und Köbis nochmals erschießen zu lassen.

Wie hat sich Dr. Dobring nun zu diesen eidlichen Beschuldigungen gestellt? Hat er etwa gesagt: „Das ist alles nicht wahr"? — Ach nein! Bezüglich der Äußerung über das nochmalige Erschießen von Reichpietsch und Köbis hat er erklärt, seine Protokollführer sagten aus, sie wüßten davon nichts; für sich selber aber fügte er charakteristischerweise hinzu:

„Ich, wie gesagt, gehe nicht so weit. Ich würde es als einen Frevel an meinem Eide empfinden, wenn ich positiv sagen wollte: es ist gewesen — oder positiv: es ist nicht gewesen. Es ist ausgeschlossen, daß ein Mensch nach zehn Jahren den Wortlaut wiederholen kann. Aber das eine sage ich Ihnen: Es mag durchaus sein, daß ich bei irgendeiner Gelegenheit gesagt habe: „Verräter und alles, was mit ihnen zusammenhängt, verdienen zehnfach den Tod."

Verklausuliert, verallgemeinert und abgeschwächt ist das das Eingeständnis. Ebenso hat er zugegeben, die Beschuldigten mit dem Tode bedroht zu haben, ebenfalls in abgeschwächter Form. Er hat laut Stenogramm gesagt:

„Eine Vernehmung kommt nur so zustande, daß man den Leuten vorhält, was gegen sie vorliegt. Ich persönlich bin weiter gegangen. Ich habe sogar gesagt, welche Strafe sie eventuell verwirkt haben. Ich habe mir also von dem Gesichtspunkt der Fuchsschlauheit aus eigentlich jede Chance verdorben, daß die Leute die Wahrheit sagen. Wenn sie wissen, was ihnen blühte, riskierte ich, daß sie leugnen, daß sie nichts sagen. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, wie ich es bis heute für meine Pflicht halte, mit offenen Karten zu spielen, den Leuten zu sagen, was ihnen blühen kann. Anders sind diese Sachen, die mir jetzt zur Last gelegt werden, nicht zu erklären."

Also: „Was ihnen blühen kann", „welche Strafe sie eventuell verwirkt haben", das den Angeschuldigten unter Gefährdung des Untersuchungszwecks gesagt zu haben, hat Herr Dr. Dobring zugegeben. Er hat weiter zugegeben, zu Sachse gesagt zu haben: „Es kann um Ihren Kopf gehen." In diesen verschwommenen und verklausulierten Äußerungen liegt das Eingeständnis, daß die Bekundungen der Zeugen über Todesdrohungen und Terror bei den Vernehmungen durchaus richtig sind. Wenn Herr Dr. Dobring nach zehn Jahren sich nicht mehr positiv erinnern kann, so ist es wohl verständlich, daß die von ihm mit dem Tode Bedrohten sich bis an ihr Lebensende klar daran erinnern werden. Jetzt, hinterher, gibt Dr. Dobring selber zu, daß er sich durch seine Vernehmungsmethode den Weg zur Wahrheit selbst versperrt hat. Damit spricht er doch wieder zugleich auch über seine Vernehmungsprotokolle das Urteil.

Diese Protokolle aber und die auf ihnen aufgebaute Anklageschrift bildeten die Grundlage der Gerichtsverhandlung. Durch sie und durch die Person Dr. Dobrings als Anklagevertreter wurde den

Richtern ein greuliches Zerrbild der Mannschaftsbestrebungen suggeriert. Offenbar verstanden die meisten der Richter, drei Offiziere und zwei Juristen, von der Politik ebensowenig wie Herr Dr. Dobring. So konnte er Todesurteile durchsetzen, obgleich die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vollkommen fehlten. Die Verurteilungen zum Tode erfolgten ja wegen vollendeter Aufstandserregung. Dabei muß das Urteil selber bekennen, daß ein Aufstand nicht ins Leben getreten ist. Schon in der Bildung einer Organisation mit dem Ziel des Losschlagens hat es die Vollendung der Aufstandserregung erblickt. Es ist dabei Dobring gefolgt.

Oberkriegsgerichtsrat de Bary als gesetzlich bestellter Gutachter über das Urteil, ebenso Hauptmann Brande vom Admiralstab und Admiralitätsrat Dr. Felisch als Justitiar im Reichsmarineamt haben überzeugend nachgewiesen, daß Organisation zum Aufstand noch nicht der Aufstand selbst, daß die Vorbereitung noch nicht die Vollendung der Tat ist.

Herr Brüninghaus hat Dobrings Vergewaltigung des Gesetzes und der Sprache damit rechtfertigen wollen, daß Oberkriegsgerichtsrat de Bary sie nicht wörtlich für Blödsinn erklärt, sondern höflich umschreibend sagt:

„Diese Auslegung des Begriffs „Erregung eines Aufstandes" läßt sich vertreten, ich habe aber Zweifel, ob sie den Sinn der gesetzlichen Bestimmungen richtig wiedergibt und nicht vielmehr den Begriff zu weit faßt."

Wie der Ertrinkende nach einem Strohhalm, so greift Herr Brüninghaus nach dieser Höflichkeitsfloskel des Oberkriegsgerichtsrats de Bary, um Dobrings Aufstands-Konstruktion zu retten. Mit keiner Silbe aber erwähnt Herr Brüninghaus den Kern des Gutachtens de Barys, in dem nachgewiesen wird, daß es einen „latenten Aufstand" nicht gibt.

Zu all den Nachweisen, und zwar schlüssigen Nachweisen von der Unhaltbarkeit des Urteils, die ich schon in meinem ersten Bericht erbracht habe, möchte ich noch einige hinzufügen.

Die Auslegung Dobring, der sich der Abgeordnete Brüninghaus anschließt, schaltet unmittelbar die Anwendung dreier Paragraphen des alten Militärstrafgesetzbuchs aus. Das Urteil stützt sich auf § 58 des Militärstrafgesetzbuchs, indem es Todesstrafe wegen Aufstandserregung ausspricht. Der nächste Paragraph aber, § 59 des Militärstrafgesetzbuchs, besagt:

„Haben mehrere einen Kriegsverrat verabredet, ohne daß es zur Ausführung oder zu einem strafbaren Versuch desselben gekommen ist, so tritt Zuchthaus nicht unter fünf Jahren ein."

Wie will man diesen Paragraphen überhaupt jemals anwenden können, wenn die Verabredung schon die Vollendung bedeutet, wenn es einen „latenten Aufstand" gibt? Weiter, der nächstfolgende Paragraph des Militärstrafgesetzbuchs, § 60, bestimmt:

„Wer von dem Vorhaben eines Kriegsverrats zu einer Zeit, in welcher die Verhütung des Verbrechens möglich ist, glaubhafte Kenntnis erhält und es unterläßt, hiervon rechtzeitig Anzeige zu machen, ist, wenn das Verbrechen oder ein strafbarer Versuch desselben begangen werden, mit der Strafe des Mittäters zu belegen."

Ja, auch dieser Paragraph ist doch absolut unanwendbar bei Annahme eines „latenten Aufstandes", wenn Vorbereitung und Versuch schon die Vollendung ist. Und das gleiche gilt von dem folgenden Paragraphen, dem § 61 des Militärstrafgesetzbuchs, der da ausspricht:

„Straflosigkeit tritt für den an dem Vorhaben eines Kriegsverrats Beteiligten ein, wenn er von demselben zu einer Zeit, wo die Dienstbehörde nicht schon anderweit davon unterrichtet ist, in einer Weise Anzeige macht, daß die Verhütung des Verbrechens möglich ist."

Ja, wie soll denn das Verbrechen noch verhütet werden können, wenn es schon mit dem Vorhaben als vollendet gilt. Der Widersinn der Auslegung Dobrings, die ihm der Herr Abgeordnete Brüninghaus nachredet, liegt ganz klar zutage.

Der Untersuchungsausschuß muß sich mit den Todesurteilen insoweit beschäftigen, als sie ihm zum angeblichen Beweis für eine angebliche kriegsverräterische Aufstandsbewegung in der Flotte entgegengehalten werden; weiter allerdings nicht. Wir sind keine juristische Berufungs- oder Revisionsinstanz in dem Sinne, daß wir nachzuprüfen hätten, ob und wie eventuell Bestrafungen der Matrosen und Heizer im einzelnen zulässig gewesen wären. Uns interessiert vor allem die Frage, aus welchen Ursachen es zu der tiefen Mißstimmung und der Gärung unter den Mannschaften der Flotte gekommen ist.

Daß die Behauptung falsch ist, die USPD habe die Unruhe in die Mannschaften hineingetragen, das hat schon 1917/18 die Reichsanwaltschaft in monatelanger Untersuchung, wie ich eben wieder erklärt habe, festgestellt. Unsere Vernehmung von Heizern und Matrosen hier vor dem Ausschuß, von Leuten, die an den Vorgängen beteiligt waren, hat das bestätigt. Beckers und Weber und Sachse haben uns anschaulich geschildert, wie aus den Schiffsverhältnissen heraus — Herr Abgeordneter Brüninghaus —, wie aus der langen Kriegsdauer, aus den Verpflegungsmißständen, aus den Dienstverhältnissen, aus der schlechten Behandlung, der ungerechten Urlaubsregelung und ähnlichen Ursachen heraus es zu Hungerstreiks, zu Widersetzlichkeiten, zu demonstrativem Verlassen der Schiffe und ähnlichen Vorfällen gegekommen ist, wie allmählich das Verlangen nach Beendigung des Krieges, nach einem baldigen Frieden aus den ganzen als unerträglich empfundenen Zuständen die Mannschaften erfaßte, und wie sich die Sympathien denjenigen politischen Strömungen zuwandten, die einen Frieden der Verständigung erstrebten, wie auch die Mannschaften ihn wünschten.

Wir haben auch nähere Aufschlüsse bekommen über das sagenhafte „Zentralkomitee“ auf dem Flottenflaggschiff „Friedrich der Große“. Wir haben drei seiner Mitglieder, Sachse, Weber und Beckers, persönlich kennengelernt; die weiteren beiden Mitglieder waren die beiden Erschossenen: Reichpietsch und Köbis. Diesem angeblichen politischen Zentralkomitee fehlte die erste Voraussetzung für politische Initiative: die gemeinsame politische Auffassung. Sachse will linksradikal gewesen sein, Weber neigte zur Mehrheitssozialdemokratie, Beckers war Individual-Anarchist, sogenannter Edelanarchist, und nicht, wie Sie vorhin behauptet haben, Herr Abgeordneter Brüninghaus, Angehöriger der USPD.

(Abg. *Brüninghaus:* Ich habe nur gesagt: er neigte zur USPD!) — Nein, Sie haben ihn direkt als USPD-Mann bezeichnet. Reichpietsch soll zur USPD geneigt haben, Köbis soll ähnlich wie Beckers orientiert gewesen sein. Also unter den fünf Personen bestanden mindestens vier verschiedene politische Anschauungen. Wie da ein einheitliches politisches Handeln zustande kommen soll, politische Initiative, politische Aktionsfähigkeit, das ist mir rätselhaft.

Aus den Aussagen von Beckers, Sachse und Weber ergibt sich auch, daß der Zweck der Zentrale nicht war, politische Aktionen zu unternehmen, sondern die auf den einzelnen Schiffen geführten Kämpfe gegen die Bordmißstände zu vereinheitlichen. Beckers hat wörtlich gesagt: „Mißstände in der Flotte aufzuklären und uns geschlossen dagegen zu wehren.“ Beckers hat noch besonders darauf hingewiesen, daß er sich dagegen gewehrt haben würde, wenn etwa die USPD den Generalstreik proklamiert und die Marine zum Mitmachen aufgefordert haben würde. Er habe stets erklärt: „Ich habe nichts mit einer Partei zu tun und will mit ihr nichts zu tun haben.“ Beckers, der Heizer auf dem „Prinzregent Luitpold“ war, hat weiter gesagt:

> „Ich kümmerte mich nicht um die Zentrale auf „Friedrich der Große“. Ich sagte: Jedes Schiff ist autonom. Wir machen, was wir wollen . . . Wenn ihr aber als statistisches Bureau gelten wollt, daß wir Mißstände sammeln und euch das Material übergeben und ihr das nach Berlin berichtet, damit es die USPD im Reichstage vorbringen kann, dann machen wir das . . . Sachse, Weber und Reichpietsch fühlten sich als Herrscher in der Zentrale, aber hatten nichts zu sagen.“

Weber hat uns gesagt, die Zentrale sei dadurch entstanden, daß man ihn, Sachse und Reichpietsch seitens der Kameraden immer gedrängt habe, die gemeinsamen Beschwerden über das Essen bei den Offizieren vorzubringen. Weber hat auf eine Frage des Sachverständigen Alboldt erwidert: „Eine politische Organisation hat ja gar nicht bestanden.“ Auch Sachse hat erklärt, daß die „Zentrale“ von Dobring in ihrer Bedeutung und Wirksamkeit, die wirtschaftlicher Art gewesen

sei, maßlos aufgebauscht worden sei. Als der Sachverständige Alboldt fragte: „All Ihre Handlungen bezweckten in erster Linie, nur den an Bord bestehenden Mißständen entgegenzutreten?“, da antworteten Beckers und Weber: „Das ist richtig!“ Weber hat uns noch gesagt:

„Ich hätte den Offizieren mehr Geld zugebilligt, weil es ja ihr Beruf war. Aber das Essen wenigstens hätte gleich sein sollen. Das war das Wesentliche; die Stimmung ging durch den Magen. Wenn der Magen voll gewesen wäre, oder wenn man gesehen hätte: hier ist alles gleich, dann wäre es gar nicht zu Unruhen gekommen, dann tagte heute gar kein Untersuchungsausschuß für diese Sachen.“

Beckers hat das dahin ergänzt:

„Ich möchte noch hinzufügen, daß die einzige Antwort auf unseren Protest hin an Bord stets gewesen ist: das Verlesen der Kriegsartikel, aber man versuchte nie, die Mißstände zu beseitigen. Das war auch eine Antwort! Und das behaupte ich bestimmt: daß der Bratengeruch in der Nähe der Offizierskombüse sämtliche Friedenswünsche bei den Mannschaften steigerte, ja geradezu züchtete.“

Die eidlichen Aussagen von Beckers, Weber, Sachse usw. lassen gar keinen Zweifel, daß die Unruhe und Gärung nicht von außen her in die Flotte hineingetragen worden ist, sondern aus den Bordmißständen entsprang. Das haben ja auch die Sachverständigen Alboldt und Stumpf mit Nachdruck betont und an der Hand eines umfangreichen Materials nachgewiesen. Herr Stumpf sagt in wörtlicher Übereinstimmung mit dem Zeugen Weber, daß sich kein Untersuchungsausschuß mit den Ursachen des Zusammenbruchs befassen müßte, wenn man im Kriege das Einheitsessen eingeführt hätte. Sogar Herr Brüninghaus hat sich in seinem Bericht dahin geäußert, daß es sicher klüger gewesen wäre, eine gemeinsame Menage einzuführen. Man muß nur bedauern, daß er nicht im Kriege für diesen Gedanken eingetreten ist, daß er sich nicht in der Marine dafür eingesetzt und dadurch verhindert hat, daß es überhaupt zu solchen Vorgängen hat kommen können.

In diesem allgemeinen Zusammenhang möchte ich noch auf die Vernehmung des im Kriege der Zentrumspartei, heute der Bayerischen Volkspartei angehörigen Abgeordneten Dr. Pfleger zurückkommen. Ich hatte in meinem ersten Bericht aus den Akten einen Brief verlesen, den Herr Dr. Pfleger am 28. Juli 1917 an den Marinestaatssekretär v. Capelle gerichtet hat. In dem Brief wird Mitteilung gemacht von „förmlichen Meutereien“ auf einer Anzahl von Schiffen und gesagt:

„Als Ursache dieser höchst unliebsamen Vorkommnisse wird angegeben: schlechte Beispiele der Offiziere, vorschriftswidrige Behandlung, schlechte Verpflegung, dann Nichteinlösung von Urlaubsversprechungen usw.“

Im Eingang des Briefes heißt es, daß Abgeordnete der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft über die Vorkommnisse unterrichtet wor-

den sind. Am Schlusse fordert Herr Dr. Pfleger — weil er annehmen müsse, daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft die Vorkommnisse im August in der Haushaltskommission vorbringen werde — schleunige und unparteiische Untersuchung und Abstellung eventueller Mißstände.

Weil ich nun in meinem ersten Bericht gesagt hatte, Herr Dr. Pfleger spreche von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft nicht als von der Urheberin und Anstifterin der Unruhen, sondern als von dem Gewissen des Reichstags, hielt es der Herr Abgeordnete Brüninghaus für notwendig, zu verlangen, daß Herr Dr. Pfleger persönlich über seinen Brief gehört werde.

(Abg. *Brüninghaus:* Jawohl!)

Er ist gehört worden. Am 9. November 1926 haben wir Herrn Dr. Pfleger eingehend vernommen. Es stellte sich heraus, daß Herr Dr. Pfleger seinen Brief an Herrn v. Capelle geschrieben hatte vor allem auf Grund eines Briefes, den ein christlicher Obermatrose Lotter aus Nürnberg an seinen Fraktionskollegen Leicht gerichtet hatte. — Beachten Sie übrigens den Parallelfall: Reichpietsch wendet sich in Berlin an Dittmann, dieser weist ihn an Vogtherr als den Zuständigen. Genau denselben Vorgang haben wir hier bei der Zentrumsfraktion. Lotter schreibt an Leicht, dieser gibt den Brief an Pfleger als den Zuständigen. Das ist dieselbe Situation, wie sie damals bei einer ganzen Reihe anderer Parteien gewesen ist.

Am Morgen des 10. November 1926 konnte Herr Dr. Pfleger dann eine Abschrift dieses Briefes des Matrosen Lotter an Herrn Leicht vorlesen. Sie ist in unserem Bericht (o. S. 37 ff.) abgedruckt. Damals konnten wir über den Brief nicht mehr sprechen, weil für diesen Tag die Vernehmung des Oberpräsidenten Noske angesetzt war, der an anderen Tagen nicht zur Verfügung stehen konnte.

Ich bin Herrn Brüninghaus außerordentlich dankbar dafür, daß er durch Anzweiflung meiner Interpretation des Pflegerschen Briefes an Capelle indirekt veranlaßt hat, daß uns jetzt der Wortlaut des Lotterschen Briefes an Herrn Leicht bekannt geworden ist. Dieser Brief ist ein wichtiges Dokument. Er bestätigt, wie richtig ich den Pfleger-Brief interpretiert hatte.

In dem Lotterschen Briefe ist über die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft nur eine einzige tatsächliche Angabe enthalten, nämlich die Mitteilung, daß „einzelne Matrosen bei Abgeordneten der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gewesen" sein sollten. Der Brief enthält aber keinerlei Andeutung, daß die Vorkommnisse auf der Flotte, die er schildert, etwa durch die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft verursacht worden seien. Der Brief bestätigt aber in nachdrücklicher Weise die schon geschilderten Bordmißstände. Er berichtet, daß es infolge dieser Mißstände auf „Friedrich der Große", „Prinzregent Luitpold", „Pillau" und „Thüringen" zu Meutereien ge-

kommen sei. Als Ursache der Vorkommnisse bezeichnet Lotter die vier Punkte, die Pfleger wörtlich in seinen Brief an Capelle übernommen hat:

1. schlechtes Beispiel seitens der Offiziere,
2. mangelhafte Verpflegung,
3. vorschriftswidrige Behandlung,
4. nichtgehaltene Versprechungen betreffend Urlaub.

Es ist nun außerordentlich interessant, welche Mittel zur Abhilfe Lotter vorschlägt. Er sagt:

„Daß eine militärische Untersuchungskommission nie und nimmer in Frage kommen kann, habe ich schon öfters erwähnt, und auch, weshalb dies nicht angängig ist."

Aus dieser und aus anderen Stellen des Briefes ergibt sich, daß Lotter schon vorher öfter — dieser Brief ist vom 23. Juli 1917 datiert — an den Abgeordneten Leicht in demselben Sinne geschrieben hatte.

Lotter schlägt nun zur Abhilfe vor:

„Es tritt sofort eine parlamentarische Untersuchungskommission zusammen, die über diese schwebende Lage und die aufgetauchten Fragen berät. Dazu wird irgendein Angehöriger der Marine aus dem Mannschaftsstand berufen, der über alle Verhältnisse Bericht erstattet und wofür ein Riesenmaterial zur Verfügung steht."

Nach dem Vorschlag Lotters müßte diese Parlamentskommission zur dauernden Beschwerdekommission für die Marinemannschaften ausgestaltet werden. Nur so, meint er, sei die Kriegsmüdigkeit, die Unzufriedenheit und der Widerwille gegen alles, was Militär bzw. Vorgesetzte heißt, zu beseitigen. Er schreibt weiter an Herrn Leicht:

„Ich glaube Ihnen nicht verhehlen zu dürfen, daß man im Reichsmarineamt sich mit Händen und Füßen gegen alle diese Beschuldigungen wehren wird, wenn auch ohne Erfolg und daß damit gerechnet werden muß, daß manche stolze Säule, die heute noch in stolzer Pracht steht, über Nacht schon stürzen kann und wird."

Hier tritt klar zutage, daß Lotter manche Offiziere für die von ihm geschilderten Zustände an Bord der Schiffe verantwortlich macht.

Dieser christliche und patriotische Matrose ist sich auch bewußt, daß er seine Offenheit vielleicht schwer büßen muß. Er schreibt:

„Und sollte ich Unglück haben und der liebe Gott in seinem unerforschlichen Ratschluß mir durch mein Handeln Schweres auferlegen, sei es jetzt, sei es in aller Zukunft, so will ich es gern tragen in dem Bewußtsein, daß es besser ist, daß ein Mensch sterbe, denn daß das ganze Volk verderbe."

Lotter bittet Herrn Leicht, eventuell den Rechtsanwalt Grafen Pestalozza mit seiner Vertretung zu betrauen; für die Kosten werde sein Vater aufkommen.

Dieser Brief beleuchtet die ganze gespannte Atmosphäre in der Flotte 1917 wie mit Blitzlicht.

Herr Abgeordneter Dr. Pfleger hat noch einen zweiten Brief desselben Mannes an Herrn Leicht, datiert vom 20. August 1917, also einen Monat später, zur Verlesung gebracht, der ebenso interessant ist. Lotter hatte am 24. Juli, 7 Uhr abends gehört, daß im Restaurant „Tivoli" in der Gökerstraße in Wilhelmshaven die „Geheimorganisationen der Linienschiffe mit unabhängigen Sozialisten, man sprach sogar von Abgeordneten", sich um 9 Uhr treffen wollten, um binnen weniger Tage eine allgemeine Meuterei in der Flotte hervorzurufen. Er hielt es für seine patriotische Pflicht, ohne Rücksicht auf den vorgeschriebenen Dienstweg sofort zu seinem höchsten Vorgesetzten im Kreuzergeschwader, Admiral v. Hipper, zu gehen und ihm Meldung zu machen. Admiral v. Hipper hat ihn auch ruhig angehört. Leider ist aus dem Brief nicht ersichtlich, ob und was sich an jenem Abend im „Tivoli" tatsächlich ereignet hat, ob dort eine Versammlung ausgehoben worden ist oder ob es sich um blinden Alarm gehandelt hat.

Aber für die Zustände an Bord, die auch den Frömmsten zur Rebellion trieben, ist ein Vorfall charakteristisch, den Lotter im unmittelbaren Anschluß daran schildert. Er schreibt:

„Es gab nämlich wieder einmal Dörrgemüse, ein Essen, das sogar ich, der ich schon um des guten Beispiels willen alles einigermaßen Genießbare annehme, verschmähe. Man stelle sich nur vor: einfach das grüne Etwas mit ein wenig Rindfleisch ohne Kartoffeln, ohne Mehl, also schon mehr nur Wasser und Grün — und das sollte unser Mittagbrot sein."

Einmütig — Lotter eingeschlossen — beschloß die Besatzung: „Wir verweigern heute mittag das Essenholen." Und da sie nicht mit hungrigem Magen arbeiten wollten, gingen 40 Heizer und Oberheizer von Bord. Die Leute sind wiedergeholt worden und sind mit je drei Tagen Mittelarrest bestraft und teils degradiert worden. Lotter berichtet, daß auf den Schiffen „Regensburg" und „Bayern" am gleichen Tage dasselbe passiert sei.

Will nun jemand behaupten, diese Vorkommnisse seien auch eine Folge politischer Verhetzung? Wollen Sie, Herr Abgeordneter Brüninghaus, sagen, die USPD sei es gewesen, die die Mannschaft dazu getrieben habe, das Essen zu verweigern auf allen diesen Schiffen? Wollen Sie behaupten, der Impuls dazu sei von außen gekommen? Nein, der Mensch im Matrosen und Heizer empörte sich über die ganzen Zustände ohne Rücksicht auf politische Einstellung, wie das Mitmachen Lotters beim Hungerstreik deutlich beweist.

Dieser zweite Lotter-Brief enthält noch eine wichtige Stelle. Der Mann schreibt, daß der Kommandant seines Schiffes, des Kreuzers „Bremse", ein Herr v. Bülow, durch einen Fregattenkapitän Westerkamp abgelöst worden sei, und er bemerkt dazu charakteristischerweise:

„Man sollte es kaum für möglich halten, was dieser Personenwechsel für uns bedeutete. Der neue Kommandant war noch keine

drei Tage an Bord, da hatte er sich bereits das Vertrauen und die Liebe Aller erworben . . . Wo früher Arbeitsunlust, Widerwille und Neigung zu mürrischem Wesen zutage trat, da herrscht heute eine Dienstfreudigkeit und ein Humor, daß man baß erstaunen muß. Man glaubt, ganz andere Menschen vor sich zu haben."

Ja, spricht denn das nicht Bände dafür, wie sehr die Offiziere verantwortlich sind für den Geist, der auf ihren Schiffen herrscht? Ich möchte den sehen, der das leugnet.

Herr Brüninghaus sucht sich krampfhaft auf die Phantastereien des Psychopathen Sachse zu stützen, der heute seinen kommunistischen Freunden beweisen möchte, daß er 1917 bereits im Spartakus-Sinne auf der Flotte tätig gewesen sei und deshalb das tollste Zeug zusammenphantasiert.

(Abg. *Brüninghaus:* Ganz falsch!)

— Wenn Sie das für falsch erklären, bin ich genötigt, aus Ihrem ersten Bericht den Nachweis zu bringen, wie unverantwortlich Sie als früherer hoher Marineoffizier, der den ganzen Schwindel der Darstellung Sachses kennen mußte, sich auf ihn stützen. Sie haben aus einem Artikel: „Bürgerkriegserlebnisse. Wie man es nicht machen soll" eine große Partie in Ihren ersten Bericht übernommen, und Sie bringen da ganz einfach ohne irgendeinen Kommentar, daß Sachse behauptet, an einem Juli-Abend 1917 sei er mit einigen Kameraden zusammengekommen, um die Maßnahmen zu beraten, „den neuen Feldzug der Admiralität gegen unsere Organisation unwirksam zu machen". Also Sachse stellt es so dar, als wenn sich damals schon zwei feindliche Gruppen gegenübergestanden hätten: auf der einen Seite die Admiralität, auf der anderen Seite die Mannschaft; als wenn sie schon bewußt gegenseitig einen förmlichen Krieg miteinander geführt hätten. Dazu sagen Sie nichts, obwohl Sie aus den Akten wissen mußten, daß im Juli 1917 davon noch gar keine Rede sein konnte, daß erst durch die Vernehmung des Fischer von der „Pillau" man überhaupt von der Sache erfahren hat und daß schon Dobring hier erklärt hat, er sei erstaunt gewesen, als er am 9. August bei der Vernehmung Sachses erfahren habe, daß die ganzen Dinge einen politischen Hintergrund haben. Aber Sie zitieren ohne ein Wort der Kritik Sachse, der behauptet, daß schon im Juli 1917 ein neuer Feldzug der Admiralität gegen die „Organisation" da gewesen wäre.

(Abg. *Brüninghaus:* Sie haben den Nachsatz weggelassen!)

— Es geht natürlich weiter. Aber Sie durften, wenn Sie die Akten kannten, nicht die Behauptung kritiklos übernehmen, daß schon im Juli 1917 die Admiralität einen Feldzug gegen die angebliche Organisation der Matrosen unternommen hat.

(Abg. *Brüninghaus:* Das stimmt ja gar nicht!)

Sie geben weiter wieder, was Sachse sagt:

„Die Admiralität erkannte sehr bald die großen Gefahren, die ihr

erwuchsen, wenn diese Bewegung der „Meuterer“ auch auf die übrigen Flottenstationen übergreifen würde. Sie bangte vor allen Dingen vor einem Übergreifen der Bewegung auf die U-Boots-Flottillen.“

Und dann weiter:

„Die Admiralität verbot deshalb in den Juli-Tagen den Bezug aller sozialistischen Zeitungen und Flugschriften.

Und weiter:

„Es war uns klar, daß diese Maßnahmen zunächst für unsere Bewegung, wenn auch nicht aufhaltend, so doch hinderlich wären, und wir waren deshalb nun als Zentralkomitee zusammengekommen, um über entsprechende Abwehrmaßnahmen zu beraten.“

Sie durften nicht all das kritiklos übernehmen. Aus den Akten ergibt sich, daß die Zeitungsverbote erst im August erfolgt sind. Sie mußten auch das, was Sie aus den Akten darüber wußten, mitteilen.

(Abg. *Brüninghaus:* Ich weiß selber, was ich zu machen habe!) — Nein, Sie haben offenbar nicht gewußt, was Sie als loyaler Berichterstatter zu tun verpflichtet waren. —

Ebenso übernehmen Sie kritiklos die Erzählung Sachses über die Verhaftung des Heizers Fischer von der „Pillau“. Sachse hat behauptet, daß dieser Heizer Fischer einen Maschinistenanwärter als Verbindungskurier zwischen den einzelnen revolutionären Komitees der Schiffe benutzt, und, da der junge Mensch sich weigerte, ihn durch Brutalitäten dazu gezwungen habe. Davon habe dieser junge Mann seinem Vater Mitteilung gemacht. Der Vater habe Anzeige erstattet, und der junge Anwärter sei vernommen worden. Dann heißt es hier weiter: „Er gab die Führer dieser Bewegung, ebenso die Genossen an.“ Und gleich darauf, etwa 30 Zeilen später, heißt es wieder: Nachdem Oberheizer Fischer in Lörrach in Baden verhaftet worden sei, habe man bei ihm einen Zettel gefunden, „auf dem sich die Namen und die Schiffsbezeichnung aller Genossen des Zentralkomitees befanden. Nun war der Kurzschluß da.“ Vorher waren schon durch den jungen Anwärter die Führer der Bewegung namhaft gemacht, jetzt sind sie erst namhaft gemacht durch den Zettel des Fischer.

Diese ganzen Widersprüche, die sich in den Angaben Sachses befinden, übernehmen Sie kritiklos.

(Abg. *Brüninghaus:* Lesen Sie doch, was da steht!)

Aber was noch schlimmer ist, Sie geben auch folgende Behauptung Sachses wieder:

„Sofort wurde dieses Protokoll dem Admiral, der Oberster Gerichtsherr der Flotte war und sich an Bord unseres Schiffes befand, das gerade auf Schillig-Reede lag, durch Funkspruch übermittelt. Noch ehe der Funkspruch in den Besitz des Admirals kam, war er bereits

in meinem Besitz, und ich konnte eingehende Kenntnis von diesen Dingen nehmen. Ehe wir den Funkspruch wieder an den FT-Gast zurückgaben, informierte ich sofort alle Genossen des Zentralkomitees und wir trafen entsprechende Gegenmaßnahmen. So war es uns gelungen, noch ehe über Berlin hinweg Nachricht an die badische Kriminalpolizei zur Verhaftung des Genossen gegeben werden konnte, den Genossen rechtzeitig durch chiffrierte Meldung zu warnen. Er ging an demselben Tage noch über die Schweizer Grenze nach Basel zu Verwandten."

Ich frage: kann denn ein Mann, der wie der Admiral Brüninghaus während des Krieges in der Marineleitung saß, solchen kompletten Unsinn wirklich glauben, daß es dem Sachse möglich gewesen ist, durch chiffriertes Telegramm nach Lörrach hin eine Warnung an diesen Heizer der „Pillau" zu geben, der zunächst ja den Chiffreschlüssel gar nicht kennen konnte, der gar nicht wissen konnte, wie überhaupt, wenn wirklich ein Chiffretelegramm an ihn kam, dieses Telegramm zu deuten war? Will Herr Brüninghaus behaupten, daß er es für möglich gehalten hat, daß ein Chiffretelegramm während des Krieges von Wilhelmshaven — sei es von Land, sei es vom Schiff — nach Lörrach gehen konnte? Während des Krieges durfte in ganz Deutschland kein einziges chiffriertes Telegramm aufgegeben werden.

(Abg. *Brüninghaus:* Darauf kommt es gar nicht an, lesen Sie doch weiter!)

— Darauf kommt es an. Diesen Unsinn, den Sachse verzapft, um damit vor seinen heutigen Parteigenossen zu renommieren, was er im Kriege für ein tüchtiger Kerl gewesen sei, durften Sie nicht übernehmen, wenn Sie als Berichterstatter loyal verfahren wollten! Aber Ihnen lag ja nur daran, die USPD zu verdächtigen und alles kritiklos zu übernehmen, was in Ihren sogenannten Kram paßte.

(Abg. *Brüninghaus:* Ich habe erklärt: Im einzelnen sind da sicher Fehler drin!)

— Nein, Sie haben gesagt, daß die Ausführungen dieses Artikels im großen und ganzen sicherlich richtig seien, daß vielleicht im einzelnen hier und da belanglose Einzelheiten nicht den Tatsachen entsprechen möchten. Aber umgekehrt wird ein Schuh daraus.

Und nun die ganzen Phantastereien von Sachse! Ich möchte ihnen einen kurzen Artikel entgegenstellen, den der 1917 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilte Oberheizer Rebe vom Schiff „Moltke" am 25. Januar 1926 in der „Roten Fahne", deren Redakteur er jetzt ist, veröffentlicht hat. Rebe ist der Mann, den Dobring als den Gefährlichsten von allen bezeichnet hat, gegen den er die Todesdrohung ausgestoßen hat, die der Schreiber Nöckel als Zeuge so naiv zugegeben hat. Dieser Rebe schreibt am 25. Januar 1926 — also unmittelbar nach meiner ersten Marine-Rede hier — in der „Roten Fahne":

Die Ermordung unserer Matrosen-Kameraden und die Schuld der USPD.

Von A. Rebe, ehem. Oberheizer auf ‚Moltke'

Dittmann enthüllt. Er gibt der Öffentlichkeit Kenntnis von den Vorgängen bei der Flotte, die sich im Juni 1917, also vor 9 Jahren ereignet haben, und durch die nationalistische Presse als Meuterei, Verschwörung und ähnlich bezeichnet werden, an der die USPD schuld sein soll. Dittmann ‚enthüllt', daß das nicht zutrifft. Und er hat recht. Was er sagt, stimmt: Die USPD war weit davon entfernt, auf die Soldaten im Allgemeinen und auf die Marine im besonderen revolutionär einzuwirken, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln, die proletarische Revolution zu organisieren, die Waffen gegen die herrschende Klasse zu richten, um diese niederzukämpfen und die Herrschaft des Proletariats aufzurichten, wie es Lenin lehrte, und wonach das russische Proletariat im Oktober 1917 handelte. Was sich auf den Schiffen der deutschen Flotte im Juli 1917 ereignete, war nicht einmal ein schwacher Ansatz dazu. Es gab damals in Deutschland nur wenige, die Lenins Lehren kannten, es gab keine Bolschewiki, auch nicht bei der Marine. Es gab bei der Marine auch keine ‚Spartakus'-Anhänger. Ich glaube sagen zu können, daß auf nicht einem Schiff die Spartakus-Briefe bekannt waren. Der Wille zur Revolution, das bewußte Daraufhinarbeiten, war nicht vorhanden. Und die Schuld der halben USPD-Führer war es gerade, daß sie den Frieden als Ziel aufstellten, uns aber nicht den revolutionären Weg dazu zeigten. Es gab bei der Marine nur Anhänger, teils frühere Mitglieder der Sozialdemokratie. Auch ich gehörte zu ihnen. Wir kannten das Erfurter Programm; besonders interessierte uns der Absatz über die Stellung zum Krieg. Was darüber im Erfurter Programm stand, entsprach unserer Auffassung. Mehr nicht. Wir sahen, daß die Sozialdemokraten nicht nach ihrem Programm handelten, sondern den Militaristen die Kriegskredite bewilligten. Das verstanden wir nicht. Viele von uns sehnten sich nach Beendigung des Krieges. Blieb uns doch das Elend, die Not, durch den Krieg verursacht, nicht unbekannt. Wir spürten es ja am eigenen Leibe. Die Verpflegung war hundsmiserabel für die Mannschaften, die Offiziere schwelgten, sie lebten gut. Sie hatten gut reden vom Durchhalten. Wir aber wollten den Frieden. Als dann die 19 unabhängigen Sozialdemokraten sich gegen weitere Bewilligung von Kriegskrediten erklärten, wurden unsere Hoffnungen auf baldigen Friedensschluß lebendig. Unsere Sympathien wandten sich ihnen zu. Überhaupt gehörte unsere Sympathie allen, die gegen die Fortführung des Krieges waren. Die Forderung eines ‚Friedens ohne

Annexionen und Kontributionen', wie sie die USPD aufgestellt hatte, fand unsern Beifall. Für die Stockholmer Konferenz zeigten wir ein großes Interesse.

Um unsere Friedenssehnsucht zu dokumentieren, sammelten wir Unterschriften. Aus eigenem Antrieb, nicht aufgefordert durch die USPD.

Das war damals unsere politische Tätigkeit. Kein Mensch bei uns dachte an bewaffneten Aufstand. Sonst kümmerten wir uns nur um Bordangelegenheiten, wie Verpflegung und Dienst. Im verstärkten Maße taten wir das, als wir auf Anweisung des Kommandos März 1917 eine sogenannte **Beschwerdekommission** bildeten. In dieser Tätigkeit erblickten die kriegsbegeisterten, weil guternährten, Offiziere ein Verbrechen.

Wenn heute, nach neun Jahren, Dittmann feststellt, daß die Erschießung von Köbis und Reichpietsch ein Verbrechen, ein Mord war, so hat er auch hierin bestimmt recht. **Warum wurden die Mörder und Verantwortlichen an dem Mord 1918 aber nicht zur Rechenschaft gezogen? Das ist die Schuld der damaligen USPD-Führer, das ist die Schuld des ehemaligen Rates der Volksbeauftragten!**

Ich habe gelernt aus diesen Dingen und erkannt, daß lediglich der Weg, den die russischen Bolschewisten im Oktober 1917 gegangen sind, der richtige ist. Während wir in Deutschland uns in Illusionen über die Stockholmer Friedenskonferenz wiegten, bereiteten sie den Entscheidungskampf mit der bis dahin herrschenden Klasse vor. Sie haben die Schlacht gewonnen und die Verbrecher am Proletariat der verdienten Strafe zugeführt.

Die Erstickung der proletarischen Revolution in Deutschland ist durch die Halbheiten der USPD-Führer verschuldet. Anstatt uns schon 1917 den revolutionären Weg zu weisen, haben sie bei uns Illusionen über den guten Willen des kapitalistischen Regimes genährt. So kam es, daß dieses Regime unsere Kameraden Reichpietsch und Köbis vorsätzlich ermorden konnte, ohne daß diese und ihre Kameraden überhaupt eine Gefahr für das herrschende Regime gewesen wären."

Dieser Artikel Rebes widerlegt schlagend die albernen Phantastereien Sachses, mit denen wir uns genügend beschäftigt haben. Rebe zeigt, daß 1917 auf der Flotte von Spartakus kein Mensch etwas wußte.

(Abg. *Brüninghaus:* Lesen Sie mal das Rechtsgutachten von de Bary über Rebe!)

— de Bary mußte sich auf die Akten stützen, die ihm von den Untersuchungsführern geliefert wurden, und daß diese Akten Makulatur sind, habe ich Ihnen bereits nachgewiesen. Warum wollen Sie uns immer wieder mit diesen Protokollen belästigen? de Bary hat die Leute nicht selber vernommen, lediglich zu allererst den Weber.

Aber Rebe zeigt, daß 1917 auf der Flotte von Spartakus kein Mensch etwas gewußt hat. Sachse hat, in die Enge getrieben, selber zugegeben, daß er auch nur einen einzigen Spartakus-Brief in die Hände bekommen habe. Ich erlaube mir, auch diese Angabe Sachses noch stark in Zweifel zu ziehen.

(Abg. *Brüninghaus:* Aber der Aufruf Rebes!)

Das Berliner Polizeipräsidium hatte den politisch versierten Kriminalwachtmeister Schwarz nach Wilhelmshaven gesandt, und er berichtete unter dem 22. September 1917 an das Polizeipräsidium in Berlin. Der Bericht beginnt:

„Den Mitgliedern der Zentralleitung der USPD, an deren Spitze die Reichstagsabgeordneten Haase und Dittmann sowie die Schriftstellerin Frau Luise Zietz stehen, kann im vorliegenden Falle nichts nachgewiesen werden, was einem Einschreiten des Oberreichsanwalts Erfolg verspräche."

Nach dieser Einleitung folgen dann die uns bekannten Einzelheiten über die Vernehmungen von Reichpietsch, Sachse, Calmus u. a., und es heißt im Anschluß daran:

„Die beiden Erstgenannten (Reichpietsch und Sachse) haben bei ihrer Vernehmung durch den Unterzeichneten"

— also den Kriminalwachtweister Schwarz —

„über ihre Berliner Besprechungen mit Dittmann resp. der Zietz eingehend ausgesagt. Sie konnten jedoch nicht angeben, daß sie hierbei zu Gewalttätigkeiten irgendwelcher Art aufgefordert worden sind."

Schließlich heißt es noch in dem Bericht sehr bezeichnenderweise:

„Bemerkenswert ist die Tatsache, daß eine Verbreitung linksradikaler Druckschriften (Spartakus-Schriften) nicht festgestellt wurde; — es handelt sich lediglich um Material der Unabhängigen. Es ist ferner auch recht bezeichnend, daß in Wilhelmshaven eine Organisation der Unabhängigen bisher nicht bestand."

Der Kriminalwachtmeister Schwarz, der das berichtete, war vertraut mit der Beobachtung des oppositionellen Flügels der Sozialdemokratie und deshalb vom Berliner Polizeipräsidium nach Wilhelmshaven geschickt worden, um die Behauptungen Dobrings nachzuprüfen. Er mußte aber auf Grund eigener Vernehmungen feststellen, daß die USPD mit Meutereiplänen nichts zu tun hatte und daß Spartakus dort auf der Flotte gänzlich unbekannt war. Das stimmt völlig überein mit den Angaben Rebes in der „Roten Fahne" und mit dem späteren Bericht des Oberreichsanwalts, auf den ich bereits hingewiesen habe. Demgegenüber besitzen Sachses widerspruchsvolle Phantastereien keinerlei Beweiskraft.

Und nun zu unserem Sachverständigen Herrn Stumpf. Am Schluß des kurzen Gutachtens, das er uns hier erstattet hat, sagt der Sach-

verständige Stumpf, der ja fast den ganzen Krieg hindurch Matrose auf dem Linienschiff „Helgoland“ war:

„Es wäre vielleicht aufschlußreich, einmal in meinem Tagebuch nachzulesen, wie tief und breit tatsächlich die Kluft war, so daß es keiner Agitation von außen bedurfte.“

In der Tat ist es sehr aufschlußreich, in diesem Tagebuch zu lesen. Herr Joos hat ja bereits einige Stichproben aus dem Tagebuch des Herrn Stumpf vorgetragen, aus denen sich dasselbe ergibt, was auch aus den Briefen Lotters hervorgeht. Ich habe jetzt das ganze Tagebuch gelesen, das Herr Stumpf nunmehr als Buch herausgegeben hat unter dem Titel: „Warum die Flotte zerbrach.“ Das Studium dieses Tagebuches wirkt wie eine Offenbarung. Das Buch ist in seiner Gesamtheit die Antwort auf alle die Fragen, die wir hier erörtern. Den Mitgliedern des Ausschusses ist dieses Buch zugegangen, so daß ich vielleicht erwarten darf, daß Ihnen der Wortlaut bekannt ist. Es leuchtet von unten her hinein in die Ursachen und Gründe des Zusammenbruchs der Flotte. Wer das Buch gelesen hat, fragt nicht mehr, warum die Flotte zerbrach.

Herr Stumpf ist genau wie Lotter ein christlich und national eingestellter Mann, der seine Abneigung gegen alles Sozialistische — Kommunisten gab es damals noch nicht — an verschiedenen Stellen des Tagebuches bekundet. Aber die Stimmung und die Geistesverfassung, in die er durch die schreienden Bordmißstände versetzt wird, ist völlig die gleiche, wie wir sie bei Weber, Beckers, Köbis, Reichpietsch und Sachse kennengelernt haben. Und auch die Äußerungen des Unwillens und der Empörung sind bei Stumpf oft wörtlich dieselben wie bei den 1917 so schwer Verurteilten. Ja, es finden sich in dem Tagebuch Urteile von einer Schärfe, wie sie von keinem der Verurteilten behauptet worden sind, auch nicht von Herrn Dr. Dobring. Hätte Herr Dr. Dobring 1917 die Stumpfschen Tagebücher in die Finger bekommen, dann wäre Stumpf ohne Zweifel ebenso wie Reichpietsch und Köbis erschossen worden.

(Abg. Dr. *Moses:* Das glaube ich auch!)

Herr Dr. Dobring hätte seine christliche und nationale Gesinnung als Maske hingestellt, um seine „revolutionäre und demagogische Einstellung“ zu verbergen.

Die angeblich so gefährlichen und revolutionären Redewendungen von Reichpietsch, Köbis und Beckers, die Dr. Dobring und Abgeordneter Brüninghaus immerfort als Spießerschreck hervorzerren, verblassen vor der Sprache dieses christlich-nationalen Matrosen, der heute noch christlicher Gewerkschaftler ist, so wie er es vor seinem Eintritt in die Marine schon war. Herr Stumpf hat über das, was er in sein Tagebuch geschrieben, auch mit Kameraden gesprochen, wie er mir auf Befragen versichert hat. Ich darf bei der ganzen Mentalität des Herrn Stumpf annehmen, daß auch das, was in seinem Tagebuch

seinen Niederschlag gefunden hat, im wesentlichen von ihm mit seinen Kameraden besprochen worden ist. Wie wäre es ihm ergangen, wenn Herr Dr. Dobring diese Kameraden nach seinen terroristischen Methoden über die Äußerungen Stumpfs immer wieder in ein Kreuzverhör genommen und dann noch dazu die Niederschriften im Tagebuch gefunden hätte?! Wie hat man nicht drastische Äußerungen des Unwillens den Verurteilten ausgelegt als Beweis für geplante Gewalt- und Sabotageakte! Bei Herrn Stumpf können Sie schon im August 1915 lesen:

„Solche kleinliche Nadelstiche gegen die Besatzung gibt es eine ganze Menge. Sie verekeln die Lust und Liebe zum Dienst, ja sie reizen direkt zur Sabotage an. Hier und da verschwindet etwas oder es ist ruiniert. Unser aller Wunsch ist es, die „Helgoland" möchte auf eine Mine laufen und das ganze Offiziers-Wohndeck in Fetzen reißen."

(Abg. Dr. *Moses:* Hört! Hört! — Abg. *Joos:* Das war allerdings nur ein Wunsch!)

— Ja, natürlich. Auch andere haben Wünsche geäußert, und das ist ihnen ausgelegt worden, als ob sie Pläne gehabt hätten. Das ist eben das Schlimme.

Im Oktober 1915 findet sich eine ähnliche Eintragung in dem Tagebuch:

„Der Geist unter der Besatzung ist nun bereits so, daß jeder sich darüber freuen würde, wenn wir so eine „Zigarre" (Torpedo) in den Wanst kriegten. Ganz im Ernst würde das jeder unserer furchtsamen Führung gönnen."

Im Juni 1917 schreibt Herr Stumpf:

„Ich weiß nicht, was in der letzten Zeit in mich gefahren ist. Einen Grimm und eine Erbitterung trage ich in mir, die ganz unheimlich ist. Wenn ich den Ersten Offizier irgendwo unerwartet vor mir sehe, so ist mein erster Gedanke: Könntest du ihm doch den Hals abschneiden! Allen Ernstes wäre ich zu jeder Stunde bereit, dies zu tun. Und im Grunde hat er mir persönlich nichts getan. Das Unrecht, das anderen zugefügt wird, empört mich weit mehr, als wenn es mir passierte."

Meinen Sie nicht auch, wenn ein so ruhiger, fast überbescheidener Mann wie Herr Stumpf derartiges schreibt, daß dann wirklich etwas faul gewesen sein muß auf dem Schiff?

(Abg. *Joos:* Das Schiffsleben an sich hat auf die Leute so gewirkt!)

Wenn man das jetzt nachträglich bei Herrn Stumpf erfährt, kann man sich vorstellen, daß auch bei anderen ähnliche Äußerungen des Unwillens erklärlich waren.

Während wir bisher glaubten, erst im Sommer 1917 sei es zu

größeren Gehorsamsverweigerungen gekommen, berichtet uns Herr Stumpf schon vom September 1916:

„An Bord gibt es genug Anlaß zum Nachdenken und zur Beschwerde. Die schlechte Verpflegung und Behandlung hat schon Anlaß zu direkten Gehorsamsverweigerungen ganzer Divisionen gegeben. (Erste Division.) Ja, es hat sich dieser Unmut schon soweit verdichtet, daß aus einem Geschütz die Sicherung genommen und die Mittschiffsger angeschnitten wurde. Der Erfolg ist nur, daß nun bei sämtlichen Geschützen Tag und Nacht Posten stehen. Der Missetäter ist unbekannt, aber die Verpflegung hat eine merkliche Besserung erfahren. Das war ja auch der Zweck der Übung."

Da sehen Sie, aus welchen Ursachen heraus solche Sabotageakte vorgenommen worden sind. Um das Essen drehte sich schon damals alles.

Neujahr 1917 gesteht Herr Stumpf:

„Ja, ich wundere mich selbst, daß der Küchenzettel und die Magenfrage einen so großen Raum in meinem Kriegstagebuch einnehmen. Verwunderlich ist das weiter nicht. Wer einmal acht Tage hier gewesen ist und sich mit dem Seelenleben des Matrosen beschäftigt, wird finden, daß die Haupt- und Kardinalfrage des Tages heißt: Was gibt's heute zu essen?"

Wie aber verhielten sich die Offiziere gegenüber den Klagen über das Essen? Herr Stumpf berichtet vom 1. März 1917:

„Da sind heute wieder ein Dutzend Kerle bei mir gewesen und haben behauptet, das Essen, besonders die Kartoffeln, seien ungenießbar. Es bedarf wohl nicht der Versicherung, daß eure Angehörigen zu Hause nicht halb soviel Kartoffeln im Topfe haben wie ihr. Außerdem habe ich sie gekostet und dabei gefunden, daß sie zwar etwas süß schmecken, weil sie etwas angefroren sind und zum Teil auch faul sind. Kerls, ich verlange, daß ihr dem Ernste der Zeit Rechnung tragt und euch nicht über Sachen beschwert, die ich auch nicht ändern kann. Wem die Kartoffeln so nicht schmecken — der läßt sie eben stehen, und kommt mir noch einer damit — sperre ich ihn ein. Wegtreten."

Wie damals der Hunger schon automatisch Friedenssehnsucht hervorrief, zeigt die Eintragung vom 29. Oktober 1916:

„Wenn der Kohldampf nicht wär' . . . Da soll man Lust zur Arbeit haben, wenn einem dauernd der Kohldampf in die Gedärme kriecht. ‚Schöner Friede, komm doch wieder, schöner Friede, komm doch bald.' "

Da ist die direkte Verbindung zwischen Hunger und Frieden ohne irgendein Medium von außen her, ohne Agitation der USPD oder sonst einer politischen Stelle.

Aber schlimmer noch als der Hunger selbst wirkte der Gegen-

satz zwischen der Mannschafts- und der Offizierskost. Schon im Herbst 1915 berichtet Herr Stumpf:

„Jetzt hat man uns wieder Brot abgezogen. Es reicht nun nicht mehr zum Sattessen. Dagegen leben die Offiziere noch immer in Saus und Braus und verzehren, was gut und teuer ist.

Fast jede Woche ist abends in der Messe ein großes Essen, bei welchem wenigstens 5 Gänge Fleisch aufgetragen werden."

Das muß natürlich verbitternd wirken. — Weihnachten 1916 schreibt Herr Stumpf:

„In der Messe ging's hoch her. Da gab's Gänsebraten und die Sektpfropfen knallten. Ich beneide sie aber nicht darum. Mögen die Herren sich besaufen —, wenn sie nur unsereinem die Ruhe lassen."

Am 1. Juni 1917 schreibt er wieder:

„Die Offiziere veranstalteten in der Messe ein großes Sauf- und Freßgelage, das seinen Höhepunkt um Mitternacht erreichte."

Ähnliche Wendungen finden sich noch häufig in dem Tagebuch. Kann es denn etwas Aufreizenderes geben als bei den Mannschaften der Hunger und das Schlemmerleben bei den Offizieren? Muß das nicht förmlich die Mannschaften zur Empörung treiben?

Und dazu die Behandlung! Im Juni 1917 berichtet Herr Stumpf, daß ein Oberleutnant seine Division eine Stunde nachexerzieren ließ, weil sie beim Kohlen später fertig geworden war als eine andere Division. Er schreibt:

„Minutenlang ließ er die armen Kerls in Kniebeuge verharren, in den Kohlenstaub sich hinlegen und Parademarsch klopfen, bis sie alle in Schweiß gebadet waren. Währenddem marschierte ein Trupp Gefangener vorbei. Vor denen habe ich mich geschämt, geschämt wie noch selten in meinem Leben. Hat Bismarck das gemeint, als er sagte, den preußischen Leutnant können „sie" uns nicht nachmachen?

Im April 1916 schüttet Herr Stumpf über die Schikanen und die Geistesverfassung der Offiziere sein Herz aus in folgender Zusammenfassung:

„Wenn ich all die kleinlichen Schikanen und Bosheiten, die gewisse unserer Vorgesetzten gegen uns loslassen, notieren wollte, so hätte ich viel zu tun. So begnüge ich mich damit, nur gelegentlich mal eine besonders handgreifliche Sache anzunageln. Das meiste wird mit Humor ertragen, gebührend belacht, verspottet und vergessen. Laßt uns verfahren nach dem Grundsatz: Alles verstehen, heißt alles verzeihen. Wir geben zu, daß ihr auf Grund eurer Dummheit, Geburt und zum Teil auch des Geldbeutels verrückt wärt, wenn ihr die Macht, die euch gegen uns gegeben, nicht ausnützen würdet. Ihr aber verlangt von uns nicht, daß wir euch achten und ehren, daß wir euch nicht als die Retter des Vaterlandes betrachten, sondern

als dessen Drohnen, und deshalb seid ihr gewiß nicht böse, wenn in passender Stunde euer Dünkel gebrochen wird, und ihr dann mit Glanz von dem Throne, welchen der Unverstand der Massen euch errichtet hat, herunterpurzelt.

Es mag dies wohl mal eine schwere Arbeit geben, aber sie ist des Schweißes der Edlen wert. Ich bin gewiß nicht dagegen, wenn auch in Zukunft Beamte und Offiziere gut, ja besser bezahlt werden als heute.

Aber da sie unserem braven arbeitstüchtigen Volke ein Vorbild sein sollen, müssen sie etwas Positives, Sichtbares dafür leisten. Ein Kapitänleutnant zum Beispiel hat 650 Mark Gehalt monatlich. Und was tut er dafür dem Staat, der Allgemeinheit? Er putzt und poliert seine Fingernägel, hält seinen Scheitel in Ordnung und geht nur auf See Wache. Hundert Ausnahmen sind von vornherein zugestanden. Gewiß, rühmenswerte Ausnahmen gibt es, die sich auch mit Problemen beschäftigen, die nicht in ihren Beruf einschlagen, und uns auch mal praktisch was vormachen können. Aber die kann ich mit der Hälfte Finger einer einzigen Hand abzählen.

Was sollen sie auch? Haben sie doch hier eine sichere Existenz, und befördert werden sie auch ohne Entwicklung von Geistesgaben. Was will man denn auch? Mit 19 Jahren ist einer Leutnant und hat da als solcher ein Gehalt von etwas über 300 Mark. Kann's da was Besseres geben als die Laufbahn bei der Kriegsmarine?

Wenn am Ersten Gehaltsauszahlung ist, denkt wohl keiner der noblen Herren daran, wieviel saurer Schweiß auf diesem Geld liegt.

Wie verächtlich sieht dies Volk auf den Werftarbeiter und Bergmann und weiß nicht, wer seine goldenen Tressen und Knöpfe bezahlt! Pöbel und Plebs ist in ihrem Munde alles, was nicht Stern und Streifen trägt."

Man kann in Herrn Stumpfs Tagebuch förmlich fühlen, wie der Ingrimm gegen die Offiziere wächst, und versteht es, wenn er einmal ausruft:

„Wie sehne ich doch die Zeit herbei, wo ich von all dieser Sammlung von Stumpfsinn und Gemeinheit befreit sein werde. So gern ich Soldat geworden bin und es war, so sehr ist mir nun dies Leben ein Ekel."

Man wundert sich auch nicht mehr, wenn man im Februar 1917 bei ihm liest:

„Unsere „Herren" haben Langeweile, deshalb soll in Zukunft mehr militärischer Dienst sein. Wir werden zu üppig — — — Nur so zu, das ist recht, um so üppiger wird die Saat des Hasses in die Halme schießen, wenn erst die Schützengräben sich leeren und die mißführten Proleten die Waffen gegen die kehren, die es verdient

haben. Tag des Gerichts, wann brichst du an in meiner Nacht?“ Herr Stumpf berichtet auch über direkte Mißhandlungen und ruft im Anschluß an solche Mitteilung aus:

„August Bebel, ins Grab hinein rufe ich dir heißen Dank für alle deine Bemühungen zugunsten der armen bedrückten Soldaten! Ich habe dich früher mißverstanden, dir ob aller Übertreibungen deiner Reden zum Militäretat gezürnt, heute empfinde ich sie als patriotische Tat, für welche dich die deutschen Mütter und Geschwister segnen — — —.“

Dieses Lob über Bebel findet sich eingetragen ausgerechnet — sicher ein Zufall — am 22. Februar 1917, dem Geburtstage Bebels. Schon im November 1916 ruft Stumpf aus:

„Zum Teufel mit dem Offizierspack, sie sollen uns in keinen Krieg mehr hineinreißen! Mögen sie einen ehrlichen Beruf ergreifen oder krepieren! Von unserer Dummheit sollen sie nicht mehr leben und von unserem Geld sich mästen.“

Am 20. Mai 1917 heißt es:

„Jeden Tag wünsche ich mehr, wir möchten den Krieg so verlieren, daß auch nicht ein einziger Epaulettenträger und nicht ein Mordinstrument mehr übrigbleibt.“

Immer wieder kommt der Ingrimm über die Offiziere zum Ausdruck, die dem einfachen Mann die Vaterlandsliebe systematisch aus dem Herzen reißen.

Am 1. August 1917, also zur kritischen Zeit, schreibt Herr Stumpf über die Offiziere:

„Diese Herren haben keine Ahnung, wie riesengroß das Schuldkonto ist, welches sie gehäuft haben. Die Feinde sind's!! Ich muß sagen, eine sehr bequeme Ausrede, So heißt's immer; auch wenn im Lande etwas los ist. Man möchte lachen, wenn es nicht so bitter ernst wäre. Es müssen scheinbar *einmal Köpfe fliegen,* um diesen Leuten das Bewußtsein der Schuld vor Augen zu führen. Es ist doch ein Jammer, daß ein so tüchtiges und braves Volk wie das deutsche so miserabel geführt wird. Könnte ich doch mit der Faust dreinschlagen und dieses feile Gesindel, das seine eigenen Volksgenossen verführt und verbittert macht, von der Erde verschwinden lassen.“

Wenn diese rebellische Stimmung schon Herrn Stumpf im August 1917 erfüllt hat, kann man sich da wundern, wenn sie bei weniger beherrschten Elementen zur Explosion geführt hat, und zwar aus den inneren Schiffszuständen heraus, ohne irgendwelches Hineintragen von außen her?

Als es zu den barbarischen Urteilen auf der Flotte gekommen war, hat das auf Stumpf wie ein unfaßbares Verbrechen gewirkt. Er schreibt:

„Seit geraumer Zeit, einige Tage schon, sinne ich darüber nach, mit welchen Ausdrücken ich ein Verbrechen beschreiben soll, dessen Ungeheuerlichkeit alle Begriffe übersteigt."

Und dann sagt er schließlich:

„Allmählich geht mir eine ganze Bogenlampe auf, warum manche Menschen das Militär und sein System mit solcher Leidenschaft bekämpfen. Armer Karl Liebknecht! Wie tust du mir heute leid."

Und schließlich bemerkt er bitter:

„Wir aber, die hier geblieben sind, genießen nun die Früchte des Opfers. In der richtigen Erkenntnis, daß ein gefüllter Magen nicht leicht zu Gewalttätigkeiten neigt, gibt man uns jetzt gut und reichlich zu essen. Der alte Trick: Zuckerbrot und Peitsche. Die im Zuchthaus sitzen, sind fast vergessen. Von nun ab erhalten fünf Mann ein ganzes Brot."

Später sagte er zu dem Vorgehen des Reichskanzlers Michaelis im Reichstage gegen die USPD:

„Nun, da ihr Mund stumm oder hinter Zuchthausmauern verschlossen ist, kommt der Reichskanzler, wirft diese Aussagen der USPD vor die Füße und erklärt: „Von nun ab stehen Sie jenseits der Linie." Erfreulicherweise hat diese Leichtfertigkeit fast überall berechtigte Entrüstung und Kritik hervorgerufen. Besonders der Abgeordnete Naumann traf den Kern der Sache. Mir persönlich sind die „Unentwegten" so unsympathisch wie nur etwas, aber in diesem Falle hatten sie vollkommen recht."

Dem armen Reichpietsch hat es das Leben gekostet, daß er sich hat hinreißen lassen, davon zu sprechen, die Fesseln zu sprengen nach russischem Muster! Wir haben vorhin von dem Abgeordneten Brüninghaus ja dieses Zitat wieder hören können.

In dem Tagebuch des Herrn Stumpf, der den Sozialismus immer wieder ablehnt, finden sich ganz die gleichen Gedankengänge, die den Leuten durch ihr fürchterliches Sklavenleben förmlich aufgedrängt wurden. So z. B. schreibt Herr Stumpf im Mai 1917, also vor den Urteilen:

„Im Anfang war das Wort! Aber helfen kann uns nur die Tat, jene lebendige Kraft, wie sie uns aus dem Osten hinter den Schützengräben so hell leuchtet. Der Ostsee wäre es gleich, ob hinter dem ins Eis gebrochenen Loche russische oder deutsche Parasiten verschwinden. Wie mächtig würde die deutsche Eiche ihre Äste ausbreiten, wenn auf ihren Zweigen nur Blätter wachsen könnten, die nicht nur zehren, sondern auch nähren."

Und im Juli 1917, also kurz vor den Verhaftungen, sagt er:

Recht erbauliche Dinge hören wir zurzeit von der Ostseeflotte. Die Schiffe der ‚Gaugut'-Klasse haben den Befehl, das sich außerhalb des Machtbereichs der vorläufigen Regierung stellende Kronstadt mit den Geschützen anzugreifen, damit beantwortet, daß sie

zunächst die mißliebigen Offiziere über Bord warfen. Bravo! Mir schlägt das Herz höher, wenn ich dieser schneidigen Burschen gedenke. Das sollen wir Deutschen mal nachmachen! Diese als stumpf und geduldig verrufenen Russen haben eine Tat vollbracht, die zu den besten des Krieges zu zählen ist. Sie haben erkannt, daß die Feinde an ihrer Spitze stehen, und dementsprechend gehandelt. Wie ein Blitz sollte diese Tat bei allen Kriegführenden die Atmosphäre reinigen und den bedrängten Völkern den Weg zum Frieden öffnen . . . Die ganze Welt ist ein Irrenhaus, die ältesten Dynastien sind gestürzt oder kauern angstvoll auf einem Vulkan, der jeden Tag gefährlicher kocht und brodelt."

Zweifelt jemand daran, daß Herr Stumpf sein Leben verwirkt hätte, wenn Herr Dr. Dobring 1917 diese Tagebuchstellen bei ihm entdeckt hätte?

Was aber beweist uns die Sprache dieses Tagebuches? Vor allem beweist sie uns, daß den 1917 Verurteilten das blutigste Unrecht geschehen ist, als man einzelne ähnliche Wendungen von ihnen zur Begründung von Zuchthaus- und Todesurteilen verwendet hat. Es standen sich damals zwei Welten gegenüber, die auch verschiedene Sprachen redeten. Die Matrosen und Heizer waren zu 90% Proletarier, Arbeiter, denen täglich der Klassengegensatz zu der Herrenkaste der Offiziere drastisch vor Augen trat. Es war einfach die proletarische Sprache, nicht eine spezifisch sozialistische Sprache, die die Heizer und Matrosen führten. Darin waren sich die sozialistischen, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Arbeiter und die Arbeiter, die gar keiner Parteirichtung oder Gewerkschaftsrichtung angehörten, gleich, wie uns das Tagebuch des Herrn Stumpf klar zeigt.

Herr Stumpf hat uns auch hier erklärt, daß Bieber und Linke, die beiden Verurteilten von der „Helgoland", die er ja persönlich aufs beste kannte, weder Sozialisten noch Revolutionäre waren. Er sagt in seinem Gutachten (Bd. 10, I dieser Reihe S. 48):

„Bieber war ebenso fanatisch patriotisch wie ich. . . . Der hat dann 10 Jahre Zuchthaus bekommen . . ., weil anzunehmen war, daß er die Ziele der USPD genau kannte."

Und auf den Zuruf: „Er war kein USPD-Mann?", erwiderte Herr Stumpf: „Nein, im Gegenteil!"

Von Linke bekundete Herr Stumpf (Bd. 10, I dieser Reihe S. 51): „Er ist heute noch im Marineverein." Und aus einem Brief Linkes an Stumpf habe ich in einer früheren Sitzung bereits eine Stelle verlesen, in der Linke sagt: Erst von Dr. Loesch habe er erfahren, daß eine Lahmlegung der Flotte geplant gewesen sein sollte, er habe davon nichts gewußt.

Beckers und Weber sind ja auch heute noch keine Sozialdemokraten oder gar Kommunisten! Es ist außerordentlich charakteristisch, daß z. B. Beckers, von dem feststeht, daß er Anarchosozialist war

und, durch die Lektüre von Stirner beeinflußt, jede Partei ablehnte, doch während des Krieges für die USPD Propaganda machte, indem er seine Kameraden aufforderte, sich der USPD anzuschließen, weil sie für den Frieden war, den die Mannschaft wollte. Also die Leute haben sich einfach derjenigen politischen Richtung angeschlossen, die bereit war, den Frieden, den sie wünschten, zu erstreben, ohne daß sie damit dokumentieren wollten: wir sind Parteigänger der und der Partei. Aber Proletarier, Arbeiter sind sie alle gewesen!

Weil aber Dobring und Genossen keine blasse Ahnung hatten von der Arbeiterbewegung, von den politischen Parteien und speziell vom Sozialismus, deshalb wurden den 1917 Verurteilten die proletarischen Äußerungen als spezifisch sozialistisch-revolutionär ausgelegt und sie mit Zuchthaus und Todesstrafe belegt.

Aus dem Klassengeist der herrschenden Herrenschicht heraus, die verständnislos dem Seelenleben der Beherrschten gegenüberstand, sind diese barbarischen Urteile und Justizmorde entsprungen. Der rebellische Geist, den die Bordmißstände erzeugt hatten, ist auch nach den Todesurteilen von 1917 geblieben, weil die Ursache blieb und fortwirkte, wie ich bereits in meinem ersten Bericht dargelegt habe. Herr Kollege Joos hat in einer unserer Sitzungen treffend gesagt:

„Es ist hier einmal gefragt worden, worin denn die Verbindung zwischen 1917 und 1918 bestehe. Diese Verbindung scheint mir gegeben. Was 1917 vor sich gegangen ist und als ungerecht empfunden wurde, wirkte in den Mannschaften nach, und es war nur die Frage: Wann wird unsere Niederlage offenbar, wann kommt der Augenblick, wo es hoffnungslos ist? Dann wird es explodieren."

Das Tagebuch des Herrn Stumpf bestätigt die Richtigkeit dieser Auffassung. Man fühlt zwischen den Zeilen förmlich, wie von Monat zu Monat die Hoffnungslosigkeit wächst und schließlich zum Zusammenbruch führt.

Am 2. Pfingsttag 1918 schreibt Herr Stumpf:

„Wenn es uns also in diesem Jahre nicht gelingt, den Feinden den Frieden aufzuzwingen, werden wir im nächsten Jahre den Krieg verlieren."

Nach dem Scheitern der Sommeroffensive 1918 berichtet Herr Stumpf:

„Schier unerträglich lastet die Kriegsmüdigkeit auf Herz und Gemüt! Meine allzeit optimistische Seele beginnt allmählich für Vorstellungen empfänglich zu werden, deren Annahme sie früher beharrlich verweigerte. Diese moralische Depression ist jedoch allgemein in deutschen Landen. Sie entstand mit dem Tage, als die Franzosen unseren Angriff aufhielten, ja selbst die Überlegenheit in die Hand bekamen. Mit der Räumung feindlichen Bodens verliert unser stärkster Trumpf an Wert, und wenn wir uns erst nicht mehr darauf berufen können, daß unsere Truppen in Feindesland stehen, ist unser aller Siegesglaube dahin."

Und weiter:

„Geradezu beleidigend berührt mich die Tatsache, daß eine anmaßende Bureaukratie es fertigbringt, das deutsche Volk für die Wahrheit unreif zu halten. Geradezu erbärmlich und dumm zugleich ist die Art und Weise, mit der den Reichstagsabgeordneten unsere bedenkliche Lage zu Wasser und zu Lande mundgerecht gemacht wird. Mich wundert's, daß man diesen Burschen nicht das Jackstück verhaut. Die Geduld der Deutschen ist anscheinend unbegrenzt."

Und am 3. Oktober 1918 schreibt er:

„Unbedingt rätselhaft ist es mir, wie schnell in den letzten paar Tagen so eine überwältigende Friedensstimmung geschaffen werden konnte. Überall spricht man davon wie von etwas, das unbedingt in wenigen Tagen eintreten wird. Der Regierungswechsel kann es unmöglich allein sein, der dies Wunder vollbracht. Mit erschreckendem Gleichmut diskutiert alles über die möglichen Bedingungen der Feinde.

Bulgarien ist innerhalb Stunden vollkommen zusammengebrochen, die Türkei ist aufs schwerste bedroht. Wer weiß, ob nicht auch Österreich bald die weiße Fahne zeigt und um Frieden auf Gnade oder Ungnade bittet. Sozusagen über Nacht haben wir demnach den Krieg verloren. Wie stets in solchen Fällen, blieb das deutsche Volk über die Ereignisse da drunten völlig im Dunkeln, und nun ist mit einem Male der Krach da, und vollständige Mutlosigkeit legt sich wie ein Alp auf die Gemüter der Besten."

Das schreibt der Mann am 3. Oktober 1918! Hier sieht man die Rückwirkung der katastrophalen Ereignisse an den Armeefronten auf die Stimmung in der Flotte. Und es ging rapide abwärts!

Am 16. Oktober 1918 heißt es bei Herrn Stumpf:

„Noch einmal möchte ich fragen: was ist denn nur geschehen, daß eine gar so trostlose Stimmung einreißen konnte? Vor einem Monat waren die Menschen keineswegs so hoffnungsfreudig, aber daß das Barometer so rasch und tief unter den Nullpunkt sinken würde, hat wohl niemand erwartet."

Von Herrn Stumpf erfahren wir auch, daß die Disziplin sich bereits vor dem Flottenvorstoß infolge der allgemeinen trostlosen Stimmung in völliger Auflösung befand. Er schreibt:

„Genau wie in den ersten Kriegstagen löst jetzt wieder ein sinnloses Gerücht das andere ab. Alles wird geglaubt, sei es, daß Hindenburg kindisch geworden sei oder daß der Kaiser Selbstmord begangen habe.

Selbst wenn ich meine Umgebung mit sehr nüchternen Augen betrachte, muß ich zu dem Ergebnis kommen, die ganze Stadt gleiche einem brodelnden Vulkan. *Massenhafte Gehorsamsverweige-*

rungen sind etwas alltäglich Gewordenes, man spricht darüber mit einem Gleichmut wie früher vom Pferderennen.

Am Sonnabend, 26. Oktober, sollte die „Straßburg" in See gehen. Ein Teil der Heizer verließ das Schiff, begab sich an Land, und der Rest löschte die Feuer, versuchte sogar durch Öffnen der Flutventile das Schiff zu versenken.

Auf einem Schiff der „Posen"-Klasse wurde ein Leutnant derartig verprügelt, daß er an den Folgen starb."

So also sah es schon vor dem Flottenvorstoß aus. Prinz Max von Baden bemerkt mit Recht, daß die Admirale sich der psychologischen Zuverlässigkeit der Mannschaften in gar keiner Weise versichert hatten, ehe sie den Flottenvorstoß unternahmen. Heute hat das auch der Abgeordnete Brüninghaus zugegeben.

Herr Stumpf berichtet dann über die Katastrophe, die nicht ausbleiben konnte, und sagt im Anschluß daran:

„Traurig, tieftraurig, daß es soweit kommen konnte! Eine gewisse Schadenfreude kann ich jedoch beim besten Willen nicht unterdrücken. Wo ist die Allmacht der stolzen Kapitäne und Stabsingenieure geblieben? Die jahrelang als Hunde erniedrigten Heizer und Matrosen wissen endlich, daß ohne sie nichts, rein nichts geschehen kann.

Ist das zu glauben? Wer so lange, lange unter dem Bewußtsein der eisernen Disziplin, des blinden Kadavergehorsams gedient hat wie ich, muß so etwas für unmöglich halten. Noch vor Monaten hätte ich jeden ausgelacht, der mir gesagt hätte, daß in dem Augenblick, wo der Feind im Anmarsch ist, die Leute einfach die Brocken hinwerfen.

Jahrelang aufgehäuftes Unrecht hat sich zu gefährlichem Sprengstoff verwandelt und detoniert schon hier und dort mit heftiger Gewalt. O Jammer, weshalb mußten wir so *schuftige gewissenlose* Offiziere haben, die uns alle Liebe zum Vaterland, die Freude am deutschen Wesen, den Stolz auf unsere vorbildlichen Einrichtungen genommen haben! Noch heute kocht mir das Blut, wenn ich der vielen Demütigungen in meiner aktiven Dienstzeit und auch später gedenke. Jedes Unrecht rächt sich auf Erden, dieses alte Wort gewinnt heute wieder greifbare Gestalt."

Aus dieser Schilderung ergibt sich klar, wie sich aus den Bordverhältnissen zwangsläufig der Zusammenbruch entwickelte.

Alle Schilderungen von Augenzeugen aus jenen Tagen in Kiel wie in Wilhelmshaven stimmen darin überein.

Der „Vorwärts" brachte in seinen Nummern vom 12., 13. und 14. September dieses Jahres eine Schilderung des Revolutionsausbruches auf der „Nassau", geschrieben von einem Heizer des Schiffes am 18. Dezember 1918, also unmittelbar nach den Ereignissen. Auch dort haben sich aus der Auflösung der Disziplin infolge der all-

gemeinen Kriegsverdrossenheit die Dinge zwangsläufig bis zur Revolution entwickelt. Keine politische Aktion mit revolutionärem Ziel! „Wir wollen keine Revolution, wir wollen bloß unsere Menschenrechte", antworten die Matrosen ihrem Kommandanten. Sie singen nicht die Marseillaise oder die Internationale, sondern als echt deutsche „sentimentale Eichen": „Nach der Heimat möcht' ich wieder" und: „Ich hatt' einen Kameraden". Sie lassen sich die rote Flagge wieder abschwätzen, um ihrem Kommandanten eine Freude zu machen. Und als die Macht in ihre Hände übergegangen ist, — nichts von Vergeltung und Rache an ihren Offizieren, trotz all der Qualen, die sie von diesen haben erdulden müssen!

Aus allen Schilderungen von Augenzeugen geht auch hervor, daß nirgends eine politische Leitung vorhanden war. Stumpf schildert den großen Umzug in Wilhelmshaven nach Ausbruch der Revolution und bemerkt dabei:

„Aber schon mein erster Eindruck war, daß hier die leitende Hand fehlte und die ganzen Massen von Hammelherdeninstinkten geleitet wurden."

Es war eben eine Revolution, die aus dem Zusammenbruch erwuchs, kein vorbereiteter Putsch einer Verschwörergesellschaft.

Das wissen wir auch von Artelt und Noske über die Vorgänge in Kiel. Herr Noske ist von uns bei seiner mündlichen Vernehmung sehr eingehend gefragt worden. Er hat immer wieder erklärt, daß er im November 1918 keine Spur einer Organisation oder politischen Leitung in Kiel habe entdecken können. Auf die Frage, ob von 1917 zu 1918 Organisationen bestanden hätten, hat Herr Noske wörtlich erklärt:

„Ich vermag darüber nicht das geringste zu sagen. Ich habe davon nichts gehört und habe solche Feststellungen in Kiel auch nicht machen können."

Dagegen bekundet Herr Noske, daß die Mißstimmung über die Urteile von 1917 sich in der Forderung nach Freilassung der Verurteilten äußerte. Herr Noske sagte weiter:

„Wenn eine planmäßige Arbeit zum Zwecke der Erhebung zu einem früheren oder späteren Zeitpunkt geleistet worden wäre, dann mußte doch eine Führung da sein."

Er fügte hinzu, daß es doch auch undenkbar gewesen wäre, daß ausgerechnet er, der doch bei der USPD nicht gerade besonders beliebt war, widerspruchslos die Führung erlangen konnte. „Als ich hinkam, habe ich nicht das geringste von Leitung vorgefunden", sagte er dann wieder und erzählt, wie er die Leute bestimmt habe, die ihm helfen sollten. Diese Erzählung schließt er mit dem Satz:

„Das ist ein schlagender Beweis dafür, daß wenigstens die Revolte nicht ‚gemacht' war."

Denselben Gedanken kleidet Noske dann in die Worte:

„Das Wesentliche, worauf es nach meiner Überzeugung ankommt, ist: ich habe nicht den Eindruck gewinnen können, daß eine planmäßig vorbereitete Erhebung stattgefunden hat."

Herr Noske hat uns sein Zusammentreffen mit Haase in Kiel geschildert und aus dem Gespräch mit Haase und aus dessen Verhalten geschlußfolgert, daß die USPD weder in Kiel noch in Berlin Revolution habe „machen" wollen.

Über den geplanten Flottenvorstoß hat uns Herr Noske gesagt, die Offiziere hätten ihn damals in Kiel bestritten. Deren Auffassungen hätten sich nicht gedeckt mit dem, was Herr v. Trotha im Dolchstoßprozeß in München darüber gesagt habe.

Daß der Flottenvorstoß ohne Zustimmung des Kaisers, des Kanzlers und der Reichsregierung unternommen werden sollte, steht jetzt zweifelsfrei fest, und ich halte alle Folgerungen, die ich bisher schon daraus gezogen habe, aufrecht. Ich verweise auf diese früheren Auslassungen; ich will sie hier nicht wiederholen.

Die Rebellion der Admirale verursachte die Gehorsamsverweigerung der Mannschaften und gab den Anstoß zur Empörung in der Flotte. Wenn Herr v. Tirpitz kürzlich in Stockholm in einem Vortrag aufs neue behauptet hat, der Flottenvorstoß hätte das Kriegsglück gewendet, so ist das einfach nicht ernst zu nehmen und hat keinerlei Beweiskraft. Man braucht dem ja nur gegenüberzuhalten, was der Admiral Scheer selbst nach der Skagerrakschlacht in einer Eingabe an den Kaiser gesagt hat. Dort schreibt er:

„Bei günstigem Verlauf der dann einsetzenden Operationen wird der Gegner zwar empfindlich geschädigt werden können, trotzdem kann kein Zweifel bestehen, daß selbst der glücklichste Ausgang einer Hochseeschlacht England in diesem Kriege nicht zum Frieden zwingen wird. Die Nachteile unserer militärgeographischen Lage gegenüber der des Inselreiches und die große materielle Übermacht des Feindes werden durch die Flotte nicht in dem Maße ausgeglichen werden können, daß wir der gegen uns gerichteten Blockade oder des Inselreiches selber Herr werden, auch nicht, wenn die Unterseeboote für militärische Zwecke voll verfügbar sind."

Mit diesem letzten Satz trifft Scheer die Situation, die Ende 1918 da war. Auch für diese Situation stellt er ausdrücklich in Abrede, daß es möglich sei, die Engländer zum Frieden zu zwingen. Die Rebellion der Admirale hat erst die Gehorsamsverweigerung der Mannschaften veranlaßt und den Anstoß zu der Empörung auf der Flotte gegeben.

Zusammenfassend möchte ich nun sagen: Wenn ich jetzt rückblickend überschaue, was seit meinem ersten Bericht über die Flotte uns an neuem Material darüber zugeflossen ist, so sehe ich dadurch alle meine Angaben und Urteile in diesem ersten Bericht vollauf

bestätigt und bekräftigt. Ja, ich muß sagen, durch die Vernehmung der Sachverständigen und der Zeugen, ganz besonders aber durch das Tagebuch des Herrn Stumpf sind alle Farben des Bildes, das ich im Januar 1926 entrollte, lebhafter und leuchtender geworden.

Die Unzufriedenheit an Bord der Hochseeflotte begann schon bald nach Kriegsanfang, als sich herausstellte, daß man auf deutscher wie auf englischer Seite großen Seeschlachten auswich. Das öde Einerlei des Dienstes in den heimischen Gewässern wirkte lähmend auf Geist und Gemüt. Das Sinn- und Zwecklose des ganzen Lebens und Treibens lastete mit der Länge der Zeit immer drückender auf den Besatzungen der großen Schiffe. Anfang 1917 klagt Herr Stumpf in seinem Tagebuch:

„Ist das doch ein ödes, langweiliges und stumpfsinniges Leben obendrein. Lieber will ich den ganzen Tag Steine karren — wenn ich nur weiß, daß diese Arbeit einen Sinn und Zweck hat. Aber hier! Ich darf mich in das Unnütze dieses Lebens gar nicht hineindenken, sonst schnappe ich eines Tages über. Und auch nicht die leiseste Aussicht, daß es jemals besser werden könnte."

Die Offiziere haben es nicht verstanden, dem Seelenleben der Mannschaften Rechnung zu tragen. Das verhinderte schon das blöde Drillsystem, das eine tiefe Kluft zwischen Offizier und Mann künstlich geschaffen hatte und kein Gefühl echter Kameradschaft zwischen ihnen aufkommen ließ. Es fehlte das Vertrauen von Mensch zu Mensch.

Wie wir von Weber, Beckers und Stumpf, also von drei verschiedenen Schiffen — „Friedrich der Große", „Prinzregent Luitpold" und „Helgoland" — gehört haben, schlichen sich bei den Mannschaften auf Grund der Erfahrungen bei den seltenen Gefechten allerlei Zweifel ein an der Güte und Brauchbarkeit unserer Schiffe und Geschütze und an der militärischen Tüchtigkeit mancher der hohen Seeoffiziere, so daß auch das Vertrauen in die militärische Führung immer mehr bei den Mannschaften schwand. So bildete sich auf den großen Schiffen eine Atmosphäre der Unzufriedenheit und der Mißstimmung gegen die Offiziere heraus, die neue Nahrung erhielt mit der Verschlechterung der Verpflegungsverhältnisse.

Herr Stumpf hat gegenüber Herrn v. Trotha schon darauf hingewiesen, daß es nicht darauf ankomme, was von oben her für die Mannschaft an Lebensmitteln festgesetzt war, sondern nur darauf, was die Mannschaft tatsächlich bekommen hat. Wenn Herr v. Trotha die auf dem Papier festgesetzten Rationen eines Matrosen mit der Ration eines Dresdener Bürgers verglich, so mußte Herr v. Trotha wissen, wie irreführend ein solcher Vergleich ist. Schon die Kost an der Wasserkante von Emden bis nach Königsberg ist infolge des Klimas ganz allgemein viel kräftiger und fettreicher als im Binnenlande. Das rauhe Seeklima macht erst recht Appetit, und deshalb war in der Vorkriegszeit die Lebensmittelration eines deutschen Marinesoldaten

stets das Ernährungsideal des deutschen Arbeiters, das in Flugblättern und Versammlungen gepriesen wurde. Ich habe hier die Finanzgeschichte des Deutschen Reichs von Emanuel Wurm, erschienen 1910, wo auf Seite 261 diese Normalration eines deutschen Marinesoldaten aufgezählt und geradezu als das erstrebenswerte Ideal für die Ernährung der deutschen Arbeiter hingestellt wird.

Die Klagen über das schlechte und knappe Essen sind vom Kohlrübenwinter 1916/17 bald ganz allgemein, ebenso die Beschwerden, daß für die Mannschaften bestimmte Lebensmittel in die Offiziersmesse wandern. Stumpf sagt im Juli 1917 von der neu ins Leben getretenen Menagekommission:

„Bis jetzt hat sie herausgebracht, daß wir bisher um etwa ein Drittel des uns zustehenden Proviants betrogen worden sind. Zu wessen Gunsten, ist noch nicht ganz klar, aller Grimm richtet sich vorläufig gegen den Proviantmeister."

Von Weber, Beckers und Schneider haben wir ebenfalls gehört, wie das schlechte Essen schließlich an Bord der Schiffe die Leute zu Widersetzlichkeit beim Antreten zum Dienst und zu Hungerstreiks führte. Auch von Lotter wissen wir dasselbe.

Angesichts dieser Zeugnisse kann man nicht mehr sagen, daß es nur subjektive Meinungen über das schlechte Essen waren; nein, es ist erwiesen, daß es objektiv zu knapp und schlecht gewesen ist.

(Abg. *Joos:* Für uns alle!)

— Besonders doch an Bord der Schiffe. Vor allen Dingen ist ihnen nicht das zugeflossen, was ihnen zukommen sollte, weil es anderswohin wanderte. Es wäre eben an Bord eine bessere Verpflegung möglich gewesen, wenn die Offiziere nicht fortgesetzt bis ans Kriegsende geschlemmt hätten. Ich erinnere nur an die Bekundungen des Professors Dr. Birk, der Ende des Krieges in Kiel war und über seine Beobachtungen in dem Blatt der Burschenschaft „Derendingia" in Tübingen die gravierenden Tatsachen angeführt hat, die ich bereits früher in unserem Ausschuß zur Kenntnis gegeben habe.

Der Gegensatz zwischen dem elenden Mannschaftsessen und dem trotz der Kriegsnot noch immer guten Essen der Offiziere hat direkt aufreizend auf die Mannschaften gewirkt und sie zu Akten der Empörung getrieben. Am 2. August 1917 schreibt Herr Stumpf, es herrsche

„die fixe Idee, daß der Krieg nur im Interesse der Offiziere geführt und verlängert wird;"

es komme zu

„heftigen Zornesausbrüchen infolge des Umstandes, daß die Mannschaft hungert und darbt, während die Offiziere schlemmen und im Gelde schwimmen."

Herr Stumpf fügt hinzu:

„Ist es da ein Wunder, wenn die Leute endlich das unfehlbare

Mittel der Auflehnung ergreifen, um ihre bedrängte Lage zu verbessern?“

Hier ist der enge Zusammenhang zwischen den Insubordinationen und dem krassen Verpflegungsgegensatz aufgezeigt, Herr Abgeordneter Brüninghaus. Es ist aber keine Rede von einer angeblichen Verhetzung durch die USPD.

Die Behandlung der Mannschaften durch die Offiziere, die Willkür bei der Urlaubsregelung und das vielfach schlechte Beispiel der Offiziere in moralischer Hinsicht haben das Verhältnis zwischen den Offizieren und den Mannschaften so verschärft, daß sie sich wie feindliche Gruppen gegenüberstanden. Wie wir schon von Lotter und Stumpf, zwei christlich-nationalen Zeugen, wissen, sind die vorgekommenen Meutereien die Folgen dieser Bordmißstände.

Der Versuch, sie auf politische Agitation von außen her zurückzuführen, ist kläglich gescheitert. Von Weber haben wir gehört, daß es dem Redakteur Herre, der zu Besonnenheit geraten und vor Gewaltakten gewarnt habe, zu danken sei, daß es nicht zu Gewalttätigkeiten gekommen ist. Ebenso haben selbst Dobring und Loesch anerkennen müssen, daß gerade die Leute, die sich für Politik interessierten, von Gewaltakten abgeraten haben. Zudem ist ja von außen her keinerlei besondere auf den Zündstoff in der Flotte bezügliche Agitation hineingetragen worden. Was an politischen Zeitungen, Flugblättern und Broschüren auf die Flotte gekommen ist, war allgemeines legales Material der politischen Parteien, das genau so im ganzen Lande und in der Armee verbreitet worden ist. Die Mannschaft der Flotte war ein Teil des deutschen Volkes, und in ihm ist keinerlei Sonderpropaganda betrieben worden. Daraus ergibt sich klar, daß die Vorgänge von 1917 in der Flotte nicht auf politische Propaganda, sondern auf die inneren Bordverhältnisse zurückzuführen sind; denn sonst hätten sich im Lande und in der Armee ähnliche Dinge ereignen müssen.

Genau so steht es mit den Ereignissen vom November 1918. Aus den Aussagen von Noske ergibt sich klar, daß die Vorgänge sich genau so abgespielt hätten, wenn es gar keine USPD gegeben hätte.

Zudem noch ein grundsätzliches Wort über die Wirkung einer Agitation. Eine Agitation, die keinen Boden findet in den tatsächlichen Verhältnissen, ist stets wirkungslos.

(Abg. *Brüninghaus:* Sehr richtig!)

Ja, noch mehr, das Beharrungsvermögen ist bei den Menschen so groß, daß eine Agitation selbst dann erfolglos ist, wenn sie sich zwar auf Tatsachen stützt, diese Tatsachen der Masse aber nicht unmittelbar fühlbar sind. Die politische Agitation hatte bei den November-Ereignissen leider — so sage ich von meinem politischen Standpunkt aus — nicht mehr Bedeutung als der Gischt und Schaum auf den Kämmen sturmgepeitschter Wogen. Gischt und Schaum

markieren die Wellen, lassen sie äußerlich hervortreten, aber ihre Kraft und Wucht kommt aus der Tiefe und der Gesamtbewegung des stürmischen Meeres.

Nicht weil im November 1918 ihnen von außen her imputiert wurde, sondern weil sie es urpersönlich selber empfanden, rang es sich aus den Matrosen und Heizern elementar heraus: Wir mögen, wir können, wir wollen nicht mehr! Die Offiziere haben das selber als ein Elementarereignis empfunden und anerkannt, dem sie sich machtlos und fassungslos gefügt haben, als der Kadavergehorsam gebrochen war, auf dem ihre ganze Herrenstellung beruht hatte. Sie sollten hinterher auch so ehrlich sein, das offen anzuerkennen, statt immer wieder mit der sie ja noch ärger kompromittierenden Behauptung zu kommen, sie hätten die Flotte bis zuletzt absolut intakt gehalten, aber in ein paar Tagen sei von wenigen schlechten Elementen plötzlich der gute Geist der ganzen Besatzungen verdorben und die Revolution gemacht worden. Eine solche Kinderfabel läßt vor allem jede Psychologie und jede Geschichtskenntnis vermissen. Revolutionen entstehen nie über Nacht. Sie wachsen allmählich heran und durchdringen alle Poren der Gesellschaft, ehe sie in die äußere Erscheinung treten. So war es auch 1918 ganz allgemein in Deutschland, und so war es insbesondere in der deutschen Marine, die von innen heraus zerbrach.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich schließe damit die Schlußberatung.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Brüninghaus.

Abg. *Brüninghaus:*

Der Herr Abgeordnete Dittmann hat mir eingangs seiner Ausführungen den Vorwurf gemacht, ich hätte hier kein Schlußwort gehalten, sondern alle möglichen neuen Dinge, Artikel usw. zur Verlesung gebracht. Wenn ich boshaft wäre — das bin ich aber nicht —, dann könnte ich konstatieren, daß der Herr Abgeordnete Dittmann sein Referat dem Sachverständigen Stumpf hätte überlassen sollen, denn wir haben in den zwei Stunden, während deren uns Herr Dittmann seine interessanten Ausführungen gemacht hat, reichlich anderthalb Stunden Vorlesung aus dem Tagebuch des Herrn Stumpf gehört, und zwar selbstverständlich solche Ausschnitte aus diesem Tagebuch, die geeignet sind, die nach meiner Meinung vollkommen falsche Auffassung des Herrn Abgeordneten Dittmann zu stützen. So geht es doch nicht. Man kann doch nicht das Tagebuch eines Matrosen, eines einzigen von den mehr als hunderttausend Mann der Flottenbesatzung, nehmen und sagen: alles das, was dieser Mann sagt, empfindet und denkt, entspricht dem, was auch die übrigen 99 999 gedacht und gefühlt haben. Herr Stumpf ist — das gebe ich zu — eine ganz singuläre Erscheinung.

(Zuruf: Das ist doch keine persönliche Bemerkung!)

— Ich muß mich gegen den Herrn Abgeordneten Dittmann wenden, weil eigentlich nicht er das Referat gehalten hat, sondern der Matrose Stumpf.

(Zurufe.)

— Gut, dann werde ich mich auf diese Bemerkung beschränken. Ich möchte nur hinzufügen, daß mir bei einer flüchtigen Durchsicht des Buches aufgefallen ist, daß jedenfalls vieles von dem, was darin steht, nicht richtig sein kann.

Ich möchte dann noch eine persönliche Bemerkung machen. Der Herr Abgeordnete Dittmann hat mir persönlich vorgeworfen, ich hätte gar kein Verständnis dafür an den Tag gelegt, daß lediglich von innen heraus — schlechte Verpflegung usw. — derartige Disziplinwidrigkeiten, die letzten Endes in offene Meutereien ausmündeten, entstehen konnten.

Ich stehe gegenüber dieser persönlichen Anzapfung, die Herr Dittmann sich mir gegenüber geleistet hat, auf dem Standpunkt, daß jede Revolution selbstverständlich nur dann von Erfolg begleitet sein kann, wenn die nötigen Vorbedingungen dafür vorhanden sind, wenn der nötige Nährboden dafür da ist, und ich habe Ihnen auch ganz im Gegenteil zu dem, was Herr Dittmann mir imputiert hat, ausgeführt, daß der Hauptnährboden für diese revolutionären Tendenzen und die von der USPD getriebene Verhetzung die kriegerische Untätigkeit der großen Schiffe bis zu einem gewissen Grade gewesen ist.

(Abg. Dr. *Moses:* Sie haben im Oktober 1918 selbst gesagt: Der Geist der Flotte ist intakt!)

— Ich komme zu einer weiteren persönlichen Bemerkung, die sich gegen die Behauptung richtet, ich hätte alle Erzählungen des Oberheizers Sachse als bare Münze genommen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Ich glaube im übrigen, wir tun ganz gut, wenn wir die eidlichen Aussagen der Leute, die wir hier vernommen haben, speziell von Beckers und Weber, nicht allzu scharf unter die Lupe nehmen.

(Zuruf: Ist das auch noch eine persönliche Bemerkung?)

Das würde unter Umständen für die Leute nicht sehr angenehm sein.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Zu einer persönlichen Bemerkung Herr Dittmann!

Abg. *Dittmann:*

Ich will nur kurz folgendes sagen. Ich habe Herrn Stumpf zitiert, weil das Tagebuch des Herrn Stumpf ein Material ist, das dem Untersuchungsausschuß unterbreitet worden ist. Der Herr Kollege Joos hat daraus zitiert und hat erklärt, es könnte jeder das Buch einsehen. Ich habe es schon eingesehen, als es in der Handschrift vorlag, und ich darf hinzufügen: ich habe persönlich veranlaßt, daß das Buch, nachdem es gedruckt war, auch jedem Mitglied des Unter-

suchungsausschusses zugestellt worden ist, weil ich nicht aus einem Material zitieren wollte, von dem ich nicht wußte, ob es allen Mitgliedern persönlich bekannt sei. Ich bin dem Grundsatz treu geblieben, den ich von vornherein aufgestellt hatte, daß die Schlußworte im großen und ganzen nur eine Zusammenfassung aus dem Material geben dürften, das dem Ausschuß vorher unterbreitet worden ist, nicht aber ein Sammelsurium aus allen möglichen Werken über die Kriegsereignisse.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Damit ist die Angelegenheit erledigt.

Sitzung, Freitag, den 3. Februar 1928

Aussprache über eine Entschließung zu den Marinevorgängen von 1917 und 1918

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

In der letzten Sitzung hat der Herr Abg. Dr. Moses eine Erklärung abgegeben, betreffend den Korvettenkapitän Canaris [1]). Der Ausschuß hat beschlossen, diese Erklärung der Marineleitung zur Kenntnis zu bringen, damit sie dazu Stellung nimmt. Diese Stellungnahme liegt in folgendem Schreiben des Reichswehrministers — vom 21. Dezember 1927 — vor:

Der Reichswehrminister
Nr. 9349 W.

Berlin W 10, den 21. Dezember 1927

An den
Vorsitzenden des 4. Unterausschusses des Reichtags
Herrn Dr. Albrecht Philipp, M. d. R.

Auf Ihre Zuschrift vom 15. Dezember erwidere ich ergebenst folgendes:

Zu der Erklärung des Abgeordneten Dr. Moses in der Sitzung des 4. Unterausschusses ist folgendes festzustellen:

1. Korvettenkapitän Canaris hat weder in seiner Stellung als 1. Offizier des Kreuzers „Berlin“ noch in einer anderen Stellung auf irgendeinem Wege dem Führer oder Leiter der Organisation Consul Geld, Waffen oder Uniformen zur Verfügung gestellt.

2. Ein Zusammenhang zwischen dem Attentatsversuch gegen Generaloberst v. Seeckt und Korvettenkapitän Canaris besteht nicht.

3. Eine Finanzierung der Vaterländischen Verbände von Schleswig-Holstein einschl. des Wikingbundes ist nicht erfolgt.

---

[1]) S. o. S. 421 ff.

4. Da nach Vorstehendem die nach seiner Verwendung als Sachverständiger[1]) gegen die Person des Korvettenkapitäns Canaris in der Öffentlichkeit erhobenen Anschuldigungen in allen Punkten unwahr sind, kamen Bedenken gegen seine Verwendung für den erwähnten Dienst nicht in Frage.

5. Die derzeitigen Veröffentlichungen in der „Weltbühne" sind bisher unwidersprochen geblieben, da ich auf Nachrichten in Blättern von der Art der „Weltbühne" grundsätzlich nicht zu reagieren pflege.

Mit dem Ausdruck meiner Hochachtung
Geßler

Weiter ist die Frage aufgeworfen worden, ob es notwendig ist, die Vereidigung der Gerichtssekretäre, die sich schriftlich geäußert haben[2]), und des Zeugen Sachse vorzunehmen. Die anderen Zeugen waren vereidigt worden. Bei Sachse geschah das aus bestimmten Gründen nicht. Wenn kein Widerspruch erfolgt, verzichtet der Ausschuß auf eine nachträgliche Vereidigung.

(Zustimmung.)

Abg. *Brüninghaus:*

Ich möchte die Äußerung des Herrn Vorsitzenden, daß die Justizsekretäre und Sachse nicht vereidigt wurden, für meine Person dahin ergänzt wissen, daß die Aussagen dieser Gerichtssekretäre an Eidesstatt abgegeben worden sind, daß sie also ebenso zu bewerten sind, als wenn sie beeidigt worden wären. Der Wert ihrer Aussage ist denen bei Vernehmungen gleichzuerachten, bei denen die Zeugen vereidigt worden sind.

(Zustimmung.)

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Wir treten in die Tagesordnung ein. Es sind hierzu zwei Entwürfe einer Entschließung eingegangen, der erste von den Abgg. Dittmann und Dr. Moses, der zweite von dem Berichterstatter Abg. Joos.

1.

Entwurf einer Entschließung über die Marinevorgänge von 1917 und 1918

Von den Abgeordneten Dittmann und Dr. Moses

I. Die inneren Zustände in der Hochseeflotte

Die allgemeinen Ursachen des inneren Zusammenbruchs waren auch in der deutschen Flotte wirksam. Sie wurden verschärft durch

---

[1]) Korvettenkapitän Canaris war im Ausschusse nicht als Sachverständiger, sondern als Regierungsvertreter tätig. (D. Her.)

[2]) Vgl. Bd. 9, I dieser Reihe S. 489 ff.

besondere Zustände und Vorkommnisse auf der Hochseeflotte, die im Sommer 1917 bereits zu gemeinsamen Gehorsamsverweigerungen auf den meisten Großkampfschiffen und im November 1918 früher als anderswo im Reiche zur Revolution geführt haben.

Schon bald nach Kriegsausbruch litt die Stimmung der Besatzungen auf der Hochseeflotte unter der Enttäuschung, die durch die Vermeidung entscheidender Seeschlachten hervorgerufen wurde. Das Fehlen größerer Kampfhandlungen führte dazu, daß die Mannschaften gegen den als überflüssig und vielfach als Schikane empfundenen Exerzierdrill immer größeren Widerwillen empfanden und mit dem Gefühl von der Sinn- und Zwecklosigkeit des Krieges erfüllt wurden.

Die dadurch verursachte seelische Depression steigerte sich allmählich zu allgemeiner Mißstimmung und Unzufriedenheit, die auf einigen Großkampfschiffen schon 1915 hervortrat.

Eine Verschärfung erfuhr die Unzufriedenheit unter den Heizern und Matrosen dieser Schiffsklasse durch die mit der Dauer des Krieges zunehmende Verringerung der Lebensmittelrationen, insbesondere durch die schwere Ernährungskrise des sogenannten Kohlrübenwinters 1916/17. Die Unzufriedenheit wuchs vielfach zur Erbitterung und Empörung durch die quantitative wie qualitative Verschlechterung der Mannschaftsverpflegung infolge umfangreicher Lebensmittelveruntreuungen, die nach den Klagen der Heizer und Matrosen vielfach mit Teilen der Mannschaftsmenagebestände — teils zugunsten der Offiziersmessen — erfolgt sind.

Die Erbitterung richtete sich vor allem gegen die Offiziere, die den Mannschaften als die Verkörperung des Systems entgegentraten, das ihnen diese Leiden auferlegte. Die Erbitterung steigerte sich bis zum Haß, weil in den Offiziersmessen trotz der allgemeinen Lebensmittelnot noch immer gut gegessen und getrunken wurde und vielfach Eß- und Trinkgelage stattfanden. Eintreten der Offiziere für den Eroberungskrieg, Mißbrauch der Dienstgewalt zu Beleidigungen, Beschimpfungen und Mißhandlungen, sowie willkürliche und parteiische Urlaubsverteilung schürten die Haßstimmung gegen die Offiziere. In den Klagen, die aus Mannschaftskreisen an Abgeordnete (Dr. Pfleger [Zentrum], Dr. Struwe [Fortschrittliche Volkspartei], Stücklen [Mehrheitssozialdemokratie], Vogtherr [Unabhängige Sozialdemokratie]) gelangten, wurden übereinstimmend immer wieder als Grund der allgemeinen Unzufriedenheit bezeichnet:

1. Schlechte Beispiele der Offiziere;
2. vorschriftswidrige Behandlung;
3. schlechte Verpflegung;
4. Nichteinlösung von Urlaubsversprechungen.

In den 1917 auf Verlangen des Reichstages eingerichteten Mannschafts-Menagekommissionen sahen die Matrosen und Heizer all-

gemeine Beschwerdeorgane, zu deren Wahl und deren Inanspruchnahme sie auf den Schiffen und an Land Zusammenkünfte abhielten. Da der Hunger und die Bordmißstände das Verlangen nach Beendigung des Krieges, als des Urgrunds allen Elends, automatisch wachrief, wurde in den Zusammenkünften auch über die Friedensaussichten, Friedensziele und Friedensbemühungen gesprochen, wobei der Inhalt sozialdemokratischer Tageszeitungen und legaler Broschüren beider Richtungen meist als Unterlage diente.

Die allgemeine Friedenshoffnung, die infolge der russischen März-Revolution, der geplanten sozialistischen Friedenskonferenz in Stockholm und der Friedensresolution des Reichstags im Sommer 1917 durch das ganze deutsche Volk ging, fand auch in der Flotte ihren Widerhall bei den Zusammenkünften und Besprechungen, wobei der Gedanke vorherrschte, daß es notwendig sei, die Regierungen aller kriegführenden Länder durch die den Frieden herbeisehnenden Volksmassen zu einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen zu drängen.

II. Die Ereignisse von 1917

Die Spannung zwischen Offizieren und Mannschaften infolge der Bordmißstände entlud sich in den Sommermonaten 1917 in einer Reihe von Insubordinationen auf einer Anzahl der Großkampfschiffe. Es kam zu Essensverweigerungen, sogenannten Hungerstreiks, Verweigerungen des Antretens zum Dienst oder zur Kohlenübernahme und zu gemeinsamem Vonbordgehen, sogenannten demonstrativen Ausmärschen.

Anfangs führten diese Insubordinationen zu Verbesserungen der Verpflegungsverhältnisse (Kreuzer „Pillau"), so daß sie die Besatzungen anderer Schiffe zu Nachahmungen reizten. Dann erfolgten leichte Bestrafungen mit Arrest, weil die Offiziere selber die Ursachen „in den Verpflegungsverhältnissen und der durch die lange Kriegsdauer bedingten Abspannung" sahen. Als am 2. August 1917 auf dem Linienschiff „Prinzregent Luitpold" rund 400 Leute an einem demonstrativen Ausmarsch teilgenommen hatten, wurden Feldkriegsgerichte eingesetzt und in großem Umfange Verhaftungen vorgenommen. Gleichzeitig wurden auch ähnliche Vorfälle auf anderen Schiffen vor die Feldkriegsgerichte gebracht.

Die Kriegsgerichtsräte, die die Untersuchung geführt haben, schoben bei den Vernehmungen der Verhafteten all die Klagen über Verpflegung und sonstige Bordmißstände beiseite und unterstellten, eine von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in die Mannschaften hineingetragene politische Verhetzung mit dem Ziel der Gehorsamsverweigerung zur Erzwingung eines annexionslosen Friedens sei die wahre Ursache der vorgekommenen Unbotmäßigkeiten. Durch Bedrohen mit dem Tode, Suggerierung ge-

wünschter Angaben und ähnliche Erpressungsmethoden — auf Grund der Akten und durch Vernehmung Bedrohter als Zeugen vom Ausschuß festgestellt — haben die Untersuchungsführer eine tendenziöse politische Anklage wegen Kriegsverrats gegen die Hauptbeschuldigten konstruiert. Gegen das Gros der Beschuldigten wurden Arreststrafen, Degradierungen und Gefängnisstrafen wegen Erregung von Mißvergnügen, Gehorsamsverweigerung und Aufruhr verhängt.

Von den Hauptbeschuldigten wurden am 26. August 1917 in Wilhelmshaven fünf zum Tode und andere zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt. Die Verurteilung erfolgte wegen „vollendeter Aufstandserregung im Kriege". Der durch Gesetz vorgeschriebene Begutachter des Urteils, Oberkriegsgerichtsrat de Bary, und der Justitiar des Reichsmarineamts, Admiralitätsrat Dr. Felisch, haben das Urteil für ein Fehlurteil erklärt, und ersterer hat dem Admiral Scheer empfohlen, die Todesurteile in Zuchthausstrafen umzuwandeln.

Admiral Scheer hat die in dem Rechtsgutachten des Oberkriegsgerichtsrats de Bary geltend gemachten Bedenken anerkannt und trotzdem zwei der Todesurteile bestätigt. Der Matrose Reichpietsch und der Heizer Köbis wurden am 5. September 1917 auf dem Schießplatz Wahn bei Köln a. Rhein erschossen. Die Vollstreckung war bereits tagelang vor dem Urteilsspruch durch Admiral v. Trotha vorbereitet. Sie ist erfolgt ohne gesetzliche Grundlage und stellt sich dar als militärischer Willkürakt unter dem Deckmantel der Justiz, um die Matrosen und Heizer von dem Eintreten für den Verständigungsfrieden abzuschrecken und zugleich die Verfehlungen der Offiziere und die Bordmißstände, die zu den Insubordinationen geführt hatten, zu verdecken.

Das angebliche Gewaltprogramm der Heizer und Matrosen ist von dem Untersuchungsführer und Anklagevertreter, Marinehilfskriegsgerichtsrat Dr. Dobring, willkürlich aus den erpreßten Aussagen Beschuldigter konstruiert und als im Einverständnis mit der damaligen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei aufgestellt bezeichnet worden. Das Urteil muß selber anerkennen, daß die Beschuldigten ein solches Programm nirgends schriftlich niedergelegt haben, und der Oberreichsanwalt hat später festgestellt, daß die USPD niemals ein solches Programm aufgestellt oder vertreten hat.

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß hat Dr. Dobring zugegeben, im Jahre 1917 von den politischen Parteien und deren Programm „so gut wie nichts" gewußt zu haben, „nie ein politisch eingestellter Mensch gewesen" zu sein und sich „um nichts gekümmert" zu haben. Diese Tatsachen ergeben sich nach den Feststellungen des Oberreichsanwalts bereits aus den Vernehmungsprotokollen Dr. Dobrings, auf die gestützt der Reichskanzler Dr. Michaelis und der Marinestaatssekretär v. Capelle gegen die unabhängigen Abgeordneten Dittmann, Haase und Vogtherr und die USPD als Partei am 9. Ok-

tober 1917 im Reichstage den Vorwurf der Mitwisserschaft und Urheberschaft an der angeblichen politischen Marinemeuterei erhoben. Die angegriffenen Abgeordneten und die Parteien der Friedensresolution wiesen den Versuch des Kanzlers und des Marinestaatssekretärs, mit unbewiesenen und unbeweisbaren Behauptungen eine politische Partei zu verfemen, mit großer Schärfe zurück, und der Reichskanzler Michaelis mußte bald nach dieser Niederlage zurücktreten.

In einem gegen Frau Zietz und den Werftschreiber Büdeler in Wilhelmshaven eingeleiteten Ermittlungsverfahren, in dem die verdächtigten unabhängigen Abgeordneten als Zeugen vernommen wurden, stellte der Oberreichsanwalt Dr. Zweigert nach monatelanger Untersuchung den Antrag, das Verfahren einzustellen, und das Reichsgericht entsprach diesem Antrage am 29. April 1918. In seinem Schlußbericht vom 18. Februar 1918 kam der Oberreichsanwalt zu folgenden Feststellungen:

„Der vorstehend geschilderte Sachverhalt scheint nicht ausreichend, den beiden Angeschuldigten sowie den genannten Reichstagsabgeordneten eine landesverräterische Handlung nachzuweisen . . .

Auch eine Agitation für landesverräterische Zwecke läßt sich weder den Angeschuldigten noch den Abgeordneten der USPD mit Sicherheit nachweisen.

Endlich läßt sich auch nicht nachweisen, daß die Angeschuldigten oder die genannten Abgeordneten der USPD bei den tatsächlich vorgekommenen Gehorsamsverweigerungen und Meutereien die Hand im Spiele gehabt haben . . .

Es spricht auch jede innere Wahrscheinlichkeit dagegen, daß Reichstagsabgeordnete von solcher Erfahrung wie Dittmann und Genossen solch ein gefährliches Vorgehen angeregt oder unterstützt haben sollten . . .

Einen Antrag, vom Reichstag die Genehmigung zur Strafverfolgung wegen Landesverrats oder des Versuchs eines solchen zu erheben, vermag das vorliegende Beweismaterial nicht zu rechtfertigen."

Der Versuch, die aus den inneren Verhältnissen der Marine entstandenen Hungerrevolten als Resultat einer von außen in die Flotte hineingetragenen politischen Verhetzung hinzustellen, ist somit gescheitert.

III. Die Ereignisse von 1918

Die Ursachen, aus denen heraus es im Sommer 1917 zu Insubordinationen in der Flotte gekommen war, wirkten weiter, und zu ihnen gesellte sich noch die Erbitterung und Empörung der Mannschaften über die Vollstreckung der Todesurteile und der harten Zucht-

hausstrafen. Dazu kam als Folge praktischer Erfahrung bei Seegefechten die Erschütterung des Vertrauens in die militärische Tüchtigkeit mancher hoher Seeoffiziere, sowie in die Güte und Brauchbarkeit unserer Schiffe und Geschütze.

Hoffnungslosigkeit und Kriegsverdrossenheit wuchsen auf der Hochseeflotte von Monat zu Monat, und als nach dem Scheitern der großen Sommeroffensive 1918 das Vertrauen in die militärische Führung der Obersten Heeresleitung zusammenbrach, war es in der Flotte vorbei mit der psychologischen Möglichkeit zum Kampfe. Als Hindenburg und Ludendorff schleunigen Waffenstillstand gefordert hatten, glaubten die Heizer und Matrosen, daß ihre Erlösung aus der Schiffshölle in wenigen Tagen erfolgen müsse.

In dieser Situation plante die Seekriegsleitung die große Angriffsaktion der Flotte gegen England, der man vier Jahre lang ausgewichen war. Der Vorstoß sollte auf eigene Faust erfolgen, weder der Kaiser als Oberster Kriegsherr noch der neue Reichskanzler Prinz Max v. Baden, noch die neue Reichsregierung wußten davon, trotzdem unmittelbar vorher die Militärgewalt der Zivilgewalt unterstellt worden war und die Waffenstillstandsverhandlungen noch schwebten.

Die Heizer und Matrosen der Hochseeflotte haben diesen hoch- und landesverräterischen Plan der Admiräle durchkreuzt und seine Ausführung verhindert. Als am Abend des 29. Oktober und in der Nacht zum 30. Oktober 1918 die Ausfahrt der Flotte aus dem Jadebusen in die Nordsee erfolgen sollte, rissen die Heizer die Feuer unter den Schiffskesseln heraus und die Matrosen verweigerten das Lichten der Anker. Es erfolgten zahlreiche Verhaftungen.

Die Verhafteten erklärten übereinstimmend, daß der Flottenvorstoß gegen England ein Staatsstreich gegen die neue Volksregierung sei, um sie zu stürzen, die Verhandlungen mit der Entente gewaltsam zu sprengen und den Frieden zu verhindern. Die Gehorsamsverweigerung richte sich lediglich gegen das eigenmächtige hochverräterische Vorgehen der Offiziere, das zudem nutz- und sinnlos sei, da es die bereits gefallene Entscheidung des Krieges nicht mehr zu ändern vermöge. Sie hätten keine Lust, unmittelbar vor Kriegsende sich zwecklos hinopfern zu lassen.

Die Mannschaften der Schiffe forderten stürmisch die Freilassung der Verhafteten und erzwangen sie schließlich mit Gewalt. Der Kadavergehorsam war gebrochen, die Macht der Offiziere über die Mannschaften vernichtet. Die Admirale leugneten gegenüber der Regierung die Absicht des Flottenvorstoßes und die düpierte Regierung suchte die Mannschaften durch ein Flugblatt, in dem die Absicht einer Seeschlacht in Abrede gestellt wurde, wieder zu beruhigen und unter die Botmäßigkeit der Offiziere zurückzubringen. Nun erst wuchs sich die Rebellion allmählich zur Revolution aus. Die Heizer und Matrosen waren durch ihre Gehorsamsverweigerung gegen-

über der Meuterei der Admirale für die Regierung eingetreten und wollten ihren gewöhnlichen Dienst weiter verrichten. Als die Offiziere nicht nur nicht abgesetzt und zur Verantwortung gezogen wurden, sondern auch noch im Namen der von ihnen verratenen und belogenen Regierung Strafmaßnahmen gegen die regierungstreuen Mannschaften vornahmen und die düpierte Regierung die Autorität der Offiziere wiederherzustellen versuchte, kehrte sich die Auflehnung auch gegen die Regierung und wurde zur politischen Revolution.

Die Revolution in der Flotte ist weder von einer politischen Organisation auf den Schiffen noch von einer solchen außerhalb der Flotte hervorgerufen worden. Es war auch keine zentrale Leitung der Bewegung vorhanden, die zunächst einen rein spontanen und stark chaotischen Charakter trug. Da im ganzen Reich die Situation für eine Revolution reif war, wirkten die Vorgänge in der Flotte als Signal zur allgemeinen Revolution.

2.

Entwurf einer Entschließung über die Marinevorgänge von 1917 und 1918
Von Berichterstatter Abg. Joos

I. Die Aufgabe

In den Rahmen der Untersuchung über die Ursachen des Zusammenbruches gehörte insbesondere die Aufgabe, die ersten revolutionären Erscheinungen, die innerhalb der Hochseeflotte im Jahre 1917 zum Ausdruck kamen und zur Verurteilung einer Reihe von Marinemannschaften geführt haben, einer genauen Untersuchung auf ihre Ursachen hin zu unterziehen. Dabei ging man im Ausschuß einmütig von der Voraussetzung aus, daß eine Nachprüfung der Prozeßverfahren sowie der ergangenen Erkenntnisse nicht vorzunehmen sei, da der Untersuchungsausschuß keine Revisionsinstanz bilde.

In die Aufgabe des Ausschusses war einzubeziehen die Erforschung der Gehorsamsverweigerungen und revolutionären Akte in den Novembertagen 1918. Dabei war wieder besonders zu prüfen die Bloßlegung von etwa vorhandenen Zusammenhängen zwischen dieser letzten Phase vor dem Zusammenbruch und den Vorgängen im Jahre 1917.

II. Innere Zustände in der Hochseeflotte

Die allgemeinen Ursachen des inneren Zusammenbruchs waren auch in der deutschen Flotte wirksam. Sie wurden verschärft durch besondere Zustände und Vorkommnisse auf der Hochseeflotte, die

im Sommer 1917 bereits zu gemeinsamen Gehorsamsverweigerungen auf einigen Großkampfschiffen und im November 1918 zum Zusammenbruch geführt haben.

1. Es ist als erwiesen anzusehen, daß ernste Mißstimmungen unter Teilen der Mannschaften sich bereits Anfang 1915 auf verschiedenen Großkampfschiffen bemerkbar machten. Von den kleineren Fahrzeugen sind Klagen nicht offenkundig geworden.
2. Nährboden dieser Mißstimmung war die durch den Nichteinsatz der Hochseeflotte bedingte Untätigkeit von Mannschaften und Offizieren, die unter dem Zwang des engen Zusammenlebens an Bord besonders quälend wirkte und auf die Dauer einen Zustand äußerster Gereiztheit erzeugte. Das innere Vertrauens- und Gefolgschaftsverhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften erlitt dadurch starke Beeinträchtigungen.
3. Eine einheitliche Auffassung darüber, ob die Flotte aus politischen Gründen, aus mangelnder Entschlußfähigkeit führender Stellen oder aus Mißtrauen gegen ihren Kampfwert zurückgehalten worden ist, war nicht zu erzielen, ebensowenig darüber, ob es richtig war, die Hochseeflotte nicht im Großkampf einzusetzen.
4. Eine weitere Ursache der wachsenden Mißstimmung in Teilen der Mannschaften ergab sich aus deren Überzeugung, daß berechtigter Anlaß zu Klagen über Verpflegung und Behandlung seitens der Vorgesetzten vorhanden war und daß die Verschiedenheit der Lebenshaltung an Bord (Messe und Back) sowohl wie an Land bei besserem Willen der Vorgesetzten hätte ausgeglichen werden können.
5. Das Fehlen großer Kampfhandlungen ließ in den Mannschaften der Hochseeflotte nach und nach das Gefühl von der Zwecklosigkeit des Krieges immer mehr erstarken. Die auch im deutschen Volke dringender werdende Friedenssehnsucht wirkte sich daher unter den Mannschaften der Hochseeflotte besonders aus.
6. Diese vorhandene Stimmung ist durch politische Agitation verschiedenster Art ermutigt, erhalten und vertieft worden.
7. Daß politische Werbearbeit und organisatorische Verbindungen auf verschiedenen Großkampfschiffen bestanden haben und daß sowohl die USPD als auch linksradikale Gruppen Mitträger dieser Bewegung waren, muß als feststehend angenommen werden, desgleichen das Vorhandensein einer auch von Offizierskreisen getragenen annexionistischen Propaganda. Neben dem von der USPD an die Mannschaften verteilten legalen Agitationsmaterial ist auch geheimes linksradikales Material auf den Schiffen zur Verteilung gekommen.
8. Die Frage, ob neben den natürlichen Ursachen und Wirkungen die Agitation der USPD oder die annexionistische Propaganda

von größerem Einfluß auf die innere Stimmungslage der Mannschaften gewesen ist, ist eine psychologische Frage, die mangels ausreichenden Materials exakt nicht beantwortet werden kann.

9. Nach der russischen März-Revolution, deren geistige Strömungen über Rußland hinausgingen, breitete sich in Verbindung mit der allgemeinen Friedenshoffnung und der bewußten Friedenspropaganda politischer Richtungen unter den Mannschaften von Großkampfschiffen der Gedanke aus, daß das Volk selbst den Frieden schaffen müsse, den die Regierungen nicht zu schaffen vermochten oder zu schaffen nicht willens waren. Die von dieser Bewegung erfaßten und von dieser Auffassung beherrschten Marinemannschaften blickten daher hoffnungsvoll nach Stockholm, wo eine internationale Konferenz der sozialistischen Parteien vorbereitet wurde.

III. Die Vorgänge im Jahre 1917

Zu den Vorgängen, die sich infolge der politischen Agitation in der Marine ausgewirkt und zu den kriegsgerichtlichen Verfahren geführt haben, stellt der Ausschuß folgendes fest:

1. Äußerlichen Anlaß zu den Vorgängen boten dienstliche Befehle von Offizieren, die von den Mannschaften als ungerechtfertigt angesehen wurden, gegen die sie durch eine Art Streik demonstrieren wollten.
2. Ein politischer Gedanke lag in der Bewegung insoweit, als zahlreiche Mannschaften damals der USPD in der Hoffnung beitraten, dadurch die Herbeiführung eines Friedens zu beschleunigen.
3. Ein schlüssiger Beweis dafür, daß führende Persönlichkeiten der USPD diese Absichten der Matrosen gekannt, sie gebilligt oder sogar angereizt haben, ist nicht erbracht worden. Die in Frage kommenden Mitglieder der damaligen USPD, sowie die vor dem Ausschuß vernommenen Führer der Bewegung haben bestritten, daß die Bewegung auf der Flotte von der USPD veranlaßt worden sei, ebenso der erschossene Matrose Reichpietsch noch nach seiner Verurteilung zum Tode. Die in die Verfahren verwickelt gewesenen Zeugen haben ausgesagt, daß abweichende Erklärungen, die sie als Angeklagte gemacht haben sollten, ihnen suggeriert oder abgezwungen worden seien. Ein schlüssiger Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung ist nicht erbracht. Wahrscheinlich gemacht ist, daß Reichpietsch hoffte, die Abgeordneten der USPD würden ihn schützen, wenn er sich Ungesetzlichkeiten zuschulden kommen lassen würde. Ob weiter links stehende Persönlichkeiten hinter der Tätigkeit Sachses standen, wie er in der „Antinauticus"-Broschüre behauptet hat, hat sich nicht feststellen

lassen, da Sachse vor dem Ausschuß die Aussage hierüber verweigert hat.

4. Die sehr schweren Verurteilungen durch die Kriegsgerichte, besonders aber die Vollstreckung von zwei Todesurteilen, sind von den Mannschaften als ungerecht und als zu streng befunden worden. Sie wirkten verbitternd in die Zukunft.

IV. Bis zur Novemberrevolution

1. Die bestehende lose Organisation der Matrosen und Heizer ist durch die Eingriffe der Behörden im Jahre 1917 zerbrochen worden. Beweise dafür, daß noch weiterhin auf der Flotte im Sinne von Gehorsamsverweigerungen und ähnlichen Dingen agitiert worden ist, sind nicht erbracht worden. Es ist auch nicht anzunehmen, daß derartige Agitationen noch in nennenswertem Maße betrieben worden sind, weil sie den durch die Vorgänge im Jahre 1917 aufmerksam gemachten Vorgesetzten nicht hätten verborgen bleiben können.
2. Die Gehorsamsverweigerungen der Besatzungen im Jahre 1918 hatten ihren Grund darin, daß die Mannschaften, innerlich zermürbt und von den Bewegungen im Lande erfaßt, glaubten, daß auch eine siegreiche Seeschlacht am Ausgange des Krieges nichts mehr ändern könne, daß die Flotte nur aus Prestigegründen eingesetzt werden solle. Sie glaubten ferner, die neue Regierung des Prinzen Max von Baden sei mit dem Flottenvorstoß nicht einverstanden. Sie waren weiter der Ansicht, daß durch einen etwaigen Flottenvorstoß die Waffenstillstandsverhandlungen gefährdet würden. Aus all diesen Erwägungen heraus waren sie der Überzeugung, daß es keinen Sinn mehr habe, in diesem Zeitpunkt noch das Leben einzusetzen. Selbstverständlich haben diese Auffassungen in Mannschaftskreisen durch Einwirkung von außen her eine Stütze und Kräftigung erfahren.
3. Ob Prestigegründe oder eine Absicht, die Waffenstillstandsverhandlungen zu beeinflussen, bei dem Ansetzen des Flottenvorstoßes mitgesprochen haben, ließ sich mit Sicherheit nicht feststellen. Weder der Kaiser, noch der Reichskanzler, noch das Kriegskabinett sind eindeutig über die Absicht der Flottenleitung, eine Seeschlacht zu suchen, ins Bild gesetzt worden. Nach der Ansicht des Sachverständigen v. Trotha hatte die Marineleitung für den geplanten Flottenvorstoß mit dem bisher geübten Gebrauch gerechnet, daß die politische Leitung stets während des Krieges von sich aus die Anweisung gegeben hatte, falls es im Interesse politischer Ziele notwendig erschien, von Kampfhandlungen abzusehen.

   Die Frage, w e l c h e Aussicht ein Flottenvorstoß zu jenem Zeitpunkt gehabt hätte, konnte vom Ausschuß nicht geklärt werden.

4. Soweit die Masse der Flottenmannschaften in Frage kam, hatten die Meutereien im November 1918 zunächst keine auf Umwälzung der Staatsform hinzielende Richtung. Nach Auffassung des Ausschusses hätten sie bei allseitigem energischerem Zugreifen und geschickterer psychologischer Behandlung der Mannschaften durch die Offiziere unterdrückt werden können. Die Offiziere hatten offenbar das Vorhandensein einer wohlorganisierten, umfassenden und zielbewußten revolutionären Aktion mit einheitlicher Leitung angenommen. Indes ist festgestellt, daß auch dann, als die Meutereien im Laufe der Entwicklung einen politischen Einschlag erhielten, eine zentrale Leitung oder eine Vereinbarung mit irgendwelchen politischen Stellen nicht offenbar wurden.

   Die Vorgänge in Kiel bilden den Auftakt zur allgemeinen deutschen Revolution. Die Matrosen und Heizer oder die, die sich als solche verkleidet hatten, haben die Revolution über Nordwest-Deutschland verbreitet. Ob ihnen bei größerer Energie führender Stellen Widerstand hätte geleistet werden können, kann nicht entschieden werden. Daß sie jedoch von sich aus überall die Revolution veranlaßt haben, muß bestritten werden. Revolutionäre Ausbrüche in München und anderen Städten stehen in keinem nachweisbaren Zusammenhange mit den Kieler Vorgängen. Auch die Arbeiterzüge am 9. November 1918 in Berlin, durch die die alte Regierungsform gestürzt wurde, sind ohne unmittelbare Mitwirkung der Matrosen in die Wege geleitet worden.

Berichterstatter Abg. *Joos:*

Ich habe zunächst den Eingang von zwei ihre Gutachten ergänzenden Äußerungen der Sachverständigen Alboldt[1]) und Dr. Herz[2]) zu registrieren. Beide Herren hatten ziemlich umfangreiche Manuskripte eingereicht. Ich habe sie gebeten, zu kürzen, und die Schriftstücke, die ich jetzt vor mir habe, sind das Ergebnis. Ich beantrage, die Ausführungen der beiden Sachverständigen dem Berichte über diese Sitzung als Anlage anzufügen.

Diesem Antrag widerspricht Abg. *Brüninghaus.* Es sei in einer früheren Sitzung beschlossen worden, keine weiteren Sachverständigenäußerungen entgegenzunehmen[3]). Würden die nachträglichen Äußerungen der Sachverständigen Dr. Herz und Alboldt aufgenommen, so müsse auch dem Sachverständigen v. Trotha dasselbe Recht zu-

---

[1]) Anlage I s. u. S. 530 ff.
[2]) Anlage II s. u. S. 543 ff.
[3]) S. o. S. 421.

gebilligt werden. Abg. Brüninghaus weist die in der Äußerung Alboldt gegen ihn selbst enthaltenen Verdächtigungen als unwahr zurück.

Der Vorsitzende Abg. Dr. *Philipp* stellt klar, daß den beiden Sachverständigen Dr. Herz und Alboldt schon vor dem vom Abg. Brüninghaus erwähnten Beschluß zugesagt war, daß sie zu den früheren Äußerungen des Sachverständigen v. Trotha kurz zu Worte kommen würden. Das sei mündlich nicht mehr möglich gewesen. Was jetzt schriftlich vorliege, sei auf Grund der früheren Wortmeldung zulässig.

Abg. *Dittmann* protestiert dagegen, daß der Sachverständige v. Trotha, zu dessen langen Ausführungen die Sachverständigen Dr. Herz und Alboldt lediglich Stellung genommen hätten, zu einer Fortsetzung der Diskussion aufgefordert werden solle.

Abg. D. Dr. Dr. *Bredt* beanstandet die staatsrechtlichen Ausführungen in der Äußerung des Sachverständigen Dr. Herz, die so, wie sie da stünden, nicht richtig seien.

Es wird beschlossen, die Äußerungen der Sachverständigen Alboldt und Dr. Herz im Sinne des Antrages des Berichterstatters Abg. Joos dem Bericht dieser Sitzung als Anlage beizufügen, dieselben dem Sachverständigen v. Trotha zur Kenntnis zu geben mit dem Anheimstellen, im Rahmen einer persönlichen Bemerkung darauf zu erwidern und auch diese Erwiderung, wenn sie sich in dem bezeichneten Rahmen hält, der Sitzung als Anlage beizufügen [1]).

Berichterstatter Abg. *Joos:*

Ich komme nun zu dem *Entwurf einer Entschließung* über die Marinevorgänge. Für mich ergibt sich die Gliederung von selbst. In der Umschreibung der *Aufgabe* ist gesagt, was wir tun wollten und was wir nicht zu tun beabsichtigt haben. Damit scheidet ein bestimmter Fragenkomplex in der Ausführlichkeit aus, wie er etwa in dem Entwurf von Dittmann und Dr. Moses enthalten ist.

Was den *Inhalt* und die Richtung meines Entwurfs angeht, so suchte ich darin der Wahrheit so nahe wie möglich zu kommen, und mußte doch daran denken, daß wir, wenn irgend möglich, eine einhellige Entschließung zustande bringen und nicht in soundso viele Resolutionen zerfallen wollen.

Der Inhalt und die Richtung meines Entwurfs bewegen sich zwischen zwei extremen Auffassungen: die *eine* und die *andere* ist ausgeschlossen. Unter diesen Extremen verstehe ich auf der einen Seite die Tendenz, *alles* aus den *inneren* Mißständen heraus erklären zu wollen ohne irgendwelches äußeres Zutun. Unter dem andern Extrem verstehe ich, daß man von *außen* her, durch politische Agitation, alles erklären will, was mit den Marinevorgängen zusammenhängt. Die beiden Extreme sind also: „alles schlecht" —

[1]) S. u. S. 554 ff.

und „alles gut". Mein Entwurf steht auf dem Standpunkt, daß *beides* zusammengenommen werden muß, wobei es nur immer wieder darauf ankommt, daß man die Dinge graduell abmißt und einschätzt.

Ich hatte den Eindruck, daß es dem Herrn Kollegen Dittmann in seinem letzten Schlußreferat stark darum zu tun war, unsere Frage unter dem Gesichtspunkt zu untersuchen: inwieweit ist die USPD schuld oder nicht schuld, inwieweit steht *sie* im Mittelpunkt oder nicht? — Sie steht für mich und meine Resolution nicht im Mittelpunkt, aber sie steht auch *in* den Dingen, und die Frage ist nur: *wie?* Wir haben verschiedene Quellen, aus denen wir Wahrheit schöpfen können, soweit sie heute überhaupt noch gefunden werden kann. Wir haben Gutachten und Zeugenaussagen gehört, wir haben Publikationen vor uns, wir haben ein Gewirr von Auffassungen und auch von Einzelbehauptungen, die mehr oder weniger erhärtet sind. Aber unter diesen Gutachten, Zeugenaussagen und Publikationen sehe ich viele nachträgliche Konstruktionen. Es wächst wenig aus der Situation selbst heraus. Als eine der unmittelbaren Quellen — nicht als einzige — sehe ich die Tagebücher an, die von Stumpf herrühren, und die Briefe von Lotter. Beides fließt aus der Situation heraus. Beide Zeugnisse kommen von Leuten her, die nicht parteipolitisch geprägt sind, was sehr wichtig ist.

Man könnte einwenden: aber sie betreffen nur diese oder jene Mannschaft. Dieser Herr Stumpf spricht ja nur von der „Helgoland". Seine Aufzeichnungen sind indes für mich von typischem Charakter, sofern die Großkampfschiffe in Frage kommen. Dieser Stumpf existiert für mich mit seinen Tagebüchern nicht allein persönlich, er ist wie eine Wachswalze, wie eine photographische Platte, die einfach aufnahm und wiedergab. In diesen Büchern können wir die geistig-seelische Linienführung ablesen, sofern eine solche unter den Mannschaften vorhanden war.

Ich habe dieses Tagebuch hier in diesem Ausschuß zur Debatte gestellt. Es hat eine gewisse Rolle gespielt. Herr Kollege Dittmann ist in seinem letzten Referat ausführlich darauf zurückgekommen. Er hat seine Meinung damit gestützt und hat der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Farben des Bildes, so wie er es sieht, nur noch leuchtender und kräftiger durch dieses Tagebuch geworden wären.

Nun, meine Herren, muß ich Wert darauf legen, diese meine Quelle zu verteidigen, und zwar den *ganzen* Stumpf, der leider nicht in dem vorliegenden gedruckten Buch, sondern nur in diesen Originaltagebüchern, die ich hier vor mir habe, zu finden ist. Es sind auf Grund der Publikation dieses Tagebuches durch den Dietzschen Verlag Zweifel erhoben worden, und es sind mir eine ganze Reihe Zuschriften zugegangen. Sie gehen dahin, ob dieser Mann wirklich der Verfasser dieser Bücher ist oder ob nicht mehrere an diesen Tagebüchern beteiligt waren. Ich habe Herrn Stumpf daraufhin geschrieben. Er hat

mir geantwortet: „Ich brauche Ihnen gegenüber nicht mehr zu versichern, daß ich der *alleinige* Verfasser meiner Aufzeichnungen bin." Es sind also nicht mehrere.

Man hat gesagt — ich sehe das aus verschiedenen Zuschriften, die für uns im Bericht keine Rolle spielen, aber die ich doch beachten muß —, dieses Buch wäre ungenau, die Eintragungen wären auch nachträglich hineingekommen. Ja, man muß zwischen *dem* unterscheiden, was Stumpf erzählt, was er gewissermaßen vom Hörensagen hat und was er selbst erlebt. Das kann man sehr genau unterscheiden. Und ein ganzer Rattenkönig von Widersprüchen ist selbstverständlich in dem Mann und in den Büchern. Darin ist eben die Lebensechtheit erwiesen. Wir haben vor uns den Menschen, der hin und her gezerrt wird von den Ereignissen, ermüdet wurde und schließlich in allen Poren offen für andere Erwägungen und Einflüsse, woher sie immer kamen.

Und nun, Herr Kollege Dittmann, muß ich bedauern, daß die Veröffentlichung dieses Tagebuchs in der vorliegenden Form ein unvollständiges, zum Teil ein verzerrtes Bild von Stumpf und seinem Werk gibt. Die Aufmachung des Buches ist nicht von ihm. Überschriften, Einteilung, Stichworte sind ja nicht in diesen geschriebenen Tagebüchern. Aber mich haben aufs lebhafteste besorgt gemacht und befremdet die willkürlichen, ja teils tendenziösen Streichungen. Der Mensch Stumpf ist viel reicher und farbiger und lebenswahrer.

(Abg. *Dittmann:* Sie scheinen davon auszugehen, daß ich die Ausgabe besorgt habe; ich habe damit gar nichts zu tun gehabt!) — Nein, ich habe mir sogar notiert, zu sagen: ich glaube nicht, daß Sie damit etwas zu tun haben; aber ich beklage, daß derjenige, der das Buch druckreif gemacht hat — und das war nicht Stumpf, wie ich aus der Schrift und aus den Anmerkungen ersehe —, es so gemacht hat, wie wir es hier sehen. Darum gewisse Lücken und Unvollständigkeiten, darum die Unsicherheit draußen bei all den Herren, die jetzt Umfragen veranstalten, Zuschriften gegenseitig auswechseln, weil ihnen Verschiedenes in dem Buch rätselhaft geblieben ist. Mir wäre es auch so ergangen, wenn ich das gedruckte Buch des Dietzschen Verlages allein gelesen hätte.

Ich will Ihnen sagen, worauf es ankommt. Man hat den Anfang weggelassen, man hat das Ende weggelassen. Mir wäre es sehr lieb gewesen, man hätte das schlichte Vorwort dieses Mannes aufgenommen, worin er sagt, was er mit dem Ganzen will. Das wäre ein sehr schönes, klares Vorwort gewesen:

„In den vorliegenden Zeilen habe ich mich bemüht, ein getreues Bild meiner Erlebnisse und Beobachtungen, die ich während des Krieges auf dem Großkampfschiff ‚Helgoland' machte, niederzulegen. Alle Geschehnisse stützen sich auf die Eintragungen meines Tagebuches, welches ich, bevor noch jemand von uns an

den Krieg dachte, angefangen habe. Von da ab habe ich tagtäglich alles aufgeschrieben, was mir irgendwie von Bedeutung schien. Wichtige Ereignisse sogar stündlich. In späteren Jahren wird mir dieses Buch eine werte Erinnerung sein, besonders an diejenigen Persönlichkeiten, an deren Seite ich meine aktive Dienstzeit verlebte und das geliebte Vaterland gegen feindliche Mächte verteidigen half."

Dieses Vorwort ist weggeblieben. Man hat dann direkt mit der Darstellung angefangen. Und nun will ich dieser Darstellung einmal folgen und zeigen, was alles nicht nur in diesem Mann, sondern — wie ich immer wieder sagen muß, denn er ist ein Typ — unter dieser Mannschaft sich zugetragen hat, was Gesprächsstoff war, was ihre Sinne gefangen hielt und was wir leider in diesem Buch nicht finden. Alles, die ganzen Kriegsereignisse, der Kampf an den Fronten spiegelt sich in dem geschriebenen Text wider, aber viel, viel reicher, als hier in dieser gedruckten Ausgabe angegeben. Es sind nicht nur solche Abkürzungen vorgenommen, die etwa durch weitläufige Einzelheiten selbstverständlich sind und die man vornehmen kann, ohne den Sinn zu verändern, nein, das Leben selbst hat eine Einschrumpfung dadurch erfahren. In dem Buch lesen wir:

„Ihr wißt jetzt, daß wir vor dem Krieg mit England stehen." Schluß. Im Original fährt aber der Verfasser fort:

„Ein Seufzer der Erleichterung für uns alle. Wie gut! Wie freuen wir uns darüber, endlich müssen wir diese Auseinandersetzung mit denen haben."

Das Buch bricht wieder ab, wo sich der Verfasser über Frankreich und Rußland ergeht. Wir lesen nichts von der Freude über die ersten Siege von Belgien, über Lüttich und alles, was damit zusammenhängt. Ich bitte, zu beachten, die Mannschaften auf den Schiffen lebten alles mit, sie gingen mit der Begeisterung hoch und stiegen mit der Enttäuschung im Laufe der nächsten Jahre herunter. Je höher ihre Begeisterung im Anfang, um so tiefer später der Absturz.

Dann kommen die ersten Zusammenstöße, eine Versenkung eines unserer Schiffe. Wir lesen nichts von der „Goeben" und von der „Breslau" und den dithyrambischen Ausführungen des Verfassers über die Heldentaten dieser Schiffe.

Schon bald merken wir etwas von seiner Ungeduld: wir liegen in Cuxhaven, wir müssen uns gedulden, und wir brennen alle darauf, aber es wird nichts, wir werden nicht eingesetzt. Gestrichen!

Japan tritt in den Krieg ein, Kiautschou ist gefährdet. Der Verfasser setzt sich mit denen auseinander, die jetzt merkwürdige Wandlungen im Lande durchmachen: Ludwig Thoma, der auf einmal vom ehemaligen Skeptiker zum Nationaldichter heraufwuchs. Gestrichen!

Auf der 17. Seite kommt eine befremdliche Streichung. Es heißt in der gedruckten Ausgabe:

Ein holländischer Dampfer, der in die Feuerlinie geriet, erhielt drei Treffer.

Darauf in Fettdruck:

Nach meiner Ansicht haben unsere Admirale und Kommandanten aus diesem Gefecht mehr gelernt als in den Manövern von zehn Jahren.

Man muß daraus entnehmen, daß sie Fehler erkannt, die sie gemacht haben. Aber das meint Stumpf gar nicht, sondern umgekehrt: Die Granaten, die in diesen holländischen Dampfer fielen, waren ganz geblieben, und er schließt daraus: die Engländer haben schlechte Granaten, die Sprengwirkung ist schlecht. Das haben unsere Offiziere daraus gelernt. Aus der Streichung bekommt man ein ganz anderes Bild.

Er schildert die Gefechte an der Doggerbank. Die Schlachten in Frankreich spielen eine große Rolle. Gestrichen!

Er erwähnt „eine herzerfrischende Rede des Kommandanten". Sie ist gar nicht zu lang. Er spricht das Wort aus: eine herzerfrischende Rede hielt uns unser Kommandant, „es war eine wahre Wonne". Gestrichen!

Sein Bruder ist gefallen. U-Boot 9 läuft ein. Stumpf schildert lang und breit die Freude, die Begeisterung der Mannschaft. Gestrichen! Folgen Kriegsberichte, Betrachtungen über die Türkei, über Indien. Der Mann, der das Buch verfaßt hat, ist kein x-beliebiger. Es ist erstaunlich, welche historischen, geographischen und sonstigen Kenntnisse er hat. Er war in Italien. Er wanderte zu Fuß von Venedig nach Bozen. Er hat Land und Leute kennengelernt. Aber wir fühlen das alles über den Streichungen nicht.

Ausführliche Schilderungen über die Taten der „Emden", des Geschwaders des Grafen v. Spee — gestrichen! Kurz und gut, 83 Seiten des Original-Tagebuchs sind in der gedruckten Ausgabe auf 12 Seiten zusammengeschrumpft.

Der Flottenchef v. Pohl taucht auf. Er wird mit Begeisterung von den Leuten empfangen. Sie halten sehr viel von ihm; und merken wir wohl: je mehr sie von einem Führer hielten, um so größer ist am Ende die Enttäuschung, wenn er das nicht gehalten hat, was man sich von ihm versprach.

U 21 kommt. Große Beschreibung der Begegnung auf See. Gestrichen! Land und Leute in Kiel, der Untergang der „Dresden", der Kampf in den Dardanellen. Ich merke daraus: der Mann hat Zeitungen, hat viel und emsig gelesen. Ich muß aus allem entnehmen, daß effektiv alles, was sich draußen abspielte, auch an die Mannschaften herankam. Es ist wichtig, das zu wissen. Es blieb ihnen nichts fremd, was sich draußen ereignete.

„9 Monate Krieg" lese ich hier im Original, „9 Monate Krieg, man wird die Flotte einsetzen; trotz aller Ungeduld: ich habe das

Vertrauen, vielleicht ist unsere Zeit noch nicht gekommen. Calais und Dünkirchen müssen in Angriff genommen werden. Wir vertrauen. Unsere Führer werden es schon machen." — Warum sind diese Stellen nicht gedruckt worden?

Die „Lusitania" ist versenkt; eine unbändige Freude darüber und keinerlei moralisierende Tendenz über Brutalität und dergleichen.

Interessante Ausführungen über Italien. U-Boot 20 wird auf See getroffen. — Alles gestrichen!

Nun kommen wir an eine Stelle, wo ich sagen muß: hier hat man aus einer sozialen Tendenz heraus Streichungen vorgenommen, und zwar mitten im Text. Ich lese Seite 45 des gedruckten Buches:

„So blieb ich eben da und machte es mir beim ‚Roten Kreuz' bequem."

Schluß. Das Original besagt aber weiter:

„In Hannover kam ich abends 6 Uhr an. Ich machte es mir beim ‚Roten Kreuz' bequem. Im Wartesaal zweiter Klasse durften wir nicht bleiben. Es ist dort zum Besten der Soldaten alles famos eingerichtet. Gutes billiges Essen, Wasch-, Schlaf- und Lesegelegenheit, so daß sich die Zeit schon verbringen läßt. Verwundete und Mittellose erhalten alles umsonst."

Warum hat man diese paar Zeilen gestrichen?

Der „freundliche Bahnhofswirt" ist auch gestrichen.

Seine Schilderung der Reise durch Deutschland ist sehr interessant in allem, was er da sieht und hört. Er beschreibt Übungsfahrten, neue U-Boote, die ihm begegnen. Überall Streichungen.

Da kommt wieder eine merkwürdige Streichung mitten im Text. Die Leute sind beim Kohlen. Ich glaube, es war in Kiel oder in Wilhelmshaven; jedenfalls sind da Kurgäste. Da heißt es auf Seite 48 oben: Alles sieht uns interessiert bei der staubmachenden Arbeit zu; die Scheinwerfer werden angestellt. Was ist gestrichen?

„Zu unserem Gaudium wurden die Herrschaften durch den Kohlenstaub auch bald so schwarz wie wir. Die ließen sich aber nicht vertreiben, sondern kauften noch Schokolade und Zigaretten in Menge und warfen sie den berußten Gesellen zu."

Es sind vier Zeilen. — Gestrichen!

Am Badestrand das gleiche Schauspiel. Die Badegäste benehmen sich gut und sind nett zu den Soldaten. Gestrichen! Wir lesen nur: „In den Strandkörben saßen die reichen Leute." — Drei, vier Sätze, die ein bißchen Erleichterung hereinbringen, sind gestrichen worden. Ich vermag solche Streichungen weder vom literarischen noch von einem sonstigen Standpunkt aus zu rechtfertigen.

Im gedruckten Buch schließt ein Kapitel ab: „und es liegt ein gutes Stück Philosophie in dem Ausspruch, daß ein gesundes Kreuz besser ist als ein Eisernes." Wie merkwürdig! Aber wie fährt der Verfasser fort? Gleich anschließend:

„Eben lese ich in der Zeitung, daß ein maskiertes englisches Kriegsschiff unter amerikanischer Flagge ein auf das Sternenbanner vertrauendes Tauchboot in den Grund gebohrt und die hilflos im Wasser schwimmenden Matrosen mit Maschinengewehrfeuer erledigt hat. Fünf bereits gerettete wurden nachträglich mit dem Browning erschossen. Das ist der Erfolg des Wunsches des Kaisers wegen einer gemilderten Form der U-Blockade. Überall im Schiffe spricht man von diesem schändlichen Ereignis und hofft allgemein, daß die bisher geübte Rücksicht fallen gelassen wird. Warum auch nicht? England hat unseren Überseehandel vollkommen erdrosselt. Sollen wir dann noch unangebrachte Rücksicht auf seinen Handel nehmen? Ein Jammer ist nur, daß wir untätig hier liegen und eine Faust im Sacke machen."

Das hätte im Druck sechs oder sieben Zeilen ausgemacht. Es gehört zu dem Gesamtbild dieses Mannes, daß diese Stelle nicht unterdrückt wird. Ebenso seine interessanten Ausführungen über Berlin—Bagdad, die Gedanken, die er sich über dieses Problem macht.

Ich komme auf weitere seltsame Streichungen. Wir sind im April 1916, und da werden zwei Geschichten erzählt, „die einen nachdenklich stimmen müssen". Hier ist aber nur eine aufgenommen. Die erste handelt von einer Kassette, die in der Fähnrichsmesse plötzlich verschwand. In derselben waren 150 Mark. Diese Stelle ist nicht wiedergegeben. Nur von der zweiten Geschichte hören wir: von den Botteliergästen sei die Entdeckung gemacht worden, daß in die Proviantlast eingebrochen und ein Käse gestohlen worden sei. Was soll das? Wenn der Verfasser zwei Geschichten nebeneinander stellt, dann streiche ich ihm doch nicht die eine heraus.

Die Langeweile auf dem Schiff wird mehr und mehr gefühlt. Vom Staatssekretär Helfferich ist die Rede, vom Seekrieg, von italienischen Erinnerungen; ein schöner Ausflug nach Bockhorn findet statt. U-Boote kommen und gehen. Wir lesen nichts davon. Je mehr wir dem Jahre 1917 zueilen, um so interessanter ist es, festzustellen, was in dem Mann trotz aller angeblichen Wühlereien fest und unangekränkelt stehengeblieben ist. Eine ganze Skala von Empfindungen gibt er wieder. Betrachtungen über den U-Boot-Krieg: jetzt muß er endlich eröffnet werden, und er muß rücksichtslos eröffnet werden. Das alles wirbelt durcheinander. Das Hilfsdienstgesetz kommt, und er schließt aus dem Hilfsdienstgesetz: das deutsche Volk rafft alle Kraft zusammen — bedenken Sie, wir sind im Dezember 1916! — das deutsche Volk rafft alle Kraft zusammen, um sich zu wehren und doch den Sieg zu erringen.

Übungsfahrten der großen Schiffe sieht er mit an und sagt: „Oh, wären diese Panzerkreuzer doch im Mittelmeer, wo sie hingehören, wo sie etwas schaffen." — Gestrichen!

Es folgt Weihnachtsabend. Voll Ruhe und Harmonie. Gestrichen.

Ein Sylvesterabend: „Der Abend war schön, wir haben getanzt, die Offiziere haben nicht im geringsten der Fröhlichkeit Einhalt getan." Je mehr er berichtet, was gut ist, um so mehr wird gestrichen.

Abg. *Dittmann:*

Sie polemisieren immer gegen mich. Ich habe damit nichts zu tun. Diese Streichungen sind aus Raumgründen vorgenommen, weil alle Verleger erklärt haben, das Buch wäre zu umfangreich. Ich habe allen Verlegern erklärt: ihr müßt es unverändert abdrucken [1]). Wenn die Verleger es trotzdem kürzen, so kann ich nichts dafür. Ich werde beantragen, daß der Ausschuß die ganzen Tagebücher unverkürzt veröffentlicht.

Berichterstatter Abg. *Joos:*

Was ich sagen will, ist folgendes: die Mißstände, die er geißelt, bekommen dadurch um so mehr Gewicht, je mehr wir das andere ruhig gelten lassen.

Noch im Februar 1917 schreibt er:

„Wir leben in einer großen Zeit."

Er schildert diese große Zeit und gibt der freudigen Überraschung Ausdruck, daß der Ubootkrieg jetzt ausgeführt wird. Ich weiß nicht, warum das alles aus Raummangel weggefallen ist. Mit Entzücken gibt er eine Liste der torpedierten Schiffe wieder. Wir sind im Februar 1917! Im Jahre der sog. „Meutereien". Im November 1917, Seite 178 des gedruckten Tagebuches lesen wir . . .

(Abg. Dr. *Rosenberg:* Das ist doch ein privater Druck, das ist für uns nicht maßgebend!)

— Ganz recht, das ist ein privater Druck. Aber dieser private Druck gibt eben zu unrichtigen Vorstellungen Veranlassung.

(Abg. *Dittmann:* Sie wollen doch nicht behaupten, daß ein Wort darin steht, das nicht von Stumpf selbst stammt! — Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Es handelt sich darum, daß auf Grund des privaten Drucks Verhandlungen stattgefunden haben, aus denen gewisse Folgerungen gezogen worden sind. — Abg. *Dittmann:* Hier doch nicht!)

— Ich verteidige die Integrität meiner Geschichtsquelle, dazu bin ich berechtigt.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Die letzten Ausführungen des Herrn Abg. Dittmann gipfelten in der Behauptung: wenn man die Ursachen der Vorgänge in der Marine feststellen will, braucht man nur das Tagebuch von Stumpf zu lesen [2]). Das ist die Fundierung der Thesen des Herrn Dittmann. Infolgedessen hat der Ausschuß ein Interesse daran, zu wissen, wieweit ein

[1]) Vgl. dazu u. S. 520 f.
[2]) S. o. S. 476.

Unterschied zwischen dem gedruckten Tagebuch, das uns vorgelegen hat, und dem Original besteht.

Berichterstatter Abg. *Joos:*

Ich muß bitten, daß Sie Verständnis dafür bekommen, was das Buch für *mich* bedeutet; denn ich habe es hier genannt und habe fortwährend darauf verwiesen. Daher muß ich den *ganzen* Mann hinstellen, von dem ich ausgehe und dessen Zeugnis für mich die entscheidende Rolle spielt.

Für mich ist es politisch von Bedeutung, daß im November 1917 — also *nach* den Prozessen — die innere Haltung des Verfassers des Tagebuchs noch unangekränkelt erscheint, trotz der massiven Angriffe auf die Offiziere und die Mißstände, die er hervorgehoben hat. Er sagt nämlich da — Seite 178 — zwischen „12. November 1917" und „Buß- und Bettag 1917":

> „Von dem Kanzler habe ich immer den Eindruck gehabt, als ob er sich von der Reichstagsmehrheit jede gewünschte Erklärung erpressen ließe,"

— er meint Michaelis, er ist mit ihm unzufrieden —

> „ohne selbst einmal die Zähne zu zeigen. Ganz besonders auffällig trat dies hervor bei seiner Stellung zur sogenannten Friedensresolution. Anstatt daß er diese zusammengewürfelte Gesellschaft in der Kandare hielt, ließ er mit sich Fangball spielen. Er, der Mann, welcher das stolze Wort gesprochen: Wer mich kennt, weiß, daß ich mir die Führung nicht aus der Hand nehmen lasse. Meines Erachtens ist es ein schwerer moralischer Verlust, wenn der erste bürgerliche Kanzler ein solches Fiasko macht."

Er wendet sich zu gleicher Zeit gegen das parlamentarische System ebenso massiv, von dem er sich gar nichts verspricht. Noch im März 1918 ist er intakt nach der nationalen Seite hin.

Zum Schluß des Buches ist noch etwas aus der ersten Phase der Revolution ausgelassen. Es betrifft die Absetzung des Kaisers. In dem Tumult in Wilhelmshaven, den Stumpf miterlebt, erhebt sich plötzlich einer und verlangt die Absetzung des Kaisers. Das ist eine politische Forderung, die plötzlich in die bisher unpolitischen hineinkommt. Die Stelle fehlt in dem Buch.

Und es fehlt auch der ganze Schluß. Für uns und für meine Resolution ist auch dieser Schluß von Interesse. Das Buch bricht mitten im Text ab:

> „Die Massensuggestion nahm mich nun doch gefangen."
>
> (Abg. *Dittmann:* Der innere Zwiespalt kommt gerade in dem letzten Satz klassisch zum Ausdruck: „Die Massensuggestion, gegen die ich immer ankämpfte, nahm mich nun doch gefangen.")

— Damit ist das Originalbuch aber nicht zu Ende.

> (Abg. *Dittmann:* Uns interessiert ja auch nur der Zusammenbruch!)

Hier hat der Bearbeiter des Buchs geschrieben: „Ende." Nun wollen wir gerade wegen unserer Resolution und den Schattierungen im letzten Teil doch das eine oder andere hier herauslesen.

„Nachdem der Kaiser abgedankt hat,"

— so fährt der Verfasser fort —

„mein engeres Heimatland Bayern sich gar zum Freistaat erklärt hat, braucht sich auch keines Menschen Gewissen irgendwie beschwert zu fühlen. Mit einem Male fiel mir der Druck vom Herzen, insbesondere nachdem bekannt gemacht wurde, daß die revolutionäre Bewegung auch auf die französisch-italienische Front übergegriffen hatte. Der Waffenstillstand sei somit ganz automatisch eingetreten, alle Proletarier reichen sich von jetzt ab die Hände, und die Kapitalisten zahlen die Kosten. Muß solch eine Aussicht nicht mitreißen und begeistern?

Von dem jetzt überreichlich gewährten Urlaub machte ich bisher noch keinen Gebrauch. Das Niederschreiben meiner Eindrücke dünkt mir nützlicher als dies. So mitten in der Arbeit störten mich am Sonntag Abend plötzlich einsetzende Freudenrufe, eiliges Laufen, heller Feuerschein und vollends ein Trommelfeuer von Signalraketen. Zu Tausenden und aber Tausenden stiegen die rotgrünweißen Sterne in den sternklaren Himmel. Aus den Fenstern der Kasernen knallten die Gewehre, und auch bald setzten die Geschütze der umliegenden Forts mit dumpfen Schlägen ein. Um das Höllenkonzert noch voll zu machen, heulten sämtliche Sirenen, was der Dampf nur hergeben wollte. Ein bißchen weniger wäre dabei nicht von Schaden gewesen. Niemand wußte so recht, was dies Freudengetöse eigentlich bedeuten sollte. Mein erster Gedanke war: Fliegeralarm, dann hieß es, die englische Flotte stünde draußen, aber zuletzt drang durch, daß dies den Beginn der eben zur Tatsache gewordenen Internationale ankünden sollte. Die Zivilleute aber zitterten vor Angst und Schrecken. Den wild gewordenen Matrosen ist alles zuzutrauen, hörte ich eine alte Frau sagen. Noch war die Teufelsmusik nicht zu Ende, als ein Herr vom Soldatenrat mit ganz verstörtem Gesicht übers Fallreep heraufkam. Wortlos gab er mir ein Flugblatt mit der inhaltsschweren Überschrift: Die *Waffenstillstandsbedingungen.* Wie klopfte mir das Herz; aber schon nach dem ersten Blick starrte ich ganz entgeistert auf das verhängnisvolle Blatt. Was war das?? Räumung des linken Rheinufers sowie des rechten in einer Tiefe von 40 Kilometer."

Er gibt die Bedingungen im einzelnen wieder.

„Nein, das ist ja lächerlich. Das heißt den Kampf bis aufs Messer. Um Gottes Willen, welcher Rückschlag gegen die reinempfundene Freude am Morgen. Da habt ihr eure gottverfluchte Verbrüderung, sagte ich den nunmehr auch ganz klein gewordenen Umstehenden. Es war zu viel für mich, nur eine ganz einsame stille Ecke sah

weiterhin meinen Jammer . . . Die letzten Raketen verpufften . . .“ Er fährt fort:

„Keine Feder der Welt ist imstande, die Gefühle zu beschreiben, welche die letzten drei Tage mein Inneres durchbebten. Voll schmerzlichsten Empfindens sah ich den fieberhaften Vorbereitungen der Flotte zur Übergabe zu. In die Tage von 1914 glaubte man sich zurückversetzt.“

Seine Gedanken schweifen wieder zurück.

Dann gibt er ein Bild am Tage nach der Revolution. Er ergeht sich über den Soldatenrat:

„Der Soldatenrat kann nichts anderes tun, als zu allem Ja sagen. Wirkliche Autorität besitzt er keineswegs. Würden sich die Herren irgendeinem Verlangen ernsthaft entgegenstemmen, dann würden sie ausgelacht. Eines ist gewiß: unter solch einem Regiment hätten wir den Krieg keine vier Monate, geschweige denn vier Jahre führen können.“

Und wieder erwähnt er die ausgebliebene große Verbrüderung. Er erzählt, daß er in der Druckerei der „Republik“ war, daß er da ganze Stöße von Aufrufen in englischer Sprache getroffen hätte, einen Aufruf an die englischen Kameraden auf der dortigen Flotte.

(Abg. *Dittmann:* „Republik“ ist das mehrheitssozialistische Blatt!)

— Ich kenne es nicht.

„Ob es etwas hilft? Siegreiche Soldaten sind den Ideen des Bolschewismus nur schwer zugänglich. Ich kann den Eindruck nicht los werden, daß die Feinde nur darauf warten, daß bei uns alles drunter und drüber geht.“

Mit solchen Gedanken geht das Buch aus, und das wirklich letzte Wort des Stumpfschen Tagebuches lautet:

„Welch ein Glück, daß ich dem nunmehrigen Betrieb morgen den Rücken wenden kann. Heimat, teure Heimat, was wird dir noch bevorstehen?“

Das ist das Ende des geschriebenen Buches, das ist der ganze Stumpf, der ganze, mit all seinen Widersprüchen, die in ihm sind und die auch die Widersprüche sind, die in den Matrosen waren.

Ich schlußfolgere: die Einstellung vieler dieser Mannschaften war kritisch zu den Offizieren. Das hinderte nicht, daß sie innerlich bei der deutschen Sache, bei der nationalen Sache blieben. Der Zusammenbruch, der sich bei ihnen vollzog, war ein innerer und ein äußerer. Sie, diese nichtpolitischen, nicht parteipolitisierten oder revolutionierten Menschen waren von den Ereignissen wie gelähmt.

Auch die Befehlsstellen waren überrascht, so überrascht wie diese Leute, denen der Himmel einfiel, waren verzweifelt und unfähig, noch etwas zu tun. Die psychologische Wirkung der Waffenstillstandsverhandlungen läßt ahnen, daß in den Mannschaften noch andere

Motive lebendig waren, an die man hätte appellieren können. Aber man hatte, glaube ich, nicht mehr den Mut dazu. Und es ist schon richtig — Herr Kollege Brüninghaus hat das selbst zugegeben —: wenn der Flottenchef in einem sich geirrt hat, so in der Einschätzung des psychologischen Zustandes der Mannschaften. Es waren noch Anknüpfungspunkte da. Sie wurden indes nicht gesehen.

Das zum Allgemeinen.

Was nun die einzelnen Sätze des Entwurfs zu einer Entschließung angeht, so werden wir das Nähere am besten bei der Gesamtdiskussion darlegen. Hinsichtlich der Begründung einzelner Sätze verweise ich auf meine zusammenfassenden Berichte vom 24. Juni 1926 und 4. November 1926[1]). Ich habe einen Satz aus dem Entwurf Dittmann aufgenommen; nämlich den, der den Zusammenhang zwischen den allgemeinen Ursachen des inneren Zusammenbruchs und den Vorgängen in der Marine herstellt. Es ist wichtig, daß wir diesen Zusammenhang deutlich herausstellen, denn es ist wahr, daß nichts, was im Lande vor sich ging, fern von den Matrosen blieb, alle Gefühlswellen erreichten auch sie. Und dazu kam noch: sie hatten Zeit, sie hatten Muße, zu lesen und zu grübeln. Sie bekamen die verschiedensten Zeitungen. Sie hatten ihren Urlaub und konnten weitere Beobachtungen machen und Eindrücke sammeln. Die Zerrüttung der inneren Kraft in unserem Volke, die seelische Ermüdung, die da einzog, hatte schließlich auch sie erfaßt und mußte sie erfassen.

Der Sachverständige Alboldt hat sich dagegen gewandt, daß ich dem Nichteinsatz der Großkampfschiffe eine solche Bedeutung beimesse. Ich muß dieser Tatsache und der damit gegebenen Untätigkeit der Mannschaften eine besondere Wirkung für den inneren Zusammenhalt und die innere Stimmung beimessen. Das war ja der Nährboden der Mißstimmung, und alle Menschlichkeiten, die da vorkamen, wie schlechte Behandlung, schlechtes Essen, wirkten um so stärker, wurden vergrößert, verallgemeinert. Ich habe noch nie eine längere Seereise gemacht; aber mir sagten Leute, die sie in Gesellschaft gemacht haben, daß sie am Ende einander nicht mehr sehen konnten. Ich lege darum diesem kriegerischen Untätigsein entscheidende Bedeutung bei. Stumpf spricht einmal ganz unvermittelt vom „Halsabschneiden" gegenüber Offizieren. Sie, Herr Kollege Dittmann, haben daraus geschlossen: was muß alles „faul" gewesen sein, wenn der Mann so spricht.

(Abg. *Dittmann:* Wie muß das ganze Milieu auf ihn eingewirkt haben!)

— So ist es richtig. Wie ungeheuer muß die *Spannung* in den Leuten gewesen sein und die Gereiztheit, daß sie zu solchen Vorstellungen

[1]) S. Bd. 9, I dieser Reihe S. 449 ff. und o. S. 1 ff.

in ihrer Phantasie gekommen sind. Sie sind direkt zu fixen Ideen gekommen.

Abg. *Dittmann:*

Wir kennen doch den Herrn Stumpf als einen ruhigen, friedlichen Menschen, der niemandem den Hals abschneiden will. So war aber die Stimmung. Ich sage nur: wenn man das bei Stumpf berücksichtigt, muß man es bei den anderen auch berücksichtigen. So war meine Argumentation.

Berichterstatter Abg. *Joos:*

Mein Resolutionsentwurf hebt sich natürlich in vielem von dem des Herrn Kollegen Dittmann und des Herrn Dr. Moses ab. Aber auch von den Leitgedanken, die der Herr Kollege Brüninghaus in seinem letzten Referat uns vorgelegt hat. Die Herren Kollegen Dittmann und Dr. Moses schränken das Thema in einem gewissen Sinne ein, weil sie gewisse psychologische Dinge nicht darin haben; und sie erweitern sie wieder auf der andern Seite, weil sie Dinge hereinnehmen, die wir nicht im einzelnen untersuchen wollten. Die Feststellungen, die da gemacht werden, sind nach meinem Gefühl zu absolut. Sie sind da absolut hingestellt, wo wir die Dinge relativ sehen, wo wir jedenfalls eine exakte, absolute Sicherheit nicht vor uns haben. Der Entwurf Dittmann-Moses überschätzt einen Gesichtspunkt der äußeren Mißstände: die Magenfrage. Er überschätzt ihn, ich will nicht sagen, daß er nicht dazu gehört. Der Herr Kollege Brüninghaus sagt demgegenüber, daß das Vorhandensein besonderer Mißstände des inneren Dienstes in der Marine, besonders in der Flotte, die einen Aufruhr gerechtfertigt erscheinen ließen, sich nicht habe feststellen lassen. Ja, wenn er den Zwischensatz „die einen Aufruhr gerechtfertigt erscheinen ließen" betonen will! Was heißt das aber? Ein Aufruhr wird nie „gerechtfertigt" vor dem Forum ruhiger Überlegung. Ein Aufruhr entsteht, „wird" ganz einfach. Hier in unserem Falle handelt es sich darum, ob besondere Mißstände des inneren Dienstes da waren, um diese Mannschaften in eine Stimmungslage zu versetzen, aus der heraus ein „Aufruhr", das heißt: eine Entladung kommen konnte. Und das muß ich bejahen.

Die Bewegung an Bord hatte weder 1917 noch 1918 die ganze Mannschaft erfaßt. Das ist sicher; dem habe ich in meinen Formulierungen auch Rechnung getragen. Aber wir entgehen einem Einwand nicht, wenn wir uns sagen: kaum ein Zehntel der Mannschaft war Anhänger der Bewegung, dem Einwand nämlich, daß gesagt wird: Und doch drang sie durch. Die anderen neun Zehntel taten nichts dagegen. Herr Kollege Brüninghaus meint: „Einen Kreis von Mannschaften an Bord, der mit den Verhältnissen an Bord unzufrieden war und nur aus diesem Grunde eine Auflehnung gegen die Vorgesetzten geplant oder eingeleitet hätte, ohne sich mit politischen Fragen zu befassen, hat es nicht gegeben." Was

soll das heißen? Da kommt es wohl darauf an, welchen Wert wir den Worten „nur aus diesem Grunde“ beimessen. Mein Resolutionsentwurf hat dem Rechnung getragen, was wir feststellen können und was Wahrheit, soweit sie überhaupt heute noch feststellbar ist, sein kann.

Nun hätte ich zur allgemeinen Begründung meiner Resolution nichts mehr zu sagen. Die „Aufgabe“ ist unter I umschrieben. II betrifft die inneren Zustände in der Hochseeflotte. Ich sage hier in Ziffer 1, daß ernste Mißstimmungen bei einem Teil der Mannschaften auf der Hochseeflotte vorhanden waren. Ich spreche dann vom Nährboden. Eine einheitliche Auffassung darüber, ob die Flotte aus politischen Gründen nicht eingesetzt wurde, war nicht zu erzielen. Die Gründe, warum sie nicht eingesetzt worden ist, haben bei uns eine gewisse Rolle gespielt; darum müssen sie erwähnt werden. Die Frage spielt keine Rolle in dem Entwurf von Dittmann und Dr. Moses. Wir haben aber eine ganze Reihe von Zuschriften von Admiralen, die sich mit dieser Streitfrage befaßt haben und die zum Teil von uns zur Äußerung aufgefordert wurden. Wir können daran nicht vorbei.

Punkt 4 gibt die Rolle an, die die Mißstände spielten. Ich sage: diese Mißstände haben in der Überzeugung großer Teile der Mannschaften bestanden, einer Überzeugung, die sich auf die Annahme gründete, daß die Unterschiede in der Lebenshaltung bei besserem Willen der Vorgesetzten hätten ausgeglichen werden können. Ich kann nicht daran zweifeln, daß diese Überzeugung bei den Mannschaften vorhanden war. Das scheint mir erwiesen. Ob die Mißstände selber nun in dem großen Ausmaß vorhanden waren, das haben wir, glaube ich, einwandfrei nicht feststellen können, weil ja immer wieder Meinung gegen Meinung stand.

In Punkt 6 habe ich gesagt:

„Diese vorhandene Stimmung ist durch politische Agitation verschiedenster Art ermutigt, erhalten und vertieft worden.“

Hier werde ich vielleicht von den Herren Kollegen Dittmann und Dr. Moses differieren. Aber ich halte das für festgestellt; und wenn es in dem Resolutionsentwurf von Dittmann-Dr. Moses heißt, daß „diese Mißstände in Zusammenkünften besprochen wurden, in den Zusammenkünften auch über die Friedensaussichten, Friedensziele und Friedensbemühungen gesprochen wurde, wobei der Inhalt sozialdemokratischer Tageszeitungen und legaler Broschüren beider Richtungen meist als Unterlage diente“, so kann ich das als eine Stütze meiner Auffassung gelten lassen. „Agitation“ kann man verschieden verstehen. Ich kann Einflüsse darunter verstehen, die von der oder jener Gruppe, die von Zeitungen herkamen. Ich brauche nicht anzunehmen, daß ein bestimmter Plan auf ein bestimmtes Ziel hin dabei vorlag.

Punkt 7. Die politische Werbearbeit, auch politische Werbearbeit für illegale Richtungen, scheint mir erwiesen. Ich erinnere an das, was wir aus den Prozessen ersehen haben, an das, was wir aus Beckers heraushörten, an seinen Aufruf, der nicht ein Aufruf zur Revolution zu sein braucht, aber eine politische Werbearbeit darstellt. Daß auch die USPD geworben hat, auf den Schiffen Anhänger zu gewinnen versuchte, scheint mir klar. Daß linksradikale Gruppen es getan, daß annexionistische Propaganda auf den Schiffen zu merken war, das scheint mir alles erwiesen. Die Frage ist nur, wie man sie einschätzt, wie man die „natürlichen Ursachen" und die „Agitation" und die „annexionistische Propaganda" in ihren Wirkungen gegeneinander abwägen will.

Was die Vorgänge im Jahre 1917 angeht, so habe ich klar dargelegt, was ich glaube, was wir feststellen könnten. Können wir als erwiesen ansehen, daß Geständnisse „erpreßt" sind? Mir haben die Zeugenaussagen eine Gewißheit über Geständniserpressungen nicht gegeben. Sie haben allerdings auch nicht erwiesen, daß ein Revolutionsprogramm der USPD existierte.

(Abg. *Dittmann:* Der Fall Nöckel ist doch in den amtlichen Akten, wo der Schreiber Nöckel zugegeben hat: der Kriegsgerichtsrat Dobring hat den Weber mit dem Tode bedroht!)

Selbst diese Handlung ist für mich kein Beweis, daß Geständnisse erpreßt worden sind. Daß Suggestivfragen gestellt wurden, daß die Leute auf bestimmte Fragen Antwort gegeben und sich damit den Strick um den Hals legten, ohne daß es durch ihre Handlungen eigentlich fundiert war, das halte ich für möglich; aber nicht bewußte und gewollte Erpressung von Geständnissen. Ich glaube, die Untersuchungsrichter und Verhandlungsführer haben nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Allerdings: sie wußten von politischen Dingen und politischem Parteiwesen nichts, und das war ein Fehler.

Das ist das, was ich zu meinen Sätzen selbst zunächst zu sagen habe. Das andere können wir bei den einzelnen Kapiteln und Ziffern abmachen.

Abg. *Dittmann:*

Ich halte es doch für notwendig, obgleich ich es durch einige Zwischenbemerkungen schon getan habe, noch ein wenig auf die Veröffentlichung des Stumpfschen Buchs einzugehen. Der Herr Kollege Joos hat festgestellt, daß Streichungen vorgekommen sind. Der Herr Kollege Joos wird sich erinnern, daß ich persönlich einmal mit ihm gesprochen habe, dieses Tagebuch müßte eigentlich abgedruckt werden; er wird sich auch erinnern, daß ich gesagt habe: unverändert, ohne irgendeine Streichung gedruckt werden,

(Abg. *Joos:* Sehr richtig!)

daß wir aber beide der Auffassung waren: es ist leider so umfang-

reich, daß, wenn es vollständig gedruckt wird, es außerordentlich schwer verkäuflich ist. Heute kann man Bücher, die von einem größeren Kreis gelesen werden sollen, nicht herausbringen, wenn ihr Preis 3 Mark oder noch mehr beträgt. Dann finden diese Bücher so gut wie keinen größeren Absatz. Zuerst hat ein größerer, leistungsfähiger bürgerlicher Verlag die Absicht gehabt, das Buch herauszugeben. Ich persönlich habe den Herren von diesem bürgerlichen Verlag gesagt: ihr müßt es aber unverändert herausgeben, denn gerade dadurch, daß der ganze Krieg sich in dem Buche widerspiegelt, bekommt es seinen großen dokumentarischen Wert. Es ist nicht nur, daß die Ereignisse aus der Flotte aus dem Buche einem entgegenleuchten, sondern alles, was sich an der Front abgespielt hat, was der Mann gelesen hat, was er bei Urlaubsreisen in der Heimat gehört hat; das halte ich im Zusammenhang für so wesentlich und wichtig, daß ich dringend darum bitte: gebt es ganz heraus. — Dann ist mir von Stumpf mitgeteilt worden, der betreffende Verlag habe ihm einen sehr anerkennenden Brief über das ganze Buch geschrieben, habe ihm aber gesagt, es sei zu umfangreich, er könne es unverkürzt nicht herausgeben, denn es würde sonst nicht verkauft werden.

Dann hat sich ein anderer Verlag damit befaßt, wieder ein bürgerlicher. Dieser Verlag hat wieder mit den größten Elogen für den Verfasser erklärt, es wäre zu umfangreich.

Der Dietzsche Verlag hat sich dann bereit erklärt, es herauszugeben. Ich habe immer wieder gebeten: bringt es unverändert heraus. Man hat mir gesagt: wenn irgend möglich! Dann hat man gesagt: wir haben es kalkuliert, es muß gekürzt werden, sonst kann es keinen Absatz finden. Ich habe wieder gesagt: wenn gestrichen werden muß, streicht nur Unwesentliches, streicht nichts, was irgendwie den Charakter verändert. Ich persönlich habe mit den Streichungen nichts zu tun gehabt, auch nichts mit Überschriften und Unterstreichungen und Fettsatz.

Ich habe lediglich das Vorwort geschrieben.

Nun muß ich sagen, Herr Kollege Joos — ich habe mir hier nur die drei letzten Seiten des Buches in der Dietzschen Ausgabe vorgenommen —: ich glaube kaum, daß an sich der Charakter des Buches durch die Streichung verändert worden ist. Es fehlt die Vollständigkeit, gewiß! Aber dieselben Wendungen, wie Sie sie hier vorgetragen haben, finden sich massenhaft in dem Buch, Seite 210 z. B. wird folgender Vorgang geschildert:

„Bei der Seebataillonkaserne war das große Tor verschlossen. Im Nu war die Tür aus den Angeln gehoben. Ein älterer Hauptmann sperrte den Weg. Dem ersten Matrosen, der eindrang, hielt er den Revolver entgegen. Sehr schnell wurde er ihm entrissen, ein paar Fäuste zerrten am Seitengewehr, während andere versuchten, die Achselstücke abzureißen. Der bedauernswerte Mann, der hier

tapfer und mutig seine Pflicht tat, erregte meine volle Bewunderung, und der Ekel vor solch einer Brutalität stieg mir in den Hals. Am liebsten hätte ich dem Manne die Hand gedrückt."

Auf derselben Seite ist z. B. auch eine Episode, wie Sie verschiedene erzählt haben, Herr Kollege Joos. Es heißt:

„Ein rotes Bettuch an einer langen Stange wurde als Fahne getragen. Es schien mir keine besondere Ehre, hinter diesem Schmutzlappen herzumarschieren. Aber, weil es der erste Tag der neuen Freiheit war, sah man gern über solche Äußerlichkeiten hinweg."

Dann auf der nächsten Seite, 211:

„Nachdem ergriff ein Werftarbeiter das Wort. ‚Der Mensch hat ein unverfälschtes, wahrhaft klassisches Apachengesicht', war mein erster Gedanke. Nur aus einer solchen Visage heraus konnte die Forderung nach sofortiger Einführung der Sowjetrepublik kommen."

Dann heißt es weiter auf derselben Seite, zwei Reichstagsabgeordnete hätten sich bestechen lassen und der Redner hätte gerufen: „Jawohl, ich weiß das, der Zentrumsabgeordnete Giesberts ist unter ihnen."

„In diesem Augenblick war es mir klar, wer als Drahtzieher hinter diesem ganzen Rummel steckte."

— Das ist alles abgedruckt.

Dann heißt es von einem Obermatrosen:

„Er langweilte die Versammlung mit der Auskramung seiner Familiengeheimnisse und Privatschmerzen."

Das wurde nochmals wiederholt.

Auf Seite 212 heißt es:

„Später gab ein Vertrauensmann sogar schlankweg zu, daß dies alles nur ein Manöver gewesen sei, um sich in den Besitz von Waffen zu setzen."

Also das ganze Buch ist Seite um Seite mit solchen Wendungen durchsetzt, wie ich sie angeführt habe. Ich habe die Streichungen gar nicht einmal gesehen und kontrolliert. Ich glaube deshalb kaum, daß der Gesamtcharakter des Buchs durch die Auswahl irgendwie verändert wird. Aber ich persönlich stimme Ihnen in der Beurteilung des ganzen Tagebuchs, wie es vorliegt, Herr Kollege Joos, durchaus zu und stelle hiermit den Antrag, daß nunmehr der Ausschuß dieses Buch seinem Werk über die Marinevorgänge anfügt und unverändert abdruckt. Mir persönlich wird damit der größte Gefallen getan.

Abg. *Brüninghaus:*

Als ich das Stumpfsche Buch gelesen habe, habe ich mir gesagt: nach dem ganzen Auftreten von Stumpf und dem Eindruck, den man gewonnen hatte, ist es ganz unmöglich, daß das alles ist. Ich hatte das Gefühl: hier ist ein Ton darin, der zu dem Mann nicht

paßt. Es steht — nebenbei bemerkt — auch viel Falsches in dem Buch. Darüber ist man sich nun nach den Ausführungen von Herrn Joos klar: daß bewußt von dem Herausgeber alle diejenigen Stellen weggelassen worden sind, die, ich möchte einmal sagen, in die ganze Ideologie, in die ganze Beweisführung, die durch das Vorwort des Herrn Abg. Dittmann in das richtige Licht gerückt wird, nicht hineinpassen.

Zum Vorwort möchte ich noch das eine sagen. Der Herr Abg. Dittmann meint, er hätte mit diesen Streichungen usw. nichts zu tun. Das mag stimmen. Aber, meine Herren, wenn ich ein vier Seiten langes Vorwort zu einem Buch schreibe, dann übernehme ich doch auch die Verantwortung für das, was darin steht,

(Abg. *Dittmann:* Für das, was darin steht, kann ich sie doch nicht übernehmen; nur dafür, daß es von Stumpf stammt!)

— und nicht minder dafür, daß in diesem Buch alles darinsteht, was in dem Tagebuch des Mannes wirklich enthalten ist.

(Abg. *Dr. Moses:* Es ist kein Wort in dem Buch, das er nicht geschrieben hat!)

Das ist richtig! Aber, Herr Kollege Dr. Moses, Sie werden auch wissen, daß es eine beliebte Methode gewisser Leute ist, aus Akten nur das wiederzugeben, was ihnen in ihren Kram paßt. Den Rest läßt man weg. Ebenso hat sich hier durch Weglassen vieler Stellen, speziell der Schlußbetrachtung, ein ganz anderes Bild ergeben als das, das aus dem *ganzen* Tagebuch uns entgegentritt. Dadurch ist der Sinn des Tagebuches selber verändert worden, und die Verantwortung dafür — das muß ich dem Herrn Abg. Dittmann sagen — fällt auf ihn. Er hat auch in seinem Vorwort nur die Punkte herausgeschält, die seine Beweisführung stützen können.

Abg. *Treviranus:*

Der Herr Kollege Dr. Haas sagt in seinem Artikel in der „Frankfurter Zeitung", daß das „Kriegstagebuch eines christlichen Arbeiters" geradezu ein Lehrbuch der Psychologie für Truppenbehandlung sei, nämlich so, wie man es nicht machen sollte. Deshalb ist es berechtigt, daß der Herr Abg. Joos heute seinem Befremden darüber Ausdruck gibt, daß ein solcher tendenziöser Auszug in der Öffentlichkeit als *das* Kriegstagebuch in die Erscheinung tritt; und da der Herr Abg. Joos es gewesen ist, der uns die Aufzeichnungen des Herrn Stumpf überhaupt vermittelt hat, war es nicht nur sein Recht, sondern auch seine Pflicht, festzustellen, daß und wie dieser Auszug in der Öffentlichkeit mit einem Vorwort von Herrn Dittmann erschienen ist. Wenn Sie (zum Abg. Dittmann) selbstverständlich nicht die Verantwortung für alles übernehmen, was in diesem Buche steht, und wie es zusammengestellt ist, so werden Sie immerhin in der Öffentlichkeit als derjenige angesehen, der diese Veröffentlichung in dieser Form gebilligt hat. Darum kommen Sie nicht

herum, Herr Kollege Dittmann, daß Sie sich selbst einen nicht gerade guten Dienst damit geleistet haben, als Sie das Vorwort für dieses Buch in dieser Form schrieben. Denn dadurch wird Ihre Stellung als Mitglied dieses Ausschusses, der bestrebt ist, eine möglichst große Objektivität bei der Erforschung dieser Dinge walten zu lassen, in der Öffentlichkeit etwas ramponiert. Das ist aber eine Sache, die Sie mit sich selbst abzumachen haben. Ich bedaure das aber allgemein, weil durch diese Veröffentlichungen, die mit Genehmigung von Ausschußmitgliedern erscheinen, in der Öffentlichkeit heute schon eine etwaige Entschließung dieses Ausschusses um das Ansehen der Objektivität gebracht werden kann.

Wir werden, auch wenn wir dieses Buch tagelang weiter in den Einzelheiten durchsprechen würden, nicht weiterkommen zu irgendeinem Schlußurteil als dem, das ich gegeben habe und das dem des Herrn Abg. Joos fast vollständig entspricht. Es ist ein schlagender Beweis dafür, wie die Folgen der fehlenden oder fehlerhaften Kriegsereignisse bei der Flotte die Stimmung absacken ließ. Aber in dem Augenblick, wo auch nur der Anschein spürbar ist: wir gehen wieder voran, wir kommen zum aktiven Leben, ging dann die Stimmung wieder hoch. Ich glaube, daß Offiziere wie Mannschaften in ungeheurer Zahl diese Stimmung bei sich selbst so empfunden haben. Mich stören in diesem Buch deshalb nicht Schönheitsfehler, wie ich sie bezeichnen möchte, Geschichten von den nie servierten fünf Fleischgängen, die auch heute noch in der Öffentlichkeit ein durchaus falsches Bild der Wirklichkeit geben. Das sind Kombüsenbestecks, das ist das, was wir in der Armee Latrinengerüchte genannt haben. Dazu gehören auch die Äußerungen vom Halsabschneiden. Sie, Herr Dittmann, haben sie damals dargestellt in dem Sinne: was müssen das für Zustände gewesen sein, wenn Männer sich zu solchen Äußerungen hinreißen ließen. Ich habe selbst in diesem Hause Werturteile über andere Persönlichkeiten gehört, die sich von der Schärfe des Ausdrucks dieses Tagebuchs nicht unterscheiden. Das sind Menschlichkeiten, aus denen Sie nicht ableiten können: es muß ungeheuerlich sein, unter welchem Druck diese Leute gestanden haben.

Ich beantrage Veröffentlichung des Restes des Tagebuches in einer Kommentierung durch einen Unparteiischen wie den Generalsekretär des Ausschusses, damit die psychologisch richtige Grundlage hergestellt wird.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Es wäre wohl das Klügste gewesen, wir hätten früher einmal beschlossen, das ganze Tagebuch qua Ausschuß herauszugeben.

Zur Wertung der ganzen Sache möchte ich doch nach den Auszügen, die uns Herr Joos gegeben hat, folgendes sagen. Es sind zwar einzelne Streichungen vorgenommen worden, die ohne Zweifel nicht auf der Absicht beruhen, nur zu kürzen, sondern auf der Ab-

sicht, tendenziös einiges herauszulassen. Für nicht tendenziös halte ich, daß aus dem ersten Jahr soviel gestrichen worden ist. Eins möchte ich aber doch festhalten: es stehen auch in dem jetzigen Text, der in dieser Dietzschen Veröffentlichung vorliegt, sehr viele Äußerungen, die den Äußerungen entsprechen, die gestrichen worden sind. Ein absolut fascher Eindruck kommt nicht heraus. Aber da gerade Annexionistisches und Nationales in vielen Fällen herausgestrichen worden ist, so würde das, was an Kritischem gesagt wird, und die ganze problematische Entwicklung dieses Mannes von dem annexionistisch-nationalen Gedanken zur Untergangsstimmung, zur Verfallstimmung, aus dem vollen Tagebuch nur schärfer, stärker, erschütternder, beweiskräftiger herauskommen.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Nach unserer bisherigen Arbeitsweise ist es gar nicht anders möglich, als daß wir nach wissenschaftlichen Prinzipien verfahren und das ganze unverkürzte Tagebuch Stumpfs in unsere Publikation aufnehmen. Das ist nicht ein gewöhnlicher Zeuge, sondern es wird das grundlegende Memoirenwerk für die späteren Historiker sein.

Abg. *Dittmann:*

Man könnte nur dann behaupten, daß das Tagebuch in seiner Gesamtheit gefälscht worden sei, wenn etwa versucht worden wäre, den Mann als einen Revolutionär hinzustellen. Das ist aber gar nicht versucht worden. Es sind haufenweise Stellen darin, die klar erkennen lassen, daß der Mann christlich und national im gewöhnlichen Sinne eingestellt gewesen ist, und ich habe in meinem Vorwort ausdrücklich darauf Bezug genommen, wie der Abg. Joos im Untersuchungsausschuß den Mann eingeführt hat. Es heißt:

„Herr Joos sagt von dem Verfasser, daß er ein national eingestellter Matrose war, der seine Abneigung gegen Liebknecht und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei an verschiedenen Stellen des Tagebuches zeige. Der Mann habe der Juli-Resolution des Reichstags für den Verständigungsfrieden widerstrebt."

(Abg. *Joos:* Das ist in dem Tagebuch nicht enthalten, daß er sich gegen die Juli-Resolution gestellt hat!)

— Ich habe es nicht kontrolliert. Wenn die Stelle ausgefallen ist, bedaure ich es auch. — Ich sage dann:

„Und diesem durch und durch christlich und national gesinnten Manne zerbrachen seine Ideale stückweise unter dem Einfluß der Kriegsereignisse."

(Abg. *Joos:* Das ist auch meine Meinung!)

Ich sage dann später, was nicht in dem Tagebuch gestanden hat, sondern was er im Untersuchungsausschuß im Gutachten gesagt hat:

„Vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages sagte Stumpf, heute, nach soviel Jahren, erschrecke er selber vor der Schärfe seiner Urteile und Ausdrücke in seinem Tagebuch."

Das betone ich ausdrücklich, um der Öffentlichkeit, die das Buch liest, zu sagen: es sind Ausdrücke darin, die erschrecken müssen. Er sagt: jetzt, nach zehn Jahren, erschrecke ich selbst davor. Ich will darauf hinweisen, daß das ganze Milieu es war, das die Leute dazu brachte. Ich habe noch hinzugefügt:

„Mir persönlich erklärte er, daß er die Ausdrücke damals aus Rücksicht auf eine mögliche Entdeckung durch die Vorgesetzten noch gemildert habe. Wenn er geschrieben hätte, wie ihm ums Herz war, so wären sie noch weit schärfer ausgefallen."

Das hat er mir auch erklärt. Es hat mir absolut ferngelegen, irgendwie die Gesamteinstellung Stumpfs nicht durch mein Vorwort hervortreten zu lassen, und ich bin überzeugt: nachdem Sie die Streichungen, die vorgenommen worden sind, jetzt kontrollieren können, werden Sie sagen: gewiß, zu dem ganzen Tagebuch gehören auch diese Stellen, aber der Gesamtcharakter des Tagebuchs bleibt derselbe, ob man es in der verkürzten oder in der vollständigen Form vor sich hat. Es wird manches durch einzelne Stellen noch unterstrichen, die jetzt nicht da sind, aber es sind auch so genügend Stellen in der verkürzten Ausgabe des Tagebuchs, daß das Gesamtbild in keiner Weise beeinflußt wird.

Ich habe vorhin schon in einem Zwischenruf auf den letzten Satz hingewiesen. Es heißt da:

„Die Massensuggestion, gegen die ich immer ankämpfte"
— „gegen die ich immer ankämpfte"! —
„nahm mich nun doch gefangen."

Dieser letzte Satz charakterisiert gerade den ganzen inneren Zwiespalt des Verfassers.

(Abg. *Joos:* Aber diese Gefangenschaft war fünf Minuten später gelöst!)

Es sind nachher auch wieder solche Stellen. Er schwankt immer hin und her. Aber so ist tatsächlich der Mensch. So, wie Sachse sich hinterher uns darzustellen versucht hat, ist nie ein Mensch. Sachse versucht, sich so darzustellen, als wäre er von Kindesbeinen an der große Revolutionär gewesen; in Wirklichkeit ist jeder Mensch aus Widersprüchen zusammengesetzt, und diese Widersprüche in Stumpf spiegeln sich auch in der verkürzten Ausgabe wider. In der unverkürzten noch besser. Ich werde die Verlage, um die es sich handelt, zu einer Äußerung veranlassen, weil ich Ursache habe anzunehmen, daß man draußen in der Öffentlichkeit versucht, es mir anzukreiden, daß das Buch nicht vollständig herausgekommen ist, während ich direkt unglücklich gewesen bin, als man mir gesagt hat: ganz können wir es nicht herausbringen, wir müssen streichen. Ich habe den Antrag gestellt, daß wir es vom Ausschuß aus unverkürzt herausgeben.

Vom Herrn Kollegen Treviranus ist auf die Bemerkung vom „Halsabschneiden“ Bezug genommen worden. Ich habe hier die Stelle. Da habe ich gesagt:

„Meinen Sie nicht auch, wenn ein so ruhiger, fast überbescheidener Mann wie Herr Stumpf derartiges schreibt, daß dann wirklich etwas faul gewesen sein muß auf dem Schiff?“

(Abg. *Joos:* Das Schiffsleben an sich hat auf die Leute so gewirkt!)

— Dann fahre ich fort:

„Wenn man das jetzt nachträglich bei Herrn Stumpf erfährt, kann man sich vorstellen, daß auch bei anderen ähnliche Äußerungen des Unwillens erklärlich waren.“

Ich will nur darauf hinaus: Dobring und andere haben versucht, aus damaligen Äußerungen damaliger Angeschuldigter alle möglichen Dinge zu konstruieren, und ich habe gesagt: wir sehen aber jetzt bei Stumpf, wie das ganze Milieu auf einen so ruhigen Mann gewirkt hat. Daraus muß man verstehen, daß es bei Persönlichkeiten, die energischer waren, auch Äußerungen des Unwillens gegeben hat, die man, an sich betrachtet, gar nicht verstehen kann. So ist meine Bemerkung gemeint.

Berichterstatter Abg. *Joos:*

Nach den Gesprächen, die ich mit Herrn Dittmann über die Publikation im Dietzschen Verlag geführt habe, konnte ich nicht annehmen, auch nicht aus Äußerungen von ihm, daß Besonderes gestrichen wurde. Wir hatten uns über bestimmte Stellen unterhalten. Er sagte: „hätten wir dies gestrichen, so hätten wir auch jenes streichen müssen“. So war ich der Meinung, das *ganze* Buch wäre darin enthalten. Ich bin jetzt durch die Kritik, die von außen her kommt und sagt: „das kann unmöglich ein und derselbe Mann sein, da sind Widersprüche darin“, dazu gekommen, einmal zu vergleichen, und da stieß ich auf die zahlreichen Streichungen. Wenn Sie mich fragen: Was fehlt denn an dem einen Bild im Vergleich zum anderen, so antworte ich: Die Konturen mögen da sein, aber die Farben sind nicht alle im Bild, einige sind zu schwach, es fehlen sogar einige Farben, die unbedingt hineingehören. Unbedingt gehören hinein die lebensvollen Eindrücke der Kriegsschicksale, die Betrachtungen über den Kampf an den Fronten, das Auf und Ab von Hoffnungen und Enttäuschungen. Das kommt nicht genug zum Ausdruck.

Von einzelnen Streichungen muß ich sogar sagen: hier lag eine Tendenz vor, denn ich weiß nicht, warum man nicht diese oder jene paar Zeilen hätte einfügen sollen. Sie antworten mir: aber am Bild von Stumpf ändert das nichts. Doch, und es ändert sich was am Bild des gesamten Volkes, das sich in dem Tagebuch widerspiegelt, und das Fehlende gehört auch mit zu dem ganzen Untergrund. Darum muß ich natürlich alle Anregungen, die auf wortgetreue Wiedergabe

der Stumpfschen Tagebücher hinausgehen, auf das lebhafteste unterstützen.

Abg. *Brüninghaus:*

Ich wende mich dagegen, daß immer von der Feststellung der historischen Wahrheit geredet wird, während tatsächlich dieser Untersuchungsausschuß dazu mißbraucht wird, Broschüren ins Volk hineinzuwerfen, was durchaus gegen den Willen des Untersuchungsausschusses ist. Wir wollen die historische Wahrheit feststellen und nicht parteipolitische Geschäfte machen.

(Abg. *Dittmann:* Gewiß, darum geben wir das Buch ganz heraus!)

— Nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist.

Aus den Ausführungen des Herrn Abg. Dittmann habe ich entnommen, daß ihm bekannt war, daß diese Ausgabe des Stumpfschen Tagebuchs nicht vollständig ist, denn er hat uns erzählt, er hätte Stumpf ausdrücklich gesagt: sehen Sie zu, daß möglichst viel hereinkommt.

Im übrigen möchte ich das eine bemerken. Obgleich das Buch ein sehr interessanter Beweis für die ganze Seelenstimmung der Mannschaften ist, kann man daraus nicht argumentieren: alles, was Stumpf hier allein gefühlt und gedacht hat, kann man ohne weiteres auf die sämtlichen hunderttausend Mann der deutschen Flotte übertragen. Es gibt Nuancierungen in der Seelenstimmung und in der Einstellung zu den einzelnen Dingen, die bei jedem Menschen naturgemäß verschieden sind. Ich möchte davor warnen, etwa das Tagebuch *eines* Menschen zur Grundlage für unsere Entschließung zu machen. Es gibt uns einen guten, sehr interessanten Anhalt über die Seelenstimmung der Leute; ich möchte es aber nicht verallgemeinert wissen.

Berichterstatter Abg. *Joos:*

Es kommt nicht darauf an, ob alles, was Herr Stumpf verzeichnet hat, sich objektiv als wahr herausstellt. Aber als typisch dafür, was Mannschaften empfanden, ist es unbedingt anzusehen. Alle Vorkommnisse, auch was ich aus den Prozeßakten und Zeugenaussagen heranziehe, verbindet sich in dem Tagebuch zu einem einzigen Bild und lösen das Rätsel: Wie ist es möglich, daß, wenn alles „gut" war, am Ende alles zusammenbricht? Dieses Rätsel wird allein erklärt, indem wir in die inneren Untergründe hineinschauen und sehen, was sich da alles entwickelt hat und welches Chaos im Denken, Empfinden und Urteilen sich im Laufe der Jahre angesammelt hat. Das gibt uns dann aber auch die Möglichkeit, von Aburteilungen dieser und jener und von „einzig Schuldigen" abzusehen in dem landläufigen Sinne, denn dann haben wir es mit Schicksal zu tun, nicht mit Schuld.

Abg. *Treviranus:*

Ich habe ein Bedenken gegen die Veröffentlichung der Dokumente Stumpfs ohne irgendeine weitere Kommentierung. In diesem Tagebuch sind eine Reihe persönlicher Angriffe enthalten, die sich aus der

ganzen Stimmung ergeben, Angriffe gegen die ehemaligen Vorgesetzten mit Namensnennung usw. Wir haben die Pflicht, wenn diese Herren sich angegriffen fühlen, klarzustellen, was an den damaligen Feststellungen Stumpfs wahr ist. Also dieses Dokument gewissermaßen als etwas hinausgehen zu lassen, was die einstimmige Billigung des Ausschusses als historisches Dokument hat, könnte meines Erachtens nur mit der Einschränkung geschehen, daß man objektive Irrtümer richtigstellt, indem man die Ausgabe nach wissenschaftlichen Grundsätzen herstellt.

Abg. *Dittmann:*

Der Herr Abg. Brüninghaus hat von dem Inhalt des Tagebuchs gesagt: das ist doch nur etwas, was der einzelne gesehen hat, man kann doch nicht sagen, das sei irgendwie typisch.

(Abg. *Brüninghaus:* Ich habe gesagt, man soll sich vor zu starken Verallgemeinerungen hüten!)

Als das Buch herausgekommen war, begegnete mir der kommunistische Abgeordnete Putz in der Wandelhalle. Er stammt aus der Rhön. Dort hat er ein kleines Bauerngut übernommen. Dieser Mann sagte mir: ich habe das Buch in einem Zuge in der letzten Nacht durchgelesen; das sind *meine* Kriegserinnerungen, die in dem Buch stehen, das habe ich alles erlebt, ich könnte genau dasselbe geschrieben haben. Herr Putz war auch bei der Marine. Dasselbe ist mir von einer ganzen Reihe anderer Leute erzählt worden. Mit dem Herrn Kollegen Joos halte ich das, was da dargelegt worden ist, für direkt typisch. Deshalb habe ich mich persönlich so bemüht, daß das unverkürzt gegeben wird. Sie sehen, daß mein Einfluß leider nicht groß genug gewesen ist.

Generalsekretär Dr. *Fischer:*

Ich möchte im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Abg. Treviranus die Frage stellen: Ausgabe mit Kommentar oder ohne?

(Abg. Dr. *Rosenberg:* Ohne!)

Man kann so kommentieren, daß man in den Kommentar eine Tendenz hineinlegt. Man kann aber auch so kommentieren, daß man sich in den Anmerkungen auf reine Tatsächlichkeiten beschränkt, die in der Literatur oder in der Presse zum Ausdruck gekommen sind. Diese zweite Art von Kommentierung läßt sich absolut frei von Tendenz halten und ist dem Leser meist sehr willkommen.

(Abg. *Dittmann:* Was wollen Sie kommentieren?)

— Wenn z. B. irgendwo „Derfflinger" genannt ist und es hat sich inzwischen ein Zeuge gemeldet, der nachweist, daß sich der erwähnte Hergang nicht auf „Derfflinger", sondern auf „Gneisenau" abgespielt hat, so muß das angemerkt werden. Oder wenn Herr Stumpf einen Prozeß bekäme und in diesem Prozeß gewisse Dinge durch Gerichtsurteil festgestellt würden, so wäre an der entsprechenden Stelle der Hinweis auf den Prozeß nötig. Das wäre eine absolut

objektive Kommentierung, die auch dem Tagebuch selbst zu Hilfe käme.

Abg. *Dittmann:*

Ich meine, wir sollten keine Kommentierung geben. Auch da kann man sagen, daß eine Tendenz dabei ist. Da wird man sagen: Herr Fischer hat auf den und den Artikel verwiesen; aber über dieselbe Materie hat da und da auch ein Artikel gehandelt. Vielleicht hat Herr Fischer diesen Artikel nicht gesehen. Man unterstellt aber: wenn er den einen gesehen hat, muß er auch den anderen gesehen haben. Diese Kommentierung hat also wirklich keinen Sinn.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich stelle als übereinstimmende Auffassung fest, daß der Unterausschuß es als notwendig betrachtet, das Tagebuch von Stumpf ungekürzt und unkommentiert, lediglich mit einer Vorbemerkung des Herausgebers, in die Veröffentlichung mit aufzunehmen [1]).

(Zustimmung.)

Anlage I

Bemerkungen des Sondersachverständigen Alboldt zu den Verhandlungen über die Marinevorgänge

Zum Abschluß meiner Darlegungen vor dem Untersuchungsausschuß muß ich noch auf einige Punkte eingehen, die mir erst nachträglich bei Übersendung der amtlichen Berichte bekanntgeworden sind, sowie weiter meine kurzen Ausführungen vom 24. November 1926 auf die lange Erklärung des Sachverständigen Herrn v. Trotha vom 23. und 24. November 1926 gegen mein Gutachten ergänzen, da sich das beim Studium der Trothaschen Ausführungen als zur Gesamtklärung der Marinefrage notwendig erwiesen hat.

Zunächst eine kurze Bemerkung zu den mir bis jetzt vollkommen unbekannten Briefen des Obermatrosen Lotter vom 23. Juli und 20. August 1917, vorgetragen bei der Vernehmung des Herrn Abgeordneten Dr. Pfleger am 9. November 1926: Wenn diese Briefe, das Gutachten des Herrn Sachverständigen Stumpf und mein Gutachten aneinandergereiht und miteinander verglichen werden, dann zeigt sich, wie ich glaube, mit überzeugender Klarheit, wie wenig dagegen die Behauptungen des Sachverständigen Herrn v. Trotha und des Herrn Abgeordneten Brüninghaus wiegen, daß in der Marine alles gut und schön gewesen sei und nur politische Verhetzung das Ende herbeigeführt habe. —

Ich muß dann, so wenig angenehm mir das ist, auf eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Brüninghaus in der internen Sitzung

[1]) S. Bd. 10, II dieser Reihe.

des Ausschusses vom 4. November 1926 eingehen, weil der Zweck dieser Bemerkung offenbar der war, den Wert meines Gutachtens herabzumindern. Der Herr Abgeordnete Brüninghaus sagte nach dem amtlichen Bericht:

„Der Sachverständige Alboldt hat sich in seinem Gutachten auf Gebiete begeben, auf denen er keineswegs sachverständig ist. Er stützt sich im wesentlichen auf Veröffentlichungen des Kapitäns a. D. Persius. Alboldt ist jahrelang vor dem Kriege abgegangen und dann Sekretär auf der Werft gewesen. Was er in technischer Beziehung behauptet, kann er lediglich auf Zuträgereien stützen. Alboldt ist übrigens gar nicht aufgefordert worden, ein technisches Gutachten abzugeben. *Haarsträubend ist z. B., daß er aus einer gelegentlichen, auf Klatsch beruhenden Äußerung entnimmt, daß die deutschen Kanonen nicht weit genug hätten schießen können ... Ich bin von zahlreichen früheren Deckoffizieren gefragt worden, wie es überhaupt möglich ist, daß der Ausschuß einen Deckoffizier als Sachverständigen benutzt, der während des Krieges überhaupt nicht an Bord war und in Deckoffizierskreisen keineswegs ein großes Ansehen genießt.*“

Der Zweck dieser Äußerung scheint mir, wie gesagt, eindeutig. Soweit sie mich auch persönlich treffen sollte, berührt sie mich nicht. Ich beschränke mich vielmehr auf folgende sachliche Feststellungen.

Der Ausschuß wird gewußt haben, warum er mich als qualifiziert zum Sachverständigen erachtete. Der Ausschuß hat auch meine Gutachtertätigkeit nicht eingeschränkt, wie ich in der Sitzung vom 24. November 1926 ausdrücklich und unwidersprochen festgestellt habe. Natürlich habe ich mich auch nicht auf Veröffentlichungen des Kapitäns z. S. a. D. Persius gestützt; wenn ich mit ihm konform ging, so deshalb, weil die geschilderten Mißstände auf der Hand lagen. Die Herren der Gegenseite scheinen auch meinen präzisen Angaben gegenüber kein unbedingtes Zutrauen zu ihren eigenen sachlichen Widerlegungsversuchen gehabt zu haben. Das geht daraus hervor, daß, wie mir bekanntgeworden ist (es wurde auf dem letzten Bundestag des „Bundes der Deckoffiziere“ Anfang dieses Jahres darüber Auskunft erteilt), nach Abgabe meines Gutachtens Herr v. Trotha meinen Nachfolger in der Leitung des jetzigen „Bundes der Deckoffiziere“, der in der Marineleitung Beamter ist, aufgesucht und versucht hat, ihn zu bestimmen, der Bund möge gegen mich öffentlich Stellung nehmen und daß weiter der Herr Abgeordnete Brüninghaus einzelne Deckoffiziere seinerseits zu gleichem Vorgehen gegen mich zu bestimmen versuchte. Wenn die Herren sich auch an diesen Stellen allerdings nur Körbe holten, so drängt sich doch die Vermutung auf, daß in diesem Vorgehen die Ansätze zu den dem Ausschuß zugegangenen Schreiben über meine Person zu suchen sind. Ich über-

lasse es dem Ausschuß, sich seinerseits ein Urteil über die Bewertung einer solchen Kampfesart zu bilden.

Dem aufmerksamen Leser meines Gutachtens wird auch nicht entgangen sein, daß ich technische Fragen nur insoweit berührte, als sie für die Stimmung der Mannschaft von Bedeutung waren, und daß ich mich dabei auf die einfachsten, Jedem verständlichen Dinge beschränkt habe, über die allerdings die frühere Marineleitung — und zwar nach meiner Überzeugung mit voller Überlegung — einen künstlichen Nebel breitete, um den Glauben zu züchten, daß nur Seeoffiziere selbst ganz einfache und klare Marinefragen beurteilen könnten.

Dies Streben ist auch heute noch festzustellen. Es hat dazu geführt, daß die Herren Sachverständigen der Gegenseite — frühere Admirale — über eine nach den verschiedensten Seiten hin wichtige Frage ihres ureigensten Gebiets, die Waffenführung, dem Ausschuß objektiv unrichtige Angaben gemacht bzw. meine gutachtliche Richtigstellung in schroffer Form abgestritten haben. Wie weit man dabei gegangen ist, soll hier kurz bewiesen werden, wobei die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen auf der Hand liegen.

Herr v. Trotha sagte in seinem dem Ausschuß (bevor ich diesem angehörte) erstatteten Gutachten „Zusammenarbeit zwischen Flotte und U-Boot“:

> *„. . . es ist in keinem Kampf vorgekommen, daß wir etwa wegen geringerer Reichweite nicht hätten schießen oder das englische Feuer nicht hätten erwidern können.“*

Und der Herr Abgeordnete Brüninghaus führte in der vorher erwähnten Bemerkung über mich aus:

> *„Haarsträubend* ist z. B., daß er (Aboldt) *aus einer gelegentlichen, auf Klatsch beruhenden Äußerung entnimmt, daß die deutschen Kanonen nicht weit genug hätten schießen können.“*

Und das, obwohl ich Admiral Scheer selbst als Zeugen für meine Behauptung anführen konnte (Bd. 10, I dieser Reihe S. 121). Herr v. Trotha wollte sogar an Hand langer Tabellen beweisen, daß unsere schwere Artillerie *weiter* als die englische schießen konnte!

Demgegenüber lasse ich ganz kurz zwei neue, vollkommen unverdächtige, geradezu klassische Zeugen sprechen:

Der bekannte Konteradmiral a. D. v. Levetzow, während der von mir in meinem Gutachten zu diesem Punkte besonders herangezogenen Seeschlacht an der Doggerbank (24. Januar 1915) Kommandant des beteiligten Schlachtkreuzers „Moltke“ (später engster Mitarbeiter des Herrn v. Trotha im Flottenstab als Chef der Operationsabteilung, noch später Chef des Stabes der Seekriegsleitung bis zum Zusammenbruch, hat Anfang dieses Jahres eine Schriftenfolge herausgegeben, die zunächst in der „Deutschen Zeitung“ erschien und dann als Buch veröffentlicht wurde: „Die Seeschlacht an der Doggerbank“ (Nord-

deutsche Verlags- und Treuhandgesellschaft m. b. H.). Darin heißt es wörtlich (S. 27—29):

„9,52 vorm. Auf 200 hm (20 km) fällt der erste feindliche Schuß.
10,05 vorm. Signal von ‚Lion' an seine Schlachtkreuzer zum allgemeinen Feuereröffnen, auch ‚Prinzeß Royal' fällt nun ins Feuer ein . . . *Noch schweigen die deutschen Geschütze, da ihre Lafetten erst eine Erwiderung von 190 hm gestatten . . .*
10,09 vorm. Signal von ‚Seydlitz', ‚Feuer eröffnen' . . . ‚Derfflinger' eröffnet als erstes deutsches Schiff das Feuer.
10,12 vorm. ‚Lion' erzielt ihren ersten Treffer gegen ‚Blücher' . . .
10,14 vorm. ‚Lion' wechselt Ziel nach rechts auf ‚Moltke', während ‚Tiger' und ‚Prinzeß Royal' vorläufig noch weiter auf ‚Blücher' feuern.
10,18 bis 10,20 vorm. Auch ‚Blücher' und Seydlitz' und ‚Moltke' eröffnen das Feuer."

Wie in einem Film sieht man hier mein Gutachten bestätigt: 17 Minuten dauerte es nach der englischen Feuereröffnung, bis das erste deutsche Schiff antworten konnte; 28 Minuten bis die anderen deutschen Schiffe einfielen!

Aber nicht nur modernen englischen Schiffen gegenüber waren unsere Schiffe in dieser Beziehung 1915—1916 unterlegen, sondern sogar noch 1917 *ältesten russischen Linienschiffen!*

In seinem Buch „Das Kriegstagebuch eines deutschen Seeoffiziers" (Verlag August Scherl, 1925) schreibt Admiral *Hopmann,* einer der bekanntesten und befähigsten jüngeren Seeoffiziere, Tirpitzverehrer und seinem Werdegang nach wohl als dessen Nachfolger bestimmt, auf Seite 250 über das Gefecht im Moonsund (bei Ösel), das von den beiden modernsten deutschen Linienschiffen „Kronprinz" und „König" am 17. Oktober 1917 gegen die alten russischen Linienschiffe „Slawa" und „Zessarewitsch" (Stapellauf 1901 und 1903!) geführt wurde, und an dem Hopmann als Vizeadmiral und Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte der Ostsee an Bord des kleinen Kreuzers „Kolberg" teilnahm, folgendes:

„Merkwürdigerweise hatten die russischen Linienschiffe wohl infolge ihrer höheren Geschützlafetten größere Schußweiten als die unserigen. Sie erzielten zwar keine Treffer, wohl aber mehrere deckende Salven, *während ‚König' und ‚Kronprinz' bei den größten Erhöhungen nur Kurzschüsse beobachteten.* Die Lage war daher wenig verheißungsvoll. Vor uns war ein Wall von Minen, deren Aufräumung das Feuer der Schiffe und Batterien verhinderte, und dahinter, noch geschützt durch eine starke Trossensperre, *die feindlichen Schiffe, deren Geschütze weiter schossen als die unserigen.* Da faßte Vizeadmiral Behncke den Entschluß . . . unmittelbar unter der östlichen Küste vorzustoßen, um hiermit die russischen Schiffe in seinen Feuerbereich zu bekommen . . ."

Also nur, weil selbst unsere neuesten Linienschiffe nicht so weit schießen konnten wie älteste russische, mußte ein Manöver ausgeführt werden, das wegen der großen Minengefahr leicht zu schweren Verlusten für uns hätte führen können.

Nach diesen vollkommen einwandfreien und eindeutigen Zeugnissen mag der Ausschuß beurteilen, wessen gutachtliche Äußerung zu diesem Punkt „haarsträubend" war . . .

Es ist nicht möglich, auf alle sonstigen Widersprüche einzugehen, welche in der Entgegnung Herrn v. Trothas auf mein Gutachten enthalten sind. Deshalb will ich nur einige Punkte herausgreifen. Ausdrücklich hinweisen möchte ich aber noch darauf, daß darin oft und gerade da, wo auf eine klare Feststellung in meinem Gutachten eine ebenso klare Entgegnung kommen müßte, diese ausbleibt und dafür eine unklare, abgleitende Bemerkung tritt, wie „Ich kann den Zusammenhängen nicht mehr nachgehen" oder „sie nicht mehr nachprüfen" — „soweit mir bekannt ist" — „soweit ich das noch habe feststellen können" — „soweit ich die Verhältnisse aus Schilderungen des damaligen Stationschefs kenne" — „es ist hier nicht der Raum, diese Frage genau zu untersuchen" — und, ganz besonders häufig — „dann müßten noch andere Personen vernommen werden".

Verspäteter Flotteneinsatz. Immer wieder spricht Herr v. Trotha hier von der „höchsten verantwortlichen Stelle", die das verschuldet habe, und meint damit den Reichskanzler. Er schreibt wörtlich:

> „Wenn von höchst verantwortlicher politischer Stelle der Einsatz der Flotte zu Anfang des Krieges für falsch erklärt wurde, so war es selbstverständliche Pflicht der befehlenden Stellen, sich dem zu fügen, so hart das war . . . Der schwere Entschluß, den Angriffswillen zu zügeln, lag bei der *politischen* Leitung, die damit auch für die unausbleiblichen Folgen verantwortlich ist . . . In der höchsten Anspannung des Staates im Kriege, wo mehr wie sonst je alle Kräfte sichtbar und fühlbar *auf die höchste verantwortliche Stelle* eingestellt sind, ist entscheidend, ob diese Kraft oder Schwäche ausstrahlt . . . Nach den unseligen *zwei ersten Kriegsjahren,* in denen das Flottenkommando, *von der politischen Leitung geknebelt,* sich keine Klarheit über seine Bewegungsfreiheit und die Grenzen seiner Verantwortung hatte erkämpfen können . . ."

und so ähnlich noch an vielen anderen Stellen. Die Tendenz liegt auf der Hand, es soll der Eindruck erweckt werden: nur die politische Leitung war an dem nicht früheren Einsatz der Flotte schuld. Als ob wir damals in einem parlamentarisch regierten Staat und nicht unter der alten deutschen Verfassung gelebt hätten, die dem Kaiser, und ganz besonders im Kriege, als „Obersten Kriegsherrn" praktisch fast unbeschränkte Macht gab. Wer es nicht wüßte, würde wohl auch alle diese Äußerungen Herrn v. Trothas auf den Kaiser beziehen. Herr v. Trotha wird nicht hoffen können, daß ihm in diesen Gedanken-

gängen gefolgt wird; es ist zu offensichtlich, daß, wenn bei dem Nichteinsatz der Flotte überhaupt von einem Versagen gesprochen werden soll, *dies Versagen ausschließlich und allein bei den entscheidenden höchsten Marinestellen und beim Kaiser lag.*

Übrigens hat Herr v. Trotha diese jetzt von ihm so stark und an so vielen Stellen seiner Entgegnung vertretene These in seinem von ihm selbst in dieser Entgegnung angeführten Brief an den Kabinettschef v. Müller vom 9. VII. 15 auch nicht mit einem Wort erwähnt, *sondern er lehnt sie darin sogar ausdrücklich ab.* Nachdem zunächst die vielen schmerzlichen Gedanken der angriffsfreudigen Besatzungen geschildert sind, heißt es dort:

„Wie ist es möglich, daß im Lebenskampf des deutschen Vaterlandes die Waffe nicht zum Tragen kommt, die im Mittelpunkt der Politik nach innen und außen während des letzten Menschenalters gestanden hat?"

um dann *so* fortzufahren:

„All diese Gedanken, die in der Marine umgehen, *sie sind nicht daraus zu erklären, daß die Reichsleitung sich den Zeitpunkt zum rücksichtslosen Einsatz der Flotte ganz selbstverständlich vorbehalten muß.*

Das Warten würde schon überwunden werden, wenn das Vertrauen erhalten wäre, in fester Leitung dem Augenblick des endlichen Einsatzes entgegengeführt zu werden. Es hat sich aber immer mehr das Empfinden ausgebreitet, daß der einheitliche feste Wille einer starken Führung fehlt, den Feind da, wo er Gelegenheit gibt, auch mit ganzer Kraft anzufassen und mit Siegerwillen zu zwingen."

In abwehrender Vorsicht hat Herr v. Trotha zu diesem Brief in seiner Entgegnung bemerkt, man dürfe nicht vergessen, daß er ein ganz bestimmtes Ziel vor Augen hatte (nämlich Herrn v. Tirpitz zum Oberbefehlshaber der ganzen Marine zu machen). Dies zugegeben wird aber Herr v. Trotha seinerseits anerkennen müssen, daß man ihm persönlich keinen Gefallen erweisen würde, wenn man annehmen soll, er habe in diesem privaten Brief, *der sich unverkennbar gegen die damalige Flottenleitung richtet,* nicht einmal die tiefste Wurzel allen Übels, wie sie *heute* von ihm dargestellt wird, die „politische Leitung", erwähnt, während er selbst doch gerade (an einer anderen Stelle seiner Erwiderung) sich auf diesen Brief beruft als ein Zeichen dafür, wie er furchtlos seine Meinung vertreten habe. So kann es also nicht gewesen sein, sondern wer in der damaligen Zeit als Kapitän an den Kabinettchef über seine höchsten militärischen Vorgesetzten, ja sogar indirekt auch über den Kaiser und den Kabinettchef selbst schrieb, der hätte sicher auch den Mut aufgebracht, über die — wie es heute heißt — wahre Ursache des ganzen Übels, nämlich den Reichskanzler, sich rückhaltlos auszusprechen, zumal dieser doch nach damaliger militärischer Auffassung nur ein „Zivilist" war. *Dieser Brief des da-*

maligen Herrn v. Trotha wird daher in der Frage des nicht rechtzeitigen Einsatzes der Flotte als ein schlüssiger Beweis gegen den heutigen Herrn v. Trotha zu bewerten sein.

Gegen die von Herrn v. Trotha heute vertretene Auffassung spricht auch eindringlich und überzeugend das Zeugnis des Admirals Hopmann in seinem vorher erwähnten Buch. Hopmann ging bei Ausbruch des Krieges gemäß seiner Mobilmachungskommandierung mit Tirpitz, als dessen rechte Hand, in das Große Hauptquartier. Er schildert im ersten Abschnitt des Buches die häufigen Erörterungen der Frage des Einsatzes der Flotte im Großen Hauptquartier in allen Einzelheiten. Dabei erwähnt er eingangs wohl, daß der Reichskanzler auch für einen Nichteinsatz der Flotte war, konstatiert dann aber immer wieder, *wie die höchsten Marinestellen nur unter sich und mit dem Kaiser um Einsatz oder Nichteinsatz der Flotte stritten,* ohne dabei auch nur noch einmal Bethmanns oder des Auswärtigen Amtes Erwähnung zu tun! Wie denn seine oft scharfen und *nur gegen bestimmte militärische Persönlichkeiten* gerichteten Ausführungen über diesen Punkt durchaus und in allen Punkten die in meinem Gutachten aufgestellte Behauptung bestätigen, *daß die Schuld an dem nicht früheren Einsatz der Flotte ausschließlich beim Seeoffizierkorps, vertreten durch seine damaligen Hauptspitzen, lag.* —

Herr v. Trotha hat sich weiter stark und in langen Ausführungen gegen den — eingehend belegten — Satz meines Gutachtens gewandt: „Unsere Besatzungen traten also in den Krieg ein im Gefühl auch der qualitativen artilleristischen Unterlegenheit gegenüber den Engländern." Daß ich mit diesem Urteil nicht allein stehe, sondern dies damals auch von Seeoffizieren in höchsten Stellungen geteilt wurde, beweist wiederum Admiral Hopmann in seinem Buch, wo es (S. 89) von dem damaligen Flottenchef Admiral *Pohl* heißt:

> „Nachdem dieser am 23. März (1915) in einer Sitzung der Admirale und Kommandanten unter Hinweis auf die starke Überlegenheit des Gegners und unter einer nicht nur übertriebenen, sondern auch völlig unrichtigen *Mindereinschätzung unseres Schiffs- und Geschützmaterials* sich über die Erfolgsaussichten in der Nordsee sehr pessimistisch geäußert hatte . . ."

Wenn dem Flottenchef damals auch zwei seiner Unterführer widersprachen und sein Urteil heute von einigen Admiralen bestritten wird, so ändert das nichts an der Tatsache, *daß der Führer der deutschen Flotte im Jahre 1915 den Standpunkt,* den ich in meinem Gutachten eingenommen habe, teilte. —

Herr v. Trotha hat weiter die von mir aufgestellte Behauptung, daß mangelhafte Führung die Schlappen vom 28. August 1914 (Gefecht bei Helgoland) und am 24. Januar 1915 (Gefecht an der Doggerbank) hervorgerufen hätten und dadurch das Vertrauen in die Führung erschüttert worden sei, abzustreiten oder abzuschwächen versucht,

ganz besonders in bezug auf das Gefecht an der Doggerbank. Er hat dabei übersehen, daß er selbst in seinem vorher erwähnten Brief vom 9. Juli 1915 an den Kabinettchef v. Müller meine Auffassung vollauf bestätigt hat.

Damals schrieb Herr v. Trotha:

„Der Gedankengang jedes Matrosen kann sich nur an die Geschehnisse des 28. August, 16. Dezember, 24. Januar und 2. Juli halten, wo sich unabweislich das Empfinden aufdrängte: Hier hat eine starke führende Hand gefehlt. Es ist menschlich nicht anders möglich, als *daß sich alles innere Empfinden auf das tiefste erregt, wenn man nur auf den Flußmündungen zu Anker liegt und dann schlägt plötzlich die Nachricht ein, da und dort draußen gehen Schiffe verloren, weil wir die vorhandene Kraft nicht auszunutzen verstanden.*"

Und Admiral Hopmann schreibt in seinem Buch zum 28. August (Seite 37):

„Englische Pressestimmen haben nach dem 28. August unter Anerkennung des tapferen Verhaltens der deutschen Besatzungen den deutschen Mißerfolg der ‚bad generalship', *d. h. der schlechten Führung, zugeschrieben und damit den Nagel auf den Kopf getroffen.* Weder die Unsichtigkeit des Wetters noch die Unpassierbarkeit der Außenjadebarre konnten die Flottenleitung für den Mißerfolg entschuldigen"

und zum 24. Januar 1915 (Seite 83):

„Auf deutscher Seite trug die Schuld an dem Mißerfolg das Flottenkommando. Es hat die Unterstützung der Kreuzer durch Linienschiffe wieder unterlassen, ja nicht einmal durch deren erhöhte Gefechtsbereitschaft vorgesehen."

Noch schärfer äußert sich Admiral v. Levetzow in seinem erwähnten Buch zu den gleichen Punkten (Seite 63):

„Durch das Versagen rechtzeitiger Unterstützung durch die Hochseeflotte ist Admiral Hipper *in die für einen Führer verzweifelte Lage gekommen, sich entschließen zu müssen, den ‚Blücher' seinem Schicksal zu überlassen*"

und (Seite 67):

„So hatte — innerhalb weniger Wochen zum zweiten Male — *der Chef der Hochseestreitkräfte wiederum eine einzigartige Gelegenheit verstreichen lassen,* große britische Flottenteile mit Übermacht zu vernichten. *Wie der 16. Dezember 1914 steht auch der 24. Januar im Zeichen einer für Deutschlands Schicksal verhängnisvollen Unterlassung*",

wobei Admiral v. Levetzow diese beiden Stellen in seinem Buche noch besonders durch Sperr- und Fettdruck hervorhebt.

Genau das, was Herr v. Trotha selbst schon 1915 und zwei vollkommen unverdächtige Zeugen, Fachmänner und Miterleber, vor

kurzer Zeit schrieben, habe ich in meinem Gutachten angeführt. Danach werden auch meine Schlußfolgerungen daraus nicht mehr bestritten werden können. —

Auf die Behauptung in meinem Gutachten, daß die Engländer bei ihrer im ganzen größeren Geschwindigkeit und ihrer weiter tragenden Geschützen sich in der Skagerrakschlacht — und auch sonst — bei klarem Wetter die Gefechtsentfernungen nach ihrem Belieben hätten aussuchen können, hat Herr v. Trotha erwidert, daß er diesen Gedanken nach seinen taktischen Erfahrungen für undurchführbar halte und weiter:

„Ich mache mich anheischig, in der Führung einer Flotte auch bei klarem Wetter Herrn Alboldt zu beweisen, daß er sich seine Gefechtsentfernungen nicht wählen kann, wie er sich das auch mit Geschwindigkeitsunterschieden, wie sie damals bestanden, denkt",

wobei er zur besonderen Unterstützung dieser Ausführungen hinzufügte, daß der mehrfach genannte russische Kapitän v. Schoultz, der die Skagerrakschlacht bekanntlich als Beobachter auf einem englischen Linienschiff mitgemacht hat, kürzlich in einem Vortrage erklärt habe, „daß nach seinem (v. Schoultz) persönlichem Erleben die englische Flotte in diesem Gefechtsabschnitt vor einer Katastrophe gestanden hätte, falls wir (die Deutschen) klaren Überblick gehabt hätten."

Herr v. Trotha müßte Naturgesetze ausschalten können, wenn schnellere und weitschießendere Schiffe sich ihm gegenüber nicht ihre Gefechtsentfernungen zu wählen vermöchten. Vermag er das nicht, so behält dieser Satz, der übrigens von jeher eiserner Bestand aller Marineliteratur ist, seine Geltung.

Und was die Bezugnahme auf Herrn v. Schoultz anlangt, so wird dieser von Herrn v. Trotha wieder unrichtig zitiert. v. Schoultz sagt in seinem bekannten Werk „Mit der Grandfleet im Weltkrieg" — also an einem Orte, wo er nicht mißverstanden werden kann — Seite 224 in der Zusammenfassung des Verlaufs der Skagerrakschlacht grundsätzlich das, was ich in meinem Gutachten ausgeführt habe, wovon sich jeder durch Nachschlagen überzeugen kann. —

Zu meinen Ausführungen, betr. den letzten Flottenvorstoß Oktober 1918, versucht Herr v. Trotha, das formale Recht der Seekriegsleitung, diesen Vorstoß ohne Befragung der neuen Reichsleitung zu unternehmen, nachzuweisen. Er meint, für die Seekriegsleitung habe sich durch den Wechsel der Regierungsform nichts geändert; wie sie von der „früheren Regierung" (Kaiser-Kanzler) ihre Befehle erhalten habe, so hätte die neue Regierung einschränkende Befehle erlassen müssen, wenn sie eine Betätigung der Flotte nicht wünschte. — Wenige Tage darauf veröffentlichte der frühere Admiralstabschef Admiral Bachmann in der „Kieler Zeitung" einen

Artikel genau gleichen Inhalts, dessen zum Teil wörtliche Übereinstimmung mit den Auslassungen Herrn v. Trothas den Zusammenhang deutlich erkennen läßt. Da es sich hier meines Erachtens um den Versuch einer neuen militärpolitischen Legendenbildung handelte, bin ich dem in einem längeren Artikel in der „Vossischen Zeitung" (Nr. 261/27) entgegengetreten, in welchem ich nachwies, daß eine solche Konstruktion ganz besonders vom militärischen Standpunkt aus unhaltbar ist. —

Über die Aussichten, die der Flotte bei einem Einsatz im Oktober 1918 beschieden gewesen wären, habe ich mich schon genügend geäußert. Es ist aber nützlich, sich zu diesem Punkte noch einmal den — lange geheimgehaltenen — letzten Absatz des Berichtes des Admirals Scheer an den Kaiser über die Skagerrakschlacht vor Augen zu halten:

„Kommando der Hochseestreitkräfte. Gg. 5068.
Ganz geheim.

4. Juli 1916.

. . . F. Die weitere Seekriegführung.

. . . Es kann kein Zweifel bestehen, daß selbst der günstige Ausgang einer Hochseeschlacht England in diesem Kriege nicht zum Frieden zwingen wird: Die Nachteile unserer militärgeographischen Lage gegenüber der des Inselreiches und die große materielle Übermacht des Feindes werden durch die Flotte nicht in dem Maße ausgeglichen werden können, daß wir der gegen uns gerichteten Blockade oder des Inselreiches selber Herrr werden, *auch nicht, wenn die Unterseeboote für militärische Zwecke voll verfügbar sind.*

Ein sieghaftes Ende des Krieges in absehbarer Zeit kann nur durch Niederringung des englischen Wirtschaftslebens erreicht werden, also durch Ansetzen des Unterseebootes gegen den englischen Handel.

gez. Scheer."

Wenn man diese für die weiteren Kampfaussichten der Hochseeflotte geradezu vernichtende Perspektive (an der doch Herr v. Trotha als Stabschef des Admirals Scheer sicher Anteil hatte) der damaligen Flottenleitung betrachtet und dazu bedenkt, daß das maritime Kräfteverhältnis sich immer weiter zu unseren Ungunsten verschoben hatte (Mehrbauten der Engländer, Einführung von Panzersprengmunition gleich der unsrigen, amerikanisches Geschwader in der Nordsee — um nur einige Punkte zu nennen —), dann sind die Behauptungen und Schlußfolgerungen Herrn v. Trothas, die er jetzt sowohl in bezug auf die Aussichten eines Flottenvorstoßes im Oktober 1918 sowie auch noch zu manchen anderen Punkten vorgetragen hat, schlechthin unverständlich. —

Auch die Schuld an dem mangelhaften Ubootbau und dessen Folgen, wie ich sie dargelegt habe, versuchte Herr v. Trotha in langen Ausführungen auf die politische Leitung abzuwälzen. Daneben ist ihm aber eine alle seine sonstigen Ausführungen zu diesem Punkt ausschaltende Selbstkritik unterlaufen. Er bekennt sich nämlich dazu (o. S. 118/119), *daß die gesamte Marine schon von 1916 an auf den Ubootkrieg hätte ein- und umgestellt werden müssen und nicht erst, wie geschehen, kurz vor dem Zusammenbruch.* Das war das Kernstück auch meiner Ausführungen. —

Zu den von mir erörterten wichtigen Punkten, die auf die Psyche der Besatzungen am unmittelbarsten und nachhaltigsten wirkten, vermochte Herr v. Trotha nur allgemeine Gegenäußerungen vorzubringen. So zur Verpflegungsfrage (o. S. 90).

„Ich möchte nur das eine noch einmal betonen, daß die Rationssätze für Mannschaften und Offiziere an Bord ganz gleiche waren" und weiter „Ich habe zur Vervollständigung des Bildes noch nachzutragen, daß jedenfalls im Jahre 1918 die Offiziere der Landgarnisonen nur die Lebensmittelkarten der Zivilbevölkerung erhielten . . . Der Offizier stand also in den Landgarnisonen in bezug auf Verpflegung 1918 tatsächlich schlechter als der Mann, der Menageverpflegung erhielt."

Herr v. Trotha operiert hier mit der Theorie, ich zeigte die Praxis, wie sie tausendfältig erhärtet werden kann. —

Besonders charakteristisch in der Entgegnung Herrn v. Trothas ist die Behandlung des überaus schwerwiegenden „Nürnberg"-Falles (Bd. 10, I dieser Reihe S. 168 ff.).

Herr v. Trotha sagt dazu:

„ . . es ist dazu noch zu bemerken, daß selbstverständlich ein solcher Fall nach Bekanntwerden dem zuständigen Vorgesetzten zugeführt werden mußte. Soviel ich weiß, ist dieser Fall dann nicht über einen bestimmten Punkt weiter gekommen, weil keine Zeugen dafür zu bekommen waren, und ohne Zeugen ist eine Beweisführung wohl nicht durchzuführen."

Und in einem besonderen Schreiben an den Untersuchungsausschuß vom 21. Dezember 1926 schreibt Herr v. Trotha:

„Ich bekräftige erneut, daß ich persönlich weiß, daß die an das Flottenkommando gegebenen Beschwerden mit aller Gründlichkeit verfolgt worden sind, soweit die der Flotte gegebenen Unterlagen das möglich machten."

Nun richteten sich die Anklagen in diesem Fall überwiegend gegen den Kommandanten, den Ersten Offizier und weitere Offiziere des Schiffes. Herr v. Trotha erklärt aber trotzdem, es wäre doch ganz „selbstverständlich", daß ein solcher Fall „nach Bekanntwerden den zuständigen Vorgesetzten zugeführt werden mußte" — *d. h. also denselben Leuten, die von ihrer Mannschaft auf das schwerste be-*

schuldigt wurden! — und fast im gleichen Atemzuge, er wisse ganz genau und bekräftige es noch einmal ausdrücklich, „daß die an das Flottenkommando gegebenen Beschwerden mit aller Gründlichkeit verfolgt worden sind“ . . . !

Die schriftlichen Aussagen der vom Ausschuß dazu aufgeforderten damaligen „Nürnberg“-Offiziere vervollständigen dieses Bild. Sie sind alle ausgezeichnet durch einen forciert-forschen Ton, die gemeinsame Behauptung politischer Verhetzung ihrer damaligen Besatzung ohne auch nur den Versuch eines Beweises dafür, und in den zur Erörterung stehenden Hauptpunkten durch ein sich von oben herab gebendes Bestreiten der Proviantschiebungen und ein vorsichtiges Herumreden um die in der Beschwerde angeführten weiteren Verfehlungen. Kommandant und Erster Offizier geben zu, daß ihnen die Beschwerde zur Erledigung zugegangen ist. Der erstere fügt hinzu „Die Schrift . . . habe ich in allen Punkten entkräftet“, der zweite „Es blieb auch nicht das geringste von den ganzen Vorwürfen an Kommandanten und I. Offizier haften“. Darauf war dies Verfahren auch zugeschnitten und *das* hatte ich in meinem Gutachten ausgeführt. — Einer objektiven sachlichen Prüfung bestätigen diese Briefe nur die von der Besatzung damals erhobenen Beschuldigungen. —

Das gleiche gilt von dem Vorbringen Herrn v. Trothas zum nicht minder schweren „Regensburg“-Fall (Bd. 10, I dieser Reihe S. 185 ff.). Die nach Herrn v. Trotha von dem Kommando des Schiffes damals gebrauchte Ausrede, eine nähere Untersuchung sei nicht möglich gewesen, da keine Zeugen genannt seien, ist lächerlich, da ja ausdrücklich eine ganze Bootsbesatzung genannt war, die nur hätte befragt zu werden brauchen. Die weitere Behauptung, zwei Offiziere wären damals *bestraft und abkommandiert worden,* ist unrichtig.

Herr v. Trotha hat trotz mehrfacher Aufforderung meinerseits und obwohl ihm dies, dem alles Material der alten Marine zur Verfügung steht, sehr leicht hätte fallen müssen, *nicht einen einzigen Fall anführen können,* in welchem die Flottenleitung ernsthaft durchgegriffen hat! Das bleibt bestehen. —

Was ich über Stellenwucher ausgeführt habe (Bd. 10, I dieser Reihe S. 101) bestätigt Herr v. Trotha besonders, wenn er die zugegebene Verwendung eines Konteradmirals in einer Kapitänleutnantsstelle damit entschuldigen will, daß dieser Admiral sich als Kapitänleutnant in dieser Stellung befunden habe! Und wenn er in diesem Zusammenhang auch sich selbst wieder erwähnt und ausführt, daß er Januar 1916 als Kapitän zur See in eine Admiralsstelle kommandiert, zum Konteradmiral aber erst Dezember 1916 ernannt und das Gehalt eines solchen erst vom 1. Januar 1918 bezogen habe, so läuft das genau auf dasselbe hinaus, weil nämlich

dadurch bewiesen ist, daß eine Admiralsstelle für ihn erst ab 1. Januar 1918 etatsmäßig frei war, er also bis dahin schon (wie alle überetatsmäßig beförderten Offiziere) die höheren Bord- und Kriegsgebührnisse des höheren Dienstgrades bezogen hat. —

Auf meine Darstellung der Entwicklung der Verhältnisse in der Marine bis zum Zusammenbruch hat Herr v. Trotha immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß in der Flotte eine sich von den *Augustvorgängen 1917 bis zum Zusammenbruch stetig steigernde politische Zersetzung und immer mehr anwachsende umstürzlerische Organisationen vorhanden gewesen seien.* Fortgesetzt ist von den verschiedensten Seiten gefordert worden, *auch nur einen* aktenmäßigen Beweis dafür zu erbringen, der doch vorhanden sein müßte. *Das ist nicht geschehen.* Ich habe schon in meinem Gutachten nachgewiesen, daß Herr v. Trotha selbst im Ausschuß früher gegen diese Behauptung gezeugt hat, und führe hier noch ein weiteres gleiches Zeugnis von ihm an. In der Anlage III zu seinem Gutachten „Zusammenarbeit zwischen Flotte und Uboot", Aufzeichnung des Vizeadmirals v. Trotha *vom 10. Januar 1919:* „Gedanken über den Zusammenbruch in der Marine", schreibt er:

„Es ist ja auch eigentlich unfaßlich, daß trotz allem, was vorstehend aufgeführt ist, die guten Bestandteile unserer Besatzungen — *und die weit überwiegende Zahl war bis zuletzt gut, daran ist gar kein Zweifel* —, daß sie so plötzlich, man kann wohl sagen innerhalb 14 Tagen, ganz die Herrschaft *über die geringe Zahl der zum Umsturz treibenden Köpfe verlor.* Daß *der gute Geist vorher trotz aller Kriegseinflüsse weit vorherrschte, ist keine Selbsttäuschung, kein Märchen.* Dafür zeugen nicht nur unsere heldenhaften Ubootbesatzungen; dafür ist z. B. ein schlagender Beweis, daß die später so radikalen Minensuchverbände bis zuletzt ihre aufreibende, äußerst gefahrvolle und an Opfern überreiche Tätigkeit mit nicht nachlassender Hingabe und Treue geleistet haben, und so gibt es viele Beispiele . . ."

Wer also selbst unmittelbar nach dem Zusammenbruch anerkannt hat, daß „die weit überwiegende Zahl" unserer Schiffsbesatzungen „bis zuletzt gut" war, kann heute nicht sagen, daß allein fortschreitende politische Verhetzung und Zersetzung den Zusammenbruch verschuldet habe. —

Über die Vorgänge beim Zusammenbruch der Flotte weiß Herr v. Trotha aus eigener Wissenschaft nur etwas über die Anfänge. Er gibt selbst an: „Ich habe unmittelbar, nachdem das Versagen der Besatzungen eingetreten ist, meinen Dienst niedergelegt und habe versucht, mein neues Kommando (im Großen Hauptquartier) anzutreten . . ." und weiter: „Die Ereignisse in der Flotte haben sich dann — soweit ich das habe feststellen können — in folgender Weise ab-

gespielt." Demnach ist alles, was er in der Folge zu diesem Punkte gegenüber den Feststellungen in meinem Gutachten ausführte, erst jetzt *durch Befragen seiner ehemaligen Kameraden zusammengetragen worden,* woraus sich ohne weiteres der Wert dieser Ausführungen ermessen läßt. Es soll danach sehr viel geplant und versucht worden sein — nur gemerkt hat man damals in der Flotte nichts davon. Es fehlt auch jedes Beweisstück in diesen ganzen Ausführungen — die bei genauer Prüfung das von mir besonders betonte Merkmal des damaligen Verhaltens der Seeoffiziere hervortreten lassen: Schwäche, Versagen . . .

Herr v. Trotha hat nach alledem den in der Schlußbetrachtung meines Gutachtens geforderten Nachweis, daß das Seeoffizierkorps alles getan hat, was zur Abwehr des Zusammenbruchs möglich war, nicht erbracht und *deshalb haben die Seeoffiziere auch die Verantwortung für die daraus erwachsenen Folgen vor der Geschichte zu tragen.*

Anlage II

Bemerkungen des Sachverständigen Dr. Herz zu den Verhandlungen über die Marinevorgänge[1])

Die in meinem Gutachten: „Geschichte, Sinn und Kritik des Schlagwortes vom ‚Dolchstoß'" (Bd. 6 dieser Reihe, S. 99 ff.) gemachten Ausführungen über die Vorgänge auf der deutschen Kriegsmarine habe ich nach Akteneinsicht und nach den Vernehmungen der Zeugen wie folgt zu ergänzen:

Als ehemaliger Richter hatte ich erwartet, gewünscht, gehofft, daß die Schilderungen des Abgeordneten Dittmann über die marinegerichtlichen Verfahren im Jahre 1917 durch die Verhandlungen vor dem Ausschuß widerlegt werden würden. Leider ist das „erschütternde Tatsachenmaterial", wie es der Abg. Dr. Philipp bezeichnet hat, durch die Zeugenaussagen nur in wenigen unerheblichen Nebenpunkten abgeschwächt worden. Bewiesen ist leider namentlich, daß bei den Vernehmungen der Angeschuldigten Druckmittel angewendet, unzulässige Suggestivfragen gestellt worden sind. Damit verlieren die Aussagen über die Beziehungen zwischen den Matrosen und den Vertretern der USPD ihren Wert.

Kaum ein Grundsatz des Strafverfahrens ist in den Marineverfahren nicht verletzt worden. Gerade im Militärstrafverfahren, das den Angeschuldigten von vornherein sehr ungünstig stellt und in dem die Richter, soweit es sich um Delikte gegen die Subordination handelt, irgendwie Richter in eigener Sache sein müssen, hätten alle Vorschriften besonders sorgfältig beobachtet werden müssen. Gäbe es

[1]) Vgl. auch u. S. 572 ff.

noch eine Revisionsinstanz, wären die Revisionsgründe im Dutzend vorhanden. Mit Recht hat sich aber der Untersuchungsausschuß auf den Standpunkt gestellt, daß er diese Funktion nicht habe. Ich will daher von einer Kritik der Einzelheiten absehen; ich verweise diesbezüglich auf meine Aufsätze im Augustheft 1926 und im Aprilheft 1927 der Fachzeitschrift „Die Justiz", die ich dem Ausschuß habe zugehen lassen. Nur auf einen Punkt soll hingewiesen werden, weil er von dem Herrn Vertreter des Reichswehrministeriums berührt worden ist. Er hat (Bd. 9, I dieser Reihe S. 133) behauptet, die Kriegsgerichte hätten gegenüber den Matrosen strafmildernd unterstellt, sie seien verführt worden. In den Urteilsbegründungen befindet sich darüber nichts. Es ist auch nicht recht ersichtlich, wie das der Fall gewesen sein kann, wenn Todesurteile gefällt worden sind. Wenn Herr Canaris weiter die Begnadigungen zum Beweise seiner These anführt, so übersieht er, daß zwei der Verurteilten erschossen worden sind, von denen der eine Reichpietsch war, der doch in erster Linie als Verführter anzusehen gewesen wäre.

Diese Begnadigungen sind ein Kapitel für sich. Es soll die juristische Frage nicht geprüft werden, ob mit dem Bestätigungsrecht auch das Gnadenrecht auf den Admiral Scheer übergegangen war. (Vgl. Scheer, Vom Segelschiff zum U-Boot, S. 348.) Jedenfalls kann die Verzögerung der Übersendung des Abschiedsbriefes des Reichpietsch, die dessen Gnadengesuch an den Kaiser wirkungslos machte und die im Reichsmarineamt, wo man eine Interpellation über diesen Fall fürchtete, starkes Unbehagen erregte, nicht mit den paar Worten abgetan werden, die Herr Canaris dafür gefunden hat. Gewiß sind in jenen furchtbaren Zeiten tausend Todesfälle nur noch eine statistische Angabe gewesen. Sicherlich sind damals weit wertvollere Leben fortgesichelt worden als die der beiden Erschossenen. Aber Gott hatte auch sie nach seinem Ebenbilde geschaffen und sie waren einer Mutter Söhne.

An den leitenden Stellen wollte man aber überhaupt keine Begnadigungen, um die Autorität zu wahren. In einem Schreiben an den Staatssekretär des Reichsmarineamtes vom 10. November 1917 spricht sich der Chef der Seestreitkräfte „mit aller Schärfe" auch gegen eine Begnadigung der bis zu sechs Monaten Verurteilten bei einem eventuellen Amnestieerlaß zum Geburtstag des Kaisers, weiter aber auch bei einer etwa bei der Demobilmachung ergehenden Amnestie aus. Wenn der Friede also kam, der heißersehnte Friede, wenn die Soldaten zurückkehrten aus dem furchtbaren Dreck des Mordens zur Familie und zur Arbeit, sollten jene weiter im Zuchthaus verkommen, zehn Jahre, fünfzehn Jahre lang. „Euer Töten, Ihr Richter, soll ein Mitleid sein und keine Rache" . . . „Feind sollt Ihr sagen, aber nicht Bösewicht", also sprach Zarathustra! Und die Gnade „segnet den, der gibt und den, der nimmt" sagt Porzia zu Shylock. Begründet wird

diese Härte damit, daß die Verurteilten sich als politische Verurteilte ansähen, während sie militärischer Vergehen wegen bestraft worden seien, daß sie minderwertige Gesinnung zeigten. Prüft man aber die Akten, so findet man, daß als minderwertige Gesinnung Friedenssehnsucht und eine von der der Vorgesetzten abweichende Weltanschauung, sogar die Zugehörigkeit zur Mehrheitssozialdemokratie betrachtet wird, weiter Kritik an Maßnahmen und Vorgesetzten, die durch die Bordbriefzensur entdeckt worden ist, die den Mannschaften besonders verhaßt war, weil nur sie, nicht die Offiziere, ihr unterlagen.

Die militärischen Sachverständigen, auch der Vertreter des Reichswehrministeriums, haben Protest erhoben, wenn im Ausschuß das alte Militär beschuldigt worden ist. Als früherer Richter fühle ich mich verpflichtet, auch einen Protest hier auszusprechen. Nicht, um meinen Beruf zu verteidigen — ein jeder Beruf ist soviel wert, wie seine Mitglieder —, aber um des Rechtes und der Gerechtigkeit willen. Dieser Protest richtet sich nicht nur gegen Verletzungen von Vorschriften, die zum Schutze des Angeschuldigten gesetzlich gegeben sind, sondern namentlich dagegen, daß das Recht zu einer Hilfskonstruktion der Staatsautorität und der Disziplin mißbraucht worden ist. „Themis ist eine hehre Göttin, sie duldet keine anderen Götter neben sich." So hat schon vor 80 Jahren der berühmte Jurist Heinrich Simon geschrieben. Es ist meiner Auffassung ironisch entgegengehalten worden: Fiat justitia, pereat mundus. Jawohl. Eine Welt, die nur bestehen kann, wenn Recht gebogen, verbogen, gebrochen wird, ist wert, daß sie zugrunde geht. Ich kann von diesem Protest auch nicht abgehen, wenn ich mich in die Kriegszeit zurückversetze, in der die Verteidigung des Vaterlandes das Wesentliche war, und ich mich erinnere, daß gerade der scharfe Kampf der Mehrheitssozialdemokratie gegen die USPD die Auffassung bestätigen mußte, diese gefährde die Vaterlandsverteidigung.

Wie müssen nun die Marinevorgänge politisch gewertet werden? Darauf kommt es für die Arbeit des Untersuchungsausschusses hauptsächlich an. Sie waren ein Warnungszeichen, wenn auch noch kein SOS für die, die hören konnten und wollten.

Bei allen Untersuchungen finden wir einen Gegensatz: Unten wird behauptet: das System quält und drückt die Kreatur. Natürlich gibt es rühmliche Ausnahmen unter den Offizieren, die dann auch alles von uns haben können, die meisten aber sind unsere Feinde. Oben wird behauptet: das System ist vortrefflich, natürlich kommen ausnahmsweise auch bedauerliche Verfehlungen von Vorgesetzten vor. Die Auflehnungen müssen daher von außen hineingetragen sein.

Es ist verständlich, daß sich die Mehrzahl der Offiziere — nicht alle — die Auflehnung nur so erklären konnte. Das ist ja auch die Auffassung der sogenannten Marinedenkschrift (Bd. 10, I dieser Reihe S. 297), die sogar meint, der Versuch, die angeblichen Mißstände als den eigent-

lichen Grund für den Umsturz in der Marine hinzustellen, müsse als nur aus völliger Unkenntnis der Verhältnisse oder aus böswilliger Entstellungsabsicht erklärlich aufs schärfste zurückgewiesen werden. Das ist auch die Ansicht, die der stellvertretende Chef des Reichsmarineamts dem Kaiser auf dessen Frage entwickelte, ob die Vorgänge Ende Oktober 1918 nicht durch Fehler der Offiziere in der Behandlung der Mannschaften und in der Lebenshaltung verschuldet worden seien. (Vgl. Niemann, „Revolution von oben — Umsturz von unten", Leipzig, Köhler, S. 384 ff.) Gewalten, die von der Vorzüglichkeit ihres Systems überzeugt sind und in diesem System ihre Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen tun, können sich nicht in die Vorstellung hineinleben, daß die Beherrschten die Dinge anders sehen als sie. Unzufriedenheit und Auflehnung müssen daher nach ihrer Meinung von außen hineingetragen sein. Wir finden für diese optischen Täuschungen — die Antike goß sie in den Satz: Den schlagen die Götter mit Blindheit, den sie verderben wollen — ein überaus charakteristisches Beispiel schon in dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen im Jahre 1848. Bunsen hatte ihm geschrieben, daß „der Glaube an Verschwörungen ein Gespenst sei, daß nur der Konsensus der Geister und des Geistes der Zeit die Erscheinungen hervorbrächten, welche Metternichs Schule so deutete und ausbeutete". Friedrich Wilhelm IV. erwiderte, „sein Volk liebe ihn, eine infame Revolte sei systematisch von Franzosen, Polen und Süddeutschen vorbereitet worden, in Paris, Karlsruhe, Mannheim wäre am 18. März von den Häuptern der Bewegung erklärt worden, heut falle Berlin". Diese Anschauung entspricht vollkommen derjenigen, die aus dem Geheimbefehl Scheers vom 4. November 1918 spricht, die im Gutachten Alboldt veröffentlicht ist.

Die Gründe der Marinevorgänge 1918 sind auf psychologischem Gebiet zu suchen.

Das Material über die Kriegspsychologie fließt in Deutschland nur sehr spärlich. Die psychologischen Fragebogen des „Instituts für angewandte Psychologie" wurden von militärischer Seite beanstandet. Wir besitzen aber trotzdem eine Anzahl von wertvollen Beiträgen, namentlich von Ärzten und von katholischen Geistlichen. Diese Persönlichkeiten waren ganz besonders zu dieser Aufgabe berufen. Namentlich die katholischen Geistlichen, die in der Ohrenbeichte menschlichen Seelenschmerz kennengelernt haben und daher das Seelenleben verstehen. Wenn man weiter berücksichtigt, wie sich die Eindrücke der Beobachter mit der Dauer des Krieges verschieben, so kommen wir zu folgendem Ergebnis.

Als die Truppen auszogen, um ihre Heimat und ihre Familie, um das bedrohte Vaterland zu schützen, das nach ihrer Überzeugung freventlich überfallen worden war, wurde der Wille zur Tat stärker als der Wille zum Leben. Mit der Dauer des Krieges reifte das erste

Aufflammen, in dem allerlei Urinstinkte wieder lebendig geworden waren, zu dem bewußteren: „Leben wollen, aber Sterben können." In dem Augenblick jedoch, in dem sich der Soldat fragte: „Wozu das alles? Jene drüben sind Menschen wie wir; der Krieg ist Barbarei, der zivilisierten Menschheit unwürdig", keimte im Unterbewußtsein der Streikgedanke auf. Lange Zeit wirkten ihm Hemmungen entgegen: die zu einem inneren Gefühl gewordene Disziplin, das Pflichtgefühl, die Sorge um die daheim, denen die Schrecken des Krieges im eigenen Land erspart bleiben mußten.

Diese Hemmungen waren natürlich bei den einen schwächer, bei den anderen stärker. Vorwärts marschieren, Erfolge, Siege stärkten, Niederlagen schwächten sie. Ganz langsam aber wie der Wurm im Holze nagte an ihnen Stellungskrieg, Untätigkeit. Zu dem Gefühl der Sinnlosigkeit des großen Mordens und Zerstörens trat das Gefühl der Zwecklosigkeit ihrer kriegerischen Arbeit, die nur erträglich war, weil sie das Ende des Krieges bringen sollte. Die antike Legende hat in der Gestalt des Sisyphus, der einen Felsblock einen Berg hinaufwälzen soll, der ihm immer wieder tückisch kurz vor dem Gipfel entrollt, die Qual zwecklosen Handelnmüssens symbolisiert. Der große Seelenkenner Dostojewski hat die schlimmste Grausamkeit darin gefunden, daß Gefangene gezwungen werden, jeden Tag einen Graben aufzuwerfen, nur um ihn am nächsten Morgen wieder zuzuschütten. Diesem Gefühl der Zwecklosigkeit, diesem: immer wieder und immer wieder vergeblich entsprang die erst mürrische, dann drohende Frage: „Wann hört der Schwindel auf?"

Auf die müden Seelen, den durch Entbehrungen geschwächten Körper stürmte die Agitation von rechts und links ein. Die einen lehrten: Ihr müßt durchhalten, Deutschland braucht Sicherungen für die Zukunft, für den neuen Krieg, braucht Kohlen, Eisen, Siedelungsland. Die anderen erzählten: die Eroberungsziele sind unser Verderben, ohne sie stände ein Verständigungsfrieden vor der Tür. Die Antwort an rechts war zuerst ein ablehnendes, dann ein sich auflehnendes „Nein", die Antwort an links ein immer drohenderes: „Nun gut, wenn die oben den Frieden nicht machen können oder wollen, so machen wir ihn."

So sah es aus, als die Waffenstillstandsbitte bekannt wurde. Unvorbereitet wurden Heer und Heimat vor die erschreckende Tatsache gestellt, daß der Krieg verloren ist, aber auch vor die Erwartung, der Krieg ist morgen, ist übermorgen zu Ende. Die Überzeugung, jedes Weiterkämpfen sei nunmehr nicht nur nutzlos, sondern sogar für die ersehnte Zukunft des Friedensschlusses gefährlich, wirkte verheerend. Alle Zeugnisse stimmen darin überein. Der General Märker, der unter dem Namen „Lotharingus" schreibende Stabsoffizier Marx, Kapitänleutnant Fikentscher, der Militärarzt Dr. Neter, der Marinepfarrer Klein, der Monasterzienserpater Dreiling bekunden es. Und

in diesem Augenblick, gerade vor Toresschluß sozusagen, sollte die Flotte eingesetzt, am Tage gewissermaßen vor der Rückkehr in die Heimat, die Möglichkeit der Rückkehr aufs Spiel gesetzt werden! Das war zu viel. Die Heimat verteidigen wollten die Matrosen noch — das ergibt sich aus den Zeugnissen des Admirals v. Trotha und Noskes im Münchener Dolchstoßprozeß, aus den Vernehmungen der Matrosen in den Marinegerichtsakten —, aber angreifen und damit die Waffenstillstandsverhandlungen womöglich gefährden wollten sie nicht. Wollten es um so weniger, als sie hinter dem Plane des Flottenvorstoßes eine Auflehnung unzufriedener Offiziere gegen die neue Regierung witterten, gegen ihre Volksregierung, die Frieden machen wollte.

Die Auflehnung begann daher lediglich mit einer passiven Resistenz der Heizer. Gewiß lag es nicht den Mannschaften ob, in die Pläne der Führung einzugreifen, gewiß war dieses Vorgehen der Heizer strafrechtlich Meuterei. Psychologisch war sie aber von einer revolutionären Erhebung grundverschieden. Auch das, was folgte, war zunächst nur ein Wirrwarr. Die revolutionäre Bewegung ist also in die Marine nicht hineingetragen worden. Revolutionäre — ach was für kleine unbedeutende Persönlichkeiten — konnten sich ihrer nur bemächtigen, weil die alten Gewalten ihr rat- und hilflos gegenüberstanden.

Eine analoge Erscheinung wie bei den Matrosen können wir bei dem Offizierkorps einige Tage später von dem Moment an beobachten, in dem die militärische Meuterei den Aufstand geboren hatte. Auch in ihnen hatten Pflichtgefühl und Ehrgefühl den Selbsterhaltungstrieb gehemmt. Sie waren Mann für Mann zur letzten Todesfahrt bereit gewesen. Jetzt standen sie plötzlich vor der Zwecklosigkeit eines Widerstandes. Die Grundlage ihrer Autorität brach unter ihnen zusammen, als ihnen entgegengerufen wurde: „Feldgrau schießt nicht auf Feldgrau!“ Und mit dem Zusammenbruch des militärischen Gefüges zerbrach auch die gesellschaftliche Konvention des Ehrbegriffs ihrer Kaste. Eine Beleidigung fühlt jedermann. Es ist aber Konvention, ob der Beleidigte sich damit begnügt, zum Richter zu gehen oder ob er auf Blutrache warten darf oder ob er glaubt, zur Selbsthilfe im Zweikampf greifen zu müssen. Der Offiziersehrenbegriff war ein Kollektivehrbegriff. Seine Stärke beruhte auf der Tradition einer Zusammengehörigkeit mit bestimmten Rechten und Pflichten. Nachdem jeder Widerstand gegen die Meuterer unmöglich geworden, die Autorität überrannt worden war, trat zu dem Gefühl der Nutzlosigkeit jedes Widerstandes noch das atemraubende Gefühl der Vereinsamung. Der Ozeanflieger Lindbergh wird es gefühlt haben, jeder Alleingänger im Hochgebirge hat wohl einmal unter dem gelitten, was ich meine. Die Offiziere erkannten das, was der Kaiser dem Oberstleutnant Niemann sagte, als er mit ihm darüber sprach,

warum er nicht an der Spitze seiner Truppen den Tod gesucht habe: „Die Zeit der heroischen Geste ist vorüber." Die Deutschen hatten seelisch über ihre Mittel gelebt, sie wollten und konnten den kümmerlichen Rest, der noch blieb, nicht angreifen.

Wir müssen also dem zustimmen, was „Lotharingus" sagt:

„Man mag über die Kieler Revolte sagen was man will, man mag die politischen Einflüsse nennen (die doch ebenso auf die Armee wirkten), den Einfluß der schlechten Ernährung (die in der Armee doch eigentlich noch stärker hätte wirken müssen) oder den Einfluß des langen Krieges (der von Landsoldaten hundertmal mehr verlangte), es bleibt doch die Tatsache nicht wegzuleugnen, daß der entscheidende Schritt der Flotte geschah aus der Enthemmung des Selbsterhaltungstriebes heraus. . . Tatsache ist doch, daß die Matrosen . . . der großen Stimme, die sie in der Not des Vaterlandes rief, nicht mehr folgten, weil sie innerlich nicht mehr fähig waren, ihr zu folgen."

Über die Aussichten einer Seeschlacht mich zu äußern, ist nicht meine Aufgabe. Für mich als Laien tauchen jedoch folgende Fragen auf:

1. Tirpitz betont in seinem Buche „Ohnmachtspolitik im Weltkriege" mehrfach, daß die Aussichten für uns immer ungünstiger wurden, je weiter die Zeit fortschritt. Die englische Flotte wachse, während sich der Zuwachs unserer Flotte durch Herabsetzung des Bautempos verringere. Die Admirale Lans und Pohl hielten, wie wir aus demselben Werke ersehen, einen großen Teil der Flotte den Engländern gegenüber für minderwertig. Welche Tatsachen berechtigen, für 1918 anders zu werten als bisher?

2. Wenn die U-Boote die Lage entscheidend ändern konnten, warum hat man nicht früher den U-Boothandelskrieg eingestellt? Seine Erfolge nahmen ständig ab, so daß man sich schon lange klar sein mußte, er werde England nicht friedenswillig machen, geschweige auf die Knie zwingen. Warum tobte die Marineleitung gegen das Kabinett, als es auf Grund der Wilson-Note auf Abbruch dieses Krieges drängte?

3. Die Aussichten der Seeschlacht sollen wegen der Mitwirkung einer großen Zahl von U-Booten besonders günstig gewesen sein. Nach einem während des Münchener Dolchstoßprozesses in einer Münchener Zeitung erschienenen Aufsatz des Admirals Vollerthum standen 26 U-Boote zur Verfügung. Ist das wirklich eine große Zahl? Tirpitz hält sie (Ohnmachtspolitik S. 114) anscheinend nicht dafür.

4. Tirpitz schreibt in seiner „Ohnmachtspolitik" (S. 90), daß sich seine Auffassung von der taktischen Überschätzung der U-Boote gegen in nicht zu kleiner Fahrt befindliche Kriegsschiffe im Verlaufe des Krieges als vollkommen richtig erwiesen habe. Er glaube nicht (S. 114), daß die U-Boote in einem Gefecht eine große Rolle spielen werden. Diese Äußerungen stammen aus dem September 1914. Hat

Tirpitz seine Ansichten geändert? Wurden sie von anderen Admiralen, namentlich von Scheer, geteilt?

5. In dem Immediatbericht Scheers nach der Schlacht vor dem Skagerrak (Scheer, „Vom Segelschiff zum U-Boot", S. 318) heißt es: „Trotzdem kann kein Zweifel bestehen, daß selbst der glücklichste Ausgang einer Hochseeschlacht England in diesem Kriege nicht zum Frieden zwingen wird. Die Nachteile unserer militärgeographischen Lage gegenüber der des Inselreiches und die große materielle Überlegenheit des Feindes werden durch die Flotte nicht in dem Maße ausgeglichen werden können, daß wir der gegen uns gerichteten Blockade und des Inselreichs selber Herr werden, auch nicht, wenn die Unterseeboote für militärische Zwecke vollverfügbar sind." Was hatte sich seit dieser Zeit geändert, um nunmehr eine Seeschlacht aussichtsreich zu gestalten? Warum sollten nunmehr die U-Boote einen Ausgleich und mehr noch als einen Ausgleich schaffen können?

Die Marineleitung hatte sich, wie jetzt feststeht, begnügt, den zivilen Instanzen gelegentlich der Verhandlungen über die Einstellung des U-Bootkrieges mitzuteilen, daß die Flotte nunmehr ihre operative Freiheit wiedergewonnen habe. Aus dieser Mitteilung konnte füglich der Plan einer großen Seeschlacht nicht herausgelesen werden. Deshalb hat Dittmann den geplanten Vorstoß eine „Admiralsmeuterei" genannt. Ist diese Anschuldigung begründet? Zunächst könnte sie formaljuristisch nur gegen den Chef der Seekriegsleitung erhoben werden, nicht gegen seine Untergebenen. Festgestellt muß auch werden, daß irgendwelche Bestimmung, die diesen verpflichtete, seinen Entschluß dem Kabinett mitzuteilen oder ihn von dessen Zustimmung abhängig zu machen, weder durch ein Gesetz noch durch eine Kabinettsorder getroffen worden ist. Nach den Mitteilungen des Admirals v. Levetzow hat der Kaiser allerdings am 26. Oktober 1918 beim Thronvortrage erwähnt, er habe der am selben Tage im Reichstag beschlossenen Unterstellung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt seine Zustimmung erteilt. Das fragliche Gesetz handelt aber nur von der Gegenzeichnung der Offiziersernennungen, keineswegs übertrug es die Kommandogewalt dem Kabinett. Ich weiß nicht, ob es höfische Gebräuche verlangen, auch irrtümliche Auffassung des Monarchen als verbindlich anzusehen. Die mysteriöse Stellung des „Obersten Kriegsherrn" — ein Begriff, der in der Verfassung nicht zu finden ist — ist staatsrechtlich nicht so scharf umrissen, um zwingend aus ihr schließen zu müssen, daß in dieser Äußerung des Kaisers ein Befehl lag. Aus diesen Erwägungen heraus war ich zu dem Schlusse gekommen, daß der Chef der Seekriegsleitung juristisch nicht verpflichtet war, die Erlaubnis des Kabinetts einzuholen. Ich habe daher die Anschuldigung der Meuterei z. B. in einem Artikel der „Vossischen Zeitung" vom 26. Mai 1926 abgelehnt. Nach den Dokumenten, die Tirpitz in seiner „Ohnmachtspolitik" veröffentlicht hat, muß ich diese Ansichten zu-

ungunsten der Marineleitung revidieren. Es ergibt sich aus ihnen, daß sich der Kaiser zu Beginn des Krieges die Entscheidung über den Einsatz der Flotte ausdrücklich vorbehalten hatte. Ich kann weiter nicht zugestehen, daß die größere Bewegungsfreiheit, die später dem Admiral v. Scheer bewilligt wurde, ihm völlig freie Hand auch gegenüber dem „Obersten Kriegsherrn" gab. Der Befehl des Kaisers vom 31. Mai 1917 behielt nach wie vor den endgültigen Einsatz der Flotte dem eigenen Befehl vor. (Abgedruckt: Tirpitz, „Ohnmachtspolitik", S. 604.) Es ist in diesem Sinne beachtlich, daß nach dem Zeugnis von Levetzow den Admiralen Hipper und v. Trotha am 22. Oktober 1918 (Süddeutsche Monatshefte, Aprilheft 1924, S. 67) ausdrücklich mitgeteilt wurde: „Seiner Majestät sei gemeldet und dem Kanzler zur Kenntnis gebracht, daß durch Aufhören des U-Bootkrieges die Flotte in ihrer operativen Verwendung wieder frei sei."

Bei dieser Sachlage gewinnt die Bemerkung des Kaisers bei dem erwähnten Thronvortrage eine ganz andere Bedeutung. Wenn sich der Kaiser auch über die Tragweite der neuen Gesetze irrte, so mußte die Seekriegsleitung aus seiner Äußerung entnehmen, die Befehle, die er bisher als Oberster Kriegsherr zu erteilen hatte, seien nunmehr vom Kriegskabinett einzuholen. Wenn sie, ohne es zu tun, trotzdem wie Kleists Prinz von Homburg „Fanfare blasen ließ", machte sie sich einer Auflehnung schuldig, die von dem juristischen Begriff der Meuterei nicht weit entfernt ist.

Es kommt aber für den Ausschuß nicht auf die juristische, sondern auf die politische Seite der Frage an. Hierzu muß festgestellt werden, daß vor dem Antritt der Kanzlerschaft durch den Prinzen Max die politische Leitung von allen großen Operationen Kenntnis erhalten hat.

Bethmann schreibt in seinen Erinnerungen, daß die drei Obersten Heeresleitungen, mit denen er zusammen gearbeitet habe, ihm jedesmal von den großen Operationen, die sie vor hatten, Mitteilung gemacht haben. Als nach dem Scheitern der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk der Waffenstillstand gekündigt und der Vormarsch nach Rußland hinein unternommen werden sollte, ist der Plan vorher mit dem Reichskanzler beraten worden. Auch die Erklärungen des uneingeschränkten U-Boothandelskrieges, seine Unterbrechung und sein Abbruch sind nach Beratungen mit der politischen Leitung erfolgt. Als im Juni 1918 ein neues U-Bootsperrgebiet vor die amerikanische Küste gelegt werden sollte, ist dieser Plan am Widerstand Hertlings gescheitert.

Das Vorgehen der Seekriegsleitung im Oktober 1918 wich also völlig von der bisherigen Übung ab. Nur die militärischen Gewalten waren ins Bild gesetzt — der Generalquartiermeister Groener allerdings nach seiner Aussage im Münchener Dolchstoßprozeß nicht —, die politische Leitung war im Dunkeln gelassen worden.

Aber nicht nur der politischen Leitung, auch dem Kaiser war reiner

Wein nicht eingeschenkt worden. Allerdings war auch ihm am 18. Oktober 1918 mitgeteilt worden, daß bei Aufgabe des U-Bootkrieges ohne Gegenleistung die Marine verpflichtet und berechtigt sei, sich bei der Fortsetzung des Kampfes mitzubeteiligen. Die bisher zum Schutze des U-Bootkrieges zurückgehaltene Flotte erhalte ihre Bewegungsfreiheit. Es ist dem Kaiser also nur dasselbe gesagt worden wie dem Kanzler und dem Kabinett, und zwar gleichfalls zu einem Zeitpunkt, in dem es noch nicht feststand, ob der U-Bootkrieg eingestellt werden würde oder nicht, und gleichfalls in einer Formulierung, die die wahren Absichten verschleierte.

Scheer erklärt sein Vorgehen wie folgt: „Eine nochmalige Zustimmung des Kaisers einzuholen, hielt ich nicht für erforderlich, da ich mich des grundsätzlichen Einverständnisses am 18. Oktober versichert hatte. Ich fürchtete auch neuen Aufschub, war bereit, die Verantwortung selbst zu übernehmen." Er fügt hinzu, „daß der Kaiser ihm am 29. Oktober keinen Vorwurf gemacht habe, weil er eine besondere Erlaubnis nicht eingeholt habe".

Dieses Vorgehen Scheers muß um so mehr überraschen, als er selbst berichtet, daß, als seinem Verlangen nach Einrichtung einer Seekriegsleitung mit Befehlsbefugnissen stattgegeben wurde, der Seebefehlsapparat ins Hauptquartier verlegt wurde, weil er es für selbstverständlich hielt, daß für wichtige Anordnungen die kaiserliche Zustimmung eingeholt würde.

Das Vorgehen Scheers kann politisch vielleicht mit dem Handeln Yorks in Tauroggen verglichen werden, wobei allerdings nicht vergessen werden darf, daß das Urteil der Geschichte über dessen Eigenmächtigkeit anders lauten würde, wenn der Enderfolg ausgeblieben wäre.

Nachdem ich das vom Herrn Abgeordneten Brüninghaus aus dem „American Monthly" herangezogene Zitat in den Verhandlungen über den sog. „Dolchstoß" auf seine richtige Bedeutung zurückgeführt habe, soll noch auf die in der Sitzung vom 25. Januar 1926 vom Admiral v. Trotha herangezogenen Stellen aus dem Artikel Churchills aus dem „Sunday-Pictorial" vom 12. Januar 1919 eingegangen werden, die Ludendorff schon, wenn auch nicht ganz und nicht völlig korrekt, in seinen „Kriegserinnerungen" (S. 613) anführt.

Churchill hat auf Anfrage des „Vorwärts" eine authentische Interpretation des Artikels gegeben, die dort in der Morgennummer vom 18. Mai 1926 abgedruckt ist. Aus dem Artikel und der Antwort ergibt sich folgendes:

1. Es gab drei Phasen, in denen es für die Alliierten um Sieg oder Niederlage ging: Zuerst im August und September 1914. Die Alliierten behielten die Oberhand. Dann in den ersten Monaten des U-Bootkrieges. Der U-Bootkrieg hungerte aber England nicht nur nicht aus, er brachte vielmehr mit dem Eingreifen der Vereinigten

Staaten — deren Verhältnis mit den Engländern damals, wie wir durch House und Page wissen, zum Zerreißen gespannt und deren Kredit dort, wie wir von Ribot wissen, erschöpft war — einen entscheidenden Wendepunkt zugunsten der Alliierten. Drittens beim ersten Stoß der Frühjahrsoffensive 1918. Es gelang aber den Alliierten, Amiens und Arras — nach Ludendorff das Mindestziel der Offensive — zu halten und damit Paris und die Kanalhäfen zu schützen.

2. Es ist mit keinem Wort davon die Rede, daß das seidene Fädchen, an dem die Entscheidung gehangen habe, deshalb zugunsten Englands gerissen sei, weil die Stimmung des deutschen Volkes nicht zusammenhielt.

3. Es wird nicht davon gesprochen, daß die Entscheidung „in den letzten Tagen" an einem dünnen Fädchen hing, sondern daß es ein Rennen Hals an Hals „bis zum letzten Ende" war. Der Sieg um einen Kopf, um in der Terminologie des Turfs zu bleiben, war nach dem Wortlaut des Artikels bereits am 21. März, jedenfalls aber mit der Waffenstillstandsbitte von den Alliierten errungen. Churchill schreibt in „The World Crisis 1916—1918", Band II, S. 537, daß Loucheur und er überzeugt waren, daß das Ende gekommen sei, als sie die Nachricht von dem Waffenstillstandsgesuch Bulgariens erhielten.

4. Im Herbst 1918 war die englische Flotte, zu der noch die amerikanische gestoßen war, so stark wie nie zuvor. Wenn man überhaupt Zeitungsartikeln, die zu einem bestimmten Zweck geschrieben sind, einen Wert beimessen will, kann aus demjenigen Churchills keineswegs gefolgert werden, daß Ende Oktober selbst ein völliger Seesieg „das Seidenfädchen zu unseren Gunsten hätte reißen lassen".

Wenn man aber Churchill als Kronzeugen zitieren will, so soll man nicht übergehen, was er über die Möglichkeit eines einigermaßen erträglichen Friedens für Deutschland in „The World Crisis 1916 bis 1918" (II, S. 511 ff.) schreibt. Er zitiert einen Ausspruch Fochs, der gesagt habe: „Er (sz. der Deutsche) konnte (sz. Ende August 1918) noch entschlüpfen, wenn er es über sich gewann, sein Gepäck zurückzulassen." (Eine ähnliche Ansicht gibt übrigens auch Pierrefeu als Anschauung des französischen Hauptquartiers. Beide treffen sich darin mit der rein praktisch strategischen Auffassung Ludendorffs.) Die Deutschen, meint Churchill weiter, hätten nach dem 8. August 1918 nach Zerstörung der Wege und Eisenbahnen zurückgehen sollen. Sie hätten dann eine Atempause von sechs Monaten bis zu der größten Anstrengung der Alliierten gehabt, deren Vorbereitung er in allen Einzelheiten schildert. Ein Rückzug aus Frankreich und Belgien „würde auf den Zusammenhalt und die Stoßkraft der Alliierten Einfluß gehabt haben", denn die Befreiung französischen Bodens sei das einzige französische, die Belgiens das einzige englische Kriegsziel gewesen. Weiter schreibt Churchill in „The World Crisis", 1915, S. 335: „Um den Sieg konnten die Deutschen im ersten Kriegsjahr

nur durch den Einfall in Belgien, im letzten nur durch den uneingeschränkten U-Bootkrieg gebracht werden. . . Nicht die Zahl ihrer Feinde, nicht deren Hilfsmittel oder Weisheit, nicht die Fehler ihrer Generale und Admirale in der Feldschlacht, nicht die Schwäche ihrer Verbündeten, ganz gewiß nicht irgendeine Schuld des Volkes oder des Heeres, sondern nur diese beiden großen Verbrechen und Torheiten sind für ihren Untergang und unsere Rettung verantwortlich."

Was nun die Hoffnung betrifft, die die Alliierten auf die Uneinigkeit im deutschen Volke setzten, so ist das Gespräch der Engländer mit dem schweizerischen Obersten Wille, das Admiral v. Trotha bringt, zweifellos beachtlich, nachdem Willes Sohn eine authentische Interpretation gegeben hat. Sie geht dahin, daß die militärische Zuversicht der Alliierten 1917 nicht sehr groß war, daß aber prominente Franzosen und Engländer auf die Zerfahrenheit des Reichstags bauten, die ihnen den Sieg garantiere. Über die Frage der Möglichkeit einer zivilen Diktatur und über die Frage der Schuld an der Zerrissenheit des Reichstags ist an anderer Stelle zu sprechen. Hier soll nur erwähnt werden, daß eine innere Geschlossenheit des Volkes erreicht worden wäre, wenn sich die Minderheit zu dem Programm der Mehrheit: Friede ohne Annexionen und Kontributionen, Reform des preußischen Wahlrechts bekannt hätte. Weiter darauf, daß aufs neue bestätigt wird, daß die Alliierten um diese Zeit an einen Sieg nicht mehr glaubten und sich an jede Hoffnung klammerten. Woraus gefolgert werden muß, daß Verhandlungsmöglichkeiten auf oben bezeichneter Basis gegeben waren, wenn eine geschlossene Front in Deutschland sich dafür einsetzte.

Daß sie vorhanden waren, ergibt sich aus Churchills „The World Crisis 1916—1918" (S. 405). Churchill schildert dort die für die Alliierten gefährliche Verschiebung der Kriegslage und führt aus, „schon der Haß gegen die Bolschewisten hätte gestattet, den Deutschen freie Hand im Osten zu lassen, wenn die Deutschen sich andererseits zur völligen Wiederherstellung Belgiens und zu erheblichen (important) territorialen Zugeständnissen in Frankreich bereit erklärt hätten", wobei beachtlich ist, daß Churchill nicht das Wort „Elsaß-Lothringen" ausspricht.

Anlage III

1. Äußerung des Sondersachverständigen Vizeadmiral a. D. v. Trotha vom 12. März 1928

Die Bemerkungen des Sondersachverständigen Herrn Alboldt und des Sachverständigen Herrn Dr. Herz geben mir zu folgenden persönlichen Äußerungen Anlaß:

Mit seinen Ausführungen oben S. 532ff. stellt Herr Alboldt meine gutachtlichen Erklärungen als unsachlich hin. Meine Angaben sind dem nach offiziellen Berichten bearbeiteten Seekriegswerk entnommen, die Zeitangaben, die ich gemacht habe, stimmen mit den von Herrn Alboldt gegebenen überein. Mein Urteil ist meine sachliche, aus meinen Kriegserfahrungen im Kampfe gegen England gebildete Ansicht. Von russischen Schiffen habe ich nirgends gesprochen; bei ihnen war die Schußweite sehr groß, dafür hatten sie andere Schwächen. Jeder Erhöhungswinkel der schweren Geschütze erfordert schiffbauliche Opfer an anderer Stelle.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, weise ich eine Unsachlichkeit meinerseits zurück.

Auf o. S. 534ff. bringt Herr Alboldt zum Ausdruck, daß meine gutachtlichen Äußerungen zum verspäteten Einsatz der Flotte in tendenziöser Weise auf einen bestimmten Eindruck eingestellt wären, und es werden in der Folge Stellen aus eigenen Briefen von mir angeführt, um gegen mich zu zeugen. Ich weiß mich frei von der Absicht, in meinen Ausführungen als Sachverständiger tendenziöse Wirkungen erzielen zu wollen, und kann unmöglich hinnehmen, daß mir aus meinen eigenen Briefen eine andere Ansicht zugesprochen wird, als ich tatsächlich habe. Ich bin der inneren Überzeugung, daß nur die schwächliche Führung unserer Außenpolitik die Flotte in die furchtbaren ersten Jahre des Abwartens hineingezogen hat. Es ist für uns von der Flotte tief bedauerlich, daß der Admiral v. Pohl z. B., der von Herrn Alboldt auf o. S. 536 angeführt wird, diesen Einflüssen erlegen ist; daß dessen dort angeführte Auffassung falsch war, haben die späteren Kämpfe bewiesen.

Auf o. S. 538 stellt Herr Alboldt mein Gutachten als unhaltbar gegenüber den „Naturgesetzen“ und dem „eisernen Bestand aller Marineliteratur“ hin.

Ich muß die hiermit ausgesprochene Unsachlichkeit abweisen.

Ich kenne den Wert der höheren Geschwindigkeit im Kampf auf dem Wasser. Diese ist aber nur zu erreichen durch Opfer, und zwar sehr große Opfer, an anderen Stellen der Schiffskonstruktion.

Wir haben bewußt beim Flottenbau die Geschwindigkeit nicht über eine gewisse Grenze getrieben, um die Widerstandskraft der Schiffe zu erhöhen. Die Stunden des Kampfes haben uns recht gegeben; den Engländern hat ihre höhere Geschwindigkeit nicht den Enderfolg gebracht.

Des ferneren will Herr Alboldt oben S. 540 meine Ausführungen durch eine „Selbstkritik“ als sich selbst widersprechend hinstellen. Ich muß auch dies ablehnen. Auf Einzelheiten einzugehen kann nicht mehr in Frage kommen. So, wie ich die Kriegführung verstehe, stimmen meine Ansichten von früher und meine Ansichten von heute völlig zusammen. Wir in der Flotte wollten ja mit allen

Mitteln den U-Bootkrieg erreichen und drängten immer auf ihn zu. Man hat uns von seiten der politischen Leitung aber immer zurückgehalten und wirklich völlig freie Hand dafür bis zum Schlusse nie gegeben.

So geht Herr Alboldt auch mit Bezug auf den letzten Flottenvorstoß von ganz anderen Gedankengängen und Kriegsauffassungen aus, die uns im Urteil nie werden zusammenkommen lassen. Damit nehme ich aber Sachlichkeit für mich unbedingt in Anspruch.

Auf o. S. 541 wird mir eine unrichtige Angabe vorgehalten.

Ich habe das Material über den Fall „Regensburg“ noch nicht wieder lückenlos zusammenbekommen. Ich glaube aber nicht, daß ich mich geirrt habe. Ein Bericht des Flottenkommandos unter dem 19. Juni 1918 erwähnt hierzu, daß gegen die beteiligten Offiziere „mit strengen Strafen“ eingeschritten sei und „weitere Maßnahmen nach eingehender Prüfung“ vorbehalten bleiben.

Auf o. S. 541 spricht Herr Alboldt ferner über den „Stellenwucher“. Ich halte es auch heute noch für sachlich richtig, daß bei der damaligen Not an aktiven Offizieren ein frontfähiger Kapitänleutnant aus Danzig abkommandiert und durch einen alten verabschiedeten Offizier ersetzt wurde. Denn ein „Stellenwucher“ könnte nur in Frage kommen, falls die bestehenden Vorschriften in diesem Falle verletzt worden wären.

Herr Alboldt spricht aber dann weiter unter Anführung meiner besonderen Kommandierungsverhältnisse aus, daß es hierbei „genau auf dasselbe hinausläuft“, also auch bei mir auf Stellenwucher. Herr Alboldt scheint mir zu seiner irrigen Behauptung zu kommen dadurch, daß er die Kompetenzverhältnisse, wie sie bei der Armee bestanden haben, auf die Marine überträgt. Das ist nicht richtig! Die Armee hatte Stellengehälter, wir in der Marine nicht, auch nicht im Kriege. Siehe Kriegsgeldverpflegungsreglement für die Marine § 12, 2 und Verfügung des R.M.A. vom 9. Januar 1915 C. v. III. 207.

So habe ich in der Admiralstellung als Chef des Stabes der Hochseestreitkräfte, die nebenbei an mich im Kriege ganz besondere geldliche Anforderungen stellte, zunächst tatsächlich an Kompetenzen nur die Kapitän-zur-See-Gebührnisse bezogen, und zwar Gehalt, Zulage, Wohnungsgeldzuschuß und Kriegszulage A. Die Kriegszulage, die Herr Alboldt besonders anführt, betrug für mich als Kapitän zur See für den Tag 8 M., für den Konteradmiral 13,50 M. Diese Angaben sind mir von den bearbeitenden Beamten in der Marineleitung jetzt zur Verfügung gestellt worden, weil Gehaltsbuch oder Gehaltszahlenlisten, die ich vorlegen wollte, leider nicht mehr vorhanden sind.

Ich muß das Ersuchen stellen, diesen für mich ungeheuer kränkenden Vorwurf des Stellenwuchers, da er aus irrtümlicher Voraus-

setzung entstanden ist, aus dem Schriftsatz, der ja später doch wohl im Druck erscheint, zu entfernen.

Herrn Dr. Herz gegenüber auf Einzelheiten einzugehen, steht mir nicht mehr zu. Ich möchte mich nur persönlich gegen den etwaigen Eindruck von Unsachlichkeit meinerseits auch hier verteidigen.

Zu oben S. 549 f.:

Zu 1. Admiral v. Pohl und v. Lans haben tatsächlich vieles falsch gesehen und falsch eingeschätzt, wie die späteren Kämpfe erwiesen haben. Unsere Flottenzusammensetzung hatte sich im übrigen ja auch während der Kriegsjahre erheblich modernisiert.

Zu 2. Wir hätten, wenn uns freie Hand gelassen wäre, England durch den U-Boothandelskrieg zwingen können und bezwungen.

Zu 4. Wir hatten in den Kriegsjahren eine Verwendung der U-Boote im Zusammenhang mit einer planmäßig angelegten Schlacht gefunden, die für diesen letzten Flottenvorstoß sehr aussichtsreich war.

Zu 5. Dieser Satz im Schlußbericht über die Skagerrakschlacht, den ich selbst entworfen habe, war ja diktiert von unserem Glauben an den U-Bootkrieg, den man uns vorenthielt. Als der U-Bootkrieg uns kurz vorm Ende wieder ganz genommen wurde, kam ganz natürlich nur noch der Einsatz der Flotte verstärkt durch die freien U-Boote in Frage.

Zu oben S. 551: dem ganzen Wesen des Seekrieges entsprechend hat während der ganzen Dauer des Krieges die politische Leitung niemals von dem Einsatz einer Operation in der Nordsee vorher besondere Meldung erhalten. Die Verhältnisse bei Heeresoperationen liegen ja wohl auch wesentlich anders.

So möchte ich auch hier die Sachlichkeit meiner Ausführungen persönlich erneut vertreten.

2. Erwiderung des Sondersachverständigen Alboldt vom 24. März 1928 auf die vorstehende „Äußerung"

Auf die mir zur Äußerung zugeschriebenen persönlichen Ausführungen Herrn v. Trothas vom 12. cr. erkläre ich ergebenst folgendes:

Herr v. Trotha stellt in diesen Ausführungen (o. S. 556/557) zu der von mir in meinen „Bemerkungen" getroffenen Feststellung (o. S. 541/542):

„ . . . Und wenn er in diesem Zusammenhange auch sich selbst wieder erwähnt und ausführt, daß er Januar 1916 als Kapitän zur See in eine Admiralstelle kommandiert, zum Konteradmiral aber erst im Dezember 1916 ernannt und das Gehalt eines solchen erst vom 1. Januar 1918 bezogen habe, so läuft das genau auf dasselbe hinaus, weil nämlich dadurch bewiesen ist, daß eine Admiralstelle

für ihn erst ab 1. Januar 1918 etatsmäßig frei war, er also bis dahin schon (wie alle überetatsmäßig beförderten Offiziere) die höheren Bord- und Kriegsgebührnisse des höheren Dienstgrades bezogen hat"

das Ersuchen: „ . . . diesen für mich ungeheuer kränkenden Vorwurf des Stellenwuchers . . . aus dem Schriftsatz . . . zu entfernen."

Es wird jeder objektiven Prüfung unerfindlich bleiben, wie Herr v. Trotha aus dieser Stelle einen persönlichen Vorwurf gegen sich dahin herauslesen konnte, er habe sich aus eigener Machtvollkommenheit bereichert. Es liegt vollkommen klar, daß ich hierbei nur das System im Auge hatte, das Vorbeförderungen der erwähnten Art in sich schloß. Der einzelne hatte ja gar keinen Einfluß darauf und die daraus resultierenden Vorteile regelten sich nach bestehenden Vorschriften. Bei nochmaliger ruhiger Prüfung wird auch Herr v. Trotha erkennen, daß ich ihm mit meiner Feststellung nicht persönlich zu nahetreten wollte. Ich bin aber gern bereit, dies hier auch noch ausdrücklich zu erklären.

Zur Sache selbst führe ich an: Herr v. Trotha wiederholt in seinen Ausführungen, daß die Stellung als Chef des Stabes der Hochseeflotte im Kriege ganz besondere geldliche Anforderungen an ihn gestellt habe. Man frägt sich unwillkürlich: Bestanden denn auch im Kriege in der deutschen Flotte gesellschaftliche Verpflichtungen für die Offiziere?

Es ist recht bedauerlich, daß weder das Gehaltsbuch, ja nicht einmal mehr die Gehaltszahlenlisten vorhanden sind, wie Herr v. Trotha schreibt. Unter diesen Umständen wäre es einfacher gewesen, wenn Herr v. Trotha erklärt hätte: Ich habe dadurch, daß ich früher als etatsmäßig möglich zum Konteradmiral befördert wurde, auch nicht den geringsten pekuniären Vorteil gehabt. Das ist nicht geschehen. Statt dessen schreibt Herr v. Trotha: „So habe ich in der Admiralstellung *zunächst* tatsächlich nur die Kapitän-zur-See-Gebühren bezogen. . ." Es bleibt also offen, ob das bis zum Einrücken in eine etatsmäßige Stelle (1. 1. 1918) der Fall war.

Herr v. Trotha zergliedert weiterhin die einzelnen Gebührnisse nach Angaben der „bearbeitenden Beamten in der Marineleitung", zieht besonders die „Kriegszulage" heran, vergißt aber ganz, die von mir *an erster Stelle* genannten *Bord*gebührnisse zu erwähnen. Diese — z. B. die nicht unerheblichen Tafel- und Messegelder — bestimmten sich nach dem äußeren Dienstgrade.

Danach kann ich, indem ich meinerseits auf eine nochmalige genaue Nachprüfung der tatsächlich gezahlten „Kriegszulagen" verzichte, nur darin willigen, daß in meinen „Bemerkungen" auf oben S. 542, dritte Zeile, gesetzt wird „Bordgebührnisse" anstatt wie es jetzt dort heißt „Bord- und Kriegsgebührnisse".

3. Schlußbemerkung des Sondersachverständigen Vizeadmiral a. D. v. Trotha vom 26. April 1928

Nachdem Herr Alboldt meinem am 12. März 1928 ausgesprochenen Ersuchen Verständnis nicht entgegenbringen kann, verzichte ich auf weitere Verfolgung der Angelegenheit. Meine Auffassung ist dem Untersuchungsausschuß bekannt. Durch persönliche Auseinandersetzungen mit Herrn Alboldt ist ein Ergebnis nicht zu erwarten, da unsere Ansichten zu weit auseinander gehen. Ich verzichte daher auch darauf, auf die verschiedenen Irrtümer einzugehen, die in den Ausführungen vom 24. März enthalten sind und Herrn Alboldt zu unrichtigen Schlußfolgerungen bringen.

Sitzung, Sonnabend, den 18. Februar 1928

Erste Beratung einer Entschließung über die Marinevorgänge

Der Vorsitzende Abg. Dr. *Philipp* teilt mit:
Es stehen folgende Entwürfe zur Verhandlung:

1.

Der Entwurf der Abgg. Dittmann und Dr. Moses (s. o. S. 495 ff.).

2.

Der Entwurf des Berichterstatters Abg. Joos (s. o. S. 501 ff.).

3.

Der Entwurf des Berichterstatters Abg. Joos mit den Abänderungsvorschlägen von Abg. Dr. Philipp:

I. Aufgabe

1. In den Rahmen der Untersuchung über „Marine und Zusammenbruch" gehören die revolutionären Erscheinungen innerhalb der Hochseeflotte im Jahre 1917, sowie die Gehorsamsverweigerungen und revolutionären Akte in den Novembertagen 1918.
2. Bei dieser Untersuchung ging der Ausschuß einmütig von der Voraussetzung aus, daß eine Nachprüfung der Prozeßverfahren, sowie der ergangenen Erkenntnisse nicht vorzunehmen sei, da der Untersuchungsausschuß keine Revisionsinstanz bilde.

II. Allgemeines

1. Die allgemeinen Ursachen des inneren Zusammenbruchs[1]) waren auch in der deutschen Flotte wirksam. Insbesondere

[1]) Vgl. Entschließung, Teil A, Bd. 4 dieser Reihe S. 1 bis 2b.

wirkten sich dort infolge der Zusammensetzung der Besatzungen und der Eigenart der Bordverhältnisse die im deutschen Volke vorhandenen inneren Gegensätze verstärkt aus.

Daher machten sich auf der Flotte auch die mit der Dauer des Krieges sich immer mehr verschärfenden politischen Gegensätze und der Einfluß der auf eine Änderung der Verhältnisse drängenden Parteigruppen in ganz anderem Maße als an Land und in der Armee bemerkbar. So kam es bereits im Sommer 1917 zu gemeinsamen Gehorsamsverweigerungen der Mannschaften auf einigen Großkampfschiffen.

2. Es ist als erwiesen anzusehen, daß Unruhe und ernste Mißstimmungen unter Teilen der Mannschaften sich bereits Anfang 1915 auf verschiedenen Großkampfschiffen bemerkbar machten. Auf den kleineren Fahrzeugen war dies nicht der Fall.
3. Nährboden dieser Mißstimmung war die durch den Nichteinsatz der Hochseeflotte bedingte Untätigkeit von Mannschaften und Offizieren, die unter dem Zwange des engen Zusammenlebens auf den Schiffen niederdrückend wirkte und auf die Dauer einen Zustand der Gereiztheit erzeugte, der die Gegensätze an Bord verschärfte.
4. Ursache der mit der Dauer des Krieges wachsenden Mißstimmung in Teilen der Mannschaften war auch die Meinung, daß berechtigter Anlaß zu Klagen über Verpflegung und Behandlung seitens der Vorgesetzten vorhanden war und daß die Verschiedenheit der Lebenshaltung an Bord (Messe und Back) sowohl wie an Land bei besserem Willen der Vorgesetzten hätte ausgeglichen werden können.
5. Die an Bord vorhandene Stimmung ist durch politische Agitation verschiedenster Art ermutigt, erhalten und vertieft worden. Die im deutschen Volke stetig wachsende Friedenssehnsucht und die Friedenspropaganda wirkte sich unter den Mannschaften der Hochseeflotte besonders aus, weil das Fehlen großer Kampfhandlungen nach und nach die Fortsetzung des Krieges als zwecklos erscheinen ließ.
6. Daß politische Werbearbeit und organisatorische Verbindungen auf verschiedenen Großkampfschiffen bestanden haben und daß sowohl die USPD als auch linksradikale Gruppen Mitträger dieser Bewegung waren, muß als feststehend angenommen werden, desgleichen das Vorhandensein einer auch von Offizierskreisen getragenen annexionistischen Propaganda. Neben dem von der USPD an die Mannschaften verteilten Agitationsmaterial ist auch linksradikales Material auf den Schiffen zur Verbreitung gekommen.
7. Nach der russischen Märzrevolution, deren geistige Strömungen über Rußland hinausgingen, breitete sich in Verbindung

mit der allgemeinen Friedenshoffnung und der erwähnten Friedenspropaganda der verschiedenen politischen Richtungen unter Teilen von Mannschaften einiger Großkampfschiffe der besonders von der USPD verbreitete Gedanke aus, daß das Volk selbst den Frieden schaffen müsse, den die Regierungen nicht zu schaffen vermöchten oder zu schaffen nicht willens wären. Die von dieser Bewegung erfaßten und von dieser Auffassung beherrschten Marinemannschaften blickten daher hoffnungsvoll nach Stockholm, wo eine internationale Konferenz der sozialistischen Parteien zur Herbeiführung des Friedens durch Massenaktionen stattfand.

III. Die Vorgänge im Jahre 1917

Zu den Vorgängen, die sich infolge der politischen Agitation in der Marine ausgewirkt und zu den kriegsgerichtlichen Verfahren geführt haben, stellt der Ausschuß folgendes fest:

1. Äußerlichen Anlaß zu den Vorgängen boten dienstliche Befehle von Offizieren, die von den Mannschaften als ungerechtfertigt angesehen wurden, gegen die sie durch eine Art Streik demonstrieren wollten.
2. Ein politischer Gedanke lag in der Bewegung insoweit, als zahlreiche Mannschaften damals der USPD in der Hoffnung beitraten, dadurch die Herbeiführung des Friedens zu beschleunigen.
3. Ein schlüssiger Beweis dafür, daß führende Persönlichkeiten der USPD die Absichten der Matrosen gekannt und gebilligt oder sogar die Matrosen zu ihren Handlungen angereizt haben, ist nicht erbracht worden. Die in Frage kommenden Mitglieder der damaligen USPD, sowie die vor dem Ausschuß vernommenen Führer der revolutionären Matrosen haben bestritten, daß die Bewegung auf der Flotte von der USPD veranlaßt worden sei, ebenso der erschossene Matrose Reichpietsch noch nach seiner Verurteilung zum Tode. Die in die Verfahren verwickelt gewesenen Zeugen haben ausgesagt, daß abweichende Erklärungen, die sie als Angeklagte gemacht haben, ihnen suggeriert oder abgezwungen worden seien. Ein schlüssiger Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung ist nicht erbracht. Wahrscheinlich gemacht ist, daß Reichpietsch hoffte, die Abgeordneten der USPD würden ihn schützen, wenn er sich Ungesetzlichkeiten zuschulden kommen lassen würde. Ob weiter links stehende Persönlichkeiten hinter der Tätigkeit Sachses standen, wie er in der „Antinauticus"-Broschüre behauptet hat, hat sich nicht feststellen lassen, da Sachse vor dem Ausschuß die Aussage hierüber verweigert hat.

4. Die Verurteilungen durch die Kriegsgerichte, besonders aber die Vollstreckung von zwei Todesurteilen sind von einem Teile der Mannschaften als ungerecht und als zu streng empfunden worden.

IV. Bis zur Novemberrevolution

1. Revolutionäre Organisationen an Bord haben sich nach den Vorgängen im Sommer 1917 nicht feststellen lassen. Es konnten auch keine Beweise dafür erbracht werden, daß noch weiterhin auf der Flotte im Sinne von Gehorsamsverweigerungen und ähnlichen Dingen agitiert worden ist.
2. Die Gehorsamsverweigerungen einiger Besatzungen im Herbst 1918 hatten ihren unmittelbaren Anlaß darin, daß die betreffenden Mannschaften, innerlich zermürbt und von den Bewegungen im Lande erfaßt, glaubten, daß auch eine siegreiche Seeschlacht am Ausgange des Krieges nichts mehr ändern könne und daher die Flotte nur aus Prestigegründen eingesetzt werden solle. Sie glaubten ferner, die neue Regierung des Prinzen Max von Baden sei mit dem Flottenvorstoß nicht einverstanden. Sie waren weiter der Ansicht, daß durch eine Kampfhandlung die Waffenstillstandsverhandlungen unmöglich würden. Aus solchen Erwägungen heraus waren sie der Überzeugung, daß es keinen Sinn mehr habe, zu diesem Zeitpunkt noch das Leben einzusetzen. Selbstverständlich haben diese Auffassungen in Mannschaftskreisen durch Einwirkung von außen her eine Stütze und Kräftigung erfahren.
3. Ob Prestigegründe oder die Absicht, den Rückzug im Westen zu decken und die Waffenstillstandsverhandlungen zu beeinflussen, bei dem Ansetzen des Flottenvorstoßes mitgesprochen haben, ließ sich mit Sicherheit nicht feststellen. Die Tatsache, daß weder der Kaiser, noch der Reichskanzler, noch das Kriegskabinett über die Absicht der Flottenleitung, damals eine Seeschlacht zu suchen, vorher besonders ins Bild gesetzt worden sind, erklärt der Sachverständige v. Trotha mit dem bisher geübten Verhalten der Regierung gegenüber der Flottenleitung. Die politische Leitung hatte während des ganzen Krieges von sich aus stets Anweisung gegeben, wenn es im Interesse politischer Ziele notwendig erschien, von Kampfhandlungen abzusehen; eine solche Anweisung war im vorliegenden Falle nicht ergangen.

   Die Frage, welche Aussicht ein Flottenvorstoß zu jenem Zeitpunkt gehabt hätte, konnte vom Ausschuß nicht geklärt werden.
4. Soweit die Masse der Flottenmannschaften in Frage kam, hatten die Meutereien im November 1918 zunächst keine auf

Umwälzung der Staatsform hinzielende Richtung. Die Flottenleitung nahm von vornherein das Vorhandensein einer wohlorganisierten, umfassenden und zielbewußten revolutionären Aktion mit einheitlicher Leitung an. Die Meutereien erhielten erst im Laufe der Entwicklung einen deutlich erkennbaren politischen Einschlag. Eine zentrale Leitung oder eine Vereinbarung mit irgendwelchen politischen Stellen wurde nicht offenbar.

5. Die Vorgänge in Kiel bilden den Auftakt zur allgemeinen deutschen Revolution. Die Matrosen und Heizer oder die, die sich als solche verkleidet hatten, haben die Revolution über Nordwestdeutschland verbreitet. Ob ihnen bei größerer Willenskraft der führenden Stellen Widerstand hätte geleistet werden können, kann nicht entschieden werden. Daß sie jedoch von sich aus überall die Revolution veranlaßt haben, muß bestritten werden. Die revolutionären Ausbrüche in München und in anderen Städten Süddeutschlands sind nicht unmittelbar durch die Kieler Vorgänge veranlaßt. Auch die Arbeiterzüge am 9. November 1918 in Berlin, durch die die monarchische Regierung gestürzt wurde, sind ohne unmittelbare Mitwirkung der Matrosen in die Wege geleitet worden.

4.

Abänderungsanträge des Abg. Dr. Bergsträßer zu dem Entwurf einer Entschließung des Berichterstatters Abg. Joos:[1])

I

4. Übernahme aus dem Entwurf Dittmann I, vorletzter Absatz, betr. Menagekommission.
6. Diese vorhandene Stimmung ist durch politische *Einflüsse* verschiedenster Art . . .
7. Zum Schlußsatz hinzuzufügen:
   . . . ebenso annexionistisches durch Offiziere.

III

Zu den Vorgängen, die sich infolge*dessen* in der Marine ausgewirkt haben . . .

1. Äußer*en* Anlaß. . . .
2. Ein politischer Gedanke lag in der Bewegung *daneben nur* insoweit, . . .
3. *Zusatz:* Festgestellt wurde, daß die untersuchungführenden Marinejustizbeamten über die politischen Ansichten und Forderungen der sozialistischen Reihen nicht unterrichtet waren,

[1]) S. o. S. 501 ff.

worunter ebenso ihre Fragestellung wie ihre Auffassung von den Antworten leiden mußten.

IV

1. *Zusatz:* Die Leistungen der Marinemannschaften entsprachen bis Herbst 1918 nach dem Urteil hoher und höchster Vorgesetzter (Trotha) allen Anforderungen.
2. *Zusatz:* Das Waffenstillstandsgesuch der Obersten Heeresleitung wurde von den Mannschaften gefühlsmäßig als das Ende des Krieges aufgefaßt.

Nach längerer Aussprache wird als *Ergebnis der ersten Beratung* folgende Fassung der Entschließung einstimmig, in Abwesenheit des Abg. Dittmann, der eine entscheidende Fraktionssitzung leiten mußte, und des Vertreters der kommunistischen Fraktion, angenommen:

Entschließung über die Marinevorgänge

I. Aufgabe

1. In den Rahmen der Untersuchung über „Marine und Zusammenbruch" gehören die revolutionären Erscheinungen innerhalb der Hochseeflotte im Jahre 1917 sowie die Gehorsamsverweigerung und revolutionären Akte in den Novembertagen 1918.
2. Bei dieser Untersuchung ging der Ausschuß einmütig von der Voraussetzung aus, daß eine Nachprüfung der Prozeßverfahren sowie der ergangenen Erkenntnisse nicht vorzunehmen sei, da der Untersuchungsausschuß keine Revisionsinstanz bilde.

II. Allgemeines

Die allgemeinen Ursachen des inneren Zusammenbruchs waren auch in der deutschen Flotte wirksam. Sie wurden verschärft durch die Eigenart der Bordverhältnisse. Im einzelnen wurde folgendes festgestellt:

1. Es ist als erwiesen anzusehen, daß Unruhe und ernste Mißstimmungen unter Teilen der Mannschaften sich bereits Anfang 1915 auf verschiedenen Großkampfschiffen bemerkbar machten. Auf den kleineren Fahrzeugen war das nicht der Fall.
2. Nährboden dieser Mißstimmung war die durch den Nichteinsatz der Großkampfschiffe bedingte kriegerische Untätigkeit von Mannschaften und Offizieren, die unter dem Zwange des engen Zusammenlebens auf den Schiffen niederdrückend wirkte und

auf die Dauer einen Zustand der Gereiztheit erzeugte, der die Gegensätze an Bord verschärfte.

3. Ursache der mit der Dauer des Krieges wachsenden Mißstimmung in Teilen der Mannschaften war auch deren Überzeugung, daß berechtigter Anlaß zu Klagen über Verpflegung und Behandlung seitens der Vorgesetzten vorhanden war, und daß die Verschiedenheit der Lebenshaltung an Bord (Messe und Back) sowohl wie an Land bei besserem Willen der Vorgesetzten hätte ausgeglichen werden können.
4. Die im deutschen Volke stetig wachsende Friedenssehnsucht und die Friedenspropaganda wirkte sich unter den Mannschaften der Großkampfschiffe besonders aus, weil das Fehlen von Kampfhandlungen nach und nach die Friedenssehnsucht verstärkte.

Eine einheitliche Auffassung darüber, warum die Flotte so, wie geschehen ist, verwendet wurde, war nicht zu erzielen.

5. Daß politische Werbearbeit und organisatorische Verbindungen der USPD und daneben auch linksradikaler Gruppen auf verschiedenen Großkampfschiffen bestanden haben, muß als feststehend angenommen werden, desgleichen das Vorhandensein einer auch von Offizierskreisen getragenen annexionistischen Propaganda. Neben dem von der USPD an die Mannschaften verteilten Agitationsmaterial ist auch linksradikales Material auf den Schiffen zur Verbreitung gekommen.
6. Nach der russischen Märzrevolution, deren geistige Strömungen über Rußland hinausgingen, breitete sich in Verbindung mit der allgemeinen Friedenshoffnung und der bewußten Friedenspropaganda der verschiedenen politischen Richtungen unter Teilen von Mannschaften einiger Großkampfschiffe der besonders von der USPD verbreitete Gedanke aus, daß das Volk selbst den Frieden schaffen müsse, den die Regierungen nicht zu schaffen vermöchten oder zu schaffen nicht willens wären. Die von dieser Bewegung erfaßten und von dieser Auffassung beherrschten Marinemannschaften blickten daher hoffnungsvoll nach Stockholm, wo eine internationale Konferenz der sozialistischen Parteien zur Herbeiführung des Friedens stattfand.

III. Die Vorgänge im Jahre 1917

Zu den Vorgängen, die sich unter den geschilderten Bedingungen in der Marine ausgewirkt und zu den kriegsgerichtlichen Verfahren geführt haben, stellt der Ausschuß folgendes fest:

1. Äußeren Anlaß zu den Vorgängen boten dienstliche Befehle von Offizieren, die von den Mannschaften als ungerechtfertigt an-

gesehen wurden, gegen die sie durch eine Art Streik demonstrieren wollten.

2. Ein politischer Gedanke lag in der Bewegung insoweit, als zahlreiche Mannschaften damals der USPD in der Hoffnung beitraten, dadurch die Herbeiführung des Friedens zu beschleunigen.
3. Ein Beweis dafür, daß führende Persönlichkeiten der USPD die Absichten der Matrosen gekannt und gebilligt oder sogar die Matrosen zu ihren Handlungen angereizt hätten, ist nicht erbracht worden. Die in Frage kommenden Mitglieder der damaligen USPD, sowie die vor dem Ausschuß vernommenen Führer der Bewegung haben bestritten, daß ihre Handlungen von der USPD veranlaßt worden seien, ebenso der erschossene Matrose Reichpietsch noch nach seiner Verurteilung zum Tode. Die in die Verfahren verwickelt gewesenen Zeugen haben ausgesagt, daß abweichende Erklärungen, die sie als Angeklagte gemacht haben, ihnen suggeriert oder abgezwungen worden seien. Ein Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung ist nicht erbracht. Wahrscheinlich gemacht ist, daß Reichpietsch hoffte, die Abgeordneten der USPD würden ihn schützen, wenn er sich Ungesetzlichkeiten zuschulden kommen ließe.
4. Die Verurteilungen durch die Kriegsgerichte, besonders aber die Vollstreckung von zwei Todesurteilen sind von einem großen Teile der Mannschaften als ungerecht und als zu streng empfunden worden. Die Urteile wirkten verbitternd in die Zukunft.

IV. Bis zur Novemberrevolution

1. Die bestehende lose Organisation der Matrosen und Heizer ist durch die Eingriffe der Behörden im Jahre 1917 zerbrochen worden. Revolutionäre Organisationen an Bord haben sich nach den Vorgängen im Sommer 1917 nicht feststellen lassen. Es konnten auch keine Beweise dafür erbracht werden, daß noch weiterhin auf der Flotte im Sinne von Gehorsamsverweigerungen und ähnlichen Dingen agitiert worden ist. Die Leistungen der Marinemannschaften entsprachen bis Herbst 1918 nach dem Urteil hoher und höchster Vorgesetzter (Vizeadmiral v. Trotha) allen Anforderungen.
2. Die Gehorsamsverweigerungen einiger Besatzungen im Herbst 1918 hatten ihren unmittelbaren Anlaß darin, daß die betreffenden Mannschaften, innerlich zermürbt und von den Bewegungen im Lande erfaßt, glaubten, daß auch eine siegreiche Seeschlacht am Ausgange des Krieges nichts mehr ändern könne und daher die Flotte aus Prestigegründen eingesetzt werden

solle. Sie glaubten ferner, die neue Regierung des Prinzen Max von Baden sei mit dem Flottenvorstoß nicht einverstanden. Sie waren weiter der Ansicht, daß durch eine Kampfhandlung die Waffenstillstandsverhandlungen unmöglich würden. Aus solchen Erwägungen heraus waren sie der Überzeugung, daß es keinen Sinn mehr habe, zu diesem Zeitpunkt noch das Leben einzusetzen. Selbstverständlich haben diese Auffassungen in Mannschaftskreisen durch Einwirkung von außen her eine Stütze und Kräftigung erfahren. Das Waffenstillstandsgesuch der Obersten Heeresleitung wurde von den Mannschaften gefühlsmäßig als das Ende des Krieges aufgefaßt.

3. Die Seekriegsleitung hoffte, durch den Flottenvorstoß Ende Oktober 1918 und eine sich daraus vielleicht ergebende Seeschlacht eine Entlastung des zurückgehenden rechten Flügels der deutschen Armee herbeiführen zu können. Weder der Kaiser noch der Reichskanzler noch das Kriegskabinett sind über diese Absicht der Flottenleitung vorher besonders gefragt oder benachrichtigt worden.
4. Soweit die Masse der Flottenmannschaften in Frage kam, hatten die Meutereien im November 1918 zunächst keine auf Umwälzung der Staatsform hinzielende Richtung. Die Flottenleitung nahm von vornherein das Vorhandensein einer wohlorganisierten, umfassenden und zielbewußten revolutionären Aktion mit einheitlicher Leitung an. Die Meutereien erhielten erst im Laufe der Entwicklung einen deutlich erkennbaren politischen Einschlag. Eine zentrale Leitung oder eine Vereinbarung mit irgendwelchen politischen Stellen wurde nicht offenbar.
5. Die Vorgänge in Kiel bildeten den Auftakt zur allgemeinen deutschen Revolution. Matrosen und Heizer haben die Revolution über Nordwestdeutschland verbreitet. Daß die Matrosen jedoch von sich aus überall die Revolution veranlaßt haben, trifft nicht zu. Die revolutionären Ausbrüche in München und in anderen Städten Süddeutschlands sind nicht unmittelbar durch die Kieler Vorgänge veranlaßt. Auch die Arbeiterzüge am 9. November 1918 in Berlin, durch die die monarchische Regierung in der Reichshauptstadt gestürzt wurde, sind ohne unmittelbare Mitwirkung der Matrosen in die Wege geleitet worden.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich schlage vor, an den Gesamtausschuß folgenden Antrag zu stellen:

Der 4. Unterausschuß des 20. (Untersuchungs-) Ausschusses beantragt, die Veröffentlichungen betreffend

1. die allgemeinen Ursachen und Hergänge des inneren Zusammenbruchs (sogenannte „Dolchstoßfrage"),
2. den Deutschen Reichstag im Weltkriege,
3. Marine und Zusammenbruch

zur Kenntnis zu nehmen.

(Zustimmung.)

Ich halte mich weiter für ermächtigt, in Zusammenarbeit mit dem Herrn Präsidenten des Reichstags die noch ausstehenden Gutachten über die Heeresmißstände und den Annexionismus gewissermaßen als Anhang unseren Gesamtverhandlungen anzufügen [1]). Dazu kommt der Abdruck des Stumpfschen Tagebuches [2]).

Ich erteile das Wort Herrn Abg. Dittmann [3]) zu einer Erklärung.

Abg. *Dittmann:*

Der Herr Kollege Joos hat in der letzten Sitzung aus den Stumpfschen Tagebüchern eine Anzahl Stellen vorgetragen, aus denen er den Schluß zog, daß bei den Streichungen in der Dietzschen Veröffentlichung eine gewisse Tendenz obgewaltet habe. Ich habe damals bereits erklärt: Ich persönlich habe die Streichungen nicht vorgenommen, kann deshalb nicht darüber urteilen, ob tendenziös gestrichen ist oder nicht, aber ich weiß, daß die Herren vom Dietzschen Verlag gar kein Interesse daran hatten, irgendwie tendenziös zu streichen, und ich bezweifle, daß man von einer tendenziösen Streichung sprechen kann. Ich habe weiter darauf hingewiesen, daß ich mich persönlich bemüht habe, darauf hinzuweisen, alles ungekürzt zu veröffentlichen, weil ich gleich dem Kollegen Joos auf dem Standpunkt stand und noch stehe, daß die Wirkung der Tagebücher eine geschlossenere ist, wenn sie unverkürzt veröffentlicht werden.

Der Kollege Brüninghaus hat dann betont, der Abgeordnete Dittmann sei für die Kürzungen mitverantwortlich, da er das Vorwort geschrieben habe. Ich habe nun hier einen Durchschlag des Briefes, den ich am 14. September vorigen Jahres an Herrn Stumpf geschrieben habe, nachdem ich die erste Fühlung mit dem Dietzschen Verlag genommen hatte. Darin heißt es:

„Ich habe den Herren des Verlages nur die Auszüge vorlegen können, die der Abgeordnete Joos seinerzeit aus Ihren Tagebüchern im Untersuchungsausschuß verlesen hat. Die Herren wünschen nun zunächst die Tagebücher selbst zu sehen. Es wird notwendig sein, sie mit der Schreibmaschine abzuschreiben, um ein satzfähiges Manuskript zu bekommen. Dann erst wird sich auch der Umfang des Buches, der Preis usw. bestimmen lassen. Ich habe empfohlen, möglichst ungekürzt die Veröffentlichung vorzunehmen. Wenn

---

[1]) Bd. 11, I u. II und 12, I u. II dieser Reihe.
[2]) Bd. 10, II dieser Reihe.
[3]) Inzwischen in der Sitzung erschienen.

Kürzungen notwendig werden sollten, um den Umfang des Buches nicht allzu stark anschwellen zu lassen und dadurch seine Verkäuflichkeit zu beeinträchtigen, so werden Sie das am besten selbst besorgen."

Das war mein Standpunkt, den ich Herrn Stumpf geschrieben habe.

Dann ist Herr Stumpf nach Berlin gekommen und hat mit den Herren des Dietzschen Verlages gesprochen. Ich wurde im Reichstag angerufen, es wurde mir gesagt: Herr Stumpf wäre da, ich möchte einmal hinkommen. Als ich hinkam, erklärten die Herren: Wir sind bereits fertig, wir werden das Tagebuch nicht erst in die Maschine diktieren lassen, weil das zuviel Zeit in Anspruch nimmt; wir sind einig geworden, es soll zur Weihnachtszeit heraus, die Sache eilt, wir werden also aus dem ursprünglichen Manuskript, aus dem Original setzen lassen; um aber Herrn Stumpf die Möglichkeit zu geben, laufend das Ganze zu kontrollieren, wird der Satz nicht in Berlin hergestellt, sondern in der Druckerei der „Fränkischen Tagespost" in Nürnberg.

Dort ist also das Dietzsche Buch gesetzt und gedruckt worden, und Stumpf hat laufend die Korrektur bekommen, hat also immer die Möglichkeit gehabt, auf das Ganze einzuwirken.

Nun habe ich, nachdem Herr Joos seine Monita hier vorgebracht hat, an Herrn Stumpf geschrieben. Herr Stumpf hat mir darauf einen Brief geschrieben, worin es heißt:

„Im übrigen lege ich großen Wert darauf, Ihnen zu versichern, daß durch die aus Raumgründen vorgenommenen Kürzungen keine Fälschung meiner Aufzeichnungen erfolgt ist. Andererseits möchte ich, um restlos offen zu sein, zugeben, daß ich die Weglassung zahlreicher Stellen des ersten Teils aus besonderen Gründen bedauere. Ich glaube, daß weniger als im Original meine Entwicklung vom ausgesprochenen wilhelminischen Nationalisten und Patrioten zum Antimilitaristen und Republikaner deutlich wird, weil zu deren Darstellung doch zahlreiche Abschnitte des ersten Buches notwendig gehören. Dennoch glaube ich ebenso wenig wie Sie, daß die Streichungen tendenziös erfolgt sind. Sicher wären mir vom Verlag keine Schwierigkeiten gemacht worden, wenn ich auf mehr Berücksichtigung dieser Stellen gedrungen hätte. Auch alle anderen Verlage, mit denen ich vorher unterhandelte, sind auf Kürzungen bestanden. Und das mit Recht, weil viele Privatsachen vorkommen, die kaum einen Dritten interessieren."

Das ist das Urteil des Herrn Stumpf selbst. Und nun will ich Ihnen an einigen Stellen zeigen, daß die Streichungen nicht mit einer bestimmten Tendenz vorgenommen sind, daß sie gleichmäßig beide

Seiten treffen. Ich will nur zwei Stellen anführen, um zu beweisen, daß derjenige, der die Streichungen vorgenommen hat, von jeder Tendenz frei gewesen ist. Es ist ihm offenbar lediglich darum gegangen, den Umfang des Buches einzuschränken, und er hat geglaubt, daß Dubletten ruhig fortfallen könnten. Ich will zeigen, wie auch Stellen, auf die ich von meinem Standpunkt Wert legen müßte, weggefallen sind.

Hier eine Eintragung vom 15. Februar 1916:

„Der Kochsmaat hatte es sich nicht nehmen lassen, höchst persönlich mit Holzschlappen zur Stelle zu sein und an seine „lieben Matrosen und Heizer" Zigaretten zu verteilen. Die meisten Unteroffiziere waren greulich besoffen und benahmen sich wie dumme Jungs."

Außerdem ist weggefallen aus dem Schluß der Eintragung vom 17. November 1918:

„Fast unverständlich erscheint mir heute die Geduld der Matrosen bei den verschiedenen Schikanen der damaligen Vorgesetzten. Irgend ein lumpiger Leutnant hat da z. B. die halbe Nacht bei Kameraden eines anderen Schiffes gezecht. Um 2 Uhr früh läßt er einen Morsespruch machen, daß ein Boot geschickt werden solle, um ihn an Bord zu bringen. Nun wird die Division der Wache geweckt, um die Pinasse auszusetzen, und ihr bedeutet, zu warten, bis dieselbe zurück sei. In eisiger Kälte, bei Schnee oder Regen vertritt sich nun einer nach dem andern die Fußspitzen und horcht, ob nicht bald das Rauschen des zurückkehrenden Bootes zu vernehmen sei. Eine halbe Stunde vergeht, eine ganze, noch ist nichts zu vernehmen. Der Herr Leutnant hat es sich noch einmal anders überlegt und gedenkt noch eine Stunde zu bleiben. Er denkt nicht an die ihres Schlafes beraubten frierenden und vielleicht auch hungrigen 150 Matrosen."

— So steht hier, ich weiß nicht, ob es 50 oder 150 heißen muß. Weiter:

„Eine halbe Stunde schon steht die Division angetreten auf der Schanze, bis sich der Herr Oberleutnant herbeiläßt, die Leute zu mustern. Dazu setzt er sein denkbar anmaßendstes Gesicht auf. Programmäßig fällt etwa jeder zehnte Mann auf. Feldwebel: Dieses Schwein putzt nachher die Sirene! Dieser da meldet sich um 6, 7, 8, 9 und 10 beim Nachtoffizier im Paradeanzug. Und dieses Ferkel? Hat um 12 Uhr zur Zeugmusterung ausgepackt usw. usw.

Vor den Speiseabfällen findet der erste Offizier noch ein paar Kartoffeln. Der Proviantmeister muß kommen und stimmt bei, daß

die Mannschaft anscheinend noch immer zu viel Essen bekomme. Bei der Musterung sagt nun der Divisionsoffizier im niederträchtigsten Tone: Ihr habt noch immer zu dick zu leben. Sonst würdet Ihr die Kartoffeln nicht wegwerfen. Von heute ab gibt es also weniger und zwar so lange, bis sich keine solchen mehr in den Speiseüberresten finden.

Solche Episoden ließen sich in beliebiger Reihe aufzählen. Jede einzelne von ihnen aber gab ein Sprengloch ab, welches in diesen Tagen den stolzen Bau der Militärautokratie zum Einsturz brachte. Viel kostbares Gut liegt in ihm begraben; ältere Leute werden die erzieherische Wirkung des Kasernenhofes auf die Jugend vermissen. Aber es ist doch besser, wenn mit des Menschen Ehre nicht mehr in solcher Weise Schindluder getrieben wird wie bisher. Vielleicht hat uns die Vorsehung bestimmt, nicht nur das tüchtigste, sondern auch das freieste Volk der Welt zu werden."

Auch diese Eintragung ist gestrichen. Zweifellos hat der Betreffende, der die Streichung vorgenommen hat, sich dabei gesagt: Ähnliche Stellen sind eine ganze Reihe in dem Buch, ob eine mehr ist oder nicht, macht für den Gesamteindruck nichts aus, deshalb kann sie ruhig gestrichen werden. Ich glaube also nicht, daß man sagen kann, daß es sich um tendenziöse Streichungen handelt. Ich betone aber noch einmal, ich habe von vornherein darauf gedrungen, daß das Tagebuch unverändert veröffentlicht wird, und stimme mit dem Kollegen Joos vollständig darin überein, daß der Eindruck der Wandlung dieses Mannes noch ein viel stärkerer ist, wenn das Tagebuch in seiner ursprünglichen ungekürzten Form veröffentlicht wird. Deshalb habe ich ja auch beantragt und der Ausschuß hat den Beschluß gefaßt, das das ganze Buch in unsere Veröffentlichung aufgenommen wird.

Abg. *Brüninghaus:*

Für mich ist der springende Punkt bei dem Stumpfschen Buch, daß man bewußt den Schluß dieses Buches, der von Weltverbrüderung und allen diesen Sachen spricht, weggelassen hat. Wenn man den Schluß liest, bekommt man einen anderen Eindruck von dem gesamten Buch. Das ist mein Gesamteindruck, der auch durch die jetzigen Ausführungen des Herrn Abg. Dittmann nicht geändert wird.

Abg. *Joos:*

Ich habe meinen Darlegungen in der vorigen Sitzung an sich nichts hinzuzufügen. Auch die Erklärungen von Stumpf, wie er über die Streichungen denkt, sind für mich nicht ausschlaggebend. Es handelt sich nicht um Stumpf allein. Seine damaligen Aufzeichnungen sind ein historisches Dokument. Wie er selbst heute zu einzelnen Stellen steht, ist nicht entscheidend. Ich habe immer wieder gesagt, ich verteidige die Geschichtsquelle so, wie ich sie kennengelernt habe.

Aber da wir darin einig sind und beschlossen haben, das ganze Buch zu drucken, so können wir den Punkt wohl verlassen.

Ich habe hier noch das Protokoll der Sitzung vom 8. Juli [1]), in der ich die Briefe von Dr. Dobring wiedergegeben habe in Sachen der Beeinflussung von Zeugen. Beide Briefe sind in jenem Protokoll wiedergegeben, auch der Brief aus Bremen, auf den ich mich damals berief, und den mir der Kollege Dittmann übergeben hatte. Ich halte es für eine moralische Pflicht, daß das Protokoll mit den Briefen wiedergegeben wird und im Gesamtbericht erscheint.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Es ist die Meinung des Ausschusses, daß der Bericht über die genannte Sitzung auf Grund des Stenogramms gegeben wird.

Sitzung, Donnerstag, den 1. März 1928

Zweite Beratung einer Entschließung über die Marinevorgänge.

Vor Eintritt in die Tagesordnung spricht Abg. Dr. *Moses* anläßlich der *100. Sitzung* in dieser Wahlperiode dem Vorsitzenden im Namen der Ausschußmitglieder Dank und Anerkennung für die objektive und weitblickende Art, wie er die Geschäfte geführt habe, aus.

Der Vorsitzende Abg. Dr. *Philipp* erwidert, er danke für die Anerkennung, könne aber nicht mehr für sich beanspruchen, als daß er seine Pflicht getan habe. Es sei sein Ziel gewesen, aus historischem und wissenschaftlichem Interesse diese Arbeit möglichst zu einem organischen Abschluß zu bringen. Wenn das einigermaßen gelungen sei, so werde der Reichstag und das deutsche Volk dem Ausschuß Dank wissen.

Sodann gibt Abg. Dr. *Philipp* folgende Erklärung ab:

„In den ‚Bemerkungen des Sachverständigen Dr. Herz zu den Verhandlungen über die Marinevorgänge' (o. S. 543 ff.) wird eine Bemerkung von mir zitiert, die ich in der Sitzung am 22. Januar 1926 gemacht habe (vgl. Bd. 9, I dieser Reihe S. 79). Ich habe damals anschließend an die Ausführungen des Abg. Dittmann von dem ‚erschütternden Tatsachenmaterial' gesprochen, das dieser vorgetragen habe. Diese Bemerkung hat sich nicht, wie aus der Zitierung des Sachverständigen Dr. Herz geschlossen werden könnte, auf die marinegerichtlichen Verfahren bezogen, sondern auf den ganzen damals gebotenen Tatsachenstoff über die Marinevorgänge. Dieser hat mich allerdings stark erschüttert. Schlußfolgerungen, daß ich damit den Folgerungen des Abg. Dittmann habe zustimmen wollen, dürfen aus meiner Äußerung aber keinesfalls gezogen werden."

[1]) S. o. S. 411 ff.

In einer nochmaligen Bemerkung zu den letzten Äußerungen der Sachverständigen Alboldt und Dr. Herz[1]) betont Abg. *Brüninghaus*, daß er sich seine in der Praxis des Kampfes gemachten Erfahrungen über die Schießleistungen der deutschen Kriegsschiffe durch keine Tabellen und Statistiken aus der Hand schlagen lasse. Es sei Klatsch, wenn ihm eine Äußerung, welche Zweifel an dem Kampfwert der deutschen Schiffe ausdrückt, zugeschrieben werde. Auch der Sachverständige v. Trotha sei vom Beginn bis zum Ende des Krieges an der Front gewesen, erst als Kommandant des Linienschiffes „Kaiser", dann als Chef des Stabes der Hochseeflotte an Bord des Linienschiffes „Friedrich der Große", und habe als solcher auch die Skagerrakschlacht mitgemacht.

Daß die juristischen Ausführungen des Sachverständigen Dr. Herz so spät eingegangen seien, sei zu bedauern. Den Sachverständigen, dessen längst vorgemerkte Wortmeldung infolge der Geschäftslage des Ausschusses immer wieder hinausgeschoben und der schließlich zur schriftlichen Äußerung aufgefordert werden mußte, treffe keine Schuld. Aber nun stehe eine juristische Kritik am Ende der Aussprache, die an sich ein weiteres Eingehen unbedingt nötig gemacht hätte. Zum mindesten müsse ausdrücklich festgestellt werden, daß es sich um eine vom Ausschuß weder besprochene noch übernommene Ansicht eines einzelnen Sachverständigen handle. (Zustimmung.)

Der Schlußberatung der Entschließung liegen zugrunde:

1. die in der ersten Beratung angenommene Fassung (s. o. S. 564 ff.),
2. Abänderungsvorschläge des Abg. Dr. Philipp:

Es ist anzufügen:

I. unter „II. Allgemeines":

1. hinter Satz 2 der Präambel:

Diese waren einesteils bestimmt durch die Zusammensetzung der Besatzungen, die weit mehr wie bei den Landtruppen aus gewerkschaftlich geschulten Männern bestanden und infolgedessen stärker in bestimmter Richtung politisch interessiert waren, andernteils durch die äußeren militärischen Umstände auf den Schiffen.

2. hinter Ziffer 3:

Die objektive Richtigkeit dieser Überzeugung hat sich nicht feststellen lassen.

3. hinter Ziffer 6:

Beim Mißlingen der internationalen Friedensaktion in Stockholm bestand bei Teilen der Mannschaften der Wille, den Frieden mit anderen Mitteln zu erzwingen.

II. unter „III. Die Vorgänge im Jahre 1917":

1. hinter Ziffer 3:

---

[1]) S. o. S. 530 ff. und 543 ff.

Verbindungen der meuternden Mannschaften mit gewissen Funktionären der USPD und ihrer Presse sind festgestellt.

III. unter „IV. Bis zur Novemberrevolution“:

1. hinter Ziffer 1:

Die Flottenleitung hat aber in Berichten an das Reichsmarineamt mehrfach ihrer Ansicht dahin Ausdruck gegeben, daß in der Flotte politische Einflüsse weiterhin wirksam waren, und ein Vorgehen gegen die USPD verlangt.

2. hinter Ziffer 3:

Die Flottenleitung fühlte sich dagegen auf Grund früherer Anweisungen und der bestehenden Übung zu ihrem Vorgehen berechtigt.

Die Entschließung wird in der am Anfang dieses Bandes [1]) *abgedruckten Fassung im einzelnen und als Ganzes einstimmig, in Abwesenheit des Vertreters der kommunistischen Fraktion, angenommen.* Die Abänderungsvorschläge des Abg. Dr. Philipp werden abgelehnt.

Nach Annahme der Entschließung werden folgende Erklärungen abgegeben:

1. von den Abgeordneten *Dittmann* und *Dr. Moses:*

„Wir haben der vorstehenden Entschließung nur als einer Rahmen-Resolution zugestimmt. In dem von uns eingereichten Entwurf einer Entschließung (s. o. S. 495 ff.) kommt unser Standpunkt zu den Marinevorgängen klar zum Ausdruck.“

2. von den Abgeordneten *Dr. Philipp, Treviranus, Brüninghaus:*

„Zu den in der obigen Entschließung getroffenen Feststellungen verweisen wir noch auf unsere wiederholt zum Ausdruck gebrachte Auffassung, die sich aus dem Verhandlungsbericht (Bd. 9, I und 9, II dieser Reihe) ergibt.“

Vorsitzender Abg. *Dr. Philipp:*

Der an den Gesamtausschuß zu stellende Antrag ist bereits in der vorigen Sitzung beschlossen, ebenso das Verfahren hinsichtlich der nicht mehr durchberatenen bzw. erst zu erwartenden Gutachten über Heeresmißstände und Annexionismus. Der vom Unterausschuß angenommene „Schluß“ [2]) enthält die Gründe, warum auf eine Sonderberatung der genannten Gegenstände verzichtet wurde und verzichtet werden konnte. Ich erkläre mit der heutigen 100. Sitzung die Arbeiten des 4. Unterausschusses für abgeschlossen und werde in Ihrem Auftrage in diesem Sinne an den Gesamtausschuß [3]) und das Plenum des Reichstags [4]) berichten.

[1]) Bd. 9, I dieser Reihe S. XIX ff.
[2]) S. Bd. 9, I dieser Reihe S. XXIV.
[3]) Erfolgt am 28. Februar 1928 (D. Her.).
[4]) Erfolgt am 22. März 1928. S. Drucksache Nr. 4124 (D. Her.).

Beilage

1.

Schreiben des 4. Unterausschusses vom 4. Januar 1927 an Herrn Karl Artelt in Nebra a. U.[1])

Der 4. Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, beauftragt mit der Erforschung der Ursachen des Zusammenbruchs, hat in der Sitzung vom 4. Dezember 1926 beschlossen, Sie über die Ihnen bekannten Vorgänge auf der Flotte und in Kiel bezw. Wilhelmshaven im Jahre 1918 als Auskunftsperson zu vernehmen. Ich bitte Sie, mir, dem Berichterstatter des Ausschusses für die Marinevorgänge, eine ausführliche Darstellung der Gesamtvorgänge, soweit Sie an ihnen beteiligt waren, einzureichen und dabei auch mitzuteilen, inwieweit Sie selbst dabei tätig gewesen sind.

Ich bitte ferner, bei der Gesamtdarstellung der Vorgänge im Einzelnen besonders folgende Punkte und Fragen zu berücksichtigen, wie ich sie im folgenden formuliert habe:

1. Wer war Anfang November 1918 Vorsitzender oder führendes Mitglied der USPD in Kiel? Wer waren zurückgerechnet chronologisch dessen Vorgänger?
2. Bestand noch Mißstimmung unter den Mannschaften der Marine wegen der strengen Urteile der Feldkriegsgerichte aus den Jahren 1917?
3. Gab es noch Organisationen der Mannschaften im Jahre 1918 in ähnlicher Form, wie sie 1917 zutage getreten waren?
4. Bestand überhaupt nach Ihrer Ansicht eine Verbindung zwischen den Vorgängen von 1917 und dem Revolutionsausbruch im Jahre 1918?
5. War das Gerücht verbreitet, daß die Flotte in den Tod geschickt werden sollte? Wissen Sie, ob Offiziere sich in diesem Sinne besonders geäußert haben?
6. War den Mannschaften bekannt, daß Waffenstillstandsverhandlungen schwebten oder bevorstanden und die Militärgewalt

[1]) Vgl. o. S. 212.

unter die Zivilgewalt unterstellt war? Fürchteten etwa die Mannschaften durch das Auslaufen zur Seeschlacht die Waffenstillstandsverhandlungen zu zerstören?

7. Wie ist überhaupt die Revolution ausgebrochen? Wie waren Sie aktiv an ihr beteiligt? Welche Stellung bekleideten Sie? Waren besonders linksradikale Strömungen (Spartakusbund oder Syndikalisten) bei Ausbruch der Revolution bemerkbar? Wie waren die meuternden Matrosen und Heizer politisch eingestellt?
8. Welche Leute, deren Anschriften Sie uns vielleicht geben könnten, haben außer Ihnen noch leitend an der Bewegung und bei dem Ausbruch der Revolte mitgewirkt?
9. Was war überhaupt das eigentliche Motiv der Revolution?

Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Ihre Darstellungen der Vorgänge bezw. Beantwortung der an Sie gerichteten Fragen für den Untersuchungsausschuß einer *Zeugenaussage gleichkommt, die unter Umständen zu beeiden sein wird.* Ich bitte Sie, mir Ihre Ausführungen bis zum *20. Januar 1927* einzusenden.

2.

Antwort des Herrn Karl Artelt vom 17. Januar 1927 an den 4. Unterausschuß

Auf Ihr Schreiben vom 4. Januar 1927 teile ich Ihnen mit, daß ich mich zur Zeit der Marinebewegung 1918 in Kiel befand und wohl in der Lage bin, einen einigermaßen objektiven Bericht über die damaligen Verhältnisse zu geben.

Schon während der letzten Kriegsjahre bestand unter den Front- und Marinetruppen eine gewisse Mißstimmung über die andauernd scheiternden Friedensverhandlungen, insbesondere über die Stellungnahme Deutschlands zu diesen Friedensverhandlungen. Hervorheben möchte ich besonders die Stellungnahme des Generals Hoffmann bei dem Friedensvertrage zu Brest-Litowsk. Alle Mannschaften hatten den sehnlichsten Wunsch, so schnell wie möglich Frieden zu schließen, und darum konnten sie nicht begreifen, daß Deutschland nicht seine Einwilligung gab, einen Frieden ohne Annexion, ohne Kontribution, mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zu schließen. Aus diesem heraus ist wohl begreiflich, daß derartige Zustände, wie wir sie im November 1918 in Kiel zu verzeichnen hatten, möglich waren. Ich komme nun zur Beantwortung der von Ihnen gestellten Fragen:

1. Wer Anfang November 1918 in Kiel Vorsitzender oder führendes Mitglied der USPD war, kann ich nicht genau angeben. Sie können sich schließlich hier an den damaligen Mitvorsitzenden des Obersten Soldatenrates, Lothar Popp in Hamburg, wenden, weil ja dieser im Zivil- und ich im Militärverhältnis stand.
2. Selbstverständlich bestand eine große Mißstimmung unter den Mannschaften der Marine wegen der strengen Urteile der Feld-Kriegsgerichte aus dem Jahre 1917. Die später bekannt gewordene Erschießung der Matrosen Reichpietsch und Köbis wurde mit großer Entrüstung aufgenommen, und es wurde diskutiert, wie es wohl möglich sei, die im Zuchthaus zu Celle schmachtenden übrigen Verurteilten von ihren Qualen zu befreien.
3. Organisationen, wie sie 1917 zutage traten, bestanden meines Erachtens nach im Jahre 1918 nicht mehr.
4. Auch von einer Verbindung der Bewegungen von 1917 und 1918 kann keine Rede sein.
5. Es bestand das Gerücht, daß die Flotte eine Verzweiflungsschlacht liefern soll und daß wahrscheinlich kein Mensch aus dieser Schlacht zurückkehren würde. Ob nun dieses Gerücht von Seiten der Offiziere oder irgend einer anderen Stelle verbreitet wurde, ist mir nicht bekannt.
6. Wohl war den Mannschaften bekannt, daß Waffenstillstandsverhandlungen im Gange waren, auch daß die Militärgewalt der Zivilgewalt unterstellt war. Aus diesem Grunde fürchteten die Mannschaften, daß, wo doch schon so viele Friedensverhandlungen stattgefunden hatten und alle gescheitert waren, diese Waffenstillstandsverhandlungen durch einen erneuten Vorstoß der Flotte zerstört würden.
7. Am 1. und 2. November 1918 fanden Besprechungen einzelner Marineangehöriger statt, in denen über das Schicksal der inhaftierten, internierten Kameraden von den Schiffen, die sich geweigert hatten, herauszufahren, diskutiert wurde. Es bestand nämlich das Gerücht, daß diese Kameraden das Schicksal der Kameraden von 1917 teilen sollten, also daß sie jedenfalls erschossen würden. Und es entstand spontan eine große öffentliche Militär- und Arbeiterversammlung unter freiem Himmel am 3. November 1918, auf der die Meinung zum Ausdruck kam, gegen derartige Maßnahmen zu protestieren und diesen gefangenen Kameraden eine Sympathiekundgebung zu bereiten. Ich möchte ausdrücklich bemerken, daß dieses eine friedliche Demonstration war, die keinen militärischen Charakter hatte. Die Demonstration bewegte sich friedlich durch die Straßen Kiels

mit Sympathierufen für die gefangenen Kameraden und der Forderung, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Vor dem Kaiser-Café in Kiel wurde diese Demonstration plötzlich mit Maschinengewehren beschossen, so daß ca. 30 Personen sich in ihrem Blute wälzten. Trotz mehrfacher Vorstellungen war der Leutnant Steinhäuser nicht davon abzubringen, auf die waffenlosen Soldaten schießen zu lassen. Im Laufe der Zeit wurde er von einem Soldaten niedergeschlagen, worauf sich diese Patrouille zurückzog. Die Soldaten, nachdem sie ihre Toten und Verwundeten im Kaiser-Café untergebracht hatten, begaben sich zu ihren Truppenteilen. Am anderen Morgen wurden die Mannschaften der ersten Torpedo-Division zusammengerufen, nachdem man ihnen vorher die Waffen abgenommen hatte. Auf dieser Versammlung hielt der Divisionskommandeur, Kapitän z. S. Bartels, eine Ansprache, in der er auf die Vorgänge vom Sonntag, den 3. November 1918, hinwies und sagte, daß sich Soldaten nicht mit Politik zu befassen hätten, und schloß mit den Woren: „Soldat soll gehorchen, Soldat muß gehorchen und Soldat gehorcht!“ Aus den Reihen der Mannschaften wurden drohende Entrüstungsrufe laut über die gestrigen Vorgänge, und es entstand ein großes Durcheinander. Die Offiziere zogen sich zurück und die Mannschaften liefen durcheinander und forderten Gegenmaßnahmen. Um nun ein einigermaßen geordnetes Bild zu bekommen, um das Chaos aus der Welt zu schaffen, forderte ich auf, kompagnieweise antreten zu lassen, dort Vertrauensleute oder Soldatenräte zu wählen und daß diese dann gemeinsam ihre Forderungen stellten. Ich wurde am 4. November 1918 zum 1. Vorsitzenden des Soldatenrates gewählt und gleich nach der Konstituierung ließ sich der Divisionskommandeur, Kapitän z. S. Bartels, bei mir melden und frug nach den Forderungen der Soldaten. Ich sagte ihm in kurzen Worten, daß die Soldaten in erster Linie forderten die sofortige Freilassung der inhaftierten Kameraden vom Geschwader, sowie die Freilassung der im Zuchthaus zu Celle schmachtenden Kameraden von 1917. Ferner sofortige Beendigung des Weltkrieges, ein Frieden ohne Annexion, ohne Kontribution, mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, sowie Abdankung des Hohenzollernhauses, weil in diesem die Ursache des langen Krieges und das größte Hindernis zu einem Frieden zu suchen war, sowie noch einige Forderungen, die ich augenblicklich nicht im Gedächtnis habe. Daraufhin wurde ich vom Gouverneur Admiral Souchon gebeten, zu ihm zu kommen, damit er die Forderungen der Mannschaften entgegennehmen könne und diese zu bewilligen oder sie bei der Regierung befürworten zu wollen. Wir einigten uns auch

über die Forderungen, die in seinem Machtbereich lagen, und er erklärte uns, daß Regierungsvertreter unterwegs seien, die gemeinsam mit dem Soldatenrat verhandeln wollten. Es erschienen die Abgeordneten Haußmann und Noske als Vertreter der Regierung und verhandelten mit dem Soldatenrat über die Forderungen, die dieser gestellt hatte. Noske wurde nach Abdankung des Gouverneurs zum Gouverneur gewählt, und ich war 1. Vorsitzender des Obersten Soldatenrates der Ostseestation. Mit Noske habe ich zusammen gearbeitet, bis daß die Gegensätze so groß wurden, daß ein Zusammenarbeiten fernerhin unmöglich war und ich von meinem Posten zuurückgetreten bin. Irgendwelche linksradikalen Strömungen waren innerhalb der Marine meines Wissens nicht vorhanden. Ich hatte den Eindruck, daß die Bewegung in erster Linie nur das Ziel hatte, so schnell wie möglich einen Frieden herbeizuführen. Meines Wissens waren die meuternden Matrosen zum übergroßen Teil politisch indifferent.

8. Welche Leute führend an der Bewegung teilgenommen haben, läßt sich heute nach 8 Jahren schwerlich feststellen. Es wäre ja aber ein Leichtes, aus den damaligen Akten festzustellen, wer Mitglied des Obersten Soldatenrates gewesen ist. Außer Popp, der sich in Hamburg aufhält, habe ich wohl noch einige im Gedächtnis, aber deren Aufenthaltsort ist mir vollkommen unbekannt. Wir alle sind aber erst an führende Stellen gekommen, nachdem die Bewegung bereits ausgebrochen war.
9. Das eigentliche Motiv der Revolution war die sofortige Beendigung des Weltkrieges in erster Linie. Alle übrigen Forderungen sind logischerweise nachträglich damit verbunden worden.

Register

Adams, Matrose auf „Westfalen“. S. 200. 225.
Adomeit, Heizer auf „König Albert“. S. 6.
Alboldt, Sondersachverständiger im 4. Unterausschuß. S. 1. 2. 70. 80. 87—89. 91—94. 98—100. 105. 109—111. 114. 120—122. 124—127. 130. 133. 134. 146. 151. 152. 157. 162. 207. 255. 268. 284. 285.
— Ausgang der Gehorsamsverweigerungen von den Heizern. S. 145.
— Verleihung von Auszeichnungen. S. 104—106. 176.
— Bemerkungen zu den Verhandlungen über die Marinevorgänge. S. 530—543.
— Fall „Blücher“. S. 180.
— Bestätigung für seine Schilderungen im Bericht des Prof. Birk. S. 189.
— Deckoffizierfrage. S. 174. 175.
— Gefecht auf der Doggerbank 1915. S. 112. 182.
— Dolchstoßprozeß in München. S. 189. 190.
— Historische Entwicklung der „Royal Marines“. S. 154. 155.
— Ergebnisse des U-Boot-Krieges 1916. S. 120.
— Geheimer Flottenbefehl vom 4. November 1918. S. 190.
— Geplanter Flottenvorstoß Ende Oktober 1918. S. 145. 186. 539.
— Keine politischen Forderungen der Vertrauensleute in Kiel. S. 187.
— Vergleiche der Meutereien mit Vorkommnissen auf Schiffen im Frieden. S. 122. 185.
— Nichteinsetzen der Großkampfschiffe. S. 517.
— Ergänzung zum Gutachten. S. 505 ff.
— Auszüge aus dienstlichen Schreiben im Gutachten. S. 96. 97.
— Kasinofrage. S. 97.

Alboldt (Fortsetzung):
— Keine Organisation der Bewegung in Kiel. S. 187.
— Kritik der großen Zahl der Admirale an Land. S. 103.
— Marineingenieurfrage. S. 185. 186.
— „Nürnberg“- und „Regensburg“-Fall. S. 189.
— Nichteinsetzen der Flotte. S. 534—536.
— Angaben über den Oberwerftdirektor in Kiel. S. 129.
— Parteipolitische Einflüsse 1917 u. 1918. S. 146.
— Abwehrstellung des Reichsmarineamts gegen die U-Boote. S. 184. 185.
— Vergleich der englischen Admiralität mit dem Reichsmarineamt. S. 113.
— Vergleiche zwischen englischem und deutschem Schiffsmaterial. S. 177. 425.
— Schießweite englischer u. deutscher Schiffe. S. 178. 179. 532—534.
— Mentalität der Seeoffiziere. S 124.
— Skagerrakschlacht. S. 538.
— Umbau der Lafetten nach der Skagerrakschlacht. S. 180.
— Verbindung mit dem Abgeordneten Dr. Struve. S. 2.
— Stellenwucher auf der Marine. S. 541. 556. 558.
— Weyers Taschenbuch der Kriegsflotten. S. 180.
— Entwicklung der technischen Fragen in der deutschen Marine. S. 95.
— „System Tirpitz“. S. 174.
— Schreiben an den Untersuchungsausschuß, betreffend Stellungnahme des Vizeadmirals v. Trotha zum

Alboldt (Fortsetzung):
mündlichen Gutachten Alboldts. S. 151.
— Stellungnahme zum Korreferat v. Trotha. S. 171—190.
— U-Boot-Krieg. S. 184. 185.
— Untätigkeit der Flotte. S. 173.
— Vergleich der Aussagen Beckers' und Webers von 1917 und 1927. S. 317.
— Verhältnis zwischen Offizier und Mann. S. 175.
— Keine politische Verhetzung der Flottenbesatzung nach den Vorgängen von 1917. S. 186.
— Verpflegungsfrage. S. 176.
— Schwinden des Vertrauens in die Führung der Flotte. S. 536.
— Weinvorräte im Offizierskasino in Kiel. S. 90. 181.
— Berichte über die Lage in Wilhelmshaven an ihn. S. 157. 188. 189.
— Wirkung englischer und deutscher Geschosse. S. 181—183.
— Sorge der Seeoffiziere um das Wohl der Mannschaften. S. 177.
— Wohnlichkeit der Schiffe. S. 106.
— Fragen über die Zentrale an Beckers und Weber. S. 318—324.
— Zusammenbruch der Flotte. S. 186. 187.
— Zwischenfrage an Beckers. S. 263.
— Zwischenfrage an Stumpf. S. 169.
— Zwischenfragen und -ruf bei Ausführungen des Vizeadmirals v. Trotha. S. 112. 131. 156.
Albrecht, früher Chef der Flottille in Flandern: Schriftliche Äußerung zu den Vorgängen in Zeebrügge. S. 193.
Artelt, Obermatrose, Vorsitzender des Obersten Soldatenrats in Kiel. S. 71. 73. 74. 187. 208—211.
— Antwortschreiben vom 17. Januar 1927 an den Unterausschuß. S. 578—581.
— Broschüre: „Ursprung und Entwicklung der Novemberrevolution 1918." S. 439. 444. 445.
— Forderungen der Soldaten am 4. November 1918. S. 580.
Artelt (Fortsetzung):
— Gerücht von der beabsichtigten Sprengung der Flotte Oktober 1918. S. 579.
— Mißstimmung unter den Truppen 1918. S. 578.
— Schreiben des Unterausschusses vom 4. Januar 1927 an ihn. S. 577. 578.
— Wahl zum 1. Vorsitzenden des Soldatenrates. S. 580.
— Sympathiekundgebung Anfang November 1918 für die gefangenen Matrosen. S. 579.
— Aufnahme der Vollstreckung der Todesurteile auf den Schiffen. S. 579.
— Keine Verbindung zwischen den Vorgängen von 1917 und 1918. S. 579.
— Wirkung der Waffenstillstandsverhandlungen auf die Mannschaften. S. 579.
Aßmann, früher Chef der Flottille in Flandern: Schriftliche Äußerung zum Vorfall in Zeebrügge. S. 193. 194.

Bachmann, Admiral, Kommandeur der Marinestation der Ostsee: Verbot sozialistischer Zeitungen. S. 305. 434.
Bäumer, Frau Dr. Gertrud. S. 170.
Baier, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Cuxhaven: Ablehnung der nationalen Verteidigung. S. 153.
Balabanoff, Frau: „Archiv für die Geschichte des Sozialismus und die Arbeiterbewegung". S. 436.
— „Erinnerungen und Erlebnisse". S. 436. 437. 444.
Bartels, Kapitän z. S., Divisionskommandeur: Ansprache in Kiel am 4. November 1918. S. 580.
de Bary, Oberkriegsgerichtsrat. S. 206. 341. 463.
— Rechtsgutachten zum Fall Rebe. S. 474.
— Rechtsgutachten zum Fall Reichpietsch und Genossen (Fehlurteil). S. 498.
— Vernehmung Webers über die politische Organisation der Bewegung. S. 342. 362. 365.

Beckers, Oberheizer auf „Prinzregent Luitpold". S. 6. 218. 336. 361.
— Agitation auf den Schiffen. S. 271.
— Beantwortung von Fragen Alboldts über die „Zentrale". S. 318—324.
— „Ausflüge" von „Prinzregent Luitpold". S. 275—279. 324.
— Behandlung der Mannschaften durch die Offiziere. S. 404. 405.
— Erste Besprechung mit Reichpietsch und Sachse in Wilhelmshaven. S. 263.
— Vernehmung durch Kriegsgerichtsrat Dr. Breil. S. 281.
— Artikel in der „Wilhelmshavener Zeitung" über die Rede des Staatssekretärs v. Capelle. S. 263.
— Vernehmungen durch Hilfskriegsgerichtsrat Dr. Dobring. S. 281. 283. 284.
— Unwahre Angaben vor Dr. Dobring und Dr. Breil. S. 348.
— Entstehung der Bewegung auf den Schiffen. S. 258.
— Entwicklung der Bewegung nach seiner Verhaftung. S. 322. 323.
— Gnadengesuch an den Flottenchef. S. 287.
— Rede in der Volksversammlung in der Hasenheide. S. 427.
— Gefecht vor Helgoland am 28. August 1914. S. 258.
— Gegenüberstellung mit Herre. S. 283.
— Unterhaltung mit Köbis nach der Verurteilung. S. 405.
— Lektüre von Suttner: „Die Waffen nieder". S. 286.
— Menageangelegenheiten als Köder für die Versammlungen. S. 404.
— Menagekommissionen. S. 263—266.
— Mißstände auf „Stettin". S. 259—261.
— Mißstimmung auf „Prinzregent Luitpold". S. 274—280.
— Politische Einstellung. S. 257. 277.
— Vernehmung vor dem Reichsgericht am 11. Dezember 1917 (Dr. Holthöfer). S. 288. 357. 358.

Beckers (Fortsetzung):
— „Reservistenfonds". S. 267.
— Anerkennung der Richtigkeit der Vernehmungsakten. S. 426.
— Rundschreiben: Propaganda für den Beitritt zur USPD. S. 441.
— Gegenüberstellung mit Sachse (1917). S. 347.
— Skagerrakschlacht. S. 333.
— Soldatenbund. S. 268. 271.
— Konferenz in Stockholm. S. 270.
— Bedeutung der Stockholm-Listen. S. 204.
— Verhaftung. S. 280. 281.
— Verpflegung und Stimmung auf „Prinzregent Luitpold". S. 260—263.
— Verpflegungsverhältnisse. S. 403.
— Werbung für Zeitungen. S. 325. 326.
— „Tivoliversammlung" in Wilhelmshaven. S. 282.
— Zeitungslektüre auf „Prinzregent Luitpold". S. 266.
— Zentralkomitee. S. 272. 311. 465.
— Zeugenaussage. S. 257—289.
— Zusammenhang der Vorgänge 1917 mit der Revolution 1918. S. 334.
Bergsträßer, Dr., M. d. R. (Deutsche Demokratische Partei), Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 33. 35. 36. 42. 138. 141. 142. 209. 210. 213. 235. 239. 249. 327. 329.
— Fragen an Beckers und Weber. S. 334. 335.
— Fragen an Dr. Dobring. S. 379—381.
— Material zum Buch Dr. Herzfelds. S. 453.
— Ablehnung des Abg. Henning als Zeuge. S. 8.
— Änderungsanträge zum Entwurf einer Entschließung des Abg. Joos. S. 563.
— Zustimmung zu den Vorschlägen des Abg. Joos, betreffend Fortführung der Vernehmungen. S. 8.
— Listensammlung. S. 380.
— Menagekommissionen als politisches Instrument. S. 8.
— Gegensatz zwischen Programmpunkt 4 der Meuterer und Programm der USPD. S. 370. 379.
— Programm der USPD. S. 8.

Bergsträßer (Fortsetzung):
— Falsche Information des Reichstags durch Marine- und Heeresstellen. S. 102.
— Streichungen in der Veröffentlichung des Tagebuchs Stumpf. S. 524. 525.
— Verpflegungsverhältnisse. S. 390. 391.
— Zitat des schweizerischen Generals Wille über „Deutsche Armee und Reichstag". S. 137. 143.
— Falsche Benutzung von Zitaten durch Sachverständige. S. 137. 140.
— Zwischenrufe und -bemerkung bei Ausführungen des Abg. Brüninghaus. S. 142. 436. 439. 441. 444. 446. 448. 450. 452.
— Zwischenrufe bei Ausführungen des Vizeadmirals v. Trotha. S. 125. 141.
— Fehlen des Zusammenarbeitens zwischen Leitung des Heeres, der Marine und dem Reichstag. S. 102.
v. Bethmann Hollweg, Dr., Reichskanzler von 1908—1917. S. 81. 82. 141.
— Stellungnahme zum Durchbruch von „Goeben" und „Breslau". S. 83.
— Entfernung aus dem Amt als Reichskanzler. S. 137.
— „Erinnerungen". S. 551.
— Rede im Haushaltsausschuß des Reichstags: Gegen Preisgabe der politischen Leitung an die O. H. L. S. 140.
— Hemmung des Kampfwillens der Marine 1916 (v. Trotha). S. 121.
Betz, Obermatrose auf „Helgoland": Brief an den Sachverständigen Stumpf. S. 168. 169.
Beyer, Oberleutnant z. S., Gerichtsoffizier auf „Westfalen". S. 298.
Bieber, Matrose auf „Helgoland". S. 6. 218. 361. 483.
Birk, Dr., Professor, Leiter der Kinderklinik in Tübingen. S. 159. 160. 181. 187. 188. 364.
— Artikel vom 18. Dezember 1918 in der Kriegszeitung Nr. 23 der Burschenschaft „Derendingia". S. 90. 189. 490.
Bloch, Dr., Sekretär des 4. Unterausschusses. S. 3. 5. 49. 254.
Bloch (Fortsetzung):
— Aufforderung an Sachse zu schriftlicher Zeugenbekundung. S. 214.
— Verhandlungen mit der Reichsanwaltschaft in Leipzig über die Vernehmung Sachses. S. 219. 221. 222.
— Vorschlag auf Vernehmung eines Kriegsgerichtsrats über die Verbindung der Vorgänge von 1917 mit der Revolution 1918. S. 208.
Böhme, Obermaschinistenmaat auf „Prinzregent Luitpold". S. 280.
Borkowsky, Heizer auf „Posen". S. 225.
Brande, Hauptmann im Admiralstab der Marine. S. 463.
Brandes, M. d. R. (USPD). S. 57.
Bräuner, Oberheizer auf „Prinzregent Luitpold". S. 6. 122.
Bredt, D. Dr. Dr., M. d. R. (Wirtschaftliche Vereinigung), Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 8.
— Antrag auf mündliche Vernehmung Dr. Dobrings. S. 336.
— Resolution von „König Albert" zur Stockholmer Konferenz. S. 233.
— Unterredung Sachses mit dem Abg. Dittmann im Reichstag. S. 238.
— Stellungnahme zur Auslassung des schweizerischen Generals Wille. S. 141.
— Zwischenruf bei Ausführungen des Abg. Dr. Rosenberg. S. 142.
Breil, Kriegsgerichtsrat. S. 207. 281—283. 286. 341.
— Vernehmungen und Geständnisse Beckers' und Köbis'. S. 342. 404.
Brügge. S. 394. 395.
Brüninghaus, M. d. R. (Deutsche Volkspartei), Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 2—8. 14. 29. 31. 33. 35. 51. 64. 79. 125. 134. 136. 142. 179. 184. 191. 199. 209. 211. 213. 215. 220—222. 235. 252. 255. 261. 284. 285. 287. 288. 423. 518.
— Stellungnahme zum Gutachten Aboldt. S. 1. 531. 532.
— Artikel der „Freiheit" vom 13. Januar 1919. S. 435.
— Aufruf der USPD in der „Freiheit" vom 15. November 1918. S. 437.

Brüninghaus (Fortsetzung):
— Aufruf der USPD in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 9. Dezember 1918. S. 437.
— Fragen an Beckers. S. 287. 288. 296. 304. 305. 328. 329.
— Entgegnung auf die Ausführungen des Abg. Dr. Bergsträßer zum Zitat aus der Auslassung des schweizerischen Generals Wille. S. 138. 139.
— Berichterstattung am 18. Mai 1926. S. 199.
— Beziehungen der Mannschaften zur USPD. S. 25. 26. 29.
— Schlacht bei Coronel. S. 1.
— Behinderung des Abg. Dittmann an objektiver Einschätzung der Vorkommnisse auf der Marine. S. 424.
— Bericht des Abg. Dittmann: Keine Kenntnis von den Vorgängen auf der Marine. S. 26.
— Korreferat zum Bericht des Abg. Dittmann. S. 36. 426. 427.
— Teilweise Verwendung des Protokolls des Siebener-Ausschusses zum Bericht des Abg. Dittmann. S. 67.
— Übertragung der Beschlüsse des Ausschusses in Volksversammlungen durch Abg. Dittmann. S. 427.
— Abdruck des Briefes der Protokollführer vom 9. Februar 1926 an Dr. Dobring im Korreferat. S. 413.
— Einstellung der „Leipziger Volkszeitung“. S. 443.
— Entstehung der Bewegung auf den Schiffen. S. 438.
— Ergebnis der Untersuchungen des Unterausschusses. S. 448. 449.
— Erklärung zur angenommenen Entschließung. S. 574.
— Schlacht bei den Falklandsinseln. S. 1.
— Feststellung zum Brief des Abg. Dr. Pfleger. S. 30. 31.
— Flottenvorstoß Oktober 1918. S. 7. 131.
— Friedenspropaganda der USPD. S. 429.
— Gegensätze zwischen Mehrheitssozialdemokraten und USPD. S. 62.
— Fragen an den Zeugen Geisteuer. S. 392. 393.

Brüninghaus (Fortsetzung):
— Wirkung englischer Geschosse auf „König“. S. 182. 183.
— Feststellung des Oberreichsanwalts über die Kenntnis Güths vom Umfang der Bewegung. S. 431.
— Hundertsatz der meuternden Mannschaften (1917). S. 428.
— Innerpolitischer Kampf einer der wesentlichsten Faktoren für die militärische Niederlage. S. 142.
— Irrtum des Flottenchefs in der Einschätzung des psychologischen Zustandes der Mannschaften. S. 517.
— Kommandant auf „König“. S. 1.
— Kreuzergefechte 1915. S. 316.
— Einstellung der USPD zum Krieg. S. 428. 429.
— Brief des Admirals v. Lans an ihn. S. 426.
— Frage des legalen oder illegalen Weges der USPD. S. 434. 435.
— Manifest der USPD auf der Dritten Internationalen Sozialistenkonferenz in Stockholm. S. 62.
— Menagekommissionen. S. 240. 241. 440.
— „Meuterei“ der Admirale Oktober 1918. S. 452.
— Mitgliederlisten der USPD für die Stockholmer Konferenz. S. 436.
— Keine juristische Nachprüfung der Verfahren und Urteile durch den Ausschuß. S. 424.
— Äußerung Noskes über Kenntnis der USPD von den Vorkommnissen auf der Marine. S. 25. 30.
— Artikel im „Hamburger Echo“ vom 31. Januar 1926 über den Besuch des Abg. Noske auf „von der Tann“. S. 51. 54.
— „Nürnberg“- u. „Regensburg“-Fall. S. 189.
— Unterschiedliche Einstellung der deutschen zur englischen Öffentlichkeit. S. 101.
— Persönliche Bemerkung zum Schlußbericht des Abg. Dittmann. S. 492. 493.
— Gespräch mit dem Abg. Dr. Pfleger über Beziehungen der Mannschaften zur USPD. S. 25. 26.

Brüninghaus (Fortsetzung):
— Zusammenhang der aufrührerischen Bewegung auf der Marine mit politischen Strömungen. S. 7.
— Stellungnahme zum „Programm" der USPD. S. 200.
— Propaganda der USPD. S. 433. 434.
— Antrag auf Verlesen der wichtigsten Protokolle des Reichsmarineamts. S. 36. 37.
— Rede Reichpietschs Echo der USPD-Propaganda. S. 443.
— Vorstrafen Reichpietschs. S. 406. 407.
— Einfluß der russischen Revolution auf das Auftreten der USPD. S. 433.
— Die Revolution in Deutschland keine Folge der Kieler Vorgänge. S. 453.
— Artikel Sachses in der „Münchener Neuen Zeitung". S. 230.
— Aussage Sachses in seinem Bericht. S. 202.
— Schießleistungen der deutschen Kriegsschiffe. S. 573.
— Schlußbericht über die Marinevorgänge. S. 424ff.
— Teilnehmer an der Sitzung des Siebener-Ausschusses. S. 67.
— Skagerrakschlacht. S. 179. 316. 425.
— Vortrag in der Budgetkommission über die Schlacht am Skagerrak. S. 54.
— Wirkung der Stockholmer Konferenz und der Friedenspropaganda auf die Flotte. S. 444.
— Stockholmlisten. S. 232.
— Tagebuch Stumpf. S. 522. 523. 528. 568. 571.
— Urlaubserteilung nach der Skagerrakschlacht. S. 333.
— Verzicht auf nachträgliche Vereidigung von Zeugen. S. 495.
— Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften. S. 54. 55.
— Verpflegung. S. 53. 428. 440.
— Sozialdemokratische Warnungen an die USPD. S. 446.
— Verlesen der Aussage Webers im Zuchthaus in Celle. S. 304—308.
— Fragen an Weber. S. 316. 328. 329.

Brüninghaus (Fortsetzung):
— Wert der deutschen Flotte. S. 424.
— Widersprüche in den Aussagen Webers von 1917 und 1927. S. 310. 317.
— Widersprüche in den Zeugenaussagen. S. 381. 382.
— „Tivoli"-Versammlung in Wilhelmshaven. S. 265. 267. 269. 270. 282. 283.
— Flugblatt des „Zentralkomitees" vom 2. Juli 1917. S. 442. 443.
— Bewertung der Zeugenaussagen. S. 425.
— Einleitung einer strafrechtlichen Untersuchung nur gegen Frau Zietz. S. 135.
— Schlußbericht des Oberreichsanwalts in der Untersuchungssache gegen Frau Zietz. S. 430. 434.
— Zitat aus dem „American Monthly". S. 552.
— Zusammenarbeit der Meuterer mit der USPD. S. 30. 31. 36. 439.
— Zusammenhang der Meutereien mit politischen Organisationen. S. 429.
— Zusammenhang der Vorgänge von 1917 mit der Revolution 1918. S. 444.
— Zwischenbemerkung und -ruf bei Ausführungen Alboldts. S. 178. 179.
— Zwischenbemerkung bei Ausführungen Dittmanns. S. 529.
— Zwischenfrage an Sachse. S. 235.
— Zwischenrufe beim Schlußbericht des Abg. Dittmann. S. 454. 465. 467. 470—472. 474. 475. 491.
Buddenberg, Matrose auf „Prinzregent Luitpold", Mitglied der Verpflegungskommission. S. 266.
Büdeler, Werftschreiber, Vertrauensmann der USPD in Wilhelmshaven. S. 6. 204. 288.
— Ermittlungsverfahren. S. 499.
v. Bülow, Fregattenkapitän, Kommandant auf „Bremse". S. 44. 45. 469.
Bywater, Hector C., Korrespondent des „Naval and Military Record": Artikel vom 4. 8. 1920 über die

Bywater (Fortsetzung):
Hauptlehren der Skagerrakschlacht. S. 118.

Calmus, Matrose auf „Rheinland". S. 6. 198. 199. 218. 308. 420.
— Besuch seiner Schwester in Wilhelmshaven. S. 199
— „Kinoroman". S. 199.
v. Capelle, Staatssekretär des Reichsmarineamtes von 1916—1918. S. 13. 14. 16. 25. 31. 32. 50. 53. 61. 64. 67. 123. 135. 176. 184. 185. 371. 373. 466.
— Besprechung der Beschwerden mit den Abgg. Dr. Pfleger und Noske. S. 13. 14.
— Erlaß zur Bildung von Menagekommissionen. S. 246.
— Förderung des U-Boot-Baues. S. 184.
— Mitteilungen in der Sitzung vom 20. August 1917 im Reichsmarineamt über Mißstände auf der Marine. S. 57.
— Briefe des Abg. Dr. Pfleger an ihn. S. 37. 47.
— Rede im Reichstag über Menagekommissionen. S. 264.
— Rede im Reichstag am 9. Oktober 1917 gegen die USPD. S. 19. 66.
— Forderung scharfen Vorgehens gegen Meuterer und verdächtige Reichstagsabgeordnete. S. 122.
Canaris, Korvettenkapitän, Vertreter der Marineleitung im Untersuchungsausschuß. S. 422. 423. 494. 495.
— Milderungsgründe zugunsten der angeklagten Matrosen. S. 544.
— Vorwurf der Beteiligung Canaris' am Attentatsversuch gegen General Seeckt (Dr. Moses). S. 423.
— Vorwurf der Unterstützung der Organisation Consul, der Vereinigten Vaterländischen Verbände usw. mit Marinegeldern (Dr. Moses). S. 426.
Cecil, Lord. S. 141—143.
— Unterhaltung mit General Wille über die Unbesiegbarkeit der deutschen Armee. S. 125. 137. 139—141.
Churchill, Winston, engl. Staatssekretär der Marine im Weltkriege:

Churchill (Fortsetzung):
Artikelreihe: „Meine Gedanken beim Waffenstillstand". S. 448.
— Buch: „The World Crisis 1916 to 1918". S. 553. 554.
— „Erinnerungen". S. 81.
— Interpretation der Auslassung im „Sunday-Pictorial" vom 12. Januar 1919. S. 552. 553.
Claußen, früher Chef der Flottille von Flandern: Schriftliche Äußerung über die Vorgänge in Zeebrügge. S. 192.
Clemenceau, französischer Ministerpräsident seit 15. November 1917. S. 149.
v. Cöper, Inspekteur des Bildungswesens, später Direktor der Ingenieurschule. S. 174.
Coßmann, Paul Nikolaus, Professor. S. 364.
— Broschüre zum Münchener Dolchstoßprozeß. S. 249.
Daudistel: Roman „Das Opfer". S. 445.
David, Dr., M. d. R. (Mehrheitssozialdemokrat). S. 446.
Dehnhardt, Admiral. S. 53.
Delbrück, Dr., Professor, Sachverständiger im 4. Unterausschuß: Buch gegen Ludendorff. S. 139.
— Parteinahme für Bethmann Hollweg. S. 137. 139.
Deters, Kriegsgerichtsschreiber, S. 346.
— Brief an Dr. Dobring. S. 413.
Deus, Parteifunktionär der USPD in Kiel. S. 328.
Dittmann, M. d. R. (Sozialdemokrat, früher Mitglied des Fraktionsvorstandes der USPD), Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 1—5. 11. 14. 16. 19—21. 23. 24. 26. 27—30. 34. 37. 47. 49. 60. 66. 67. 76. 77. 131. 142. 159. 198. 201. 203. 204. 208. 209. 211. 213—217. 221. 222. 229. 235. 236. 239. 247. 257. 266. 267. 269. 272. 292. 300. 305. 309. 326. 353. 354. 403. 434.
— Protest gegen das Verlesen des Abschiedsbriefes von Reichpietsch an seine Eltern. S. 408.
— Agitation auf den Schiffen für die USPD. S. 8. 9.
— Artikel der „Täglichen Rund-

Dittmann (Fortsetzung):
schau“ vom 26. Mai 1926 über Putschpläne. S. 456.
— Verwendung des Artikels: „Bürgerkriegserlebnisse. Wie man es nicht machen soll.“ im Bericht des Abg. Brüninghaus. S. 470. 471.
— Aufgabe des Unterausschusses: keine juristische Revisionsinstanz. S. 464.
— „Ausflug“ von „Prinzregent Luitpold“ im August 1917. S. 31.
— Behandlung des Briefes des Abg. Dr. Pfleger an das Reichsmarineamt. S. 31. 32.
— Anlage zu seinem ersten Bericht: Bericht des Oberreichsanwalts über die Beteiligung der USPD an der Bewegung auf der Marine. S. 455.
— Brief des Ortsvereins Bremen der Sozialdemokratischen Partei vom 31. August 1926 an ihn. S. 417. 418.
— Replik auf das Korreferat des Abg. Brüninghaus. S. 51.
— Brief von Calmus vom 18. Mai 1926 an ihn. S. 199.
— Entstehung der Bewegung auf den Schiffen. S. 464.
— Entwurf einer Entschließung über die Marinevorgänge von 1917 und 1918. S. 495—501. 559.
— Erklärung zur angenommenen Entschließung. S. 574.
— Erörterung zwischen Reichsgericht, preußischem Justizministerium, Reichsinnenministerium und Reichsjustizministerium über ein etwaiges Vorgehen gegen die Abgeordneten der USPD. S. 66.
— Exzesse von Offizieren im Bericht vom 20. Mai 1926. S. 191.
— Fehlen des Briefes des Abg. Dr. Pfleger in den Akten des Reichsmarineamts. S. 27. 28.
— Beurlaubung aus der Festungshaft nach Bremerhaven. S. 79.
— Zur Geschäftsordnung. S. 316. 317.
— Verfahren gegen Herre wegen seiner Rede in Wilhelmshaven. S. 329. 397.
— Frage der Vernehmung des Amtsrichters Dr. Holthöfer. S. 134 bis 136.

Dittmann (Fortsetzung):
— Kritik des Schlußberichts des Abg. Brüninghaus. S. 454.
— Menagekommissionen. S. 490.
— Methoden von Dr. Dobring und Dr. Loesch. S. 355. 356. 365. 366. 397. 409. 461. 462.
— Meuterei der Admirale. S. 488. 550.
— Mißstände und Mißstimmung auf den Schiffen. S. 427. 465. 466. 484. 489. 491.
— Verlesen eines Auszuges aus der Niederschrift über die Sitzung im Reichsmarineamt am 26. 8. 1917. S. 27. 29. 35. 58. 59.
— Niederschrift über die Sitzung vom 12. 8. 1917 beim Reichskanzler. S. 32.
— Formulierung weiterer Fragen an Oberpräsident Noske. S. 68.
— Ausführungen auf der Osterkonferenz 1917. S. 433.
— Persönliche Bemerkung zu Ausführungen des Abg. Brüninghaus. S. 493. 494.
— Einstellung des Abg. Dr. Pfleger gegen die USPD. S. 27.
— Verlesen und Kritik des Briefes des Abg. Dr. Pfleger an Staatssekretär v. Capelle. S. 20.
— Politische Einstellung der Rädelsführer der Matrosenbewegung. S. 465.
— „Programm“. S. 200. 369. 460.
— Unterschiede im „Programm“ vom 9. August (Vernehmungsprotokoll) und in der Anklageschrift vom 21. August 1917. S. 368. 460.
— Aussagen der Zeugen Weber und Sachse über politische Tendenz der Prozeßführung 1917. S. 459.
— Schilderung des Revolutionsausbruchs auf „Nassau“ im „Vorwärts“ vom 12., 13. u. 14. September 1927. S. 486. 4487.
— Wert der Aussagen Sachses. S. 214. 215. 218. 219. 254. 333. 470—472. 475.
— Scharfmacherei der Marinestellen gegen die USPD. S. 458.
— Vorwurf der politischen Scharfmacherei durch den Bericht Dr. Dobrings an v. Capelle. S. 372.

Dittmann (Fortsetzung):
— Schlußbericht über die Marinevorgänge. S. 454 ff.
— Bericht des Kriminalwachtmeisters Schwarz über linksradikale Umtriebe auf der Marine. S. 250.
— Brief an Sens mit Empfehlung Reichpietschs. S. 366.
— Widerspruch gegen die Vernehmung Steinmeiers. S. 420.
— Stockholm-Listen. S. 205. 232. 233. 306. 308. 366.
— Brief vom 14. September 1927 an Stumpf. S. 568.
— Gutachten und Tagebuch des Sachverständigen Stumpf. S. 476. 520. 521. 568. 569.
— Verlesen von Abschnitten aus dem Tagebuch Stumpf. S. 477—487. 489. 490. 521. 522. 570. 571.
— Nachweise für die Unhaltbarkeit der Todesurteile von 1917. S. 463.
— Unterredung mit Sachse im Reichstag. S. 229. 230. 233. 236. 239—241. 246. 247.
— Unterredung mit Sachse in Frankfurt (Main). S. 251. 252. 332. 351.
— Unterschied zwischen USPD und Spartakusbund. S. 63.
— Reichsgerichtliche Untersuchung gegen Frau Zietz. S. 65.
— Untersuchung der Reichsleitung und des Oberreichsanwalts gegen die USPD. S. 134. 135.
— Fehlen der Voraussetzungen für die Todesurteile gegen die Matrosen wegen der Vorgänge 1917. S. 463.
— Gegen den Vorwurf der moralischen Schuld der USPD. S. 456.
— Verantwortlichkeit der Offiziere für den Geist auf den Schiffen. S. 470.
— Verlesen der §§ 59 und 60 des Militär-Strafgesetzbuches. S. 463.
— Antrag auf Vernehmung der früheren Marineangehörigen Geisteuer, Schneider und Steilemann. S. 336.
— Tätigkeit der Vertrauensleute der USPD. S. 24.
— Warnungen an Sachse und Reichpietsch. S. 329.

Dittmann (Fortsetzung):
— Fragen an den Zeugen Weber. S. 304.
— Auslassung des schweizerischen Generals Wille über Unbesiegbarkeit der deutschen Armee. S. 139. 140.
— Zeitungsverbote für die Mannschaften. S. 471.
— Zentralkomitee. S. 465.
— Antrag auf Vernehmung weiterer Zeugen. S. 420.
— Zitat: Emanuel Wurm: „Die Finanzgeschichte des Deutschen Reichs". S. 261. 490.
— Zusammenbruch und Flottenvorstoß. S. 8.
— Angebot neuen Materials in Zuschriften an ihn. S. 136.
— Zwischenbemerkungen und -rufe bei Ausführungen des Abg. Brüninghaus. S. 30. 62. 523. 528.
— Zwischenbemerkungen und -rufe bei Ausführungen des Abg. Joos. S. 196. 197. 206. 208. 411. 508. 513. 514. 516—518. 520.
— Zwischenbemerkung bei der Zeugenvernehmung Sachses. S. 234.
— Zwischenbemerkungen und -rufe bei Ausführungen des Sachverständigen v. Trotha. S. 125. 141. 158. 159.
— Zwischenfragen und -rufe bei Ausführungen des Zeugen Dr. Dobring. S. 370—373. 379. 410.
— Zwischenruf bei Ausführungen des Sachverständigen Alboldt. S. 176.
— Zwischenrufe bei Ausführungen des Zeugen Noske. S. 61. 71.
— Zwischenrufe bei Ausführungen des Abg. Dr. Pfleger. S. 23. 35. 37. 77.
Dobring, Dr., Marinehilfskriegsgerichtsrat, Untersuchungsführer beim IV. Geschwader. S. 3—5. 7. 9. 135. 206—210. 222—225. 227. 233. 235. 236. 281. 286. 289. 298. 299. 302. 455.
— Verlesen des Abschiedsbriefs von Reichpietsch an seine Eltern. S. 408.
— Frage der Akteneinsicht. S. 377. 378.
— Anfertigung von Aktenabschriften. S. 378.

Dobring (Fortsetzung):
— Erklärungen des Preußischen Justizministeriums und des Reichswehrministeriums über seine Entbindung von der Amtsverschwiegenheit. S. 378.
— Antwort auf den Fragebrief des Unterausschusses vom 9. November 1926. S. 201 ff.
— Auffindung der Listen nach den Angaben Sachses. S. 380.
— Aufgabe seiner Untersuchung. S. 381.
— Aufruf Beckers': Aufforderung zum Eintritt in die USPD. S. 364. 365.
— Schreiben des Ausschusses vom 9. November 1926 an ihn. S. 337.
— Nicht Untersuchungsführer gegen Beckers und Köbis. S. 405.
— Bedrohungen in anonymen Briefen. S. 416.
— Schriftliche Äußerung zum Vorwurf der Beeinflussung von Zeugen. S. 411. 412.
— Bericht vom 24. November 1917 an Staatssekretär v. Capelle. S. 371. 397.
— Beziehungen der Meuterer zur USPD. S. 373.
— Aussage Brügges vom 11. September 1917. S. 394. 395.
— Antrag auf Anforderung der dienstlichen Äußerung Steinmeiers an seine vorgesetzte Behörde. S. 420.
— Angriffe gegen ihn in der Broschüre des Abg. Dittmann. S. 355.
— Zuschrift an den 4. Unterausschuß: Stellungnahme gegen den Abg. Dittmann. S. 1.
— Vernehmung des Matrosen Driesen 1917. S. 409. 410.
— Ladung und Aussage als Zeuge im Dolchstoßprozeß in München. S. 302. 364. 378.
— Einstellung zu den politischen Parteien 1917. S. 370. 371. 458. 498.
— Ablehnung politischer Einwirkung gegenüber dem Reichsmarineamt. S. 370.
— Tätigkeit bei der Flottenabwehrstelle. S. 371.
— Geheimbericht vom 24. November 1917 an Staatssekretär v. Capelle. S. 205.

Dobring (Fortsetzung):
— Vorwurf der Geständniserpressung. S. 252. 282. 305—307. 358—360. 461.
— Gnadengesuch für Weber. S. 312.
— Verhandlungsführer gegen die Matrosen Haase und Genossen. S. 410.
— Ladung zur mündlichen Vernehmung. S. 336.
— Listensammlung. S. 366. 367. 380.
— Antrag auf Ladung des Hilfskriegsgerichtsrats Dr. Loesch. S. 370.
— Vernehmungsmethoden in der Voruntersuchung gegen die Matrosen 1917. S. 281. 282. 284. 285. 287. 301. 302.
— Verlesen der Niederschrift über die Hauptverhandlung 1917. S. 339. 340.
— Keine politische Führung der Prozesse. S. 459.
— „Programm" der Matrosenbewegung. S. 200. 201. 216. 338. 357. 358. 369. 378. 460. 498.
— Billigung des „Programms" durch den Abg. Dittmann. S. 380.
— Schriftliche Aussage der Protokollführer (1926). S. 413. 414.
— Äußerung in der Verhandlung Rebe. S. 461.
— Aussage Sachses. S. 368.
— Drängen Sachses zur Aussage. S. 346.
— Geständnis Sachses über das „Programm". S. 456.
— Vernehmung Sachses. S. 343. 344.
— Schmuggelbrief (Kassiber) Sachses im Polizei-Präsidium Berlin (November 1917). S. 345. 351.
— Schriftliche Äußerungen an den Unterausschuß. S. 354. 355. 360.
— Brief vom 10. Februar 1926 an Steinmeier. S. 417—419.
— Vorwurf tendenziöser Untersuchungsführung 1917 (Dittmann). S. 459.
— Aussagen zu der Beschuldigung des Terrors bei den Vernehmungen 1917. S. 461. 462.
— Erteilung des Sonderauftrags: Aufklärung der zusammenhängenden Ursachen der Unruhen 1917. S. 341.

Dobring (Fortsetzung):
— Verabredung der Aussagen der Angeklagten (1917). S. 406.
— Verpflegungsverhältnisse auf der Marine. S. 402. 404.
— Verlesen der Aussage Webers 1917. S. 360. 361.
— Antrag auf Vernehmung der Protokollführer Steinmeier und Deters durch den Untersuchungsausschuß. S. 352.
— Vorwurf der Beeinflussung von Zeugen des Untersuchungsausschusses (Dittmann). S. 419.
— Vorwurf der Drohung mit dem Galgen bei der Vernehmung 1917 (Sachse und Beckers). S. 350—352. 363.
— Brief vom November 1921 an Watschipky, Referenten im Reichsfinanzministerium. S. 355—357.
— Wert der jetzigen Zeugenaussagen der Angeklagten von 1917. S. 383. 415.
— Wertung des Eintritts für annexionslosen Frieden als Delikt? (Dittmann). S. 409—411.
— Wirkung der Aussage Sachses auf ihn. S. 202. 470.
— Zentralorganisation auf der Flotte 1917. S. 342. 361—363.
— Zusammenkunft mit Deters und Steinmeier 1926. S. 352. 414. 417.
Dohna, Graf zu, Kommandant der „Möwe". S. 127.
Dreiling, Monasterzienserpater. S. 547.
Drews, Dr., Preußischer Minister des Innern. S. 67.
Driesen, Heizer auf „Westfalen": Aussage im Verfahren gegen den Matrosen Haase. S. 409. 410.

v. Eberg und Rockenstein, Frhr., Reichsanwalt: Erklärungen gegenüber Dr. Felisch am 13./14. August 1917. S. 457. 458.
Eberius, Kapitän z. S., Werftdirektor in Wilhelmshaven. S. 55.
Ebert, M. d. R. (Führer der Mehrheitssozialdemokraten). S. 67.
Eisner, Führer der USPD in München: Aufforderung zur Arbeitsniederlegung Januar 1918. S. 430.
Engel, Oberleutnant z. S., Gerichtsoffizier auf „Westfalen". S. 298.
Erzberger, M. d. R. (Zentrum), S. 67.
Eulenburg, Graf zu, M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei), Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 138. 218. 219. 221. 253.
— Fragen an den Zeugen Geisteuer. S. 389.
— Erwähnung der Schrift: „War es die Marine?". S. 403.
— Widersprüche in den Aussagen über Verpflegung auf der Marine. S. 403.
— Zwischenfrage an Dr. Dobring. S. 370.

Fehrenbach, M. d. R. (Zentrum). S. 24. 34. 67.
Feldmann, Matrose auf „Ostfriesland". S. 198. 409.
Felisch, Dr., Wirkl. Geh. Admiralitätsrat, Leiter der Rechtsabteilung des Reichsmarineamts. S. 6. 17. 463.
— Reise zum Oberreichsanwalt nach Leipzig am 13. August 1917. S. 456.
— Aktennotiz über die Sitzung im Reichsmarineamt am 26. 8. 1917. S. 58.
— Begutachtung des Urteils gegen die Matrosen 1917 (Fehlurteil). S. 498.
Feuersänger, Oberzollsekretär. S. 200.
Fikentscher, Kapitänleutnant. S. 547.
Fischer, Dr., Generalsekretär des Untersuchungsausschusses: Frage eines Kommentars zum Tagebuch Stumpf. S. 529.
Fischer, Oberheizer auf „Pillau". S. 253. 276. 289. 341. 342.
— Verhaftung und Vernehmung in Freiburg. S. 383. 470—472.
Foch, Marschall, Generalissimus der Ententetruppen. S. 553.
Fuchs, Kapitän z. S., Kommandant auf „Friedrich der Große". S. 401.

Gaertner, Matrose. S. 365.
Galster, Dr., Vizeadmiral a. D.: Aussichten eines Flottenvor-

Galster (Fortsetzung):
stoßes Ende Oktober 1918. S. 186. 187.
— Gutachtliche Äußerung. S. 183. 184.
Geier, Kriegsgerichtsschreiber. S. 200.
Geisteuer, Obermatrose auf „Friedrich der Große". S. 6.
— Beantwortung von Fragen des Berichterstatters Abg. Joos. S. 384 ff.
— Gespräch mit Reichpietsch über die Ziele der Matrosenbewegung. S. 393.
— Verhältnis zu Reichpietsch. S. 387. 388.
— Aufnahme der Urteilsvollstreckung an Reichpietsch auf dem Schiff. S. 390.
— Verpflegungsverhältnisse auf dem Schiff. S. 386. 387.
— Zeitungen und Lektüre für die Mannschaften. S. 391.
— Ladung als Zeuge. S. 336.
Georgie, Kapitänleutnant auf „Nürnberg". S. 196.
Geßler, Dr., Oberbürgermeister in Nürnberg. S. 196.
— Besuch auf „Nürnberg" Ostern 1918. S. 194.
Geyer, M. d. R. (USPD). S. 57.
Gladisch, Korvettenkapitän: Schriftliche Aussage über seinen Vortrag beim Reichskanzler Prinzen Max v. Baden. S. 3. 4.
Grabner, Polizeisekretär. S. 200.
Groener, Generalleutnant, Chef des Kriegsamts, seit Oktober 1918 Erster Generalquartiermeister beim Chef des Generalstabs des Feldheeres. S. 551.
— Reichstagsrede über den Munitionsarbeiterstreik. S. 429.
Güth, Vorsitzender der Kieler Ortsgruppe der USPD. S. 6. 204—206, 209. 366.
— Aufforderung zur Erzwingung der Freilassung Verhafteter am 31. Aug. 1917. S. 431.

Haas, Dr., M. d. R. (Deutsche Demokratische Partei): Artikel in der „Frankfurter Zeitung": „Kriegstagebuch eines christlichen Arbeiters". S. 523.
Haase, M. d. R. (USPD). S. 16. 23. 26. 28. 30. 34. 57. 65. 66. 68. 74. 76. 79. 159. 206. 218. 300. 372. 434.
— Verlesen des Manifests der USPD im Reichstag am 19. Juli 1917. S. 429. 434.
— Rede auf der Osterkonferenz 1917. S. 429.
Haase, Matrose auf „Westfalen". S. 225. 370. 409.
Haedenkamp, Dr., M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei): Zeugnisangebot über Verpflegung auf der Marine. S. 6. 208. 212.
Hebbinghaus, Vizeadmiral, Direktor des Allgem. Marinedepartements des Reichsmarineamts. S. 31.
— Briefe vom 4. u. 6. 8. 1917 an das Reichsmarineamt. S. 32.
— Bericht vom 7. 8. 1917 an das Reichsmarineamt. S. 31.
Heilmann, M. d. L. (Sozialdemokrat). S. 446.
— Artikel in der „Glocke", Heft 8 vom 24. Mai 1919. S. 447.
Heine, Wolfgang, M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 446.
Heinrich, Prinz v. Preußen. S. 185.
— Niemals Kommandant auf „Oldenburg". S. 122.
Heißenbüttel, Marine-Oberschreiber: Niederschrift über die Vorgänge bei den Meutereien im I. Geschwader. S. 3.
Helfferich, Dr., Vizekanzler, Staatssekretär. S. 67.
— Erklärung in der Reichstagssitzung vom 24. August 1917. S. 457.
Henke, M. d. R. (Sozialdemokrat, früher USPD), Bezirkssekretär der USPD in Bremen. S. 210. 366.
Henning, Major a. D., M. d. R. (Deutschvölkische Freiheitspartei). S. 6—8.
— Zeugnisangebot. S. 6. 208. 212—214.
Herbst, Parteisekretär der USPD. S. 366.
— Besprechung mit Reichpietsch. S. 432.
Herre, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung". S. 5. 283.
— Beziehungen zu Beckers und Weber. S. 328. 329.

Herre (Fortsetzung):
— Einfluß auf die Mannschaften. S. 313. 491.
— Reden. S. 203. 263. 270. 290—292. 305. 329. 394—397.
— Sammlung von Unterschriften für die USPD. S. 306.
— Vernehmung durch Dr. Dobring. S. 461.
v. Hertling, Graf, Dr., Reichskanzler vom 2. November 1917 bis 3. Oktober 1918. S. 551.
Herz, Dr., Sachverständiger im 4. Unterausschuß. S. 4. 269. 284. 289.
— Artikel in der „Vossischen Zeitung" vom 26. Mai 1926: Keine „Meuterei" der Admirale. S. 550.
— Aufsätze in „Die Justiz" vom August 1926 und April 1927. S. 544.
— Aussichten einer Seeschlacht. S. 549.
— Zusammenbruch der Autorität der Offiziere. S. 548.
— Frage der Begnadigungen. S. 544.
— Bemerkungen zu den Verhandlungen über die Marinevorgänge. S. 543—554.
— Briefwechsel Bunsens mit Friedrich Wilhelm IV. 1848. S. 546.
— Bericht Dr. Dobrings an Staatssekretär v. Capelle über die Möglichkeit des Vorgehens gegen die Abgeordneten der USPD. S. 135. 136.
— Ergänzung zum Gutachten. S. 505.
— Akten des Flottenvorstoßes Oktober 1918. S. 548.
— Gründe der Marinevorgänge 1918. S. 546.
— Gutachten: „Geschichte, Sinn und Kritik des Schlagwortes vom Dolchstoß". S. 543.
— Protest gegen Mißbrauch des Rechts zur Begründung politischer und disziplinärer Maßnahmen. S. 545.
— Verletzung von Grundsätzen des Strafverfahrens in den Marineverfahren. S. 543.
— U-Boot-Krieg. S. 549.
— Wirkung des Waffenstillstandsangebots auf die Flotte. S. 547.
Herz (Fortsetzung):
— Schriftsatz über die Weiterbehandlung der Marinefragen. S. 421.
— Zwischenbemerkungen bei Ausführungen des Sachverständigen Alboldt. S. 185.
— Zwischenfragen an den Sachverständigen v. Trotha. S. 132. 133.
Herzbruch, Korvettenkapitän, I. Offizier auf „Prinzregent Luitpold". S. 262—265.
Herzfeld, Dr., Privatdozent an der Universität Halle: Buch: „Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkriege". S. 450. 451. 453.
v. Hindenburg, Generalfeldmarschall, Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 140.
v. Hintzmann, Fregattenkapitän: Englische Gerüchte über bevorstehende Revolution in der englischen Marine 1918. S. 207.
v. Hipper, Ritter, Admiral, Chef der Hochseeflotte. S. 43. 46. 551.
— Beabsichtigter Flottenvorstoß am 11. November 1918. S. 77. 79.
— Telephonische Mitteilung des Admirals v. Hipper an den Präsidenten der Republik Oldenburg, Kuhnt, über geplanten Vorstoß der Engländer nach Hamburg usw. November 1918. S. 421.
Hoffmann, Marineingenieur auf „Prinzregent Luitpold". S. 274.
Hoffmann, Generalmajor, Chef des Generalstabes des Oberbefehlshabers Ost: Stellungnahme beim Friedensvertrag von Brest-Litowsk. S. 578.
Hoffmann, M. d. R. (USPD). S. 62.
Holthöfer, Dr., Amtsrichter, Untersuchungsrichter des Reichsgerichts im Verfahren gegen Frau Zietz. S. 6. 28. 65. 134. 208. 209. 222. 235.
— Vernehmung Beckers'. S. 288.
— Mißfallen über die Art der Untersuchungsführung auf den Schiffen. S. 66.
v. Holtzendorff, Großadmiral, Chef des Admiralstabs der Marine bis August 1918: Bericht vom 14. 1. 1913 über die ungünstigen Personalverhältnisse in der Flotte. S. 99.

Hopmann, Vizeadmiral a. D.: Buch: „Das Kriegstagebuch eines deutschen Seeoffiziers". S. 533. 536. 537.
— Frage des Einsetzens der Flotte 1914. S. 536.

v. Ingenohl, Admiral, Chef der Hochseeflotte. S. 86. 258.

Jellicoe, Viscount of Scapa Flow, englischer Admiral: Urteil über den U-Boot-Krieg. S. 119.
Joos, M. d. R. (Zentrum), Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 2—5. 7—9. 11. 23. 27. 28. 34. 35. 53. 55. 64. 138. 174. 210—215. 221. 223.
— Frage der Verabredung scharfen Vorgehens in den Marineprozessen aus Gründen der Abschreckung. S. 5.
— Politische Agitation unter den Marinemannschaften. S. 6.
— Hundertsatz der Anhänger der Bewegung auf den Schiffen. S. 518.
— Artikel in der „Welt am Montag" vom 25. Mai 1926: „Die Scheinwerfer der kaiserlichen Marine". S. 191.
— Aufgabe des Ausschusses. S. 501. 519.
— Weitere Fragen an den Zeugen Beckers. S. 260 ff.
— Bericht über Behandlung der Marinevorgänge. S. 191—208.
— Bestrafungen nach dem ersten Ausmarsch der Heizer von „Prinzregent Luitpold". S. 5.
— Beginn der Bewegung mit politischen Zielen 1917. S. 202.
— Verlesen eines Schreibens Dr. Dobrings vom 25. April 1927 an den Unterausschuß. S. 411—416.
— Vorschlag der Vernehmung von Zeugen zur Frage der politischen Einflüsse unter den Marinemannschaften. S. 6.
— Einwirkung der russischen Revolution auf die deutsche Marine. S. 203.
— Entwurf einer Entschließung über die Marinevorgänge von 1917 und 1918. S. 501—505. 559.
— Eingang von Ergänzungen zu den Gutachten Alboldt und Dr. Herz. S. 505.

Joos (Fortsetzung):
— Ergebnis der Zeugenaussagen und Gutachten. S. 202. 203.
— Fälle von Exzessen von Offizieren. S. 191.
— Falschmeldungen über „Bolschewisierung der englischen Marine". S. 207.
— Frage des Flottenvorstoßes im Oktober 1918. S. 4.
— Vorschläge für die Fragestellung bei der Zeugenvernehmung. S. 6. 7.
— Formulierung der Fragen bei Vernehmung Sachses. S. 203—206. 216—218.
— Fragebriefe vom 9. November 1926 an Dr. Loesch und Dr. Dobring. S. 197. 198.
— Vortrag der im Ausschuß besprochenen Fragen an die Zeugen. S. 337.
— Fragen an die Zeugen Weber und Beckers. S. 255. 256.
— Fragen an den Zeugen Sachse. S. 226—253.
— Friedensresolution 1917. S. 203.
— Aussage Sachses als Fundament der Prozesse. S. 202.
— Fragen an den Zeugen Geisteuer. S. 384 ff.
— Frage der Geständniserpressungen durch Dr. Dobring und Dr. Loesch. S. 4. 358. 359.
— Vorschlag der Vernehmung des Parteisekretärs Güth. S. 206.
— Zustände auf der Hochseeflotte. S. 519.
— Vorschlag der Ladung Dr. Holthöfers. S. 206.
— Schreiben von Geier, Klima, Grabner und Feuersänger zur Rechtfertigung des Dr. Loesch. S. 200.
— Antrag auf Vernehmung Biebers und Beckers über die Menagekommissionen. S. 6.
— Erwägungen über weitere Vernehmuungen über die Menagekommissionen. S. 5. 6.
— Frage der Methoden der kriegsgerichtlichen Untersuchung 1917. S. 340.
— Tagebuchaufzeichnungen über Mißstimmungen auf „Helgoland" (Stumpf). S. 54. 571.

Joos (Fortsetzung):
— Fragen an den Zeugen Noske. S. 68.
— Antrag auf Vernehmung des Abg. Dr. Pfleger und des Oberpräsidenten Noske als Zeugen. S. 5.
— „Programm". S. 200. 202. 205. 337. 338.
— Antrag auf Vernehmung Dr. Dobrings und Dr. Loeschs über Zustandekommen des „Programms". S. 4.
— Bekanntgabe von Protesten gegen das Gutachten Alboldt. S. 191.
— Abschiedsbrief Reichpietschs. S. 408.
— Verhandlungen Reichpietschs mit den Abgeordneten der USPD als Fundament der Prozesse. S. 5.
— Untersuchungsausschuß keine Revisionsinstanz. S. 4.
— Antrag auf Zeugenvernehmung über den Ausbruch der November-Revolution auf der Flotte. S. 6.
— Rücksprache zwischen Anklagevertretern, Gerichtsherren und Schiffskommandanten vor den Kriegsgerichtsprozessen. S. 207.
— Antrag auf Vernehmung Sachses. S. 202.
— Fragen an den Zeugen Schneider. S. 398.
— Fragen an den Zeugen Steilemann. S. 348—350.
— Bedenken gegen die Ladung Steinmeiers und Deters. S. 352. 355.
— Vorschlag der Zeugenvernehmung Steinmeiers. S. 419.
— Stellungnahme zu den Entschließungen. S. 506.
— Zustandekommen und Zweck der „Stockholm-Listen". S. 6. 204.
— Verlesen von Abschnitten aus dem Tagebuch Stumpf. S. 402. 509—516.
— Untätigkeit der Flotte. S. 517.
— Frage der Verbindungen zwischen USPD-Abgeordneten und Mannschaften. S. 205.
— Teilweises Verlesen des Vernehmungsprotokolls vom 9. August 1917. S. 338.
— Bedenken gegen weiteres Verlesen von Akten und Niederschriften. S. 37.
— Vorschlag der Vernehmung Webers und Beckers' als Zeugen. S. 253. 254.
— Vorschläge für Fortführung der Beratungen. S. 4.
— Vorträge mit alldeutscher Tendenz. S. 203.
— Über die Möglichkeit der Hebung der Stimmung der Mannschaften nach Bekanntwerden der Waffenstillstandsverhandlungen. S. 70.
— Fragen an den Zeugen Weber. S. 290 ff.
— Politische Werbearbeit auf den Schiffen. S. 204. 520.
— Widerspruch in den Aussagen Webers von 1917 und 1927. S. 310.
— Verlesen schriftlicher Äußerungen zu den Vorfällen in Zeebrügge und auf „Nürnberg". S. 192—197.
— Zusammenfassung der Zeugenaussagen Sachses. S. 250.
— Zusammenhang der Vorgänge von 1917 und 1918. S. 207. 208. 484.
— Zwischenbemerkungen und -ruf bei Ausführungen des Sachverständigen Alboldt. S. 187. 189.
— Zwischenbemerkungen bei Ausführungen des Abg. Dittmann. S. 420. 458. 526.
— Zwischenbemerkungen bei Vernehmung des Zeugen Weber. S. 290.
— Zwischenfragen an Abg. Brüninghaus. S. 442. 445.
— Zwischenfragen an den Sachverständigen Stumpf. S. 171. 264.
— Zwischenfragen an den Sachverständigen v. Trotha. S. 101. 120. 154.
Jordan, Leutnant z. S. auf „Friedrich der Große". S. 399.

Kautsky, Karl, sozialistischer Schriftsteller. S. 34.
— Äußerung auf der Osterkonferenz 1917. S. 433.
Kerenski, russischer Ministerpräsident 1917. S. 233.
Klein, Marinepfarrer. S. 547.
Klima, Marine-Kriegsgerichtssekretär. S. 200.

Köbis, Heizer auf „Prinzregent Luitpold“. S. 218. 225. 249. 257. 263, 265. 266. 268. 270. 272. 276. 278—280. 361.
— Politische Einstellung. S. 377.
— Rede im „Weißen Schwan“ in Rüstersiel. S. 277.
— Ankündigung einer Straßendemonstration gegen den Krieg. S. 284. 287. 329. 330. 335.
— Verhaftung. S. 280. 283.
— Vollstreckung des Todesurteils. S. 498.
Kohler, Oberheizer auf „Prinzregent Luitpold“, Mitglied der Verpflegungskommission. S. 266. 274. 275.
Kraft, Admiral, Chef des III. Geschwaders. S. 121. 157.
v. Krause, Dr., Staatssekretär des Reichsjustizamts. S. 67.
Krause, Matrose auf „Prinzregent Luitpold“. S. 262.
v. Kuhl, General der Infanterie a. D., Sachverständiger im 4. Unterausschuß. S. 2. 138. 171.
Kuhnt, M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 6. 57. 59. 73. 208. 209.
— Abstellung von Mißständen auf Grund von Beschwerden. S. 56.
— Brief vom 10. April 1927 an den Unterausschuß. S. 421. 422.
— Flottenvorstoß Oktober 1918. S. 421.
— Besprechung mit den Admirälen v. Hipper und v. Trotha über die Möglichkeit eines Flottenvorstoßes am 11. November 1918. S. 77—79. 152. 153. 422.
— Mitteilungen an Abgg. Haase, Geyer, Brandes und Frau Zietz über Mißstände auf den Schiffen. S. 57.
— Mißstimmung auf den Schiffen in den ersten Kriegsjahren. S. 55.
— Fragen an den Zeugen Noske. S. 77.
— Schriftliche Beschwerden an Abg. Noske 1915. S. 56.
— Besprechung mit dem Abg. Noske in Wilhelmshaven 1914. S. 55. 56. 59.
— Reden in Volksversammlungen in Gemeinschaft mit Beckers. S. 428.
— Vertrauensverhältnis zu Admiral v. Schröder. S. 56.
— Auseinandersetzung mit dem Sachverständigen v. Trotha über Differenzen in den Aussagen vor dem Ausschuß. S. 422.
— Frage seiner Vernehmung als Zeuge. S. 212.
— Vorsitzender des 23er Rates. S. 421.
— Wirkung des Waffenstillstandangebots auf die Schlagkraft der Flotte. S. 422.

Lambert, Sir Cecil, Seelord der englischen Admiralität: Deutsche Überlegenheit in der Skagerrakschlacht. S. 112.
— Technik und Leistungen der deutschen Marine. S. 94.
Lans, Vizeadmiral, Chef des I. Geschwaders. S. 294. 295. 314. 426. 557.
— Vergleich der deutschen zur englischen Flotte. S. 549.
— Verhältnis zwischen Offizier und Mann. S. 426.
— Eintreten für Zurückhaltung der Flotte. S. 316.
Ledebour, M. d. R. (Mitglied des Fraktionsvorstandes der USPD). S. 7—9. 62. 300. 372.
— Verhetzende Flugblätter der USPD. S. 429. 430.
— Ausgabe der Massenstreikparole in Stockholm. S. 442.
— Ausführungen auf der Osterkonferenz 1917. S. 433.
— Organisationstätigkeit. S. 35.
— Rede vom 21. Dezember 1918 über die Ziele der USPD. S. 433.
Legien, M. d. R. (Mehrheitssozialdemokrat): Anklage gegen die USPD auf dem 10. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands 1919. S. 447.
Leicht, M. d. R. (früher Zentrum, jetzt Bayrische Volkspartei). S. 38. 42.
Lerche, Kapitänleutnant, I. Offizier auf „Nürnberg“. S. 196.
— Schriftliche Äußerung zum Vorfall auf „Nürnberg“. S. 194. 195.
v. Levetzow, Konteradmiral a. D., Chef des Stabes der Seekriegsleitung. S. 550. 551.

v. Levetzow (Fortsetzung):
— Buch: „Die Seeschlacht an der Doggerbank". S. 532. 533. 537.
Liebknecht, Dr. Karl, M. d. R. (Sozialdemokrat, dann USPD, dann wild). S. 255.
— Stellung zu der Kriegskreditbewilligung und zum Krieg. S. 242—244. 382. 438.
Lieder, Rittmeister a. D.: Aufbau der Organisation Consul. S. 423.
Liegl, Oberheizer. S. 218.
Lindemann, Oberbürgermeister in Kiel. S. 196.
Linke, Matrose auf „Helgoland". S. 6. 218. 483.
Lipinski, M. d. R. (USPD): Ausführungen auf der Osterkonferenz 1917. S. 431.
Lloyd George, englischer Ministerpräsident seit Dezember 1916. S. 149.
Loesch, Dr., Marinehilfskriegsgerichtsrat, Untersuchungsführer beim I. Geschwader. S. 3—5. 7. 199. 201. 206—210. 224. 289. 370. 371.
— Vernehmung Adams' als Zeugen. S. 200.
— Keine Verbindung Calmus' mit Abgeordneten der USPD. S. 199.
— Vernehmung des Matrosen Feldmann. S. 409.
— Antwort auf den Fragebrief vom 9. November 1926. S. 198 ff.
— Menschliches Vorgehen gegen die Matrosen 1917. S. 198.
Löhlein, Kapitän z. S. S. 120.
Lorenz: Broschüre: „Fünf Jahre USPD". S. 435.
Lotter, Obermatrose auf „Bremse". S. 37. 47. 203. 207.
— Meldung an Admiral v. Hipper über die Versammlung im „Tivoli" am 24. Juli 1917. S. 469.
— Briefe vom 23. Juli und 20. August 1917 an Abg. Leicht: Mitteilungen über die Vorgänge auf der Marine. S. 38—42. 467. 468. 507. 530.
— Mißstände auf den Schiffen. S. 468.
— Verpflegungsverhältnisse. S. 469.
Ludendorff, Erster Generalquartiermeister beim Stabe des Chefs
Ludendorff (Fortsetzung):
des Generalstabs des Feldheeres. S. 137. 139—141.
— Werk: „Meine Kriegserinnerungen". S. 138. 552.
Lührs, Rechtsanwalt. S. 286.
Lüneburg, Oberleutnant z. S., Adjutant auf „Nürnberg". S. 196. 197.
— Schriftliche Äußerung zum Vorfall auf „Nürnberg". S. 195. 196.
Lürs, Oberheizer. S. 404.
Luxemburg, Rosa: Juniusbroschüre. S. 63.

Märker, General. S. 547.
Marquardt, Kriegsgerichtsrat. S. 341.
— Vernehmung und Geständnis Fischers in Freiburg (Breisgau). S. 342.
Marx, Stabsoffizier. S. 547.
v. Mauve, Admiral, Chef des. IV. Geschwaders. S. 380.
— Ansprache auf „Prinzregent Luitpold". S. 279.
Max, Prinz v. Baden, Reichskanzler vom 3. Oktober bis 10. November 1918. S. 3. 8. 486.
— Erklärung im Reichstag im Oktober 1918: Abkehr vom alten System. S. 155. 188.
— Aufzeichnungen über den im Oktober 1918 beabsichtigten Flottenvorstoß. S. 4.
— Militärpolitische Zweckmäßigkeit eines Flottenvorstoßes Oktober 1918. S. 452.
— Stellung zum Flottenvorstoß Oktober 1918. S. 7. 500. 504.
Michaelis, Dr., Reichskanzler vom 13. Juli bis 2. November 1917. S. 67.
Michalski, Matrose auf „König Albert". S. 420. 461.
Moses, Dr., M. d. R. (Sozialdemokrat), Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des 4. Unterausschusses. S. 2. 174. 211. 333. 345. 364. 383.
— Kritik an Korvettenkapitän Canaris. S. 422. 423.
— Veröffentlichungen der „Weltbühne" vom August-September 1927 über Korvettenkapitän Canaris. S. 423.

Moses (Fortsetzung):
— Verlesen der Aussage Dr. Dobrings über Herre im Dolchstoßprozeß. S. 396.
— Positive Aussagen Dr. Dobrings im Dolchstoßprozeß. S. 406.
— Entwurf einer Entschließung über die Marinevorgänge von 1917 und 1918. S. 495—501. 559.
— Erklärung zur angenommenen Entschließung. S. 574.
— Fragen an Beckers und Weber. S. 331. 332.
— Verlesen eines Briefes des Abg. Kuhnt. S. 421.
— Nichtbeachtung des psychologischen Moments bei Behandlung der Angeklagten in den Marineprozessen. S. 315.
— Widerspruch gegen die Vernehmung Steinmeiers. S. 420.
— Vertrauensverhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften. S. 102.
— Zeitungen und Lektüre der Mannschaften. S. 326. 327.
— Zwischenbemerkung und -ruf bei Ausführungen des Abg. Brüninghaus. S. 493. 523.
— Zwischenbemerkungen bei Vernehmung des Zeugen Weber. S. 290. 292. 303.
— Zwischenfrage bei den Ausführungen des Vizeadmirals v. Trotha. S. 100. 118. 119.
— Zwischenruf beim Schlußbericht des Abg. Dittmann. S. 476. 477.
— Zwischenrufe bei Ausführungen des Vizeadmirals v. Trotha. S. 125. 141.

Mühlberg, Matrose auf „Prinzregent Luitpold", Mitglied der Verpflegungskommission. S. 266. 280.

v. Müller, Admiral, Chef des Marinekabinetts. S. 153.

Mysing, Kapitän z. S., Vorsitzender im Offizierskasino in Wilhelmshaven. S. 127.

Naumann, D., M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei). S. 170.

Neter, Dr., Militärarzt. S. 547.

Niemann, „Revolution von oben — Umsturz von unten". S. 546.

Nöckel, Obermatrose, Hilfsschreiber: Bedrohung Webers durch Dr. Dobring. S. 520.
— Zeugenaussage. S. 461. 472.

Noske, M. d. R. (Sozialdemokrat), Marinereferent der sozialdemokratischen Fraktion. S. 5. 7. 13—15. 17—19. 25. 37. 53. 55—60. 62. 64—68. 76. 79. 123. 159. 187. 207. 208.
— Artikel in der „Chemnitzer Volksstimme" über seine Eindrücke beim Besuch von Schiffen 1914. S. 59.
— Keinerlei Aufzeichnungen über die Besprechungen im Reichsmarineamt 1917. S. 47.
— Unmöglichkeit eines Auslaufens der Schiffe aus Kiel im November 1918. S. 78. 79.
— Keine wesentlichen Beschwerden von Marineangehörigen an die Mehrheitssozialdemokraten bis 1917. S. 49.
— Besichtigung von Kriegsschiffen. S. 53—56. 130.
— Unterredungen mit Staatssekretär v. Capelle über die Einwirkung der USPD auf die Mannschaften. S. 50.
— Dolchstoßprozeß in München. S. 61. 63. 69.
— Beabsichtigter Flottenvorstoß 1918. S. 69. 488.
— Forderung der Freilassung der verurteilten Matrosen durch die Wortführer der Mannschaften. S. 69.
— Gegensatz zwischen Mehrheitssozialdemokraten und USPD. S. 50.
— Gerücht vom Anmarsch eines englischen Geschwaders unter roter Flagge 1918. S. 78.
— Tätigkeit als Gouverneur von Kiel im November 1918. S. 71—74. 78.
— Wahl zum Gouverneur von Kiel. S. 581.
— Zusammentreffen mit dem Abg. Haase in Kiel. S. 75. 488.
— Einschränkung der Kommandogewalt des Kaisers. S. 69.
— Äußerung über die Kenntnis der USPD von der Bewegung auf den Schiffen. S. 30.
— Keine Organisation oder politische

Noske (Fortsetzung):
Leitung in Kiel im November 1918. S. 487.
— Vorgänge in Kiel am 4. und 5. November 1918. S. 72—74. 78. 491.
— Ausführungen über die Marinevorgänge 1917/18. S. 47 ff.
— USPD und Meutereien. S. 63. 64.
— Mißstimmung unter den Mannschaften 1918 wegen der strengen Urteile von 1917. S. 68. 69. 487.
— Allgemeines Mißtrauen gegen die USPD. S. 61.
— Keine Wahrnehmung über Bestehen einer regelrechten Organisation auf den Schiffen. S. 69.
— Gegen politische Propaganda zur Zersetzung von Heer und Flotte. S. 61.
— Bestätigung der Ausführungen des Abg. Dr. Pfleger. S. 50.
— Bildung des Arbeiter- und Soldatenrates in Kiel. S. 73. 74.
— Besprechung mit Admiral v. Souchon in Kiel. S. 74.
— Keine einheitliche Stimmung unter den Mannschaften 1918. S. 70.
— Gegen Vollstreckung der Todesurteile von 1917. S. 51.
— Für strafgerichtliche Untersuchung etwaiger Zusammenhänge zwischen Meutereien und USPD. S. 62. 64.
— Verhältnis zwischen Offizier und Mann auf „von der Tann" 1916. S. 52.
— Verpflegung auf „von der Tann" 1915 und 1916. S. 51. 52.
— Verpflegungssätze bei der Marine und Löhne vor dem Kriege. S. 48.
— Frage des Zusammenhanges der Vorkommnisse von 1917 mit der Marinerevolte 1918. S. 68.
— Information über Zustände in Häfen und auf Schiffen 1914. S. 48.
— Zwischenruf bei Ausführungen des Abg. Brüninghaus. S. 63.
— Zwischenruf bei Ausführungen des Abg. Dittmann. S. 58.

v. Payer, M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei), später Vizekanzler. S. 67.

Pendergart, Maurice: Artikel in den „Daily News". S. 133.
Persius, Kapitan z. S. a. D. S. 1. 531.
v. Pestalozza, Graf. S. 41.
Pfeiffer, Obermatrose auf „Prinzregent Luitpold", Mitglied der Verpflegungskommission. S. 266. 280.
Pfeiffer, Dr., M. d. R. (Zentrum). S. 170.
Pfleger, Dr., M. d. R. (früher Zentrum, jetzt Bayrische Volkspartei), Marinereferent der Zentrumsfraktion. S. 5. 7. 9. 14. 20—31. 33—36. 46. 47. 50. 53. 56—58. 64. 66. 67. 75. 79.
— Beschwerden über ungerechte Bestrafungen. S. 11.
— Brief an das Reichsmarineamt: Verlangen einer Untersuchung der Vorgänge auf der Marine. S. 12. 13. 466.
— Besprechung der Beschwerden mit Staatssekretär v. Capelle. S. 13. 14.
— Verlesen des Briefes an Staatssekretär v. Capelle. S. 20.
— Äußerung zum Bericht des Abgeordneten Dittmann. S. 9—14.
— Durchstechereien mit Lebensmitteln. S. 12. 57. 58.
— Enttäuschung über das Ergebnis der Untersuchung des Reichsmarineamts. S. 24. 25.
— Gegensätze zwischen Mehrheitssozialdemokraten und USPD. S. 34.
— Gutachten des Oberreichsanwalts: keine Garantie für Verurteilung der Abgeordneten der USPD. S. 16. 25. 34.
— Einstellung zum Abg. Haase. S. 76. 77.
— Absolute Untätigkeit unterminiert den Geist in der Marine. S. 15.
— Klagen aus Mannschaftskreisen. S. 496.
— Kronrat und strafrechtliche Untersuchung gegen die Abgeordneten der USPD. S. 18. 65.
— Besprechungen mit dem Obermatrosen Lotter über die Marinevorgänge. S. 37.
— Brief des Lotter an ihn. S. 203.
— Verlesen der Briefe des Obermatrosen Lotter. S. 38—47.

Pfleger (Fortsetzung):
— Ausführungen über die Marinevorgänge 1917/18. S. 37 ff.
— Mitteilungen an ihn über Meutereien auf der Marine. S. 20.
— Weitere Beschwerden an ihn über Mißstände auf der Marine. S. 58.
— Mitteilungen des Referenten des Reichsmarineamtes zu seinem Brief. S. 32. 33.
— „Programm" der Matrosen 1917 S. 19.
— Weitere Briefe an das Reichsmarineamt. S. 33. 37.
— Auffassung im Reichstag 1917 von der USPD und der Liebknecht-Gruppe. S. 35.
— Einfluß der Revolution in Rußland auf die Marine. S. 10.
— Besprechungen mit Geheimrat Schramm über Verpflegungsverhältnisse. S. 33.
— Beschluß des Siebener-Ausschusses des Reichstags: Verzicht auf strafrechtliche Untersuchung gegen die Abgeordneten der USPD. S. 65.
— Keine Beteiligung bei Abfassung der Sitzungsprotokolle im Reichsmarineamt. S. 20.
— Bearbeitung sozialer Fragen der Marine. S. 21. 22. 24.
— Forderung einer strafgerichtlichen Untersuchung etwaiger Zusammenhänge zwischen Meutereien und USPD. S. 20. 34. 62. 64. 67. 467.
— Urteil maßgebender Kreise über die Abgeordneten Dittmann, Vogtherr und Haase. S. 23. 24.
— Mitteilungen über Verabredungen unter den Mannschaften der Schiffe. S. 12.
— Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften. S. 9. 16. 33.
— Verpflegungsverhältnisse auf der Marine. S. 10. 16. 20.
— Gegen Vollstreckung von Todesurteilen auf der Marine. S. 15. 16. 23.
— Anerbieten einer ausführlichen Darstellung der Vorgänge auf der Marine. S. 5.
— Kriegslöhne für Offiziere, Friedenslöhne für Mannschaften in Wilhelmshaven. S. 57.
— Vernehmung als Zeuge am 9. November 1926. S. 467.
— Zusammenhang der Vorgänge auf der Marine mit der Tätigkeit einzelner USPD-Mitglieder. S. 12.
— Verdacht wegen Zusammenhängen von Organisationen in der Marine mit politischen Organisationen außerhalb der Marine. S. 15. 16. 21—23.

Philipp, Dr., M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei), Vorsitzender des 4. Unterausschusses. S. 2. 9. 29. 59. 65. 66. 75. 76. 125. 131. 143. 210. 212. 215. 216. 221. 238. 252. 253. 257. 289. 302. 303. 317. 333. 353. 354. 357. 377. 382. 408. 419. 420. 423.
— Vorschlag eines Antrags an den Gesamtausschuß. S. 567.
— Antwortschreiben des Reichswehrministeriums auf die Zuschrift des Ausschusses vom 15. Dezember 1927, betreffend Korvettenkapitän Canaris. S. 494. 495.
— Ablehnung des Antrags Dr. Dobrings auf mündliche Vernehmung 1926. S. 353. 354.
— Entbindung Dr. Dobrings von der Amtsverschwiegenheit. S. 378.
— Änderungsvorschläge zum Entwurf einer Entschließung des Abg. Joos. S. 559 ff.
— Erklärung zur angenommenen Entschließung. S. 574.
— Formulierung bestimmter Fragen an Sachse und Artelt. S. 211.
— Formulierung einzelner Fragen an den Zeugen Noske. S. 67.
— Fragen an den Zeugen Geisteuer. S. 391.
— Verzicht des Ausschusses auf Zeugenvernehmung des Abg. Henning. S. 214.
— Erklärung zu den Bemerkungen des Sachverständigen Dr. Herz vom 3. Februar 1928. S. 572.
— Einverständnis des Ausschusses über Vernehmung des Amtsrichters Dr. Holthöfer. S. 135.
— Vernehmung Sachses. S. 222. 223.

Philipp (Fortsetzung):
— Aufhebung der Vertraulichkeit der Aussagen Sachses. S. 222.
— Feindliche Spionagetätigkeit. S. 211.
— Gründe für den Verzicht auf Einleitung eines Strafverfahrens gegen die Abgeordneten der USPD. S. 64.
— Unterschied zwischen dem im Verlag Dietz erschienenen Tagebuch Stumpf und dem Original. S. 513. 514.
— Vereidigung der Zeugen Dr. Dobring, Weber, Beckers, Steilemann, Schneider, Geisteuer. S. 337.
— Verzicht des Ausschusses auf nachträgliche Vereidigung Sachses, Steinmeiers und Deters. S. 495.
— Verhältnis der Bewegung unter den Heizern (Sachse) zu der der Matrosen. S. 300.
— Werbearbeit auf den Kriegsschiffen für die „Leipziger Volkszeitung". S. 325. 326.
— Vorschläge weiterer Zeugenvernehmungen. S. 212.
— Zwischenbemerkung bei Ausführungen des Abg. Joos. S. 513.
— Zwischenbemerkung bei Ausführungen des Abg. Noske. S. 75. 76.
— Zwischenruf bei Ausführungen des Abg. Dittmann. S. 58.
Pieck, Maschinistenmaat auf „Prinzregent Luitpold". S. 274.
Pierrefeu, französischer Schriftsteller. S. 553.
Plenge, Professor: Feindliche Agententätigkeit. S. 210.
v. Pohl, Chef der Hochseeflotte bis 1915, später Chef des Admiralstabs der Marine. S. 555. 557.
— Aufzeichnungen. S. 83.
— Nichteinsetzen der Flotte. S. 82.
— Überlegenheit der englischen Flotte. S. 536.
— Vergleich der deutschen mit der englischen Flotte. S. 549.
Popp, Vorsitzender des Obersten Soldatenrats in Kiel. S. 71. 74. 209. 579.
— Broschüre: „Ursprung und Entwicklung der Novemberrevolution 1918". S. 439. 444. 445.
Putz, M. d. R. (Kommunist). S. 529.

Quaet-Faslem, Kapitän z. S., Kommandant auf „Nürnberg". S. 195.
— Schriftliche Äußerung zum Vorfall auf „Nürnberg". S. 196. 197.

Rausch, Bernhard, Verfasser der Broschüre: „Am Springquell der Revolution". S. 6.
Rebe, Oberheizer auf „Moltke". S. 6. 254. 420. 461.
— Artikel in der „Roten Fahne" vom 25. Januar 1926: „Die Ermordung der Matrosen-Kameraden und die Schuld der USP". S. 472—474.
Reichpietsch, Obermatrose auf „Friedrich der Große". S. 5. 7. 122. 201. 202. 206. 217. 218. 240. 246. 248. 252. 262. 263. 272. 276. 285. 287. 293. 297. 300. 306. 308.
— Bitte um Vernehmung der Abgeordneten der USPD über seine Bekundungen 1917. S. 5.
— Angeblich erwarteter Befehl aus Berlin zur Ausführung des „Programms". S. 217. 227.
— Aussage in der Hauptverhandlung (1917). S. 340.
— Beziehungen zur USPD. S. 372.
— Bestrafungen wegen militärischen Diebstahls. S. 399.
— Politische Gesinnung. S. 377.
— Hoffnung auf Schutz durch die Abgeordneten der USPD. S. 503.
— Rede in der „Tivoli"-Versammlung. S. 282. 283. 308. 309. 441. 443.
— Für Verbindung der Bewegung auf den Schiffen mit der USPD. S. 272.
— Verhaftung. S. 281. 283.
— Vollstreckung des Todesurteils. S. 498.
— Ziele seiner Agitation. S. 145.
— Zusammenkunft mit Abgeordneten der USPD in Berlin. S. 305. 400. 432. 475.
Richter, Oberheizer. S. 286.
Richter, Reichsanwalt. S. 67.
— Reise nach Wilhelmshaven am 11. August 1917. S. 456.

Rogge, Vizeadmiral a. D., Departementsdirektor im Waffendepartement: Besichtigung der havarierten Schiffe nach der Skagerrakschlacht. S. 118.
— Vergleich der Schußweiten und Durchschlagleistungen der deutschen und englischen Großkampfschiffe. S. 115—117.
— Überblick über die Entwicklung der Lafetten- und Schießweitenfrage. S. 114.
Rosenberg, Dr., M. d. R. (Kommunist), Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 7. 8. 24. 57. 63. 72. 206. 210—213. 219—221. 251. 308. 310. 354.
— Frage der Akteneinsicht durch Dr. Dobring. S. 378.
— Einfluß der SPD auf die Matrosen. S. 73.
— Ablehnung des Abg. Henning als Zeugen. S. 7.
— Einfluß der Marinerevolution auf das Kriegsende. S. 7. 8.
— Vorschlag der Formulierung von Fragen an den Zeugen Noske. S. 67.
— Untersuchungsausschuß keine Revisionsinstanz. S. 7.
— Unterredung Sachses mit dem Abg. Dittmann im Reichstag. S. 238.
— Vorschlag der Beschränkung auf schriftliche Äußerungen der Zeugen. S. 7.
— Unterschied zwischen USPD und Liebknecht-Gruppe. S. 34.
— Verhältnis der Marinemeuterei zur Revolution. S. 7. 8.
— Vorschläge für die technische Durchführung der Zeugenvernehmungen. S. 209.
— Stellungnahme zur Auslassung des schweizerischen Generals Wille. S. 141. 143.
— Zwischenfragen an den Zeugen Sachse. S. 232. 233.
— Zwischenrufe bei Ausführungen des Abg. Brüninghaus. S. 36. 143. 432. 450. 452.
— Zwischenruf bei Ausführungen des Abg. Joos. S. 513.
Rosenthal, Landgerichtsdirektor, Vertreter der Reichsanwaltschaft bei
Rosenthal (Fortsetzung):
der Besprechung im Reichsmarineamt am 24. August 1917. S. 67.

Sachse, Oberheizer auf „Friedrich der Große". S. 6. 7. 47. 122. 144. 201. 202. 204. 208—211. 215. 216. 218—222. 254—257. 262. 263. 270. 272. 275. 284. 285. 293. 297. 308. 309. 336. 461.
— Artikel in der „Münchener Kommunistischen Zeitung". S. 230.
— Artikel in der „Neuen Münchener Zeitung". S. 220. 224. 225. 383.
— Aussagen vom 9. und 13. August 1917. S. 337. 338. 369. 432.
— Revolutionäre Bewegung auf der Flotte seit Anfang 1915. S. 223.
— Organisation, Ziele und Tendenzen der Bewegung auf den Schiffen. S. 242—246. 250. 256.
— Politische Kraft der Bewegung auf den Schiffen. S. 248.
— Bremer Verbindung. S. 246. 249. 250.
— Broschüre: „Antinauticus". S. 204. 214. 215. 219. 220. 252. 253. 299. 301. 304. 406. 503. 561.
— Nicht Verfasser der Broschüre „Antinauticus"? S. 248.
— Broschüre: „Deutschlands revolutionäre Matrosen". S. 438.
— Unterredung mit dem Abg. Dittmann im Reichstag. S. 229. 230. 236—239. 240. 241. 246—248. 273. 475.
— Unterredung mit dem Abg. Dittmann in Frankfurt (Main). S. 251. 252.
— Erste Vernehmung durch Dr. Dobring. S. 418. 460.
— Unrichtige Protokolle über die Vernehmung durch Dr. Dobring. S. 236.
— Artikel aus Anlaß des Münchener Dolchstoß-Prozesses. S. 201.
— Einfluß von Kienthal und Zimmerwald. S. 244.
— Politische Einstellung der Angeklagten. S. 377.
— Anarchistische Einstellung Köbis' und Beckers'. S. 225.
— Politische Einstellung Köbis', Reichpietschs und Webers. S. 231.

Sachse (Fortsetzung):
— Einschränkung seiner ersten Zeugenaussage vor dem Ausschuß. S. 381.
— Entstehung der Bewegung auf den Schiffen. S. 383.
— Methode des Oberheizers Fischer („Pillau"). S. 253.
— Formulierte Fragen des Ausschusses an ihn. S. 216—218.
— Wirkung der Friedensresolution 1917 auf die Mannschaften. S. 245.
— Gegenüberstellung mit Reichpietsch und Beckers. S. 350.
— Zustandekommen der Geständnisse über das „Programm". S. 374—376.
— Selbständige Handlungen der Mannschaften gegen Offiziere. S. 227.
— Aussage in der Hauptverhandlung 1917. S. 340.
— Vernehmung durch Dr. Holthöfer im Verfahren gegen Frau Zietz. S. 235.
— Verweigerung der Aussage auf Fragen des Berichterstatters Abg. Joos. S. 226.
— Agitation linksgerichteter Gruppen auf den Schiffen. S. 226. 235.
— Ausgabe des Befehls zum Meutern. S. 227.
— Unterredung mit dem Abg. Dittmann in Berlin. S. 224.
— Programm und Ziele der Meuterer. S. 226. 242.
— Bedeutung der Vermittlung Reichpietschs für die Bewegung auf den Schiffen. S. 227.
— Frage der Weitergabe der Stockholm-Listen an die USPD. S. 234. 235.
— Funktionen des Zentralkomitees. S. 228.
— Zusammenhang zwischen den Verurteilten und politischen Gruppen. S. 230. 231.
— Zahl der Liebknecht-Anhänger auf der Flotte. S. 251.
— Verbindungen mit Linksradikalen. S. 235.
— Listenfrage. S. 384.
— Material für die Organisation der Meuterer. S. 228. 250. 256.

Sachse (Fortsetzung):
— Menagekommissionen. S. 224. 238—241. 246. 256. 273.
— Aussage über das „Programm". S. 200. 201. 338 339.
— Zusammenstellung des „Programms" durch Dr. Dobring auf Grund der Aussagen. S. 223. 224.
— Prozeß gegen die Matrosen Haase, Siegfried und Genossen. S. 225.
— Einwirkung der russischen Revolution auf die deutsche Flotte. S. 252. 253.
— Wirkung der russischen Revolution auf die Bewegung auf den Schiffen. S. 245.
— Glaubwürdigkeit des Matrosen Reichpietsch. S. 252.
— Mitteilungen Reichpietschs über seine Verhandlungen in Berlin. S. 224. 407.
— Aussage vor dem Reichsgericht. S. 379.
— Russische Schwarze-Meer-Aktion 1905. S. 253.
— Erster Spartakusbrief Mitte 1917. S. 244. 245.
— Artikel der „Leipziger Volkszeitung" über die Stockholmer Konferenz. S. 225.
— Stockholmer Konferenz. S. 225. 231.
— Frage der Stockholm-Listen. S. 225. 226. 231—234.
— Vorwurf tendenziöser Vernehmungsprotokolle. S. 377.
— Begründung des Todesurteils gegen ihn. S. 375.
— Agitation der Vaterlandspartei. S. 234.
— Verhaftung. S. 250. 281. 283.
— Zentrale. S. 233. 256. 299. 317.
— Konferenz im Zentralkomitee in Wilhelmshaven. S. 249.
— Politische Zusammensetzung des Zentralkomitees. S. 377.
— Zeugenaussage. S. 223 ff.
— Kein Zusammenhang zwischen der Bewegung auf den Schiffen und der USPD. S. 228.
— Agitation für Zusammenschluß der Matrosen auf nationaler Grundlage (Tirpitz). S. 383.

Scheer, Admiral, seit August 1918 Chef der Obersten Seekriegsleitung. S. 130. 133. 532.

Scheer (Fortsetzung):
— Verleihung von Auszeichnungen nach der Schlacht am Skagerrak. S. 105.
— Bewegungsfreiheit der Flotte. S. 551.
— Buch: „Die Hochseeflotte im Weltkrieg". 1919. S. 180.
— Buch: „Vom Segelschiff zum U-Boot". S. 544. 550.
— Geheimbefehl vom 4. November 1918. S. 546.
— Flottenvorstoß im Oktober 1918. S. 552.
— Eingabe an den Kaiser nach der Skagerrakschlacht. S. 488. 539.
— Umwandlung der Todesurteile. S. 498.
Scheibe, Kapitänleutnant, I. Offizier auf „von der Tann". S. 52. 54.
Scheidemann, M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 67. 446.
von Schickfuß-Trebnig, Major d. Res. a. D. Artikel in der „Deutschen Zukunft" Nr. 19 vom 20. Juli 1926: Marinerevolte mit fremdem Geld unterstützt. S. 145.
Schlegel, F.-T.-Obergast auf „Ziethen": Karte von Frau Zietz. S. 432. 433.
Schmidt, Matrose auf „Friedrich der Große": Aussage vom 3. August 1917 über Versammlungen Marineangehöriger. S. 438.
Schneider, Matrose auf „Friedrich der Große": Behandlung seitens der Offiziere. S. 402.
— Ladung als Zeuge. S. 336.
— Menagekommissionen. S. 401.
— Verhältnis zu Reichpietsch. S. 398. 399.
— Vorstrafen Reichpietschs. S. 407.
— Verpflegungsverhältnisse. S. 400. 401.
v. Schoultz, Linienschiffskapitän (Finnland). S. 87. 131. 132.
— Englische und amerikanische U-Boot-Abwehr. S. 184.
— Buch: „Mit der Grand Fleet im Weltkrieg". S. 91. 100. 538.
— Äußerung in Nürnberg 1926 über die Aussichten eines deutschen Flottenvorstoßes im Oktober 1918. S. 131. 132. 169. 186. 187.
— Erschütterung der Zuversicht der englischen Flotte nach der Skagerrakschlacht. S. 133.
— Stellungnahme zur Skagerrakschlacht. S. 113. 538.
Schramm, Geheimrat, Ministerialdirektor im Reichsmarineamt. S. 10. 33.
— Vorbildliche Fürsorge für die Verpflegung auf der Marine. S. 53.
v. Schröder, Admiral, Befehlshaber des Marinekorps in Flandern. S. 55. 56.
— Kommandierung zum Niederwerfen der Meuterer. S. 156. 165.
Schulze, Kapitänleutnant auf „Helgoland". S. 168.
Schwarz, Kriminalwachtmeister. S. 250.
— Bericht vom 22. September 1917 an das Polizei-Präsidium in Berlin. S. 475.
v. Seeckt, General d. Inf. S. 423.
Seeber, Staatsanwalt, Dezernent für politische Sachen beim Reichsgericht. S. 457.
Sens, Vertrauensmann der USPD in Kiel. S. 6. 204. 209. 366.
Siegfried, Matrose auf „Westfalen". S. 218. 225.
Souchon, Admiral, Gouverneur von Kiel. S. 74.
— Verhandlungen mit Artelt im November 1918. S. 444. 445. 580. 581.
Spahn, Dr., M. d. R. (Zentrum), später preußischer Justizminister. S. 18. 24. 34. 67.
v. Spee, Graf. S. 87.
Spieß, Kapitänleutnant. S. 121.
— Auszug aus seinem Buch. S. 151.
— Niemals Kommandant eines großen U-Kreuzers. S. 151.
Stadthagen, M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 236.
Starke, Matrose auf „König Albert". S. 6. 461.
Steilemann, Heizer auf „Friedrich der Große". S. 280.
— Aussage vor Dr. Holthöfer in Celle. S. 349.

Steilemann (Fortsetzung):
— Ladung als Zeuge. S. 336.
— Aufstellung der Listen. S. 373.
— Keine politische Organisation auf den Schiffen vor 1917. S. 349.
— Bekanntgabe der Urteilsvollstreckung an Reichpietsch. S. 392.
v. Stein, Frhr., Generalleutnant, preußischer Kriegsminister vom 29. Oktober 1916 bis 9. Oktober 1918. S. 67.
Steinhäuser, Leutnant: Schüsse auf die Demonstranten in Kiel am 3. November 1918. S. 580.
Steinmeier, Kriegsgerichtsschreiber. S. 235. 343—345.
— Dienstliche Äußerung an seine vorgesetzte Behörde. S. 415.
— Brief an Dr. Dobring. S. 413.
— Mitteilungen Sachses. S. 415.
Stirner, Max: Buch: „Der Einzige und sein Eigentum". S. 258. 377.
Stresemann, Dr., M. d. R. (nationalliberal). S. 67. 140.
Strunk, Funktionär der USPD in Kiel. S. 444.
Struve, Dr., M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei). S. 197.
— Vertrauensmann des Deckoffizierkorps. S. 2.
— Eingabe in der Frage der Verleihung des Eisernen Kreuzes. S. 176.
— Klagen aus Mannschaftskreisen der Marine. S. 496.
— Material über Vorgänge in Zeebrügge und auf „Nürnberg". S. 191. 196.
Stücklen, M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 49.
— Klagen aus Mannschaftskreisen. S. 496.
Stumpf, Richard, Zinngießer, Sondersachverständiger im 4. Unterausschuß. S. 6. 70. 99. 146. 172. 176. 177. 207. 215. 255. 264. 266. 282. 301. 302.
— Kritik des Gutachtens Alboldt. S. 171.
— Alldeutsche Politik der Offiziere. S. 170.
— Verlesen eines Briefes des Obermatrosen Betz an ihn. S. 168. 169.
— Politische Einstellung. S. 476.
Stumpf (Fortsetzung):
— Politische Einstellung Biebers und Linkes. S. 483.
— Schreiben an Admiral v. Lans. S. 426.
— Brief Linkes an ihn. S. 483.
— Schreiben an den Abg. Naumann. S. 170.
— Unterredung mit Admiral v. Schoultz über die Aussichten eines deutschen Vorstoßes Oktober 1918 und über die Gehorsamsverweigerungen. S. 131. 132. 169. 186. 187.
— Tagebuchaufzeichnungen. S. 83. 202. 203. 296. 444. 476—487. 489. 490. 507—516. 520—523. 570. 571.
— Veröffentlichung des Tagebuchs. S. 568. 569.
— Brief an Abg. Dittmann, betreffend Kürzungen in der Veröffentlichung des Tagebuchs. S. 569.
— Erwiderung auf das Korreferat des Sachverständigen v. Trotha. S. 167—171.
— Verpflegungsverhältnisse auf der Flotte. S. 466.
— Vertrauensverhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften. S. 170. 171.
— Vertrauensverhältnis in der englischen Marine. S. 169.
— Zusammenhang zwischen Meutereiprozeß 1917 und Aufstand 1918. S. 333.
— Zwischenfrage an den Zeugen Beckers. S. 272.
— Zwischenfrage an den Zeugen Weber. S. 290.
— Zwischenruf bei Ausführungen des Sachverständigen v. Trotha. S. 132.

v. Thünefeld, Frhr., M. d. R. (Zentrum). S. 9.
v. Tirpitz, Großadmiral, Staatssekretär des Reichsmarineamts bis 1916. S. 82. 86. 121. 174. 175. 182.
— Buch: „Erinnerungen". S. 138.
— Buch: „Ohnmachtspolitik im Weltkriege". S. 549—551.
— Vortrag beim Kaiser über die Stellung des Deckoffiziers. S. 99.
— Vortrag in Stockholm. S. 488.
— Stellung zum U-Boot. S. 184.

Treviranus, M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei), Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 2. 60. 209. 210. 310—312. 314.
— Zustände bei der Baudivision in Wilhelmshaven. S. 60.
— Vorwort des Abg. Dittmann zum Tagebuch Stumpf in der Ausgabe des Verlages Dietz. S. 523. 524.
— „Dolchstoß"-Frage und Betätigung feindlicher Agenten. S. 210.
— Erklärung zur angenommenen Entschließung. S. 574.
— Antrag auf Vernehmung der früheren Marineangehörigen Geisteuer, Schneider und Steilemann. S. 336.
— Antrag auf Veröffentlichung des vollständigen Tagebuchs Stumpf mit Kommentar. S. 524. 528.
— Einfluß der Zeitungen auf die Mannschaften. S. 313.
— Zwischenruf bei Ausführungen des Zeugen Abg. Dr. Pfleger. S. 42.
Trimborn, M. d. R. (Zentrum). S. 11. 12. 19.
v. Trotha, Vizeadmiral a. D., Chef des Stabes der Hochseeflotte, Zeuge und Sondersachverständiger im 4. Unterausschuß. S. 2. 7. 31. 77. 79. 134—137. 140. 170—174. 176—178. 180. 181. 184—188. 190. 255. 341. 370. 455. 551.
— Zersetzende Agitation von außen. S. 143.
— Aufforderung zu einer persönlichen Bemerkung zu den Ergänzungen zu den Gutachten Alboldt und Dr. Herz. S. 506.
— Darstellung des Sachverständigen Alboldt nichts Selbsterlebtes. S. 89.
— Falsche Auslegung des Flottenerlasses vom 7. Oktober 1917 durch Alboldt. S. 123. 124.
— Kritik der Ausführungen Alboldts über Artilleriekampf. S. 133. 134.
— Richtigstellung der Angaben Alboldts über die Vorgänge in Kiel. S. 158. 159.
— Stellungnahme zum Gutachten Alboldt. S. 80ff. 151.
— Unrichtige Schilderung der Verhältnisse der Seeoffiziere im Gutachten Alboldt. S. 151. 152.
v. Trotha (Fortsetzung):
— Unrichtige Wiedergabe von Zitaten im Gutachten Alboldt. S. 185. 186.
— Unrichtige Grundlagen im Gutachten Alboldt. S. 92—94. 111.
— Artikel im „Manchester Guardian" vom 4. Juli 1919 über den U-Boot-Krieg. S. 120.
— Schwierige Aufgabe der unfertigen deutschen Flotte bei Kriegsbeginn. S. 80.
— Verlesen der Richtlinien des Befehlshabers der Aufklärungsschiffe von Anfang Oktober 1918 über Aufklärungsarbeit. S. 148. 149.
— Aufmarsch der deutschen Flotte 1914. S. 80. 81.
— Verdienste der Seeoffiziere um die Ausbildung der Mannschaften. S. 88.
— Ausbreitung der revolutionären Bewegung von Kiel nach Hamburg usw. S. 165.
— Verlesen einer Auslassung des Flottenchefs vom 30. Oktober 1918. S. 150. 151.
— Vernichtung der Autorität des Offiziers. S. 155. 188.
— Seine Beförderungen während des Krieges. S. 104.
— Bestrafungen und Urlaubserteilung auf „Nürnberg". S. 128.
— Stellungnahme zu der Auslassung des Professors Birk über das Weinlager des Marineoffizierskasinos in Kiel. S. 90. 159. 160.
— Aussprache mit Staatssekretär v. Capelle über die Meutereien. S. 123.
— Überlegenheit des deutschen Geschwaders bei Coronel. S. 87.
— Deckoffizierfrage. S. 98. 100. 127.
— Demonstrationszug in Kiel am 6. November 1918. S. 165.
— Vorstoß der deutschen Schlachtkreuzer nach der Doggerbank. S. 87.
— Darlegungen im Dolchstoßprozeß in München. S. 69. 314.
— Verspäteter Einsatz der Flotte. S. 555.

v. Trotha (Fortsetzung):
— Erklärung für die hohe Zahl von Admiralen an Land. S. 104.
— Erklärungen vom 23. und 24. November 1926. S. 530.
— Ermordung des Kommandanten von Kiel. S. 159.
— Schlacht bei den Falklandsinseln. S. 87.
— Flottenbefehl vom 4. November 1918. S. 156.
— Geplanter Flottenvorstoß Oktober 1918. S. 130—133. 145. 160. 504. 539. 556.
— Kein Vortrag über den Flottenvorstoß bei Kuhnt am 10. XI. 1918. S. 153.
— Forderungen der Meuterer. S. 158. 166.
— Fortsetzung des Korreferates. S. 143 ff.
— Grundlagen der deutschen Gefechtsausbildung auf den Schiffen. S. 153. 154.
— Geheimhaltung der geplanten Unternehmungen. S. 109. 110.
— Gehorsamsverweigerungen. S. 145.
— Geist des Seeoffizierkorps. S. 100.
— Geschoßwirkungen in der Skagerrakschlacht. S. 134.
— Geschwindigkeit deutscher und englischer Schiffe. S. 88. 555.
— Gutachten: „Zusammenarbeit zwischen Flotte und U-Boot". S. 181. 532.
— Prinz Heinrich nie Kommandant auf „Oldenburg". S. 185.
— Hindenburgprogramm. 1916. S. 109.
— Frage des Marine-Ingenieurkorps. S. 95. 96. 126.
— Kommandant auf „Kaiser". S. 97.
— Kampfwillen der deutschen Flotte. S. 87. 88.
— Kasinofrage. S. 97.
— Die Ereignisse in Kiel. S. 157—167.
— Kommando zum Großen Hauptquartier. S. 153.
— Kommandant auf „Königsberg" 1909. S. 96.
— „Königsberg"-Fall. S. 134.

v. Trotha (Fortsetzung):
— Kriegstagebuchnotizen des Reichsmarineamts. S. 81.
— Lafettenfrage. S. 113—115.
— Haltlosigkeit der Behauptung vom Versagen der deutschen Marineattachés. S. 118.
— Urteil der „Times" vom 17. Oktober 1925 über die deutschen Marineoffiziere. S. 100. 102. 160.
— Überlegenheit des deutschen Materials gegenüber dem englischen. S. 86. 87.
— Menagekommissionen. S. 147.
— Die Meutereien auf „Helgoland". S. 162. 163.
— Brief vom 9. Juli 1915 an Admiral v. Müller. S. 84—86. 535. 537.
— Englischer Nachrichten- und Beobachtungsdienst. S. 110.
— Niederlegung des Dienstes. S. 153.
— Nichteinsetzen der Flotte und die verderblichen Folgen. S. 80—83. 534—536.
— „Nürnberg"-Fall. S. 124. 127. 128. 540.
— Vergleich der Offizierkorps der englischen und deutschen Marine. S. 91.
— Rangordnung der Seeoffiziere und Marineingenieure. S. 126.
— „Regensburg"-Fall. S. 128. 541. 556.
— Richtlinien für die ihm unterstellten Offiziere. S. 93. 94.
— Gerücht vom Hissen der roten Fahne auf englischen Schiffen. S. 153.
— Rechtfertigung der Tirpitz'schen Schiffsbaupolitik. S. 118.
— Unterhaltung mit Admiral v. Schoultz über „Flickwerk" auf englischen Schiffen. S. 132. 133.
— Schreiben vom 21. Dezember 1926 an den Unterausschuß. S. 540.
— Unzuverlässigkeit des Seebataillons in Wilhelmshaven. S. 164.
— Skagerrakschlacht. S. 87. 113. 538. 557.
— Die Marine wurde 1917 von der Staatsgewalt im Stich gelassen. S. 123. 147. 456. 461.
— Bekanntgabe der Vollstreckung der Todesurteile. S. 391.

v. Trotha (Fortsetzung):
— Plan eines Torpedobootsvorstoßes nach England vom 31. Oktober zum 1. November 1918. S. 161.
— Mangelhafter U-Boot-Bau. S. 540.
— Wirkung des U-Boot-Krieges. S. 118. 157.
— Englische U-Boot-Bekämpfung. S. 119. 120.
— Uneingeschränkter U-Boot-Krieg Frühjahr 1917. S. 130. 131.
— Gesellschaftlicher Verkehr zwischen Seeoffizierkorps und Marineingenieurkorps. S. 96. 97.
— Vorfälle auf „Friedrich der Große" und „Westfalen". S. 164.
— Vorkommnisse auf der Marine Sommer 1917. S. 121 ff.
— Wirkung des Waffenstillstandsangebots der O. H. L. auf die Marine. S. 143. 144.
— Werk: „Der Krieg zur See", Band III, Nordsee: Gefecht auf der Doggerbank. S. 112.
— Geheime Versammlung im „Tivoli" in Wilhelmshaven. S. 122.
— Zitat des schweizerischen Generals Wille über deutsche Armee und Reichstag. S. 125. 140. 141.
— Gedanken über den Zusammenbruch der Marine (vom 10. Januar 1919). S. 542.
— Vorgänge beim Zusammenbruch der Flotte. S. 542.
— Zwischenrufe bei Ausführungen des Sachverständigen Alboldt. S. 176.

Vögeding, Funktionär der USPD in Friedrichsort. S. 444.
Vogtherr, M. d. R. (Mitglied des Fraktionsvorstandes der USPD), Marinereferent der USPD. S. 16. 23—26. 28. 34. 60. 63. 65. 66. 77. 79. 204. 241. 247. 305. 372. 434.
— Klagen aus Mannschaftskreisen. S. 496.

Wallraf, Staatssekretär des Innern. S. 67.
Warmuth, M. d. R. (Deutsche Fraktion). S. 67.
Watschipky, Referent im Reichsfinanzministerium. S. 355—420.

Weber, Obermatrose auf „Friedrich der Große". S. 202. 218. 285. 287. 336.
— Beantwortung von Fragen Alboldts über die „Zentrale". S. 318—324.
— Unterhaltung mit Beckers über Dr. Dobring. S. 302.
— Vernehmung durch Dr. Dobring in Celle. S. 304—306. 359. 360.
— Politische Einstellung. S. 377.
— Entwicklung der Bewegung nach seiner Verhaftung. S. 322. 323.
— Unterredung mit Herre. S. 291.
— Kreuzergefechte 1915. S. 294. 316.
— Urteil über Admiral v. Lans. S. 426.
— Mißstimmung auf den Schiffen. S. 290 ff.
— Charakter des Matrosen Reichpietsch. S. 303.
— Einfluß Sachses. S. 300.
— Zusammenkünfte mit Sachse während der Untersuchungshaft. S. 304.
— Skagerrakschlacht. S. 296. 297. 316.
— Soldatenbund. S. 303.
— Stockholm-Listen. S. 292. 305—307.
— Vollstreckung der Todesurteile an Köbis und Reichpietsch. S. 331.
— Verhaftung. S. 283. 298.
— Verpflegungsverhältnisse. S. 292. 301. 314. 405.
— Versammlungen der Vertrauensleute der Mannschaften. S. 293.
— Vertrauen der Mannschaft in die Flottenführung. S. 295. 297.
— Werbung für Zeitungen. S. 325. 326.
— Wert der Vernehmungsprotokolle von 1917. S. 310—312.
— „Zentrale". S. 292. 293. 299. 318.
— Zeugenaussage. S. 289 ff.
Weil, Matrose. S. 365.
v. Westarp, Graf, M. d. R. (konservativ). S. 67.
Westerkamp, Fregattenkapitän, Kommandant auf „Bremse". S. 45. 469.
v. Weyers, Kapitänleutnant auf „Prinzregent Luitpold". S. 278.

Wilhelm I., Deutscher Kaiser: Kabinettsordre vom 2. April 1875. S. 155.
Wilhelm II., Deutscher Kaiser. S. 46. 132. 133. 156. 452.
— Befehl vom 31. Mai 1917: Einsetzen der Flotte. S. 551.
— Keine Kenntnis vom Flottenvorstoß Oktboer 1918? S. 500. 504.
— Operationsbefehl für die deutsche Flotte. S. 81. 82.
— Verleihung von Auszeichnungen nach der Schlacht am Skagerrak. S. 105.
— Thronvortrag vom 26. Oktober 1918: Zustimmung zur Unterstellung der Militär- unter die Zivilgewalt. S. 550. 551.
— Frage der Ursachen für die Vorgänge auf der Marine 1918. S. 546.
— Vorbehalt der Entscheidung über das Einsetzen der Flotte. S. 551.
Wille, General, Oberstkommandierender der Schweizer Armee im Weltkriege: Veröffentlichung in den „Schweizerischen Monatsheften für Kultur und Politik" vom Juni 1922, Seite 117. S. 125. 137. 141—143. 554.
— Besprechung des Werkes Prof. Delbrücks gegen Ludendorff. S. 139.
— Sturz Bethmann Hollwegs ein Fehler. S. 139. 141.
Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. S. 149.
v. Winterfeld, Oberst. S. 67.
Wollerthum, Admiral: Zahl der zur Verfügung stehenden U-Boote. S. 549.
Wulff, Oberstabszahlmeister. S. 90.

Zäschmar, Kapitänleutnant auf „Helgoland". S. 168.
Zietz, Frau, Parteisekretärin der USPD. S. 16. 25. 26. 28. 61. 63—65. 204. 235. 288. 427. 444.
— Legale und illegale Agitation der USPD im Heer und auf der Marine. S. 31.
— Ermittlungsverfahren. S. 499.
— Ausführungen auf dem Parteitag der USPD 1919. S. 434. 435.
Zweigert, Dr., Oberreichsanwalt. S. 456.
— Erklärung vom 1. November 1917 gegenüber Dr. Felisch. S. 458.
— Schlußbericht vom 18. Februar 1918 über das Ermittlungsverfahren gegen Frau Zietz. S. 499.